



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

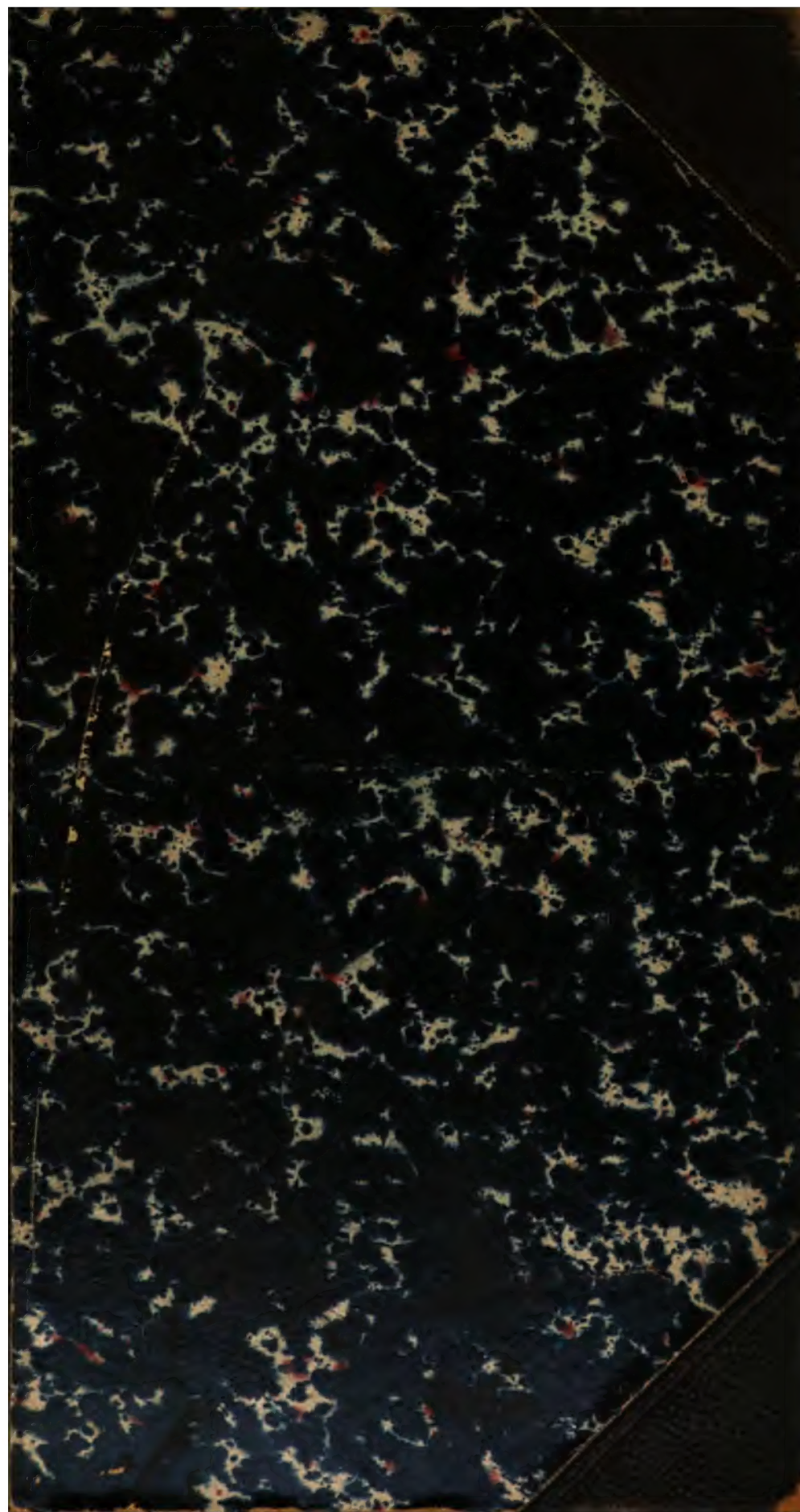
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



GOV 26.5.4

Pound

MAR 12 1900

Harvard College Library



FROM THE FUND BEQUEATHED

BY

CHARLES SUMNER

(Class of 1830)

SENATOR FROM MASSACHUSETTS

"For books relating to Politics and Fine Arts."

ZEITSCHRIFT

FÜR DIE GESAMTE

STAATSWISSENSCHAFT

In Verbindung mit

Oberbürgermeister Dr F. ADICKES in Frankfurt a./M., Prof. Dr G. COHN in Göttingen, Oberbürgermeister a. D. Dr v. HACK in Urach, Ober-Verw.-Ger.-Rat Prof. Dr F. v. MARTITZ in Berlin, Kaiserl. Unterstaatssekretär z. D., Prof. Dr G. v. MAYR in München, Prof. Dr Fr. J. v. NEUMANN in Tübingen, Minister d. Innern a. D. Dr K. SCHENKEL in Karlsruhe, Prof. Dr A. VOIGT in Frankfurt a. M., Geh. Reg.Rat Prof. Dr A. WAGNER in Berlin, Dr Freiherr v. WEICHS bei d. Direkt. d. k. k. Staatsbahnen in Innsbruck

HERAUSGEGEBEN

VON

Dr K. BÜCHER,

o. Professor an der Universität Leipzig.

Ergänzungsheft XXV.

Das Branntweinmonopol in Russland.

Von

Dr. David Lewin.

TÜBINGEN
VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG
1908.

Das

Branntweinmonopol

in Russland.

Von

Dr. David Lewin.

TÜBINGEN 1908
VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG

1370.39

~~Econ 130.4~~
Gov 26.5

Alle Rechte vorbehalten.

DRUCK VON H. LAUPP JR IN TÜBINGEN.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	1—16
1. Die Einführung des Monopols	1
2. Die Beweggründe zur Einführung des Monopols	11
I.	
Die Organisation des Monopols	17—79
1. Die Verwaltungsorgane des Monopols	17
2. Die Leitung des Monopols	21
3. Die Bestreitung der Verwaltungskosten durch die Reichsfinanzen	25
4. Die Vollzugsorgane des Monopols	30
5. Die Durchführung der Kontrolle in der Monopolverwaltung	42
6. Die Rechnungsführung im Monopol	43
7. Die Organisation der Roh- und Hilfsstoffbesorgung	47
8. Die Organisation der Arbeiten	52
9. Der Verkauf von denaturiertem Spiritus und Fuselöl durch das Branntweinmonopol	67
10. Der Kommissionsverkauf von Branntwein	72
Anhang zum I. Abschnitt.	
Die Pensionsversicherung der Angestellten im Monopol	76
II.	
Die Kuratorien der Mässigkeitsvereine	80—88
1. Die Organisation und der Bestand der Kuratorien	80
2. Die Geldmittel der Kuratorien	83
3. Die Tätigkeit der Kuratorien	83
III.	
Das finanzielle Ergebnis des Monopols	89—122
1. Die Rentabilität des Monopols	89
2. Die Ausgaben des Monopols	103
Anhang zum III. Abschnitt.	
Die Monopolwirtschaft in den Jahren 1907—1908	120

— VI —

	Seite
IV.	
Der Branntweinkonsum im Monopolgebiet	123—150
1. Die Höhe des Branntweinkonsums	126
2. Die Art des Alkoholgenusses	135
3. Die zeitliche Bewegung des Branntweinkonsums	144
V.	
Die Mängel der Organisation des Monopols	151—165
1. Der Bürokratismus und seine Folgen	151
2. Die Lage der Arbeiter in den Monopolanstalten	158
VI.	
Die kulturellen Wirkungen des Monopols	166—174
VII.	
Die ökonomische Wirkung des Monopols	175—197
1. Das Monopol und das russische Dorf	180
2. Das Monopol und die Brennerei	185
Schlusswort	198
Beilagen	201—208

Q u e l l e n.

1. Vollständige Sammlung der russ. Reichsgesetze (polnoje sobranje zakonow rossijskoj Imperii). Bände XIV—XXI (Jahrg. 1894—1901).
2. Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Regierung (sobranije usakonenij i rasporjaszenij prawitelstwa), Jahrg. 1894—1902.
3. Reichsgesetzbuch (swod zakonow) im Text abgekürzt: RGB.; hauptsächlich: Band V, Akziseordnung, Ausgabe 1887, 1893, Ergänzungen 1895 u. 1901; Bd. XII, Teil II: die Traktiergewerbeordnung von 1886, 1893 (Ergänzungen von 1895 und 1902).
4. Dieselben Gesetzbücher, zusammengestellt und erläutert von *Sokolow, Arefa, Kumanin, Reimer* u. a.
5. Sammlung der Verordnungen der Hauptverwaltung für indirekte Steuern und das staatliche Branntweinmonopol. Petersburg 1899. Ergänzungsbände I und II. Petersburg 1899—1900.
6. Dieselbe Sammlung für den Zeitraum vom 1. Juli 1902 bis 1. Juli 1904. Zusammen-
gestellt von *Apanasenko*, Moskau 1904.
7. Die Regeln und Formen der Rechnungsführung im Monopol. Petersburg 1899.
8. Uebersicht über die Tätigkeit des Finanzministeriums unter der Regierung *Alexanders III.* (1881—1894). Petersburg 1902.
9. Das Finanzministerium 1802—1902. Jubiläumsschrift, 2 Bände. Petersburg 1902.
10. Die alleruntertänigsten Berichte des Finanzministers zum Voranschlag für verschiedene Jahre (bis 1906). Erläuterungen des Finanzministers zu den Voranschlägen 1907 und 1908.
11. Berichte der Staatskontrolle, bis inkl. 1906.
12. Schriften der besonderen Beratungskörper zur Untersuchung der Bedürfnisse des landwirtschaftlichen Gewerbes (Ossoboje sowjeschtschanije). Einzelne Gouv.-
Berichte und amtl. Uebersichten über die Ergebnisse dieser Beratungen (der
sogen. »Grossen Enquête«). (Alle Publikationen der grossen Enquête, sowie alle
dazu gehörenden Uebersichten, Tabellenwerke u. s. w. in der Bibliothek der
Vereinigten staatswissenschaftlichen Seminare der Universität Leipzig.)
13. Der Reichsbote.
14. Der Finanzbote (und Finanzanzeiger). Offiz. Organ des Finanzministeriums. Jahrg.
1885—1908 (im Text abgekürzt: F.A.).
15. Handelsindustrielle Zeitung (Torgowo-promyschlennaja Gaseta). Offiz. Organ des
Finanzministeriums. Jahrg. 1906, 1907 und 1908.

Amtliche Statistik.

16. Statistik des staatlichen Getränkeverkaufs. Erscheint jährlich, der letzte Band für das Jahr 1904 ist 1906 erschienen.
 17. Statistik der akzisepflichtigen Produktionen (Brennerei, Brauerei, Zucker-, Naphtha-, Tabak- und Zündholzproduktion); der letzte Band 1904 ist 1906 erschienen.
 18. Berichte der Hauptverwaltung; jährl., letzter Band, für das Jahr 1905 ist 1907 erschienen.
 19. Berichte des Departements für indirekte Steuern für die 80er und 90er Jahre bis 1896.
 20. Summarische Uebersicht über die finanziellen Ergebnisse und Umsätze des staatlichen Getränkeverkaufs. Zusammengestellt auf Grund der Gouv.-Berichte. Jährlich. Der letzte Band (1906) ist 1907 erschienen.
 21. Die Eingänge aus der Getränkeakzise in 50 Gouv. des europ. Russland für den Zeitraum 1864 bis 1901. Petersburg 1906.
 22. Berichte der Kuratorien der Mässigkeitsvereine. Der letzte Band (1904) ist 1907 erschienen.
 23. Berichte der Pensionsversicherung der Angestellten im Monopol; der letzte Band (1904) ist 1907 erschienen.
 24. Album von Diagrammen und Kartogrammen betr. die Produktion, den Verkauf und Konsum von Bier und Branntwein. Petersburg 1905.
 25. *Kaschkarow*, Die wichtigsten Ergebnisse des Staatshaushalts in den letzten 10 Jahren. 1885—1894. Petersburg 1895.
 26. *D e r s e l b e*, Die finanziellen Ergebnisse des Staatshaushalts im letzten Jahrzehnt. 1892—1901. 2 Bände. Petersburg 1903. (*Kaschkarow* [† 18. Februar 1906] ist Mitglied des Finanzrates beim Finanzministerium gewesen. Die hier angegebenen Werke enthalten Zusammenstellungen amtlichen Materials und sind für jede wissenschaftliche Untersuchung der russischen Finanzwirtschaft unentbehrlich.)
 27. Bilanz des bäuerlichen Ablösungskaufs 1902. (Bericht der Staatsbank.)
 28. Recueil général des renseignements statistiques sur la justice pour l'année 1904 (russ. u. französ.). Petersburg 1906.
 29. Relevé général pour tout l'Empire des résultats du dépouillement des données du premier recensement de la population en 1897. (Russisch und französisch). Petersburg 1905.
 30. Jahrbuch des Finanzministeriums 1904 und 1905.
 31. Statistisches Jahrbuch 1906 (herausg. vom russischen statist. Zentralkomitee).
 32. Bericht der Verwaltung der staatlichen Sparkassen für 1905, Petersburg 1907.
- Verschiedene Publikationen von Verwaltungen (und Beamten) zur Orientierung über mehrere Fragen der Monopolverwaltung (hauptsächlich die Buchführung).
-

L. Laupp

ZEITSCHRIFT
FÜR DIE
GESAMTE STAATSWISSENSCHAFT

Herausgegeben von

Dr. K. Bücher,
o. Professor an der Universität Leipzig.

Ergänzungsheft XXV.

Das

Branntweinmonopol

in Russland.

Von

Dr. David Lewin.

TÜBINGEN.

VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG

1908.

Preis im Einzelverkauf M. 5.—.

*Preis für die Abonnenten der „Zeitschrift für die gesamte Staats-
wissenschaft“ oder der „Ergänzungshefte“ M. 4.45.*

Ergänzungshefte zur Zeitschrift f. d. ges. Staatswissenschaft.

	Im Abon- nem.	Im Einzel- verkauf.
I. Das Gewerbe in Georgien unter besonderer Berücksichtigung der primitiven Betriebsformen. Von Ph. Gogitschayschwili. 1901.	2.80.	3.60.
II. Wollproduktion und Wollhandel im XIX. Jahrhundert mit besond. Berücksichtigung Deutschlands. Von W. Senkel. Mit 4 Diagrammen. 1901.	4.—.	5.—.
III. Der Petroleumhandel. Von R. Schneider. 1902.	2.10.	2.75.
IV. Die Beiräte für besondere Gebiete der Staatstätigkeit im Deutschen Reiche und in seinen bedeutend. Gliedstaaten. Von P. Hacker. 1903.	2.40.	3.—.
V. Die Parzellenwirtschaften im Königreich Sachsen. Von K. Hey. 1903.	4.60.	6.—.
VI. Die landwirtsch. Produktiv- u. Absatzgenossenschaften in Frankreich. Von A. Pfütze. 1903.	2.10.	2.75.
VII. Ostfrieslands Schifffahrt und Seefischerei. Von L. E. Lübbbers. Mit 8 Tabellen. 1903.	2.45.	3.20.
VIII. Die Schwankungen der landwirtsch. Reinerträge, berechnet für einige Fruchtfolgen mit Hilfe der Fehlerwahrscheinlichkeitsrechnung. Von A. Mitscherlich. Mit 2 Tafeln und vielen Tabellen. 1903.	3.30.	4.20.
IX. Die Bankkatastrophen in Sachsen im Jahre 1901. Von A. Schulze. 1903.	2.80.	3.60.
X. Die Gesindevermittlung in Deutschland. Von F. Ludwig. Mit 2 graph. Darstellungen im Text. 1903.	3.60.	4.50.
XI. Der Musterlagerverkehr der Leipziger Messen. Von P. L. Heubner. 1904.	2.—.	3.—.
XII. Das Schuldenwesen der deutschen Städte im Mittelalter. Von B. Kuske. 1904.	2.—.	2.50.
XIII. Der Frondienst als Arbeitssystem. Seine Entstehung und seine Ausbreitung. Von O. Siebeck. 1904.	2.—.	2.50.
XIV. Beiträge zur Lehre von den Lohnformen. Von O. von Zwiedineck-Südenhorst. 1904.	2.80.	3.60.
XV. Salpeterwirtschaft und Salpeterpolitik. Eine volkswirtschaftl. Studie über das ehemalige europäische Salpeterwesen, nebst Beilagen. Von O. Thiele. 1905.	5.—.	6.—.
XVI. Deutschlands Lederproduktion und Lederhandel. Von J. Hanisch. 1905.	2.50.	3.20.
XVII. Die Inventur der Firma Fugger aus dem Jahre 1527. Von J. Strieder. 1905.	3.—.	3.60.
XVIII. Englische Freihändler vor Adam Smith. Ein Beitrag zur Geschichte der Politischen Oekonomie. Von F. Raffel. 1905.	4.—.	5.—.
XIX. Der Steinkohlenbergbau in Preussen und das Gesetz des abnehmenden Ertrages. Von A. Bosenick. 1906.	2.50.	3.—.
XX. Die neuere Entwicklung des Petroleumhandels in Deutschland. Von Fr. Gehrke. 1906.	2.60.	3.—.
XXI. Die Uhrenindustrie des württembergischen Schwarzwaldes. Von J. Kuckuck. 1906.	3.60.	4.50.
XXII. David Ricardo und die Grenzwerththeorie. Von Dr. Dimitri Kalinoff. 1907.	3.—.	3.60.
XXIII. Die Münz- und Geldpolitik der Stadt Basel im Mittelalter. Von Bernhard Harms. 1907.	5.50.	6.50.
XXIV. Die Wertzuwachssteuer. Von Karl Kumpmann. 1907.	2.80.	3.60.
XXV. Das Branntweinmonopol in Russland. Von David Lewin. 1908.	4.45.	5.—.

Einleitung.

1. Die Einführung des Monopols.

»Im russischen Leben bildet die Trunksucht kein den unteren Schichten eigentümliches Vorrecht; sie ist in allen Schichten der Gesellschaft verbreitet; sie zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte gesellschaftliche Leben Russlands, von den in der Dunkelheit geistiger und sittlicher Verkommenheit Lebenden bis zu den Leuten, die ihrem Geist und sittlichen Wandel den Segen von Schule und Wissenschaft angedeihen lassen konnten.«

Diese Worte fielen in einer Sitzung eines Kreiskomitees¹⁾ und charakterisieren zutreffend die russische Gesellschaft. Die Trunksucht herrscht in allen russischen Bevölkerungsschichten. Jeder, dem aus eigener Anschauung oder durch die russische Literatur Russland bekannt ist, wird mit dieser Tatsache vertraut sein.

Aber nicht nur die weite Verbreitung des Spirituosenverbrauchs fällt in Russland auf; man staunt noch mehr über die Form, in der sich die Trunksucht in Russland äussert. Es steckt in ihr etwas spezifisch Russisches; ihre Ursachen sind eng mit den traurigen Tatsachen der russischen Wirklichkeit verknüpft.

Es ist weithin bekannt, dass der Konsum an Alkohol pro Kopf der Bevölkerung in Russland niedriger ist als in den westeuropäischen Ländern. Dies bestätigt die Tab. ²⁾ auf S. 2, nach der

1) Publikationen, Gouv. Twer S. 407 ff.

2) Reichsarbeitsblatt 1906 Nr. 1. Mir ist unbekannt, aus welchen Quellen der Verfasser seine Angaben geschöpft hat; die Angaben über Schweden, die Nordamerikanische Union und Belgien sind von mir nachgeprüft worden; diejenigen über Russland stimmen mit den amtlichen nicht ganz überein. Die Angaben dieser Tabelle widersprechen den von anderer Seite aufgestellten, wie z. B. *Geffcken*, »Die Branntweinsteuerfrage in Beziehung zur Verminderung der Trunksucht«. Bonn 1886, S. 134—135; ganz andere Angaben macht *Zeitz*, »Die Branntweinsteuer«, Meiningen 1887, S. 8. Ferner *Bertillon*, *L'alcoolisme et les moyens de le combattre*. Paris 1898, S. 8—9 und *Mulhall*, *The Dictionary of Statistics*. London 1899, S. 587.

die durchschnittliche Menge des in Branntwein, Bier und Wein genossenen Alkohols pro Kopf der Bevölkerung (in Litern) betrug:

Jahr	Belgien	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Grossbritann. und Irland	Italien	Niederlande	Norwegen	Oesterreich- Ungarn	Russland	Schweden	Schweiz	Ver. Staaten von Amerika
1885	11,5	—	—	16,3	9,9	10,8	4,9	2,5	—	—	4,9	—	4,6
1886	11,4	—	—	14,9	9,7	15,0	4,8	2,0	—	—	4,8	—	4,7
1887	11,7	—	—	15,4	9,8	14,0	4,8	1,9	—	—	4,3	—	4,7
1888	11,7	—	8,2	17,2	12,1	13,0	4,7	2,2	—	—	4,8	—	5,1
1889	11,7	—	9,3	15,0	10,4	8,3	4,6	2,2	8,1	3,2	4,3	—	5,3
1890	12,2	—	9,6	16,6	10,8	12,0	4,8	2,3	7,5	2,9	4,5	—	5,5
1891	12,5	—	8,9	17,9	10,9	14,9	4,7	2,8	7,6	2,8	4,4	—	6,0
1892	12,6	11,0	9,2	17,2	10,8	13,2	4,7	2,4	8,3	2,5	4,4	—	6,0
1893	12,6	11,4	9,7	22,5	10,7	12,2	4,7	2,6	9,0	2,3	4,7	—	5,8
1894	12,8	10,9	9,4	15,0	10,4	9,8	4,7	2,7	8,8	2,5	4,7	12,0	5,2
1895	13,2	11,2	9,0	18,1	10,7	9,1	4,6	2,5	8,5	2,6	4,8	11,4	4,9
1896	12,7	11,4	10,0	21,2	11,0	10,8	4,6	1,9	8,9	2,6	5,4	13,0	5,0
1897	13,1	11,3	9,8	17,8	11,2	10,6	4,5	1,8	8,2	2,7	5,6	12,6	5,2
1898	13,1	11,0	9,6	17,7	11,4	12,0	4,4	2,2	8,6	2,7	6,1	12,3	5,3
1899	13,2	11,7	9,9	22,4	11,7	11,6	4,3	2,6	9,1	2,8	6,6	12,3	5,6
1900	14,1	11,0	10,1	27,3	11,4	12,8	4,3	2,6	9,5	2,8	6,8	—	5,8
1901	14,4	11,3	9,8	22,9	11,2	16,6	4,3	2,5	9,5	2,6	6,8	—	6,2
1902	13,5	11,2	9,3	17,2	11,0	15,2	4,2	2,4	9,4	2,6	6,2	—	6,4
1903	12,0	10,8	9,4	—	10,6	13,4	4,1	2,2	—	—	—	—	—

Nicht weniger ist bekannt, dass in keinem anderen Staate soviel getrunken wird, wie in Russland, infolge des Umstandes, dass der Russe zwar selten, aber dafür in grossen Quantitäten¹⁾ das köstliche Nass zu sich nimmt. Das ist die weitestverbreitete Form des Trinkens. Der Gewohnheitstrinker trinkt sogar wochenlang nicht einen Tropfen Branntwein und trägt auch kein Verlangen nach ihm; aber auf diese Periode der Enthalttsamkeit folgt eine solche ununterbrochenen Trinkens, des Trinkens bis zur völligen Bewusstlosigkeit, bis zum Verlust jeder Menschenwürde.

Abgesehen von anderen Ursachen, ist diese schlimmste Form der Trunksucht durch die völlige Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung, die viele soziale Schichten des russischen Volkes be-seelt, hervorgerufen worden. Der mit Schulden überlastete Bauer muss begreiflicherweise den Mut verlieren, sich ohne Beihilfe durch seine persönliche Kraft auf eigene Füsse stellen und zum Niveau eines menschenwürdigen Daseins emporarbeiten zu können. Es ist daher leicht zu verstehen, dass er oft zum Trunk der Lethe

1) Der Russe hat sogar ein eigenes Wort »Сапой«, um diese Art des Trinkens zu bezeichnen.

greift. Das einzige Mittel, um zum völligen Vergessen seiner Not zu gelangen, findet er nur im leidigen Branntwein, und er trinkt mit der ausgesprochenen Absicht, sich zu be trinken¹⁾).

Es trinkt in Russland der untergeordnete Beamte, es trinkt im »Sapoi« der Vorgesetzte, es trinkt der Student, der Lehrer, der Arzt, es trinkt der Gelehrte und Schriftsteller, der Künstler und Musiker, es trinkt der Herr und der Knecht, es trinkt der Pope und der Zar . . .

Nicht die Neuzeit hat in Russland die Trunksucht geschaffen, sie ist Volkstradition, ein Produkt von Jahrhunderten. Altrussland hat fabelhaft viel getrunken; Reihen von Fässern wurden an Feiertagen geleert. Auch heutzutage ist jede Feier in Russland durch die Vertilgung eines grösstmöglichen Quantums Spiritus gekennzeichnet. Hochzeit, Taufe, Begräbnis, alles verklärt der Alkohol. Nach den Untersuchungen der Frau *Jefimenko*²⁾ wird in vielen Gegenden Russlands die Bedeutung einer Trauung an der Menge des vertilgten Branntweins gemessen.

Das russische Volk hat eine förmliche Schule in der Trunksucht durchlaufen. Ein jeder, in dessen Interesse es lag, verleitete den Russen zum Trinken, gleichgültig, ob es der Grundherr gegenüber seinem Knechte oder der Zar gegenüber seinen Untertanen war.

»Der Adel wollte seine Leibeigenen zufrieden stellen und glaubte es am besten zu tun, indem er sie veranlasste, sich dem Trunke zu ergeben . . .« »Als unter Nikolaus I. bei dem Streben nach Emanzipation hie und da Gemeinden das Gelübde ablegten, nur in Krankheitsfällen und bei Familienfesten Branntwein zu geniessen, verbot ein ministerieller Erlass den Vollzug jener Ge-

1) Interessant ist die Aeusserung des Arztes Weressajew: »Ich hatte die Hoffnung, meine Verhältnisse zu ordnen, aufgegeben. Hefigste Not trat ein. In dieser für mich schlimmen Zeit erlebte ich an mir die fürchterliche Tatsache des Trinkens aus Hunger, eine Erscheinung, die ich früher nicht hätte begreifen können. Wenn ich jetzt an einer Schenke vorbeiging, zog es mich magnetisch hinein; es erschien mir als das höchste Glück, hineinzutreten und ein paar Gläschen hinunterzustürzen . . . Seltsam! Ich, der ich halb hungrig war und am Alkohol keinen Gefallen fand, wurde vom Schnaps und nicht von den verlockenden Speisen angezogen. Wenn sich in meine Tasche ein Rubel verirrt hatte, so konnte ich der Versuchung nicht widerstehen und trank bis zur Bewusstlosigkeit.« *Weressajew*, Memoiren eines Arztes (russisch) S. 80—81.

2) Vgl. auch *N. N. Kowalewski* in »Narodnoje Chosiaistwo« 1902, S. 56 u. 59. (Monatshefte: »Volkswirtschaft«, redig. v. Prof. *Chodski*.) *Alexandra Jefimenko*, Forschungen über das Volksleben (russisch). Moskau 1884.

meindebeschlüsse. Es sollen sogar Ruten und Stockschläge angewendet worden sein, um die Bauern zum Trinken zu bewegen¹⁾.

Das Umsichgreifen des Trinkens war früher ebenso wie heute von Vorteil für den Fiskus, da die Getränke ihm Steuern einbrachten, und »die Regierung stets bestrebt war, dass das Mass des Steuerertrages niemals sinke, sondern möglichst steige«²⁾.

Die Getränkesteuer in Russland ist sehr alt³⁾. Schon im 10. und 11. Jahrhundert sind einige Getränke besteuert gewesen (Dünnbier-»Braga«, Meth-»medowaja Dann«); im 14. Jahrhundert kamen noch die Malzsteuer und die Hopfensteuer hinzu. Die alkoholischen Getränke sind sehr früh auch Gegenstand eines Monopols gewesen — unter Iwan III. Iwan IV., der Grausame, führte die »Zarische Schenke« in Moskau ein. Sie hiess »Kabak« — ein tatarisches Wort, das erst seit der Eroberung Kasans gebraucht wird. Sie wurde von besonderen Beamten geleitet⁴⁾. Die »Schenken« wurden dann an die Bojaren und Leibwächter des Zaren an Stelle des Gehaltes verliehen; man nannte dies »für Nahrung«. Boris Godunow liess die »Zarenschenke« auch noch in mehreren anderen Städten zu. Seit 1652 verpachtete man den Branntweinverkauf oder betraute damit vereidete Beamte. Das Brennen war ein Privileg (Gesetz 1665) des Adels und der Klöster (bis Ende des 17. Jahrhunderts), wurde aber seit Peter dem Grossen freigegeben und mit einer Maischraumsteuer belegt. 1744 ersetzte man die Maischraumsteuer durch eine Fabrikatsteuer (bis 1749, 6 Kop. pro Wedro).

Die Akzisevorschriften wechselten alle 3—5 Jahre; zur Zeit Alexanders I. führte der Finanzminister *Gurijew* den staatlichen Engros-Verkauf des Branntweins ein. Dieses System war aber unzulänglich, und die Regierung strebte darnach, ein besseres zu finden. 1826 erschien das Projekt von *Cancrin*, 1835 ein neues Projekt; 1841 setzte man eine besondere Kommission unter dem Vorsitz von Fürst *Menschikow* zur Ausarbeitung weiterer Vor-

1) *Wolf*, Die Branntweinsteuer. Tübingen 1884. S. 213.

2) *Wolf* a. a. O.

3) Vgl. *Pryshaw*, Geschichte des Kabaks in Russland (russisch). Petersburg 1868; ferner im russischen Brockhaus-Lexikon: Art. »Accise« B. I. 326 »Kabak« von *W. Rummel*, B. XXVI. 774 »Getränkesteuer« von *Brandt* B. XLVI. 772 und andere. In verschiedenen Teilen Russlands (Westrussld., Ucraina, Polen u. a.) gestaltet sich die Entwicklung der Branntweinsteuer unter dem Einfluss der historischen Verschiedenheiten etwas anders. Hier sind nur allgemeine Züge angegeben.

4) Nach dem »Sudebnik«, Gesetzbuch von 1550.

schläge ein. Das alles hat sich nicht bewährt, und 1844 legte der Kaufmann *Kokorew* ein »Akzise-Verpachtungs-System« vor, das vom Senat »versuchsweise« für 1847—51 angenommen wurde.

Dieses System bestand darin, dass jeder Kreis (oder jedes Gouvernement) das Monopolgebiet eines Pächters (»Otkupschtschik«) bildete. Dieser musste eine bestimmte Quantität (Kontingent) absetzen und bekam eine Provision von 25 Kop. pro Wedro; bei grösserem Umsatz erhöhte sich die Provision. Für die das Kontingent übersteigende Menge erhielt er als Provision 50 % des Verkaufspreises. Der Pächter konnte in seinem Gebiete nach Belieben »Schenken« eröffnen. Den Spiritus musste er zu einem vom Staate festgesetzten Preise verkaufen; jedoch hatte er das Recht, den Spiritus mit 3 % Wasser zu verdünnen. Bier durfte er zu beliebigem Preise verkaufen.

Der Pächter schmuggelte den Spiritus in die benachbarten Gouvernements, in das Gebiet seiner Kollegen, musste aber einen förmlichen Grenzkordon unterhalten, um sein Monopolgebiet vor den Nachbarn zu beschützen. Minister, Gouverneure, Präsidenten der Kameralhöfe bis zum letzten Polizisten herab wurden von den Pächtern besoldet und leisteten ihnen alle gesetzlichen und ungesetzlichen Dienste.

Die Regierung sah sich genötigt, diesen Unfug zu beseitigen; schon 1852 wurde ein Akzise-System geplant, aber durch den Krimkrieg ist seine Einführung verhindert worden. 1858 begannen die Aufstände gegen das Pachtsystem. Daraufhin wurde sofort ein Komitee gebildet, dessen Vorschlag die Grundlage zu dem Gesetz vom 4. Juli 1861 bildete. Es wurde eine Fabrikatsteuer eingeführt und anfangs auf 4 Kop. pro Grad festgesetzt (4 Rubel pro Eimer¹⁾ reinen Alkohols oder M. 70,24 pro Hektoliter). Die private Spiritusproduktion wurde gesetzlich reguliert und ausser der Fabrikatsteuer noch eine Lizenzsteuer eingeführt.

Schon nach einem Jahre trat eine Erhöhung des Akzisesatzes um 1 Kop. (5 Kop. pro Grad), nach einem weiteren Jahre eine fernere Erhöhung (6 Kop. pro Grad) ein. 1893 war die Akzise auf 10 Kop. pro Grad gewachsen, 1902 auf 11 Kop.²⁾ Indessen hat die Höhe der Akzise und die Möglichkeit, sich durch geheime Einfuhr und geheime Spiritusbrennerei zu bereichern, dazu ge-

1) Russisch: Wedro = 12,3 Liter. S. Anmerkung zu S. 18.

2) d. i. 11 Rub. pro Wedro reinen Alkohols, oder M. 193,20 per hl wasserfreien Spiritus.

führt, dass sich schnell ein ganzes Netz geheimer Schenken ausbildete. Der Spiritus wurde im geheimen hergestellt, um der Fabrikatsteuer, oder im geheimen verkauft, um der Lizenzsteuer zu entgehen.

Die Regierung suchte dieses Uebel zu bekämpfen durch Anstellung eines Stabes von Aufsichtsbeamten unter besonderer Berücksichtigung der Grenzprovinzen, sie erliess vollständige Straf-kodices; geholfen hat es wenig¹⁾. Der Geheimhandel blühte und teilte seinen ungesetzlichen Gewinn mit dem von der Regierung angestellten Aufsichtspersonal. Sehr viel Spiritus wurde aus Preussen und Oesterreich-Ungarn eingeschmuggelt. *Schädel* schätzte die defraudierte Summe auf 143 Mill. Rubel, *Nolde* sogar auf 150 Mill. Rubel²⁾. *Wolf* glaubt, dass die unterschlagene Steuer $1\frac{3}{4}$ mal so viel beträgt, als überhaupt die Regierung vereinnahmt hat. Prof. *Oserow* erzählt³⁾, dass es in Preussen eine Versicherungsgesellschaft gegeben hätte, die gegen sehr niedrige Prämiensätze (3—5 Kop. pro Wedro) das Risiko gegen eine Entdeckung der Schmuggelei übernahm.

Die Einnahmen der Getränkesteuer wuchsen trotzdem fortwährend und bildeten einen sehr bedeutenden Bestandteil des russischen Einnahmehudgets⁴⁾.

1872	betrug die Einnahme	172,9	Millionen Rubel
1882	„ „ „	251,9	„ „
1892	„ „ „	269,0	„ „

Diese Einnahmen schwankten in den verschiedenen Jahren zwischen 25 und 36% aller ordentlichen Einnahmen des Reiches⁵⁾.

Die stete Zunahme der Reichsausgaben und das Steigen der Fehlbeträge aus den direkten Steuern zwangen das Ministerium, den indirekten Steuern im allgemeinen und den Getränkesteuern im besonderen grössere Aufmerksamkeit zu schenken.

Aber mit jeder weiteren Erhöhung der Akzise sank der Branntweinverbrauch. Der Konsum belief sich auf 1,23 W. im Jahre 1863 und sank bis 0,5 W. zu Anfang der 90er Jahre. Die Abhängigkeit des Konsums von der Höhe des Akzisesatzes unterliegt keinem Zweifel.

1) Vgl. Finanzbote, 1885 Nr. 23: »Die Bekämpfung der Spirituskonterbandes«.

2) *Wolf* a. a. O. S. 242.

3) *Oserow*, Skizzen d. ökonom. u. finanz. Lebens Russlands und Westeuropas (russisch) 1904. S. 312.

4) *Kaschkarow*, Die wichtigsten Ergebnisse des Staatshaushalts f. d. letzte Jahrzehnt 1885—94 (russisch). Petersb. 1895. S. 70—71.

5) *Kaschkarow* a. a. O. S. 202—203.

Während der Steuersatz von 1863 bis 1895 um das $2\frac{1}{2}$ fache gestiegen ist, ist der Spiritusverbrauch pro Kopf in der gleichen Periode ungefähr entsprechend gesunken¹⁾.

Diese Erscheinung ist längst bemerkt worden. Es wurde deshalb mit der Zeit klar, dass eine Fortsetzung der Akziseerhöhung ihre natürliche Grenze an der Zahlkraft der Bevölkerung finden muss.

Um die Einnahmen aus der Getränkesteuer noch weiter steigern zu können, machte man den Versuch, den staatlichen Branntweinverkauf einzuführen²⁾.

Was hat die Regierung zur Einführung dieses Systems veranlasst? Warum wurde diesem System vor dem der weiteren Akziseerhöhung der Vorzug gegeben?

Um eine bündige Antwort darauf geben zu können, bedarf es einer, wenn auch oberflächlichen Erklärung der russischen Finanzpolitik während der letzten Jahrzehnte.

»Kaum ein Minister dürfte soviel zur Stärkung staatlicher Macht beigetragen haben als Witte.« Diese Worte sind aus der Feder des reaktionärsten russischen Zeitungsredakteurs, des Fürsten *Meschtschersky* geflossen. Sie treffen zweifellos die Wahrheit. Aber wenn *Witte* auch mehr als seine unmittelbaren Vorgänger geleistet haben sollte, so sind doch auch diese von den gleichen Absichten beseelt gewesen und sahen vor sich, gleich *Witte*, als einziges Ziel »die Stärkung der Staatsgewalt.«

Diese Devise beherrschte die Finanzpolitik, »die durch die

1) *Parvus* kommt zu demselben Schluss, indem er auf Grund der Angaben des »Bulletin Russe de Statistique financière 1900« die folgende Tabelle aufstellt. Vgl. *Parvus-Lehmann*, Das hungernde Russland, S. 469.

In den Jahren	Steuersatz pro Wedro absoluten Alkohols (Rubel)		Durchschn. Einnahme aus der Getränkesteuer in Millionen Rubel	Konsum pro Kopf der Bevölkerung in Liter absoluten Alkohols	In den Jahren	Steuersatz pro Wedro absoluten Alkohols Rubel		Durchschn. Ertrag der Akzise in Millionen Rubel	Konsum pro Kopf der Bevölkerung in Liter absoluten Alkohols
	Russl.	Russ. Polen				Russland und Polen			
1863	4	—	106,3	5,58	1876—81	7,00	186,9	3,74	
1864—66	5	—	110,7	4,27	1882—85	8,00	217,9	3,25	
1867—69	5	2,5	121,4	4,37	1886—87	9,00	219,3	2,78	
1870—73	6	4,1	154,6	4,36	1888—91	9,25	235,9	2,59	
1874—75	7	5,5	175,5	3,89	1892—95	10,00	251,1	2,35	

2) *Miljukow*, Skizzen russischer Kulturgeschichte. Petersburg 1904 (russisch) 5. Aufl. S. 178.

Rücksichtslosigkeit sich auszeichnet, mit der zur Erreichung fiskalischer Zwecke alle Volkskräfte angespannt wurden»¹⁾.

»In keinem europäischen Lande hat der Staat eine solche Macht besessen, wie er sie in Russland erlangt hat«²⁾.

Worin kam die Macht der Staatsgewalt zum Ausdruck? Wie hat sich die Finanzpolitik ihrer bedient?

Der alte Streit zwischen den Narodniki und den Marxisten darüber, ob Russland den Weg des Kapitalismus betreten wird oder nicht, ist heute aus den Spalten der Presse verschwunden. Der russische Industrialismus hat sich in jüngster Zeit machtvoll Bahn gebrochen, und die geldbedürftige Regierung hat sich mit allen Kräften bemüht, die Industrie in diese Bahnen zu leiten, sowohl durch die Schutzzollpolitik, als auch dadurch, dass sie den Uebergang von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft erzwang und beschleunigte.

In seinem alleruntertänigsten Bericht vom Jahre 1893 schrieb u. a. *Witte*: »Die Finanzpolitik muss sich eine gleichmässige Hebung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes zur Aufgabe stellen und die Produktion fördern.« Die ihrem Prinzip getreue Regierung liess nichts unversucht, um dem jungen Kapitalismus neue Nahrung zuzuführen. Das Netz der Staatsbahnen und der vom Staate privilegierten Privatbahnen wuchs ungeheuer rasch. Der eifrig und mit grossen Unkosten betriebene Eisenbahnbau schuf einen ausgedehnten Markt für die Montan- und Eisenindustrie und gab Handel und Industrie einen starken Ansporn zur Entfaltung der jungen Kräfte. Parallel mit dem enormen Aufschwung des russischen Wirtschaftslebens ging eine stete Zunahme der Staatsschulden. Bereits am Beginn des Jahres 1894 betrug die russische Staatsschuld 6,636 Milliarden Rubel; seitdem ist die Schuld fortgesetzt gestiegen, um heute annähernd 9 Milliarden Rubel zu betragen, und nach der Prophezeiung *Martins* dürfte sie 1910 bereits die 25. Milliarde erreicht haben, falls alles im Sinne der Anhänger des Staatsgewaltsprinzips vor sich gehen sollte.

Mit der Person des Finanzministers *Wischnegradski* (1887 bis 1892) stellte die Regierung eine neue Politik in den Vordergrund, die Politik der Thesaurierung von Goldschätzen in der Form des sogenannten »freien Barbestandes«. Diese Politik

1) *v. d. Brüggén*, Das heutige Russland. Leipzig 1902. S. 27.

2) *M. Friedmann*, Russische Finanzen. Berlin 1906. S. 1.

wurde glänzend gekennzeichnet durch *Wischnegradski* selbst: »Die ordentlichen Einnahmen müssen nicht nur die ordentlichen, sondern auch die ausserordentlichen Ausgaben decken.« Es begannen die Steuern ins ungeheuerere zu steigen. Da jedoch die Einnahmen aus den direkten Steuern unter den steten Fehlbeträgen (Rückständen) litten und keine Aussicht auf den Eingang der sich anhäufenden Defizite aus dem verarmten Bauernstand war, so wurde im Steuersystem auf die für die Zwecke der Regierung geeigneteren Verbrauchssteuern der Nachdruck gelegt. »Dadurch war die indirekte Besteuerung nicht nur zur Basis, sondern sogar zur einzigen Quelle der Staatseinkünfte« geworden¹⁾. Im Finanzministerium bildete sich die Anschauung aus, dass »der Natur der indirekten Besteuerung nach diese stets in erster Linie diejenigen Klassen trifft, die jeweilig am kaufkräftigsten sind, und folglich sich die Last auf die besteuerten Personen nach ihrer Kaufkraft verteilt . . .« »Die indirekte Besteuerung — schrieb der Finanzminister — ist schon wegen der Gewohnheit des Volkes und der Form ihrer Erhebung am meisten elastisch und am wenigsten lästig«²⁾.

»Willst du nicht 17 Stunden im Winter schlafen«, sagte in seinem Bericht *Subrilin*, »sondern beim Feuer arbeiten, so zahle deine Akzise für Streichhölzer, für Petroleum; willst du rauchen, so zahle deine Akzise für Streichholz und Tabak; willst du ein Gläschen Schnaps trinken, so zahle das 15-fache seines Wertes; willst du anstatt Schnaps etwas Tee zu dir nehmen, so zahle für Tee und Zucker drei mal so viel. Willst du mit dem Pfluge pflügen, so zahle den Zoll für Eisen. Ueberhaupt wohin du dich nur wenden magst, überall heisst es: zahle, zahle, zahle«³⁾.

Aber der Bürger schläft, raucht und säuft auch zu Zeiten; folglich flossen die Steuern reichlich in die Kassen, woraus der Finanzminister schliessen durfte, »dass es vom freien Willen des Bürgers abhängt, die Steuer zu zahlen oder nicht«⁴⁾.

Die indirekten Steuern gingen regulär ein, dagegen wuchsen die Fehlbeträge aus der direkten Steuer und bildeten 1894: 139,1 Millionen Rubel, 1900: 161,3 Millionen Rubel oder 86% vom

1) *Golowin*, Russ. Finanzpolitik u. die Aufgaben d. Zukunft. Leipzig 1900. S. 17.

2) Alluntert. Bericht *Wittes* 1893.

3) Publik. Moskau. Kreis Wolokolamsk. S. 192.

4) Vgl. *N. N. Kowalewski*, Verfall des Dorfes etc. (russisch). Moskau. S. 96.

jährlich fälligen Steuerbetrag. In einzelnen Gouvernements waren sie noch höher.

	1898	1902	
Gouvernem. Orenburg	277 ⁰ / ₀	456 ⁰ / ₀	} vom jährlich fälligen Steuerbetrag ¹⁾
„ Kasan	418 „	463 „	
„ Ufa	397 „	508 „	

Am 30. August 1892 wurde *Witte* zum Finanzminister ernannt. Am 9. November 1892 erhöhte man die Biersteuer; am 16. November die Zündholzsteuer, am 23. die Getränkesteuer (vom Branntwein und Fruchtwein), am 1. Dezember die Naphtasteuer, am 14. Dezember die Tabaksteuer²⁾.

Dann plante der Finanzminister eine neue Steuer, die Salzsteuer. Die öffentliche Meinung hat entschieden dagegen Stellung genommen. Alle Semstvos (insbes. Kursk) und Zeitungen (von Schriftstellern besonders der bekannte Finanzmann Prof. *Chodski*) protestierten gegen die schon 1880 vom Finanzminister *Abasa* (1878—1881) abgeschaffte Salzsteuer.

Die Regierung musste einsehen, dass der weiteren Ausdehnung der indirekten Steuern eine natürliche Grenze gezogen ist; deswegen waren auch neue Erhöhungen der Akzise unmöglich und im Jahre 1893 machte Graf *Witte* dem Kaiser Alexander III. den Vorschlag, der am 8. Juni 1893 Gesetzeskraft erlangte. Es entstand das Gesetz über³⁾ »den staatlichen Getränkeverkauf«, den wir von jetzt ab Monopol nennen werden.

Das Monopol wurde zu Anfang versuchsweise in den 4 östlichen Gouvernements des europäischen Russlands eingeführt. Heute ist das Monopol auf das ganze Land ausgedehnt, ausser wenigen entlegenen Gegenden und Finnland. Der Einführungsvorgang vollzog sich wie folgt:

1) *Kaschkarow*, Die finanz. Ergebnisse etc. 1893—1901. Petersb. 1903 Band, I. S. 112. Band II. Anhang IX. Ferner *Poljenow*, Untersuchungen d. ökon. Lage d. Gouv. d. mittleren Schwarzerdegebietes. Moskau 1901. S. 7. Zit. *Jurtschenko*, Die Bedürfnisse der Landwirtsch. im Gouv. Poltawa (russ.). S. 6 ff.

2) *Migulin*, Der russ. Staatskredit. Band III. Teil I. Charkow 1901. S. 6 ff.

3) Vollst. Gesetzsammlung XIV. Nr. 10766. Dieses Gesetz ist kurz im »Deutsch. Handelsarchiv« 1894, I. Band S. 706 ff. wiedergegeben.

1. Januar 1895	1. Perm (Gouvernement)	33. Livland
	2. Ufa	34. Stawropol
	3. Orenburg u. Turgaigebiet	35. Schwarzmeer u. Kubange- biet
	4. Samara und Uralgebiet	36. Estland
1. Juli 1896.	5. Bessarabien	37. Gebiet des Don'schen Hee- res
	6. Wolhynien	
	7. Jekaterinoslaw	1. Januar 1901
	8. Kijew	38. Archangelsk
	9. Podolien	39. Astrachan
	10. Poltawa	40. Wladimir
	11. Tauris	41. Wologda
	12. Cherson	42. Wjatka
	13. Tschernigow	43. Kasan
1. Juli 1897	14. Wilno	44. Kaluga
	15. Witebsk	45. Kostroma
	16. Grodno	46. Moskau
	17. Kowno	47. Nischni-Nowgorod
	18. Minsk	48. Orel
	19. Mohilew	49. Pensa
	20. Smolensk	50. Rjasan
1. Januar 1898	21. Petersburg	51. Saratow
	22. Nowgorod	52. Simbirsk
	23. Olonez	53. Tambow
	24. Pskow	54. Twer
	25. Charkow	55. Tula
	26. Warschau, Sedlez	56. Jaroslaw
	27. Kalisch, Petrokow	1. Juli 1902
	28. Lomza, Plozk, Suwalki	57. Terek- u. Dahestangebiet
	29. Lublin, Kelze, Radom	58. Tobolsk und Akmolinsk
1. Juli 1900	30. Woronesch	59. Tomsk und Semipalatinsk
	31. Kurland	1. Juli 1904
	32. Kursk	60. Jenisseisk
		61. Sabaikalsk (Transbaikal)
		62. Irkutsk, Jakutsk.

Die Darstellung der Organisation dieses nach Plan und Ausführung grandiosen Monopols, ebenso die Betrachtung seiner Stellung im Rahmen der russischen Finanz- und Volkswirtschaft werde ich zur hauptsächlichen Aufgabe der folgenden Untersuchung machen. Bevor ich jedoch zum eigentlichen Thema übergehe, sehe ich mich veranlasst, einige Punkte hervorzuheben, die zur Einführung des Monopols geführt haben.

2. Die Beweggründe zur Einführung des Monopols.

Die durchgeführte Reform ist bisher wesentlich als eine fiskalische Reform behandelt worden, während die Regierung bei der Einführung des neuen Gesetzes ausschliesslich das sozialpolitische Motiv in den Vordergrund rückte, nämlich: »Den Kampf mit der Trunksucht. Die Bevölkerung soll durch das Monopol zu einem mässigen Alkoholgenuss erzogen werden«¹⁾!

1) Graf Wittes Zirkul. v. 22. Dez. 1894, Nr. 2438 (Fin.-Anz. 1894, Nr. 52). Der Hauptinhalt dieses Zirk. ist bei *Antziferow* mitgeteilt. Conrads Jahrbücher f. N.-Oek. u. Statist. »Miszellen« 1901. S. 473 ff.

»Es ist notwendig, dass das Volk selbst Wesen und Ziel dieser Reform begreift«, äusserte das amtliche Rundschreiben.

Gleichzeitig wurden besondere Kuratorien¹⁾ zur Entwöhnung des Volkes von der Trunksucht ins Leben gerufen, und zwar als Ergänzung zum Monopol. Wie aus der gesamten ministeriellen Finanzliteratur ersichtlich ist, lagen keine fiskalischen Absichten zu Grunde. Aber zur Orientierung über die Erscheinungen des russischen Wirtschaftslebens und zu ihrer Charakteristik sind die offiziellen Kundgebungen und Materialien keineswegs ausreichend. Der russische Bürger hat nach Ansicht der Regierung die Kinderschuhe noch nicht ausgetreten, und »der Geheimbericht« ist noch keineswegs in das Sagenbereich zu überweisen.

»Das alte und wohlverdiente Misstrauen gegenüber allen Massnahmen der Regierung war auch im gegebenen Falle die Antwort der gesamten nicht offiziellen Presse, die dieser Reform zuteil wurde«²⁾. Leider bin ich nicht in der Lage, mir die in ausserrussischen Zeitungen ausgesprochenen Ansichten zu dieser Frage zu beschaffen. Jedenfalls aber ist man in Westeuropa geneigt, den russischen Offiziösen aufs Wort zu glauben. »Die französische Auffassung ist, dass in dem vom Finanzminister *Witte* gemachten Vorschlage betreffs der Einführung des Alkoholmonopols die hygienischen und moralischen Motive die herrschenden seien; Budgetrücksichten kommen erst in zweiter Linie«³⁾.

Lippert glaubt in seinem Buch »Das Alkoholmonopol«⁴⁾ daran, dass die Akzisebeamten sich leicht aus Steuereinnehmern zu Enthaltensamkeitsaposteln verwandeln werden.

Ganz anders hat sich die russische öffentliche Meinung geäussert: »Die fiskalischen Motive des eben ins Leben getretenen Monopols« sagt *Miljukow*, »gehen dahin, die Akziseeinnahmen mindestens auf dem früheren Niveau zu erhalten, und wenn zugänglich, sogar zu heben. Anlass war, dass durch das Sinken des Volkskonsums diese Einnahmen in ihrem Bestand bedroht waren.« »Ungeachtet aller Bemühungen gelang es nicht, den Branntweinkonsum zu steigern«⁵⁾.

1) Russisch: »Kuratorien für Volksnüchternheit«; im Text überall kurzweg »Kuratorium«.

2) *Pjeschehonow*, Die Wirtschaftspolitik der Selbstherrschaft (russ.). Petersburg 1906.

3) *M. Helenius*, Die Alkoholfrage. Jena 1903. S. 32 Anmerkung.

4) Wien 1904. S. 49.

5) *Miljukow*, Skizzen, a. a. O. S. 178.

»Das Sinken des Konsums ging so schnell und unaufhaltsam vor sich, dass es dem Finanzleiter schwere Sorgen bereiten musste, der es für richtig hielt, das Hauptgewicht des Reichseinnahmehudgets auf die Getränkesteuer zu legen«¹⁾. Die »Zarische Schenke«, von der man seit den Zeiten Iwans des Grausamen nichts mehr gehört hatte, wurde unter dem Namen des Branntweinmonopols wieder hergestellt, und das Finanzministerium strebte im Vereine mit Geistlichkeit und Philanthropen »billige Tee-Stuben zu errichten« — offenbar nur deswegen, weil es keinen Grund hatte, in ihnen gefährliche Konkurrenten für das Branntweinmonopol zu sehen«²⁾.

Der fiskalische Charakter der Monopolform kommt vor allem in der Ordnung, mit der sie ins Leben getreten ist, zum Ausdruck. Zunächst führte man das Monopol versuchsweise in den 4 Gouvernements des Ostens (des europ. Russld.) ein, wo die intensive Abnahme des Volkskonsums die fiskalischen Interessen ausserordentlich bedrohte. Während der Konsum pro Kopf der Bevölkerung im europäischen Russland durchschnittlich zwischen 0,56—0,59 Wedro (Branntwein zu 40% Alkohol) schwankte, betrug der Kopfbedarf in den genannten 4 Gouvernements ca. 0,34 Wedro. Der Konsum (pro Kopf) erreichte dort³⁾

1885	1886	1887	1888	1889	1890	1891	1892	1893	1894	1885—94
50	48	43	40	38	35	30	30	35	34	38 (Hundertstel eines Wedro)

Man führte hier das Monopol ein, und schnell stieg wieder der Branntweinkonsum⁴⁾:

1) *Pjeschekonow*, »Russkoje Bogatstwo« 1903, III/S. 141.

2) *M. Kowalewski* in *Zig. »Strana«* (das Land) Nr. 1, 1906.

3) Nach den Berichten des Departements für indirekte Steuern 1885 ff. Ergänzt nach Angaben von *Brandt* im russischen Brockhaus-Lexikon XLVI, Bd. S. 728. Den Berichten des Ministeriums zufolge wurde das Monopol deshalb zuerst in den östlichen Gouvernements eingeführt, weil der Getränkehandel in diesen Gouvernements sehr schlimme Formen angenommen hat. Die Dorfgemeinden nutzten ihr Recht des Verbotes (bez. der Zulassung) des Branntweinhandels in der Weise aus, dass sie das Schankrecht an einzelne Personen im Versteigerungswege gegen enorm hohe Summen verpachteten. Es bildete sich ein Monopol mit sehr schlimmen Folgen aus. Dass dies der Grund zur Einführung des Monopols in den genannten Gouvernements war, lässt sich kaum annehmen, da dasselbe Privatmonopol auch in mehreren anderen Gouvernements des Ostens vorhanden und noch viel schädlicher war (Saratow, Simbirsk u. a.); dort wurde aber das Monopol erst 1901 eingeführt (vgl. die Berichte des Dep. f. ind. St. 1884, S. 59, 243, 290 u. a.). Ferner ist das Privatmonopol im Osten durch das Gesetz vom 5. Mai 1892 wesentlich gemildert worden.

4) »Summarische Uebersicht« 1902, 1903, 1904 und 1905.

1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905	
31	35	37	37	41	45	43	40	45	47	53	(Hundertstel eines Wedro).

Alsdann kamen die 9 Gouvernements¹⁾ des Südwestens für die Einführung des Monopols in Betracht, die nach der Menge des Spiritusbedarfs pro Kopf der Bevölkerung hinter den erstgenannten rangierten. In letzter Linie wurden diejenigen Gouvernements mit dem Monopol bedacht, deren Getränkekonsum am stärksten war.

Das Sinken des Spirituskonsums in Westeuropa war zweifellos durch die Entwicklung des Bierkonsums bedingt. Die russische Regierung, die einen gleichmässigen Getränkebedarf hervorzurufen wünschte, hätte demzufolge der Bierproduktion Vorschub leisten müssen. Aber »gegen eine auch nur geringe Einschränkung des Branntweinkonsums sprachen sich alle russischen Finanzminister mit Entschiedenheit aus, da eine solche Reduzierung den Reicheinnahmen einen empfindlichen Schlag hätte versetzen müssen.«²⁾

Es ist daher keineswegs erstaunlich, wenn die Regierung der Bierbrauerei in Russland Widerstand entgegensetzte. Im Jahre 1882 gab es in Russland 1688 Bierbrauereien, die Zahl nahm immer ab. Es gab

i. d. Jahren	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904 ³⁾
Brauereien	1080	1066	1047	1043	1035	1018	988	976	897	921	905

Mit der Verringerung der Zahl der Brauereien ging Hand in Hand eine starke Konzentration der Produktion. Auf jede Brauerei kamen nach der Berechnung von *Tawildarow*⁴⁾ durchschnittlich für das Jahrzehnt 1874—83 16000 Wedro, für das folgende Jahrzehnt bereits 20000 Wedro. Von da ab macht die Konzentration noch schnellere Fortschritte: die durchschnittliche Produktion einer Brauerei belief sich (in Tausend Wedro Bier)

auf	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904 ⁵⁾
	41,7	44,4	42,5	47,6	48,7	48,2	52,2	59,5	59,7

Die Konzentrationsbewegung im Brauereiwesen ist nicht neu, und es wäre hier auch nicht der Ort, sie zu erörtern, wenn die

1) Vgl. S. 11.

2) Das Finanzministerium 1802—1902. Zit. bei *Ostrow* S. 248. (Russland und seine Finanzpolitik. Moskau 1905.)

3) Statistik der akzisepflichtigen Produktion. 1904. Petersburg 1907. S. 95.

4) Prof. *Tawildarows* Artikel über die Bier- und Branntweinproduktion in dem Buche »Produktivkräfte Russlands«, *W. Kowalewski*, Leipzig 1898.

5) Statist. d. akziseppf. Prod. 1904 und 1900.

Bewegung in Russland nicht in bedeutendem Masse durch die Akzisepolitik der Regierung hervorgerufen worden wäre. Und diese Akzisepolitik, soweit sie der Konzentration innerhalb der Bierbrauerei Vorschub leistete, können wir dahin auslegen, dass sie den Bierkonsum in Russland bekämpfte, wo angesichts der schwachen Entwicklung der Verkehrswege das Bier nur bei einer grossen Anzahl kleiner Betriebe die entsprechende Verbreitung hätte finden können.¹⁾

Vom 1. Januar 1902²⁾ ab wird die Bierakzise nicht nach dem Maischraum, sondern nach dem Gewicht des Malzes erhoben, was mit grösseren Kosten für die Einrichtung der Brauereien verbunden war, wenn sie mit der Forderung der Akzisebehörde in Einklang stehen wollten. Bei weit von Städten entfernten Brauereien sind diese verpflichtet, eine Wohnung für Beamte zu unterhalten; die in den grossen Städten befindlichen Brauereien sind hiervon befreit. Wohl zahlen die kleinen Betriebe (mit Menschen- oder Pferdekraft, die nicht mehr als 2000 Pud Malz verarbeiten) einen geringeren Akzisesatz³⁾, aber auch diese Massnahme fördert kaum den Kleinbetrieb in der Brauerei. (1899 412 Brauereien, die je unter 2000 Pud Malz verarbeiten, 1900: 386, 1902: 377, 1902: 369, 1903: 366, 1904: 346⁴⁾).

Aber wenn auch das Bier als ein Mittel im Kampfe wider die Trunksucht von der Regierung nicht anerkannt zu werden brauchte, so unterliegt es doch keinem Zweifel, dass die Verbreitung von Tee und Zucker einen wohltätigen Einfluss auf die Nüchternheit des Volkes gehabt hätte; tatsächlich ist der Einfuhrzoll auf Tee sehr hoch⁵⁾, und die Zuckerpreise werden durch eine künstliche Politik hochgehalten.

Wenn also die Reform ausschliesslich fiskalische Zwecke verfolgte, wozu war es dann notwendig, zu den angeführten ausser-

1) Der Bierkonsum nimmt sehr wenig zu. Seit den 80er Jahren beträgt der Konsum in 0,34 Wedro (4 Liter) pro Kopf

1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904
0,32	0,35	0,36	0,34	0,36	0,35	0,35	0,34	0,39	0,38 W.

2) Allerhöchst best. a. 10. Juni 1900, Gesetz (N. 1974 I).

3) Akzisereglement (Auflage 1901) Artik. 398.

4) Stat. d. akzisepfl. Produktion 1900, 1901, 1904.

5) Nach *Pokrowski* betrug (1897):

	in England	in Russland
der Teekonsum (Pfund pro Kopf)	6,7	0,9
Einfuhrzoll (Kopeken)	17,0	79,0

ordentlichen Massnahmen zu schreiten? Warum erhöhte man nicht einfach die Branntweinsteuer?

Trotz der Einführung des Monopols hat die Regierung von einer Akzise-Erhöhung keineswegs Abstand genommen. Sie suchte vielmehr mit der Akzise eine einträgliche Einnahmequelle zu eröffnen. Zudem rechnete sie bei der Monopol-Einführung auf eine grössere Zustimmung der öffentlichen Meinung (Russlands und Europas), als es bei einer einfachen Akzise-Erhöhung der Fall gewesen wäre.

Bei weitem nicht die letzte Rolle spielte der Wunsch, die grossen Kapitalien, die im Branntweinhandel investiert waren, frei zu machen. Diese Aufgabe wurde gelöst. Die befreiten Kapitalien flossen einerseits in die Sparkassen, also in den Verfügungsbereich des Finanzministers, zum andern Teile wurden sie in den Stoff verarbeitenden Gewerben angelegt und erwiesen folglich der Belebung derselben einen Dienst. Stand doch auch dies im Mittelpunkt aller russischen Finanzpolitik!

Man muss mithin die Einführung des Monopols als eine rein fiskalische Massnahme zur Stärkung der Staatsgewalt betrachten.

I. Die Organisation des Monopols.

I. Die Verwaltungsorgane des Monopols.

Das russische Branntweinmonopol ist vorwiegend ein Verkaufsmonopol. Es trägt den offiziellen Namen des staatlichen Getränkeverkaufs.

Die Schenke der früheren Zeit war für die Regierung der Inbegriff alles Uebels. Hier trank sich der Russe einen Rausch an, oft den Rock, die Schuhe, seine bewegliche und unbewegliche Habe vertrinkend. Hier wurden ihm in den Branntwein alle möglichen Betäubungsmittel hineingeschüttet, hier verfiel er dem Wucherer, dem Betrüger, Rollen, die oft der Gastwirt selbst spielte.

Indem die Regierung das Getränkewesen in die Hand nahm, entschloss sie sich, die Schenke mit all ihren Schattenseiten vom Erdboden zu vertilgen. Es ist natürlich, dass die vom Staat errichteten Schenken den bisherigen am allerwenigsten ähnlich sehen sollten. Die Reform hat ausschliesslich den Ausserhausverkauf gegen Barzahlung im Gegensatz zum früheren Ausschank eingeführt.

Aber für den Kampf mit dem nicht weniger bedeutungsvollen Uebel der Verfälschung der Getränke reichte die blosse Uebernahme des Verkaufs von durch Private erzeugten Getränken nicht aus, und es war für die Regierung erforderlich, ihrerseits zur Herstellung der Getränke aus dem Rohspiritus zu schreiten. Hierdurch wurde eine Reinheit des Produktes erzielt, wie sie früher wohl kaum jemals erreicht worden war. Die Regierung kauft den Rohspiritus bei privaten Brennern, rektifiziert ihn durch den Hitze-prozess und stellt dann den Branntwein in Stärke von 40% her, ferner eine bessere Sorte von Tafelbranntwein in gleicher Stärke,

ausserdem Trinkspiritus von 57 $\frac{0}{100}$, 90 $\frac{0}{100}$ und 95 $\frac{0}{100}$ ¹⁾. Alle diese Sorten werden auf Flaschen gefüllt, in verschiedenen Grössen von $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{20}$, $\frac{1}{40}$, $\frac{1}{100}$ und $\frac{1}{200}$ Wedro, welche von den Regierungen an die Konsumenten abgegeben werden. Ausserdem verkauft die Regierung für industrielle, chemische, Beleuchtungs- und Heizungszwecke denaturierten Spiritus und Hartspiritus.

Die staatlichen Rektifikationsanstalten sind entweder als selbständige Etablissements oder als Teile der Spirituslager eingerichtet. Hier findet ausser der Rektifikation die Auffüllung des Spiritus und die volle Ausstattung der Flaschen bis zur Verkaufsfähigkeit statt. Von diesen Lagern gelangen die gefüllten Flaschen in die Verkaufsstellen. Oft gibt es ausser den Lager- und Verkaufsstellen noch Reservemagazine, die dann eine Zwischenstellung einnehmen. Es existieren noch besondere staatliche Auffüllungsstellen, welche an Stelle einer der Abteilung des Lagers treten.

Es ist der Regierung keineswegs gelungen, den staatlichen Verkauf zu einem ausschliesslichen zu gestalten. Man konnte den Branntweinausschank von Buffets (auf Schiffen und Bahnhöfen) von Restaurants und von anderen derartigen Instituten nicht verdrängen. Zudem traten die fiskalischen Interessen des Monopols immer mehr in den Vordergrund: der Monopolverwaltung erschien es vorteilhafter, in manchen Orten den staatlichen Branntwein auch durch private Verkäufer absetzen zu lassen. Andererseits wurden sonstige alkoholische Getränke, die vom Staate nicht hergestellt werden, vom Publikum verlangt; die Regierung übernimmt den Verkauf der von Privaten hergestellten Getränke in Kommission und erreicht dadurch zweierlei: den Gewinnanteil (Provision) und Beseitigung der Konkurrenz. So verkauft neben anderen staatlichen Getränken die Regierung auch Liköre, Kognaks, Porter, Meth und in kleinen Ortschaften, in denen es keine besonderen Bierhallen gibt, auch Bier.

Nun lässt der Staat, wie gesagt, auch Produkte seiner eigenen

1) In Russland hat man als Rechnungseinheit den Wedrograd. Die Qualität oder Stärke des Spiritus wird mittels eines Metall-Alkolometers (auch des Tralles'schen) festgestellt und in Volum-Prozenten (Grad) angegeben. Der »Wedrograd« heisst also $\frac{0}{100}$ des Wedro und ist 12,3 Literprozenten gleich. Da der Grad dem $\frac{0}{100}$ gleichbedeutend ist, so sind im folgenden die russischen Bezeichnungen: zu 40 $^{\circ}$, 50 $^{\circ}$ etc., oder 40, 50-grädig überall in $\frac{0}{100}$ (also 40 $\frac{0}{100}$, 50 $\frac{0}{100}$ u. s. f.) angegeben. Unter Branntwein ohne Angabe der Stärke ist überall der 40-grädige zu verstehen.

Rektifikation, d. h. den staatlichen Branntwein, durch Private in Kommission verkaufen. Die Kommissionäre bekommen in diesen Fällen den staatlichen Branntwein und verkaufen ihn zum staatlichen Preise. Sie erhalten Provision pro Wedro (oder Grad) des verkauften Spiritus. So bezieht man staatlichen Branntwein an Buffets der Dampfschiffe, Bahnhofstationen, Restaurants, Weinkeller u. a.

Das Verhältnis zwischen den staatlichen und privaten Verkaufsstellen gestaltet sich wie folgt:

Jahr	Zahl der Gouverne- ments	Verkaufsstellen				Zusammen
		private		staatliche		
		Zahl	%	Zahl	%	
1895	4	1 123	28,5	2 817	71,5	3 940
1896	13	6 349	38,3	10 228	61,7	16 577
1897	20	6 618	32,8	13 540	67,2	20 158
1898	35	9 922	36,9	16 974	63,1	26 896
1899	35	8 518	33,5	16 923	66,5	25 441
1900	43	9 353	32,4	19 520	67,6	28 873
1901	64	11 559	30,1	26 864	69,9	38 423
1902	71	12 683	30,8	28 449	69,2	41 132
1903	71	13 216	31,9	28 242	68,1	41 458
1904	75	13 512	32,0	28 749	68,0	42 261

In der Verwaltung des Branntweinmonopols, das sich jetzt über 75 Gouvernements erstreckt, ist ebenso wie in jedweder anderen russischen allgemeinstaatlichen Organisation strenge Zentralisation durchgeführt. Zugleich zog sie eine Aenderung in der inneren Organisation des Finanzministeriums nach sich ¹⁾.

Von den anderen vierzehn Abteilungen und Departements des Finanzministeriums ist die »Hauptverwaltung der indirekten Steuern und des Branntweinmonopols« ²⁾ unabhängig gestaltet. Diesem Verwaltungsorgan, an dessen Spitze der Verwaltungsschef steht, sind alle indirekten Steuern, darunter auch die Getränkesteuer, unterstellt. Eine besondere Verwaltungsbehörde bildet »der staatliche Getränkeverkauf«. Das höchste Organ der Monopolverwaltung ist der »Rat für den staatlichen Getränkeverkauf«, unter Vorsitz des Verwaltungsschefs oder des Gehilfen des Finanzministers. Diese Ministerialabteilung zerfällt in 7 Unterabteilungen, darunter 5 dispositive, 1 rechnerische und 1 statistische.

1) Allerh. best. Gutachten des R.-R. vom 6. V. 1896. Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Regierung 1896. Nr. 66. Art. 742.

2) D. h. Getränke-, Zucker-, Tabak-, Naphtha- und Zündholzakzise.

Es waren in der Hauptverwaltung beschäftigt ¹⁾

	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904
Personen:	318	370	386	409	422	433	439	451	455
deren Gehalt (in Taus. R.)	413	505	531	556	583	596	592	624	621

Die Dispositionen dieses Zentrums werden von den »Akziseverwaltungen« in den einzelnen Gouvernements usgeführt. Die Akziseverwaltung ²⁾, die der Leitung eines Akzisedirektors untersteht, zerfällt in Bezirksverwaltungen (»Okrug«, Bezirk), als Unterabteilungen, an deren Spitze ein Akziseinspektor steht. Bei jeder Gouvernements-Verwaltung ist aus ihren Beamten ein »wirtschaftliches Komitee« unter Vorsitz des Akzisedirektors gebildet, das alle Fragen der Monopolverwaltung des gegebenen Gebietes zu behandeln hat. Hier werden erörtert: Vergrößerung oder Verringerung der Ladenzahl, ihre Verteilung über das Gebiet, ihre Materialversorgung und anderes. Es werden hier auch die Kontrakte mit den Lieferanten einer Durchsicht unterworfen, kurz alle Angelegenheiten des Monopols werden hier im strengen Einklang mit den Zirkularvorschriften der Zentralbehörde behandelt.

Die Entscheidungen des wirtschaftlichen Komitees haben keine zwingende Kraft für die Dispositionen des Direktors ³⁾.

In allen Akziseressorts des Monopolgebietes waren beschäftigt: ⁴⁾

	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904
Personen:	8121	8588	9271	9617	9955	10 451	10 789	10 822	10 922
deren Gehalt (i. Taus. R.)	7393	8170	8826	9312	9891	10 444	11 039	11 227	11 242

In der Hauptverwaltung ist die gesamte Rechenschaftslegung konzentriert. In jedem Moment soll sich diese Behörde Rechenschaft geben können über alle Vorgänge, selbst der entferntesten Winkel des grossen Verwaltungsgebietes. Aus diesem Grunde soll sie in der Lage sein, den Materialankauf für den ganzen Rayon zu organisieren und das Produkt zweckmässig den einzelnen Orten zuzuführen. Sie soll das gestörte Gleichgewicht in der Material-

1) Bericht der Hauptverwaltung (HVW) 1904. Petersburg 1906.

2) Am häufigsten ein Gouvernement; doch können einer Akziseverwaltung auch mehrere benachbarte Gouvernements unterstellt werden, je nach Entwicklung der akzisepflichtigen Produktionen. (Akzisereglement [1901] Artikel 3.)

3) Verordnung des F.-M. v. 28. IV. 1898, Fin.-Anz. 1898. Nr. 18.

4) Bericht d. HVW. 1904. S. 28.

verteilung über das ganze Land hin wieder herstellen können durch die Anordnung, dass bestimmte Quantitäten von einem Gebiet ins andere übertragen werden. Sie revidiert schliesslich die Geschäftspraxis der einzelnen Unterabteilungen.

Die Verbindung zwischen dem Zentrum und den peripherischen Instituten ist streng durchgeführt. Die Post und der Telegraph tragen ununterbrochen die Berichte aus den entfernten Orten nach Petersburg und umgekehrt die Zirkulare, Verordnungen, Instruktionen vom Herzen dieses Systems nach seinen entfernten Gliedern.

Es ist daher nicht erstaunlich, wenn im Jahre 1899 in die Rechnungsabteilung der Hauptverwaltung eingegangen sind ¹⁾: 60 Jahresbilanzen, 3 Halbjahrsbilanzen, 16 Monatsbilanzen, 1 Wochenbilanz, im ganzen während des Jahres 310 Rechnungsberichte aus jedem Gouvernement, oder 8500 aus dem gesamten Verwaltungsrayon.

Die Zahl dieser Berichte ist zweifellos jetzt noch grösser, aber wenn auch die Zahl sich gleich geblieben wäre, so würden unter Berücksichtigung des seither erweiterten Monopolgebietes (75 Gouv.) in das Zentrum gegenwärtig ca. 23250 Rechnungsberichte in einem Jahr zusammenströmen.

2. Die Leitung des Monopols.

Das Geschäftsjahr wird vom Akzisedirektor des einzelnen Gouvernements damit begonnen, dass Nachrichten über den Stand der Getreide- oder Kartoffelernten gesammelt werden. Das vollbringen die Akzise-Verwaltungsorgane, andere Ministerialorgane und auch Private, wie die landwirtschaftlichen Vereine etc.

Wenn die Resultate klar zu Tage liegen, werden sie zu einer Zusammenstellung geordnet, die ein allgemeines Interesse beanspruchen kann. In dieser Uebersicht werden die Produktionskosten auf Grund der Ernteresultate berechnet, ferner die Herstellungskosten aller anderen Elemente des Brennereiwesens, Heizmaterial, Gebäude- und Arbeitsmittelabnutzung (6%), Arbeitslöhne, Kapitalverzinsung (4%), verschiedene Abgaben, Steuern, Versicherungsprämien, Unternehmergewinn (6% der Produktionskosten), und endlich wird auf Grund aller dieser Berechnungen ein entsprechender Preis des Spiritus vorgeschlagen, der für das folgende Jahr gültig sein soll. (S. Schema.)

¹⁾ Bericht der HVW. 1899. Petersburg 1900. S. 151—168.

Einzelne Gruppen im Gouvernemeut			Produktionskosten eines Wedro Spiritus zu 40 Proz.										Preise des Rohstoffes									
Zahl der Brennereien in jeder Gruppe.			Die vorgeschriebene Wedrozahl der Lieferung der betr. Brennerei an den Staat.										normale Preise									
Durchschnittl. Produktion einer Brennerei (Jahresproduktion der letzten 3 Jahre).			Jahrl. Produktion einer typisch. Brennerei.										kepeken									
Die vorgeschriebene Wedrozahl der Lieferung der betr. Brennerei an den Staat.			Jahrl. Produktion einer typisch. Brennerei.										Menge d. Rohmater. in Pud auf je 1 Wedro Spiritus									
Wedro zu 40 Proz.			Gehälter und Löhne										Kosten des Rohmaterials pro Wedro Spiritus									
			Erhaltung eines Eiskellers										Art des verwendeten Rohstoffes									
			Rechnungskosten										Minimalpreis									
			Leckage (Verluste an Spiritus)										Maximalpreis									
			Steuern und Abgaben (Komunal-, Samen-, woz., Gewerbe-, Adelsabgaben etc.)										Durchschnittspreis									
			Versicherungsuräumen																			
			Maschinenöl																			
			Kanzleiausgaben																			
			Amortisation und Reparaturen (6 Proz.)																			
			Verzinsung des Anlagekapitals																			
			Summe der angegebenen Kosten																			
			Art des verwendeten Rohstoffes																			

Alle diese Erwägungen nebst den dazu gehörigen Belegen werden von der Reichskontrolle nochmals untersucht und alsdann zur Bestätigung an die Hauptverwaltung nach Petersburg gesandt. Die Direktoren der Akziseressorts können zur Lösung der Preisbestimmungsfrage Zusammenkünfte in den Gouvernements mit den Brennern anberaumen und diese Fragen in den wirtschaftlichen Komitees erörtern. Natürlich sind die gefassten Beschlüsse nicht zwingender Natur.

Bevor die Zusammenstellung zustande kommt, stellt der Akzisedirektor die Quantität des voraussichtlichen Spiritusbedarfs schätzungsweise fest ¹⁾.

Der Jahresverbrauch			Durchschnitt der letzten 3 Jahre	Der voraussichtliche Bedarf für das Jahr 1906		
1902	1903	1904		Brannt- wein	Tafel- branntwein	zusammen
in Wedro zu 40 %						
1 464 470	1 616 226	1 620 130	1 566 942	1 565 500	4 500	1 570 000

Hier wird der Durchschnittsverbrauch während der letzten 3 Jahre als der zu erwartende Bedarf ohne Einschränkung angenommen. Die Hauptverwaltung unterwirft diese Schätzung einer eingehenden Prüfung und bestätigt sie.

Dadurch, dass dem Akzisedirektor der voraussichtliche Bedarf angegeben wird, ist er in der Lage, den gesamten voraussichtlichen Geschäftsgang des kommenden Jahres schätzungsweise darzustellen. Der Voranschlag kommt folgendermassen zustande.

Im ersten Bericht werden die Summen bestimmt, die für die Herstellung und Zustellung des Spiritus notwendig sind. In diesem Bericht wird als Norm die von der Hauptverwaltung bestätigte Verbrauchsmenge angenommen und diese mit dem Preise des laufenden Jahres multipliziert. Wenn für dasselbe Gouvernement nach seinen verschiedenen Kreisen verschiedene Preise Geltung haben, so wird der Endbetrag in gleicher Teilung ermittelt. So zum Beispiel wird in der Tabelle (Bericht Nr. 1, s. S. 24) 63 Kop. \times 1 200 000 Wedro und 60 Kop. \times 400 000 Wedro multipliziert. Im gleichen Bericht werden auch die Kosten für den Transport des Spiritus berechnet, wie auch der voraussichtliche

1) Instruktion d. F.-M. v. 19. IV. 1905. Fin.-Anz. 1905 Nr. 19.

Austausch von Spiritus zwischen den einzelnen Gouvernements untereinander in Einklang mit den Vorschriften gebracht.

Im folgenden Bericht Nr. 2 (Seite 25) wird der zweite Vorgang, die Rektifikation des Spiritus behandelt. Hier werden bis ins kleinste Detail alle zu erwartenden Kosten der Rektifikation und der Lagerung berechnet. Die zu Grunde gelegte Quantität ist das in der vorigen Tabelle ermittelte Quantum Rohspiritus; hiervon wird in Abzug gebracht der sich bei der Rektifikation ergebende Rückstand und das Ergebnis multipliziert mit dem im vorhergehenden Jahre in Geltung gewesenen Preise.

Nicht weniger eingehend befasst sich der folgende Bericht Nr. 3 (Seite 25) mit den Kosten der Filtrierung, der Auffüllung, Verkorkung, d. h. der Ausstattung der Flaschen bis zur Verkaufsfähigkeit.

Unabhängig davon werden die Herstellungskosten für Flaschen Kisten, Körbe und Fässer berechnet, Bericht Nr. 4 (Seite 26). Diese Schätzung muss berücksichtigen, ob ein ausreichender Gerätevorrat vorhanden ist oder nicht. Im ersten Falle ist zu berechnen, welche Abzüge voraussichtlich auf Bruchverlust und Reparaturausgaben entfallen. Zu diesem Zweck wird aus dem Vorjahrsbericht das Verhältnis entnommen, das zwischen dem verkauften Branntwein und dem Wert der nicht zurückerstatteten Flaschen besteht. Hierzu wird der durchschnittliche Bruchverlust pro Wedro hinzuaddiert und diese Summe mit der voraussichtlichen Wedrozahl des Berichtes Nr. 3 (Seite 25) multipliziert. Wenn bereits ein Fehlbetrag an diesen Materialien festgestellt wird, so wird auch dieser Betrag zu den Kosten hinzuaddiert, wobei die Kosten der Flaschen pro Wedro berechnet werden durch Feststellung der Flaschenkosten bei Verteilung eines Wedro auf 40 Flaschen.

Bericht Nr. 1.

Der voraussichtliche Konsum in Wedro zu 40 %	1 570 000.
Gemäss der Verordnung der Hauptverwaltung vom (Datum und Nr.) sind vorzubereiten	1 703 450.

	Wedrozahl von Spiritus	Preis pro Wedro in Kopeken	Betrag	
			R.	K.
	1 200 000	63	756 000	—
	400 000	60	240 000	—
	1 600 000	—	996 000	—
Transportkosten des Spiritus			36 800	—
			1 032 800	—

Ausserdem wird die Akziseverwaltung von anderen Verwaltungen an Spiritus erhalten
an andere Verwaltungen abgeben

314 124
210 674
103 458 Wedro.

$$[1\,600\,000 + 314\,124 - 210\,674 = 1\,703\,450].$$

Bericht Nr. 2.

Rektifikations- anstalten (Nr. und Ort)	Die zu rektifizierende Menge	Die bei der Rektifikation entstehenden Rückstände	Menge des reinen Spiritus (Rektifikat)	Kosten der Rektifi- kation	
				pro W.	Betrag
	Wedro	zu 40 % Alkohol		Kop.	Rubel
Nr. 315 in A.	854 326	15 000	843 246	8	67 460
etc.		u. s. f.			
Sa.	1 594 326	35 000	1 565 246	—	168 160
				Lagerung	5 360
					<u>173 520</u>

Bericht Nr. 3.

Die voraus- sichtl. Jahres- pro- duk- tion	Produk- tions- kosten eines Wedro	Gesamt- produk- tions- kosten	Voraus- sichtl. Produk- tion des Tafel- brannt- weins	Produk- tions- kosten des Tafel- brannt- weins pro Wedro Kopeken	Gesamt- kosten des Tafel- brannt- weins	Be- heizung und Be- leuchtung von Lagern	Gesamt- ausgaben für Brannt- wein und Tafel- brannt- wein	Anmerkungen
Wedro	Kopeken	in Rubel	Wedro					
576 500	13,970	220 237	86 500	56,880	49 201	16 547	285 985	

Die Kosten der Verteilung des Branntweins und des Transports der zurückerstatteten leeren Flaschen werden in Bericht Nr. 5, die Unterhaltungskosten der Rektifikationsinstitute und der Läden in den Berichten Nr. 6 und 7 berechnet.

Alle Angaben der angeführten Berichte werden zu einem Endresultat zusammengefasst. (N. 8. S. 28.) Die zu erwartenden Einnahmen sind in dem kurzen letzten Bericht einer Schätzung unterworfen. (s. Nr. 9, Seite 28.)

3. Die Bestreitung der Verwaltungskosten durch die Reichsfinanzen.

Auf Grund der aus allen Gouvernements zusammenströmenden Berichte kann sich die Haupt-Verwaltung ein Bild von dem bevorstehenden Geschäftsjahr des Monopols machen. Die Berichte dienen ihr als Grundlage der Berechnung der voraussichtlichen Ausgaben, zu deren Deckung die Hauptverwaltung

Bericht Nr. 4.

Der voraussichtliche Branntweinbedarf													
Die Ausgabe für Flaschen pro Wedro des Umsatzes													
1		2		3		4		5		6		7	
1570 000		1,817		3,001		4,818		75 643		102 000		3,9349	
Kopeken						Rubel		Wedro		Kopeken			
Kosten der nicht zurücker- statteten Flas- chen						Bruchschäden		Summa		Herstellungskosten aller Flaschen			
										Für andere Akzisever- waltungen			
										Durchschnittliche Kosten einer Flasche von $\frac{1}{40}$ Wedro			
										Die Produktionsko- sten einer Flasche pro Wedro			
										An andere Akzisever- waltungen abgegeben an Flaschen			
										Die von anderen Akzise- verwaltungen zu bezie- hende Menge Spiritus			
										Die Summe der von anderen Akziseverwal- tungen zu beziehen- den Flaschen			
										Durchschnittliche Ko- sten der Flaschen. Spalten 5 9—11.			
						Rubel				Reparaturen von Holz- gefäßen			
										Summe der Ausgaben			
13		14											
9850		231 871											

Bericht Nr. 6.

Die Reifikations- Anstalten	Der voraussicht- liche Umsatz der Lager 1906	Gehälter der Angestellten	Betriebsausgaben					Gesamtsumme der Ausgaben
			Wohnungs- gelder der Angestellten	Miete der Monopol- räume	Die Wasser- versorgung der Lager	Kanzlei- Ausgaben	Wächter	
Lager Nr. 1								
Lager Nr. 2								
u. s. w.								
Summe		157 620			u. s. w.			78 090

Bericht Nr. 7.

35	Höchstmass der Ladenzahl	
235	Tatsächliche Ladenzahl	
1475	Die voraussichtliche Ladenzahl	
1475		
554 780 543 000 64	Rubel	Gehälter der Verkäufer Maximalnorm Tatsächlicher Gehalt
2		Anzahl
		Davon Reserve
94 800	Rubel	Gehälter der Kassierer Ausgabe
40		Anzahl
9600	Rubel	Gehälter der Kassierergehilfen Ausgabe
8 661 200 —	Anzahl der Gehilfen	
230 705	Gesamtausgabe für Gehälter der Verkäufer und Kassierer	
48	Die Jahresmiete pro Laden	
66 768 2000	Miete	für alle Läden
1500	Beheizung u. Beleuchtung	Maximalnorm für einen Laden
1900		für alle Läden
302 873	Kleine Nebenausgaben für Lampen u. s. w.	
	Einrichtungen für neueröffnete Läden	
	Porto	
	Gesamtausgaben	

Bericht Nr. 8.			Bericht Nr. 9.		
§	Benennung der Ausgaben	R. K.	Benennung der Einnahmen	R. K.	
1	Lt. Bericht Nr. 1	1 032 800 —	1	Von Verkauf der Getränke	
2	Lt. „ 2	459 505 —	a)	Branntwein	
	u. s. w.		b)	Tafelbranntwein	
			2	Kommissionsverkauf	
			3	Flaschenverkauf	
			4	Zufällige Einnahmen	
			(Verkauf v. Rückständen etc.)		
			5	von denaturiertem Spiritus	
	Summa	3 589 312 —		Summa	

eine bestimmte Summe aus dem ordentlichen¹⁾ Ausgabenbudget des Reiches zugewiesen erhält. Die gesetzlich²⁾ der Monopolverwaltung zur Verfügung gestellte Summe wird auf die Provinzialverwaltungen des Monopols entsprechend verteilt. Nachdem den Akzisedirektoren die auf sie entfallende Summe bekannt gegeben ist, nehmen sie die Verteilung auf die einzelnen ihnen unterstellten Bezirke entsprechend deren Bedürfnis vor. Von Zeit zu Zeit erstatten die Vorsteher der einzelnen Bezirke, die Akziseinspektoren, Berichte über den Stand ihrer Finanzen an die Akzisedirektoren. Das setzt den Akzisedirektor in den Stand, die Finanzmittel innerhalb des Gouvernements von Bezirk zu Bezirk zu regulieren. Sofern die Mittel im Gouvernement nicht ausreichen, wendet sich der Akzisedirektor an die Hauptverwaltung und bemüht sich, eine Ergänzung des ihm gewährten Zuschusses zu erlangen; hierbei wird er natürlich sein Gesuch ausreichend zu begründen haben (ein unvorhergesehener Bedarf kann entstehen durch Ausbesserung beschädigter Gebäude, Eröffnung neuer Läden u. a.).

Von Zeit zu Zeit geben auch die Akzisedirektoren als Gouvernementsvorsteher ihrerseits eingehende Finanzberichte (nach vorgeschriebenem Formular) an die Hauptverwaltung, damit diese Gelegenheit hat, eine entsprechende Regulierung der Finanzmittelverteilung zwischen den einzelnen Gouvernements vorzunehmen³⁾.

1) Im Ausgabenbudget für das Jahr 1908 sind die Ausgaben der Hauptverwaltung des Monopols in 16 §§ (§ 95 bis 110) zerlegt. Die Filialion des russischen Budgets wird jetzt reformiert; deshalb lasse ich die Darstellung und Kritik derselben betr. die Monopolausgaben beiseite.

2) Jetzt von der Reichsduma bestätigt Art. 31 b d, R.-Duma-Ordng. 20. II. 1906.

3) Zirk. d. HVW, v. 10. VIII. 1899, Nr. 439.

Bericht über den Stand der Finanzmittel im Gouvernement 19 . .

§§ der Ausgabe im Reichsbudget	Benennung der Ausgabe	Zugewiesen für das Jahr	Wiederholt zugewiesen	Ueberwiesen von anderen Gouvernements	Zusammen	Ausgegeben		Ueberwiesen an andere Gouvernements	Zusammen	Ueberwiesen an die Hauptverwaltung Petersburg	Vorhandene Finanzmittel	Anmerkungen
						Im Laufe des Jahres	vom 1./I. bis 1./III.					

Um zu begreifen, wie die Zahlungen an und für sich vor sich gehen, muss man sich die allgemeine Organisation des russischen Kassenwesens klar machen.

Bis zu den 60er Jahren hatte in Russland jedes Organ der Verwaltung seine spezielle Einnahme- und Ausgabekasse ¹⁾. Diese Dezentralisation war sehr umständlich und wurde durch die allgemeine »Kasnatscheistwo«, Rentei, (Gesetz v. 22. Mai 1862) ersetzt. Die Rentei hat ihre Filialen in Städten (Gouvernements-Kasnatscheistwo und Kreis-K.). Das Gouvernements- und Orts-Rentamt, sowie das Hauptrentamt (Petersburg) werden als Ausgabekasse, das Kreisrentamt als Einnahmekasse bezeichnet. Die Kasnatscheistwo werden von den Kameralhöfen verwaltet. Alle Einnahmen der Regierung (Steuern, Abgaben, Gebühren etc.) bewirken die Kreisrentämter; die Gelder fließen dann in die Gouvernementsämter; dort bestreitet man vor allem die Staatsausgaben des betreffenden Gouvernements. Der Rest wird entweder an andere Kasnatscheistwos (nach Verordnung der Kameralhöfe) oder an die Reichsbank (Zentrale oder Filialen) überwiesen.

Die Ausgaben werden nach den Vorschriften (»Assignment«) der verschiedenen Verwaltungsinstitute ²⁾ aus den für die betreffenden Institute angewiesenen Summen (»Krediten«) bestritten. Die Buchung erfolgt in den Kasnatscheistwo nach den Regeln der einfachen Buchführung. Im Kassabuch kommen alle Einnahmen und Ausgaben zu stehen, die dann in das Haupt-

1) Vgl. L. Chodski, Polit. Oekonomie und Finanzen. 3. Aufl. Petersburg 1903 (russisch) S. 659.

2) Die Post, Telegraphie, sowie die Eisenbahnen haben eigene Kassen.

buch und in die Konten der verschiedenen Verwaltungsressorts übertragen werden.

Jedes Organ der Verwaltung, ob es nun das Getränkewesen oder das Schulwesen ist, hat also in dem Kasnatscheistwo (das wir in Uebereinstimmung mit der Bedeutung des russischen Wortes Staatskasse nennen wollen) seinen gemeinsamen Rechnungsführer. Nimmt ein Institut, wie das Monopol, Gelder ein, so überweist es diese an die Staatskasse. Hat es dagegen Ausgaben zu machen, so weist es sie mittels Anweisungen auf die Staatskasse an.

4. Die Vollzugsorgane des Monopols.

Die administrative Tätigkeit in dem Verwaltungssystem des Monopols ruht in der Hauptsache auf den Schultern der Akzise-Beamten, während die exekutive speziellen Organen anvertraut ist. Die zur Ausführung der Arbeiten notwendigen Personen werden vom Akzisedirektor auf bestimmte Zeit gegen einen mit den Anzustellenden zu vereinbarenden Gehalt angestellt.

Die Angestellten sind von den Beamten zu unterscheiden. Der Unterschied ist hauptsächlich staatsrechtlicher Natur. Die Staatsbeamten (also auch die Akzisebeamten) sind dem Zaren untergeordnet, sie sind deshalb Mitglieder der Regierung, Träger der Staatsgewalt, und als solche haben sie besondere Pflichten und Rechte dem Staate gegenüber¹⁾. Sie sind verpflichtet »dem Selbstherrscher treu zu dienen und die Interessen der Selbstherrschaft zu wahren«. Ihr Dienst ist ihre Pflicht. Sie können ihn nicht ohne Genehmigung derer aufgeben, die sie in Dienst genommen haben. Sie besitzen das Recht auf materielle Vergütung (auf den durch das Gehaltsregulativ festgesetzten Gehalt, abgestuft nach Rängen (»Tschin«) auf die ihm entsprechende Pension). Sie geniessen besondere Rechte (z. B. des besonderen Schutzes, sie sind vom Militärdienst befreit), und werden in Russland ohne Genehmigung ihrer Vorgesetzten nicht zur gerichtlichen Verantwortung gezogen²⁾. Zu diesen allgemeinen staatsrechtlichen Erwägungen ist noch zu bemerken, dass in Russland der Staatsdienst früher ein ausschliessliches Privilegium einiger

1) Vgl. *Korkunow*, Das russ. Staatsrecht, Band I. Petersbg. 1905 (russ.) S. 377.

2) Dies bezieht sich auch auf die Angestellten im Monopol. Vgl. § 11 der Verordnung v. 25. VI. 1897, Nr. 121.

Stände (des Adels) und Konfessionen (der Orthodoxen) war¹⁾, und es jetzt noch bis zu gewissem Grade ist.

Die Angestellten sind keine Staatsbeamten, sie sind Privatpersonen, die bloss die Vorschriften der Regierung (als Unternehmerin) vollziehen, aber keine Organe der Regierung, keine Träger der Staatsgewalt.

Als Arbeitgeberin erscheint hier die Regierung. Alle Angestellten werden vereidigt. Es wird mit ihnen ein besonderer Vertrag geschlossen und die Urkunde darüber in der üblichen Weise gestempelt (d. h. mit entsprechenden Stempelmarken versehen). Die Mehrzahl der Angestellten hat eine Kautions von vorgeschriebener Höhe zu hinterlegen.

Das Personal verteilt sich auf folgende Anstalten des Branntweinmonopols:

1. die Hauptverwaltung,
2. die Gouvernements- und Bezirksverwaltungen,
3. die Rektifikationsanstalten und Spirituslager und
4. die Läden und Reservemagazine.

Die Angestellten in der Hauptverwaltung bestehen in der Hauptsache aus Schreibern, Statistikern und sonstigen Bureauangestellten; ihre Zahl ist jedoch gering, obwohl nach der jeweiligen Arbeitsmenge schwankend (vor den Schätzungs- und Bilanzierungszeiten höher)²⁾. Einen ähnlichen Charakter tragen die Angestellten in den Gouvernements- und Bezirksverwaltungen, wenn ihnen auch eine grössere Bedeutung zukommt. Sie setzen sich in der Hauptsache aus Buchhaltern, Rechnungsführern, Registratoren, Monteuren (bei der Rektifikationsanstalt), Spezialisten des Brennereiwesens etc. zusammen.

In den Rektifikationsanstalten und Spirituslagern gibt es, abgesehen von Arbeitern, 14 bis 20 Angestellte, je nach der Grösse und dem Umsatz der Anstalten oder Lager. Sie zerfallen in folgende Gruppen (Tab. S. 32).

1) Vgl. Artikel »Staatsdienst« im russischen Brockhaus-Lexikon. (Historische Uebersicht).

2) Bericht der HVW. 1899. Seite 158—168. In den Berichten der HVW bis 1899 sind die Angaben über die Angestellten sehr ausführlich. Die neueren Berichte sind sehr knapp, und es ist mir deshalb unbekannt, ob in der HVW. noch z. Z. angestellte Personen tätig sind. Die Zahl der Angestellten 1901—1902 (nach den Berichten d. HVW.) stimmt nicht mit der in den Berichten der Pensionsversicherung angegebenen Zahl überein. (Bericht der Pensionsversicherung 1901. Band 2 (Petersburg 1903) und für d. Jahr 1902 Band II (Petersburg 1904).

Gruppen	In Lagern mit einem jährl. Umsatz von					
	400 000 bis 700 000 Wedro ¹⁾			200 000 bis 400 000 Wedro		
	Zahl	Gehalt (Rubel)	Wohnungsgeld (Rubel)	Zahl	Gehalt (Rubel)	Wohnungsgeld (Rubel)
Leiter (eines Lagers oder einer Rektifikationsanstalt,)	1	2500	625	1	2000	500
Gehilfe des Leiters	5	1500	375	3	1200	300
Kontorist	1	1200	300	1	1000	250
Zweite Kontoristen	2	600	—	2	450	—
Kellermeister	1	1000	250	1	800	200
Gehilfen des Kellermeisters	3	540	—	2	480	—
Kohlenmeister (bei der Holzkohle)	1	480	—	1	480	—
Maschinist	1	1200	300	1	1200	300
1. Gehilfe d. Maschinist.	1	800	—	1	800	—
2. „ „ „	1	600	—	1	600	—
Reserveverkäufer ²⁾	2	300	—	2	300	—

Die meisten Angestellten erhalten entweder Wohnungsgelder oder unmittelbar mit den Lagern verbundene Wohnungen.

Den Rektifikationsanstalten stehen nur der Leiter und einige verantwortliche Gehilfen vor. Bei jedem Lager sind auch zur Einkassierung der aus den ihnen unterstellten Läden abzuführenden Beträge besondere Kassierer angestellt. Die Zahl der Kassierer hängt von der Zahl und der Entfernung der Läden ab.

Der Lagerleiter hat die Oberaufsicht über sämtliche Vorgänge auf dem Lager. Er sorgt für regelmässigen Geschäftsgang und ausreichende Versorgung mit dem Rohstoff, indem er rechtzeitig bei der Akzisebehörde darum einkommt. Er verteilt die Arbeit unter die Angestellten, sorgt für die Richtigkeit der Arbeit, indem er sich von dem verantwortlichen Personal Bericht erstatten lässt.

Die Vorsteher der einzelnen Abteilungen, wie Kellermeister, Maschinisten etc. sind für ihre Abteilungen verantwortlich, sie disponieren über die Arbeitsverteilung unter den ihnen unterstellten Arbeitern und stellen die Arbeitspläne in Uebereinstimmung mit den Anordnungen des Lagerleiters auf.

1) Für die Lager mit einem jährlichen Umsatz von über 700000 Wedro werden die Gehaltsmaxima von der Hauptverwaltung besonders vorgeschrieben. Zirk. v. 7. VIII. 1899, Nr. 438.

2) Die Reserveverkäufer scheinen jetzt einen Tagelohn zu bekommen. Zirk. v. 16. IV. 1907, Nr. 1596.

Die Tätigkeit eines jeden Arbeitsleiters ist durch Vorschriften der Hauptverwaltung (Petersburg) geordnet, die einerseits die Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräfte, andererseits die Ausnutzung des Rohstoffes regeln.

In untergeordnetem Verhältnis zum Lagerleiter stehen auch die in Läden postierten Verkäufer. Die letzteren leiten den Laden selbständig und legen dem Lagerleiter oder dem von diesem entsandten Kassierer vollständige Rechnung ab. Die Verkäufer erhalten eine mit dem Laden verbundene Wohnung; es dürfte hiervon kaum eine Ausnahme geben. Als solche Ladenverkäufer werden sowohl Männer als Frauen angestellt. Wie sich die Zahl der angestellten Frauen zu der der Männer verhält, zeigt folgende Tabelle:

	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904
Zahl d. Verkäufer	2858	10 315	13 748	17 226	17 069	19 571	26 895	28 855	28 835	29 288
davon Frauen	296	1 442	2 199	3 286	3 527	4 146	6 399	7 172	7 413	8 111
% d. Gesamtzahl	10,4	14,0	16,0	19,1	20,7	21,2	23,8	24,9	25,6	27,7

Die angestellten Verkäufer nach ihrem früheren Beruf (1898).

Berufsklassen:

	Schankgewerbe: Selbständig	Schankgewerbe: Unselbständig	Militärpersonen	Staatsbeamte	Kommunalbeamte	Lehrer, Aerzte, Techniker etc.	Kontor- Angestellte	Handwerker (und überh. Gewerbe)	Handelsgewerbe	Landwirtschaft	häusl. Bedienung	Sonstige	Summa
Zahl: davon	35	681	575	198	97	919	1978	1658	1252	4656	619	4558	17226
Frauen	3	30	—	—	—	506	95	260	106	95	16	2175	3286
in %	4,2%	3,7%	—	2,0%	—	5,3%	11,5%	9,6%	7,3%	2,7%	3,6%	26,0%	100%

Eine Reihe von früheren Beamten, Militärpersonen, ihre Witwen und besonders die im letzten Kriege invalide gewordenen haben eine Anwartschaft auf diese Stellungen. In grösseren Läden werden Hilfspersonen angestellt¹⁾. Den Verkäufern ist es freigestellt, sich von ihren Familiengliedern helfen zu lassen, insofern diese volljährig sind: natürlich lastet die Verantwortlichkeit für sie auf dem Verkäufer. Die Verkäufer sollen eigentlich lesen und schreiben können, doch ist dies nicht immer der Fall.

1) Zirk. v. 12. IX. 1898, N. 290, Fin.-Anz. 1898 N. 38.

Im Jahre 1898¹⁾ befanden sich unter den 17 226 Verkäufern 16 Personen (8 Männer und 8 Frauen), die akademische Bildung genossen hatten, 10 ehemalige Studenten und 20 Analphabeten; 23 % gehörten den privilegierten Ständen an, 85 % waren Orthodoxe, 84 % Russen, 83 % Verheiratete, 39,4 % besaßen unbewegliches Vermögen, 87,6 % waren im Alter von 22 bis 50 Jahren und 12,0 % über 50 Jahre.

Das den Verkäufern gewährte Gehalt hängt von der Grösse des erzielten Umsatzes und von der Schwierigkeit des Geschäftsbetriebes ab (z. B. grösserer Verkauf in den kleinsten Flaschen, grössere Entfernung vom Laden und ähnliches)²⁾. Die vom Gesetze vorgeschriebenen Maxima schwanken zwischen 360 und 700 R.³⁾. Tatsächlich werden die Gehaltsmaxima (für sämtliche Angestellten der Monopolverwaltung) selten erreicht. Die Regierung lässt sich mit jedem Neuanzustellenden in ein Feilschen über die Gehaltsgrösse ein, um für sie möglichst vorteilhafte Minima zu erpressen. Das ging so weit, dass sich der Finanzminister veranlasst sah, dieses Verfahren einzuschränken, da nach seinen eigenen Angaben das Gehalt statt der vorgeschriebenen 360 Rubel sich tatsächlich oft nur auf 180, ja selbst auf 144 Rubel jährlich belief⁴⁾.

Die Ladenleiter müssen eine Kautions hinterlegen, die ihrer Stellung entspricht. Wie sich die Kauttionen der verschiedenen Angestellten zu einander verhalten, ist aus folgender Aufstellung ersichtlich⁵⁾:

1. Kassierer im Lager von 3000 bis 5000 Rubel
 2. » für die Läden 1000 bis 5000 »
 (Bei Anstellung eines Artels nach Uebereinkunft)⁶⁾.
 3. Verkäufer von 50 % bis 100 % des Jahresgehalts.
- Die Kauttionen werden in der Rentei deponiert.

1) Statist. Bericht 1897/8 (Petersburg 1901!) S. 82 ff., 270—290. In den neueren Berichten vermisste ich leider derartige Angaben.

2) Zirk. v. 19. VII. 1900 N. 588, F.-Anz. 1900 N. 31.

3) 360 Rub. bei einem Umsatz von bis 1500 Wedro, 540 Rub. bei einem Umsatz von 1500—3000 W., 700 Rub. bei einem Umsatz von über 3000 W. jährlich.

4) Zirk. d. Finanzminister Witte v. 7. III. 1901 N. 681. Fin.-Anz. 1901 N. 10.

5) Zirk. v. 19. XI. 1897 N. 178, Fin.-Anz. 1897 N. 47.

6) Es waren 1902: 31%, 1903: 37% und 1904: 36% aller Kassierer Mitglieder von Börsenartels.

An diese Betrachtungen über das angestellte Personal schliesse ich einen Ueberblick über die auszuführende Arbeit und ihre Träger an.

Es werden Arbeiter zur Ausführung laufender und zeitweiliger Arbeiten angeworben.

Mit den Festanzustellenden werden nach halbjährigem Probendienst Verträge auf Jahresgehalt geschlossen; den für Zeitarbeit Angeworbenen werden Monats-, Wochen- und Tagelöhne gewährt.

Der Arbeitstag ist für alle Arbeiter auf 10 Stunden festgesetzt. Im Jahre 1904 wurde durch Rundschreiben vom 3. Dez. (Nr. 1277) den Akzisedirektoren vorgeschlagen, den 9stündigen Arbeitstag in allen Betrieben einzuführen, wo dies nach der Zusammensetzung der Arbeiten ohne Verlust zu bewirken ist¹⁾. Es ist darunter jedoch ein längerer Arbeitstag zu verstehen, da stets die für das Aufräumen notwendige Zeit, mitunter auch die Ruhepausen in Abzug gebracht werden.

Ueber die Gründe der Neuerung lässt der Finanzminister nichts verlauten, aber bereits das Datum des Erlasses gibt eine ausreichende Handhabe zu Vermutungen.

Einige flüchtige Worte des offiziellen Berichtes lassen erkennen, dass in Monopollagern auch nachts gearbeitet wird. Darüber ist leider nichts Näheres in der gesamten amtlichen Literatur zu finden.

Ebenfalls ist mir unbekannt geblieben, ob auch Ueberstunden-Arbeit in den Lagern stattfindet.

Die Arbeitslöhne wurden früher zweimal monatlich und werden gegenwärtig²⁾ wöchentlich ausbezahlt. Die Auszahlung selbst vollzieht sich in folgender Weise: Der Lagerleiter erstattet der Akziseverwaltung rechtzeitig einen Forderungsbericht³⁾ über die benötigten Gehälter- und Lohnsummen. Zum bestimmten Tage erhält der Lagerleiter eine Anweisung auf die Staatskasse; die Gelder werden von einem Kontorangestellten ausbezahlt, wobei ein jeder über die erhaltene Geldsumme zu quittieren hat, wie aus der letzten Spalte des Forderungsberichtes (S. 36) ersichtlich ist.

Die Richtigkeit der Auszahlung wird durch eine besondere Kommission geprüft, und das Resultat der Prüfung auf dem

1) Fin.-Anz. 1904 N. 50.

2) Zirk. v. 2. VII. 1905 N. 1375.

3) Zirk. II. IV. 1902 N. 885. Ursprünglich monatlich. Ver. v. 6. X, 1894, Artik. 5.

Forderungsbericht.

Laufende Nr.	Familiennamen	Monatliches Gehalt	Der durch diesen Arbeiter verursachte Verlust	Vom Gehalt ist abzuziehen						Gesamtanzug	Auszahlungen sind	Quittung des Empfängers
				für Pensionskasse								
				sonstige Abzüge								
				6 % des Gehaltes	10 % als Eintrittsbeitrag	bei Vergrößerung des Gehaltes	Von Gratifikationen	Freiwillige Beiträge	Gesamtanzug für die Pensionskasse			

Scheine vermerkt. Die Kommission besteht aus dem die Auszahlung besorgenden Kontorangestellten, dem Akzisebeamten, der über das betreffende Spirituslager die Aufsicht führt, dem Lagerleiter und einem von der Arbeiterschaft gewählten Mitgliede. Besondere Anordnungen¹⁾ zur Auszahlung der Löhne und Gehälter in Sonderfällen sehen verschiedene Fälle voraus, berücksichtigen, wenn es sich um eine Krankheit handelt, die Art und Dauer der Erkrankung, die Familienverhältnisse etc. Werden die Arbeiter zum Reservemilitärdienst eingezogen, so erhalten sie ihren Lohn für diese Zeit, und die von ihnen zu verrichtenden Arbeiten werden anderen, bereits im Dienste befindlichen, nicht neuangestellten Arbeitern zugewiesen²⁾.

Im Falle der Verringerung des Arbeiterbestandes oder der Schliessung des Ladens (oder Lagers) werden den angestellten Personen und Arbeitern nach Möglichkeit andere Posten zugewiesen, andernfalls wird ihnen für die Entsetzung eine Extravergütung zugesprochen. Bei einer zurückgelegten Dienstzeit bis zu 2 Jahren zahlt man ihnen ein doppeltes Monatsgehalt aus, für jedes weitere Dienstjahr beläuft sich die Extrabelohnung auf ein Monatsgehalt mehr; jedoch übersteigt sie nicht das Halbjahres-Gehalt³⁾. Natürlich umfasst das Dienstpersonal nur die Angestellten und ständigen Arbeiter.

Jeder Bedienstete des Monopols hat den Anspruch, im Krankheitsfalle auf Staatskosten 2 Monate lang behandelt zu werden; in besonderen Fällen kann eine solche Krankheitsbe-

1) Zirk. v. 13. VI. 1897, N. 118, F.-A. 1897, N. 25; Verordnungen v. 11. Febr. 1897, Art. 5, 9 und 10.

2) Zirk. v. 8. VII. 1898 N. 269, ferner Zirk. v. 7. VIII. 1899 N. 438, F.-A. 1899 N. 33.

3) Zirk. 12. I. 1898 N. 197, F.-A. 1898 N. 3.

handlung vom Akzisedirektor bis zu 6 Monaten gewährt werden. Die durch Betriebsunfälle verursachten Gesundheitsschäden werden ihren Kosten nach vom Staate bis zur völligen Wiederherstellung des Verunglückten getragen ¹⁾).

Jedes Lager verfügt über ärztliche Hilfe, die den Angestellten unentgeltlich zuteil wird.

Urlaub kann nur selten und das nur mit Erlaubnis des Akzisedirektors bis zu 2 Monaten erteilt werden ²⁾).

Alle Bediensteten (die Aerzte kommen nicht in Betracht) verfügen über den Genuss einer allerhöchst bestätigten Pensionsversicherung ³⁾).

Für jede Uebertretung eines Gesetzes oder einer Verwaltungsvorschrift, wie für verursachte Bruchschäden sind die Bediensteten verantwortlich und strafpflichtig. Die Strafe wird zunächst nach Berücksichtigung des der Verwaltung erwachsenen Schadens bemessen. Die über Schadensdeckung hinausgehenden Strafbeträge werden zu einem Fond vereinigt, dessen Genuss mit Genehmigung der Hauptverwaltung oder des Akzisedirektors, wenn es sich um kleinere Summen handelt, der Arbeiterschaft für besondere Fälle zusteht.

Die Gesamtzahl der Bediensteten in den Instituten des Monopols machen folgende Tabellen ersichtlich.

Die Angestellten.

Jahr	Zahl der Gouvernements.	In der Hauptverwaltung und den Akziseressorts.	In den Lagern				Auf je 1 Lager.	Verkäufer (in den Läden)		Gesamtzahl der Angestellten.
			Leiter und Gehilfen.	Kassierer.	Sonstige Angestellte (Kontorpersonal).	Gesamtzahl.		Zahl.	Davon Frauen in %.	
1895	4	72	186	134	238	558	7	2858	10,4	3488
1896	13	265	614	502	870	1986	9	10315	14,0	12566
1897	20	425	819	733	1308	2860	10	13748	16,0	17033
1898	35	577	849	985	1554	3388	10	17226	19,1	21191
1899	35	385	760	933	1387	3080	9	17069	20,7	20534
1900	43	168	800	1166	1445	3411	10	19571	21,2	23150
1901	64	285	1064	1685	1968	4717	13	26895	23,8	31897
1902	71	267	1128	1825	2158	5111	13	28855	24,9	34233
1903	71	256	1124	1822	2144	5090	14	28835	25,7	34181
1904	75	260	1131	1844	2123	5098	14	29228	27,7	34586

1) Zirk. v. 1. April 1899 N. 379, F.-Anz. 1899 N. 15.

2) Nur seit 24. VIII. 1907 (Zirk. der HVW. N. 1634; Fin.-Anz. 1907 N. 35); früher nur bis 1 Monat. Vergleich: Zirk. v. 13. VI. 1897 N. 118, F.-A. 1897 N. 25.

3) Darüber näher S. 75—78.

Die Arbeiter.

Jahr	Ständige		Unständige		Gesamtzahl	Arbeiter in je 1 Lager
	Zahl	%	Zahl	%		
1901	29436	39,0	45974	61,0	75410	197,9
1902	28629	40,0	42239	60,0	70868	184,1
1903	28470	38,5	45534	61,5	74004	197,0
1904	27355	38,5	43995	61,5	71350	188,2

Hauptsächlich werden also unständige Arbeiter beschäftigt.
Nur 40 % aller Arbeiter sind fest angestellt.

Die ständigen Arbeiter.

(exkl. Commis, Aufwärter etc.)

Jahr	Erwachsene				Minderjährige ¹⁾				Gesamtzahl ständ. Arbeiter	Auf je 1 Lager
	Männer	Frauen	Zusammen	% der Gesamtzahl	Knaben	Mädchen	Zusammen	% d. Gesamtzahl		
1902	9766	13708	23474	99,5	78	37	115	0,49	23589	61,6
1903	9499	13951	23450	99,6	49	38	87	0,37	23537	62,7
1904	8997	13611	22608	99,5	72	43	115	0,50	22723	60,2

Die meisten sind also Frauen (ca. 60 % der Gesamtzahl);
Minderjährige sind relativ wenige beschäftigt (0,3—0,5 %).

Die Frauen sind hauptsächlich bei der Reinigung der Flaschen,
sowie bei der Abfüllung und beim Fertigstellen der Flaschen
beschäftigt. Die Arbeit erfordert grosse Geschwindigkeit und
grosse Geduld. Beim Reinigen der Flaschen muss der auf der
Flasche befindliche alte Siegelack sorgfältig abgenommen und
gesammelt werden, zwecks weiterer Verwendung.

Das Waschen der Flaschen (mit heissem Wasser) und das
mehrmalige Spülen ist sehr mühsam. Beim Abfüllen der Flaschen
benutzen die Frauen besondere Maschinen.

Bei allen diesen Arbeiten werden auch Kinder beschäftigt.

Dieselben Arbeiten werden auch von den unständigen Ar-
beitern verrichtet. Bei ihnen sind zwei Kategorien zu unter-
scheiden:

1. die mehr als einen Monat beschäftigten,
2. die Tagelöhner.

Die Zahl der unständigen Arbeiter sowie die Beteiligung
von Frauen und Minderjährigen ergibt folgende Tabelle:

¹⁾ D. h. unter 15 Jahre.

Mehr als 1 Monat beschäftigte:

Jahr	Gesamtzahl dieser unständigen Arbeiter	Darunter							
		Erwachsene				Minderjährige			
		Männer		Frauen		Knaben		Mädchen	
		Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
1902	9591	4123	43,0	5357	55,8	73	0,8	38	0,4
1903	8625	3383	39,2	5174	60,0	45	0,5	23	0,3
1904	8421	3475	42,0	4728	55,5	200	2,3	18	0,2

Die Zahl der Frauen übertrifft auch hier die der Männer. In dieser Kategorie der Arbeiter ist die Zahl der Minderjährigen absolut und relativ grösser (2,5 % der Gesamtzahl).

Ausserdem waren beschäftigt in den Monopollagern Tagelöhner:

Jahr	Gesamtzahl dieser unständigen Arbeiter	Darunter							
		Erwachsene				Minderjährige			
		Männer		Frauen		Knaben	Mädchen	Zusammen	% der Gesamtz.
		Zahl	%	Zahl	%	Zahl	Zahl		
1902	32648	17150	52,3	15251	47,0	199	48	247	0,7
1903	36909	18450	50,0	18197	49,3	152	110	262	0,7
1904	35574	18040	50,6	17285	48,7	182	67	269	0,7

Die Tagelöhner bilden somit etwa 50 % aller Arbeiter (35 574 von 71 350 — 1904); das ist bei den relativ regulären Arbeiten im Monopol wenig verständlich.

Ueber die Menge und Produktivität der in Lagern verwendeten Arbeit, sowie über deren Intensität geben folgende Zahlen Auskunft (s. Tabelle Seite 40).

Die Löhne bewegten sich zwischen:

(monatlich) 4	bis 100 Rubel für einen erwachsenen Arbeiter
2 (!)	35 „ „ eine erwachsene Frau
4	15 „ „ einen Knaben
3	9 „ „ ein Mädchen.

Den höchsten Lohn bekommen die Meister, Kommiss und «älteren» Arbeiter. In der Tabelle ist der durchschnittliche Lohn mit 5—100 Rubel monatlich angegeben. Das Maximum bezieht

	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905
Es wurden in allen Lagern fertiggestellt (Tausd. Wedro)	24 838	31 652	34 290	45 655	53 023	60 656	59 863	64 714
Dafür wurden verwendet (Tausd. Arbistage)	5 002	4 256	4 497	6 379	6 423	7 034	6 641	7 017
Das Fertigstellen eines Wedro dauerte (Tage), oder :	0,201	0,134	0,131	0,139	0,121	0,116	0,110	0,108
im Laufe eines Tages wurden von je einem Arbeiter fertiggestellt (Wedro)	4,98	7,46	7,63	7,19	8,26	8,62	9,01	9,22
An Arbeitslohn wurde ausgezahlt (Tausend Rubel)	2 520	2 124	2 308	3 630	4 109	—	—	—
Die Verarbeitung eines Wedro kostete (Kopeken)	10,14	6,70	6,73	7,95	7,75	—	—	—
Durchschnittl. Tageslohn betrug (Kopeken)	50,37	49,90	51,32	56,91	63,98	—	—	—

Anmerkung. Die Zahlen bis inkl. 1902 beziehen sich nur auf das europäische Russland.

sich auf Petersburg 100 und Moskau 75 Rubel, Städte mit besonderen Arbeitsmärkten. Schliesst man Petersburg und Moskau aus, so ergibt sich das Maximum mit 55 Rubeln (1902, 1903 und 1904).

2. Die Monats-Löhne. (1904.)

Arbeiter- kategorien	Erwachsene						Minderjährige					
	Männer			Frauen			Knaben			Mädchen		
	Zahl	Lohn		Zahl	Lohn		Zahl	Lohn		Zahl	Lohn	
		von — bis Rubel	Durch- schnitt		von — bis Rubel	Durch- schnitt		von — bis Rubel	Durch- schnitt		von — bis Rubel	Durch- schnitt
Ständige Arbeiter:												
Ältere Arbeiter, Kom- mis	1571	5—100	31	42	12—35	23	—	—	—	—	—	—
Meister	1212	8—120	28	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aufwärter	1781	6—53	18	26	2—25	14	—	—	—	—	—	—
Arbeiter	8997	5—45	19	13611	3—27	11	72	4—15	7	43	3—9	6
Unständige Arbeiter, mehr als 1 Monat												
beschäftigte	3475	4—73	17	4728	3—30	9	200	3—12	8	18	3—10	8
Tagelöhner												
Lohn pro Tag	18040	0,20—3	0,65	17285	0,15—0,70	0,35	182	0,10—1	0,38	67	0,10—0,30	0,22

Der durchschnittliche Lohn betrug (monatlich in Rubel):

		1902	1903	1904
für ältere Arbeiter	{ Männer	30	31	31
Kommis etc.	{ Frauen	21	23	23
Aufwärter	{ Männer	17	17	18
	{ Frauen	16	17	14
Meister	Männer	27	28	28
Ständige Arbeiter	{ Männer	18	18	19
	{ Frauen	10	11	11
	{ Knaben	7	6	7
	{ Mädchen	6	7	6
Unständige Arbeiter	{ Männer	16	16	17
	{ Frauen	9	9	9
	{ Knaben	7	7	8
	{ Mädchen	5	9	8

Die Tagelöhner bekamen durchschnittlich (in Kopeken pro Tag):

	Männer	Frauen	Knaben	Mädchen
1902	63	35	34	21
1903	65	35	34	23
1904	65	35	38	22

Zur Hebung des Wohlstandes und der Bildung der Arbeiter werden vom Fiskus jährlich 250 bis 300 Rubel jedem Lager zugewiesen¹⁾.

Nachstehend sind die wichtigsten Massnahmen angegeben:

Es gab 1903	
Bibliotheken und Lesehallen	220
Sonntags- und Abendschulen für Erwachsene	30
Schulen für Arbeiter und ihre Kinder	4
Handwerkerschule	1
Vorträge mit Lichtbildern	141
Musikorchester	32
Chöre	79
Schauspiele	84
Gesellschaftsabende	149
Weihnachtsvergnügungen	80
Ausflüge	3
Baracken	2
Speiseanstalten	30
Teestuben	88
Kinderbewahranstalten	3
Sparkassen (Filialen der staatlichen Sparkassen)	2
Konsumvereine	1

1904 kommen noch dazu Turnhallen, Kegeln, Musikinstrumente (Geige, Piano, Grammophone) und Sterbekassen u. s. w.

1) Zirk. v. 20. III. 1903, N. 1032, Fin.-Anz. 1903, N. 13.

5. Die Durchführung der Kontrolle in der Monopolverwaltung.

Bei Einführung des Monopols beabsichtigte die Regierung, die ganze Arbeit im Monopolwesen durch besondere Angestellte ausführen zu lassen und der Akziseverwaltung nur die Oberaufsicht zu überlassen, eine Funktion, die sie auch bis dahin in Bezug auf den privaten Branntweinhandel ausgeübt hatte¹⁾.

Bei der bestehenden Ordnung der zentralistischen Verwaltung des Monopols von Petersburg aus konnte sich die Akzisebehörde nicht mehr ausschliesslich auf die Beaufsichtigung beschränken. Sie nahm auch die Leitung des Monopols in die Hand²⁾; alle Angelegenheiten, der Geschäftsgang, die Arbeitsverhältnisse, der Rohstoffbedarf, die technischen Bedingungen der Arbeit müssen ihr bekannt sein. Der Akzisebeamte ist so zu einem unbedingt notwendigen Mitglied des Lagers geworden. Ohne ihn kann keine Annahme von Roh- und Hilfsstoffen durch das Lager erfolgen; er ist bei jeder wichtigen Arbeit, die innerhalb des Lagers ausgeführt wird, zugegen. Er sorgt für die regelrechte Ausführung der Arbeit, führt die Aufsicht, sammelt Erfahrungen und wahrt vor allen Dingen bei jedem Schritte das Interesse des Staates.

Die Aufsichtstätigkeit der Akzise beginnt damit, dass das Gouvernements-Akziseressort den Lagern Muster zur Verfügung stellt, nach denen die Herstellung vorgenommen werden muss, und zwar hat sich das Lager nach der vorgeschriebenen Reinheit, der Ausstattung und Fertigstellung der Flaschen zu richten. Der Akzisebeamte kann die Abgabe bereits fertiger Ware, wenn er sie als nicht im Einklang mit den vorgeschriebenen Mustern stehend betrachtet, verhindern. Seiner Oberaufsicht unterliegen alle Abteilungen des Lagers. Doch hat er kein Recht, in die wirtschaftlich-dispositive Tätigkeit der Leitung einzugreifen. Von Zeit zu Zeit führt er eine allgemeine Revision durch, notiert in einem besonderen Buche die gefundenen Resultate und sendet eine Abschrift hiervon an die Akziseverwaltung. Auch kann der Akzisedirektor allein oder sein Bevollmächtigter eine solche Revision durchführen. Ausserdem können auch Teilrevisionen vorgenommen werden (von Spezialisten der betreffenden Gebiete, wie von Ingenieuren, Rektifikatoren, Buchhaltern). Unabhängig

1) Zirk. d. Depart. f. ind. Steuern v. 11. April 1895 N. 2452.

2) Zirk. d. HVW. f. ind. St. und den Staatl. Getränkeverkauf v. 21. VII. 1899 N. 428.

davon findet am 31. Dez. eine Generalrevision statt, während deren alle Arbeiten auf dem Lager still stehen¹⁾.

Sämtliche Akziseressorts und Monopolanstalten bekommen fast täglich Vorschriften und Zirkulare, die häufig sehr unklar sind. Sie werden in den verschiedenen Ressorts verschieden verstanden und angewandt. Das bereitet sehr viele Schwierigkeiten. Zur möglichsten Vereinheitlichung der gesamten Monopolverwaltung entsendet der Akzisedirektor Bevollmächtigte bloss zur Instruktion in den verschiedenen Fragen der organisatorischen Technik des Monopols.

Ueber die Resultate solcher Instruktionsreisen wird nach Petersburg berichtet. Es werden sogar von Petersburg aus Revisoren, Monteure, Buchhalter u. s. w. entsandt zum Zwecke der Vereinheitlichung der Monopolorganisation über das gesamte russische Gebiet hin. Zu diesem Zwecke werden auch allgemeine Beratungen und Konferenzen abgehalten; so 1899 eine solche über das Rechnungswesen.

Ebenso wie das Lager unterliegt auch der Laden der Revision. Ausser den Akzisebeamten nehmen die Lagerleiter und die Kassierer Revisionen in den Läden vor.

6. Die Rechnungsführung im Monopol.

Die Rechnungsführung des Monopols²⁾ ist in dem Akziseressort zentralisiert, weil dieses über die unmittelbar vom Fiskus zugewiesenen Summen verfügt. Die Rechnungsführung vollzieht man nach den Regeln der doppelten Buchhaltung. Das Hauptbuch der ganzen Unternehmung wird im Akziseressort geführt, die Bücher der Kreisverwaltungen, Lager und Rektifikationsanstalten sind als Hilfsbücher anzusehen.

Das Akziseressort führt also: 1. Das Hauptbuch (Form. Nr. 32), 2. das Journal (Form. Nr. 31), 3. Hilfsbücher für die einzelnen Konten des Hauptbuches.

Die Rechnungsführung basiert auf Belegen. Diese werden geordnet und zu den betreffenden Rechnungen gelegt. Belege

1) Zirk. v. 20. XII. 1901 N. 803, F.-A. 1901 N. 51.

2) Diese Darstellung basiert hauptsächlich auf der Ordnung v. 12. VIII. 1899. Neuere Ergänzungen sind mit Quellenangaben versehen. Die Ordnung v. 12. VIII. 1899 bildet einen stattlichen Band (Amtl. Ausgabe, Petersburg 1899). Zur Orientierung sind viele Beispiele, Tabellen, Instruktionen u. s. w. von der Hauptverwaltung herausgegeben.

sind entweder buchhalterische oder administrative. Als buchhalterische Belege gelten Bestätigungen und Akten über Ein- und Ausgang von Materialien, von Spiritus, Ueberweisungen von Summen. Diese sind stets mit Angabe des Datums, des Ortes, Quantität (oder Betrages) und der Unterschrift des Empfängers oder Auslieferers (Person oder Verwaltung) versehen, und beziehen sich auf Geld-Einnahme und Ausgabe¹⁾ (Kassenscheine und Quittungen), oder auf Umsätze von Materialien (Frachtbriefe, Rechnungen der Lieferanten, Akten der Abnahmekommission), Einnahmen der Läden (Anweisungen, Berichte des Kassierers), auch auf Betriebsausgaben (Quittungen der Angestellten und Arbeiter über den bezahlten Lohn, quittierte Rechnungen für kleine Einkäufe u. s. w.). Administrative Belege sind Vorschriften über die zu vollziehenden Einnahmen und Ausgaben.

Die Umsätze werden gleich nach dem Eingang der Belege im Journal gebucht, die Posten des Journals alsdann ins Hauptbuch übertragen.

Im Hauptbuch sind folgende obligatorische Konten vorhanden:

1. Hauptverwaltung,
2. Zuweisungen (»Kredits«),
3. Depositen des Akziseressorts,
4. Kasnatscheistwo über die Einnahmen des Monats
5. Rohspiritus,
6. Rektifizierter Spiritus,
7. Flaschen, Körbe, Kisten,
8. aus anderen Gouvernements erhaltener Spiritus,
9. Brennereien,
10. Spiritus in Zisternen,
11. in Läden und Magazinen befindlicher Spiritus in Flaschen,
12. « » » » » befindliche Flaschen, Körbe, Kisten,
13. Staatliche Verkaufsstellen betr. den Branntwein,
14. » » » » » Flaschen, Kisten,
15. unterwegs befindlicher Spiritus und Material,
16. Einnahmen aus dem Verkauf,
17. Bruttoeinnahme für Spiritus,
18. unterstellte Personen betr. der Verwendung von »Krediten«,
19. Lieferanten,
20. diverse Debitoren und Kreditoren,
21. Kautionen,
22. unbewegliches Inventar,
23. bewegliches Inventar,
24. Materialien,
25. sachliche Material- und Geldausgaben,
26. Gewinn- und Verlust-Konto.

1) Hier ist nicht bares Geld, sondern Anweisungen (»Assignationen«) an die Kasnatscheistwo zu verstehen.

Zu 16 verschiedenen Konten (Nr. 2, 3, 4, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 18, 19, 20, 23, 24 und 25) werden Hilfsbücher geführt (Form Nr. 33). Ausser diesen Büchern werden noch alphabetische Register für die Läden, Lager, Rektifikationsanstalten, Reservemagazine etc. besonders geführt.

Die Kreisverwaltungen (»Okrug«) führen ein Memorial (Form Nr. 31) und folgende Hilfsbücher zu den Konten des Hauptbuchs des Gouvernementsressorts:

1. Dem Okrug überwiesene und ausgegebene Krediten
2. Depositen (in den Kasnatscheistwos)
3. Einnahmen der Läden.
4. Die Brennereien (für jede Brennerei ein besonderes Buch).
5. Buch zu Konto Nr. 10 des Hauptbuchs.
6. Abrechnungsbuch mit einzelnen Personen.
7. Abrechnungsbuch mit Lieferanten.
8. Abrechnungsbuch mit einzelnen Verwaltungen.
9. Geld und Material-Umsätze.

Ausserdem ein Abrechnungsbuch mit dem Akziseressort. In dieses Buch werden alle Eingänge der Kreisverwaltung, sowie die vom Akziseressort überwiesenen Summen auf die Kredit-Seite und die Ausgaben von Geld und Materialien, sowie die zurückerstatteten oder andern Kreisressorts überwiesenen Gelder und Materialien (Kredits) auf die Debet-Seite eingetragen.

Alle Eingänge kommen ins Memorial zu stehen.

Für die Einnahmen der Läden ist ein besonderes Kassabuch zu führen¹⁾. Die Posten werden hier nach den Berichten der Kassierer (Form Nr. 13) eingetragen, denen die Quittungen der Kasnatscheistwo beigelegt sein dürfen. Die Kreisverwaltung hat spätestens bis zum 20. jeden Monats Bericht über alle Umsätze im verflossenen Monat dem Akziseressort vorzulegen. Dieser Bericht besteht aus einem Auszug aus dem Abrechnungsbuch und ausserdem 12 verschiedenen Berichten über jeden Umsatz besonders (von Flaschen, Spiritus etc.). Ferner gibt die Kreisverwaltung einen monatlichen Bericht unmittelbar der Hauptverwaltung (Petersburg) ab.

Die Umsätze des Kommissionsverkaufs werden in besonderen

¹⁾ Zirk. v. 30. I. 1904, N. 1138. F.-A. 1904, N. 6.

Büchern gebucht. Besonders werden auch alle Umsätze des denaturierten Spiritus gebucht ¹⁾).

Jedes Lager hat über 20 verschiedene Arten von Büchern zu führen. Die Gesamtzahl der Bücher hängt von den Umsätzen ab. Hier werden geführt: ein Memorial (Form Nr. 31), ein Abrechnungsbuch mit dem Akziseressort (Form Nr. 34), 4 Bücher über verschiedene Umsätze von Materialien und Spiritus (Form Nr. 39—42), ein Kassabuch (Form Nr. 43), 7 Abrechnungsbücher mit diversen Personen und Verwaltungen (Form Nr. 44—46, 48, 37 und 38) und 2 Inventarbücher (Form Nr. 47—48). Ferner werden die inneren Umsätze des Lagers (aus und nach verschiedenen Abteilungen) in mehrere verschiedene Bücher und Formulare eingetragen (Form Nr. 49—54) ²⁾. Das Abrechnungsbuch des Lagers wird auf dieselbe Weise wie in den Kreisverwaltungen geführt ³⁾. Die Lager legen dem Akziseressorts monatlich 8 verschiedene Berichte vor.

In den Läden werden 5 Bücher (Form Nr. 41—45) geführt und monatlich 4 Berichte abgelegt (Form Nr. 73—76) ⁴⁾.

Die Rechnungsführung der Reservemagazine unterliegt denselben Regeln wie die der Lager.

Die Resultate dieses Rechnungswesens laufen bei der Hauptverwaltung zusammen. Ueber das finanzielle Monatsergebnis erstattet der Akzisedirektor der Monopolhauptverwaltung, abgesehen von der regulären Rechnungslegung, telegraphisch Bericht. Ausserdem erstattet die Akzise der Hauptverwaltung mehrere Berichte über ihren Geldbedarf und über die vorhandenen Geldmittel, Spiritusvorrat, über Geräte, Instrumente, Verbesserungen u. s. w., ferner jährlich das Gouvernementsressort der Hauptverwaltung einen ausführlichen »Jahresbericht«.

Die an die Hauptverwaltung gelangenden Rechnungen und Berichte gehen durch die Zwischeninstanz der Reichskontrolle und ihrer Behörden (Kontrollhöfe) und kehren vor endgültiger Absendung nach Petersburg an die berichterstattende Behörde zurück.

Bis zum Jahre 1902, d. h. solange die Einnahmen aus der

1) Zirk. v. 10. Febr. 1904 N. 1143, Sammlung der Verordnungen und Zirkulare der HVV. vom 1. VII. 1902 bis 1. VII. 1904. Moskau (amtl. Ausg.) 1904 S. 179 ff.

2) Vergl. S. 55 ff.

3) Besondere Rechnungslegung zwischen d. Lager und d. technischen Komitee ist d. Zirkul. v. 27. IX. 1903 N. 1089 vorgeschrieben.

4) Zirk. v. 29. X. 1901 N. 777, Fin.-Anz. 1901 N. 44.

Akzise mit den Erträgen des Monopols nicht vereinigt waren, wurde von der Gesamteinnahme eine Quote von 10,0 Kopeken pro Grad ¹⁾ als Akzise besonders gebucht. Seit 1902 figurieren auf Grund der Allerhöchsten Verordnung vom 28. V. 1901 alle Einnahmen des staatlichen Branntweinverkaufes in dem Reichsetat unter dem Titel »Reichsregalien« ²⁾).

Es besteht auch eine besondere Rechnungsführung zwischen zwei oder mehreren zueinander in Beziehung tretenden Akziseverwaltungen, die sich nach einem bestimmten Schema vollzieht ³⁾).

Alle diese Berichte werden von der Rechnungs- und Statistischen Abteilung der Hauptverwaltung verarbeitet und die Resultate alljährlich in starken Bänden veröffentlicht. Die Kompliziertheit der Arbeiten verzögert das Erscheinen, sodass die Berichte kaum vor Ablauf von 2 und sogar 3 Jahren erscheinen.

Das Rechnungswesen ist zu einer Wissenschaft geworden, und der russische Zeitungsleser kann oft an der Spitze seines Blattes eine Anzeige über »Kurse in spezieller Buchhaltung für den staatlichen Branntweinverkauf« lesen. Ein solcher Spezialkursus dauert 3 Monate und kostet 25 Rubel.

7. Die Organisation der Roh- und Hilfsstoff-Besorgung.

Das Schwergewicht in der Verwaltung des Monopols liegt, wie oben auseinandergesetzt worden ist, hauptsächlich in der Akzise; nichtsdestoweniger hat sie auch für die Anschaffung der vom Monopol benötigten Roh- und Hilfsstoffe zu sorgen. Auch mit der Einführungstätigkeit an und für sich hatte sich die Akzise zu befassen. Wir wollen jedoch unsere Betrachtung auf das fertig abgeschlossene Monopol beschränken.

Unter den Roh- und Hilfsstoffen der Branntweinherstellung spielt der Rohspiritus die erste Rolle. Ausserdem sind Arbeitsmittel notwendig, wie Bottiche, Maschinen, ferner Holz- und Flaschengefässe, Körbe und Kisten, Holzkohle (für die Filtrierung des Branntweins), Pfropfen, Etiketten, Siegelack, Kapseln und vieles andere. Zur Denaturierung des Spiritus sind auch chemische Präparate und Instrumente notwendig. Wir werden

1) Seit 16. VIII. 1900 — 11 Kop., Allerh. Ukas v. 6. VIII. 1900. Zirk. v. 18. VIII. 1900 N. 604.

2) Vollst. Sammlung der russ. Gesetze, Band XXI. N. 20152.

3) Das Akziseressort belastet das Konto der Hauptverwaltung, wenn es Geld oder Material anderen Gouvernementsressorts abgibt, und entlastet, wenn es von anderen Gouvernementsressorts Material oder Geld bezieht.

unsere Aufmerksamkeit nur der Beschaffung der hauptsächlichsten Rohstoffe zuwenden.

a) Die Beschaffung des Spiritus. Mit der Einführung des Monopols hat sich die Brennereifrage sichtlich verschärft. Die Bedingungen und Formen der Beschaffung des Spiritus sind von privaten Brennern auf verschiedenen Kongressen und Beratungen besprochen worden und haben eine ganze Literatur hervorgerufen.

Bei der Bestimmung der Beschaffungsformen musste die Regierung damit rechnen, dass die Eigenart des vom Monopol geschaffenen Marktes weder eine Ueberproduktion noch eine Preiserhöhung hervorrufende Unterproduktion verursache. Dies hoffte die Regierung durch die in Russland so beliebte Normierung der Produktion zu erreichen. Zudem glaubte die Regierung, die Rohstoffbeschaffung am gerechtesten durch eine zweifache Ankaufsmethode¹⁾ zu erreichen.

1. Ein Teil des notwendigen Spiritus (ursprünglich $\frac{2}{3}$ ²⁾), später $\frac{4}{5}$ ³⁾ des gesamten Bedarfs) wurde von den Brennern des betreffenden Gouvernements zu dem von der Regierung festgesetzten Preise geliefert. Alle Brenner des gegebenen Rayons konnten liefern (je nach dem Rayon)⁴⁾:

Zone	Lieferung bis (Wedro zu 40 ⁰ / ₀)
I Archangelsk, Wologda, Nowgorod, Olonez, Pskow, Petersburg, Wilna, Witebsk, Grodno, Kowno, Minsk, Mohilew, Wladimir, Kaluga, Kostroma, Nishny-Nowgorod, Smolensk, Twer, Jaroslaw, Moskau, Kurland, Livland, Estland und Polen,	10 000
II Wolhynien, Kijew, Podolien, Poltawa und Tschernigow	15 000
III Astrachan, Bessarabien, Jekaterinoslaw, Stawropol, Tauris, Cherson-, Don-, Schwarzmeer-, Turgai- und Uralgebiet	20 000
IV Wjatka, Kasan, Orenburg, Perm, Samara, Ufa, Woronesch, Kursk, Orel, Pensa, Rjasan, Saratow, Simbirsk, Tambow, Tula und Charkow	25 000

Aber mit diesen Quantitäten allein sind die $\frac{4}{5}$ (früher $\frac{2}{3}$) des nötigen Spiritus nicht erschöpft. Der noch fehlende Teil wird von den Brennern zu denselben Preisen gekauft und zwar verteilt sich diese Quantität auf die Brennereien entsprechend

1) Eigentlich eine dreifache. Die dritte Methode: »Einfacher Ankauf« ist aber sehr wenig angewandt, deshalb hier unberücksichtigt.

2) Artik. 40 der Mon.-Ordnung v. 6. VI. 1894.

3) Allerh. best. Gut d. R.R. v. 12. VI. 1900. Samml. d. Verordn. N. 1638, III.

4) RGB. Band 5 (1901) Art. 533.

ihrer jährlichen Produktion. Hefe- und Melassebrennereien kamen hier nicht in Betracht.

2. Der Rest ($\frac{1}{6}$, früher $\frac{1}{3}$) und der wider Erwarten ausbleibende Teil der Lieferungen wurde auf dem Submissionswege beschafft. Die Hauptverwaltung publizierte im Finanz-Anzeiger, in der »Torgowopromyschlennaja Gazeta« Handelszeitung (offic.), in »Westnik Winokurenija« (»Bote des Brennereiwesens«) und in den Gouvernementsanzeigern¹⁾ die Menge von Spiritus, die sie auf dem Submissionswege zu erwerben wünschte. In diesen Publikationen wurde die für jedes Gouvernement benötigte Spiritusmenge und die Stadt bestimmt, in der die Submission stattfinden würde.

Jetzt ist diese Methode aufgegeben worden. Durch das Gesetz vom 2. VI. 1903²⁾ werden bis 2 % des nötigen Quantums Spiritus von den Hefebrennereien bezogen und diese 2 % zwischen den Hefebrennereien entsprechend ihrer durchschnittlichen Jahresproduktion während der letzten 3 Jahre (1900—1903) verteilt. Das übrige Quantum (98 %) liefern die Getreide- und Kartoffelbrennereien, und zwar alle bis zu 10, 15, 20 und 25 Tausend Wedro je nach den Gouvernements, in denen die Brennereien sich befinden (vgl. S. 48). Ausserdem ist jede Brennerei zur Lieferung von noch 32 % ihrer Jahresproduktion berechtigt. Wenn damit die nötige Quantität nicht erschöpft ist, so wird der weitere Spiritus von denselben Brennern bezogen, und zwar geschieht dann dieser Ankauf im Verhältnis zu der jährlichen Produktion der betreffenden Brennereien.

b) Die Beschaffung der Flaschen und Pfropfen. Bis zum Jahre 1898 wurden sämtliche Pfropfen und Flaschen für das ganze Monopolgebiet von Petersburg aus beschafft³⁾. In dem genannten Jahre wurde in der Form eines Versuches die Beschaffung jener Hilfsmittel durch die einzelnen Gouvernements zugelassen. Das Ministerium rechtfertigte diese Neuerung damit, dass durch Einführung des Monopols Angebot und Nachfrage auf dem Flaschen- und Pfropfenmarkte aus dem Gleichgewicht gebracht worden sei, sich indessen das Verhältnis geregelt habe und anzunehmen sei, dass gegenwärtig für vorteil-

1) Amtsblätter der einzelnen Gouvernements.

2) Allerh. best. Gutachten d. R.R. (F.-A. 1903 N. 26.)

3) Zirk. v. 11. VI. 1899 N. 406/2038, Fin.-Anz. 1899 N. 25.

hafte Käufe ein ausreichendes Angebot vorhanden sei¹⁾).

Der Versuch missglückte jedoch vollkommen. Da an diesen Submissionen nur eine kleine Zahl von Anbietern teilnahm, so waren natürlich die Offerten für die Regierung viel zu hoch. Die Geringfügigkeit der Angebote lag daran, dass die zu vergebenden Posten in den einzelnen Gouvernements zu gering waren, als dass sie einen ansehnlichen Verdienst hätten in Aussicht stellen können. Deswegen kehrte man 1900 nach diesen misslungenen Versuchen zu der ursprünglichen Einrichtung zurück. Ebenso wie früher wird jetzt die Beschaffung von Flaschen und Pfropfen zentralistisch, d. h. von Petersburg aus besorgt. Im Oktober gibt die Hauptverwaltung die Submission für sämtliche Gouvernements bekannt.

Die Hauptverwaltung teilt ferner den Akzisedirektoren jeweilig mit, welche Lieferanten für ihre Gebiete in Frage kommen. Alle weiteren ins Einzelne gehenden Verhandlungen mit den Lieferanten führen alsdann die Akzisedirektoren. Sie bestimmen den Lieferungsart und die Lieferungsfrist, sie verrechnen die gelieferten Materialien mit den Lieferanten und erledigen auch die Bezahlung.

Seit 1904 schliesst die Hauptverwaltung Verträge mit einigen Pfropfenlieferanten auf die Zeit von drei Jahren²⁾. Diese Verträge beziehen sich auf wenige Gouvernements. Die übrigen werden seit 1. I. 1904 mit Pfropfen aus der staatlichen »Petersburger Pfropfen-Fabrik« versorgt.

c) Die Beschaffung der Etiketten. Druckereien, die sich in der Lage befinden, Etiketten zu liefern, sind in jedem Gouvernement in ausreichender Anzahl vorhanden³⁾. Deswegen kann auch ihre Beschaffung für jedes Gouvernement besonders durchgeführt werden. Die Etiketten werden nach einem allgemeinen, vom Ministerium vorgeschriebenen Muster angefertigt. In 4 Sorten werden sie hergestellt:

1. für den rektifizierten Spiritus zu 40 0/0,
2. » » Tafelbranntwein zu 40 0/0,
3. » » Spiritus zu 90 0/0,
4. » » » zu 95 0/0;

ausserdem noch eine einfache Sorte für den denaturierten Spiritus.

1) Bericht der HVW. 1899 S. 282.

2) Zirk. v. 30. XII. 1903 N. 1125, F.-A. 1904 N. 1 S. 28.

3) Für mehrere Gouvernements werden Etiketten im Gefängnis zu Petersburg von Sträflingen gedruckt.

Jede Sorte ist von verschiedenen Grössen und bestimmter Farbe. Die Grösse der Etiketten hängt von der Grösse der Flaschen ab. Qualität und Gewicht ist in einem bestimmten Verhältnis vorgeschrieben ¹⁾).

Das Cliché besorgt die Druckerei auf eigene Rechnung. Die Regierung behält sich vor, jederzeit die Vorschriften über Farbe, Grösse, Text zu ändern, und legt sich selbst die Pflicht auf, die beabsichtigten Aenderungen in einer Anzeigefrist von einem Monat bekannt zu geben. Transport und Uebersendungskosten der Etiketten bis zur Bedarfsstelle werden vom Lieferanten getragen. Ebenso wie die Lieferanten von Flaschen und Pfropfen sind auch die Lieferanten der Etiketten zur Hinterlegung einer Kautio verpflichtet.

d) Die Beschaffung der übrigen Materialien geht nach der Anordnung des Akzisedirektors vor sich. Die früher beliebte Submissions-Vergebung bei der Kistenbeschaffung entspricht nicht mehr den gegenwärtigen Gepflogenheiten. Das Holzmaterial, die Einfassung der Kisten mit Eisenbändern, die Stärke der Kistenwände, die Grösse der Kisten, ja selbst die Länge der Nägel ist bis ins Einzelne vorgeschrieben. Die Kisten- deckel dürfen nicht angenagelt werden, sondern es ist ein bestimmter Hakenverschluss angeordnet. Durch den Haken wird die Plombierungsschnur durchgezogen.

Den Bedarf an sonstigen Kleinigkeiten deckt das Lager nach eigenem Ermessen. Jedenfalls geht die Regelung bis ins Einzelne. Oft erreicht die Umständlichkeit der Vorschriften eine Ausdehnung, dass sie selbst schon in Bezug auf einen Gegenstand von minimaler Wichtigkeit, etwa die Beschaffung des Siegellacks, einen dicken Band füllen könnten.

e) Die Erhaltung und Reparatur der Mouo- polgebäude gehört auch in diesen Kreis der Monopolorganisation. Der Akzisedirektor beauftragt besondere Beamte mit der Aufsicht über die Gebäude, die über jede notwendig gewordene Reparatur Bericht erstatten ²⁾). Diese wird alsdann aus hierfür vorgesehenen Mitteln bestritten. Für jedes Gebäude ist nach seiner Bedeutung ein bestimmter Betrag für Reparaturen

1) Vorschr. v. 14. Febr. 1899, ergänzt a. 3. III. und 12. VIII. 1899 (N. 247 und 4102) ferner 3. VI. 1900 (N. 564 u. m. A.)

2) Die Berichte werden von den Kontrollhöfen genau geprüft. Zirk. 29. IV. 1898 N. 239, Fin.-Anz. 1898 N. 18.

vorgesehen, dessen Ueberschreitung der Akzisedirektor nur mit Genehmigung der Hauptverwaltung vornehmen darf.

Bauten und sonstige Reparaturen werden an Privatpersonen sowohl im Submissionswege, als auch durch direkte Wahl¹⁾ des Auftraggebers oder durch eine Vereinigung beider Auftragssysteme vergeben ²⁾).

8. Organisation der Arbeiten.

Wenn wir einen Rückblick auf die vorhergehenden Seiten werfen, so müssen wir uns gegenwärtig halten, wie Administrative und Exekutive in der Monopolverwaltung organisiert sind. Wir halten es jedoch für anschaulicher, dem Produkt auf seinem Wege vom Erzeuger bis zum Konsumenten zu folgen.

Nachdem der Akzisedirektor seine genauen Instruktionen und Preisvorschriften von der Hauptverwaltung erhalten hat, ladet er die Brenner seines Gebietes zu einer allgemeinen Besprechung über Mass und Verhältnis der Spiritusproduktion und ihrer Verteilung ein. Die Entscheidung eines so zusammengetretenen Kongresses sind für den Akzisedirektor allerdings nicht bindend. Von den Lieferanten erhält die Regierung rohen oder rektifizierten Spiritus. Der Rohspiritus wird entweder in den staatlichen Anstalten rektifiziert, oder die Rektifikation wird vergeben. Bei der Lieferungsverteilung sucht der Akzisedirektor diese derartig zu bewirken, dass er die Lage der Brennereianstalten zu den zu versorgenden Lagern in Betracht zieht. Da in den verschiedenen Gebieten Russlands die Rektifikationsanstalten in verschiedener Zahl vorhanden sind, so hat das Ministerium es für richtig befunden, das Mass des Rektifikationsbedarfs nicht auf das einzelne Gouvernement zu beschränken, also das Gouvernement soll die Freiheit haben, seinen Rektifikationsbedarf auch in einem anderen Gouvernement zu decken.

Der Spiritus ist ein besteuertes Produkt; die Steuer übertrifft um ein mehrfaches den Wert des Produktes. Die Steuerbehörde ist daran interessiert, dass sie über jeden Grad existierenden Spiritus orientiert ist. Deshalb wird die produzierte Menge reinen Spiritus genau gebucht, und die Rechtsstellung des Produzenten gegenüber der Akzise ist derartig, dass der Produzent für

1) Sogenanntes »Wirtschaftssystem«.

2) Ausführl. Vorschriften bestehen für die Kontrollkommissionen der Bauten.
18. VIII. 1905 F.-A. 1905 N. 47.

jeden fertiggestellten Grad Spiritus als für die auf diesem lastende Akzise belastet gilt. Ergibt sich gegenüber der gebuchten Menge ein Manko, so ist der Produzent auch für diesen der Akzise steuerpflichtig, jedoch ist eine bestimmte Verlustgrenze festgestellt. Die Normierung des erlaubten und akzisefreien Verlustes zieht hauptsächlich die physikalischen Einflüsse, denen der Spiritus ausgesetzt ist, in Betracht. Es bedarf einer bestimmten Berechnung, um den normalen Verlust festzustellen. Mit der Zeit hat sich eine für das ganze Monopolgebiet geltende tabellarische Normierung dieser Verlustgrenzen ausgebildet. Ihre Ueberschreitung zieht die Verantwortung nach sich. Der Produzent darf ohne Erlaubnis der Akzise keinen Tropfen aus seinem Betriebe abgeben. Hat er eine Lieferung für die Monopolverwaltung zu vollziehen, so hat er sich an den Akziseaufseher zu wenden und um die Entsendung eines Beamten zu bitten, dessen Gegenwart gesetzlich erforderlich ist. Bei der Ablassung von Spiritus von der Brennerie stellt der Beamte ein genaues Verzeichnis der ausgeführten Mengen zusammen, bezeichnet ihre Stärke und gibt den Akziseverwaltungen der vom entlassenen Transport zu passierenden Punkte sowie des Bestimmungsortes die Tatsache der Transportablassung bekannt¹⁾.

Bei der Umladung²⁾ (aus den Wagentonnen in die Eisenbahnzisterne, und umgekehrt muss ein Akzisebeamter und der Brenner zugegen sein und während dieser Zeit, wo sich der Spiritus unterwegs befindet, bei der Akzise eine Kautio in voller Höhe hinterlegt sein, d. h. die Kautio muss dem auf dem Spiritus lastenden Akzisebetrag entsprechen³⁾). Die hinterlegte Kautio wird dem Brenner wieder zur Verfügung gestellt, sobald die Nachricht von dem Eintreffen an der Zulassungsstelle bei der Akziseverwaltung eintrifft.

Für die Abnahme des Spiritus besteht eine besondere Kommission⁴⁾, die die eingetroffene Menge mit der im Begleitscheine bezeichneten zu vergleichen hat. Die wirklich erhaltene Spiritusmenge, sowie der normale Verlust werden dem Brenner bescheinigt. Die Bescheinigung hat er bei der Verrechnung der Akzisever-

1) Reguliert d. d. Art. 134 ff. des Akzisereglements (1901), RGB. Band V.

2) Zirk. des Verkehrsministeriums v. 14./16. Sept. 1897 N. 16180 und 14. Aug. 1898 N. 13748.

3) Nach Ermessen des Akzisedirektors können die Brenner davon befreit werden.

4) Gesetz v. 12. VIII. 1899, Teil VIII. Seitdem mehrere Rundschreiben.

waltung mit vorzuzeigen. Für den die Normalgrenze überschreitenden Verlust bleibt er akzisepflichtig.

Die Lager sind über die Gouvernements hin nach den lokalen Verhältnissen verteilt. Die Zahl der in einem Gouvernement befindlichen Lager schwankt zwischen 3 und 14; jedes Lager bedient eine gewisse Anzahl von Läden, die ihm unterstellt sind.

Jedes Lager zerfällt in eine Reihe von Abteilungen. Die Verwaltung des Lagers ist im Lagerkontor zentralisiert. Wie die Versorgung der Lager mit den Rohmaterialien vor sich geht, ist schon in dem vorhergehenden Kapitel dargestellt. Jedes neu zugestellte Quantum wird von dem Lager nach Gutachten der Abnahmekommission in Empfang genommen. Der Empfang der verschiedenen Zustellungen vollzieht sich nach bestimmten Vorschriften¹⁾, von denen einige besprochen werden sollen.

Bei der Empfangnahme der Flaschen²⁾ revidiert die Kommission die Brauchbarkeit und stellt das sichtlich Untaugliche beiseite. Hiernach unterwirft man ein Prozent der tauglich befundenen Flaschen an Ort und Stelle der Verarbeitung, die sie auf dem gewöhnlichen Produktionswege durchzumachen hätten. Der sich hierbei ergebende Prozentsatz wird bei der Rechnungsbewertung der ganzen Partie skontiert. Die als untauglich befundenen Flaschen werden nicht zurückerstattet, sondern zerbrochen. Wenn der Lieferant mit dem Tauglichkeitsbefunde nicht einverstanden ist, so können seinerseits wie von Seiten der Kommission Muster von den untauglich befundenen Flaschen entnommen und dem Akzisedirektor zur Entscheidung übersandt werden.

Für die Empfangnahme von Pfropfen hat sich die Kommission an die von der Hauptverwaltung erhaltenen Muster zu halten. Beim Vergleich mit den Mustern³⁾ hat die Kommission nicht nur die Qualität sondern auch die Gleichmässigkeit der Pfropfen untereinander in Rechnung zu ziehen.

Auch bei der Empfangnahme der Etiketten⁴⁾ müssen die als fehlerhaft befundenen vernichtet werden. Diese

1) Zirk. v. 14. VIII. 1899 N, 443.

2) Zirk. v. 17. IX. 1899. Ausführlichste Vorschriften über die Farbe und die Beschaffenheit der Glasmasse, die Form der Flaschen, normale Höhe der Flaschen, Gewicht von 100 Stück (je nach der Grösse), den normalen Durchmesser der Flasche sowie des Flaschenhalses u. s. f.

3) Zirk. v. 6. X. 1900; ferner Zirk. v. 21. III. 1902, N. 869, F.-A. 1900 N. 13.

4) Konditionen v. 14. Febr. 1899.

Vernichtungsmassregel, die bei Flaschen und Etiketten angewandt wird, hat den Zweck, die Einschmuggelung solcher Dinge durch die Läden zu verhüten.

Das Lager setzt sich aus folgenden Teilen zusammen:

1. Keller,
2. Rektifikationsabteilung,
3. das eigentliche Lager, bestehend aus a) Flaschenreinigungsraum, b) Füllungsraum, c) Verpackungsraum,
4. Maschinenraum (Dampfkessel für die Rektifikationsabteilung),
5. Werkstätten zur Verrichtung handwerklicher Hilfsarbeit,
6. Aufbewahrungsraum und
7. Holzkohlenlager (Holzkohle für den Reinigungsprozess).

Jede besondere Abteilung leitet ein speziell verantwortlicher Angestellter. Die einzelnen Abteilungen treten zu einander als ganz selbständige Verwaltungseinheiten in Beziehung. Jede Abteilung hat eine vollkommen in sich abgeschlossene Buchführung; täglich hat jeder Abteilungsleiter im Lagerkontor einen Bericht über den Umsatz seiner Abteilung vorzulegen. Als Beispiele lassen wir einige Formtabellen¹⁾ folgen.

Diese Tagesberichte der Abteilungen vereinigt das Lagerkontor täglich zu einem Gesamtbericht. Die Anlage dieses Buches mit ihren verschiedenen Spalten und Rubriken ist in der Formtabelle (Form. Nr. 50, S. 58—59) dargestellt. In diesem Buche ver-

Keller.

Tagesbericht Nr.

Datum

E i n g a n g										A u s g a n g										
Quantität										Quantität										
Eingegangen aus:	Gegenstand	Menge (in Grad)	Branntwein in Flaschen						Zusammen in Grad	Abgeliefert an:	Gegenstand	Menge in Grad	Branntwein in Flaschen						Total in Grad	Quittung
			Kisten	Körbe									Kisten	Körbe						
			$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{20}$	$\frac{1}{40}$	$\frac{1}{100}$	$\frac{1}{200}$						$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{20}$	$\frac{1}{40}$	$\frac{1}{100}$	$\frac{1}{200}$			

(Form Nr. 26)

1) Nach d. Ges. v. 12. VIII. 1899. (Amtl. Ausgabe) Petersb. 1900. Dazu verschiedene Erläuterungen, z. B. *Kostjuschin*, Instruktion für Buchhalter in den Lagern und Rektifikationsanstalten. (Teil I und II.)

Datum

(Form Nr. 23.)

Datum

Erhalten zur Rektifikation	Menge (Grad)
	Abgeliefert an den Keller
	Rückstände
	Verlust an Spiritus (Leckage)
	Rückstände (zur Vernichtung)
	Grad

(Form Nr. 30)

Datum

[illegible]

(Form Nr. 28)

Datum

(Form Nr. 25)

Datum

(Form Nr. 27)

1) Verordn. v. 9. Nov. 1894, Fin.-Anz. 1894 N. 47.

Rektifikationsanstalt										Füllungsraum											
Monat		Tag		Datum		Nr. der Begleitscheine		Täglicher Eingang von Spiritus in Grad		Aus der Füllungsabteilung zurück zur wiederholten Rektifikation		Täglicher Ausgang				Täglicher Eingang		An den Keller abgeliefert			
												an Füllungsabteilung		an Keller				Branntwein zu 40 ‰		Tafelbranntwein zu 40 ‰	
												Branntwein		Tafelbranntwein							
												Tafelbranntwein		Spiritus							
												Branntwein		Tafelbranntwein							
												Spiritus		Spiritus							
												Verlust bei der Rektifikation		Summa der Ausgaben							
												Täglicher Bestand		Nr. der Dokumente							
												Branntwein		Tafelbranntwein							
												Spiritus		Spiritus							
												aus den Läden zur Rektifikation		Summa in Grad							
												in Grad		1/4 1/20 1/40 1/100 1/200							
														1/4 1/20 1/40 1/100							

Füllungsraum

verkaufsfähigen Branntwein und Spiritus														Täglicher Rest- bestand des Spiritus		
Spiritus zu 57 ‰					Spiritus zu 90 ‰					Spiritus zu 95 ‰						
Summa in Grad					Summa in Grad					Summa in Grad				Summa aller Getränke in Grad Verlust bei dem Füllungsprozess Zur wiederholten Rektifikation abge- liefert	Summa der Ausgaben an Spiritus	
1/4	1/20	1/40	1/100	1/200	1/4	1/20	1/40	1/100	1/4	1/20	1/40				in Grad	in Grad

Form Nr. 50.

bracht, alsdann wird die Füllung der Flaschen vorgenommen, die Flaschen werden verkorkt, versiegelt und vollständig verkaufsfähig gemacht; endlich werden die fertiggestellten Flaschen sorgfältig verpackt. Den Spiritus füllt man in Flaschen von 5 verschiedenen Grössen. Die Grössen bilden folgende Teile eines Wedro: $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{20}$, $\frac{1}{40}$, $\frac{1}{100}$ und $\frac{1}{200}$. Vor der Abfüllung werden die Flaschen einer Revision unterworfen und die ungebrauchten beiseite gestellt.

Der Füllungsprozess selbst umfasst folgende Sonderteile: a) maschinelle Auffüllung, b) die Pfropfen werden in geöltes Papier (offic: »Pergament«) gewickelt, c) Verpfropfung der Flaschen, d) wiederholte Flaschenuntersuchung, e) Beschneidung der Pfropfen, f) die Flaschenspitzen werden in heissen Lack getaucht, g) die Flaschen werden gesiegelt (bei allen diesen Arbeiten ist je ein Arbeiter beschäftigt), h) das Aufkleben der Etiketten (der einzige Vorgang, bei dem zwei Arbeiter beschäftigt sind), i) zum Schluss werden die so fertiggestellten Flaschen nochmals geprüft und die Ueberbleibsel weggeräumt.

Das Produkt geht also während des ganzen Vorganges durch die Hände von 10 Personen.

Der geschilderte Produktionsvorgang bezieht sich auf die Normalflaschengrösse ($\frac{1}{10}$ W.), während die grössten Flaschen von $\frac{1}{4}$ W. am besten nur 2 Personen fertigstellen. Im Verpackungsraum werden die Flaschen sorgfältig in Kisten verpackt, von denen jede nur Flaschen gleicher Grösse enthält, die zusammen 3 Wedro Branntwein enthalten. Zur Kontrolle legt man in jede Kiste eine Karte, enthaltend Namen und Nummer des Verpackers, der für die Verpackung verantwortlich bleibt. Die Kisten werden mit dem Verpackungsdatum und der Lagernummer signiert. Ausser der Verpackung in Kisten kommt mit Rücksicht auf die Widerstandsfähigkeit während des Transportes auch die Verpackung in Körben in Betracht. Es ist nicht überflüssig, die Vorteile und Nachteile der verschiedenen Verpackungsarten, wie sie einander gegenübergestellt werden, hier wiederzugeben. Die Vorteile des Korbsystems sind folgende:

1. Die Verringerung der Kosten der Tara.
2. Es ist unnötig, hier besondere Packer anzustellen, da der Kutscher selbst die Flaschen in die Körbe setzen kann.
3. Es bedarf keines besonderen Verpackungsraumes.
4. Ein Wagen kann bei Korbverpackung 17—20 Wedro, bei Kistenverpackung nur 12—15 Wedro tragen.
5. Es ist leichter, eine Revision im Laden durchzuführen, da es hier nicht der unangenehmen Oeffnung der Kisten bedarf.
6. Der Wagenführer sieht offen, in welcher Verfassung er die Ware erhält, und gerät nicht mit dem Ladenverkäufer in Differenzen.

7. Die Flaschen verstäuben höchstens und werden nicht beschmutzt wie bei der Kistenverpackung durch Stroh.

8. Der Flaschenverlust ist geringer.

Die Nachteile des Korbsystems sind folgende:

1. Es ist unmöglich, diese Form bei Eisenbahn- und Dampfschifftransport anzuwenden.
2. Die Flaschen können leicht entwendet werden.
3. Die Lagerräume bei den Läden müssen erweitert werden.
4. Die Aufladung und Abladung nimmt eine grössere Zeit in Anspruch.
5. Auf den Höfen der Lager und der Läden müssen Schuppen errichtet werden, da die Fuhrwerke lange auf Abfertigung warten müssen; dies verursacht grössere Kosten.

6. Die Wagen sind schwerer zu entladen, wenn ihnen ein Unfall zustösst.

7. Während eines Brandes ist es schwieriger, die Körbe aus dem Lagerraum des Ladens zu entfernen.

Alle innerhalb des Lagers auszuführenden Arbeiten sind nach Arbeitsdauer, zulässigem Materialverbrauch und Flaschenverlust, wofür ein bestimmter Prozentsatz festgestellt ist, genau normiert¹⁾. So darf z. B. der Etikettenkleber nur 5 % der ihm übergebenen Etiketten verderben. Ferner ist auch der zu verbrauchende Lack in ein genaues Verhältnis zum Auffüllungsmass gesetzt. Die Produktion eines Arbeiters während eines Arbeitstages von 10 Stunden²⁾ hat sich wie folgt zu gestalten:

Flaschengrösse (Wedro).	Bei der Auffüllung von Flaschen hat er aufzufüllen (Wedro).	Bei der Flaschen- reinigung hat er fertig- zustellen (Wedro).	Bei der Verpackung hat er zu verpacken (Wedro).
$\frac{1}{4}$	105	80	120
$\frac{1}{20}$	42	50	105
$\frac{1}{40}$	28	31	75
$\frac{1}{100}$	13	16	60
$\frac{1}{200}$	6,5	8	45

Als Normalflasche gilt die von $\frac{1}{40}$ Wedro. Andere Flaschengrössen reduziert man auf die Normalgrösse.

Dabei steht die Produktion eines Arbeiters, der 105 Wedro in $\frac{1}{4}$ -Flaschen ausgefüllt hat, gleich der Produktion eines anderen, der 28 Wedro in Normalflaschen ausgefüllt hat. Somit entsprechen 105 $\frac{1}{4}$ Flaschen im Bezug auf die Arbeitszeit 28 Normalflaschen, oder mit anderen Worten:

$$\begin{aligned}
 1 \text{ Flasche } \frac{1}{4} \text{ W.} &= \frac{28}{105} = 0,26 \text{ Normalflaschen (d. h. } \frac{1}{40}) \\
 \text{ebenso: } 1 \text{ } \frac{1}{20} &= \frac{28}{42} = 0,66 \text{ } \\
 1 \text{ } \frac{1}{100} &= \frac{28}{13} = 2,15 \text{ } \\
 1 \text{ } \frac{1}{200} &= \frac{28}{6,5} = 4,30 \text{ }
 \end{aligned}$$

1) Zirk. v. 12. I. 1899 N. 322; Zirk. 23. VIII. 1900 N. 605, FA. 1900 N. 36.

2) Jetzt ist der Arbeitstag in mehreren Lagern auf 9 Stunden beschränkt. Die Produktion darf jedoch während des 9stündigen Arbeitstages der des 10stündigen gleich sein.

Bei der Flaschenreinigung:

1 Flasche	$\frac{1}{4}$	W. = $\frac{31}{80} = 0,38$	Normalflaschen (d. h. $\frac{1}{40}$).
1	$\frac{1}{20}$	$\frac{31}{50} = 0,62$	„
1	$\frac{1}{100}$	$\frac{31}{16} = 1,93$	„
1	$\frac{1}{200}$	$\frac{31}{8} = 3,87$	„

Bei der Verpackung:

1 Flasche	$\frac{1}{4}$	W. = $\frac{75}{120} = 0,62$	„
1	$\frac{1}{20}$	$\frac{75}{105} = 0,71$	„
1	$\frac{1}{100}$	$\frac{75}{60} = 1,25$	„
1	$\frac{1}{200}$	$\frac{75}{45} = 1,66$	„

Die Ausführung der Normalberechnung mag folgendes Beispiel erklären. In einem Lager sind 10 Arbeiter bei dem Füllungsprozess, 8 im Flaschenreinigungsraum und 6 bei der Verpackung beschäftigt. Im Laufe eines Tages sind fertiggestellt:

a) im Flaschenabfüllungsraum 498 Wedro, darunter:

290	Wedro	in	Flaschen	$\frac{1}{4}$
50	„	„	„	$\frac{1}{20}$
120	„	„	„	$\frac{1}{40}$
30	„	„	„	$\frac{1}{100}$
8	„	„	„	$\frac{1}{200}$

b) alle diese Flaschen (498) sind in Kisten verpackt worden.

c) Es sind ausserdem an Flaschen gereinigt:

12120 Flaschen enthaltend 458 Wedro, darunter:

	Grösse	Zahl.
200	Flaschen $\frac{1}{4}$	800
140	„ $\frac{1}{20}$	2800
78	„ $\frac{1}{40}$	3120
26	„ $\frac{1}{100}$	2600
14	„ $\frac{1}{200}$	2800

Zu a) Es haben also im Flaschenabfüllungsraum 10 Arbeiter fertiggestellt (reduziert auf Normalflaschen):

$290 \times 0,26 + 50 \times 0,66 + 120 + 30 \times 2,15 + 8 \times 4,3 = 327$
Wedro in Normalflaschen oder 32,7 Flaschen auf je 1 Arbeiter.

Die Normen sind in diesem Falle sogar überstiegen (32,7 statt 28 Wedro in Normalflaschen).

Zu b) Bei der Verpackung (6 Arbeiter):

$290 \times 0,62 + 50 \times 0,71 + 120 + 30 \times 1,25 + 8 \times 1,66 = 386$
Wedro, oder $\frac{386}{6} = 64,2$ Wedro in Normalflaschen pro Arbeiter.

Die Norm ist hier nicht erreicht (64,2 statt 75 Wedro).

Zu c) Bei der Flaschenreinigung (8 Arbeiter):

$200 \times 0,38 + 140 \times 62 + 78 + 26 \times 1,93 + 14 \times 3,87 = 345$ W.
das sind $\frac{345}{8} = 43,1$ Wedro in Normalflaschen pro Arbeiter (statt der vorgeschriebenen 31 Wedro)¹⁾.

Der in Kisten verpackte Spiritus wird in die Reservemagazine oder direkt in die Läden gebracht.

Die Reservemagazine werden an Orten errichtet, die zu weit vom Lager entfernt sind, um die umliegenden Läden mit Leichtigkeit bedienen zu können. Sie erhalten den in Kisten verpackten Branntwein auf eine Vorratszeit von 4 Monaten. In dem gleichen Zustande, wie sie die Kisten von den Lagern erhalten, geben sie diese an die Läden weiter. Solcher Magazine gibt es 2 Arten, selbständige und unselbständige.

Die ersteren erhalten den Branntwein aus den Lagern der Nachbargouvernements, führen mit der Akziseverwaltung Rechnung und tragen für Verluste volle Verantwortung. Die unselbständigen erhalten den Branntwein aus den Lagern des Gouvernements, in dem sie sich befinden, führen mit ihnen Rechnung, und das Lager trägt für etwaige Verluste die Verantwortung. Dieser Typus des Reservemagazins kann als ein Teil des Lagers, das räumlich von ihm getrennt ist, angesehen werden. Die Magazine befinden sich in gemieteten Räumen und bestehen aus den Lagerräumen für den Branntwein und der Wohnung des Leiters. Zur leichteren Kontrolle der Reservemagazine werden diese an Orten errichtet, wo es einen Akzisebeamten und eine Postanstalt gibt.

Die Läden sind in gemieteten Räumen untergebracht und in ganz Russland gleichartig nach dem vom Finanzministerium vorgeschriebenen Muster eingerichtet. Sie befinden sich meistens an belebten Strassen, im Zentrum des kleinen Städtchens, an

1) Ausserdem wird die Produktivität des Lagers überhaupt geprüft (nicht nach Abteilungen). Die Produktivität eines Arbeiters darf betragen (pro Tag in Wedro zu $\frac{1}{6}$ Flaschen):

5,66	in einem Lager mit einem Umsatz bis 50,000 W. jährlich,
6,00	„ „ „ „ „ „ von 50,000 bis 150,000 W.
6,33	„ „ „ „ „ „ „ 150,000 „ 300,000 „
6,66	„ „ „ „ „ „ „ 300,000 W. und mehr.

den Märkten etc. Mit dem Laden ist die Wohnung des Verkäufers verbunden. Auch die Einrichtung des Ladens, das Material der Tische, der Fenster und Türen ist nach ministeriellen Vorschriften geregelt. Eine Schalterwand trennt den Raum des Verkäufers von dem des Käufers. Im Winkel des Ladens hängt gegenüber der Eingangstür das Muttergottesbild von dem schwachen Licht eines Oellämpchens beleuchtet. Der Käufer hat beim Eintritt seinen Hut abzunehmen ¹⁾). Auch eine Tafel ist angebracht, die Ministerialverordnungen über den Branntweinverkauf enthält. Das Trinken im Laden ist verboten, ein Ausschanken findet nicht statt, die Abgabe erfolgt nur in Flaschen gegen Barzahlung, zu einem Preise, der auf die Etiketten aufgedruckt ist.

Den Verkaufspreis des Branntweins und des Spiritus schreibt das Gesetz vor, d. h. der Reichsrat setzt den Verkaufspreis fest und veröffentlicht ihn in gleicher Weise wie die anderen Gesetze. Da aber der Branntweinpreis von der Marktlage abhängt, so ist es unmöglich, einen fixen Preis festzusetzen, und der Reichsrat beschränkt sich darauf, nur Maximum und Minimum des Preises zu normieren. Dem Finanzminister ist es freigestellt, den eigentlichen Preis, der sich innerhalb dieses Rahmens zu bewegen hat, für ein ganzes Jahr zu bestimmen, wobei oft für die verschiedenen Teile Russlands ein verschiedener Preis festgesetzt wird.

Aus der beigelegten Tabelle (S. 65) ist ersichtlich wie weit die Spannung geht.

Der vom Reichsrat dem Finanzminister freigestellte Preisrahmen lässt ihm in der endgültigen Festsetzung des Preises grosse Bewegungsfreiheit. Dadurch, dass die Behörde auf dem administrativen Wege den Preis beliebig festsetzen kann und in dem Preise die Akzise enthalten ist, steht es in ihrer Willkür, die Steuer beliebig zu erhöhen.

Die Preise für die verschiedenen Flaschengrößen werden ihren Größen entsprechend festgesetzt und zwar wird bei den kleinsten Größen eine Abrundung auf eine $\frac{1}{2}$ Kopeke vorge-

1) Doch wurde vor kurzen in Petersburg ein Beschuldigter freigesprochen, da das Gericht dem Laden den Charakter eines Staatsinstituts absprach; das Gericht betrachtete den Monopolladen als ein Handelsunternehmen und erklärte die Vorschrift des Finanzministers betr. das Abnehmen des Hutes als ungesetzlich. (*»Pravda«* — Das Recht, Jur. Zeitschr. 1901 N. 3).

Jahr	Spannung	Preis in Rub. pro Wedro			Auf Grund v. Allerhöchst best. Gutachten des Reichsrats. (Datum und Quelle.)
		für Branntwein.	für Tafelbranntwein.	für Spiritus in Kopeken pro Grad.	
1895—96	Minimum	6,40	7	16,0	20. XII. 1894 Gesetzssaml. XIV. N. 11154 und 1. I. 1896 ibidem XVI N. 12361.
1897	Maximum	9,00	20	22,5	5. V. 1897. Sammlung d. Gesetze 1894 N 64, Art. 800.
	Minimum	6,40	8	16	
	Maximum	8,00	12	20	
1898—99	Minimum	6,40 6,40 ¹⁾	8	16	8. XII. 1897 u. 18. I. 1899
1900	Maximum	8,00 9,00	12	20—22,5 ¹⁾	ibid. N. 136 Art. 1976.
	Minimum	6,40	8	16	28. XII. 1899 Finanzbote 1900 N. 21.
	Maximum	8 9 ¹⁾	12	22,5	
1903—04	Minimum	7 7,40 ¹⁾ 8,40	8 9 10	17,5 18,5 21	3. III. 1903. ibidem 1903 N. 20 S. 349.
	Maximum	8,40 9,40 11	12 13 14	21 23,5 27	22. XII. 1903. ibidem. N. 12. S. 183.

nommen²⁾. Ein besonderes Gesetz sieht eine Preisänderung vor und regelt die Bedingungen für das Inkrafttreten der Aenderung.

An Kinder bis zu 15 Jahren, Personen des Militärstandes³⁾ sowie an Betrunkene darf kein Branntwein verabfolgt werden⁴⁾. Die geleerten Flaschen können in den Läden gegen Rückempfang des im Preise mitgezählten Flaschengeldes abgegeben werden. Ehe der Verkäufer das Flaschengeld aushändigt, untersucht er die Flaschen auf die Unverletztheit der Flasche selbst und der Etikette. Es sei hier bemerkt, dass die Unverletztheit der Etiketten verlangt wird, seitdem die Regierung eingesehen hat, dass sie durch Nichtbeachtung dieser Vorschrift stark hinter das Licht geführt werden kann. Es hatte sich nämlich herausgestellt, dass eine viel grössere Zahl von Flaschen zurückgegeben wurde, als jemals mit Branntwein herausgegeben war⁵⁾.

1) Für verschiedene Landesteile.

2) Allerh. best. Gutachten des Ministerkomitees v. 17. III. 1895. Allerh. best. Gutachten des RR. v. 22. IV. 1896. RGB. (1901) Band V Art. 568.

3) Zirk. v. 16. XII. 1902 N. 983 (F.-A. N. 51), Zirk. v. 24. XII. 1902 N. 990 (F.-A. N. 52), Zirk. v. 22. I. 1903 N. 1121. (Fin.-Anz. 1903 N. 1).

4) Zirk. v. 18. X. 1899 N. 468 (F.-A. 1899 N. 43).

5) Das »Flaschengeld«, d. h. die Kautions für die Flasche ist bedeutend höher, als der Marktpreis der Flasche.

Die Ladenstunden sind von der Hauptverwaltung vorgeschrieben. Eine Beschränkung der Ladenstunden findet am Sonnabend, an hohen Festtagen, an Kirchentagen und an ihren Vortagen statt. Am ersten Weihnachtstage, am ersten Ostertage und am Karfreitage sowie während der Kirchenprozessionen sind sämtliche Monopolläden geschlossen. Die Regierung erachtete es auch für notwendig, die Schliessung der Läden an solchen Tagen zu verfügen, an denen grosse Volksansammlungen zu erwarten sind; so z. B. an Rekrutierungs- und Gerichtstagen; ferner in der Nähe von Eisenbahnstationen, während des Aufenthaltes der Militärzüge¹⁾. Die Eröffnung und die Schliessung der Läden wird nach Vereinbarung des Akzisedirektors mit dem Gouverneur bestimmt. In der Nähe von Kirchen dürfen bis annähernd 200 Meter keine Läden errichtet werden²⁾.

Ausser dem Brantwein verabreicht der Verkäufer in dem Laden auch Streichhölzer und Zigaretten, jedoch zum eigenen Nutzen. Von Staatswegen verkauft der Monopolladen auch Stempelmarten (von denen der Ladenverkäufer 5 % erhält³⁾), Stempelpapiere, Sparkassenmarken (von denen er 1 % erhält⁴⁾), Liköre, russischen Traubenwein und andere derartige von Privaten erzeugte Getränke, mancherorts auch Broschüren antialkoholistischen Charakters.

In ganz abgelegenen Orten wird auch Tee und Zucker im Monopolladen verkauft⁵⁾.

Der Ladenverkäufer hat für die rechtzeitige und ausreichende Versorgung des Ladens mit Getränken zu sorgen. In den grossen Städten lässt das Lager selbst den Läden die benötigten Brantweinemengen zugehen⁶⁾. Andernfalls entsendet⁷⁾ der Ladenverkäufer einen Wagenführer nach dem Lager oder er selbst oder eines seiner Familienmitglieder fährt dorthin. Das

1) Zirk. der HVW. v. 16. X. 1899 Nr. 465, Fin.-Anz. 1899, Nr. 43.

2) Ebenfalls darf bis ca. 50 Kilom. in der Nähe von Goldgruben die Errichtung von Läden nur ausnahmsweise gestattet werden.

3) Zirk. d. F.M. vom 20. VI. 1907, Nr. 1614, Fin.-Anz. 1907, Nr. 29.

4) Zirk. der HVW. v. 25. XI. 1899, Nr. 481, Fin.-Anz. 1899, Nr. 49; Zirk. v. 1. XII. 1900, Nr. 643, F.-A. 1900, Nr. 50.

5) Zirk. v. 26. VII. 1902 N. 936.

6) Früher wurde auch die Zustellung des Brantweins an die Läden an Private auf d. Submissionswege vergeben.

7) Zirkul. v. 25. VI. 1903 N. 1057 (F.-A. 1903 N. 23), 14. X. 1904 N. 1253 (F.-A. 1904 N. 42), Zirk. v. 17. I. 1907 N. 1571, Fin.-Anz. 1907 N. 3.

Lager übergibt dem Wagenführer die verlangten Getränke und berechnet auf einem besonderen Zettel, den es dem Verkäufer durch den Wagenführer zusendet, die Ueberführungskosten. Der Verkäufer bezahlt dem Wagenführer nach Vorzeigung des Zettels die ihm berechneten Ueberführungskosten und behält den Zettel als Kassabeleg für den Kassierer zurück. Der Verkäufer ist verantwortlich für den etwaigen Verlust beim Transport.

Die Einnahmen können vom Verkäufer aufbewahrt werden, wo es ihm beliebt¹⁾. Von Zeit zu Zeit, aber nicht seltener als zweimal monatlich, meldet sich der Kassierer zur Abholung der Gelder. Der Kassierer kontrolliert das Inventar²⁾, nimmt rechnungsmässig die Kassendeckung in Empfang und lässt in der Ladenkasse etwa 25 Rubel zurück³⁾, die zur Rückzahlung der Flaschengelder dienen. Bei der Meldung im Laden zeigt der Kassierer seine Legitimation⁴⁾ vor und lässt beim Verlassen eine Quittung zurück, von der in seinem Buche der feste Talon als Kopie zurückbleibt. Wenn die Aufbewahrung der Gelder dem Verkäufer gefährlich erscheint, kann er diese, ohne den Kassierer abzuwarten, an die nächste Zahlungsbehörde (Kasnat-scheistwo) durch die Post übersenden; er behält die ihm auf speziellem Formular ausgestellte Postquittung als Kassenbeleg zurück⁵⁾.

Ausser den in den Läden postierten Verkäufern sind noch Reserveverkäufer vorhanden. Auf etwa 30 Läden entfällt ein Reserveverkäufer⁶⁾. Die Entlohnung der Reserveverkäufer wird vom Akzisedirektor festgestellt⁷⁾.

9. Der Verkauf von denaturiertem Spiritus und Fuselöl durch das Branntwein-Monopol.

Der Verkauf von denaturiertem Spiritus war stets ein Punkt, dem die Monopolverwaltung ihre besondere Beachtung schenkte. Dieser Spiritus dient verschiedenen technischen Zwecken, und es war notwendig, für dieses Produkt völlige Akzisfreiheit zu bewilligen. Zunächst setzte die Verwaltung denaturierten Spi-

1) Zirk. 18. VI. 1899 N. 410. F.-A. 1899 N. 26.

2) § 72 d. Verordn. v. 12. VIII. 1899.

3) Bis 1898 nur 10 Rub. Zirk. v. 30. VI. 1898, N. 262, Fin.-Anz. 1898 N. 27.

4) Zirk. 18. VI. 1900 N. 587. F.-A. 1900 N. 31.

5) Zirk. v. 23. VII. 1905 N. 1383 F.-A. 1905 N. 31.

6) Zirk. v. 16. I. 1902 N. 822 F.-A. 1902 N. 4.

7) Zirk. 1. III. 1902 N. 856, Zirk. v. 16. IV. 1907 N. 1596.

ritus nur an Lack-, Politur-¹⁾ und Essigfabrikanten²⁾ ab. Sie kaufen Reinspirit und auch die Rektifikationsrückstände zum vollen Verkaufspreis und erst, wenn der Produktionsvorgang beginnt, nimmt der in der Anstalt anwesende Akzisebeamte die Denaturierung vor. Erst nach Denaturierung des Spiritus bekommt der Fabrikant die der Akzise entsprechende Summe zurück. Hierbei fallen dem betreffenden Fabrikanten nicht nur die Kosten der Denaturierung, sondern auch der Unterhalt des Akzisebeamten zur Last.

Für den Unterhalt des Akzisebeamten hat der Fabrikant das Geld vorher an die Behörde zu entrichten. Die Beträge sind gesetzlich festgestellt und richten sich nach der Produktion der Fabrik.

Der Fabrikant zahlt:

250 Rubel jährlich bei einem Umsatz bis 5000 Wedro³⁾

500 „ „ „ „ „ von 5000—10000 Wedro
und 50 „ „ für jede weitere 10000 Wedro.

Von jeder Fabrik muss dem Akzisebeamten eine freie Wohnung zur Verfügung gestellt werden.

Der denaturierte Spiritus wurde aber sehr häufig wieder gereinigt. Dabei verdienten die »Fabrikanten« sehr viel (die Akzise, d. h. 4 Rubel pro Wedro). In den polnischen Gouvernements sind viele geheime Fabriken vorhanden gewesen, die den denaturierten Spiritus wieder reinigten. Viele angebliche Essig- und Lackfabriken sind gegründet worden, lediglich um den Spiritus wieder zu reinigen. Die Regierung suchte das zu bekämpfen durch Erfindung besserer Denaturierungsmethoden und dadurch, dass sie den denaturierten Spiritus zum Zwecke der Lack- und Politurfabrikation mit einer ermässigten Akzise ($6\frac{1}{3}$ Kopeken pro Grad, statt 11 Kopeken) besteuerte⁴⁾. Jetzt sind auch die Formalitäten und Pflichten für die Lack- und Politurfabriken erleichtert⁵⁾.

Die Verwaltung verschloss ihr Ohr dem laut werdenden

1) Vorschr. v. 14. XII. 1896. F.-Anz. 1897 N. 3.

2) Zirk. v. 7. II. 1897 N. 65. F.-Anz. 1897 N. 7.

3) Allerh. best. Gutachten des RR. 4. VI. 1898. Fin.-Anz. 1898 N. 77.

4) Allerh. best. Gutachten d. RRats v. 27. V. 1902. Samml. d. Ges. u. Verordn. N. 57.

5) Verordg. v. 22. VI. 1902 (Fin.-Anz. 1902 N. 26), Zirk. v. 6./7. IX. 1902 N. 969 (F.-A. N. 48).

Bedürfnis nach denaturiertem Spiritus für den Hausgebrauch und für sonstige technische Zwecke aus der Befürchtung heraus, dass der denaturierte Spiritus wieder gereinigt werden könne, was auch der Fall ist ¹⁾, und dass der keineswegs wählerische Säufer auch denaturierten Spiritus zu sich nehmen würde ²⁾. Die Regierung war bestrebt, einerseits den Spiritus auf die beste Art zu denaturieren, andererseits den Kreis der Benutzer des denaturierten Spiritus zu beschränken. Die Art des Denaturierens wird fortwährend geändert. Im Juni 1903 wurde ein internationales Preisausschreiben für die Erfindung einer praktischen Denaturierungsmethode erlassen und der Preis auf 50 000 Rubel festgesetzt. Der Termin ging im Juli 1905 zu Ende. Es liefen 77 Bewerbungen aus Russland, Deutschland, Frankreich und anderen Staaten ein, von denen aber keine von der Preiskommission ³⁾ angenommen wurde. Dieser Beschluss ist am 23. XI. 1906 vom Finanzminister bestätigt worden ⁴⁾.

Gleichzeitig mit dem Preisausschreiben ist von dem technischen Komitee eine Methode angenommen worden, die man noch bis heute angewendet hat ⁵⁾.

Seit 1. VII. 1907 wird folgende Denaturierungsmethode des Spiritus angewendet ⁶⁾:

	Zum Absatz an versch. staatliche Anstalten. Volumeneinheiten.	Zum Absatz an private Be- nutzer des Spiritus. Volumeneinheiten.
Alkohol (wasserfrei)	100	100
Holzgeist	2,5	5
Pyridinbasen	0,5	1
Violettfarbenlösung	0,1	0,1

Man benutzt auch das Kettonöl zur Denaturierung, für

1) Mehrere Belege im Berichte der HVW. 1902 Seite 21 ff. Ferner bei *Mellnikow*: »Denat. Spiritus und seine Bedeutung für die Brennerei«. (Art. im Finanzbote 1903 S. 547 ff.)

2) Ueber einige wenn auch seltene Fälle in Polen berichtet die Torg-Prom. Gaseta (Handelsztg.) 1907 N. 4.

3) Unter Vorsitz des Prof. *Tarnowsky* (Petersb.).

4) Amtl. Bekanntmachung in der Torgowo-Promyschlennaja Gaseta v. 20. Jan. 1907. N. 16.

5) Allerh. best. Gutacht. d. RR. v. 12. V. 1903; Zirk. v. 23. I. 1904 N. 687.

6) Zirk. v. 10. V. 1907 N. 1601, Fin.-Anz. 1907 N. 20.

dessen Erzeugung in Kijew eine staatliche Fabrik gebaut wird¹⁾.

Auch die Regelung des Verkaufs von denaturiertem Spiritus hat mehrfach Aenderungen erfahren. Früher verlieh man das Bezugsrecht von denaturiertem Spiritus nur an einzelne Personen und der Absatz des denaturierten Spiritus fand nur in einzelnen Monopolläden und Rektifikationsanstalten statt. Nach der Verordnung vom 10. V. 1906²⁾ wird der denaturierte Spiritus auch an private Verkäufer abgesetzt und das Bezugsrecht ist viel zugänglicher. Durch die Verordnung vom 19. VIII. 1906³⁾ wurde der Verkauf von denaturiertem Spiritus freigegeben; kaum einen Monat später, am 18. November, wurde die Verordnung (vom 19. August) aufgehoben⁴⁾. Nach dem gegenwärtigen Gesetze verabfolgen denaturierten Spiritus die Spiritusrektifikationsanstalten und die hierzu vom Akzisedirektor bevollmächtigten Läden. Es wird dieser Spiritus nur an Personen abgegeben, denen die gleiche Behörde die Kauferlaubnis erteilt hat; auch diese ist noch mit einem genau begrenzten Quantitätsmass verknüpft (nur bis 15 Wedro = 184,5 Liter jährlich). Der von der Behörde genehmigte Abnehmer erhält ein Büchlein mit Koupens. Bei jedwedem Kauf von denaturiertem Spiritus ist eine der verlangten Menge entsprechende Kouponzahl am Ladentisch abzugeben. Nach den Koupens kann die Akziseverwaltung kontrollieren, an wen am gegebenen Verkaufsort denaturierter Spiritus abgegeben worden ist. Da die Abgabe von denaturiertem Spiritus nur von Seiten derjenigen Läden erfolgen kann, die dazu bevollmächtigt sind, so muss derjenige, der um die Erlaubnis einkommt, aus einem nicht dazu bestimmten Laden seinen Bedarf zu decken, die Zustellungskosten für jede einzelne Flasche tragen⁵⁾. Die Erlaubnis ist im allgemeinen schwer zu erlangen, insbesondere für die Einwohner der kleinen Städte, wo keine Vertreter des Akziseressorts vorhanden sind. Zur Zeit wird die Erlaubnis vom Akzisedirektor erteilt; bis 1904 wurde sie nur von der Hauptverwaltung (Petersburg) gegeben⁶⁾; aber die Hauptverwaltung sah ein, dass

1) Torg-Prom. Gaseta v. 10. März 1907 N. 56.

2) Zirk. 10. V. 1906 N. 1477, FA. 1906 N. 21.

3) Bestät. am 9. VIII. 1906. Gesetzsammlung Art. 1295.

4) Amtl. Bekanntmachung in d. Zeitung »Oko« (»das Auge«) v. 28. Oktob. 1906 N. 48.

5) Zirk. v. 7. V. 1904 N. 1189. FA. 1904 N. 19; ferner Zirk. v. 16. III. 1904 N. 1169.

6) Verordg. v. 18. VI. 1903. Artik. 3.

dies zu schwierig ist; die Anordnung ist daher aufgegeben worden¹⁾. Der denaturierte Spiritus wird in denselben Flaschen (Grösse $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{20}$ Wedro) verabfolgt, in denen Branntwein verkauft wird. Die Zurücknahme der Flaschen erfolgt zu den gleichen Bedingungen, wie beim Branntwein. Die Stärke des denaturierten Spiritus beträgt 90 %, der Preis 2 Kopeken pro Grad, d. h. ein Liter kommt auf $31\frac{1}{2}$ Pfennig zu stehen²⁾.

Die Umsätze des denaturierten Spiritus sind aus folgender Tabelle zu entnehmen³⁾:

	1903	1904	1905	1906
Bruttoertrag	R. 9 291,64	275 874,08	896 545,62	1 348 347,79
Ausgaben	R. 5 710,94	260 630,93	796 968,18	1 175 246,38
Reingewinn	R. 3 580,70	15 243,15	99 577,44	173 101,41

Die Zunahme im Jahre 1904 ist auf die freieren Kaufbedingungen zurückzuführen. Ausserdem wird seit 1904⁴⁾ der denaturierte Spiritus zur Beleuchtung und Heizung der Lager, sämtlicher Akzisebauten und zum Betrieb der Kraftmaschinen der Monopolanstalten verwendet.

Die im Rektifikationsprozess sich ergebenden Rückstände kommen auf dem Submissionswege⁵⁾ zur Fuselölgewinnung zur Vergebung. Alle Kosten die aus dieser Gewinnung entstehen, fallen dem Käufer zur Last. Die Verträge zur Abnahme der Rückstände werden mit dem Kaufwilligen auf 3—5 Jahre geschlossen und von der Hauptverwaltung bestätigt⁶⁾. Ein Zehntel des Kaufpreises (des jährlich abzunehmenden Quantum) muss im voraus hinterlegt werden.

Chemische und kosmetische Fabriken erhalten reinen Spiritus zum ermässigten Preise (13 Kopeken pro Grad).

1) Zirk. v. 14. VI. 1904 N. 1210, Fin.-Anz. 1904 N. 25.

2) In Deutschland 25—28 Pf. pro Lit. 87 $\frac{1}{2}$ ¢.

3) Nach den »Summarischen Uebersichten etc.« 1905 und 1906.

4) Zirk. v. 13. IV. 1904 N. 1168, Fin.-Anz. 1904 N. 12.

5) Ord. v. 25. IV. 1900. Zirk. 29. XI. 1902 N. 978; 11. XII. 1904 N. 1280.

6) Allerh. best. Gutachten des RR. v. 12 V. 1903. Fin.-Anz. 1901 N. 37.

Der Verkauf¹⁾ und die Herstellung²⁾ des Hartspiritus ist jedermann freigestellt.

10. Der Kommissionsverkauf von Branntwein.

Das Monopol verkauft auch Erzeugnisse privater Produktion. Ausserdem setzt es auch seine eigenen Produkte durch Private ab.

Produzenten, die im Monopolgebiet ihre Waren, wie Liköre, Meth, Bier, Branntwein, Kognak, russischen Traubenwein, verschiedene ausländische Getränke etc. absetzen wollen, müssen beim Akzisedirektor für jedes einzelne Getränk eine besondere Lizenz einholen, oder bei der Hauptverwaltung, wenn das Verkaufsrecht für das ganze Monopolgebiet gewünscht wird. Die in Kommission genommenen Getränke prüfen Chemiker auf ihre Reinheit. Neben der Fabriketikette und der Steuerbanderole (im Falle ausländischer Herkunft) werden besondere Monopoletiketten angebracht, ausserdem wird über den Hals der Flaschen ein Steuerband geklebt; auf der Monopoletikette wird der Kommissionsverkauf besonders hervorgehoben und der vom Produzenten bestimmte Preis angegeben. Die Preise brauchen in keinem Verhältnis zum Umfang der Flaschen zu stehen³⁾. Das Monopol ist an diesen Preisen mit 10 % Provision für ausserhalb des Monopolgebiets hergestellten Branntwein und mit 5 % für innerhalb des Monopolgebiets hergestellten beteiligt. Die Provision für den russischen Kognak beträgt 10 %, wobei das Wedro nicht weniger als 15 Rubel kosten darf⁴⁾, für den russischen Traubenwein 5%⁵⁾. Bier, Porter und Meth gelangen nur dann zum Kommissionsverkauf durch das Monopol, wenn es einen Privatverkauf dieser Getränke am betreffenden Orte nicht gibt. Die Provision für diese Getränke beträgt 1 Kopeke pro Normalflasche (0,61 l), der Verkauf von russischem Traubenwein ist seit 1901 in Taurien, jetzt aber überall mit Rücksicht auf die Weinbaukrise gestattet⁶⁾. Alle Kosten bis zur Verkaufsstelle, wie auch

1) Zirk. v. 11. XII. 1904 N. 1280; Zirk. v. 19. IV. 1907 N. 1597. Fin.-Anz. 1907 N. 17.

2) Zirk. 8. XI. 1904 N. 1263.

3) Vorschriften betr. d. Kommiss.-Verkauf v. 11. IV. 1898, F.-A. 1898 N. 15. Ergänzt d. d. Zirk. 3. III. 1899 N. 362. Fin.-Anz. 1899 N. 10.

4) Zirk. v. 7. V. 1899 N. 395. Fin.-Anz. 1899 N. 20.

5) Zirk. v. 22. VI. 1907 N. 1615. Fin.-Anz. 1907 N. 26.

6) Ebenda und Torgowo-Promyschlennaja Gaseta 1907 v. 23. Febr. (N. 44).

die Führung besonderer Rechnungsbücher fallen den Auftraggebern zur Last. Die Einrichtung von Kellern und Eisreservoirs für den Bierverkauf geschieht auf Kosten der Produzenten. Im allgemeinen ist der ganze Vorgang sehr kompliziert und mit vielen Schwierigkeiten und Formalitäten verbunden.

Alle Einnahmen aus dem Kommissionsverkauf kommen zur Verwahrung bei der nächsten Zahlungsbehörde, und dreimal jährlich (15. Januar, 15. Mai und 15. September) erfolgt die Verrechnung mit den Auftraggebern. Das Monopol übernimmt keine Verantwortung für die in Kommission verkauften Getränke. Gelingt es binnen eines Jahres nicht, die in Kommission übernommenen Getränke abzusetzen, so können diese vom Monopol an den Auftraggeber zurückgesandt werden.

Der Kommissions-Umsatz ist gering. Die Kommission betrug ¹⁾:

Jahr	Zahl der Gou- vernements	U m s a t z
1896	4	253,735 Rubel
1897	13	254,456 „
1898	20	704,629 „
1899	35	520,562 „
1900	35	628,411 „
1901	43	937,026 „
1902	64	731,776 „
1903	71	742,147 „
1904 ²⁾	71	766,125 „
1905	75	883,887 „
1906	75	1002,458 „

Der Kommissionsverkauf des staatlichen Branntweins durch Private findet mit Genehmigung der Akziseverwaltung (des Direktors) nach Uebereinkunft mit dem Gouverneur in verschiedenen Wein- und Likör-Handlungen, Buffets, Restaurants, Kneipen etc. statt. Die Verkaufsstellen erhalten den Spiritus aus bestimmten Monopol-Lagern (bez. Reserve-Magazinen), wobei jede Bestellung durch Ausfüllung eines besonderen Formulars bewirkt wird.

Sie entrichten die vollen Kosten des Branntweins, und alle 3 Monate ³⁾ (5. Januar, 5. April, 5. Juli und 5. Oktober) werden die Provisionen ausgezahlt, nämlich $\frac{1}{3}$ Kopeke pro Grad ver-

1) Nach den »Summar. Uebersichten«.

2) Nach einem anderen Berichte 774 857 R.

3) Verordn. v. 12. VIII. 1899 N. 135.

kaufen Spiritus, wenn die Entfernung vom nächstliegenden Lager nicht mehr als 5 Werst beträgt. Für jede weitere 20 Werst tritt ein Zuschlag von 5 Kopeken pro Wedro hinzu. Für den Tafelbranntwein wird eine doppelte Provision gewährt. In Petersburg vergütet man ohne Rücksicht auf die Entfernung an Provision 1 Kopeke pro Grad Spiritus und Branntwein, in Kijew, Riga, Warschau und Odessa $\frac{3}{4}$ Kopeke pro Grad Spiritus und Branntwein ¹⁾.

Die Zustellung aus dem Lager nach dem Laden und der Transport der leeren Flaschen in umgekehrter Richtung fallen dem Kommissionär zur Last. An jedem Orte haben sich die privaten Verkaufsstellen an die Verkaufsstunden der staatlichen Getränkeläden zu halten ²⁾. Ausnahmsweise kann der Akzisedirektor einem privaten Getränkeladen (Weinkeller) längere Offenhaltung genehmigen, sofern die Monopolgetränke rechtzeitig, d. h. zu bestimmten Stunden, die mit dem Monopol ladenschluss übereinstimmen müssen, unter Verschluss gebracht werden.

Sämtliche privaten Läden haben den staatlichen Branntwein zum festen Monopolpreis zu verkaufen. Buffets, Restaurants etc. bekommen das Recht des freien Ausschanks zu beliebigen Preisen, andere müssen dabei auf Verlangen der Käufer auch ganze Monopolfaschen zu Monopolpreisen abgeben. Eine dritte Gruppe bilden die Kneipen, die nur ganze Flaschen zum Monopolpreise im Ausschank absetzen dürfen. Nur die privaten Verkäufer von ganzen Flaschen zum Monopolpreise bekommen eine Provision; dagegen bekommen sie nicht die Buffets etc. ³⁾. Zu der ersten Gruppe gehören alle Bahnhofsbuffets, die meisten Restaurants und relativ wenige (6,4 %) einfache Wirtshäuser.

Alle Anstalten zahlen, abgesehen von kommunalen Schanksteuern die staatliche Lizenzgebühr ⁴⁾. Besondere Gesetze regulieren den Branntweinverkauf auf Dampfschiffen, die sich bald im Monopol-, bald im Nichtmonopolgebiet befinden können. In einem Zirkular ist es erläutert, dass diejenigen Fahrgäste, die das Trinken des von Privaten erzeugten Branntweins während

1) Zirk. v. 14. XII. 1899 N. 487. FA. 1899 N. 51.

2) Stationsbuffets sind im Bezug auf die Verkaufszeit frei. Zirk. v. 30. I. 1900 N. 663.

3) Zirk. v. 22. IV. 1897 N. 92. FA. 1897 N. 17.

4) Abgestuft nach Art der Unternehmung und Grösse des Ortes.

der Fahrt bereits begonnen haben, dieses dann auch fortsetzen können, wenn das Schiff am Landungsplatz im Monopolgebiet liegt¹⁾.

Mit Genehmigung des Akzisedirektors und des Gouverneurs können bei Festlichkeiten gegen die übliche Lizenzgebühr staatliche Getränke verabreicht werden. Unabhängig von der Regulierung des privaten Getränkeverkaufs ist der Verkauf an Buffets durch besondere Bestimmungen des Gouverneurs und des Akzisedirektors geregelt. Der Flaschenverkauf ist den Buffets untersagt.

Im Jahre 1904 gab es 13512 private Verkaufsstellen des staatlichen Branntweins. Darunter:

		blieben unbeteiligt an dem staatlichen Getränkeverkauf
Buffets, Klubs und Restaurants	5888	133
Weinkeller (sogen. »Rheinkeller«)	1861	2907
Schenken	4949	776

Die Umsätze des privaten Verkaufs sind aus den folgenden Zahlen ersichtlich.

Der Kommissionsverkauf vom staatlichen Branntwein.²⁾

Jahr	Zahl der Gouv-vernements	Zahl der privaten Verkaufsstellen		Menge des in diesen Verkaufsstellen abgesetzten Branntweins ³⁾		Summe der aus-gezählten Provision (Rubel)
		Zahl	% der Gesamtzahl der Verkaufsstellen	Tausend Wedro	% der Gesamtzahl	
1899	35	8 518	33,5	4 283	12,8	1 484 487
1900	43	9 353	32,4	4 224	11,6	1 240 130
1901	64	11 559	30,1	4 972	10,1	1 370 566
1902	71	12 683	30,8	5 727	9,2	1 562 045
1903	71	13 216	31,9	5 947	8,6	1 627 256
1904	75	13 512	32,0	5 373	7,7	1 461 432
1905	75	—	—	—	—	1 649 641
1906	75	—	—	—	—	1 946 627

1) Zirk. v. 4. I. 1897 N. 57. FA. 1897 N. 2. Zirk. v. 27. V. 1897 N. 108. FA. 1897 N. 2.

2) Nach den »Statist. Berichten«. Die Provision ist nach den »Summar. Uebersichten« angegeben.

3) Die Menge des durch Private abgesetzten Branntweins ist bedeutend höher. Das Lager kann nur die Ankäufe der Privaten aus den Lagern buchen, zwecks späterer Auszahlung der Provision. Sehr viele private Verkäufer (Buffets, Restaurants etc.) bekommen aber keine Provision und decken ihren Bedarf in beliebigen Quantitäten viel einfacher aus den Läden. Diese Umsätze bleiben selbstverständlich unberechnet.

Anhang zum I. Abschnitt.

Die Pensionsversicherung der Angestellten im Monopol.

Die Arbeiten im Monopol werden von einem zahlreichen Dienstpersonal ausgeführt; es ist daher von Wichtigkeit, dem Monopol eine genügende Zahl ständiger Angestellter zu sichern. Das erreicht man durch höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die Hauptverwaltung suchte deshalb die Lage der Angestellten immer besser zu stellen und hat zu diesem Zwecke eine Pensionsversicherung¹⁾ der Angestellten eingerichtet. Sie trägt die Form einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Versicherungsgesellschaft, deren Organisation die nachstehenden Ausführungen gewidmet seien.

Die Statuten dieser Gesellschaft sind nach dem Vorbild der Pensions-Versicherung der Angestellten bei den Staatseisenbahnen, wie auch bei der »Expedition zur Anfertigung von Stempelpapieren« und anderen staatlichen Anstalten abgefasst und allerhöchst bestätigt am 21. März 1900. Gleichzeitig wurden von dem Staate zugewiesen:

a) für die Geschäftsführung der Verwaltung jährlich	29 500 Rubel
b) „ „ „ jeder Gouvernements-Filiale (jährlich)	2 000 „
c) eine einmalige Zuweisung zur Anfertigung der nötigen Drucksachen (Formulare, Mitgliedskarten etc.)	37 000 „

Obligatorische Mitglieder der Versicherung sind früher alle Angestellte im Monopol mit einem Gehalt von über 120 Rubel, mit Ausnahme der über 60 Jahre alten und der nur auf ein Jahr engagierten. Die Beteiligung der letzteren ist fakultativ.

Seit Ende 1905 sind alle Arbeiter und Unterbeamten durch den kaiserlichen Erlass vom 2. Dezember 1905 von der obligatorischen Mitgliedschaft befreit worden. Die Gründe dieses Erlasses sind aus seinem Datum deutlich ersichtlich.

1) Russisch: Pensionskasse.

Jedes Mitglied hat beim Eintreten in die Pensionsversicherung 10 % seines Jahresgehaltes als Eintrittsgeld zu entrichten (monatl. im Laufe des Jahres einzuzahlen). Auch die monatlichen Beiträge — Prämien — werden nach dem Gehalt bemessen; es werden zu Gunsten der Versicherung als monatlicher Beitrag von dem Gehalt 6 % abgezogen (vgl. Forderungsbericht S. 36). Bei der Gehaltserhöhung fällt auch die Erhöhungsquote im Laufe der ersten drei Monate der Versicherung zu. Der Fiskus als Arbeitgeber zahlt für die Sicherung seiner Arbeiter 3 % ihres Gehaltes (also $\frac{1}{3}$ der Beiträge, die Arbeiter 6 %, d. h. $\frac{2}{3}$).

Alle Beiträge eines jeden Mitgliedes, sowie die zu seinen Gunsten eingegangenen Beiträge des Fiskus werden auf sein besonderes Konto gebucht und im Laufe der ersten 15 Jahre mit 4 % verzinst. Späterhin steigt der Zinsfuß in allmählich zunehmender Progression, entsprechend dem Alter des Mitglieds (von 4,3 % bei 30 Jahren an bis 5,63 % bei 70 Jahren).

Der Ertrag der Pensionsversicherung bildet einen Reservefonds, der jedoch 10 % aller Verbindlichkeiten nicht übersteigen darf. Der Ueberschuss wird den Mitgliedern zu ihrem Besten gebucht entsprechend dem Wert ihrer Anteilsrechte, d. h. dem Gesamtbetrag aller ihrer verzinsten Beiträge (ihrer eigenen sowohl auch der 3 % der Regierung).

Die Kapitalien werden entweder in Staatspapieren oder in Obligationen der Städtischen Kreditvereine zu Petersburg und Moskau, in Obligationen der Städteanleihen, ferner auch in garant. Eisenbahnobligationen und Hypothekenpfandbriefen (von Privatbanken) angelegt, ganz nach Ermessen der Hauptverwaltung¹⁾.

Die Erteilung einer Pension erfolgt nach 15 jährigem Dienste. Der Betrag der jährlichen Pension wird nach einem sehr komplizierten Tarif berechnet, indem man das gegenwärtige Guthaben des Mitgliedes mit einem Koeffizienten multipliziert, der entsprechend dem Alter des Mitgliedes abgestuft ist. So bekommt zum Beispiel ein verheiratetes Mitglied, das mit 30 Jahren in die Gesellschaft aufgenommen wurde, eine Pension, die

1) §§ 21 und 22 d. Statutes. In Obligationen der Städteanleihen — nur nach Ermessen des Finanzministers. Am 1. Jan. 1905 belief sich die Gesamtanlage in Wertpapieren auf 11,4 Mill. Rub. (Kurswert 10,1 Mill. R.) davon sind 50 % in garantierten und 50 % in nichtgarantierten Papieren angelegt gewesen. Im allgemeinen werden also die Kapitalien ähnlich den der Staatssparkassen angelegt. Vgl. darüber: *Migulin*, »der russ. Staatskredit«, Band III, Teil II S. 389, 407; *Herzenstein* »Das Kreditwesen und die Sparkassen«, Petersb. 1904 S. 86 ff. (beide russisch).

bei einem zurückgelegten Dienste von 15 Jahren ca. 12 %	
» » » » » 20 » » 19 »	
» » » » » 25 » » 30 »	
» » » » » 30 » » 47 »	
» » » » » 35 » » 72 »	
» » » » » 38 ¹ / ₂ » » 100 »	

seines jährlichen Gehaltes entspricht¹⁾. Ein lediges Mitglied bekommt $\frac{3}{4}$ dieser Beträge. Die Pension einer Witwe bemisst sich nach ihrem Alter, nach der Kinderzahl und dem Guthaben des verstorbenen Gatten. Nach einem besonderen Tarif wird die Pension für Waisen berechnet.

Beim Austritt aus der Versicherung nach 2jähriger Mitgliedschaft werden die unverzinsten Beiträge zurückgegeben. Bei einem früheren Austritt fallen die Beiträge des Mitglieds der Anstalt zu.

Die Organisation der Verwaltung der Pensionsversicherung ist der des Monopols ähnlich.

Die Pensionsversicherung wird von Petersburg aus auf Kosten des Fiskus verwaltet. In jedem Gouvernement befindet sich eine Filiale, die vom Akzisedirektor geleitet wird. Ueber die Ausgaben der Kassen, ihre Rechnungsführung, Kontrolle u. s. w. sind genaue Vorschriften vom Finanzministerium herausgegeben.

In der Hauptverwaltung, wie auch in den Gouvernements-Akziseressorts bestehen besondere »Komitees der Pensionsversicherung« unter Vorsitz des Akzisedirektors (bez. Chefs der Hauptverwaltung). Alle Verwaltungsfragen werden in den Komitees erörtert und mit Stimmenmehrheit entschieden. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Direktor. Die Komitee-Sitzungen sind beschlussfähig, wenn der Akzisedirektor und noch 2 Mitglieder anwesend sind, so dass also die Verwaltungsangelegenheiten mitunter der Direktor allein erledigt. Die Berichte der Pensionsversicherung werden alljährlich, mit der üblichen Verspätung von 2—3 Jahren, publiziert.

1904 zählte die Pensionsversicherung als Mitglieder von den 62 462 Angestellten 49 777, d. h. 79,7 %, oder 86,6 % aller Angestellten mit einem jährlichen Gehalt von 120 Rubel an. Am geringsten sind die Arbeiter beteiligt; in den verschiedenen Gouvernements von 2,1 % bis 100 %.

Es ist möglich, dass die Arbeiter sich deshalb weigern, in die Pensionsversicherung einzutreten, weil das Risiko, entlassen

1) Vorausgesetzt, dass der Gehalt im Laufe der Zeit sich gleich bleibt.

zu werden, sehr gross ist. Nach den Angaben des Berichts der Pensionskasse für das Jahr 1902 lässt sich berechnen, dass z. B. im Gouvernement Moskau im Laufe eines Jahres ca. 1000 Arbeiter und Angestellte entlassen worden sind. Das sind etwa 36—37 % aller Angestellten.

Der durchschnittliche Jahresgehalt eines Mitgliedes betrug:

1900	1901	1902	1903	1904	
405 Rubel	401 Rubel	398 Rubel	399 Rubel	405 Rubel	
407	416	422	425	437	für Männer
397	353	332	331	328	» Frauen

Der Durchschnittsgehalt eines Arbeiters belief sich (1904) auf 285 Rubel, einer Arbeiterin auf 174 Rubel jährlich.

Im Laufe des dritten Geschäftsjahres (1902) sind an Pensionen (Renten), an 5623 ausgetretene Mitglieder 586 310 Rubel ausgezahlt worden. Das Guthaben aller Mitglieder belief sich (z. I. I. 1905) auf: 8 909 397 Rubel.

II. Die Kuratorien der Mässigkeitsvereine.

1. Die Organisation und der Bestand der Kuratorien.

»Der Kampf wider das veraltete Uebel des Alkoholmissbrauchs«, schrieb der Finanzminister, »ist sehr schwer. Dazu genügt allein die Beseitigung der Verlockung der Kneipe nicht, es muss auch die Neigung zur Mässigkeit als Gegengewicht zur Verlockung im Volke gefördert werden«¹⁾.

Zu diesem Zwecke ist gleichzeitig mit der Einführung des Monopols ein besonderes Kuratorium²⁾ errichtet worden; seine Aufgaben sind die folgenden:

1. Aufsicht über den Branntweinhandel,
2. Aufklärung über die Schäden des Alkoholmissbrauchs durch Veranstaltung von Vorträgen, durch Herausgabe und unentgeltlicher Verteilung von Broschüren, Flugblättern u. s. w.
3. Errichtung von Teestuben, Volksvergnügungen, Theatern.
4. Errichtung und Erhaltung von Kuranstalten für Alkoholiker.
5. Unterstützung der Privaten und Vereinen, die dieselben Zwecke verfolgen³⁾.

Das Kuratorium steht unter Oberaufsicht der »Hauptverwaltung der indirekten Steuern und des Monopols«. In den Gouvernements-Städten sind »Gouvernements-Komitees des Kuratoriums«, in den Kreisstädten »Kreiskomitees« eingerichtet.

1) Zirk. v. 22. XII. 1894 N. 2438, Fin.-Anz. 1894 N. 52. S. Anm. zu S. II.

2) Der russ. Name dieses Instituts lässt sich schwer verdeutschen; statt der in der deutschen Literatur gebräuchlichen Bezeichnungen: »Volksnüchternheitspflegeamt« oder »Enthaltsamkeits-Komitee«, »Temperenzgesellschaft« und anderen wird hier überall diese Bezeichnung (Kurat. der Mässigkeitsvereine) gebraucht.

3) § 3 des Allerh. best. Statuts des Kuratoriums, RGB. Band V (1901) Beilage II zum Art. 524.

Die Gouvernements-Komitees stehen unter dem Vorsitz des Gouverneurs und bestehen aus folgenden obligatorischen Mitgliedern: dem Vorsteher der Geistlichkeit, dem Adelsmarschall, dem Vorsitzenden und dem Staatsanwalt des Gerichtshofes, dem Vize-Gouverneur, den Direktoren des Kameralhofes, der Akzise, des Kontrollhofes, des Domänenressorts, des Apanagenressorts, dem Gendarmeriechef, dem Vorsteher des Stadtrats, der höheren und mittleren Lehranstalten, dem Vorsteher der Volksschulen, der kirchlichen Volksschulen, der Militär-Bezirksverwaltung, der Semstwo, dem Vorsitzenden der Bauern-Bank-Filiale und endlich dem Medizinal-Inspektor.

Die Kreiskomitees setzen sich aus den entsprechenden Vorstehern aller genannten Staats- und Kommunalressorts des Kreises unter dem Vorsitz des »Kreis-Adels-Marschalls« zusammen.

Ausser den obligatorischen Mitgliedern kann auch jedermann ohne Unterschied des Standes und Geschlechtes, als »mitwirkendes« Mitglied auf 3 Jahre aufgenommen werden. Die letzteren haben jedoch nur beratende Stimme.

Die Mitglieder der Kuratorien haben in Bezug auf die Kontrolle des Branntweinhandels dieselben Rechte wie die Akzisebeamten¹⁾: freien Zutritt in alle Verkaufsstellen von 5 Uhr vorm. bis 9 Uhr nachm., sonst nur in den vom Kriminalgesetzbuch vorgeschriebenen Fällen²⁾.

Aus den »Freiwilligen Mitgliedern« des Komitees werden »Distrikts-Aufseher« auf 3 Jahre gewählt (nur Männer); diese sind die eigentlichen Vollzieher der Verordnungen der Kuratorien. Beamte dürfen nur mit Erlaubnis ihrer Vorgesetzten das Amt eines Distrikts-Aufsehers bekleiden³⁾. Den staatlichen Verkäufern (in den Monopolläden) ist das Bekleiden dieses Amtes untersagt⁴⁾.

Die Tätigkeit der Kuratorien gestaltet sich gemäss den Vorschriften des Finanzministers. Die Beschlüsse werden in den Kuratorien mit Stimmenmehrheit angenommen. Wenn sich der Vorsitzende oder der Akzisedirektor mit einem Beschlusse nicht einverstanden erklärt, so entscheidet der Finanzminister.

1) Akzisereglement (1901) Art. 28.

2) Krimin.-Prozessordnung Art. 357—370.

3) Dieses ist den Akzisebeamten (Zirk. d. HVW. v. 18. IV. 1898 N. 231), den Fabrik-Inspektoren (Zirk. d. Depart. f. Handel und Industrie v. 9. XII. 1897 N. 33503), den Steuerinspektoren (Zirk. d. Depart. f. direkte Steuern v. 14. I. 1898 N. 356) und den Reichsbankbeamten (Verordnung des Chefs der Reichsbank von Pleske) gestattet.

4) Zirk. v. 8. X. 1897 an die Vorsitzenden der Komitees.

Die Veranstaltungen der Kuratorien sind abgabefrei, da ihnen der gewerbliche Charakter abgesprochen wird¹⁾.

Das Kassen-, Rechnungs- und Kontrollwesen ist durch eine besondere Ordnung vorgeschrieben²⁾. Zur Bestreitung ihrer Ausgaben wird den Kuratorien eine Summe aus den Monopoleinnahmen zugewiesen. Ausserdem haben sie noch einige Einkünfte aus ihren Veranstaltungen, freiwilligen Beiträgen u. s. w.

Die Hauptverwaltung veröffentlicht jährlich ausführliche Berichte über die Tätigkeit der Kuratorien; nur sind diese Berichte leider sehr veraltet. Der letzte, 1907 erschienene, bezieht sich auf das Jahr 1904.

Seit August 1903 erscheint in Petersburg ein offizielles wöchentliches Organ »Anzeiger für die Kuratorien«³⁾, redigiert von *Bogdanow*. Die Zeitschrift ist den verschiedenen Fragen der Tätigkeit der Kuratorien und den bezüglichlichen Vorschriften der Behörden gewidmet. Gemäss der Verordnung des Finanzministers sind alle Kuratorien obligatorische Abonnenten dieser Zeitschrift.

Nun einige die Kuratorien betreffenden Zahlen. Im Jahre 1904 funktionierten in 71 Gouvernements des Monopolgebietes 772 Kuratorien mit 11709 Mitgliedern. Darunter waren: 11160 obligatorische und 549 freiwillige Mitglieder. Ausserdem sind noch 218 Ehrenmitglieder (darunter 29 Frauen) verzeichnet. Die Zahl der Mitglieder hat gegenüber 1903 bedeutend abgenommen.

Die Zahl der Distrikts-Aufseher belief sich auf 12071 (1903: 12541, 1902: 12880). Es entfielen auf je ein Kuratorium durchschnittlich⁴⁾ 14 Distrikts-Aufseher. Diese rekrutierten sich aus Geistlichen, Volksschullehrern, Semstwobeamten, Beamten verschiedener Selbstverwaltungsorgane, Offizieren etc.

Aus denselben Ständen gehen die »mitwirkenden Mitglieder« hervor. Solche gab es 1903 durchschnittlich 61 auf je ein Kuratorium, 1904 nur 59. Die Berichte geben auch nähere Auskunft über ihre Verteilung. Dabei ist bemerkenswert, dass von den 41218 »mitwirkenden Mitgliedern« 1903 nur 15736, d. h. 38,2 %

1) Zirk. d. FM. v. 28. X. 1896 N. 25694 (an die Präsidenten der Kameralhöfe).

2) Verordng. v. 6. II. 1903; Zirk. v. 19. II. 1903 N. 1016.

3) »Westnik popetschitelstw o narodnoi Treswesti«. Es ist mir unbekannt, ob die Zeitschrift noch jetzt herausgegeben wird.

4) Nach den Berichten der Kuratorien (Herausgegeben vom Finanzministerium) für die Jahre 1899—1904.

»aktiv tätig« waren, 1904 nur 38,3 %. Worin die Tätigkeit der übrigen »Mitwirkenden« bestand, bleibt unaufgeklärt.

Auf je ein (Gouvernement- oder Kreis-)Kuratorium kamen durchschnittlich:

	Distrikts-Aufseher		Mitwirkende Mitglieder		
	in Gouv.-K.	In Kreis-K.	Zahl der mitwirkenden Mitglieder	davon tätig aktiv	davon Frauen
1901	3	18	68	(—)	6
1902	4	16	63	(22)	6
1903	4	16	61	(23)	6
1904	3	14	59	(22)	6

2. Die Geldmittel der Kuratorien.

Die Gesamteinnahme der Kuratorien belief sich 1904 auf 9 066 000 Rub. 45 % davon entfallen auf die Zuweisung des Staates (aus den Monopoleinnahmen). Abgesehen von den Zuweisungen des Staates sind die Einnahmen aus den Veranstaltungen der Kuratorien die wichtigsten. Das ergibt die nachstehende Aufstellung:

Einnahmeposten:	1902	1903	1904
Zuweisungen des Staates	53,0	51,6	49,4
Ertrag aus den Tee- und Speiseanstalten	38,2	40,2	41,6
» » anderen Veranstaltungen	5,5	5,4	5,8
Beiträge der Mitglieder, Spenden	1,0	0,8	0,5
Sonstiges	2,3	2,0	2,7

Dabei sind die Petersburger und Moskauer Kuratorien wegen ihres speziellen Charakters unberücksichtigt geblieben.

Ueber die Ausgaben der Kuratorien und ihre Verteilung gibt die folgende Tabelle Auskunft (S. 84).

Ueber die Verwendung von vielen Summen finden wir leider keine Aufklärung, da sie in den Posten »sonstige Ausgaben« vereinigt sind. Doch ist aus dem Berichte 1904 ersichtlich, dass die »sonstigen Ausgaben« hauptsächlich für Volkshäuser verwendet werden (16,8 %).

3. Die Tätigkeit der Kuratorien.

Eine besonders fruchtbare Tätigkeit der Kuratorien ist wohl von niemanden in Russland erwartet worden. Sie werden von Leuten geleitet, die vor allem ausserdem viele Dienst- und Ehrenämter bekleiden. Alle sind »Tschinowniki« (Beamten), die schwer das Vertrauen des Publikums erlangen können. Die meisten Mit-

Ausgabe-Posten	1902		1903		1904	
	Tau- send Rubel	% aller Aus- gaben	Tau- send Rubel	% aller Aus- gaben	Tau- send Rubel	% aller Aus- gaben
Verwaltungskosten	310	3,7	334	3,7	348	3,8
Erhaltung und Ausgaben für						
a) Tee- und Speiseanstalten	3676	43,5	4145	45,9	4060	44,8
b) Lesehallen und Bibliotheken	312	3,7	383	4,3	448	4,9
c) Chöre	89	1,0	101	1,1	116	1,3
d) Vorträge	198	2,3	227	2,5	273	3,0
e) Theater	960	11,4	839	9,3	847	9,3
f) Vergütungen	157	1,8	284	3,1	252	2,8
Errichtung von Bauten	506	6,0	638	7,1	697	7,7
Unterstützung für andere Vereine	199	2,4	251	2,8	222	2,5
Sonstige Ausgaben	2041	24,2	1821	20,2	1800	19,9
Zusammen	8448	100	9023	100	9063	100

glieder haben kaum Zeit, den Sitzungen beizuwohnen; viele von den Mitwirkenden sind völlig untätig. Die meisten Komitees halten ihre Sitzungen nur ab, um die Vorschriften zu erfüllen. In dem Berichte von 1903 kann man lesen, dass durchschnittlich auf ein Kuratorium im Laufe des ganzen Jahres 7 Sitzungen mit durchschnittlich 9 Teilnehmern entfielen, 1904 waren es 6 Sitzungen mit 8 Teilnehmern.

Am erfolgreichsten hat sich die Tätigkeit ¹⁾ der Kuratorien in der Errichtung von Tee- und Speiselokalen bewährt. Diese werden sehr besucht. Im Jahre 1903 gab es in 71 Gouvernements 3857, 1904: 3875, 1905: 3598 Tee- und Speiseanstalten ²⁾ (ausser Petersburg und Moskau), davon 7 % in eigenen (d. h. von den Kuratorien errichteten) Bauten, in den sogenannten »Volkshäusern« ³⁾.

Die Volkshäuser befinden sich meistens in den grösseren Städten. Mehrere Volkshäuser sind mit Theatersälen oder sonstigen Lokalitäten versehen. In den Städten, wo es überhaupt an

1) Nach den Berichten für 1902—04. Die Zahlen für 1905 sind einem Artikel im Finanzboten 1907 N. 50, S. 344 ff. entnommen.

2) Ausserdem wurden einige private Teehallen unterstützt. Darüber ist in den Berichten nichts angegeben. In seiner Kritik der »Tätigkeit der Kuratorien im Osten« bemerkt der Finanzminister (*Witte*), dass oft einfache gewerbliche Teestuben von den Kuratorien unterstützt werden, »was den Aufgaben der Kuratorien nicht entspricht«. (»Sammelband der Verordnungen und Zirkulare der HVW.« Band I S. 345 ff.)

3) Mitunter werden die Teestuben verpachtet (ebenda S. 345). Dieses System ist zweifellos als verwerflich zu bezeichnen.

Sälen fehlt, werden öfters die Volkshäuser (bez. Volkstheater) für Opern, Operetten, Schauspiele, Ballets, Varietés, ferner Wahlversammlungen u. s. w. benutzt.

Von anderen Veranstaltungen der Kuratorien sind zu nennen: Bibliotheken mit und ohne Lesesäle, Lesesäle (ohne Bibliotheken), Volksvergnügungen, Vorträge mit Lichtbildern und mit Musik, Bücherläden, Sängerschöre, Orchester; endlich Heilanstalten für Alkoholiker.

Bibliotheken gab es 1903: 3266, 1904: 3606, 1905: 4114. Ausserdem unterstützten die Kuratorien noch 328 von anderen Körperschaften errichtete Bibliotheken. Die Schwankungen der Zahl in den einzelnen Gouvernements sind ganz unerklärbar.

Die Bibliotheken finden sich meistens in Volkshäusern, Tee-lokalen, Fabriken etc. Die Teewirte sind öfters zugleich Bibliothekare. Besondere Bibliothekare waren (1904) nur in 21 % aller Bibliotheken angestellt. In den Lesesälen ist nur die Lektüre weniger Zeitungen gestattet, ausschliesslich ultrakonservative, wie „*Suwjet*“ und ähnliche liegen aus. Hier werden auch die aus den Bibliotheken entnommenen Bücher gelesen.

In den Städten sind die meisten Leser Schulkinder, seltener sind Arbeiter in den Lesesälen zu finden.

Vorträge mit Lichtbildern fanden in 6134 Ortschaften durchschnittlich 11 mal jährlich statt. In vielen Gouvernements waren sie jedoch seltener. Diese Veranstaltungen werden oft durch verschiedene Formalitäten erschwert. Die Vorträge hält man überall in russischer Sprache ab und sie sind darum in Polen z. B. oder Bessarabien selten. Im Bericht für das Jahr 1899 finden wir, dass »die Vorträge dort (d. h. in Polen) nach den örtlichen Bedingungen nicht gestattet wurden; es wurden nur Lichtbilder gezeigt und kurz ihr Inhalt erklärt«¹⁾.

Die Themata der Vorträge werden streng kontrolliert und die Auswahl ist beschränkt. 8 % aller Vorträge wurden (1904) antialkoholischen Themen gewidmet.

Der Mangel an Apparaten hat in mehreren Kuratorien (207) zu einer ständigen Versendung der Apparate geführt. Diese machen dann häufig ansehnliche Rundreisen.

1) Auch für die Moldauer (Bessarabien) wird russisch vorgetragen. Die verstehen die Sprache gar nicht. Vgl. *Stojanow*, Die nächsten Aufgaben der Kuratorien der Mässigkeitsvereine im Kreise Kischinew. Publ. Bessarabien 234.

An Broschüren und Flugblättern antialkoholischen Inhalts wurden

	1902	1903	1904
unentgeltlich verteilt	61 721	297 087	63 698
verkauft	90 594	6 322	9 603
zusammen	152 315	303 409	73 301

Orchester gab es 136, Sänger-Chöre 994. Ausserdem wurden verschiedene Volksvergünungen veranstaltet — insgesamt in 4 686 Fällen (1903: 6648).

Ueber die Heilanstalten für Alkoholiker berichtet die Hauptverwaltung, dass diese Tätigkeit der Kuratorien ganz unbedeutend ist. Die darauf bezüglichen Zahlen tragen sehr fragmentarischen Charakter. Von 9 Gouvernements wird gesagt, dass sie in dieser Beziehung »tätig« waren. In den Finanzberichten sind die Ausgaben »für Heilung der Alkoholiker« manchmal enorm. Es gibt aber auch Gouvernements, die unglaublich geringe Unkosten für diesen Zweck verzeichnen.

Im Jahre 1903 sind in Petersburg

			das kostete überhaupt	pro Person
223 Alkoholiker behandelt worden			4818 R.	21,5 R.
im Gouvernement Moskau	450 Alkoholiker		6544 »	14,5 »
» » Saratow	400 »		1644 »	4,0 »
» » Kijew	1503 »		5650 »	3,80 »
» » Jekaterinoslaw	502 »		12307 »	2,50 »
in den 4 östlichen Gouvernements	1 »		1 »	1,0 »
im Gouvernement Woronesch	2290 »		506 »	0,22 »
im Don'schen Gebiet	65 »		0 »	?

In dieser Hinsicht scheinen nur Moskau und Petersburg etwas Greifbares getan zu haben.

In Moskau besteht ein Ambulatorium für Alkoholiker seit Nov. 1903. Die Alkoholiker werden von 3 Aerzten unentgeltlich behandelt. Die Kur erfolgt entweder durch Hypnotismus oder vermittelt Arzneien. Die unbemittelten bekommen die Arzneien unentgeltlich. Die Kranken haben die Anstalten anfänglich sehr oft zu besuchen, dann immer seltener bis zur völligen Genesung. Im Berichte für das Jahr 1903 sind verzeichnet 450 Kranke (November und Dezember 1903). Davon wurden 230 mit Arzneien und 220 durch Hypnotismus kuriert¹⁾; ferner für Heilung mit Elektrizität 102 Besucher, für Wasserheilung 167 Besucher. Im

1) Bericht d. Kur. 1903 S. 30.

Jahre 1904 sind 1750 Alkoholiker behandelt worden. Davon wurden 950 mit Arzneien und 800 durch Hypnotismus kuriert. Die ersteren haben das Institut 1884 mal, die letzteren 5273 mal besucht. Für 626 Personen wurde die Wasserkur angewendet.

In der ersten Hälfte des Jahres 1907¹⁾ besuchten das Ambulatorium 4464 Kranke, davon zum ersten Male (d. h. neu hinzugekommene) 1053 (955 Männer und 98 Frauen). Darunter waren:

Trunksüchtige (Dipsomanie)	21
Zufällige Trinker	365
Gewohnheitstrinker	663
Säufer	4
	<hr/>
	1053

Ein ähnliches Ambulatorium besteht seit 1903 in Petersburg. Im Jahre 1904 zählte es 3489 Besucher (Wiederholungen sind mitgerechnet). 7,6 % aller Besucher waren Frauen, der grösste Teil Personen von 41 bis 50 Jahren. Von je 100 waren 15 Trunksüchtige (Dipsomanie). Eine angeerbte Neigung zum Alkoholismus sowie überhaupt zu Nerven- und Geisteskrankheiten liess sich bei 80 % der Besucher bemerken. Auch hier wurden die meisten psychotherapeutisch behandelt. Ueber die Wirkung dieser Kur lässt sich vorläufig nichts bestimmtes sagen. Aus den 78 länger als 2 Monate regelmässig kurierten Kranken kehrten 18 Personen zum Trunke zurück, 40 erfreuten sich einer völligen Genesung und 20 gaben bald nach 2 Monaten die Kur auf.

Die Nachfrage nach derartigen Anstalten scheint in Moskau gross zu sein. Im Annoncenteil der Moskauer Blätter finden sich Anzeigen von mehreren privaten Anstalten und Kliniken für akute und chronische Alkoholiker und für Heilung von durch Alkoholismus hervorgerufenen inneren und Nervenkrankheiten (Massage, Wasser- und Elektr.-Heilung), für Psychotherapie des Gewohnheitstrinkens und Heilung durch Hypnotismus u. a.

Ausser diesen Mitteln zur Bekämpfung der Trunksucht und Förderung der Mässigkeit sind noch einige erwähnenswert.

Rechtsauskunftsbureaux waren an 4 Stellen²⁾, an ebenso vielen Orten ein Arbeitsnachweisinstitut³⁾ errichtet. In einem Orte ist

1) Ambulatorien für Alkoholiker in Moskau. Russk. Wedomosti N. 162 vom 17. VIII. 1907.

2) 1904 und 1905 schon an 10 Stellen.

3) 1904 schon an 36 und 1905 an 42 Stellen.

ein Kolonialwarenladen, in einem andern eine Verkaufsstelle von Holz und Kohle zu ermässigten Preisen, in einem dritten eine Sparkasse errichtet. Ferner: eine Postfiliale, eine Verkaufsstelle von Saat. In einem Orte bekam das Publikum elektrische Kraft, in einem anderen wurden die analphabetischen Klienten zu mässigen Preisen mit Briefen versorgt.

Es fällt den Kuratorien noch die Aufsicht über den gesetzmässigen Verkauf von Branntwein zu. Diese ist eine ihrer Hauptaufgaben.

Dass die Kuratorien in dieser Beziehung wenig geleistet haben, ersieht man aus der folgenden Aufstellung (zusammengestellt auf Grund von Angaben der Berichte der Hauptverwaltung).

Die Uebertretungen der das Monopol betreff. Gesetze sind enthüllt:

Jahr	von . . . Personen	darunter Mitglieder der Kuratorien		Jahr	von . . . Personen (Zahl)	darunter Mitglieder der Kuratorien	
		Zahl	‰			Zahl	‰
1897	6 546	34	0,5	1901	19 831	102	0,5
1898	11 358	71	0,6	1902	30 199	147	0,4
1899	11 539	80	0,7	1903	36 136	211	0,5
1900	11 901	50	0,4	1904	36 494	78	0,2

Das Jahr 1899 ist also das der höchsten Anstrengung ihrer Tätigkeit: von jedem Tausend enthüllter Gesetzesübertretungen sind sieben Enthüllungen den Mitgliedern der Kuratorien zu danken.

III. Das finanzielle Ergebnis des Monopols.

1. Die Rentabilität des Monopols.

In der Einleitung ist schon hervorgehoben worden, dass die Getränkesteuern im Reichsbudget eine bedeutende Stelle einnehmen. Es ist auch nachgewiesen worden, dass die Regierung das Monopol eingeführt hat, um die Staatseinnahmen zu erhöhen. In dem vorliegenden Teile soll nun das Ergebnis der Monopol-Wirtschaft einer Untersuchung unterworfen und geprüft werden, ob sich das Monopol als Staatsunternehmen wirklich rentiert.

Diese Frage der Rentabilität des Monopols wird jetzt oft in der russischen Presse behandelt, da sie, wie überhaupt alle Finanzfragen, aktuelles Interesse bietet.

Zur eigenen Urteilsbildung machen sich allerdings zunächst einige allgemeine Bemerkungen in Bezug auf die Quellen und Methoden notwendig.

Die von der Hauptverwaltung publizierten Berichte sind unklar und ungenau. Oft findet man in den Berichten für dieselben Jahre die Zahlen verschieden angegeben, und es ist manchmal sehr schwierig, das richtige zu erkennen. Das trifft nicht nur für die finanziellen Berichte zu, sondern auch für Angaben, wie die Ladenzahl oder die Menge des verbrauchten Materials, die Zahl der Angestellten u. a. Was die finanziellen Berichte insbesondere betrifft, so ist hervorzuheben, dass einige Berichte der Hauptverwaltung auf Grund buchhalterischer Rechenschaftsberichte, andere auf Grund von Kassenberichten, andere wieder auf Grund von Berichten der Staatskontrolle aufgestellt werden.

Die Berichte der Staatskontrolle werden nach Prüfung sämtlicher Einnahmen und Ausgaben aller Regierungsressorts¹⁾ pu-

1) Der Staatskontrolle unterliegen nicht: Das Ministerium des kaiserl. Hofes, die ausländischen Anleihen, die Handelsgeschäfte der Reichsbank u. einige andere Ressorts.

bliziert und enthalten genaue Angaben darüber. Kein russischer Ressortbericht stimmt genau mit den Kontrollberichten überein. In den Monopolberichten entdeckt man keine einzige Angabe, die genau mit den Kontrollberichten übereinstimmt¹⁾.

Die Kassenberichte sind überhaupt für die Untersuchung nicht verwendbar, da sie über die wirklich vollzogenen Einnahmen und Ausgaben berichten, ohne Angabe der Zeit, auf die sie sich beziehen.

Am geeignetsten sollten die auf Grund buchhalterischer Rechenschaftsberichte aufgestellten Angaben sein; diese widersprechen aber, wie gesagt, denen der Staatskontrolle.

Bei allen Berichten hat man mit der Schwierigkeit zu kämpfen, dass die verschiedenen Posten nicht nach einheitlichen Prinzipien angeordnet, und so in verschiedenen Berichten manche Posten unter verschiedene Rubriken untergebracht sind.

Die Methoden bei der Untersuchung der Rentabilität des Monopols können von einander abweichen. Die Hauptverwaltung, die das Ergebnis möglichst günstig darzustellen sucht, benutzt dazu folgenden Kunstgriff. In einer Spezialausgabe »Summarische Uebersicht über die finanziellen Ergebnisse und die Hauptumsätze des staatlichen Branntweinverkaufs«²⁾, die man auf Grund der Berichte der einzelnen Gouvernements aufstellt, berechnet sie die Bruttoeinnahmen und bringt davon die Ausgaben in Abzug, das Ergebnis stellt den Reingewinn dar. Ausserdem vergleicht sie die auf diesem Wege ermittelte Nettoeinnahme mit dem Ertrage der Akzise vor der Reform und bildet danach ihr Urteil über die finanzielle Berechtigung des Monopols. Nach den gleichen Grundsätzen sind die Berechnungen in der Jubiläumsschrift des Finanzministeriums aufgestellt³⁾. Sie basieren auf denselben Berechnungen der »summarischen Uebersicht«.

Der Bruttoertrag belief sich (1906) auf 696 848 721 Rubel, die Ausgaben auf 190 456 832 Rubel, und somit der Nettobetrag $506\,391\,889 = 73\%$ des Brutto-Ertrages⁴⁾.

1) Dieses kommt daher, weil die Staatskontrolle ihre Berichte nur auf Grund der richtig befundenen Beweisstücke aufstellt. Ferner stellen die Ressorts und die Kontrolle ihre Berichte nach ganz verschiedenen Schemen auf. Dann ist jede Untersuchung und Prüfung der Zahlen ausgeschlossen.

2) Auszüge sind in den »Bulletin Russe de statistique financière« sowie in den »Bulletin de statistique et de législation comparée« zu finden. [Der letztgenannten 1906 I. p. 338, 1903 II. 351, 1902 II. p. 218.]

3) »Das Finanzministerium 1802—1902«.

4) Nach den »Summarischen Uebersichten«.

Die Verwaltung berechnet diese Zahlen pro Wedro des Umsatzes (85 466 897 Wedro).

	Rubel	Kopeken
Es belief sich die Bruttoeinnahme pro Wedro auf	8	16
die Ausgabe	2	23
der Nettoertrag	5	93

Zu einer richtigen Beurteilung der Rentabilität des Monopols müssen die in den Berichten angegebenen Ausgaben des Monopols ergänzt werden.

Dort fehlen folgende Posten :

1. Verzinsung (bez. mit Amortisation) der im Monopol investierten Kapitalien :
 - a) der Ausgaben des Staates zur Einführung des Monopols,
 - b) der Entschädigungen für diejenigen Personen, die bei der Einführung des Monopols benachteiligt wurden.
2. Verluste des Fiskus aus den früheren Getränkesteuern¹⁾ :
 - a) Fabrikatsteuer (Akzise).
 - b) Lizenzgebühren der früheren privaten Unternehmungen.
 - c) Zuschlagssteuer für die aus dem Spiritus erzeugten Spirituosen (Liköre etc.).
 - d) Erträge aus dem Propinationsrechte in den polnischen Dörfern.
3. Verschiedene Ausgaben, die sich auf das Monopol beziehen (erweiterte Akziseverwaltungs-kosten u. s. w.).

Leider gestaltet sich die Feststellung aller dieser Posten sehr schwierig, mitunter ist sie unmöglich.

1. a) Die zur Einführung des Monopols verausgabten Kapitalien stehen in den Berichten unter den Posten: »Zur Einführung des Monopols in N. N. Gouvernements«, so dass man nicht darüber klar werden kann, worin die Ausgabe besteht, inwieweit es sich hier um Beschaffung von stehendem oder umlaufendem Kapital handelt. Ferner werden seit Einführung des Monopols neue Ausgaben für Anlagen und Bauten (wenn es sich nicht um sehr grosse Ausgaben handelt) unter laufenden Ausgabeposten »Reparaturen« gebucht. In dieser Untersuchung berechne ich deshalb

¹⁾ Hier sind nur die Verluste angegeben, die man wenigstens annähernd richtig berechnen kann. Sehr viele andere, w. z. B. Verluste an Lizenzabgaben von Bier und Weinhandlungen, die die Monopolpolitik verdrängt hat u. and. sehr bedeutende sind hier unberechnet. Es handelt sich überhaupt nicht um eine sehr genaue Berechnung, sondern vielmehr um eine Hinweisung auf die Fehler der offiziellen Angaben.

nur die Verzinsung des Anlagekapitals mit 5 % (Posten: »zur Einführung des Monopols« u. s. f.) und keine Amortisation¹⁾.

b) Zu diesem Punkte ist es nötig, einige knappe Erklärungen zu geben.

Vor der Einführung des Monopols waren gesetzlich anerkannt die Schankabgaben (Traktier-Abgaben) zum Besten der Städteverwaltungen²⁾, der Landschaften (Semstwo³⁾, Dorfgemeinden und der Grundbesitzer (in einigen Teilen Russlands).

Mit der Einführung des Monopols sind diese Rechte aufgehoben worden⁴⁾.

Die Städte und Semstvos erhalten als Entschädigung für ihre ehemaligen Einkünfte eine jährliche Zuweisung aus den Monopol-einnahmen, die dem fünfjährigen Durchschnitt ihrer früheren Einkünfte entspricht. Diese Beträge werden als jährliche Geschäftsausgaben des Monopols gebucht und kommen also hier nicht in Betracht.

Die Verluste der Dorfgemeinden an ihren ehemaligen Einnahmen sind gänzlich unberücksichtigt geblieben.

Die Einkünfte der Grundbesitzer beruhten auf dem sogenannten Propinationsrecht, d. h. der ausschliesslichen Brenn- und Schankgerechtigkeit innerhalb ihres Gutes. Dieses Recht war gesetzlich für Bessarabien und die westrussischen (polnischen, litauischen und baltischen) Gouvernements anerkannt⁵⁾. Schon längst ist dieses Recht von der Regierung als veraltet erklärt und seine Aufhebung schon 1866 beschlossen, doch erst zur Zeit der Einführung des Monopols durch den Ukas vom 29. April 1896⁶⁾

1) Zur Berechnung der Amortisation könnte man auch die Angaben der »Summarischen Uebersichten« über das Inventar verwenden. Aber diese Berechnung ist überhaupt sehr ungenau, deshalb lasse ich es beiseite.

2) Städteordnung Art. 131 und 132 (RGB. Band II 1892).

3) Regl. betr. die Landesabgaben (RGB. Band IV. 1890) Art. 3 und 53 (V). Ferner: »zeitweilige Verordnungen betr. die Semstwoabgaben« (1890) Art. 5—8. Ausserdem bestanden früher: eine Zuschlags-Lizenz-Gebühr z. Besten der polnischen Städte. (Ges. v. 21. Apr. 1870), — 50 % der Lizenz-Gebühr und z. Besten der Gemeinden für Wegebau 10 % (Gesetz v. 27. Dez. 1878).

4) Monopolreglement Art. VIII.

5) RGB. V. Akzisereglem. (1893) Art. 18 (10) 414, 420, 421, 594—597; RGB. (1876) IX. 322. Näheres über das Propinationsrecht, seine Entstehung und Geschichte in Russland — im russisch. Brockhauslexikon Art. »Propinationsrecht« von *Lasarewsky* [Band XLIX. S. 453 ff.], ferner das Buch von *Pryshaw*: Die Geschichte des »Kabaks« (der Schenke) in Russland. Petersb. 1868.

6) Sammlung d. Gesetze u. Verordn. 1896 N. 77 Art. 839.

verwirklicht worden. Der gleiche Ukas bestimmt auch die Art und Weise des Schadenersatzes für diejenigen, denen das Propinationsrecht entzogen worden ist. Man hat zur Prüfung der Rechte der Bewerber besondere Kommissionen eingesetzt, die auch den Wert des Propinationsrechtes und den zu ersetzenden Betrag feststellen. Der letztere muss dem 20fachen Jahresertrag aus der Ausübung des Propinationsrechtes gleich kommen; als der durchschnittliche Jahresertrag ist der der letzten 5 Jahre anzunehmen. Ausserdem wird den Betreffenden diese Entschädigung für die Zeit von der Aufhebung ihrer Rechte ab bis zum Tag der Aushängung des Geldes mit 4 % verzinst. Die Entschädigungen sind sehr gross. Die Propinationsrechte sind noch bis heute nicht ganz abgelöst; der Voranschlag 1907 enthält in seinem ausserordentlichen Teil den Posten: »Ausgaben für den Loskauf der Propinationsrechte«:

für polnische Gouvernements	700 000 Rubel
für die Stammgutsherren der baltischen Gouvernements	3 300 000 »
Summe	4 000 000 Rubel

Auch der Voranschlag 1908 weist einen Betrag von 3 680 000 Rubel auf¹⁾.

Die eben besprochenen Entschädigungen (für die Propinationsrechte) sind als in der Unternehmung angelegte Kapitalien zu behandeln und müssen daher verzinst werden.

Die im Monopol angelegten Kapitalien sind aus der Tabelle S. 94 ersichtlich.

2. a) Was die Verluste an Fabrikatsteuern betrifft, so sind diese leicht annähernd richtig zu ermitteln, durch Multiplikation der vom Staate verkauften Spiritusmenge mit dem betreffenden Akzisesatz²⁾. Wir erhalten auf diese Weise folgende Zahlen:

Tausend Rubel		Tausend Rubel	
1895	11 801,0	1900	152 359,8
1896	35 267,4	1901	215 690,8
1897	53 227,8	1902	277 099,0
1898	122 783,4	1903	307 003,9
1899	135 955,5	1904	309 371,4
		1905	330 163,6

1) Erläuterung des Finanzministers zu den Voranschlägen.

2) D. h. 10 Kop. pro Grad für die Zeit 1895 bis 16. VIII. 1900. Seither mit 11 Kop. (auf Grund des allerh. best. Gutacht. d. RR. v. 6. VIII. 1900). Hier ist der Verlust an Akzise für die verbrauchte Menge berechnet, nicht aber für die Gesamtproduktion. Die Differenz ist sehr gross (Leckage!), kann aber nicht ermittelt werden. 1904 belief sich die Leckage allein bei der Rektifikation und Auffüllung des Branntweins auf 5,1% des Umsatzes!!

b) Viel schwieriger ist die Feststellung des Verlustes an Lizenzabgaben. Dieser Betrag steht nicht in unmittelbarem Verhältnis zu der Verbrauchsmenge und hängt allein von der Zahl der Betriebe ab.

Jahr	Kosten der Einführung des Monopols ¹⁾	Entschädigungen für die Propinationsrechte ²⁾	Gesamt-Kapitalanlage zum 31. Dezember	Verzinsung mit 5 %	Jahr	Kosten der Einführung des Monopols	Entschädigung für die Propinationsrechte	Gesamt-Kapitalanlage zum 31. Dezember	Verzinsung mit 5 %
1895	14979	—	14979	748,9	1901	{ 20560 (23563)	7522 (7523)	146 848 (153 593)	7342,4 (7679,6)
1896	19525	—	34504	1725,2					
1897	24119	704	59328	2966,4	1902	{ 7561 (11998)	4992 (4992)	159 401 (170 583)	7970,0 (8529,1)
1898	7457	10027	76812	3840,6					
1899	{ 9150 (11157)	2839 (2839)	88801 (93088)	4440,0 (4540,4)	1903	{ 6146 (10912)	8484 (8484)	174 031 (189 980)	8701,5 (9499,0)
1900	{ 24929 (26697)	5035 (5002)	118756 (122507)	5938,2 (6125,3)	1904	{ 2989 (5680)	11 (11)	177 031 (195 671)	8852,0 (9783,5)
					1905	{ — (3403)	— (493)	177 031 (199 566)	8852,0 (9978,3)

Kaschkarow empfiehlt für die Berechnung folgende Methode: er geht von der Voraussetzung aus, die Summe der jetzt zu erzielenden jährlichen Lizenzabgaben der Brennereien und privaten Verkaufsstellen sei der in demselben Gouvernement früher jährlich erzielten Lizenzeinnahme gleich; die sich hieraus ergebende Differenz mit den jetzigen Einnahmen müsste dann annähernd die Verluste der Regierung an Lizenzabgaben darstellen.

Offenbar entspricht die Berechnung der Wirklichkeit am wenigsten, da sie auf der Voraussetzung beruht, dass die Erträge unverändert geblieben wären. Nach dieser sehr komplizierten Methode sind von *Kaschkarow* ³⁾ die Verluste des Fiskus in den

1) Die Kosten der Einführung des Monopols sind hier auf Grund der Angaben der Berichte berechnet (»Zur Einführung d. Mon.«). Für die Jahre 1899—1905 stehen mir genauere Berichte zur Verfügung. Auf Grund von deren Angaben lässt sich die Kapitalanlage genauer berechnen (Klammern). Um alle Angaben für die ganze Periode vergleichbar zu machen, verwende ich in Folgendem die amtlichen Zahlen.

2) Inklus. Kosten der Kommissionen etc.; eksklus. die Zinsen für die noch auszahlenden (1907, 1908) Summen.

3) *Kaschkarow*, Band I. S. 187.

Jahren 1895—1901 berechnet; ich ergänze die Aufstellung mit den auf dieselbe Weise ermittelten Zahlen für 1901—1904. Die Berechnung ist dadurch erschwert, dass in den Berichten der Hauptverwaltung manchmal die Zahlen nicht nach Gouvernements, sondern nach ganzen Gebieten zusammen angegeben werden, z. B. »Westsibirien« oder »Kaukasus« ¹⁾.

Die bei dieser Berechnung sich ergebenden Verluste gibt folgende Tabelle wieder:

Jahr	Verlust	Jahr	Verlust	Jahr	Verlust
1895	189,1	1899	5 512,9	1903	12 351,4
1896	2512,8	1900	7 070,6	1904	12 527,7
1897	3991,0	1901	11 435,6	1905	12 688,1
1898	5390,8	1902	12 248,7		

c) Die Verluste aus der Zuschlagssteuer für die aus dem Spiritus erzeugten Spirituosen lassen sich leider auch nicht annähernd ermitteln. Das Monopol hat die Fabrikation von Spirituosen verdrängt, und jetzt bestehen nur noch wenige Fabriken. Der Verlust ist jedoch bedeutend (1893/4 sind 231 Fabriken im Betrieb gewesen, 1903/4 nur 88).

d) Ausser den oben angeführten Propinationsrechten der Gutsherren bestand in Polen noch ein Propinationsrecht der Dörfer. Bei der Bauernbefreiung in Polen (1864) ging das Propinationsrecht auf dem bäuerlichen Territorium allerdings von seinen früheren Besitzern (den Gutsherren) an die Dorfgemeinden über; die Regierung hat sich aber die Erträge aus diesem Propinationsrecht für die Zeit von 1864 bis 1906 vorbehalten ²⁾. Das Recht verpachtete sie meistens an die Grundbesitzer und erzielte eine Einnahme, die jetzt mit Einführung des Monopols dem Fiskus verloren gegangen ist. In den 80er Jahren betrug die Einnahme

1) Hier sind deshalb einige Teile Asiens unberücksichtigt. In einem Buche von W. Norow »das Monopol im Lichte der Statistik« (das mir leider erst nach Vollendung meiner Arbeit bekannt worden ist), weist der Verfasser mit Recht darauf hin, dass *Kaschkarows* Berechnung noch einen Fehler begeht. Kurz vor Einführung des Monopols haben die Lizenz-Einnahmen stark abgenommen. Infolgedessen ist *Kaschkarows* Berechnung der Verluste zu niedrig. Mir fehlen die nötigen Angaben über die früheren Einkünfte, um die Berechnung zu ergänzen.

2) Akziseregl. (1887) Art. 530 und 531; »Zeitweilige Verordn. betr. d. Branntweinverkauf auf den Bauernansiedlungen in Polen« von 7. VI. 1866 mit vielen späteren Novellen.

rund bis 500 000 Rubel. (1873—1883 durchschnittlich pro Jahr 455 600 Rubel, 1897: 335 851 Rubel¹⁾)).

Da ich für die letzten Jahre keine genauen Zahlen habe, so bringe ich auch diesen Verlust von den Monopoleinnahmen nicht in Abzug.

3. Die Hauptverwaltung bezieht auf das Monopol nur die Verwaltungsausgaben für diejenigen Angestellten in den Akziseressorts, die sich nur mit Monopolangelegenheiten beschäftigen. Die Hauptverwaltung hält es für selbstverständlich, dass der Unterhalt der eigentlichen Akzisebeamten nicht auf Konto des Monopols gestellt wird.

Das ist aber unrichtig. Zwar bestand die Akziseverwaltung auch früher und hätte auch ohne das Monopol bestehen müssen, doch war sie, indem die Monopolverwaltung ihr unterstellt wurde, bedeutend zu erweitern und auszubauen.

So wurden ausgegeben:

	1893	1905
An Verwaltungskosten überhaupt:	14 796 000	24 383 000
darunter für die Hauptverwaltung:	205 000	634 600
für die Akziseressorts	3 660 000	11 184 600

Es ist unmöglich, unter den Ausgaben der Akziseverwaltung (Hauptverwaltung, Gouvernements- und Kreisressorts, technisches Komitee, Akzisekontrolleure, Akzisepolizei an der preussischen Grenze) diejenigen auszuschneiden, die unmittelbar durch die Einführung des Monopols verursacht sind²⁾. Seit jenem Zeitpunkte hat sich auch sonst die Arbeit der Akzise stark vergrößert und es wäre falsch, die Erhöhung der Verwaltungskosten lediglich dem Monopol zuzuschreiben. Die Einnahmen aus allen der Akzise unterliegenden Fabrikatsteuern sind beträchtlich gestiegen, und deshalb erscheint eine Vergrößerung der Unterhaltungskosten der

1) Bericht des Depart. f. indirekte Steuern 1883, ferner Bericht der Hauptverwaltung f. ind. St. und das Branntweinmonopol 1899. S. 39 (Anmerkung).

2) Unter den Ausgabeposten der Akziseverwaltung finden sich solche, die man ohne Anstand in die Monopolberichte übertragen dürfte; z. B.: 1. Beiträge für die Pensionsversicherung der Angestellten im Monopol; 1900 ca. 335 000 R., 1901 549 000 R., 1902 491 000 R., 1903 535 000 R. 2. Stipendien in den Lehranstalten für die Kinder derjenigen Beamten, die bei der Einführung des Monopols besondere Dienste geleistet haben: 1902 und 1903 zu 12 000 R. 3. Der Pavillon des Monopols auf der Pariser Weltausstellung, 1900: 224 300 R. 4. Gratifikationen (an Beamte) bei der Einführung des Monopols — 1901: 96 000 Rub. und viele andere.... Im Berichte 1904 sind derartige Ausgaben richtig gebucht. (Die unter 1. angegebenen Zahlen sind nach den Berichten der Pensionsversicherung geprüft.)

Akzise ganz natürlich. Aber wenn man die Verwaltungskosten der Akzise im Verhältnis zu ihrem Ertrag untersucht, so lässt sich feststellen, dass das Verhältnis der Akziseausgaben zu den Einnahmen (in Prozenten der letztgenannten) sich dem Monopol immer günstiger gestaltete, vielleicht im Zusammenhang mit der Ausbildung des Akzisewesens und mit der Entwicklung der der Akziseaufsicht unterliegenden Gewerbe. Wenn man aber die Akziseausgaben seit der Einführung des Monopols im Verhältnis zu den Einnahmen aus der Akzisesteuer näher betrachtet, so sieht man, dass auch diese gestiegen sind¹⁾. Häufig stellt man in der Literatur und hauptsächlich in der Presse die ganze Kostenvermehrung²⁾ auf das Konto des Monopols³⁾; das ist vielleicht richtig, aber wenn wir das Monopolkonto nur mit den aus den Tabelle (Seite 98) sich ergebenden Differenzen (Spalte 5) belasten, so ergibt sich auch dann ein Betrag von:

in Tausend Rubeln		in Tausend Rubeln	
1895	404	1901	5138
1896	808	1902	6250
1897	2809	1903	6578
1898	2913	1904	6110
1899	2250	1905	4734
1900	4089		

Diese Summen sind selbstverständlich nur annähernd richtig, die Kosten aber sind unterschätzt.

Bei Durchsicht der Berichte der Staatskontrolle fällt die enorme Vermehrung der verschiedenen Kontrolleure und überhaupt der Beamten für die Getränkeakzise auf, während die Zahl der sonstigen Akzisekontrolleure (für Zucker-, Naphtha-, Tabak- und Zünd-

1) Wie sich überhaupt die Kosten der Erhebung aller indirekten Steuern zum Ertrage verhalten, zeigen folgende Zahlen (in Mill. Rub.):

	1894	95	96	97	98	99	1900	01	02	03	04	05
Einnahmen	398	419	428	453	518	561	572	630	688	741	743	805
Ausgaben	18	33	61	86	96	104	133	168	182	196	193	195
Ausgaben in % der Einnahmen	4,6	7,9	14,2	19,1	18,5	18,6	23,3	26,6	26,5	26,4	26,0	24,2

In früheren Jahren machte sich eine Verbilligung der Kosten bemerkbar: Sie betrugen: 1873: 4,20% der Einnahmen, 1875: 3,5%, 1878: 3,5%, 1883 nur 2,6%.

2) In Frage kommen hier nur die Getränkeakzisekosten. Die sind aber die bedeutendsten zwischen allen anderen (in den 80er Jahren entfielen 80% aller Akziseverwaltungskosten auf das Getränkewesen).

3) Vgl. z. B. von *Rutten*, Art. Branntweinmonopol im Sammelband: Fragen des Staatshaushalts und des Budgetrechts, Band I. Petersburg 1907. S. 224—225. Ebenfalls *Norow* im cit. Buche.

Jahr	Einnahmen aus der Getränkeakzise	Ausgaben	Die Ausgaben in % der Einnahmen	Die Differenz zwischen der Ausgabe im betr. Jahre und 1894 in %
	Millionen Rubel			
1	2	3	4	5
1894	398	14,5	3,7	0,0
1895	408	15,1	3,8	0,1
1896	400	15,8	3,9	0,2
1897	401	17,6	4,4	0,7
1898	416	18,1	4,4	0,7
1899	450	19,1	4,2	0,5
1900	454	20,7	4,6	0,9
1901	467	22,4	4,8	1,1
1902	480	24,1	5,0	1,3
1903	505	25,4	5,0	1,3
1904	509	25,1	4,9	1,2
1905	526	24,4	4,6	0,9

holzfabrikation) sich sogar vermindert hat. Das ist umsomehr erstaunlich, als die Einnahmen aus der Zucker-, Naphtha- u. s. w. Akzise in höherem Grade angewachsen sind als die aus der Getränkeakzise ¹⁾:

Jahr	Einnahmen aus der Akzise von				
	Getränke	Zucker	Naphtha	Tabak	Zündhölzer
1889	274,8	19,3	9,3	27,3	4,5
1904	339,1	78,7	35,0	48,7	7,7

Dass das Monopol die Verwaltungskosten der Akziseverwaltung und Akzisekontrolle bedeutend erhöht hat, bestätigen auch die amtlichen Berichte ²⁾; sie schätzen die Erhöhung ³⁾ 1902 auf 4 248 000, 1903 auf 4 400 000 und 1904 auf 4 456 300.

1) Es ist noch zu bemerken, dass die Erhebungskosten bei der Getränkeakzise relativ (d. h. im Verhältnis zu den Einnahmen) niedriger sind als bei der Zucker- und Tabakakzise. Im Jahre 1883 bildeten die Erhebungskosten

bei der Getränkeakzise 2,7% der Einnahme aus ders.

„ „ Tabakakzise 4,2% „ „

(Bericht 1883, S. 87).

„ „ Zuckerakzise 7,6% „ „

2) Bericht der HVW. 1899 S. 102.

3) Summar. Uebersichten 1902, 1903 u. 1904. Beiläufig sei darauf hingewiesen, dass

Die Zahlen sind geringer als die oben ermittelten 6250 bis 6578 und 6110. Das rührt möglicherweise daher, dass oben sämtliche Ausgaben der Akziseverwaltung berücksichtigt wurden, während die zitierten Berichte wahrscheinlich nur die Ausgaben für die Kontrolle verzeichnen. Dagegen geben die Berichte 1905 und 1906 die Vermehrung dieser Kosten mit 6085 500 und 6142 355 an. Mittels der oben angewandten Methode hätte man niedrigere Zahlen gewonnen. Das relative Anwachsen dieser Kosten ist durch die enorme Zunahme des Konsums und erhöhte Branntweinpreise verursacht.

Alle diese Berechnungen sind annähernd richtig, der Reinertrag ist aber zweifellos viel kleiner, als er hier berechnet wird.

Das Endresultat der Berechnung stellt die Tabelle auf S. 100 zusammen.

Ist der Reinertrag bedeutend? Der Betrag bildet 2,1 bis 2,4 % aller ordentlichen Einnahmen des Reiches. Er ist gleich dem Ertrage aus der Gewerbesteuer, sowie dem aus der Grund- und Gebäudesteuer. Aus der in Russland geringen »Steuer auf den unentgeltlichen Eigentumswechsel« nimmt der Fiskus 23 Millionen ein, aus der Kapitalrentensteuer 20 Millionen. Die Einnahmen aus einer allgemeinen Einkommensteuer schätzte man noch vor 10—12 Jahren auf 30—35 Millionen Rubel. Die Schätzung ist nach Professor *Migulin* zu hoch, doch lässt sich annehmen, dass mit einer allgemeinen Einkommensteuer und einer erhöhten Erbschaftssteuer der Staat dieselben Summen erzielen könnte¹⁾. Dieselbe Summe könnte man auch durch die Getränkesteuer einfacher aufbringen: eine Erhöhung der früheren Branntweinakzise auf ca. 1½—2 Kopeken pro Grad (d. h. 12½ oder 13 statt 11 Kopeken) hätte genau die gleiche Summe eingetragen. Das Ministerium hielt aber das Monopol für eine »einfachere und bequemere Steuer-Erhebungsform«.

Ist er aber ein bedeutender Ertrag des Staates als Unternehmers?

Es ist unmöglich, diesen Ertrag mit dem des früheren privaten Branntweinhandels (en Gros et en Detail) zu vergleichen,

bei der Einführung des Monopols die Regierung eine Verminderung der Kosten der Kontrolle erwartet hat.

1) Rechnet man den Ertrag des Staates aus dem Monopol, so muss man noch die Ausgabe für die Kuratorien hinzuaddieren. Den Reingewinn stellen dann nur 39 (45—6) Mill. R. dar!

Das finanzielle Ergebnis des Monopols 1895—1905¹⁾.

Tausend Rubel.

Jahr	Vom Nettoertrag sind in Abzug zu bringen:										Der Reingewinn des Monopols
	Der Brutto- Ertrag	Die Monopol- Ausgaben	Der Netto- Ertrag	Verluste des Fiskus		Erhöhte Kosten	der Verwaltung und Kontrolle	Zusammen	Renumera- tionen und versch. andere Ausgaben		
				an Brannt- weinakzise	an Lizenz- gebühr						
										Nach den Berichten der Hauptverwaltung	
Verzinsung der angelegten Ka- pitalien (5 %)										Gewinn Verlust Verlust Gewinn	
die im Monopolgebiet würde betragen haben											
1895	22 638	7 058	15 580	748	11 801	189	404	—	13 142	2 438	
1896	63 056	25 105	37 951	1 725	35 267	2 513	808	—	40 313	2 362	
1897	105 675	43 922	61 753	2 066	53 227	3 991	2 809	—	62 993	1 240	
1898	224 947	68 771	156 176	3 841	122 783	5 391	2 913	—	134 928	21 248	
1899	246 751	74 323	172 428	4 440	135 995	5 513	2 250	—	148 198	24 230	
		(68 420)	(—)	(4 540)				(400 ³⁾)	(148 698)	(29 633)	
1900	270 279	84 406	185 873	5 938	152 359	7 071	4 089	621	170 078	15 795	
		(86 254)	(—)	(6 125)				(400 ³⁾)	(170 044)	(13 981)	
1901	379 078	121 732	257 346	7 342	215 690	11 436	5 138	549	240 155	17 191	
		(122 283)	(—)	(7 679)				(400 ³⁾)	(240 343)	(16 452)	
1902	484 557	146 829	337 728	7 970	277 099	12 248	6 250	503	304 070	33 658	
		(147 870)	(—)	(8 529)				(400 ³⁾)	(304 526)	(32 161)	
1903	542 288	159 665	382 623	8 702	307 003	12 351	6 578	547	335 181	47 441	
		(158 558)	(—)	(9 499)				(400 ³⁾)	(335 831)	(47 899)	
1904	543 484	159 402	384 082	8 852	309 371	12 528	6 110	—	336 861	47 221	
		(163 218)	(—)	(9 783)				(400 ³⁾)	(338 192)	(42 074)	
1905	609 365	165 633	443 732	8 852	330 163	12 688	6 085	—	357 788	85 944	
		(166 270)	(—)	(9 978)				(400 ³⁾)	(359 314)	(83 781)	

1) Die Monopolausgaben sind hier den Berichten entnommen; dabei sind die falsch gebuchten Posten (Bauten, Reparaturen, Renumerationen etc.) nicht ausgeschaltet, um eine Vergleichung der Zahlen zu ermöglichen. Daneben sind richtigere Zahlen in Klammern angegeben, die ich auf Grund der mir zur Verfügung stehenden ausführlicheren Berichte der Kontrolle berechnet habe.

2) Verlust aus den beseitigten Propriationsrechten in Polen, vgl. S. 95 f.

weil die betreffenden Ziffern unbekannt sind. Nun trägt aber der Staat als Unternehmer viel weniger Kosten als die früheren Branntweinhändler. Die letzteren hatten noch zu tragen Gewerbesteuer, Gemeindeabgaben, Stempelmarken, Handlungsgehilfenscheine, Zinsen für umlaufendes Kapital, für die vorausbezahlte Akzise, für verschiedene Kautionen, Versicherungsprämien, Reklame (im weitesten Sinne des Wortes) u. a. m. Andererseits hat das Monopol auch Einnahmen, die den früheren privaten Händlern fehlten, wie Strafgeelder, konfiszierte Getränke, Gewinn vom denaturierten Spiritus u. a. m. Dieser Reingewinn belief sich 1905 auf 1 784 000 Rub.

Dagegen war der Branntweinpreis damals viel geringer: 5 Rubel 20 Kopeken bis 5 Rubel 60 Kopeken pro Wedro zu 40 %, nach *Radzig*¹⁾ sogar: 5,00 bis 5,25 Rubel (in den mittleren Gouvernements Russlands). Im früheren Branntweinhandel waren die Branntweinpreise beim Ankauf von kleineren Quantitäten und bei dem glasweisen Ausschank bedeutend höher. Aber zu diesen erhöhten Preisen im Kleinverkauf und im Verschank wurde höchstens $\frac{1}{8}$ des gesamten Branntweins abgesetzt²⁾. Nimmt man den höchsten Detailpreis mit 8 Rubel, den mittleren Preis bei grösseren Quantitäten mit 5 Rubel 20 Kop. an, so beträgt der Durchschnittspreis³⁾ $5,20 \times \frac{4}{8} + 8,00 \times \frac{1}{8} = 5,76$ Rubel pro Wedro.

Die Akzise ist seitdem erhöht worden (1 Kop. pro Wedrograd oder 40 Kopeken pro Wedro), der Preis wäre jetzt also $5,76 + 0,40 = 6,16$ gewesen.

Der Durchschnittspreis eines Wedro des jetzigen staatlichen Branntweins beläuft sich nach Angaben der Berichte auf 7,71 Rubel (1902), 7,70 Rubel (1903), 7,71 Rubel (1904) und 8,09 Rubel (1905). Der Branntwein ist jetzt besser rektifiziert; in der Voraussetzung, dass der damalige völlig roh war (was freilich nicht der Fall war), sind noch die Kosten der Rektifikation (nach Angaben der Berichte) in Abzug zu bringen,

Durchschnittliche			
	Verkaufspreise des staatl. Branntweins	Kosten der Rektifikation	
1902	7,71	0,15	= 7,56 Rubel pro Wedro
1903	7,70	0,14	= 7,56 „ „ „
1904	7,71	0,15	= 7,56 „ „ „
1905	8,10	0,15	= 7,95 „ „ „

1) *Radzig*, Russlands Finanzpolitik seit 1887 (russ.) Petersb. 1903 S. 21.

2) Adelsmarschall *Paskin* (Publik. Twer. S. 113).

3) Nach amtlich. Angaben betrug der Spirituspreis 1892: 4 R. 66,3 Kop., 1894: 4 R. 40 Kop.

während die Preise der Zeit vor dem Monopol etwa 6 Rubel 16 Kop. (höchstens) betrugen, also um 1,40 bis 1,80 geringer waren, abgerundet mindestens um 1,00 bis 1,20 Rub. pro Wedro billiger ¹⁾).

Bei dem riesigen Umsatz des Monopols bedeutet das eine Differenz von:

Für das Jahr 1902	62,977 Millionen Wedro	63	Millionen Rubel
" " " 1903	69,773 " "	70	" "
" " " 1904	69,367 " "	69	" "
" " " 1905	75,037 " "	90	" "

Auch diese sicherlich zu niedrigen Summen sind dem $1\frac{1}{2}$ fachen Reingewinn des Monopols gleich.

Der Reingewinn des Monopols ist also durch die Erhöhung des Branntweinpreises erzielt — oder mit anderen Worten: das Monopol deckt mit den erhöhten Preisen des Branntweins einen beträchtlichen Verlust.

Die Hoffnung der Regierung, den Unternehmergeinn der Branntweinhändler dem Fiskus zufließen zu lassen, sind also fehlgeschlagen.

Wie war das möglich?

Oft sagt man, die früheren privaten Unternehmer profitierten nicht so sehr vom eigentlichen Branntweinverkauf als vielmehr von Betrügereien und Unterschlagungen der Quantität und Qualität des Branntweins, sowie von anderen mit dem Schankgewerbe verwandten Geschäften, wie Wucher und ähnlichen. Es gab also eigentlich keinen Unternehmergeinn, den der Staat hätte erzielen können. Dass die Betrügereien und andere Uebel des Branntweinhandels verbreitet waren, steht ausser Zweifel. Es liegt aber kein Recht zu der Annahme vor, dass aller Branntweinhandel blosser Betrug gewesen sei, und nicht darauf ist die Erfolglosigkeit des Monopols zurückzuführen. Der Schwerpunkt der Frage ruht in der Monopolwirtschaft, die deshalb eine nähere Betrachtung benötigt.

1) *N. N. Kowalewski* berechnet den Verlust mit 2,40 R. pro Wedro. (Publ. Charkow S. 97.) *Poljenow*, wie auch viele andere mit 1,50 Kop. Professor *Chodski* mit 3—4 Kop. pro Grad also 120—150 R. pro Wedro. (Polit. Oekon. und Finanzen 1900 S. 616.) *Pjeschekonow* mit 1,30 K. *Norow* (II. Teil S. 44) berechnet allein die Verteuerung des Preises 1901 gegenüber dem des Jahre 1895—1900 mit 60 Kop. pro Wedro. (Der frühere Monopolpreis 7 R., seit 1901 7,60 Kop. pro Wedro zu 40 %).

2. Die Ausgaben des Monopols.

Alle Ausgaben des Monopols lassen sich in folgende Gruppen einteilen :

1. Verwaltungskosten,
2. Kosten des Spiritus und seiner Rektifikation,
3. Geschäftsunkosten und Arbeitslöhne auf den Lagern,
4. Kosten des Verkaufs,
5. Entschädigungen an Städte und Semstvos,
6. Unterstützung der Kuratorien,
7. Barvergütungen an die Brenner.

In dieser Reihenfolge werden sie in der folgenden Darstellung untersucht.

1. Verwaltungskosten. In dem schwerfälligen Monopol verursacht die Verwaltung viele unnötige Ausgaben. Die Organisation der ganzen Maschine ist kompliziert, ihr Gang wird durch einen unglaublichen Kanzleiformalismus gehindert, wie das bei jedem bürokratischen Institut in Russland der Fall ist. Die Kanzlei, die »Papiervernichtung«, wie man sie in Russland nennt, raubt Zeit, Mühe und Geld. Die Verwaltungskosten des Monopols sind aus folgender Tabelle ersichtlich¹⁾:

Ausgabeposten	1903		1904		1905		1906	
	Tausend Rubel	pro Wedro Kopeken	Tausend Rubel	pro Wedro Kopeken	Tausend Rubel	pro Wedro Kopeken	Tausend Rubel	pro Wedro Kopeken
1. Gehälter für (a) in den Akziseverwaltungen	545	0,78	555	0,79	557	0,74	—	—
Angestellte (b) » » Lagerkontoren	2784	3,99	2826	4,02	2806	3,74	2817	3,30
2. Reisegelder (inkl. Kanzleiunkosten in den Akzise-Verwaltungen)	108	0,15	107	0,15	108	0,14	128	0,15
3. Aertzliche Hilfe	236	0,34	246	0,35	275	0,37	317	0,37
4. Gratifikationen { der Akzisebeamten der Angestellten der Polizei	458	0,66	510	0,73	511	0,68	464	0,54
	387	0,55	378	0,54	448	0,60	482	0,56
	213	0,31	226	0,32	224	0,30	164	0,19
	4731	6,78	4848	6,90	4929	6,57	—	—

6,57—6,90 Kop. pro Wedro Verwaltungskosten stellen einen grossen Aufwand dar. Es sei daran erinnert, dass mehrere Verwaltungskosten hier obendrein ausser Acht gelassen sind.

1) Nach den »Summarischen Uebersichten« f. d. betr. Jahre.

Die Akziseverwaltungen scheinen sehr ungleich mit Arbeit belastet zu sein. Man findet Unterschiede wie folgende:

Akziseressort	In der akzisepflichtigen Produktion		Staatliche Lager und	Monopol- Branntwein- Läden
	Zahl der Fabriken	Zahl der Arbeiter	Rektifikations- anstalten	
des Gouvernemts. Olonez	1	4	4	93
„ „ Archangelsk	2	76	4	138
„ „ Kijew	195	38 303	16	1116
„ „ Podolien	182	25 117	14	1389

Dementsprechend schwanken auch die Verwaltungskosten in den verschiedenen Gouvernements.

Es ist anzunehmen, dass die Unterstellung einiger benachbarter Gouvernements mit wenig entwickelter akzisepflichtigen Produktion unter ein Ressort hätte die Kosten viel verringern können¹⁾.

2. Die Kosten des Spiritus und seiner Rektifikation. Die Spirituspreise steigen von Jahr zu Jahr. Der Spiritus wurde zu der hier besprochenen Zeit (bis 1904) von den Brennern zum Teil nach den vom Finanzminister festgesetzten Preisen (Methode I) und zum Teil auf dem Submissionswege (Methode II) beschafft (vgl. oben S. 48). Letztere Methode wird immer seltener; es sind insgesamt von der Monopolverwaltung gekauft worden:

in den Jahren:	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904
Mill. Wedro:	4	12	17	29	29	33	50	58	61	63
Davon n. Meth. I	64 0/0	60 0/0	70 0/0	55 0/0	53 0/0	60 0/0	74 0/0	81 0/0	80 0/0	95 0/0
„ „ „ II	35 0/0	35 0/0	28 0/0	42 0/0	40 0/0	31 0/0	18 0/0	17 0/0	18 0/0	4 0/0

Auch den zu rektifizierenden Spiritus kauft man vorwiegend jetzt nach dem vom Finanzminister festgesetzten Preise (74 %).

Die Submissionsmethode sollte den freien Wettbewerb auf Seiten der Brenner nicht gänzlich ausschalten, und dadurch die Finanzverwaltung zur Feststellung der Preise befähigen.

Bei einer normierten Produktion, wie es die der Brenner in Russland war, und beim Vorhandensein eines Brenner-Syndikats mussten die Submissionen für den Fiskus unvorteilhaft sein. Je

1) Z. B. die Gouvernements Olonez und Archangelsk. Sind doch 10 polnische Gouvernements in 4 Akziseverwaltungsbezirke eingeteilt.

weniger aber man die Methode benutzt hat, desto höher wurden die Preise, desto mehr näherten sie sich einem Monopolpreise.

Stellt man nun diese Preise den vom Finanzminister festgesetzten gegenüber, so sieht man, dass trotz alledem der Staat im allgemeinen im Submissionswege viel billiger den Rohspiritus angekauft hat als bei den Brennern, denen er selbst die Preise vorschrieb.

Durchschnittliche Spirituspreise pro Wedro zu 40 % ₀ in Kopeken											
in den Jahren:	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904	
der vom Ministerium festgesetzte (exklus. Submissionspreis franko	67,93	59,67	57,66	63,58	63,75	65,01	65,09	69,95	71,19	75,15	
Lager:	49,95	53,93	55,50	64,50	75,30	77,13	74,39	61,04	63,48	73,82	

Die Verteuerung liegt auf der Hand, insbesondere wenn wir noch berücksichtigen, dass den höheren Preisen Transportkosten, Leckage u. s. w. hinzuzuaddieren sind ¹⁾).

Die Verteuerung scheint sich nach der Tabelle in der letzten Zeit vermindert zu haben. Das ist aber in Wirklichkeit nicht der Fall. Vielmehr muss man annehmen, dass, wie gesagt, selbst die Submissionspreise, wie auch amtlich zugegeben wird ²⁾, in der letzten Zeit für die Regierung sehr ungünstig waren, denn die Submissionen wurden nur in geringem Masse angewendet, am häufigsten noch dann, wenn die Brennperiode und zugleich der Spiritusvorrat zu Ende ging.

Diese Verteuerung, bei dem riesigen Umsatz an sich schon bedeutend, ist noch viel grösser, wenn man berücksichtigt, dass bereits die Submissionspreise unter den ungünstigen Ausnahmeverhältnissen erzielt wurden.

Im Jahre 1902 belief sich die Verteuerung durchschnittlich auf 8,91 Kop. pro Wedro (siehe letzte Tabelle). In einzelnen Gouvernements ist sie bedeutend höher.

Der vom Finanzminister festgesetzte Preis war (1902) ³⁾:

im Gouvernement	Twer	um 38,26 Kopeken
"	Kursk	" 38,88 "
"	Pskow	" 33,93 "
"	Tula	" 32,74 "

1) Leider sind diese Kosten aus den Berichten nicht ersichtlich.

2) Bericht 1903, S. 41, 1899 S. 213.

3) In einem Artikel in der russ. Zeitung Towarischtsch (v. 30. III. 1907 N. 229) gibt der Verfasser (wahrscheinlich Prof. Chodski) andere Zahlen, die er den »Summar. Uebersichten« entnimmt. Die hier aufgestellten basieren auf d. Angaben der Staatskontrolle.

im Gouvernement	Woronesch	um	32,01	Kopeken
„	„	Smolensk	„	30,96
„	„	Nowgorod	„	29,19
„	„	Orel	„	28,07
„	„	Moskau	„	28,05

pro Wedro höher als der bei den Submissionen in diesen Gouvernements erzielte Preis; dazu kommen noch die Transportkosten.

1903 ist die Differenz durchschnittlich zwar gesunken, aber in einzelnen Gouvernements hat sie stark zugenommen, trotzdem auch die Submissionen ungünstig waren.

So belief sich die Differenz 1903

auf	47,44	Kopeken	pro	Wedro	im	Gouvernement	Archangelsk
„	40,21	„	„	„	„	„	Petersburg
„	37,93	„	„	„	„	„	Twier
„	37,01	„	„	„	„	„	Kostroma
„	27,91	„	„	„	„	„	Pskow
„	27,13	„	„	„	„	„	N.-Nowgorod
„	30,95	„	„	„	„	„	Jaroslau
„	27,07	„	„	„	„	„	Nowgorod
„	23,71	„	„	„	„	„	Wladimir

u. s. f. in einer ganzen Reihe von Gouvernements. 1904 und 1905 betrug die Verteuerung im Transbaikalgebiet pro Wedro 48,01 Kop. und 1 Rubel 8,3 Kop., in vielen anderen Gebieten zwischen 15 und 27 Kop. Sogar bei den geringen Umsätzen des Transbaikalgebietes handelt es sich jährlich um Hunderttausende von Rubel Mehrzahlung. Manchmal findet man unglaubliche Differenzen. So z. B. ist in mehreren Gouvernements der Preis des im Submissionswege gekauften rektifizierten Spiritus, zuzüglich den Zustellungskosten bedeutend geringer als der vom Finanzminister festgesetzte Preis des Rohspiritus franko Brennerie! In Kostroma betrug die Differenz 22 Kop. pro Wedro (1903), in einer ganzen Reihe anderer Gouvernements von 6,12 Kop. (Kowno) bis 13,55 Kop. (N. Nowgorod). Ebenso gab es 1904 viele solcher Fälle.

In einem Gouvernement hat sich der sonderbare Fall zuge- tragen, dass der Finanzminister für den Rohspiritus einen höheren Preis als für den rektifizierten festgestellt hat (Lomza).

Wenn man zu diesen Preisdifferenzen die Zustellungs- und Rektifikationskosten hinzuaddiert, so ist die relative Verteuerung (gegen die Submissionspreise) ermittelt.

Im Jahre 1905 sind die Preisdifferenzen geringer, doch keines- wegs deshalb, weil das Monopol etwa wirtschaftlicher geleitet wurde, sondern vielmehr deshalb, weil sich die Preise bei den

seltener gewordenen Submissionen aussergewöhnlich hoch stellen. Die erzielte Verteuerung bezieht sich also auf den gesamten Spiritusankauf des Monopols. 1906 sind die Submissionen noch seltener, die Submissionspreise nähern sich noch mehr denen vom Finanzminister bestimmten, stehen in manchen Orten sogar höher!

Auch die Rektifikation kostet dem Monopol hohe Summen. Es ist schon erwähnt¹⁾ worden, dass sie in den staatlichen und in den privaten Rektifikationsanstalten erfolgt.

Der Staat selbst rektifiziert einen kleinen Teil, hauptsächlich rektifizieren den Spiritus die privaten Anstalten. (Es waren 1904 331 private und 37 staatliche Rektifikationsanstalten in Betrieb.)

Der Rektifikationspreis ergibt sich nach Vereinbarung des Lieferanten²⁾ und der Monopolverwaltung. Er wird höher in Ansatz gebracht, als er sich aus den Rektifikationskosten der vom Staate betriebenen Anstalten ergeben würde, da die privaten Brenner dabei auch verdienen sollen. Der Unterschied der Preise erhellt aus folgenden Zahlen:

für das europäische Russland (1904)
in Kopeken pro Wedro

Rektifikationskosten des Staates:	7,85	}	Maximum	11,95
			Minimum	5,59
Preis der Rektifikation in den privaten Anstalten:	17,28	}	Maximum	22,56
			Minimum	14,00

Es wird dem Monopol zugleich mit dem Rohspiritus auch rektifizierter Spiritus von den Brennern geliefert. Dieser wird auf dieselbe Weise wie der Rohspiritus angekauft. Die Lieferanten berechnen den rektifizierten Spiritus selbstverständlich teurer als den rohen; der Preisunterschied belief sich auf 1,25 Kop. pro Wedro (in Kursk) bis 10,3 Kop. pro Wedro (in Tschernigow), und stellt somit die Kosten der Rektifikation dar. Aber in denselben Gouvernements zahlte das Monopol für die Rektifikation in privaten Anstalten (inkl. Transportkosten):

in Kursk	24,85	Kop. pro Wedro
• Saratow	25,40	» » »
• Kiew	24,26	» » »
• Kostroma	28,40	» » »
• Bessarabien	26,86	» » »
• Jekaterinoslaw	31,99	» » »
• Cherson	35,15	» » »

1) S. oben Kap. 7 des 1. Abschnitts.

2) Verträge mit den Lieferanten werden oft auf lange Fristen geschlossen — auf 5—7 Jahre.

Es beträgt also die Verteuerung der Kosten für die Rektifikation :

in Cherson	28,00 Kop. pro Wedro	in Kurak	23,60 Kop. pro Wedro
» Jekaterinoslaw	27,38 » » »	» Saratow	22,68 » » »
» Kostroma	26,89 » » »	» Kijew	19,65 » » »

u. s. w.

Die Verteuerung ist ungemein gross! Im Gouvernement Kursk, wo die Rektifikation eines Wedro etwa 1 Kop. kostet, zahlt das Monopol 24,58 Kop.

Wenn man nicht die einzelnen Gouvernements, sondern die Durchschnittspreise für das Monopolgebiet untersucht, so ergibt sich dasselbe¹⁾.

Es ist also klar, dass das Monopol für den rohen und rektifizierten Spiritus höhere Preise bezahlt als die wirklichen Marktpreise. Wie gross die Verteuerung ist, lässt sich nicht genau feststellen. Als ein Beleg dafür, dass sie enorm ist, kann angeführt werden, dass das Monopol in der letzten Zeit viele Posten rektifizierten Spiritus im Auslande angekauft hat. In der offiziellen Bekanntmachung schreibt das Ministerium, dass die russischen Brenner den Spiritus (1 100 000 Wedro) nicht unter 90 Kop. (Rohspiritus und franko Brennerei) liefern wollten.

Das Ministerium ging schon auf einen Preis von 80 Kop. (franko Brennerei-Rohspiritus) ein. Auch dies nahmen die Brenner nicht an.

Daraufhin hat das Monopol im Auslande rektifizierten Spiritus durch einen Kommissionär angekauft: inkl. Fässerbenutzung, Leckage und Ausladung franko Petersburg (zollfrei) für 69 Kop. und franko Libau für 68 Kop.²⁾ Davon sind bestimmt:

600 000 Wedro für Petersburg
200 000 » » » das Gouv. Perm
58 000 » » » » Wjatka
115 000 » » » » Wologda
62 000 » » » » Nowgorod
65 000 » » » » Moskau
<hr/> 1 100 000 Wedro.

Das Ministerium berechnet die Ersparnisse³⁾ bei diesem Kaufe:

1) *Kaschkarow*, Band I, S. 201. »Sogar ohne die Spiritus- und Rektifikationspreise zu untersuchen, sieht man klar, dass die Verteuerung enorm ist«.

2) Dem Preise liegt der des Hamburger Spiritusmarktes vom 18.—22. Mai 1907 zu Grunde.

3) Amtliche Bekanntmachung in der Torg.-Prom.-Gaseta. Cit. »Towarischtsch« v. 13./26. Juli 1907, Nr. 317.

für Petersburg	(ca. 44 Kop. pro Wedro) auf	264 000 Rubel
» Perm	»	86 000 »
» Wjatka	»	25 000 »
» Nowgorod	»	25 000 »
» Wologda	»	44 000 »
» Moskau	»	21 000 »
<hr/> Zusammen ca. 42,27 Kop. pro Wedro =		465 000 Rubel <hr/>

Man kann also rektifizierten Spiritus im Auslande kaufen, Kommission und Fracht zahlen, denselben nach Wjatka (1388 Werst!) und Perm (1874 Werst!) fahren und trotz der grossen Transportkosten¹⁾ noch ca. 42,2 Kop. (für Wjatka) und 43 Kop. (für Perm) pro Wedro weniger, als an Ort und Stelle für Rohspiritus zahlen! Unter solchen Umständen wird es kaum als eine Ueberreibung anzusehen sein, wenn man die Verteuerung des ganzen Spiritusankaufs des Monopols auf rund 35—40 Kop. pro Wedro schätzt. Ging doch das Ministerium auf einen Preis von 80 Kop. ein, das bedeutet eine Verteuerung von 34 Kop. pro Wedro (44—10 = 34 Kop.), oder zwischen 26 und 30 Millionen Rubel bei einer Gesamtausgabe (für Spiritus und Rektifikation) von ca. 65 Millionen Rubel!

3. Die Geschäftskosten setzen sich aus folgenden Posten zusammen:

1. Die Lager (Miete, Beleuchtung, Beheizung, Reparaturen, Kanzleiausgaben, Druckkosten, Porti u. s. w.)

2. Reinigung des Spiritus, Auffüllung der Flaschen²⁾.

Darunter: Arbeitslohn, sämtliche Materialien für Verkorkung, Etiketten, kleine Reparaturen, Werkzeuge, Heizungsmaterial für die Kessel, Wasserleitung, Zustellungskosten sämtlicher Materialien, Leckage und Verluste an Materialien, Körbe, Kisten u. s. w. u. s. w. und endlich Aufwand »zur Hebung der Lage der Arbeiter, Organisation und Unterhalt von Anstalten zur Pflege des Geistes, des Wissens und nützlicher Vergnügungen«.

3. Verluste an zerbrochenen Gefässen.

4. Transportkosten des Branntweins und anderer Materialien.

5. Unvorhergesehene und zufällige Ausgaben.

1) Die Fracht v. Spiritus aus Petersburg nach Wjatka beträgt ca. 245 R. pro Waggon oder ca. 13¹/₂ Kop. pro Wedro, bis Perm 270 R. oder ca. 15 Kop. pro W.! (Berechnet nach *Milenin*: Ueber die Gütertarife für Getreide, Spiritus, Vieh und landw. Maschinen. Publ. Tula S. 135).

2) In den Berichten der Hauptverwaltung ist keine nähere Angabe über die Zusammenstellung dieses Postens zu finden; das hier mitgeteilte ist aus einem Gou-

Ausgabeposten	1903		1904		1905		1906	
	Summa	pro Wedro d. Umsatzes	Summa	pro Wedro	Summa	pro Wedro	Summa	pro Wedro
	1000 R.	Kop.	1000 R.	Kop.	1000 R.	Kop.	1000 R.	Kop.
1. Lager (Miete, Beleuchtung etc.)	2 863	4,10	3 154	4,49	3 215	4,29	—	—
2. Reinigung des Spiritus etc.	11 946	17,12	12 045	17,13	12 866	17,15	14 602	17,09
3. Verlust an zerbrochenen Flaschen (auf d. Lagern)	2 594	3,72	2 649	3,77	2 800	3,73	3 379	3,95
4. Transportkosten	5 695	8,16	7 052	10,03	6 919	9,22	7 613	8,91
5. Unvorhergesehene und zufällige Ausgaben	1 148	1,64	963	1,37	887	1,18	1 087	1,27
	24 246	34,74	25 863	36,79	26 687	35,57	—	—

Die Untersuchung der einzelnen Ausgabeposten ist fast unmöglich.

Ueber die Kosten der Flaschen findet man in den statistischen Berichten nähere Angaben, die in folgender Tabelle zusammengestellt sind.

Umsatz und Preise der Flaschen.

Jahr	Zahl der Gouv. vernements	Ankauf von Flaschen		Durchschnittliche Preise der Flaschen (verschiedene Grössen) in Kopeken							Verlust an zerbrochenen Flaschen		Die nicht zurück-erstatteten Flaschen	
		Flaschen Mill. Stück	mit einem Inhalt v. Mill. Wedro	1/4	1/20	1/10	1/100	1/200	eines Wedro	Zahl (Millionen Stück)	% des Vorrats	Zahl (Mill. Stück)	Gewinn des Fiskus 1000 R.	
1895	4	28,4	0,9	12,0	4,0	3,0	2,2	1,7	94,9	2,7	10,2	4,9	57,4	
1896	13	129,9	2,8	18,6	5,0	3,8	2,5	2,0	154,4	10,5	6,9	16,1	37,9	
1897	20	142,6	3,2	17,8	4,8	3,7	2,3	1,8	142,7	17,6	6,5	25,7	61,4	
1898	35	190,9	4,4	17,4	4,6	3,6	2,2	1,8	132,9	36,3	8,0	64,1	306,5	
1899	35	40,1	1,2	17,4	4,3	3,0	1,6	1,0	97,8	39,1	9,9	27,6	153,4	
1900	43	83,7	2,6	15,9	4,2	2,9	1,5	1,2	97,1	30,2	7,4	27,7	215,5	
1901	64	302,3	7,9	17,4	4,6	3,5	2,2	1,6	126,4	33,9	5,3	42,4	279,0	
1902	71	210,8	5,9	17,3	4,3	3,1	2,1	1,5	113,7	41,1	5,4	41,5	287,1	
1903	71	76,1	3,0	14,8	3,6	2,7	1,7	1,3	82,7	45,3	6,2	42,4	345,3	
1904	75	135,8	4,4	17,7	4,4	3,2	2,6	1,6	112,0	44,0	5,9	43,4	292,7	
				Verkaufspreis der Flasche										
				20	5	4	3	2						

Die Methoden des Ankaufs von Flaschen sind bereits im vernementsbericht entnommen. (Gouv.-Bericht der Akziseverw. Kowno, für das Jahr 1905.)

I. Abschnitt (S. 49) dargestellt worden. Die enormen Schwankungen der Ankaufspreise hängen zweifellos von der schwankenden Höhe der Lieferungen ab. Die Monopolverwaltung scheint noch bis 1904 keine passende Ankaufsmethode ausgearbeitet zu haben. Manchmal macht sie grosse Vorräte, zahlt aber um 30 bis 50 % teurer.

Die angeführten Flaschenpreise sind hoch; jedenfalls stellt das Monopol an die Qualität der Flaschen sehr hohe Anforderungen.

Nun haben sich aber die Flaschenfabrikanten jetzt zu einem Syndikat vereinigt. Der Zweck der Vereinigung ist aus dem Beschlusse des Verbandstages am 21. November 1907 ersichtlich: »solidarisches Auftreten bei Lieferungen an die Monopolverwaltung«... »Die Mitglieder verpflichten sich, keine Lieferung an das Monopol unter den vom Verbands festgesetzten Preisen anzunehmen«. »Gewährung von Rabatt ist untersagt«...¹⁾. Dass dies keine blossen Redensarten sind, sieht man aus dem Verhalten der Flaschenfabrikanten bei den kurz darauf stattgefundenen Submissionen. Der amtlichen Zeitung wird darüber berichtet, dass die Flaschenfabrikanten keine Verträge zustande kommen liessen, die nicht im Einklang stünden mit den Beschlüssen des letzten Fabrikantentages. »Sie bemühen sich durchzusetzen, dass das Submissionsverfahren aufgegeben und die nötigen Lieferungen nach Ermessen der Fabrikanten an einzelne vergeben werden«²⁾.

Sehr wichtig sind die Ausgaben für sonstige Materialien. In den Berichten bis inkl. 1903 findet man Angaben über die Menge der angekauften Materialien und die Höhe der Ausgaben. (Pfropfen, Etiketten, Siegelack, Körbe, Kisten, Holzkohle u. m. a.) Die Preise der einzelnen Materialien sind aber nicht angegeben. In den neueren Berichten fehlen auch diese Angaben.

Es lässt sich sicher vermuten, dass die Monopolverwaltung auch für die Materialien mehr als den Marktpreis bezahlt. Denn es liegt schon in der Natur der Sache, dass die russischen Regierungsorgane sehr teure Preise zahlen. Man legt am häufigsten die durch die Polizei ermittelten Lokalpreise (sogenannte »Auskunftspreise«) zu Grunde. Die Polizei aber vertritt selbstver-

1) Berichte in Torgowo-prom. Gaseta, vom 20. u. 23. November 1907, Nr. 263 und 265.

2) Torgowo-promyschlennaja Gaseta v. 25. Nov. 1907, Nr. 267.

ständig in diesen Fällen die Interessen der Lieferanten und nicht die des Fiskus.

Einige Angaben dieser Kategorie sind seit Einführung des Monopols etwas gesunken. Insbesondere die für Auffüllung der Flaschen (1895—98 = 24,01 Kopeken, 1905 = 17,15), sowie auch für Verluste an Bruchschäden¹⁾. Die Verminderung der Auffüllungskosten hat den Berichten zufolge die schon besprochene²⁾ Normierung der Arbeit verursacht. In einem Rundschreiben teilt der Finanz-Minister mit, dass Dank der eingeführten Normierung die Produktivität der Arbeitskraft um 50 % (und mehr) zugenommen hat³⁾.

Soviel man aus der Statistik sehen kann, wird tatsächlich die Arbeitskraft produktiver ausgenutzt, trotz der Verkürzung des Arbeitstages, aber die Zunahme ist im allgemeinen nicht so bedeutend⁴⁾.

Es wurden von je einem Arbeiter während eines 10- (oder mancherorts 9-)stündigen Arbeitstages fertiggestellt:

1902	1903	1904	1905	1906
8,15	8,62	9,01	9,22	9,47

Wedro Branntwein

in Normalflaschen ($\frac{1}{40}$ W.). Mit dieser Einführung einer rationalen Wirtschaft scheinen aber auch die Kosten eines Arbeitstages gestiegen zu sein.

So beliefen sich die Durchschnittskosten eines Arbeitstages auf

1898	1899	1900	1901	1902
50,3	49,9	51,3	56,9	64

Kopeken⁵⁾.

1) Nach Angab. der »Summ. Uebers.« Leider berechnen die Berichte diesen Verlust in % des Flaschen-Vorrats und nicht der in Bearbeitung befindlichen Flaschenmenge.

2) S. oben S. 61 ff.

3) Zirk. v. 12. I. 1899 Nr. 332.

4) Die Verluste an Spiritus nehmen dagegen (bei intensiverer Arbeit) zu.

Verluste an Spiritus (Leckage)

(in 1000 Wedro 40° und in % des Umsatzes).

	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904
im Rektifikations-	110	323	521	802	744	880	1444	1715	1812	1941
prozess	3,0 %	2,9 %	3,1 %	2,8 %	2,6 %	2,8 %	3,1 %	3,0 %	3,1 %	3,2 %
Während d. Auffül-	77	215	315	562	601	676	976	1445	1254	1225
lung d. Flaschen etc.	2,4 %	2,1 %	1,8 %	1,7 %	1,7 %	1,8 %	1,8 %	1,8 %	1,8 %	1,9 %

5) Statistik f. 1902 S. 39. Nach den neueren Berichten ist dies nicht zu ermitteln.

In dieser Kategorie ist besonders ein Posten hervorzuheben: »Unvorhergesehene und zufällige Ausgaben«. Diese Ausgaben betrugen (in Kopeken pro Wedro):

1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906
0,81	0,63	0,72	0,38	1,40	1,76	1,65	1,37	1,18	1,27.

In sämtlichen Berichten der Hauptverwaltung ist keine genauere Auskunft darüber zu finden. Aber nach dem schon zitierten Gouvernementsbericht ¹⁾ lässt sich die Sache einigermaßen erklären. Dort finden wir als »unvorhergesehene Ausgaben« angegeben:

1. Untaugliche Materialien	}	3166,— Rubel.
2. Untaugliches bewegliches Vermögen		
3. Untaugliches unbewegliches Vermögen		
4. Feuerschäden		1781,71 »
5. Plünderungen der Läden		13 319,21 »
6. Massnahmen zum Schutz der Läden		61,84 »
7. Umbauten von Lagern		5226,00 »

In diesem Posten sind also auch Amortisationen und sogar Kapitalanlagen zusammengestellt. Das erschwert sehr die ohnehin so komplizierte Aufgabe der Rentabilitätsberechnung.

Die Höhe dieses Postens ist wahrscheinlich auch in allen Gouvernements von den Feuerschäden ²⁾ und Plünderungen verursacht. Feuerschäden lassen sich freilich nicht voraussehen; aber eine rationelle Buchhaltung hätte jedoch eine buchmässige Untersuchung der Versicherungsprämien ermöglicht.

Ferner die Plünderungen. Der russische Zeitungsleser findet fast täglich in der Zeitung eine Notiz über die Zahl der geplünderten Monopolläden. Er ist schon so daran gewöhnt, dass er dergleichen kaum noch liest.

Bei der kleinsten Erregung in der Bevölkerung werden vor allem die Landpolizei-Wachen, dann die »Zarenschenke«, d. h. der Monopolladen geplündert. Ausser diesen Plünderungen infolge politischer Erregung kommen auch rein räuberische Ueber-

¹⁾ Gouvernements-Bericht Kowno für das Jahr 1905. Tabellen Nr. 20 und 36.

²⁾ Das Krongut wird nicht versichert. Die Zahl der Feuersbrünste bei den Monopolgebäuden und Läden ist nicht allzu gross, trotzdem die Läden manchmal in Häusern mit Strohdächern untergebracht werden (Zirk. v. 24. II. 1899 Nr. 358). Die Feuersbrünste sind in Russland sehr häufig. Nach einer amtlichen Statistik beläuft sich die Zahl der abgebrannten Gebäude in 35 Gouvern. (für 1888—94) auf 134 000, der Schaden auf ca. 52 Mill. Rub. jährlich. Vgl. Sokolow, Die feuerbeständigen Gebäude auf dem Lande, Petersb. 1902 S. 7—8.

fälle vor. Es sind verschiedene Massregeln zum Schutze der Läden und der Verkäufer getroffen. Die Läden stehen durch elektrische Glocken in Verbindung mit den Polizeiwachen, in vielen Läden ist stets eine Wache ¹⁾. Das Drahtgeflecht am Schalter ist durch eine feste Scheidewand ersetzt. Die Verkäufer und Kassierer sind mit Schutzwaffen ausgerüstet; der Kassierer wird von Polizeibeamten begleitet ²⁾. Trotz alledem kommen noch jetzt häufig Plünderungen vor, so dass z. B. in Warschau im Laufe eines Monats 73 Monopolläden geplündert wurden. Leider sind keine genauen Angaben über diese Verluste des Fiskus veröffentlicht worden. Die mir zugänglichen amtlichen Angaben verwende ich zur folgenden Aufstellung:

Im November 1906	58	Plünderungen,	Verlust: Rub.	40 497 ³⁾
» Dezember 1906	41	»	»	» 14 847 ³⁾
» Januar 1907	42	»	»	» 69 500 ⁴⁾
» Februar 1907	38	»	»	» 16 304 ⁵⁾
	<u>179</u>	»	»	» 141 158

Im Laufe von vier verhältnismässig ruhig verlaufenen Monaten 141 000 Rubel Verlust!

4. Kosten des Verkaufs vom staatlichen Branntwein. Zu den Kosten des Verkaufs gehören:

1. Gehälter für die Verkäufer, Kassierer, Aufwärter u. s. w.
2. Miete, Beheizung, Beleuchtung der Läden.
3. Transport des Produktes vom Lager zu den Läden und Rücktransport der leeren Flaschen.
4. Kleine Reparaturen, Porti u. s. w.

1905 sind dafür 38 Millionen Rubel aufgewandt worden; darunter 12,6 Millionen (32,9 %) für Gehälter und 13,7 Millionen Rubel (33,4 %) für Miete u. s. w. Auf 1 Wedro des durch diese Läden abgesetzten Branntweins entfielen Unkosten (in Kopeken):

1902	1903	1904	1905	1906
58,03	57,84	58,28	58,14	53,41.

1) Verordnung des Finanzministers, in Zeitung »Retsche«, v. 7. XII. 1906, Nr. 102.

2) Im Veranschlag 1907 sind 1 1/2 M. Rub. zum Schutz der Läden vorgesehen.

3) Torgowo-Prromschlennaja Gasetta v. 24. I. 1907 Nr. 12.

4) Torgowo-Prromschlennaja Gasetta v. 17. II. 1907 Nr. 30.

5) Torgowo-Prromschlennaja Gasetta v. 10. III. 1907 Nr. 61.

Auf je 1 Laden entfielen folgende Unkosten¹⁾:

Ausgabeposten	1902	1903	1904	1905	1906
Gehälter für die Verkäufer	412,30	429,80	433,76	440,21	446,77
Miete	224,81	233,33	238,14	241,58	244,33
Beleuchtung und Beheizung	60,34	61,28	62,19	62,47	63,93
Transportkosten	394,18	459,92	439,30	481,02	578,48
Gehälter f. Kassierer, Aufwärter	101,64	104,52	103,18	106,04	108,68
Kleine Reparaturen	—	—	—	1,06	2,19
Porto (Geldüberweisungen)	—	1,80	2,57	3,21	9,73
Summa	1 193,27	1 290,65	1 279,14	1 335,69	1 454,11

Die Schwankungen dieser Unkosten in den einzelnen Gouvernements sind bedeutend, werden aber erklärlich, da diese Spesen von dem Umsatz der Läden und ihrer Verteilung in dem Gouvernement (Stadt und Land) abhängen. Diejenigen Gouvernements, die viele, aber kleine Läden besitzen (Bessarabien, Podolien), wenden pro Wedro mehr auf als die mit wenigen, aber grossen Läden (Petersburg, Moskau).

Die durchschnittlichen Transportkosten (481 Rubel pro Laden) stellen sich bedeutend höher im Gebiete Jakutsk-Irkutsk: 2361 Rubel pro Laden. Es ist dies nicht erstaunlich, wenn man sich die Verkehrsentwicklung und die geringe Ladenzahl im Verhältnis zum Areal vergegenwärtigt (4 121 000 Quadratwerst, d. h. etwa 4 mal so gross als Deutschland und Oesterreich-Ungarn zusammen). Weniger verständlich ist es, wenn das Gouvernement Moskau, mit sehr entwickelten Verkehrsmitteln den Jahresdurchschnitt um mehr als das doppelte übersteigt: 1353 Rubel im Jahre 1906, 1000 Rubel 1905, 1094 Rubel 1904 (durchschnittlich für das ganze Land 439 bis 622 Rubel).

Ausser den genannten Ausgaben gehört zu dieser Kategorie noch die Provision für die privaten Verkäufer²⁾ des staatlichen Branntweins. Sie ist aber unbedeutend im Vergleich mit den Kosten des staatlichen Verkaufs. Die Provision betrug:

1903	1904	1905	1906 ³⁾
1627	1461	1650	1947 Tausend Rubel
2,33	2,08	2,20	2,28 Kop. pro Wedro.

Sind die Kosten des Verkaufs hoch? Das tritt klar zu

1) Aus den »Summarischen Uebersichten für die betr. Jahre.

2) S. oben Abschnitt I, 10.

3) »Summ. Uebersichten« f. die betr. Jahre.

Tage, wenn man sie der den Privaten gezahlten Provision gegenüberstellt.

Die Provision beträgt, wie gesagt, zwischen 2,08 und 2,33 Kopeken pro Wedro des ganzen Umsatzes des Monopols. Berechnet man diese Provision pro Wedro des durch die privaten Verkäufer abgesetzten Branntweins, so erhält man (1904) 27,87 Kopeken pro Wedro. Das ist eine Durchschnittsprovision, die sich noch durch die verdoppelte Provision für Tafelbranntwein und grössere Provision in den Hauptstädten erhöht. Wenn man die Tafelbranntweinprovision bei der geringen Absatzmenge des Tafelbranntweins unberücksichtigt lässt, so erhält man das Ergebnis, dass die Provision pro Wedro 25 Kopeken darstellt, berechnet nach folgendem Schema:

$$\frac{26,80 + \frac{35,6 \cdot 40\%}{57\%} + \frac{53,5 \cdot 40\%}{90\%} + \frac{58,7 \cdot 40\%}{95\%}}{4} = 25,05.$$

Dem Staate kostet der Verkauf eines Wedro Branntwein 53—58 Kopeken. Den Absatz des staatlichen Branntweins besorgen aber die privaten Verkäufer (bei eigenen Transport-, Bruch- und anderen Kosten) für rund 25 Kopeken.

Selbstverständlich könnten die Privaten zu dieser Provision den Branntwein nicht absetzen, wenn sie sich dem ausschliesslichen Absatz von staatlichem Branntwein widmeten. Die privaten Verkaufsstellen sind Weinkeller und Kolonialwarenhandlungen, die den Branntwein nur nebenbei, oft ohne Gewinn (mitunter mit geringem Verlust) an ihre Kunden verkaufen, umso mehr als es sich hier um unbedeutende Mengen handelt.

Bei grösseren Umsätzen und weniger Formalitäten könnten die Privaten schon bei 45 Kopeken den Absatz mit Gewinn besorgen. Die Organisation des Verkaufs ist also zu teuer. Die Verteuerung kann man mit rund 12 Kopeken pro Wedro annehmen, d. h. rund 9 Millionen Rubel.

5. Vergütungen an die Städte und Semstwo. Das Monopol vergütet aus seinen Einkünften den Städten und Landschaften die Verluste, die ihnen die Einführung des Monopols verursacht hat. Die Vergütungen stehen zum Umsatze in keinem Verhältnis; sie sind ein für allemal festgesetzt und dem

früheren durchschnittlichen jährlichen Ertrag dieser Selbstverwaltungskörper gleich. Bemessen wurde dieser durchschnittliche Ertrag nach den letzten 3 Jahren vor der Einführung des Monopols. An Vergütungen zahlte man:

1903	1904	1905	1906 ¹⁾
6 014 462	6 080 412	6 190 761	7 627 751 R.
8,62	8,65	8,25	8,92 Kop. pro Wedro.

Eine eingehende Prüfung dieser Zahlen ist unmöglich. Mehrere Städte und Semstvos erklären die ihnen zugewiesenen Vergütungen als zu klein.

6. Unterstützung für die Kuratorien der Mässigkeitsvereine. Die Hauptverwaltung betrachtet als Auslage des Monopols auch die Unterstützung der Kuratorien. Bei der vorhergehenden Untersuchung der Rentabilität des Monopols ist diese von den gesamten Auslagen in Abzug gebracht, da sie eigentlich nicht eine Ausgabe des Monopols, sondern des Staates ist.

Die Ausgabe ist absolut nicht gross: 5—6 Kopeken pro Wedro. Aber im Verhältnis zu dem, was dafür die Kuratorien leisten, ist es immerhin zu viel. Sie betrug ²⁾:

1903	4. 031 000	Rubel oder 5,34	Kopeken pro Wedro
1904	4. 236 000	»	» 6,02 » » »
1905	4. 008 000	»	» 5,34 » » »
1906	3. 129 000	»	» 3,66 » » »
1907	2. 841 000	»	» — » » »

7. Barvergütungen an die Brenner. Dem Akzisereglement zufolge ³⁾ wird den Brennern aus der auf dem Produkte lastenden Akzise (Fabrikatsteuer) ein festgesetztes Quantum als steuerfrei in Abzug gebracht.

Die steuerfreie Quantität bemisst sich nach der Produktion der Brennerei in folgender Weise:

für die 1. Mill. Grad erzeugten Spiritus	2 0/0	der Produktion
» » 2. und 3. Million	1,5 0/0	» »
» » 3. bis 12. »	0,5 0/0	» »

Eine Brennerei produziert z. B. jährlich 100 000 Wedro 40 0/0 oder 4 000 000 Grad.

1) 1906 inklus. der Vergütungen der Kosakengemeinden.

2) Die Zahl für 1907 ist einem Art. im Finanzboten 1907 Nr. 50 S. 344 entnommen.

3) Gesetz v. 4. VI. 1890. R.-G.-B. Band V. Akziseregl. (1901) Art. 309 u. 310.

Die steuerfreie Quantität beträgt:

für die 1. Million Grad	2 ‰	20 000 Grad
» » 2. » »	1,5 ‰	30 000 »
» » 3. » »	0,5 ‰	5 000 »
		<hr/> 55 000 Grad

Der Brenner hat dann zu zahlen nur für

4 000 000 Grad
<hr/> — 55 000 »
3 945 000 Grad

Der Akziseausfall beträgt: 10 Kopeken (pro Grad) \times 55 000 = 5 500 Rubel.

Um den landwirtschaftlichen Brennereien Vorschub zu leisten, wird ihnen noch ausserdem eine besondere Prämie zuteil; sie beträgt:

auf die ersten 500 000 Grad	4 ‰	der Produktion
» » weiteren 500 000 »	2 ‰	» »
» » 2. und 3. Million »	1,5 ‰	» »
» » 3. bis 6. » »	0,5 ‰	» »

Die landwirtschaftlichen Brennereien bekommen also:

	Allgemeine Prämie	Besondere Prämie	Zusammen
für die ersten 500 000 Grad	2 ‰	+ 4 ‰	= 6 ‰
» » weiteren 500 000 »	2 ‰	+ 2 ‰	= 4 ‰
» » 2. und 3. Mill. »	1,5 ‰	+ 1,5 ‰	= 3 ‰
» » 3. bis 6. » »	0,5 ‰	+ 0,5 ‰	= 1 ‰
» » 6. » 12. » »	0,5 ‰	+ —	= 0,5 ‰

Seit der Einführung des Monopols zahlen die Brenner¹⁾ keine Akzise mehr, die Prämien aber blieben bestehen, und die Regierung zahlt diese jetzt den Brennern in bar aus²⁾.

Die Prämie ist sehr gross — mehr als 14 Millionen Rubel jährlich, d. h. durchschnittlich 5800 Rubel auf je eine Brennerei, oder 19 Kopeken pro 1 Wedro.

Mit diesen Zahlen sind die wichtigsten Monopolausgaben charakterisiert.

Es ist unmöglich, ziffermässig genau die Kostspieligkeit der Monopolwirtschaft zu berechnen. Jedenfalls aber ist klar, dass in der Monopolwirtschaft sehr viel erspart werden könnte.

1) Akzisereg. Art. 354.

2) Die Ausgaben verzeichnet man im Reichsetat unter Posten § 15: Zur Förderung der privat. Brennerei.

Dass das Branntweinmonopol dem Fiskus wegen der zu kostspieligen Verwaltung wenig zu Gute kommen wird, glaubte man auch früher. So äusserte sich z. B. der Finanzminister Prof. *N. Ch. Bunge* (1881—1887) in seinem alleruntertänigsten Bericht an den Zaren (1887):

»Das Branntweinmonopol existierte in Russland bereits früher, ist aber unter dem Ministerium des Grafen *Cancrin* (1823—1843), wegen der Demoralisation, die es in die Steuerverwaltung hinein getragen hat, aufgehoben worden. Es ist zu bezweifeln, ob das Monopol die Staatseinnahmen erhöhen kann¹⁾.

Die Praxis des bestehenden Monopols lässt den Schluss zu, dass »die Hoffnung, erfolgreich ein Handelsunternehmen mit bureaukratischen Organen zu betreiben, sich nicht rechtfertigt«.

»Trotz bedeutender Erhöhung der Steuerlast« d. h. der Branntweinpreise »hat das Monopol nur in geringem Masse eine Erhöhung der Reichseinnahmen bewirkt, weil die Kosten der Leitung und Verbreitung enorm sind«.

»Das Geld, das der Fiskus aus dem Monopol einnimmt, kann dem Staate keinen Nutzen bringen: das Volk wird offenbar durch den Branntweinkonsum immer ärmer, verliert seine Arbeitsfähigkeit, die für seinen ökonomischen Wohlstand unumgänglich notwendig ist«.

Mit diesen Zeilen sind in einer amtlichen Ausgabe die Meinungen der Mitglieder sämtlicher Organe der grossen Enquête kurz wiederholt²⁾.

1) Bericht an den Zaren. (Zum Voranschlag 1887). Finanzbote Nr. 1, 1887 S. 6.

2) »Indirekte Steuern«, Aml. Uebersicht. Petersb. 1904 S. 173.

Anhang zum III. Abschnitt.

Die Monopolwirtschaft in den Jahren 1907—1908.

Die Besprechung des finanziellen Ergebnisses des Monopols wurde auf die Zeit bis 1906 beschränkt, da die weiteren Berichte noch nicht erschienen sind.

Um doch auch ein Bild für 1907—1908 zu geben, verwende ich in folgender Aufstellung die mir zur Verfügung stehenden »vorläufigen Berichte« der Hauptverwaltung sowie die Budgetvorlagen 1907 und 1908.

Trotz der Missernte sind im Jahre 1906¹⁾ 85 466 897 Wedro (40 %) abgesetzt worden, d. h. um 10 429 723 mehr als 1905, (mehr als 13 %).

Der Ertrag des Monopols im europäischen Russland belief sich auf: 641 Millionen Rubel, also 77 Mill. Rubel mehr als im Vorjahre, d. i. eine Zunahme von rund 14 %.

Die Bruttoeinnahme des Monopols im ganzen Monopolgebiet betrug (1906) 697,5 Millionen Rubel²⁾.

Nach dem Voranschlag 1907³⁾ würde sich die Monopolwirtschaft dieses Jahres folgendermassen stellen.

Der Konsum des künftigen Jahres wird überhaupt sehr vorsichtig geschätzt. Für das Jahr 1907 tritt noch besonders hinzu der Umstand, dass der Konsum 1906 zum Schluss des Jahres relativ abgenommen hatte.

	Konsum in Millionen Wedro		Zunahme in %
	1905	1906	
Januar bis Juni	34,257	39,942	16,6
Juli bis Oktober	26,319	29,993	14,0
November	6,822	7,516	10,2
Dezember	7,652	7,965	4,6
im Laufe des Jahres	75,050	85,416	13,8

1) Sum. Uebers. 1906.

2) Bericht der Staatskontrolle f. das Jahr 1906.

3) Voranschlag 1907. Erläuterungen des Finanzministers W. Kokowsow.

Damit sind auch die Einnahmen in den letzten Monaten relativ zurückgegangen; das beweist folgende Tabelle:

	Bruttoeinnahme in Millionen Rubel		Zunahme in %
	1905	1906	
Januar bis Juni	285,8	332,8	16,4
Juli bis Oktober	208,1	239,3	15,0
November	60,3	67,8	12,4
Dezember	55,2	57,7	4,5
Zusammen	609,4	697,6	14,5

Deshalb ist der im Voranschlag 1907 vorausgesehene Absatz etwas niedriger, als der des Jahres 1906 angenommen: 1907: 82 540 000 Wedro gegen 85 415 000 Wedro im Jahre 1906.

Dementsprechend ist für 1907 auch der Ertrag niedriger geschätzt als 1906, nämlich auf 673,05 Millionen Rubel (gegen 697,6 Millionen im Jahre 1906).

Ueber die Monopolwirtschaft im Jahre 1907 liegen noch keine genauen Angaben vor. Den »vorläufigen Berichten« zufolge erreichte der Konsum im Jahre 1907 die vorausgesehene Höhe nicht. Die vorläufigen (ungenauen) amtlichen Mitteilungen sind in folgender Tabelle zusammengestellt:

	Es sind abgesetzt in 1000 Wedro		Bruttoeinnahme in 1000 Rubel	
	1907	Gegen 1906 mehr (+) oder weniger (—)	1907	Gegen 1906 mehr (+) oder weniger (—)
Januar ¹⁾	7 277	— 628	59 160	— 5 000
Februar ²⁾	7 404	+ 1281	—	+ 10 389
1. Januar—31. Juni ³⁾	39 887	— 54	324 049	— 539
1. Januar—31. August ⁴⁾	53 127	— 86	431 580	— 626

Der Konsum des Jahres 1908 ⁵⁾ ist im Voranschlage auf 85 360 000 angenommen, gegen 82 540 000 im Vorjahre, die Bruttoeinnahme auf 696 225 000, gegen 673 050 000 (1907).

Die Ausgaben des Monopols sind für 1907 auf 198 376 000

1) Torgowo-Prom. Gaseta v. 16. III. 1907, Nr. 61.

2) »Russkij Oekonomist« 15. IV. 1907 Nr. 14.

3) »Russk. Wedemosti« v. 8. VIII. 1907 Nr. 180.

4) Torgowo-Prom. Gaseta v. 6. X. 1907 Nr. 225.

5) Voranschlag 1908. Erläuterungen des Finanzministers *Kokowsow*.

Rubel, für 1908 auf 213 984 000 Rubel geschätzt; der Nettogewinn 1907 auf 474 674 000, 1908 auf 482 241 000. Das ergäbe als Nettogewinn pro Wedro des Umsatzes 1907: 5 Rubel 75 $\frac{1}{2}$ Kopeken, 1908: 5 Rubel 65 Kopeken.

Aus einzelnen Ausgabeposten sind hervorzuheben:

	1907	1908
	Tausend Rubel	
zur Förderung des privaten Brennereigewerbes	14 230	} 19 241
Unterstützung der Kuratorien	3 340	
„ „ Semstvos und Städte	7 900	7 971

Der Rohspirituspreis (für die Brenner) ist für das Jahr 1907 auf 68 bis 170 Kopeken festgesetzt¹⁾ durchschnittlich auf über 80 Kopeken. Derselbe betrug 1895 61,19 Kopeken, 1905 75,69, 1906 78,35 Kopeken.

1) Verzeichnis der vom Finanzminister festgesetzten Preise für das Jahr 1907. Finanzanzeiger 1907 Nr. 13.

IV. Der Branntwein-Konsum im Monopolgebiet.

Schwerlich werde ich mich irren, wenn ich die Monopolstatistik als eine der ausführlichsten im Vergleich mit den amtlichen Statistiken anderer russischen Regierungsressorts bezeichne. Der jährlich erscheinende statistische Bericht bildet einen stattlichen Band und bietet eine Fülle von Material für die Untersuchung des Branntwein-Konsums in Russland¹⁾.

Trotz dieser Ausführlichkeit bereitet die Konsumstatistik zahlreiche Schwierigkeiten. Einerseits ist sie unzureichend, weil sie Angaben über den Branntweinkonsum nur im Monopolgebiet enthält. Andererseits hat man bei derartigen Untersuchungen noch mit Erscheinungen zu tun, die statistisch entweder wenig oder gar nicht untersucht sind. Deshalb wird es angebracht sein, wenn zuvörderst einige Punkte hervorgehoben werden, die in grossen Zügen die Grenzen der Untersuchung bestimmen.

Was den Alkoholkonsum im allgemeinen betrifft, so ist hier darauf hinzuweisen, dass die Angaben über den Branntweinkonsum sehr wenig der Wirklichkeit entsprechen, weil im Volke Branntwein noch unter anderen Namen als dem gewöhnlichen im Umlauf ist. Russland produziert viel Traubenwein mit relativ hohem Alkoholgehalt. Mit der Einführung des Monopols in die weinbauenden Gouvernements hat das Finanz-Ministerium, um den Weinbau zu fördern den Verkauf von Traubenwein in Monopolläden gestattet²⁾. Allmählich hat das Finanz-Ministerium den Weinverkauf immer mehr erleichtert, so dass er heute sogar den Frucht- und Kolonialwaren-Handlungen erlaubt ist³⁾. Der

1) Leider sind die späteren Berichte (1903, 1904) nicht mehr so ausführlich wie die früheren (1897/1898 und 1899).

2) Zirk. v. 3. IV. 1897 Nr. 86. Fin.-Anz. 1897 Nr. 14; Zirk. v. 31. VII. 1897 Nr. 139. Fin.-Anz. 1897 Nr. 31.

3) Zirk. v. 12. I. 1898 Nr. 196. Fin.-Anz. 1898 Nr. 3.

Traubenweinverkauf in den Monopolläden wurde anfangs (Verordnung vom 29. Mai 1897)¹⁾ versuchsweise auf 3 Jahre gestattet. Nach Ablauf dieses Zeitraumes ist die Genehmigung verlängert worden und noch heute in Kraft²⁾. Jetzt findet der Verkauf von Wein über das ganze Land in den Monopolläden statt³⁾. In den Monopolberichten führt man oft die Abnahme des Branntweinkonsums auf »die Konkurrenz des Traubenweins« zurück.

Da jede Freigabe des Weinhandels dazu benutzt wurde, unter dem Namen Wein sehr alkoholhaltige Getränke zu verbreiten, so setzte man eine besondere allerhöchst bestätigte »Kommission zur Regelung der Produktion und des Verkaufs, und zur Bekämpfung der Fälschung der alkoholhaltigen Getränke« ein. Nach den Berichten dieser Kommission wird mitunter unter den Namen »Wein« Branntwein von 16 und mehr % Alkohol verkauft. Der Vertreter des Finanzministeriums teilte mit, dass es in Petersburg einen »Cheres« und »Portwein« mit 30 bis 40 % Alkohol sowie einfachen Branntwein unter verschiedenen Benennungen gibt. Ebenso auch in anderen Orten verschiedene Weine »Madera«, »Portwein« u. s. w. zu 30 bis 40 Kopeken pro Flasche⁴⁾.

Ferner werden in den Gebieten des Weinbaus die Vergünstigungen für die Traubenspiritusbrenner (7 Kopeken Akzise pro Grad statt 10—11, in einigen Orten akzisefrei) von Getreidebrennern ausgenutzt, indem sie einen Weingarten zum Scheine pachten⁵⁾.

In manchen Orten wird noch jetzt auch Kartoffelspiritus heimlich erzeugt. So wurden in Wolhynien 1902 56 geheime Fabriken entdeckt⁶⁾. In anderen Orten schmuggelt man viel aus dem Auslande⁷⁾.

In den östlichen Gouvernements erzeugen Tschuwaschen

1) Siehe Anmerkung 3 der vorigen Seite.

2) Alles. best. Gutachten des R.-R. (Siehe: Russ. Oekonom. 1907 Nr. 14).

3) Zirk. v. 22. VI. 1907 Nr. 1615. Fin.-Anz. 1907 Nr. 26.

4) Dr. *Łosyński* Bericht in der Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus. Publik. Band 3. S. 212.

5) *Ozeroff*, Prof. Art.: Branntweinmonopol im Journal »Russkaja Mysl« 1901 (Sammelband S. 331.)

6) Statist. Bericht der HVW. 1902 S. 82.

7) z. B. Gouv. Kalisch. Statist. Bericht 1902. S. 92, 1904. S. 121.

und Tscheremissen ein alkoholhaltiges trübes Gebräu, »Kumyschka«. Die Produktion des Kumyschka ist gesetzlich verboten und steht unter sehr strenger Strafe ¹⁾. Trotzdem wird wahrscheinlich viel Kumyschka konsumiert. Der Bericht von 1904 registriert rund 4000 Gesetzesübertretungen betreffend die Kumyschkaproduktion ²⁾. Im Kaukasus und am Kaspischen Meer produziert man viele Arten alkoholhaltiger Getränke (Raka, Busa ³⁾, Dzaba u. a.); sie sind akzisefrei, wenn sie für den eigenen Haushalt erzeugt werden ⁴⁾.

In anderen Orten des Kaukasus und des Turkestangebietes hat man diese Spirituosen auch dem Handel freigegeben ⁵⁾. In mehreren Orten des Steppengebiets wird eine andere Art von alkoholreichem (mit über 10 %) Getränk geheim hervorgebracht; es ist ein Gebräu aus Stutenmilch und trägt den Namen »Orjka« ⁶⁾.

Die verschiedenen Arten der im Volke umlaufenden, berausenden Getränke lassen sich nicht sämtlich feststellen.

In den 80er Jahren war in Südrussland die sogenannte Volks-Eau de Cologne sehr verbreitet — ein Brantwein mit 30 bis 40 % Alkohol und geringem Zusatz von Aetheröl, so dass sie auch dem Geruch nach dem Brantwein näher stand als der echten Eau de Cologne. In den Gouvernements Stawropol, Jekaterinoslaw, Taurien u. a. bestanden grosse Fabriken für Eau de Cologne. Sie wurde in Flaschen von $\frac{1}{30}$ und $\frac{1}{40}$ (in 0,6 und 0,3 Liter) zu wohlfeilem Preise verkauft ⁷⁾. Denselben Berichten zufolge soll in einigen Orten des Transwolga-Gebietes auch Petroleum genossen werden ⁸⁾.

1) R.-G.-Buch, Band V (1901) Art. 128 und 1098—1099.

2) Bericht der HVW., 1904. S. 44 des Anhangs.

3) Acciseregl. Gesetzb. B. 5 (1901) Art. 110 (8), 129 und 130.

4) Ueber d. Alkoholgehalt, Produktion etc. von Busa, siehe bei von Schwarz: »Turkestan« Freiburg i. Br. 1900. S. 91—92.

5) Accisereglement V (1901) Art.: 648, 649.

6) Nicht zu verwechseln mit einer Art Stutenmilchbrantwein, dem sogenannt. Kumys, der für Heilzwecke in Russland gebraucht wird (Kumyskur im Gouv. Orenburg, Ufa und and.).

7) Berichte des Departements für indirekte Steuern 1883, 1884, 1885.

8) Bericht des Departements 1884, Petersb. 1885. S. 66. Der Genuss von Petroleum ist im XVIII. Jahrhundert im Kaukasus verbreitet gewesen. Darüber berichtet der russ. Akademiker *Lerche* von seiner Reise im Jahre 1735. (*Ragosin* Naphtha und Naphthaindustrie, Petersburg 1884. cit. b. *Radzig* S. 69.)

Es ist klar, dass unter solchen Umständen alle und sogar die richtigen Angaben der Monopolstatistik nur mit gewissen Einschränkungen verwertet werden können.

Noch verwickelter gestaltet sich die Sache bei der Berechnung des Konsums pro Kopf der Bevölkerung. Ebenso wie der Dividend ist auch der Divisor nur von relativer Richtigkeit. Bis zum Jahre 1897 hatten wir keine genauen Quellen über die Bevölkerungszahl. Etwas besser steht es jetzt nach der Volkszählung von 1897, wenn auch hier natürlich nicht dieselbe Präzision erreicht worden ist wie in West-Europa. Seitdem werden jährlich in den statistischen Bureaus die Zahlen der Geborenen hinzuaddiert und die der Verstorbenen subtrahiert. Das Endresultat soll die Einwohnerzahl des betreffenden Ortes darstellen. Die innere Volksbewegung bleibt ganz unberücksichtigt. Die inneren Wanderungen erreichen aber einen sehr grossen Umfang — hier sei nur auf die Wanderarbeiter-Uebersiedlungen hingewiesen¹⁾, — und somit entsprechen die Angaben über den Konsum pro Kopf in einzelnen Landesteilen der Wirklichkeit recht wenig.

Die Angaben über den Konsum in manchen Gouvernements führen dadurch irre, dass die Monopolverwaltung die religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung ausser acht lässt und die in den betreffenden Gouvernements konsumierte Menge Spiritus auf die Gesamteinwohnerzahl bezieht, obgleich grössere Teile der Einwohner, z. B. Tataren und Heiden (im Gouvernement Kasan 28,75 %, in Ufa 50 %, im Turgai-Gebiet 91 % der Bevölkerung) keinen Alkohol geniessen dürfen und wahrscheinlich auch wenig geniessen²⁾. Es ist also sehr schwierig, aus den amtlichen Angaben Schlüsse zu ziehen, doch bleibt keine andere Wahl, als nach diesem unzuverlässigen Material die Sachlage darzustellen.

1. Die Höhe des Branntweinkonsums.

Die Menge des verbrauchten Spiritus in Russland belief

1) Aus manchen Gouvernements wandern bis 91 % der Arbeiter aus (so z. B. Smolensk) (nach Rudnew). Fürst *Schachowski*, Die ländliche Wanderarbeiter. Petersb. 1903. S. 14.

2) Die Bevölkerungsziffer ist nach der Volkszählung 1897 angegeben. Berechnet man den Konsum dieser Gouvernements nur pro Kopf der Bevölkerung mit Ausschluss dieser Teile, so erhält man durchschnittliche Zahlen.

sich 1906 auf 85 466 897 Wedro zu 40 %, oder rund 4,2 Millionen Hektoliter reinen Alkohols; im Durchschnitt pro Gouvernement rund 1 000 000 Wedro zu 40 % ¹⁾.

Berechnet man die konsumierte Wedrozahl pro Kopf der Bevölkerung, so sieht man, dass der durchschnittliche Konsum pro Kopf der Bevölkerung beträgt ²⁾:

(in Hundertstel eines Wedro zu 40 %).				
1885	70	1896	51	Nur im
1886	68	1897	50	Monopol-
1887	68	1898	50	gebiet
1888	65	1899	53	55
1889	63	1900	52	48
1890	58	1901	49	45
1891	53	1902	49	51
1892	50	1903	52	56
1893	49	1904	51	54
1894	53	1905	—	57
1895	53	1906	—	63

Die verschiedenen Landesteile sind dabei nicht gleich vertreten, wie folgende Tabelle besagt (1904):

1. Norden	0,77	Wedro, 40 %
2. Industriegebiet	0,74	»
3. Süden	0,65	»
4. Ostseeprovinzen	0,58	»
5. Schwarzerdegebiet	0,54	»
6. Süd-West	0,50	»
7. Kleinrussland	0,48	»
8. Osten	0,41	»
9. Weichselgebiet (russisch. Polen)	0,37	»
10. Nord-West	0,32	»

Die Reihenfolge der Landesteile in der angeführten Tabelle ist keine zufällige. Auch 1902 und 1903 bleibt sie in der Hauptsache die gleiche. Eine gewisse Regelmässigkeit der Verteilung lässt sich hier nicht verkennen. Klimatische, ökonomische und national-ethische Momente üben zweifellos einen gewissen Einfluss auf die Höhe des Konsums aus.

Das nördliche Klima und die ökonomische (industrielle) Entwicklung des Zentrums rufen den höchsten Konsum in diesen Gebieten hervor. Den Konsum des Industrie-Gebiets muss man im Verhältnis zu den anderen Gebieten noch höher schätzen, weil die Bevölkerung in diesem Gebiet viel mehr Frauen ein-

¹⁾ In der Untersuchung beschränke ich mich auf die Jahre 1903—1904, da weitere ausführliche Berichte noch nicht erschienen sind. Die früheren Berichte beziehen sich auf eine kleine Anzahl Gouvernements.

²⁾ Nach der »Statistik der akzisepflichtigen Produktionen« für versch. Jahre.

schliesst als die anderen Gegenden bis 1271 pro Mille bei einem Durchschnitt von 1028 pro Mille.

Der Konsum der in der Hauptsache landwirtschaftlichen Bevölkerung des Südens und des Schwarzerdegebiets (auch Kleinarussland) übersteigt nicht den Durchschnitt des Landes: 0,48 bis 0,54 Wedro.

Das Südwestgebiet dürfte kaum in der Reihenfolge dem Schwarzerdegebiet folgen. Sein niedriger Konsum ist auf Rechnung des dort weitverbreiteten Traubenweins zu stellen.

Die entwickelteren Ostseeprovinzen und das am Schwarzen Meer liegende Gebiet nehmen die Stelle zwischen dem landwirtschaftlichen und industriellen Gebiet ein.

Das Minimum fällt auf die Gebiete, die kaum weniger konsumieren dürften, als die unter 2, 3, 4 angeführten.

Dass man es bei den östlichen Gouvernements mit einer ungenauen Rechnung zu tun hat, liegt auf der Hand. Es ist ein Gebiet mit einer zahlreichen Bevölkerung, die keinen Alkohol geniesst, Mohammedaner und Heiden, nämlich: Mordwa, Tschuwaschen, Tataren, Baschkiren, Tscheremissen u. a. m.).

Was Polen und die litauischen Gouvernements anbetrifft, so wohnen auch hier viele Abstinente (Juden und Katholiken¹⁾). Ferner nimmt man hier andere Getränke in grösserem Masse (als im Zentrum) zu sich. Leider ist die Statistik des Bierkonsums unzureichend und schliesst die Möglichkeit einer Beleuchtung der Monopolziffern durch Gegenüberstellung mit den Bierkonsumsziffern aus. Man kann nur bemerken, dass fast 34 % (1904) der gesamten Bierproduktion des Reiches auf die Gouvernements des Nord-Westens und Polens entfallen, und dass gerade in diesen Gouvernements hauptsächlich der Kleinbetrieb in der Bierbrauerei herrscht, ein sehr grosser Export also nicht anzunehmen ist²⁾. Das sind zudem Grenzgouvernements, und ein grosser Teil der Grenzeinwohner trinkt ausländisches Bier und auch Branntwein, sowohl auf deutschem Boden als in Russland³⁾).

Die statistischen Berichte der Hauptverwaltung scheiden die den Konsum betreffenden Zahlen in 2 Gruppen:

1) Dass die Katholiken weniger Branntwein konsumieren gibt die HVW in ihren Berichten zu und führt es auf die Einwirkung der Geistlichen zurück.

2) Statistik der akzisepflicht. Prod. 1904. Abteilung »Bierproduktion« S. 97, 120.

3) Statistik des Branntweinmonopols 1902. S. 93.

1. Konsum in Städten (Gouvernements- und Kreisstädten),
2. Konsum in Kreisen [d. h. Dörfern, kleinen Städtchen (ohne Selbstverwaltung), in den sogenannten »Mestietschki« (wörtlich übersetzt: »Oertchen«), »Stanitza« im Kosakengebiet, in den gutsherrlichen Städten u. a.].

Diese verwaltungsrechtliche Scheidung ist zweifellos irreführend ¹⁾, da man auf diese Weise den Konsum des flachen Landes in falschem Lichte darstellt. Die Teilung ist schon deshalb unrichtig, weil es sehr viele Städtchen, ja sogar Dörfer gibt, die nach ihrer Einwohnerzahl, nach der Lebensweise und den ökonomischen Bedingungen einer Stadt viel näher stehen als manche abgelegene Städte. Hier sei nur an die vielen Dörfer Russlands erinnert, die wirtschaftlich entwickelter sind, als manche grossen Städte im Uralgebiet, auch Sormowo, Lyskowo, Pawlowo, Worsma u. a. m.). Dass es wirklich viele solche fortgeschrittene Dörfer gibt, erkannte der Finanzminister an; er ordnete durch ein Rundschreiben ²⁾ an, dass eine Reihe von Städtchen und Dörfern in Bezug auf den Ladenschluss als Städte anzusehen seien. Dem Rundschreiben liegt ein Verzeichnis von über 200 solcher Dörfer bei. Allein für das Gouvernement Jekaterinoslaw enthält ein Verzeichnis 44, für das Gouvernement Wilna 37 derartige Ortschaften. Alle diese Ortschaften figurieren sonst in den Berichten als Dörfer.

Jene Teilung gibt auch deshalb ein unrichtiges Bild, weil bei dem entwickelten Verkehr des Dorfes mit der Stadt, und noch mehr mit der kleinen Landstadt, die Dorfeinwohner zum grossen Teil den Branntwein in der Stadt kaufen (auf Märkten, Jahrmärkten, an Gerichtstagen, kirchlichen Feiertagen u. s. w.), umsomehr als sie in der Stadt für die hier abgesetzten Produkte ihrer Wirtschaft Geld bekommen.

Aus den angeführten Gründen lasse ich die Untersuchung der Verteilung des Konsums zwischen Stadt und Land beiseite.

Wenn man sich zu den einzelnen Städten wendet, so gewahrt man, dass in den Städten des Nordens der Konsum sehr

1) Auf Grund dieser Angaben des Konsums des Dorfes und der Stadt stellt z. B. der »Russ. Kalender von Suvorin« eine Tabelle betitelt: »Der Branntweinkonsum der Bauern« auf. [Kalender 1907. S. 150]. Ebenfalls zieht daraus falsche Schlüsse der Verfasser des Art.: »Alkoholstatistik« in der Zeitschrift »Mir Bozij« 1903, Nr. 4 u. m. A.

2) Zirk. v. 3. VIII. 1901 Nr. 940; Zirk. v. 5. X. 1900 Nr. 621. Fin.-Anz. 1900 Nr. 41.

hoch steht. Wegen ihres grossen Branntweinverbrauchs zeichnen sich zwei kleinere Städte im Gouvernement Archangelsk aus: 1. Pinega mit 879 Einwohnern, 2. Alexandrowsk mit 330 Einwohnern.

Die Einwohner Pinegas verbrauchen 5,95 Wedro pro Kopf, geben also jährlich 45 Rubel 71 Kopeken aus, die von Alexandrowsk 5,30 Wedro pro Kopf, das bedeutet einen Aufwand von 40 Rubel 70 Kopeken pro Kopf.

Der hohe Konsum ist hier zum Teil vom Klima und der tranreichen Fischnahrung (Alexandrowsk liegt zum Nordpol näher als zu Petersburg), sowie vom Fremdenverkehr (Seeverkehr) verursacht. Sonst schreitet allen Städten Russlands L u k o j a n o w im Gouvernement Nischny-Nowgorod voran. Der Konsum pro Kopf der 2300 Einwohner betrug 6,52 Wedro, der Aufwand 49 Rubel 91 Kopeken pro Kopf.

Etwas geringer stellt sich der Konsum in einer anderen kleineren Stadt im Gouvernement Moskau P o d o l s k (39 Werst von Moskau entfernt, 3688 Einwohner). Der Konsum belief sich pro Kopf in Podolsk auf 6,32 Wedro, der Aufwand also auf 48,59 Rubel. Aus den übrigen Ortschaften zeichnen sich mit sehr grossem Konsum (rund 6 Wedro bei einem Durchschnitt von $\frac{1}{2}$ Wedro) aus S y t s c h e w k a (Gouvernement Smolensk, 4400 Einwohner) 6,16 Wedro oder 47 Rubel 87 Kopeken pro Kopf, M a l o j a r o s l a w e z (Gouvernement Kaluga, 2400 Einwohner) 5,99 Wedro oder 45 Rubel 90 Kopeken.

Zweifellos sind die hohen Konsumzahlen dieser kleinen Städte zum Teil von dem Konsum der Dorfeinwohner beeinflusst, indem der Konsum der Dorfeinwohner in diesen kleinen Städten mit wenigen Einwohnern den Durchschnittskonsum (pro Kopf) stärker beeinflusst, als in einer grossen Stadt. Doch ist leicht einzusehen, dass der höchste Konsum dieser (wie auch anderer) Städte im engen Zusammenhange mit ihrer ökonomischen Entwicklung steht. Es sind Stätten der Hausindustrie. Diese Städte mit höchstem Konsum sind bekannt durch ihre verschiedenartig entwickelten Produktionen (Ebenfalls Tschuchloma 5,70 Wedro, Subzow 5,59, Nerechta 5,24, Kotelnitsch 5,67, Rusa 4,03, Swenigorod 4,26, Kaschin 4,74, Glasow, Duchowschtschina, Narwa ¹⁾ Juchnow u. a. m.).

1) Bei Narwa befindet sich die grosse »Krenholmer Manufaktur«, die *Schulze-*

Einen hohen Konsum verzeichnen die Zentren des Bergbaues im Ural, im Gouvernement Olonez und im Süden. Besonders übersteigen den örtlichen Durchschnitt: Troizk (Salinen), Lodeinoje-Pole, Kargopol und Olonez, sowie Slawjanoserbsk, Bachmut und Jekaterinoslaw. Ferner grössere Landungsplätze insbesondere des Schwarzmeergebiets.

Höher als in anderen Städtchen ist der Konsum in der Nähe von Eisenbahnstationen, insbesondere bei Knotenpunkten, und bei Kanälen und kanalisierten Flüssen (Wytegra — bei den Schleusen).

Leicht ist auch einzusehen die Abhängigkeit des Konsums von zeitweiligen Beschäftigungen (Saisonarbeit) der Einwohner. Eine zeitweilige Erhöhung des Konsums rufen hervor Bauten, insbesondere von Eisenbahnen (z. B. bei der Sedlez-Bologie-Bahn, oder der Moskau-Windauer Linie und der Konsum in den Kreisen Smolensk, Jelninsk u. a.). Zeitweilig hoch stellt sich auch der Konsum in den Sammelpunkten der Wanderarbeiter, sowie in Orten mit sogenannten örtlichen »Wanderarbeiten«.

Was den Konsum der grösseren Städte, d. h. der Gouvernementsstädte betrifft, so ist er im allgemeinen bedeutend niedriger als der der kleinen. Hier bewegt er sich zwischen 0,50 Wedro (Kowno) und 3,30 Wedro (Archangelsk). Am höchsten ist der Konsum in den Städten:

	Archangelsk	3,30 W., Aufwand	26,51 Rubel,
	Noworossijsk	2,83 „ „	22,00 „
	Wjatka	2,38 „ „	18,36 „
die 5. Stelle nimmt	Moskau ein	2,25 „ „	17,51 „
„ 14. „ „	Petersburg	1,83 „ „	14,58 „

Am wenigsten wird in Kowno, Kischinew, Lomza und in anderen Städten des Westens und Polens getrunken.

Bei den Gouvernementsstädten lässt sich keine unmittelbare Abhängigkeit des Konsums von der industriellen Entwicklung der Stadt nachweisen. Das ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass in den ökonomisch entwickelteren Gouvernements-Städten, in den russischen Grossstädten ausser dem Branntwein noch andere alkoholische Getränke, gefälschte Weine, Kognak, Bier, Porter u. s. w. vertilgt werden, was bei kleineren Städten viel weniger der Fall ist. Die amtlichen Berichte betonen dies bei

Gävernitz als die grösste Baumwollspinnerei der Welt bezeichnet. *Tugan-Baranowski*. »Die russ. Fabrik«. B. I, Petersb. 1900 (russisch) S. 372.

der Feststellung des geringen Konsums von Petersburg, Warschau, Lodz u. s. w.¹⁾

Einen tieferen Einblick in die Abhängigkeit des Konsums von verschiedenen sozialen und ökonomischen Ursachen gewinnt man, wenn man den Konsum nach Monaten untersucht.

Ich beschränke mich auch hier auf den Zeitabschnitt 1902 bis 1904. Der Gesamtkonsum verteilte sich nach Monaten in folgender Weise:

Konsumiert wurden Millionen Wedro zu 40 0/0:			
Im Jahre	1902	1903	1904
Januar	5,1	6,3	6,7
Februar	5,3	5,3	4,5
März	2,8	3,3	4,6
April	4,8	5,9	4,8
Mai	4,5	5,9	5,8
Juni	4,9	5,0	4,9
Juli	4,6	4,9	4,9
August	5,0	5,5	5,2
September	6,0	6,7	6,4
Oktober	6,8	7,1	7,2
November	6,1	6,1	6,5
Dezember	6,3	6,6	7,0
Summe	62,2	68,6	68,5

Es macht sich sofort bemerkbar, dass der höchste Konsum (fett!) auf den Oktober fällt, der niedrigste (kursiv!) auf Februar — März. Im allgemeinen wird im Sommer weniger Alkohol verbraucht als im Winter.

Die Verteilung entspricht im grossen und ganzen den Perioden des Wirtschaftslebens Russlands. Der höchste Punkt des Konsums trifft auf die Zeit der Ernte, der niedrigste auf die grossen Fasten. Eine starke Zunahme des Konsums verzeichnet der Monat April (Ostern).

Die Richtigkeit des Schlusses lässt sich erweisen an der Untersuchung der Verteilung des Monatskonsums in einzelnen Teilen Russlands. Um aber nicht die vielen Angaben über die Verteilung des Konsums in einzelnen Landesteilen mitzuteilen oder dieselben in Diagrammen aufzustellen, berechne ich den Konsum nach Monaten in Prozenten des durchschnittlichen monatlichen Konsums im betreffenden Landesteil, ich dividiere mithin den

1) Statist. Berichte 1902. S. 93. 1903. S. 83.

Konsum des Jahres des betreffenden Gebiets mit 12 und nehme diesen Quotient gleich 100 an.

Damit ist auch die Verteilung nach Monaten in den einzelnen Gouvernements vergleichbar gemacht, da die Zahlen Prozente des Durchschnitts darstellen.

Der Branntweinkonsum nach Monaten (1904) in % des durchschnittlichen Monatskonsums.

Monate	Norden	Osten	mitleres Industriegebiet	mitleres Schwarzzerdgebiet	Kleinrussland	Ostseeprovinzen	Nord-West	Süd-West	Süden	Polen	das ganze Monopolgebiet	Monate
Januar	100	123	111	108	135	93	139	130	111	124	117	Januar
Februar	87	80	85	77	66	90	89	80	68	89	79	Februar
März	88	67	78	67	82	100	88	85	81	108	80	März
April	90	68	90	77	96	93	94	100	83	89	84	April
Mai	107	96	105	94	109	101	112	108	103	94	103	Mai
Juni	96	82	96	81	79	100	86	75	81	85	85	Juni
Juli	97	80	96	83	77	89	82	79	84	90	86	Juli
August	100	85	92	84	87	96	83	89	102	98	92	August
September	109	116	107	125	107	104	102	115	117	104	113	September
Oktober	106	145	113	157	121	105	106	120	134	102	126	Oktober
November	101	127	104	130	117	106	99	108	115	98	114	November
Dezember	116	131	123	120	125	124	119	116	120	119	122	Dezember

Aus dieser Tabelle kann man die Maxima (fett) und Minima (kursiv) des Konsums entnehmen. Um sie noch stärker zu veranschaulichen, sei folgende Tabelle geboten. (S. 134.)

Die grösste Differenz zwischen Maximum und Minimum des Konsums zeigt das Schwarzzerdgebiet. Das Maximum ist über $2\frac{1}{3}$ mal so gross als das Minimum (234 %). Der höchste Konsum findet im Oktober statt (Ertrag der Ernte, Hochzeiten), der niedrigste im März (Fasten). Es ist ein ausgesprochenes Landgebiet.

Lebt eine Bevölkerung weniger vom Ertrage der Landwirtschaft, so liegt der Maximalkonsum nicht mehr im Oktober, sondern im Dezember—Januar (Kälte, Feiertage). (Industriegebiet, Südwest, Nordwest.) Der Minimalkonsum fällt immer noch in die Fastenzeit oder in den Sommer, wenn das Gebiet nicht ausschliesslich von Orthodoxen bewohnt ist. (Polen, Ostseeprovinzen, Süd-West, Nord-West.)

Die Schwankungen zwischen Maximum und Minimum neh-

men mit zunehmender industrieller (und kultureller) Entwicklung ab: regelmässiges Trinken in Ostseeprovinzen (35) und Polen (39). Sehr gleichmässig verteilt sich der Konsum des Nordens. Das ist darauf zurückzuführen, dass der Konsum des Sommers durch den Fremdenverkehr (Seeverkehr) bedeutend erhöht wird.

(1904) Landesteile	Maximum des Konsums		Minimum des Konsums		Differenz zwischen Maximum und Minimum in % des monatl. Durchschnitts	Die Schwan- kungs- grenze d. h. Maximum in % des Minimums
	Monat	in % des Durchschnitts (s. vorige Tabelle)	Monat	in % des Durchschnitts (s. vorige Tabelle)		
1. Schwarzerde- gebiet (mittl.)	Oktober	157	März	67	90	234
2. Osten	»	145	»	67	78	216
3. Kleinrussland	Januar	135	Februar	66	69	204
4. Süden	Oktober	134	»	68	66	197
5. Süd-West	Januar	130	Juni	75	55	173
6. Nord-West	»	139	Juli	82	57	170
7. mittleres Indu- striegebiet	Dezember	123	März	78	45	158
8. Polen	Januar	124	Juni	85	39	146
9. Ostseeprovin- zen	Dezember	124	Juli	89	35	139
10. Norden	»	116	Februar	87	29	133
das ganze Mono- polgebiet	Oktober	126	Februar	79	47	160

Besonders hervorzuheben sind einige Gouvernements mit einem grossen Prozentsatz von fortziehenden Wanderarbeitern. Z. B. Smolensk: (91 % gehen auf Wanderarbeit!) (1903).

Monate	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Konsum in T. Wedro	71	64	31	72	72	50	46	50	60	65	63	80

Das Maximum fällt schon nicht mehr auf die Zeit nach der Ernte (Oktober), sondern nach der Rückkehr der Arbeiter in ihre Heimat (Dezember—Januar). Im April und Mai ziehen die Arbeiter fort, sammeln sich in Gruppen (Ärteli) und der Konsum steigt.

Dagegen verzeichnen die Orte, wo der Wanderarbeiter beschäftigt wird, das Maximum im Sommer, im Winter wird dort

viel weniger getrunken; so im Kreise Ismail (Gouvernement Bessarabien):

Monate	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Konsum in 1000 Wedro	7,5	8,1	6,7	11,0	9,4	9,5	9,7	11,9	10,3	8,6	7,4	7,9

Ebenso die Kreise Odessa, Tiraspol u. a.

Untersucht man die Verteilung des Konsums näher nach Monaten für Petersburg und Moskau, so sieht man, dass auch hier der Sommerkonsum hinter dem Herbst- und Winterkonsum zurückbleibt. Das Minimum liegt auch hier im März. April zeichnet sich durch eine bedeutende Zunahme aus (Ostern). Am wenigsten wird nicht mehr im Oktober, sondern im Dezember konsumiert (Weihnachten).

Die Untersuchung der Verteilung des Konsums nach Monaten lässt somit den Schluss zu, dass das Mass des Trinkens von klimatischen, wirtschaftlichen und religiösen Umständen abhängt.

Es muss hier nochmals betont werden, dass hier nur annähernd richtige Zahlen verwendet werden konnten, die aber doch insofern für eine Vergleichung brauchbar waren, als sie alle mit demselben Fehler belastet sind.

2. Die Art des Alkoholgenusses.

Die angegebenen Grössen des Branntweinkonsums pro Kopf der Bevölkerung in Bruchteilen des Wedro sind nur bis zu gewissen Grade für die Untersuchung brauchbar. Wir können damit nur die relative Höhe des Branntweinkonsums der verschiedenen Orte Russlands darstellen. Die Zahlen sind aber ungenügend zur Beurteilung der Bedeutung seiner Wirkung. Man muss die Art und Weise, in welcher der Branntwein genossen wird, untersuchen. Dabei ist zu berücksichtigen: der Alkoholgehalt des konsumierten Branntweins, die Flaschengrösse und die Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung (Verteilung der Läden). Im Abschnitt I wurde schon erwähnt, dass zum Absatz im Monopolgebiet folgende Branntweinsorten gelangen:

1. Branntwein	mit 40 ⁰ / ₁₀	Alkoholgehalt	
2. Spiritus	» 57 »	»	(sog. Trinkspiritus)
3. Spiritus	» 90 »	»	»
4. Spiritus	» 95 »	»	»
5. Tafelbranntwein	» 40 »	»	»

Am wenigsten wird der Tafelbranntwein (besserer Branntwein, er ist bedeutend teurer) getrunken, 0,9 (1906) der Gesamtmenge.

Daraus darf man aber noch nicht schliessen, dass die Wohlhabenden wenig trinken. Ebenso wird nur rund 6,9 % (1906) Spiritus abgesetzt. Gewöhnlicher 40 gradiger Branntwein steht überall an der Spitze:

1906	77 767 079	Wedro	90,9 %
1905	68 203 385	„	90,9 „
1904	61 757 019	„	89,0 „
1903	61 826 132	„	86,6 „

Die angeführten Zahlen zeigen, dass das Volk durchschnittlich in 90—91 Fällen von 100 den schwächsten Branntwein trinkt. Dieses gibt zu der Vermutung Anlass, dass noch schwächerer Branntwein das Bedürfnis befriedigen würde ¹⁾, wenn solcher Branntwein verkauft würde ²⁾.

In wenigen Landesteilen wird Spiritus stark konsumiert.

10,9 %	im Nord-West
11,5 „	„ Süd-West
12,6 „	in den Ostseeprovinzen
89,05 „	in Polen.

Untersuchen wir näher die Verteilung des Spirituskonsums in diesen viel Spiritus konsumierenden Gouvernements.

In einzelnen Gouvernements verteilen sich die Qualitäten verschieden.

So wurden verkauft (1904 in Prozenten der Gesamtzahl):

	Branntwein 40 %	Spiritus 57, 90 und 95 %	Tafelbranntwein
Polen	8,07	89,05	2,88
Ostseeprovinzen	83,75	12,63	3,62
Süd-West	88,11	11,05	0,84
Nord-West	87,69	10,90	1,41
Norden	89,31	4,51	6,18
Süden	94,49	3,95	1,56
Industriegebiet	94,30	3,55	2,15
Kleinrussland	96,12	2,66	1,22
Osten	96,89	1,46	1,65
Schwarzerdegebiet	98,56	0,64	0,80

In dieser Tabelle sind die Landesteile nach ihrem Spiritus-

¹⁾ Vgl. *Lugowski*, Zur Frage der Bekämpfung des Geheimhandels und des Trinkens auf der Strasse. Public. Nowgorod. S. 42.

²⁾ Der Verkauf vom schwächeren Branntwein ist verboten. Gesetz v. 4. VII. 1861 R.-G.-B. V (Acciseregl. 1887) Art. 365.

verbrauch zusammengestellt. Die Reihenfolge ist keine zufällige und deckt sich mit den Jahren 1902, 1903 und auch den früheren.

Der Konsum verteilt sich hier nach den Sorten folgenderweise ¹⁾:

Akziseverwaltung	Branntwein	Tafelbranntwein	Spiritus		
			57 ‰	90 ‰	95 ‰
Warschau, Sedlez	6 ‰	2 ‰	50 ‰	20 ‰	18 ‰
Kalisch, Petrokowo	5 ‰	3 ‰	34 ‰	32 ‰	25 ‰
Lomza etc.	38 ‰	3 ‰	38 ‰	10 ‰	11 ‰
Lublin etc.	6 ‰	2 ‰	68 ‰	16 ‰	8 ‰
Grodno	76 ‰	—	20 ‰	1 ‰	1 ‰
Bessarabien	81 ‰	—	18 ‰	0,4 ‰	0,2 ‰
Podolien	88 ‰	—	10,6 ‰	0,3 ‰	0,1 ‰

Der Spirituskonsum überhaupt ist nach dieser Tabelle hauptsächlich in polnischen Gouvernements verbreitet; der konzentrierteste Spiritus wird am meisten in Polen gebraucht — in Kalisch 25 ‰ des gesamten Konsums in der Stärke von 95 ‰; 32 ‰ — in der Stärke von 90 ‰!

Das ist zweifellos eine sehr beachtenswerte Seite des Konsums. Polen zeichnet sich zwar durch einen geringen Alkoholgenuss aus, aber er nimmt eine äusserst schädliche Form an.

Bei der Beurteilung des Branntweinkonsums kommt ausser der Stärke (Alkoholgehalt) noch die Art des Trinkens in Betracht. Leider lässt sich dieses nach den Publikationen der Hauptverwaltung nicht beurteilen. Auf indirektem Wege kann man sich ein Bild verschaffen, wenn man die Grösse der Flaschen, in denen der Branntwein verkauft wird, untersucht.

Es sind 1905 verkauft worden: 2546 Millionen Flaschen Branntwein aller Sorten.

Davon waren Flaschen	Millionen	‰
von $\frac{1}{4}$ eines Wedro	58,6	2
› $\frac{1}{20}$ › ›	459,2	18
› $\frac{1}{40}$ › ›	1 018,4	40
› $\frac{1}{100}$ › ›	780,0	31
› $\frac{1}{200}$ › ›	238,8	9
	<u>2 555,0</u>	<u>100</u>

Also über eine Milliarde der kleinsten Flaschen, d. h. $\frac{1}{100}$ und $\frac{1}{200}$ Wedro (rund 12 und 6 Zentiliter) ²⁾.

1) Im Jahre 1905; genau dasselbe Verhältnis weisen die Zahlen von 1906 auf.

2) Leider ist auch die Berechnung der nicht zurückerstatteten Flaschen in den Berichten unausführlich. Auch diese Zahlen könnten über die Art des Trinkens

1906 sind insgesamt 2860 Millionen Flaschen abgesetzt worden, darunter 1105 Millionen der kleinsten Flaschen.

In den meisten Gouvernements ist das Prozent-Verhältnis der kleinsten Flaschen ($\frac{1}{100}$ und $\frac{1}{200}$ Wedro) zu der Gesamtzahl der Flaschen 1905 und 1906 ungefähr dasselbe (40—45 %). Besonders viele kleine Flaschen werden verkauft im

Gouvernement	Flaschen überhaupt	kleinste Flaschen	Die kleinsten in % der Gesamtzahl
	Millionen	Stück	
Warschau, Sedlez	69,4	57,3	82
Kalisch u Petrokow	46,0	37,4	81
Lublin (etc.)	31,0	23,0	74
Bessarabien	44,0	30,2	68
Lomza etc.	15,8	10,3	65
Podolsk	78,4	47,9	61
Kijew	112,0	60,8	54
Petersburg	198,9	111,0	56
Moskau	165,4	74,7	45

Auch hier geht Polen voran. Von je 100 Käufern (angenommen, dass jeder 1 Flasche kauft) kaufen 82 die kleinsten Flaschen, nämlich 45 die $\frac{1}{100}$ Flaschen und 37 die $\frac{1}{200}$ Flaschen. Diese höchst wichtige und interessante Untersuchung lässt sich leider nicht weiter durchführen, da die Angaben der Berichte in dieser Hinsicht nicht ausführlich genug sind und sich auf die Gouvernements und nicht auf die einzelnen Städte beziehen. Dadurch bekommt das Bild ein anderes Aussehen. In den Städten wird wahrscheinlich das prozentuelle Verhältnis der kleinen Flaschen noch höher sein.

Was für ein Branntwein (bez. Spiritus) wird nun am meisten in diesen kleinen Flaschen verkauft?

Wenn man die Flaschengrößen der einzelnen Spiritussorten

(haupts. des Trinkens auf der Strasse, etwas aufklären; die Hauptverwaltung berechnet aber die nicht zurückerstatteten Flaschen in % des Flaschen-Vorrats und nicht des Umsatzes. Aber auch diese Zahlen weisen darauf hin, dass die kleineren Flaschen regulärer in die Läden zurückkehren. Auf Grund von Angaben der Hauptverwaltung (Stat. Berichte 1902, 1903 und 1904) sind in folgender Tabelle die nicht zurückerstatteten Flaschen in % der Gesamtzahl der Flaschen der betr. Grösse zusammengestellt.

Flaschengrößen:	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{20}$	$\frac{1}{40}$	$\frac{1}{100}$	$\frac{1}{200}$	
1902 {	7,4	8,6	6,8	3,3	3,6	für das europ. R. » Sibirien
1903 {	16,2	17,4	9,6	2,9	5,5	
1903 {	6,8	8,8	7,4	3,7	3,8	für das Monopolgebiet.
1904 {	7,5	8,5	7,4	3,6	3,9	

untersucht, so sieht man, dass da auch der stärkste Spiritus in kleinen Dosen verkauft wird.

Dass man den 57 %-Spiritus hauptsächlich in den kleinsten Flaschen verkauft, kommt in nachstehender Tabelle zum Ausdruck:

Gouvernements	Menge des verkauften Spiritus 57 % (1000 W.)	Davon in kleinen Flaschen von $\frac{1}{100}$ und $\frac{1}{200}$ W.	
		Menge in 1000 W.	%
Kalisch und Petrokow	254	169	66
Warschau und Sedlez	519	324	63
Podolien	132	89	67
Bessarabien	104	73	71

Es ist auch zu erwähnen, dass der schwächste Branntwein (zu 40 %), der im Lande verbreitet ist, in Polen wenig genossen wird, am wenigsten aber in kleinen Flaschen. In den kleinsten Flaschen sind (1905) in den Gouvernements Warschau—Sedlez 44,7 Millionen Flaschen zu 57 % Alkohol und nur 1,62 Millionen zu 40 % verkauft worden. Auch in Kalisch und Petrokow sind 20,75 Mill. Flaschen des 57 %-igen Spiritus und nur 3,1 Mill. Flaschen des 40 %-igen Branntwein verkauft worden. In den Gouvernements Lublin, Radom und Kelez 18,9 Mill. Flaschen ($\frac{1}{100}$ und $\frac{1}{200}$ Wedro) zu 57 % und nur 0,54 Mill. dieser Flaschen zu 40 % Alkohol!

Sicher werden die kleinen, aber alkoholreichen Flaschen an der Türschwelle des Ladens genossen, womit noch nicht gesagt sein soll, dass nicht auch grössere Flaschen ($\frac{1}{40}$ und $\frac{1}{20}$ Wedro d. h. 0,31 bez. 0,62 Liter) an Ort und Stelle auf der Strasse konsumiert werden¹⁾.

Vom 90 %-igen Spiritus wurden in Russland 500 000 Wedro verkauft; darunter 65 % in Flaschen $\frac{1}{100}$ Wedro²⁾. In einzelnen Gouvernements, z. B. Kalisch und Petrokow (1904) sogar bis 84 % der Gesamtzahl!

Im Gouvernement Perm wurden 7700 Wedro zu 90 % verkauft, darunter in kleinsten Flaschen ($\frac{1}{100}$) 5330, also 70 %! Warum hier die Regierung nicht leichteren Spiritus verkauft (z. B. zu 57 % oder 80 %), bleibt unverständlich. Das hätte doch vielleicht diejenigen von 90 % Spiritus entwöhnt, die jetzt keine Wahl haben

1) Dass die Verbreitung der kleinsten Flaschen auf den Konsum auf der Strasse hinweist, gibt der Bericht zu. »Statist. Bericht« 1902. S. 80 auch 1898—8, S. 143.

2) In Flaschen zu $\frac{1}{200}$ W. wird dieser Spiritus nicht verkauft.

als zwischen 40 % oder 90 %! Ebenso steht es im Gouvernement Ufa.

Die Annahme, dass diese kleinsten Flaschen mit 90 %-igem Spiritus ausschliesslich für den unmittelbaren Genuss gekauft werden, wie es bei den weniger konzentrierten der Fall ist, trifft nicht zu. Man verdünnt auch den Spiritus mit Wasser zu Hause und verwendet ihn in kleinem Umfange für medizinische Zwecke. Die kleinen Flaschen werden bevorzugt, weil der Ankauf grösserer Quantitäten momentan den Haushalt stärker belasten würde, ohne eine Verbilligung gegenüber dem Einkauf kleinerer Quantitäten zu bedeuten, da der Preis der Quantität des gekauften Spiritus proportional ist.

In der Politik der früheren Akzise und des jetzigen Monopols spielte die Frage der Zahl der Verkaufsstellen eine wichtige Rolle. In der Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus suchte der Vertreter des Finanzministeriums, *Minzlow*, zu beweisen, dass der Konsum unmittelbar von der Ladenzahl abhängt. Als Beispiel führte *Minzlow* folgendes an: In einem Dorfe ist z. B. ein Laden vorhanden, der etwa 500 Wedro verkauft. Oeffnet man in demselben Dorfe noch einen weiteren Laden, so verkaufen beide Läden zusammen mehr als 500 Wedro. Der Konsum hat also zugenommen ¹⁾. *Minzlow* berichtet, dass diese Erfahrung auch in Schweden gemacht werde. Derselben Meinung waren in der Kommission auch andere Mitglieder, darunter auch Dr. D. *Borodin*, der eifrige Gegner des Monopolsystems ²⁾.

Für den statistischen Nachweis der unmittelbaren Abhängigkeit des Konsums von der Zahl der Verkaufsstellen fehlen die Unterlagen ³⁾. Ausserdem sind viele geheime Verkaufsstellen vorhanden, deren Zahl statistisch überhaupt nicht ermittelt werden kann.

In dem schon zitierten Album ist die Bewegung der Zahl der Verkaufsstellen für die Zeit 1863—1903 in einem Diagramm dargestellt ⁴⁾. Die Zahl hat fortwährend abgenommen und ist von

1) Publikationen der Kommission. III. Petersb. 1899. S. 161.

2) Ebenda, Bericht v. Dr. *Borodin* v. 4. November 1898.

3) Die Statistik des Konsums in den Gouv. Nowgorod und Podolsk verzeichnet eine starke Zunahme des Konsums bei einer Abnahme der Ladenzahl. (Bericht 1902. S. 55 und 83.)

4) Album, Tabelle Nr. XI.

270000 (1863) auf 125000 (1895) zurückgegangen. Die schnelle Abnahme hängt mit der allgemeinen Einführung der Akzise zusammen, welche das Schankgewerbe mit Lizenzabgaben überlastete und die Eröffnung eines Ausschanks durch Formalitäten erschwerte ¹⁾.

Jetzt sind in Russland staatliche und private Verkaufsstellen alkoholhaltiger Getränke vorhanden. Mehreren privaten Verkaufsstellen ist auch das Recht des Verkaufs des Monopolbranntweins gewährt ²⁾, andere dürfen nur Meth, Bier, Porter und russischen Traubenwein verkaufen.

Im Jahre 1904 gab es in 30 252 Orten 71 313 Verkaufsstellen für Spirituosen (1895 gab es solcher 125 000!). Von diesen 71 313 befanden sich 43 518 auf dem Lande in 29 117 Ortschaften, die sonstigen 27 795 in 1135 Städten. Nimmt man die Angaben nur für das europäische Russland, so beläuft sich die Gesamtzahl der Verkaufsstellen von Spirituosen auf 68 383 in 28 526 Ortschaften. Davon befinden sich 41 521 Verkaufsstellen auf dem Lande in 27 384 Ortschaften mit der Gesamtbevölkerung von 110 Millionen, d. h. 1 Laden auf 2 634 Dorfeinwohner, und 26 862 Verkaufsstellen in 1142 Städten mit einer Gesamtbevölkerung von 17 Mill., d. h. 1 Verkaufsstelle auf 634 städtische Einwohner.

Von den 71 313 Verkaufsstellen haben 42 261 den Monopolbranntwein verkauft. Das Verhältnis der Zahl der privaten zu den staatlichen Verkaufsstellen des Monopolbranntweins kommt in folgender Aufstellung zum Ausdruck:

Jahr	Staatliche		Private		Zusammen	Jahr	Staatliche		Private		Zusammen
	Zahl	%	Zahl	%			Zahl	%	Zahl	%	
1895	2 817	71,5	1123	28,5	3 940	1900	19 520	67,6	9 353	32,4	28 873
1896	10 228	61,7	6349	38,3	16 577	1901	26 864	69,9	11 559	30,1	38 423
1897	13 540	67,2	6618	32,8	20 158	1902	28 449	69,2	12 683	30,8	41 132
1898	16 974	63,1	9922	36,9	26 896	1903	28 242	68,1	13 216	31,9	41 458
1899	16 923	66,5	8518	33,5	25 441	1905	28 749	68,0	13 512	32,0	42 261

Bei den privaten Verkaufsstellen muss unterschieden werden, ob sie nur zum Verkauf (für den Verbrauch ausserhalb des Ladens) oder auch zum Ausschank dienen. Von der ersten Gruppe gab es 1904: 1 824 Läden, von der zweiten 11 688.

Unter diesen 11 688 privaten Verkaufsstellen sind viele Buffets

1) Gesetz v. 14. V. 1885.

2) Vgl. oben S. 72.

auf Schiffen und Bahnhöfen, in Klubs, besseren Restaurants, Ausstellungen, aber auch 5783 einfache Schankstätten. Davon befanden sich 1843 Schenken (d. h. 32 %) ausserhalb der Städte.

Somit ist offenbar das ursprüngliche Prinzip der Regierung — den Branntweinverkauf in Wirtschaften auszuschliessen — nur teilweise durchgeführt. Neben den 28749 Monopolläden und 1824 privaten sind ja noch 11688 Verkaufsstellen vorhanden, wo man den Branntwein an Ort und Stelle geniessen kann. Wenn man sämtliche Buffets, Klubs u. s. w. ausscheidet (diese stehen dem wohlhabenden Publikum zur Verfügung), so bleiben noch 6000 Ausschanklokale für das Volk offen. Das heisst: auf je 5 Monopolläden kommt ein einfaches Ausschanklokal (ausgenommen die Buffets, Restaurants besseren Ranges, Ausstellungen u. s. w.)

In einzelnen Gouvernements sind verschiedene Typen der Verkaufsstellen vorwiegend. In den Grossstädten sind hauptsächlich die geringen Schenken verbreitet. Ferner sind diese in den polnischen Gouvernements sehr zahlreich. Dort scheinen aber die vorhandenen noch nicht auszureichen, da auch einigen Weinkellern das »Ausschankrecht« gewährt wurde (24 Weinkellern; derartige Weinkeller gibt es in Petersburg 12 und in Moskau 1).

Es wäre sehr wünschenswert, wenn auch die Untersuchung der Umsätze der Verkaufsstellen und ihrer Verteilung im Verhältnis zur Einwohnerzahl jedes Ortes vorgenommen werden könnte. Dies ist leider nach dem statistischen Material unmöglich. Ausserdem fehlen Angaben über die Umsätze verschiedener Typen von Verkaufsstellen. Genaue Angaben dieser Art hätten uns vielleicht auch über die soziale Gliederung der Konsumenten aufklären können.

Ausser den einer statistischen Untersuchung unterliegenden Verkaufsstellen sind noch sehr viele geheime vorhanden. Ueber ihre Existenz herrscht keine Meinungsverschiedenheit. In den Kreisausschüssen der grossen Enquête ist die Tatsache durchaus anerkannt worden. Das geben auch die amtlichen Berichte zu. Man muss sich die geheimen Schankstätten nicht als geräumige Lokalitäten oder Restaurants vorstellen. In kleinen Städten oder Dörfern bekommt man fast in jeder Stube den staatlichen Branntwein, wenn er im Laden nicht mehr zu haben ist (am Sonn- und Feiertage, nach dem Ladenschluss). Dabei macht der Verkäufer einen Aufschlag, der durch die Konkurrenz gedrückt ist. Auf dem Verkauf von Branntwein in geschlossenen Flaschen

steht eine kleine Geldstrafe, bis höchstens 30 Rubel¹⁾. In manchen Wohnungen erlaubt der Wirt, den Branntwein an Ort und Stelle zu geniessen; dann heisst der Käufer »Gast« und wird vom Hauswirt »aufgenommen«. Der Aufschlag ist etwas höher, entsprechend der höheren Strafe, der sich der Wirt aussetzt — Gefängnis von 4—8 Monaten²⁾. In beiden Fällen gehört aber zur Verurteilung des Angeklagten, nach der Erklärung des dirigierenden Senats, dass der Beweis eines g e w e r b s m ä s s i g e n Verkaufs erbracht ist, was meist unmöglich sein wird.

Der geheime Verkauf ist weit verbreitet, er wird von der Bevölkerung, oft auch von den Richtern als notwendig und unentbehrlich betrachtet. In manchen Orten (hauptsächlich Jahrmärkten) wird der staatliche Branntwein auch auf den Strassen von Austrägern »geheim« verkauft³⁾.

Der gerichtliche Teil des Berichts der Hauptverwaltung für das Jahr 1905⁴⁾ gibt die Zahl der Gesetzesübertretungen an. Er registriert hier 31 839 Uebertretungen der Monopolgesetze. Darunter fallen: Ueberschreitung der Verkaufsordnung, der Vorschriften über Ein- und Ausfuhr von Spiritus, über Transport und Aufbewahrung von Spiritus, Fälschungen von Urkunden, Stempeln, Banderollen u. s. w. und 30 000 verschiedene Fälle des g e h e i m e n V e r k a u f s (Verkauf von versiegelten und geöffneten Flaschen, mit gefälschten Siegeln, mit verletzten Etiketten u. s. w.). Die östlichen Gouvernements⁵⁾ sind mit rund 3 800, die südlichen mit 5 500, das Schwarzerdgebiet mit über 6300 Fällen beteiligt.

Die Zahl erhöht sich etwas dadurch, dass die Akzisekontrollen, damit sie nicht wegen »Untätigkeit« entlassen werden, manchmal Haussuchungen vornehmen und dabei jedes augenblickliche Trinken als »geheimen Ausschank« bezeichnen⁶⁾. Wenn wir nun, was unmöglich, voraussetzen, dass a l l e g e h e i m e n V e r k a u f s s t e l l e n 1904 entdeckt wurden, d. h. dass bloss

1) R.-G.-B. Band V (1901) Art. 1112.

2) Ebenda Art. 112, 2.

3) »Das Branntweinmonopol«. Art. v. L. D. in der Zeitschr. »Obrasowanije« 1903 Nr. 11.

4) Bericht der Hauptverwaltung 1905 Teil II S. 40 ff.

5) Nur betr. d. Staatl. Branntwein nicht der Kumyschka.

6) Das scheint besonders im russisch-preussischen und russisch-österreichischen Grenzgebiet bei der sogen. »Schenken-Wache« (Kortschemnaja Straza) der Fall zu sein.

30000 funktionierten, so käme auch dann auf je einen Monopol-laden mehr als eine geheime Schankstelle (bei 28749 Monopol-läden). Die Zahl ist keine zufällig grosse. Auch 1903 sind (in 71 Gouvernements) 31 818 und 1904 ca. 30000 geheime Ver-kaufsstellen entdeckt worden.

Die Hauptverwaltung fügt den Zahlen im Bericht 1903 eine Erklärung bei: »Die Ursache liegt in der Gewöhnung des Volkes an ordnungswidrigen Branntweingenuss . . .« Im Berichte 1904 schreibt die Hauptverwaltung: »Die grosse Zahl der geheimen Verkaufsstellen ist durch die ungenügende Zahl der legalen ver-ursacht . . .«¹⁾.

3. Die zeitliche Bewegung des Branntweinkonsums.

Mit den angeführten Zahlen ist der Konsum in allgemeinen Zügen charakterisiert. Um aber die Wirkung des Mono-pols auf den Konsum beurteilen zu können, muss man noch die zeitliche Bewegung des Konsums untersuchen.

Die letzten Jahre 1905 und 1906, für die schon Berichte vor-liegen, zeichnen sich durch eine starke Zunahme des Konsums aus, und zwar für das ganze Land und innerhalb desselben fast für alle Gebiete.

Es sind 1904	70 311 678	Wedro zu 40°	
1905	75 037 174	» » »	
und 1906	85 466 897	» » »	konsumiert worden.
Pro Kopf der Bevölkerung:	1904	0,542	W. (40°)
	1905	0,567	» »
	1906	0,634	» »

Ein geringes Sinken des Konsums ist 1905 nur in 15 Gou-vernements bemerkbar. Im Berichte für das Jahr 1906 sind nur vier Gouvernements verzeichnet mit einem geringen Sinken des Konsums. Sonst weisen alle Gouvernements eine rapide Zu-nahme auf. Worauf das Finanzministerium die Zunahme zurück-führen wird, ist vorläufig noch unbekannt²⁾. Bisher führte das Ministerium jede Zunahme auf die Ernte zurück. Die Monopol-verwaltung stellte auch ein Diagramm auf, um die Abhängigkeit des Konsums von der Getreideernte zu beweisen. Die Kurve der

1) Bericht 1903. S. 60. 1904. S. 60.

2) Ausführliche Berichte 1905 und 1906 sind noch nicht erschienen. Nach Mei-nung des Staatskontrolleurs sollen die Erfolge der Arbeiterbewegung — höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit — sowie die Aufhebung der bäuerlichen Loskaufszahlungen auf die Zunahme der Konsums gewirkt haben. (Bericht d. Staatskontr. 1906. S. 17.)

Ernte pro Kopf der Bevölkerung bewegt sich zwar ähnlich der des Konsums, doch lassen die allgemeinen sich auf das ganze Land beziehenden Zahlen keine Schlüsse zu. Ausserdem haben schon mehrere darauf hingewiesen, dass der Konsum in keiner Beziehung zur Ernte steht.

So hat der Finanzminister auch bereits zugegeben, dass der Konsum in keinem direkten Verhältnis zu der Ernte steht, und dass sogar die 21 Gouvernements, die sowohl 1905 wie 1906 von der Missernte getroffen wurden, im Jahre 1905 und auch in der ersten Hälfte des Jahres 1906 viel mehr Branntwein verbrauchten ¹⁾).

In diesen Gouvernements wurde konsumiert:

	1905	25 207 410	Wedro (40 %)	
	1904	23 650 363	"	"
		<u>1 557 047</u>	"	"
				Steigerung 6,5 %
vom 1. I.—1. 7. 1906		12 780 780	"	"
" 1. I.—1. 7. 1905		<u>11 438 000</u>	"	"
		<u>1 342 780</u>	"	"
				12 %

In den sonstigen 46 Gouvernements des europäischen Russlands hat der Konsum in derselben Zeit um 18,5 % zugenommen.

Ebenfalls berichtet die Staatskontrolle, dass in mehreren Gouvernements, obgleich die Bevölkerung nach amtlicher Feststellung hungerte und der Unterstützung des Staates bedurfte, der Branntweinkonsum nicht gesunken, sondern sogar gestiegen ist ²⁾).

Indes liegt kein Grund für die Annahme vor, der Konsum sei von der Ernte völlig unabhängig. Es wäre vielleicht richtiger gewesen anzunehmen, dass der Konsum in einem gewissen Verhältnis zur Ernte steht, wenn die Ernte nicht unter ein gewisses Minimum geht ³⁾); der Konsum steigt nämlich immer bei zunehmender Ernte und fällt (nicht mehr so bemerkbar) bei abnehmender Ernte ⁴⁾. Aber in Hungerzeiten lässt sich das Verhältnis nicht aufstellen; manchmal gilt auch gerade ein umgekehrtes ⁵⁾.

1) Budgetvortrag an d. Duma 1907. Erläuterung von W. Kokowzow § 20.

2) Berichte der Staatskontrolle 1897, 1898, 1899 und 1906.

3) Als Minimum nimmt man einen Ueberschuss der Ernte von 17 Pud (pro Kopf) aller Getreidesorten und Kartoffeln an. Nach *Lochtin* ist es die unterste Grenze. (*Lochtin*. Der Stand der Landwirtschaft. Petersb. 1901. (Russ.) S. 246.) Nach *Tschuprow* — 19 Pud.

4) Zu einem ähnlichen Schluss kommt *Norow* in seiner Schrift über d. Monopol S. 51.

5) Man könnte sehr viele Beispiele anführen. Sehr oft liest man in russ. Zeitschrift für die ges. Staatswissensch. Ergänzungsheft 26. 10

Die letzten Jahre haben in alle Gebiete des russischen Volkslebens viel Unsicherheit und Beunruhigung hineingetragen, das wahrscheinlich auch auf den Branntweinkonsum einwirkte (Krieg, revolutionäre Bewegung u. s. w.). Eine gründliche Untersuchung der Ursachen der Bewegung des Konsums in diesen Jahren erlaubt das vorhandene Material nicht. Ich beschränke mich deshalb im folgenden nur auf die Feststellung der Bewegung des Konsums, ohne näher auf seine Ursachen einzugehen.

Der Konsum pro Kopf ist im grossen ganzen gestiegen; eine Abnahme ist nur für 1899—1901 zu verzeichnen, dann aber wieder eine Zunahme. Für die eingehende Vergleichung des jetzigen Konsums pro Kopf mit dem in der Zeit bis zur Einführung des Monopols nach einzelnen Gouvernements fehlt das nötige Material. Das vor kurzem erschienene Buch: »Einkünfte aus der Getränkesteuer 1864—1901« (St. Petersburg 1906) ist unbrauchbar, da dort nur die Einkünfte angegeben sind, deren Bewegung wegen der häufigen (8mal) Akziseerhöhung der Bewegung des Konsums nicht entspricht. Wir sind nur auf die Durchschnittszahlen der einzelnen Landesteile (nicht Gouvernements) für den Zeitraum 1885—1895 angewiesen.

Seit 1863 nahm der Konsum ab. Die weitere Abnahme würde eine natürliche Fortsetzung dieses Vorganges gewesen sein. In der auf die Zeit von 1885 bis zur Einführung des Monopols (1895—96) sich beziehende Tabelle ist kein Landesteil da, wo der Konsum nicht in Abnahme begriffen gewesen wäre. Später, nach 1895—96, sind die Gouvernements selten, in denen der Konsum sich in absteigender Linie bewegt. Es ist nur in den westlichen und polnischen Gouvernements der Fall.

Der Konsum pro Kopf steigt, rapid und fortwährend in den östlichen Gouvernements.

tungen, dass die Bevölkerung der »hungernden Orte« viel Branntwein konsumiert. Ähnlich den Missernten scheint die Arbeitslosigkeit auf den Konsum zu wirken. Im letzten Berichte der Acciseverwaltung f. d. Gouv. Tula (für das Jahr 1906) führt man die Zunahme des Konsums auf vier Ursachen zurück:

1. Durchgang von Truppen aus Sibirien.
2. Politische Erregungen im Volke.
3. Missernte und mangelhafte Organisation der öffentl. Unterstützung.
4. Allgem. Stockung des Wirtschaftslebens und Arbeitslosigkeit.

Die letzten Erscheinungen verursachten die Verordnung des Gouverneurs von Tula betr. die Schliessung der Läden in vielen Orten des Gouvernements. (Ver. des Gouv. von Tula v. 6. August 1906 Nr. 3278.)

Gouvernements	in Tausendstel eines Wedro										
	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906
Perm	437	448	460	436	501	527	491	546	559	607	734
Ufa	213	227	222	276	306	324	293	326	342	463	476
Orenburg und Turgai-G.	322	378	391	460	508	463	420	442	464	547	583
Samara und Ural-Gebiet	370	403	372	416	472	401	384	440	463	506	620
Kasan	—	—	—	—	—	—	328	358	357	406	434
Wiatka	—	—	—	—	—	—	297	328	301	333	420

Früher ist in denselben Gouvernements im Laufe von zehn Jahren der Konsum nie so hoch gewesen ¹⁾).

Der Konsum im Schwarzerdgebiet ist ebenfalls gestiegen.

Gouvernements:	1901	1902	1903	1904	1905	1906
Woronesch	447	462	507	512	505	518
Kursk	529	556	592	561	596	669
Orel	—	561	584	557	582	672
Pensa	—	487	501	462	560	601
Rjasan	—	554	609	549	547	650
Saratow	—	495	542	545	569	575
Simbirsk	—	377	424	421	485	512
Tambow	—	519	582	560	582	608
Tula	—	745	793	734	713	843

Dagegen hatte der Konsum (aller Gouvernements dieses Gebietes) früher abgenommen:

1885	1886	1887	1888	1889	1890	1891	1892	1893	1894	1895
630	630	650	580	600	550	530	530	510	530	540

Seit Ende der 90er Jahre zeigt sich eine Zunahme des Konsums pro Kopf hauptsächlich in den Gouvernements: Charkow, Kurland, Tomsk, Tschernigow, Stawropol, Twer, Semipalatinsk, Gebiet der Donschen Kosaken u. a. m.

Nach den Berichten von 59 Akziseressorts (72 Gouvernements) stellt sich die Bewegung des Konsums bis einschl. 1905 folgendermassen dar:

Der Konsum hat zugenommen			in 21 Akziseressorts		
»	»	» schwankend zugenommen	»	14	»
»	»	» abgenommen	»	10	»
»	»	» abgenommen	»	4	»
»	»	schwankte (unbestimmt)	»	10	»

Im Berichte für das Jahr 1906 weisen nur vier weinbauende Gouvernements eine Abnahme auf.

Die Zusammensetzung der konsumierten Menge nach ver-

¹⁾ Vgl. Tabelle S. 13. Die gewaltige Zunahme 1904–1905 kommt nach den Berichten teilweise zu Lasten des durch diese Gouvernements transportierten Militärs.

schiedenen Sorten bleibt im Laufe der Zeit annähernd dieselbe. Der Spiritus bildet immer einen ungefähr gleichen Teil des gesamten Absatzes. Nimmt man die viel Spiritus konsumierenden Gouvernements, so ist hier eine kleine Zunahme des Spirituskonsums bemerkbar:

Spirituskonsum in % des gesamten Konsums:

	1902	1903	1904
Polen	87,74	88,95	89,05
Ostseeprovinzen	11,96	12,84	12,63
Süd-West	11,46	10,84	11,05
Nord-West	10,80	10,65	10,90

Der Konsum des 57 % Spiritus nahm früher fortwährend zu; hat sich allmählich eingebürgert¹⁾ und steht jetzt sehr hoch.

Bei einer näheren Untersuchung des Konsums in den hier besonders in Betracht kommenden einzelnen Gouvernements sieht man, dass der Konsum des konzentriertesten Alkohols fortwährend ansteigt. So wurden im Gouvernement Warschau und Sedlez abgesetzt:

Alkohol	1902	1903	1904	1905	1906
Spiritus 90 %	15,5	17,6	18,4	19,8	20,9
„ 95 %	16,6	16,7	16,7	17,5	19,7
in Kalisch und Petrokow:					
Spiritus 90 %	23,8	26,8	28,5	31,8	38,0
„ 95 %	24,0	25,2	25,2	24,5	25,8
in Lomza u. s. w.					
Spiritus 90 %	8,4	8,8	9,5	9,9	10,0
„ 95 %	9,8	10,0	10,4	11,0	11,9
in Lublin u. s. w.					
Spiritus 90 %	14,5	15,0	15,6	16,1	16,1
„ 95 %	7,6	7,7	8,0	7,8	8,1

Damit sind die Zahlen gebracht, in denen die Frage der Höhe des Branntweinkonsums in Russland und die Wirkung des Monopols auf denselben zum Ausdruck kommt.

Der Konsum ist sehr hoch, insbesondere in den kleinen Städten. Im grossen und ganzen nimmt er in letzter Zeit zu. In vielen Landesteilen hat sich ein sehr konzentrierter Spiritus eingebürgert.

Ein grösserer Teil des Branntweins wird in sehr kleinen Dosen abgesetzt, hauptsächlich für den unmittelbaren Genuss auf der Strasse. In den kleinsten Flaschen verkauft man auch den kon-

1) Vgl. Statist. Bericht 1897/8. S. 56.

zentrierten Spiritus. Besonders zeichnen sich die westlichen Gouvernements (Polen) mit einem Konsum von höchst konzentriertem Spiritus aus.

Die Bemühungen der Regierung, den Branntwein möglichst ausschliesslich in staatlichen Läden zu verkaufen und hauptsächlich zum Genuss ausserhalb der Verkaufsstelle, sind nur zum Teil gelungen, da jetzt die privaten Läden und die offenen Ausschankstellen immer mehr in den Vordergrund treten.

Die Zahl der geheimen Verkaufsstellen lässt sich statistisch nicht feststellen, ist aber sehr hoch.

Seit der Einführung des Monopols bis heute wird die Frage in der Presse erörtert, ob das Monopol den Branntweinkonsum gesteigert oder vermindert hat.

Die Anhänger des Monopolsystems und die Monopolbeamten suchten früher auf Grund von Zahlen nachzuweisen, dass das Monopol den Konsum gemindert habe, die Gegner des Monopolsystems bemühten und bemühen sich, das Gegenteil zu beweisen.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass der Konsum, der bis zur Einführung des Monopols fortwährend abnahm, jetzt im allgemeinen, sowie an fast allen Orten Russlands bedeutend zugenommen hat. Die Zahl der Orte mit abnehmendem Konsum ist verschwindend klein.

Dennoch wäre es unrichtig, das Steigen des Konsums lediglich auf die Einwirkung des Monopols zurückzuführen. Für eine statistische Beurteilung aller der Erscheinungen des sozialen und ökonomischen Lebens des Landes, die auf den Konsum einen Einfluss ausüben könnten (industrielle Entwicklung, Verkehrsverhältnisse, politische und wirtschaftliche Reformen, Krieg, revolutionäre und kontrerevolutionäre Bewegung u. s. w.), fehlt noch das Material; wofür man das Monopol verantwortlich machen kann, ist die Ausbildung des Trinkens auf der Strasse und den zunehmenden Konsum des alkoholreichen Spiritus¹⁾. Hier konnte das Monopol eingreifen. Das tat es aber nicht, vielleicht wirkte es auch umgekehrt: so wurden früher in mehreren

1) Die Monopolberichte geben die Verteilung des Konsums nach Qualität und Quantität (Flaschengrössen) für Gouvernements und nicht für einzelne Städte an. Deshalb macht sich die Zunahme des Konsums von konzentriertem Spiritus (und kleineren Dosen) nicht so stark bemerkbar. In Petersburg und Moskau nimmt die Zahl der kleinsten Flaschen sehr rasch zu. (Vgl. Album Diagramm XXVI.)

Gouvernements noch andere Spirituosen verkauft — von 70 % Alkohol, 80 % und 90 %, sowie auch Branntwein, ausser dem von 40 % noch eine Sorte von 50 %.

Laut einer Verordnung des Finanzministers werden nun diese Qualitäten nicht mehr verkauft. Dagegen gelangten zur Einführung die von 90 % und 95 % Alkohol. Die Hauptverwaltung begründet die Reform damit, dass jene Sorten der Nachfrage nicht entsprochen haben¹⁾. In der Tat wurden diese Sorten relativ wenig gekauft (ausgenommen den Branntwein zu 50 %, der in Warschau mehr verbreitet war als der zu 40 %: 137 579 Wedro zu 50 % und nur 114 050 Wedro zu 40 %), aber diese Sorten waren nicht überall zu haben; ausserdem steht für das Monopol in vielen Orten nur eine einjährige Erfahrung zur Verfügung. Die Folge der Reform ist wahrscheinlich die, dass der Branntwein jetzt in konzentrierteren Formen genossen wird, indem die früheren Konsumenten des 50 %-igen Branntweins jetzt wahrscheinlich lieber den Spiritus zu 57 %, als den Branntwein zu 40 % trinken. Die früheren Trinker des Spiritus zu 70 % und 80 % haben kaum denselben durch den zu 57 % ersetzt, es ist anzunehmen, dass sie diesen durch den 90 %-igen Spiritus ersetzt haben, und diejenigen, die die den Spiritus zu 92 % konsumierten, mögen teilweise mit dem zu 90 % sich begnügen, dürften aber auch teilweise zu dem von 95 % übergegangen sein.

1) Zirk. d. Hauptverwaltung v. 26. III. 1899 Nr. 373. Fin.-Anz. 1899 Nr. 13.

V. Die Mängel der Organisation des Monopols.

1. Der Bureaukratismus und seine Folgen.

Das Monopol wurde 1895 versuchsweise in den östlichen Gouvernements eingeführt. Bevor indessen irgend welche Erfahrungen vorlagen, wurde am 2. Mai 1895 seine weitere Ausdehnung beschlossen ¹⁾.

Das neue Unternehmen ist mit bewundernswerter Schnelligkeit und Genauigkeit organisiert worden. Da seit seiner Einführung erst wenige Jahre verflossen sind, ist es selbstverständlich, dass ihm manche Unvollkommenheiten anhaften.

Die meisten Mängel liegen aber tiefer und sind auf den **bureaukratischen** Charakter der Verwaltung zurückzuführen.

Das Streben nach einer höchst einheitlichen Organisation des Monopols in allen Orten Russlands wird oft übertrieben. So wurde z. B. auf der Beratung der Hauptverwaltung am 25. November 1899 ein Vorschlag angenommen, den Akziseressorts Normen ihrer Kanzlei- und anderer Geschäftskosten (d. h. ein bestimmtes Verhältnis dieser Kosten zu den Umsätzen) genau vorzuschreiben ²⁾.

Am schwersten hemmt den ganzen Organismus die auf die Spitze getriebene Zentralisation. Ueber jede Kleinigkeit müssen die Lokalbehörden an die Zentrale berichten; sie veranlassen dadurch immer neue Verordnungen der Zentralbehörden; diese allgemeinen Regeln treffen nicht überall auf die örtlichen Bedingungen zu — und neue Zirkulare sind die Folge.

Der Verkehr der lokalen Behörden mit der Zentrale wird

1) Allerh. best. Gutachten d. R.-Rats v. 2. V. 1895. Sammlung der Gesetze und Verordnungen, Nr. 85.

2) Zirk. v. 16. III. 1900 Nr. 527.

durch die Zwischeninstanz der Staatskontrolle vielfach erschwert. Rapporte der Akzisedirektoren z. B. über die nötigen Reparaturen gehen durch die Kontrollhöfe, dann in die Hauptverwaltung und nach ihrer Bestätigung kehren sie aus Petersburg zurück, meist nach der Bausaison, oder, wenn der Bau nun schon einer grösseren Reparatur bedarf. Der Akzisedirektor durfte anfangs Reparaturen nur bis 500 Rubel ohne Genehmigung der Zentrale nach blosser Vereinbarung mit dem Kontrollhof vornehmen¹⁾; das verursachte viele Reibungen, und die Summe wurde 1903 auf 2000 Rubel erhöht²⁾.

Da auch das sich als ungenügend erwies, so wurde am 3. November 1904 das Maximum auf 5000 Rubel festgesetzt³⁾.

Auch in anderen Fällen mangelt der Organisation die Anpassungsfähigkeit. So bestand die Vorschrift, dass die Straf gelder von den Angestellten (für Verluste, die das normale Manko überschreiten, für Uebertretungen der Vorschriften u. s. w.)⁴⁾ als Unterstützung von schwangeren Arbeiterinnen oder für verunglückte Arbeiter zu verwenden sind (bei Feuerschäden, für Begräbnisse u. s. w.). Diese Unterstützungen konnte indes der Akzisedirektor, dem Reglement⁵⁾ zufolge, nur mit Genehmigung der Hauptverwaltung gewähren.

Zur Vermittlung derartig dringender Unterstützungen war ein solcher Mechanismus nicht befähigt. Schon 1899⁶⁾ wurde deshalb den Akzisedirektoren gestattet, in »dringenden Extrafällen« ohne Genehmigung der Hauptverwaltung Unterstützungen bis 10 Rubel zu bewilligen, jedoch musste über jede derartige Unterstützung sofort der Hauptverwaltung berichtet werden. Auch das genügte nicht, so dass heute die Akzisedirektoren Unterstützungen

1) Zirk. v. 29. IV. 1898 Nr. 239. Fin.-Anz. 1898 Nr. 18.

2) Zirk. v. 20. IV. 1903 Nr. 1033. Fin.-Anz. 1903 N. 15.

3) Zirk. v. 3. XI. 1904 Nr. 1239. Fin.-Anz. 1904 Nr. 37.

4) Ueber die Straf gelder sowie über deren Verwendung sind in den Berichten keine Angaben zu finden. Aus einem Gouvernementsbericht, der mir zur Verfügung steht, ist zu sehen, dass die Strafen hoch sind, manchmal viel höher als der Jahresgehalt des Bestraften. Deshalb werden sie auch nicht bezahlt. In dem betr. Gouvernement (Kowno) sind den Angestellten mit einem Gehalt von höchstens 1500 R. jährlich, an Strafen 2000, ja sogar 8909 R. in Rechnung gestellt! Der Bericht verzeichnet als Fehlbetrag von Strafen 19414 R. Eingegangen sind im Laufe des Jahres (1905) nur 23 Rub. 50 Kop! Alle Strafen sind sehr veraltet. (Bericht des Gouv. Kowno, 1905. Tab. 46.)

5) Verordn. v. 22. VIII. 1898 Art. 4. Fin.-Anz. 1898 Nr. 35.

6) Zirk. v. 22. XII. 1899 Nr. 490, Fin.-Anz. 1899 Nr. 52.

bis 25 Rubel gewähren können selbst dann, wenn die Unterstützung keine dringende ist¹⁾.

Eine ungeheure Menge von Rundschreiben und Vorschriften bezieht sich auf das Rechnungswesen, das zweifellos zu umständlich und kompliziert ist. Die Hauptverwaltung sah sich veranlasst, besondere Buchhalter in das Monopolgebiet zu senden, die den lokalen Rechnungsbehörden die Vorschriften und Regeln erklären mussten.

Die Abrechnungen mit den vielen Lieferanten des Monopols, die Rückgabe der Kauttionen werden durch verschiedene Formalitäten verzögert. Dieses verursacht dem Monopol unnötige Kosten, da die Lieferanten zweifellos dem Fiskus Zinsen anrechnen. Die Hauptverwaltung mahnt oft die Akzisedirektoren darum²⁾.

Dem Akziseressort unterliegt auch die Beibringung des für die Spiritus-Preisbestimmung nötigen Materials³⁾. Daraus müssen sie die sehr komplizierten Tabellen aufstellen, in denen die Wirtschaft der verschiedenen typischen Brennereigrößen eines Gouvernements zu charakterisieren ist.

Die Formen der Tabellen sind vielmals⁴⁾ modifiziert worden. Man hat genaue Instruktionen mit Erläuterungen und Beispielen für die Berechnung herausgegeben. Trotz alledem beklagt sich stets die Hauptverwaltung, dass die Angaben der Akzisedirektoren keine Grundlage für die Feststellung der Spirituspreise abgeben⁵⁾.

Dass die Akzisebeamten dieser Aufgabe nicht gerecht werden können, ist selbstverständlich. Es sind Personen, die weder der Landwirtschaft noch dem Handel so nahe stehen, dass sie

1) Zirk. v. 25. VI. 1904 Nr. 1217, Fin.-Anz. 1904 Nr. 28.

2) Zirk. v. 3. VIII. 1899 Nr. 436; Zirk. v. 14. VIII. 1899 Nr. 442; Zirk. v. 24. XII. 1899 Nr. $\frac{491}{7394}$ u. m. A.

3) Vgl. oben Abschn. I. S. 21—22.

4) Vgl. Circul. v. 22. 8. 1897 Nr. 146
" " 14. 7. 1898 " 270
" " 27. 6. 1900 " 581
" " 1. 9. 1900 " 610
" " 1. 5. 1901 " 712
" " 3. 8. 1905 " 1385
" " 2. 9. 1905 " 1397
" " 31. 8. 1906 " 1525
" " 17. 7. 1907 " 1621 u. m. A.

5) In einigen von den angeführten Rundschritten. Vgl. auch Bericht der Hauptverwaltung 1901 Seite 73 ff.

die wirtschaftlichen und technischen Bedingungen der Brennerei, sowie den Stand des Getreide- (bez. Kartoffel-) Marktes, den Wert der Schlempe, die Preise der Materialien u. s. w. annähernd richtig beurteilen können.

Von sehr grosser Wichtigkeit sind auch sehr viele sozialpolitische Fragen der Monopolwirtschaft und Organisation, wie die Feststellung der Ladenzahl im Gouvernement und ihre Verteilung, die Verkaufszeit (Ladenschluss), die Arten des Verkaufs (Verkaufsstellen oder freier Ausschank), die Flaschengrössen, der Alkoholinhalt u. m. a. Die Verteilung der Läden und viele andere erwähnte Einrichtungen werden nach Vereinbarung des Akzisedirektors mit dem Gouverneur geregelt¹⁾. Abgesehen von den politischen Rücksichten ist es für diese Behörden sogar technisch unmöglich, den verschiedenen Erwägungen, die dabei von Bedeutung sind, Rechnung zu tragen. Das wurde auch vom Finanzminister anerkannt²⁾.

Das Material, auf dem diese Entscheidungen fussen, ist selten zuverlässig und genügend objektiv, da es von unterstellten Ortsbeamten geliefert wird und jede Beteiligung der mit den Ortsbedürfnissen vertrauten Personen ausgeschlossen ist. Die vorhandenen Wirtschaftskomitees³⁾ können kaum die Lücke ausfüllen, da sie aus den dem Akzisedirektor unterstellten Beamten bestehen und nur beratende Stimme haben.

Mehrere andere Organisationsfragen werden von Petersburg aus erledigt; z. B. die Zeit des Ladenschlusses für den Branntweinverkauf. Hier sind vom Gesetze⁴⁾ nur die Maxima vorgeschrieben. Er darf stattfinden nur zwischen 7 Uhr vormittags und 11 Uhr abends in Städten und 7 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends in Dörfern und anderen Orten. In »beachtenswerten« Fällen kann der Akzisedirektor nach Vereinbarung mit dem Gouverneur Ausnahmen bewilligen; dies bezieht sich wahrscheinlich auf die besseren Restaurants, Buffets u. s. w. Die Hauptverwaltung stellt die

1) Monopolreglement Art. 21 und 22.

2) Rundschr. v. 28. XI. 1896 Nr. 44. Fin.-Anz. 1896 Nr. 49.

3) Verordn. v. 28. IV. 1898. Vgl. oben Abschn. I. S. 20.

4) R.-G.-B. V Art. 619. Später bis 8 Uhr. Jetzt durch das allgemeine »Gesetz betr. die normale Ruhezeit in den Handels- und Handwerksunternehmungen« vom 15. XI. 1906 beschränkt. Darüber v. 9. XII. 1906 Nr. 1560. Fin.-Anz. 1906 Nr. 51. In der Tat hat der Finanzminister die Möglichkeit, das Gesetz zu überschreiten, indem er berechtigt ist, die Dörfer in Bezug auf den Ladenschluss für Städte zu erklären.

Zeit des Ladenschlusses während der Gerichtstage, der Rekrutierung u. s. w. fest. Dabei kommt es oft vor, dass die festgesetzten Stunden mit der tatsächlichen Zeit der Gerichtsverhandlungen u. s. w. nicht übereinstimmen ¹⁾).

Manchmal macht sich der Widerstreit der fiskalischen und sozialpolitischen Aufgaben des Monopols geltend. Beispiele sind jedem russischen Zeitungsleser bekannt.

So wurde z. B. einem Landeshauptmann (im Gouvernement Poltawa) seitens des Akziseinspektors durch ein Dienstschreiben anheimgegeben, die Landgerichtsverhandlungen tagweise zu unterbrechen, da man sonst die Monopolläden »zum Nachteil der Krone« schliessen müsse ²⁾.

Nach Mitteilung des »Süd-Kuriers« ist in einem kleinen Orte ein junges intelligentes Mädchen in einen Monopolladen als Verkäuferin eingetreten, um an der Quelle ihre antialkoholischen Ideen predigen zu können. Die Zahl der Käufer nahm merkbar ab, und das Mädchen wurde mit geringerem Gehalt an einen anderen Ort versetzt ³⁾.

Die Presse, sowie die Kommission für die Alkoholfrage hob noch viele Mängel der Organisation des Verkaufs hervor. Sie sind aber nicht so bedeutend.

Die Kritik des Systems der Entlohnung der Verkäufer trifft wenig zu. Man hebt nämlich hervor, dass bei dem geltenden System (Entlohnung je nach dem Umsatze des Ladens) ⁴⁾ es im Interesse des angestellten Verkäufers liege, den Umsatz zu erhöhen. Das ist aber wohl nur in geringem Grade möglich; nach dem Ladenschluss oder an Sonn- und Festtagen wird er keinen Branntwein mehr absetzen, er riskiert dabei den Verlust seiner Stellung. Ausserdem wird meist die Versetzung eines Ladens aus einer Kategorie in die andere (höhere oder niedrigere) der Versetzung des Verkäufers gleichgestellt ⁵⁾, so dass, wenn der Umsatz eines Ladens sich verkleinert (z. B. statt 1550 Wedro [II. Kategorie] nur 1450 [I. Kategorie] verkauft), der Verkäufer einem anderen Laden II. Kategorie zugeteilt wird.

1) Publik. Nowgorod S. 39. Petersburg S. 4 und 94. Tula S. 218.

2) Zeitschr. »Prawo« (das Recht) Jahrgang 1901 Nr. 36.

3) »Prawo« Jahrgang 1902 Nr. 32.

4) Vgl. oben Abschn. I Kap. 4. S. 34 Anmerk. 3.

5) Zirk. v. 24 II. 1898 Nr. 213. Fin.-Anz. 1898 Nr. 9; Zirk. v. 27. V. 1898 Nr. 247. Fin.-Anz. 1898 N. 22.

Dagegen wäre es ungerecht, allen Verkäufern gleichen Gehalt, ohne Rücksicht auf die Umsätze, folglich auf ihre Leistungen, zu gewähren.

Die in letzter Zeit immer mehr verbreitete Form des Verkaufs durch die Privaten gab der Presse Anlass, die gänzliche Uebergabe des Verkaufs an Private zu empfehlen. Dadurch sollen viele Ausgaben des Monopols erspart werden.

Die Berechnungen der Ersparnisse sind manchmal zu hoch¹⁾. Sie gehen von der jetzt den Privaten gezahlten Provision aus, die aber offenbar zu klein ist und kaum die Kosten der Zustellung und Bedienung deckt. Die Provision wird mindestens 45—50 Kopeken pro Wedro (jetzt 25 Kopeken) betragen müssen, aber auch dann würde es eine Ersparnis von 7—12 Kopeken pro Wedro, d. h. 5—9 Mill. Rubel²⁾ sein.

Der Vorschlag ist an sich nicht zu verwerfen, aber nur dort zu empfehlen, wo er nach den örtlichen Bedingungen vorteilhaft erscheint.

Der Kommissionsverkauf von privaten Fabrikaten (Bier, Meth, Kognak, Liköre u.s.w.³⁾) ist wenig entwickelt. Die Einkünfte des Monopols aus der Provision betrugen (1905) 883,9 Tausend Rubel, darunter sind Petersburg und Moskau mit 497,7 Tausend Rubel vertreten. In einer ganzen Reihe von Gouvernements fand kein Kommissionsverkauf statt, oder nur im geringsten Umfange (20—40 Rubel jährliche Einkünfte!).

Die Organisation des Kommissionsverkaufes ist sehr umständlich. Das Kleben der Banderolle, das nur auf dem Kronlager stattfinden darf, raubt viel Zeit und macht viel Mühe. Selbstverständlich werden dadurch unnötige Transportkosten, Bruchschäden und Arbeitskosten verursacht. Die Erlaubnis, auf dem Fabriklager die Flaschen mit Banderollen zu versehen, darf nur der Minister gewähren. Ferner hängt es vom Akzisedirektor ab, die Läden zu bestimmen, die das auf Kommission übernommene Fabrikat verkaufen sollen, sowie die zulässigen Verkaufsquantitäten⁴⁾.

1) Z. B. in der Zeitung »Nowoje Wremja« 1907 Nr. 11047.

2) Vgl. oben Abschn. III. S. 160. S. 116.

3) Vgl. oben Abschn. I. S. 72 ff.

4) Die Regel betr. den Kommissionsverkauf v. 11. IV. 1898 (statt der sich als unpraktisch erwiesenen Regeln v. 18. V. 1896). Vgl. Reichsanzeiger 1898 Nr. 88. Ferner Zirk. v. 11. IV. 1898 Nr. 228.

Diese Schwierigkeiten haben das ganze Gewerbe stark gehemmt. An Stelle der früheren 231 Fabriken blieben nur noch 98 übrig¹⁾.

Betriebsjahr	Zahl der Fabriken	Produktion in Tausend Wedro
1893—1894	231	1508,0
1894—1895	220	1523,7
1895—1896	213	1482,4
1896—1897	205	1420,7
1897—1898	180	1245,3
1898—1899	156	1256,6
1899—1900	151	1179,4
1900—1901	136	834,8
1901—1902	111	623,1
1902—1903	95	598,1
1903—1904	98	606,9

Sehr wichtig wäre auch ein freierer Verkauf von denaturiertem Spiritus. Die Verbreitung dieses billigen²⁾ Beleuchtungs- und Heizungsmaterials (insbesondere für Spiritus-Kraftmaschinen) ist sehr erwünscht, um so mehr, als der denaturierte Spiritus den Absatzmarkt der Brennereien bedeutend erweitert und dadurch für den Fiskus viel günstigere Preise und viele Vorteile für die Landwirtschaft im Gefolge gehabt hätte³⁾. Abgesehen von der Schwierigkeit der Erlangung einer Erlaubnis zur Benutzung des denaturierten Spiritus, ist der Verkauf (von dena-

1) Statistik der akzisepflichtigen Produktion f. d. betr. Jahre. Das Konto des Monopols ist also mit der dadurch verlorenen Zuschlagsteuer für die Qualitätsspirituosen zu belasten! Rechnet man die Verringerung der Produktion mit 900 000 W, so beläuft sich der Verlust auf 1 800 000 Rub! (2 Rub pro Wedro Spiritus!)

2) Nach Berechnung der »Zeitschr. f. Spiritusindustrie«-kosten die Beleuchtung 10" pro Zeiteinheit (cit. b. Schmidt. Zur Frage der Verwendung des denat. Spiritus. Finanzbote 1902 Nr. 26):

mit Spiritus	0,3 — 0,5 Pfennig (in Deutschland)
» Petroleum	0,6 — 0,7 »
» Acetylen	0,9 »
» Elektr. Bogenlampen	2,24 »
» » Glühlampen	0,95 »
» Auers Gasglühlicht	0,36 — 0,40 »

3) Das Brenner-Syndikat ist bestrebt, den Absatzmarkt f. d. Spiritus zu erweitern. Das Syndikat setzt jetzt zu relat. mässigen Preisen verschiedene Spirituslampen, -Kocher, sogar Teemaschinen (Samowar) für Spiritus statt Holzkohle, ab. (Nach Zeitungsannoncen.) Das Finanzministerium hält diese Bestrebungen für ungenügend. »Die Brenner finden vorteilhafter, den Spiritus zu hohem Preise dem Monopol zu liefern als ihn zu denaturieren.« Vgl. Torg-Prom. Gasetta, v. 29. I. 1908 Nr. 24.

turiertem Spiritus) so organisiert, dass ihn auch diejenigen schwer erhalten können, welche kaufen dürfen. Der denaturierte Spiritus wird nur in ganz wenigen bestimmten Läden verabfolgt, die oft in abgelegenen Orten liegen. Die Erlangung der Erlaubnis ist mit Formalitäten und Gebühren verbunden; durch Private darf der Spiritus nicht abgesetzt werden, wahrscheinlich aus Misstrauen gegen sie; aber auch die staatlichen Verkäufer werden streng kontrolliert! Den Einwohnern der kleinen Städte, in denen kein Akziseinspektor oder sein Gehilfe seinen Sitz hat, ist der denaturierte Spiritus fast ganz unzugänglich¹⁾.

2. Die Lage der Arbeiter in den Monopolanstalten.

Es ist ein allgemeiner Zug aller russischen offiziellen Berichte, dass sie über das Verfllossene viel offener berichten als über das Gegenwärtige. Auch hier ist es der Fall.

»Früher« — heisst es im Berichte von 1903²⁾ — »gingen die Arbeiten planlos vor sich. Infolgedessen wurden auch die Arbeiter nicht fest angestellt. Der Lohn war sehr niedrig. Es fand keine Krankenfürsorge statt³⁾. Die Arbeiter betrachteten die Beschäftigung im Monopol nur als eine vorübergehende. Im Laufe des Jahres 1898 hat in mehreren Lagern das Arbeiterpersonal dreimal gewechselt.«

Wie steht es jetzt mit den Arbeitern?

Eine tabellarische Darstellung der Zahl der Arbeiter und ihrer Löhne ist bereits geboten worden⁴⁾. Hier seien nur einige kritische Bemerkungen angeführt.

Die im 1. Abschnitt angegebenen Löhne sind durchschnittliche, die durch relativ höhere Löhne in den Hauptstädten bedeutend erhöht sind. Schliesst man die Grossstädte (Petersburg und Moskau) aus, so erhält man die Durchschnittslöhne der ständigen Arbeiter: 18—19 Rubel monatlich für Männer und 10—11 Rubel für Frauen.

1) Erst vom 2. XI. 1906 (Zirk. Nr. 1547) ab ist diese Erlaubnis der Kompetenz der Acciseinspektoren und erst vom 20. I. 1907 (Zirk. Nr. 1573) ab den Gehilfen des Acciseinspektors unterstellt.

2) Stat. Bericht 1903. S. 48—49.

3) Berichte darüber liegen seit 1903 vor, trotzdem die Krankenfürsorge betr. Ordnung bereits am 11. Februar 1897 vom Finanzminister bestätigt worden ist.

4) S. oben Abschn. I. S. 37 ff.

Davon werden noch die Beiträge für die Pensionsversicherung in Abzug gebracht, d. h. 6 % des Gehalts, ausserdem im Laufe des ersten Jahres noch 10 % als Eintrittsgeld. Der Arbeiter erhält somit monatlich im Laufe des ersten Jahres 18,5 Rubel ab 16 % = 15 Rubel 54 Kop., eine Arbeiterin 10,5 Rubel ab 16 % = 8 Rubel 82 Kop.; für die weitere Dienstzeit: 17 Rubel 40 Kop. bez. 9 Rubel 87 Kop. (d. h. der Monatslohn mit einem Abzug von 6 %). Die Belohnung der unständigen Arbeiter ist geringer; da bekommen durchschnittlich Männer 16—17 Rubel, Frauen nur 9 Rubel.

Diese Löhne sind als landesübliche für gewöhnliche (ungernehte) Arbeiter in Russland zu bezeichnen ¹⁾.

Die Tagelöhner bekamen (in Kop. pro Tag) durchschnittlich: Erwachsene: Männer 65, Frauen 35; die minderjährigen Knaben 38, Mädchen 22 Kop. pro Tag. Diese Löhne sind zu niedrig.

Ueber die Arbeitsbedingungen findet man in den Berichten keine Auskunft. Einen Einblick in die inneren Zustände im Lager kann man aus den ärztlichen Berichten schöpfen, die erst seit 1903 erstattet werden.

Im Laufe des Jahres 1903 sind 223028 Erkrankungen, im Laufe des Jahres 1904 sind 238944 Erkrankungen registriert.

Dividiert man die Zahlen durch die Zahl der im Lager beschäftigten Personen (Bureauangestellte, Kassierer, Abteilungschefs, Arbeiter — ständige und unständige — u. s. w.), so ergeben sich pro Kopf der Beschäftigten 1903: 2,85, 1904: 3,12 Erkrankungen.

Bringt man aber die Zahl der hier nur wenig in Betracht kommenden Tagelöhner in Abzug (nicht aller unständigen Arbeiter, sondern nur der Tagelöhner!), so ergibt sich als Zahl der Erkrankungen auf je 1 Arbeiter (beschäftigte Person): 1903: 5,36, 1904: 5,8.

Dividiert man die Zahl der Erkrankungen durch die Zahl der Arbeitstage (d. h. durch Produkt: Arbeiterzahl \times Tage), so stellen

¹⁾ Es fehlen mir leider die nötigen Grundlagen für eine ziffermässige Darstellung der Löhne. *Dementjew* berechnet den durchschn. Monatslohn auf d. russ. Fabriken mit 12 Rub. 77 Kop. (*Dementjew*: Fabrik, was sie der Bevölkerung gibt und was sie nimmt. Moskau 1897. S. 121.) *Tugan-Baranowski* schätzt diesen etwas höher. (Russ. Fabrik, 2. Aufl. 1900. S. 440.) Jetzt ist der Lohn bedeutend höher.

die Häufigkeit der Erkrankungen folgende Zahlen dar: Im Jahre 1903 hat sich jeder Arbeiter (oder Angestellte) einmal in 37 Tagen, 1904 einmal in 29 Tagen an einen Arzt gewendet (Wiederholungen sind hier nicht mitgerechnet).

Im Berichte 1903 sind die Krankheiten in 77 verschiedene Kategorien eingeteilt. Der Bericht für 1904 stellt ein Verzeichnis noch etwa 30 Kategorien von Krankheiten auf.

Die Häufigkeit der Krankheiten ist teilweise darauf zurückzuführen, dass die Arbeiter die unentgeltliche ärztliche Hilfe für ihre chronischen Leiden gern beanspruchen. Sehr bedeutend ist diese Zahl jedoch nicht, da die Arbeiter nur nach einer strengen ärztlichen Untersuchung angenommen werden.

Für eine Klarlegung des Zusammenhanges der verschiedenen Krankheiten mit dem Berufe fehlen mir die medizinischen Kenntnisse. Hier sind nur die Krankheiten anzuführen, deren Berufscharakter auch dem Laien auffällt.

Besonders stark sind folgende Krankheiten vertreten:

Verletzungen durch Glassplitter	ca. 39 000 Fälle	16,4 %	der Gesamtzahl
Brandwunden vom Siegelack	8 000	3,3 %	»
Erkrankungen der Atmungsorgane	26 026	10,9 %	»
» » Verdauungsorgane	24 117	10,1 %	»
Rheumatismus	10 000	4,2 %	»
Exzem, Phlegmone, Eiterbeulen	32 000	13,4 %	»
Augenkrankheiten	5 450	2,3 %	»

Dass viele Krankheiten von mangelhaften Arbeitsbedingungen abhängen, wird auch von den Aerzten und Akzisedirektoren vermerkt. So liest man in den Berichten: »Die Akzisedirektoren konstatieren die Abhängigkeit der Zahl der Erkrankungen der Respirationsorgane von der Einrichtung der Auffüllungs- und Reinigungsräume.«

»In dem Flaschenreinigungsraum sind am meisten das Exzem (nässende Flechte), Verletzungen der Haut und Muskelrheumatismus verbreitet« (Statist. Bericht 1904 S. 33). »In den Kohlenlagern die Bronchitis« (Statist. Bericht 1904 S. 33).

Viele Krankheiten sind von den schroffen Temperaturänderungen verursacht (Angine, Grippe, Lungenentzündung u. s. w.). »Die Erkrankungen der Atmungsorgane hängen mit den mangelhaften Einrichtungen der Flaschenreinigungsräume zusammen. Die Arbeiterinnen befinden sich den ganzen Tag in den mit Wasserdampf überfüllten Räumen; ihre Kleider werden ganz durchnässt;

sie gehen dann heraus und erkälten sich dabei« (Statist. Bericht 1904 S. 46).

Wahrscheinlich sind auch die Hautkrankheiten auf die Feuchtigkeit der Flaschenreinigungsräume zurückzuführen. Exzem, Phlegmone, Nagelwurm, Eiterbeule u. s. w. ca. 32 000!

Auch die häufigen Störungen der Gesichts- (Konjunktivitis), Gehörs- und Geruchsorgane kann man als Berufskrankheiten bezeichnen.

Sehr hoch ist die Zahl der Frauenkrankheiten, ebenso die der Nervenkrankheiten: 9802!

Es sind auch 38 Vergiftungen von Alkoholdampf, ebensoviel »leidende Alkoholiker«¹⁾ verzeichnet. Trotz der Fülle von Krankheitsarten stehen doch noch rund 7000 Krankheiten unter »Sonstiges«.

In der Statistik des Gouvernements Moskau sind die Erkrankungen auf die verschiedenen Lagerabteilungen verteilt. Danach entfallen die Krankheiten hauptsächlich auf den Flaschenreinigungsraum und die Packstube, nämlich: von den 9600 Erkrankungen auf die Flaschenreinigungsabteilung 4614 oder 48 %, auf die Packstube 3530 oder 36,6 %, also auf diese zwei Abteilungen allein bereits 85 % der Gesamtzahl. Leider ist nur die Moskauer Statistik so ausführlich.

Im Jahre 1904 hat die Zahl der Erkrankungen absolut und relativ zugenommen.

		Zahl der Arbeiter, exkl. Tagelöhner	Auf je 1 Arbeiter
1903	223 028 Erkrankungen	41 591	5,4 Erkrankungen
1904	238 944 „	40 874	5,8 „

Die ärztliche Behandlung der Arbeiter kostete:

1903: 245 422 Rubel

1904: 243 378 „

Die Behandlung einer Krankheit: 1903: 1 Rubel 10 Kop., 1904: 1 Rubel 01 Kop.

Für eine statistische Beurteilung der Häufigkeit der Erkrankungen des Monopolpersonals fehlt noch die Grundlage²⁾. Es ist jedoch anzunehmen, dass die enorme Häufigkeit der Erkrankungen in den Monopolanstalten wahrscheinlich immer noch geringer ist, als in den privaten Unternehmungen. Der russische Arbeiter (insbesondere der Bauer) ist vor allem schlecht ernährt und wenig

1) Ueber die Abart der Krankheit findet sich in den Berichten keine Angabe.

2) Bis 1904 gab es keine Unfallstatistik. Seitdem für 1 Jahr (1904) erschienen.

widerstandsfähig gegen Krankheiten (insbesondere die Frauen)¹⁾, dann unverständlich und ungeschickt in der Behandlung einer Maschine. Die Maschinen deutscher Konstruktionen sind genügend geschützt für die deutschen Arbeiter, aber zu wenig für die russischen²⁾.

Ein Missstand bei bürokratischer Anwendung ist wahrscheinlich auch die an und für sich empfehlenswerte Normierung der Arbeiten, die im ersten Abschnitt geschildert worden ist.

Die Normierung ist schädlich, wenn sie schroff und peinlich ausgeführt wird, ohne jegliche Rücksicht auf die lokal abweichenden Eigenschaften der Arbeiter. Dass dies tatsächlich der Fall ist, liegt auf der Hand; dafür sind zwar keine direkten, aber viele indirekte Belege vorhanden. Ich lasse dabei noch die extremsten Fälle beiseite, die später von der Regierung selbst gemildert wurden, »da sie kaum erfüllbare Anforderungen stellten«, und werde nur auf einige Erscheinungen hinweisen, die die zu weit gehende Regelung der Arbeit verursachen.

Im statistischen Bericht 1903 lesen wir: »Das häufige Verlassen der Arbeitsstellen durch die Arbeiter ist auf die Schwierigkeit, d. h. auf die Intensität der Arbeit in den Auffüllungs- und Flaschenreinigungs-Abteilungen zurückzuführen«³⁾.

Dasselbe wiederholt der Bericht 1904⁴⁾. Dabei wird bemerkt, dass man das Verlassen der Arbeit dadurch bekämpft, dass man die Arbeiter, insbesondere die Arbeiterinnen, sehr oft wechseln lässt, d. h. aus einer Abteilung des Lagers in die andere versetzt.

Auch die vielen Krankheiten (hauptsächlich Verletzungen durch Glassplitter, Brandwunden vom Siegelack, Aponeurosis, Brüche, Muskel-, Sehnen und Knochenhautkrankheiten) sind zum Teil auf die zu intensive Arbeit zurückzuführen; so heisst es in den ärztlichen Berichten: »Die Massenbeobachtungen weisen darauf hin, dass die zu intensive Arbeit bei diesem Betrieb auf die Gesundheit der meisten Arbeiter — namentlich der Frauen — schädlich wirkt. Es entwickeln sich Neuralgie, progressive Blutarmut und andere Krankheiten«⁵⁾.

1) Vgl. Fürst *Schachowski*. Die ländliche Wanderarbeit. Petersb. 1903. S. 272.

2) Amtl. Druckschrift betr. die Betriebsunfälle in der Landw. (Depart. für Ackerbau, März 1903), ferner das zit. Buch v. *Schachowski* S. 274.

3) Bericht (Statist.) 1903. Petersb. 1905. S. 33.

4) Ebenda 1904. Petersb. 1906. S. 43.

5) Bericht 1903. S. 48.

Die verschiedenen Einrichtungen zur Hebung des Wohlstandes und des Geistes der Arbeiter sind bereits angegeben worden¹⁾. Hier seien die wichtigsten charakterisiert.

Die Schulen in den Lagern weisen geringe Erfolge auf, da das Personal nach der Arbeit übermüdet ist und sofort die Arbeitsstätte verlässt. Sonntags besuchen die Arbeiter die Schule ungern. Oft wohnen sie auch weit vom Lager entfernt²⁾. Einige Schulen werden trotzdem gut besucht. Auch ein Mangel an Lehrern macht sich bemerkbar; in den meisten Schulen sind als Lehrer die Akzisebeamten selbst tätig. Bibliotheken hat man in Verbindung mit mehreren Lagern eingerichtet. Allerdings ist die Zahl der für Volksbibliotheken erlaubten Bücher sehr gering, zudem sind die Bücher für die Leser oft ungeeignet. Die vom Aufklärungsministerium erlaubten Bücher betragen kaum 5 % der auf dem Markte vorhandenen. Davon sind 2—3 % ganz veraltet oder vergriffen.

Die letzten Jahre haben den russischen Büchermarkt ungeheuer bereichert. Bei der angeblichen Pressfreiheit (seit 17. Okt. 1905) erscheinen fast täglich mehrere Volksausgaben von Erzählungen, populären Schriften aus Naturwissenschaft, Staatswissenschaften u. s. w. Bei den fabelhaft niedrigen Preisen für russische Bücher (im Vergleich zu den deutschen) könnten die Bibliotheken der Lager sehr gut bestellt sein.

Am meisten werden belletristische Werke verlangt. Arbeiterinnen lesen mehr als Arbeiter. Vorlesungen, Vorträge mit Lichtbildern weisen wenig Besuch auf. Die Berichte führen es auf die Entfernung der Arbeiterwohnungen zurück. Nach meiner Ansicht ist hier der Umstand von grosser Bedeutung, dass die Lehrer, Bibliothekare, Vorleser u. s. w. immer dieselben Akzise- oder Lagerbeamten sind.

Erfolgreicher sind die Tee- und Speise-Einrichtungen. In

1) S. oben Abschn. I. S. 41.

2) Man muss überhaupt auch den Umstand nicht ausser acht lassen, dass viele Arbeiter (und haupts. in den kleinen Städten), noch auf dem Lande wohnen und mit der Landwirtschaft in Verbindung stehen. Die Monopolarbeiten bedürfen keiner langen Lehrzeit (Packer, Träger u. ähn.), man kann deshalb annehmen, dass von diesen Arbeitern relativ mehr nebenbei selbst oder mit ihren Familienmitgliedern einen Acker bebauen, als es z. B. bei den Fabrikarbeitern der Fall ist. Auch bei den letzteren berechnet *Tugan-Baranowski* (Russ. Fabrik. Petersb. 1900. S. 449) die Zahl der »mit der Landwirtschaft in Verbindung stehenden« mit 73 % der Gesamtzahl.

mehreren Lagern bekommen die Arbeiter warmes Essen: Frühstück für 3—4 Kop., Mittag (Fleisch, Suppe, Brot, Tee) für 5, 7 bis 10 Kop., Abendbrot (manchmal auch Fleisch) 3—7 Kop.¹⁾.

Diese Veranstaltungen benutzen nur wenige, am häufigsten die auswärtigen Arbeiter. Für die Verheirateten ist die Beköstigung zu kostspielig: 11—20 Kop. pro Tag, d. h. 2 Rubel 75 bis 5 Rubel 25 Kop. monatlich für ein Familienmitglied bei einem Lohn von 9—18 Rubel. Sehr selten benutzen Frauen diese Veranstaltung. Im allgemeinen werden die Speiseanstalten im Sommer mehr benutzt als im Winter. Im Winter heizt der Ofenherd die Stube, hier wird dann auch das Essen gekocht. Im Sommer verursacht das Kochen Heizungskosten.

Noch erfolgreicher sind die Speiseanstalten, die von den Arbeitern gemeinschaftlich geleitet werden (Artelküchen) wie auch die in einigen Lagern bestehenden »Arteli« zwecks gemeinschaftlichen Ankaufs von Nahrungsmitteln (Konsum-Arteli).

In der letzten Zeit fanden viele Streiks im Monopol statt. Amtlich wird darüber nichts berichtet. Die Forderungen der Arbeiter beziehen sich oft (nach Meldungen der Zeitungen) auf die Arbeitsbedingungen. Doch ist auch der Umstand nicht ausser acht zu lassen, dass mehrere Streiks auf die Solidarität mit anderen Streikenden oder auf politische Ursachen zurückzuführen sind.

Zu einer eingehenden Kritik der Organisation des Monopols sind die Berichte und die amtliche Literatur bei weitem nicht zureichend. Jede Vorschrift stösst in der Praxis auf viele Schwierigkeiten. Jeder Fehler verursacht viele unnötige Kosten. Es dauert manchmal jahrelang, bis eine unzweckmässige Massregel beseitigt wird.

Eine Beobachtung des Betriebes könnte hier mehr als das gedruckte Material zur Feststellung und Beurteilung der Mängel beitragen. Es ist unglaublich, welche sinnlosen Formen manche bürokratischen Vorschriften annehmen können.

Mir ist z. B. folgender Fall bekannt. Nach Vereinbarung mit dem Gouverneur erliess vor einigen Jahren ein Akzisedirektor eine Verordnung für sämtliche private Verkaufsstellen, die Ver-

1) Leider ist in dem Berichte nichts über die Art der Bezahlung der Speisen zu finden. Es ist noch jetzt in Russland der Arbeitslohn »mit des Herren Kost« keine Seltenheit. Bei solchen Speiseanstalten können sich leicht sogar bei einem vorwurfsfreien Entlohnungssystem viele Schattenseiten des Trucks-Systems geltend machen.

bindung mit den Privatwohnungen der Verkäufer zu beseitigen (d. h. die Tür zwischen dem Laden und der Wohnung zuzuschliessen) und aus den Läden alle Stühle zu entfernen. Ersteres bezweckte wahrscheinlich die Beseitigung der Möglichkeit des Trinkens in der Wohnung. Das zweite sollte vielleicht bewirken, dass die privaten Verkaufsstellen, Weinkeller, auch Kolonialwarenhandlungen den Monopolläden auch äusserlich ähnlich sein sollen. Offenbar ist es aber für die Kunden und folglich auch für den Kaufmann äusserst nachteilig, wenn die Stühle völlig entfernt werden. Diesem Akzisedirektor unterstand ein Gebiet von zwei Gouvernements. In dem einen Gouvernement war nun kein Stuhl mehr in einem Weinkeller zu finden, der andere Gouverneur lehnte jedoch die Durchführung der Verordnung als einen »Un-sinn« ab. Was in diesem Fall der Finanzminister entschieden hat, ist mir unbekannt. Vor kurzem besuchte ich dieselben Gouvernements, die Stühle sind in integrum restituiert¹⁾.

1) In einer Rundschrift legt der Finanzminister den Accisedirektoren vor, eine Durchsicht der Regeln betr. den privaten Getränkehandel vorzunehmen. Die Regeln gehen nach Meinung des Ministers zu weit in Detail (es ist z. B. Grösse und Form des Aschenbechers vorgeschrieben!) und lassen viele Fragen unberücksichtigt. Zirk. v. 6. IX. 1907 Nr. 1638. Fin.-Anz. 1907 Nr. 38.

VI. Die kulturellen Wirkungen des Monopols.

In der Presse, sowie in der Literatur spricht man oft von den antialkoholistischen Bestrebungen der russischen Regierung. Darunter darf man aber keineswegs eine gründliche Bekämpfung des Alkoholgenusses verstehen. Nicht dies hat sich die Regierung mit dem Monopol zur Aufgabe gestellt; sie wandte sich nur gegen den Alkoholmissbrauch zu gunsten eines mässigen Alkoholgenusses¹⁾. Das Ministerium war der Meinung, »dass durch einen regelmässigen Alkoholgenuss die Arbeitskräfte des Volkes keineswegs vermindert werden«. Die Anhänger des Monopolsystems haben auch nachgewiesen, dass in Russland zwar wenig Alkohol getrunken wird, aber auf eine schädigende Weise. »Der Kampf gegen die Trunksucht wird deshalb die Einnahmen des Fiskus nicht vermindern, sondern umgekehrt erhöhen²⁾.

Auch im Programm des Unterrichts in der Hygiene in den Militärkommandos liess man ein besonderes Kapitel: »Ueber den Nutzen des mässigen Alkoholgenusses« stehen³⁾.

Wie glaubte das Ministerium die Trunksucht zu bekämpfen?

Die Reformatoren sahen die Verkörperung alles Bösen in der Schenke (Trakteur). Der »Traktirtschik« (Schankwirt) war für sie das gefährlichste Glied der Gesellschaft, bis zu dem Grade, dass man ihm die bürgerlichen Ehrenrechte teilweise entzog⁴⁾.

Die Reformatoren glaubten durch Verstaatlichung des Verkaufs alle Misstände beseitigen zu können.

1) Vgl. Rundsch. vom 22. Dez. 1894. Ferner: *Schuhmacher*. Bericht in der Kommission z. Bekämpf. des Alkoholmissbrauches. S. 180 ff.

2) *Gurjew*. Das Branntweinmonopol, Sonderabdruck der Artikel in der Zeitung »Nowoje Wremja« Petersburg 1893. S. 72.

3) Juristische Zeitschrift »Prawo« 1899 Nr. 16.

4) Z. B. das Wahlrecht für die städt. Selbstverwaltung. (Städteordnung 1892 Art. 33 (7)).

Im Gegensatz zum Schankwirt sollte der jetzige Verkäufer »uninteressiert am Absatz, ein ‚Staatspensionär‘ sein, der dem Handel völlig fern steht«¹⁾. Ausserdem suchte man die Zahl der Verkaufsstellen möglichst zu beschränken und allmählich zum ausschliesslichen Verkauf für den Genuss ausserhalb des Ladens (im Gegensatz zum früheren Ausschank) überzugehen. Die Verringerung der Ladenzahl und die Beschränkung des freien Ausschanks ist aber nicht gelungen. Das hätte die Regierung auch ohne das Monopol viel besser erreichen können und hat es auch teilweise früher erreicht²⁾. Obendrein wurden noch die Kuratorien der Mässigkeitsvereine gegründet.

Hat aber die Regierung durch die Verstaatlichung des Verkaufs den Alkoholmissbrauch beseitigt?

Keineswegs. Das ist durchaus anerkannt. Auch die Regierung hat sich von der Nutzlosigkeit ihrer Bestrebungen überzeugt. Früher interessierte sie sich für die öffentliche Meinung; die Akzisedirektoren mussten an die Hauptverwaltung alle Zeitungen senden, die Korrespondenzen oder Notizen über das Monopol enthielten³⁾.

Aber schon am 30. Dezember 1902 betrachtete der Finanzminister *Witte* die Einführung des Monopols als »Massnahme zum Behuf einer Vermehrung der ordentlichen Staatseinnahmen«⁴⁾.

»Jetzt — schreibt Prof. *Chodski* — sind auch die Hoffnungen der naiven Menschen gescheitert, die die Phrasen der Regierung und der abhängigen Presse auf Treue und Glauben hingenommen haben.« Mehrere Briefe von Lehrern, Geistlichen und von anderen dem Volke nahestehenden Personen, die in der Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus verlesen wurden, lassen erkennen, dass das Trinken aus der Schenke entweder in das Haus, in die Familie, oder auf die Strasse übertragen wurde⁵⁾.

1) *Gurjew* a. a. O.

2) Nach dem Gesetz v. 14. Mai 1885 wurde das Ausschanksrecht nur als notwendiges Uebel geduldet und in Ausnahmefällen verliehen, um »derjenigen Konsumenten willen, die ausserhalb ihres Hauses sich ernähren müssen« ... (Bericht des Dep. für indir. Steuern 1886. Fin.-Anz. 1887 Nr. 42. S. 119).

3) Zirk. v. 7. VIII. 1896 Nr. 17 und 18 IX. 1899 Nr. 455.

4) Protokoll der Plenarsitzung des Reichsrats vom 30. VII. 1902. (Deutsch von *Struwe*. Stuttgart 1903. S. 6—7).

5) Vgl. *Schostakowski*, Das Dorfleben, (Publikat. Tula S. 270). Das stellte auch der Vertreter des russischen Finanzministeriums *Minzlow* fest. Vgl. Bericht

Dass das Monopol, soweit es das Trinken in das Haus getragen hat, ungünstig wirkt, steht ausser Zweifel. Dr. *Losinski* (in der genannten Kommission), wie auch mehrere Mitglieder der Ausschüsse der Grossen Enquete schildern drastisch die sittliche Verderbtheit als Folge des häuslichen Trinkens. Das Trinken auf der Strasse ist die häufigste Form des Genusses. Fast noch auf der Türschwelle des Ladens wird die Flasche entkorkt und entleert. Die Käufer setzen sich einfach auf das Trottoir, wobei sie auch das mitgebrachte Essen verzehren. In der Nähe des Ladens kann man das Trinken in Gesellschaft, auf Wagen, in Hausfluren beobachten. Strassenhändler mit Gebäck, Früchten stellen sich ein. Es hat sich ein besonderer Erwerbszweig ausgebildet — das Ausleihen von Pfropfenziehern. Da der Branntwein jetzt nur gegen Barzahlung verabreicht wird, so werden mitunter vor dem Laden Kleider, Werkzeuge und ähnliche Dinge verkauft oder verpfändet.

Viele Beispiele der Sittenverderbnis durch das Trinken auf der Strasse sind in den Korrespondenzen aus verschiedenen Orten in dem Finanzanzeiger, sowie in den Publikationen der Grossen Enquête zu finden. Diese Nachteile des Monopols hat auch der bekannte Fürst *Peter Dolgorukow* in seinem Gutachten im Kreis-ausschusse der Grossen Enquête überzeugend dargestellt ¹⁾.

Das Trinken auf der Strasse verursacht viele Ruhestörungen;

über den V. internationalen Kongress zur Bekämpf. des Alkoholismus, in Basel. 1895. S. 45.

1) Publik. Kursk S. 593 ff. Ferner Podolien S. 818 (Bericht v. *Nawrozki*) Rjasan 600 und 632, Wjatka 423, Tauris 251 u. m. a. Gouvernements. Ferner Dr. *Borodin*, VIII. intern. Kongress zur Bekämpfung des Alkoholismus, Wien 1901. S. 65 ff. Mehrere Mitglieder der grossen Enquête teilen mit, dass jetzt sehr viele Tataren Branntwein geniessen, und führen es auf die verführerische Wirkung des Trinkens auf der Strasse zurück.

Beiläufig sei bemerkt, dass auch die Heiden Branntwein zu sich nehmen. Der Verkauf v. Spirituosen ist in vielen Orten Sibiriens verboten (Acciseregl. V. 1901. Art. 647), in anderen Orten ist es den Einheimischen, d. h. den Heiden gestattet: »in den Städten Branntwein zu kaufen zum persönlichen Gebrauch, aber nicht zum Wiederverkauf, oder wie sie es ‚Tausch‘ oder ‚Verleihung‘ nennen« (Art. 647 Abschn. I). Im Surgut- und Narymgebiet (Gouv. Tobolsk) darf sogar der Verkauf erfolgen.

Bei den Heiden — Samoeden, Ostjaken und Wogulen — gilt die Trunksucht als kein Laster und der Tod infolge von Trunkenheit als höchste Glückseligkeit. Ohne Branntwein ist kein Opferfest denkbar. (Vgl. *Dunin-Gorkawits*. Ueber den gegenwärtigen Zustand und die Bedürfnisse des Nordens des Gouv. Tobolsk. S. 113 bis 131.)

die Aufrechterhaltung der Ordnung beansprucht bedeutende polizeiliche Kräfte; trotz aller Massregeln, trotz der Erhöhung der Strafen gelingt sie nicht¹⁾).

Der Polizeimeister von Taganrog beklagt sich über die Unmöglichkeit, die Ordnung aufrecht zu erhalten²⁾).

Dasselbe hört man von anderer Seite. Noch ein Beleg aus amtlicher Quelle: »Trotz aller Bemühungen der Regierung konnte bis heute das Trinken auf der Strasse nicht beseitigt werden«.

Diese Worte äusserte der Schöpfer des Monopols im Jahre 1902³⁾).

Demgegenüber gibt es auch Verteidiger des Alkoholgenusses auf der Strasse. So sagt z. B. *Skarzynski* (ein Finanzbeamter): Pfl egte man doch auch in Sparta die Sklaven zum Trinken zu verleiten, um durch das ekelhafte Aussehen der Betrunkenen die Jugend von der verderblichen Neigung zurückzuhalten. Will man Insekten ausrotten, so muss man sie sichtbar machen⁴⁾).

Die frühere Schenke hatte zweifellos sehr viele Schattenseiten. Doch hielt sie die Trunksucht von der Strasse fern und begünstigte einen langsamen, mehr geselligen Konsum des Branntweins. Das hastige Trinken auf der Strasse finden viele schädlicher⁵⁾).

Ich möchte diese Frage nicht so allgemein beantworten; die Ortsbedingungen, die nationalen und ökonomischen Verschiedenheiten, Gewohnheiten u. m. a. mögen dabei eine wichtige Rolle spielen. Nach meiner Erfahrung dürfte diese Ansicht für die polnischen, westlitauischen und baltischen, vielleicht auch für die kleinrussischen Gouvernements, zutreffend sein.

Die Nachteile des Trinkens auf der Strasse und in der Fa-

1) Gesetz v. 10. VI. 1900. (Samml. d. Ges. u. Verordn. Nr. 1811) bestimmt bedeutend höhere Strafen f. das Trinken auf der Strasse. (R.-G.-B. B. XIV (1895) Art. 41¹ und 42².)

2) »Prawo« 1900 Nr. 31.

3) Zirk. des Finanzministers *Witte*. v. 8. III. 1902 Nr. 860. Fin.-Anz. 1902 Nr. 11.

4) Auch mehrere andere derartige Beweise! Europ. Bote, 1902. B. I 372.

5) Publ. Kijew S. 972. Nowgorod S. 143, 39. Wjalka S. 423. Nischny-Nowgorod S. 35 u. m. A. Die Vorteile eines geselligen Trinkens im Wirtshause hob auch der Finanzminister Prof. *Bunge* hervor. (Zirk. v. *Bunge* v. 28. IX. 1885 Nr. 1865. Fin.-Anz. 1885 Nr. 39.)

milie veranlassten die Regierung, das Ausschankrecht für Branntwein und Bier freier zu verleihen ¹⁾).

Es tauchte aber in den regierenden Kreisen die Frage auf, ob man nicht in den Teehallen der Mässigkeitsvereine (Kuratorien) Branntwein verkaufen soll. Es wurde nämlich darauf hingewiesen, dass auch jetzt die Teehallen zum Branntweintrinken ausgenutzt werden, trotz aller Verbote des Mitbringens von Branntwein.

Ich glaube, dass ein Branntweinverkauf in den Teestuben der Mässigkeitsvereine eine gänzliche Herabwürdigung der Vereine bedeuten würde.

Andere Anhänger des Monopolsystems bemühen sich, seinen wohlthätigen Einfluss auf das Volksleben dadurch zu beweisen, dass sie die Sterblichkeit in Russland für die Zeit vor der Einführung des Monopols der jetzigen gegenüberstellen und die Abnahme der Sterblichkeit auf das Monopol zurückführen ²⁾).

Butowski sucht auf Grund von statistischem Material nachzuweisen, dass die Gesetzesverletzungen bei verschiedenen Uebertretungskategorien abgenommen haben ³⁾).

Alle solche Beweise darf man von vornherein als misslungen bezeichnen. So komplizierte Erscheinungen lassen sich nicht ohne weiteres lediglich auf die Wirkung des Monopols zurückführen.

Es soll damit nicht gesagt werden, dass das Monopol als eine Form des Branntweinhandels keine günstige kulturelle Wirkung auszuüben imstande sei. Dies wird oft als Grundsatz aufgestellt, ist aber entschieden unrichtig. Dass die Formen des Branntweinhandels, die Art und Weise, wie der Branntwein und was für ein Branntwein im Lande verkauft wird, dass die Dichtigkeit der Verkaufsstellen und anderes von grosser Bedeutung sind, liegt auf der Hand. Nun darf man aber nicht verkennen, dass es dem Staate immerhin viel leichter ist, in dieser Hinsicht zu wirken, wenn der Handel vom Staate selbst oder wenigstens von der Gemeinde betrieben wird. Jede Forderung des allgemeinen Wohles, die im Privathandel auf unendliche Schwierigkeiten stossen, zum Umgehen und zu Beamtenbestechungen unendlich viel Anlass geben würde, kann beim Monopol auf

1) Beratung im Finanzministerium im November 1907. Torg.-Prom. Gaseta Nr. 216.

2) *Laskjewitsch*, im Sammelbände: Russland am Ende des XIX. Jahrh. Petersb. 1900. S. 921 ff.

3) »Westnik Prawa« (Jurist. Bote) Art. »Das Verbrechen und die Getränkereform« 1900 Nr. 12, zit. »Prawo« 1901 Nr. 11.

Grund einer Verordnung der Verwaltungsbehörde leicht befriedigt werden.

Dass aber das Monopol in diesem Falle besonders günstig gewirkt hat, dass es die Sterblichkeit und die Zahl der Verbrechen gemildert hat, ist kaum anzunehmen; wenigstens konnten die oben charakterisierten Arten des Trinkens auf der Strasse und in der Familie dazu nicht beitragen. Das einzige, was hier in Betracht käme, ist, dass durch das Monopol ein fuselfreier Brantwein zum Konsum gelangt, und dass dadurch gewisse Schädigungen der Volksgesundheit wesentlich gemildert werden mussten, die früher der Genuss des zum Teil ungereinigten Brantweins mit sich brachte.

Was sodann die Zahl der Verbrechen betrifft, so verzeichnet die Kriminalstatistik für das ganze Land eine bedeutende Zunahme der Gesetzes-Verletzungen nach mehreren Kategorien. Während die Bevölkerung von 1897—1904 ungefähr um 15 % zugenommen hat, belief sich die Zunahme der Zahl der Gesetzesübertretungen (nach allen Uebertretungskategorien) auf 53 %: 204 107 (1897) gegen 313 286 (1904)¹⁾.

Bei einzelnen Gruppen ist die Zunahme noch bedeutender: bei Körperverletzungen betrug sie 79 % (72 178 — 1904, gegen 41 206 — 1897). In einzelnen Gerichtsbezirken ist das Steigen höher: Odessa 132,5 %, Jekaterinoslaw 312 %. Leider steht mir nur die Statistik der Gerichtshöfe und nicht die der Friedensrichter zur Verfügung. Die letzte kommt für die Beurteilung der Wirkung der Trunksucht besonders in Betracht. In dem erwähnten Buche stützt *Butowski* seine Ausführungen auf die Untersuchung der Zahl der Verbrechen und hauptsächlich der Eigentumsvergehen in 4 Gouvernements des Ostens. Hier ist eine Abnahme bemerkbar. *Butowski* bezieht aber seine Untersuchung auf zwei ganz verschiedene Perioden — bekannte Hungerjahre, die Jahre 1890—1891 und die späteren Erntejahre. Selbstverständlich ist die Abnahme der Zahl der Verbrechen und hauptsächlich der Eigentumsvergehen auf den reichen Ernteausschlag zurückzuführen.

Nimmt man aber für dieselben Gouvernements des Ostens und denselben Zeitraum aus den statistischen Angaben von *Tar-*

1) Nach den amtlichen Angaben. Recueil général des renseignements statistiques sur la justice pénale (russisch und franz.) Petersb. 1901. S. 13. Annuaire statistique du Ministère de la justice pour l'année 1904 (russ. u. franz.). Petersb. 1906. S. 145.

nowski diejenigen Uebertretungskategorien, deren Zusammenhang mit der Trunksucht offensichtlich ist, so ist eine bedeutende Zunahme bemerkbar. Das macht folgende Tabelle ersichtlich ¹⁾:

Verbrechen (Gesamtzahl)										
Gouvernements	1891	1892	1893	1894	Durchschnitt der 4 Jahre	1895	1896	1897	1898	Durchschnitt der 4 Jahre
Samara	2637	2483	2459	2289	2467	2210	2139	2270	2557	2319
Perm	7840	6815	6441	6238	6834	6601	7012	7203	7654	7117
Ufa	—	—	—	—	—	3212	2862	3209	3172	—
Orenburg	—	—	—	—	—	2824	2858	3117	3197	—
Körperverletzungen:										
Samara	240	148	207	182	203	178	233	278	306	249
Perm	1605	1148	1136	1083	1243	1307	1578	1800	1945	1658
Ufa	—	—	—	—	—	465	484	596	576	—
Orenburg	—	—	—	—	—	452	547	630	611	—
Ehrverletzungen:										
Samara	84	75	94	111	91	94	159	204	153	152
Perm	387	345	318	439	372	540	670	644	650	626
Ufa	—	—	—	—	—	127	120	126	193	—
Orenburg	—	—	—	—	—	98	130	200	180	—
Sittlichkeitsdelikte:										
Samara	69	64	97	102	83	106	90	120	116	108
Perm	304	273	362	343	321	371	403	446	411	408
Ufa	—	—	—	—	—	64	109	110	100	—
Orenburg	—	—	—	—	—	123	133	175	174	—

Während die Gesamtzahl abgenommen oder unbedeutend zugenommen hat (Perm von 6834—7117) ist in den 3 Uebertretungskategorien eine sehr bedeutende Zunahme bemerkbar.

Auch die statistische Ermittlung der Verbrechen in Petersburg zeigt dieselbe Tatsache. Selbst der Finanzminister schrieb im Jahre 1901 in einem Zirkular: »Der staatliche Branntwein wirkt dank seiner Zugänglichkeit und Stärke betäubender« (als der frühere) »auf die Trinker. Darauf ist auch die Zunahme der Zahl der Verbrechen in betrunkenem Zustande zurückzuführen.«

Die Regierung suchte auch vor dem Monopol die Zahl der Verkaufsstellen von Spirituosen zu verringern, und sah darin ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Trunksucht.

Bis zur Einführung des Monopols hatten die Dorfgemeinden das

1) *Tarnowski* in der jurist. Monatschrift »Prawo« 1901, Nr. 11.

Recht¹⁾, den Branntweinverkauf in den Dörfern zu verbieten. Dieses Recht ist durch das Monopol zwar nicht aufgehoben²⁾, aber wesentlich eingeschränkt worden, da es ganz vom Akzise-direktor und Gouverneur abhängt, ob sie den Beschlüssen der Gemeinden willfahren wollen oder nicht³⁾. In der Tat wird vielerseits konstatiert, dass derartige Vorschläge der Gemeinden unberücksichtigt bleiben⁴⁾, nach Angaben der Regierung deshalb, weil diese Beschlüsse oft nicht aus sozialpolitischen, sondern nur aus Gründen politischer Opposition gefasst werden. Dass auch solche Fälle tatsächlich vorkommen, ist jedem russischen Zeitungsleser bekannt. Man stösst oft, namentlich in der letzten Zeit, auf Notizen wie die folgende: »Die Bauern von 4 Gemeinden luden ihren Dumaabgeordneten ein, um über die Dumaauflösung Aufklärung einzuholen. Am Schluss der Beratung wurde die Vorlage des Verbots des Branntweinhandels in diesen 4 Gemeinden angenommen«⁵⁾.

Trotzdem dürfte hier ein moralisch nicht zu begründender Eingriff in das bestehende Recht vorliegen. Die meisten Kreis-ausschüsse der Grossen Enquête haben sich für die völlige Wiederherstellung des alten Rechts ausgesprochen.

Das Semstwo Smolensk schlug (1897) vor, die Beratungen über Ladenzahl und deren Verteilung den Kuratorien zu überlassen⁶⁾. Auch dieses ist vom Ministerium abgelehnt worden, trotzdem die Kuratorien der Regierung so nahe stehen.

Es lässt sich vermuten, dass bei der Ablehnung derartiger Anträge, die die Regierung aus sozialpolitischen Erwägungen hätte annehmen müssen, nicht nur politische, sondern auch fiskalische Interessen massgebend sind.

Die Regierung eröffnet im Gegenteil auch dort Monopol-läden, wo früher überhaupt kein Branntweinverkauf stattfand, wohin »sogar kein Fahrweg führt«⁷⁾. Das fiel auch dem Finanz-

1) Anmerk. 6 zum Art. 54 des Bauernreglements und Art. 520 des Accisereg. (R.-G.-B. V).

2) Allerh. best. Gutachten des R.-R. v. 9. II. 1896 Abteilung IX.

3) Zirk. v. 26. VI. 1898 Nr. 260, Fin.-Anz. Nr. 28; Zirk. 24. VI. 1900 Nr. 580, Fin.-Anz. 1900 Nr. 27.

4) Publik: Moskau S. 683, Taurien S. 590, Nischny-Nowgorod S. 579, Kursk S. 591, 595 bis 99, Nowgorod S. 43, Orel S. 749 u. a.

5) Zeitung »Towarischtsch« v. 17. VIII. 1906, Nr. 37.

6) Vgl. Oserow, a. a. O. S. 336.

7) Gutachten von Berednikow, Publik. Nowgorod S. 34 ff. Butkewitz. S. 348 ff.

minister *Witte* auf, als er seine Revisionsfahrt durch das Monopolgebiet machte: »In vielen Dörfern«, schrieb er, »wo früher kein Branntweinverkauf stattfand, sind jetzt nicht nur Monopolläden, sondern auch Ausschankstätten vorhanden, obwohl sich das durchaus nicht mit der Aenderung der Lebensbedingungen rechtfertigen lässt«¹⁾).

Die Erfolge der Kuratorien der Mässigkeitsvereine im Kampfe gegen die Trunksucht sind gering; das ist allgemein anerkannt. Vor kurzem (Dezember 1907) haben 39 Reichsratsmitglieder dem Reichsrat eine Denkschrift²⁾ vorgelegt, in der sie die gänzliche Nutzlosigkeit dieser Kuratorien, »die mit der Idee der Mässigkeit nur dekorativ verwandt sind«, kennzeichnen. In der Denkschrift wird vorgeschlagen, die Kuratorien aufzulösen und ihr Vermögen den Städteverwaltungen zu überweisen³⁾).

Bei der Kritik der kulturellen Wirkungen des Monopols in den Ausschüssen der Grossen Enquête hat man seinen Misserfolg auf die mangelhafte Organisation des Monopols zurückgeführt. Das ist aber unrichtig. Es sind freilich organisatorische Fehler vorhanden, die sich wohl, wenn genügende Erfahrung zu Gebote steht, beseitigen lassen.

Diese organisatorischen Fragen sind aber nicht mit den Kulturfragen zu verwechseln. Kaum genügt ein Monopol, mag es auch fehlerfrei organisiert sein oder ein bürokratisches Kuratorium mit vielen an und für sich nützlichen Anstalten, um das russische Volk von der Trunksucht zu entwöhnen, kaum wird allein das Monopol im stande sein, das Volk zum kulturellen Dasein zu erheben,

1) Zirk. des Finanzministers v. 28. XI. 1896 Nr. 44 »Fin.-Anz.« 1896 Nr. 49.

2) Denkschrift von *Tscherewanski*.

3) Zeitung »Towarischtsch« v. 31. Mai (13. Juni) 1907 Nr. 280. Ferner Finanzbote 1907 Nr. 50.

VII. Die ökonomische Wirkung des Monopols.

Wenn es auch der Regierung nicht gelungen ist durch das Monopol die Trunksucht zu vermindern, wenn sich ihre Uebel (in bezug auf Ort und Form des Trinkens) sogar vermehrt haben, so ist doch vielleicht die Einführung und das jetzige Bestehen des Monopols angesichts seiner ökonomischen Einflüsse berechtigt?

Wie hat das Monopol in dieser Hinsicht gewirkt?

Mit Einführung des Monopols sind Tausende von Existenzen ins Elend gestürzt worden, da das Monopol die privaten Branntweinhändler für ihre Verluste nicht entschädigte. Die Verluste sind sehr bedeutend, da der frühere russische »Traktirschtschik« (der Gastwirt) nie seinen westeuropäischen Kollegen in materieller Hinsicht gleichgestanden hat ¹⁾.

Wenn dadurch aber nur gewisse — wenn auch grosse — Schichten des Volkes benachteiligt wurden, so wurde doch die enorme Erhöhung des Branntweinpreises dem ganzen Volke aufgebürdet.

Vor der Einführung des Monopols war jede Steuererhöhung mit Schwierigkeiten verknüpft. Man musste sie auf dem gesetzgeberischen Wege erzwingen. Sie erregte allgemeine Unzufriedenheit, Kritik der Presse.

»Eine Akziseerhöhung um eine halbe Kopeke betrachtete man als eine sehr bedeutende« ²⁾. Das Monopol hat diese Frage sehr vereinfacht ³⁾. Der Finanzminister allein kann den Preis des Branntweins bis auf das hohe Maximum ⁴⁾ beliebig erhöhen. Jede weitere Erhöhung des Preises auch nur um eine Kopeke pro

1) Vgl. *Parvus*. Russland und die Revolution. Petersb. 1906 (russisch) S. 24.

2) *L. Ch. (Chodski)* im »Towarischtsch« 30. März 1907.

3) Vgl. *Migulin*, Der russ. Staatskredit B. III, 1, S. 9.

4) Vgl. oben S. 65 Abschn. I. 8.

Grad bedeutet aber eine neue indirekte Steuer von 34—35 Mill. Rubel!

Einen ganzen Produktionszweig, die Herstellung von Spirituosen (Liköre, Kognaks u. s. w.), legten die Organisation und Politik des Monopols lahm¹⁾.

Die Befürworter des Monopols wollen nachweisen, dass das Monopol den ökonomischen Wohlstand des Volkes gefördert hat. Zum Belege dafür wird, wie es *Ossipow*²⁾ (Finanzbeamter) und auch selbst der Finanzminister³⁾ getan haben, gesagt, dass seit der Einführung des Monopols in den Gouvernements des Ostens, der Tee- und Zuckerkonsum (pro Kopf) die Sparkassen-Einlagen und die Eingänge aus den direkten Steuern zugenommen haben.

Ossipow berechnet, dass die Ernte in den östlichen Gouvernements 1895—1897 fast dieselbe gewesen ist wie 1892—1894 (zwei Gouvernements verzeichnen eine Zunahme und zwei eine Abnahme), zieht aber aus dem Sinken der Getreidepreise den Schluss, dass tatsächlich der landwirtschaftliche Ertrag in diesen Gouvernements abgenommen hat; trotzdem steigen die Sparkassen-Einlagen, der Tee- und Zuckerkonsum, sowie auch die Einkünfte aus den Abgaben. Da aber die Einnahmen aus den Ernten ein solches Wachstum des Wohlstandes nicht zu erklären vermögen, so kann nur das Monopol den Wohlstand hervorgerufen haben.

Dieser Schluss muss als unbegründet bezeichnet werden, auch wenn man die Voraussetzung *Ossipows* über die Verschlechterung der Ernte u. s. w. als richtig annimmt⁴⁾.

Die Zunahme des Tee- und Zuckerkonsums bedeutet für den Wohlstand nicht viel; Tee und Zucker werden in Russland und besonders in den östlichen Gouvernements so wenig konsumiert,

1) S. oben Abschn. V Kap. 1.

2) Publik. der Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus. B. III. S. 220 ff.

3) Alluntert. Bericht zum Voranschlag 1899.

4) Beiläufig sei bemerkt, dass die Frage der Einwirkung der Getreidepreise auf die Bauernwirtschaft sich nicht so einfach lösen lässt. Es kommen dabei viele sehr komplizierte Fragen in Betracht, hauptsächlich, ob die betr. ländl. Bevölkerung Getreide ausführt, verkauft, selbst konsumiert, oder verkauft, um später zu kaufen (im Frühjahr), ferner die Preise für versch. Getreidesorten u. m. a. Darüber sind auch die Verfasser des Sammelwerkes »Die Wirkung der Ernte und der Getreidepreise auf einige Seiten der russischen Volkswirtschaft« (Petersburg 1897, I u. II von *Tschuprow*, *Postnikow* u. a.) sich nicht klar. Vgl. *Samarin* »Die niedrige Getreidepreise«. Moskau 1902 (russ.) auch *Jssajew*. Zur Politik des russ. Finanzministeriums. S. 48 ff.

dass eine geringe absolute Steigerung des Konsums das Zunahmeverhältnis schon bedeutend erhöht. Ferner lässt *Ossipow* die Zuckerpreise ausser acht. Die Preise sind aber im Laufe der Zeit bedeutend zurückgegangen (5,45 Rubel pro Pud — 1892/93; 4,65 Rubel pro Pud — 1893/94; 1895 um 12—25 Kop. pro Pud niedriger). Diese Zunahme bedeutet also wenig für den Wohlstand des Volkes.

Die Einlagen in den Staatssparkassen sind tatsächlich gestiegen. Aber früher waren die Kassen nicht so zahlreich, und die Regierung entfaltete bekanntlich nie eine so eifrige Agitation für die Sparkassen wie in der letzten Zeit! Es genügt, darauf hinzuweisen, dass im Jahre 1892 2439 Sparkassen bestanden, in denen 1194000 Sparer ein Guthaben von 250 Millionen Rubel hatten, dagegen hatten im Jahre 1905 4988000 Sparer in 6609 Kassen ein Guthaben von 1055 Millionen Rubel¹⁾.

Ferner ist noch zu bemerken, dass infolge der Beseitigung (1. Juni 1895) des früheren Maximums einer einmaligen Einlage mit 50 Rubeln die Sparkassen nicht nur für die Aufbewahrung der Einkommensüberschüsse der kleinen Leute dienen, sondern sehr häufig auch von Handel- und Gewerbetreibenden zur Aufbewahrung ihrer Kassenvorräte benutzt werden²⁾. Dazu trägt wahrscheinlich auch der relativ hohe Zinsfuss (4 %) bei, sowie die Einfachheit des Kassenverkehrs, die Möglichkeit der Ueberweisungen der Guthaben an andere Personen gegen eine niedrige Gebühr³⁾ und die geringe Sicherheit der eigenen Aufbewahrung des Geldes.

Dass dies wirklich der Fall ist, beweisen auch folgende Angaben über die Höhe der Einlagen.

Das Guthaben aller Sparkassen verteilt sich folgendermassen⁴⁾:

In Einlagen	bis 25 Rubel	11,7	Mill. R. oder 1 0/0	der Gesamtguthaben
»	» 25 » 100	»	47,7	» » » 5 0/0 »
»	» 100 » 500	»	273,7	» » » 30 0/0 »
»	» 500 u. mehr	»	588,6	» » » 64 0/0 »

1) Amtlicher Bericht über die Staatssparkassen für das Jahr 1905. Petersb. 1907. letzte Tabelle.

2) Vgl. Prof. *Chodski*. Polit. Oekon. und Finanzen. Petersb. 1903. S. 540.

3) Die Ueberweisungsgebühr beträgt 1 Kop. pro 10 Rub., dagegen das Porto für Postanweisungen bis zum Betrage v. 25 R. = 15 Kop. (Minimum!) von 25—100 R. = 25 Kop. (Regl. über die Staatssparkassen, R.-G.-B. Band XI (II) Art. 5).

4) Bericht über die Staatssparkassen 1905, Seite XVI.

Durchschnittlich betrug im Jahre 1905 jede Einlage 87 Rubel, jede Rückzahlung 109 Rubel, das Guthaben eines jeden Sparerers 216 Rubel. Dass die Zunahme der Sparkasseneinlagen wenig für die Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes des Dorfes spricht, sieht man daraus, dass die Einlagen auch bei schlechten Ernten zunehmen ¹⁾. Das hängt wahrscheinlich davon ab, dass die Zahl der Sparer grösstenteils aus dem Mittelstande und aus wohlhabenden Bauern besteht, die von der Missernte ungetroffen bleiben, ja häufig profitieren ²⁾.

Ferner berechnet *Ossipow*, dass die Beträge aus der Ablösungszahlung der Bauern der östlichen Gouvernements relativ stärker zugenommen haben als die Erträge im ganzen Reiche.

Es ist aber nicht angängig, diese Differenz auf Rechnung des Monopols zu stellen. Auch in anderen Gouvernements macht sich eine höhere Zunahme bemerkbar. Vielmehr muss man es auf die schärferen Massnahmen beim Eintreiben der Schulden zurückführen ³⁾. Andererseits haben neuerdings die Rückstände wieder zugenommen, trotz aller Verminderung der Jahresbeträge. Die Rückstände des Jahres 1901 sind um 18—85,3 % höher als die des Jahres 1892 ⁴⁾.

Bei der Untersuchung der Zunahme der Rückstände sagt *Kaschkarow*: »Die Einkünfte aus den östlichen Gouvernements sind selbstverständlich besonders klein« ⁵⁾. Dieses Urteil bezieht sich auf dieselbe Periode, die auch *Ossipow* untersucht. Besonders ist das Anwachsen der Rückstände aus folgender Tabelle ersichtlich ⁶⁾:

1) So z. B. 1906 und 1907. Vgl. »Vorläufiger Bericht 1906« im Reichsanzeiger v. 15. April 1907 Nr. 86 und die Monats- und Vierteljahresberichte im Finanzboten.

2) Vgl. Art. Der Akkumulationsprozess und unsere Sparkassen v. *Jasnopolski*. Russk. Wjedomosti Nr. 186 15. VIII. 1907.

3) *Kaschkarow* I. 87. *Schulze-Gävernitz*, Volksw. Studien aus Russl. Leipzig 1899. S. 333. Ebenfalls: *Janson*: »Die kleineren Rückstände sind mitunter auf die Art des Eintreibens zurückzuführen.« Versuch einer statist. Untersuchung über die bäuerlichen Bodenanteile und Zahlungen. II. Aufl. 1881. (russ.) S. 43.

4) *Kaschkarow* I. 108.

5) *Kaschkarow* I. 89 und III.

6) Die Zahlen sind entnommen: *Kaschkarow* a. a. O., *Migulin* »Die Bauernablösungsgelder« (Charkow 1904) und aml. Publikationen: Die Loskaufsgelder 1861—1902, Bilanzen der L., Denkschr. des Dep. für direkte St. v. 17. Dezember 1903 Nr. 12679.

Gouvernement	Die Rückstände in % des jährlich fälligen Betrages				
	1871—75	1886—90	1898	1902	1903
Ufa	25 %	208 %	397 %	508 %	613 %
Samara	48 %	210 %	363 %	385 %	403 %
Orenburg	43 %	135 %	277 %	456 %	583 %

Dass das russische Bauerntum von Jahr zu Jahr ärmer wird, bestreitet man nicht mehr. Die statistischen Jahrbücher des Finanzministeriums und des statistischen Zentralkomitees geben zahlreiche Belege dafür. Es genügt die Feststellung, dass in der Zeit von 1888—1899 in den Dörfern eine Abnahme von Vieh, Pferden, Schweinen um ungefähr 10 % stattgefunden hat ¹⁾.

Radzig ²⁾ berechnet die für eine regelrechte Wirtschaft fehlende Viehzahl in Prozenten zu der in russischen Dörfern vorhandenen folgendermassen: es waren 1899: 13 514 000 Köpfe gegen nötige 30 134 000; es fehlten also 16 620 000 Köpfe, d. h. 123 %!

Wenn man dieselbe Berechnung für diejenigen Gouvernements vornimmt, deren Wohlstand das Monopol nach *Ossipow* gefördert haben soll, so ersieht man, dass dort an Vieh ein Fehlbetrag von 267 % zu verzeichnen ist (d. h. ein Viehbestand von 27,2 % des Bedarfs). »Unsere Verarmung ist von den hohen indirekten Steuern verursacht worden«, schliesst *Radzig* seine Betrachtung.

Aber solche Berechnungen sind auch überflüssig. Das Monopol hat offenbar mit Erhöhung der Branntweinpreise die Steuerlast ³⁾ erhöht. Die Gewohnheit des Trinkens in Russland wurzelt in historischen, religiösen und sozialen, vielleicht auch in klimatischen Verhältnissen. Es wäre nur insofern eine Erhöhung des Wohlstandes des Volkes durch das Monopol zu erwarten gewesen, wenn die Trunksucht und ihre Folgen dadurch vermindert

1) Statistik des Russ. Reiches. X. Petersb. 1890. Jahrbuch des Finanzministeriums 1899.

2) *Radzig*, Russlands Finanzpolitik seit 1887. Petersb. 1903. S. 128 ff.

3) Ueber die Steuerlast und die Zustände auf dem Lande: Publikationen der Kommission betr. d. sogen. »Verfall des Zentrums«, sowie die amtlichen Uebersichten über die Publikationen der grossen Enquête: »Der Grundbesitz« von *Sossnowski*, »Die indir. Steuern« von *Nesmelow*. Ferner: das Sammelwerk: »Die Agrarfrage« von *Herzenstein*, *Manuilow* u. a. m. Band II. Moskau 1907. *W. W.* Das letzte Jahrzehnt unserer Finanzwirtschaft. Europ. Bote 1903. X, 772 ff. *Saburow*. Material zur Geschichte der russ. Finanzen 1866—1897. Petersb. 1899, Kapitel »Das Sinken der Steuerkraft in einigen Gouvernements« S. 64 ff. *Migulin*, Der russ. Staatskredit. Band III Teil I. S. 9 ff. und passim. (Alle russisch).

wurden waren. Da dieses aber nicht der Fall zu sein scheint — weiter ist die Trunksucht vermindert durch den Gemeinhandel mit weissen Branntweinen, Wäcker und reifem Brantweinfälschungen beengt — und weil die oben angeführten Urteile über die günstige wirtschaftliche Wirkung des Monopols viel zu weitgehend.

Wir wollen etwas näher auf die Einwirkung des Monopols auf das ökonomische Leben des Bauernstandes eingehen.

1. Das Monopol und das russische Dorf.

„Das Monopole, sagt *Konstantin*, ist ein Stock mit zwei Enden, die beide zugleich die Bauern schlagen, einerseits durch Erhöhung der Steuern, anderseits durch Verminderung der Gemeindecinnahmen.“

Die Frage, ob das Monopoli die Bauern wirtschaftlich schwerer drückt als das frühere Akzisesystem, lässt sich so einfach nicht beantworten. Die Summen, die früher der Wucherer und Schankwirt dem Bauer abnahmen, lassen sich auch nicht annähernd schätzen.

Nun erhöht sich aber der Brantweinpreis auch jetzt fortwährend. Diese Erhöhung belastet zweifellos die Bauernwirtschaft enorm.

Wie hoch ist aber das Budget eines russischen Bauern? Wie stark ist er mit Steuern überhaupt und insbesondere mit der Brantweinsteuer belastet?

Der Erforscher der russischen Bauernbudgets, *Schtscherbina*¹⁾, gibt die durchschnittliche in Geld geschätzte Einnahme eines Bauern mit 55 Rubel 63 Kop. pro Kopf und Jahr an, doch findet *Peter Lochtin* diese Schätzung vielleicht um das doppelte zu hoch²⁾.

Die Steuerlast einer Bauernfamilie des Gouvernements Moskau gestaltet sich nach einem Budget³⁾ folgendermassen: Die Einnahme der Familie beträgt 400 Rubel. In den Ausgabeposten finden wir:

1) *F. Schtscherbina*, Die Bauernbudgets, Woronesch 1900 (russ.).

2) *P. Lochtin*, Zur Frage über d. Reform des Bauernlebens. Moskau 1902. (russ.) S. 47.

3) Publ. Gouv. Moskau, S. 35 ff. Dasselbe Beispiel b. *Schiemann*: Wyschnegradakis und Wittes Finanzpolitik, Schmollers Jahrb. 1904. XXVIII. S. 479.

	Rubel	Kopeken	davon an Steuern (Rubel)
Branntwein	29	10	21,00
Zucker	26	86	7,00
Tee	21	10	10,00
Kattun (»Zitz«)	10	89	3,80
Petroleum	4	51	1,50
Tabak	1	68	0,30
Streichhölzer	—	65	0,21
Zusammen	94	79	43,81

Die Familie hat kein Eisen (für landwirtschaftliche Geräte) verbraucht; sonst wäre die Last noch grösser (Zölle).

In erster Linie stehen also die Getränkesteuern. Im Gouvernement Poltawa¹⁾ kommen auf je eine Dessjatina des Bauernbesitzes an sämtlichen direkten Steuern 1,43 Rubel, an Getränkesteuer 1,41 Rubel.

In dem Kreise Kijew, so berichtet eine Kommission, ist in 118 Läden für 1480071 Rubel Branntwein verkauft worden (1901). Der Kijewsche Bauer hat also pro Dessjatina an sämtlichen anderen Abgaben 2,64 Rubel gezahlt, aber für den Branntwein 9,40 Rubel. Verteilt man den Aufwand für Branntwein nur auf die arbeitsfähigen Bauern (Männer von 16—60 Jahren), so beträgt die Ausgabe auf den Kopf 12 Rubel 35 Kop. »Die Bauernwirtschaft mit ihrem Dreifeldersystem kann kaum eine solche Last ertragen«²⁾.

Wenn man nur die Verteuerung des Branntweins für ein Gouvernement berechnet, so stellt sich folgendes heraus. Die Verteuerung gegenüber dem früheren Preise mit 1 Rubel 50 Kop. pro Wedro angenommen (tatsächlich viel mehr!) zahlt die Bevölkerung Charkows (Gouv.) $1,50 \times 1516000 = 2,25$ Millionen Rubel. »Die Summe ist viel höher als der Aufwand der Gouvernements-Semstwo für alle Kulturbedürfnisse des Bauerntums: Schulen, Medizin, Tierarznei, Strassenbau, Armenpflege u. s. w.«³⁾.

Im Gouvernement Kasan⁴⁾ beträgt der Aufwand eines Bauern für Branntwein zwischen 11 und 26 Rubel jährlich!

In einem Dorfe (Gouvernement Twer) gestaltete sich das Budget einer Bauernfamilie (»Hof«) folgendermassen: Einnahme (Landwirtschaft, Hausindustrie, Wanderarbeit) 145 Rubel. A u s-

5) Publ. Kijew. S. 689 ff.

2) »Bedürfnisse des Dorfes« Band II. Art. von Annenski. S. 595.

3) Publ. Poltawa S. 223—4.

4) Ztg. »Nowoje Wremja« 1903 Nr. 9638.

gab e 183,33 Rubel. Davon 16,25 Rubel, d. i. 11 % aller Einnahmen für Branntwein!

Für einen Kreis des Gouvernements Saratow (Balaschow) berechnet der Gouverneur von *Engelhardt*¹⁾ (1902) den Aufwand für Branntwein mit 1667637 Rubel, für sonstige direkte und indirekte Steuern (Staats- und Gemeindesteuern) mit 1200000 Rubel.

Für einen Kreis Minussinks²⁾ (Gouvernement Jenisseisk-Sibirien) berechnet man den Aufwand für Branntwein (122 000 W.) mit 1000 000 Rubel. Derselbe Kreis gibt für Schulen 31000 Rubel aus.

In einem anderen Kreisausschuss der Grossen Enquête (Rzew, Gouvernement Twer) berechnet der Berichterstatte³⁾ den Konsum von Branntwein pro Bauernfamilie (durchschn. 6 Personen) auf 0,65 Wedro $\times 6 = \text{ca. } 4$ Wedro, eine Zahl, die der Berichterstatte für viel zu klein gegenüber der Wirklichkeit hält. Von der Gesamtbevölkerung bringt er in Abzug 10 %, die nichts trinken; ferner sollen 20 % der Bevölkerung das Minimum, d. h. 1 Wedro konsumieren. Auf diese Weise findet er, dass von 100 Bauernfamilien

20 Familien	20 Wedro konsumieren	
10 „	0 „	„
also 30 Familien	20 Wedro	„

Bringt man die 20 Wedro von der durchschnittlichen Verbrauchs menge der 100 Familien in Abzug, so bleiben 4 Wedro $\times 100 = 400$; $400 - 20 = 380$ Wedro übrig, die von 70 Familien ($100 - 10 - 20$) konsumiert werden, d. h. $\frac{380}{70} = 5,43$ Wedro pro Familie oder, nach dem damaligen Preise des Branntweins (jetzt ist der Preis wieder höher) 7 Rubel 20 Kop. pro Wedro — 39 Rubel pro Familie Ausgaben für Branntwein. »Die Bauernfamilie gibt also für den Branntwein 20 mal soviel, als das Semstwo für die ärztliche Hilfe im Kreise zahlen, und 12 mal soviel, als die Familie an Bodensteuer zu Gunsten des Semstwo zahlt«.

Von den Ausgaben einer anderen Familie heisst es: »Die Nahrung für jedes Familienglied kostet 36 Rubel, Kleidung 40 Rubel, sämtliche Abgaben 15 Rubel, Futter für Pferde 35 Rubel und Branntwein 39 Rubel«⁴⁾! Diese Reihe von Beispielen könnte man sehr

1) *Engelhardt*. Steuern und Abgaben, Publ. Saratow S. 176.

2) *Monjuschko*. Statistik und das Monopol. Publ. Jenisseisk S. 308.

3) Publ. Twer. S. 404 ff.

4) Ebenda; dasselbe Zitat b. *Friedmann* »Die russ. Finanzen« Berlin 1906,

erweitern, aber auch die angeführten reichen aus, um einen Einblick in die Belastung des bäuerlichen Haushalts durch die indirekten Steuern überhaupt und die hohen Branntweinsteuern insbesondere zu gewinnen.

Das Monopol hat die Einführung neuer Gemeindesteuern (Mirabgaben) zur Folge gehabt, da es den Dorfgemeinden ihre früheren Einkünfte aus den Schankabgaben entzogen hat. Diese Einkünfte wurden von den Gemeinden zur Bestreitung der elementarsten Kulturbedürfnisse, für Schulen, Kirchen, Kornhäuser, Verkehrsmittel, Entwässerung, Schutzmittel gegen Feuerschäden u. s. w. verwendet¹⁾.

In ihrer Denkschrift an die allerhöchst bestehende Kommission (»Verfall des Zentrums«) machen die Vorsteher der Semstvos darauf aufmerksam, dass der Bauernstand jetzt neue Mir- und Semstwoabgaben zur Bestreitung der Bedürfnisse tragen müsse, die früher aus den Schankabgaben bestritten wurden²⁾.

Wie stark die Dorfgemeinden an der Ausgabe allein für Schulen beteiligt sind, sieht man aus folgenden Zahlen: 1897 bestritten die Gemeinden 18 % aller Ausgaben für die Volksschulen (der Staat 21 %, die Semstvos 22 %, die Städte 14 %), im Jahre 1900: 17 %, 1902: 14 %, 1903: 12,7 %³⁾.

Ueber die Höhe der Einkünfte der Dorfgemeinden aus den Schankabgaben gibt es keine genaue Zahlen. Es sind nur die Einkünfte einzelner Kreise bekannt. Dr. *Borodin* gibt in seinem Berichte in der Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus ein Verzeichnis von Dörfern, die je zwischen 2 und 9000 Rubel jährlicher Einnahmen verloren haben. Der Vorsitzende des Landschaftsamtes in Perm schätzt den Verlust allein für das Gouvernement Perm auf 1 Million Rubel⁴⁾. Der Verlust des Kreises

S. 25—26 (deutsch); bei *Friedmann* ist 85 statt 35 R. für Futter angegeben. (Druckfehler?)

1) Erst durch das Gesetz vom 5. Mai 1892 wurden die Einkünfte aus den Schankabgaben auch zur Deckung der Staats- und Semstwoabgaben bestimmt. Doch konnten sie viel noch für ihre lokalen Bedürfnisse ausgeben.

2) Denkschrift der Vorstände der Semstvos an die am 16. XI. 1901 allerhöchst bestätigte Kommission S. 23. Nr. 6.

3) Statistik der elementaren Bildung in Russl. Amtl. Bericht des Minist. f. Volksaufklärung f. d. Jahr 1903.

4) Publikat. der Kommission Band III. S. 146; ferner Publik. d. gross. Enquête: *Jenisseisk* S. 309, *Charkow* S. 97, *Nischny-Nowgorod* S. 345.

Berdjansk beläuft sich auf 45 000 Rubel, Dneprowsk auf 48 000 Rubel ¹⁾, Melitopol auf 127 000 Rubel ²⁾, des Kreises Stawropol auf 200 000 Rubel.

Rechnet man den Ausfall an Gemeindeeinkünften für jedes Gouvernement ³⁾ mindestens mit rund 250—350 000 Rubel, so sind es für das ganze Land 17—22 Millionen Rubel ⁴⁾.

Von den Kreisausschüssen der Grossen Enquête haben 34 den Beschluss gefasst, um eine Entschädigung für die Gemeinden nachzusuchen. Auch mehrere Semstwos (Kursk, Tschernigow, Kasan u. a. m.) wandten sich an die Regierung um eine Entschädigung für die Verluste.

Alles ist bisher erfolglos gewesen.

Das Semstwo des Gouvernements Kursk betonte in seinem Gesuch, dass die Schulen nicht mehr bestehen können. Das Finanzministerium antwortete darauf, dass »das Unterrichtswesen nicht in seiner Kompetenz steht« ⁵⁾.

Das Verhalten der Regierung zu den Verlusten der Dorfgemeinden ist umso erstaunlicher, als die Regierung die Rechte der Grundbesitzer (Propinationsrechte) ganz anders erledigt hat. Diese haben annähernd 45 Millionen Rubel erhalten ⁶⁾.

Es ist noch zu erwähnen, dass das Monopol den Dorfgemeinden den Aufwand für Polizei vergrössert hat. In den Dörfern ist die Aufsicht über die Ordnung auf den Strassen bei den Monopolläden und der Schutz der Verkäufer und Kassierer den Gemeinden zur Pflicht gemacht. Die Gemeinden leisten sie in Natura oder in entsprechenden Beiträgen für Besoldung der Polizei.

Oft liest man in den Zeitungen, dass die Gemeinden die

1) St. Petersburger Nachrichten v. 8. VI. 1901.

2) Nach Berechnung des Kreisausschusses.

3) Nur 65 Gouvernements. Die Dorfgemeinden Polens (10 Gouv.) hatten diese Einnahme auch früher nicht. Doch sind auch diese durch das Monopol benachteiligt. Wie erwähnt (S. oben S. 95), hat die Regierung das Propinationsrecht in polnischen Dörfern sich für die Zeit von der Bauernbefreiung bis zur Tilgung der Ablösungsschuld d. h. 1864—1906 vorbehalten. Seit 1906 hätten also auch die polnischen Dorfgemeinden Einkünfte aus den Schankabgaben gehabt! (Gesetz v. 19. Febr. 1864 Art. 17. Kreditregl. R.-G.-B. Band XI₂. Art. 149.)

4) Prof. Migulin schätzt diesen Verlust auf 60 000 000 R. (Bauernablösungsgelder. Charkow 1904. S. 45.)

5) »Prawo« 1900 Nr. 37.

6) Vgl. Migulin. Russ. Staatskredit. Band III, I Teil. Charkow 1901. S. 9 ff.

Behörden ersuchen, sie von dieser Pflicht zu befreien, jedoch ohne Erfolg¹⁾). Auch die Vermittlung der Semstvos bleibt in dieser Hinsicht erfolglos. Die Behörde antwortet, dass die Aufrechterhaltung der Ordnung eine Pflicht der Gemeinden ist²⁾).

Die Erhaltung einer besonderen Polizei für die Trinker bei den Monopolläden ist auch den Städten vom Staate zur Pflicht gemacht. Der Stadtrat lehnt meistens solche Vorlagen ab, und der Staat pflegt nachzugeben³⁾).

2. Das Monopol und die Brennerei.

Für ein in der Hauptsache landwirtschaftliches Land hat die Frage des Brennereiwesens grosse Bedeutung. Besonders ist das von dem wirtschaftlich so wenig entwickelten Russland zu sagen⁴⁾). Der Uebergang von der Dreifelderwirtschaft zu einem intensiven Wirtschaftssystem würde durch die Verbreitung des Kartoffelbaues sehr erleichtert werden.

Die Förderung der Brennereien und hauptsächlich der kleinen, landwirtschaftlichen Brennereien, müsste folglich Aufgabe einer gesunden Wirtschaftspolitik sein.

In der Tat beherrscht in Russland das Schicksal der Brennereien schon seit 1863 die Akzisepolitik. Seit dieser Zeit kann das Recht, Branntwein zu brennen, nur von der Regierung verliehen werden und nur an bevorrechteten Ständen angehörnde Personen (Gesetz v. 1862)⁵⁾).

Diese bevorrechteten Stände sind die Adeligen, Grundherren, »Tschinowniki« (Beamten), in den Städten der Ostseeprovinzen auch »die verarmten Bürger, Witwen und Waisen der Kaufleute beider Gilden, sofern sie verunglückt sind und auf keine andere Weise sich ernähren können« (Artikel 118, Abs. 5, Anmerkung). In den westlichen Gouvernements auch diejenigen »von allen Ständen«, die »ein Grundstück von 15 000 Rubel ohne Hypothek oder von 30 000 Rubel mit einer Hypothek gekauft haben« (Artikel 118, Abs. 8) u. s. w.

Das Recht des Betriebes einer Brennerei ist also nur den

1) Mehrere Notizen in Provinzialzeitungen.

2) Ztg.: »Das Dnjepr-Gebiet«, zit. Prawo 1901 Nr. 14.

3) Ztg. »Kostromaer Blatt«, zit. Prawo 1902 Nr. 16.

4) Vgl. Ausführliche Abhandlung des früheren Handelsministers *M. Federow*, Die Folgen der existierenden Wirtschaftssysteme (amtl. Ausgabe).

5) Dieses Gesetz noch jetzt gültig. Akziseregul., V. Art. 118, 119 und 120.

höheren Ständen oder den Besitzern eines bestimmten Vermögens zugänglich.

Ferner lag es in der Politik der Regierung, den Grossbetrieb im Brennereiwesen zu fördern, dagegen die Entwicklung kleinerer Brennereien zu hemmen. Dies erreichte sie durch den sogenannten »akzisefreien Ueberbrand«.

Alle Brenner hatten eine Akzise¹⁾, d. h. eine Fabrikatsteuer (mit einer Materialausbeutesteuer verknüpft) zu zahlen. Die Akzise wurde berechnet nicht nach dem tatsächlich erzeugten Quantum Spiritus, sondern nach der Menge des verbrauchten Rohmaterials in Massgabe des von der Akzise zugrunde gelegten »normalen Ausbeuteverhältnisses« (»Norm«).

Die Normen waren pro Pud der einzumaischenden Materialien (Kartoffeln, Roggen, Melasse u. s. w.) aufgestellt²⁾:

Aus einem Pud Mais, Roggen, Darrmalz	36—38 Volum-Grad	wasserfreien Spiritus
» » » Grünmalz	24—25 ¹ / ₂	» » »
» » » Kartoffeln	10—12	» » »

Das wirklich erzeugte Produkt wurde dann durch einen automatischen Kontrollapparat gemessen. Erreichte das erzeugte Produkt den normalen Ausbeutesatz nicht, so zahlte der Brenner die Steuer auch für den Minderbrand. Wenn umgekehrt die Norm überschritten war, so zahlte er auch für den Ueberbrand; es wurde aber dabei ein festgesetztes Prozent³⁾ des Ueberbrands akzisefrei gelassen.

Der Brenner konnte vor Beginn des Prozesses die höchste Ausbeutenorm (siehe Tabelle) angeben, für die er dann auch zahlen musste; erreichte er in diesem Falle noch einen Ueberbrand, so war dieser ganz steuerfrei.

Der »akzisefreie Ueberbrand« wurde mit der Erhöhung des Akzisesatzes von immer grösserem Wert. Diese Massregeln haben selbstverständlich die Grossbrennereien gefördert, die nur die besten Getreide- (bez. Kartoffel-) Sorten verwendeten, um wenigstens keinen Minderbrand versteuern zu müssen. Ferner gab der

1) Seit 1. I. 1863. Gesetz vom 4. VI. 1861. Gesetzssaml. Nr. 37197. Der Hauptinhalt dieses Gesetzes ist bei *Heine*, Die Branntweinsteuersysteme in den Europ. Staaten. Zeitschrift für gesamt. Staatsw. 1872. S. 581 wiedergegeben.

2) Gesetz v. 30. Mai 1876 Nr. 56025, ferner 12. VI. 1884 und 9. VI. 1887. Akziseregl. (1887) Art. 216.

3) Später abgestuft nach Millionen Grad, mit Rücksicht auf die Gärdauer (d. h. das Gährungssystem).

steuerfreie Ueberbrand einen starken Anstoss zur Vervollkommnung des Brennprozesses, die aber selbstverständlich nur die Grossbrenner durchführen konnten. Dies setzte die grossen und technisch am besten eingerichteten Brennereien in den Stand, ohne Risiko die höchste Norm anzugeben und den Ueberbrand akzise-frei zu haben.

Während der Brennperiode 1882/83 ¹⁾ ist von den Brennern 532 961 mal der höchste, 27 133 mal der mittlere und nur 8 399 mal der niedere Ausbeutesatz (»Norm«) angegeben worden.

Die Zahl der Brennereien nahm ab; gleichzeitig machte sich eine starke Konzentration bemerkbar ²⁾.

			Kleine	Mittlere	Grosse
1864/5	waren im Betriebe	5160 Brennereien, davon	85,1 ‰	13,6 ‰	1,3 ‰
1883/4	» » »	2447 » »	63,9 ‰	28,6 ‰	7,5 ‰
1899/1900	» » »	1118 » »	54,0 ‰	37,0 ‰	9,0 ‰

	Es produzierten die		
	Kleinen	Mittleren	Grossen
	Prozent der Gesamtproduktion:		
1864/5	47,8 ‰	40,3 ‰	11,9 ‰
1883/4	22,3 ‰	39,6 ‰	38,1 ‰
1899/1900	19,0 ‰	43,0 ‰	38,0 ‰

Ferner machte sich eine scharfe Konkurrenz der Brenner verschiedener Landesteile bemerkbar. In einzelnen Gouvernements lagen die Bedingungen der Brennerei verschieden, ja sogar entgegengesetzt. Im Westen herrschte der Kleinbetrieb, im Zentrum und im Osten der Grossbetrieb vor. Die Kartoffel gedeiht weit besser im Westen; zugleich mit diesem Umstande konnten die Brenner des Westens die Ausfuhrprämien stärker ausnutzen. Angesichts dessen reichten die Brenner des Zentrums viele Bittschriften ein und suchten um eine Aenderung des Gesetzes betr. die Akzise und die Ausfuhrprämien nach. Die westlichen Brenner bemühten sich dagegen, die Behörden zu überzeugen, dass nur der Schutz des Kleinbetriebes vor dem Grossbetriebe in Frage komme.

Die Regierung sah sich endlich veranlasst, die Sachlage zu ändern.

1) Nach den Berichten des Departements für indir. Steuern.

2) Amtliche Einteilung: klein mit unter 25 000 Wedro zu 40 ‰ (d. h. bis 3.075 hl reinen Alkohols), mittel mit 25 bis 100 000 Wedro, gross mit 100 000 und mehr Wedro jährlicher Produktion.

Seit 1890 ¹⁾ verfolgte sie eine neue Politik, die Förderung der landwirtschaftlichen Brennereien. Durch das Gesetz vom 4. Juni 1890 ist der »akzisefreie Ueberbrand« beseitigt. Statt dessen ist allen Brennern ein festgesetztes Prozent ihrer gesamten Produktion steuerfrei überlassen, die sog. »akzisefreie Vergütung« ²⁾).

Den landwirtschaftlichen Brennereien wird noch eine besondere Prämie gewährt. Unter landwirtschaftlicher Produktion einer Brennerei versteht das geltende Recht die Produktion einer Brennerei, die nicht mehr als 200 Tage (zwischen dem 1. September und 1. Juni) brennt; die landwirtschaftliche Produktion darf nicht mehr als 3000 Volumgrad ³⁾ wasserfreien Spiritus (d. h. 75 Wedro zu 40 %) auf je eine Dessjatina Ackerland betragen, das unmittelbar in ihrem Besitze steht (Art. 312). Einer Brennerei kann auch das Ackerland einiger Güter angehören; doch darf dieser Grundbesitz nicht weiter als 15 Werst von der Brennerei entfernt sein.

Brennereien in Wirtschaften (Gütern) mit weniger als 60 Dessjatinen Ackerland wird die »landwirtschaftliche Prämie« nicht gewährt (Art. 313).

Dieses Gesetz hat den Interessengegensatz der Brenner in den einzelnen Gebieten verschärft. Die Vergütungen kamen jetzt den Brennern des Westens viel mehr zu Gute als denen des Zentrums, weil dort mehr kleine Brennereien vorhanden sind. Es entfielen im Westen an Vergütungen etwa 18—20, dagegen im Zentrum 10—11 Kopeken auf den Wedro ⁴⁾).

Der Kampf der Brenner in den verschiedenen Landesteilen

1) Eigentlich seit 1885. Aber das Gesetz vom 18. V. 1885. (Abstufung der akzisefreien Quote) konnte sehr wenig den Kleinbetrieb fördern. Vgl. »Oekonomisches Journal« vom 1. Febr. 1886 Nr. 3 S. 91 ff. und v. 1. VII. 1886 Nr. 12. S. 10 ff. Ferner »Der Finanzbote« 1887 Nr. 27.

2) Vgl. Abschnitt III, S. 117.

3) Produziert eine »landwirtsch. Brennerei« mehr als 3000 Grad pro Dessjatina, so wird ihr die »landw. Prämie« nur für die 3000 Grad vergütet. Doch gilt die Beschränkung nicht, wenn die Produktionsfähigkeit einer Brennerei ihrer Ackerfläche entspricht, d. h. wenn der Rauminhalt sämtlicher Gärbottiche keine 6 Wedro pro Dessjatina übersteigt.

4) In den mehreren Auszügen der grossen Enquête nahm die Brennerfrage eine wichtige Rolle ein. Es ist aber unmöglich, dieses Material heranzuziehen, da die Objektivität der Ausführungen Zweifeln unterliegt. Oft kann man schon aus einer Rede schliessen, ob der Redner Klein- oder Grossbrenner, aus Westen oder Osten ist.

hat sich noch dadurch verschärft, dass sich im Anfang der 90er Jahre die Ausfuhr von Spiritus bedeutend verringert hat (infolge des Verbots der Zurichtung des Weines mit dem Aetylalkohol in Spanien).

Aber auch diese neue Politik hat die kleine landwirtschaftliche Brennerei nicht gefördert.

Die landwirtschaftlichen Prämien kommen den mittleren und kleineren Grundbesitzern überhaupt nicht zu Gute.

Es besitzen in Russland:	% Besitzer	% der Gesamtfläche	Ackerfläche in % der Gesamtfläche
unter 50 Dessjatinen (54,6 ha)	77,6	4,6	44,4
50—200 „ (54,6—218 ha)	11,5	6,2	41,6
200—500 „ (218—546 ha)	5,0	8,7	39,3
500—1000 „ (546—1092 ha)	2,7	10,1	35,8
1000 u. mehr „ (1092 u. m. ha)	3,2	70,4	19,8
	100,0	100,0	—

Somit können über 80 % aller Grundbesitzer die landwirtschaftliche Prämie nicht geniessen, weil sie keine 60 Dessjatinen Ackerfläche besitzen.

Diese Zahlen beziehen sich auf die Privatgrundeigentümer; die Bauern kommen überhaupt nicht in Betracht, da ihre Besitzanteile auch dort nicht ausreichen, wo ihnen ausnahmsweise das Brennrecht zusteht¹⁾. Dagegen ist dem Grossgrundbesitzer die Möglichkeit gegeben, durch Anrechnung ziemlich entfernt gelegener Aecker die landwirtschaftliche Prämie für die Gesamtproduktion ihrer Brennereien zu geniessen. Es kommt daher, wie die Akzisepraxis nachgewiesen hat, oft vor, »dass eine Anzahl Brennereien rein formell zu den landwirtschaftlichen gerechnet werden müssen, weil der Besitzer viele in der Umgebung befindliche Landstücke angekauft hat, wenn er sie auch unbebaut liegen lässt«²⁾. Deshalb wurde auch ganz grossen Brennereien die landwirtschaftliche Prämie zuteil. Jetzt bekommen die Prämien Brennereien mit 14 760 hl reinen Alkohols jährlicher Produktion (12 Millionen Grad) bei einem Ackerland von 4400 ha!

Eine Brennerei mit einer Produktion von 100 000 W. (12 300 hl) bekommt eine jährliche Prämie von 12 000 Rubel, bei einer Pro-

1) Acciseregl. V (1901) 118 § 3.

2) Bericht der Hauptverwaltung der indir. Steuern 1899. S. 220.

duktion von 200 000 Wedro (24 600 hl) — 16 000 Rubel, bei 300 000 Wedro (36 900 hl) — 17 000 Rubel.

Das ist das Maximum für eine Brennerei, aber nicht für einen Brenner, wenn er Besitzer einiger Brennereien ist, in welchem Falle auf jede Brennerei ihm der hohe Prozentsatz für die ersten Mill. der Produktion vergütet wird.

Im Jahre 1894 wurde das Monopol proklamiert. Dieses stellte für die Brennereien ganz neue und günstige Bedingungen bei dem Absatz auf, weshalb seitens der Brenner (insbes. der Grossbrenner) viele Bittschriften um Durchführung des Monopols eingereicht wurden.

Das Monopol ist aber nicht in allen Gouvernements gleichzeitig durchgeführt worden; viele Brennereien haben ihr früheres Absatzgebiet, die Nachbargouvernements, dadurch verloren, dass in diesen das Monopol eingeführt wurde ¹⁾.

Die Landwirte machten sich daran, kleinere Brennereien zu eröffnen, der Finanzminister schrieb aber bald darauf, dass »das Streben zur Gründung neuer Brennereien in der Hoffnung, an das Monopol das Produkt unter allen Umständen absetzen zu können, unbegründet sei. Die Regierung werde den Kleinbrennern vielleicht einige Vergünstigungen gewähren, aber nicht zu viel, da sie nicht die Absicht habe, die Grossbetriebe, sogar die rein gewerblichen zu verdrängen« ²⁾.

Die Erlaubnis zur Gründung neuer Brennereien wurde mehr und mehr erschwert, 1899—1901 wieder etwas erleichtert, aber die neugegründeten Brennereien wurden auf 50 bis höchstens 60 % der durchschnittlichen Produktion einer mittleren Brennerei beschränkt. Ferner musste die Produktion einer neugegründeten Brennerei ihrem Ackerlande entsprechen, es durfte nicht mehr als ein Rauminhalt sämtlicher Gärbottiche von 6 Wedro auf je eine Dessjatina Ackerfläche kommen (Artikel 318). Die Akzisedirektoren hatten über die Zulässigkeit eines Bewerbers nach verschiedenen Richtungen hin Auskunft einzuholen; bis die Bewerbung alle Instanzen

1) Z. B. das Gouv. Charkow. Dieses setzte vorher seine Brennprodukte in den westlichen Gouvernements ab. Dort wurde aber das Monopol früher als in Charkow eingeführt. Umgekehrt in Smolensk, wo das Monopol gleichzeitig mit den westlichen Gouv. eingeführt wurde. Smolensk konnte nicht mit den Brennern des Westens konkurrieren und musste seine Produktion um etwa 38 % beschränken. Vgl. *Oserow*, a. a. O. S. 319 ff.

2) Reichsanzeiger 1895 Nr. 68.

durchlaufen hatte, dauerte es oft Jahre; dabei waren viele Formalitäten zu beachten. Infolgedessen ist die Erlangung einer solchen Erlaubnis dem kleinen Landwirt so gut wie unerreichbar. Dagegen hat der Grossgrundbesitzer (der oft in Petersburg wohnt) dazu immer Gelegenheit; ihm stehen — was in Russland von grosser Wichtigkeit ist — persönliche Bekanntschaften zu Gebote, sodass es ihm nicht schwer fällt, die gewünschte Konzession zur Vergrösserung einer Brennerei oder Gründung einer neuen zu erhalten.

In dem ersten Abschnitt ist bereits dargestellt, wie der Ankauf von Rohspiritus durch das Monopol vor sich geht.

Die Methode hat mehrmals Aenderungen erfahren, in der Richtung, dass die nötige Menge Spiritus immer mehr von den Brennereien durch direkten Ankauf nach dem staatlich festgesetzten Preis bezogen wird, während die Submissionsmethode in den Hintergrund tritt. Bei der Besprechung der Monopolwirtschaft vom finanziellen Standpunkt aus wurde schon erwähnt, dass das Monopol enorm hohe Preise an die Brenner zahlt, viel höhere als die Preise, die auf den Submissionen gefordert wurden.

Aber auch die Submissionspreise waren hoch. »Der Staat zahlte immer zu viel, da Submissionen am häufigsten am Beginn einer Brennperiode stattfinden, wenn der Spiritusvorrat gering ist und die Preise hoch sind« ¹⁾. »Die Akzisepraxis weist darauf hin, dass die Submissionspreise nicht die wirklichen Marktpreise sind. Das allein beweist schon, wie günstig für die Brenner die vom Finanzminister festgestellten Preise waren ²⁾.«

Und diese hohen Preise dienten obendrein dem Finanzminister als Grundlage für die Feststellung des Preises für das künftige Jahr!

Schon 1903 schrieb das Ministerium: »Die Submissionspreise geben keinen Massstab für die Feststellung der Preise« ³⁾.

Bis 1903 gestaltete sich der Prozess der Preisbestimmung also derartig, dass immer die hohen Submissionspreise des Vorjahres die vom Finanzminister zu bestimmenden in die Höhe schraubten; die letzteren beeinflussten die neuen Submissionspreise u. s. f.

1) Bericht der Hauptverwaltung 1899. S. 213. (Meinungen der Akzisedirektoren.)

2) Bericht der HVW. 1903. S. 41.

3) Ebenda S. 41.

Die Brenner sahen aber in den Submissionen ein Hindernis zur beliebigen Erhöhung der Preise und gaben sich alle Mühe, um die Submissionen zu beseitigen.

Nach einigen Beratungen in Petersburg, (veranstaltet von der Hauptverwaltung 1899 und 1902) haben die Brenner dies 1903 erreicht ¹⁾).

Nach diesem Gesetz v. 2. VI. 1903 ist die Submission nur noch zur Deckung des unvorhergesehenen Bedarfs an Spiritus anzuwenden, also bei grösserem Konsum oder wenn die Brenner mit ihren Lieferungen im Rückstand bleiben, oder wenn sie keine Lieferungen annehmen. Alle bestehenden Brennereien dürfen unbeschränkt produzieren und sind berechtigt, dem Monopol ein bestimmtes Quantum zu liefern je nach dem Befinden der Brennerei ²⁾). Ausserdem kann jede Brennerei dem Monopol noch 32 % ihrer durchschnittlichen Produktion liefern. Sollte auch damit der Bedarf nicht gedeckt werden, so wird die Lieferung des noch erforderlichen Quantums auf die Brennereien entsprechend ihrer Jahresproduktion verteilt.

Jetzt ist die Submissionsmethode auch für diese Fälle aufgegeben worden ³⁾). Der ganze Bedarf des Monopols wird zu den vom Finanzminister bestimmten Preisen bei den Brennern angekauft.

Wie werden aber die Preise bestimmt?

Die technische Seite dieses Verfahrens ist im 1. Abschnitt auseinandergesetzt worden ⁴⁾). Hier sind nur noch einige kritische Bemerkungen hinzuzufügen.

In dem beigelegten Formular ⁵⁾), das der Bezeichnung zu Grunde liegt, sind alle, sogar die kleinsten Ausgaben der Brenner und nicht nur ihrer eigentlichen Brennereien angegeben. Es sollen hier alle Abgaben, sogar die Standesabgaben angegeben werden; das Anlagekapital wird verzinst, und ausserdem wird ein Unternehmergewinn mit 6 % der gesamten Unkosten berechnet. Man hat mit Recht hervorgehoben, dass der Staat auf diese Weise die teure Produktion besser bezahlt als die billigere. Wenn

1) Fin.-Anz. 1903 Nr. 26. Ferner Zirk. v. 3. X. 1903. Nr. 1092. Fin.-Anz. 1903 Nr. 41.

2) Vgl. Abschn. I Kap. 7. S. 48.

3) Russ. Oekonomist 1907 Nr. 9. S. 163 ff.

4) S. S. 21—22 Abschn. I Kap. 2.

5) S. S. 22.

einer Brennerei z. B. das Wedro 60 Kop., der anderen 90 Kop. kostet, so bekommt die erste 3,6, abgerundet 4 Kop., die zweite 5,4, abgerundet 6 Kop. pro W. an Unternehmergewinn ¹⁾).

Alles dies wird von Beamten berechnet, die keine Ahnung von Betrieb und Wirtschaft der Brennerei haben; bei den kleinsten Fehlern handelt es sich aber um Tausende von Rubel!

Die Submissionen finden nicht mehr statt, somit ist sogar die Möglichkeit eines Wettbewerbes beseitigt, der Fiskus wird jetzt noch mehr für den Spiritus zahlen, als er bisher gezahlt hat ²⁾).

Die Preise werden formell vom Finanzminister, tatsächlich aber von den Brennern selbst festgesetzt. Diese haben die beste Waffe in der Hand — den Boykott, den sie auch schon bei Gelegenheit benutzen. »Im Jahre 1898 — schreibt ein Akzisedirektor — wurde in Mohilew der Spiritus bei offenbarem Streik der Brenner zu 58 Kopeken pro Wedro zu 40 % gekauft, während ein Brenner, der sich am Streike nicht beteiligt hatte, für 39,8 Kop. lieferte ³⁾).

Die Brenner besitzen eine starke Organisation (»Brennersyndikat«), deren Sitz in Petersburg ist und in innigster räumlicher und organischer Verbindung mit der Hauptverwaltung steht. »In Estland« — schreibt ein Akzisedirektor ⁴⁾ — sind von allen 90 Brennern 45 Mitglieder der »Revaler Brenner-Gesellschaft« und 30 der »Livländischen Brenner-Gesellschaft«. Den Eintritt in eine Gesellschaft erzwingt eine scharfe Konkurrenz. Kein Brenner lieferte dem Monopol rektifizierten Spiritus; später stellte sich heraus, dass kein Brenner ohne Genehmigung der Gesellschaft eine Lieferung übernehmen durfte.«

Vor kurzem tagten in Warschau die polnischen Brenner. Sie erklärten die Preise für niedrig und nahmen den Beschluss an, eine Organisation zu gründen, die der Herabsetzung der Preise Widerstand leisten soll ⁵⁾).

Dass die Preise zu niedrig sind, fand man auch auf der Tagung der Brenner Wolhyniens. Sie sandten eine Deputation nach Petersburg, um eine Preiserhöhung zu erbitten, teilten aber auch

1) Art. v. L. Ch. in der Ztg. »Towarischtsch« v. 20. III. 1907, Nr. 229.

2) Vgl. Oserow. Skizzen aus dem ökonom. Leben Russlands und Westeuropas. II S. 328.

3) Bericht 1899, S. 220.

4) Ebenda, S. 219.

5) Meldung der Petersb. Telegraph.-Agentur v. 7. I. 1907 (Torgowo-Prom, Gaseta v. 9. I. 07 Nr. 6).

gleichzeitig allen Brennern Wolhyniens mittels Telegramm mit, »dass niemand mit der Monopolverwaltung Verträge schliesse, ehe das Gesuch beantwortet sei« ¹⁾. Sogar die hohen Preise für das Jahr 1907 fanden die Brenner zu niedrig ²⁾.

Dass die Preise unverhältnismässig hoch stehen, weiss jedermann. Auch mehrere Akzisedirektoren weisen darauf hin ³⁾.

Die Brenner scheinen aber mit ihren Forderungen zu weit gegangen zu sein, so dass das Ministerium sich veranlasst sah, auf Grund des allerhöchst bestätigten Gutachtens des Ministerrates (v. 11. Mai 1907), gegen das Gesetz v. 2. VI. 1903 und ohne Zustimmung der Reichsduma, Spiritus im Auslande zu kaufen.

Seit Bestehen des Monopols hat das Monopol niemals so billig rektifizierten Spiritus gekauft wie kürzlich in Deutschland!

Jahr	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906
Der v. F. M. festgesetzte Preis	—	73,6	75,6	75,6	74,7	75,7	76,6	95,7	93,0	96,9	103,4	114,4
Auf dem Submissionswege	86,0	72,8	67,4	80,9	82,3	87,9	88,4	77,6	78,0	96,0	101,1	106,2
Durchschnitt	86,0	73,1	68,1	80,5	82,0	85,3	85,3	87,9	86,8	96,9	—	—

Dagegen bezahlte man für den deutschen Spiritus franko Petersburg inkl. Kommission, Fässerbenutzung u. s. w. 69 Kop.!

Tatsächlich ist also das Recht des Brennens in Russland bestimmten Bevölkerungsklassen vorbehalten.

Es entstanden riesige Brennereien mit über 500 000 Wedro (über 24 600 hl wasserfreien Spiritus) jährlicher Produktion. Güter mit grossen »landwirtschaftlichen« Brennereien verbrauchen nicht die Schlempe ⁴⁾, während kleine Gutsbesitzer und Bauern, die diese landwirtschaftlichen Nebenprodukte verwerten könnten und verwerten würden, kein Recht und keine Möglichkeit haben, eine kleine Brennerei zu gründen.

Die Brenner bekommen für ihr Produkt einen Preis, der überall stets höher steht als der wirkliche Marktpreis. Wenn man die Verteuerung nur mit 30 Kop. pro Wedro berechnet (in der Tat jedenfalls mehr, weil noch Ausgaben für Transport, Rek-

1) Ztg. »Rjetsch« v. 15. XII. 1906 Nr. 243.

2) Brennertag in Charkow. Torg-Prom. Gaseta vom 9. Dez. 1907 Nr. 278.

3) Bericht der HVW. 1899 S. 216 et passim.

4) Die Schlempe enthält bis 90 % Wasser, ihr Transport ist deshalb nur auf kleine Strecken lohnend (bis 5—8 Kilometer).

tifikation und andere hinzukommen), so zahlt der Fiskus jährlich den Brennern 25 Mill. Rubel zuviel; ausserdem noch an Barvergütungen 15,5 Mill. Rubel; zusammen 40,5 Mill. oder über 16—17 000 Rubel auf je eine Brennerei! Den deutlichsten Einblick in die Sache gewinnt man, wenn man das Verzeichnis der Brenner liest. Ausser Grossfürsten sind hier viele dem kaiserlichen Hause nahestehende Familien vertreten, ferner hunderte von Baronen, Grafen und Fürsten. In Livland, Kurland, Estland, Polen besitzen nur wenige von den Brennern nicht den Baron-, Grafen- oder Fürstentitel. In Mittel- und Südrussland sind es ebenfalls die Mächtigen dieser Erde, wenn manchmal auch ohne hohen Titel.

Der Inhalt des vorliegenden Abschnitts lässt sich folgendermassen kurz zusammenfassen.

Das Monopol bedeutet eine Erhöhung der früheren Branntweinsteuer. Diese ist zum Teil durch die hohen Verwaltungskosten des Monopols, zum Teil durch die Brennereipolitik verursacht.

Die verschiedenen den Brennern gewährten Begünstigungen kommen nur den Grossgrundbesitzern und nicht den russischen Bauern, den eigentlichen Landwirten Russlands¹⁾ zu Gute. Es sind dabei nicht nur die Besitzer der »Nadeli«, sondern auch die wohlhabenden Bauern ausgeschlossen²⁾.

Zur Zeit der Einführung des Monopols hob Graf Witte nur die Vorteile der indirekten Besteuerung hervor, und hauptsächlich, dass »die indirekte Steuer diejenigen Klassen trifft, die am kaufkräftigsten sind, und es vom freien Willen des Bürgers abhängt, die Steuer zu zahlen oder nicht.«

Das war 1893.

Am 30. März 1902 berichtete derselbe Witte im Reichsrat³⁾, »dass die Belastung der Bevölkerung durch die indirekte und direkte Steuer gegenwärtig die äusserste Grenze ihrer Intensität

1) Vgl. *Schulze-Gävernitz*, Volksw. Studien aus Russland. Leipz. 1899 S. 331.

2) »Nadeli« sind die Bodenanteile, die den Bauern bei ihrer Befreiung zugeteilt wurden. Als »Wohlhabende« werden diese Bauern bezeichnet, wenn sie ausserdem Parzellen erworben haben. Der durchschnittliche Grundbesitz der letzteren beläuft sich auf 18—30 Dessjatinen.

3) Das Protokoll dieser Plenarsitzung des Reichsrats ist deutsch von *Struve* herausgegeben (Stuttgart 1903). S. S. 7 und 15.

erreicht habe. Eine weitere Belastung der Steuerkräfte würde eine Massregel bedeuten, die nicht nur zwecklos, sondern bei der gegenwärtigen ökonomischen Lage des Landes sogar überhaupt kaum zulässig wäre. Jetzt muss eine vernünftige Finanzpolitik bestrebt sein, die Mittel zur allmählichen Erleichterung der Steuerlast ausfindig zu machen«. »Die Zahlkraft der Bevölkerung hat ihre Grenze, die nicht ohne Schädigung des Wohlstandes des Landes überschritten werden darf.«

Der Reichsrat stimmte Witte darin zu, dass weitere Steuererhöhungen unmöglich seien, da »auf diesem Wohlstand nicht nur die Finanzkraft des Staates, sondern auch seine innere Macht und seine internationale politische Bedeutung beruht.«

Das war 1902. — Witte ist nicht mehr Minister, die Steuererhöhungen gehen aber wie früher weiter.

Seit 1902 sind alle Steuer- und Zollsätze erhöht worden. Als der Finanzminister von der Verarmung des Landes sprach, entfielen auf je 1 Einwohner an Verbrauchssteuern und Zöllen kaum 7,40 Rubel, jetzt sind es schon mehr als 8,82 R. pro Kopf. Gleich zu Beginn des japanischen Krieges sind die Auslandspassgebühren erhöht, ist die Depeschen- und Fahrkartensteuer eingeführt worden¹⁾.

Auf Grund des am 31. Dezember 1904 allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsrats hat man den Branntweinpreis um 40 Kop. (den des Tafelbranntweins um 1 Rubel) pro Wedro gesteigert (für Sibirien nur 20 bez. 40 Kop. pro Wedro).

Auf Grund des am 13. April 1905 allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsrates wurden folgende Steuern erhöht: die kleine Erbschaftssteuer und die Schenkungssteuer nur um 50 %, die Biersteuer um $33\frac{1}{3}$ %, die Zündholzsteuer um 100 %, die Presshefensteuer um 100 %, die Naphthasteuer um 20 % und mehrere andere. Neu eingeführt wurde eine Steuer für Fabrikate aus Naphtha (Schmieröle).

Auf Grund des am 30. Mai 1905 allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsrats sind mehrere Gebühren bedeutend gestiegen²⁾. Ferner ist auf Grund des am 2. Januar 1906 allerhöchst bestätigten Gutachtens des Reichsrats noch eine Erhöhung der

1) Die Fahrkartensteuer ist schon wieder aufgehoben.

2) Die früheren Gebühren (v. 10. V. 1900) sind nämlich um 25—50 % erhöht worden.

Gewerbsteuer auf 2 Jahre eingeführt worden ¹⁾. Die Erhöhung der früheren Steuern reichte aber nicht. Man plant jetzt eine Zigaretten-Papier-Steuer, Besteuerung von elektrischer Kraft (für Beleuchtungszwecke) und von Leuchtgas ²⁾ und, als eine Ergänzungssteuer zur Kapitalrentensteuer, eine Leihzinssteuer (v. Einkommen aus den privaten Hypotheken) ³⁾.

Russland erlebte, dass das Reichsbudget seinen Vertretern vorgelegt wurde. Vor kurzem setzte man den Reichsetat auf die Tagesordnung der zweiten Duma.

Die Redner aller Parteien widmeten dem Monopol besondere Aufmerksamkeit und kennzeichneten die Monopollast.

Der Finanzminister W. Kokowzow antwortete darauf folgendes: »Schon vor 40 Jahren sprach man von der »letzten Kopeke«, die das Volk versäuft. Doch ist die Kopeke, Gott sei Dank, immer noch da!«

1) Voranschlag 1906. Alleruntertänigster Bericht des Finanzministers J. Schipow; Voranschlag 1907, Erläuterung des Finanzministers Kokowzow.

2) 4 Kop. pro Killo-watt-Stunde und 4 Kop. pro Kubikfuss von Beleuchtungsgas, d. h. 3,05 Mark pro Kub.-Meter.

3) 0,5 % des Betrages der Hypothek. Es wird ein Ertrag von 4 000 000 R. jährlich vorausgesehen.

Schlusswort.

Die in Russland bevorstehenden Reformen werden wahrscheinlich auch die Monopolfrage anschneiden. Wird man sich aber auf den Standpunkt der Abschaffung des Monopols stellen und den freien Handel wieder einsetzen? Das ist kaum anzunehmen, trotzdem viele Mitglieder des Reichsrats diesen Standpunkt vertreten. Die Abschaffung des Monopols ist auch kaum zu wünschen.

Die Organisation dieses Riesenunternehmens ist mit bewundernswerter Peinlichkeit und Schnelligkeit ins Leben getreten. Ihre Durchführung hat viele Hemmnisse so leicht überwunden, wie man es früher kaum erwarten konnte.

Zwar hat sich das dem Monopol zu Grunde gelegte Prinzip im Leben nicht bewährt; weder konnten die privaten Verkäufer noch der freie Ausschank ganz beseitigt werden. Somit blieb nur die Reinigung des Branntweins im staatlichen Betriebe. In dieser Richtung hat das Monopol zweifellos viel geleistet (soweit es vom Geheimhandel nicht paralysiert wird), und wenn die kulturellen Aufgaben des Monopols keinen Erfolg verzeichnen, wenn sein fiskalischer Erfolg auch durch einfache Akziseerhöhungen hätte erzielt werden können, so muss man doch damit rechnen, dass das Monopol nun einmal existiert. Mögen viele Nachteile auch seine Vorteile — hauptsächlich den Barverkauf von unverfälschten Getränken — überwiegen, so ist doch nicht ausser acht zu lassen, dass viele der vorhandenen Mängel beseitigt werden können. Es ist freilich unmöglich, an dieser Stelle diese oder jene Verbesserung vorzuschlagen; die meisten in Betracht kommenden Fragen erfordern eine äusserst komplizierte Erörterung (z. B. Brennerfrage, Zahl der Verkaufsstellen, Erhöhung oder Herabsetzung der Preise u. a. m.). Grosse Vorsicht und genaue Kenntnis der örtlichen Verhältnisse sind unerlässlich. Deshalb könnte

eine weitgehende aktive Beteiligung der mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten Selbstverwaltungskörper (Städte und Semstvos) bei der Entscheidung über viele Fragen des Monopols das Land von manchen Schattenseiten der Monopolwirtschaft bewahren.

Es ist hier selbstverständlich nur von den Mängeln die Rede, die dem Monopol als solchem anhaften; Fragen der russischen Finanz- und Wirtschaftspolitik, die sich bei dem Monopole geltend machen und die wahrscheinlich auch ohne das Monopol in der einen oder anderen Form auftreten würden, mussten beiseite bleiben. Nur dann könnte das Monopol auch zur Entwöhnung des Volkes von der Trunksucht sehr viel beitragen, wenn diese Bestrebungen des Staates mit einer allgemeinen ökonomischen, politischen, rechtlichen und kulturellen Hebung des Volkes Hand in Hand gingen.

Beilagen.

1. Russische Mass-, Münz- und Gewichtseinheiten.

1	Pfund	409,5	Gramm
2,44	»	1	Kilo
1	Pud = 40 russ Pfd.	16,38	»
6,1	»	100	»
<hr/>										
1	Wedro	12,299	Liter
8,13	»	1	Hektoliter
$\frac{1}{4}$	Wedro-Flasche	3,07	Liter
$\frac{1}{80}$	»	6,15	Centiliter
$\frac{1}{40}$	»	3,07	»
$\frac{1}{100}$	»	1,23	»
$\frac{1}{200}$	»	0,61	»
<hr/>										
1	Werst	1066,8	Meter
15	»	16	Kilometer
1	Quadr.-W.	113,8	Hektar
1	Dessjatina (2400 qu.-sasché)	1,09	»
1	»	1,956	Morgen
0,915	»	1	Hektar
0,511	»	1	Morgen

1 Rubel = 100 Kopek, ist im Text mit 2,16 Mark berechnet.

2. Der Branntweinkonsum pro Kopf der Bevölkerung
(nach einzelnen Gouvernements)

in Tausendstel Wedro zu 40 Grad.

	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906
Gouvernements:												
Perm	378	437	448	460	436	501	527	491	546	559	607	734
Ufa	190	213	227	222	276	306	324	293	326	342	463	476
Tourgai u. Orenburg	281	322	378	391	460	508	463	420	442	464	547	583
Samara u. Ural	341	370	403	372	416	472	401	384	440	463	506	620
Bessarabien	—	—	295	589	481	291	309	450	470	425	375	347
Wolhynien	—	—	385	423	469	474	447	422	443	405	402	472
Podolien	—	—	465	533	591	532	483	536	579	518	511	621
Jekaterinoslaw	—	—	697	836	949	805	707	606	786	815	895	961
Kiew	—	—	546	610	698	641	591	624	672	600	643	744
Poltawa	—	—	369	420	474	379	355	417	474	443	468	533
Cherson	—	—	658	814	760	589	605	686	732	691	654	776
Taurien	—	—	617	689	675	594	535	527	614	702	744	674
Tschernigow	—	—	316	356	412	406	405	411	440	423	428	498
Wilna	—	—	—	338	369	348	316	297	311	300	300	365
Witebsk	—	—	—	375	400	395	383	330	329	304	378	383
Grodno	—	—	—	345	398	413	379	330	335	338	330	402
Kowno	—	—	—	269	265	266	278	289	291	283	266	329
Minsk	—	—	—	396	460	433	400	378	384	366	362	418
Mohilew	—	—	—	369	423	412	384	356	356	346	365	428
Smolensk	—	—	—	534	593	593	595	584	595	571	617	718
Petersburg	—	—	—	1749	1897	1906	1881	1663	1619	1639	1649	1725
Nowgorod	—	—	—	445	491	476	479	460	462	436	436	506
Olonez	—	—	—	325	325	329	384	346	341	316	321	402
Pskow	—	—	—	387	442	431	458	427	422	380	389	464
Charkow	—	—	—	493	584	545	525	551	600	587	637	690
Warschau u. Sedlez	—	—	—	564	628	567	517	527	554	542	475	550
Kalisch und Petrokow	—	—	—	489	568	492	464	498	501	465	418	537
Lomza, Plozk, Suwalki	—	—	—	271	290	254	236	261	224	197	188	213
Lublin, Radom, Kelze	—	—	—	289	338	297	268	276	278	252	240	279
Woronesch	—	—	—	—	—	—	447	462	507	512	505	518
Kurland	—	—	—	—	—	—	472	458	477	506	505	547
Kursk	—	—	—	—	—	—	529	556	592	561	596	669
Livland	—	—	—	—	—	—	661	641	665	677	649	749
Stawropol	—	—	—	—	—	—	529	534	620	620	659	628
Schwarzmeer u. Kuban	—	—	—	—	—	—	1004	407	733	716	780	836
Estland	—	—	—	—	—	—	592	566	570	581	496	588
Don'sches Gebiet	—	—	—	—	—	—	651	590	680	718	733	701
Archangelsk	—	—	—	—	—	—	662	682	619	593	667	667
Astrachan	—	—	—	—	—	—	—	1032	1072	1133	794	1252
Wladimir	—	—	—	—	—	—	—	621	647	606	621	735
Wologda	—	—	—	—	—	—	—	334	353	330	342	425
Wjatka	—	—	—	—	—	—	—	297	328	301	333	420
Kasan	—	—	—	—	—	—	—	328	358	357	406	434
Kaluga	—	—	—	—	—	—	—	550	549	543	587	663
Kostroma	—	—	—	—	—	—	—	539	590	571	577	646
Moskau	—	—	—	—	—	—	—	1587	1607	1563	1566	1820
Nischny-Nowgorod	—	—	—	—	—	—	—	611	609	591	650	711
Orel	—	—	—	—	—	—	—	561	584	557	582	672
Pensa	—	—	—	—	—	—	—	487	501	462	560	601
Rjasan	—	—	—	—	—	—	—	554	609	549	547	650

Fortsetzung von Beilage 2.

	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906
Gouvernements:												
Saratow	—	—	—	—	—	—	—	495	542	545	569	575
Simbirsk	—	—	—	—	—	—	—	377	424	421	485	512
Tambow	—	—	—	—	—	—	—	519	582	560	582	608
Twer	—	—	—	—	—	—	—	593	595	561	575	650
Tula	—	—	—	—	—	—	—	745	793	734	713	843
Jaroslaw	—	—	—	—	—	—	—	701	723	696	719	807
Terek- u. Dahestan-Geb.	—	—	—	—	—	—	—	—	249	240	234	263
Tobolsk und Akmolinsk	—	—	—	—	—	—	—	—	677	549	567	665
Tomsk u. Semipalatinsk	—	—	—	—	—	—	—	—	477	523	531	635
Jenisseisk	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	982	991
Sabaikalsk	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	753	813
Irkutsk u. Jakutsk	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1280	1404
Russisches Reich	—	—	—	508	555	479	449	511	556	542	567	634

3. Bewegliches Vermögen der Monopolverwaltung
am 1. Januar 1907.

	Rubel	Kop.
Möbel, Kontor, Lager- und Ladeneinrichtungen	3 352 675	80
Löschgeräte	351 786	44
Wagen, Masse, Alkoholmeter u. s. w.	336 951	21
Maschinen zur Flaschenauffüllung	4 377 376	43
Pferde, Fuhrwerk, Geschirr u. s. w.	73 293	40
Arbeitsinstrumente	674 396	54
Ausstattung der Laboratorien	319 553	55
Sonstige Gegenstände	757 426	99
Zusammen	10 243 460	36

4. Unbewegliches Vermögen der Monopolverwaltung
am 1. Januar 1907.

	Rubel	Kop.
Grundstücke (1 358 953 Qu.-Dessjatin)	4 697 690	76
Banten	61 749 196	09
Maschinen	23 520 131	28
Zentralheizung	2 349 942	28
Elektrische Beleuchtungsanlagen	2 233 971	87
Artesische Brunnen, Wasserleitung, Kanalisation	3 765 270	10
Sonstiges	3 014 278	19
Zusammen	101 330 480	47

5. Kurze Uebersicht über die Umsätze des Monopols.

	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906
Zahl der Gouvernements " Lager " Verkaufsstellen	4 74 3940	13 213 16 577	20 283 20 158	35 341 26 896	35 323 25 441	43 331 28 873	64 381 38 423	71 385 41 132	71 376 41 458	75 379 42 261	75 404 —	75 388 —
darunter: { staatliche private	2817 1123	10 228 6 349	13 540 6 618	16 974 9 922	16 923 8 518	19 520 9 353	26 804 11 559	28 449 12 683	28 242 13 216	28 749 13 512	28 560 —	28 341 —
Auf je eine Verkaufsstelle kamen (in Eu- ropäisch. Russland) Einwohner	8394	5 125	6 816	6 400	7 595	8 293	9 950	9 685	9 479	9 586	—	—
Menge des verkauften Branntweins in Tausend Wedro zu 40 %	2950	8 796	16 497	31 112	33 981	36 804	49 485	62 977	69 773	70 312	75 037	85 467
Menge des Ankaufes von Spiritus (Tau- send Wedro 40 %)	4283	13 691	18 804	34 196	36 117	41 531	59 352	66 714	72 824	73 571	—	—
Davon wurde angekauft auf dem Sub- missionswege in %	40	42	35	49	46	35	23	21	23	6,2	—	—
Spirituspreise: für Rohspiritus vom Fin.-Minister be- stimmte Submissionspreise	67,9 49,95	59,67 53,93	57,66 55,50	63,58 64,50	63,75 75,30	65,01 77,13	65,09 74,39	69,95 61,04	71,19 63,48	75,15 73,82	72,19 71,75	75,33 77,91
Durchschnittspreis (in Kop. pro Wedro zu 40 %)	61,50	57,68	54,06	64,21	60,07	69,97	67,66	68,43	69,98	75,11	—	—
für rektif. Spiritus vom Fin.-Minister be- stimmte Submissionspreise	—	73,13 72,76	75,63 67,39	75,55 80,85	74,66 82,34	75,72 87,88	76,57 88,43	95,72 77,58	92,96 78,10	96,88 95,99	103,41 101,09	114,38 106,16
Durchschnittspreis (Kop. pro Wedro)	80,01	73,09	68,11	80,47	81,97	85,28	85,27	87,88	86,82	96,88	—	—
Bruttoeinnahme (Taus. Rubel)	23 262	64 877	119 462	227 818	247 313	272 742	384 026	488 028	540 978	546 981	612 488	696 849

6. Die Erkrankungen der Angestellten und Arbeiter im Monopol.

Nach den Berichten von 62 Gouvernements. 1908.

Laufd. Nr.	Krankheiten	in Gouvern.	Zahl der Erkrankungen	Laufd. Nr.	Krankheiten	in Gouvern.	Zahl der Erkrankungen
1.	Pocken	7	7	43.	Leberkrankheiten	42	151
2.	Windpocken	25	68	44.	Nierenentzündungen	39	133
3.	Scharlach	28	101	45.	Andere Krankh. der männl. Harnwege	52	304
4.	Masern	25	147	46.	Krankh. der weibl. Geschlechtsorgane	55	1 486
5.	Keuchhusten	28	191	47.	Schwangerschaft	50	678
6.	Grippe	60	8 838	48.	Geburten	35	193
7.	Diphtherie	32	97	49.	Muskel- u. Sehnenerkr.	50	2 510
8.	Typhus	46	215	50.	Phlegmone	55	2 570
9.	Flecktyphus	9	18	51.	Ekzem	60	5 682
10.	Typhus (Recidiv)	3	8	52.	Chronische Wunden	49	1 685
11.	Dysenterie	47	518	53.	Eiterbeulen	58	3 165
12.	Tuberkulose	40	298	54.	Nagelwurm	51	1 460
13.	Lungenentzündung	46	230	55.	Hautrisse	55	6 052
14.	Ohrendrüsengeschwulst	41	323	56.	And. Hautkrankheiten	—	8 970
15.	Rheumatismus	60	9 397	57.	Erkr. der Knochen	50	222
16.	Kindbettfieber	15	59	58.	Trachom	38	598
17.	Rotlauf	43	234	59.	Konjunktivitis	57	4 151
18.	Malariafieber	56	12 164	60.	Andere Augenkrankh.	—	1 567
19.	Skorbut	19	52	61.	Stör. d. Gehörsinnes	60	1 936
20.	Andere kontagiöse Krankheiten	—	121	62.	„ „ Geruchssinnes	50	1 163
21.	Syphilis	34	128	63.	Verletzungen	61	5 499
22.	Tripper (Ulcus molle)	17	46	64.	„ durch Glas-splitter	62	38 703
23.	Gonorrhöe	38	268	65.	Andere traumatische Unfälle	—	6 219
24.	Skropheln	40	767	66.	Verrenkungen	50	601
25.	Rachitis	26	98	67.	Knochenbrüche	23	158
26.	Blutarmut	60	4 861	68.	Verletz. d. Gewebe	12	47
27.	Marasmus	3	3	69.	Einprägung von div. Gegenständen	39	587
28.	Krebs	?	18	70.	Brandwunden durch Siegelack	62	8 068
29.	Andere Neubildungen	36	358	71.	Andere termische u. chemische Verletz.	—	981
30.	Geistesstörungen	7	9	72.	Erfrierenlassen	26	79
31.	Bandwurm	48	511	73.	Andere Verletzungen	—	100
32.	Krätze	50	604	74.	Alkoholismus	17	38
33.	And. Parasitenkrankheiten	—	169	75.	Vergiftung durch Alkoholdampf	8	38
34.	Nervenkrankheiten	61	9 802	76.	Gehirnerschütterungen	5	8
35.	Krankh. d. Blutgefäße	53	868	77.	Verschiedene and. Erkrankungen	—	6 763
36.	Blutadererweiterungen	36	145				223 028
37.	Erkrank. d. Atmungsorgane	62	19 551				
38.	Angina	57	6 365				
39.	Zahnkrankheiten	62	8 353				
40.	Magen- und Darmkrankheiten	61	19 980				
41.	Brüche	38	117				
42.	Andere Verdauungskrankheiten	54	4 156				

7. Zahl der in den Lagern beschäftigten Personen.

(1903; in den Lagern von 62 Gouvernements.)

	Männer	Frauen	Knaben	Mädchen	Gesamtzahl
Kontorpersonal	5 040	—	—	—	5 040
Kommis, Meister, ältere Arbeiter	4 788	79	—	—	4 867
Ständige Arbeiter	9 368	13 776	49	38	23 231
Unständige Arbeiter	21 516	23 139	197	133	44 985
darunter Tagelöhner	18 220	18 050	152	110	36 532
Gesamtzahl d. beschäft. Personen	40 712	36 994	246	171	78 123
ohne die Tagelöhner	22 492	18 944	94	61	41 591

8. Aus den russischen Reichsetats für 1907 und 1908.

Einnahmen:	1907	1908
	in Tausend Rubel	
I. Direkte Steuern	157 835	173 301
II. Indirekte Steuern	456 864	490 034
III. Gebühren	109 281	116 949
IV. Staatsregalien	756 543	784 751
darunter das Branntweinmonopol	(673 050)	(696 225)
V. Staatsbesitztum und Kapitalien	607 647	657 356
VI. Verküsterungen von Staatsvermögen	504	488
VII. Ablösungszahlungen der Bauern	508	507
VIII. Ersatz von Ausgaben der Reichsrentei	76 909	83 140
IX. Verschiedene Einnahmen	8 872	12 361
Totalsumme der ordentlichen Einnahmen	2 174 963	2 318 887

VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG IN TüBINGEN.

Die Branntweinsteuer,

ihre Stellung im Steuersystem und in der Volkswirtschaft,
ihre geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Gestalt
in den einzelnen Ländern und ihre Erhebungsformen

von

Dr. J. Wolf.

Gross 8. 1884.

Ueber die Aktion der Brennerei in Deutschland zur Verbesserung ihrer Lage.

Von

Dr. J. Wolf.

8. 1885. M. —.60.

VERLAG VON J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) IN TüBINGEN.

Zur Beurteilung

der

**gegenwärtigen politischen Entwicklung
Russlands.**

Von

S. J. Giwago und Max Weber.

Lex. 8. 1906. M. 1.60.

(Beilage zum „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ Band XXII Heft 1.)

Russlands Uebergang zum Schein- konstitutionalismus.

Von

Max Weber,

Professor in Heidelberg.

Lex. 8. 1906. M. 3.—.

(Beilage zum „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ Band XXIII Heft 1.)

VERLAG VON J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) IN TüBINGEN.

Das Vinkulationsgeschäft.

(Die Lombardierung rollender Güter).

Eine volkswirtschaftlich-juristische Studie. Zugleich ein Beitrag zur Lehre von der Gattungsschuld und der Intervention Dritter bei der Erfüllung des Schuldverhältnisses.

Von

Dr. James Breit,

Rechtsanwalt beim K. Oberlandesgericht in Dresden.

Gross 8. 1908. M. 7.—.

VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG IN TüBINGEN.

Verbrechen und Verbrechenertum in Oesterreich.

Kritische Untersuchungen über Zusammenhänge von Wirtschaft und Verbrechen.

Von

Dr. Hugo Herz,

Privatdozenten in Brünn.

Gross 8. 1908. M. 6.60.

Wirtschaftliche und soziale Bedeutung der ländlichen Genossenschaften in Deutschland.

Von

Dr. Max Grabein,

Generalsekretär des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftl. Genossenschaften.

Gross 8. 1908. M. 3.60.

Die Heimstätte oder die Unangreifbarkeit des ländlichen Grundbesitzes.

Eine sozialökonomische Studie.

Von

Dr. K. Jowanowitsch.

Gross 8. 1908. M. 2.50.

Zur Rechtsfähigkeit der deutschen Arbeiterberufsvereine.

Die Lage dieses Problems, aus seiner Geschichte entwickelt.

Von **A. Thorndike.**

Gross 8. 1908. M. 7.60.

Druck von H. Laupp jr in Tübingen.

ZEITSCHRIFT
FÜR DIE
GESAMTE STAATSWISSENSCHAFT

Herausgegeben von
Dr. K. Bücher,
o. Professor an der Universität Leipzig.

Ergänzungsheft XXVI.

Der
Bernische Kommerzienrat
im 18. Jahrhundert.

Von

Dr. Ernst Lerch.

TÜBINGEN.
VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG
1908.

Preis im Einzelverkauf M. 4.—.

*Preis für die Abonnenten der „Zeitschrift für die gesamte Staats-
wissenschaft“ oder der „Ergänzungshefte“ M. 3.40.*

VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG IN TÜBINGEN.

Ergänzungshefte zur Zeitschrift f. d. ges. Staatswissenschaft.

	Im Abon- nem.	Im Einzel- verkauf.
I. Das Gewerbe in Georgien unter besonderer Berücksichtigung der primitiven Betriebsformen. Von Ph. Gogitschayschwili. 1901.	2.80.	3.60.
II. Wollproduktion und Wollhandel im XIX. Jahrhundert mit besond. Berücksichtigung Deutschlands. Von W. Senkel. Mit 4 Diagrammen. 1901.	4.—.	5.—.
III. Der Petroleumhandel. Von R. Schneider. 1902.	2.10.	2.75.
IV. Die Beiräte für besondere Gebiete der Staatstätigkeit im Deutschen Reiche und in seinen bedeutend. Gliedstaaten. Von P. Hacker. 1903.	2.40.	3.—.
V. Die Parzellenwirtschaften im Königreich Sachsen. Von K. Hey. 1903.	4.60.	6.—.
VI. Die landwirtsch. Produktiv- u. Absatzgenossenschaften in Frankreich. Von A. Pfütze. 1903.	2.10.	2.75.
VII. Ostfrieslands Schifffahrt und Seefischerei. Von L. E. Lübbers. Mit 8 Tabellen. 1903.	2.45.	3.20.
VIII. Die Schwankungen der landwirtsch. Reinerträge, berechnet für einige Fruchtfolgen mit Hilfe der Fehlerwahrscheinlichkeitsrechnung. Von A. Mitscherlich. Mit 2 Tafeln und vielen Tabellen. 1903.	3.30.	4.20.
IX. Die Bankkatastrophen in Sachsen im Jahre 1901. Von A. Schulze. 1903.	2.80.	3.60.
X. Die Gesindevermittlung in Deutschland. Von F. Ludwig. Mit 2 graph. Darstellungen im Text. 1903.	3.60.	4.50.
XI. Der Musterlagerverkehr der Leipziger Messen. Von P. L. Heubner. 1904.	2.—.	3.—.
XII. Das Schuldenwesen der deutschen Städte im Mittelalter. Von B. Kuske. 1904.	2.—.	2.50.
XIII. Der Frondienst als Arbeitssystem. Seine Entstehung und seine Ausbreitung. Von O. Siebeck. 1904.	2.—.	2.50.
XIV. Beiträge zur Lehre von den Lohnformen. Von O. von Zwiedineck-Südenhorst. 1904.	2.80.	3.60.
XV. Salpeterwirtschaft und Salpeterpolitik. Eine volkswirtschaftl. Studie über das ehemalige europäische Salpeterwesen, nebst Beilagen. Von O. Thiele. 1905.	5.—.	6.—.
XVI. Deutschlands Lederproduktion und Lederhandel. Von J. Hanisch. 1905.	2.50.	3.20.
XVII. Die Inventur der Firma Fugger aus dem Jahre 1527. Von J. Strieder. 1905.	3.—.	3.60.
XVIII. Englische Freihändler vor Adam Smith. Ein Beitrag zur Geschichte der Politischen Oekonomie. Von F. Raffel. 1905.	4.—.	5.—.
XIX. Der Steinkohlenbergbau in Preussen und das Gesetz des abnehmenden Ertrages. Von A. Bosenick. 1906.	2.50.	3.—.
XX. Die neuere Entwicklung des Petroleumhandels in Deutschland. Von Fr. Gehrke. 1906.	2.60.	3.—.
XXI. Die Uhrenindustrie des württembergischen Schwarzwaldes. Von J. Kuckuck. 1906.	3.60.	4.50.
XXII. David Ricardo und die Grenzwertheorie. Von Dr. Dimitri Kalinoff. 1907.	3.—.	3.60.
XXIII. Die Münz- und Geldpolitik der Stadt Basel im Mittelalter. Von Bernhard Harms. 1907.	5.50.	6.50.
XXIV. Die Wertzuwachssteuer. Von Karl Kumpmann. 1907.	2.80.	3.60.
XXV. Das Branntweinmonopol in Russland. Von David Lewin. 1908.	4.45.	5.—.
XXVI. Der bernische Kommerzienrat im 18. Jahrhundert. Von Dr. Ernst Lerch. 1908.	3.40.	4.—.
XXVII. Die Postsparkassen als Volk- und Staatsbanken. Von Dr. Fritz Heber. 1908.	4.20.	5.—.

ZEITSCHRIFT
FÜR DIE GESAMTE
STAATSWISSENSCHAFT

In Verbindung mit

Oberbürgermeister Dr **F. ADICKES** in Frankfurt a./M., Prof. Dr **G. COHN** in Göttingen, Oberbürgermeister a. D. Dr **v. HACK** in Urach, Ober-Verw.-Ger.-Rat Prof. Dr **F. v. MARTITZ** in Berlin, Kaiserl. Unterstaatssekretär z. D., Prof. Dr **G. v. MAYR** in München, Prof. Dr **Fr. J. v. NEUMANN** in Tübingen, Minister a. D. Dr **K. SCHENKEL** in Karlsruhe, Prof. Dr **A. VOIGT** in Frankfurt a./M., Geh. Reg.Rat Prof. Dr **A. WAGNER** in Berlin, Dr Freiherr **v. WEICHS** bei d. Direkt. d. k. k. Staatsbahnen in Innsbruck

HERAUSGEGEBEN

VON

Dr K. BÜCHER,
o. Professor an der Universität Leipzig.

Ergänzungsheft XXVI.

Der Bernische Kommerzienrat im 18. Jahrhundert.

Von

Dr Ernst Lerch.

T Ü B I N G E N
VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG
1908.

Der

Bernische Kommerzienrat

im 18. Jahrhundert.

Von

Dr Ernst Lerch.

TÜBINGEN 1908

VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG

Alle Rechte vorbehalten.

Druck von J. B. Hirschfeld in Leipzig.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Quellen	VI
Einleitung	I
Berns wirtschaftliche Lage am Ende des 17. Jahrhunderts und Versuche zu ihrer Hebung	4
I. Gründung und Organisation des Kommerzienrates	9—31
II. Finanzielle Beteiligung des Staates	32—56
Geldvorschuß 33, Geschenke 40, Prämien 44, Preise 44, Regiebetrieb 45, Staatliche Beteiligung an der Fabrik Sinner und Herff 51, Das Kommerzienhaus 56.	
III. Schutz vor Konkurrenz	57—76
1. Ausländische Konkurrenz — Einfuhrverbot 57, Zollfreiheit für Ausfuhr 76.	
2. Konkurrenz im Inlande (Privilegium exclusivum und andere „Konsumptionsmittel“)	77—80
3. Beschaffung von Rohmaterial	80—91
Förderung der Produktion im Lande 80, Ausfuhrverbote und Bestimmungen über den Vorkauf 83, Zollfreiheit für Rohstoffeinfuhr 88.	
IV. Staatliche Gewerberegulative	92—124
1. Technische Gewerberegulative	92
Inhalt der Regulative.	
a) Berufsbildung	96
b) Vorschriften über das verwendete Rohmaterial und dessen Verarbeitung	97
c) Andere Bestimmungen	100
d) Schau, Stempelung, Messung	101
e) Erfolg	107
2. Soziale Bestimmungen	109
a) Kinderarbeit	110
b) Lehrlingwesen	112
c) Truck	114
d) Arbeitslöhne	114
e) Arbeitsvertrag	116
f) Verfahren gegen unehrliche Arbeiter	121
g) Krankenkassen	122
V. Die Behandlung der Fremden	125
VI. Der Handel	133
1. Der Handel in der Stadt	133
2. Die Kramläden auf dem Lande	143
3. Hausierer und Marktkrämer	148

Quellen.

Im Staatsarchiv wurden folgende handschriftliche Quellen benutzt:

Ratsmanuale = R. M.

Polizeibücher = Pol. B.

Spruchbücher im untern Gwölb = U. Spr. B.

Teutsch Missivenbücher = Miss. B.

Mandatenbücher = Mand. B.

Responsa prudentum (Sammlung von Gutachten) = Resp. prud.

Instruktionenbuch des Kommerzienrates von 1687—1690. 1 Bd. = J. B. 1687.

Memorialbuch des Kommerzienrates von 1687—1690. 1 Bd. = Mem. B. 1687.

Instruktionenbücher des Kommerzienrates, umfassend die Jahre 1695—1798. 8 Bde.

= J. B. I—VIII. (Bd. I besteht aus zwei Teilen mit separater Seitenzählung).

= J. B. I a u. b.

Instruktionenbuch von 1792. 1 Bd. = J. B. 1792. (Enthält nur die neue Instruktion.)

Manuale des Kommerzienrates, umfassen die Jahre 1695—1798. 23 Bde. = Man.

A—Y. (Einige Bände enthalten zwei Teile mit besonderer Paginierung). = Man. FI, FII.

Manual des Kaufmannsdirektoriums, 1717. 1 Bd. = M. K. D.

Manual des Untern Handlungsgerichts, 1725—1732. 1 Bd. = M. H. G.

Manual des Untern Handlungsdirektoriums von 1755. 1 Bd. = M. H. D.

Matrikel der Negotianten von 1723. 1 Bd. = Matr.

Gedruckte:

Sammlung gedruckter Mandate. = Mand. Sammlg.

Aus dem Stadtarchiv wurden die Rechnungen des Kommerzienrats benutzt. Es existieren in 3 Bd. und 1 Heft noch die von 1711, 1714—16, 1723—28, 1733, 1754—97, 1798—1800. = C. R. R.

Einleitung.

Die mittelalterliche Naturalwirtschaft ging mit der Zeit zu spezialisierteren Wirtschaftsformen über; dem Feudalsystem, das auf der ländlichen Produktionsform beruhte, trat die Stadtwirtschaft mit ihrem patrizischen Regiment, mit ihren Zünften und Korporationen gegenüber. An die Stelle der Produktion für den eigenen Bedarf innerhalb der Familie oder der Genossenschaft, die das Ideal der mittelalterlichen Naturalwirtschaft war, trat jetzt die Produktion für Kunden und der freie Austausch auf dem Markte, dem wirtschaftlichen Zentrum dieser Stadtwirtschaft.

Für den Übergang von diesem Zustande zur Geldwirtschaft wurde das Merkantilssystem erdacht, das vom 16. bis ins 18. Jahrhundert fast in allen Staaten Europas in verschiedenen Formen auftrat.

Ein Hauptverdienst des Merkantilismus bestand bekanntlich in der Ausbildung der Lehre von der Handelsbilanz, die sich freilich nicht als einwandfrei erwies. Ebenso überschätzte er die Bedeutung der Volkszahl, wenn er die Regel aufstellte, daß ein Land nie zu viel Einwohner haben könne, und wenn er infolgedessen die Auswanderung verhindern, dafür aber möglichst viele Fremde anlocken wollte.

Der Merkantilismus, der Handel und Manufaktur in den Vordergrund menschlicher Tätigkeit stellte, wurde von der Lehre der Physiokraten abgelöst, die Grund und Boden und deren Bewirtschaftung als Quelle des Nationalreichtums betrachteten. Nur der Ackerbau bringt nach ihnen Neues hervor, während die Manufaktur nur Trennungen und Verbindungen bereits vorhandener Stoffe bewirkt.

Beide Systeme haben in Frankreich ihre höchste Ausbildung erfahren. Doch haben sie sich in mehr oder weniger reiner Form auch über die andern damaligen Kulturländer verbreitet. Auch in den kleinen Verhältnissen der Schweiz ist das Wehen jenes Geistes fühlbar, der hier besonders die Wende des 17. Jahrhunderts beherrschte.

Zwei Erscheinungen kennzeichnen die beiden genannten Hauptlehren auf dem wirtschaftlichen Gebiete des alten bernischen Staates, von dem man erwarten kann, daß er als Nachbar Frankreichs stark unter dessen Einfluß gestanden habe: Die ökonomische Gesellschaft und der bernische Kommerzienrat. Die ökonomische Gesellschaft, von einem Landwirt 1759 begründet, verkörpert mit ihren Bestrebungen zur Hebung der Agrikultur vorwiegend physiokratische Ideen. Sie ist zwar nicht eine Schöpfung des französischen Systems, aber doch des Geistes, der die Zeit um die Mitte des 18. Jahrhunderts beherrschte, und mit den Physiokraten hat sie in engster Verbindung gestanden.¹⁾ Der merkantilistische Gedanke dagegen hat den Kommerzienrat ins Leben gerufen, der nun bestimmt war, Handel und Gewerbe mit den Mitteln zu fördern, die das System zur Verfügung stellte.

Das Verhältnis der beiden nationalökonomischen Lehren zum Staate ließ sich kaum besser charakterisieren als durch die ökonomische Gesellschaft und den Kommerzienrat. Jene war eine private Gesellschaft, unabhängig vom Staate, der nach dem obersten Grundsatz der Physiokraten: *Laissez faire, laissez passer*, den ganzen wirtschaftlichen Verkehr nur sich selbst überlassen sollte, damit der allen Interessen genügende Zustand erreicht werde. Dieser hingegen war eine vom Staate geschaffene Behörde, die im Auftrage dieses Staates auf die Manufaktur durch Reglemente usw. einen heilsamen Einfluß ausüben sollte und beauftragt war, die Industrie sowohl wie ihre Arbeiter zu beaufsichtigen, damit nichts, was dem Staatswohl Vorteil bringen konnte, unterlassen, oder, was ihm schadete, getan werde. Nach dem Merkantilssystem hatte der Staat ein großes Interesse am Zustand von Industrie und Handel. „Reichtum ist zugleich Macht, und die politische Bilanz soll durch die Handelsbilanz gefördert werden. Politik und Volkswirtschaft verfolgen das gleiche Ziel. Die Manufakturpflege ist in erster Linie eine politische Angelegenheit und hat sich nach den Plänen der Staatsregenten zu gestalten. Die Volkswirtschaft ist sich nicht Selbstzweck.“²⁾

Es wird sich im folgenden darum handeln, zu untersuchen und zu zeigen, aus welchen Verhältnissen der bernische Kommerzienrat herauswuchs und auf welchem Boden er sich organisierte, welche Ziele ihm vorschwebten und welche Mittel er ergriff, um

1) *A. Oncken*, Der Ältere Mirabeau und die ökonomische Gesellschaft in Bern. Bern, K. J. Wyß, 1886.

2) *A. Oncken*, Geschichte der Nationalökonomie I. 158.

sie zu erreichen. Eine Geschichte der bernischen Industrien zu liefern, ist nicht beabsichtigt. Während der Arbeit drängte sich aber das Gefühl auf, daß die Industrie in der bernischen Volkswirtschaft, zumal des 18. Jahrhunderts, mehr Berücksichtigung verdient, als sie meist erhält. Tatsächlich werden, wenn von schweizerischer Industrie die Rede ist, die bernischen Verhältnisse kaum berührt, und doch standen einige Zweige auf einer Höhe der Entwicklung, auf der sie sich neben ihren Konkurrenten im Auslande sehen lassen konnten.

Berns wirtschaftliche Lage am Ende des 17. Jahrhunderts und Versuche zu ihrer Hebung.

Das bernische Staatswesen hatte sich bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts zu der geschlossenen Aristokratie ausgebildet, als welche es uns von da an bis zum Untergange im Jahre 1798 entgegentritt. Den Schlußstein in dem Gebäude bildete der Beschluß von 1643, nach dem von nun an niemand mehr ins unbeschränkte Bürgerrecht aufgenommen werden konnte.¹⁾ Nur Habitanten oder Kleinburger, auch ewige Einwohner genannt, nahm man auf. Sie hatten zwar keine politischen, wohl aber die gleichen ökonomischen Rechte wie die Bürger; so war die Stadt bewohnt von geduldeten und rechtlosen Hintersäßen und Burgern, diese getrennt in Vollburger und Kleinburger und die ersteren wieder in regimentsfähige und solche, die das Regiment wirklich führten: Patrizier, die sich auch das Recht des Weinhandels vorbehalten hatten, des einzigen Handelszweiges, den sie ihrer würdig erachteten. Der Grund zu dieser Ausschließlichkeit des Bürgertums lag einerseits in dem Anwachsen der burgerlichen Güter; denn der Besitz des Bürgerrechts bedeutete längst keine Pflicht mehr, sondern Mitgenuß der großen Besitzungen, der durch eine zu große Zahl von Anteilberechtigten nicht geschmälert werden sollte. Der Beschluß verfolgte aber auch einen wirtschaftlichen Zweck. Man wollte damit einer Erscheinung steuern, die man als „Staatskrankheit“ ebensogut bezeichnen kann wie manche andre Übelstände. Wir meinen die Ämtersucht.

Die Quellen der staatlichen Einkünfte hatten sich seit der Reformation bedeutend vergrößert, mehr durch die Erwerbung der Waadt als durch die Einziehung der Klostergüter; stärker noch war der Andrang zu den Beamtungen gewachsen. Handwerk, Handel

1) K. Geiser, Die Verfassung des alten Bern, in der Festschrift zur VII. Säcularfeier der Stadt Bern, 1891. IV. S. 83.

und Gewerbe, die nach der Reformation einen kräftigen Aufschwung genommen hatten, lagen wieder im argen; sie wurden den Staatsämtern zuliebe verlassen. Was nützte es, daß Gewerbsleute, Künstler, Handwerker, Handelsleute Aufnahme fanden, wobei die Regierung die Absicht hatte, diese Erwerbszweige zu fördern, wenn sie oder ihre Nachkommen die „nützlichen Begangenschaften“ aufgaben und bald ins nämliche Fahrwasser kamen? Viele verarmten in kurzer Zeit, so daß Abnahme des Gewerbes und Zunahme der Zahl der von öffentlicher Wohltätigkeit lebenden Familien Hand in Hand gingen.

Nun wollte man die Berufsleute zwingen, bei ihrer Beschäftigung zu bleiben. Hatte aber die Art des Vorgehens nicht auch ihre Gefahr? Der Neuangekommenen wartete die völlige Rechtlosigkeit als Hintersäßen; denn auch das beschränkte Bürgerrecht sollte nur sehr sparsam erteilt werden. Warum sollte einer diese Verhältnisse wählen, wenn anderwärts schönere ihn lockten? Warum sollte er in Bern rechtlos sein, wenn er in Basel von allen Beschränkungen frei in den Wettbewerb eintreten konnte? Die Stadt erfuhr höchst wahrscheinlich diese nachteilige Folge des Beschlusses von 1643 schon im Jahre 1676. Damals suchten die Verordneten zur „Introduction der Commerciens oder Manufacturen“ Personen „von gnugsamer Wüßenschaft und experienz“ zu gewinnen. Man verhandelte mit zwei „gewerbsverständigen“ Personen aus einem reformierten Orte, die verlangten, in das unbeschränkte Bürgerrecht aufgenommen zu werden, jedoch versprachen, auf alle Ämter zu verzichten.¹⁾

Der Große Rat war damals gewillt, auf den Vorschlag einzugehen, und gab der Kommission den Auftrag, weiter zu verhandeln, doch unter der Bedingung, daß sich die neuen Bürger nur ihrem Berufe widmen sollten und auch ihre Kinder dazu anhielten.²⁾ Wir wissen nicht, ob die Verhandlungen zu einem Resultate führten.

Nicht besser als in der Hauptstadt stand es um die Industrie in den Landstädtchen; auch da war ein Niedergang zu verzeichnen. Die Bürger gaben Handel und Gewerbe auf und befaßten sich mit Landbau, zu dem die großen Gemeindegüter günstige Gelegenheit boten. Anderseits ging ihr Trachten nach den Ämtern der Stadtverwaltung, die ihnen nicht nur einträglicher schienen, sondern bei denen sie auch angesehener waren, oder sie lebten von den Erträgen ihrer Kapitalien.³⁾

1) R. M. 175, S. 442.

2) Pol. B. 8, S. 31.

3) K. Geiser, Geschichte des Armenwesens des Kantons Bern, 55.

Auf dem Lande bedeutete die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts eine schwere Krisis, nicht nur in Bern, sondern in der ganzen Schweiz. Während des dreißigjährigen Krieges, als Deutschland verödet war, hatte die Schweiz den deutschen Markt mit Lebensmitteln versehen, so daß diese in den dreißiger und vierziger Jahren trotz der guten Ernten sehr stark im Preise gestiegen waren. Dazu kam ein hoher Verdienst durch den Transithandel aus Italien und Frankreich. Die Güterpreise stiegen um das Doppelte und Dreifache, weil viele Flüchtlinge sich in der Schweiz ansiedelten und Grund und Boden erwarben. Das Land hatte während des Krieges seine gute Zeit, die sich nach dessen Beendigung rasch in das Gegenteil verwandelte. Lebensmittel- und Güterpreise sanken, die teure Lebensführung blieb; wer an seinem Gute, das nun um die Hälfte im Preise sank, die Hälfte bezahlt hatte, verlor diese, während die Schuld haften blieb. Es ist bekannt, daß diese wirtschaftliche Krisis, die durch die Münzverschlechterung und mancherlei Verkehrsstörungen noch verstärkt wurde, den Bauernkrieg des Jahres 1653 herbeiführte. Durch die Niederwerfung des Aufstandes und die harte Behandlung der Unterworfenen wurde die gedrückte Lage nicht gebessert. Stadt und Land, Regenten und Regierte, waren von nun an durch eine noch größere Kluft getrennt. Allerdings suchte die Regierung manche berechtigte Klage durch Verbesserung der Verwaltung aus der Welt zu schaffen; die Landvögte wurden unter genaue Aufsicht gestellt, und 1710 entschloß man sich sogar zur Besetzung der Landvogteien durch das Los, um Mißbräuchen bei der Bewerbung und der Ausbeutung des Landvolkes vorzubeugen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse besserten sich gegen Ende des Jahrhunderts etwas; doch wird immer noch berichtet, daß fast in allen Teilen des Landes große Armut herrsche und ein nicht geringer Geldmangel zu verspüren sei. Die ungesunden Bodenkreditverhältnisse, die eben zum großen Teile aus der Zeit des dreißigjährigen Krieges stammten, die vielen Wirtshäuser, unrationeller Bodenbau, Üppigkeit und Verschwendung und Mißbräuche in der Verwaltung des Landes durch die Landvögte sollten an dem schlechten Zustande der Landbevölkerung schuld sein.¹⁾ Dementsprechend waren die Maßregeln zur Beseitigung der Mißstände zu wählen.

In diese Bestrebungen, die soziale Lage des Volkes zu heben, fällt die Entstehung und die beginnende Arbeit des Kommerzien-

1) K. Geiser, Armenwesen, 53.

rates. Ein Rettungsanker erschien in den Tagen der Trübsal. Auf die „Introduction der Commerciën“ setzte man die kühnsten Hoffnungen, die sich auch im günstigsten Falle nicht erfüllen konnten. Wollte man doch „unwidersprechlich demonstrieren, daß durch einföhrung der Manufacturen innert zehn Jahren, beides, zu Statt und zu Landt, allem bätel abzuhelfen wäre“.

Die Kommission, die in den siebziger Jahren zur Förderung der Industrie bestand, ging an die gründliche Untersuchung der Ursachen der Landesarmut, und sie fand diese in der ungünstigen Handelsbilanz, worunter sie allerdings das verstand, was wir heute Warenbilanz nennen.

Aus dem Gutachten, das der Kommerzienrat am 8. September 1687 den G. H. einreichte ¹⁾, verdienen zwei Momente hervorgehoben zu werden: Einmal die Erkenntnis, daß die Summen, die jährlich in das Gewölbe gelegt wurden, der wirtschaftlichen Produktion entzogen seien, daß sie ein totes Kapital bedeuteten, daß es national-ökonomisch auf eins herauskam, ob sie im Gewölbe lagen oder gar nicht existierten. An diesem Punkte setzte später der Kommerzienrat ein, indem er die überflüssigen Regierungsgelder zur Hebung der Industrie verwenden wollte, um sie auf diese Weise fruchtbringend zu des Landes Wohl auszugeben. Der Erfolg war nicht groß, so daß man sich später von einer solchen Anlage abwandte und die Kapitalien auf ausländische Unternehmen auslieh. ²⁾

Sodann ist zu beachten die scharfe Erfassung des Prinzips der Warenbilanz, die aber damals gleichbedeutend war mit Wirtschaftsbilanz, und die klare Erkenntnis des ungünstigen Resultates für den Anteil Berns im internationalen Warenaustausch. Eine ausführliche Zusammenstellung der Summen, die für fremde Produkte aus dem Lande gingen, wurde gleichzeitig mit dem Memorial ausgearbeitet und wahrscheinlich diesem beigelegt. Es kann sich bei dem Fehlen jeder Handels- und Zollstatistik selbstverständlich nur um angenäherte Werte handeln. Wir entnehmen ihr, daß für über 200 000 Kronen fertige Industrieprodukte, die Metallwaren nicht gerechnet, eingeföhrt wurden. Sie betrafen vor allem die Tuchfabrikation, Wollen-, Seiden- und Baumwollindustrie, außerdem die Wirkerei, die feinere Gerberei, Uhrmacherei und einige kleinere Gewerbe und Handwerke. Auch die Rohstoffe für die Industrie

1) J. B. 1687, S. 47 ff.

2) Vgl. *Julius Landmann*, Die auswärtigen Kapitalanlagen aus dem Berner Staatsschatz im XVIII. Jahrhundert. Jahrbuch für schweizerische Geschichte, Bd. 28, 29.

machten ansehnliche Summen aus, z. B. rohe Wolle und Seide, die mit zusammen 100 000 Kronen vertreten sind und allein schon zeigen, daß diese Manufakturen eine nicht unbedeutende Verbreitung hatten, aber auch erklären, daß Anstrengungen gemacht wurden, diese Beträge durch Hebung der Produktion im Lande zu verringern. Aus der Beratung der Denkschrift im Großen Rate gingen folgende Vorschläge hervor: Beschränkung der Einfuhr von Lebensmitteln auf das Notwendigste, Verbot der Einfuhr von Luxusartikeln, Einfuhr des Notwendigen in rohem Zustande, Vervollkommnung des Handwerks, Förderung der Ausfuhr von Landesprodukten, Verhinderung des frühen Reislaufens und Verbesserung des Schulwesens.¹⁾

Daraus ergab sich im wesentlichen der dritte Punkt, an dem der Kommerzienrat mit seiner Tätigkeit einsetzen konnte. Alle Kräfte sollte er aufbieten, um die bisher passive Warenbilanz in eine aktive zu verwandeln, so daß das Land reicher an Metallgeld würde. Das wollte man durch Hebung der einheimischen Industrie erreichen, ein Unterfangen, an dessen Gelingen man von vornherein zweifeln könnte, wenn man bedenkt, daß der Historiograph Jakob Lauffer den Bernern das Zeugnis ausstellte, sie taugen nicht zu Handwerk und Handelschaft.²⁾

1) J. B. 1687, S. 1 ff.

2) Genaue und umständliche Beschreibung helvetischer Geschichte, III. 17. Zürich 1736.

I. Gründung und Organisation.

Wenn man einen Blick auf die bernischen Ratsverhandlungen der damaligen Zeit wirft, so sieht man, wie allmählich sich die Erkenntnis Bahn brach, daß die bisherige Produktion weder in der Form noch in der Menge genüge, daß die einzelnen Versuche, die von alters her mit Industrie und Gewerbe gemacht worden waren, vermehrt und ausgebaut werden mußten, und daß man, was bis jetzt nur nebenbei berücksichtigt worden war, zum Prinzip erheben und systematisch behandeln müsse. Daraus ergab sich eine neue Aufgabe für den Staat: Er wollte durch Einführung von Handel und Industrie für das Wohl seiner Untertanen sorgen; zu diesem Zwecke schien die Einführung des Kommerzienrates geboten.

Ein äußeres, mehr zufälliges Moment förderte die Bewegung: die Einwanderung evangelischer Flüchtlinge aus Frankreich. Diese hatte allerdings schon während der Glaubenskämpfe im 16. Jahrhundert eingesetzt, und Basel und Zürich erhielten ihre wichtigsten Industrien¹⁾. Bern hatte damals seine Tore möglichst verschlossen.

In der Regierungszeit Ludwigs XIV. setzte die Refugientenbewegung von neuem ein, um nach der Aufhebung des Edikts von Nantes 1685 den Höhepunkt zu erreichen. Diesmal gab es in Bern, wo unterdessen schon Schritte zur Einführung der Industrie getan worden waren, Männer, die lebhaft für die Aufnahme der Flüchtlinge eintraten, indem sie daran die Hoffnung knüpften, daß Berns Gewerbe und Handel dadurch einen kräftigen Antrieb erhielten.²⁾

In Frankreich schuf Heinrich IV. den ersten Conseil de Commerce um das Jahr 1607, der aber mit dem Tode des Königs unterging; von Richelieu wiedererrichtet, mit dem Tode Ludwigs XIII. eingegangen, rief ihn Ludwig XIV. erst 1700 wieder

1) *Geering*, Handel und Industrie der Stadt Basel, 448.

2) Memorial der Kommerzienkammer vom 8. September 1687; J. B. 1687, S. 47.

ins Leben. Er bestand aus neun hohen Beamten, hauptsächlich des Finanzwesens, und je einem Abgeordneten der dreizehn bedeutendsten Städte des Landes.¹⁾

Neben dieser Behörde für das ganze Land gab es in den wichtigeren Handelsstädten Handelskammern; die meisten wurden aber erst durch königliches Edikt vom 30. August 1701 geschaffen.²⁾ Älter sind nur die von Dänkirchen (1700) und Marseille, welche 1650 ins Leben trat.³⁾ Sie erscheinen hauptsächlich als Vertreter der Kaufmannschaft, immerhin unter dem Vorsitz oder mit Beiziehung von Amtspersonen. Selbstverständlich kannten die Berner diese Einrichtungen, zumal die Kammer von Marseille, ging doch nach Lyon und an das Mittelmeer ein großer Teil des bernischen und des übrigen schweizerischen Handels.⁴⁾

Auch in schweizerischen Städten bestanden Handelskammern, so die kaufmännischen Direktorien von Zürich und St. Gallen. Aber sie waren nur durch Vertreter der Handelsleute gebildet; in Zürich sicherte sich die Regierung erst im Anfange des 18. Jahrhunderts einen größeren Einfluß durch die Bestimmung, daß ein Teil der Mitglieder dem Rate angehören mußte; wenig später wurden diese vom kleinen Rate selber gewählt.⁵⁾

Es ist wahrscheinlich, daß diese Kammern dem bernischen Rate vorschwebten, als es sich um die Schaffung der neuen Behörde handelte. Direkt weist uns darauf hin eine Äußerung des Kommerzienrates selber. Als die Handelsleute unter den Burgern von der Kammer ausgeschlossen wurden, führte sie als Beispiel, daß es anderwärts anders gehalten werde, Zürich, Basel und St. Gallen an.⁶⁾ Der bernische Kommerzienrat mußte ganz naturgemäß anders zusammengesetzt sein. Die Aristokratie konnte nicht zugeben, daß andere als Ratsmitglieder dazu gewählt wurden, und er erscheint daher von Anfang an nicht als beratende Vertretung der industriellen und Handelsbevölkerung, sondern als Bestandteil der Regierungsmaschine.

1) *Savary*, Dictionnaire universel de commerce (1742) I. 1023.

2) *Savary*, I. 739.

3) *Roscher*, Nationalökonomik des Handels und Gewerbleißes, 497.

4) Versuch einer Geschichte der Handelschaft der Stadt und Landschaft Zürich (1763), 154, 166. *J. C. Fäsi*, Staats- und Erdbeschreibung I. 554.

5) *Bürkli-Meyer*, Zürcher Taschenbuch 1883. *Wartmann, H.*, in Reichesberg, Handwörterbuch der schweizerischen Volkswirtschaft II. 721 ff.

6) Dort „sind den Commerzien und Handlungen vorgesetzt diejenigen, welche am stärksten Handlungen treiben und derselben die beste Wissenschaft haben, hingegen die so nichts handeln, davon ausgeschlossen“.

Langsam entwickelten sich die Verhältnisse, die unsere Behörde entstehen ließen; darum ist es selbstverständlich, daß der Kommerzienrat nicht mit einem Schlage auf der Bildfläche erscheint. Es ist uns leider nicht gelungen, die ersten Keime nachzuweisen. Soviel aber ist sicher, daß sie in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zu suchen sind. Anfangs gab es nur vereinzelte Geschäfte zu beraten, die zur Voruntersuchung und zur Berichterstattung an eine Kommission gewiesen wurden. In einer solchen liegen die Anfänge des Kommerzienrates. Wir wissen nicht, ob das Geschäft, das am 15. März 1676 behandelt wurde, und in dem es sich um die Aufnahme von zwei „gewerbsverständigen Personen“ ins unbeschränkte Bürgerrecht handelte, das erste war, das dieser Kommission vorgelegt wurde; wenigstens fanden wir sie zum ersten Mal erwähnt.¹⁾

Die Kommission erscheint bald darauf als ständige. 1678 hören wir wieder von Schultheiß von Erlach „und Mitverordneten zum Commerciengeschäft“. ²⁾ Noch deutlicher spricht die Weisung, die Kommission zu ergänzen. ³⁾ 1679, 20. September, erscheint sie wieder als „die Committierten zum Commerciengeschäften“. ⁴⁾ In den achtziger Jahren trägt sie den Namen „Commerciens Cammer“, so 1681⁵⁾, 1683⁶⁾, 1684⁷⁾, 1686.⁸⁾

Sie bestand aus dem Schultheißen als Präsidenten und einigen Mitgliedern des Kleinen und Großen Rates. Die Wahl geschah durch die Vennerkammer. ⁹⁾ Noch hatte die Kommission keine selbständige Bedeutung, noch hielt sie nicht regelmäßig Sitzungen; ihre Mitglieder saßen auch in andern Kammern, die mehr eintrugen und ihre Zeit in Anspruch nahmen. So mögen die Geschäfte der Kommerzienkommission etwas vernachlässigt worden sein. ¹⁰⁾ Aber auch ihre Abhängigkeit von der Vennerkammer war hinderlich. Ihre Anträge fanden nicht die gewünschte Berücksichtigung und blieben oft liegen, was zur Weiterarbeit nicht gerade aufmunterte. ¹¹⁾

Nun gab das Memorial der Kommerzienkammer vom 8. September 1687 ohne Zweifel den Anlaß zur Gründung des Kommerzienrates. ¹²⁾ Ausgehend vom Nutzen der Manufaktur und des Handels, ging es über zur Betrachtung der wirtschaftlichen Lage des

1) R. M. 175, S. 442.

2) R. M. 182, S. 25.

3) R. M. 183, S. 10.

4) R. M. 185, S. 151.

5) R. M. 192, S. 324.

6) Pol. B. 8, S. 371.

7) ibid., S. 369.

8) R. M. 203, S. 453, 464.

9) R. M. 183, S. 10.

10) R. M. 203, S. 464.

11) J. B. 1687, S. 47 ff.

12) J. B. 1687, S. 47 ff., R. M. 210, S. 150.

bernischen Staates und kam zum Schlusse, daß diese eine Besserung nötig habe, die aber nur durch schleunige Einführung von Handel und Industrie zu erwarten sei.

Hierauf wurden die Vorteile für die handelnde und regierende Bürgerschaft erörtert, und endlich kam man auf die zu geringen Befugnisse der Kommerzienkammer zu reden und verlangte, „die Commission der dependenz von andern Cammern ußert dem höchsten gwalt zu liberieren“ und ihr die Kompetenz zu erteilen, den Fabrikanten gewisse Privilegien zuzusichern, überhaupt alles zu tun, was zur Erreichung des Zieles dienen konnte.

Die Eile, mit der das Geschäft vom Großen Rate behandelt wurde, zeigt, wie dringend es war, und welches Interesse man ihm entgegenbrachte. Es war hauptsächlich auf die Einführung der Industrie von Seide, Wolle, Leinwand und Leder abgesehen, und die Zweihundert erkannten als Hauptmittel zu ihrer Förderung: Gewinnung von Meistern, die der Fabrikation kundig wären, und Heranziehung von Großhändlern, die für Absatz sorgen würden. Sie waren geneigt, diese des Zolls für die Waren, die sie mitbrachten, so wie für das rohe Material, das sie während der ersten fünf Jahre einführten, zu entheben und sie nach einer Probezeit von drei Jahren mit ihren Gütern ziehen zu lassen, ohne das Abzugsrecht anzuwenden. Man stellte ein eigenes Handelsgericht in Aussicht, wollte ihnen Platz in obrigkeitlichen Häusern gewähren und die Anstellung fremder Arbeiter erlauben, bis sich die nötige Zahl in der bernischen Bevölkerung selbst fand. Endlich sollte die bisherige Kommission zu einem ordentlichen Kommerzienrate ausgebaut werden. Dieser letzte Vorsatz wurde zuerst verwirklicht; die neue Behörde sollte dann das übrige tun. Rasch wurde in allgemeinen Umrissen der Plan entworfen, Rechte und Pflichten der neuen Behörde bestimmt; am 14. September erfolgte die Wahl der Kommerzienräte, und am 22. September erschien die Instruktion.

Die Zahl der Mitglieder betrug acht, nachdem am 8. September nur sechs vorgeschlagen worden waren.¹⁾ Von den acht gehörten zwei dem Kleinen Rate, sechs den Zweihundert an. Die ersten Mitglieder waren die Venner von Büren und von Muralt, die ehemaligen Amtleute Daniel Im Hooff, Hackbrett, Emanuel Steiger, Fischer von Wangen, Thormann und Appellationsschreiber Tribolet. Außerdem sollte der Seckelmeister Sinner von Amts

1) R. M. 210, S. 156.

wegen an den Sitzungen teilnehmen, so oft es ihm seine Geschäfte erlaubten. Somit war die Stärke des Rates eigentlich neun.¹⁾ Bei der Wahl kamen zweifellos zuerst die bisherigen Mitglieder der Kommission oder Kammer in Betracht,²⁾ dann aber auch andere Ratspersonen, die mit den Kommerzien vertraut waren. Der neue Rat fand es selbstverständlich, daß er aus solchen „Subjectis“ zusammengesetzt sein müsse, die etwas von den Geschäften verstehen, die sie behandeln sollten; einige hatten auch erklärt, daß sie in Handlungen beteiligt seien oder es zu tun im Sinne haben.³⁾

Aber gerade der Umstand, daß Leute die Kammer bildeten, die selber in der Handlung beteiligt waren, führte noch zu längeren Auseinandersetzungen. Der elfte Artikel der Instruktion bestimmte, daß die Mitglieder des Kommerzienrates selbst in Manufaktur und Handlung nicht interessiert sein sollten; wer es schon wäre, sollte „deren sich abthun“ oder auf die Stelle verzichten. Alle, die der Artikel betraf, erklärten, daß sie eher ihre Stelle aufgeben würden, als „nützliche Handlungen“ zu unterlassen.⁴⁾ Der Kommerzienrat machte darauf aufmerksam, daß es von Vorteil wäre, wenn die an der Spitze des Unternehmens Stehenden mit gutem Beispiel vorangingen, um die andern aufzumuntern, und daß es ungerecht und der bürgerlichen Freiheit zuwider wäre, wenn Männer, die sich um die Sache bemühen, des Nutzens nicht teilhaftig würden. Er wies ferner auf Basel, Zürich und St. Gallen hin.⁵⁾

Der Große Rat änderte nachträglich den Artikel ab, so daß die Mitglieder sich an Handlungen oder Fabriken „principaliter oder associationsweis interessieren“ durften, doch unter der Bedingung, daß sie nicht Monopole errichteten und überhaupt nicht zu sehr auf ihren eigenen Vorteil bedacht wären; wenn es sich um Geschäfte handelte, bei denen Mitglieder als Privatunternehmer beteiligt waren, so sollten diese aus der Verhandlung austreten; endlich wurde ihnen verboten, sich mit den Fabrikanten, die in obrigkeitlichen Häusern untergebracht waren, in Gesellschaften einzulassen, damit diesen allein die Vorteile reserviert blieben, die sie in dieser Beziehung genossen.⁶⁾

1) R. M. 210, S. 206.

2) Wir kennen die Mitglieder unmittelbar vor 1687 zwar nicht, 1681 saßen aber darin Sinner vom Kleinen Rat, Hans Rud. Steiger, Balthasar Imhof und Georg Thormann vom Großen Rate. (R. M. 192, S. 472.)

3) Mem. B. 1687, S. 29 ff.

4) *ibid.*

5) Mem. B. 1687, S. 33.

6) J. B. 1687, S. 16. 14. Nov. 1687.

Die Instruktion vom 22. September 1687¹⁾ erteilte der neu-geschaffenen Handelsbehörde zahlreiche und bedeutende Befugnisse. Sie hatte das Recht, Konzessionen zu erteilen, Ordnungen und Reglemente für Handel und Industrie zu erlassen; sie durfte Zollfreiheit für industrielle Produkte und Rohmaterial gewähren; sie konnte unter gewissen Bedingungen und unter Zustimmung von Rat und Burgern²⁾ Fabrikanten zu ewigen Einwohnern annehmen; sie hatte die Aufgabe, die einheimische Bevölkerung zur Industrie heranzuziehen; ihr wurde die Aufsicht über die obrigkeitlichen Gebäude übertragen, die der Industrie dienen sollten. Endlich hatte sie auch richterliche Gewalt; sie war ein Handels- und Gewerbegericht, das bis auf den Wert von fünfhundert Franken ohne Appellation urteilen konnte, das ferner den Auftrag erhielt, ein eigenes Verfahren für die Eintreibung von Schulden, eine Art Betreibungsrecht, vorzuschlagen; die richterliche Gewalt konnte der Kommerzienrat auf eine eigene, von ihm zu schaffende Kammer übertragen, wenn er die Arbeit nicht mehr zu bewältigen vermochte.

Der Rat sollte sich wöchentlich zweimal versammeln; er war beschlußfähig, wenn die Hälfte der Mitglieder anwesend war. Es besteht keine Möglichkeit, die Zahl der gehaltenen Sitzungen zu bestimmen; soviel aber ist sicher, daß es nicht alle Wochen zwei waren; wenigstens entspricht die geleistete Arbeit nicht so vielen Versammlungen.

Dem Großen Rate war die Kammer alle drei Monate Bericht und Rechnung schuldig; zu ihm stand sie ferner im Verhältnis einer vorberatenden und begutachtenden Behörde; sie hatte den Auftrag, alle zutage tretenden Ansichten mitzuteilen, ohne die Gegensätze auszugleichen. Alle Ansichten mußten natürlich zuerst vom Täglichen Rate behandelt werden; aber dieser versprach, die Weiterleitung an den Großen Rat möglichst zu fördern.

Es war schwieriger, die Aufgabe mit kräftiger Hand anzufassen als schöne Pläne zu schmieden. Das erfuhr der Kommerzienrat, der von all den Aufgaben, die ihm zugewiesen worden waren, keine einzige löste. Wir wissen nicht, wo es fehlte. War die Situation zu wenig abgeklärt, so daß die Behörde nicht wußte, wo anfangen, und nur tastende Versuche ohne System und Einheit unternahm? Fanden ihre Bestrebungen Widerstand und bei wem? Oder hatte die Wahl nicht die richtigen Männer getroffen? Wir vermuten das erste; es war schwierig, sich in die neue Aufgabe

1) Pol. B. 11, S. 12.

2) Grosse Rat.

einzuleben und etwas zu schaffen, wozu die Grundlagen noch nicht vorhanden waren.

Seit 1690 führte der Kommerzienrat ein schattenhaftes Dasein.¹⁾ Noch war man über Projekte zur Hebung der wirtschaftlichen Lage nicht hinausgekommen. Die Vennerkammer stellte dem Großen Rate am 30. August 1694 vor, wie schnell die Armut in Stadt und Land zunehme, worauf sie, verstärkt durch zwei weitere Sachverständige, den Auftrag erhielt, einen Vorschlag einzubringen, wie der Gefahr durch „Introduction Manufactur, Handlungen, Äufnung der Handwerken etc. vorzubeugen seye.“²⁾

Freilich, allzusehnell arbeitete die Vennerkammer auch nicht³⁾, aber im Frühjahr 1695 war die Sache doch so weit gediehen, daß sie zur Behandlung im Großen Rate kam. Unter den verschiedenen Mitteln, die man für geeignet hielt, den Zweck zu erreichen, erschien auch die Neugestaltung und Neubelebung des Kommerzienrates. Am 28. Juni wurde der Kommerzienrat neugegründet und mit der alten Gewalt ausgerüstet. Auch jetzt tritt er uns, wie schon früher, als Einzellerscheinung entgegen in dem ganzen Streben nach Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse; als Hauptidee allerdings, sollte er doch die treibende Kraft werden, um das lang-ersehnte Ziel zu erreichen.

Der Kommerzienrat erhielt neun Mitglieder, wovon zwei dem Täglichen und sieben dem Großen Rate angehörten. Es hatte sich um die Frage gehandelt, ob nicht auch andere als Mitglieder dieser beiden Behörden wählbar sein sollten; doch wurde die Frage fast einhellig verneint.⁴⁾ Die Wahl erfolgte durch die Zweihundert; um eine allmähliche Erneuerung zu ermöglichen, sollte jedes Jahr das älteste Mitglied austreten, wenn es der Kammer sechs Jahre lang angehört hatte. Am 29. April 1722 wurde die Mitgliederzahl auf zehn erhöht. In den meisten Kammern war es Brauch, daß solche Bürger darin saßen, die noch keine Ämter bekleidet hatten.⁵⁾ Dementsprechend setzte man nun neben zwei Angehörige des Kleinen

1) Wir kennen nicht die ganze Tätigkeit von 1687—1695. Die Protokolle gehen nur bis 1690; doch existierte der Kommerzienrat noch in den folgenden Jahren. Er stellte z. B. Warenbegleitscheine aus, und am 30. Nov. 1693 wurde er durch zwei neue Mitglieder ergänzt. (R. M. Nr. 223, S. 196, Nr. 229, S. 110, Nr. 238, S. 102, Nr. 241, S. 115, 190.)

2) Einleitung zur Verordnung von 1695. J. B. Ia, 11 ff., Pol. B. 9, S. 203.

3) Der Seckelmeister von Muralt bemerkte am 27. November 1694, „daß in der anbefohlenen Consultation, wie die Commercen zu introducieren, es wegen nit besuchung der Commeren nit rucken wolle“. (R. M. 243, S. 166.)

4) R. M. 246, S. 284.

5) K. Geiser, Festschrift IV. 124.

Rates und vier alte Amtleute vier Nonhabuisten.¹⁾ Dieser Bestand blieb bis ins Jahr 1792, in dem die Zahl wieder auf neun heruntergesetzt wurde.

Den Vorsitz hatte ein Mitglied des Kleinen Rates, während als Sekretär ein jüngerer Bürger amtierte, der sich dadurch neben beträchtlichen Einkünften die Anwartschaft auf höhere Stellen erwarb. Er protokollierte die Verhandlungen, besorgte die Korrespondenz, stellte Patente aus, verfaßte die gerichtlichen Urteile usw. Seit 1723 verwaltete der Sekretär auch die Kasse²⁾, die vorher von einem eigenen Seckelmeister — einem Kammermitglied — besorgt worden war. Seine Einkünfte bestanden hauptsächlich aus einem Fixum von hundertzwanzig Kronen, Anteil an den Toleranzgeldern³⁾, zwei Prozenten vom eingenommenen Gelde der laufenden Verwaltung und besonders den Emolumenten für das Ausstellen von Patenten und Ausfertigen anderer Schriftstücke, die eine beträchtliche Summe ausmachten. Für ein Kramladenpatent waren dem Schreiber allein drei Kronen zu bezahlen; für ein Marktpatent zahlten ihm Landesfremde eine Krone fünf Batzen, Eidgenossen zweiundzwanzig Batzen, Berner zwölf Batzen.⁴⁾ Für die Zeit von 1789 bis 1792, während welcher die Patentierung sistiert war, bezog er eine Entschädigung von 1590 Kronen 11 Batzen 1 Kreuzer.⁵⁾ Nach 1792 wurden die Sporteln für die meisten Patente dem Staate verrechnet; dafür wurde der Sekretär mit einer fixen Summe entschädigt, die fünfhundert Kronen jährlich überstieg.⁶⁾ Der Präsident bezog seinen Anteil durch die Siegelgelder, die durchgehends kleiner waren als der Anteil des Sekretärs, und die übrigen Mitglieder kamen auf ihre Rechnung durch die Verteilung der Toleranzgelder, der Bußen, der Beträge aus den Konfiskationen, die alle am Ende des Jahres nach der Zahl der besuchten Sitzungen verteilt wurden. Der Anteil des einzelnen schwankte z. B. 1723 zwischen 7 und 28 Kronen, 1724 zwischen 5 und 30 Kronen.⁷⁾ Ferner fielen ihnen die Abgaben für Lehr-, Gesellen- und Meisterbriefe zu, die die Kommerzienräte in ihrer Eigenschaft als Direktoren der verschiedenen Gewerbszweige ausstellten und siegelten. Im Dienste des Kommerzienrates stand auch ein Weibel, der neben einer Besoldung von 48 Kronen bedeutende Sporteln bezog. Die Kammer war also eine der „lukrativen“.

1) J. B. II. 145.

2) C. R. R. 1723.

3) C. R. R. 1713, 1714.

4) J. B. VIII. 134—143.

5) J. B. VIII. 150 ff.

6) *ibid.*

7) C. R. R.

Dennoch trug sie in der ersten Zeit den Stempel der Untätigkeit; die Herren strengten sich durchaus nicht übermäßig an. Oft blieb es beim guten Willen. So wurde, trotz des Beschlusses, wöchentlich dreimal sich zu versammeln, im Jahre 1696 nur durchschnittlich alle zwei Monate eine Sitzung gehalten.¹⁾ Kein Wunder, daß der Rat, wie er selbst sagt, bald „in Discredit gefallen“ war! Am 22. Dezember beschloß er, „frisch das Werk anzugreifen und die restierenden Sachen zu liquidieren“, sich deshalb jeden Dienstag und Samstag vormittag zu versammeln, und zwar „ungebotten und krafft habenden Eydts“. ²⁾ Die nächste Sitzung sollte am ersten Dienstag des Jahres 1697 sein — sie fand am 20. Februar statt. In den alten Schlendrian, der beinahe die Tatenlosigkeit der Kammer von 1687 wieder herbeigeführt hätte, versank der Kommerzienrat von jetzt an nicht mehr. Schon im Laufe des Jahres 1697 lebte er sich in die Aufgabe ein, die Geschäfte mehrten sich, und die bisherigen Pläne nahmen nach und nach greifbare Gestalt an.

Vergegenwärtigen wir uns nochmals die Befugnisse des Kommerzienrates,³⁾ um uns vorläufig über seinen Wirkungskreis im allgemeinen zu orientieren.

1. Er hatte das Recht, Konzessionen zu erteilen. Handelte es sich um solche zu industriellen Zwecken, so trat der Kommerzienrat als beratende Kommission auf, wie z. B. bei der Bewilligung einer Baumwolldruckerei an J. Weber und J. J. Hedinger in Reinach ⁴⁾ oder der Walke zur Indiennedruckerei des Philibert Veuillet in Yverdon.⁵⁾ Für die Ausübung eines Gewerbes ohne Benutzung von Kraft, über die der Staat verfügte, war keine Bewilligung nötig. Dagegen gab der Kommerzienrat die besondere Erlaubnis, die ein Geselle brauchte, um selbständig für einen Fabrikanten arbeiten zu dürfen, oder die auch ein Meister haben mußte, um gewisse Bestimmungen der Reglemente (z. B. die Zahl der Werkstühle) zu umgehen; doch wurde diese Kompetenz oft den einzelnen Direktoren übertragen. Vor allem aber wurden Konzessionen im Handel angewendet: Zum Halten von Kramläden außerhalb der Städte, zur Ein- und Ausfuhr gewisser, grundsätzlich verbotener

1) Nach dem Manual am 12. Mai, 11. August, 29. Oktober, 24. November, 1. und 22. Dezember.

2) Man. A. 65.

3) Nach der Instruktion, die fast wörtlich gleich lautet wie die von 1687; der elfte Artikel kam in der nachträglichen Fassung herüber (J. B. Ia 1).

4) J. B. V. 400, 438. Man. Q. 234, 280. 1763.

5) J. B. VI. 7, 11, 20, 21.

Waren, zum Besuche von Märkten, zum Hausieren usw., die alle als „Patente“ oft zur Ausgabe kamen.

2. Er konnte Ordnungen und Reglemente für die Händler und Fabrikanten und ihre Arbeiter erlassen. Dahin gehörten vor allem Ein- und Ausfuhrverbote zum Schutze gegen die ausländische Konkurrenz, beziehungsweise zur Erhaltung des nötigen Rohmaterials und zur Regulierung des inländischen Marktes und der Preise; dann die zahlreichen Meisterschaftsreglemente mit ihren technischen und sozialen Maßregeln und Verwaltungsvorschriften; die Reglemente und Instruktionen für die Kontrolle der Tücher, vor allem der Baumwollen- und Leinwandgewebe; die Statuten für Kranken- und Armenkassen. Auch die von der Obrigkeit erlassenen gingen aus der Werkstätte des Kommerzienrates hervor, wenn sie seine Domäne betrafen, wie die Hausiermandate und zum Teil die Warenverbote.

3. Die Befreiung von Zöllen stand eine Zeit lang in seiner Gewalt, und er machte oft davon Gebrauch. Am 26. Februar 1745 ging ihm dieses Recht an den Großen Rat verloren.¹⁾

4. Die Annahme von Gewerbsleuten zu Habitanten war ihm nur unter Zustimmung der Zweihundert erlaubt, d. h. er hatte nur Vorschlagsrecht. In dieser Beziehung hat er recht wenig gewirkt, was bei der Ausschließlichkeit des Patriziates begreiflich ist; immerhin hatte er den guten Willen. Der Widerstand war höhern Orts größer als beim Kommerzienrate.

5. In allem sollte er dahin streben, daß Bürger und Landesangehörige zu Handel und Gewerbe herangezogen würden. Dieses Streben brachte ihn oft in Verlegenheit, besonders so weit es auf den Handel gerichtet war. Da stand er zwischen Bürgern, die ihre alten Rechte geltend machten, und Fremden, die er nicht auf die Gasse werfen konnte; zwischen den mittelalterlichen Standesvorrechten und der neuen Handelsfreiheit, die kaum noch wagte, ihr Haupt zu erheben; und wenn er auch in den alten Vorstellungen befangen war, so ist doch zu gewissen Zeiten ein freier Geist fühlbar, der den beständigen Klagen der Bürger entgegentrat und die fremden Kaufleute sogar in Schutz nahm. Auf die Verminderung der Hintersäßen in der Stadt arbeitete er mit gleichem Eifer hin wie die Bürgerkammer.

6. Er führte die Aufsicht über das Kommerzienhaus und andre obrigkeitliche Gebäude und bezog davon die Zinse.

1) J. B. IV. 309.

7. Die Instruktion von 1695 erhöhte seine richterliche Gewalt auf zweitausend Franken ohne Appellation.

Der Kommerzienrat empfing Direktiven durch die schon genannte „Hochobereitliche Verordnung“ von 1695. Sie enthielt z. T. die gleichen Bestimmungen wie die Instruktion. Sie sah die Erschwerung der Einfuhr von Waren vor, die im Lande fabriziert werden konnten, sei es durch Verbot, sei es durch Auflagen; sie erlaubte Gesellschaften von Burgern und Fremden zu Fabrikationszwecken, verbot aber Handlungssozietäten zwischen ihnen. Sie hielt zur Förderung der Gewerbe in der Stadt für nötig, daß „prästhafter Burgerssöhne“ in einem hiezu bestimmten Hause erzogen und zur Manufaktur angeleitet, und daß liederliche Knaben und Mädchen darin eingesperrt würden. Das Haus sollte von den Gesellschaften unterhalten werden. Ferner sollten die Lehrknaben nicht so frühzeitig in die Lehre treten. Die Lehrjahre waren nach den verschiedenen Berufsarten zu bestimmen. Die Wanderjahre sollten vermehrt werden, und vor ihrem Ablaufe durfte keine Annahme zum Meister erfolgen. Endlich sollte dem Kommerzienrat eine gewisse Summe zugewiesen werden zur Unterstützung von Gewerbsleuten und zu Vorschüssen an solche; die Pflanzung von Maulbeerbäumen sollte fortgesetzt werden.

Im Laufe des 18. Jahrhunderts wurden unserer Behörde neue Aufgaben überwiesen. So trat sie 1758 an die Stelle der bisherigen Tabakkammer, die am 30. Juni dieses Jahres aufgelöst wurde.¹⁾ Man betrieb die Tabakfabrikation eine Zeitlang in Regie, doch wurde die obrigkeitliche Fabrik samt dem ganzen Fonds 1728 an Joh. Georg Berseth übertragen²⁾, und definitiv verzichtete der Große Rat 1772 auf den Regiebetrieb. Der Tabakkammer und nachher dem Kommerzienrate blieben also vorwiegend die Förderung des Tabakbaues, die Aufsicht über die Einfuhr und die Überwachung des Verkaufs übrig.

Die Marktkommission ging 1763 ebenfalls ein, und ihre Funktionen vermehrten die Geschäfte des Kommerzienrates.³⁾ Zwar nicht um ein Großes; die bisherige Kommission hatte nur aus zwei Mitgliedern bestanden, und ihre Aufgabe war hauptsächlich die Begutachtung von Verlegung und Neuschaffung, sowie die tabellarische Zusammenstellung der Märkte; später erst kam die Erteilung von Marktpatenten hinzu.

1) R. M. 241, S. 376.

2) U. Spr. B. G. G. 105.

3) R. M. 264, S. 89.

Die Befugnisse des Kommerzienrates waren keine geringen; man setzte große Hoffnungen auf ihn. Bald sollte sich der Reichtum des Volkes mehren durch stärkere Einfuhr von Münze und geringere „Geldveräußerung“. Zur Erreichung dieses letztern Zieles war es mit dem Kommerzienrate noch nicht genug; im Anfange des 18. Jahrhunderts bestand neben ihm noch eine Geldveräußerungskommission, die, 1714 gegründet, in naher Verbindung mit ihm stand, hielten doch die beiden Kammern zu Zeiten, z. B. im Jahre 1720, ihre Sitzungen gemeinsam. Ihre Aufgabe war, den Ursachen der „Geldveräußerung“ nachzugehen. Darin deckte sich ihre Aufgabe mit der des Kommerzienrates. Aber während dieser sie auf dem Gebiete der Industrie zu lösen trachtete, wandte jene ihre Aufmerksamkeit der Landwirtschaft und Viehzucht zu. Sie beschäftigte sich hauptsächlich mit der Hebung der einheimischen Pferdezucht, und aus ihr ging 1727 die Pferdezuchtkommission hervor.¹⁾ Seit 1723 überwachte sie die Ausführung der Münzmandate.²⁾ Diese Aufgabe übernahm später die Münzkommission, worauf die Geldveräußerungskommission am 5. September 1763 aufgelöst wurde.³⁾

Wie sich die Geschäfte häuften, erwies sich eine Teilung der Arbeit als notwendig. Eine solche liegt in der Bestellung von Direktoren für die einzelnen Gewerbe, so daß für die Erledigung kleinerer Geschäfte nicht immer die ganze Kammer in Bewegung zu kommen brauchte; eine Teilung der Arbeit konnte ferner durchgeführt werden, indem der Rat einzelne Kompetenzen und Pflichten ändern, ihm unterstellten Kommissionen übertrug. Eine solche war die „Engere Kommission“. Die Bezeichnung erscheint zum ersten Male am 10. Februar 1761.⁴⁾ Sie war eine vorberatende Kommission bis zum Jahre 1789, in dem sie für kurze Zeit ein bedeutend erweitertes Arbeitsfeld erhielt. Ihr stand in diesem Jahre das Recht der Erteilung oder Verweigerung der Kramladenpatente zu, allerdings teilweise unter Vorbehalt der Zustimmung durch den Präsidenten des Kommerzienrates.⁵⁾ Aber noch im selben Jahre wurde die Patentierung unterbrochen, und die neue Ordnung von 1792 gab das Recht dazu wieder dem Kommerzienrate.

Bis 1788 bestand die Kommission aus vier Mitgliedern. Dann wurde die Zahl auf fünf erhöht, und die Kommission setzte sich aus zwei alten Amtleuten und drei Nonhabuisten zusammen.⁶⁾ 1793 erreichte diese Stärke Anstoß, weil die Kommission größer war als

1) R. M. 113, S. 261, 291.

2) Pol. B. XI. 6.

3) R. M. 266, S. 504.

4) Man. R. 13.

5) Man. W. 193.

6) Man. W. 108.

der übrige Teil des Rates. Aus diesem Grunde wurde die Mitgliederzahl am 19. März 1793 auf drei vermindert. Ein ausgedienter Amtmann und die zwei ältern Nonhabuisten saßen von nun an in der Kommission, zu der bei Abwesenheit eines Mitgliedes einer der Kommerzienräte beigezogen werden konnte.¹⁾

Doch kehren wir zurück in die frühere Zeit! Lange vor der Engern Kommission gab es zwei dem Kommerzienrate untergeordnete Kammern: das Kaufmannsdirektorium und das Handelsgericht. Das Kaufmannsdirektorium bildete sich im Herbst 1716²⁾ auf den Wunsch und als Vertretung des burgerlichen Kaufmannsstandes, stand also mit den Chambres de Commerce in Frankreich und den kaufmännischen Direktorien in St. Gallen und Zürich auf einer Stufe; dem letztern hatte es seine Statuten nachgebildet.³⁾ Es sollte in Zukunft die Stelle der Gesellschaft zu Kaufleuten versehen, also die Angelegenheiten des Handels ordnen, die Freiheiten der Kaufleute überwachen usw.; dieses „Corps de marchands“ sollte eine Vereinigung werden, in der die Handelsleute über „ihre gemeine Handlungs-anliegenheiten beabreden könnint.“ Es wollte Ordnungen für Kaufleute, Fabrikanten, Bediente, Lehrjungen, Arbeiter, Makler und Speditoren schaffen, die Kaufleute immatrikulieren und jedem mit Rat und Tat beistehen. Ein Mitglied des Kommerzienrates — Tillier — übernahm den Vorsitz, und zehn handlungsverständige Bürger bildeten das Kollegium, in dem Tuchhändler, Leinwandhändler, Spezierer, Indienne- und Strumpffabrikanten neben dem Zeugbuchhalter David Weiß und dem Schultheißen des Äußern Standes, Niklaus Dachselhofer, saßen.

Im Januar 1717 ging es an die Arbeit. Das Direktorium hat einen wesentlichen Anteil am Zustandekommen der Manufakturordnung von 1719, die es vorberiet⁴⁾; kein Wunder, daß sie nicht nur die Manufakturen, sondern auch den inländischen Handel kräftig in Schutz nahm.⁵⁾ Wir begreifen auch, daß gerade in diese Zeit das erste scharfe Vorgehen gegen die nichtburgerlichen Detailkrämer fällt. Was die Bürger, die nicht im Rate saßen, 1695 angestrebt hatten, das erhielten sie nun in anderer Form: einen gewissen Einfluß im Kommerzienrate und damit auf die Regulierung ihrer eigenen Verhältnisse.

Das Unter-Handelsgericht stand auf dem gesetzlichen Boden der Instruktionen von 1687 und 1695, die dem Kommerzien-

1) Man. X. 121. 2) Man. F. I. 28, 74, 87. 3) M. K. D. 4. 4) M. K. D. 18.

5) z. B. durch die Bestimmung, daß den „Fremden“ der Handkauf verboten sei.

rate das Recht gaben, „under seiner Obsicht und Subordination eine Iudicatur Cammer under denen Negotianten selbst aufzurichten“. ¹⁾ Während das Kaufmannsdirektorium gesetzgeberisch und ausführend tätig war, stellt sich das Handelsgericht als Behörde dar, die berufen war, dem Kommerzienrate als Richter seine Pflichten zu erleichtern.

Das Handelsgericht entstand im Januar 1717 „aus anlaß der fielfaltigen Streitigkeiten in Commerciensachen“ und „zu etwelcher Ihrer (der Kommerzienräte) Erlichehtung . . . , umb denen vom höchsten Gewalt anvertrauwten wichtigern geschäftten mit desto mehrerer application obligen zu können“. Es bestand aus einem Präsidenten, der Mitglied des Kommerzienrates war, und acht Assessoren aus der Burgerschaft; davon waren sechs Handelsleute, zwei Rechtskundige. Der erste Präsident war ebenfalls Tillier, und fünf Mitglieder gehörten gleichzeitig dem Kaufmannsdirektorium an. Dazu kamen noch der Banquier Malacrida und zwei Advokaten. ²⁾ In dieser Zusammensetzung lag ganz natürlich der Keim zur Vereinigung der beiden Behörden, die auch nicht lange auf sich warten ließ. Sie erfolgte auf den Vorschlag des gemeinsamen Präsidenten Tillier schon im Jahre 1718, weil die „seitharige Erfahrung gelehrt, daß diesere Materien miteinander viel connexion haben und dahero mit mehrerer befürderung in einer Cammer abgehandlet werden könnind“. ³⁾ Bis jetzt standen dem Kaufmannsdirektorium die Polizei-, dem Handelsgericht die „Civil Sachen im Commercio“ zur Beurteilung zu; in Zukunft sollten beide „promiscué traitiert“ werden. Das „Unterhandelsgericht und Direktorium“ setzte sich aus zwölf Gerichtssäßen zusammen, von denen zwei Advokaten waren. Den Vorsitz führte ein Mitglied des Kommerzienrates, dessen Sekretär auch als Gerichtsschreiber amtierte. Wurden Manufakturgeschäfte verhandelt, so konnten zwei Fabrikanten beigezogen werden. Die gegenwärtigen Mitglieder blieben in der vereinigten Kammer. In Zukunft erfolgte die Wahl durch den Kommerzienrat nach einem Dreivorschlag des Handelsgerichts selber. Jedes Halbjahr konnten nur zwei Austrittsgesuche berücksichtigt werden. Dem

1) Eine „Iudicatur Cammer“ war schon 1705 geschaffen worden. Sie hatte das Recht, über Fälle bis zum Werte von 300 Franken abzusprechen. Die Zahl der Mitglieder war acht (außer dem Direktor, der dem Kommerzienrate angehörte), darunter z. B. der Indiennefabrikant Engelhard, der Fabrikant Daniel Herff, der Bankier Malacrida u. a. (Man. D. 58 ff.). Wir wissen nicht, ob sie je in Tätigkeit trat.

2) Man. F. I. 88 ff. Die Protokolle bis 1725 existieren nicht mehr.

3) Man. F. II. 51.

Gericht wurde auch die Aufsicht über Maß und Gewicht, sowie über die Hausierer und die Immatrikulation der Fabrikanten und Handelsleute übertragen.¹⁾ In dieser Weise bestand die Behörde während der zwanziger Jahre; aber schon im Anfange des folgenden Jahrzehnts erreichte sie ihr Ende; sie wurde nach und nach auf wenige Mitglieder reduziert, indem die Ergänzungswahlen unterblieben. Der Grund lag in dem Hader der Bürger untereinander, die sich gegenseitig befehdeten, anstatt das Wohl aller in gemeinsamer Arbeit zu suchen. 1731 machte das Gericht selber ein Projekt, wie es sich neu stärken könnte; aber im Juli 1732 hielt es seine letzte Versammlung.²⁾ Drastisch stellte die Eingabe der Burgerschaft vom 3. April 1738 diese Auflösung dar³⁾: „Es befindet sich dermahlen in der Zerstreung, ohne Haupt, ohne Glieder, ohne Assessoren, ohne Hülff, ohne Nachtruck, mit einem Wort extirpiert und Mausestodt.“

Der Versuch, die Bürger im weitern Sinne zur Mithilfe an der Organisation des Handelswesens heranzuziehen, war mißglückt; kein Wunder, daß der Kommerzienrat sich von nun an lange der Wiedereinsetzung des Corps de Marchands widersetzte. Erst 1755 gab er dem Drängen der handelnden Burgerschaft nach und schritt zur Neugründung der Behörde, diesmal unter dem Namen „Unterhandlungsdirektorium“. Daß es vor allem um die Neubelebung des ehemaligen Handelsgerichts zu tun war, geht schon aus der Tatsache hervor, daß zunächst die früheren Mitglieder zusammengesucht und ohne weiteres als solche der neuen Behörde betrachtet wurden.⁴⁾ Noch ihrer drei waren am Leben, von denen einer „wegen Schwachheit des Alters und völlig abgeänderter Lebensart“ seine Entlassung verlangte und erhielt.⁵⁾ Um die Zahl der sechs Assessoren, wie sie diesmal festgesetzt wurde, vollzumachen, wurden vier neue burgerliche Handelsleute gewählt.⁶⁾ Der Präsident war auch jetzt wieder ein Mitglied des Kommerzienrates, und der gemeinsame Sekretär führte die Feder, der Wahlmodus war derselbe wie früher.

Die Instruktion vom 3. Dezember 1755 und 5. Mai 1756⁷⁾ wies dem Direktorium das Gebiet seiner Tätigkeit an. Außerdem, daß es die Geschäfte, die ihm der Kommerzienrat zur Voruntersuchung zuwies, „mit allem Fleiß . . . erdauren“ und das „Befinden darüber

1) Instruktion vom 24. Juni 1719. J. B. Ia 210. In der Stadt fiel ihm die Ausführung der Einfuhrverbote und der Manufakturordnung zu. (Man. H. 349.)

2) M. H. G.

3) Mand. Sammlung XVI. 28.

4) Man. Q. 41. 19. November 1755.

5) Man. Q. 44.

6) Man. Q. 43, 45.

7) J. B. V. 88 ff.

in rationibus pro et contra“ vortragen sollte, ferner neben der Überwachung von Maß und Gewicht hatte es seine Aufmerksamkeit hauptsächlich der Ausführung der Verordnungen zuzuwenden, die sich auf den Handel bezogen, war also wesentlich ein Organ der Handelspolizei. Dem entsprechen die Verhandlungen, soweit sie uns bekannt sind:¹⁾ Vorladungen von nichtbürgerlichen Handelsleuten, Fabrikanten oder Hintersäßen, Verhöre von Leuten, die des widerrechtlichen Detailhandels und Hausierens angeklagt waren, Befehle, solches „Gewerbe“ aufzugeben, den Laden zu schließen usw. nehmen kein Ende, und die Gutachten und Vorstellungen hierüber an den Kommerzienrat sind nicht wenig zahlreich. Eine Hauptaufgabe bestand weiterhin in der Führung des Firmenregisters, womit schon 1720 der Anfang gemacht worden war.

Nicht länger als das Handelsgericht erfreute sich das Direktorium des Daseins. Im Frühjahr 1771 wird es zum letzten Male erwähnt,²⁾ es verschwand klanglos wie das erste Mal, vermutlich aus dem gleichen Grunde, aber diesmal, um nicht wieder zu entstehen.

Das Handelsgericht in Bern war nicht das einzige, das im Bernerlande in jener Zeit errichtet wurde. In den Städten der Waadt bestanden mehrere oder wenigstens Anfänge dazu; vor allem in Lausanne, wo wir solche Bestrebungen schon im Jahre 1705 treffen.³⁾ Der Kommerzienrat wollte auch dort eine Judikaturkammer für Handelsstreitigkeiten schaffen, aber erst nach 1710 nahte die Verwirklichung des Planes, als der Landvogt Sinner von Lausanne ein Handelsgericht für notwendig erklärte und bestimmte Vorschläge einbrachte.⁴⁾ Fernere Gutachten folgten in den Jahren 1711 und 1712,⁵⁾ die alle im wesentlichen miteinander übereinstimmten. Sie sahen ein Handelsgericht vor, von dessen Richtern zwei aus dem Rate, zwei aus den Sechzigern, zwei vom Gericht und zwei Handelsleute sein sollten, die unter dem Vorsitze des Landvogts über Handelsstreitigkeiten bis zu einem gewissen Werte definitiv absprechen durften, über größere Summen mit dem Recht der Parteien, an den Kommerzienrat oder an die welsche Appellationskammer zu rekurrieren. Im Frühling 1714 scheint es zur Konstituierung gekommen zu sein, aber in andrer Weise, als es

1) M. H. D. 2) Man. T. 266. Auch das Manual ist nicht weitergeführt.

3) Man. D. 61. Der Kleine Rat von Bern war dem Projekt nicht abgeneigt, aber es sollte geschehen, „ohne daß deswegen ein neuwe Cammeren bestellt“ werde (R. M. 18, S. 589).

4) J. B. Ia 125 ff.

5) J. B. Ia 142. Man. E. 20.

früher vorgeschlagen worden war. Nur zwei „landvögtliche Aßesoren“, also zwei vom Landvogt erwählte Handelsverständige, und zwei vom Rate bildeten die Kammer, die unter dem Vorsitze des Landvogts verhandelte, aber nur über Konfiskationsgeschäfte.¹⁾ Am 30. Juni dieses Jahres bestand es unter dem Namen „Commerzien Tribunal“,²⁾ und war soweit eine „subdelegierte Cammer“, als ihr Spruch appellabel war, und zwar bildete der Kommerzienrat die zweite Instanz. Ein eigentliches Handelsgericht war damit in Lausanne noch nicht zustande gekommen; es war nur ein Konfiskationsgericht; doch hielt der Kommerzienrat darauf, daß die Geschäfte streng ausgeschieden, die Befugnisse des ordentlichen und des Handelsgerichts scharf getrennt wurden. Als das erstere über einen Fall abgesprochen hatte, der vor das Forum des andern gehört hätte, erhielt es einen strengen Verweis und die Ermahnung, „der Kaufmannssachen, so nunmehr von der subdelegierten Commerzien Cammer dependieren, sich künftig nicht mehr anzunehmen“. ³⁾ Der Kommerzienrat hatte die Absicht, das Gericht zu einem wirklichen Handelsgericht auszubauen, mit der Kompetenz, „über die zwischen Kauffleuten der handlungen, manufactures und dero dependenzen wegen entstehende Proceß und streitigkeiten in erster instanz summarisch abzusprechen“. ⁴⁾ Aber der Rat war damit nicht einverstanden und wies die Eingabe an den Kommerzienrat zurück, wo sie nun blieb. Etwas Neues und gewiß Wichtiges hatte geschaffen werden sollen, aber am alten Recht und Brauch, den alten Rechts- und Gerichtsformen prallte die junge Bewegung ab.

Ein solches Konfiskationsgericht wurde im Juni 1714 auch für Nyon geschaffen, „gleich andern Orten weltcher Landen“ und gleich zusammengesetzt wie das von Lausanne.⁵⁾

Auch diese geringen Anfänge der eigentlichen Handelsgerichte verschwanden bald wieder; später hören wir auch in Konfiskationsangelegenheiten nichts mehr von ihnen. Ihr Schicksal ist eine charakteristische Illustration der Stellung, in der sich der Kommerzienrat oft befand. Auf einer Seite die Bedürfnisse der Zeit, die er, wie es seine Aufgabe war, zu befriedigen suchte, auf der andern die widerstrebenden Elemente, in diesem Falle das alte Recht, das eine Ausnahme für den Handel weder kannte noch wollte, und sicher die Hüter des Rechts, die Juristen.

1) Man. E. II. 110, 115.

2) Man. E. II. 136.

3) Man. E. II. 151.

4) Man. E. II. 177 ff.

5) Man. E. II. 132 f.

Die Bedeutung der Handelsgerichte liegt weniger in der Beurteilung durch Sachverständige, die deshalb nicht unterschätzt zu werden braucht, als in der Kürze des Verfahrens, die damals noch mehr als heute eine Wohltat war. Das gewöhnliche Verfahren war äußerst weitläufig und langsam, für den beweglichen, raschlebigen Handel viel zu umständlich.

Der Kommerzienrat trat stets für das kurze Verfahren ein; so, wenn er die Amtleute 1717 aufforderte, bei Konfiskationen „nach contradictorischer verhörung der Parteyen darauffhin summarisch“ abzu-sprechen¹⁾, also ohne Replik und Duplik und ohne Zwischenstreitigkeiten usw. Eine ähnliche Bestimmung stellte das Verfahren im Handelsgericht von Bern ebenfalls schon im Jahre 1717 in diesem Sinne fest: Es sollte „nur allein Klag und Antwort und die zu jedem Theil dienende beweistumb eingesetzt, die Replic und Duplic aber außgelassen“ werden.²⁾ Den gleichen Zweck hatte die Bestimmung in der Instruktion des Handelsgerichts und Direktori-ums von 1719: „Zu beschleunigung des Rechtsens werden keine Agenten noch unnöthige Incident vor dem Handelsgericht geduldet.“ Es wurden „Klag und Antworth samt beweistumb und schluß in eine procedur gebracht, Replic und Duplik aber, soweit möglich, außgelassen“. Unter Umständen wurde auch der Rechtszug angewendet.³⁾

Neben der Kürze, teilweise durch sie, bekam dieses Spezialgericht noch den bedeutenden Vorteil der Billigkeit.⁴⁾ Die oben- genannten Ursachen ließen die Institution nicht erstarken, und der materielle und ideale Erfolg blieb aus. Eine Verminderung der Prozesse hätte das Handelsgericht dadurch herbeiführen können, daß es auch berechtigt war, Schiedsprüche zu fällen, wenn beide Parteien einen Schiedsvertrag eingegangen waren.

Meistens aber handelte es sich um „rechtliche Urtheyle“. Der Wert des Streitobjektes, über den das Gericht endgültig urteilen konnte, schwankte; 1705 war er auf dreihundert Franken angesetzt, 1717 nur auf hundert Bernpfund und 1719 wieder auf das Vierfache: hundert Taler; gegen Urteile über höhere Beträge konnte jede Partei an den Kommerzienrat appellieren.

Bei dem Fehlen der Trennung der Gewalten überhaupt hatte auch der Kommerzienrat seine richterliche Stellung innerhalb des juristischen Apparates. Die ordentlichen Gerichte waren folgende:

1) Man. F. II. 4 f. Man. F. I. 184. 2) Man. F. I. 106. 3) J. B. II. 184.

4) Tillier, Geschichte des eidgenössischen Freistaates Bern, V. 365.

In der Stadt das Stadtgericht, die Appellationskammer, der Große Rat; für das Land die Untergerichte, der Amtmann, die Appellationskammer, der Große Rat, also drei Instanzen für die Stadt, vier für das Land.¹⁾ Jede hatte die Gewalt, über einen bestimmten Wert endgültig abzusprechen, für größere Summen ging die Appellation an die zunächst höhere Gewalt.

Neben diese beiden Reihen wurde der Kommerzienrat gestellt. Vor ihn kamen nur solche Streitigkeiten, die im Handel oder Gewerbe entstanden waren. Auch bei ihm herrschte das Prinzip der Kürze des Verfahrens. Auswärts wohnende Kläger konnten sich durch einen Berner, Frauen durch ihre Ehemänner oder Vögte, Minderjährige durch ihren Vormund vertreten lassen. In der ersten Zeit konnte der Kommerzienrat ein Endurteil fällen, wenn das Streitobjekt den Wert von 500 Franken nicht überstieg; 1695 wurde aber seine Kompetenz auf 2000 Franken erhöht, und er stand in dieser Beziehung über der Appellationskammer, deren Befugnis erst 1764 von 500 auf 1000 Pfund erweitert wurde.²⁾ Die Appellation ging vom Kommerzienrate „recta vor Râth und Bürger“, wo sie ebenfalls „mit mingst möglichster weitläufigkeit verfochten und geurtheilet“ wurde.³⁾

Die neue Instruktion von 1792 änderte die Befugnisse des Kommerzienrates im Sinne einer Beschränkung ab, indem er nur über Zivilstreitigkeiten endgültig urteilen konnte, die den Wert von 300 Bernkronen oder 750 Franken nicht überstiegen. Als zweite Instanz schob sich der Tägliche Rat ein, während der Große Rat erst in dritter und letzter Instanz urteilte. Auch jetzt konnte der Kommerzienrat als Schiedsrichter amtieren, wenn „beyde Partheyen einen freundschaftlichen Spruch begehren“.

Diesmal unterschied man auch zwischen gewöhnlichen Zivilhändeln und Wechselstreitigkeiten, in der Erkenntnis, daß die letzteren einer rascheren Erledigung bedürfen. Darum erhielt der Kommerzienrat das Recht, bei Wechselstreitigkeiten über 2000 Franken Wert ein Endurteil zu fällen, und die Appellationen gingen für höhere Summen direkt an Rat und Bürger.

Bern hatte weder ein eigenes Handels- noch ein Wechselrecht, und die Anfänge von solchen, die mehr als einmal gemacht wurden,

1) S. *Mutach*, Substanzlicher Unterricht usw. S. 196.

2) *Tillier*, V. 369.

3) J. B. Ia 243. Die Verordnung erfolgte am 17. Juni 1696, nachdem sie in der Instruktion vergessen worden war, und als in einem bestimmten Falle die Frage auftrat, wer die nächst höhere Instanz bilde.

verschwanden immer bald wieder¹⁾; alle Bemühungen des Kommerzienrates waren umsonst; die bernische Aristokratie konnte ein neues Recht, das in das alte, geschlossene System eine Bresche legte, vom alten Brauch abwich und einen großen Schritt vorwärts bedeutete, nicht dulden. So suchte man denn durch einzelne Bestimmungen und indem man sich materiell an das französische Wechselrecht hielt²⁾, das Notwendigste nachzuholen. Übrigens wurden schon hundert Jahre früher ähnliche Bestimmungen gegeben; die Instruktion von 1687 stellte sie in Aussicht, die Erneuerung des Kommerzienrates gab 1695 Anlaß zu ihrer Ausarbeitung. Man erkannte damals, daß das gewöhnliche Recht für die Verhältnisse des Handels nicht genüge. „Weilen dann das hiesige Statuten mit Handlungen gar nicht compactiren kann,“ wurde „zu gunsten der Handlungs- und Manufaktur Leuten“ das „kurze Rechten“ eingeführt.³⁾ Seine Hauptbestimmungen waren die folgenden: Das Verkaufte sollte, wenn kein anderer Termin vereinbart wurde, spätestens vierzehn Tage nach der Lieferung bezahlt werden, oder der Gläubiger hatte das Recht, Zins zu fordern. Nach Ablauf der vierzehntägigen Frist konnte der Verkäufer Pfand oder Geld verlangen und, wenn der Schuldner geständig war, diesen mit dem Leibhaft gefangen setzen lassen. Wenn ein Wechsel akzeptiert und beim Verfall nicht bezahlt wurde, so sollte der Schuldner auf „Erkenntnuß“ des Kommerzienrats nach geschehener Pfandforderung und erhaltenem Leibhaft in die Gefangenschaft gesetzt und bis zu geleisteter Zahlung nicht freigelassen werden. War aber die Schuld nicht geständig, so mußte der Kommerzienrat innerhalb acht Tagen summarisch absprechen und das Urteil durch Pfandforderung und Leibhaft vollziehen lassen. Auf diese Weise erhielten einige Bestimmungen des Handelsrechts gesetzliche Bekräftigung. Es war ein Anfang, und so weit wäre es von da zu einem vollständigen Handels- und Wechselrecht nicht mehr gewesen.

Endlich kamen dem Kommerzienrate auch strafrechtliche Befugnisse zu; hatte er doch die Aufsicht in der Stadt und im Stadtgericht, teilweise auch in den Landgerichten, über die Ordnungen,

1) z. B. 1720, 1728.

2) Man. W. 242.

3) J. B. Ia 24. Pol. B. 9, S. 229, 28. Juni 1695. *Tillier*, IV. 471. Von seiner Anwendung hören wir noch 1788. „Da in dem Kanton überhaupt keine Merkantil und insbesondere keine Wexel Gesetze existieren“, so erfolgt die Betreibung im Falle des Wechselprotestes nach den Bürgerlichen Gesetzen, durch die ein „kurzes Recht festgesetzt ist“ (Man. W. 96). Grundsatz ist, daß Wechselstreitigkeiten da entschieden werden, wo der Wechsel zahlbar ist (ibid.).

die Handel und Industrie betrafen. Bei Zuwiderhandlungen gegen diese führte er das Richteramt in erster Instanz und konnte nach der Instruktion von 1792 Strafen bis auf dreißig Kronen ohne Rekurs aussprechen, während bei höhern Bußen oder Konfiskationen der Rekurs vor den Kleinen Rat ergriffen werden konnte, der die letzte Instanz bildete, im Gegensatz zu der Verordnung von 1719, durch die der Große Rat auch in Strafsachen das letzte Wort zu sprechen hatte und die Kompetenz des Kleinen Rates auf 200 Thaler beschränkt war. Auch in dieser Hinsicht bildet die Instruktion von 1792 eine Beschränkung der Rechte des Kommerzienrates, indem er vorher in „Poenalsachen bis auff hundert Thaler ohne Recurs zu sprechen“ befugt gewesen war.¹⁾ Die Bußen und Konfiskationen außerhalb des Stadtgerichts und eines Teils der Landgerichte wurden vom Landvogte ausgesprochen, und die Einsprachen dagegen nahmen ihren gewöhnlichen Weg, da der Kommerzienrat in Strafsachen keine höhere Instanz bildete.²⁾ Er konnte bei der spätern Behandlung von Konfiskationen als begutachtende Behörde teilnehmen, indem ihn der Große Rat in solchen Fällen mit der Untersuchung und Berichterstattung betraute.

Auf Grund der Instruktion von 1695 und des nie in Kraft getretenen Handelsgesetzes von 1728 maßte sich der Kommerzienrat das Recht an, den Geldstag (Konkurs) von Handelsleuten durchzuführen.³⁾ Am 20. Februar 1733 kam aber der Entscheid, daß bis zur endgültigen Auseinandersetzung je ein Mitglied des Äußern Stadtgerichts und des Kommerzienrates im Geldstage des Dufés handeln sollen;⁴⁾ der definitive Entscheid wurde am 6. März 1733 gefällt, indem der Rat beschloß, daß „in so lang die projektierten Commerzien Gsatz nicht abgehandlet und Promulgiert seyn werden“, die Geldstage vom Stadtgericht und nach dem „Stadt-Gsatz“ auszuführen seien.⁵⁾ Und weil das Handelsgesetz nie erlassen wurde, so blieb es für alle Zukunft dabei.

Auf der Grundlage der Instruktion von 1695 wirkte der Kommerzienrat beinahe ein Jahrhundert lang. Erst 1792 erhielt er eine der Zeit und den Verhältnissen angepaßte neue Organisation. Durch diese wurden die Pflichten der Behörde schärfer umschrieben, aber auch ihre Stellung innerhalb des Staatslebens wurde ver-

1) Nach der Manufakturordnung von 1719.

2) Ausnahmen kamen vor, so 1777, 24. Januar, als der Kommerzienrat über einen Konfiskationsrekurs urteilte. (Man. U. 29.) Auf keinen Fall wurden Konfiskationen an den Zollstätten vom Kommerzienrate behandelt.

3) J. B. III. 168. 11. Februar 1733.

4) J. B. III. 171.

5) J. B. III. 173.

ändert. Als Hauptaufgaben wurden nun bezeichnet: Führung des Handelsregisters an Stelle des frühern Handlungsdirektoriums, Erteilung der Toleranzbewilligung an nichtbürgerliche Handelsleute und Gewerbetreibende nach dem Abkommen mit der Burgerkammer vom 1. Dezember 1784, Erteilung der verschiedenen Patente nach Maßgabe der neuen Patentordnung vom 13. Februar 1792, Aufsicht über die Kramläden und ihre Inhaber zu Stadt und Land und über das Kommerzienhaus, Austeilung von Prämien zur „Äufnung der Handlung, Manufaktur und Fabriken“.

Wohin sind die großen Ziele vom Ende des 17. Jahrhunderts gekommen, die Erteilung von Konzessionen, die Aufstellung von Ordnungen und Reglementen, die Gewährung von Zollfreiheit, die Aufnahme ins Kleinbürgerrecht, die systematische Heranziehung und Ausbildung einheimischer Arbeitskräfte zu der Industrie? An ihre Stelle sind Befugnisse getreten, die aus unserer Behörde nichts anderes machen als eine Handelspolizeikammer, die nun, was sie vorher geschaffen oder bewahrt hatte, weiter hüten sollte. Wie mußten sich die Ansichten über die „Kommerzien“ geändert haben, wie ganz anders mußten die Mittel zur wirtschaftlichen Hebung des Landes geworden sein, welche Gleichgültigkeit, ja Vernachlässigung der Industrie hatte im Laufe eines Jahrhunderts der Begeisterung und der Hoffnung auf völlige Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse durch die Industrie Platz gemacht! Früher sollte der Kommerzienrat „ernstliches und ohnablässiges Nachdenken haben und allerley ersinnliche und practicirliche Mittel ergreifen“, um Manufakturen einzuführen, durch die das Geld im Lande behalten oder in das Land gezogen werde; jetzt soll er sie „so sehr möglich“ in Aufnahme zu bringen trachten. Hauptsächlich um die Mitte des Jahrhunderts hatte sich der Umschwung der Ansichten vollzogen vom Merkantilismus zum Physiokratismus, von der Industrie zur Landwirtschaft, vom Kommerzienrate zur ökonomischen Gesellschaft.

Der 5. März des Jahres 1798 legte auch den Kommerzienrat weg. In den Wirren der nächsten Wochen und Monate konnte von einer ruhigen Arbeit naturgemäß nicht die Rede sein. Aber die Frucht, die das alte Bern noch gesät hatte, ging nicht unter. Schon in der Zeit der Helvetik erhob sich als Unterabteilung der Verwaltungskammer die Handels- und Gewerbekommission, auf andrer Grundlage und mit weiterem Geschäftskreise, wenn auch mit geringeren Befugnissen, und von nun an bestand das ganze 19. Jahrhundert hindurch eine Behörde mit einem ähnlichen Zwecke,

wie der des alten Kommerzienrates, sei es der neue Kommerzienrat in der Mediations- und Restaurationszeit (1803—1831), seien es Kommissionen für Handel und Industrie (1850—64) oder freie wirtschaftliche Verbände, allerdings ohne Verwaltungsvollmacht, bis im Jahre 1897 die bernische Handels- und Gewerbekammer das Erbe des ehemaligen Kommerzienrates in mancher Beziehung aufnahm und nun mit Hilfsmitteln, die sich im Laufe eines Jahrhunderts vervielfältigt und verändert hatten, im Grunde nach dem nämlichen Ziele strebt.¹⁾

1) *J. Hügli*, Der bernische Kommerzienrat (1. Jahresbericht der Kantonalen Handels- und Gewerbekammer 1898).

II. Die finanzielle Beteiligung des Staates.

Es wurde schon oben gesagt, daß Handwerk, Gewerbe und Handel am Ende des 17. Jahrhunderts auf absteigender Bahn sich befanden. Die Bürger, und zumal die kapitalkräftigsten, hielten sich von ihnen fern, lebten von ihren Beamtungen, und wenn sie ihr Geld anlegen wollten, so taten sie es mit Vorliebe in Grund und Boden, nicht in industriellen Unternehmen.¹⁾ Die Bevölkerungsschicht aber, die sich auf die Manufakturen verstand, hatte meist kein oder nicht ausreichendes Kapital zur Aufnahme des kostspieligen Betriebes, zur Anschaffung der notwendigen Einrichtungen; denn selbstverständlich waren für die Massenfabrication und den Handel größere Summen erforderlich als für die Ausübung eines Handwerks, das nur auf Bestellung arbeitet.

Die Hauptmasse der Industriebevölkerung bestand aus Refugierten, die zum größten Teile ihre Güter bei der Auswanderung verloren hatten und als arme, oft unterstützungsbedürftige Menschen im Kanton ankamen. Dazu gesellten sich andere „Fremde“, z. B. Ostschweizer, die aus irgendeinem Grunde den Wanderstab ergriffen hatten, arme Landskinder, Waisenkinder, die systematisch zu der gewerblichen Arbeit herangezogen wurden. Ihnen allen fehlten die Mittel, um die Rohstoffe zu beschaffen, Werkzeuge und Einrichtungen herstellen zu lassen und um die ersten ungünstigen Zeiten überdauern zu können. Für Privatleute mochte es etwas gefährlich sein, ihr Geld in solche Unternehmungen zu stecken; da waren Grund und Boden sichereres Pfand. Auch den Unternehmern war mit privatem Kapital, das hoch verzinst werden mußte, weniger gedient, als wenn sie solches zu niedrigem Zinsfuße vom Staate borgen konnten. Regierung und Kommerzienrat erkannten, daß eines der Hauptmittel zur Förderung von Handel und Industrie und damit zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes die Beschaffung von billigem Gelde sei. Die Obrigkeit, die ein

¹⁾ Geiser, Armenwesen, 55.

andres Interesse als Private hatte, konnte und wollte Vorschüsse — damals „Geldvorstand“ genannt — zu geringem oder sogar ohne Zins machen. Sie übernahm damit mehr als die Rolle einer Bank. Die „Hochoberekeitliche Verordnung“ von 1695 sagt darüber, nachdem sie von der Nützlichkeit der Manufakturen gesprochen, man brauche dazu Geld, das aber nicht leicht zu beschaffen sei, „weilen man hier keinen Wechselplatz hatt, wie anderer Orten, da ein fleißiger Handelsmann oder Arbeiter in einem Nohtfall Gellt auf Interesse erhalten kann“. Darum sei es billig, daß der Staat etwas wage, indem er eine Summe zur Anlockung und Unterstützung von Manufacturiern aussetze, die durch den Kommerzienrat unter Aufsicht der Vennerkammer verwaltet werde.

Zwar war 1695 diese Art der Unterstützung keineswegs neu. Schon bevor es einen Kommerzienrat gab, wurden Regierungsgelder an Fabrikanten ausgeliehen, z. B. an eine Wollenfabrik in Bern im Jahre 1679. Die Vennerkammer hatte das Geschäft besorgt, sie nahm in dieser Beziehung die Stelle ein, an der wir später den Kommerzienrat finden.¹⁾

Dem Kommerzienrate von 1687 wurde gleich bei seiner Gründung ein Kapital von tausend Talern zugesagt, ohne Zweckbestimmung, aber jedenfalls zur Verwendung zu Gunsten der Industrie.²⁾ Dem Rat war er über die Verwaltung der Finanzen Rechenschaft schuldig.³⁾

Zur Übergabe einer bestimmten Summe an den Kommerzienrat ist es nicht gekommen. Alle Anleihen wurden vom Großen Rate selber beschlossen. Der Kommerzienrat stellte den Antrag oder gab sein Gutachten ab, und ihm wurde die Aufsicht über die richtige Verwendung, sowie die Ausführung der Beschlüsse übertragen, indem er z. B. für genügende Bürgschaft sorgte. Aber er zog weder die Zinse ein, noch lieferte er die Summen; diese flossen entweder aus dem Staatssäckel oder aus der Salzkasse. Durch „Reglement und Statuten wegen Anleihung oberkeitlicher Gelder an Particularen in Handlungssachen“ wurde am 1. April 1748 die Möglichkeit einer Anleihe noch verringert, indem vorgeschrieben wurde, daß ein solches Gesuch nur mit einem Mehr von Zweidrittel der Stimmen des Kleinen Rates an Rat und Burger geleitet werden könne und daß diese ebenfalls nur mit Zweidrittelmehrheit dem Gesuch „als eine Gnadensach“ entsprechen sollten. Auf dem

1) R. M. 185, S. 32, 18. August 1679. 2) J. B. 1687, S. 1 ff. R. M. 210, S. 156.

3) Art. 13 der Instruktion.

gleichen Wege konnte nach Verfall des Kapitals eine Erneuerung der Anleihe stattfinden.¹⁾

Die größte Zahl der Anleihen wurde durch Vermittlung des Kommerzienrates von Rat und Burgern gemacht. Wir erwähnen die wichtigsten:

1. Wollen- und Seidenmanufaktur: Michel Wagner und Isak Zehender, Seidenfabrikanten in Bern erhielten am 4. November 1679 6000 Kronen auf zehn Jahre ohne Zins.²⁾ Die Seidenfabrik Gruner und Äschbacher, ebenfalls in Bern, nahm am 30. Mai 1728 10000 Fr. zu 2% für zehn Jahre auf³⁾, zahlte aber nach Verlauf dieser Frist nur 3000 Fr. zurück und ließ sich die übrigen 7000 Fr. noch auf weitere sechs Jahre zusprechen.⁴⁾ Dem Seidenfabrikanten Johann Walther lieh der Große Rat am 21. Dezember 1736 6000 L. für zehn Jahre; er durfte sie fünf Jahre lang ohne Zins genießen, mußte sie nachher aber zu 2% verzinsen; die Rückzahlung sollte in drei jährlichen Raten von je 2000 L. erfolgen.⁵⁾ Franz Oblaßer erhielt für seine Seiden- und Samtfabrik 1739 tausend Franken ohne Zins.⁶⁾ Von Tuchfabriken wurden unterstützt: Beßon in Lausanne mit 2000 Fr.⁷⁾, Allamand und Francillon in Lausanne mit 40000 L.⁸⁾; von Strumpfwebern Mallan mit 2000 L.⁹⁾

2. Baumwollen- und Leinwandindustrie. Hier sind hauptsächlich zu erwähnen die Indiennefabrik von Engelhard u. Cie. in Bern (hier die erste dieser Art) mit 20000 Franken (19. September 1731)¹⁰⁾; mit der gleichen Summe der Indiennefabrikant Müller in Bern im Jahre 1736¹¹⁾ (Engelhards Schwager, dem die jenem geliehene Summe übertragen wurde). David Dezi in Thun lieh zu seiner Hanf- und Flachsspinnerei 6000 Taler (31. August 1746)¹²⁾ und Niklaus Jost und Jakob Lüthi wurden zur Einführung ihrer Strickwarenmanufaktur in Langnau 10000 Fr. zu 1% vorgeschossen.¹³⁾ Auch die Indiennefabrik des Fried. Detrey in Bern wurde 1788 mit 25000 Fr. bedacht, die ebenfalls nur zu 1% zu verzinsen waren.

3. Von anderen Gewerbszweigen erwähnen wir noch vor allem die Gerberei, die zumal in der Hauptstadt im 18. Jahrhundert beständig zurückging. Der Kommerzienrat wandte der Lederverarbeitung beständig sein Interesse zu, und mit Recht, hatte sie doch hier,

1) J. B. IV. 379. Pol. B. 13, S. 322. 2) U. Spr. B. X. X. 36. 3) J. B. II. 331.

4) R. M. 160, S. 238.

5) Man. M. 58.

6) Man. M. 341.

7) Man. F. I. 146, 162. J. B. Ia. 195. 8) Man. T. 335. J. B. VI. 263, 265.

9) J. B. I. 157, 159. Man. E. 84. 10) J. B. III. 240. 11) J. B. III. 265.

12) J. B. IV. 351.

13) J. B. VII. 169.

in dem Lande mit starker Viehzucht, ihren natürlichen Standort. Wenn die Gerbereien in der Stadt auch nach und nach verschwanden, so heißt das nicht, daß das Gewerbe unterging. Es blühte in Landstädten und Dörfern, in Thun, im Emmenthal, im Aargau und in der Waadt fort. Von bernischen Gerbern erhielten Darlehen: Vinzenz Kilchberger 6000 Fr. im Jahre 1727 ¹⁾, Friedrich Steck 6000 Fr. am 8. Januar 1740 ²⁾, Siegmund Friedrich König 12000 Fr. am 21. Sept. 1742. ³⁾ Wir erwähnen ferner 22000 Fr., die z. T. ohne Zins, z. T. zu 2% an die Unternehmer ausgegeben wurden, die sich mit der Pflanzung von Maulbeerbäumen befaßten, J. Barry ⁴⁾ und Berdez ⁵⁾. Und endlich gedenken wir der 40000 Fr., die aufgewendet wurden zur Einführung der Uhrmacherei und Bijouterie durch Ador und Bonnard. ⁶⁾

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden beinahe keine Kapitalvorschüsse an Gewerbetreibende mehr gemacht. Das mag seinen Grund in verschiedenen Umständen haben. Die schwere Zeit des Anfangs war vorbei, es gab eine ansehnliche Zahl von wohlhabenden Fabrikanten, und die Anlage von neuen Unternehmungen war nicht mehr so nötig; die ganze Industrie kam in einen Zustand der Stagnation, sie wuchs, mit Ausnahme der Baumwollindustrie im Aargau, nicht mehr. Infolge davon konnte die finanzielle Unterstützung durch die Regierung unterbleiben. Zudem galt sie ja nicht mehr als einziges Mittel, das Volk zu bereichern, wie ehemals; wie am Anfange des Jahrhunderts die Industrie, so wurde nun die Landwirtschaft überschätzt, das Gewerbe trat in den Hintergrund.

An die Stelle der Vorschüsse durch die Räte traten später die Summen, die der Kommerzienrat aus seinem eigenen Einnahmenüberschusse auslieh. Die Beschaffung von privatem Gelde war nunmehr leichter, denn mit der Befestigung der Manufakturen wuchs auch ihr Kredit; außerdem entstanden Banken, so daß der Staat auf seine Rolle als Geldinstitut verzichten konnte. Endlich mögen auch Unannehmlichkeiten, Verluste usw. zu größerer Zurückhaltung ermahnt haben. Die obenerwähnten „Statuten und Reglement“ scheinen darauf hinzuweisen, daß man Verlusten vorbeugen wollte, und schon 1695 wurde es ausgesprochen, daß die G. H. „in dergleichen Fällen mehrmals zu Schaden kommen, und wo nicht

1) J. B. II. 247, 258.

2) R. M. 164, S. 107.

3) J. B. IV. 75.

4) Man. L. 67. M. 195, 294. J. B. IV. 190, 199.

5) J. B. V. 127.

6) J. B. V. 186.

nahmhafte Capitalia gantz, jedoch zum Teil verlohren haben“.¹⁾ Auf jeden Fall bedeutete die Verordnung von 1784 fast gänzlichen Verzicht auf weitere Anleihen.

Zwar fehlte es auch in den späteren Jahren nicht an Gesuchen, aber sie wurden meist schon vom Kommerzienrate im ablehnenden Sinne begutachtet oder dann vom Rat abgewiesen. Man brauchte meist den Vorwand, daß man fürchtete, allen andern die gleiche Gunst gewähren zu müssen.²⁾

Seine eigenen Gelder legte der Kommerzienrat nur zum Teil in gewerblichen Anlagen an.³⁾ Unzweifelhaft industriellen Zwecken dienten 600 Kronen, die 1757 die Seidenfabrikanten Gebrüder Neuwyller von Frauenfeld erhielten; ferner 600 Kronen, die Samuel de Lebert in Orbe für seine Krapppflanzung zugesprochen wurden, 350 Kronen zu Gunsten des J. Harrison in Burgdorf, 950 Kronen, die dem Strumpfweber Ferrier in Bern zugute kamen (1791, 20. Juni und 18. November), vielleicht auch 800 Kronen, die 1752 dem Banquier Couvert geliehen wurden. Auf jeden Fall erfüllten diese letzteren ihren Zweck nicht, denn 1768 war der Schuldner im Konkurs, und die ganze Summe ging verloren; sie trug dem Kommerzienrate nichts ein als die Mahnung der G. H., „ohne genügsame Bürgschaft oder annehmliche und gute Sicherheit weder an Negotianten noch andere Personen kein oberkeitliches Geld“ zu leihen.⁴⁾ Ob auch andere ausgeliehene Kapitalien zu industriellen Zwecken verwendet wurden, wissen wir nicht. Tatsache ist, daß der Kommerzienrat auch andere Anlagen machte. So lieh er 1775 auf eine Kaufbeile (also auf Grund und Boden) dem D. Joh. Bühler von Weißenbach bei Boltigen 760 Kronen.⁵⁾ Aber noch mehr. Wie der Staat schon längst große Summen im Auslande angelegt hatte, so beteiligte sich auch der Kommerzienrat an ausländischen Anleihen. Er zeichnete bei der Bank Marcuard, Beuther u. Cie. 1776 1200 Kronen in eine Anleihe der Stadt Lyon⁶⁾ und am

1) J. B. Ib 47. Ferner 1787: „Ist nie oder höchst selten ein Geldanlehn der glückliche Weg zu Anlegung einer Manufactur oder Fabrik. Die Erfahrung lehret, daß solche allemahl entweder allzuweit ausgedehnt oder die vorgestreckten Gelter nicht zweckmäßig verwendet worden. (J. B. VII. 166.)

2) z. B. Man. W. 48, 49.

3) Wir verweisen dafür auf die Jahresrechnungen von 1754 an. Es handelt sich nur um den Aktivsaldo, der im Laufe der Zeit auf einige Tausend Kronen anwuchs.

4) J. B. V. 306.

5) Von diesen wurden 1786 vom neuen (dritten) Inhaber des Objektes 330 Kronen abgelöst, von da an blieb der Kommerzienrat Gläubiger von 430 Kronen.

6) C. R. R. 1776. Man. U. 23.

1. Juni 1789 in die Anleihe des Wiener Hofes im Betrage von 800 000 L. 1040 Kronen.¹⁾

Zweimal wurde dem Kommerzienrate eine Summe von je 800 Kronen angewiesen zur Unterstützung des Strumpfweberhandwerkes, das erste Mal 1710²⁾, als das Gewerbe eben eine Absatzkrise durchmachte. Drei Jahre später wurde das Kapital zurückgezogen.³⁾ In der Rechnung von 1754 erscheinen neuerdings 800 Kronen, die getrennt verwaltet werden bis 1788. Davon und den daraus bezogenen Zinsen wurden 600 Kronen dem Strumpffabrikanten Daniel Kunz von Utzigen geliehen, 372 Kronen dem Strumpfweber Elie Alibert; als die beiden Genannten ihre Schuld zurückbezahlt hatten, erhielt Franz Ludwig Steiger 600 Kronen, Pfarrer David Emanuel Faßnacht in Bolligen 640 Kronen, wohl für das Geschäft seines Sohnes Dav. Em. Faßnacht u. Cie., der sich für einen Teil des Geldes verpflichtete, Landvogt Gabriel Friedrich Frischung zu Aarwangen 600 Kronen. Auch aus diesen Geldern wurden 690 Kronen auf Grund und Boden angelegt, indem ein Kaufbrief in Pfaffenried bei Oberwyl dafür erhandelt wurde. Zwei Geschenke von je 160 und 128 Kronen wurden den Krankenkassen der Strumpfwebermeisterschaft und der Indienne-Drucker zugewendet. (7. März 1780, 21. März 1782.)

Über die Art und Weise der Anleihe und Rückzahlung sowie über die Bedingungen ergibt sich kurz folgendes:

Eine Bevorzugung einer Manufaktur ist nicht zu bemerken. Wollen- und Seidenweberei, Wirkerei, Baumwollen- und Leinenindustrie, Gerberei und Uhrmacherei, alle hatten sich der Gunst der G. H. zu erfreuen; diese halfen da, wo es nötig schien, und alle Manufakturen waren ihnen wichtig und galten als nützlich.

Man hielt darauf, daß das Geld in richtige Hände kam. Nach der Vorschrift in der hochobrigkeitlichen Verordnung sah man auf größere Unternehmungen, die einen höheren Gewinn, namentlich auch die Beschäftigung von zahlreichen Arbeitern in Aussicht stellten. Tüchtigkeit des Gesuchstellers in seinem Fache war eine Hauptbedingung, und er mußte sie, wenn seine Produkte nicht schon vorteilhaft bekannt waren, durch Proben beweisen, die er einsandte und die man von Sachverständigen prüfen ließ; oder man holte Erkundigungen ein, ließ von den Amtleuten Gutachten ausstellen usw. Nicht weniger fiel der gute Leumund ins Gewicht; der „Impetrant“ mußte durchaus unbescholten, als ruhiger, fleißiger

1) Man. W. 225.

2) J. B. Ia 155.

3) J. B. Ia 157. 30. Dezember 1713.

Mann bekannt sein, so daß man auch in dieser Hinsicht von ihm hoffen konnte, keine Unannehmlichkeiten zu erleben.¹⁾

Auf die Landesangehörigkeit kam es besonders in der ersten Zeit wenig an. Handelte es sich doch darum, „kunstverständige Leute“ zu gewinnen, und diese fand man eher unter den Fremden als den Einheimischen. So ist es nicht verwunderlich, wenn neben Burgern auch andere Berner, aber auch Refugienten unterstützt wurden. Später, als sich mehr Einheimische der gewerblichen Tätigkeit widmeten, mochte dieser Umstand eher in Betracht fallen. Im Jahre 1788 wurde ein St. Galler in Lausanne, namens U. Möller, mit der Begründung abgewiesen, man könnte sich an seinem Heimatsorte nicht erholen, wenn die Fabrik nicht Erfolg hätte und das Geld verloren ginge.²⁾

Eine fernere Bedingung bestand seit 1748 darin, daß der Gesuchsteller genau angeben mußte, wer in dem Geschäft interessiert sei, damit Beteiligte bei der Verhandlung im Rate abtreten konnten; ferner verpflichtete sich der Schuldner, nachdem die Anleihe geschehen war, niemand als Anteilhaber aufzunehmen.

Die Auszahlung erfolgte entweder auf einmal oder in mehreren Raten. Die Kapitalien waren immer für eine bestimmte Zahl von Jahren fest und konnten nicht vorher gekündigt werden. Die Dauer war sehr verschieden, zwei, fünf, zehn, zwanzig und mehr Jahre; oft wurde nach Ablauf der Frist eine Verlängerung vereinbart.

Die Rückzahlung erfolgte ebenfalls bald in einer einzigen Zahlung, bald in mehreren Terminen. Der Staat war offenbar ein langmütiger Gläubiger; das Kapital von 40 000 Fr., das von Ador und Bonnard im Jahre 1763 auf Michod übertragen worden war, wurde 1771 fällig. 1780 war nur die Hälfte bezahlt, und die Hinterlassenen der beiden Bürgen erhielten einen neuen Termin von drei Jahren zur völligen Abtragung der noch schuldigen 20 000 Fr.³⁾

1) Ein typisches Beispiel ist das Gutachten des Kommerzienrates über die Einführung der Tuchmanufaktur von Rytz, Dönan und Schmidt in Thun. Es besteht aus vier Hauptabschnitten:

1. Satz. Vom Nutzen der Tuchmanufaktur überhaupt.
2. Satz. Wer die Unternehmer seien und ihre Eigenschaften.
3. Satz. Was ihr Hülfsmittel sie begehren.
4. Satz. Vorsehen, die zu beobachten sind.

2) J. B. VII, 210.

3) Man. U. 1771, 1 S. Schon 1767 war der Termin um drei Jahre verlängert worden. Man. U. 1767, 1 S. Vgl. auch H. J. J. über die Chronindustrie im alten Bern. Neues Berner Taschenbuch auf 1804, S. 301.

Der Zinsfuß war in der Regel ein bis zwei Prozent, oft wurde für die ganze Zeit, oft für einige Jahre, das Kapital zinslos überlassen.

Der Kommerzienrat übte eine gewisse Kontrolle über die Verwendung des Geldes; er wollte sich überzeugen, daß es zu dem vorgesehenen Zwecke gebraucht wurde. Er tat dies, indem er sich von den Amtleuten oder von den Fabrikanten direkt alljährlich über den Zustand des Unternehmens berichten ließ. Waren die Geschäfte in der Stadt, so unternahm gelegentlich der Direktor, dem es unterstellt war, eine persönliche Inspektion¹⁾ und er konnte sich die Bücher vorlegen lassen.²⁾

Bemerkenswert ist das Verfahren, das 1769 eingeschlagen wurde, um die Quincaillerie-Fabrik eines Engländers, John Harrison von Birmingham, in Burgdorf zu finanzieren.³⁾ Zunächst wurde Harrison eine „milde Beisteuer“ von sechs neuen Louisdor zugewendet⁴⁾, dann arbeitete der Kommerzienrat selber einen Subskriptionsplan aus, der fünfundzwanzig „Actionen“ von je zehn neuen Louisdor vorsah. Der Kommerzienrat verpflichtete sich zur Verzinsung sämtlicher Aktien zu vier Prozent während der drei ersten Jahre.⁵⁾ Die Rückzahlung sollte in vier Terminen vom vierten Jahre an erfolgen.

Die Subskription, an der sich neben dem Kommerzienrat und dem Rate von Burgdorf meist Patrizier beteiligten, ergab 250 neue Louisdor.⁶⁾ Im Frühjahr 1769 war diese Finanzierung zustande gekommen, im Herbst war die Summe aufgezehrt, und Harrison verlangte weitere 150 Louisdor.⁷⁾ Der Kommerzienrat schritt zu einer neuen Subskription, aber mit weniger Erfolg als das erste Mal; sie ergab nur 85 Louisdor.⁸⁾ Darauf wurde eine Abordnung — die Herren Ryhiner und Graffenried, begleitet vom Sekretär — nach Burgdorf zur Besichtigung der Fabrik gesandt.⁹⁾ Der Eindruck, den sie von dort heimbrachten, war ein guter, und sofort beschloß der Kommerzienrat, die fehlenden 65 Louisdor aus seiner Kasse zu nehmen. Im Juni 1770 machte er Harrison einen weiteren Vorschuß von 90 Louisdor.¹⁰⁾ Ein weiteres Anlehen, das Harrison

1) Man. W. 325. 2) J. B. II. 331. 3) Man. T. 128, 137. 4) Man. T. 139.

5) Man. T. 143. 6) Man. T. 147. 7) Man. T. 169. 8) M. T. 170.

9) „Da dieselben mit besonderem Vernügen die stille Ordnung und Zucht unter den Arbeitern, die Menge der manigfaltigen, meistens von Harrison selbst verfertigten Maschinen, Press- und Schraubstöcken, Instrumenten und Werkzeugen gewahrten, auch eine schöne Parthey ausgemachter Uhrenkettenwaar, samt denen Stempeln zur Verfertigung der Schuhschnallen fanden.“ Man. T. 188.

10) Man. T. 205. C. R. R. 1770.

schon im August desselben Jahres forderte, wurde aber verweigert, weil der Kommerzienrat mit der Verzinsung des ersten Anlehens zu tun hatte, die er drei Jahre lang seinem Versprechen gemäß durchführte.¹⁾ Im folgenden Jahre hatten wieder einige Private 15000 L. geliehen.²⁾ Nach weniger als zwei Jahren wurden die Gläubiger inne, daß sie ihre Kapitalien schlecht angelegt hatten; sie verlangten diese zurück, wenn sie nicht völlige Sicherheit dafür bekämen, und wandten sich zu diesem Zwecke an den Kommerzienrat.³⁾ Nach 1773 erfolgte die Verzinsung der Aktien nicht mehr, 1781 mußte der Kommerzienrat darauf verzichten, Zins zu beziehen oder sogar das Kapital zurückzuerhalten, und er strich die 185 neuen Louisdor aus seiner Rechnung⁴⁾, nachdem auch die andern Gläubiger auf ihren Anteil verzichtet hatten. Der Kommerzienrat hatte gehofft, durch eine neue Unterstützung die ganze Summe zu retten. zu welchem Zwecke er dem Harrison 1774 350 Kronen zur Errichtung einer neuen Schmiede auf erste Hypothek lieh.⁵⁾ 1782 hatte Harrison keine Arbeiter mehr, und die Herrlichkeit mit der Fabrik war zu Ende.⁶⁾ Dennoch treffen wir seine Fabrikate in den neunziger Jahren wieder. Sollte er sich auf unrechtmäßige Weise die Mittel angeeignet haben, um später das Geschäft auf eigene Rechnung zu betreiben? Unmöglich wäre es nicht; denn die Verhandlungen in den Behörden der Helvetik werfen kein günstiges Licht auf ihn. Wegen unverschämten Betragens und trecher Hinwegsetzung über die Staatsgesetze kam er ins Gefängnis und wurde ausgewiesen.⁷⁾

Von geringerer Bedeutung und weniger Einfluß auf das Wohl des Landes, weil ungenügend für die Förderung der Industrie, waren die einmaligen Unterstützungen durch Geschenke, bestehend in kleinen Summen. Dieses Mittel wurde gewöhnlich angewendet, wenn ein Geldanlehen nicht gewährt werden konnte. So wurden z. B. Amtleute bedacht, die sich durch Einrichtung irgend einer Manufaktur in ihrer Herrschaft und Verschaffung von Arbeit für ihre Armen verdient gemacht hatten. Der Landvogt von Fru-

1) Man. T. 373. 382. Vgl. de C. R. R. dieser Jahre.

2) Man. T. 374.

3) Man. T. 377. 382. Das Schicksal dieser Privatgelder ist uns unbekannt.

4) Man. T. 382.

5) Man. T. 382. 384. Der Kommerzienrat verleihte den daberigen Gültbrief an den 1. 1. 1774 an Kaspar Stäger von Jochheim. C. R. R. 1791.

6) Man. T. 382.

7) Vgl. *Annales de l'Etat*, *gouvernement de Helvetie* Bd. 21, S. 85, Bd. 29, S. 100. Man. T. 382. 384. 385. 386. 387. 388.

tigen ließ, „um dem Bettel abzuhelpen“, eine Hanfspinnerei in der Weise einrichten, daß von den zwölf Gerichtssäßen alle Monate drei auf eigene Kosten eine Partie Hanffaser anschafften, den Armen zum Spinnen austeilten, ihnen drei bis fünf Batzen für das Pfund bezahlten, das Garn wieder einsammelten und verkauften. Vom 11. Februar bis 24. Juni 1779 wurden 360 Pfund verarbeitet und 56 Kronen Spinnerlohn bezahlt. Zudem war zur Beschäftigung der Kinder von acht bis fünfzehn Jahren eine „Seiden-Kämlerey“ angelegt worden. Für diese Bestrebungen erhielten die Unternehmer hundert Taler.¹⁾ Zur Deckung eines Defizits bekamen die gleichen bald darauf einen weitem Zuschuss von Kronen 42. 23. 2.²⁾

Eine ähnliche Unterstützung im Betrage von hundert Talern wurde auch J. J. Frey von Lenzburg zuteil³⁾, der im Sinne hatte, eine Porzellanfabrik einzurichten. Eine Probe seiner Ware hatte er dem Kommerzienrate eingeschickt und sie mit der Bitte begleitet, er möchte ihm 5000 L. vorschießen.⁴⁾ Dieser traute der Sache nicht und beantragte mit einer „Meinung“, ihn abzuweisen, während der andere Teil sein Ansuchen befürwortete und ihn wenigstens zu einer einmaligen Unterstützung empfahl.

Der Baumwollweber und -drucker Veuillet in Yverdon sollte für die verlangten 8—10000 Pfund Sicherheit leisten⁵⁾; da ihm dies nicht möglich war, mußte auch er sich mit einer Gratifikation nebst einer Konzession begnügen.⁶⁾

In hohem Maße wurde die Fabrik wollener Tücher in Thun unterstützt, die von Rytz, Dupan und Cie. 1763 gegründet wurde. Die Inhaber dieser Firma verlangten und erhielten ein Geschenk von 1800 L., nämlich die Besoldung des Direktors für zwei Jahre à 400 L., für dessen Transport mit Familie 80 L.; für Hauszinse für den Direktor und die zum Unterricht junger Kinder erforderliche geräumige Behausung 240 L.; für Holz und andere notwendige Unkosten in den ersten zwei Jahren 680 L., dazu noch andere Hilfe und Privilegien.⁷⁾

In ihr sah der Kommerzienrat vornehmlich eine Anstalt zur Förderung der Volkswohlfahrt im armen Oberlande, wo es bei der Unmöglichkeit einer intensiven Landwirtschaft an Arbeit und Erwerb fehlte, so daß eine Übervölkerung eintrat, die zur Auswanderung führte. Darum war jede Gelegenheit willkommen, die den Oberländern Arbeit verschaffte. Die Wolle wurde in die verschie-

1) Man. U. 147. 11. August 1779.

3) Man. W. 74. 19. Mai 1787.

6) J. B. VI. 21.

2) Man. U. 188.

4) J. B. VII. 166.

7) J. B. V. 427 ff. 444 ff.

5) J. B. VI. 11.

denen Gemeinden zur Verarbeitung verteilt. Die Gemeinden mußten dafür die Garantie übernehmen; sie wurden angehalten, die nötigen Werkzeuge zu kaufen, und der Kommerzienrat ordnete ein Mitglied der Engern Kommission ab, das den Gemeinden vom Vertrag mit Rytz, Dupan und Cie. Mitteilung machen mußte. Die Vorsteher sollten ihre Gemeindegossen nach Thun in die „Manufaktur-schule“ schicken, wo sie während dreier Wochen in ihren zukünftigen Beruf eingeführt wurden.¹⁾ Es handelte sich hauptsächlich um Spuler und Spinnerinnen, deren sofort nach der Gründung (1764) über dreihundert beschäftigt wurden. Unter anderm war die Spinnerei im Waisenhaus in Zweisimmen eingeführt, während die Weber hauptsächlich in Worb und Umgebung wohnten.²⁾ Wenn die Firma nicht länger als sechs Jahre bestand, so liegt die Hauptursache im ungenügenden Vertrieb ihrer Produkte³⁾, aber auch in der Abneigung der oberländischen Bevölkerung gegen diese Beschäftigung. Die Unternehmer klagten oft, daß die Oberländer „ihren eingewurzelten Müßiggang und Trägheit dem ehrlichen Gewinn, welchen sie aus dieser Arbeit erhalten könnten, vorgezogen und meistens die Manufactur verlassen“ haben.⁴⁾

Eine Industrie wurde aber doch gegen das Ende des 18. Jahrhunderts im Oberland eingeführt, die dort ihren natürlichen Standort hat, und die sich im 19. Jahrhundert, wenn auch in anderer Form, dort ansiedelte: Die Fabrikation von Holzwaren. Wir wissen nicht, wie weit wir das Aufkommen der Holzschnitzerei dem Kommerzienrate zuschreiben dürfen; in ihrer heutigen Ausgestaltung vielleicht gar nicht, aber ganz verloren waren seine Bemühungen gewiß nicht.

Kleine Holzarbeiten — Holzdruckenware⁵⁾ — kamen aus dem Auslande, vor allem aus dem Schwarzwalde, und die Geldveräußerung für diesen Artikel erreichte die Höhe von 15000 Pfund. Es ist das Verdienst des Präsidenten Manuel, die Frage angeregt zu haben; der Kommerzienrat sah ihre Wichtigkeit ein, und der Landvogt Steiger in Interlaken interessierte sich sehr für sie, versicherte, daß ausgezeichnetes Holz genügend vorhanden sei, und freute sich, „seinen Amtsangehörigen einen neuen, einträglichen Handelszweig

1) Man. S. 1. 2) Man. S. 133.

3) Die Vorschriften über Bevorzugung ihrer Tücher wurden nicht beobachtet. (Man. S. 239.)

4) Man. T. 257.

5) Es werden genannt: Kellen, Siebe, Blasbälge, Weinhabnen, Mäusefallen usw. (Man. X. 133.)

zu verschaffen, mittelst dessen sie sich Kunstfleiß und Betrieb-samkeit erwerben und ein reichliches Auskommen finden werden“. Durch einen Bekannten in Schaffhausen fand Manuel den Mann zur Einführung dieses neuen Gewerbszweiges: Johannes Ebner von St. Blasien. Auf Kosten des Kommerzienrates reiste dieser nach Interlaken und bezog vom 15. September 1793 bis 15. Mai 1794 eine tägliche Unterstützung von fünf Batzen; zudem hatte er Hilfe von Interlaken selbst; die Niederlassungsbewilligung erhielt er vom Kommerzienrate. Heimkehren durfte er nicht mehr aus Furcht vor Mißhandlungen von seiten der Berufsgenossen, die nicht duldeten, daß ihnen Konkurrenz erwuchs.

Ebner war verpflichtet, andere seine Kunst zu lehren, und nach dem Berichte des Landvogts fand er willige Arbeiter. Schon im folgenden Jahre (1794) ging die Zahl der verfertigten Stücke in die Tausende, worauf der Kommerzienrat probeweise für drei Jahre im Oberland den Verkauf der fremden Holzwaren verbot und dem Schwarzwälder Andreas Thoma sein Patent entzog.¹⁾

Da die Holzverarbeitung einmal Boden gefaßt hatte, so bedurfte es nur noch des Künstlers, der aus dem Gewerbe ein Kunstgewerbe machte und ihm damit neue Aussichten eröffnete: dieser erschien in Christian Fischer von Brienz (1789—1848), der ähnliche Gegenstände herstellte wie Ebner: Eierbecher, Zuckerdosen, Schreibzeug-köcher usw., sie aber mit Ornamenten verzierte, so daß er als Vater der Holzschnitzerei im Berner Oberlande angesehen wird.²⁾

Auch Heinrich Pestalozzi, damals auf dem Neuhof, wurde zweimal mit einer Unterstützung bedacht. Veranlaßt durch die „Bitte an Menschenfreunde“ stellte Landvogt Gruner von Zofingen den Antrag, man möchte Pestalozzi eine milde Beisteuer zuwenden. Die Engere Kommission brachte im Januar 1777 darüber ein Gutachten ein. Die Behörde, die zur Förderung der Industrie geschaffen war, sah naturgemäß in der Anstalt auf Neuhof in erster Linie „eine gute Manufaktur Schul, in deren für die feinere Baumwollenfilatur und Weberey gute Arbeiter gezogen werden können“. Doch anerkannte sie auch den andern Zweck, den einer „Erziehungsschul für arme, ohne dieses sonst dem Müßiggang, Bättel und Unglück gewidmete Kinder“, und sie bewilligte einen einmaligen Beitrag von 48 Kronen (für fünfzehn Kinder je zwei neue Taler).

1) Vgl. Man. X. 129, 133, 140, 144, 145, 156, 160, 167, 171, 285, 292, 306, 328. J. B. VIII. 189.

2) K. Demme, im Handwörterbuch der schweizerischen Volkswirtschaft von N. Reichensberg. II. 615.

Im folgenden Jahre wurde diese Summe verdoppelt, nachdem die Abordnung, die im Juni 1777 den Aargau besucht hatte, um den Zustand der Baumwollen- und Leinwandindustrie zu erfahren, Günstiges berichtet hatte. Der Kommerzienrat hoffte vor allem, daß aus der Anstalt Meister hervorgehen würden, die die feinere Spinnerei und Weberei, wie sie in Toggenburg und im St. Gallischen zu Hause waren, einführen würden.¹⁾

Die Prämien, die vom Kommerzienrate auf gewisse Erzeugnisse ausgesetzt wurden, sind eine verhältnismäßig späte Erfindung. Sie wurden vom Kommerzienrate zum erstenmal im Jahre 1763 bei jener Wollentuchfabrik in Thun angewendet. Ihr wurde im Abkommen zwischen der Firma und dem Kommerzienrate eine Prämie von dreißig Batzen von jedem Stück für die ersten acht Jahre zugesichert, unter der Bedingung, daß wenigstens fünf Webstühle in Arbeit stünden, die fünfhundert Stücke lieferten.²⁾ Doch beschränkten sich die Prämien auf die roten und blauen Uniformtücher, wie sie für die Landmiliz verwendet wurden. Innerhalb vier Jahren wurden 767 Taler Prämien ausgerichtet.³⁾ Am 4. Juli 1768 wurden den Unternehmern für vier weitere Jahre Prämien auf alle Tücher bewilligt, die in der Fabrik von Rytz entstanden: dreißig Batzen für die Stücke, die von fünf Stühlen geliefert wurden, während die von den übrigen Stühlen nur fünfzehn Batzen bezogen.⁴⁾ Trotz dieser kräftigen Mithülfe erlebte die Fabrik diese Zeit nicht mehr.

Der Kommerzienrat sicherte auch der Spinnerei in Interlaken nebst freiem Verkauf ihres Leinengarns eine Prämie von einem Batzen von jedem Pfund Garn im Werte von zehn bis vierzig Batzen zu.⁵⁾ Nach der Rechnung, die der Kommerzienrat erhielt, wurden in einem Jahre 5449 Pfund gesponnen, wofür die Prämie Kr. 217.24.— ausmachte.⁶⁾ Im folgenden Jahre wurde die Prämie auf 2—4 Kreuzer für das Pfund Garn je nach seinem Werte erniedrigt. Infolgedessen war die Prämie viel kleiner; außerdem ging die Produktion zurück.⁷⁾ Die Prämien wurden auch noch für das dritte⁸⁾ und vierte Jahr zugesichert.⁹⁾

Noch später als die Prämien wurden die Preise eingeführt. Wir vermuten, daß diese Art der Aufmunterung durch die ökonomischen

1) Man. U. 20, 25, 55, 102. Abgedruckt von G. Tobler im Neujahrsblatt des histor. Vereins von Bern, 1900. Beilage II.

2) J. B. V. 444.

3) J. B. VI. 155.

4) Man. T. 64. 97.

5) Man. S. 168. 25. Juni 1765.

6) Man. S. 289.

7) Man. T. 40.

8) Man. T. 51.

9) Man. T. 117.

mische Gesellschaft in den Kommerzienrat kam; wenigstens hat diese oft solche Preisausschreiben erlassen.¹⁾ Vom Kommerzienrate wurden Preise nur in der Leinwand- und Baumwollindustrie ausgesetzt, die seit der Mitte des Jahrhunderts die bedeutendsten waren. 1776 wurden folgende Preise ausgeschrieben: a) „Demjenigen Fabrikanten von Baumwollenen Tüchern, welcher am meisten selbst fabrizierte Reglementmäßige 7/4 breite Ordinari-Indienne Tücher, mit dem Bernzeichen, vom 1. Mai diß Jahrs bis gleiche Zeit 1777 verkauft haben wird, ein Preis von acht Dukaten. b) demjenigen Fabrikanten, welcher in der anzahl der gleichen Tüchern dem obigen am nächsten kommen wird, ein Preis von sechs Dukaten.“²⁾

Diese Preise fielen an folgende Personen:

Der erste Preis an Witwe Hauri von Reinach für 207 Stück „Bern“ Ordinari und 1734 Stück Numero Tuch „Bern“. Der zweite Preis an Anton Häusler in Unterkulm für 218 Stück Ordinari „Bern“.³⁾

Die vier Preise für Leinwand waren folgende⁴⁾: Je ein Preis von 5 Dukaten für jeden Fabrikanten, der im Jahre 1776/77 am meisten 6/4 breite, glatte, leinene Tücher im Werte von 15—18 Kreuzer bez. 19—24 Kreuzer oder am meisten Serviettentücher mit Bild im Werte von 14—16, bez. 17—20 Kreuzer messen und zeichnen ließ.

Diese Preise erhielten:

Andreas Minder der jüngere von Huttwil, Jakob Zaugg, Andreas Schmid und Hans Ulrich Schmid, alle drei von Eriswil.⁵⁾

Ein Preis von dreißig Dukaten wurde 1783 demjenigen bewilligt, der in einem Jahre am meisten Leinwand ausführe. Der Antrag ging von der ökonomischen Gesellschaft aus, durch sie erfolgte auch die Ausschreibung und wahrscheinlich die Zuteilung des Preises.⁶⁾

Bemerkenswerter ist die Übernahme des Wollhandels durch den Staat im Jahre 1697. Wie das Salz, so sollte in Zukunft auch die Wolle von der Obrigkeit gekauft und wieder verhandelt werden. Der Anlaß für die Einrichtung dieser Regie lag in den häufigen Klagen der Wollenarbeiter: Tuchmacher, Lismer, Hutmacher, daß die Beschaffung roher Wolle große Schwierigkeiten

1) Das Preisausschreiben für Leinwand wurde zudem einem solchen der ökonomischen Gesellschaft begedruckt, Man. T. 4.

2) Man. T. 3. 3) Man. T. 63. 4) Man. T. 4.

5) Man. U. 101. 6) Man. U. 298.

habe.¹⁾ Die einzelnen Betriebe waren klein, ebenso klein die Wollenquantitäten, die sie brauchten, so daß direkter Einkauf aus erster Hand nicht möglich war. Die Meister mußten mit Unterhändlern verkehren, von denen sie nicht immer die gewünschte Qualität erhielten. Ungenügendes Rohmaterial mußte auf die Güte des Produktes einen schlimmen Einfluß ausüben, und der hohe Preis machte es gegenüber andern weniger konkurrenzfähig; daraus ergab sich als Hauptaufgabe für den Kommerzienrat: Beschaffung guten und billigen Rohmaterials.²⁾ Eine Eingabe desselben wurde am 5. Sept. 1695 an den Großen Rat gewiesen,³⁾ von diesem am 9. Sept. behandelt,⁴⁾ aber zu weiterer Beratung und „Erläuterung“ zurückgeschickt. Erst am 3. Februar 1697, nachdem die verlangte Erläuterung längst vorgelegt worden war,⁵⁾ kamen die G. H. zu einem Beschluß,⁶⁾ indem sie die geforderten 30 000 Reichstaler für die Errichtung der obrigkeitlichen Wollenhandlung bewilligten. Vorläufig wurde dazu die Hälfte angewiesen.⁷⁾

Die erste Sorge war nun der Wolleneinkauf. Zu diesem Zwecke sandte man Landvogt Wagner auf die bevorstehende Leipziger Messe, einen Hauptplatz für sächsische und böhmische Wolle.⁸⁾ Seine Aufgabe bestand darin, zweihundert Zentner Schafwolle zu kaufen und nach Bern spedieren zu lassen, aber nicht weniger hatte er „Korrespondenzen“ zu suchen, also Geschäftsverbindungen anzuknüpfen. Er sollte sich bei den größten Schäfereien umsehen und sich Lieferungen zu billigen Preisen sichern, indem er auf die Garantie des Staates hinwies; er sollte dafür sorgen, daß in Zukunft die Wolle bis nach Schaffhausen oder wenigstens nach Nürnberg geliefert würde, er hatte sich über den Geldwert, das Agio, den besten Zahlungsmodus zu erkundigen usw.⁹⁾ Um ihm „in diesem geschäft einiche liechterung zu verschaffen“, wurde ihm ein Angestellter des Rats Herrn Fischer von Reichenbach, Namens Dick, der sich eben in Deutschland befand, beigeordnet.¹⁰⁾ Die Reise wurde ausgeführt, die Wolle angekauft, die Verbindungen

1) Die genannten Fabrikanten nannten in einer Eingabe an den Kommerzienrat 1695 als Haupthindernisse der Entfaltung ihres Gewerbes: 1. Mangel an Mitteln zur Vermehrung des Verlaes; 2. Die große Schwierigkeit, Wolle herbeizubringen; 3. Die geringe Möglichkeit, die fertigen Waren zu „versilbern“. J. B. Ib 44.

2) Auch um den starken Geldexport, der durch zahlreiche Reisen ins Ausland verursacht wurde, zu verhindern. J. B. Ib 45.

3) R. M. Nr. 247. S. 251.

4) *ibid.* S. 267.

5) J. B. Ib 55.

6) J. B. Ib 28, 77.

7) 18. März 1697. J. B. Ib 29.

8) J. B. Ib 36.

9) J. B. Ib 36f.

10) J. B. Ib 36.

angebahnt, und in Zukunft brauchte man die Sendungen nur schriftlich zu bestellen.¹⁾

Es blieb nicht bei dieser einzigen Bezugsquelle. Schon ein Jahr später, im Frühling 1698, begaben sich der Fabrikant Fesquet von Lausanne und der Sekretär des Kommerzienrates, Stettler, nach Genua und Livorno, um hier ein Quantum Wolle zu kaufen.²⁾ Sie waren mit einem Kreditbrief von achttausend Talern versehen, und auch sie haben Vertreter angestellt, so daß Nachbestellungen schriftlich besorgt werden konnten.³⁾ Später folgten noch Reisen nach Genua und Beaucaire zum gleichen Zwecke, nach Marseille und Grenoble zur Aufhebung der Beschlagnahme bestellter Wolle.⁴⁾ Alle Wolle, sei es, daß sie für die Wollenhandlung ankam oder von ihr an die privaten Käufer expediert wurde, passierte zollfrei, wenn sie von den nötigen Attesten begleitet war.⁵⁾

Bevor noch die erste Sendung aus Leipzig angekommen war, erhoben sich im Kommerzienrate Bedenken über den Verkauf. Man fürchtete, die zweihundert Zentner könnten nicht abgesetzt werden oder die Wolle könnte schnell im Preise fallen. Man erkundigte sich daher bei einzelnen Fabrikanten, wieviel Wolle sie jährlich brauchten,⁶⁾ so auch beim Ratsherrn Fischer, Inhaber der „Burath und Cadisfabrique“ in Thun. Dieser schlug dem Kommerzienrate vor, ihm die erste Sendung zum Verkauf zu überlassen. Er versprach, sie den burgerlichen Fabrikanten zum Selbstkostenpreise abzugeben; dieser sollte in sich fassen den Preis der Wolle, die Unkosten und zwei Prozent Zins vom angelegten Kapital. Fischer versprach, drei Viertel der Summe im März 1698, den Rest ein Jahr nach der Übernahme zu erlegen.⁷⁾ Im Herbst darauf war der Vertrag noch nicht ratifiziert, und Fischer erklärte daher seinen Rücktritt davon. Die beiden Parteien kamen überein, daß die Frage der Haftung erst erörtert werden solle, wenn dem Kommerzienrat aus dem Verkaufe Schaden erwachse.⁸⁾ So mußte der Verkauf also in Regie besorgt werden. Wir bekommen den Eindruck, daß er im Anfang nicht leicht von statten ging; die Ratsmitglieder Fischer, Wagner und Lerber konnten zuerst wählen⁹⁾, andere mußte man vor sich zitieren und sie auffordern, ihren Be-

1) Man. A. 117, 215. 2) Man. A. 229. 3) Man. A. 399. 31. Dezbr. 1699.

4) *Miss. hist. helv.* XV. 70 (1).

5) J. B. Ia 57. Die 200 Zentner, die Wagner von Leipzig brachte, waren zu diesem Zwecke mit einem vereinbarten Zeichen kenntlich gemacht und die Beamten unterrichtet. J. B. Ib 38.

6) J. B. Ib 33. 7) J. B. Ib 33. 30. März 1697.

8) Man. A. 98. 14. Sept. 1697.

9) Man. A. 99.

darf mit obrigkeitlicher Wolle zu decken¹⁾ und ihnen besondere Protektion zusichern. Später war, wie es scheint, besserer Absatz, wenigstens für gewisse Sorten. Die Preise der Wolle wurden vom Kommerzienrate fixiert.²⁾ Die Bürger hatten den Vorteil, daß ihnen kein Zins draufgeschlagen wurde.³⁾

Die Einzelheiten der Handlung konnten natürlich nicht vom Kommerzienrate in corpore besorgt werden, diese mußten einer Person übertragen werden. Der Rat schuf zu diesem Zwecke die Stelle eines „Kassierers und Inspektoren der Wollenhandlung“ und wählte hiezu den Landvogt Wagner.⁴⁾ Er führte die Oberaufsicht über die ganze Handlung, erhob die Gelder, wandte sie nach den Beschlüssen des Kommerzienrates an, legte dafür Rechnung ab und beaufsichtigte die anderen Beamten.⁵⁾

Unter diesem stand der Buchhalter und Verwalter, der ein Angestellter und nicht Mitglied des Kommerzienrates war. Seine Pflicht bestand in der Führung einer getreuen „doppelten“ Buchhaltung, die er auf Verlangen dem Kommerzienrate vorweisen mußte, in der Besorgung der Korrespondenz, dem Verkauf der Ware (nur gegen bar), der Rechnungsablage und der Ablieferung der Gelder, die er über den täglichen Bedarf besaß.⁶⁾ Der erste Buchhalter war derselbe Herr Dick, der den Landvogt Wagner auf seiner Reise nach Leipzig begleitet hatte.⁷⁾

Im Januar 1698 trat Rudolf Hofmeister von Zürich als Sekretär und Reisender in die Handlung ein. Er hatte in Zürich fabriziert, war aber in Konkurs geraten und suchte nun in Bern eine neue Heimat, um, wie der ihn empfehlende Fischer bemerkte, unter dem Schutze der Obrigkeit und durch deren „Reputation“ ein eigenes Geschäft anfangen zu können.⁸⁾ Vorläufig waren noch Dick und Hofmeister in der Handlung tätig; später scheint der letztere an die Stelle des ersten getreten zu sein; denn er führte die Buchhaltung und Korrespondenz.

Der Geschäftskreis dieser Wollenhandlung wurde bedeutend erweitert durch die Anlage von Depots in anderen Städten, in Aarau und Lausanne. Das Gebiet des Kantons war weit ausgedehnt, reichte vom Lemman bis zum Rhein; wohl lag mitten darin die Hauptstadt, aber es war doch unpraktisch, die rohe Wolle, die aus Deutschland kam, zuerst nach Bern und dann erst zurück in den Aargau zu führen. Ebenso verhielt es sich mit der spanischen und französischen im Waadtlande. Der Preis, der durch die Be-

1) Man. A. 100. Die französischen Fabrikanten. Man. A. 156.

2) Man. A. 106.

3) Man. A. 99. . 4) 20. März 1697, . 5) J. B. Ib 30.

6) J. B. Ib 31. .

7) Man. A. 88. 3. Juli 1697, . . . 8) Man. A. 140.

teilung der Regierung hatte erniedrigt werden sollen, wurde so wieder erhöht. Am 20. Januar 1698 anerkannte der Kommerzienrat die Notwendigkeit einer Filiale im Aargau ¹⁾, und bald nachher wurde sie durch einen Vertrag mit dem Strumpffabrikanten Johann Heinrich Hunziker in Aarau errichtet.²⁾ Dieser besorgte den Wollenverkauf und die Spedition, wofür er mit fünfzehn Kreuzern per Zentner entschädigt wurde. Dagegen mußte er für seine Kunden gutstehen, ebenfalls gegen Anrechnung von drei Prozenten. Außerdem mußte er für die anvertrauten Werte Bürgschaft stellen. Er war verpflichtet, das eingenommene Geld „bar oder per Wechselbrief“ an den Kommerzienrat abzuliefern und alljährlich eine Generalrechnung vorzulegen. Für die Wolle, die er in seiner eigenen Fabrik brauchte, hatte er die Vergünstigung, daß ihm bei Barzahlung nur 2 1/2 %, bei sechs Monaten Termin 5 % auf den Selbstkostenpreis geschlagen wurden.

Im gleichen Jahre wurde auch die Wollenhandlung in Lausanne errichtet und dabei der Geschäftskreis erweitert, indem damit eine Tuchhandlung verbunden wurde, und zwar in Bern und Lausanne. Den Anlaß dazu gab eine Bittschrift der Fabrikanten von Lausanne.³⁾ Man ging von der Erwägung aus, daß man die Weber nicht durch Mangel an Absatz hindern dürfe. Die Rolle des Verlegers zu übernehmen, schien dem Kommerzienrat anfangs zu weit zu führen; er wollte darum die Stadt Lausanne veranlassen, die Einrichtung zu übernehmen. Weitere Beratungen führten doch zur Einrichtung des Verlags durch die Kammer. In Bern wurden zu Direktoren der Handlung Landvogt Wagner und Bartholomäus May ernannt⁴⁾, für die von Lausanne Conseiller Samuel Seigneux und Marchand Jean Fesquet.⁵⁾ Diese handelten als „directeurs des Magasins de Lausanne pour la chambre du commerce“.^{6) 7)} Sie besorgten den

1) Man. A. 156. 2) Man. A. 210. 3) Man. A. 235.

4) Man. A. 293. 5) Man. A. 324.

6) Wir wissen nicht genau, in welcher Weise der Kommerzienrat finanziell beteiligt war. Es waren drei Wege vorgeschlagen worden (Man. A. 289):

1. Die Kammer sollte auch diese Handlung führen wie den Wollenhandel. Dagegen hatte der Bauherr von Wattenwyl opponiert.
2. Die übrigen Mitglieder sollten sie auf ihr Konto übernehmen, aber in der Kammer Namen.
3. Die Kammer vertraute einigen Particularen eine Summe aus ihrem Wollenfonds an, und sie führten die Handlung im Namen der Kammer.

Damals (4. August 1698) hatte man sich auf den dritten „Expedient“ geeinigt. Der Beschluß für die Gründung erfolgte am 9. August 1698 (Man. A. 292). Der Ausdruck: „Seigneux et Fesquet . . . pour la chambre du Commerce“ scheint darauf hinzudeuten, daß man den dritten Weg wählte.

7) Man. A. 324.

Verkauf von Wolle und waren verpflichtet, an Zahlungsstatt das aus dieser verfertigte Tuch anzunehmen. Doch hatte der Arbeiter sich schon beim Bezug der Wolle zu erklären, ob er das fertige Tuch zurückliefern wolle oder nicht, worauf er dann den Auftrag erhielt, eine bestimmte Art Tuch zu fabrizieren. Der Weber arbeitete aber nicht um einen bestimmten Lohn, er konnte auch hier sein Produkt zu um so besserem Preise absetzen, je besser es gearbeitet war; denn jedes Stück wurde geprüft und die Arbeit durchschnittlich auf ein Drittel vom Werte des Rohstoffes geschätzt.¹⁾ Es war den Direktoren auch erlaubt, anderes Tuch als solches aus obrigkeitlicher Wolle anzunehmen, wenn es den Anforderungen entsprach; doch sollte die Tuchhandlung nur ein Notbehelf sein; so viel als möglich sollte doch der Fabrikant mit dem Händler direkt arbeiten.²⁾ Ein Raum für die Unterbringung der Waren wurde von der Stadt Lausanne geliefert.³⁾ In Bern befand sich das Bureau der beiden Direktoren im „Botten Kämmerli“ des Kommerzienhauses, die Buchhaltung wurde von Hofmeister geführt.⁴⁾

Wir können die Ausdehnung des Wollenhandels nicht zahlenmäßig darstellen. Sicher erscheint uns, daß die erste Sendung von Leipziger Wolle von zweihundert Zentnern die größte war, daß man nachher nie mehr so viel auf einmal bezog, daß also der obrigkeitliche Wollenverlag nie zu sehr hoher Entwicklung kam. Der Grund mochte zum Teil darin liegen, daß nur wenige Wollenarten gehalten wurden, die nicht jedem Wunsche, auch nicht jedem Zwecke dienten. Es ist der Mangel, der meistens derartigen Unternehmungen anhaftet, wenigstens wenn sie nicht völlig ausgebaut sind. Wenn aber der Kommerzienrat geglaubt hatte, das Regierungsgeld sei auf diese Weise sicherer angelegt als in Anleihen⁵⁾, so hatte er sich getäuscht. Der Grundsatz, daß nur gegen bar verkauft werden sollte, war bald aufgegeben. Allgemein wurden sechs Monate Termin üblich⁶⁾, die nicht innegehalten wurden, so

1) „Pour donner moyens aux facturiers de subsister nous permettons aux dits Srs. Directeurs en prenant des marchandises d'eux en payement de nos laines d'y ajouter environ le tiers de l'argent.“ (Instruction, Man. A. 324 ff.)

2) Das Tuch wurde von den Webern roh — en blanc — abgeliefert, und die Direktoren ließen es appretieren und färben. (Man. A. 317, 324 ff., Instruction.)

3) Man. A. 295.

4) Schon durch eine Verordnung vom 7. Juni 1688 wurde bewilligt, in der Hauptstadt und in den übrigen Städten Niederlagen für fabrizierte Waren zu errichten, wo sie durch bestellte „Commis oder factoren“ verkauft würden. (J. B. 1687, S. 85 ff.)

5) J. B. Ib 47.

6) Man. A. 210, 324.

daß eine Menge Schulden aufliefen. Schon 1703 wurde zur Vorsicht gemahnt ¹⁾, umsonst. ²⁾ Noch lange, nachdem die Handlung zu existieren aufgehört hatte, wurden Schulden im Werte von 7778 Pfund 8 s. 3 d. verzeichnet, davon entfielen über 7000 Pfund auf den welschen Kantonsteil. ³⁾

Die Filiale in Aarau verschwand spurlos, wann, wissen wir nicht; die von Lausanne wurde 1709 liquidiert. Im Mai dieses Jahres lagen im dortigen Depot noch siebenunddreißig Stücke Tuch im Werte von 2336 Pfund 11 s. 2 d., die von acht waadtländischen Krämern übernommen werden sollten. ⁴⁾ Noch vier Jahre später, im Januar 1713, hatte der Kommerzienrat 3065 L. 11 s. 3 d. zu fordern, teils für Wolle, zum größern Teil für Tuch. ⁵⁾ Die Wollenhandlung in Bern ging 1706 an das Haus Sinner und Herff über. ⁶⁾

Zu jener Zeit, da der Kommerzienrat mit allen Mitteln die Industrie einführen wollte und die Wollenhandlung neu errichtet hatte, kam zufällig der Tuchfabrikant Daniel Herff von Straßburg nach Bern, um die Seinigen zu besuchen. ⁷⁾ Der Kommerzienrat fragte ihn um seinen Rat und wünschte besonders, daß er ihm einen „fabrikverständigen“ Mann empfehle. Herff sandte einen seiner Angestellten, Le Maire von Markirch, der dann mit dem Verwalter der Wollenhandlung zur Visitation der bestehenden Fabriken im Land umhergeschickt wurde. Der Bericht der beiden Inspektoren lautete günstig und sie erklärten, daß die Einführung der Fabrikation „glücklich von statten gehen könnte“. Dabei bekam Le Maire selber Lust, eine Tuch- und Zeugfabrik einzurichten, er unterhandelte mit Herff und Sinner und ließ sich vom Kom-

1) Man. C. 33.

2) Im Juli und September 1709 wurden die Hutmacher in Bern, die noch der Wollenhandlung schuldeten, bei Androhung der Leibhaft aufgefordert, ihren Pflichten nachzukommen. (Man. E. 178, 185.) Auch durch Amtsleute und Kommissäre wurden die Schuldner an ihre Pflicht erinnert. (Man. E. 170, 186, U. Spr. B. BBB. 759.)

3) J. B. Ia 174 ff.

4) Man. E. I. 171.

5) Man. E. II. 40.

6) Die von Hofmeister wahrscheinlich 1708 abgelegte Rechnung über die Wollenhandlung (Man. E. I. 157) verzeichnet noch etwas über 5860 Fr. ausstehende Guthaben, sowie vorräthige Waren im Werte von 13000 Fr. (Miss. hist. helv. XV. 70 (1). Stadtbibliothek Bern.) 1714 betragen die Schulden an die ehemalige Wollenhandlung immer noch 7—8000 Fr. J. B. Ia 174.

7) Wir folgen in der Darstellung der Anfänge dieser Firma dem Bericht von Sinner: „Substantzieller Bericht über den Anfang, Fort- und Ausgang der in hiesiger Haupt-stadt Anno 1699 unterfangenen Tuch- und Zeugmanufactur, woraus der Anlaß zu selbiger, die Ursach deren Zerfalls und endlich die darauf erfolgte Hochoberkheitliche Erkenntniß. Bern Anno 1721.“ Miss. hist. helv. X. 101 (15). Stadtbibliothek Bern. Mand. Sammlg. XXIV. 3.

merzienrate dazu bestimmen, nicht nur eine kleine, sondern eine „große und namhafte zu unterfangen“, woran sich der Staat mit eigenem Gelde beteiligen wollte. Die Unternehmer weigerten sich, auf diesen Antrag einzugehen; aber der Kommerzienrat gab nicht nach, stellte vor, wie wenig man unter dem Schutze der hohen Obrigkeit zu fürchten hätte, sandte sogar Hofmeister nach Straßburg, um die Einwilligung des ältern Herff für seinen Sohn und Schwiegersohn (Le Maire) zu erhalten. Alle diese Verhandlungen führten endlich zum Abschluß des Vertrages vom 9. Juni 1699.¹⁾ Jeder Kontrahent — die Regierung, vertreten durch den Kommerzienrat einerseits und J. J. Sinner, Daniel Herff und Jean Le Maire anderseits — verpflichtete sich zur Einlage von 25 000 Talern. Die Regierung überließ von ihrem Anteil 20 000 Taler den Privaten zur Zeichnung; sie selbst wollte sich mindestens mit 5 000 Talern beteiligen. Nachträglich gestaltete sich das Verhältnis so, daß 15 000 Taler privates und 10 000 Taler staatliches Kapital geliefert wurden. Der Kommerzienrat stellte außerdem Gemächer im Kommerzienhause zur Verfügung und förderte die Errichtung der Walke und Färbe in Holligen. Man wollte durch Ausschluß der Konkurrenz die Fabrik lebensfähig machen; darum die Bestimmung, daß während zwanzig Jahren in Bern keine gleiche entstehen sollte; daher das Verbot, das die Einfuhr von Waren, die Sinner und Herff herstellen konnten, unterband. Es betraf Tücher bis zum Werte von 5 Pfund, sowie Sarges, Ratines und Futtertuch bis zum Preise von höchstens 15 Batzen. Und damit sie aller Vorteile, die der Bürger gegenüber dem Fremden genoß, froh werden konnten, wurden beide, Herff und Le Maire, auf warme Empfehlung durch den Kommerzienrat ins Bürgerrecht aufgenommen.²⁾

Wenn das Unternehmen gelang, wenn die Bemühungen des Kommerzienrates von Erfolg gekrönt waren, so eröffnete sich der Stadt doch noch die Aussicht, zu werden, was sie jetzt anstrebte: eine Industriestadt; denn das Gelingen des einen mußte anderes nach sich ziehen. Mit großen Hoffnungen ging man an die Arbeit; von seiten der Obrigkeit war nichts unterlassen worden, um den Erfolg zu sichern, und den Leitern fehlte es weder am guten Willen noch an der erforderlichen Geschicklichkeit. Aber alle Hoffnungen sollten vernichtet werden. Der erste Versuch scheiterte, und die Industrie und die für sie begeisterten Kreise erlitten einen empfind-

1) J. B. Ib 70. Sinner nennt als Datum den 30. Mai.

2) 14. September 1699. U. Spr. B.: BBB 403.

lichen Schlag. Die Fabrikation ging gut, aber die Zeit war ungünstig. Handel und Wandel waren flau, und gegen die ausländische Konkurrenz vermochte die junge Manufaktur nicht aufzukommen. Trotz des Einfuhrverbots war das ganze Land mit fremden, vorwiegend französischen Waren überschwemmt.¹⁾ Doch verloren weder Sinner und Herff noch der Kommerzienrat den Mut; sie hofften, die ersten schlimmen Zeiten bald überstanden zu haben; sie erklärten auch, daß nicht nur einer großen Zahl von Untertanen Arbeit verschafft worden sei, sondern daß man auch schon einigen Gewinn erzielt habe, „sodaß alle Hoffnung künftigen weiteren guten Successes vorhanden“. Sie forderten und erhielten von den Zweihundert ein weiteres Kapital von 10000 Talern.²⁾

Ein weiteres Jahr war zurückgelegt; die gleichen Sorgen und die alten Schwierigkeiten! Ein zweites Mal wandte sich der Kommerzienrat an seine Vorgesetzten, ein zweites Mal hatten diese ein Einsehen und schossen neuerdings 34000 Fr. vor.³⁾ Um den Absatz zu fördern, erging an den Stadtmajor und den Kommandanten der Festung Aarburg der Befehl, die Tücher für die Stadtmiliz und die Garnison von Sinner und Herff zu beziehen. Noch drei Jahre schleppte sich das Geschäft hin. Endlich erklärte Herff, es sei ihm und seinen Teilhabern nicht mehr möglich, die Fabrik zu halten und bot ihre völlige Abtretung an die Obrigkeit an. Im Kommerzienrate, wo dieser Vorschlag geprüft wurde, kamen alle möglichen Ansichten über den Nutzen der Manufaktur überhaupt und der Fabrik Sinner und Herff im besondern zutage. Während eine Ansicht sie überhaupt aufgeben wollte, konnte sich die andere zu nichts weiter entschließen, als „ein exact inventarium zu ziehen und volgendes ferners zu deliberieren“, eine dritte wollte einen größern Geldvorschuß anbieten; sie wies darauf hin, wie andere Städte sich die „Äufnung der Manufakturen“ viel größere Summen haben kosten lassen; sie machte geltend, daß der Fall dieser einen Fabrik andere nachziehen, daß er andere Unternehmer abschrecken würde. Bern mußte dann fast allein die Manufaktur entbehren, „damit doch bald alle andern Länder versehen und von jedermanniglich für ein Segen von Gott dem Herren geschezet wird“. ⁴⁾

Nachdem man von der Übernahme durch den Staat allein abgesehen hatte, wurde die Lösung der Frage durch den neuen Vertrag von 1706⁵⁾ herbeigeführt. Er enthielt wesentlich die fol-

1) Man. D. 48. Bericht von Sinner.

2) 28. Mai 1701. R. M. 3, S. 190.

3) 20. Dezember 1702. R. M. 10, S. 225.

4) Man. D. 55, 185. Man. E. I. 42 ff.

5) U. Spr. B. CCC 361. J. B. Ia 72.

genden Bedingungen: Jede Partei erhöht ihren Einsatz auf 60000 Taler; Sinner und Herff übernehmen den ganzen Fonds „in ausgemachten und unausgemachten Waren, schulden, gebäuen, gespünst, wollen, Ustensiles und was ferners sein möchte, vollgleich auch allen schaden, so sich würklich befindet und sich inskünftig befinden möchte“. Die 60000 Taler leiht die Obrigkeit auf dreizehn (später achtzehn) Jahre ohne Zins. Sie bestehen aus den 10000 Tlr., mit denen sie bisher beteiligt war, den beiden Summen, die sie 1701 und 1702 um Zins lieh (Depositogelder), der Rest soll aus dem Wollenfonds genommen werden. Zur Sicherheit der Regierungsgelder verpfänden die Schuldner ihren ganzen Besitz und Vater Herff in Straßburg ist Bürge. Nach achtzehn Jahren muß die Summe zurückbezahlt werden; kann die Fabrik vom Datum des Vertrags an nicht fünfundzwanzig Jahre lang geführt werden, so ist die Regierung berechtigt, vier Prozent Zins nachzuverlangen (Der Nachtrag von 1707 hob diese Bestimmung auf). Sinner und Herff dürfen keinen offenen Laden halten, sie genießen aber zehn Jahre lang Zollfreiheit und zu ihren Gunsten wird das Einfuhrverbot erneuert. Sie sind verpflichtet, jährlich einen Geschäftsmann auszubilden.

Von seinem früheren Associé trennte sich Herff¹⁾ und verband sich mit Louis de Vigneule aus Metz, der ebenfalls ins Habitantenrecht aufgenommen wurde.²⁾ Die Regierung entließ auch die Privatleute aus dem frühern Verträge, so daß sie auf ihrer Seite allein kontrahierte.

Dieser Vertrag von 1706 stellt sich im wesentlichen als eine Sicherung der obrigkeitlichen Gelder dar. Durch den älteren Vertrag haftete die Regierung mit ihrem Anteil. Davon sind allerdings die späteren Einschüsse auszunehmen; denn sie wurden auf Zins geliehen. Mit 10000 Talern (die Privaten mit 15000) haftete die Obrigkeit für den Verlust aus der ersten Zelt. Statt dessen übernahmen Sinner und Herff das ganze Geschäft samt allen Passiven, und die vollständige Einlage der andern Partei wurde gesichert durch die Umänderung in ein allerdings unverzinsliches Anleihen. Die Schulden aus der ersten Gesellschaft betrugen nach den Angaben der Unternehmer über 40000 Taler, und diese wollte man nicht als Einlage anerkennen, so daß der Kommerzienrat 1709 zu der Rechnung kam, das Kapital von Herff und Comp. belaufe sich nur auf 27000 Taler, während sie selber über 65000 Taler an-

1) Man. E. 102, 104.

2) U. Spr. B. CCC. 371.

gaben.¹⁾ Der Kommerzienrat dagegen berechnete seinen ganzen frühern Fonds, obwohl er durchaus nicht in lauter barem Geld bestand. In den Jahren 1708 bis 1711 spielten diese Geldverhältnisse eine traurige und langweilige Rolle; eine Kette von Unannehmlichkeiten knüpfte sich an sie. Eine Partei warf der andern vor, schuld an der bösen Lage zu sein, bis endlich Herff die Auflösung des Verhältnisses verlangte. Er erklärte, zwanzigtausend Taler von seinem Gelde einbüßen zu wollen, wenn der Kommerzienrat die Fabrik ganz zu seinen Händen nehme. Sollte er sie aber übernehmen, so offerierte er, eine gleiche Summe herauszugeben. Der Vorschlag schien dem Kommerzienrate unannehmbar; er verlangte in seinem Gutachten 25—35 000 Taler, denn nach seiner Rechnung hatte er 49 000 Taler zu gut. Auch die Rechnung über die Wollenhandlung, von Hofmeister abgelegt, nennt die gleiche Summe.²⁾ Die endgültige Trennung kam durch Beschluß der Zweihundert am 13. Februar 1711 zustande. J. J. Sinner und Daniel Herff verpflichteten sich als Schuldner für 30 000 Taler, die sie nach sechs Jahren bezahlen und inzwischen zu drei Prozent verzinsen sollten.³⁾

So endete nach zwölfjährigem traurigem Bestande ein Unternehmen, das nie zu kräftigem, gesundem Leben gekommen war; in einer schrillen Dissonanz klang aus, was so harmonisch eingesetzt hatte. Und der Mißklang tönte lange nach. Noch 1718 waren nur wenige tausend Pfund von der Schuld getilgt. Bis 1719 waren die Zinse bezahlt; Sinner wehrte sich gegen die Rückzahlung der ganzen Summe, indem er am Ende seines „Substanziellen Berichtes“ auf drei Fehler in der Abrechnung von 1711 hinwies. Er zeigte, daß die Firma 12 000 Franken Schulden aus der Wollenhandlung hatte übernehmen müssen (als Einschuß der Regierung), die nie eingetrieben werden konnten, daß sie damit sogar durch einen „double emploi“ zweimal belastet worden war, und dann bezeichnete er es neuerdings als eine Ungerechtigkeit, daß der Verlust so ungleich geteilt wurde, indem die Obrigkeit nach Anrechnung der Zinse nur 4000 Taler, die Firma aber den zehnfachen Betrag einzubüßen hatte (*Laesio ultra dimidium*). Der Einwand wurde abgewiesen und die Vennerkammer beauftragt, nach Form Rechtens vorzugehen. Am 2. März 1722 kam es zur Verhandlung vor dem Äußern Stadtgericht, dessen Urteil Hab und

1) Miss. hist. helv. XV. 70 (79). Stadtbibliothek Bern.

2) Miss. hist. helv. XV. 70 (1).

3) U. Spr. B. DDD. 81.

Gut des Schuldners auf die Gant brachte. Vor der Ausführung des Urteils führte der Einwand, daß die Schuld nicht ganz „gichtig“ sei, zu einem langen Prozesse, der von der Appellationskammer dahin entschieden wurde, daß sie Sinner abwies und zur Zahlung der vollen Summe von 106000 Pfund verfallte.¹⁾ Die sofort eingelegte Berufung brachte das Geschäft an die höchste Instanz, den Großen Rat, der nach eingeholtem Gutachten der Vennerkammer am 26. Juni 1724 darüber verhandelte.²⁾ Mit 112 gegen 23 Stimmen beschloß er Eintreten. Er gab zu, daß ein „merklicher Übertruff“ geschehen sei, und hielt um des Friedens und der Gerechtigkeit willen für angebracht, einen Teil der Schuld zu erlassen. Mit 76 gegen 56 Stimmen, die für eine Verminderung auf 20000 Taler eingelegt wurden, reduzierte er die Schuld auf 10000 Taler, zahlbar in vier jährlichen Raten von je 10000 Pfund. Damit hatte die oberste Landesbehörde nicht nur ein altes Unrecht gut gemacht, sondern einen weitem Beweis geliefert, daß sie Zeit und Verhältnisse verstand und für die gute Sache ein Opfer bringen konnte, wenn auch der Erfolg ausblieb; wir begreifen aber, wenn sie in Zukunft in ähnlichen Angelegenheiten äußerst vorsichtig zu Werke ging.³⁾

Die bernische Regierung stellte den Fabrikanten schon im 17. Jahrhundert gegen Zins ein Gebäude zur Verfügung: das Kommerzienhaus, in dem sie ihre Geschäftsstuben einrichteten, ihre Waren und Rohstoffe aufspeicherten, weben, spinnen und wirken ließen. Das Gebäude hatte vorher als Zucht- und Waisenhaus gedient und bestand anfangs aus dem Westflügel des ehemaligen Predigerklosters bei der französischen Kirche.⁴⁾ Später umfaßte es auch die übrigen Teile dieses Klosters, die bisher noch als Spital verwendet worden waren.⁵⁾ Die Umwandlung zum Kommerzienhaus begann 1684⁶⁾, und 1689 war es von 22 Gewerbsleuten besetzt; davon waren 18 Refugierte.⁷⁾ Außerdem gehörten der Obrigkeit eine Färbe und Walke an der Matte, die sie verpachtete⁸⁾, und eine Walke im Sulgenbach, die sie aber 1734 verkaufte.⁹⁾

1) Gerichtsmanual vom 15. Sept. 1723.

2) R. M. 97, S. 635.

3) Über die ganze Angelegenheit Man. D. und E., sowie Bericht von Vennerkammer und Kommerzienrat (Mand. Samml. XXIV. 17), ferner „Prozedur und Factum“ usw. (Mand. Sammlg. XXIV. 18.)

4) H. Türler, Bern, Bilder aus Vergangenheit und Gegenwart.

5) Man. O. 108.

6) Pol. B. 8, S. 397.

7) Man. A. 261.

8) J. B. V. 212, VI. 182, 190, 346.

9) J. B. III. 187. Man. L. 138, 140. U. Spr. B. HHH 3.

III. Schutz vor Konkurrenz.

Der Mangel an Kapital war nicht das größte Hindernis zur Entfaltung einheimischer industrieller Tätigkeit. Wenn auch eine Fabrik finanziert werden konnte, so fragte es sich immer noch, ob sie die Konkurrenz des Auslandes oder ähnlicher Betriebe im Inlande aushalten könne. Selbstverständlich sind zwei Faktoren dabei maßgebend. Die Konkurrenz schadet einer Unternehmung nicht, wenn diese ihre Waren in gleichem Preise anbieten kann und sie zudem ebensogut herstellt. Werden diese zwei Bedingungen nicht erfüllt, so zieht der Konsument eine billigere und bessere Bezugsquelle der teureren oder schlechteren vor. Heute wird die freie Konkurrenz innerhalb eines Staates allgemein geübt, und sie hat einen wohlthätigen Einfluß auf die Höhe der Preise und auf die Menge der Produkte; nicht so im 18. Jahrhundert. In bezug auf die ausländische Konkurrenz gibt es noch heute wenige Staaten, die dem System des Freihandels huldigen. Mit wenigen Ausnahmen schützen sie ihre einheimischen Produkte, seien es solche der Urproduktion oder der Industrie, durch gesetzliche Maßregeln gegen die des Auslandes. Das hiezu angewandte Mittel ist ganz allgemein der Schutzzoll. Anders im bernischen Staatswesen des 18. Jahrhunderts.

1. Ausländische Konkurrenz — Einfuhrverbot.

Schon am 7. Juni 1688 erschien eine obrigkeitliche Verordnung, durch welche der Verkauf von wollenen und seidenen Stoffen, die nicht von bernischen Meistern gefertigt waren, zwischen den öffentlichen Jahrmärkten verboten wurde, vorbehalten die, die schon eingekauft waren und in den Läden lagen.¹⁾ Bei der Neugestaltung des Kommerzienrates 1695 wurde das Verbot der fremden oder die Auflagen auf solche ausländische Waren, die im Lande selbst hergestellt wurden, unter die „Privilegien und Immunitäten“ auf-

¹⁾ J. B. 1687, S. 85 ff.

genommen, die er erteilen sollte.¹⁾ Auch in den Eingaben an den Rat um Bewilligung eines Kapitals für die Wollenhandlung wurde die Zurückhaltung der fremden Wollwaren verlangt.²⁾ Der Rat hatte Bedenken, besonders wegen Beschwerden der eidgenössischen Orte. Der Kommerzienrat untersuchte diese Frage und kam zu dem Resultat, daß man unter dem Terminus „freier Handel“ in den Bünden nicht Kauf und Verkauf, sondern nur Kauf zu verstehen habe, und zwar handle es sich vorzugsweise um Lebensmittel: Wein, Korn, Salz. Auch die Praxis zeige, daß man den genannten Ausdruck nur auf den Kauf beziehen dürfe; denn Frankreich habe manche Ware mit Auflagen belegt oder verboten, Solothurn den Wein besteuert, Bern selbst oft das Korn, zu allen Zeiten Wein, Tabak, Salz, Salpeter verboten³⁾, manchmal sogar den Kauf von Korn in seinem Lande, und trotzdem habe sich niemand beschwert, obschon dadurch die Bevölkerung eines Staates viel allgemeiner getroffen wurde als durch das Verbot von Industrieerzeugnissen. Der Kommerzienrat stellte es den G. H. geradezu als ihre Pflicht dar, auf solche Weise für des Landes Wohl zu sorgen.

Ein Schutz vor dem fremden Wettbewerb wurde als unumgänglich erachtet; über das Mittel sprach sich der Kommerzienrat so aus⁴⁾: „Weilen aber die auflag, soviel man vermerken mögen, Bedenklich gefunden wird, als hat der Commerzien Rat dahingeschlossen, daß der gebrauch und der Verkauf dergleichen frömbden fabrique allerdings und zu allen Zeiten Verbotten werden solten.“ Das Schutzzollsystem fand demnach keinen Anklang; ein radikaleres Vorgehen sollte in Anwendung kommen: Das Verbot. Aber so leicht wie der Kommerzienrat entschloß sich der Große Rat nicht dazu⁵⁾, erst am 6. April 1698 beschloß er, daß die fremden Waren verboten sein sollten⁶⁾, unter der Bedingung jedoch, daß 1. dieses Verbot nur auf Produkte Anwendung finde, die im Lande fabriziert würden; 2. der Kommerzienrat das Verbot zur Ausführung bringe,

1) „Hochoberkeitliche Verordnung, Welcher Gestalten die Handlungen, Manufacturen befördert, und zugleich die Handwerke geäufnet, und dadurch der Armuth und dem Müßiggang zu Statt und Land gesteuwrt werden könne und solle.“ Vom 4. März, 2., 4. April, 5., 7., 28. Juni, 3., 5., 10. Juli 1695. J. B. Ia 11 ff.

2) J. B. Ib 44 ff. 55 ff.

3) Der Salzhandel war Staatsmonopol, der Weinhandel Privilegium der Patizier.

4) J. B. Ib 55 ff.

5) Am 3. Februar 1697 wurde die Angelegenheit neuerdings an den Kommerzienrat zurückgewiesen zu weiterer Beratung und Begutachtung. J. B. Ib 28, 77. Das erste Gutachten: Resp. prud. II. 545.

6) J. B. Ib 69 ff.

ohne daß es von der Obrigkeit publiziert würde¹⁾; 3. die Maßregel nur auf solche Gewerbe ausgedehnt würde, die als besonders nützlich erachtet werden könnten; und 4. das Verbot nur nach und nach durchgeführt würde.

Nach dem Auftrage der Regierung wurde das Verbot jeweilen nur für einzelne Arten der Waren erlassen, z. B. wenn eine neue Fabrik errichtet wurde oder auf Anhalten einer Meisterschaft. Im April 1700 verbot er die fremden wollenen Hüte²⁾, 1704 wurde das Verbot erneuert und auf solche Hüte ausgedehnt, zu denen mehr Wolle als Haar verwendet wurde.³⁾ Eine nochmalige Erneuerung des Verbots erschien 1708 notwendig. Damals wurden besonders die Hutfabrikanten in Lausanne und Vevey daran erinnert.⁴⁾ Eine gewisse Möglichkeit zur Einfuhr von fremden Hüten wurde 1717 durch die Erlaubnis geschaffen, daß solche bestellt werden durften, wenn der Fabrikant eine Bestellung innerhalb vierzehn Tagen nicht ausführen konnte.⁵⁾ Auch die Hüte, die nachweisbar in eidgenössischen Orten hergestellt worden waren, wurden als „Contrebande“ betrachtet⁶⁾, wenn sie nicht für die öffentlichen Jahrmärkte bestimmt waren.⁷⁾ So streng sollte das Verbot gehandhabt werden, daß nicht einmal Hüte, die im Lande fertig bearbeitet wurden, hier verkauft werden durften. Sie durften roh eingeführt, mußten aber nach dem Staffieren ausgeführt werden.⁸⁾

Auf ähnliche Weise sollte in anderen Gewerbszweigen verfahren werden, z. B. zu Gunsten der Gerberei. 1705 wurden bestimmte Arten von Handschuhen verboten.⁹⁾ Allgemein scheint das Leder damals noch freien Eingang gehabt zu haben; die Gerberei stand in Blüte und vermochte den Wettbewerb mit der ausländischen auszuhalten.

Im Tuchgewerbe fanden sich die ersten Verbote in unserer Periode schon 1698. Damals war untersagt die Einfuhr von gemeinem Tuch bis zum Werte von fünf Bernpfund die Elle, ferner von ganzer, halber, breiter und schmaler Ratine, Ratine de Roybon, Sarge de Valence, de Nîmes, façon de Rome, façon de Londres, de Cau(x), d'Amende, Cordillat, fein und grob, Pierrelate, doppelte oder zweimal gewalkte Cadis, Refoulé genannt, Demilaine.¹⁰⁾

1) Der Grund dazu lag in der Furcht vor Beschwerden von Seiten der Mitverbündeten; die Regierung wollte in einem solchen Falle nicht gehindert sein. (J. B. lb 70).

2) Man. B. III, 115.

3) Man. C. 215 ff. J. B. Ia 67.

4) J. B. Ia 88.

5) Man. F. I. 207.

6) Man. F. II. 139.

7) J. B. Ia 67. Man. F. I. 207.

8) Man. G. I. 1, 33. Man. H. 72, Man. J. 14.

9) Man. D. 11. Handschuhe aus „Gitzifell“.

10) Man. A. 282. 19. Juli 1698.

Ein weiteres Verbot folgte 1702¹⁾, das 1709 erneuert wurde, nachdem die welschen Manufacturiers sich beklagt hatten, daß es nicht gehalten werde.²⁾ 1713 waren folgende Tücher verboten: Ratine de Roibon, Sarges de Valence, Frises, Cordalhat, Ratines ordinaires, Molleton, Estamels et Drape de la Coue.³⁾

Die gleiche Entwicklung machte die Sperre in der Baumwollenbranche durch. 1710 erboten sich Engelhard und Cie., Indiennefabrikanten in Bern, alle Indienne zu liefern, die in Ihr G. Landen gebraucht würde, wenn die „äußere“ abgehalten würde.⁴⁾ Kaum einen Monat nach diesem Angebot verhängte der Kommerzienrat die Sperre⁵⁾, im September 1711 dehnte er sie auf andere Gewebe, nämlich auf Cotteline und alle gefärbten und ungefärbten baumwollenen Tücher aus.⁶⁾ 1716 wurde bekannt, daß verbotene Tücher unter dem Namen Persienne eingeführt wurden. Das Verbot wurde dann auch auf diese ausgedehnt⁷⁾, sowie auf Calancas, ein feines Baumwollengewebe, das hier aber nicht hergestellt werden konnte. Engelhard u. Cie. führten es ein, aber sie führten dafür kein Geld aus, weil sie es gegen Indienne vertauschten⁸⁾, zudem bezogen sie es roh, so daß für den Druck zwei Drittel des Werts im Lande blieben. Später kamen noch andere Artikel unter die Sperre, z. B. mouchoirs garnis.⁹⁾

Die Reklamationen, die der Rat 1696 und 1697 gefürchtet hatte, trafen bald ein. Basel, Genf, Solothurn und Frankreich beschwerten sich über die Abschließungsmaßregeln und hielten sie für den gemeinsamen Bünden zuwiderlaufend. Der Kommerzienrat und der Kleine Rat waren aber nicht gesonnen, das System aufzugeben, und antworteten, daß sie dazu Freiheit und Gewalt haben, und daß dieses Verbot ebenso berechtigt sei, wie das gewisser Lebensmittel.¹⁰⁾

Bis gegen das Jahr 1720 waren diese einzelnen Verbote auf eine so hohe Zahl gestiegen, daß man sie nicht mehr leicht überblicken konnte. Das Bedürfnis, sie alle in eine einheitliche Verordnung zusammenzufassen, machte sich geltend, hauptsächlich zu

1) Man. E. 189. 2) Man. E. I. 191. 3) Man. E. II. 44. J. B. Ia 150.

4) Man. E. I. 198. 5) J. B. Ia 179. 5. Febr. 1710. 6) J. B. Ia 181.

7) J. B. Ia 188. 26. Aug. 1716.

8) Man. F. I. 9ff. Ein typisches Beispiel von den Vorstellungen der Merkantilisten und ihrem Ziel, kein Metallgeld aus dem Lande zu lassen.

9) Man. H. 224.

10) Antwort des Rats an Basel 17. Septembar 1698. T. Miss. B. Nr. 34, S. 297. An Solothurn ibid. 667. 27. Februar 1699. An Genf ibid. 324. 26. September 1698.

dem Zwecke einer leichtern Handhabung. Zudem war die Autorität des Kommerzienrates nicht wirksam genug, um all die Verbote durchzuführen, so daß es geboten war, die Sperre durch die höchste Gewalt verhängen zu lassen. Rat und Burger zweifelten jetzt nicht mehr an der Richtigkeit dieses „Konsumtionsmittels“ und fürchteten auch die Beschwerden der anderen Staaten nicht.¹⁾ Sie gingen auf die Vorschläge des Kommerzienrates ein, die er in mehreren Gutachten einreichte²⁾ und arbeiteten am 7. Juni, 10. Juli und 11. Aug. 1719 die „Manufactur-Ordnung“ aus.³⁾ Im fünften Artikel dieser grundlegenden Verordnung wurden alle fremden Waren, die auch im Lande fabriziert werden konnten, einzuführen verboten. Als solche werden genannt: „Wollene Tücher und Zeug, halb-wollene, seydene, halbseydene und baumwollene Zeug und Stoffe, der Leinwadt außert demjenigen fremden, so zu Coeffures, Manchettes, Rabätt, Gravattes etc. gebraucht wird, und insoweit solcher durch die Reformation-Mandat nicht verboten ist. Item die Manufacturen von Leder, als Schuh, Handschuh etc., wie auch die Manufacturen von gantzer, Floret und Galet Seyden; denne die wollenen und Haarhüt, wollene und seydene Sommer- und Winterstrümpf.“ Damit war die ganze Wollen-, Baumwollen-, Seiden-, Leinwand-, Leder- und Wirkindustrie vor der fremden Konkurrenz geschützt.

Durch diese allgemeine Sperre waren die Nachbarstaaten stärker als je betroffen. Ihre Fabrikanten und Kaufleute veranlaßten neuerdings Beschwerden; diesmal waren es Freiburg und Solothurn, die über Verletzung der Bünde klagten. Der Rat ließ vom Kommerzienrate ein Gutachten ausarbeiten, das der beiden gegenteiligen Ansichten wegen, die darin zum Ausdruck kommen, äußerst interessant ist.⁴⁾ Die erste Partei hatte über die Angelegenheit folgende Ansicht: 1. Die Burgrechte erwähnen mit keinem Wort den freien Handel; sie handeln nur von den Maßregeln zu gegenseitigem Schutze. 2. Alle Burgrechte und Bünde können der Regierung nicht wehren, zugunsten ihrer Untertanen die nötigen Polizeimaßregeln zu treffen. 3. Verbote fremder Waren sind in Bern nichts Neues, war doch schon 1472 das Freiburger Tuch verboten worden, als man das Tuchgewerbe einführen wollte. 4. Kein Nachbar ist befugt, andern seine Waren aufzudringen, wenn sie selber solche haben, noch sie zu nötigen, ihr Geld dafür auszugeben. 5. Bern

1) Sie hatten übrigens schon 1713 durch hochobrigkeitliches Mandat die Verbote des Kommerzienrates speziell in den welschen Landen bekräftigt. (Mand. B. Nr. 11, S. 670.)

2) Man. G. I. 38—54, 76, 85.

3) J. B. Ia 230 ff.

4) 9. Januar und 3. Februar 1720. J. B. II. 32 ff.

hat so gut das Recht, ein Verbot zu erlassen, durch das das Geld im Lande behalten wird, wie Freiburg, die Ausfuhr von Getreide zu verbieten. 6. Endlich wird daran erinnert, daß Solothurn und Freiburg Vorstellungen Berns wegen Münzen, Zöllen, Straßen, wegen des Salzes von Roehe, das bei ihnen verboten ist, mit dem Hinweis auf ihre Souveränität beantwortet haben; sie weisen auf das Verhalten Solothurns im Toggenburger Kriege hin, auf die Weigerung Freiburgs, nach der Reformation das Burgrecht zu erneuern, auf den Borromäischen Bund der katholischen Orte, der allen andern Bündnissen vorangehen sollte.

Aus allen diesen Gründen beantragt diese „Meinung“, bei der Verordnung zu bleiben, um so mehr, als sonst auch Basel, Zürich und St. Gallen die gleichen Vorteile verlangen könnten, deren hochentwickelte Fabriken die bernischen zugrunde richten würden.

Die zweite Gruppe hatte folgende Bedenken: 1. Die Burgrechte sind nicht nur als Schirmverträge, sondern als wirkliche Burgrechte zu betrachten, kraft deren die Bürger aller drei Städte gegenseitig aller Freiheiten, also auch des freien Handels teilhaft sein sollten. 2. Nach altem Herkommen brachten die Kaufleute jedes der drei Staaten im Gebiet des andern ihre Waren frei auf die Märkte. 3. Wenn auch nichts bestimmt wurde, so erfordert doch die Lage der drei Orte ein Einiggehen in Handel und Wandel. 4. Werden freiburgische und solothurnische Waren in Bern verboten, so wird an jenen Orten das bernische Produkt gleich behandelt werden, was einen Rückgang des Absatzes bedingt. Und Bern hat bis jetzt mehr nach den beiden Orten aus- als von ihnen eingeführt. 5. Die Angelegenheit könnte eine allgemeine eidgenössische werden und zu Streitigkeiten führen, während Nachgeben die Einigkeit, „das Fundament gemeinen Wohlstands“, fördern würde.

Die Vertreter dieser Ansicht fordern deshalb die freie Einfuhr der in den verburgrechteten Ländern fabrizierten Waren.

Zur Regelung der Angelegenheit wurde eine Konferenz der drei Städte nach Aarberg berufen.¹⁾ Die bernischen Gesandten erhielten ihre Instruktion vom Kommerzienrate, der darin nochmals bestätigte, daß es ihm um Förderung der inländischen Manufakturen zu tun gewesen sei und keineswegs darum, „die Bündnußen zu kränken“.²⁾ Das Ergebnis der Konferenz bedeutet einen Sieg der zweiten „Meinung“ im Kommerzienrate. In Zukunft sollte den Bürgern

1) Eidgen. Abschiede VIII. 182. 9. April 1720.

2) Man. H. 36. Instruktionsbuch der Stadt Bern. B. B. 198 ff.

und Untertanen der drei verburgrechteten Städte freistehen, ihre Waren auf den öffentlichen Jahrmärkten der anderen feilzubieten und zu verkaufen, wenn durch Zeichnung, Plombierung oder Zeugnisse bewiesen werden konnte, daß sie wirklich im Lande hergestellt worden waren.¹⁾ Ein neues Gutachten des Kommerzienrates empfahl die Ratifikation dieses Übereinkommens²⁾, die am 15. Mai 1720 durch Rät und Burger erfolgte.³⁾

Sehen wir zunächst zu, wie alle diese Verbote ausgeführt wurden. Schon 1688, als die Einfuhr von Wollen- und Seidenzeugen verboten wurde, gab der Rat dazu die Ausführungsbestimmung, daß die einheimischen mit dem Zeichen der Stadt und des Meisters auf Blei zu zeichnen seien, die fremden, damit auch sie noch verkauft werden könnten, nur mit dem Wappen der Stadt. Die Zeichnung sollte durch zwei beeidigte Personen im Beisein von Räten und Handlungsverständigen ausgeführt werden. Für die Zeichnung der im bernischen Gebiete gemachten Strümpfe wurde eine ähnliche Bestimmung gegeben. Auch sie sollten mit dem Stempel des Meisters und dem des Orts bezeichnet werden, und zwar von einem dazu erwählten „Commis“ und zwei Experten. Wurden diesen fremde Waren zur Zeichnung als einheimische vorgelegt, so wurden die Schuldigen mit einer Buße von hundert Franken bestraft.⁴⁾

Jedenfalls ist es nie zur Ausführung dieser Bestimmung gekommen. Nachdem Rät und Burger 1698 neuerdings die Sperre erlaubt hatten, wurden ähnliche Maßregeln getroffen. Die noch vorhandenen fremden Waren sollten plombiert werden.⁵⁾ Hofmeister und Landvogt Wagner besorgten die Zeichnung auf der Heimreise von Zurzach im Aargau⁶⁾, May und Zehnder im welschen Kantons-
teil⁷⁾, das Oberland bereiste zu diesem Zwecke Gubernator Thormann, das Emmenthal ebenfalls Barthlome May und die Grafschaften Aarberg, Erlach, Nidau und Büren Hofmeister.⁸⁾ Bald darauf schritt man zur Anstellung von Beamten, Commis genannt, zunächst in Brugg, Aarau, Lenzburg, Zofingen, Burgdorf, Trachselwald, Signau, Thun, Wiflisburg, Peterlingen, Milden, Iferten, Losanen, Vivis, Morsee und Neuis.⁹⁾ Sie wurden von den neu erlassenen Verboten

1) Abschiede a. a. O.

2) J. B. II, 60. Eine Minderheit schlug sogar Aufhebung der Manufacturordnung vor.

3) R. M. 84, S. 290.

4) J. B. 1687, S. 91 ff.

5) Man. A. 233.

6) Man. A. 260.

7) Man. A. 250.

8) Man. A. 310.

9) Man. A. 285. Jeder erhielt eine Beglaubigungsurkunde mit dem Verzeichniss der verbotenen Waren. 19. Juli 1698. Man. A. 282.

unterrichtet, so daß sie die Läden nach unerlaubten Waren durchsuchen konnten.¹⁾

Jeder Commis hatte ein bestimmtes Gebiet zu beaufsichtigen. Die Bezirke waren in den verschiedenen Zeiten verschieden umschrieben. 1719 gehörte z. B. dem Commis von Bern das Gebiet der Stadt, des Stadtgerichts und der vier Landgerichte. Das Oberland hatte zwei, das Emmenthal, das Seeland, der Ober- und der Unteraargau je einen Aufseher.²⁾ 1720 war ihre Zahl schon um vier gewachsen.³⁾

Die Wahl erfolgte damals durch den Kommerzienrat nach einem Doppelvorschlag des Amtmannes. Selbstverständlich konnte ein solcher Angestellter nicht für jedes Gewerbe die nötige Sachkenntnis besitzen; darum mußte er auf seinen Gängen von einem oder mehreren Meistern, die dazu beeidigt wurden, begleitet werden.⁴⁾ Mit der einmaligen Zeichnung der fremden Produkte war es aber nicht getan, auch später eingeführte mußten bezeichnet werden, um zu dokumentieren, daß sie verkauft werden durften.⁵⁾ Das sollte jeweilen bei der Ankunft der Waren besorgt werden, indem der Commis davon benachrichtigt wurde und das Auspacken nur in dessen Beisein geschehen durfte.⁶⁾ Die Einfuhr fremder Waren sollte überhaupt nicht mehr anders geschehen als mit Erlaubnisscheinen des Kommerzienrates (Patenten)⁷⁾, in denen die bestellten Waren genau bezeichnet wurden.

Als Strafe für Übertretung der Verbote wurde hauptsächlich die Konfiskation der Ware angewendet. Der Rat beschäftigte sich in manchen Zeiten fast ausschließlich mit Konfiskationsangelegenheiten. Die Commis ließen das Konfiszierte beim Landvogt des Bezirks verwahren, dieser urteilte über die Richtigkeit der Konfiskation, gegen sein Urteil konnte an den Kommerzienrat appelliert werden.⁸⁾ Zu Dutzenden, ja Hunderten werden die Fälle gemeldet, wo solche Einziehungen angewendet wurden.⁹⁾

1) Man. B. 115. 2) Man. F. II. 137. 3) Man. G. II. 11. 4) J. B. Ia 67 ff.

5) Man. E. 88. 6) J. B. Ia 67, 109. Man. E. 191. 7) Man. E. 88.

8) Das Verfahren war folgendes: Sie sollten gegen „den Fehlbaren Rechtlich agieren, wie in Zollcontraventionen üblich, dergestalten, daß durch Sie geklagt, durch den fehlbaren geantwortet, folglich repliciert und dupliciert und darüberhin durch den Herrn Amtmann in erster instantz erkennt werde, ob die waar confiscabel oder nit, alles Summarisch . . .“ Man. F. I. 46.

9) Man. F. I. 56, 57, 126, 127, 55, 93, 132. Man. B. 80, 111, 117, 127, 170. Man. C. 115, 71, 77 und viele andere.

Der Kommerzienrat setzte sich ferner mit der Zollkammer in Verbindung; sie sollte die Zollbeamten auffordern, verbotene Waren an der Grenze anzuhalten, solche aber, die zum Transit bestimmt waren, der bezeichneten Ausgangsstelle zu melden, damit sie dort kontrolliert werden konnten.¹⁾

So war nun das Land an der Grenze und im Innern besetzt mit Aufpassern, Organen der Handlungspolizei; man sollte meinen, daß es nicht mehr möglich gewesen wäre, Schmuggel zu treiben. Und doch war die Absperrung keine vollständige. Die Produkte Frankreichs z. B. hatten immer Eingang, trotz aller Warnungen an die waadtländischen Kaufleute.²⁾ So klagt Sinner in seinem obenerwähnten Bericht, daß „wie ernstlicher sich Ihr Gnaden der Fabrique annehmen, je kecker die Kaufleute werden; sie versahen sich sozusagen ungescheut mit verbotenen Waren und wollten von den hier fabrizierten keine nehmen, obschon ihnen ein ehrlicher Profit von 12 % darauf verzeigt ward.“ So streng man in einzelnen Fällen vorging³⁾, so nachsichtig war man in andern⁴⁾; und die Beamten auf dem Lande werden nicht alle ihre Aufgabe musterhaft gelöst haben.

War das verordnete Heilmittel ein gutes, so mußten sich, da seine Anwendung ins zwanzigste Jahr ging, die heilsamen Folgen zeigen, indem die einheimischen Fabrikate sich mehrten, die ausländischen verhältnismäßig zurückblieben. Leider war das nicht der Fall; im Gegenteil meldete der Kommerzienrat den G. H., daß

1) Man. F. I. 47.

2) Man. A. 229. Die häufigen Erneuerungen der verschiedenen Verbote erfolgten auf die Klagen über „Kontraventionen“. Man. D. 21. Man. C. 50.

3) Einem Fabrikanten von Gold- und Silberfaden, namens Masson, war eine hohe Buße auferlegt worden, weil er das Einfuhrverbot übertreten hatte; die Geschäftsbücher wurden ihm weggenommen. Der Kommerzienrat bat, man möchte ihm diese zurückgeben, damit die Fabrik nicht zugrunde gehe (Man. C. 125, 156). Der Rat willigte ein (Ratsman, vom 15. April 1704), aber zu spät; der Mann erholte sich nicht mehr (Man. C. 200). Ein anderer Kaufmann, Barbe, der in Lyon Waren als Erbe erhalten hatte, mußte sie zurückbefördern (Man. C. 115).

4) „Es fruchtete aber wiederumb so viel, daß gleich wenig Monat hernach, als eine abermalige Ronde in der Stadt getan worden, in den zwei erst visitierten Läden für 9000 Franken verbotene Waren sich erfunden haben; anstatt nun ein einmaliges Exempel zu setzen, diese so handgreifliche Verspottung des frisch ergangenen Rät- und burgerlichen Edikts zu vindicieren, und diese Waren zu confiscieren, vernögte man sich, in jeglichem dieser zwei Läden ein Stück zum Zeichen des Misfallens auf die Seiten zu legen, welche aber auch nachmals gegen minderwertige verwechslet, ja endlich vollkommen zurückblieben sind.“ (Bericht v. Sinner S. 21.) Der Kommerzienrat erstattete eingezogene Waren zurück, wenn die Schuldigen Besserung versprachen (Man. C. 23).

die gegenwärtigen Zeiten den Manufakturen so ungünstig seien, „daß deren gänzliche Verfall zu besorgen, wo nicht angemäße Mittel ungesäumt vorgekehrt werden“. ¹⁾ Und man griff neuerdings zum alten Rezept, hoffend, ja überzeugt, daß es daran nicht fehle, sondern höchstens an der Anwendung. Man faßte in der Manufakturordnung alle früher gegebenen Bestimmungen zusammen und fing mit dem ganzen großen Bewachungssystem von vorne an, dieses ergänzend, erweiternd und verschärfend. Nicht nur sollten verbotene Waren konfisziert, sondern dazu noch eine Buße in der Höhe des halben Werts der eingezogenen Güter ausgesprochen werden. ²⁾ Alle anwesenden fremden Waren wurden noch einmal gezeichnet, damit sie verkauft werden konnten; man nahm in das Mandat auch die Hausierer auf und verbot ihnen außer den Jahrmärkten alles Feiltragen von fremden Waren. Der Kommerzienrat hatte das Recht, in Strafsachen bis auf eine Summe von 100 Talern zu sprechen, ohne daß gegen das Urteil rekuriert werden konnte; für Summen bis auf 200 Taler konnte an den täglichen Rat appelliert werden, über höhere dagegen durften nur Rat und Bürger entscheiden. Durch eine Ausführungsverordnung wurde das Commiswesen neugeordnet. ³⁾

Als Zeichen für alle Waren wurde der Bär gewählt, dem auf einheimischen Tüchern ein B, auf fremden ein F beigesetzt wurde. ⁴⁾ Die Commis hatten auf ihren Besuchen eine Untersuchung über die ungefähre Größe des jährlichen Verbrauchs zu machen, damit die Fabrikanten sich danach einrichten konnten. Alle drei Monate mußten sie einen Bericht an den Kommerzienrat senden, in dem sie Auskunft über Qualität und Quantität der hergestellten Artikel und deren Preise gaben; sie mußten Muster vorlegen, „damit man allezeit wisse, wie das Land versehen werden könne“. Endlich hatten sie ein Verzeichnis der gezeichneten Waren vorzuweisen. ⁵⁾

1) Gutachten Man. G. I. 38—54, 76, 85, für die Manufakturordnung von 1719.

2) In der Stadt wurden die Bußen unter den Rat, den Kommerzienrat und den Verleider gleich geteilt, auf dem Lande nahm neben diesen dreien auch der Amtmann ein Viertel. Die konfiszierten Waren fielen dem Kommerzienrate anheim, nachdem der Commis ein Viertel für sich behalten hatte. (J. B. II. 1 ff.)

3) J. B. Ia 225.

4) Die Zeichnung geschah in der Weise, daß ein rot-schwarzes Band am Tuche befestigt und mit Blei versiegelt wurde, auf dessen einer Seite der Bär, auf der andern der Buchstabe eingepreßt war.

5) Schon bestellte, aber noch nicht angekommene fremde Waren konnten nur eingeführt werden mit Hilfe eines „Patentes“ vom Kommerzienrat, das dieser auf ein Zeugnis des Kommis ausstellte, dem der Beweis für die Bestellung aus dem Kopierbuche des Kaufmanns erbracht worden war. (Art. 3 der Instruktion vom 6. September 1719, J. B. II. 1 ff.)

Die erste Zeichnung war für Fabrikanten und Kaufleute gratis¹⁾, später wurden Commis und Meister dafür bezahlt, und zwar zahlten fremde Fabrikate das Doppelte von den einheimischen.²⁾ Diese Sporteln fielen dem Commis allein zu, wenn es sich um fremde, ihm und dem beeidigten Meister zu gleichen Teilen, wenn es sich um einheimische Waren handelte.³⁾

Außer diesen Einnahmen hatten die Commis noch eine Besoldung, die ihnen der Kommerzienrat nach der Anzahl der gezeichneten Stücke bemaß.⁴⁾ Die Commis der Waadt bezogen für das Jahr 1719/20 Honorare von 4 bis 120 L. Die Zahl der dort gezeichneten Stücke Tuch und Zeug betrug in diesem Zeitraume nahezu 100 000⁵⁾, im deutschen Kantonsteil über 70 000⁶⁾; hier wurden den Commis Besoldungen von 3 bis 147 L. bezahlt.

Nebst den Konfiskationen bildete die Erteilung von Patenten für die Einfuhr von fremden Waren in der ersten Zeit nach 1719 die Hauptbeschäftigung des Kommerzienrates. Bei Gesuchen um solche mußten die zu bestellenden Waren genau genannt werden. Sie wurden dann in den Erlaubnisschein eingetragen, der nach Empfang der Ware wieder an den Kommerzienrat zurückgeliefert werden mußte.⁷⁾ Im Februar 1720 befahl der Kommerzienrat Kaufleuten von Vevey, daß sie ein Viertel⁸⁾ der verlangten Waren im Lande kaufen sollten, für den Rest wurde ihnen eine Einfuhrbewilligung erteilt⁹⁾, ebenso solchen von Lausanne.¹⁰⁾ Die Ausrede, daß ihnen die Qualität nicht passe, galt nicht; sie sollten sich damit zufrieden geben, wie sie war. Andern wurde die ganze Bestellung abgeschlagen, und sie wurden einfach an einen einheimischen Fabrikanten gewiesen, z. B. für Seide an Jonquière in

1) J. B. II. 1 ff.

2) J. B. II. 27 ff.

3) Die gesetzlichen Abgaben für die Zeichnung waren:

Von Tüchern	2 Kreuzer	} das Stück	Strümpfe	2 Kreuzer	} das Dutzend
Sarges und dergl. Zeug	1 „		(Kinderstrümpfe gratis)		
Seidenzeug	2 „		Handschuhe	2 „	
Hüte	1 Bz.	} das Dutzend	Seidenband	1 Bz.	} das Stück
„ geringe (das Dtzd.	9 Fr. und		„ gering	2 Kreuzer	
darunter)	2 Kreuzer				

Außerdem hatte der Besitzer das Blei zum Plombieren zu liefern.

4) Für den Tag 15 Bz., wenn der Commis in der Stadt arbeitete, 1 Tr., wenn er auf dem Lande arbeitete. Die Zahl der Tage berechnete man, indem man die gezeichneten Stücke durch 500 dividierte — die Zahl, die er in einem Tage plombieren konnte.

5) J. B. II. 80 ff.

6) J. B. II. 133 ff.

7) J. B. II. 1.

8) Nachträglich auf $\frac{1}{3}$ heruntersgesetzt, Man. H. 14.

9) Man. H. 7.

10) Man. H. 8.

Bern.¹⁾ Dieser sollte zuerst liefern, was er konnte, und erst der Rest durfte im Auslande bestellt werden.²⁾ Die Gesuche um Einfuhrbewilligungen häuften sich schon 1720 so gewaltig, daß sie dem Kommerzienrate bald lästig wurden.³⁾ Er entlud sich eines Theiles der bisherigen Arbeit durch die allgemeine Bestimmung, daß jedes fernere Gesuch von einem Zeugnis begleitet sein müsse, daß ein Achtel des Bedarfs schon im Inlande gedeckt worden sei.⁴⁾ Für Hüte wollte man gar keine Bewilligung geben; die Händler wurden an die Fabrikanten von Bern, Lausanne und Yverdon gewiesen.

Wie weit die Unvernunft in diesem Reglementieren ging, wie undurchführbar all die Vorschriften waren, zeigt die Forderung vom 20. Dezember 1720, wonach ein Gesuch um ein Patent zwei Monate vor dem Gebrauch dem Kommerzienrate vorgelegt werden sollte.⁵⁾ Stieß schon die Manufakturordnung als solche auf großen Widerstand, so waren solche Maßregeln vollends geeignet, das ganze System illusorisch zu machen. Tatsächlich war es den zahlreichen Aufsichtsbeamten nicht möglich, die Einfuhr zu verhindern. Was nützte es, daß Amtleute, Handlungs- und Zollcommis zu strengem Vorgehen ermahnt wurden, daß sogar die Schiffsleute auf dem Genfersee aufgefordert wurden, keine Waren, die nicht von einem obrigkeitlichen Erlaubnisschein begleitet waren, über den See zu führen⁶⁾, wenn sich die Kaufmannschaft ganzer Städte weigerte, dem Edikt Folge zu leisten, z. B. die von Lenzburg, Brugg, Zofingen, Langenthal und den Städten der Waadt.⁷⁾ Wie ein Alp lag dieses Generalverbot auf dem Handel des Landes; kein Wunder, wenn von allen Seiten sich der Widerstand erhob und die Aufhebung verlangt wurde.⁸⁾

Der Kommerzienrat mußte schon ein Jahr nach dem Erlaß einsehen, daß er auf diesem Wege nicht fortfahren könne; er ging daher an die Revision und beauftragte eine Kommission aus seiner Mitte mit den Vorarbeiten.⁹⁾ Die Revision kam aber niemals zustande; eine Bestimmung nach der andern wurde mißachtet, und dem Kommerzienrate blieb nur übrig, nachträglich mit einem Beschlusse zu bestätigen, was zur Übung geworden war. Wie Freiburg und Solothurn, so bekamen auch Luzern, die Freiamter, die Grafschaft Baden Zutritt zu den Jahrmärkten unter den gleichen Bedin-

1) Man. H. 8.

2) Man. H. 32.

3) Man. H. 65.

4) Man. H. 178.

5) Man. H. 178. J. B. II. 79.

6) Man. H. 136.

7) Man. H. 33, 34, 81, 127, 134.

8) Man. H. 130.

9) 26. Novb. 1720. Man. H. 149.

gungen¹⁾, Neuenstadt und Biel durften ihre Krämer wieder in die vier Grafschaften am See ziehen lassen.²⁾ Im Dezember 1721 wurden die Waren aus der ganzen Eidgenossenschaft wieder zu den Jahrmärkten zugelassen, auch von Genf.³⁾ Die Bestimmung der Übereinkunft mit Freiburg und Solothurn betreffend die Ursprungszeugnisse wurde immer vorbehalten.⁴⁾ In Aussicht auf die Revision, die im Sinne einer Milderung ausfallen sollte, hielt man nicht mehr streng auf die Ausführung.⁵⁾ Man gab nur noch Schreckschüsse ab, so z. B., wenn vor dem Martinimarkt 1723 dem Angestellten in Aarau befohlen wurde, er solle den Krämern, „so etwan am meisten Contrebande auflegen wurden, etwelche Stück wahr weg und in arrest nemmen, . . . damit die übrigen etwas abgeschreckt werdind“.⁶⁾ Damit haben wir dieses Generalverbot als erloschen zu betrachten.⁷⁾ Die gewünschte Wirkung trat nicht ein. Die Dauer der Ordnung war zu kurz und die Ausführung nie vollständig, und die einheimischen Fabriken konnten weder qualitativ noch quantitativ die Nachfrage befriedigen, die durch das Verbot plötzlich eine viel größere werden mußte.

Wenn dieser eine Versuch auch völlig mißglückt war, so wurde das System des Verbotes doch nicht aufgegeben; denn auch später wurde es in einzelnen Fällen angewendet.⁸⁾ 1728 schritt man wieder zu einem Verbot der fremden Strumpfwaren⁹⁾, das 1739 erneuert wurde¹⁰⁾, nachdem es durch „schändlichen Ungehorsam an teil Orten unterbrochen worden“ war. Der Termin zur „Abstoßung“ der fremden Ware wurde auf sechs Monate festgesetzt.¹¹⁾ Aber 1741 baten die Strumpffabrikanten um Exekution des Mandats und gaben der Überschwemmung des Landes mit fremden Strümpfen schuld an dem Niedergang ihrer Industrie.¹²⁾ Eine

1) Man. H. 145, 182.

2) Man. H. 164. 10. Dezbr. 1720.

3) Man. J. 194, Dezbr. 1723.

4) Man. H. 351 f. J. 42. J. B. II. 184.

5) „Comme il y aura un changement considerable à l'Edit de 1719, Mes dt. Sgrs. ne demandent plus une execution si rigoureuse“. 30. Juni 1722, Schreiben an den Commis von Morges. Man. J. 59. Ähnlich dem Commis von Brugg am 7. April 1723. Man. J. 124.)

6) Man. J. 184.

7) 1732 erklärte der K. R., daß vom Manufakturmandat von 1719 „gänzlich abstrahiert werden müsse“. Man. L. 35.

8) Der Kommerzienrat betrachtete noch 1769 den Schutzzoll als eine „gefährliche Erfindung“, die man auf andere als „Marchandises de Luxe“ nicht anwenden dürfe. (J. B. VI. 172.)

9) J. B. II. 332.

10) J. B. III. 411.

11) *ibid.* und J. B. IV. 92.

12) Man. N. 99.

Durchsuchung der Läden in der Stadt führte zur Konfiskation von 98 Paar Strümpfen und 95 wollenen Kappen.¹⁾ Von den durch das Mandat bestimmten Bußen von zwanzig Talern sah man ab. Die Strenge dauerte nur kurze Zeit. Anfang der sechziger Jahre bestand das Verbot nicht mehr, und der Kommerzienrat wurde mehrmals aufgefordert, es neuerdings zu erlassen.²⁾ Seitdem hatte sich aber ein Umschwung vollzogen. Man sah ein, daß ein völliges Verbot nicht mehr möglich war, da sich gewisse Sorten eingebürgert hatten, die im Bernerlande nicht fabriziert werden konnten³⁾; zudem wurden damals (1766) so viele Strumpfwaren ausgeführt, daß man befürchtete, der einheimische Markt würde nicht genügend versehen. Dennoch erging am 14. April 1769 ein neues „Mandat wider die Einfuhr der fremden Strümpfe und Kappen“.⁴⁾ Dem Verbot sollten diejenigen Arten nicht unterworfen sein, die die inländische Industrie nicht hervorbringen konnte; als solche wurden genannt: 1. seidene, 2. die aus englischer und spanischer Wolle hergestellten, bekannt unter dem Namen Vigogne und Segovie, 3. die Kastoren, 4. Strümpfe von Ziegenhaaren, 5. die aus Faden oder Baumwolle gestrickten Tiroler Strümpfe. Das Mandat von 1769 war unseres Wissens das letzte, das fremde Wirkwaren verbot. Daß es in Kraft blieb, beweist u. a. die Tatsache, daß noch am Ostermarkt 1789 fünfundzwanzig Krämern 41 Paar Strümpfe und 190 Kappen als fremde konfisziert wurden.⁵⁾

Ein sprechendes Beispiel, wie eifersüchtig die Fabrikanten selber die Krämer beaufsichtigten und sie in die Falle lockten; zu welchem System gehässiger Intriguen und kleinlicher Untersuchungen die Einfuhrverbote Anlaß gaben; mit welchen unangenehmen Geschäften der Kommerzienrat die kostbare Zeit totschlagen mußte, zeigt die Untersuchung, die am 10. und 14. April 1744 wegen verbotener Strümpfe geführt wurde.⁶⁾ Obschon die Zuwiderhandlung gegen das Verbot erwiesen war, wurden die drei Fehlbaren doch nicht „nach der Strenge“, sondern nur mit Geldbußen bis auf fünf L. bestraft.

Die Hutmacher, die in ihren Meisterschaften organisiert waren, wehrten sich kräftig für das Privileg des Handels mit fremden Hüten und für ihr eigenes Fabrikat.

Das Verbot von 1708 war nach und nach in Vergessenheit geraten, die Manufakturordnung, die es ersetzt hatte, längst nicht

1) Man. N. 110.

2) J. B. VI. 95. 172.

3) J. B. VI. 95, 172.

4) J. B. VI. 177.

5) Man. W. 260 ff.

6) Man. O. 167 ff.

mehr in Kraft; so war es möglich, daß nicht nur die Hutmacher fremde Hüte einbrachten, sondern auch jeder Landkrämer solche verkaufte. Wenigstens beklagte sich 1752 darüber die Meisterschaft von Thun beim Kommerzienrate,¹⁾ und dieser, der ja das Krämerwesen auf dem Lande einschränken wollte, war einstimmig der Ansicht, daß dieser Übelstand abgeschafft werden müsse.²⁾ Die Folge war eine Konzession zugunsten der Hutmacher im Oberlande, die allen andern Personen „die Einbringung, Gewerbe und Verkauf aller fremden Hüten“ auch an Jahr- und Wochenmärkten untersagte; ausgenommen waren unter den 1720 vereinbarten Bedingungen Freiburg und Solothurn.

Auf ihr Begehren erhielten am 1. September des gleichen Jahres die Hutmacher der Waadt dasselbe Vorrecht, mit dem Unterschiede nur, daß unter sonst gleichen Bedingungen die Fabrikanten aller eidgenössischen Orte Zutritt zu den Märkten hatten.³⁾

Durch das Mandat vom 24. April 1765 wurden die beiden früheren zusammengefaßt und auf das ganze Land ausgedehnt. Alle eidgenössischen Stände erhielten Zutritt unter dem Vorbehalte der Reziprozität.⁴⁾ Diese hielt z. B. Freiburg, das auch schon 1752 ein gleiches Mandat erlassen hatte.⁵⁾

Es ist klar, daß damit nicht erreicht wurde, was man bezweckte: die Förderung der Fabrikation; denn anstatt diese zu vervollkommen, verlegten sich die Fabrikanten auf den Handel mit ausländischen Produkten, der um so lukrativer war, als durch die obrigkeitlichen Verordnungen die Konkurrenz vermindert wurde. Man erkannte, daß gerade die Privilegien das Handwerk geschwächt hatten⁶⁾, und suchte das Heil in einem neuen Verbot, das aber auch die Hutmacher einschließen mußte.⁷⁾ Die „Verordnung wider die Einfuhr und Verkauf der fremden Hüthen“ untersagte deren Einfuhr jedermann (29. August 1785). Nur die Hutmacher von Freiburg, Solothurn und Biel hatten noch mit nachweisbar eigenem Fabrikate Zutritt zu den Jahrmärkten der Städte (nicht des Landes), worüber sich Solothurn, wenn auch ohne Erfolg, beschwerte.⁸⁾ Der Termin zur „Abstoßung“ der fremden Ware wurde auf Ende des Jahres 1786 bestimmt. Das

1) J. B. V. 10. 2) J. B. V. 10. 3) J. B. V. 19—23.

4) Man. S. 159. J. B. VI. 42, 44. Mand. Sammlg. III. 20. XXVI. 160, deutsch und französisch.

5) J. B. V. 15. 6) J. B. VII. 113.

7) J. B. VII. 117. Die Verordnung galt nur für acht Jahre probeweise.

8) J. B. VII. 121.

Verbot wurde streng durchgeführt, keine Ausnahme konnte gestattet werden.¹⁾ Es scheint, daß infolgedessen die eigene Produktion wieder zunahm; berichtete doch der Kommerzienrat schon 1789, daß das Hutmachergewerbe in „Morsee, Losanen, Vivis mit vieler Emsigkeit und bestem Erfolg betrieben wird.“²⁾ Es erscheint daher selbstverständlich, daß nach Ablauf der Probezeit das Mandat definitiv in Kraft trat (9. Mai 1795).³⁾ Am 12. August 1797 wurde es auf Wunsch der bernischen Meister bestätigt und erläutert.⁴⁾ Seine beiden Grundsätze hießen: Fremde Hüte (mit Ausnahmen) sind verboten. Einheimische dürfen nur vom Hutmacher selber verkauft werden.

Am strengsten hielt man an dem Einfuhrverbot von fremdem Leder fest: der Grund lag nahe und war ganz natürlich. Die verhältnismäßig hochentwickelte Viehzucht lieferte Rohprodukte genug, daß man, wenn diese verarbeitet wurden, fremdes Leder entbehren konnte. Dennoch ließ das neue Verbot, das nötig wurde, nachdem die Manufakturordnung von 1719 außer Kraft getreten war, lange auf sich warten. Schuld an der Verzögerung war der Umstand, daß in das gleiche Mandat das Verbot der Ausfuhr von rohen Häuten aufgenommen werden sollte, über das man sich lange nicht einigen konnte. Nachdem man die dreißiger Jahre hindurch Verhandlungen gepflogen hatte, kam es erst 1739 zustande⁵⁾; das von Freiburg und Solothurn kommende Leder wurde dem Abkommen von 1720 gemäß ausgenommen.⁶⁾ Das gleiche Recht bekamen Neuenburg und Neuenstadt⁷⁾, dagegen wurden die dahin zielenden Forderungen Biels⁸⁾ und Basels⁹⁾ abgewiesen, obschon Basel die größten Anstrengungen machte, Bern zur Aufgabe des Verbotes zu bewegen, und sogar eine Konferenz vorschlug.¹⁰⁾

Nachdem einige Zeit ein Verbot gefehlt hatte, war die Durchführung des neuen etwas schwierig. Offen und geheim ging die Einfuhr weiter, einzelne Orte, besonders Städte, stützten sich auf ihre Vorrechte; der Kommerzienrat mußte seine Ermahnungen, das Verbot zu handhaben, hierhin und dorthin senden, bald an

1) J. B. VII. 146, 275. Man. W. 17, 19, 210.

2) J. B. VII. 276.

3) J. B. VIII. 286. Man. Y. 11.

4) J. B. VIII. 418. Man. Y. 242.

5) J. B. IV. 16. Mand. Sammlg. XXIX. Ausgenommen war Jußen — Prüschleder genannt —, der mit besonderen Patenten eingeführt werden durfte, die vom Kommerzienrate erteilt wurden. Das Mandat enthält die Bedingung hiezu im 3. Artikel.

6) J. B. IV. 50, 55, 56.

7) J. B. IV. 64, 233.

8) J. B. IV. 83.

9) J. B. IV. 59, 60, 85, 112, 114, 131.

10) J. B. IV. 84.

Zofingen ¹⁾, dann an die Bürgerschaft von Aarau ²⁾, an die Amtleute von Königsfelden, Lenzburg, Schenkenberg, an die Stadt Brugg. ³⁾ Juften war nur für Sattler- und Militärarbeit zulässig ⁴⁾, worauf in den Patenten selbst aufmerksam gemacht wurde.

Die natürliche Folge eines streng durchgeführten Einfuhrverbotes war stärkere Nachfrage bei vermindertem Angebot, und daraus folgte die Preissteigerung, die um so größer sein mußte, wenn das Produkt auch im Ausland starken Absatz hatte. Diese Erscheinung trat anfangs der vierziger Jahre ein. Die Schuhmacher klagten, daß das Leder auch um gutes Geld kaum erhältlich sei, und baten um die Erlaubnis, solches einführen zu dürfen. ⁵⁾ Der Kommerzienrat ging damals auf das Verlangen ein; die Einfuhr wurde aber nur gestattet, wenn der Gesuchsteller bewies, daß er im Lande das Verlangte nicht erhielt; die einzuführende Ware wurde in der schriftlichen Bewilligung, die in der Stadt von den Kommerzienräten, auf dem Lande von den Amtleuten erteilt wurde, genau spezifiziert. ⁶⁾

Um den Klagen über den Mangel an bernischem Leder abzuhelpen, hatte man schon früher zu einem anderen Mittel gegriffen. Man legte auf ein Gesuch der Schuhmacher hin im Aargau Ledermagazine an ⁷⁾, ähnlich wie früher die Wollendepots, doch ohne finanzielle Beteiligung des Staates. Die Gerber wurden aufgefordert, ihre Waren hier zu deponieren ⁸⁾, und die Lederarbeiter hatten jederzeit Gelegenheit, ihren Bedarf zu decken. Solche Magazine wurden in Brugg ⁹⁾, Zofingen und Lenzburg ¹⁰⁾ errichtet.

Die Spannung zwischen Produzenten und Konsumenten bestand fort. Die Letzteren beklagten sich fortwährend über Mangel an preiswürdigem Leder ¹¹⁾, Gegenberichte meldeten den blühenden Zustand der Gerberei zumal im Aargau, und der Kommerzienrat entschied, daß Leder genug vorhanden sei, und daß keines, nicht einmal Juften, eingeführt werden solle. ¹²⁾ Auch das allgemeine Leder-Mandat vom 3. März 1775, das sowohl die Einfuhr des Leders als die Ausfuhr der Rohstoffe regelte, verbot das ausländische Leder vollständig, mit Ausnahme des Juften. ¹³⁾ Die

1) Man. N. 65.

2) Man. N. 63.

3) Man. N. 72.

4) Man. N. 81.

5) J. B. IV. 321.

6) J. B. IV. 325, 327. 26. Novb. 1745.

7) Man. O. 21.

8) Man. O. 22.

9) Man. O. 21.

10) Man. O. 23f. Juni 1742.

11) J. B. V. 371.

12) Man. R. 144. Mai 1762.

13) J. B. VI. 305. Biel wurde ausgenommen. (J. B. VI. 335.) Ein dahingehendes Gesuch von Neuenstadt wurde abgewiesen. (J. B. VI. 378.)

Schuhmacher machten verzweifelte Anstrengungen, das Verbot zu durchbrechen, und als alles umsonst war, verlangten sie sogar ein Ausfuhrverbot für Leder, das damals nicht bewilligt wurde¹⁾, wohl aber später. Im Jahre 1794 fand ein starker Lederexport nach Frankreich statt. Spekulanten bemächtigten sich der Lage, um das französische Heer mit Schuhen zu versehen. Man redete von 300 000 Paaren, die nach Frankreich gesandt werden sollten²⁾, zu dreißig Batzen das Paar. Ein solcher Spekulant war der Strumpffabrikant Eyer, der ein Quantum Schuhe ins Elsaß geliefert hatte. Der Magistrat von Lenzburg teilte mit, der Bärenwirt Samuel Laffeli habe mit dem Posthalter von St. Louis einen Vertrag zur Lieferung von tausend Paar Schuhen abgeschlossen.³⁾ Die Folge dieser starken Nachfrage war Mangel an fertigem Leder und Steigerung des Preises. Die Schuhmacher fanden auf der Martinimesse in Bern nicht genug und nur unvollständig gegerbtes, feuchtes Leder; aber auf ihre Klagen antworteten die Gerber, „wenn es nicht gefällig sey, so könne man es sein lassen, es gehe doch fort, so viel man gerben könne“. Eine vom Kommerzienrate angehobene Untersuchung ergab wirklich starke Ausfuhr nach Frankreich und eine Steigerung des Preises, die vom Landvogt von Nidau auf zwei Kronen für den Zentner Sohlleder, von dem von Büren auf zwei bis drei Batzen für das Pfund Überschuhleder geschätzt wurde. Darauf gestützt schlug der Kommerzienrat ein Temporalverbot von sechs Monaten für die Ausfuhr von verarbeitetem Leder vor. Rät und Burger gingen weiter und erließen die Sperre für die Dauer eines Jahres am 13. Januar 1794.⁴⁾

Erst nachher ordnete der Kommerzienrat eine eingehende Untersuchung über den Zustand der Gerberei im ganzen Staatsgebiete an und legte den Amtleuten zur Beantwortung drei Fragen vor:⁵⁾ 1. Wie viele vorrätige rohe Häute und Felle die Gerber haben? 2. Wie viele in den Gruben seien und wie lange sie solche darin lassen? 3. Wie viel ausgegerbtes und zubereitetes Leder bei den Gerbern vorhanden sei?

Die Umfrage ergab folgenden Bestand:⁶⁾ In den Gerbereien des Landes lagen

	rohe	in Gruben	ausgerbt
Häute	8146	37526	9616
Felle	38151	54922	51884

1) J. B. VI. 312.

2) J. B. VIII. 195.

3) J. B. VIII. 201 f.

4) Man. X. 202, 203.

5) Die Akten und Berichte befinden sich in zwei Cahiers im Staatsarchiv.

6) J. B. VIII. 229, 233.

Bei einem solchen Vorrat schien keine große Gefahr einer Ledernot zu bestehen, und eine Milderung des Verbots war gegeben; sie wurde in Hinsicht auf die Zurzacher Messe schon am 26. Mai 1794 beschlossen.¹⁾ Mit einer vom Kommerzienrate erteilten Ausfuhrbewilligung durfte jeder Rohgerbermeister die Hälfte seiner Häute, jeder Weißgerber (Chamoiseur) drei Viertel seiner Felle (peaux chamoisées, Sämschleder) exportieren. Vom 7. Juni an mußte die gleiche Prozedur eingeschlagen werden wie für die Erlangung einer Ausfuhrbewilligung für rohe Häute und Felle. Bei der Ausschreibung im Wochenblatte waren Gewicht und Preis anzugeben, und zwei Sachverständige mußten die Sache zuerst prüfen; auf ihre Empfehlung hin erst wurde die Ausfuhr gestattet.²⁾ Dieser Zustand blieb bis zum 12. September 1796, als die ganze Handlung mit verarbeitetem Leder wieder freigegeben wurde.³⁾

Es bleibt noch kurz des Einfuhrverbotes auf fremdes Eisen zu gedenken. Zu verschiedenen Malen wurden im Kanton Bern Versuche mit Bergbau gemacht; einer der bedeutendsten war die Ausbeutung des Eisenbergwerkes im Oberhasli⁴⁾, wozu Gerhard Herrenschwand von Murten am 16. Februar 1729 die Konzession erhielt.⁵⁾ Um den Betrieb zu ermöglichen, mußte die neue Unternehmung vor der fremden Konkurrenz geschützt werden. Es wurde natürlich ein Einfuhrverbot erlassen⁶⁾, das aber erst vom Jahre 1735 an vollständig durchgeführt wurde.⁷⁾ 1737 wurde es um zwei Jahre⁸⁾, 1738 um vier Jahre verlängert.⁹⁾ Durch dasselbe war nur das Schieneisen verboten, und zwar nur für einen Bezirk, der den Kanton mit Ausnahme des Aargaus und des westlichen Waadtlandes umfaßte. Das Eisen genügte aber den Anforderungen keineswegs¹⁰⁾, so daß nicht nur die Schmiede sich weigerten, es zu kaufen, sondern auch die Bauern ihre Wagen nicht damit beschlagen lassen wollten.¹¹⁾ In der Nähe der Grenze deckten sie ihren Bedarf außerhalb des Landes, sodaß die Schmiede auch hierdurch geschädigt wurden.¹²⁾ Das Verbot konnte das Unternehmen nicht halten. Schon 1742 wurde dem Kommerzienrate berichtet, daß durch den Stillstand der „Oberhaslischen Eisenwerken“ ein großer Mangel an Radschienen eingetreten sei. Das Verbot mußte durchbrochen werden, und den Amtleuten von

1) Man. X. 269.

2) Man. X. 276.

3) Man. Y. 158.

4) A. Willk, Das Eisenbergwerk im Oberhasli. Berner Taschenbuch 1884.

5) J. B. III. 15 ff.

6) J. B. III. 20.

7) ibid. 212.

8) ibid. 287.

9) ibid. 407.

10) Man. M. 172, 231.

11) Man. M. 158, 172, 186.

12) Man. M. 172.

Wangen und Aarwangen wurde erlaubt, fremdes Eisen einführen zu lassen, jedoch vorläufig nicht mehr als zweihundert Zentner, damit das heimische Werk nicht allzusehr Schaden leide, wenn es sich wieder erholen könne.¹⁾ Aber am 6. Februar 1744 erhielten die Amtleute die Mitteilung, daß das Privilegium von Herrenschwand & Cie. erloschen sei, weil das Land nicht genügend mit Eisen versehen werde.²⁾

Um den Absatz der fertigen Waren zu erleichtern, wurden mancher Fabrik die Ausfuhrzölle erlassen. Das war ebenfalls ein Mittel, um die Produkte der heimischen Industrie den ausländischen gegenüber konkurrenzfähiger zu machen; indem der Preis um so viel niedriger gehalten werden konnte. Schon vor Bestehen des Kommerzienrates, am 4. November 1679, wurden den Seidenfabrikanten Michel Wagner und Isak Zehender erlaubt, ihre verarbeiteten Waren zollfrei zehn Jahre lang auszuführen.³⁾ Die gleiche Freiheit kam andern Seidenfabrikanten zu, aber auch anderen Gewerben, z. B. der Gerberei, Wirkerei und Leinwandweberei. So hatten Gruner, Leu und Cie. in Bern eine Leinwandhandlung angefangen, für die sie am 23. Juni 1717 das Privilegium der Zollbefreiung an sämtlichen bernischen Zollstätten für die im Lande gewobene Leinwand erhielten.⁴⁾ Als Ersatz für den Ausfall an Zoll betrachtete die Behörde die größere Einfuhr von Geld aus dem Auslande.

1) Man. N. 135. 15. Februar 1742.

2) J. B. IV. 294. Wir dürfen nicht verschweigen, daß auch hie und da andere Ansichten über Einfuhrverbote im Kommerzienrate ausgesprochen wurden; z. B. als es sich um das Verbot des Eisens handelte. Damals erklärte eine Minderheit, daß „in allen Fabriques, wie nützlich sie immer seien, die Debite und Abgang der Waar dem Fabrikanten und nicht dem Stand obliegen soll, welche Debite auch leicht zu erhalten, wenn die Waar in der Qualität und preiß sich annehmlich befinde, da im gegentheile wo solches fähle, alle oberkeitliche Autorität und Verbott mit keinem Effect begleitet . . . wird“. (J. B. III. 199, 8. Juni 1735.) Einen ganz andern Zweck hatten hie und da Einfuhrverbote, die erlassen wurden, um das Land vor Verseuchung zu schützen; sie sind heute noch so gebräuchlich wie damals. So wurden 1721 viele französische Waren verboten, weil in Südfrankreich eine Seuche herrschte. (Man. H. 248f.) Hauptsächlich waren Wolle, Pelze, Federn, Leinwand, Leder, Zwirn, Faden, Seide, Haare besonders „contagionsfähig“. In allen Patenten wurde für die Zukunft die Beistimmung des Sanitätsrates vorbehalten. (Man. H. 253, 260.) Bern, Basel, Freiburg, Solothurn und Neuenburg hielten am 3. Juli 1721 eine Konferenz zum gemeinsamen Schutz gegen Ansteckung (Abschiede VIII. 214). Selbstverständlich litt der Handel darunter (Man. H. 285, J. B. II. 115). Im Sommer 1728 wurde der Handel von Sinigaglia verboten, weil die adriatische und ägäische Küste verseucht waren. (J. B. II. 342. Sinigaglia hatte eine bedeutende Messe.)

3) U. Spr. B. XX. 36.

4) Man. F. I 173.

2. Konkurrenz im Inlande. — Privilegium exclusivum und andere „Konsumtionsmittel“.

Nicht genug, daß zugunsten einer Fabrik oder eines Fabrikationszweiges die ausländische Konkurrenz verhindert wurde, manche Fabriken erhielten bei ihrer Gründung das Zugeständnis, daß sie während einer bestimmten Zeit allein berechtigt sein sollten, ein gewisses Produkt herzustellen, oder daß doch keine neue gleiche Fabrik errichtet werden dürfe. Ein solches Privileg wurde 1699 der Fabrik von Sinner und Herff auf zwanzig Jahre erteilt. Allerdings sollte nur in der Stadt während dieser Zeit keine Fabrik eröffnet werden, die gleiche Tücher lieferte.¹⁾ Ähnlicher Vergünstigungen hatten sich auch Seidenfabriken zu erfreuen, z. B. die Floretspinnerei des Joh. Jak. Bächlin in Brugg, die während sechs Jahren von 1695 an die einzige im untern Aargau sein sollte.²⁾ Buxdorff u. Cie. hatten 1717 die Absicht, in Bern eine Seidenspinnerei zu gründen; sie verlangten das Monopol dazu für zwanzig bis dreißig Jahre; der Kommerzienrat wollte es ihnen nur sechs bis zehn Jahre zuerkennen.³⁾ 1753 wurde dem Leinwandfabrikanten Rudolf Henchoz von Château d'Oex das Monopol zur Herstellung von damaszierter Leinwand für zehn Jahre erteilt; es sollte bei Strafe der Konfiskation jedermann verboten sein, „die von ihm zu diesem End hin verfertigende Stühl in unseren Landen nachzumachen“. ⁴⁾ Zweimal wandte der Kommerzienrat das Mittel bei Seifenfabriken an: 1728 bei der des Advokaten Cellier in Lausanne ⁵⁾, die zwar nie zustande kam ⁶⁾, und 1757 bei der des Karl Wiggermann in Orbe ⁷⁾, für zehn Jahre.

Die Uniformtücherfabrik von Rytz, Dupan u. Cie. hatte nicht ein Monopol für ihre Fabrikate, aber doch den Vorzug; keine andern Tücher sollten gezeichnet werden, bis die Thuner Ware verkauft war ⁸⁾, und in einem Kreisschreiben an die Amtleute wurden alle Landkrämer aufgefordert, nur aus der Fabrik von Thun zu kaufen.⁹⁾ Die Kriegskanzlei wies die Landmajore an, den Tüchern von Rytz den Vorzug zu geben ¹⁰⁾, und der Stadtmajor und der Kommandant von Aarburg hatten den Auftrag, für

1) J. B. Ib 70ff. 2) Man. A. 19. 3) Man. F. I. 76, 155. 4) J. B. V. 27.

5) J. B. II. 299. 6) J. B. IV. 160ff. 7) J. B. V. 92, 96.

8) J. B. V. 444. Vertrag vom 6. September 1763. Diese Bestimmung, die wie ein Monopol wirkte, wurde 1768 auf Bitten der Fabrikanten aufgehoben (Man. T. 97). Sie erklärten, die Eifersucht der Handelsleute schade ihnen mehr, als das Privilegium nütze. (Man. T. 64.)

9) Man. S. 234, 75. 20. Februar 1766.

10) Man. S. 50.

die Uniformen der Stadtwache und der Aarburger Garnison das Tuch aus der Fabrik in Thun zu beziehen.¹⁾ Wäre der Weisung nachgelebt worden, so hätte die Fabrik, die so kräftig eingesetzt hatte, wohl länger als bis 1769 bestehen können.²⁾ Es ging dabei, wie sonst mit diesem „Konsumptionsmittel“. Der Rat versprach auch Sinner und Herff 1699, das Tuch für Livreen usw. von ihnen zu beziehen, aber Sinner berichtet, daß es dazu nie kam.³⁾ Wie schön nahm sich der vierte Artikel in der Manufakturordnung von 1719 aus! Die G. H. versprachen, sich und die ihrigen mit Landware zu bekleiden, „es seye von Wollen, Baumwollen, Leinwaadt, Seyden, Läder und dergleichen“; sie befahlen ferner, daß alle, die in bernischen Ämtern und Diensten stehen, das gleiche tun sollten.⁴⁾ Wir haben aber gar keinen Grund, anzunehmen, daß das Versprechen gehalten wurde.

Ein oft angewendetes Mittel, um Waren absetzen zu können, war die Lotterie, die aber für das Publikum manche Gefahren enthielt. Da waren hauptsächlich Schutzmaßregeln zu ergreifen, um das Volk vor teuren, aber wertlosen Waren, die Regierung vor gefälschten Ziehungsplänen zu bewahren.⁵⁾ Eine ganze Reihe von Verordnungen war schon ergangen, durch die alle Lotterien verboten worden waren⁶⁾, aber zur Ausführung waren sie bis zum Jahre 1766 nicht gekommen, denn erst jetzt fanden die Kommerzienräte einmütig, es sei notwendig, ihnen „das Leben zu geben“. Der Kommerzienrat hatte bis dahin nichts weiter zu tun gehabt, als die Ziehung zu beaufsichtigen.⁷⁾

Durch ein Dekret vom 7. Januar 1766 erhielt der Kommerzienrat die Kompetenz, nach seinem Gutfinden Lotterien zu bewilligen; doch hatte er den Auftrag, keine mehr zu gestatten, durch die fremde Waren abgesetzt werden sollten, und die übrigen standen nur soweit in ihrer Macht, als sie den Wert von 150 Kronen nicht überstiegen, in welchem Fall die Entscheidung dem Rate zustand.⁸⁾

1) Man. S. 51.

2) Man. T. 324

3) Bericht über die Tuchmanufaktur von Sinner.

4) J. B. Ia 230 ff.

5) J. B. VI. 126.

6) Zedel an hiesige vier Cänzel, 24. Juli 1710 (Pol. B. X. 29); Generalmandat vom 31. Dezember 1725 (Mand. B. XIII. 453), Generalmandat vom 12. März 1735 (Mand. B. XV. 67); Zedel an den Zensoren der Zeitung, keine bezügl. Publikationen aufzunehmen 23. März 1754 (R. M. Nr. 222, S. 214).

7) So die Lotterie der Jgfr. Bondeli (3. Febr. 1728) und des Samuel Jordan, der Waren im Werte von 12000 Fr. durch die Lotterie vertreiben wollte. (Man. K. 90, J. B. II. 305, 306.)

8) J. B. VI. 192.

Doch dauerte dieser Zustand nur bis gegen Ende des Jahres 1766. Schon am 9. September schlug der Kommerzienrat vor, daß der Rat diese Ordnungen selbst handhaben möge; am 3. November wurde der Kommerzienrat seiner diesbezüglichen Verpflichtung enthoben und hatte in Zukunft nur mehr zu begutachten.¹⁾ Von nun an wurden sozusagen alle Warenlotterien untersagt, alle Gesuche um Bewilligung abgeschlagen.²⁾ Erlaubt wurden diejenigen, die einen größeren wirtschaftlichen, vor allem aber einen wohlthätigen Zweck verfolgten. La Tour de Peilz wurde eine Lotterie gestattet, um die Mittel aufzubringen für den Bau eines Hafens³⁾, Morges für die Anlage einer Bibliothek, unter der Bedingung, daß „keine schädlichen und proscribierten Bücher, dadurch die Jugend verführt werden könnte, in dieser Bibliothek sollen geduldet werden“⁴⁾, Lausanne 1778 zugunsten der Refugierten-Direktion⁵⁾ und 1787 zur Einführung der Stadtbeleuchtung⁶⁾, Orbe und Cossonnay für ein Armenhaus⁷⁾, sogar der Stadt Sitten für ihr Waisenhaus.⁸⁾ Ein Grund zur Verweigerung solcher Lotterien, die sonst bewilligt wurden, war z. B. die zu rasche Aufeinanderfolge. Deshalb wurde Yverdon die Bibliotheklotterie nicht bewilligt; die Loose von Burgdorf, Morges und La Tour de Peilz waren noch nicht vertrieben und die der großen Armenlotterie von Moudon im Werte von 100 000 L. fanden nicht Absatz.⁹⁾

Bei diesen Lotterien, die immerhin noch einen wohlthätigen Zweck verfolgten oder durch die der Gewinn wirtschaftlich fruchtbringend war, blieb es nicht. Auch fremde Lotterien, die ausschließlich auf Erzielung eines Geldgewinnes gerichtet waren, drangen ein, vor allem das Lotto Genois, so genannt, weil es in Genua erfunden worden war und sich im 18. Jahrhundert über andere Länder ausbreitete. Der Kommerzienrat wurde beauftragt, die Sache zu untersuchen; in seinem Gutachten führte er aus, wie das Lotto, obschon es nur für den Unternehmer vorteilhaft sei, doch ganz Italien erobert habe. Er beschrieb dann die ganze Anlage der Lotto — *Extrait simple, extrait déterminé, Ambes, Ternes, Quadernes* — er hob den wirtschaftlich und moralisch verderblichen

1) J. B. VI. 300.

2) Erlaubt z. B. dem David Métral in Payerne für den Vertrieb von Uhren und Bijouterie, die ihm von Bestellern nicht abgenommen worden waren.

3) *Man. T.* 189, 28. März 1770.

4) J. B. VI. 185.

5) J. B. VI. 379. *R. M.* 347, S. 38. 6) J. B. VII. 158, *Man. W.* 60.

7) *R. M.* 355, S. 104. *Man. W.* 62. 8) J. B. VI. 283. *T. Miss. B.* 86, S. 496.

9) J. B. VI. 207. *Man. T.* 255.

Einfluß hervor und machte den Vorschlag, nach dem Vorbilde Genfs auf das Kollektieren dieser Lose eine Buße zu setzen.¹⁾ Dementsprechend wurde am 25. Oktober und 25. November 1773 vom Rate beschlossen und ein Mandat erlassen, das bei Androhung der Konfiskation der Lotterie und aller Einlagen „Glückhäfen“ und Lotterien um Geld, Waren und Mobilien verbot und ferner den Verkauf der Lose von fremden Lotterien unter jedem Namen bei einer Buße von hundert Talern nebst Konfiskation untersagte.²⁾

Bestand bei solchem Ausschluß der in- und ausländischen Konkurrenz nicht die Gefahr, daß der Konsument überfordert wurde? Daß die Preise von den Fabrikanten und Händlern willkürlich in die Höhe getrieben wurden? Es erscheint ohne weiteres klar, daß diese Folge eintreten mußte. Dagegen wirkte aber die Aufsicht durch den Kommerzienrat, der ein Gegengewicht anwenden konnte. Ein solches war z. B. das Ausfuhrverbot von Leder; denn mit dem Mangel an Verkaufsgelegenheit sanken auch die Preise. Wo ein Fabrikant oder Händler das Vorkaufsrecht hatte, wurde ihm besonders eingeschärft, daß er einen ehrlichen Preis zahlen solle. Wie seit langem die Lebensmittelpreise, so wurden vom Kommerzienrate auch die Arbeitslöhne in den Berufsarten, die genossenschaftlich, „zünftig“, organisiert waren, bestimmt. Dies übte natürlich auch seinen Einfluß auf die Verkaufspreise; dagegen hören wir nichts von einer direkten Fixierung derselben wie sie früher, wenigstens für den Verkauf an bernische Käufer, vorgekommen war.³⁾

3. Beschaffung von Rohmaterial.

Je besser und billiger das Rohmaterial war, um so wohlfeiler und besser und dadurch konkurrenzfähiger war auch das verarbeitete Produkt. Der größte Gewinn mußte für das Land abfallen, wenn ein inländisches Rohprodukt im Lande selbst verarbeitet wurde; dann gehörte der ganze Wert dem Lande. Darum machte der Kommerzienrat, vor allem in seiner früheren Zeit, öftere Versuche, die Rohstoffe für die Wollen- und Seidenindustrie im Inlande zu gewinnen.

Die Schafzucht sollte gefördert werden. Schon 1688 brachte er in Anregung, die Zahl der Schweine zu vermindern und dafür Schafe zu halten⁴⁾; 1698 wurden vom Kommerzienrate

1) J. B. VI. 272, 276. 10. Sept. 1773.

2) J. B. VI. 277, 279.

3) Tillier, IV. 469.

4) Man, B. 1687, S. 63.

zwei Memoriale eingegeben, in denen er vorschlug, zu untersuchen, ob nicht da, wo keine Eichen- und Buchenwälder seien, die Schweinezucht der Schafzucht Platz machen sollte.¹⁾ Im Februar 1699 wurde gemeldet, daß zwei Waadtländer, de Bochat und de Vermes, im Sinne hätten, eine Schäferei mit tausend Schafen anzulegen und die Wolle zu üblichen Preisen der Obrigkeit abzuliefern.²⁾ 1700 erhielten die welschen Amtleute eine neue dahinzielende Aufforderung.³⁾ In Moudon beschäftigte man sich 1720 mit dem Gedanken, eine Schäferei in größerem Maßstabe anzulegen, und der dortige Commis wurde beauftragt, die obrigkeitliche Protektion in Aussicht zu stellen; eine Unterstützung allerdings konnte nicht versprochen werden.⁴⁾

Alle diese Versuche blieben erfolglos. Die Schafzucht rentierte da, wo die Zucht von Großvieh und der Ackerbau möglich waren, nicht. Vorteilhaft konnte sie nur im Gebirge sein, und hier entwickelte und erhielt sie sich auch ohne das Eingreifen des Kommerzienrates und bildete die Grundlage der damals blühenden Fabrikation des Frutigtuches. Die Zahl der Schafe in der Landschaft Frutigen wurde 1787 auf 3—4000 angegeben, von denen jedes jährlich zwei Pfund Wolle lieferte.⁵⁾ Der Kommerzienrat kam auf die Idee, die Produktion durch Verteilung von Prämien zu fördern, die er entweder dem geben wollte, der am meisten Schafe hielt, oder dem, der am meisten Wolle zu verarbeiten gab, oder endlich den Landschneidern, die das Tuch in Bern verkauften, um ihnen auf diese Weise den Pfundzoll zurückzuerstatten.⁶⁾

Ebensowenig Erfolg hatte das Bestreben, die rohe Seide im bernischen Gebiete zu gewinnen. Im Anfange des 18. Jahrhunderts wurden besonders an den geschützten, sonnigen Ufern des Genfersees mehrere Versuche gemacht, weiße Maulbeerbäume (*Morus alba*) in größerer Zahl anzupflanzen. Die hochobrigkeitliche Verordnung von 1695 munterte dazu auf⁷⁾, 1702 wurden die Kommerzienräte neuerdings ermahnt, um die Vermehrung der Maulbeerbäume besorgt zu sein.⁸⁾ 1720 hatte der Oberst Monier die Absicht, in der Nähe von Yvorne eine Maulbeerbauplantage anzulegen; er verlangte einen Vorschuß von 10000 Franken; aber der Kommerzienrat erklärte, er habe kein Geld zur Verfügung und verwies ihn auf die gnädigen Herren.⁹⁾ Der gleiche

1) Man. A. 252, 381.

2) Man. A. 127—129.

3) Man. B. 125.

4) Man. H. 174.

5) J. B. VII. 191.

6) J. B. VII. 191.

7) J. B. Ia 11 ff.

8) J. B. Ia 56.

9) Man. H. 179.

Monier machte 1725 neue Vorschläge für die Einführung von Schafzucht und Maulbeerbaumpflanzung, der Kommerzienrat unterstützte ihn, aber finanzielle Hilfe erhielt er auch diesmal nicht.¹⁾ 1727 hatte der Handlungskommis Dick in Lausanne eine Pflanzung von Maulbeerbäumen. Zur Ermutigung erhielt er von Rät und Burgern einen Beitrag von fünfzig Talern.²⁾ 1731 wurden die Amtleute aufgefordert, die Pflanzung der Maulbeerbäume zu fördern.³⁾ Bald darauf meldeten sich der Leutenant Ballival de Crousaz und der Exulant Jean Barry von Nîmes, beide in Lausanne, um einen Geldvorschuß für die Anpflanzung von 30000 Stämmchen. Beide wurden abgewiesen⁴⁾, doch bekam nachträglich Barry dreißig Taler als Unterstützung⁵⁾, sowie einen Vorschuß.⁶⁾ Um jene Zeit war der Bestand der Maulbeerbäume kein geringer. In der Pflanzung von Aubonne standen 50000 junge Bäume, deren älteste (dreijährig) fingerdick und fünf Fuß hoch waren.⁷⁾ Die Pflanzung des Dick enthielt dreitausend, z. T. siebenjährige Stämmchen.⁸⁾ Aus den Baumschulen hätten sie aufs Land verpflanzt werden sollen; aber in weitem Kreisen war keine große Sympathie dafür, wohl hauptsächlich weil kein großer Gewinn winkte.⁹⁾ 1738 verließ Barry die Waadt und verlegte seine Plantage auf das hintere Engfeld in Bern, wo er auch ein Gebäude zur Gewinnung der rohen Seide innehatte.¹⁰⁾ Vier Jahre später, als er um einen neuen Geldvorschuß einkam, wurde im Kommerzienrat der Nutzen und der Erfolg dieser Pflanzung diskutiert.¹¹⁾ Es gab Mitglieder, die unzufrieden waren, daß bis jetzt nur noch Bäume gezogen, aber noch keine Seide gewonnen worden war, obschon sich Barry seit fünfzehn Jahren der Gunst der Regierung erfreute. Sie beschuldigten ihn, daß er wohl das verstehe, was jeder Bauer könne, die Pflege der Bäume, nicht aber die Gewinnung von Seide. Zudem wiesen sie auf die Ungunst des Klimas hin, die einen günstigen Fortgang der Unternehmung unmöglich mache. Die Mehrheit aber billigte das bisherige Vorgehen Barrys und empfahl ihn zu weiterer Unter-

1) J. B. II. 221 Man. J. 345. 2) J. B. II. 356. 3) J. B. III. 107.

4) J. B. III. 124, 126, 127. Barry hatte die Absicht gehabt, nach Brandenburg zu gehen, war dann durch Krankheit seiner Frau in der Waadt aufgehalten worden und infolge der Aufforderung durch Landvogt Groß in Lausanne dort geblieben. (Mand. Samml. XVIII. 42.)

5) J. B. III. 129.

6) Man. L. 67.

7) Man. L. 267.

8) J. B. III. 333.

9) *ibid.*

10) J. B. III. 337. 341, 342.

11) J. B. IV. 190 ff.

stützung.¹⁾ Sie hielt auch das Klima nicht für ungünstig.²⁾ Trotz des neuen Darlehens ging die Unternehmung rasch ihrem Ende entgegen. Nach 1744 scheint sie verschwunden.³⁾ In der Waadt dagegen gab es noch 1757 einzelne Pflanzungen, wie die des jüngern Berdez in Vevey⁴⁾; aber sie enthielt nur sechshundert Bäumchen, zudem noch an „mitternächtlichen Anhöhen“.⁵⁾ Im Jahre 1766 endlich wurde noch eine Lotterie veranstaltet zur Beschaffung des Geldes, um die Zucht der Maulbeerbäume zu fördern.⁶⁾ Die Durchführung wurde dem Kommerzienrate gemeinsam mit der ökonomischen Gesellschaft übertragen⁷⁾, und die Ziehung fand vom 18.—21. März 1766 statt.⁸⁾ Der Gewinn im Betrage von 4992 fr. 12⁹⁾ sollte ebenfalls mit Hilfe der ökonomischen Gesellschaft verteilt werden.¹⁰⁾ Der Kommerzienrat hatte hiefür folgenden Modus vorgeschlagen.¹¹⁾ Die Hälfte sollte angewendet werden, um Hausvätern gratis junge Maulbeerbäume zu liefern, die andere Hälfte könnte in Form von Prämien an solche bezahlt werden, die ihre Bäumchen nach drei Jahren noch alle wohlgepflegt besaßen. Trotz alledem hat die Seidenproduktion nie eine größere Bedeutung erhalten, fünf bis sechs Zentner jährlich waren alles, was geliefert wurde.¹²⁾

Im Lande produziert wurden vor allem viele Häute und Felle; die Gerberei hatte Rohstoffe genug; da hatte die obrigkeitliche Aufsicht nur dahin zu wirken, daß das Material wirklich verarbeitet und nicht roh aus dem Lande geführt wurde. Sie tat das durch die Ausfuhrverbote und die Bestimmungen über den Vorkauf.

Klagen der Gerber-Meisterschaft über die Ausfuhr von Häuten und Fellen und den Mangel an solchen im Lande veranlaßten Rät und Burger schon am 23. Mai 1688 und 12. März 1692, die Ausfuhr von „Bock-, Geiß-, Kalb-, Schaf- und Gitzifellen“ zu ver-

1) Er hatte „eine große Anzahl solcher in schönstem Wachstum befindlicher Bäume hin und wieder in Er. Gn. Landen verkauft.“ Die vereinzelt im Lande herum anzutreffenden Maulbeerbäume mögen aus jener Zeit stammen.

2) Sie glaubte sogar, „daß hiesiges Land, welches sowohl an Fruchtbarkeit und Produktion allerhand des schönsten Obstes es den meisten, wo nicht allen benachbarten Ländern weit zuvorthut und überlegen ist, nicht minder auch zu Anpflanzung der weißen Maulbeerbäume sehr bequem und dienlich sei“.

3) Man. O. 160.

4) J. B. V. 127.

5) Man. Q. 330. 2. Dezbr. 1760.

6) J. B. VI. 54. Man. S. 183.

7) Man. S. 184.

8) Man. S. 237.

9) Man. S. 275.

10) Man. S. 253.

11) J. B. VI. 54.

12) J. B. VI. a. a. O.

bieten¹⁾), die Meister des Gerberhandwerks aber aufzufordern, die Felle selber und in annehmbarem Preise zu kaufen.²⁾ Das Verbot sollte Gültigkeit haben, so lange es den Gn. H. beliebte. Es blieb bis 14. Mai 1731 in Kraft, in welchem Jahre eine neue Verordnung erging³⁾), die nebst den oben genannten Fellen auch die Rinderhäute unter achtzig Pfund Gewicht auszuführen verbot. An einer Erneuerung derselben arbeiteten Kommerzienrat und Kleiner und Großer Rat in den Jahren 1735 und 1736. Der erstere hatte zwei Gutachten abgegeben, Rat und Bürger hatten den Hauptteil des Mandates angenommen⁴⁾), aber an der Frage, ob man auch die großen, über achtzig Pfund schweren Häute dem Verbot unterwerfen wolle, scheiterte ein endgültiger Beschluß⁵⁾); der Kommerzienrat hatte auch diese in das Verbot einbeziehen wollen⁶⁾), dagegen opponierten die Gerber, die für diese Ware keine Verwendung hatten⁷⁾), wie aus einem dritten Gutachten des Kommerzienrates vom 3. März 1736 hervorgeht. So blieb die Sache liegen, obschon der Kommerzienrat ein Plakat verfaßt hatte.⁸⁾ Indessen war das Mandat von 1731 in Kraft; 1738 hatte der Metzger Lohner in Thun für einen Thurgauer Felle gekauft, weswegen er von der Meisterschaft verklagt wurde. Der Kommerzienrat sprach dahin, daß die Felle den hiesigen Meistern zum gleichen Preise abzutreten seien, der mit dem Auftraggeber vereinbart worden war.⁹⁾ Erst drei Jahre später war das Geschäft zur Verhandlung und Beschlußfassung gereift.¹⁰⁾ Jetzt wurde das Mandat gedruckt und öffentlich bekannt gemacht.¹¹⁾ Danach waren nun alle Felle und Häute, auch die größten, dem Ausfuhrverbot unterworfen.

Der Effekt war nicht groß, und vor allem nicht dauernd. Anfangs des Jahres 1742 wurde der Regierungsvertreter im Oberhasli aufgefordert, dem Ausführen von unverarbeiteten Häuten über den Brünig, worüber sich die Gerber beklagten, Einhalt zu tun.¹²⁾ Übrigens wurde das Mandat 1742 schon abgeändert. Die Metzger, besonders die der Waadt, beklagten sich, daß die Häute

1) Die Ausfuhr war eigentlich schon seit 1666 verboten. Die Gerber erhielten in ihrem sog. Freiheitsbrief das Vorkaufsrecht, aber die Ausfuhr von gekauften Fellen war ihnen untersagt.

2) Mem. B. 1687, S. 79. Mand. B. Nr. 9, S. 996. 3) R. M. Nr. 131, S. 141.

4) R. M. Nr. 146, S. 98. 7. Febr. 1735. 5) R. M. Nr. 146, S. 156. 16. Febr. 1735.

6) J. B. III. 372. 7) J. B. III. 244. 8) J. B. III. 247. 9) Man. M. 148.

10) Gutachten des K. R. J. B. III. 372.

11) Mand. B. Nr. 15, S. 502. J. B. IV. 16. Mand. Sammlg. XXIX.

12) J. B. IV. 148 ff.

seit 1739 nicht mehr Absatz hätten.¹⁾ Es wurde ihnen für eine Probezeit von einem Jahre bewilligt, sie auszuführen, aber den einheimischen Gerbern wurde das Zugrecht vorbehalten, und zwar sollten sie die Ware um den Preis annehmen, der dem Metzger vom Ausländer geboten worden war.²⁾ Für die Ausfuhr war eine besondere Bewilligung nötig³⁾, und sie durfte nur erfolgen, wenn sie den Gerbern, die das Zugrecht hatten, bekannt gegeben worden war und diese den Ankauf ausgeschlagen hatten.⁴⁾ Die Mitteilung an die Gerber erfolgte in Bern anfangs durch den Weibel des Kommerzienrates⁵⁾, später durch Bekanntmachung im „Avis-Blatt“.⁶⁾

Das Ausfuhrverbot war damit durchbrochen; immerhin bestand eine gewisse Beschränkung durch die Möglichkeit der Anwendung des Zugrechtes, sowie durch die speziellen Ausfuhrbewilligungen. Die Zahl der verlangten und erteilten Patente war schon 1758 und 1759 eine bedeutende.⁷⁾ Wer ohne Erlaubnis auszuführen suchte, wurde gebüßt, wie Joh. Jak. Heggi in Burgdorf (100 L.)⁸⁾. Es scheint, daß der Weg über den Brünig gesperrt werden konnte, denn Unterwalden beklagte sich 1760 zwei Mal über das bernische Ausfuhrverbot.⁹⁾ Umsonst, Bern blieb dabei.¹⁰⁾ 1775 wurde, was zu allgemeinem Brauch geworden war, wieder in ein Mandat vereinigt.¹¹⁾ Auch jetzt wurde ausnahmsweise erlaubt, rohe Häute auszuführen, nachdem sie im Avisblatt zwei Mal mit einem Zwischenraum von vierzehn Tagen ausgeschrieben worden waren, nachdem auch der Kommerzienrat seine Bewilligung hierzu erteilt hatte, was nicht eher als vierzehn Tage nach der letzten Publikation geschehen durfte; das Zugrecht blieb vorbehalten. Das Mandat wurde 1792 unverändert erneuert¹²⁾, nachdem 1785 als Ergänzung auch die Ausfuhr der Bälge von Wild verboten worden war¹³⁾, wie es die Kürschner verlangt hatten. Dieses Verbot wurde erst am 14. November 1795 aufgehoben, mit Ausnahme für die Hasenbälge, deren Ausfuhr zu Gunsten der Hutmacher untersagt blieb.¹⁴⁾

1) J. B. IV. 179.

2) J. B. IV. 186. Um die Höhe des vereinbarten Preises zu sichern, konnte der Lieferant oder der ausländische Käufer, oder beide, zum Eid angehalten werden.

3) Man. Q. 80, 117.

4) Man. Q. 117, 123.

5) Man. Q. 117.

6) Wir finden hierüber keine Vorschrift, aber vom Jahre 1758 an scheint es allgemeine Übung gewesen zu sein. (Man. Q. 212, 284, 298.)

7) Über 5000 Stück werden genannt, und zweifellos sind uneingeschriebene Bewilligungen erteilt worden. (Man. Q. 212, 224, 284.)

8) Man. Q. 313.

9) J. B. V. 243, 272.

10) J. B. V. 246, 275.

11) 3. März 1775. J. B. VI 305. Mand. B. 26, S. 482.

12) J. B. VIII. 167.

13) J. B. VII. 93, 95.

14) Man. X. 56.

Mit den Ausfuhrverboten stehen im Zusammenhang die Verordnungen über den Vorkauf; das Vorkaufrecht im Handel mit Fellen und Häuten war seit 1666 den „redlichen“ Gerbern eingeräumt, d. h. sie allein waren berechtigt, Felle und Häute einzukaufen, allen Metzgern und andern Personen war es verboten.¹⁾ Dieses Recht wurde nachher in allen Ledermandaten, die die Ausfuhr sperrten, den Gerbern wiederholt, zum Teil unter ausdrücklichem Hinweis auf den Freiheitsbrief von 1666.²⁾ Was die Gerber im Lande aufgekauft hatten, durften sie auf keinen Fall ausführen; eine Ausfuhr war in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts nur den Metzgern möglich, aber nur die Ausfuhr der Felle, die von den selbstgeschlachteten Tieren herstammten.³⁾ Nach dem Mandat von 1775 durften die Meister der Städte allein den Einkauf durch Kommissionäre ausführen lassen, die dazu schriftliche Vollmacht vom Kommerzienrat erhielten.⁴⁾ Zu andern Zeiten hatten die Gerber vom Lande das nämliche Recht; denn 1698 wurden den Meistern von Bern und aus dem Aargau erlaubt, die Felle im Oberland allein zu kaufen⁵⁾, mit der kleinen nachträglichen Beschränkung, daß jedermann für seinen Hausgebrauch kaufen dürfe⁶⁾, die auch in die Mandate überging. Diese aargauischen Meister sandten zu diesem Geschäft ebenfalls drei Bevollmächtigte⁷⁾ und der Kommerzienrat gab den Amtleuten des Oberlandes die Weisung, sie in ihrer Verrichtung nicht zu hindern. Da die Aargauer weit von dem Hauptproduktionsgebiete, dem Oberland, entfernt waren, bewilligte ihnen der Kommerzienrat geradezu einen ständigen Angestellten zum Ankauf von Fellen im Jahre 1744.⁸⁾ Dieser Kommissionär, Stephan Brand, wohnte in Thun.

Er durfte nur den Gerbern des Bernbiets verkaufen; er hatte ein Verzeichnis der gekauften und verkauften Felle anzulegen und die Aufträge der Meister vorzulegen⁹⁾; am Ende des Jahres sollte er die Kontrolle über Ein- und Ausgang, sowie die schriftlichen Bestellungen und die Empfangsbescheinigungen der Commis dem

1) Rinderhäute waren nicht inbegriffen.

2) Z. B. im Mandat von 1731. R. M. Nr. 131, S. 141. 3) J. B. VI. 305.

4) Die sog. „Commissionair-Patenten“ wurden überhaupt erst jetzt gesetzlich, nachdem sie schon früher in Übung gewesen waren.

5) Man. A. 143. 8. Jan. 1698.

6) Man. A. 144, 11. Jan. 1698.

7) Man. A. 236.

8) Man. O. 136. Vorläufig für ein Jahr.

9) Es war ihm also nicht erlaubt frei zu kaufen und zu verkaufen; er durfte nur die Bestellungen der Meister ausführen. Die „Procur“ des Meisters an den Beauftragten mußte die genaue Zahl der bestellten Häute und Felle enthalten. (Man. O. 140.)

Kommerzienrate einsenden. Schon einen Monat nach der Installation des Brand reklamierten die Gerber in Thun und behaupteten, sie fänden für sich selber keine Felle mehr¹⁾, und doch hatte Brand seine Bewilligung nicht überschritten. Sie hatten eben gegen die Verordnungen mit Fellen gehandelt. Brand behielt seine Bewilligung. Diese Vollmachten wurden beibehalten²⁾, aber die Bestimmungen über den Vorkauf wurden oft verletzt.³⁾

Die Ausfuhrverbote beschränkten sich nicht auf Häute und Felle, sie betrafen auch einige andere rohe Materialien, zunächst Nebenprodukte der Gerberei und notwendige Hilfsmittel dieses Handwerks. Unter ersteren möchten wir nur die Lederabfälle erwähnen, die den Leimfabrikanten dienten und die nicht veräußert werden sollten, damit nicht der Leim aus dem Auslande bezogen werden müsse.⁴⁾ Die Hilfsmittel betreffen die Gerberlohe. Die Verordnungen hierüber sind ungefähr gleich alt wie die Ausfuhrverbote der Häute. Wurde doch die erste am 1. April 1693 erlassen, kaum ein Jahr nach dem ersten Ausfuhrverbot.⁵⁾ Sie schrieb vor, daß das Eichen- und Fichtenholz zum Brennen so viel möglich im Mai gehauen werden sollte, und daß alle Lohe den Rot- und Weißgerbern verkauft werden solle. Diese Verordnung wurde, weil ihr „dennoch nicht nachgelebt, sondern das Loh durch die unzeitige Fällung der Eichen und Rottannen täglich teurer werde und unsere geliebte Bürger und Angehörige sich selten einen nicht zu verachtenden Vorteil entziehen“, mehrmals wiederholt: 28. April 1707⁶⁾, 27. Januar 1724, 17. und 18. Februar 1725, 6. Januar 1727⁷⁾, 13. Mai 1739⁸⁾, 30. Juni 1757.⁹⁾ Sie wurde am 23. Dezember 1767 auf Vorschlag des Kommerzienrats ergänzt, indem an Stelle der hohen Ungnade im Übertretungsfalle die Konfiskation der Ware und zehn L. Buße für jedes Fuder ungestampfter und zwei L. für den Sack gestampfter Lohe gesetzt wurden.¹⁰⁾ In dieser Fassung ging sie auch in die Ledermandate von 1775 und 1792 über.

1794 erging, gestützt auf ein Gutachten des Kommerzienrates¹¹⁾ ein Ausfuhrverbot gegen den Export von Hanf- und Flachs-

1) Man. O. 155.

2) J. B. V. 238, 286. Bis 1789, da sie bei der Regelung des ganzen Patentsystems „als unnütz abgeschafft“ wurden. R. M. 418, S. 126.

3) J. B. IV. 148, V. 243, VII. 43. 4) Man. J. 75 f. 95. 5) R. M. 234, S. 283.

6) R. M. 28, S. 14. 7) Die drei waren nicht aufzufinden.

8) Vierter Artikel des Ledermandats von 1739.

9) J. B. V. 94. Mand. Samlg. II, 8. 10) J. B. VI. 151 f. Man. T. 55.

Schon 1638. Tillier IV. 470.

samen, von Flachs, Hanf und Garn.¹⁾ Es scheint, daß solche nach Frankreich ausgeführt wurden, während fremde Stoffe fast nicht erhältlich waren. Die Ausfuhr wurde aber gestattet, wenn es sich nur darum handelte, das Rohmaterial oder Halbfabrikat außerhalb der Grenze, im Bucheggberg oder im Luzernschen verarbeiten zu lassen und unter der Bedingung, daß das fertige Produkt wieder eingeführt wurde.²⁾ Die Sperre dauerte nur zwei Jahre, sie wurde 1796, 12. September, wieder aufgehoben.³⁾

In dem Bestreben, möglichst viel Verdienst von den „main d'oeuvres“ dem Volke zu sichern, verbot der Kommerzienrat auch die Ausfuhr von gewissen Halbfabrikaten, so von nicht vollständig bearbeiteten Uhren und Bijouteriewaren der Fabrik Ador und Bonnard in Bern⁴⁾; nur roh behauener Marmor wurde dem Marmorschleifer Doret in Morges angehalten; Fachleute mußten untersuchen, ob wenigstens so viel daran gearbeitet sei, als der Transport zulasse, in welchem Falle die zweiundzwanzig Stücke die Grenze passieren sollten.⁵⁾

Endlich erwähnen wir noch die Ausfuhrverbote für altes Eisen⁶⁾ und Kupfer⁷⁾; das letztere wurde 1740 und 1770 erneuert.⁸⁾

Am 17. März 1794 erging ein Ausfuhrverbot für altes Metall⁹⁾, sodaß die Buchdrucker Chenebié und Lörtscher in Vevey eine Bewilligung brauchten, um ihre Lettern zum Umgießen nach Basel zu senden.¹⁰⁾ Das Mandat war in seiner ganzen Strenge unhaltbar; so bekamen einzelne Fabrikanten von kleinen Metallwaren die Bewilligung zur Ausfuhr, z. B. Harrison in Burgdorf.¹¹⁾ Das Verbot wurde am 21. März 1795 dahin gemildert, daß mit Patenten vom Kommerzienrate die Ausfuhr ermöglicht wurde¹²⁾, und auf die Vorstellung von Händlern und Fabrikanten, die erklärten, daß sie bei solchem Zustande nicht existieren könnten, fiel das Verbot am 12. September 1796.¹³⁾

Die Einfuhr von Rohmaterial wurde nie gehindert, auch nicht von solchem, das man im Inlande zu gewinnen suchte, wie Wolle oder Seide, nicht einmal von Häuten, deren doch die

1) Man. X. 237.

2) Man. X. 258, 261.

3) Man. Y. 158.

4) J. B. V. 263.

5) J. B. IV. 77.

6) J. B. III. 15 ff. In der Konzession an Herrenschwand, mit deren Erlöschen das Verbot hinfällig wurde.

7) 1728: Mand. B. 13, S. 838.

8) Mand. B. 16, S. 103. J. B. VI. 189.

9) Man. X. 227.

10) Man. X. 262.

11) J. B. VIII. 244, 255. Man. X. 315.

12) Man. X. 379. J. B. VIII. 283.

13) Man. Y. 158. J. B. VIII. 340.

einheimische Viehzucht genug produzierte. Im Gegenteil, je mehr Rohmaterial hereinkam, desto mehr konnte verarbeitet werden, desto mehr Arbeit und Gewinn wurde dem Lande gesichert und bezahlt.

Die Einfuhr erleichterung geschah vor allem durch den Verzicht der Obrigkeit auf die Zölle. Die Zollansätze waren mäßig, sogar gering, wie von zeitgenössischen Quellen berichtet wird ¹⁾; auf deutschem Gebiete waren vierundzwanzig, auf französischem neun Zollstätten ²⁾, und die Zölle hatten keinen andern Zweck, als die staatlichen Kassen zu speisen, waren also reine Finanzzölle. „Zoll und Geleit“ waren ehemals eine Abgabe an den Landesherrn gewesen, wofür dieser Sicherheit der Warentransporte in seinem Territorium garantierte. Diese Bedeutung war im 18. Jahrhundert verlassen, und der Staat forderte nunmehr eine Abgabe von allen Waren, sei es bei der Ein-, Aus- oder Durchfuhr. Dazu kamen noch besondere Hafen-, Brücken- und Straßengelder, sowie der Pfundzoll. ³⁾ Die Befreiung von Zoll und Geleit erfolgte aber nicht für eine Warengattung allgemein, wie es heute geschehen würde. Nur zu Gunsten einzelner Fabrikanten wurde der Zoll auf kürzere oder längere Zeit nicht bezogen.

Der Große Rat nannte 1688 die „Zollsexemption“ ein Hauptmittel zur Einführung der Manufakturen. ⁴⁾ Er verstand darunter sowohl die zollfreie Einfuhr ihrer Waren beim Eintritt als die Zollfreiheit während fünf Jahren für Rohstoffe bei der Einfuhr und verarbeitete Produkte bei der Ausfuhr. Wirklich hatte der Kommerzienrat dieses Recht der Bewilligung von Zollfreiheit für fünf Jahre bis zum 26. Februar 1745. Von da an wurde dieses Recht von Rät und Bürgern allein geübt ⁵⁾, indem durch einen

1) *Heinsmann*, Beschreibung der Stadt und Republik Bern I. 165 II. 399.

2) *Tillier* V. 340.

3) Eine kurze, klare Orientierung über das Zollsystem gibt K. Mathy in der Einleitung zum Aufsatz über die Zollrevision in der „Bernerschen Vierteljahrsschrift“ 1840.

4) J. B. 1687, S. 1 ff. R. M. 210, S. 156 ff.

5) J. B. IV. 309. Die Neuordnung ging auf eine Aufhebung der Vergünstigung aus, wozu die Absicht schon 1742 auftrat, als bei der Beratung der Standsrechnung die Bemerkung gemacht wurde, die Zölle im deutschen Kantonsteile vermindern sich von Jahr zu Jahr. Die Ursache glaubte man in den zu häufigen Zollvergünstigungen zu finden, worauf die Zollkammer in ihrem Vortrage am 18. Dez. 1744 den Weg zur Abhilfe einschlug, der dann gewählt wurde. Auch der Kommerzienrat gab ein Gutachten ein, in dem eine Meinung die Richtigkeit der geäußerten Ansicht zugab und aus den Vergünstigungen Mißbrauch, „Irrungen und Hindernissen“ entstehen sah, während die andere den Grund eher in „denen seith verschiedenen Jahren daher zu höchstem Nachteil der Commerci fortdauernden Kriegstrouben und daher ent-

Beschluß der Zweihundert jedem andern Amt die früher erteilte Vollmacht entzogen wurde. Ausdrücklich wurde betont, daß die Vergünstigung nur neu errichteten Betrieben bewilligt werden sollte. Darum wurde der Seidenfabrikant Jonquière im Jahre 1740 abgewiesen mit der Begründung, seine Fabrik sei in gesicherten Verhältnissen und habe die Vergünstigung schon 40 Jahre lang genossen.¹⁾ An den vorgeschriebenen fünf Jahren hielt der Kommerzienrat nicht strenge fest, er ging gelegentlich auf zehn Jahre²⁾, und Erneuerungen nach Ablauf der fünf ersten Jahre kamen oft vor, besonders in der Seidenindustrie. So erhielt die Seidenfabrik Gruner und Äschbacher in Bern im Februar 1718 die Befreiung vom Zoll³⁾, die 1723⁴⁾, und 1728⁵⁾ um je fünf Jahre verlängert wurde. Der gleichen Gunst erfreute sich die Seidenfabrik von Jean François Panchand & Cie., der 1733 die schon seit fünfzehn Jahren genossene Freiheit auf zehn weitere Jahre ausgedehnt wurde⁶⁾, um dann nochmals um vier Jahre verlängert zu werden.⁷⁾ Auch die bekannte Fabrik Senn in Zofingen und andere erfreuten sich der Unterstützung durch Befreiung vom Zoll, aus andern Industriezweigen erwähnen wir die Indiennefabrik Lutz und Hunziker, Nachfolgerin von Kùpfer & Cie (1744 für fünf Jahre)⁸⁾, die Tuchfabrik von Pelon (1709 für zehn Jahre)⁹⁾, die Strumpfweber Peter von Ringgenberg, Urs Fricker, Joseph Brunner¹⁰⁾, Hans Zumbrunn von Ringgenberg¹¹⁾, den Gerber Jacques Pache in Morges¹²⁾ (1704 für fünf Jahre), den Handschuhmacher Foriel in Bern (1720 für zehn Jahre)¹³⁾, die Gold- und Silberposamenterie Joh. Ziegler (1706 für fünf Jahre)¹⁴⁾. Die älteste bekannte Zoll- und Geleibefreiung ist die des Louis

standener Theurung so wohl der Wahren selbst als deren Spedition“, ferner in einer neuen Straße von Basel in die Franche Comté, die das bernische Gebiet umging und den Transit ablenkte, und nicht minder in „von den Zollcommisen und Aufsehern exercierten offereren vexationen“ fand und auf den großen Wert eines glücklichen Fortgangs der Industrie den kleinen Zollaussfällen gegenüber aufmerksam machte. (Resp. prud. XII. 81, 83, 91.)

1) J. B. IV. 93, 95. 2) J. B. III. 163. 3) Man. F. II. 69.

4) J. B. II. 177. 5) J. B. II. 374. 6) J. B. III. 163. 7) J. B. IV. 267.

8) J. B. IV. 299. Kùpfer und Cie. schon 1740. J. B. IV. 92.

9) R. M. 35, S. 194.

10) Mai 1722. Man. J. 25. Nicht nur für die Wolle, auch für Farbstoffe, Öl usw., die sie in ihrem Gewerbe brauchten.

11) 28. Aug. 1723. J. B. II. 178. Verlängerung um fünf Jahre. J. B. II. 373.

12) Man. C. 133.

13) Man. G. II. 204. Verlängerung um fünf Jahre 1731. J. B. III. 108.

14) Man. E. 47.

Therme in Lausanne 10. April 1684¹⁾, es folgen die von Dautun und Jonquière von 1695²⁾; ins 17. Jahrhundert zurück reicht auch die zu Gunsten von Herff & Cie. 1699.³⁾

Wir fanden auch einige Fälle, in denen Fabrikanten vom Pfundzoll befreit wurden. Darunter verstand man eine Abgabe von Waren, die an einem Marktplatze feilgeboten und verkauft wurden, und zwar von der ganzen Menge des Aufgeführten, wenn davon auch nur ein Teil verkauft wurde.⁴⁾ Von diesem Zoll wurde z. B. 1739 die Indiennefabrik Kúpfer & Cie. befreit⁵⁾, 1788 die Land-schneider für die Dauer von zwanzig Jahren; sie verkauften das Frutigtuch und zahlten davon zwei Kreuzer vom Taler Werts⁶⁾, was ihnen wegen des geringen Verdienstes und auf zweimalige Empfehlung durch den Kommerzienrat erlassen wurde.⁷⁾ Von dieser Abgabe wurde 1743 auch F. Hunziker, Strumpffabrikant in Aarau befreit.⁸⁾ Dagegen waren die Zweihundert nicht einverstanden, daß allen fremden Fabrikanten, die ihre Waren den Burgern en gros verkauften, der Pfundzoll geschenkt werde, wie der Kommerzienrat vorgeschlagen hatte.⁹⁾ Die Freiheit von dieser Abgabe war ein bürgerliches Vorrecht.

Schon 1697 mußte man erfahren, daß die Vergünstigungen mißbraucht wurden: Privilegierte verließen ihr Gewerbe und gingen zu andern über, was nicht geschehen sollte, nachdem sich die Obrigkeit ihrer angenommen hatte; andere Waren wurden denen, die Zollfreiheit genossen, beigemischt; Fremde associierten sich den Privilegierten und wurden so der Vorteile anderer froh; Angestellte hatten eigene Geschäfte und benutzten unter dem Namen ihres Herrn dessen Vergünstigung.¹⁰⁾

Darum ordnete der Kommerzienrat an, daß alle Waren vor der Ausfuhr und vor der Inempfangnahme bei der Einfuhr ins Kaufhaus zu bringen seien, daß auch Beamte des Kommerzienrats beim Ein- und Auspacken zugegen seien, wenn Verdacht wegen Betruges vorhanden war, und daß die „Zollbefreiungspatenten“ die Zollfreiheit genau umschreiben sollten; eine Abschrift sollte dem Kaufhaus übermittelt werden.¹¹⁾

1) Pol. B. 8, S. 401. *Tillier* IV. 470. 2) U. Spr. B. AAA., S. 488.

3) Art. 15 des Vertrags. Bericht von *Sinner*.

4) Deutsches Zollbuch 1279—1793, S. 8 im Staatsarchiv.

5) J. B. IV. 92. 6) *Man. W.* 58, 61. 7) J. B. VII. 204.

8) J. B. IV. 265. 9) J. B. IV. 27. 30. 15. Jan. 1740. 10) *Man. A.* 67

11) *Man. A.* 443.

IV. Staatliche Gewerberegulative.

1. Technische Gewerberegulative.

Die heutige Zeit kennt wenig mehr von dieser Einrichtung, die auf der Stufe der Gewerbefreiheit und besonders der Großindustrie entbehrlich ist. Übriggeblieben sind im wesentlichen nur noch die Stempelung von Gold- und Silberwaren, wenn diese einen bestimmten Feingehalt haben, sowie die Kontrolle über gewisse Industrieprodukte, die bei mangelhafter Herstellung Gesundheit und Leben gefährden.

Ausgebildet wurden diese Regulative durch das Zunftwesen; es verbürgte damit dem Kunden die Güte des Materials und die Dauerhaftigkeit der Arbeit. Da wo das Zunftwesen nicht stark entwickelt war, wurden sie schon früh von den Staatsbehörden erlassen; aber auch dort, wo die Regulative ihre Entstehung den Zünften verdankten, gingen sie später in die Gewalt des Staates über, besonders in der Zeit der absoluten Monarchie. Mustergültig waren diese Reglemente in Frankreich zur Zeit Colberts ausgebildet worden; aber auch in allen andern Ländern fanden sie Anwendung. Man wollte besonders dem kleinen Gewerbetreibenden in der Hausmanufaktur Kenntnisse mitteilen, die ihm sonst zu spät, durch Unverkäuflichkeit ihrer nach alter Gewohnheit verfertigten Produkte, in Erfahrung gekommen wären.¹⁾ Zudem waren sie eine gewisse Gewähr für die Solidität und Gleichartigkeit der Handelsartikel; sie waren um so nützlicher, je weniger die Erkenntnis allgemein geworden war, daß Ehrlichkeit im Interesse aller Verkehrenden liegt. Der Käufer fand in der Person des einzelnen kleinen Produzenten und Verkäufers, der sich unter der

1) „Daß alle Meisterschaftsreglement, welche andere Absichten haben, als die Künste durch den kürzesten Weg und mit so wenigen Kosten als möglich zu erlernen und darin zu Vollkommenheit zu gelangen, notwendig und in sich selbst nachteilig sein müssen“. J. B. VI. 21.

Menge verbergen konnte, keine Garantie.¹⁾ Anders, wenn eine Staatsbehörde die ganze Industrie beaufsichtigt und ihr damit ein größeres Ansehen verleiht.

Auch die bernische Industrie wurde durch eine ganze Reihe von Reglementen in bestimmte Formen geprägt; und die Ausarbeitung dieser Ordnungen, ihre Überwachung und Ausführung bildete ein Hauptarbeitsfeld des Kommerzienrates. Die Instruktionen von 1687 und 1695 erlaubten ihm, selbständig „gutfindende Ordnungen unter den Negotianten und Manufacturiers oder Arbeiteren zu machen“. Die Vorschriften über Vervollkommnung des Handwerks und Gewerbes wurden entweder in den Reglementen für die Meisterschaften niedergelegt, oder, wo diese fehlten, in besonderen Verordnungen.

Die Meisterschaften waren nach dem Vorbilde der Zünfte organisierte Berufsgenossenschaften. Die Zünfte hatten ihre frühere Bedeutung längst verloren; durch Übernahme des burgerlichen Armenwesens hatten sie eine andere Aufgabe erhalten. In die neuen Meisterschaften oder Berufsgenossenschaften wurden alle gelernten „redlichen“ Meister aufgenommen, waren sie Burger oder Hintersäßen. Und es gab solche Vereinigungen nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande. So existierte eine Meisterschaft der Steinschleifer im Jouxthal²⁾, eine Strumpfwebermeisterschaft des Emmenthales³⁾, eine solche in den Ämtern Wangen, Aarwangen und Bipp⁴⁾, in Aarburg, Lenzburg und Königsfelden⁵⁾; es sind also nicht nur Gewerbe, die handwerksmäßig betrieben wurden. Ihr Zweck war, die Manufaktur zu fördern, vor allem durch Heranziehung geschickten Personals und Fernhaltung der „Stümpfer“. Ein Zwang der Zugehörigkeit bestand auch bei ihnen. Nur die organisierten Meister konnten Lehrlinge und Gesellen halten.⁶⁾ Durch die Reglemente oder Handwerksordnungen erhielten diese Berufsarten ihre technischen Vorschriften; doch stehen neben diesen letzteren auch Bestimmungen über soziale Verhältnisse, über Kauf und Verkauf, und endlich enthalten sie die Verwaltungsgrundsätze der Meisterschaften. Die größte Zahl solcher Reglemente weisen die Strumpfweber auf; wir kennen solche (teilweise sind es nur Ergänzungen und Zusätze) von 1703⁷⁾, 1716⁸⁾,

1) In Bern wurde 1717 verboten, Faden zu fabrizieren ohne obrigkeitl. Erlaubnis, weil manche schlechte Ware liefern, so daß zu besorgen sei, daß „die guten Fabrikanten von der Arbeit abstehen, die Landsfabriques in bösen Ruf geraten und endlich zu grund gehen müßte“.

2) J. B. V. 127.

3) J. B. VI. 211. 317.

4) J. B. VI. 246.

5) J. B. VI. 317. 267. 97.

6) J. B. VI. 200.

7) J. B. Ia 59 ff.

8) J. B. Ia 184 ff.

1724 ¹⁾, 1726 ²⁾, 1728 ³⁾, 1765 ⁴⁾, 1766 ⁵⁾, mit Ergänzungen 1780 ⁶⁾ und 1787 ⁷⁾; es folgen die Perückenmacher 1719 ⁸⁾, 1722 ⁹⁾, 1726 ¹⁰⁾, die Hutmacher 1704 ¹¹⁾, mit spätern Abänderungen, die meist nur den Handel mit Hüten betreffen.

Wenn wir die Meisterschaften Berufsgenossenschaften nannten, so darf man sich unter ihnen nicht freie Vereinigungen vorstellen, die eigenmächtig Maßregeln zugunsten ihres Gewerbes ergriffen. Ihre Selbstbestimmung war durch den Kommerzienrat stark beschränkt, und ihre Gewalt erstreckte sich nur auf einen Teil der Aufsicht über die Mitglieder. An der Ausarbeitung der Reglemente hatten sie nur mit beratender Stimme Anteil. Die „Handwerks“-angelegenheiten wurden auf den Versammlungen, dem großen und kleinen Bott, besprochen. Das große Bott bestand aus allen Meistern des Handwerks, die sich in der Regel jährlich einmal versammelten. Präsident war der Direktor des betreffenden Gewerbes, also ein Mitglied des Kommerzienrates. Er stellte die Tagesordnung auf und ließ bei der Behandlung die Umfrage ergehen, die beim Amtsseckelmeister anfang und an jedes Mitglied des kleinen Botts besonders, an die übrigen insgesamt gerichtet wurde. Das kleine Bott war ein Ausschuß, der verschieden zusammengesetzt wurde, z. B. 1765 bei den Strumpfwebem aus vier Geschwornen, zwei Seckelmeistern und einem Schreiber. Die Mitglieder mußten zur Hälfte aus deutschen, zur andern aus welschen Meistern gewählt werden.¹²⁾

Leinwand- und Baumwollindustrie waren fast ausschließlich Hausmanufaktur und hatten keine Meisterschaften, wenigstens in der spätern Zeit nicht mehr.¹³⁾ Technische Vorschriften wurden aber doch aufgestellt, und zwar ebenfalls unter der Bezeichnung „Reglemente“, die aber, um ihnen größeres Ansehen zu geben, von Rät und Burgern erlassen wurden. In der Leinenweberei erging das erste (wenn wir von dem für die Meisterschaft von 1698 absehen) erst am 22. Juni 1758 ¹⁴⁾; und zwar war es durch die Ein-

1) J. B. II. 187. 2) J. B. II. 236. 3) J. B. II. 328.

4) J. B. VI. 45. 5) Zusätze. 6) J. B. VI. 397. 7) J. B. VII. 155.

8) J. B. Ia 217. 9) J. B. II. 147 ff. 10) J. B. II. 228.

11) J. B. Ia 67. Man. C. 215.

12) Strumpfwerberreglement v. 1765 und die Instruktion des Direktoren dieses Handwerks von 1769. (J. B. VI. 183.)

13) 1698 bestand noch eine Meisterschaft der Leinwandweber im obern Aargau; sie bekam vom Kommerzienrat eine Handwerksordnung. (Man. A. 347.) Sie war nach Angaben der Weber 1579 gegründet, 1607 erneuert worden und ging 1732 ein. J. B. VI. 352.

14) Mand. Samlg. IV. 23.

gabe der Leinwandweber selber veranlaßt worden.¹⁾ Das Reglement, so wie die Instruktion für die Tuchmesser²⁾, sind das Werk des Kommerzienrates. Eine Ergänzung und Erweiterung der ersten Verordnung bedeutete die vom 29. Mai 1761.³⁾

Die Baumwollindustrie im Aargau produzierte im Gegensatz zu der ostschweizerischen nur grobe Tücher, während z. B. die Toggenburger Gewebe durch ihre Feinheit berühmt waren. Das erste Regulativ für die Baumwollweberei trägt das Datum des 23. Dezember 1761⁴⁾, es wurde ebenfalls erweitert und ergänzt am 5. Januar und 20. März 1763.⁵⁾ Eine neue Verordnung erfolgte am 5. März 1767⁶⁾, ebenso eine Instruktion für die Messer.⁷⁾ Am 13. September 1771 erging eine „Publikation, ansehend die Handlung mit baumwollenen Tüchern“.⁸⁾ Das Reglement von 1767 wurde 1778 im Sinne einer Milderung abgeändert.⁹⁾

Wie sehr sich der Kommerzienrat um die Hebung der Leinwand- und Baumwollindustrie bemühte, beweisen die zahlreichen Verhandlungen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, vor allem die Reisen, die er durch einige seiner Mitglieder in den Aargau machen ließ, und die den Zweck hatten, sich mit eigenen Augen zu überzeugen, ob die ergangenen Vorschriften wirksam seien, zu erfahren, in welchem Zustande die Industrie sich befand, Wünsche entgegenzunehmen, Klagen anzuhören, die Beamten zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten.

Die erste dieser Inspektionsreisen wurde 1766 von den Mitgliedern Gruner und Ryhiner ausgeführt.¹⁰⁾ Sie besuchten zuerst den Hauptleinwandmarkt Langenthal, wo sie mit Befriedigung feststellten, daß dem Reglement nachgelebt wurde, und daß Kaufleute und Weber sich darunter wohlfühlten. Weiter gings dann über Zofingen und Aarau nach Lenzburg, nach Reinach und Menziken, den Zentren der Baumwollindustrie und hierauf über Lenzburg, Aarburg und Murgenthal zurück.¹¹⁾ Der Eindruck, den die beiden von der Baumwollindustrie erhielten, war nicht sehr günstig; sie fanden viel minderwertige Ware. Zum ersten Male wohl sahen die Herren von der vorgesetzten Behörde die Maschinen, „die Webstühle, die Zettelhaspel, und die Zwirnmühle, in deren auf vierundzwanzig Haspel zu gleicher Zeit 168 Strangen Garn ge-

1) J. B. V. 101. 2) J. B. V. 115. Mand. Samlg. IV. 23.

3) J. B. V. 313. Mand. Samlg. IV. 24. 4) J. B. V. 328.

5) J. B. V. 386. Man. S. 63. 6) J. B. VI. 135. 7) J. B. VI. 140.

8) J. B. IV. 230. 9) J. B. IV. 363. 10) J. B. VI. 117.

11) J. B. VI. 120.

zwirnet werden“. Sie widerlegten auch das Vorurteil, daß bei der Industrie die Menschen verkümmern, sahen sie doch viele wohlgestaltete Kinder und schöne Mannschaft, und sie traten gegen die Behauptung auf, daß deshalb der Ackerbau vernachlässigt werde; das ganze Tal sah aus „wie ein Garten“. Eine weitere Reise in den Aargau wurde 1771 ausgeführt ¹⁾; 1777 erinnerte man sich, daß im Laufe der Zeiten in allen Manufakturen sich Mißbräuche einschleichen, denen abgeholfen werden müsse; daß aber auch neue Erfindungen auftauchen, die zum Wohle der Gesamtheit eingeführt werden müßten. Der Kommerzienrat entschloß sich, einen neuen Beweis seiner Aufmerksamkeit an den Tag zu legen; er trug den Abgeordneten die Untersuchung über den allgemeinen Zustand der Manufakturen auf, über die Anwendung und Wirksamkeit der obrigkeitlichen Reglemente, über die Wirkung der ausgeschriebenen Prämien, und über einige Spezialfragen.²⁾ Die Reiseroute berührte Burgdorf (Harrisonsche Fabrik), Langenthal, Zofingen, Suhr, Lenzburg, von wo aus die Anstalt Pestalozzis besucht wurde. Die Milderung des Reglementes von 1767 im Jahre 1778 war eine Frucht dieser Reise.³⁾

Wir gehen nunmehr zu dem Inhalt der Regulative über.

a) Berufsbildung. Die Heranbildung geeigneten Personals, das die meiste Garantie für die Herstellung konkurrenzfähiger Produkte leistet, war schon damals Hauptbedingung zum Aufblühen einer Industrie. Die Neuzeit strebt das vor allem an durch Fachschulen, durch die Regelung des Lehrlingswesens überhaupt (die nebst dem auch einen sozialen und humanen Zweck hat). Das 18. Jahrhundert kannte die Fachschulen nicht, aber durch Beaufsichtigung der Lehrlinge und Gesellen, durch Vorschriften über die Dauer der Lehrzeit usw. verfolgte es den gleichen Zweck.

Nur gelernten und nach Vorschrift angenommenen Meistern wurde gestattet, Lehrlinge zu unterrichten ⁴⁾; aber ihre Zahl wurde beschränkt. Das Strumpfweberreglement von 1703 erlaubte einem Meister mit weniger als vier Stühlen nur einen Lehrjungen, wenn er mehr hatte, höchstens zwei ⁵⁾, während die Reglemente von 1726 und 1765 überhaupt nur einen gestatteten.⁶⁾ Ein Meister sollte

1) Man. U. 51.

2) Z. B. „den Zustand der Pestalozzischen Erziehungsanstalt auf dem Birrfeld, und was sich davon zu versprechen, zu erforschen“. Hierüber G. Tobler im Neujahrsblatt des Histor. Vereins von Bern. 1900, Beilage II.

3) Zwar reichten die Fabrikanten auch eine Bittschrift ein (Man. U 79)

4) J. B. Ia 59 ff.

5) J. B. Ia 59.

6) J. R. II. 236, VI. 45 ff.

sogar erst zwei Jahre nach seiner Annahme einen Lehrling erhalten.¹⁾ Die Dauer der Lehrzeit war ebenfalls vorgeschrieben; sie war nach den verschiedenen Berufsarten länger oder kürzer, für Strumpfweber 1703 zwei, 1765 drei Jahre, für Uhrmacher je nach der Branche vier bis sechs Jahre²⁾, für Leinwandweber zwei Jahre, Steinschleifer drei Jahre usw.³⁾ Am Ende der Lehrzeit erhielten die Lehrlinge vom Meister einen Lehrbrief.⁴⁾ Auf die Lehrzeit folgte die des Wanderns, des Gesellenstandes (französisch *Compagnonage*). Sie diente der Erweiterung und Vervollkommnung der in der Lehre erworbenen Fähigkeiten. Auch diese Einrichtung hatte ihre Ausbildung in dem Zunftwesen erhalten. Gewöhnlich war ein Minimum der Gesellenzeit vorgesehen, bei den Strumpfwebern zwei und drei Jahre⁵⁾, bei den Leinewebern 1698 zwei Jahre, den Pierristes ein Jahr. Wenn diese Bedingungen erfüllt waren, so konnte sich der Geselle zum Meister annehmen lassen und in die Meisterschaft eintreten, doch meist nicht ohne noch eine Prüfung zu bestehen. Diese bestand in der Anfertigung eines Meisterstückes.⁶⁾ Das von den Strumpfwebern verlangte wurde mehrmals abgeändert, je nach den Bedürfnissen; es bestand meist aus einem Paar Strümpfen und der Montierung eines Wirkstuhles.⁷⁾ Die letztere Vorschrift wurde 1716 den Burgern⁸⁾, später auch den Fremden erlassen.⁹⁾ Die Prüfung des Meisterstückes erfolgte durch die geschworenen Meister und es mußte außerdem auch dem „großen Bott“ vorgelegt werden.¹⁰⁾

b) Vorschriften über das verwendete Rohmaterial und dessen Verarbeitung. Allgemeine Ermahnungen, gutes Rohmaterial zu verwenden und dieses zu solider Kaufmannsware zu verarbeiten, genügten nicht¹¹⁾, im einzelnen mußte befohlen werden, was der Manufacturier tun und lassen sollte. Da wurden z. B. Länge und Breite der Gewebe bestimmt. Die reglementarischen

1) J. B. Ia 59.

2) Durch den Vertrag der Regierung mit Ador und Bonard vom 26. März 1759 (J. B. V. 186 ff.) wurde die Lehrzeit festgesetzt auf fünf Jahre. Der Lehrling zahlte 300 Fr. Lehrgeld und bekam Kost, Logis und Wäsche; wohnte er nicht beim Lehrmeister, so dauerte die Lehrzeit nur vier Jahre bei zehn Stunden täglicher Arbeitszeit; konnte aber kein Lehrgeld bezahlt werden, so dauerte sie sechs Jahre. Wer noch dazu das Gravieren lernen wollte, brauchte ein Jahr länger. Für Mädchen dauerte die Zeit zur Erlernung des „Polissage“ drei Jahre mit 200 Fr. Lehrlohn, oder vier Jahre ohne Lehrlohn, beides mit eigener Verköstigung.

3) J. B. V. 117 ff. 4) Man. A. 347. 5) 1703 und 1716 (J. B. Ia 184).

6) J. B. Ia 217, 59. 7) Reglement von 1703. 8) J. B. Ia 184.

9) J. B. VI. 45. 10) J. B. VI. 45. 11) J. B. Ia 67 ff.

Breiten für Leinwand waren folgende: $\frac{6}{4}$, $\frac{7}{4}$, $\frac{8}{4}$, $\frac{9}{4}$ Ellen und je 1 Zoll, $\frac{12}{4}$, $\frac{16}{4}$ Ellen und je 2 Zoll, $\frac{20}{4}$, $\frac{22}{4}$ Ellen und je 3 Zoll. Entsprechend wurde den Blattmachern die Breite der Rietblätter (Blätter) vorgeschrieben.¹⁾ Die gemeinen (Ordinari-)Baumwolltücher hatten eine reglementarische Breite von siebenviertel Bern-Ellen²⁾, wahrscheinlich auch die besseren Qualitäten (Numero-Tücher). Außerdem wurden breitere gewoben, in manchen Jahren eine große Zahl von achtviertel Ellen breiten, die vom Reglement nicht vorgesehen waren (vgl. die Tabelle). Die normale Länge der Stücke gröberer Gewebe war 30 (halbe Stücke 15), feinerer 32 (16) Pariser Stäbe (zu 1,188 m).

Die Uniformtücher der Thunerfabrik mußten eine Breite von $2\frac{1}{8}$ Ellen und eine Länge von 35 Ellen haben.³⁾ Schon 1700 wurde festgesetzt, daß jedes „Stränglein“ Faden $1\frac{1}{8}$ Bern-Elle lang sein und wenigstens zwölf Nähtlinge halten müsse.⁴⁾ Dem Fabrikanten Dupan von Nidau wurden $23\frac{1}{2}$ Pfund Faden konfisziert, weil seine Stränglein nur elf Nähtlinge hielten.⁵⁾ Auch die Länge der Strümpfe wurde einheitlich reguliert. 1703 mußten Mannesstrümpfe 22 Zoll lang sein; andere Arten wurden nicht geduldet, damit nicht einer billiger verkaufen könne als die andern.⁶⁾ Die Breite der Wirkstühle sollte $13\frac{1}{2}$ Zoll für gröbere und 14 Zoll für feinere Ware betragen.⁷⁾ Im Laufe des Jahrhunderts bildete sich die Wirkerei aus, und alle möglichen Modelle konnten geliefert werden, bis das Ausland die heimische Industrie überflügelte.

Eine große Bedeutung hatten die Vorschriften über bestimmte vorzunehmende, eventuell zu unterlassende Manipulationen. Die Leinwand wurde, um ihr ein besseres äußeres Ansehen zu verleihen, bevor sie auf den Markt kam, „zugerüstet“. Um allen Betrug zu vermeiden, und zu verhindern, daß die Berner Leinwand in Mißkredit komme, wurden alle diese Operationen verboten: „Sprützen, Fellen, Mangen, Schlichten und Pressen“, mit einem Wort jede Appretur. So wie die Tücher vom Webstuhl oder von der Bleiche kamen, zusammengelegt wie in St. Gallen oder wie es auf den Bleichen Brauch war, sollten sie dem Messer vorgewiesen und auch zum Verkauf ausgelegt werden. Das war die Forderung,

1) Bei einer Strafe von drei Pfund und Zerschlagung der Arbeit, wenn die Blätter nicht nach Vorschrift gemacht waren.

2) Nach dem Reglement von 1767. 1771 sollten die „Ordinari Tücher Nr. 7“ nicht weniger als drei Viertel Pariser Stäbe breit sein = 0,891 m.

3) J. B. V. 444.

4) J. B. Ia 100.

5) Man. F. II. 149, 159.

6) Man. F. I. 167.

7) J. B. Ia 59. 1703.

die ungern befolgt wurde, und sie mußte mehrmals wiederholt werden; die Kaufleute beklagten sich, daß trotz des Reglements das „Zurüsten“ nicht aufhöre¹⁾, nicht nur in der ersten Zeit nach der Publikation des Reglementes, sondern noch zwanzig Jahre nachher.²⁾ Ganz unterblieb es wahrscheinlich nie, trotz aller Befehle.

Ähnlichen Widerstand fand in der Baumwollweberei die reglementarische Bestimmung, daß alles Garn, das zur Kette verwendet wurde, ausnahmslos gezwirnt werden sollte; zudem mußte es in Leim oder Leimleder abgekocht sein. Das Schlichten der Kette, wobei auf der Bleiche das Tuch an Stärke und Breite verlor, wurde verboten. In einem spätern Reglement (1763) wurde das Zwirnen für die feinern Tüchern Nr. 4, 5 und 6 weggelassen; dagegen wurde die Bestimmung 1767 wieder aufgenommen. Erst zehn Jahre später wurde die Vorschrift des Zwirnens abgetan. Eine Bittschrift der Weber im Amt Lenzburg stellte das Gesuch hiezu. Der Kommerzienrat ließ die Sache durch Tuchmesser, Fabrikanten, Kaufleute und erfahrene Weber untersuchen³⁾ und kam zum Resultat, daß das Zwirnen unnötig sei, da die Kaufleute es gar nicht verlangen, und weil seit Einführung der Stahlspillen an den Spinnrädern an Stelle der hölzernen das Garn besser gedreht werde. Das Zwirnen verteuerte nur das Tuch, und es bestand die Gefahr, daß die Industrie in das benachbarte luzernische Gebiet auswanderte, wo keine solche Vorschrift, überhaupt kein Reglement bestand. Der Kommerzienrat sah ein, „daß überhaupt richtig sei, daß Manufakturen sich nach dem verlangen der Käufer richten müssen“. ⁴⁾ Die Dispensation vom Zwirnen war eine provisorische für zwei Jahre; auf dem Tuch mußte die Bemerkung stehen „ungezwirnt“. Wer solches ohne diese Aufschrift feilbot, wurde nach dem Reglement von 1767 bestraft.⁵⁾ 1743 wurde durch ein Mandat für das Dämpfen und Beschmutzen von Seide die Strafe der Spinnstube oder des Schallenwerks angedroht.⁶⁾

Auch die Dichte des Gewebes wurde reglementarisch bestimmt, und zwar in der Weise, daß für jede Qualität bei gleicher Breite die Zahl der Fäden des Zettels festgesetzt wurde. Die Tücher bekamen Nummern je nach der Qualität.

1) J. B. V. 295.

2) Man. U. 55.

3) Man. U. 81.

4) J. B. VI. 94.

5) Die Bestimmung wurde 1790 aufgehoben; die Bezeichnung „ungezwirnt“ wurde weggelassen, dagegen mußten die gezwirnten mit dem Wort „gezwirnt“ bezeichnet werden. Man. W. 332.

6) J. B. IV. 286.

Nr. 1 hielt 20 Tragen (à 40 Fäden)				Nr. 6 hielt 30 Tragen			
" 2	"	22	"	" 7	"	31	"
" 3	"	24	"	" 8	"	34	"
" 4	"	26	"	" 9	"	36	"
" 5	"	28	"	" 10	"	36	" 1)

Der Einschlag sollte in Feinheit mit der Kette übereinstimmen. An die Strumpfweber erging der Befehl, die Strümpfe gehörig zu walken²⁾, aber auch die Nadeln und die Maschinen rein zu halten. Der leinene und baumwollene rohe Faden durfte leicht eingeseift, der blaue mit Indigo gefärbt werden.³⁾ Die zum Schwarzfärben bestimmten Tücher mußten zuerst blau gefärbt, dann gestempelt und erst nachher schwarz gefärbt werden.⁴⁾ Den Perückenmachern wurde strenge verboten, für neue Perücken alte Haare zu verwenden oder auch nur mit neuen zu vermischen; sie durften übrigens Perücken aus alten Haaren verkaufen, aber nur unter der Bezeichnung „alte Haare“, bei Strafe der Konfiskation und drei Talern Buße.⁵⁾ Die Reglemente von 1722 und 1727 wenden sich hauptsächlich gegen die Verwendung von altem oder unzuweckmäßigem Material, wie Wolle, Ziegenhaar, Crin (Schweif- und Mähnenhaare).⁶⁾

Der Uhrenfabrik Ador und Bonard wurde 1759 die Feinheit ihrer Produkte ebenfalls vorgeschrieben. Tabakdosen, Ketten, Schalen u. s. f. mußten aus achtzehnkarätigem, die Emailarbeiten aus zwanzigkarätigem Golde hergestellt werden. Die Unternehmer versprachen im Vertrag, kein Silber unter 0,833 Feinheit zu verwenden⁷⁾, und nur gute und dauerhafte Ware zu liefern, besonders den Privaten in der Hauptstadt und den übrigen bernischen Städten Garantie dafür zu geben. Ebenso verbot das Reglement den Uhrsteinschleifern im Jouxthale allen Betrug, z. B. einen Stein unter einem andern Namen zu verkaufen, oder den obern Teil aus einem echten Steine, Diamant, Saphir, Smaragd, den untern aus einem falschen herzustellen oder die Steine zu färben.

c. Andere Bestimmungen. Um eine Kontrolle der Produkte und ihrer Güte zu ermöglichen, suchte man manche Manufakturen in der Stadt zu behalten. Die auf dem Lande her-

1) Nach dem Reglement von 1767. 1761 hielt Nr. 4 wenigstens 25, Nr. 5 28 Nr. 6 30 Tragen.

2) J. B. Ia 59.

3) J. B. VI. 45 ff.

4) J. B. II. 46.

5) J. B. Ia 217. 1719.

6) J. B. II. 147, 228. Das Reglement von 1722 enthält eine Anzahl Detailvorschriften.

7) Dix deniers de fin; douze deniers = sechzehnlötig = reines Silber.

gestellte Ware entzog sich jeder Aufsicht, wenn nicht eine Meisterschaft bestand, oder wenn der Weber nicht für einen Verleger in der Stadt arbeitete. So suchte man die Wirkerei dadurch auf die Stadt zu beschränken, daß die Ausfuhr von Maschinen auf das Land möglichst erschwert wurde. Ein Transport in Dörfer wurde nur gestattet, wenn die Stühle vorher dem Kommerzienrate oder der Meisterschaft angeboten worden waren, ohne daß jemand sie zu kaufen wünschte; die Stadtmeister hatten auch nach dem Verkauf an einen Landweber noch das Zugrecht. Außer dem genannten Grunde für diese Maßregel kam noch der Umstand dazu, daß infolge der billigeren Lebenshaltung auf dem Lande der dortige Lieferant kleinere Preise haben konnte, wodurch die Löhne in der Stadt gedrückt wurden, oder das Handwerk zur Auswanderung auf das Land genötigt war. Soweit die letztere Argumentation in Betracht kommt, haben wir es schon mit einem sozialen Momente zu tun; ebenso in gewissem Sinne, wenn die Lohnverhältnisse festgesetzt wurden; doch hatten diese auch den Zweck, die Ware konkurrenzfähig zu machen, besonders in der Zeit von Absatzkrisen, in denen man übrigens oft mit Einwilligung der Behörde von den sonstigen Lohnansätzen abwich.¹⁾

Die organisierten Handwerker trafen auch Maßregeln mit dem Zwecke, allen Ausübenden gleichmäßig Arbeit zu verschaffen, indem die Zahl der Arbeiter oder der Wirkstühle festgesetzt wurde. Übrigens sorgte man dadurch für eine Regelung der Produktion und wollte Überproduktion und Absatzkrise vermeiden. In der Hausindustrie war solches nicht möglich.

Das Reglement für die Strumpfweber von 1765 erlaubte zwar allen Meistern unter normalen Verhältnissen eine beliebige Anzahl von Stühlen, aber für Zeiten verminderter Nachfrage sah es eine Beschränkung dieser Freiheit vor. Dem Fabrikanten Roux wurde 1726 erlaubt, sich in Bern mit fünfundzwanzig Stühlen niederzulassen, die er aber nach und nach auf fünfzehn reduzieren sollte.²⁾

d. Schau, Stempelung, Messung. Ueberwacht wurden alle genannten Vorschriften durch besondere, dazu verordnete Personen, die aus dem jeweiligen Berufe selber genommen wurden, da sie Sachverständige sein mußten. Sie waren erfahrene Meister,

1) Der fixierte Preis für fertige Strümpfe wurde 1728 aufgehoben (J. B. II, 328) zu einer Zeit, da die Wirkerei darniederlag (Man. K. 143). Das bedeutete ein Sinken der Arbeitslöhne.

2) J. B. II. 236.

da wo es sich um solche handeln konnte (Meisterschaften); vor ihrem Amtsantritt hatten sie einen Eid zu leisten, weshalb sie „geschworene Meister“ genannt wurden. In der Leinwand- und Baumwollindustrie, wo es nicht Meister und Gesellen gab, wurde die Aufsicht erfahren Webern übertragen.

In der Strumpfwebermeisterschaft gab es in Bern 1703 unter 34 Meistern ¹⁾ vier beeidigte; 1724 sechs, 1780 wieder vier, davon zwei deutsche und zwei welsche. Ihre Aufgabe war, alle Strümpfe vor dem Verkauf zu besehen und zu zeichnen; sie mußten auch zugegen sein, wenn ein Verleger Wolle zum Arbeiten gab oder wenn er die fertigen Strümpfe vom Meister zurückerhielt.²⁾ Die Besichtigung der Wolle wurde nach zwei Jahren (1726) wieder abgeschafft. Die Ware wurde übrigens auch von den Meistern selber gezeichnet, von jedem mit seinem eigenen Zeichen, um die Arbeit jedes einzelnen kontrollieren zu können.³⁾ Die Kontrolle der Wirkmaschinen (Stühle), die sich auf die richtige Konstruktion, die vorgeschriebenen Größenverhältnisse und die Reinhaltung bezog, gehörte ebenfalls in die Pflicht der „Geschwornen“. Wenn sie Fehler fanden, so zeigten sie sie dem Fabrikanten, für den der betreffende Meister oder Geselle arbeitete, an, bei mehrmaliger Wiederholung erfolgte Anzeige an den Direktor der Manufaktur. In der Wollenmanufaktur untersuchten ein Meister und ein Kaufmann gemeinsam mit dem Commis die Tücher. Sie zeichneten die wärschaften und zerschnitten die untauglichen in zwei Teile.

Eine gleiche Kontrolle übten die geschwornen Meister der Perückenmacher. Auch sie zeichneten die nach Vorschrift gemachte Ware, und hatten das Recht, die Arbeiter zu besuchen, wann es ihnen beliebte. Außerdem mußte jede Perücke das Zeichen des Fabrikanten tragen.⁴⁾

In der Baumwoll- und Leinwandmanufaktur hießen die Aufseher einfach Messer. Sie wurden erst eingeführt mit den Reglementen, also 1761, bez. 1758; ihre Zahl betrug für die Leinwand 1761 sieben, später vermehrte man sie auf sechzehn. Zur Kontrolle der Baumwolltücher waren ihrer siebzehn bestellt. Wir geben nachstehend das Verzeichnis derselben von 1785, samt den

1) Darunter sind nur drei deutsche Namen, alle andern Franzosen.

2) J. B. II. 187.

3) J. B. II. 187. IV. 45. In der Hausmanufaktur mit dem Zeichen des Webers.

4) Als 1719 das Verwenden von alten Haaren verboten wurde, sollten die noch aus solchen hergestellten Perücken mit schwarzem, die nach Reglement gefertigten mit rotem Wachs gezeichnet werden. (J. B. II. 147ff.)

Messung der baumwollenen Tücher vom 1. Mai 1784 bis zur gleichen Zeit 1785.

Ort	Messer	Zeichen	Fremde Stücke	Ordinari 1/4 mit		Nummero mit		Breite mit		Zersch. od. konfiziert	Total ohne Fremde		
				Bern	Gering	Bern	Gering	Bern	Gering				
1. Menziken, Reinachthalb	Hans Rud. Ammann	H.R.A.	3210	—	16846	4708	2828	1105	788	3	26441		
2. Reinach halb, Gontenschwyl	H. Rud. Frey	H.R.F.	188	—	7151	1079	9918	1984	1000	6	22497		
3. Birrwyl, Bonischwyl,	Joh. Stadler	I.S.	—	—	3436	1081	2451	901	434	5	8715		
4. Beinwyl	Joa. Weber	I.W.	2170	—	1232	310	1943	417	2142	—	10045		
5. Oberkulm	Hans Jak Hunziker	H.H.	—	199	3640	1475	2507	656	114	5	8793		
6. Entfelden	Dan. Läscher	D.L.	—	39	1830	1983	3066	614	1305	9	8846		
7. Buchs, Aarau	Hs. Bachli	H.B.	422	4	15	—	2962	563	34	—	3758		
8. Seon, Leuthwyl, Dürrenäsch	Friedr. Hauri	F.H.	—	4	2603	486	4642	163	—	—	11887		
9. Staufen, Schafisheim, Lenzburg	Sam. Rodel	S.R.	—	—	225	101	1370	194	795	—	3246		
10. Seengen, Fahrwangen, Tenn- wyl	Jak. Studler	I.S.T.	7088	—	2003	468	17354	2051	—	3	22172		
11. Othmarsingen, Hendschikon, Dietikon	Jak. Widmer	I.W.	1301	5	1113	316	3609	1344	1827	6	8569		
12. Mörken	Jak. Bryner	I.B.	4153	—	1895	105	722	54	52	—	2836		
13. Leerau, Rued, Reitnau	Hs. Rud. Hunziker	H.R.H.	73	3	9390	971	466	102	235	—	11641		
14. Schöftland, Stäfelbach, Witwyl	Sam. Lenti	S.L.	1514	—	9304	1533	—	—	320	1	11584		
15. Koliken, Muben, Hirstall, Safenwyl	Bernh. Burgerrecht	B.B.R.	3256	—	7521	1097	3106	183	—	—	13759		
16. Zofingen, Aarburg	Rud. Schauenberg	R.S.	655	18	1352	—	—	—	194	—	1671		
17. Umiken, Effingen, Linn, Möhn- thal	Jak. Horiacher	I.H.	215	—	1764	182	1533	132	9059	—	19539		
			24245	272	71320	15895	58477	10463	18299	733	20531	38	195990

Zeichen, die sie auf die gemessenen Tücher stempelten und den Maßen der gezeichneten Stoffe.¹⁾ Wahl, Absetzung und Bestrafung bei Pflichtversäumnis erfolgte durch den Kommerzienrat.²⁾

Jedes Stück mußte vor dem Verkauf, ja schon vor dem Transport auf die Bleiche, dem Messer des Kreises vorgelegt werden. Dieser untersuchte es auf die Qualität. Fand er es ungenügend, so zerschnitt er es, ganze Stücke in vier, halbe in zwei Teile. Waren die Anforderungen des Reglements erfüllt, so maß er es und stempelte auf ein Ende sein Zeichen, die Zahl der

Messung der Leinwand vom 1. September 1796
bis 1. September 1797.

Messplatz	Name des Messers	Hieländ. Stücke	Fremde Stücke	Zer- schnitten
1. Langenthal ³⁾	Friedrich Muhmenthaler	53	64	—
2. do.	Fried. de Felix Muhmenthaler	10	—	—
3. Rohrbach ⁴⁾	Daniel May	945	17	—
4. Huttwyl	Johannes Minder	953	145	—
5. Eriswyl	Caspar Schmied	666	67	7
6. do.	Joh. Ludwig Heiniger	1 429	265	25
7. Langnau	Joh. Habegger	867	—	—
8. Dürrenroth	Andreas Schär	1 389	—	2
9. Sumiswald	Caspar Hirsbrunner	2 209	—	15
10. Gundiswyl	Andreas Schär	129	105	—
11. Melchnau	Samuel Käser	377	101	—
12. Rüderswyl	Hans Äschlimann	39	—	—
13. Madiswyl ⁵⁾	Hans Ulrich Wäldli	1 146	—	—
14. Zofingen	Rud. Schauenberg	—	—	—
15. Kolliken	Sam. Matter	22	—	—
16. Burgdorf	Joh. Heinr. Äschlimann	787	—	—
		11 021	764	49

1) Das Jahr 1785 wurde gewählt, weil es den Höhepunkt der Baumwollenfabrikation bedeutet.

2) Man. S. 301, 310, 318. Die geschwornen Meister der Strumpfweber wurden von der Meisterschaft gewählt, ebenso die der Perruquiers, und zwar für 2 Jahre. Jedes Jahr trat einer aus.

3) Tuchlaubenware, hieländische 138 Stück, fremde 33 Stück. Unter Tuchlaubenware verstand man Leinwand „von fast unzähligen Arten, verschiedener Qualität, Länge und Breite, welche alle Dienstag zu Langenthal unter der Tuchlauben verkauft und daher Tuchlaubenware benennet wird“. (Man. U. 84). Sie stand also außerhalb der reglementarischen Vorschriften.

4) Davon sind $\frac{7}{4}$ breite 32 Stücke.

5) Davon sind $\frac{7}{4}$ breite 15 Stücke.

Ellen und Tragen und das Wort „Bern“, und ließ dieses gezeichnete Ende aus dem gerollten Stücke heraushängen. Später wurde je nach der Qualität unterschieden zwischen „Bern“ und „Gering“. Nach und nach bildete sich sogar der Brauch aus, das Wort „gering“ zwei Mal aufzustempeln; man bezeichnete damit ganz minderwertige Ware. Der Kommerzienrat befahl aber 1778, dies zu unterlassen, und solchen Geweben, die das Attribut „gering“ nicht verdienten, nur das Zeichen des Messers zu geben. „Gering“ bezeichnete übrigens nach dem Reglement von 1771 nicht einmal geringe Qualität, sondern geringere Breite.

Das Zeichnen geschah entweder im Hause des Messers, oder, in abgelegenen Ortschaften, auf einem gemeinsamen Meßplatz. Das Messen im Hause des Webers war untersagt. Traute ein Käufer einem Messer oder dem angegebenen Maße nicht, so hatte er das Recht, das Stück nachmessen zu lassen; der Befund des zweiten Messers war endgültig. Die Weber waren gezwungen, ihr Tuch bei dem Angestellten ihres Bezirkes messen und schauen zu lassen; eine Ausnahme wurde nur gemacht für solche, denen der Schauer zu nahe verwandt war. Außer den im Bernbiet gewobenen wurden auch die fremden Tücher vor dem Verkaufe gezeichnet; überhaupt wurde streng verboten, irgend ungezeichnetes Tuch zu kaufen oder zu verkaufen, und die Buße traf den Käufer ebenso wie den Verkäufer.

Ungefähr die gleichen Maßnahmen finden sich bei der Leinwand.¹⁾ Als Grundlage der Messung wurde nach Langenthal ein Stab von zwei Bern-Ellen und zwei Bernzoll geliefert, der dort als „Mutter-Ell“ aufbewahrt wurde, und der als Vorbild für alle andern Maßstäbe diente, die allein zur Messung der Leinwand gebraucht werden durften. Nach der Messung stempelte der Schauer das Stück mit dem Worte „Bern“, seinen Initialen und der Zahl der Ellen. Den Messern war der Handel mit Tüchern strenge verboten. Allen war auch die Aufsicht über die Webstühle übertragen; nicht nur sollten sie die Weber von Zeit zu Zeit besuchen, sondern die Blätter mußten gestempelt werden, bevor sie montiert wurden.²⁾

1) Der Zusatz des Daumens (Daumenbreite) zu jeder Elle, der bisher oft gemacht wurde, wobei aber Ungleichheiten entstanden, wurde abgeschafft, ebenso die zwei Zu-Ellen, wenn solche nicht ausdrücklich vorbehalten wurden.

2) Die Blätter sollten mit den „Jöchlin“ durch holzerne Nägel verbunden, und „mit dem Bär so gezeichnet werden, daß der einte theil desselben auf das Jöchlin, der andere theil aber auf die Schiunen zu stehen komme.“

Die Messer bezogen ihre Entschädigungen von den Webern. Regel war ein Batzen für das ganze Stück, zwei Kreuzer für das halbe, ein Batzen für jede Perücke. Andere Einnahmen konnten ihnen zufließen, so bezogen die Geschwornen der Strumpfwerber von jedem Stuhl, der außerhalb der Stadt für einen Verleger in der Stadt arbeitete, jährlich zwanzig Batzen ¹⁾, außerdem waren sie von der Meisterschaft besoldet. ²⁾

Gewissenlose Fabrikanten kamen dazu, die obrigkeitlichen Stempel zu fälschen. Ein solcher Fall wurde 1770 in Schaffsheim entdeckt. Der Gerichtsherr Paul Rudolf Brutell hatte zwei Stempel stechen lassen, einen mit „Bern“, einen mit „Fremd“ ³⁾. Die Buße wurde vom Landvogt von Lenzburg ausgesprochen; sie betrug für die 855 falsch gezeichneten Stücke zweitausend Pfund ⁴⁾, die vom Angeklagten „sofort mit Dank angenommen“ wurde. Zudem verhängte der Große Rat noch eine Disziplinarstrafe, nach welcher er „für ein Jahr lang zu dem Arrest in dem Umfang seiner dortigen Fabrik verfällt sein sollte, die Besuchung des Gottesdienstes in der Kirchen zu Staufberg allein ausgenommen“ ⁵⁾. Der Verleider, Messer Häfeli, trug eine Belohnung von 96 Kronen davon, während 204 Kronen in die Kasse für die Unterstützung nützlicher Manufaktur wanderten. ⁶⁾ Wegen Zuwiderhandlung gegen das Reglement (seine Tücher hatten weder die verlangte Anzahl Tragen, noch die richtige Länge) wurde Sam. Woodtli von Aarburg zu 400 Pfund Buße und der Hälfte der Kosten verurteilt. ⁷⁾ Die andere Hälfte trug der Messer, der die Tücher ungeprüft durchgelassen hatte. Er wurde seiner Stelle entsetzt. ⁸⁾

Die Oberaufsicht über das Ganze führte der Kommerzienrat. Seine Mitglieder teilten sich so in diese Aufgabe, daß jedes eine Manufaktur unter sein Protektorat und seine Aufsicht nahm. Die Einrichtung wurde 1720 getroffen. ⁹⁾ Wichtige Beschlüsse wurden natürlich von der Behörde in corpore gefaßt, kleinere Geschäfte konnte der „Direktor“ allein erledigen.

Als Beispiel möge die Instruktion für den Direktor der Strumpfwirkerei gelten, wie sie 1769 vom Kommerzienrat be-

1) J. B. II. 187. 2) J. B. VI. 183. 3) Man. T. 218, 227. J. B. VI. 203 ff.

4) Vom Stück 3 Pfd. statt nach Reglement 6, macht 2565 Pfd., wovon 565 erlassen wurden (Man. T. 252).

5) Man. T. 237. 6) Man. T. 261. 7) Man. U. 251. 8) Man. U. 320.

9) Man. G. II. 11. Es gab einen Direktor der Hut-, Tuch-, Leinwand-, Seiden-, Indienne- und Seidenfabrik und der Gerberei.

schlossen wurde.¹⁾ Der Direktor präsidierte das große Handwerksgebot, dessen Traktandenliste er nach seinem Gutfinden bestimmte. Er hatte darin den Stimmenscheid bei Stimmengleichheit. Er prüfte die Rechnungen und hatte die Aufsicht über die Verwendung der Gelder; er siegelte die Lehrverträge und Lehrbriefe, sprach die Bußen aus, wenigstens in Fällen von geringer Wichtigkeit, schlichtete die kleinen Handel zwischen Verleger und Arbeiter, Meister und Geselle usw., während er die größeren an den Kommerzienrat wies; er urteilte bei Schalthändeln und „kleinen Schlägereien“, wenn die Parteien vor ihm erschienen; wichtige Fälle überwies er dem Gerichtsschreiber. Überhaupt überwachte er die Ausführung der Bestimmungen der Reglemente im Einzelnen und sollte den Meistern mit Rat und Tat beistehen.

e) Erfolg. Wir können behaupten, daß die Bestimmungen den Verhältnissen angepaßt waren. Der Kanton Bern war trotz seiner verhältnismäßigen Größe doch klein genug, daß die Bedürfnisse in den verschiedenen Landesteilen nicht zu stark differierten, daß aber auch eine Behörde mit dem Volke in Berührung treten konnte. Und der Kommerzienrat tat das in ausgiebigster Weise. Dazu diente die Institution der Direktoren, die an den Meisterschaftsversammlungen teilnahmen, die auch sonst oft mit den Arbeitern in Berührung kamen; ein anderes Mittel war die Übung, bei wichtigen Beschlüssen erfahrene Meister um ihren Rat zu fragen, sei es, daß sie zu der Versammlung des Kommerzienrats eingeladen wurden, sei es, daß ihnen die Projekte schriftlich mitgeteilt wurden, mit der Aufforderung, sie zu begutachten.²⁾ Nicht am wenigsten waren die Reisen in die Zentren der Baumwoll- und Leinenindustrie dazu angetan, die Mittel kennen zu lernen, die die Industrie fördern konnten. In manchen Reglementen heißt es ausdrücklich, daß sie vom Kommerzienrate mit Hilfe der Meisterschaft aufgestellt worden seien.³⁾

Freilich, vom Standpunkte der Gewerbefreiheit aus betrachtet, enthielten die Regulative manche Bestimmung, die wir als hart bezeichnen müssen; zudem lasteten die Abgaben an die Kasse der Meisterschaft bei Beginn und am Ende der Lehrzeit, bei der Beförderung zum Meister, die Bezahlung des Schauens und Messens, schwer auf den Arbeitenden. Aber im Zeitalter der Reglemente, wo sie gewissermaßen die Gewerbeschulen vertraten, empfand man das weniger. Wir fanden im ganzen System nirgends Vorschriften,

1) J. B. VI. 183.

2) Man. U. 81.

3) Man. J. 257, 265.

die einer Industrie direkt gefährlich werden konnten¹⁾, oder wenn solche bestanden, so wurden sie rechtzeitig abgeschafft²⁾; überhaupt ist zu loben, daß der Kommerzienrat nicht bürokratisch an bestehenden Erlassen festhielt. Das beweisen schon die so häufigen Erneuerungen, Zusätze und Abänderungen der Reglemente. Auch war den Baumwollwebern erlaubt, außer den reglementarischen Tüchern noch andere zu verfertigen und zu verkaufen. Diese wurden zwar von den Messern kontrolliert, aber der Staat übernahm keine Garantie.³⁾

Meisterschaften und damit die Regulative ließ man eingehen, wenn man fand, sie hätten keinen Zweck mehr. So beschloß man 1778, die Meisterschaft der Leinwandfabrikanten des Oberaargaus nicht wieder zu errichten, da die Fabrikation im Lande blühe, und „weil man fast in ganz Europa einsieht, daß Freiheit und Konkurrenz die Grundlagen der Handlung seien, daß Fleiß und Arbeitsamkeit nicht durch beschwerliche Handwerksartikel eingeschränkt werden müssen, und aus eben dieser Überzeugung an denen meisten Orten die Innungen, Zünfte und Handwerksgebräuche abgeschafft worden“.⁴⁾ 1764 hatten sich die Meisterschaften der Uhrmacher in der Waadt überlebt; sie waren geschaffen worden (die in Lausanne 1723), um die Uhrenmacherei und zwar die „Finissage“ aufzunehmen; nachdem sich die Unmöglichkeit gezeigt hatte, gegen das beherrschende Genf aufzukommen, wurden die Meisterschaften von Lausanne⁵⁾ und von Rolle⁶⁾ aufgehoben, dagegen erhielt man die von Vevey aufrecht, hauptsächlich wegen der dortigen Fabrik Michod, in der Staatsgelder steckten.⁷⁾

Der Erfolg der Regulative blieb gerade in der Uhrenmacherei aus, während in Neuenburg die „Kunst“ auch ohne sie mächtig sich entwickelte.⁸⁾ Wir brauchen aber nicht den Reglementen die Schuld zu geben, suchen den Grund viel eher in der Nachbarschaft Genfs, das auch bei völliger Freiheit nicht aus dem Feld geschlagen worden wäre. Trotz der Vorschriften ging auch die

1) Beispiele bei Roscher 697.

2) Wie die Vorschrift über das Zwirnen der baumwollenen Kette.

3) In der Statistik der Messer erscheint jedes Jahr eine Rubrik: **Außer Reglement.**

4) Einfluß der Physiokraten. Die Wirkerei war im Niedergang, darum versuchte man es 1780 mit einem neuen Reglement. Übrigens war man zu der Einsicht noch nicht in ganz Europa gelangt, in Frankreich räumte damit erst die Revolution auf.

5) J. B. VI. 21.

6) 1776; J. B. VI. 324.

7) J. B. VI. 39 ff.

8) J. B. VI. 21.

Wirkindustrie rückwärts, hauptsächlich infolge der englischen Konkurrenz. Ob dem Schlendrian in der hiesigen Fabrikation die Schuld beizumessen ist? Tatsache ist, daß manche Arten schon in den sechziger Jahren hier nicht mehr hergestellt werden konnten, wohl weil die Verbesserung der Wirkmaschinen nicht fortgeschritten war. Dagegen ging die Leinwand- und Baumwollenmanufaktur gut, trotz der Ausfuhrschwierigkeiten infolge der Änderung der französischen Zollverhältnisse durch die Revolution. Die Abgeordneten, die 1766 die erste Reise in den Aargau ausführten, erklärten, „daß ein großes Zutrauen zwischen den Kaufleuten und Webern walte, so daß öfters ein einziges Wort ohne weiteres mårthen den Kauf schließet“, und sie schrieben dies dem Ansehen zu, das die staatliche Protektion der Fabrikation verlieh. Auch die Weber erklärten ihre Zufriedenheit, und einer beteuerte, er hätte ohne das Reglement sein Gewerbe aufgeben wollen.

2. Soziale Bestimmungen.

Vorschriften über den Arbeiterschutz und über das Verhältnis des Arbeiters zum Arbeitgeber überhaupt sind in der Schweiz keine neuzeitliche Erscheinung. Schon im 17. Jahrhundert gab es in den Industriekantonen solche, und im 18. Jahrhundert zeichneten sich Zürich und Basel durch weitgehenden Arbeiterschutz aus.¹⁾ Die Berner Gesetzgebung über die Industrie trägt allerdings in weit geringerem Maße einen sozialen Charakter als die zürcherische. Ihr Hauptziel ist, die Industrie im Lande einzuführen und zu fördern. Während die Zürcher Fabrikordnung von 1717 die Arbeitsverhältnisse regelte, ist davon in der fast gleichzeitigen Berner Manufakturordnung nicht die Rede. Dennoch gab es auch in Bern einzelne Bestimmungen sozialer Natur, sowohl in den Meisterschaftsreglementen als in Instruktionen und Verfügungen des Kommerzienrates.

Allerdings bestand im Bernerlande wohl nicht das große Bedürfnis für eine einheitliche Arbeiterschutzgesetzgebung, wie in Zürich. Denn eine ganze Anzahl von Industriezweigen hatten nur kleine Bedeutung und beschäftigten verhältnismäßig wenige Arbeiter, zumal diejenigen, deren Verlag in der Hauptstadt war. Die wichtigen Zweige aber, die Leinwand- und Baumwollindustrie, waren nicht ausschließlich auf einen Verlagsort zentralisiert, wodurch im allgemeinen das Ferggerwesen wegfiel und die Arbeiter mit dem

1) K. Bücher, Arbeiterschutzgesetzgebung in der Schweiz, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften 2. Aufl. I. 588 ff.

kaufmännischen Verleger in direkte Berührung kamen. Zentren der Leinwandweberei waren Langenthal und Eriswil, später auch Walkringen und Burgdorf. Dahin brachten die Weber an den Markttagen ihre fertige Ware und holten daselbst das Garn zu weiterer Arbeit. Sie waren wohl selten ausschließlich Weber, sondern trieben neben diesem Berufe Landwirtschaft, oder diese war ihre Hauptbeschäftigung, und sie widmeten sich der Weberei hauptsächlich im Winter. Neben dem Verlagssystem kamen auch andere Formen industrieller Tätigkeit vor. Man verarbeitete Hanf und Flachs, die man selber gepflanzt hatte, zunächst für den eigenen Bedarf, und nur ein Überschuß davon kam zum Verkauf. Außerdem gab es viel Lohnarbeit, sei es, daß der Weber das Garn eines andern um Lohn zu Hause wob, sei es, daß er dasselbe auf der Stör tat. Die Mischung dieser Beschäftigungen und Gewerbsformen trug gewiß dazu bei, den Arbeiter selbständiger und unabhängiger zu erhalten, der eines gesetzlichen Schutzes weniger bedurfte.

Einige Bestimmungen, die auch eine soziale Bedeutung haben, sind schon im vorigen Kapitel genannt worden, z. B. die Verordnung, daß verschiedene Arten von Stoffen gleiche Länge haben sollten, die Abschaffung der zwei Zu-Ellen usw. Ferner sind hervorzuheben:

a) Kinderarbeit. Es ist eine der vornehmsten Aufgaben der modernen Arbeiterschutzgesetzgebung, die allzufrühe Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft auf Kosten der Gesundheit und der Erziehung zu verhindern, die ohne staatliches Eingreifen in hohem Maße geübt würde. In den Ländern mit Schulzwang setzt dieser der Ausbeutung an und für sich einen wirksamen Damm entgegen und verhindert den frühzeitigen Verbrauch der noch unentwickelten Kräfte. Das 18. Jahrhundert kannte den obligatorischen Schulbesuch für alle Schichten der Bevölkerung nicht, wenigstens nicht in dem Maße, daß die Verwendung von Kindern in Fabriken unmöglich gewesen wäre. Völlig unkontrollierbar, so gut wie heute, war die Kinderarbeit in der Hausindustrie; vielleicht war das Schicksal der Kinder damals nicht schlimmer als heute, wo das durch den Schulbesuch Versäumte zwischen der Schule nachgeholt werden muß. Aber auch sonst wurden Kinder viel in der Industrie verwendet; manche Hantierungen erforderten so wenig körperliche Arbeit, daß man gerade Kinder dafür am geeignetsten hielt.

Der Kommerzienrat — und nicht allein er — betrachtete die Beschäftigung der Kinder in der Industrie als hervorragendes Mittel

der Erziehung zur Industrie. Auf diese Weise sollten tüchtige Arbeiter, gewerbskundige Meister gebildet und die Industrie überhaupt ins Volk getragen werden.¹⁾

Pestalozzi beschäftigte auf seinem Neuhof Kinder vom sechsten Altersjahre an mit Baumwollspinnen und erwarb sich dadurch die Gunst des Kommerzienrates.²⁾ Wenn die Kinder in der Hut des Menschenfreundes Pestalozzi keines staatlichen Schutzes bedurften, so war das von andern wohl nicht anzunehmen. Wir wissen nicht, ob soziale Bedenken mit schuld waren an der Abweisung des Wollenspinners Zingg aus der Herrschaft Wildenstein, der den Vorschlag gemacht hatte, die Armen des Klosters Königsfelden vom achten Jahre an das Wollenspinnen zu lehren, wofür er aber nebst namhafter Unterstützung durch die Regierung verlangte, daß die Kinder bis zum sechzehnten Altersjahre bei ihm arbeiteten. Die Abweisung erfolgte aus formellen „nebst vielen anderen Gründen“.³⁾

Tatsache ist, daß schwächliche Kinder zu der Industrie herangezogen wurden. 1678 wurden alle Gesellschaften aufgefordert, die armen Kinder, die von ihnen Almosen genossen, anzugeben und auf dem Rathaus vorzustellen, damit sie zur Erlernung der „Seiden-, Wollen- und Leinwaht-Arbeit“ angehalten würden. Solchen, die sich weigerten, sollte das Almosen „gezuckt“ werden, während die andern es behalten und für ihre Arbeit einen kleinen Lohn beziehen sollten, bis sie selbständig wären.⁴⁾ Dem Seidenfabrikanten Abraham Straßer wurden 1714 24 Waisenkinder des obern Spitals in die Lehre gegeben; sie sollten Seidenweben und -Winden, Wollenkämmen und -Spinnen, Spinnen von Flachs, Hanf und Baumwolle, Strumpfwirken, Verfertigen von Taffet und Florband lernen.⁵⁾ Die Kinderarbeit war also nicht nur nicht verboten, sondern, um die Industrie zu fördern und um die Armenlast zu verringern, erwünscht. Nur einmal erkennen wir eine bestimmte Altersgrenze für den Eintritt von Kindern in die Industrie: in der Uhrmacherei. Es war Ador und Bonard untersagt, Knaben oder Mädchen aufzunehmen, die nicht das dreizehnte Jahr zurückgelegt hatten.⁶⁾ Schwächliche wurden sogar bevorzugt; man hatte das Projekt, ein Haus für „prästhafte Bürgerkinder“ einzurichten, wo diese zu einer Manufaktur herangezogen und daneben in Lesen

1) Vgl. *Gothain*, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes I. 698 ff.

2) *Man. U.* 20, 25 ff., 55 ff., 58, 102.

3) *Man. K.* 289. (1731).

4) *Pol. B. No.* 8 S. 195.

5) *J. B. Ia* 169 ff.

6) *J. B. V.* 186 ff., 1759.

und Schreiben usw. unterrichtet würden.¹⁾ Aber in der Lehre wurden doch die Kinder gegen allzu starkes Ausbeuten geschützt, wie wir im folgenden Abschnitt sehen werden.

b) Lehrlingswesen. Im Lehrlingswesen mußte sich die Aufsicht und der Schutz hauptsächlich auf zwei Punkte richten: Auf die Ausbeutung der Lehrlinge durch die Meister und den Vertragsbruch der Lehrlinge.

Es wurde Vorsorge getroffen, daß auch Arme angenommen werden konnten, die kein Lehrgeld zu bezahlen vermochten. An dessen Stelle trat eine verlängerte Lehrzeit und geringere Löhnung, also eine Entschädigung in der zweiten Hälfte der Lehrzeit für die Mühe des Lehrmeisters in der ersten.²⁾ Entweder wurde die Höhe des Lehrgeldes im Reglement oder in einem Verträge mit dem Kommerzienrate festgesetzt³⁾, oder noch häufiger den Parteien, die den Vertrag abschlossen, überlassen. Trat der obenerwähnte Fall einer Entschädigung durch längere Lehrzeit ein, so war der Meister besonders gefährdet; denn wenn gewissenlose Konkurrenten den Jungen vor Beendigung der Lehrzeit fortlockten, so blieb ihm nur der Schaden. Um dies zu verhindern, hatte man den Lehrbrief, der nur nach vollendeter Lehrzeit ausgestellt wurde und dessen Besitz Bedingung zur Erlangung der Meisterschaft war.⁴⁾ Das Lehrgeld mußte im Anfang, oder zu Anfang und in der Mitte der Lehrzeit bezahlt werden, um ein vorzeitiges Davonlaufen zu verhindern.⁵⁾ Trat letzteres dennoch ein, so wurde der Kommerzienrat angerufen, der aber nicht immer die Rückkehr des Flüchtlings verfügte, wohl wissend, daß das einmal erschütterte gegenseitige Vertrauen nicht gewaltsam hergestellt werden konnte.⁶⁾ Um späteren Desertationen vorzubeugen, wenn der Beruf einem jungen Manne nicht zusagte, wurde eine Probezeit von zwei bis drei Monaten eingeführt. Fand am Ende der Probezeit eine Lösung des Vertrages statt, so erfolgte sie ohne gegenseitige Entschädigung, wenn der Lehrling unterdessen nicht auf Kosten des Lehrherrn verpflegt worden war.⁷⁾ Dieser wurde auch gegen allfällige Untreue

1) J. B. Ia. 11 ff. In dem Strumpfwerberreglement von 1769 heißt es, der Herr Direktor werde trachten, zu hindern, daß gesunde, und zur Landarbeit tüchtige Bauernkinder diese Profession erlernen. (J. B. VI. 183 ff.).

2) Man. A. 347. J. B. V. 186 ff. 3) J. B. V. 186 ff.

4) Man. A. 347. J. B. 186 ff. 5) J. B. I. 169 ff. V. 186.

6) So erklärten, als 1716 dem Seidenfabrikanten Pierre Boignot zwei Lehrknaben Ludwig und Karl Perret abgespannt wurden, daß, „weilen vermutlich nach vorgegangenen unbeliebigen Worten und Werken keine Vertraulichkeit mehr vorhanden Er Boignot und diesere Knaben voneinander geschieden“ sein sollten.

7) J. B. 186 ff.

des Lehrlings gesichert, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, durch eine Kaut ion von dreihundert Franken, an der sich der Meister schadlos halten konnte, wenn ihm der Lehrling etwas entwendete. Für höhere Beträge war der Arbeitgeber nicht gesichert; die Vorschrift bestand nur in der Uhrmacherei und Bijouterie (Vertrag mit Ador).¹⁾

Durch solche Bestimmungen erfuhr der Lehrmeister eine gewisse Sicherung. Wie wurde der Lehrling gegen allfällige Übergriffe von seiten des Meisters geschützt?

Einen Anklang an die Festsetzung eines Normalarbeitstages fanden wir nur ein einziges Mal, für die Uhrmacherlehrlinge, für die eine zehnstündige Arbeitszeit täglich vorgesehen war. Wir werden nicht irren, wenn wir annehmen, daß die tägliche Arbeitsdauer im allgemeinen eine bedeutend höhere war, besonders wenn wir wissen, daß das Kommerzienhaus im Sommer von fünf Uhr morgens bis neun Uhr abends, im Winter von sechs bis acht Uhr offen war.²⁾ Die tägliche Arbeitszeit war sonst weder für Lehrlinge noch Gesellen festgelegt.

Wenn heute den Lehrlingen wöchentlich einige Stunden für den Besuch fachmännischer Bildungskurse während der Arbeitszeit eingeräumt werden, so wurden die Lehrmeister im 18. Jahrhundert dazu verpflichtet, ihren Lehrlingen, die noch nicht konfirmiert waren, Gelegenheit zu geben, 'die kirchliche Unterweisung zu besuchen.'³⁾ Wenn die Lehrlinge noch Kinder waren, so wurde besondere Vorsorge für deren Erziehung (Zucht) getroffen. Es wurde der oben erwähnte Straßer gehalten, „einen Zuchtmeister in seinen Kosten zu bestellen, welcher diese Kinder morgens und abends zum betten halte, sie auch täglich eine Stund oder zwo in der Erkenntnuß Gottes wie auch im Lesen und Schreiben unterweise und insgemein gute Aufsicht halte, auch bei ihnen übernachtete“. Diese Kinder wurden im Internat verpflegt, wozu die Obrigkeit Naturalleistungen versprach: täglich einen „Schutz“ Brot, morgens und abends das Mueß, aus der Büchse wöchentlich für jedes Kind einen Batzen, und zu den vier heiligen Zeiten das Gewohnte an Mehl und Fleisch gleich den Spinnstubengästen, außerdem jährlich zehn Klafter Holz und ärztliche Verpflegung.⁴⁾ Das Schicksal dieser Kolonie war kein schönes; die Kinder wohnten so nahe beisammen

1) J. B. V. 186 ff.

2) Mem. B. 1687, S. 52 ff. Reglement für das Kommerzienhaus.

3) J. B. V. 186 ff. 117 ff.

4) J. B. Ia 169.

und waren so schlecht logiert, daß der Arzt eine Seuche befürchtete, worauf sie zum Teil weggenommen und bei andern Meistern untergebracht wurden.¹⁾

c) Truck. Die wenigen Vorschriften, die in bezug auf den Truck bestanden, lassen erkennen, daß der Kommerzienrat auf der Seite der Arbeiter stand. Er verbot die Bezahlung sowohl mit schlechtem, ungangbarem Gelde, als auch mit Waren. Schon 1699 ermahnte er einen Fabrikanten, Durand Volpeliere, der verklagt worden war, daß er Spinnerinnen mit Tuch bezahlen wollte, „sich dessen hinfüro zu enthalten oder der Straf gewertig zu sein“. ²⁾ Das Verbot der Warenlohnung ging 1703 in das Strumpfwerberreglement über, das den Verlegern ausdrücklich vorschrieb, den Lohn bar zu entrichten.³⁾ 1716 wurde auf die Übertretung dieses Verbotes eine Buße von 10 L. gesetzt.⁴⁾ Trotzdem wurden noch später Klagen laut, und der Kommerzienrat mußte die Fabrikanten warnen, à la gagne, wie der französische Ausdruck jener Zeit hieß, arbeiten zu lassen.⁵⁾ Auch die Bestimmung über die Buße kam zur Anwendung.⁶⁾ Das Reglement von 1724 gestattete eine Ausnahme. Um die Vermehrung der Strumpfwirkstühle zu fördern, wurde gestattet, solche nach und nach durch Waren zu bezahlen, die Kostensumme aber bis zur völligen Abtragung der Schuld zu 5 % zu verzinsen.⁷⁾ Doch schon 1728 wurde dieser Artikel aufgehoben, um Mißbrauch vorzubeugen.⁸⁾

Auch in schwierigen Zeiten, in denen es an Absatz fehlte, da es für die Erhaltung der Industrie geboten war, die Preise wenigstens eine Zeitlang möglichst niedrig zu halten, gestattete der Kommerzienrat teilweise Warenlohnung. So z. B. trafen 1712 die Verleger der Wirkerei ein Abkommen mit den Meistern, nach dem sie ihnen ein Viertel ihrer Forderung an Arbeitslohn in Waren bezahlen konnten.⁹⁾

d) Arbeitslöhne. Die Lohnfestsetzungen des Kommerzienrates hatten gewiß einen doppelten Zweck. In erster Linie sollten sie den Absatz erleichtern. Aber die Bestimmung wurde auch eine wesentlich soziale Maßnahme, indem allem Drücken der Löhne ein

1) Man. E. II. 206. Bevor der Vertrag erfüllt war, wurden auch die andern Kinder andern Meistern in die Lehre gegeben; wahrscheinlich hatte Straßer Bern verlassen. (Man. F. I. 27, 48, 50.)

2) Man. A. 470.

3) J. B. Ia 59, auch das veränderte Reglement von 1728. (J. B. II. 328.)

4) Man. F. I. 185.

5) Man. H. 4. J. B. II. 328.

6) Man. H. 347.

7) J. B. II. 187.

8) J. B. II. 328.

9) Man. E. II. 31.

Riegel vorgeschoben war. Eine soziale Wohltat war die Festsetzung der Löhne allerdings nur, wenn sie den Arbeiter in den Stand setzte, von seiner Hände Arbeit zu leben. Das scheint dadurch gewährleistet, daß Verleger und Arbeiter gefragt wurden, bevor das Reglement erlassen wurde.

Wir treffen die Lohnfestsetzungen nur in der Wollenindustrie, vor allem in der Wirkerei. Schon im Jahre 1688 galten für Wollenarbeiter folgende Ansätze: Für das Wirken von Strümpfen je nach der Feinheit und Länge 12—25 s. das Paar, für das Kämmen der der Wolle 3—6 s. per Pfund, für das Karten 2 s. 6 d. — 3 s.¹⁾ Das Reglement von 1703 verlangte von Mannsstrümpfen eine Länge von 22 Zoll und bestimmte als Arbeitslohn 5 1/2 (bas à chenette) und 7 Batzen (bas à coin, Zwickstrumpf) für das Paar. Eine Zusammenstellung vom Jahre 1705 läßt folgende Arbeitslöhne erkennen:²⁾ Für je ein Pfund zahlte der Fabrikant dem Schlager 1 Kreuzer, dem Kämmler 6 Kreuzer, dem Spinner 6 Batzen, dem Doppler 2 Kreuzer, dem Zwirner 2 Kreuzer; für das Wirken eines Paares 6 Batzen, Nähen 2 Kreuzer, Färben 2 Kreuzer, „Repassage“ für ein Dutzend Paare 2 Kreuzer. Die Löhne wurden in den spätern Reglementen bestätigt, so noch 1726.³⁾ Die Vorschriften wurden aber von den Verlegern gelegentlich umgangen. So ließ Malan 1717 eine neue Art von Strümpfen wirken (bas de cadet), die er zu billigerem Preise herstellen lassen konnte, weil das Reglement sie nicht erwähnte. Der Kommerzienrat verfügte, daß sich Malan in jeder Beziehung an das Reglement halte, sowohl in der Art der Strümpfe, als in der Höhe des Lohnes. Er wurde überdies genötigt, seinen Arbeitern den vorenthaltenen Lohn zu vergüten.⁴⁾ Die Mahnung wurde später unter Strafandrohung wiederholt.⁵⁾

Noch 1780 erließ der Kommerzienrat für die Wirkerei eine neue, sehr ins einzelne gehende Lohnfestsetzung, aus der sich sowohl die Mannigfaltigkeit der Erzeugnisse, als auch die Lohnsätze für die einzelnen Arten erkennen lassen. Auch eine Erhöhung des Lohnes läßt sich konstatieren, indem z. B. für das Paar Zwickstrümpfe nun 6 Batzen bezahlt wurden.⁶⁾

Doch gab es manche Zeiten, in denen man von den festgesetzten Preisen abwich. Um 1728 machte die Wirkerei eine Krise durch ⁷⁾, und um den Absatz zu erhöhen, hob man im Reglement dieses

1) J. B. 1687, S. 91.

2) Miss. hist. helv. XIII. 113 (9). Stadtbibl. Bern.

3) J. B. II. 236.

4) Man. F. I. 167.

5) Man. H. 4.

6) J. B. VI. 422 ff.

7) Man. K. 143.

Jahres die früher bestimmten Lohnansätze auf.¹⁾ Bald kamen Klagen über Verminderung der Löhne. Der Kommerzienrat fand, „daß mehr die Fabrikanten als aber die ouvriers in Betrachtung gezogen werden müssen, als die da alles in Bewegung bringen und anderen Arbeit anschaffen können“. ²⁾ Noch einmal wurde der gleiche Gegenstand verhandelt; aber für die Arbeiter ohne Erfolg. ³⁾ Die Gebieter über den Verdienst der Weber stützten sich auf den Grundsatz: „Dans le temps présent le fabriquant ne peut être gêné dans sa fabrique et dans le payement de ses ouvriers“. ⁴⁾

Wenn der Kommerzienrat in ungünstigen Zeiten auf solche Weise den Fabrikanten zu Hilfe kam, so sollte man erwarten, daß er, wenn das Geschäft gut ging, die Arbeiter entschädigt hätte. Aber dies war doch nicht der Fall. 1715 war die Wirkerei im Flor; die Aufträge waren so zahlreich, daß es an der genügenden Zahl von Arbeitern fehlte, besonders an Wollenkämmern. ⁵⁾ Die Folge war ein Steigen der Arbeitspreise. Die Arbeiter suchten natürlicherweise den Höchstzahlenden und verließen den bisherigen Dienst. Malvalette zahlte einen Kreuzer vom Pfund mehr; darüber nun Klage der andern Fabrikanten beim Kommerzienrat, der verfügte, daß Malvalette die Arbeiter entlassen müsse, und daß diese sich mit dem bisherigen Lohn begnügen sollen. ⁶⁾ Der gleiche Befehl erging im Dezember 1715 noch zweimal. ⁷⁾

e) Arbeitsvertrag. Das Mittelalter hatte durch das Zunftwesen den Vertragsbruch verpönt, und ganz allgemein war darauf eine Buße gesetzt. Wie stellte sich dazu der bernische Kommerzienrat?

Nicht nur den Lehrlingen, auch den Gesellen wurde eine Probezeit bewilligt. Die Strumpfweberreglemente sehen eine solche von vierzehn Tagen vor. Die Kündigungsfrist betrug am Anfange des 18. Jahrhunderts einen Monat, so 1703, 1715 ⁸⁾ und 1719 ⁹⁾; 1765 war nur mehr Kündigung auf 14 Tage üblich; dazu kam aber die weitere Bestimmung, daß innerhalb acht Tagen nur ein Geselle kündigen dürfe. Die vierzehntägige Kündigung bestand noch 1787: „Die Gesellen aber, welche sich redlich in Arbeit und Sitten betragen, sollen die Freyheit genießen, nach vierzehntägiger Aufkündigung zu einem andern Meister zu gehen, wofern sie dem

1) J. B. II. 328.

2) Man. K. 143.

3) Man. K. 295, 300.

4) J. B. III. 221.

5) Man. E. II. 193.

6) Man. E. II. 189.

7) Man. E. II. 202, 204, ähnlich im Reglement von 1715 für die Kämmer. J. B. Ia 182 ff.

8) J. B. Ia 182.

9) Bei den Banquiers. J. B. Ia 217.

erstern Meister vierzehn Tag vor der Aufkündigung nichts schuldig bleiben“.¹⁾ Fast liegt schon der Keim zu den Arbeitsbüchern darin, wenn wir 1715 lesen, der den Dienst verlassende Kämmer solle vom Meister eine schriftliche Entlassungsurkunde besitzen, ohne die kein anderer Meister ihn aufnehmen dürfe.²⁾ Überdies war damals eine Minimaldauer des Arbeitsvertrages bestimmt und zwar drei Monate, vor deren Ablauf die Kündigung nicht erfolgen durfte. Wir fanden etwas Ähnliches später nie wieder, wohl deshalb, weil der gemachte Versuch verunglückt war.³⁾ Streng verboten war und blieb das Weggehen ohne Kündigung, sowie das „Embauchieren“, das Abspannen der Arbeiter durch andere Meister. Schon die „Concession“ von 1688 verbot bei einer Buße von zehn Talern das „Debauchieren“ der Arbeiter.⁴⁾ Klagen über Abspannen von Arbeitern sind häufig und Verfügungen dagegen nicht selten; sie kommen vor in dem Reglement von 1765 (Art. 12) und in der Instruktion für den Direktor des Strumpfweberhandwerks. Ihm wurde aufgetragen, „keineswegs zuzugeben, daß ein Fabrikant einem andern seine Arbeiter, noch ein Meister einem andern seine Gesellen abziehe; und denen hiedurch beleidigten gut Recht zu halten“.⁵⁾

Gesellen, die vorsätzlich dringende Arbeit hinderten, konnten mit Gefangenschaft bestraft werden.⁶⁾ Ähnlich schon 1737, als ein Arbeiter dem Seidenfabrikanten Walther davongegangen war, ohne ein angefangenes Stück fertig zu machen.⁷⁾ Der Kommerzienrat erkannte, „es solle der Tschanz zur Abbüßung seines Fehlers und anderen zum Exempel von morgens bis abends in die Gefangenschaft gesetzt werden, . . . worbey aber denen beiden Fabrikanten ihr Übersehen wegen ohngewohnter Annehmung der Gesellen nicht weniger verwislich vorgehalten worden, mit Ermahnung, hinfüro die Gebräuch gegeneinander besser zu observieren“. Über die Einsperrung des Tschanz beschwerte sich sein Meister Jonquière, weil er dadurch in einer dringenden Arbeit aufgehalten werde, worauf der frühere Meister Walther und der Kommerzienrat übereinkamen, daß er „anstatt bei Tag bei Nacht incarceriert und morgens wieder freigelassen werde“. Nahm ein Meister einen Gesellen, der nicht

1) J. B. VII. 162. 2) Ebenso 1719. J. B. Ia 217.

3) Etwas ähnliches noch 1727. Man. K. 43. Doch ohne bestimmte Zeit.

4) Im Reglement für die Perückenmacher von 1722 beträgt die Buße zwei Taler (J. B. II. 147 ff).

5) J. B. VI. 183. Art. 20 der Instruktion.

6) Reglement von 1765. 7) Man. M. 107.

regelrecht entlassen worden war, so mußte er dem früheren Meister für eine allfällige Schuld gutstehen.¹⁾

Bei Unzufriedenheit des Meisters, sei es mit der Arbeit, sei es mit dem Betragen des Gesellen, war es diesem verboten, innerhalb dreier Monate von seiner Entlassung an gerechnet, in der Stadt oder den Landgerichten zu arbeiten²⁾, ebenso, wenn er sich nicht an die gesetzliche Kündigungsfrist hielt.³⁾

Wenn der Arbeitgeber wegen Mangels an Arbeit die Zahl seiner Gesellen verkleinern mußte, so sollte die Entlassung in einer bestimmten Reihenfolge geschehen; die Fremden sollten vor den Untertanen, die Ledigen vor den Verheirateten, die auf dem Lande vor denen in der Stadt beurlaubt werden.⁴⁾

Mehr noch als die bloße Abspannung der Arbeiter war deren Auswanderung verpönt. Die Behörden hielten hierüber scharfe Aufsicht, und die Maßregeln Berns sowohl, wie die anderer Orte lassen den merkantilistischen Ideenkreis erkennen.⁵⁾ Man hegte hauptsächlich zwei Befürchtungen. Erstlich wurde die Volkszahl und damit die Größe der produzierenden Kräfte vermindert, also das Land wirtschaftlich geschädigt. Nach der Ansicht der Merkantilisten hatte ein Land nie zu viele Bewohner; sie suchten also in erster Linie die Bevölkerung zu erhalten oder zu mehren⁶⁾; dann war zu befürchten, daß die Auswanderer die Industrie auf ein anderes Land übertrugen und daß dem Mutterlande neue Konkurrenten erwachsen.

Auch der bernische Kommerzienrat machte Anstrengungen, den Auswanderer zum Dableiben zu bewegen, wenn er ein „nützlicher Mann“ war.⁷⁾ In Lenzburg befand sich im Januar 1755 ein Johann Krieger von Waldshut in Haft, der drei bernische Weber angeworben hatte und sie nach dem Schwarzwald führen wollte. Der Kommerzienrat empfahl zwar, Krieger aus der Haft zu entlassen, da er nicht eigentlich der Schuldige war; hinter ihm vermutete man mit Sicherheit den Amtmann von Waldshut und den dortigen Indiennefabrikanten Kilian.⁸⁾ Aber der Vorfall gab doch

1) Art. 20 der Instruktion für den Direktor des Strumpfweberhandwerks, 8. Dezember 1769. (J. B. VI. 183.)

2) J. B. VII. 162. 3. April 1787.

3) Reglement von 1765.

4) Sammelband mit Reglementen für die Strumpfweber. S. 65. 22. Jan. 1767.

5) K. Bücher, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften I. 589.

6) Vgl. G. Tobler, in den Blättern für Bern. Geschichte, Kunst usw., III. 46.

7) Man. M. 59 ff.

8) J. B. V. 68.

Anlaß, ein Mandat gegen die „Embaucheurs“ zu erlassen.¹⁾ Ihnen wurde für die Zukunft verboten, Arbeiter anzuwerben oder zu verleiten, außer Landes zu gehen, bei Androhung der Behandlung als Falschwerber und strenger Bestrafung. Die Arbeiter, die auf solche Verführungen eingingen, wurden ebenfalls mit Strafe bedroht. Bewilligt wurde ihnen wie vorher das Reisen ins Ausland zur Ausbildung nach der Lehre.

Das Mandat erschien am 4. Dezember 1761, und wurde schon am 6. Mai 1763 erneuert²⁾, weil der Kommerzienrat fürchtete, daß Deutschland nun die geschickten Arbeiter von allen Seiten anlocken würde, um nach beendetem siebenjährigem Kriege seine Industrie wieder zu heben.³⁾ Im Februar 1765 witterte der Kommerzienrat „Embaucheurs“ aus Lyon, da sich dort eine Gesellschaft zur Einführung von Leinen- und Baumwollspinnerei gebildet hatte. Die Amtleute des Emmenthales und des Aargaus wurden zu vermehrter Wachsamkeit ermahnt⁴⁾, ebenso im Dezember des gleichen Jahres die Amtleute im Aargau, weil man vernahm, daß vom Frickthal her Werber an der Arbeit waren, um Arbeiter nach Wien und Rußland zu führen.⁵⁾ 1782 hatte A. Burkhard von Huttwil vier Bleicherknechte angeworben, um sie im Auftrage des Lotteriekollektors Bohn in Biel den Gebrüdern Bugnon in Lyon zuzuführen.⁶⁾ Der Mann wurde in Neuenburg, wo er eben auf der Messe war, verhaftet und nach Bern in die Gefangenschaft transportiert. Der eine Teil des Kommerzienrates schlug als Strafe fünf Jahre Landesverweisung vor, der andere beantragte, „denselben einem holländischen oder piemontesischen Hauptmann für vier Jahre in kriegsdienste zu übergeben“.⁷⁾ Die G. H. ließen „milde betrachtungen“ walten und verurteilten ihn zu sämtlichen Kosten und zweijähriger Relegation in seine Kirchgemeinde.⁸⁾ Im Mai 1783 bat Burkhard um Nachlaß des Strafrestes von neun Monaten⁹⁾ und die G. H. begnadigten ihn.¹⁰⁾ Weniger schlimm erging es einem Tuchbleicher Samuel Studer, der in Turin eine Bleiche einrichtete. Während seiner Abwesenheit wurde der Landvogt von Brandis 1788 darauf aufmerksam gemacht, daß er bald heimkehren werde, um Zimmerleute und Drechsler anzuwerben, zur Herstellung von Werkzeugen, vor allem Spinnrädern und Haspeln.¹¹⁾ Studer kam dann wirklich

1) J. B. V. 340. Mand. Sammlg. IV. 33.

2) J. B. V. 425. Mand. Sammlg. IV. 35.

3) J. B. V. 415 ff.

4) Man. S. 148.

5) Man. S. 208.

6) J. B. VII. 23.

7) J. B. VII. 32.

8) J. B. VII. 34.

9) J. B. VII. 50.

10) Man. U. 300.

11) J. B. VII. 234. Man. W. 140.

zurück, ohne den Vertrag mit Savoyen erfüllt zu haben. Auf seine Reklamationen erhielt dieses den Bescheid, Studer könne nach bernischem Rechte nicht zur Rückkehr nach Turin gezwungen werden. Bald reiste er aber freiwillig dorthin.¹⁾

Von Auswanderung hörte man überhaupt in einem Zeitalter nicht gerne reden, in dem Vermehrung der Bevölkerung für das Merkmal einer guten Verwaltung galt.²⁾ Die Auswanderung ging hauptsächlich nach Karolina³⁾ und war am stärksten aus der Waadt und dem Berner Oberlande.⁴⁾ Der Kommerzienrat beschäftigte sich mit der Sache im Auftrage der Regierung (1742 und 1744), indem er nach Mitteln zur Verhinderung der Auswanderung suchte. Sein Hauptvorschlag ging dahin, im Oberland ein Waisen- und Arbeitshaus zu errichten, in dem Kinder in verschiedene Industriezweige eingeführt würden, und wo man tüchtige Lehrmeister heranziehen könnte, die die Kunst des Spinnens und Webens andere lehren würden.⁵⁾ Zu der Ausführung solcher Projekte kam es nicht, dagegen machte die Regierung alle Anstrengungen, um die Untertanen von ihrem Vorhaben abzubringen, und als alles nichts nützte, erließ sie am 26. April 1742 ein förmliches Verbot.⁶⁾ Das einzige, was zur Linderung der Not im Oberlande zustande kam, war das Unternehmen des David Dezi in Thun, der sich anheischig machte, 500 bis 700 Personen mit Flachs- und Hanfspinnen zu beschäftigen. Der Erfolg war von kurzer Dauer.⁷⁾

Ebensowenig sollten aus dem bernischen Gebiete Arbeitswerkzeuge und Maschinen, z. B. Wirkstühle ausgeführt werden.⁸⁾ Bernische Arbeiter sollten nicht für auswärtige Verleger arbeiten, und bernische Fabrikanten durften nicht außerhalb der Grenzen arbeiten lassen.⁹⁾ Auch darin stand Bern in Übereinstimmung mit anderen Kantonen, z. B. Basel.¹⁰⁾ Dieses untersagte einem Bandweber Thormann in Mönchenstein, für Senn in Zofingen zu arbeiten, auch seine Stühle dahin auszuführen.¹¹⁾ 1724 wurde ein Weber, der für den gleichen Senn gewoben hatte, gebunden nach Basel

1) J. B. VII. 260, Man. W. 174. 2) Tillier V. 372f.

3) W. F. v. Mülinen, Christoph von Graffenried, Landgraf von Carolina, im Neujahrsblatt des histor. Vereins von Bern 1897.

4) Man. O. 158, L. Hirscl, Nach Amerika, im Sonntagsblatt des „Bund“ 1896.

5) J. B. IV. 307. Resp. prud. VI. 155 ff. 6) Mand. B. XVI. 399.

7) J. B. IV. 308, 351, V. 142, Man. O. 232, 235.

8) Strumpfweberreglemente. 9) J. B. VII. 188 ff. Man. W. 95.

10) H. Türler, Bern und Basel im Kampfe um einen Seidenbandweber, im Berner Taschenbuch 1894.

11) Man. J. 79.

geführt und erst freigelassen, als er geschworen hatte, nicht mehr für einen fremden Verleger zu arbeiten.¹⁾ 1676 lag Rud. Wehrli von Köttingen (bei Aarau) in Basel im Gefängnis, weil er in Waldenburg einen Posamenter angeworben hatte.²⁾

f. Verfahren gegen unehrliche Arbeiter. In geschlossenem Fabrikbetriebe wird ein Veruntreuen und Entwenden von Material oder fertigen Produkten immer weniger möglich sein, als in der Hausindustrie, wo das rohe Material den Arbeitern in ihre Wohnung geliefert wird. Heute sind die Vorkommnisse dieser Art dem Strafgesetz unterworfen, das 18. Jahrhundert bedurfte zu ihrer Ahndung besonderer Verfügungen. Die erste erließ der Kommerzienrat im Dezember 1699. Im März dieses Jahres hatte ein Lehrjunge Jean Autard seinem Lehrmeister auf Anstiften der Tochter des Bettelvogts Stüßi und der zwei Töchter des Torwarts von Werdt Wolle entwendet. Der Spruch des Kommerzienrats lautete dahin, daß Stüßi die Wolle zurückerstatten, der Lehrjunge für „Kost und unmuß“ fünf Taler bezahlen sollte, während die drei Mädchen acht Tage lang in die Spinnstube gesperrt wurden.^{3) 4)} Neue Klagen über den gleichen Gegenstand führten die Verordnung vom 14. Dezember 1699 herbei.⁵⁾ Sie bestimmte, daß gestohlene Wolle immer zurückerstattet werden müsse, auch wenn sie in dritte Hand übergegangen wäre. Die Diebe waren mit Gefangenschaft oder mit der „Geige“⁶⁾ zu strafen, ebenso die Hehler und Käufer, wenn sie sie zu einem verdächtig niedrigen Preise kauften. Ein ähnliches Reglement erging am 27. Mai 1727 von Rät und Burgern nach einem Vortrag des Kommerzienrates⁷⁾, veranlaßt durch häufige Diebstähle im Mediatamt Schwarzenburg. Die Amtleute sollten für Ersatz der Wolle sorgen; für die Zukunft wurden die Gemeinden haftbar

1) Man. J. 262.

2) Man. U. 23.

3) Man. A. 443.

4) Die Spinnstube war ein Gefängnis für kleine Vergehen, die auf disziplinarischem Wege geahndet wurden. Die Gefangenen wurden darin mit Spinnen und Stricken beschäftigt. Die Saumseligen und Widerspenstigen sollten durch die Bettelvögte oder den Inspektor mit dem „Rinderzehn“ gestraft werden. Wer der Arbeit nicht kundig war, wurde dazu „abgerichtet“; die Verpflegung war gleich, wie im Zuchthaus; der Inspektor hielt die Insassen zum Besuch des Gottesdienstes und zur Verrichtung des Morgen- und Abendgebetes an. (Reglement für die Spinnstube vom 28. Febr. 1700. Man. B. 91. J. B. Ia 39.)

5.) J. B. Ia. 37.

6) Halsring aus Holz, mit dem leichtere Vergehen bestraft werden. (Schweiz. Idiotikon II 109.

7) J. B. II. 257.

gemacht und eine Kontrolle durch gedruckte Formulare eingerichtet, in die der Name der Spinnerin und das erhaltene Quantum Wolle eingetragen wurde. Die Bestimmung, daß die Wollendiebe mit „Trullen oder Halseisen“, im Wiederholungsfall mit Schallenwerk bestraft werden sollten, wurde bestätigt. Daß den Reglementen nachgelebt und streng vorgegangen wurde, beweist ihre Anwendung an drei Spinnerinnen im Jahre 1726, die dem Fabrikanten Vaissiere Wolle veruntreut hatten.¹⁾ Das gleiche Verbot und die Androhung von „Spinnstube, Schallenwerk oder anderen Strafen je nach Befinden der Sach, überdies Erstattung des Schadens“ war auch in der Seidenmanufaktur nötig. Es wurde von Rät und Burgern am 2. Mai 1743 gegeben²⁾ und enthielt neben diesen auch technische Bestimmungen. Eine Verallgemeinerung dieses Mandates bedeutet das vom 20. Dezember 1758, indem es auf die Wollen-, Baumwollen- und Leinwandindustrie ausgedehnt wurde: „Neues Mandat für das Veruntreuen oder Verschmieren von Seide, Wolle und Baumwolle“.³⁾ „Sollen alle Wollen- oder Baumwollenarbeiter, es seyen Kämmler, Doppler, Winderinnen, Zwirnerinnen etc. dieselbe weder vertauschen, verfälschen noch entwenden und hernach verkaufen, und zwar nebst Ersatzung des Schadens bei unnachlässiger Buß von zehn Thalern oder gemessener Leibesstrafe, im fahl die Übertreter nicht das Vermögen hätten“. Das gleiche sollte für die Leinwandweber des Obergeraargaus und Emmenthals gelten, wenn sie Garn, das sie weben sollten, zurückbehielten, ebenso für die Unterhändler, die gestohlene Ware wissentlich kauften.

In Thun, Blumenstein, Tierachern und Wattenwil ließ Panchaud Seide streichen und spinnen, und er klagte 1746 über Unehrllichkeit seiner Arbeiter. Der Kommerzienrat ließ eine längere Untersuchung walten, in Folge deren am 28. Mai 1746 eine Frau Elsbeth Erhard zur Rechenschaft gezogen wurde.⁴⁾

g. Krankenkassen. Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß der Kommerzienrat der Gründer und Urheber von Krankenkassen sei. Diese bestanden wahrscheinlich schon vorher und er bestimmte in den Reglementen die Beiträge der Meister und Gesellen, so 1703 im Strumpfweberreglement. Erst viel später er-

1) Man. J. 380.

2) J. B. IV. 286. Klagen der Seidenfabrikanten. J. B. IV. 238. Projekt des Kommerzienrates für das Mandat. *ibid.* 261.

3) J. B. V. 167. Man. Q. 220. Neuerdings publiziert 22. Novb. 1782, Man. U. 278.

4) Vgl. J. B. IV. 339, 356; R. M. 189, S. 302, 405; 190, S. 156, 194.

hielten die Kassen eine selbständige Organisation. Am 4. Dezember 1766 arbeitete der Kommerzienrat den Strumpfwebergesellen ein Reglement für die Verwaltung ihrer Krankenkasse aus.¹⁾ Diese war mit Genehmigung des Direktors schon 1756 angelegt worden. Die wichtigsten Bestimmungen beziehen sich auf Beitragszahlung, Leistungen der Kasse und deren Verwaltung. Die Kasse wurde gespeist aus den Beiträgen aller frisch ausgelernten und neu angekommenen Gesellen (zehn Kreuzer) und aus dem Unterhaltungsgeld, das neun Kreuzer in sechs Wochen betrug. Der Kranke bezog wöchentlich 15 Batzen. Ein Verstorbener wurde, wenn er nichts hinterließ, auf Kosten der Kasse bestattet und die ganze Gesellschaft wurde zum Leichenbegängnis gebeten.

Dieser letzte Artikel erinnert an die Bruderschaften im Zunftwesen des Mittelalters, mit ihrem Leichengeleite.²⁾ Auch die Vereinigung der Strumpfwebergesellen zu diesem wohlthätigen Zwecke heißt 1766 „Bruderschaft“. Außer ihr kennen wir noch eine Kasse der Strumpfweber-Meister von 1780.³⁾ Wenn ein Meister gefährlich erkrankte, so mußten die andern der Reihe nach, jede Nacht zwei, bei ihm wachen, und wenn er starb, so trugen sie ihn unentgeltlich zu Grabe. 1765 hatten auch die Seidenweber ihre Krankenkasse⁴⁾, später auch die Indiennearbeiter.⁵⁾

Die Verwaltung wurde bei den Strumpfwebergesellen durch einen Vorstand besorgt, der aus einem Meister als Vorsitzenden, drei Alt- und zehn andern Gesellen bestand, die für die Dauer ihrer Amtstätigkeit von der Prämienzahlung befreit waren. Der Vorstand wurde von der Versammlung der Gesellen alle Vierteljahre gewählt; es durften im Maximum zwanzig Gesellen anwesend sein.⁶⁾ Wenn einer der Gesellen des Vorstandes seine Arbeit versäumen mußte, so wurde er aus der Kasse entschädigt.

Um die Zahl der Armen nicht zu vergrößern, sollten die Fabrikanten stets auf ledige Arbeiter ihr Absehen haben. So

1) J. B. VI. 129. 2) *Geering*, 95 ff.

3) J. B. VI. 393 ff. Sie wurde 7. März 1780 vom Kommerzienrate mit 160 Kronen unterstützt. (C. R. R.)

4) *Man.* S. 119. Ihr Statut wurde mehrmals abgeändert, so 8. Sept. 1794, 7. Sept. 1795. (J. B. VIII. 248, 298.)

5) J. B. VII. 163.

6) Wir kennen für diese Beschränkung keinen anderen Grund, als die Furcht vor Verschwörungen etc., wie sie in ähnlichen Verhältnissen zu Tage trat. So schienen z. B. auch zwei jährliche Versammlungen der Krämerzunft des Emmenthals politisch gefährlich; die G. H. sollten leicht ermessen können, „was für Folgen solche Zusammenkünfte nach sich ziehen könnten.“ J. B. V. 201 ff. 1759.

wurden Herff & Comp. ermahnt, daß „sie in Annemmung der arbeiteren allzeit auff ledige gehen“ sollten.¹⁾ Gestützt auf eine Verordnung der G. H. vom 10. Dezember 1698²⁾ verlangte die Burgerkammer 1709, daß alle seither Verheirateten ausgewiesen würden, daß man mit den Neuankommenden schärfer verfare.³⁾ 1702 hatte der Kommerzienrat den Auftrag erhalten, „daß hinfüro keinem mehr, der sich verehelicht, der hiesige auffenthalt gestattet werden solle, er habe dan ein Extra nützliche begangenschafft, zuvor ein Heimatecht, von Ihr Gn. die naturalisation, auch von Euch M. h. H. die permission, sich zu heurathen, erhalten“. ⁴⁾

1) Man. E. I. 113.

2) J. B. Ia. 114.

3) J. B. Ia. 113.

4) J. B. Ia. 51.

V. Die Behandlung der Fremden.

Seit der Reformation waren die evangelischen Orte der Schweiz oft das Ziel verfolgter Glaubensgenossen. Die Locarner, die Hugenotten betraten Schweizerboden, um sich auf der gastlichen Erde der reformierten Kantone dauernd niederzulassen, oder um einen sichern Durchgang nach protestantischen deutschen Landen zu finden. Die Not der Flüchtlinge war oft ebenso groß wie die Verlegenheit der Städte. Die Reiseunterstützungen und die Auslagen für die Verpflegung beliefen sich auf gewaltige Summen.¹⁾ Kam dabei in erster Linie die menschliche und religiöse Teilnahme zum Ausdruck, so war bei andauernder Aufnahme der Fremden doch auch das Bestreben wirksam, zum Volkswohl beizutragen.

Den größten Gewinn trug von der Bewegung unstreitig Basel davon. Hier hatten die Heimatsuchenden Gelegenheit, die geretteten Kapitalien anzulegen. Die Basler verschlossen hartherzig, aber klug, allen Nichtvermöglichen die Tore, während die Reichen willkommen waren. So wurde Basel der Sammelpunkt der Exulantenaristokratie; diesem Verhalten verdankt es die Bedeutung der folgenden Zeit und sein reiches Patriziat.²⁾

Anders Bern! Hier lockte weder die günstige Lage, noch die besondere geistige Regsamkeit oder weitgeförderte Handelsinteressen. Und so klug wie Basel gingen die Berner Ratsherren nicht ans Werk. Leute, die Geld anlegen wollten, wurden angewiesen, sich an Zürich, Basel, Genf zu wenden, wo dazu bessere Gelegenheit sei.³⁾ Wenn es trotzdem an einer großen Zahl von Refugienten in Bern und in der Waadt nicht fehlte, so ließ doch die Qualität zu wünschen; das Land wurde mit Armen überschwemmt.

1) Vgl. *Mörlikofer*, Geschichte der evangelischen Flüchtlinge in der Schweiz. *E. Bähler*, Kulturbilder aus der Refugientenzeit in Bern. Neujahrsblatt des historischen Vereins von Bern, 1908.

2) *Geering* 447.

3) *Mörlikofer* 201.

Gewerbsleute hätte Bern gerne in seinem Gebiete gesehen und war bereit, sie zu unterstützen. So begrüßte es der Rat 1686, daß vertriebene Gewerbsleute aus Valence sich in Iferten niederlassen wollten, und er war bereit, ihnen tausend Taler zu leihen.¹⁾ Der Wunsch, fremde Gewerbsleute aufzunehmen, äußerte sich auch in der Instruktion für den Kommerzienrat im Jahre 1687. Man wollte ihnen Abzugsfreiheit zugestehen für den Fall, daß sie nach einer Probezeit das Land wieder zu verlassen wünschten. Am 8. Oktober 1698 richtete der Kommerzienrat an die Amtleute im Welschland ein Schreiben mit der Aufforderung, die vertriebenen Franzosen zur Niederlassung auf heimischem Boden zu bewegen.²⁾

Die Manufakturordnung von 1719 versprach fremden Gewerbsleuten die unentgeltliche Naturalisation, wenn sie sich ein Heimatrecht im Land erworben hätten, und als der Kommerzienrat erkannte, welcher Gewinn den Städten Basel, Genf usw. aus der Aufnahme der Fremden erwuchs, beschäftigte er sich eingehend mit der Frage, wie diese noch nach Bern gezogen werden könnten. Freilich war es in den Jahren 1724 und 1725 zu spät, das Versäumte nachzuholen; man konnte nur noch bedauern, daß man nicht den Vorteil aus den Verhältnissen gezogen hatte, wie andere.³⁾

Man erwartete damals einen neuen Schub von Frankreich her und war entschlossen, die Ankommenden anzulocken, indem man ihnen die günstige Lage der Schweiz zwischen drei Handelsstaaten, die Doppelsprachigkeit, das gute Klima, den fruchtbaren Boden, die Arbeitsamkeit der Bewohner, denen nur die Arbeit fehlte, die große Rohproduktion, das Flußnetz, das den Ozean mit dem Mittelmeer beinahe verbinde, den beständigen Frieden, die milde Regierung anpreisen wollte.

Über die anzuwendenden Mittel waren die Herren nicht einig. Am liebsten hätten sie die Ansiedlung in den welschen Städten gesehen, dann könnte ihnen die Naturalisation gratis (statt für hundert Taler, wie vorgeschrieben), das Bürgerrecht in den Städten, jedem ein Hausplatz um billigen Preis bewilligt werden; man dachte an Zwangsmaßregeln für den Fall, daß die Städte die Aufnahme verweigern würden. Diejenigen, die sich in Bern ansiedeln wollten, könnten entweder zu Habitanten aufgenommen

1) R. M. Nr. 204, S. 19.

2) Man. A. 318. Man. D. 55.

3) J. B. II. 196—216.

oder zu einer eigenen Korporation zusammengeschlossen werden. Eine andere Ansicht ging dahin, sie von der Stadt entfernt in einer eigenen Kolonie unter den bernischen Gesetzen, aber mit eigener Verwaltung und eigenem Gericht, anzusiedeln. Das Hauptergebnis war doch wieder, daß man sie nicht in der Stadt haben wollte, und damit wurde das ganze Projekt illusorisch.

Auch solche, die sich einmal in der Stadt niedergelassen hatten, konnten sich ihres Lebens nicht freuen; denn die Eifersucht der Bürger wollte nicht zugeben, daß sie Handel und Industrie frei nachgehen konnten. Wir werden nicht irren, wenn wir für die Übersiedelung des Strumpffabrikanten Roux nach Murten die Angriffe und Gehässigkeit der Bürger verantwortlich machen. Aus dem gleichen Grunde wollten 1718 auch andere die Stadt verlassen¹⁾; der Kommerzienrat suchte sie von diesem Schritte zurückzuhalten und versprach ihnen allen Schutz.²⁾ Es stand unzweifelhaft mit der Gefahr eines Verlustes mehrerer Fabrikanten in Zusammenhang, daß im gleichen Jahre die Aufnahme Jonquières ins Habitantenrecht vom Kommerzienrate warm empfohlen wurde.³⁾ Aber die Bürger waren dagegen und verächtigten sogar den Kommerzienrat, so daß dieser mit der Angelegenheit nichts mehr zu tun haben wollte. Wie in Zürich, so war auch in Bern die Schwierigkeit, ins Bürgerrecht aufgenommen zu werden, ein wunder Punkt in der „Äufnung der Kommerzien“, während in Basel ein Fremder ohne weiteres Bürger wurde.⁴⁾ Man befürchtete immer die Vergrößerung der Armenlast, und darum befahl der Rat noch 1729 dem Kommerzienrate, „nach Wegweisung der oberkeitlichen Dekreten und Ordnungen zu verfahren, dergleichen Leuth (Arme) bey ihrer Ankunft nicht anzunehmen, denenselben kein Unterschlauff zu gestatten, sondern alsobald weiters zu weisen“.⁵⁾ Daß einer zum ewigen Einwohner angenommen wurde, war eine Seltenheit. 1719 bewarben sich angesehene Strumpfwirker, Marc Bastide, Jacques Claparede und Elie Espagne um die Aufnahme. Sie wurden mit der Begründung abgewiesen, man gebe das Recht nur solchen, die in „Manufakturen etwas nahnhaftes underfangen können; Ihnen überlassend, Ihre fortun weiters zu suchen, wann sie sich mit der bisharigen Aufenthaltsbewilligung nicht vernügen könnend“.⁶⁾ Ebenso ging es Jean François Panchaud 1743 und so noch manchem andern.⁷⁾

1) Man. F. II. 104.

2) Man. F. II. 105 f.

3) Man. F. II. 115.

4) Geering 446.

5) J. B. III. 27.

6) Man. G. I. 149.

7) J. B. IV. 284.

Das Habitantenrecht bekamen der Seidenfabrikant J. Jonquière v. St. Châtes in Langue d'oc 1723 und der Strumpffabrikant Roux von Montpellier 1728¹⁾. Wer das seltene Glück, ein Kleinburger zu werden, nicht hatte, der blieb ein nur geduldeter Hintersäße, dem die Erwerbung von Grund und Boden von vornherein untersagt war.²⁾ Der Kommerzienrat hielt jedes Jahr eine „Toleranzrevue“, um zu konstatieren, wer dableiben durfte und wer das Land verlassen sollte. Jeder erhielt einen neuen „Toleranzzedel“; nur diejenigen, die „nit nützlich erachtet“ wurden, erhielten keinen und mußten von hinnen gehen. Den Ausgewiesenen wurde eine Frist von einigen Wochen oder Monaten gestellt.³⁾ Alle, die der Kommerzienrat nicht als nötig erachtete, wurden der Burgerkammer überwiesen, die für die Wegschaffung sorgen mußte, was zwar dann nicht immer geschah.⁴⁾ 1718 hatte der Kommerzienrat z. B. Henri Claparede, Jean Fermain, Jean Brunet und Isac Samuel Guillaume fortgewiesen; aber ein Jahr darauf waren sie noch da und wurden wieder toleriert, allerdings mit Auflegung einer Buße von je zwei Talern für das vergangene und einen für das laufende Jahr „wegen erzeugter Inobedienz“. Um der Burgerschaft nicht eine wachsende Armenlast aufzuladen, wies man die Nichtberner an, sich möglichst bald ein Heimatrecht auf dem Lande zu erwerben.⁵⁾ Wenn dies geschehen war, so bestand keine Gefahr mehr; denn bei dem System der bürgerlichen Armenpflege konnte ein Verarmter dahin abgeschoben werden. Außerdem besaßen die Refugienten in Bern wie in anderen Städten eine eigene Kasse, aus der Unterstützungen verabfolgt wurden.⁶⁾

Gründe zum Fortweisen von Hintersäßen kennen wir haupt-

1) U. Spr. B. F. F. F. 60. G. G. G. 56. Der gleiche Jonquière, der 5 Jahre früher zurückgewiesen worden war. Roux war seit 1687 in Bern; 1721 war er in Murten, erst seit 1728 wieder in Bern. (Man. E. II. 160, F. II. 95, 116ff. H. 347, J. 215, 342, J. B. II. 345, 363. H. Kasser, Blätter für bern. Geschichte. I. 279.)

2) K. Geiser, Festschrift IV. 55. Pol. B. Nr. 9, S. 32. 13. Aug. 1692. *ibid.* Nr. 10. 872. 16. Jan. 1711.

3) Man. E. II. 53.

4) Man. G. I. 56.

5) Man. F. II. ff.

6) Die Kasse wurde 1703 angelegt. „Die französischen allhier etablierten Exulanten“ zahlten von jedem Strumpfwebstuhl jährlich einen Taler, vom Seidenwebstuhl $\frac{1}{2}$ Taler. Jeder Verleger vier Taler, die übrigen nach Gutfinden des Kommerzienrates. Von diesem Fonds wurde die Hälfte für Unterstützung armer Exulanten verwendet. (J. B. Ia 52.) Übrigens bildeten die Refugiés seit 1689 eine eigene Gemeinde mit eigenem Fonds und selbständiger Verwaltung. (Vgl. [J. E. Goucy], Die französische Kolonie von Bern. Bern, Haller, 1845.)

sächlich drei: Mangel an Arbeit, sodann schlechtes Betragen und endlich Anmaßung von Rechten, die ihnen nicht zukamen, z. B. im Handel.¹⁾ Die Duldung erfolgte gestützt auf Zeugnisse der Fabrikanten. Diese wurden angewiesen, den von ihnen Empfohlenen Arbeit zu verschaffen, im Falle der Entlassung den Kommerzienrat zu benachrichtigen und bei jeder Toleranzerneuerung ein neues Zeugnis auszustellen, weil nur so die Bewilligung gegeben werden konnte.²⁾

Sehr vorsichtig war man verheirateten Hintersäßen gegenüber. Keinem, der sich verhehelichte, sollte der Aufenthalt gestattet werden, „er habe dann ein extra nützliche Begangenschaft, zuvor ein Heimatrecht, von Ihr Gn. die Naturalisation, auch von Euch Mnh. H. die permission sich zu heurathen erhalten“.³⁾ Der Kommerzienrat war zwar in dieser Hinsicht oft weniger streng als das Chorgericht.⁴⁾ Zu ändern Zeiten duldete er möglichst wenige Verheiratete. So befahl er 1713 den Fabrikanten, sich mit ledigen Wollenkämmern zu versehen, damit die verheirateten überflüssig würden⁵⁾, ändern wurde das dem Chorgericht vorzulegende Zeugnis verweigert⁶⁾, so dem N. Galafres, während Alexander Serre mit zwei Talern gebüßt wurde, weil er sich ohne Erlaubnis hier aufgehalten und geheiratet hatte.⁷⁾

1743 beschäftigte sich die Exulantenkammer mit zwei Refugiés, André Courant und Pierre Servière, von denen der erste um Unterstützung eingekommen war und sich verheiratet hatte, während vom zweiten dasselbe zu erwarten war. Der Kommerzienrat, um seine Meinung befragt, riet, wenigstens den Courant in seine Heimat zu weisen, oder ihn anzuhalten, sein „Glück weiters zu suchen“.⁸⁾ Nicht nur Gesellen wurden bestraft, sondern auch Meister, {wenn sie Arbeiter aufnahmen, die die Bedingungen nicht erfüllten. Der Seidenfabrikant Alibert wurde mit einem Taler gebüßt, weil er einem katholischen und verheirateten Gesellen N. N. Rosner aus Wien Arbeit gegeben hatte, ohne es der vorgesetzten Behörde zu melden.⁹⁾ Rosner wurde natürlich fortgewiesen. Katholisch und verheiratet, das war doch des Guten zu viel.

Die Niederlassungsbewilligung gehörte ordentlicherweise in

1) Man. U. 142.

2) Man. U. 143.

3) J. B. Ia. 51. (1709). Eine gleiche Vorschrift in der „Ordnung wegen denen vielen Hintersäßen und Einwohnern“. 16. Jan. 1711. Pol. B. Nr. 10, S. 872.

4) Man. C. 29.

5) Man. E. II. 65.

6) Man. E. II. 86.

7) Man. E. II. 191.

8) J. B. IV. 248ff.

9) Man. O. 133, 135.

Zeitschrift für die ges. Staatswissenschaft. Ergänzungsheft 26.

die Kompetenz der Burgerkammer; denn sie bezog auch die Hintersäßengelder ¹⁾; der Kommerzienrat beschränkte sich wohl von Anfang an auf die Beaufsichtigung der in Handel und Industrie tätigen Hintersäßen. Kompetenzstreitigkeiten konnten bei der unvollständigen Umschreibung der Gewalt einer jeden Kammer nicht ausbleiben. Schon 1707 wurde beschlossen, um mit der Burgerkammer nicht in Konflikt zu kommen, die Toleranzangelegenheiten mit ihr gemeinsam zu ordnen. ²⁾ Aber zehn Jahre später bestand zwischen den beiden Kammern noch oder wieder Streit über die Frage, wer den in Gewerbe und Handel betätigten Fremden die Aufenthaltsbewilligung erteilen sollte. ³⁾ Weitere zehn Jahre später waren Verhandlungen im Gange, um ein Uebereinkommen zu treffen, aber aus Mangel an Entgegenkommen und durch Verschleppung von seiten der Burgerkammer ließ die Verständigung auf sich warten. ⁴⁾ 1752 erhielten die Kommerzienräte die Instruktion vom Rate, daß sie mit der Burgerkammer die Verzeichnisse der von ihnen Tolerierten von Zeit zu Zeit austauschen sollten, um in Zukunft zu vermeiden, daß ein von einer andern Behörde Abgewiesener eine Aufenthaltsbewilligung bekomme. ⁵⁾ Erst 1763 gelang eine Ausscheidung der Kompetenzen; man beschloß, daß nur die Manufakturarbeiter ihre Aufenthaltsbewilligung vom Kommerzienrate erhalten sollten; dieser bezog auch die Hintersäßengelder (Wachtgelder), zu welchem Zwecke die gewerblichen Arbeiter in zwei Klassen eingeteilt wurden. ⁶⁾ Auch neue Berufsarten, die zu Handlung und Manufakturen gehörten, sollten der Kompetenz des Kommerzienrates unterstellt werden. Ferner erhielten von ihm ihre Aufenthaltsbewilligung alle Frauen, die in den Manufakturen arbeiteten.

Zum Zwecke leichter Beaufsichtigung wurde 1780 das Stadtgebiet in sieben Kreise eingeteilt, die unter die Mitglieder des Kommerzienrates durch das Los verteilt wurden. Die beständige Aufsicht stand den „Feurgschauern“ und Vierern zu, aber außerdem mußte das Mitglied des Kommerzienrates in seinem Bezirk im Frühling und Herbst einen Besuch machen, um sich zu erkundigen, ⁷⁾

1) *K. Geiser*, Festschrift IV. 125. 2) *Man. F. I.* 111.

3) *Man. K.* 43. 4) *Man. M.* 64. 5) *J. B. V.* 12.

6) *J. B. V.* 454. Erneuert 1777. *Man. U.* 34, 41.

7) *Man. U.* 205, 210. Die letzte Bestimmung wurde 1. Dezbr. 1784 wieder aufgehoben und die Toleranz aller Weibspersonen der Burgerkammer überwiesen (*Man. U.* 365, *J. B. VII.* 90), nachdem für kurze Zeit (seit dem 9. Januar) alle Hintersäßen von der Burgerkammer allein abhängig gewesen waren (*J. B. VII.* 56).

Verzeichnis¹⁾
der 1782—1790 vom Kommerzienrat tolerierten Hintersäßen.

Begangenschaften	1782	1783	1784	1785	1786	1787	1788	1789	1790
Handelsleute, Banquiers	15	13	12	12	12	14	14	16	14
Commissionaires, Speditoren	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Indiennefabrikanten	5	5	5	5	5	5	5	5	4
Seidenfabrikanten	4	4	4	4	4	4	4	4	4
Strumpffabrikanten	14	14	14	14	14	14	12	13	11
Commis	15	17	15	16	15	14	14	14	18
Uhrenmacher	16	18	17	15	15	16	15	16	16
Paßamenter	2	3	3	3	3	3	3	3	2
Strumpfwerber	116	117	116	115	113	109	117	123	121
Strumpfstuhlschlosser	6	5	5	5	5	5	4	5	4
Strumpfaußbreiter	15	14	15	10	11	10	10	10	8
Indiennemodellstecher	15	15	15	14	12	12	11	10	6
Indiennedrucker	66	66	67	55	47	45	46	48	39
Seidenweber	90	90	84	86	78	81	85	89	85
Färber	4	3	3	3	3	3	5	5	6
Tapetenwirker	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Bandweber	1	1	1	1	1	2	2	2	3
Tabakarbeiter	3	2	3	3	2	2	2	2	4
Roßhaarspinner	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Tuchscherer	1	1	1	2	2	3	4	4	3
Leinweber	11	11	9	7	5	4	2	3	3
Wollenarbeiter	12	13	12	11	10	8	9	8	7
Fadenzwirner	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Mineralwasserhändler	—	—	—	—	—	—	—	1	1
Estampchändler	—	—	—	—	—	—	—	1	—
Wollenhändlerinnen	1	1	1	1	1	1	1	1	—
Wollenarbeiterinnen	4	4	4	—	—	—	—	—	—
Strumpfwerber- u. Näherinnen	14	16	19	1	1	1	1	1	1
Seidenarbeiterinnen	25	25	29	—	—	—	—	—	—
Indiennearbeiterinnen	4	4	4	—	—	—	—	—	—
Baumwollenarbeiterinnen	2	3	3	—	—	—	—	—	—
Zusammen:	465	469	465	387	363	360	370	388	365

- a. ob sich die Hintersäßen mit dem angegebenen Beruf beschäftigten,
- b. ob keine Personen ohne Aufenthaltsbewilligung da wohnten,
- c. ob nichts Anstößiges in Sitten und Lebensweise zu bemerken sei.

In der ersten Zeit waren die vom Kommerzienrate geduldeten

1) Man. W. 401. 5. Juli 1791. Der Kommerzienrat hatte den Auftrag, jedes Jahr ein solches Verzeichnis den G. H. einzureichen.

gewerblichen Arbeiter fast ausschließlich französische, später treten auch deutsche Namen auf. 1699 waren alle mit Namen angeführten Arbeiter Franzosen; nach dem Beruf verteilten sie sich wie folgt: Seidenindustrie 14, Wollen- und Strumpfindustrie 57, Perrückenmacher 5, andere, z. T. unbekannte 33, insgesamt waren es 109.¹⁾ 1718 treffen wir 90 französische und 24 deutsche Namen.²⁾ Einen Überblick über die vom Kommerzienrate tolerierten Hintersäßen in den Jahren 1782—90 gibt umstehendes Verzeichnis.³⁾

Die Hintersäßen nahmen vor allem in Handelssachen eine Sonderstellung ein. Sie durften sich nach der Verordnung von 1695 nicht mit Burgern an Handelsgesellschaften beteiligen. Dagegen waren ihnen Fabriksozietäten erlaubt.⁴⁾ Die Manufakturordnung von 1719 verbot zwar allen Fabrikanten den Detailverkauf, aber nachträglich wurde er doch gestattet. Dagegen wurden nur handelstreibende Fremde nicht geduldet.

In noch schlimmerer Stellung als die Hintersäßen, die naturalisierte Berner waren, befanden sich die Landesfremden. Sie konnten in den meisterschaftlich organisierten Berufsarten nicht das gleiche Recht ausüben wie jene, da sie dazu verurteilt waren, immer Gesellen zu bleiben. Sie durften als solche nicht auf eigene Rechnung einem Fabrikanten arbeiten, sondern waren auf einen Meister angewiesen; Ausnahmen gab es nur selten, z. B. für verheiratete Gesellen. Die Annahme zum Meister war nur möglich, wenn der Betreffende Bürgerrecht in einer bernischen Gemeinde besaß.⁵⁾

Auf dem Lande war die Stellung der Hintersäßen an den meisten Orten nicht besser; denen der drei Ämter im Oberaargau wurde z. B. 1783 der Besuch der Wochenmärkte in Langenthal und das Feilhalten ihrer Waren daselbst verboten.⁶⁾

1) Man. A. 453 ff. 2) Man. F. II. 36, 42, 72. 3) Man. W. 401.

4) Mit dem Burger Langhans hatte der Hintersäße Stohrer eine Handelsgesellschaft. Der Befehl zur Auflösung erging im Juni 1719 (Man. G. I. 95), 1724 bestand sie noch und war immatrikuliert. (Matr. 1723.)

5) Sammelband mit Vorschriften für die Strumpfwerber. S. 77. 22. April 1774

6) Man. U. 303.

VI. Der Handel.

1. Der Handel in der Stadt.

(Burger und Hintersäßen.)

„Jetzt ist der Kleinhandel mit Allerley und die Krämerey mit allerley Modewaaren das allgemeinste Geschäft burgerlicher Familien. Alles will handeln, und sollte es auch nur mit Pfeifenröhrchen und Schwefelhölzchen sein So ist es in der Hauptstadt, und so wird es nach und nach auch in den kleinen Landstädten gebräuchlich und es scheint, als wenn sich alle Achtung und alles Ansehen bloß in den Handelsstand verlohren hätte“. So klagt 1796 Heinzmann.¹⁾ Und er hat recht. Zum Handel hielten sich die Burger geboren, geradeso wie zum Regieren. Immer betonten sie, daß Handel, und zumal Detailhandel, eine „burgerliche Beggangenschaft“ sei, daß die Fremden in der Stadt sowohl als die Landleute dazu kein natürliches Recht haben; sie seien von der Natur zum Landbau bestimmt.

Diese Ansicht bildete sich nicht erst im 18. Jahrhundert; sie tritt schon in den ersten Jahren des Bestehens unseres Kommerzienrates auf. Schon 1688 wurden Fabrikanten, die Waren im Detail verkauften, verklagt; man befahl ihnen, ihre Bude zu schließen, oder wies sie sogar aus.²⁾ Refugiés erhielten die Erlaubnis, ihre mitgebrachten Waren zu verkaufen, dann aber sollten sie ihre Läden schließen. Bei der Annahme eines Fabrikanten war die gewöhnliche Bedingung, daß er sich nicht in Kleinhandel einlasse, sondern seine Fabrikate nur en gros, Tücher z. B., stückweise verkaufe.³⁾ Ausnahmen kamen vor: Pierre Boniot erhielt das Recht, „offenen Laden“ zu halten, „dans la vue de faire subsister par là un plus grand nombre d'ouvriers“. ⁴⁾ So wird sich nach und nach eine

1) Beschreibung der Stadt und Republik Bern. II. 97.

2) J. B. 1687, S. 84.

3) Z. B. Man. E. II. 181, 198. Die gleiche Bestimmung in der Manufakturordnung von 1719.

4) Man. E. II. 201.

größere Anzahl von nichtburgerlichen Krämern¹⁾ angesiedelt haben. Man war zumal bei den vertriebenen Franzosen froh, wenn sie sich auf irgendeine Weise durch das Leben brachten und ließ Nachsicht walten. So erhielt die Gesellschaft zu Kaufleuten am 7. Juli 1691 den Auftrag, ihnen an den Jahrmärkten den Detailverkauf zu gewähren, während er in der Zwischenzeit den Burgern vorbehalten sein sollte. Die von ihnen selbst fabrizierten Waren durften sie in ihren Häusern nach Belieben verkaufen.²⁾ So hoffte der Rat, beiden Parteien gerecht zu werden.

Die Verordnung wurde nicht befolgt, sonst hätten nicht die Burger 1713³⁾ und 1718⁴⁾ Bittschriften an den Rat geleitet, in denen sie sich hauptsächlich über zwei Punkte beschwerten: über den Handkauf der Fremden und deren Verbindung mit Burgern, um unter deren Namen, wenn auch im eigenen Interesse, handeln zu können. Sie konnten die Klage über den zweiten Punkt auf die Hochobrigkeitliche Verordnung von 1695 stützen, die Gesellschaften zwischen Burgern und Fremden nur zu Manufakturzwecken erlaubte, nicht aber zur Handlung. Wirklich wurden daraufhin durch Verfügung des Kommerzienrates einige Läden geschlossen⁵⁾; die Inhaber erhielten drei Monate Zeit zur Regelung ihrer Geschäfte, Reklamationen nützten nichts, im Gegenteil, man schärfte ihnen ein, „daß derjenige unter ihnen, so etwas mehr en detail verkaufen werde, wirklich in die Confiscation seiner Waren verfallen sein werde“.⁶⁾

Die Vorstellungen der Burger gaben Anlaß zur Ausarbeitung eines Projektes für ein Gesetz über die Handelsgesellschaften. Das Kaufmannsdirektorium, das ja die Vertretung der burgerlichen Handelsleute darstellte, hatte sich längere Zeit damit beschäftigt.

Am 8. Juni 1720 lag der Entwurf dem Kommerzienrate vor. Seine Hauptbestimmungen betrafen den Detailverkauf, der natürlich den Burgern vorbehalten wurde; die Gesellschaften, die nur zwischen burgerlichen Kaufleuten gestattet wurden und die sich in ein Register eintragen lassen sollten mit Angabe aller Teilhaber, der Signatur und mit der Verpflichtung zur Mitteilung von Änderungen⁷⁾. Eine gesetzliche und endgültige Ordnung schien der Unsicherheit und

1) Dem Detailhandel (Handkauf treiben, offenen Laden halten) steht gegenüber der Handel en gros (stückweise oder en magasin verkaufen).

2) R. M. 226, S. 162.

3) Mand. Sammlg. XVIII, 15.

4) Man. G. I. 34, 55.

5) Ibid. 67.

6) Ibid. 71, 129.

7) Nur bei Kommanditgesellschaften wurde der Name des Kommanditärs nicht verlangt. J. B. II. 66.

den ewigen Streitigkeiten ein Ende machen zu wollen. Aber es blieb beim Projekt ¹⁾, und die Reibereien gediehen weiter, die gegenseitigen Vorwürfe hörten nicht auf. Die Burgerschaft warf dem Kommerzienrate vor, daß er den Fremden den Detailhandel gegen Bezahlung erlaube, anstatt sie daran zu hindern ²⁾, und dieser gab zu, daß er nicht einseitig den Standpunkt der Bürger vertreten könne; die Abgaben aber seien nicht ihm, sondern dem Kaufmannsdirektorium zugeflossen, um dessen Ausgaben zu bestreiten. ³⁾ Immerhin kam es auch nachher noch vor, daß Nichtbürgern der Detailhandel „abgestreckt“ wurde. ⁴⁾

Neue Reklamationen, neue Eingaben forderten die Obrigkeit auf, den Bürgern ihre Privilegien zu wahren. ⁵⁾ Der Kommerzienrat nahm die Untersuchung wieder auf und richtete 1727 ein neues Projekt zu einer Ordnung dieser Angelegenheit an den Rat. ⁶⁾ Leute, die seit zehn, zwanzig und mehr Jahren hier ihren Handel trieben, sollten nun ihr Geschäft aufgeben ⁷⁾, immerhin wurde ihnen ein Termin von 1—6 Jahren gestattet. ⁸⁾

Bei der Ausführung dieses Beschlusses kam es zu ganz hübschen Szenen, von denen eine eingehend geschildert wird; sie endete mit einer Buße von 120 Talern. ⁹⁾

Im Jahre 1728 hatte der Kommerzienrat neuerdings ein „Handelsgesetz“ ausgearbeitet und dem Rate vorgelegt. ¹⁰⁾ Vor Rät und Bürgern blieb es, ohne promulgiert zu werden, hängen, und in Zukunft wußte man noch weniger als vorher, woran man war. Der Kommerzienrat berief sich darauf, während der Rat es nicht anerkannte. ¹¹⁾

Unterdessen hatten die Bürger neue Forderungen gestellt; sie drängten darauf, daß nach Ablauf des im Jahre 1728 mehreren Kaufleuten bewilligten Termins ihre Handlungen wirklich geschlossen würden. Der Kommerzienrat nahm sie in Schutz, so 1733 in zwei

1) Man. H. 406.

2) J. B. II. 153, 230.

3) J. B. II. 154.

4) Man. J. 385. 7. März 1726.

5) Mand. Sammlg. XVI. 25.

6) J. B. II. 277.

7) Man. K. 60ff.

8) J. B. II. 338, 351.

9) J. B. III. 131. Man. L. 55.

10) J. B. III. 90.

11) Das Projekt enthielt drei Abschnitte: 1. „Von den Handlungen insgemein und den Gemeinschaften oder Societäten.“ 2. „Von Falliten und Banquerouten.“ 3. „Von den Wexel-Briefen.“ Ein kurzes Wechselrecht in acht Artikeln. Später wurden Wechselstreitigkeiten nach französischem Rechte entschieden. (Man W. 242.) Von der Revision war oft die Rede, z. B. 25. Mai 1734, Man L. 166. Vollendet wurde das „Gesetz“ nie, obschon der Kommerzienrat auch den Auftrag erhielt, den *Modum procedendi* zu projektieren. (R. M. 118. S. 196, 204.)

Gutachten die Tuchhändler Clerc und Schedel.¹⁾ Er erklärte, daß der Erfolg des Verbotes ausgeblieben sei; anstatt eine Vermehrung habe sich eine Verminderung der Zahl der burgerlichen Handlungen eingestellt. Damals, als die Ordnung gemacht wurde, haben mehrere bedeutende Tuchläden bestanden, nun sei noch der von Hibner und Faßnacht übrig geblieben, und die Berner laufen Gefahr, ihre Tücher von weiter her beziehen zu müssen, weil eine einzige Handlung nicht die ganze Stadt versehen könnte. Zudem lag die Gefahr einer willkürlichen Preissteigerung, wenn keine Konkurrenz bestand, zu nahe. Im zweiten Gutachten²⁾ wagte ein Teil des Kommerzienrates sogar die Ansicht zu äußern, Industrie und Handel sollen, um gedeihen zu können, „jederzeit frey und ungebunden seyn“. Das Resultat war, daß den beiden ein neuer Termin von sechs Jahren vergönnt wurde.³⁾

Im Juni 1736 wurde eine neue „Revision der fremden Kaufleute“ durchgeführt; einige, die von den Burgern des unerlaubten Handelns angeklagt waren, wurden ohne weiteres geduldet, weil sich die Anschuldigungen als unzutreffend erwiesen.⁴⁾ Dagegen ergab sich, daß ein Bendicht Roth mit einem Bürger Mutach assoziiert war; die Verfügung forderte, daß Roth seinen Anteil zurückziehe.⁵⁾ Drei andern, Violaz, Gossard und Bonnet, sprach der Kommerzienrat sein Mißvergnügen aus und hielt sie an, nach dem nächsten Martinimarkt ihren Verkauf einzustellen.⁶⁾ Der Beschluß wurde im Dezember bestätigt⁷⁾, aber erst im Mai 1737 erkannte der Kommerzienrat auf Schluß seines Ladens, so wie derer von Flechiere und der Töchter Gossard durch den Weibel, doch erst nach einem neuen Termin von drei Monaten.⁸⁾ Im Oktober 1737 kam eine neue Klage gegen Bonnet, daß er im Geheimen eine Spezereihandlung weiterführe⁹⁾; diesmal wurde er zu einer Buße von hundert Talern verurteilt, zudem sollte er für immer aus der Hauptstadt verwiesen werden.¹⁰⁾ Im Dezember kamen seine Frau und Tochter um Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung ein, weil der kränklichen Frau eine Reise bei rauhem Wetter nicht möglich sei, und damit sie ihre ausstehenden Forderungen noch eintreiben könnten; sie versprachen, sich nicht mehr in die Handlung mischen zu wollen. Der Kommerzienrat wies sie an die G. H.¹¹⁾

Das Jahr 1738 brachte zwei neue Vorstellungen der Bürger-

1) J. B. III. 176.

5) Ibid. 20.

9) Ibid. 120.

2) J. B. III. 179.

6) Ibid. 21.

10) Ibid. 124.

3) J. B. III. 181.

7) Ibid. 56.

11) Ibid. 133.

4) Man. M. 16.

8) Ibid. 93, 94.

schaft.¹⁾ Beide stellten die früher gefaßten Beschlüsse über den Detailhandel zusammen und wiesen dann ihre Nutzlosigkeit nach. Nicht nur seien die meisten der Läden, die man 1728 zu schließen befohlen hatte, bestehen geblieben, z. T. sogar mit ausdrücklicher Erlaubnis, sondern sie hätten durch Ausverkauf dem Publikum ihre alten Waren angehängt und sich dann mit neuen versehen. Zudem zählt die zweite sechzehn Krämer auf, die seit 1728 unbefugt offene Läden errichtet hätten. Als Ursache, daß die Ordnungen nie ausgeführt wurden, gibt sie das Fehlen einer zuständigen Behörde an. Früher hatte die Gesellschaft zu Kaufleuten die Aufsicht; 1717 wurde sie dem Kaufmannsdirektorium übertragen, das nun aber eingegangen war. Ihre Reflexionen gipfelten in dem fremdenfeindlichen Satze: Gewinnt der fremde Kaufmann, so steckt er das Geld der Burger ein, verliert er, so geht das Geld der Burger, das sie ihm anvertraut haben, verloren. Die Eingabe betonte ferner, daß burgerliche Kaufleute genug wären, daß diese sich aber nicht zu etablieren wagten wegen der Konkurrenz der Fremden; sie führte sechzehn solche an, die in Bern wohnten, außerdem elf, die im Auslande in der Handlung tätig waren, in Basel, Hamburg, Amsterdam, London, Genua, Marseille, endlich neun Lehrlinge, die sich teils in Bern, teils ebenfalls im Auslande die kaufmännische Bildung holten. Endlich verlangten die Burger die Wiedereinrichtung des Corps de Marchands, durch das der Handel auch unter den Burgern gewissen Bedingungen unterworfen und beschränkt werden sollte.

Mit dem letzten Punkte war der Kommerzienrat zum größten Teile nicht einverstanden. Das Direktorium hatte die Handlung nicht gefördert; die Burger waren auch unter sich nicht einig gewesen, Zank und Streit, „wie gemeinlich bei den Meisterschaften zu geschehen pflegt und die tägliche Erfahrung solches bezeugt“, hatten sie an erfolgreicher Arbeit verhindert.²⁾

Um die Klagen gegen die Fremden zu prüfen, verhörte der Kommerzienrat nochmals alle Fremden, die Handel trieben oder dessen von den Burgern beschuldigt wurden.³⁾

Jene Handlungen, denen 1728 sechs Jahre Zeit zur Ordnung ihrer Geschäfte vergönnt worden waren, sowie einige andere wurden neuerdings vom Kommerzienrate in Schutz genommen und zur weitem Duldung empfohlen; es betrifft Clere und Schedel, Arthaud, Frau Bresse, die Tochter Lafeuille, Guyot und Rodier.

1) Mand. Sammlg. XVI. 27, 28.

2) J. B. III. 381.

3) J. B. III. 389 ff.

Über zwei dieser Geschäfte lautet das Befinden des Kommerzienrates: Lafeuille: „Wurde von M. h. H. unbarmherzig befunden, wann ihr der Laden sollte beschlossen werden, indem sie allhier bei diesem Beruf auferzogen worden, ihre Eltern Refugierte gewesen, die sich ehrlich gleich ihre, so viel bekannt, aufgeführt, sie sich diesmal ohne Verwandtschaft, Mittel und Heimat ganz verlassen, allhier befindet und ohne diesen Gewerbe ihre Nahrung nicht zu finden wußte, weniger, wo sie sich hinbegeben sollte.“ Rodier: „Dieser thue auch der Burgerschaft keinen sonderbaren Eintrag, ist lange Zeit hier geduldet worden, gleichfalls als ein Refugierte, und suchet sein Subsistenz in seiner geringen Handlung, nach deren Interdiction er nicht mehr hier verbleiben könnte, da er doch bereits als ein Glied des französischen Consistorii angenommen worden und seiner Kinderen halb nit zu besorgen, daß sie der Burgerschaft zu Beschwerd sein werden; sollten ihn also seinen offenen Laden, wie er dato bestellt, continuieren lassen.“

Den Fabrikanten gegenüber stellte sich der Kommerzienrat auf den Standpunkt, daß ihnen der Verkauf ihrer selbstfabrizierten Waren, und nur dieser, erlaubt sei ¹⁾, um so mehr, „als die hiesigen Kaufleute ihnen ihre fabricierte War nicht abnehmen wollen“. ²⁾ Andere Angeklagte bewiesen, daß sie nur im Dienste von Burgern standen, wieder andere erklärten, sie haben ihren Handel längst aufgegeben.

Darauf verlangten Rät und Burger eine Untersuchung über die Leistungsfähigkeit der burgerlichen Kaufläden ³⁾, denn sie waren der Ansicht, die Verordnung von 1728 sollte durchgeführt werden. Der Kommerzienrat beschied die Kaufleute am 8., 11. und 12. Mai 1739 vor sich, um von jedem einzelnen zu hören, wie und mit welchen Waren er versehen sei und ob sie allein die Bevölkerung versorgen können. ⁴⁾ Von Tuch- und Seidenhändlern erschienen Hartmann, Küpfer und Brunner, Hibner und Faßnacht, Jersing und Isoth, Ernst, Herrmann, Lutz, Gebrüder König, Langhans, Frau Grütter, Wild, Wagner, Wagner der Quincaillier, Futer und Lüthardt. Den Wert ihrer Waren schätzten sie je auf 10—40000 L., Hibner und Faßnacht allein gaben ihn auf 80—100000 L. an.

1) und zwar en detail, im Gegensatz zu Art. 3 der Manufakturordnung.

2) Diese Klagen sind sehr alt. Schon am 13. März 1703 führte der Kommerzienrat einen Vergleich zwischen Fabrikanten und Kaufleuten herbei, in dem die letztern versprachen, ihren Bedarf bei den Fabrikanten zu decken; diese wollten ihnen die Waren so liefern, daß sie 10—15 Proz. gewannen. (U. Spr. B. BBB 759.)

3) J. B. IV. 21.

4) Man. M. 265, 269, 271.

Mehrere benützten den Anlaß, um gegen den Handkauf der Fremden und gegen das Hausieren zu klagen. Der genannte Ernst hatte noch gar keine Handlung, er war bloß „seit zwei Jahren in procinctu gewesen“, mit einem Lutz in Basel eine solche zu beginnen, und er erbot sich, Clerc und Schedel ihr Lager abzukaufen.

Dann wurden auch die Spezereihändler und Droguisten einvernommen. Es kamen Weiß und Zerleder, Rohr, Steck und Haller, während Zender, Futer und Berchtold nicht erschienen. Auch sie erklärten, gut mit allem Nötigen versehen zu sein; Weiß und Zerleder rühmten sich, „daß sie bekanntermaßen allein im Stande wären, nicht nur die Stadt und das Land, sondern auch die Nachbarschaft genugsam in allen Spezerei-Waren und Drogues zu versehen“.

Darauf gestützt verfaßte der Kommerzienrat sein Gutachten.¹⁾ Er war darin nicht einig. Die erste Ansicht, wahrscheinlich die der Mehrheit, ging dahin, daß die Handlungen der Bürger kräftig genug seien, um allein die Bevölkerung der Stadt mit Kaufmannsware zu versorgen, daß somit die Fremden vom Detailhandel ausgeschlossen werden könnten. Sie hoffte auch, daß sich die Zahl der burgerlichen Läden vermehren und die Vorräte sich vergrößern würden, und ihr Vorschlag ging auf Ausführung des schon 1728 gefaßten Beschlusses, immerhin unter der Bedingung, daß der Rat sich das Recht vorbehielt, im Falle von Warenmangel und starker Preissteigerung Fremden den Kleinhandel wieder zu erlauben.

Der zweiten „Meinung“ schienen die burgerlichen Handlungen nicht genügend, und sie verlangte zugunsten der Fremden nochmals einen Termin von zehn Jahren, um so mehr, da nur ein einziger Tuchladen von einiger Bedeutung bestehe, während die andern „nur in Hoffnung und versprechender Aufnahme bestehen“.

Unter dem vom Kommerzienrate vorgeschlagenen Vorbehalt verbot der Große Rat am 22. Mai 1739 wirklich prinzipiell den Fremden den Detailverkauf und reservierte ihn den Bürgern.²⁾ Über die einzelnen Kauflaute wurde verfügt: Clerc und Schedel, sowie Arthaud sollten im Juni 1740 ihre Läden schließen³⁾, dagegen durften Frau Bresse, Rodier, Guyot und die Lafeuille zufahren, die letztere unter der Bedingung, daß sie ledig bleibe⁴⁾,

1) J. B. IV. 22.

2) R. M. 162, S. 76. 3) Ibid. 79.

4) R. M. 167, S. 38. 2. Sept. 1740.

für alle galt die Erlaubnis nur für ihre Person, nicht für ihre Nachkommen.¹⁾

Über das Recht der Fabrikanten, ihre Waren im Detail zu verkaufen, entschied der Rat nicht, er beauftragte den Kommerzienrat mit der Abfassung eines neuen Gutachtens. Daß darüber nie Beschluß gefaßt wurde, lag nicht an der Nachlässigkeit der vorberatenden Behörde; die Fabrikanten aber fuhrten fort in der Ausübung ihres stillschweigend bestätigten Rechtes.²⁾

Auch später wurden von Zeit zu Zeit Klagen über unberechtigtes Verkaufen laut.³⁾ Der Jungfer Morin wurde am 6. Juni 1764 nicht nur der Laden (Modewaren) geschlossen, sondern sie selbst ausgewiesen, während zwei andere Angeklagte mit der gleichen Strafe bedroht wurden, wenn man sie bei verbotennem Handel entdecken würde. Ähnliche Anklagen, allerdings ungerechte, erfolgten 1777⁴⁾ und 1780,⁵⁾ und im Januar 1779 hielt der Kommerzienrat nötig, eine Warnung im Avis-Blatt erscheinen zu lassen.⁶⁾

Diese Behandlung der Insäßen war eine engherzige, dem selbstsüchtigen Bürgerwesen des XVIII. Jahrhunderts entsprechend. Viel weniger als diese begreift man die Ausschließlichkeit gegen einen Mitbürger, d. h. gegen einen Kleinburger, die doch sonst mit den Vollburgern die gleichen ökonomischen Rechte hatten. De Vigneule von Metz war 1706 zum Habitanten angenommen worden; er war an der Fabrik Sinner & Herff beteiligt und hatte dabei Hab und Gut verloren. Nun mußte er sich durchzuschlagen suchen, wie es ging, und führte einen kleinen Handel.⁷⁾ Der Kommerzienrat verbot ihm diesen am 30. Januar 1723, mit der Begründung, de Vigneule sei allein aufgenommen worden, um sich in der Manufaktur zu betätigen. Der Rat bestätigte in zweiter Instanz das Urteil und der Große Rat in dritter Instanz am 5. Mai 1713.⁸⁾ Andre Kleinburger genossen das Privileg des Handkaufs ungestört.

Zum Zwecke einer besseren Kontrolle führte der Kommerzienrat zweimal die Eintragung der Handelsleute in ein Register

1) Die Frau Guyot, deren Mann unterdessen gestorben war, wurde mit ihrem Begehren, den Laden fortzuführen, am 28. Januar 1741 „als wider die hochobrigkeitliche Erkauntnuß laufend“ abgewiesen. (J. B. IV. 121.)

2) J. B. V. 29 ff. 3) Man. S. 69. 4) Man. U. 73. 5) *ibid.* 193.

6) Man. U. 123.

7) Eine Vorstellung zu seinen Gunsten: Mand. Sammlg. XVIII 28.

8) R. M. 93, S. 572.

ein, das erste Mal 1720 auf Grund der projektierten Handelsordnung und des Gesetzes über die Handelsgesellschaften, die allerdings beide die obrigkeitliche Sanktion nie erhielten.¹⁾ Nicht nur die Gesellschaften, sondern jeder einzelne Handelsmann sollte verpflichtet werden, sich durch Eintragung in die „Kaufmannsmatricul“ in die Kaufmannschaft aufnehmen zu lassen, so bald er sich in der Stadt niederließ oder das zwanzigste Altersjahr überschritten hatte. Obschon die Ordnung nicht in Rechtskraft trat, wurde sie doch eine Zeitlang ausgeführt. Das Kaufmannsdirektorium führte die Handelsmatrikel; die Immatrikulationen geschahen von zwei Gesichtspunkten aus, man unterschied zwischen Handelsleuten und Fabrikanten, zwischen Burgern und Nichtburgern, dagegen wurden einzelne Handelsleute und Gesellschaften durcheinander in das gleiche Buch eingetragen. Das Matrikelbuch von 1723 weist zweiundzwanzig burgerliche Handelsgeschäfte auf, Spezierer, Droguisten, vor allem Leinwand-, Baumwoll- und Wolltuchhändler („Tuchherren“), überdies sieben fremde Händler, die hauptsächlich Handel mit Seide und Galanteriewaren trieben; es sind z. T. dieselben, die wir oben kennen lernten. Von Fabrikanten verzeichnet das Register nur drei burgerliche, die Engelhardsche Indiennefabrik, an der außer Engelhard Jakob Sinner und des erstern Schwager Samuel Müller beteiligt waren, ferner zwei Strumpffabrikanten; dagegen war die Zahl der fremden Fabrikanten stärker, vor allem der französischen; von den vierzehn eingetragenen waren vier Seidenfabrikanten und drei Tuch- und Bandfabrikanten.

Schon das Handelsgericht und -direktorium vernachlässigte diese Aufgabe, und als es um 1730 verschwand, führte niemand mehr das Handelsregister. Erst 1765 wurde es neu eröffnet, als das Handlungsdirektorium längst wieder bestand, dem die Immatrikulationen auch jetzt übertragen wurden. Die Instruktion, die es zu diesem Zwecke vom Kommerzienrate erhielt, schrieb folgendes vor: ²⁾

1. Alle Handelsleute, Banquiers, Fabrikanten, seien sie Burger oder ewige Einwohner oder Hintersäßen sind ohne Ausnahme in die Matrikel einzutragen, damit man wisse, a. „Wer handle, under welcher ragon oder nahmen, ob allein oder in Gesellschaft und mit wem“. b. Im letztern Falle, welcher Art die Gesellschaft

1) Das Projekt der Handelsordnung. J. B. Ia. 223. 4. Juli 1719.

2) J. B. VI. 32. Man. S. 120. 12. Januar 1765. U. H. D. 59, 64.

sei, ob „in vollkommen unbeschränkter Societet, folglich in solidum, das ist einer um und für den andern, oder en commandite“ oder auf andere Weise, wobei untersucht werden soll, ob ein Gesellschafter auch noch auf eigene Rechnung ein Geschäft betreibe. c. Welcher Art die Handlung sei. Eine Beschränkung soll nicht stattfinden, mit Ausnahme der Fremden. d. Bei einer Gesellschaft soll Beginn und Dauer des Vertrags und e. Die Prokura angegeben werden.

2. Die Aussagen müssen durch ein feierliches Gelübde bestätigt, unter Umständen vor dem Kommerzienrate mit dem Eide bekräftigt werden, wodurch die Immatrikulierten auch geloben, Änderungen der Handlung, in der Gesellschaft oder Prokura sofort mitzuteilen.

3. Auf gleiche Weise werden handelnde Weibspersonen eingetragen.

4. Engros- und Detailhandel werden definiert. Handlung en gros: „In Spezerei und Drogues Waren, was unter Reif und Seil, d. i. zu ganzen Ballen, Fässern und Kisten, wie solche aus fremden Ländern kommen, verschickt wird, in der Drapperie in groben Waren, was zu ganzen Stücken verkauft wird, in der Soierie was zu ganzen Stücken, in der Toilerie was zu ganzen Ballen und in der Mercerie, was zu Groß und Dotzend verhandelt wird.“ Alles übrige gehört unter den Begriff „Detail“.

5. Dem Direktorium wird überlassen, die kleinen Läden zu immatrikulieren oder nicht; der Kommerzienrat meint aber, „die elenden Schwefelhölzli- und Specklädeli gehören nicht in den Rang der Handelsleuthen“.

6. Der Anteil eines Fremden am Geschäft eines Burgers wird nur gestattet, wenn der Betreffende ein langjähriger Angestellter des Handelshauses ist.

Diese Instruktion erhielt am 10. April einige Zusätze¹⁾: Die Handelsleute müssen ihre Erklärungen auch noch unterschreiben. Den fremden Fabrikanten wird das Zugeständnis gemacht, daß sie auf Bestellung auch kleinere als die obengenannten Mengen von selbst fabrizierten Waren an Private liefern können, und am 23. Januar 1766: Die Mitglieder einer Kommanditgesellschaft sollen die Höhe ihres Anteils anzeigen; die Schneider, die Zutaten zu den Kleidern liefern, sind nicht als Krämer zu betrachten, (wie das Kaufmannsdirektorium vorgeschlagen hatte.²⁾)

1) Man. S. 154, 156. U. H. D. 80.

2) U. H. D. 82.

Auf diese Verordnungen gestützt, begann das Direktorium das Handelsregister am 25. Januar 1765.¹⁾

2. Die Kramläden auf dem Lande.²⁾

Die Burgerschaft der Städte wandte sich auch gegen die Kramläden auf dem Lande und bat die Obrigkeit um Einschränkung der Bauernkrämer, weil durch sie der Handel in der Stadt und der Verdienst der Bürger vermindert würde.³⁾ Der Rat wies das Geschäft dem Kommerzienrate zu. Dieser ließ es durch eine Kommission untersuchen und gab sein Befinden und seine Vorschläge durch das Gutachten vom 9. Januar 1754 kund.⁴⁾

Fünf Gründe fand der Kommerzienrat für die wachsende Zahl von Landkrämereien.

1. Den Mißbrauch der von Tabakkammer und Pulverkommission erteilten Patente, indem diese dahin ausgelegt wurden, daß der Inhaber auch allerlei andere Waren verkaufen dürfe. Um dem Übelstand abzuhelpen, schlug man vor, allen, die im Besitze von Patenten zum Verkaufe von Tabak und Pulver waren, den Handel mit anderen Waren zu verbieten und ihnen im Weigerungsfalle auch diese Bewilligung zu entziehen, überhaupt ihre Zahl so weit einzuschränken, daß in größern Dörfern höchstens zwei, in kleinern nicht mehr als eine sei!

2. Den Großhandel mancher Landleute, die von außen Waren beziehen und sie weiter an kleinere Krämer verkaufen, „die zu dergleichen Begangenschaften weder durch ihre Geburt gewidmet, noch sich dazu wie sie (die Bürger) mit großen Umkosten die erforderliche Capacität angeschaffet“.

3. Die im Emmenthal, sowie in den Ämtern Wangen, Aarwangen und Bipp bestehenden Krämerzünfte. Wer einer von diesen angehörte, durfte in der betreffenden Gegend einen Kramladen halten.

4. Die vielen handelnden Hintersäßen und Landsfremden, die genötigt werden sollten, die Handlung zu verlassen.

5. Die große Zahl von Hausierern, zu deren Verminderung die einen ein neues Generalmandat vorschlugen, während die andern auf strenge Durchführung der alten Mandate halten wollten.

Der Große Rat sah von einer obrigkeitlichen Verordnung ab

1) U. H. D. 67.

2) Schon das älteste Satzungenbuch behielt den Handel mit einigen Waren: saltz, isen, tuch, stachel, linwät und schürlietz den Kaufleuten der Städte vor und verbot ihn auf dem Lande. (Vgl. *Welsch*, Das Stadtrecht von Bern I. 197.)

3) J. B. V. 29, 35. Mai 1753.

4) J. B. V. 35 ff.

und übertrug das Vorgehen dem Kommerzienrate, indem er ihm empfahl, das Hausieren und die Vermehrung der Kramläden nach und nach einzuschränken.¹⁾ Zur Ausführung dieses Befehls ließ der Kommerzienrat ein Kommissionalgutachten verfertigen, das sich wieder auf eine Eingabe der „negocierenden Burgerschaft“ stützte²⁾, doch waren bis dahin vier Jahre verflossen (21. Februar 1758). Die vorgeschlagenen Mittel waren die folgenden: a. Neue Kramläden dürfen nicht mehr errichtet werden. b. Da, wo sie zu dicht sind, wird ihre Zahl allmählich verkleinert. c. Alles Hausieren wird Fremden und Einheimischen verboten. d. Die Landkrämer werden gezwungen, ihre Waren von den Burgern der Städte zu beziehen. e. Niemand darf ohne besondere Bewilligung, die nicht übertragbar ist, einen Laden halten. f. Alle Landkrämer werden nach und nach vor den Kommerzienrat zitiert, um das Gelübde ihres Gehorsams abzulegen. g. Nur die Waren, von denen bewiesen wird, daß sie bei den Burgern nicht erhältlich sind, dürfen außer Landes gekauft werden.

Der endgültige Antrag, der zum Beschluß erhoben wurde, erfolgte erst am 19. Januar 1762³⁾; seine Gedanken sind:

1. In einem Umfange von zwei Stunden um die Hauptstadt und einer Stunde um die andern Städte sollen keine Kramläden bestehen.

2. Die übrigen werden in drei Klassen eingeteilt: a. Solche, die beibehalten werden können; sie sind weiter von den Städten entfernt, werden von Ortsbürgern gehalten, bestehen seit langer Zeit, die Lage des Orts macht sie notwendig. b. Solche, die nur „ad tempus subsistieren“, d. h. sie werden mit dem Wegzuge oder dem Tode des Besitzers eingehen oder vom Kommerzienrate aufgehoben, weil sie neu und zu klein, oder weil ihre Inhaber nicht Bürger sind. c. Solche, die sogleich „abrogiert“ werden können, „die Gründe sind fast dieselben, welche bei der zweiten Claß angehen, nur sind dieselben stärker“. —

Die Bewilligung für Landkrämer enthielt folgende Vorschriften⁴⁾: 1. Die Bewilligung gilt nur für die eigene Person; das Ladenrecht kann weder verkauft noch vererbt werden, sondern fällt an den Kommerzienrat zurück, wenn der Inhaber stirbt oder das Geschäft aufhebt. 2. Die Handlung im großen wird — Selbstfabrikat ausgenommen — verboten. 3. Inländisches Fabrikat darf nach Be-

1) J. B. V. 51. 2. April 1754.

2) J. B. V. 97.

3) J. B. V. 360. Man. R. 104.

4) J. B. V. 451.

lieben gekauft werden. 4. Ausländische Produkte dürfen nur von den Burgern der Städte bezogen werden, es sei denn, daß diese sie nicht liefern können; dann wird ein Einfuhrpatent erteilt.¹⁾ 5. Hausieren und Verkauf am Sonntag²⁾ sind untersagt, ebenso der Handel mit andern als eigenen Waren und die Verbindung mit Fremden. 6. Der Besuch der Jahrmärkte ist gestattet.

Und nun die Durchführung dieser Beschlüsse.³⁾ Wir stehen hier auf einem Boden, den der Kommerzienrat mit Fleiß bestellte. Die Manuale der folgenden Jahre sind gefüllt mit Verhandlungen über die Erteilung von Kramladenpatenten, die meist verweigert wurde. In den Jahren 1767 bis 1776 sind 134 solche Verhandlungen notiert. Davon endigten 116 mit Aufhebung oder Verweigerung, nur 18 mit Errichtung oder Übertragung auf einen andern Besitzer.⁴⁾ Die Zahl der Läden im deutschen Kantonsteil betrug um 1790: 333.⁵⁾

Eine feste Norm für die Dichte der Kramläden wurde nicht bestimmt; sie wurde der Willkür des Kommerzienrates, oder seit 1789 der Engern Kommission mit Zustimmung des Kammerpräsidenten, überlassen. 1791 gestattete die Engere Kommission siebzehn Übertragungen, vierzehn Gesuche um Neuerrichtung wurden abgewiesen⁶⁾, zumeist wegen der Nähe anderer Orte mit Handelsberechtigungen.

Eine besondere Aufsicht erforderte die Einfuhr von Waren, die der Landkrämer von den Burgern beziehen sollte. Der Kommerzienrat ermahnte die Zollbeamten zur Wachsamkeit und gab ihnen die Weisung, Waren, die ohne Patent durchgeführt wurden, zwar an den Bestimmungsort abgehen zu lassen, aber den Ratssekretär zu benachrichtigen⁷⁾, und eine gleiche Aufforderung erging an die Amtleute.⁸⁾ Die Versuchung zur Übertretung dieses Gebotes trat an die Landkrämer hauptsächlich in Gestalt der zahlreichen Geschäftsreisenden aus Basel, Genf, Neuenburg und Solothurn heran, die

1) Am 21. Aug. 1786 beschloß der Kommerzienrat, daß Zeugnisse von wenigstens sechs städtischen Kaufleuten vorgelegt werden müssen, um eine Einfuhrbewilligung zu erwirken. Man. W. 22.

2) Zirkularmandat vom 23. April 1763 (J. B. V. 418). Mandat wider den Verkauf von Krämerwaren an Sonn- und Festtagen vom 12. Januar 1765 (J. B. VI 36). Der Grund liegt in der kirchlichen Sonntagsheiligung.

3) Eine Aufsicht des Kommerzienrates über die Landkrämer bestand schon vor 1762, ja schon vor 1754, wenn auch nicht so systematisch, sondern wohl an einzelne Vorkommnisse anschließend. (Man. P. 206, 171. Man. Q. 26, 28, 52, 83, 85; 138, 143, 145, 146.)

4) Man. T.

5) J. B. VII, 321.

6) Man. X. 16.

7) J. B. VII, 4.

8) ibid. 6.

das Land überschwemmten.¹⁾ 1781 und 1786 wurden aus diesem Grunde einige Krämer vom Kommerzienrate gebüßt.

Die Kramladenpatente wurden bei der allgemeinen Ordnung des Patentsystems im Jahre 1792 beibehalten.²⁾ Einige nebensächliche Abänderungen³⁾ betrafen den Verkauf an Sonntagen und die Einfuhr von fremden Waren, die ohne Ausnahme den Landkrämern verboten wurde, so daß diese Einfuhrbewilligungen überflüssig wurden. Ein neues Patentformular nach der Ordnung vom 13. Februar 1792 ersetzte das alte von 1763.⁴⁾

Auf gleiche Weise wurden nach 1785 auch die Krämer der Waadt immatrikuliert und ihnen Patente erteilt.⁵⁾ Die Zahl der Kramladenpatente in dieser Landschaft betrug nach 1788: 144.⁶⁾ Die Absicht war dieselbe, „die Handlung nach und nach in die Städte, wohin sie gehört, zu ziehen“. Das sollte hauptsächlich auch dadurch geschehen, daß keine Tabakverkaufspatente⁷⁾ mehr erteilt wurden, und daß man den Inhabern von solchen einschränkte, diese gelten nur für den Verkauf von Tabak.

Die Bürger der Städte waren von jeder Beschränkung frei; sie waren ja zum Handel geboren und trieben ihn nicht nur ungehindert, sondern mit möglichster Begünstigung durch die Behörden. Die Städte nahmen im Handel eine Stellung ein wie im politischen Leben, die der Beherrschung des Landes, allerdings mit dem Unterschied, daß handelsrechtlich die kleinsten Städte, wie Yverdon, Bex und viele andere der Hauptstadt gleichgestellt waren.⁸⁾ Wenn aber eine abgelegene Landschaft, wie das hochgelegene Jouxthal an der französischen Grenze, für das das Verbot der Einfuhr fremder Waren eine wahre Kalamität bedeutete, das gleiche Recht wie kleine Städte verlangte, dann ging das städtische Vorrecht über die Wohlfahrt einer ganzen Landschaft: das beste Mittel um die Leute zu Betrug und Schmuggel zu verleiten. Vielleicht fürchtete der Kommerzienrat mit Recht die Konsequenz, die sich aus dem Vorrecht einer Landschaft hätte ergeben können.⁹⁾ Gewiß war das Bedenken kein unberechtigtes; aber mit einer Ausnahme wäre den

1) Man. U. 220, W. 22.

2) J. B. VIII. 81 ff. R. M. 418, S. 127.

3) R. M. 418, S. 248—251.

4) J. B. VIII. 122.

5) J. B. VII. 230.

6) J. B. VII. 321.

7) Seit der Patentierung der Dorfkrämer wurden die Bewilligungen zum Tabakverkauf nur mit den Kramladenpatenten zusammen erteilt. (J. B. VII. 324.)

8) J. B. VII. 264. Man. W. 174, 197. Auch Langenthal bekam das Stadtrecht, indem seine Krämer von den Patenten befreit wurden. Man. X. 106, 108.

9) J. B. VII. 266. Man. W. 190. 4. März 1789.

Klagen nicht abgeholfen worden, dazu brauchte es die Aufgabe des ganzen Systems, die man aber von dem damaligen Staatswesen nicht erwarten konnte. Die Ereignisse der nächsten Jahre legten auch diese Bevormundung des Landvolkes fort.

Auch die Aufhebung der schon erwähnten „Krämerzunft“ des Emmenthals bildet eine Etappe auf dem Wege zur Bevorzugung der Städte. Wir haben uns unter dieser sogenannten Zunft einen Verband der Emmenthaler Krämer vorzustellen, der ursprünglich den Zweck hatte, gemeinsame Maßregeln gegen die Hausierer zu ergreifen, die ihrem ganzen Stande schädlich waren und gegen die der einzelne sich nicht zu wehren vermochte.¹⁾ Eine Konzession von Rät und Burgern von 1707 gab dem Verein eine sichere rechtliche Basis. Sie gab ihm auch das Recht, weitere Mitglieder aufzunehmen, also neue Kramläden zu schaffen. Nach dem Bericht des Kommerzienrates stieg infolge davon in der Zeit von 1724 bis 1757 im Emmenthal die Zahl der Krämer von 60 auf 200. Als der Kommerzienrat die Aufsicht über den Detailhandel übernahm und daran ging, systematisch die Landkrämer einzuschränken, entstand ein Streit um die Kompetenz der Bewilligung von Kramläden. Der Kommerzienrat hatte leicht, seine Stellung zu verteidigen, und die G. H. konnten, wenn sie das begonnene System durchführen wollten, nicht anders als zu seinen Gunsten entscheiden. Sie änderten am 27. Januar 1761 die Konzession dahin ab, daß der Kommerzienrat allein über die Fortsetzung oder Errichtung eines Kramladens bestimmen solle. Aus politischen Gründen wurden die zwei jährlichen Versammlungen in Huttwil und Langnau auf eine reduziert, die am letzten Orte im Beisein des Landvogts von Trachselwald und an dem von ihm bestimmten Tage stattfinden durfte.²⁾

Der Verband bestand fort, aber geschwächt. Warum sollte ein Krämer noch der Zunft beitreten und das Eintritts- und Unterhaltungsgeld bezahlen, wenn er von ihr keinen Vorteil zu erwarten hatte? Diese Klagen bildeten z. T. den Inhalt einer Eingabe von 1772³⁾, über die der Kommerzienrat sein Gutachten abgab. Die eine Ansicht ging dahin, man sollte die Krämer zum Eintritt in den Verein zwingen, um diesen aufrecht zu halten, während die andere die Zusammenkünfte von Landleuten und überhaupt die

1) 3. Punkt des Gutachtens. J. B. V. 35, und im Gutachten von 1759. J. B. V. 201 ff. Man. T. 356. (1772.)

2) J. B. V. 319.

3) Man. T. 356.

Gesellschaften für nachteilig hielt.¹⁾ Dieser Ansicht stimmten die G. H. bei; sie ließen dem Landvogt von Trachselwald antworten, „daß, da Hochdieselben die Zünfte als höchst nachteilig ansehen, Hochdieselben wünschten, daß diese Sache auf die lange Bank geschoben würde, damit nach und nach die Zunft von selbst aufhören und erlöschen müsse“²⁾

Eine Zunft der Ämter Wangen, Aarwangen und Bipp hatte 1710 eine obrigkeitliche Konzession erhalten³⁾; ihre spätern Schicksale kennen wir nicht; sie hat sich wohl im Laufe der Zeit aufgelöst.

Interessant ist das Bestehen einer solchen in Yverdon, die die Kramladenpatente in der Umgebung erteilte. Man entdeckte sie erst 1788, als die Krämer der Waadt patentiert wurden, und ließ sogleich ihre Privilegien untersuchen. Sie wollte ein möglichst großes Alter aufweisen, erklärte aber, nicht weiter zurückgehen zu können als auf 1598, in welchem Jahre sie schon sehr alt gewesen sein müsse; sie könne das allerdings nicht beweisen, da ihre Freiheitsbriefe 1476 verbrannt worden seien.⁴⁾ Die Gesellschaft versammelte sich einmal jährlich auf dem Rathaus und bestand aus den bürgerlichen Handelsleuten. Ihr Präsident wurde König genannt; neben ihm stand ein Connetable, und ein Sekretär führte die Bücher. Die Finanzen wurden von einem Rate, der aus diesen dreien und sechs weitem Mitgliedern bestand, verwaltet, und ein Rektor überwachte die Handlungspolizei. Da der Kommerzienrat das vorgeschützte Recht der Handlungsgilde von Yverdon nur als Anmaßungsrecht betrachtete, weil es mit der neuen Kramladenordnung in der Waadt im Widerspruch stand, weil keine alten Urkunden vorgewiesen werden konnten; da die Gilde wohl sogar falsche Tatsachen anführte „und durch anachronistische Aussagen die Teutonische Unschuld in ihrer heiligen Grabesstätte angreift“, wurde ihr die bisherige Tätigkeit, das Erteilen von Kramladenpatenten, untersagt.⁵⁾

3. Hausierer und Marktkrämer.

Die Tendenz, möglichst wenige Landkrämer zu dulden, um die Vorteile der Bürger zu schützen, hatte wohl noch mehr als

1) J. B. VI. 261.

2) J. B. VI. 269. 29. Dezember 1772.

3) J. B. V. 201 ff.

4) Nach ihrer Aussage durch die „Teutonen“ (d. h. die deutschredenden Eidgenossen), wozu der Sekretär des Kommerzienrates bemerkt: „Welch scheußlicher Anachronismus, der auch dem Zwerchfell des Polyhistor nicht verschont.“ (J. B. VII. 257)

5) Man. W. 174.

den gewünschten den andern Erfolg, daß sich das Hausiererwesen breit machte. Es war natürlich, daß das Landvolk seine Bedürfnisse da befriedigte, wo es ihm am leichtesten und mit dem geringsten Zeitverlust möglich war.

Doch stammt das stark entwickelte Hausiererwesen nicht erst aus der Zeit, wo der Kommerzienrat systematisch auf die Verminderung der Kramläden hinarbeitete, im Gegenteil; in diese Periode fällt auch der ernsteste und erfolgreichste Kampf gegen das fahrende Krämervolk. Die Klagen darüber und Forderungen zu einem obrigkeitlichen Einschreiten, sowie die ersten Verordnungen reichen ins 15. Jahrhundert zurück. Besonders groß war die Zahl der Hausiermandate im 17. Jahrhundert. Nachdem das Reformationsmandat vom 24. Mai 1590 das Hausieren verboten hatte, und nachdem dieses Mandat 1613, 1627, 1644, 1656, 1658, 1663 erneuert worden war, erging ein neues Mandat am 2. März 1672 mit wiederholten Publikationen in den Jahren 1686, 1698 und 1712.¹⁾ Dahingehörende Bestimmungen enthielt auch das Marechaussée-Mandat von 1742. In der gleichen Richtung wie früher der Große und der Kleine Rat bewegte sich nun der Kommerzienrat weiter. War er an der Erneuerung des alten Mandates 1698 beteiligt, so unterließ er auch nicht, durch die Manufakturordnung von 1719 die Hausierer zu bedenken; er verbot allen „fremden Hausierern, Krämern, Hutten- und Krätzenträgern“ zu allen Zeiten, ausgenommen an den Jahrmärkten und in „Städten, Schlössern, Dorffern und bey den Häusern als auf Straßen und an Aborten“²⁾ ihr Gewerbe.

Trotz der großen Zahl der Verbote blühte das Gewerbe dieser untersten Klasse des Handelsvolkes noch immer. Die Mandate waren in „Unwirksamkeit“ gekommen. Die Gründe waren von zweierlei Art.

1. waren die Verbote immer viel zu streng, sie erstreckten sich gleich auf alle Hausierer, die doch bei den damaligen Verhältnissen z. T. geradezu unentbehrlich waren. 2. war die Aufsicht, von der Polizeikommission geführt und durch die Marechaussée ausgeübt, nicht genügend und nicht folgerichtig genug, um auch nur den Übelständen abzuhelpen. Diese wurden vom Kommerzienrate besonders in einem Vortrage an die Räte am 31. August 1758 kräftig hervorgehoben.³⁾

Nebst dem, daß sie Fremde waren und kein Bürgerrecht besaßen, auch kein Hintersäßengeld oder andere Abgaben entrichteten,

1) J. B. V. 133 f.

2) J. B. Ia. 230 ff. (d. h. abgelegenen Orten).

3) J. B. V. 133 ff.

schadeten sie der heimischen Manufaktur durch Übertreten der Einfuhrverbote. Sie standen unter der Anklage, häufig Betrug zu üben, indem sie den Leuten um gutes Geld ihre Schwindelwaren aufschwatzten; sie brachten die Handelsleute zu Schaden, die ihnen ihre Waren zum Vertrieb übergaben, indem sie sich plötzlich bankrott erklärten und das Land verließen, ohne daß sie für ihre Schuld belangt werden konnten; sie erleichterten Diebstähle, weil sie gestohlene Sachen ankauften und aus dem Lande führten; sie brachten schlechte, verbotene Münzsorten ins Land und führten die guten hinaus; sie belästigten die Bauern mit ihrem Bettel und Herbergesuchen; sie waren politisch gefährlich, weil sie Spionendienste leisten und in Kriegszeiten fremden Truppen den Weg weisen konnten, da ihnen Weg und Steg bekannt waren; sie waren endlich nach der Ansicht der Kommerzienräte schuld, daß die Bürger von vornherein auf die Handlung verzichteten, weil sie ihr Auskommen dabei nicht fanden.

Der Kommerzienrat bat die Obrigkeit um Abstellung der Mißstände und entwarf ein neues Mandat¹⁾, das indessen vor den G. H. keine Gnade fand. Erst auf eine neue Vorstellung²⁾ wurde am 27. Mai 1761 das „General Hausier Mandat“ erlassen.³⁾ Es unterschied sich in nichts von den früheren; denn es verbot ebenfalls in Bausch und Bogen alles Hausieren. Die Polizeikammer, überhaupt die Kammern, sowie die Amtleute wurden angewiesen, keine Bewilligung mehr zu erteilen und in ihren Bezirken gute Aufsicht zu halten. Keine Bewilligung mehr! Tatsächlich waren bis jetzt schon solche von der Polizeikammer und von den Amtleuten ausgegeben worden; der Kommerzienrat, der noch 1758 gegen die „praetendierte Freiheit einiger Kammeren hiesiger Hauptstadt, sowohl als Er. Gn. Ober- und Unter-Amtleuten, eigengewältig Patenten zu erteilen“ gewettet hatte, ließ sich nun herbei, ebenfalls solche zu geben, und teilte sich mit der Polizeikammer in die Kompetenz durch einen förmlichen Vergleich (18. März 1771).⁴⁾ Nach diesem wurden Krämer und Hausierer dem Kommerzienrate zur Beaufsichtigung und Patentierung zugewiesen, die einen Einfluß auf Handel und Industrie hatten. Als solche nannte der Vergleich: „Die Colporteurs, so Spezerey, Quinquallerie, Mercerie, Draperie, Toilerie, Moden- und seidene Waren, Strümpf, Kappen, Hüet, Spitzen, Halstücher, Floret- und andere Bändel, Zucker, Thee,

1) J. B. V. 139.

2) J. B. V. 282.

3) J. B. V. 308.

4) J. B. VI. 214.

Kaffee, Chocolate, Seifen, Reis, fremdes Oel und andere dergleichen . . . Waren feiltragen, die in denen Manufacturen anzutreffen sind und verkauft werden“.

Dagegen wurden der Polizeikammer die Hausierer mit solchen Waren überlassen, die von den heimischen Handelsleuten nicht geführt wurden. Genannt werden: Lebensmittel, Barometer, optische Gläser, Marmorplatten, Citronen, Pomeranzen, gemalte und ungemalte Kupferstiche, Gemälde, Sensen, Sicheln, Seidenwatte. Ferner „Kessler, Korber, Wannen, Sieb- und Reitermacher, Glas- und Kachelträger, die Händler mit im Land gestampftem Oel, Eisen, Kupfer, Erz, Roßhaar, Bäsen, Karrensalb, Wezstein, Schunägel, Süßbrand, Trucken, Körben, Vieh-, Wind- und Wanzenpulver, inländisches Gewürz, Wein Essig, Spinn Räder, Wollenkarten, Harz von äußeren Landen und was von solcher Natur mehr ist“. Die Aufsicht über die Ausführung gehörte der Polizeikammer; sie hatte das Recht, ein vom Kommerzienrat erteiltes Patent zurückzuziehen, wenn der Inhaber den polizeilichen Vorschriften zuwiderhandelte, z. B. bettelte. Kompetenzstreitigkeiten zwischen beiden Kammern sollten durch gemeinsame Konferenzen beigelegt oder im ungünstigsten Falle durch die G. H. entschieden werden. Ein Kreisschreiben vom 21. Juni 1771 eröffnete den Vergleich den Amtleuten.¹⁾

Das Auffallende ist, daß trotz des vollständigen Verbotes kein Versuch gemacht wurde, dieses durchzuführen, daß vielmehr die zuständigen Kammern es zweifellos vernünftiger fanden, das Mögliche zu tun als Unmögliches zu verlangen.

Im Jahre 1784 hatte die Plage wieder so überhand genommen, daß eine Neuordnung angezeigt schien. Die Zollbeamten Roguin in Lausanne und Mummenthaler in Langenthal hatten darüber Memoriale eingereicht, in denen sie alle Nachteile des Hausierwesens hervorhoben. Der Kommerzienrat erklärte in einem Vortrag vom 25. Juni 1784²⁾, der Mangel an Erfolg der frühern Verordnungen liege begründet 1. in der Aufsicht durch verschiedene Organe, 2. im Vorschub, der den Hausierern von Amtleuten, Pfarrern und Gutsbesitzern geleistet wurde, wofür sie diese billig bedienten, 3. in der zu milden Verordnung von 1761 und 4. in den für die Waadt erteilten „Billets de Roulement“.³⁾ Er schlug vor, durch eine neue Verordnung die Aufsicht ganz ihm zu übertragen.

1) J. B. VI 217. 2) J. B. VII. 68.

3) Das war eine drei Monate gültige Bewilligung, fremde Waren in die Waadt einzuführen . . . „indem sie während den drei Monaten ihrer Billets de Roulement ihre Waren in benachbarten Staaten und Mediatämtern öfters erneuern“. (J. B. VII. 68 ff.)

Das Mandat wurde am 3. Juni 1785 von Rät und Burgern beschlossen.¹⁾ Es gab dem Kommerzienrat allein die Vollmacht, Bewilligungen zu erteilen, verbot alles Hausieren ohne Patent, schaffte die „Roulierzettel“ in der Waadt ab, verbot den Kommissionshandel für fremde Kaufleute unter dem Namen von Commis, Bedienten usw. Erst jetzt stand das System der Hausierpatente auf gesetzlicher Grundlage und hatte, da es unter eine Hand kam, Aussicht auf Erfolg. Der Kommerzienrat hatte die gesamte Oberaufsicht und die Vollstreckung in der Stadt und den Landgerichten, während auf dem Lande die Amtleute dafür sorgten; die Haschierer und Marechaussée wurden dem Kommerzienrate untergeordnet und zum Gehorsam verpflichtet.²⁾

Der Erfolg blieb nicht aus. Zum erstenmal vernehmen wir nach Erlaß des Verbotes nicht die alte Klage, daß es ohne Wirkung geblieben sei. Drei Jahre später rühmte der Kommerzienrat selber die wohltätigen Folgen der Verordnung, indem er erklärte, daß viel unnützes Gesindel zurückgeblieben sei.³⁾

Noch waren hie und da Lücken bemerkbar, durch die das Mandat von 1785 umgangen werden konnte. Sie auszufüllen, erschien am 2. Januar 1789 die „Erneuerte Hausierordnung und Verbot in betref der Landschneider, Dorfkrämer, Fuhrleute und einheimischen Marktkrämer“.⁴⁾ Sie betraf nicht allein die Hausierer, sondern auch die Krämer und schrieb vor: 1. Die mit Tuch handelnden Savoyer durften ihre Ware nur auf Jahrmärkten anbieten; Hausieren war ihnen verboten. 2. Unpatentierte Landschneider durften ihren Kunden keine Tücher liefern. 3. Die Landkrämer wurden ermahnt, fremden Händlern keine Waren abzukaufen, sondern sich damit in den Städten zu versehen. 4. Den Fuhrleuten wurde verboten, auf eigene Rechnung fremde Waren zu kaufen, einzuführen und sie im Inlande abzusetzen; sie sollten sich des Handels enthalten. 5. Die Grossisten, die Spezereien aus dem Auslande bezogen, sollten diese Handlung aufgeben. 6. Die einheimischen Marktkrämer sollten ihre Waren von den Burgern der Städte beziehen.

Alle Patente, sowohl die für Hausierer als die für Marktkrämer, galten nur ein Jahr und mußten dann unter Erlegung von Siegelgeld und Sporteln, die dem Sekretär und dem Weibel zukamen, erneuert werden.⁵⁾

1) J. B. VII. 104.

2) J. B. VII. 107.

3) J. B. VII. 201.

4) J. B. VII. 253. Gutachten des K. R. J. B. VII. 242.

5) J. B. VII. 282.

Man unterschied vier Arten von Patenten:

1. Marktpatente für Fremde. Sie berechtigten zum Besuch der Jahrmärkte der Städte im deutschen und französischen Lande. Ihre Zahl betrug 1789: 334.¹⁾

2. Marktpatente für Eidgenossen, ebenfalls nur für die Jahrmärkte der Städte gültig. Zahl: 303.²⁾

3. Marktpatente für Landkrämer, gültig für den Besuch der Jahrmärkte zu Stadt und Dorf; Zahl: 223, davon 189 an deutsche, 34 an welsche Untertanen.³⁾

4. Hausierpatente. Zahl: 569, davon 131 an Fremde und Eidgenossen, 429 deutsche und 9 welsche Untertanen.⁴⁾

Man war noch weiter gegangen und hatte jedem Hausierer einen bestimmten Bezirk zugewiesen, in dem er sich bewegen durfte, Cantonnements genannt, damit sich die „Gewerber“ nicht hordenweise zusammenrotteten und dem Volke beschwerlich würden.⁵⁾

Am 25. April⁶⁾ und Anfangs Juni 1789⁷⁾ wurde die Erteilung von Patenten auf Befehl der Regierung suspendiert, bis das ganze Patentsystem neu reguliert wäre. Der Kommerzienrat ging unverzüglich an die Arbeit und arbeitete ein Projekt aus, das eine Übersicht über das ganze Patentsystem enthält und Vorschläge über die fernere Durchführung bringt.⁸⁾

Verfolgen wir zunächst die Hausier- und Marktpatente bis zu ihrer endgültigen Form, um dann einen Überblick über das ganze Patentwesen zu gewinnen.

Die Kommerzienräte waren in ihren Gutachten einig, daß die Patente, die sich so gut bewährt hatten, beibehalten werden sollten. Nur in der Frage der periodischen Erneuerung waren sie nicht gleichen Sinnes. Die einen wollten die alljährliche Erneuerung behalten, die andern die Bewilligung auf Lebenszeit geben.⁹⁾ Der Entscheid des Großen Rates hielt alle vier obengenannten Arten von Patenten aufrecht (3. und 8. Februar 1792). Die Marktpatente für Fremde sollten so lange gültig sein, als der Inhaber zu keinen Klagen Anlaß gab¹⁰⁾, die für Eidgenossen lebenslänglich¹¹⁾, ebenso die für Landkrämer.¹²⁾

1) J. B. VII. 342. 2) ibid. 343. 3) ibid. 344. 4) ibid. 345.

5) J. B. VII. 284. 6) Man. W. 214. 7) Man. W. 218.

8) J. B. VII. 317—361. 9) J. B. VII. 340—345.

10) R. M. 418, S. 251. 11) ibid. 280.

12) R. M. 419, S. 188. J. B. VIII. 107. Zuerst hatte der Große Rat beschlossen, die Landkrämer freizulassen (R. M. 418, S. 281). Erst eine neue Eingabe des Kommerzienrates bewog ihn dazu, die Patentierung auch auf sie auszudehnen (J. B. VIII.

Das Nähere hierüber bestimmte die neue Marktpatentordnung vom 6. Juni 1792.¹⁾ Nach ihr wurden die einheimischen, kleinen Landkrämer, alle eidgenössischen und fremden Krämer, die ihre Waren nicht mit den öffentlichen Fuhrwerken transportieren ließen²⁾ und endlich eidgenössische Großkaufleute, in deren Heimat das Patentsystem ebenfalls eingeführt war³⁾, der Patentierung unterworfen. Der Patente bedurften die einheimischen und fremden Marktbesucher nicht, die sich für den Transport der öffentlichen Verkehrsmittel bedienten (mit der obgenannten Ausnahme.) Nicht-berner wurden überhaupt nur zu Jahrmärkten zugelassen, während Berner auch die Wochenmärkte besuchen durften.

Das Hausierwesen wurde durch die neue Hausierordnung vom 8. Mai 1792 geregelt.⁴⁾ Als Grundsätze heben wir hervor: 1. Der Kommerzienrat war alleinige Aufsichtsbehörde. 2. Alle fremden „Kräzenträger“ wurden verboten. 3. Den Einheimischen wurde das Hausieren ohne Patente erlaubt. Die beiden letzten Bestimmungen wurden beschränkt durch die Verordnung, daß von einheimischen Hausierern patentiert werden sollten: Kachelgeschirrtäger, Kesselflicker, Korber, Schaubhütler⁵⁾, Weißspengler, Barometer-, Brillen-, optische Gläser-, Beuteltuch-, Fayence- und Zitronenhändler. Fremde Hausierer wurden patentiert, aber in beschränkter Anzahl: Ammelmehler, Glasträger, Holzgeschirrhändler, Nagelhändler, Sensen-, Sichel- und Wetzsteinträger, Glaser, Harzhändler, Holzdruckenwarträger (Schwarzwälder), Scherenschleifer, Seidenwattenhändler, Wannenmacher, Uhrwerkstückhändler, Zinngießer, Gartensamenhändler, Geigenmacher, außerdem dieselben wie die obgenannten Einheimischen.

94). Der Kommerzienrat führte darin aus, alle Bauern würden sonst zu Marktkrämern, sie würden oft reisen, z. B. nach Frankreich; dann „würden sie von allen dortigen Staatsveränderungen Nachricht erhalten, die gleichen Lizenzprinzipien einsaugen und sich von den Lehren des Naturrechts und falschen Begriffen über die allgemeine Gleichheit bethören lassen; und wer weiß, ob dieses bei gegenwärtiger Stimmung der Gemüter und bei den wirklich freien Reden ihre Ideen von Souverain und Unterthan, von Befehl und Gehorsam nicht verändern, wer weiß, ob ihre Denk- und Handlungsart die gleiche bleiben würde.“

1) J. B. VIII. 125—129. Sie galt nur für den deutschen Kantonsteil.

2) Sie hatten eigene Fuhrwerke oder trugen die Ware auf dem Rücken, die obrigkeitliche Kontrolle war dadurch erschwert.

3) Das war der Fall bei Zürich, Luzern, Solothurn, Bistum Basel und allen Mediatämtern, an denen Bern beteiligt war. (J. B. VIII. 147.)

4) J. B. VIII. 117.

5) Hausierer mit großen, runden Strohhüten. (J. und W. Grimm, Deutsches Wörterbuch VIII. Sp. 2301.)

Die Hausierpatente enthielten folgende Bedingungen:

1. Gilt die Bewilligung nur für eine Person, 2. nur für den ihm zugeteilten Bezirk. 3. soll er keine verbotenen Waren führen und keine kaufen und ausführen, deren Ausfuhr nicht gestattet ist. 4. an Sonn- und Festtagen nicht hausieren. 5. nicht betteln und um Herberge anhalten, sondern nur in den Wirtshäusern übernachten sein. 6. die Bewilligung stets bei sich haben und alle drei Jahre erneuern lassen.¹⁾

An den „Cantonnements“ wurde festgehalten, doch wahrscheinlich nur für diejenigen Hausierer, die in größerer Anzahl patentiert wurden, und nur im deutschen Lande, für das die Hausierordnung allein galt. Eine kleine Tabelle (Februar 1793) zeigt ihre Einteilung.²⁾

Bezirke	Bevölkerung	Kachelgeschirrtträger	Kesselflicker	Korber	Schaubhütter	Glas-träger	Holz-drucken-warträg.
Landgerichte	50357	18	15	7	5	3	5
Seeland	16247	3	7	1	1	2	2
Oberland	15065	8	4	3	2	2	1
Simmenthal	37962	7	7	1	3	2	0
Emmenthal	45029	10	7	4	0	2	1
Oberaargau	33098	7	2	1	1	0	1
Unteraargau	50559	5	8	7	3	4	5
Kanton	248317	58	50	24	15	15	15

Durch eine Instruktion belehrten der Kommerzienrat, die Marechaussée- und Polizeikammer gemeinsam die „Patrouilleurs oder Marechaussées“ über ihre neuen Pflichten, die diesen Verordnungen entsprangen.³⁾ Ihre Aufgabe war, auf unpatentierte Krämer und Hausierer acht zu geben, diese zur Erneuerung der Patente anzuhalten, dafür zu sorgen, daß jeder sich auf seinen Bezirk beschränkte, und Fehlbare dem Amtmann anzuzeigen.

Ergebnis: 1. Die frühern Hausierverbote waren wirkungslos, weil ihre Durchführung nicht möglich war. 2. Eine Besserung trat erst ein, als die Patente eingeführt, also gewisse Hausierer geduldet wurden, aber in beschränkter Zahl. 3. Die Hausierordnung von 1785 bedeutet den Anfang des noch heute bestehenden gesetzlichen Hausierpatentsystems.

Werfen wir noch einen Blick auf das ganze Patentierungs-

1) J. B. VIII. 129. Formulare der Marktkrämerpatente. J. B. VIII. 144, 145.

2) J. B. VIII. 168. 3) J. B. VIII. 147.

wesen, so können wir die Grundsätze vorausstellen, die der Kommerzienrat in dem großen Gutachten über die Neuordnung des Patentwesens aussprach¹⁾: „Die innere Einrichtung und Polizey der Handlung soll der Lage jeden Staates angemessen und nach derselben eingerichtet seyn. Die Lage des Kanton Bern ist zu einer in das große ausgedehnten Handlung nicht bequem, sehr weit von dem Meere entfernt und von vielen Staaten begränzt, von deren Willkühr unsere Handlung größtenteils abhänget, indem der unsere allzuklein und unbedeutend ist, um einigen Einfluß und Gewicht bey den äußeren Fürsten zu haben. Folglich kann der allgemeine Grundsatz einer uneingeschränkten Handlungsfreiheit gar nicht Platz finden, sondern man muß vorbeugen, daß die Handlung mit anderen Waaren als Landesprodukten in gemäßigten, unserem Lande angemessenen Schranken erhalten werde. Die Handlung mit Landesprodukten ist in völliger Freyheit. Außert Vieh und Molken sind bis hiehin keine beträchtliche Zweige und werden deren schwerlich andere von einigem Belang gemacht werden. Der Industriehandel mit Indienne, andern baumwollenen Tüchern und Leinwand ist der zweite Zweig unseres Aktivhandels. Im Emmenthal, untern und obern Aargäu hat solcher die Bevölkerung sehr vermehrt und den Ackerbau sowohl als den Wohlstand dieser Gegenden befördert; deren Unterstützung und Aufrechterhaltung ist höchst notwendig, besonders im untern Aargäu, da ein quart mehr Menschen sich vorfinden, als zu Bearbeitung des Landes können gebraucht werden. Der Umsturz derselben würde viele tausend Menschen in die äußerste Armuth versetzen und alsdann diese dem Staat aus Mangel des Unterhalts und der Nahrung nicht nur beschwerlich, sondern auch wahrscheinlich gefährlich werden.

„Alle übrige Handlung dient, um die nöthigen Artikel zu unsern Lebensbedürfnissen, deren sehr wenige, und die zur Pracht und Üppigkeit, deren sehr viele, zu verschaffen. Die mehresten Krämer auf dem Land verkaufen hauptsächlich Tabak, Zucker, Caffee, Specereyen und dergleichen, und diese sind zum größten Nachtheil des ganzen Landes Nothwendigkeit geworden. Seit zehn à zwölf Jahren will jeder sich der Krämerei widmen, besonders die ganz Armen und von schwachen Geisteskräften, wozu sie von ihren Gemeinden und Seelsorgern bestens empfohlen werden.

1) J. B. VII. 318.

„Dieses ist unsere Lage, und hier sollte noch eine zweifelhafte Lage sein! Ob die Handlung ferners einzuschränken oder gänzlich freizugeben seye? Das System in den besteingerichteten von dem Meere entfernten kleinen Staaten wäre, den Handel (auch Handwerker, so auf dem Land nicht unentbehrlich wären) in die Städte zu verlegen und dieselben in einem gewissen Wohlstand und Flor zu erhalten, den Landmann aber zur Anpflanzung des Landes anzuhalten.“

Zwei Tatsachen ergeben sich aus dieser Äußerung mit aller Schärfe: 1. Die klare Erkenntnis von der ungünstigen Handelslage des Landes. 2. Die allgemeine Überzeugung von der Notwendigkeit der Beschränkung des innern Handels zur wirtschaftlichen Förderung des Volkes.

Die Sanktion erhielt dieser Gedanke durch die Neuordnung und Aufrechterhaltung des Patentsystems, die in den Jahren 1789 bis 1792 vom Kommerzienrate beraten und im Januar und Februar 1792 von Rät und Burgern genehmigt wurde.¹⁾

Schon vor 1792 bestanden folgende Patente²⁾:

1. Kramladenpatente; deutsche 333, bestanden seit 1761.
welsche 144, „ „ 1788.
2. Tabakverkaufspatente; deutsche 576, welsche 323;
in den Mediatämtern 19. Sie waren 1727 durch die Tabakkammer
eingeführt, und als diese am 30. Juni 1758 aufgehoben wurde,
vom Kommerzienrate übernommen worden.³⁾ Sie wurden in den
Städten einzeln, auf dem Lande nur an patentierte Krämer ge-
geben (aber jedem, der sich darum bewarb).⁴⁾
3. Tabakeinfuhrpatente, seit 1723. Zahl 550.
4. Ausfuhrpatente für rohe Häute, seit 1775. Zahl 45.
5. Commissionnaire-Patente (zum Ankauf roher Häute
und Felle), 1775 eingeführt; Gültigkeit ein Jahr. Zahl 25.
6. Einfuhrpatente für Juften und Saffian, seit 1775;
Gültigkeit sechs Monate, Zahl 15 jährlich.
7. Einfuhrpatente für fremde Importe, seit 27. Ja-
nuar 1761, nur für Waren, die im Lande nicht zu finden waren:
„Flaum, Federn, Nördlinger-, Göppinger-, Alineserzeug, Württem-
berger Camelot, Zürich Zeug, Zürich Halstücher, holländische

1) Gutachten und Vorträge des Kommerzienrates J. B. VII. 317—361
382—400, 413—440, VIII. 1—56. Beschlüsse: J. B. VIII. 81 ff. R. M. 418, S. 71
92, 124, 126, 127, 199, 248—251, 280, 281, 320, 321, 322. R. M. 419, S. 188.

2) J. B. VII. 321 ff. 355. 3) R. M. 241, S. 376. 4) Man. T. 318.

Wollenband, Flor und Crepon, sächsischen Camelot, Kalbermägen zum Käsen“. Zahl 25.

8. Marktpatente, seit 1785 (s. o.) Zahl 860.

9. Hausierpatente, seit 1785 (s. o.) Zahl 569.

10. Magninpatente, für Savoyer Keßler, die im Auftrage von Kupferschmieden mit deren Waren hausierten und für sie altes Kupfer und Erz kauften; ein Patent galt für einen Meister und einen Knecht.¹⁾ Vom Kommerzienrate seit 1785 erteilt, vorher vom Staatsschreiber. Zahl 36.

11. Patente für einheimische Keßler (Kesselflicker), seit 1772, Gültigkeit lebenslänglich, Zahl 13.

12. Einfuhrpatente für fremde Hüte, seit 1785²⁾, keine.

Zahl aller Patente, die im Laufe eines Jahres ausgegeben wurden oder in Kraft bestanden: 3533.

In den Gutachten des Kommerzienrates treten oft zwei oder mehrere entgegengesetzte Ansichten auf; es gab eine Meinung, die die Markt- und Hausierpatente auf Lebenszeit erteilen wollte, um die häufigen Abgaben, die mit jeder Erneuerung verbunden waren, zu vermeiden. Nach einer Ansicht sollten manche Patente abgeschafft werden, weil sie unnötig seien, so die Tabakverkaufs- und Tabakseinfuhrpatente, die seinerzeit eingeführt worden waren, um durch Beschränkung des Importes den Tabakbau zu fördern; so die Ausfuhrpatente für rohe Häute und Felle, die Kommissionärpatente, die für die Einfuhr von Flaum, Federn usw., weil sie dem Handel Schranken setzten, die Ware verteuerten, „da doch Freiheit das alleinsicherste Aufmunterungsmittel derselben ist“.

Rät und Burger schafften in der großen Revision von 1792 drei von den genannten Patenten als unnütz ab: Die zum Tabakverkauf, zur Einführung fremder Produkte und zum Ankauf von Häuten und Fellen. Der Verkauf von Tabak ist also formell erst seit 1792 frei; die Einfuhr von fremden Stoffen wurde durch die Beseitigung der Patente nicht erlaubt oder doch nur den Burgern in den Städten, alle andern waren durch die Vorschriften der Kramladenpatente auf die Burger angewiesen. Zu den bisherigen kamen während einer kurzen Übergangszeit (1794—1796) Patente für die Ausfuhr von verarbeitetem Leder, von Metallen, Hanf, Flachs und Garn.

In der Waadt war schon am 18. Juni 1790 der ganze Handel

1) J. B. VII. 77.

2) Einfuhrverbot von fremden Hüten 29. Aug. 1785. (J. B. VII. 117.)

durch den Beschluß des Großen Rates ¹⁾ freigegeben worden, wahrscheinlich eine Maßregel zur Beruhigung der Waadt, wo sich der Einfluß der französischen Revolution, vor allem der des Schweizerklubs, anfang geltend zu machen.

Bis ans Ende seines Lebens sicherte der alte Staat den Städten ihre Handelsvorteile. Eines aber müssen wir anerkennen: Im Gegensatz zu Basel und Zürich schuf und erhielt sich die Landschaft in der Industrie eine selbständige Stellung, ja die Vorherrschaft gegenüber der Stadt, und diese machte keinen praktischen Versuch, sie anzutasten, wenn es auch an theoretischen Behauptungen, daß die Gewerbe der Stadt gehören, nicht fehlte; im Gegenteil wurden die Industriezweige des Emmenthals und des Aargaus ganz besonders gehegt und zu fördern gesucht.²⁾

S c h l u ß.

Wenn wir einen Rückblick auf die Tätigkeit des Kommerzienrates und den Erfolg dieser Arbeit werfen, so fällt uns in erster Linie sein Verhältnis zum Merkantilismus auf. Das System, das im absolutistisch regierten Frankreich verhältnismäßig leicht durchzuführen war, suchte sich auch unter der Kollegialverfassung des größten Schweizerkantons durchzusetzen. Und es ist ihm bis zu einem gewissen Grade gelungen, ohne daß es zur Karrikatur wurde. Die Ideen des Merkantilismus haben den Kommerzienrat ins Leben gerufen, und dieser machte, soweit es in den kleinen Verhältnissen nötig und möglich war, dessen Ziel zu dem seinigen; er bediente sich auch der von den Merkantilisten empfohlenen Mittel: Gewährung von Privilegien, Zollfreiheit, Ermäßigung der Herstellungskosten, Ausbildung tüchtiger Arbeitskräfte, Heranziehung fremder, Erhaltung der einheimischen, Kontrolle über die Manufakturen, billige und rasche Justiz, Anlegung von Verkaufsmagazinen, Sorge für gutes Geld, richtiges Maß und Gewicht, Unterstützung der Unternehmer mit Staatsgeld usw. Von der merkantilistischen Gesetzgebung anderer Länder unterscheidet ihn eine gewisse Fürsorge für die Arbeiter, wenn diese auch nicht so hervorragend wie in Zürich. Den praktischen Erfolg müssen wir

1) Man. W. 314.

2) Über die Stellung der Juden im 18. Jahrhundert vgl. *G. Tobler*, Bern und die Juden, im Berner Taschenbuch für 1893/94. Der Kommerzienrat faßte die Gutachten ab, denen im allgemeinen die Mandate entsprechen. Die wichtigsten Anträge finden sich an folgenden Stellen: J. B. VI. 149, 232, 255, 408, VII. 19, 172, 401, 403, VIII. 57, Man. W. 67. Daraus geht hervor, daß die judenfeindliche Politik vom Kommerzienrate ausging.

als ziemlich gering betrachten. Leinwand- und Baumwollindustrie blühten im Emmenthal und Aargau, bevor der Staat sich ihrer annahm. Sie, deren Verlag nicht in der Hauptstadt war, erreichten eine schöne Blüte, während andere Zweige nie von großer Bedeutung wurden. Daran waren mehrere Faktoren schuld. Einmal die Beibehaltung der zunftmäßigen Arbeitsordnung durch das ganze 18. Jahrhundert hindurch, mit den zahlreichen Beschränkungen und beengenden Vorschriften. Freilich gab es solche nur in der Stadt; aber das Landvolk suchte der Kommerzienrat, abgesehen von der ersten Zeit, gar nicht für die Industrie zu gewinnen. Nur die Bevölkerung des Oberlandes, die vom Boden allein nicht leben konnte, sollte zu gewerblicher Tätigkeit herangezogen werden, die des ebenen Landes sollte bei der Landwirtschaft bleiben. Wie oft wurde der Wunsch ausgesprochen, auch die Leinwand- und Baumwollindustrie, sogar die Gerberei in die Städte zu verlegen mit der Begründung, daß jede Industrie von Rechtswegen dorthin gehöre. Da war eine gedeihliche Entwicklung gehindert durch die beständige Uneinigkeit der Bürger und Hintersäßen. Zwischen beiden stand der Kommerzienrat, stets in einem unglücklichen Dualismus, indem er, selber aus Bürgern bestehend, deren Vorrechte wahren sollte, obschon das Interesse der Sache oft das Gegenteil verlangte.

Ein weiterer Grund ergibt sich aus der Betrachtung der Stellung des Kommerzienrates zu Handel und Industrie überhaupt. Sein Verhältnis zu diesen war ganz anders als das der Kaufmannsdirektorien von Zürich und St. Gallen. Diese bestanden aus Kaufleuten, und sie suchten die Industrie um ihrer selbst willen zu fördern. In Bern wurde die Volkswirtschaft als ein Mittel zur Hebung der Volkswohlfahrt und damit zur Vergrößerung des politischen Ansehens betrachtet. Dementsprechend übertrug der Staat die Fürsorge für die Industrie statt Kaufleuten Staatsmännern, die nicht immer über die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen verfügten. Diesen allgemeinen Verhältnissen ist die Hauptschuld an dem geringen Erfolge zuzuschreiben. Dem Kommerzienrate aber kann man das Zeugnis nicht versagen, daß er unter den gegebenen Umständen wacker und nach bestem Wissen gearbeitet habe.

VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG IN TÖBINGEN.

Die Münz- und Geldpolitik der Stadt Basel im Mittelalter.

Von

Bernhard Harms.

Gross 8. 1908. Im Einzelverkauf M. 6.50.

(Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Ergänzungsheft XXIII.)

Der Staatshaushalt Basels im ausgehenden Mittelalter.

(1361—1500.)

Quellen und Studien zur Finanzgeschichte Basels
herausgegeben von der

Historischen und Antiquarischen Gesellschaft zu Basel.

I. Teil: Quellenbände.

Bearbeitet von

Professor Dr. Bernhard Harms.

In Vorbereitung.

Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen.

Grundriß der Politischen Oekonomie.

Von

Dr. Eugen von Philippovich,

Professor an der Universität Wien.

Vollständig in 2 Bänden bzw. drei Teilen.

Erster Band:

Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Siebente, revidierte Auflage. Leg. 8. 1908. M. 10.—. Gebunden M. 11.—.

Zweiter Band:

Volkswirtschaftspolitik (in zwei Teilen). Erster Teil. Dritte, durchgesehene Auflage. 1905. M. 8.—. Gebunden M. 9.—.
Zweiter Teil. Erste bis dritte Auflage. 1907. M. 9.—.
Gebunden M. 10.—.

Preis des vollständigen Werkes M. 27.—. In 3 Leinwandbände gebunden M. 30.—. In einen Halbfranzband gebunden M. 30.—.

Halbfranzleinbanddecke zum vollständigen Werk M. 2.—.

Der fehlerhafte Staatsakt und seine Wirkungen.

Von Dr. Walter Jellinek.

(Unter der Presse.)

Das öffentliche Recht der Gegenwart.

Herausgegeben von Jellinek, Laband und Piloty.

Systematischer Teil.

Band I: Deutsches Reichsstaatsrecht. Von Dr. Paul Laband, ord. Professor des Rechts an der Universität Strassburg. Neubearbeitung auf der Grundlage der 3. Auflage des kleinen Staatsrechts des deutschen Reiches. Lex. 8. 1906. M. 8.—. Geb. M. 9.60. Bei Subscription auf das ganze Sammelwerk (Systematischer Teil und Jahrbuch) M. 7.20. Geb. M. 8.80.

Band II: Das Staatsrecht des Königreichs Württemberg. Von Dr. Karl Göz, Geheimer Rat und Vorstand des württ. Verwaltungsgerichtshofs. Lex. 8. 1908. M. 12.—. Gebunden M. 14.—. Bei Subscription auf das ganze Sammelwerk (Systematischer Teil und Jahrbuch) M. 10.80. Gebunden M. 12.80.

Band III: Völkerrecht. Von Dr. Emanuel Ritter von Ullmann, Geheimrat und Professor der Rechte an der Universität München. (Neubearbeitung auf der Grundlage der 1. Auflage (1898) im „Handbuch des öffentlichen Rechts“.) Lex. 8. 1908. M. 12.20. Gebunden M. 14.20. Bei Subscription auf das ganze Sammelwerk (Systematischer Teil und Jahrbuch) M. 11.—. Gebunden M. 13.—.

Band IV: Braunschweigisches Staatsrecht. Von A. Rhamm, Land Syndikus a. D. in Braunschweig. Lex. 8. 1908. Unter der Presse.

Fortlaufender Teil.

Jahrbuch des öffentlichen Rechts. Band I. 1907. Lex. 8. M. 11.—. Geb. M. 12.60. Bei Subscription auf das ganze Sammelwerk (Systematischer Teil und Jahrbuch) M. 9.90. Geb. 11.50.

Soeben erscheint:

Jahrbuch des öffentlichen Rechts. Band II. 1908. Lex. 8. M. 18.—. Geb. M. 20.—. Bei Subscription auf das ganze Sammelwerk (Systematischer Teil und Jahrbuch) M. 16.20. Geb. M. 18.20. Inhalt: Laband, Die Reichsgesetzgebung des Jahres 1907. — Doehow, Die Gesetzgebung Preussens im Jahre 1907. — Grassmann, Änderungen in der bayerischen Behördenorganisation. — Nägele, Das Wassergesetz für das Königreich Bayern vom 23. März 1907. — Haff, Der Stand des Gemeindeentlastungsrechtes in Bayern mit einem geschichtlichen Ueberblick. — Göz, Gesetzgebung Württembergs im Jahre 1907. — Walz, Die Gesetzgebung in Baden während der Jahre 1906 und 1907. — van Calker, Die Entwicklung der hessischen Verwaltungsorganisation im 19. Jahrhundert. — Seelig, Das Hamburgische Wahlgesetz zur Bürgerschaft vom 5. März 06.

Des weiteren Berichte aus Belgien (Errera), Dänemark (Hansen), Finnland (Erich), Griechenland (Saripolos), Italien (Siotto Pintor), Oesterreich (Ulbrich), Russland, (Schlesinger), Spanien (Posada), Ungarn (Steinbach); eine grössere Abhandlung über die Trennung von Staat und Kirche in Frankreich (Fardis), über die Haager Konferenz (Max Huber) und über Nationalitätenrecht (Lukas).

ZEITSCHRIFT
FÜR DIE
GESAMTE STAATSWISSENSCHAFT

Herausgegeben von

Dr. K. Bücher,
o. Professor an der Universität Leipzig.

Ergänzungsheft XXVII.

Die

Postsparkassen
als Volks- und Staatsbanken.

Von

Dr. Fritz Heber.

TÜBINGEN.

VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG

1908.

Preis im Einzelverkauf M. 5.—.

*Preis für die Abonnenten der „Zeitschrift für die gesamte Staats-
wissenschaft“ oder der „Ergänzungshefte“ M. 4.20.*

Ergänzungshefte zur Zeitschrift f. d. ges. Staatswissenschaft.

	Im Abon- nem.	Im Einzel- verkauf.
I. Das Gewerbe in Georgien unter besonderer Berücksichtigung der primitiven Betriebsformen. Von Ph. Gogitschyschwili. 1901.	2.80.	3.60.
II. Wollproduktion und Wollhandel im XIX. Jahrhundert mit besond. Berücksichtigung Deutschlands. Von W. Senkel. Mit 4 Diagrammen. 1901.	4.—.	5.—.
III. Der Petroleumhandel. Von R. Schneider. 1902.	2.10.	2.75.
IV. Die Beiräte für besondere Gebiete der Staatstätigkeit im Deutschen Reiche und in seinen bedeutend. Gliedstaaten. Von P. Hacker. 1903.	2.40.	3.—.
V. Die Parzellenwirtschaften im Königreich Sachsen. Von K. Hey. 1903.	4.60.	6.—.
VI. Die landwirtsch. Produktiv- u. Absatzgenossenschaften in Frankreich. Von A. Pfütze. 1903.	2.10.	2.75.
VII. Ostfrieslands Schifffahrt und Seefischerei. Von L. E. Lübbbers. Mit 8 Tabellen. 1903.	2.45.	3.20.
VIII. Die Schwankungen der landwirtsch. Reinerträge, berechnet für einige Fruchtfolgen mit Hilfe der Fehlerwahrscheinlichkeitsrechnung. Von A. Mitscherlich. Mit 2 Tafeln und vielen Tabellen. 1903.	3.30.	4.20.
IX. Die Bankkatastrophen in Sachsen im Jahre 1901. Von A. Schulze. 1903.	2.80.	3.60.
X. Die Gesindevermittlung in Deutschland. Von F. Ludwig. Mit 2 graph. Darstellungen im Text. 1903.	3.60.	4.50.
XI. Der Musterlagerverkehr der Leipziger Messen. Von P. L. Heubner. 1904.	2.—.	3.—.
XII. Das Schuldenwesen der deutschen Städte im Mittelalter. Von B. Kuske. 1904.	2.—.	2.50.
XIII. Der Frondienst als Arbeitssystem. Seine Entstehung und seine Ausbreitung. Von O. Siebeck. 1904.	2.—.	2.50.
XIV. Beiträge zur Lehre von den Lohnformen. Von O. von Zwiédineck-Südenhorst. 1904.	2.80.	3.60.
XV. Salpeterwirtschaft und Salpeterpolitik. Eine volkswirtschaftl. Studie über das ehemalige europäische Salpeterwesen, nebst Beilagen. Von O. Thiele. 1905.	5.—.	6.—.
XVI. Deutschlands Lederproduktion und Lederhandel. Von J. Hanisch. 1905.	2.50.	3.20.
XVII. Die Inventur der Firma Fugger aus dem Jahre 1527. Von J. Strieder. 1905.	3.—.	3.60.
XVIII. Englische Freihändler vor Adam Smith. Ein Beitrag zur Geschichte der Politischen Oekonomie. Von F. Raffel. 1905.	4.—.	5.—.
XIX. Der Steinkohlenbergbau in Preussen und das Gesetz des abnehmenden Ertrages. Von A. Bosenick. 1906.	2.50.	3.—.
XX. Die neuere Entwicklung des Petroleumhandels in Deutschland. Von Fr. Gehrke. 1906.	2.60.	3.—.
XXI. Die Uhrenindustrie des württembergischen Schwarzwaldes. Von J. Kuckuck. 1906.	3.60.	4.50.
XXII. David Ricardo und die Grenzwerttheorie. Von Dr. Dimitri Kalinoff. 1907.	3.—.	3.60.
XXIII. Die Münz- und Geldpolitik der Stadt Basel im Mittelalter. Von Bernhard Harms. 1907.	5.50.	6.50.
XXIV. Die Wertzuwachssteuer. Von Karl Kumpmann. 1907.	2.80.	3.60.
XXV. Das Branntweinmonopol in Russland. Von David Lewin. 1908.	4.45.	5.—.
XXVI. Der bernische Kommerzienrat im 18. Jahrhundert. Von Dr. Ernst Lerch. 1907.	3.40.	4.—.
XXVII. Die Postsparkassen als Volks- und Staatsbanken. Von Dr. Fritz Heber. 1907.	4.20.	5.—.

ZEITSCHRIFT

FÜR DIE GESAMTE

STAATSWISSENSCHAFT

In Verbindung mit

Oberbürgermeister Dr **F. ADICKES** in Frankfurt a./M., Prof. Dr **G. COHN** in Göttingen, Oberbürgermeister a. D. Dr **v. HACK** in Urach, Ober-Verw.-Ger.-Rat Prof. Dr **F. v. MARTITZ** in Berlin, Kaiserl. Unterstaatssekretär z. D., Prof. Dr **G. v. MAYR** in München, Prof. Dr **Fr. J. v. NEUMANN** in Tübingen, Minister a. D. Dr **K. SCHENKEL** in Karlsruhe, Prof. Dr **A. VOIGT** in Frankfurt a. M., Geh. Reg.Rat Prof. Dr **A. WAGNER** in Berlin, Dr Freiherr **v. WEICHS** bei d. Direkt. d. k. k. Staatsbahnen in Innsbruck

HERAUSGEGEBEN

VON

Dr K. BÜCHER,

o. Professor an der Universität Leipzig

Ergänzungsheft XXVII.

Die Postsparkassen als Volks- und Staatsbanken.

Von

Dr. Fritz Heber.

T Ü B I N G E N
VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG
1908.

Die

Postsparkassen

als Volks- und Staatsbanken.

Von

Dr. Fritz Heber.

TÜBINGEN
VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG
1908.

ZEITSCHRIFT
FÜR DIE GESAMTE
STAATSWISSENSCHAFT

In Verbindung mit

Oberbürgermeister Dr F. ADICKES in Frankfurt a./M., Prof. Dr G. COHN in Göttingen, Oberbürgermeister a. D. Dr v. HACK in Urach, Ober-Verw.-Ger.-Rat Prof. Dr F. v. MARTITZ in Berlin, Kaiserl. Unterstaatssekretär z. D., Prof. Dr G. v. MAYR in München, Prof. Dr Fr. J. v. NEUMANN in Tübingen, Minister a. D. Dr K. SCHENKEL in Karlsruhe, Prof. Dr A. VOIGT in Frankfurt a. M., Geh. Reg.Rat Prof. Dr A. WAGNER in Berlin, Dr Freiherr v. WEICHS bei d. Direkt. d. k. k. Staatsbahnen in Innsbruck

HERAUSGEGEBEN

VON

Dr K. BÜCHER,

o. Professor an der Universität Leipzig

Ergänzungsheft XXVII.

Die Postsparkassen als Volks- und Staatsbanken.

Von

Dr. Fritz Heber.

T Ü B I N G E N
VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG
1908.

Die

Postsparkassen

als Volks- und Staatsbanken.

Von

Dr. Fritz Heber.

TÜBINGEN
VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG
1908.

Alle Rechte vorbehalten.

DRUCK VON H. LAU P P JR IN TUBINGEN.

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorbemerkung	VII
Literaturangabe	IX—XI
Einleitung	I— 2
I. Kapitel. Die Entwicklung der Postsparkassen in den einzel- nen Ländern	3—103
England	3
Belgien	26
Frankreich	35
Italien	43
Niederlande	49
Oesterreich	54
Ungarn	57
Russland	60
Schweden	65
Finnland	68
Rumänien	71
Bulgarien	73
Türkei	75
Kap-Kolonie	75
Transvaal	78
Sierra Leone	79
Rhodesia	80
Aegypten	80
Kanada	82
Britisch-Guiana	83
Hawai	84
Bahamas-Inseln	85
Britisch-Vorderindien	86
Niederländisch-Indien	89
Ceylon	90
Japan	90
Viktoria	93
Neu-Süd-Wales	96
Queensland	97

— VI —

	Seite
Westaustralien	98
Südaustralien	99
Neu-Seeland	100
Tasmanien	101
II. Kapitel. Vergleichende Zusammenfassung	104—130
a) Vergleichung der Postsparkassen	104
b) Bedeutung der Postsparkassen	124
III. Kapitel. Postsparkassen als Staatsbanken	131—163
a) Die Entwicklung des Postscheck- und Giroverkehrs in	
Oesterreich	131
Ungarn	147
Schweiz	151
Sierra Leone	155
b) Vergleich der Postscheck- und Giroeinrichtungen Oesterreichs,	
Ungarns und der Schweiz	155
c) Die Bedeutung des Postscheck- und Giroverkehrs	158
IV. Kapitel. Die Bestrebungen zur Einführung einer Postsparkasse sowie des Postscheck- und Giroverkehrs im Deutschen Reiche	164—190
a) Die Bestrebungen zur Einführung einer Postsparkasse	164
b) Die Bestrebungen zur Einführung des Postscheck- und Giroverkehrs	175

Vorbemerkung.

Während meiner Tätigkeit in einem Leipziger Bankhause bemerkte ich auf den Geschäftsbriefen einiger vogtländischer Textilfirmen öfters den Aufdruck: »Postsparkassakonto No. . . .« Auf meine Nachfrage erhielt ich zur Antwort, es handle sich hierbei um ein Scheckkonto bei der österreichischen Postsparkasse. Da ich keine rechte Vorstellung von der Bedeutung dieser Anstalt hatte, liess ich mir von Wien das nötige Material kommen, um mich über die Organisation näher zu informieren. Die weitere Beschäftigung mit den Postsparkassen hat dann zu der vorliegenden Arbeit geführt, die fast ausschliesslich auf amtlichem Material beruht, das mir die betreffenden Direktionen — mit geringen Ausnahmen alle — freundlichst zugeschickt haben.

Ich will noch bemerken, dass ich, um viele Wiederholungen zu vermeiden, in Anlehnung an den französischen Sprachgebrauch dem Begriffe Postsparkasse (*caisse d'épargne postale*) den Begriff Privatsparkasse (*caisse d'épargne privée*, auch *ordinaire*) gegenübergestellt habe, der auch die kommunalen Kreis- und Provinzsparkassen mit umfasst. Manches, was ich — z. B. hinsichtlich der Sicherheit — von den Privatsparkassen im allgemeinen gesagt habe, trifft für die Kommunal- und dergl. Sparkassen naturgemäss nur in bedingter Weise zu, woran ich den Leser sich zu erinnern bitte.

In der vorliegenden Arbeit sind die Postsparkassen der ganzen Welt behandelt, mit Ausnahme der in der Oranje River Colonie bestehenden, über die ich neuere Daten nirgends habe erhalten können.

Den Herren Prof. *Karl Bücher* und Geheimen Regierungsrat *Kalähne* zu Leipzig, die mir bei der Abfassung der Arbeit manche Auskunft erteilt haben, sage ich an dieser Stelle meinen Dank.

Literaturangabe.

Die Hauptquellen, die ich benutzt habe, sind amtliche Broschüren, Jahresberichte und schriftliche Mitteilungen seitens der Direktionen der Postsparkassen. All dieses hier aufzuführen, wäre zu weitgehend, es ist in den Fussnoten des ersten Kapitels für jedes einzelne Land zu finden¹⁾. Von der eigentlichen Literatur, die ich im folgenden anführe, ist das meiste veraltet:

Archiv für Post und Telegraphie. 1.—35. Jahrgang. Berlin.

Bericht der Bank des Berliner Kassenvereins über das Geschäftsjahr 1906. Berlin 1907.

British and foreign trade and industry. Second Series of Memoranda, Statistical tables and Charts. London.

Bücher, Karl, Die belgische Sozialgesetzgebung und das Arbeiterwohnungsgesetz vom 9. August 1889, in Brauns Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, IV. Band, Berlin 1891, Seite 249 ff. u. 442 ff.

Buff, Siegfried, Die bargeldlose Zahlung und die deutschen Behörden, in den Annalen des Deutschen Reiches für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, München 1907, S. 788 ff.

Chevaucher, A., Les caisses d'épargne en France (Histoire et législation), Paris 1906.

Chodsky, Lehrbuch der politischen Oekonomie und Finanzwissenschaft. Petersburg 1903.

Dullo, Heinrich, Weg mit den Postsparkassen. Jena 1881.

— Wider die Postsparkassen. Brandenburg 1884.

Elster, Dr. Ludwig, Die Postsparkassen. Jena 1881.

Fischer, P. D., Die englischen Postsparkassen. Jahrb. für Nationalökonomie und Statistik, Band 16. Jena 1871, Seite 377 ff.

— Der internationale Kongress zu Paris für Wohlfahrtseinrichtungen. Jahrb. für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. Neue Folge, 3. Jahrgang, Leipzig 1879, S. 48 ff.

Gariel, Georges, Les chèques et virements postaux en Suisse, in der Revue économique internationale. 4. Jahrg. Band IV Nr. 1, Brüssel 1907, Seite 80 ff.

Geschichte der Postsparkasse. Aus dem Buch: Die Entwicklung des japanischen Verkehrswesens, Sonderausgabe der Zeitung Tayo (The Sun), Tokio 1906.

Grimm, Karl, Die Postsparkassen, Stuttgart 1896.

¹⁾ Das ganze Quellenmaterial ist jetzt im Besitze der Vereinigten staatswissenschaftlichen Seminare der Universität Leipzig (Prof. *Karl Bücher*).

- Halasz, Alexander*, Artikel »Postsparkasse« im Oesterreichischen Staatswörterbuch, II. Band, Wien 1897.
- Heidemann, Dr. Paul*, Zur Entwicklung des deutschen Sparkassenwesens unter besonderer Berücksichtigung der Postsparkassenfrage. Halle a. S. 1907.
- Kirschberg, Dr. Manfred*, Der Postscheck. Leipzig 1906.
- Krämer, G.*, Das Postbankwesen. Jahrb. f. Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Band 33, Jena 1907, Seite 209 ff.
- Laves, Th.*, Die Bestrebungen zur Einführung des Depositenbanksystems mit Giro- und Scheckverkehr und die österreichische Postsparkasse. In *Schmollers* Jahrb. für Gesetzgebung und Verwaltung, Band 10, Leipzig 1886, Seite 260 ff.
- Leth, Dr. Karl*, Das Postsparkassenwesen und seine Entwicklung, in der Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, Band 9, Wien und Leipzig 1900, Seite 241 ff.
- Lewins, William*, A History of banks for saving in Great Britain and Ireland. London 1866.
- Lewinsky, Karl*, Der Anweisungsverkehr des Postsparkassenamtes im Staatshaushalte in der Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 13. Band, Wien und Leipzig 1904, Seite 369 ff.
- Der Postsparkassenscheck, ebendasselbst, 16. Band, 1907, Seite 583 ff.
- Loening, E.*, Artikel »Sparkassen« in *Schönbergs* Handbuch der politischen Oekonomie, Band III. 2.
- Mahillon, Léon*, Rapport sur les caisses d'épargne en Belgique de 1830 à 1888. Bruxelles 1890.
- Malarce, A. de*, Les caisses d'épargne, Journal des économistes 1879, Band IV, Seite 441 ff.
- Le mécanisme de la caisse d'épargne postale, Journal des économistes, 1880, Band III, Seite 106 ff.
- Morel, Heinrich*, Die Postsparkassen. Bern 1882.
- Rauchberg*, Der Clearing- und Giroverkehr in Oesterreich-Ungarn und dem Auslande. Wien 1897.
- Raudnitz, Dr. J.*, Der Scheckverkehr der Postsparkasse und seine Entwicklung, in der Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 13. Band, Wien und Leipzig 1904, Seite 547 ff.
- Rechnungsabschlüsse der Oesterreich-Ungarischen Bank* für das Jahr 1906. Wien 1907.
- Roscher, Dr. Carl*, Postsparkassen und Lokalsparkassen. Dresden 1885.
- Sassen, Armand*, Caisse d'épargne postale des Pays-Bas. Principales modifications legales. Franeker 1900.
- Memoire sur la caisse d'épargne postale des Pays-Bas. Franeker 1903.
- Schachner, Robert*, Das australische Sparkassenwesen. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Band 34, Jena 1907, S. 65 ff.
- Scherl, August*, Das Ministerium Eulenburg und das *Scherl'sche* Sparsystem. Berlin 1894.
- Seidel, Reg. Rat Dr.*, Artikel »Sparkassen« im Handwörterbuch der Staatswissenschaften.
- Das Sparkassenwesen, in der Tübinger Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. 64. Jahrg., Tübingen 1908, Seite 58 ff.
- Postsparkassen, ebendasselbst Seite 293 ff.
- Sieblist, Otto*, Die Post im Ausland. Berlin 1892.
- Tobisch, Eduard*, Scheck- und Clearingverkehr des österreichischen Postsparkassen-

— XI —

- amtes. Jahrb. für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Band 4, Jena 1892, Seite 1 ff.
- Unser Vaterland Japan.* Ein Buch, geschrieben von japanischen Staatsmännern. Leipzig 1904.
- Wolff, W. Henry*, Savings Banks at home and abroad. Journal of the Royal statistical society, Band 60, Jahrg. 1897, London, Seite 278 ff.
- Zahner, Joseph*, Unsere Postsparkasse — ein österreichischer Erfolg. Wien 1907.
- Zetsch*, Ueberblick über die bestehenden Postsparkassen, im Archiv für Post und Telegraphie 31. Jahrgang, Berlin 1903, Seite 467 ff. und 491 ff.

A u s s e r d e m :

- Bidrag till Sveriges Officiella Statistik. Stockholm 1901.
- Russisches Reichsgesetzbuch Band 12, Teil 1. Petersburg 1904.
- Statistische Jahrbücher aller in Betracht kommenden Länder, soweit zugänglich.
- The Statesmans Year-Book. London.
- Zeitschrift des Preussischen Statistischen Bureau. Berlin.
-
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, I. Session 1884/5, Anlage-Band V, Berlin 1885, Seite 309 ff.
- Reichshaushalt-Etat für das Rechnungsjahr 1900, Anlage XIV a. Berlin 1899.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, X. Legislaturperiode, I. Session 1898/1900, V. Band, Berlin 1900, Seite 3807 ff.
- Desgl. XII. Legislaturperiode, I. Session, Anlagen zu den stenographischen Berichten No. 664—820, Berlin 1908, No. 747.
- Desgl. No. 821—985, Berlin 1908, S. 5310 f. (No. 873.)
- Desgl. XII. Legislaturperiode, I. Session, Band 232, Berlin 1908, Seite 4486 ff. Seite 4980 ff., Seite 5224.
- Verschiedene Artikel aus der Frankfurter Zeitung, dem Berliner Tageblatt, den Leipziger Neuesten Nachrichten und dem Leipziger Tageblatt.
-



Einleitung.

Postsparkasse nennt man die Einrichtung, die darin besteht, dass die Postanstalten, sei es allein, sei es mit anderen Staatsanstalten zusammen, Spargelder annehmen, an die vom Staate oder unter dessen Gewährleistung errichteten Anstalten, die mit ihrer Verwaltung betraut sind, abführen, und dieselben jederzeit unter Garantie des Staates zurückzahlen.

Die Postsparkassen verdanken ihre Entstehung dem Bestreben, den Spartrieb in weitgehendster Weise besonders unter den ärmeren Bevölkerungsklassen zu fördern, um dieselben für Fälle der Not oder Krankheit auf sich selbst zu stellen. In Ländern mit entwickelter Volkswirtschaft sind sie neben die bestehenden älteren Privatsparkassen getreten, weil diese ihrem ursprünglichen Zwecke, Sammelbecken für die Einkommensüberschüsse des kleinen Mannes zu sein, nicht mehr in genügendem Masse nachkamen, und weil sie wegen ihrer zu geringen Verbreitung und der unzureichenden Bequemlichkeiten für die Sparer den bestehenden Bedürfnissen nicht mehr genügten. In Ländern mit unentwickelter Volkswirtschaft, wie Japan, einigen Kolonien europäischer Staaten, auch Russland, sind sie dagegen die ersten Sparinstitute, die gegründet wurden, weil sie die Absicht, ein unentwickeltes Volk zum Sparen zu erziehen, am besten zu verwirklichen vermochten.

Postsparkassen bestehen heute in den meisten europäischen Staaten, zu denen leider Deutschland nicht gehört, in einem aussereuropäischen Staate und einigen Kolonien Englands, Frankreichs und Hollands. Die Schilderung ihrer Entwicklung in den einzelnen Staaten wird das erste Kapitel dieser Arbeit füllen. In einem zweiten Kapitel werden die verschiedenen Postsparkassen miteinander verglichen, ihre Hauptmerkmale hervorgehoben und ihre Bedeutung geschildert.

Ueber den eigentlichen Zweck der Postsparkassen als reiner

Sparanstalten hinausgewachsen sind die Einrichtungen Oesterreichs und Ungarns, insofern, als sie wegen ihres Scheck- und Clearingverkehrs reine Staatsbanken geworden sind; einen Scheck- und Clearingverkehr hat auch die Schweiz bei ihrer Post eingeführt. Die Besprechung dieser Anstalten bleibt einem dritten Kapitel dieser Arbeit vorbehalten, während in dem letzten Kapitel die Bestrebungen zur Einführung der Postsparkasse sowie des Postscheck- und Clearingverkehrs in Deutschland geschildert werden sollen.

I. Kapitel.

Die Entwicklung der Postsparkassen in den einzelnen Ländern.

England.

Da in England die Unsicherheit der Privatsparkassen den Anstoss zur Gründung der Postsparkasse gab, während in andern Ländern für die Errichtung gleicher Anstalten hauptsächlich die Erfolge der englischen Postsparkasse massgebend waren, ist es notwendig, hier auf die Geschichte des englischen Sparwesens näher einzugehen.

Die ersten englischen Sparkassen wurden 1798 in Wendover von Rev. *Joseph Smith* und 1799 in Tottenham von *Priscilla Wakefield* gegründet. Sie waren reine Wohltätigkeitsanstalten, die die Ersparnisse der Armen sammelten, um sie ihnen bei Krankheit oder zu Weihnachten wieder zurückzuzahlen. Obwohl sie ganz unbedeutend waren, lenkten sie doch die Blicke der Oeffentlichkeit in so hohem Masse auf sich, dass ein Mr. *Whitbread* im Februar 1807 zur Besserung der Lage der arbeitenden Klasse die Gründung einer nationalen Bank in London empfahl, in die jeder Arbeiter unter Beihilfe der Post Beträge von 20 sh. bis £ 200 einzahlen konnte. Der Gedanke an eine unter Leitung und Garantie des Staates stehende Postsparkasse taucht hier zum ersten Male auf. Der Entwurf, von dem noch des weiteren zu reden sein wird, wurde jedoch durch die Agitation fortschrittfeindlicher Zeitschriften, wie der »Quarterly Review« und der »Edinburgh Review« zu Fall gebracht.

In den folgenden Jahren wurden noch mehr derartige Sparkassen gegründet, so z. B. in Bath, Southampton, Exeter, Devon und Hertford, alle in England und Schottland. Meist waren Geistliche die Gründer und Vorsteher. Die Verwaltungskosten

und die Zinsen wurden ausschliesslich durch milde Stiftungen aufgebracht.

Als einen wesentlichen Fortschritt muss man die Sparkasse zu Ruthwell in Schottland bezeichnen, insofern, als sie es versuchte, sich auf sich selbst zu stellen. Sie wurde 1810 von einem jungen Geistlichen *Dr. Duncan* gegründet, der in Wort und Schrift schon viel für die soziale und sittliche Besserstellung der unteren Klassen gewirkt hatte. Um bei plötzlich eintretendem Bedarf immer Geld zur Hand zu haben, wurde ein Hilfsfond gebildet, in den »ausserordentliche Mitglieder« einen jährlichen Beitrag von 5 sh bez. £ 1.— leisteten, um dafür mitberatende Stimme bei den Besprechungen der Sparkassenangelegenheiten zu haben. Im übrigen war aber die Sparkasse auf sich selbst gestellt, sie vergab ihre Gelder zu 5 % an die British Linen Company und zahlte davon 4 % an ihre Sparer weiter. Ganz unabhängig dagegen stand die um dieselbe Zeit gegründete Sparkasse von Edinburgh da, die keinerlei Hilfsfond besass. Nach ihren Statuten richtete für die Folge eine Menge neuer Sparkassen ihren Geschäftsbetrieb ein.

1815 wurde auch in Irland die erste Sparkasse gegründet, und zwar die »Parochial Bank« in Stillorgan, der bald andere folgten.

Es war nur natürlich, dass die Sparkassen bei der hohen Bedeutung, die sie im Laufe der Zeit als ein wichtiges Erziehungsmittel des Volkes zur Selbsthilfe gewinnen mussten, bald die Augen des Gesetzgebers auf sich lenkten. 1815/16 brachte Mr. *George Rose* einen Gesetzentwurf im Parlamente ein, der 1817 für England, Irland und Wales Gesetz wurde. Er enthielt kurz folgende Bestimmungen: 1. Die Statuten der Sparkassen mussten beim Friedensrichter hinterlegt werden. 2. Kuratoren und Vorsteher von Sparkassen durften keinerlei Geschäftsvorteile geniessen. 3. Alle Spargelder mussten an die Bank von England abgeführt werden, die sie ihrerseits an die Staatsschuldentilgungskommission zur Anlegung in 3 %igen Bank Annuitäten weitergeben musste. 4. Den Kuratoren wurden 4 £ 11 sh. 3 d p. a. Zinsen gewährleistet.

Damit übernahm also die Regierung die Garantie für die an die Bank von England gezahlten Spargelder. Der Entwurf war zwar in der Debatte nicht ohne lebhaften Widerspruch geblieben, insbesondere wurde geltend gemacht, man solle die Gelder doch

da wieder nutzbringend anlegen, woher sie gekommen seien, aber schliesslich siegte doch der Grundsatz der absoluten Sicherheit. Der Erfolg des Gesetzes war überraschend. Mitte 1818 schon gab es in England und Wales 227 Sparkassen, ungefähr ebensoviele in Irland und Schottland. Innerhalb der ersten 9 Monate waren £ 657 000 bei der Bank von England eingezahlt. Die hohe Verzinsung scheint auch viele Reiche angelockt zu haben, Geld bei den Sparkassen zu deponieren, obgleich das Gesetz dem durch die Einlagenbegrenzung (im ersten Jahre £ 100, in jedem weiteren £ 50) einen Riegel verschieben wollte.

1824 brachte der Schatzkanzler deshalb einen Entwurf im Parlament ein, die Einlagen auf £ 50 fürs erste Jahr, auf £ 30 für jedes weitere und auf £ 200 überhaupt zu begrenzen, eventuell auch den Zinsfuss zu reduzieren. Aber erst im Jahre 1828 sollte diese Absicht verwirklicht werden. In diesem Jahre machte Mr. *Joseph Hume* die Regierung darauf aufmerksam, dass seit 1817 den Kuratoren der Sparkassen mehr Zinsen gezahlt würden, als die Anlage der Gelder der Regierung selbst brächte. Und zwar bezifferte er den Verlust

für die Jahre	auf	für die Jahre	auf	für die Jahre	auf
1817/18	£ 12 838	1822	£ 28 377	1826	£ 114 105
1819	„ 14 098	1823	„ 42 487	1827	„ 134 664
1820	„ 17 210	1824	„ 88 850	1828	„ 160 184
1821	„ 19 019	1825	„ 112 732		

Die Folge davon war, dass ein Gesetz zustande kam mit folgenden hauptsächlichen Bestimmungen: 1. Die Verzinsung beträgt fortan nur noch 3 £ 16 sh $\frac{1}{2}$ d. 2. Die Einlagen dürfen nur noch £ 30 jährlich betragen bis £ 150 überhaupt. Durch Zinsengutschrift darf ein Guthaben bis zur Grenze von £ 200 auflaufen, hinter der auch die Verzinsung aufhört. 3. Wohltätigkeitsgesellschaften können jährlich £ 100 einzahlen bis höchstens £ 300.

Bis zum Jahre 1833 machten die Sparkassen kein neues Gesetz notwendig. In diesem Jahre brachte der Schatzkanzler *Lord Althorp* einen Gesetzentwurf ein, der es den Sparern ermöglichen sollte, sich mit Hilfe der Sparkassen eine von der Regierung garantierte Leibrente zu sichern. Der Entwurf wurde 1833 für England, 1835 für Schottland Gesetz.

Die Sparkassen hatten anfangs viel unter der Gegnerschaft einflussreicher Männer wie Mr. *Thomas Attwood*, bedeutender Tagesblätter, wie der *Times*, vor allen Dingen aber unter der

Agitation der Versicherungsgesellschaften und Wohltätigkeitsgesellschaften (Benefit societies) zu leiden. Letztere hatten von den Pressfeldzügen den Vorteil, denn ihre Zahl stieg von 1802—1820 von 9622 auf die fünffache Höhe. Im allgemeinen weist aber die Tätigkeit der Sparkassen ein ständiges Wachstum auf, wie die folgende Tabelle zeigt:

Jahr	Eingezahlte Summen £	Vorhandene Summen £	Jahr	Eingezahlte Summen £	Vorhandene Summen £
1817	231 028	231 028	1830	1 056 584	14 860 188
1818	1 533 812	1 697 853	1831	1 037 629	14 698 635
1819	1 233 684	2 813 023	1832	1 099 368	14 416 885
1820	807 825	3 469 910	1833	1 448 751	15 324 795
1821	1 312 800	4 740 188	1834	1 575 016	16 386 035
1822	1 849 264	6 546 690	1835	1 654 896	17 469 617
1823	2 205 272	8 684 662	1836	2 006 588	18 934 591
1824	3 149 151	11 720 629	1837	1 649 691	19 711 797
1825	1 769 988	13 257 708	1838	2 200 663	21 446 341
1826	1 131 659	13 135 218	1839	2 137 502	22 486 553
1827	1 475 250	14 188 708	1840	1 949 126	23 549 716
1828	1 734 374	15 358 504	1841	1 950 751	24 536 971
1829	960 142	14 791 495			

Wie schon erwähnt, hatte der hohe von der Regierung gewährte Zinsfuss auch viele Reiche angelockt, ihre Gelder bei den Sparkassen anzulegen. Die im Jahre 1828 erfolgte Zinsenreduktion bewirkte, dass sie sich zum grössten Teil zurückzogen. Das Jahr 1829 weist deswegen einen bedeutenden Rückgang sowohl in der Summe der Einzahlungen wie in den Guthabenbeständen auf. 1840 kam in England 1 Sparer auf 22 Einwohner, auf 52 in Schottland, 58 in Wales und 103 in Irland; die Zahl der kleinen Guthaben war bis zu diesem Jahre beständig gestiegen, während die Summen für Armenunterstützung ein stetiges Fallen zeigten, gewiss ein erfreuliches Zeichen für den hohen sozialen Wert und die steigende Bedeutung der Sparkassen.

Im Jahre 1844 setzte eine lebhafte Agitation gegen die Sparkassen ein, die ihren Grund in den zunehmenden Missständen hatte, die sich bei ihnen zeigten, wie Unterschlagung von Geldern, ehe sie an die Bank von England abgeführt wurden. Die bedeutendste Unterschlagung, die vorkam, war die bei der Cuffe Street Bank in Dublin. Hier hatte der Verwalter Mr. *Dunn*, der als ein besonders frommer Mann galt, durch viele Jahre hindurch Unterschlagungen von bedeutendem Umfange gemacht. Die Sparkasse versuchte noch, sich einige Jahre zu halten, musste dann aber im Jahre 1848 fallieren. Die Erbitterung unter der armen irischen Bevölkerung, die durch diesen Bankerott alles verlor, war

unermesslich. Da um fast dieselbe Zeit auch bei der Hertford Savings Bank Unterschlagungen in Höhe von £ 24000 aufgedeckt wurden, begegneten die Sparkassen grossem Misstrauen, das sich in einer namhaften Zurückziehung von Spargeldern zeigte, die erst allmählich wieder zurückflossen.

Diese Vorgänge konnten der Regierung naturgemäss nicht verborgen bleiben, sie brachte verschiedene Gesetzentwürfe ein, um in Zukunft ähnlichen Missständen zu begegnen; vor allen Dingen setzte sie die Bestimmung durch, dass zwecks besonderer Kontrolle in Zukunft die Einlagebücher jährlich einmal eingereicht werden sollten. Auch sah sie sich gezwungen, auf das dringende Verlangen der irischen Abgeordneten, den Zustand der irischen Sparkassen zu untersuchen, die Verluste der irischen Sparer zu ersetzen, obwohl die Untersuchungskommissionen keinerlei aufsehenerregende Berichte einsandten, wie man fürchtete. War diese Massnahme auch durch den Umstand, dass es sich bei der Dubliner Sparkasse ausschliesslich um arme Leute handelte, gerechtfertigt, so schuf die Regierung doch dadurch einen Präzedenzfall, der ihr noch manche Ungelegenheiten bereiten sollte.

Den Einfluss, den alle diese Vorgänge auf die Verhältnisse der Sparkassen ausübten, mag man aus folgender Tabelle ersehen, die die Guthabenbestände der Sparkassen von 1842—1861, dem Gründungsjahr der Postsparkasse, angibt.

Jahr	Guthaben in £	Jahr	Guthaben in £
1842	25 406 642	1852	31 754 261
43	27 244 266	53	33 362 260
44	29 653 180	54	33 736 080
45	30 950 983	55	34 263 135
46	31 851 238	56	34 946 012
47	30 236 632	57	35 145 567
48	28 114 136	58	36 220 362
49	28 537 016	59	38 995 876
50	28 930 982	60	41 258 368
51	30 277 654	61	41 546 475

Das Misstrauen, dem die Sparkassen infolge der zahlreich aufgedeckten Betrügereien begegneten, zeigt sich in der starken Abnahme der Guthabenbestände in den Jahren 1847—1849. Erst allmählich fliessen die Gelder wieder zurück, um in den Jahren 1859—1860, in denen die Regierung die Verluste der Dubliner Sparer ersetzte und damit im Lande die Meinung hervorrief, als käme sie fürderhin für alle Verluste auf, rapid zu steigen.

Die Verluste, die die Sparkassen durch Unterschlagungen erlitten, erreichten in den Jahren 1840—1860 eine ganz gewaltige

Höhe. *Levins*¹⁾ berechnet den Totalverlust für die 13 Jahre von 1844—57 auf £ 179 280 (3,6 Mill. Mark), unter Hinzurechnung der Verluste bei der Cuffe Street Bank in Dublin, die von der Regierung bezahlt wurden, kommt man auf £ 17 600 Verlust pro Jahr oder £ 7 900 Verlust für 1 Sparkasse. All diese Summen waren von ungetreuen Beamten unterschlagen worden. Je weiter nämlich mit der Zeit die Sparkassen sich ausgebreitet hatten, je mehr ihr Geschäftsbetrieb gewachsen war, desto mehr waren die menschenfreundlichen Gründer und die unbesoldeten Verwalter verschwunden und hatten besoldeten Beamten Platz gemacht, die fast unbeschränkte Gewalt besaßen. Die Regierung brachte deshalb zwischen 1850 und 1860 verschiedene Gesetzentwürfe ein, die ihr eine schärfere Kontrolle der Sparkassen, besonders das Recht zu plötzlichen Revisionen, sichern sollten, sie vermochte sie indes nicht durchzubringen, da sich die Gegenagitation der Sparkassen als zu mächtig erwies. Unter anderem setzte sie 1858 eine Kommission ein, die die Sparkassengesetzgebung untersuchen und Verbesserungsvorschläge machen sollte, ohne dass sich jedoch ein greifbares Resultat ergab. Ich erwähne diese Kommission lediglich deshalb, weil unter ihren Mitgliedern zum ersten Male der Name eines Mannes auftaucht, der uns später noch weiter beschäftigen wird, *Ch. W. Sikes* aus Huddersfield.

Die Ueberzeugung, dass in dem Sparkassenwesen eine grundlegende Reform Platz greifen müsse, brach sich immer mehr Bahn, zumal noch andere Momente in Betracht kamen als die Unsicherheit, die eine Reform nötig erscheinen liessen, zunächst die geringe Anzahl der Sparkassen und ihre regellose Verbreitung über das Land. 1861 gab es in ganz Gross-Britannien 638 Sparkassen, d. h. 1 Sparkasse kam auf 43 000 Einwohner. Dabei lagen sie ganz unregelmässig über das Land zerstreut: es gab reiche Industriegegenden, und einige Inseln, wo gar keine Kasse vorhanden war, in anderen Gegenden lag die nächste Sparkasse für durchschnittlich die Hälfte der Sparer 6—20 Meilen entfernt. Es ist ohne weiteres ersichtlich, dass deshalb ein grosser Prozentsatz der Leute, die sparen konnten und wollten, nicht dazu kam, eben weil der Weg bis zur nächsten Sparkasse zu weit war. Dann liess bei den

1) *William Levins*, A History of Banks for Saving in Great Britain and Ireland, London, Seite 224. Ich habe hauptsächlich dieses Werk für die Darstellung der Geschichte der englischen Privatsparkassen benutzt.

bestehenden Sparkassen die Zahl der Geschäftsstunden sehr zu wünschen übrig. Von den 638 im Jahre 1861 vorhandenen Anstalten waren nur 20 täglich geöffnet, 355 einmal wöchentlich, 54 zweimal monatlich, 10 einmal im Monat. Der Rest hatte wöchentlich öfter Geschäftszeit, aber nur zu bestimmten Perioden. Forscht man noch weiter nach, so zeigt sich, dass 50 Sparkassen 4 Stunden monatlich, 124 wöchentlich 1 Stunde, 150 zwei Stunden wöchentlich geöffnet waren. Dass auch durch die wenigen Geschäftsstunden ein weiterer grosser Prozentsatz von solchen, die sparen konnten, abgehalten wurde, liegt auf der Hand. Die Manchester Savings Bank verdankte die riesige Zunahme ihrer Sparer in den 20 Jahren bis 1861 lediglich der Tatsache, dass sie hinsichtlich der Geschäftszeit ihren Sparern die denkbar besten Bequemlichkeiten bot. So erscheint es denn gar nicht verwunderlich, dass in den Jahren 1841—1861, wo die Bevölkerung von England und Wales von 15,9 Mill. Einwohner auf 20,1 Mill. also um rund 20 %, der Handelsverkehr von £ 51,5 Mill. auf £ 125,1 Mill. also um 150 % stieg, die Summe der Sparkassenguthaben in diesen beiden Ländern nur von £ 4440379 auf £ 7188034, das heisst nur um 62 % stieg.

Von all diesen Uebelständen liess sich der erste am schwersten abstellen. Infolge der vielen Fallimente und Betrügereien, bei denen die meisten Kuratoren, die ihr Amt nur als Ehrenamt übernommen hatten, mit ihrem eigenen Vermögen die Verluste decken mussten, wurden die Leute immer seltener, sie sich dazu hergaben, eine Sparkasse neu ins Leben zu rufen. So drang die Ueberzeugung allmählich von selbst durch, dass nur ein grosses einheitlich geleitetes Institut es sein könne, das allen Forderungen gerecht würde.

Verschiedene Männer hatten dabei an die Post gedacht, sie erfüllte ja alle Bedingungen: sie hatte ein grosses technisch geschultes und zuverlässiges Personal, sie stand unter voller Aufsicht des Staates, sie hatte in dem kleinsten Orte eine Dienststelle, in den grossen Städten mehrere, die alle den ganzen Tag geöffnet waren. 1807 brachte, wie schon erwähnt, Mr. *Whitbread* einen Gesetzentwurf ein, nach dem in London eine Zentral-Spar- und Versicherungskasse eingerichtet werden sollte, in die jeder durch Vermittlung der Post Spareinlagen machen konnte. Der Antrag fiel damals durch und ruhte fast ein halbes Jahrhundert, bis er verwirklicht wurde. 1827 hatte dann ein Publizist in der »Quarterly

Review« den Gedanken angeregt, alle Sparkassen in eine zusammenzufassen und in den Orten, wo es solche nicht gäbe, die Post dafür eintreten zu lassen. 1852 und 1855 vertrat ein Dr. *Hancock*, der schon mehrfach auf dem Gebiete des Sparkassenwesens publizistisch hervorgetreten war, in zwei Schriften ¹⁾ den Gedanken, die Post könne ebenso wie den Anweisungsverkehr auch den Sparverkehr auf sich nehmen. Der Rev. *George Hans Hamilton* aus Berwick upon Tweed hatte sogar im Parlament den Vorschlag gemacht, die Post sollte täglich bis £ 10 Spareinlagen von einem Einzelnen annehmen, die dann an eine Zentrale nach London zu überweisen seien. Der Antrag ging aber nicht durch. Unabhängig von *Hamilton* hatte 1856 Mr. *John Bullar* aus Temple einen ähnlichen Vorschlag gemacht. Er hatte aber durch seinen Freund *Hume* in Erfahrung gebracht, dass die Regierung einen Entwurf plane und sah darum von einer Propaganda ab. Der Mann, der den Gedanken einer Postsparkasse, wie er *Whitbread* vorgeschwebt hatte, zur Verwirklichung bringen sollte, war der schon erwähnte *Charles William Sikes*.

Sikes war 1818 in Huddersfield als Sohn eines Bankiers geboren. Er wurde kaufmännisch erzogen und trat 1833 in die Huddersfield Banking Company ein. In den Beginn seiner Tätigkeit fiel gerade die Freihandelsagitation und die grosse Wirtschaftskrise, unter deren Folgen viele um Huddersfield ansässige Industrien litten. Die Arbeiter waren in einer trostlosen Lage. *Sikes* nahm Gelegenheit, mit Arbeitern über ihre Lage zu sprechen, und fand dabei, dass alle, die über Ersparnisse verfügten, besser durch die schlechte Zeit kamen. Da er einen tiefen Einblick in das Arbeiterelend bekommen hatte, so war es von nun an sein eifrigstes Bestreben, mit zur Besserung der Lage der unteren Klassen beizutragen, wobei ihn die Ueberzeugung leitete, dass die Lebenslage des Arbeiters bessern, ihn auf sich selbst stellen hiesse. Zuerst machte er 1850 in einem Briefe an die Leeds Mercury Propaganda für Pfennigsparkassen, deren es damals erst vier gab, und von denen die erste 1847 in Greenock gegründet war. Diese schienen ihm besonders geeignet, unter den armen Leuten den Spartrieb zu fördern und neue Sparer zum Sparen heranzuziehen, sie schienen ihm gleichsam die Bäche und Flüsse zu sein, die den grossen Flüssen das Wasser von allen Seiten zuführten. Tat-

1) Duties of the Public with respect to Charitable Savings Banks. Dublin 1852. On the present State of the Savings Bank Question. Dublin 1855.

sächlich erreichte er auch, dass eine ganze Anzahl derartiger Sparkassen gegründet wurde. 1856 schrieb er dann an den Schatzkanzler Sir G. Cornwall Lewis einen Brief über »Savings Bank Reforms«. Er forderte darin: 1. der Staat sollte für die Sparkassengelder volle Garantie übernehmen. 2. Es sollte nach Art der Postanweisungszentrale eine Zentralsparkasse in London errichtet werden, die das Sparkassenwesen zu kontrollieren habe. 3. Es sollten eingehende Revisionen stattfinden. 4. Die Sparkassen sollten mehr Geschäftsstunden einführen. 5. Der Zinsfuss sollte einheitlich sein. Diese Vorschläge hatten jedoch kein praktisches Ergebnis. 1858 wurde dann *Sikes* mit in das schon erwähnte Untersuchungskomitee gewählt, in dem er besonders Vorschläge machte, die auf eine Uniformierung der Sparkassen hinausliefen. Obwohl die Sitzungen dieses Komitees auch kein greifbares Resultat ergaben, gab *Sikes* seine Reformpläne keineswegs auf. Besonders beschäftigte ihn die Frage, wie es sich ermöglichen lasse, dass ein Arbeiter in weniger denn einer Stunde die nächste Sparkasse erreichen könne (*within less than an hours walk of the fireside of every working man in the kingdom*).

Dabei fiel ihm die Post ein. Er arbeitete nun ein System aus und legte es in einem Briefe¹⁾ an den Schatzkanzler im Jahre 1859 nieder. Er schlug vor, in jedem Ort, der nicht mit einer Sparkasse versehen sei, die Postanstalten als Annahme- und Auszahlungsstellen einer in London zu errichtenden, alle anderen Sparkassen umfassenden Zentralsparkasse fungieren zu lassen. Die Einlagen sollten mindestens 1 £, höchstens 150 £ betragen. Auf Grund ihrer sollten „interest notes“ zu $2\frac{1}{2}\%$ verzinslich, ausgegeben werden, die ohne vorherige Kündigung bei jeder Annahmestelle rückzahlbar seien. Er begründete seinen Entwurf damit, dass die bestehenden Sparkassen in ihrer Ausdehnung, in den Bequemlichkeiten, die sie den Sparern boten, keinen Fortschritt gezeigt hätten. Die englische Bevölkerungszahl, der Handel, der Postanweisungsverkehr besonders haben sich stark gesteigert, während die Guthabenbestände der Sparkassen relativ zurückgeblieben seien. Besonders beim Postanweisungsdienst habe es sich gezeigt, dass jede Eröffnung einer neuen Postanstalt eine Vermehrung des Brief- und Anweisungsverkehrs nach sich ziehe. Nicht anders werde es auch mit dem Sparkassenwesen sein.

1) Post Office Savings Banks. A letter to the Right Hon. W. E. Gladstone, Chancellor of the Exchequer, London 1859.

Sikes hatte seinen Plan erst von einem hohen Postbeamten prüfen lassen, ehe er ihn an *Gladstone* schickte. Dieser bedeutende Staatsmann griff den Entwurf freudig auf, da er seine hohe Bedeutung sofort erkannte; er gab *Sikes* den Rat, den Brief zu veröffentlichen. *Sikes* tat dieses, nachdem er daran noch einige unbedeutende Aenderungen vorgenommen hatte. Der Plan fand bei der Presse, den Handelskammern und wissenschaftlichen Korporationen die wärmste Aufnahme. *Gladstone* hatte gleichzeitig zwei hohe englische Postbeamte, Mr. *Chetwynd* und Mr. *Scudamore*, damit beauftragt, ein Gutachten darüber abzugeben. Beide hatten durch die Pressdebatten über den *Sikes*'schen Entwurf volle Gelegenheit, alle Einwände, die gegen ihn gemacht wurden, zu hören. Vor allen Dingen wurde ihm vorgeworfen, die Teilung des ganzen Systems in eine Zentralsparkasse mit ihrem Personal einerseits und die Post mit ihrem Personal andererseits sei höchst unzweckmässig, der Betrieb sei teuer und ausserdem würden viele Leute, die das Minimum von 1 £ nicht sparen könnten, vom Sparen abgehalten. Mr. *Chetwynd* legte darauf einen verbesserten Entwurf vor, der von *Scudamore* gebilligt war und folgende Hauptbestimmungen enthielt:

1. Jeder Vorsteher einer Postanweisungsstelle soll Agent der Zentralsparkasse sein und Depositen bis zu einem festgelegten Betrage annehmen können.
2. Der Vorsteher soll die Einlagen in ein Postbuch und in das Beibuch des Sparerers buchen und täglich darüber eine Abrechnung mit der Postanweisungsabrechnung zusammen nach London senden.
3. Die Abrechnung soll von dem Hauptanweisungsamt geprüft und der Zentralsparkasse übergeben werden.
4. Die Zentralsparkasse soll sofort durch die Post eine Quittung an den Sparer senden.
5. Wenn ein Sparer Geld erheben will, so soll er dieses mit einem Formular der Zentralsparkasse anzeigen, worauf er eine Anweisung bekommt, auf Grund deren er das Geld unter gleichzeitiger Vorlegung des Sparbuches bei jeder Postanstalt abheben kann.
6. Der betreffende Vorsteher soll dann den Betrag im Sparbuch abbuchen und darüber eine Abrechnung nach London senden, wo das Konto jedes Sparerers geführt wird.
7. Die Sparbücher sollen jährlich einmal nach London ge-

sandt werden zur Prüfung.

Gladstone brachte den Entwurf am 9. Februar 1861 vor das Parlament und betonte in seiner Rede, dass die Regierung für die Postsparkassengelder Garantie übernehmen müsse, sowie, dass die Verzinsung der Gelder geringer sein solle als bei den Privatsparkassen, um diesen nicht allzusehr Abbruch zu tun. Das Parlament nahm den Entwurf sehr schnell an, da es nach den vielen schlechten Erfahrungen mit den Privatsparkassen sehr ermüdet war. Unter dem 17. Mai 1861 wurde ihm Gesetzeskraft verliehen; das neue Gesetz trug den Titel: »An act, to grant Additional Facilities for Depositing Small Savings at Interest with the Security of the Government for due repayment thereof.«

Schon aus der Fassung des Titels ergibt sich, dass die neue Postsparkasse weniger als Konkurrentin der Privatsparkassen denn als ihre notwendige Ergänzung aufgefasst war. Das neue Gesetz bestand aus 15 Paragraphen, die in der Hauptsache folgenden Inhalt hatten:

§ 1. Der Generalpostmeister wird ermächtigt, durch seine Postbeamten unter Garantie der Regierung Spargelder anzunehmen und auszuzahlen.

§ 2. Jede Einlage soll in das Sparkassenbuch des Sparerers eingetragen, mit Unterschrift und Poststempel versehen werden. Der Posthalter hat eine Abrechnung hierüber nach London einzusenden, worauf der Sparer von hier aus eine Quittung erhält. Erst diese Quittung gibt ihm einen Rechtsanspruch, nicht der Eintrag ins Sparbuch. Sollte er sie innerhalb zehn Tagen nicht erhalten, so muss er reklamieren. Die Einlagen müssen mindestens 1 sh und das Vielfache davon betragen.

§ 3. Rückzahlungen erfolgen spätestens 10 Tage nach Antrag.

§ 4. Die Postbeamten haben nach aussen hin Stillschweigen über einen Sparer, sein Guthaben bez. seine Erhebungen zu bewahren.

§ 5. Alle Spargelder sind an die Staatsschulden Tilgungskommission abzuführen, diese zahlt sie den Sparern durch die Post zurück.

§ 6. Sollte der Postsparkassenfond durch die Art der Anlage Verluste erleiden, so sind diese von der Regierung zu decken und dem Parlament anzuzeigen.

§ 7. Die Verzinsung beträgt $2\frac{1}{2}\%$ auf das volle Pfund be-

rechnet. Die Zinsberechnung läuft vom 1. des auf die Einlage nächstfolgenden Monats bis zum 1. des jeweiligen Monats der Rückzahlung.

§ 8. Die Zinsen sollen jährlich am 31. Dezember berechnet und zugeschrieben werden.

§ 9. Die Gelder sollen genau so angelegt werden wie die anderen Sparkassengelder, doch getrennt von diesen. Eine jährliche Bilanz ist bis spätestens den 31. März dem Parlament vorzulegen.

§ 10. Sparer bei den Privatsparkassen können durch einen einfachen Uebertragungsakt bei der Staatsschuldentilgungskommission ihr Guthaben auf die Postsparkasse übertragen und umgekehrt.

§ 11. Der Generalpostmeister wird ermächtigt, Bestimmungen, die den Verkehr zwischen Post und Sparern regeln, als bindend für beide Teile zu erlassen.

§ 12. Bis spätestens den 31. März jedes Jahres muss dem Parlament ein Bericht über die Einzahlungen und Rückzahlungen von Spargeldern, über die verursachten Ausgaben und das Gesamtguthaben der Sparer vorgelegt werden.

§ 13. Die Abrechnungen sollen jährlich vor dem 31. März von der staatlichen Revisionskommission revidiert werden.

§ 14. Alle auf die Privatsparkassen zutreffenden Bestimmungen sollen auch für die Postsparkasse gelten, soweit die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes nicht verletzt werden.

§ 15. Alle Ausgaben, die mit der Ausführung dieses Gesetzes verknüpft sind, sollen aus dem Sparkassenfond bestritten werden.

Für den einzelnen Sparer betrug die Einlagen-Höchstsumme £ 30 pro Jahr, überhaupt £ 150, Provident und Charitable Societies durften mit Genehmigung der Staatsschuldentilgungskommission bis £ 100 pro Jahr und £ 300 überhaupt Einlagen machen, Friendly Societies ohne jedwede Begrenzung.

Die Vorbereitungen zur Einführung der Postsparkasse nahmen noch die Zeit bis zum 16. September in Anspruch. An diesem Tage wurde der Betrieb mit 301 Postanstalten eröffnet, und zwar an Orten, wo es noch keine Sparkassen gab. Die anderen Postanstalten folgten mit der Eröffnung des Sparkassenverkehrs sehr bald nach, sodass bereits nach Ablauf des ersten halben Jahres

2532 Anstalten in Tätigkeit waren. Ihre Zahl hat sich bis Ende 1905 auf 14862 gesteigert. Grossstädte erhielten naturgemäss mehrere Postsparkstellen, so hatte London 1866 bereits 452, Manchester 26.

Am Schluss des Jahres 1861 (also nach 3 Monaten) hatten sich bereits 25 729 Sparer ein Konto eröffnen lassen mit £ 6 526 400 Guthaben. Wie wirksam die Postsparkasse die Privatsparkassen ergänzte, ersieht man daraus, dass, während bei diesen die Zahl der Sparer zwischen 1851 und 1861 um durchschnittlich $3\frac{1}{8}\%$ stieg, die Zunahme im Jahre darauf bei beiden Anstalten $6\frac{3}{4}\%$ betrug. Die Privatsparkassen verloren in diesen Jahren 55 000 Sparer, die Postsparkasse gewann dagegen 160 000. Zu dieser beträchtlichen Steigerung der Zahl der Sparer trug vor allen Dingen der Umstand bei, dass die Post Sparkasse Gelegenheit an Plätzen schuf, wo bisher noch keine bestand.

Infolge des grossen Misstrauens, dem die Privatsparkassen durch die zahlreich aufgedeckten Betrügereien begegneten, war es nur natürlich, dass ihnen grosse Summen entnommen und zur Postsparkasse gebracht wurden, erhielten sie ja doch hier staatliche Sicherheit. Gefördert wurde dieser Prozess durch zwei Vorgänge. Im Jahre 1863 waren bei einer Sparkasse wieder einige aufsehenerregende Unterschlagungen aufgedeckt und die Bestimmungen über die Haftpflicht der Kuratoren infolgedessen verschärft worden. Sodann war es durch Gesetz solchen Sparkassen, die liquidieren wollten, ermöglicht worden, die Restabwicklung ihrer Geschäfte durch einfachen Schlusszettel (final schedule) der Postsparkasse zu übertragen. Die Kuratoren, deren Haftpflicht durch Gesetz soeben erst erhöht war, machten von dieser neuen Bestimmung so reichlichen Gebrauch, dass zwischen 1861 und 1869 von den 638 Sparkassen 145 eingingen, und dass die Guthaben der Privatsparkassen um 3,7 Mill. £ zurückgingen. Bei den übrigen Sparkassen machte sich aber der gute Einfluss der Postsparkasse insofern bemerkbar, als sie mit einander wetteiferten, ihren Sparern auch ihrerseits die denkbar besten Bequemlichkeiten zu geben. So war es möglich, dass ihre Guthabenbestände gegen Ende der 70er Jahre schon wieder die Höhe des Jahres 1860 erreicht hatten. Seitdem sind sie, wenn auch nicht in dem Masse, wie bei der Postsparkasse, so doch stetig gestiegen und betrugen Ende 1905 £ 52,7 Mill.

Bevor wir nun die weitere Entwicklung der Postsparkasse

schildern, ist es notwendig, dass wir uns über die Technik des Geschäftsbetriebes klar werden.

Die Postämter sind für den Sparkassendienst offen von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends. Will ein Sparer eine Einlage machen, so hat er zunächst eine Erklärung zu unterschreiben, dass er bei keiner anderen Sparkasse bereits Sparer ist; diese Erklärung wird nach London geschickt. Er bekommt darauf ein Sparbuch, das er eigenhändig mit seinem Namen zu versehen hat, und auf das er nun jederzeit Beträge, von 1 sh bis 30 £ täglich einzahlen kann. Jede Einlage hat der betreffende Postbeamte in das Sparbuch einzutragen, zu quittieren und mit dem Postdatumstempel zu versehen. Gleichzeitig trägt er den Betrag und den Namen des Einlegers sowie die Nummer des Sparbuches in ein Journal ein, das täglich mit der Postanweisungsabrechnung an die Postanweisungszentrale in London gesandt wird, wo es noch einmal nachaddiert und an das Sparkassendepartement weitergegeben wird. Hier werden zunächst die Quittungen für die Sparer ausgeschrieben, alsdann werden die Einlagen jedes Sparers in sein Konto-Korrent gebucht. Die Quittungen werden zur Kontrolle erst noch einmal mit den Konto-Korrenteinzahlungen verglichen, und dann an die Sparer abgesandt. Erst die Quittungen geben dem Sparer ein Reklamationsrecht auf seine Einlage. Einzahlungen können bei jedem Postamt bewerkstelligt werden. (Cross entry-System.)

Will ein Sparer einen Betrag zurückgezahlt haben, dann geht er zu einem beliebigen Postamt, nimmt sich ein Rückzahlungsformular und verzeichnet darauf den gewünschten Betrag, seinen Namen und Wohnort, die Nummer seines Buches, sowie das Postamt, bei dem er das Geld in Empfang nehmen will. Dieses Formular wird portofrei nach London geschickt. Hier wird zunächst die Unterschrift des Sparers auf ihre Richtigkeit geprüft, dann wird der Stand des Kontos nachgesehen, und erst wenn dieser eine Rückzahlung der gewünschten Summe rechtfertigt, wird eine Anweisung (warrant) für den Sparer ausgeschrieben. Ein Beamter bucht den Betrag nach der Anweisung nun im Konto des Sparers ab, und ein anderer unterschreibt dieselbe, wobei er gleichzeitig die Richtigkeit der Buchung zu kontrollieren hat. Die Anweisung wird dann an den Sparer abgeschickt und gleichzeitig mit ihr ein Avis (advice) an die betreffende Postanstalt ge-

sandt, bei der die Rückzahlung erfolgen soll. Der Sparer geht nun mit der Anweisung und dem Sparbuch zur Postanstalt, wo der Avis mit der Anweisung verglichen wird. Alsdann hat er auf der letzteren über den Betrag zu quittieren, und er erhält das Geld, falls seine Quittungsunterschrift mit der im Sparbuch übereinstimmt. Dann wird der Betrag vom Postbeamten im Sparbuch abgebucht und ebenso wie bei den Einlagen mit Unterschrift und Datumstempel versehen. Der Postbeamte hat über die Rückzahlungen ebenfalls ein Journal zu führen, das täglich mit den quittierten Anweisungen zwecks Kontrolle nach London geschickt wird.

Die genaue Vergleichung der Unterschriften nimmt den Sparbüchern den Charakter eines Inhaberpapiers. Wenn also eines verloren geht, so kann der Sparer ohne lange Formalitäten ein neues erhalten; allerdings hat die Postsparkasse durch die genaue Kontrolle der Unterschriften viele Unannehmlichkeiten.*

Umständlich ist das Verfahren beim Tode eines Sparer. Die Post zahlt Beträge bis zu 1 £ an eine Person, die sich in glaubhafter Weise als Erbe legitimiert. Bei 2 £ wird schon ein friedensgerichtliches Aktpapier über den Tod und die Erben verlangt; Beträge bis 50 £ machen einen Totenschein, Beträge über 50 £ die Vorzeigung des Testaments und gerichtliche Erbschaftslegitimation notwendig.

Das Hauptamt in London (Savings Bank Department) hat naturgemäss einen riesigen Umfang. Es besteht aus drei Abteilungen. In der ersten, der Korrespondenz, werden die Einzahlungsquittungen geschrieben, die Legitimationsprüfungen vorgenommen u. s. w. Die zweite und grösste Abteilung ist die Buchhalterei, sie hat die Konten zu führen, jährlich abzuschliessen und sie jährlich einmal mit den Sparbüchern zu vergleichen, die zu diesem Behufe eingesandt werden müssen, eine Arbeit, die gewöhnlich schon am 20. Januar(!) beendet ist. Eine dritte Abteilung, die Kontrollabteilung, besorgt die Prüfung der Rückzahlungsanträge und schreibt die Anweisungen aus.

Die¹⁾ Geschichte der englischen Postsparkasse in den ersten Jahren ihres Bestehens ist die fortschreitender Expansion. Die

1) Die folgenden Angaben verdanke ich, wo nichts anderes vermerkt ist, freundlichen Mitteilungen des derzeitigen Assistant-Controllers der engl. Postsparkasse Mr. West.

Grundlage und die Einlagegrenzen blieben unberührt, nur wurden von Jahr zu Jahr immer mehr Postanstalten dem Sparverkehr zugeführt und besondere Anstrengungen gemacht, den speziellen Wünschen der einzelnen Volksklassen entgegenzukommen. Die Durchschnittsziffern für die Jahre 1863—1880 sind folgende:

Jahr	Durchschnittszahl der offenen Konten	D.-Betrag der Gesamtguthaben	D.-Betrag des Einzelguthabens	D.-Zahl der offenen Stellen
1863—68	663 000	£ 7 000 000	£ 11. 3. 5	3390
1869—74	1 373 000	» 18 000 000	» 13. 5. 3	4498
1875—80	1 889 000	» 29 000 000	» 15. 12. 5	5742

Die Postsparkasse wurde somit schnell ein wichtiger Faktor in der Erziehung des Volkes zur Sparsamkeit und zur Selbsthilfe. Sie trat damit wirksam neben die schon bestehenden Institutionen wie Trade Unions, Friendly, Provident und Charitable Societies, welche die für sie durch Gesetz erwirkten Vergünstigungen bei der Postsparkasse in weitgehendster Weise benutzten und sich in steigender Anzahl bei ihr Konten eröffnen liessen.

Einen mächtigen Aufschwung nahm die Postsparkasse unter Mr. *Fawcett*, der 1880 Generalpostmeister wurde. Der Name dieses Mannes ist mit der Geschichte dieser Anstalt unauflöslich verknüpft. Unermüdlich suchte *Fawcett* in Wort und Schrift die Postsparkasse in weitesten Volksschichten bekannt zu machen. Ihm ist das schnelle Anwachsen der Zweigämter in den Städten zu danken, so dass der Weg, den der Sparer bis zur nächsten Sparkasse zurückzulegen hatte, auch in den Städten immer kürzer wurde. Er führte das Renten- und Versicherungsgeschäft ein, dessen Besprechung einem besonderen Abschnitt vorbehalten bleibt. Unter seiner Leitung begann die Postsparkasse, für ihre Sparer gegen geringe Vergütung Staatspapiere zu kaufen und in Verwahrung zu nehmen; es wurde somit den Sparern ermöglicht, unter Mithilfe der Post auch grössere Beträge als das Einlagemaximum zinstragend anzulegen. Besondere Aufmerksamkeit verwandte *Fawcett* darauf, neue Sparer heranzuziehen. So traf er eine Bestimmung, nach der Postbeamte an Lohnzahlungstagen in die Fabriken und Werften gingen, um von dem Beschäftigungsort selbst die Spargelder der Arbeiter abzuholen, ferner führte er das Sparkartensystem ein. Dieses ermöglicht, auch kleinere Summen als das Einlageminimum zu sparen, und zwar durch Verkleben von Sparmarken (gewöhnlichen Briefmarken). Ist die Sparkarte voll beklebt, dann wird sie von der Postsparkasse als Einlage angenommen. Dieses System kam im September 1880

in Wirkung und war in weniger als drei Monaten über das ganze Land verbreitet. Ende März 1881 schätzte man die Zahl der eingelieferten Sparkarten auf 576000 und die Zahl der dadurch neu geöffneten Konten auf 220000.

1887 kam ein Gesetz zustande, das eine leichtere Uebertragung der Guthaben von Konto zu Konto ermöglichte und die Disposition über die Guthaben von Verstorbenen vereinfachte. Sonst hat sich in dem Jahrzehnt 1880—1890 nichts Bemerkenswertes ereignet. Die Durchschnittsziffern zeigen einen wachsenden Fortschritt sowohl in der Zahl der Konten als in der Summe der Guthaben:

Jahr	Durchschnittszahl der offenen Konten	D.-Zahl der Gesamtguthaben	D.-Zahl des Einzelguthabens	D.-Zahl der offenen Stellen
1881—85	3 088 000	£ 42 000 000	£ 13. 11. 3	7348
1886—90	4 248 000	„ 59 000 000	„ 13. 16. 10	9025

Im Jahre 1891 nahm das Parlament einen Gesetzentwurf an, der die Maximaleinlage von £ 150 auf £ 200 erhöhte. Die jährliche Höchsteinlage von £ 30 blieb unverändert bestehen, es war aber vorgesehen, dass ein Sparer ohne Rücksicht auf diese Grenze jeden in einem Jahre erhobenen Betrag in demselben Jahre wieder einlegen konnte. Hierdurch wurde Personen, die infolge augenblicklicher Verlegenheit auf ihre Ersparnisse zurückgreifen mussten, Gelegenheit gegeben, dieselben sofort wieder einzulegen. Das Gesetz bestimmte ferner, dass bei Beträgen über £ 200 nur £ 200 weiter verzinst werden sollten, ein etwaiger überschüssender Betrag nicht, während früher überhaupt jegliche Verzinsung aufhörte, sobald das Guthaben die Grenze von £ 200 erreicht hatte.

In Verbindung mit dem Gesetz die freie Erziehung betreffend (Free Education Act) wurden im September 1891 Bestimmungen erlassen, durch die in Grossbritannien Schulsparkassen eingeführt wurden. Man wollte die Kenntnis des Sparens weiter verbreiten und besonders der Jugend den Spartrieb einpflanzen; man wählte dazu das Sparkartensystem. Den Lehrern wurden Sparkarten zur Verteilung überlassen und Sparmarken auf Kredit gegeben zum Weiterverkauf an die Schüler. Postbeamte wurden den Schulen zugewiesen, die Sparbeträge in Empfang zu nehmen und Konten zu eröffnen hatten. Im Januar 1892 trat die neue Einrichtung in Wirksamkeit und wurde sofort von ungefähr 1400 Schulen angenommen; 1895 waren es bereits ca. 3000 Schulen. Man schätzt, dass in den ersten 5 Monaten nahezu £ 14000, und im ersten Jahr nahezu £ 40000 auf diese Weise gesammelt worden

sind. Seitdem haben aber die Erfolge der neuen Einrichtung nachgelassen.

Mit der Ausbreitung des Sparkartensystems wetteiferte die Verbreitung der Pfennigsparkassen, die meistens in den Schulen errichtet wurden. Der Schüler zahlt kleine Beträge bei der Pfennigsparkasse ein, die ihrerseits die Gesamtsumme der Sparbeträge bei der Postsparkasse hinterlegt. Erreicht das Guthaben eines Schülers £ 5, dann muss ihm bei der Postsparkasse ein eigenes Konto eröffnet werden. Von den Systemen, auch kleinere Sparbeträge zu sammeln, als es das Einlageminimum gestattet, ist dieses für die Postsparkasse das billigere. Diese fördert daher in weitgehendster Weise die Bestrebungen der Pfennigsparkassen, indem sie ihnen alle Druckformulare und Bücher kostenlos überlässt.

Da das Verlangen, auch grössere Summen bei der Postsparkasse jährlich anlegen zu können, im Lande wuchs, erhöhte das Parlament im Dezember 1893 das jährliche Einlagemaximum von £ 30 auf £ 50. Gleichzeitig wurde bestimmt, dass alle £ 200 überschüssenden Beträge automatisch in Government Stock angelegt werden sollten, falls der betreffende Sparer keine gegen-
teiligen Instruktionen gäbe.

Im Dezember 1893 wurden Bestimmungen erlassen, nach denen ein Sparer bei der Erhebung von Guthaben den Telegraph benutzen kann, und zwar in zweifacher Weise: er telegraphiert nach London und bekommt die Zahlungsanweisung mit der nächsten Post, oder er telegraphiert, und die Summe wird ihm telegraphisch angewiesen. Der erste Weg kostete dem Sparer anfangs ungefähr 9 d, der zweite 1 sh 3 d, seitdem haben sich die Kosten auf 6 d bez. 1 sh ermässigt. Diese neue Einrichtung wurde in den ersten 8 Monaten von 21 000 Personen benutzt, 1896 waren die Zahlen die folgenden:

Mittels telegraphischer Bestellung und schriftlicher Anweisung	} 8 000 Erhebungen
---	--------------------

Mittels telegraphischer Bestellung und telegraphischer Anweisung	} 94 500 Erhebungen.
---	----------------------

Im Jahre 1902 waren die entsprechenden Ziffern 14 000 und 220 000. Ihre starke Steigerung lässt deutlich erkennen, ein wie dringendes Bedürfnis die englische Postverwaltung mit diesem Schritt erfüllte. 1903 und 1904 erfuhr die Zahl eine Abschwächung, 1905 wurde sie infolge einer neuen Bestimmung um 50 % reduziert.

1897 wurde in dem Workmen's Compensation Act eine Be-

stimmung getroffen, dass Summen, die den Arbeitern zugesprochen waren, durch die Gerichtshöfe bei der Postsparkasse angelegt werden sollten. Aehnlich bestimmte der County Courts Investment Act von 1900, dass Mündelgelder zu Gunsten von Kindern und Geistesschwachen bei der Postsparkasse hinterlegt werden sollten.

Um die Verwaltungskosten zu erniedrigen, die durch die viele Kleinarbeit sehr hoch wurden und zu dem Wert der kleinen Summen, um die es sich vielfach handelte, in keinem Verhältnis standen, bestimmte das neue Postsparkassengesetz von 1904, dass die vom Hauptamt in London ausgestellten Quittungen auf Beträge unter 1 £ künftig in Wegfall kommen sollten. Der Eintrag in das Sparbuch sollte hier als Quittung genügen. Ebenso wurde die Bestimmung über die automatische Investition der £ 200 überschüssenden Beträge rückgängig gemacht, da sich Unzuträglichkeiten herausgestellt hatten; diese Beträge blieben statt dessen unverzinst. Ausserdem hatte die Postsparkasse hiervon mehr Vorteil. Dann bestimmte das Gesetz noch, dass der Betrag von Uebertragungen, die zwischen der englischen Postsparkasse und fremden, sowie zwischen ihr und kolonialen Regierungssparkassen stattfinden konnten, höchstens £ 50 im Jahr betragen durfte.

Im Juli 1905 bestimmte ein Gesetz, dass Beträge bis zu 1 £ bei jeder Postanstalt gegen einfache Vorzeigung des Sparbuches erhoben werden konnten, ohne dass der Sparer sich deshalb erst nach London zu wenden brauchte. Diese neue Bestimmung verminderte die Verwaltungskosten der Postsparkasse sehr und war dabei äusserst volkstümlich. Durch sie hat sich die Zahl der telegraphischen Erhebungen, wie schon erwähnt, um 50 % vermindert. Die folgende Tabelle zeigt die weitere Entwicklung der Postsparkasse seit 1890:

Jahr	Durchschnittszahl der offenen Konten	D.-Betrag der Gesamtguthaben	D.-Betrag des Einzelguthabens	D.-Zahl der offenen Stellen
1891—94	5 607 000	£ 79 000 000	£ 14. 2. 11	10 730
1895—98	7 046 000	„ 111 000 000	„ 15. 15. 4	12 040
1899—02	8 602 000	„ 138 000 000	„ 16. —. 2	13 510
1903	9 403 852	„ 146 135 147	„ 15. 10. 10	14 362
1904	9 673 717	„ 148 339 354	„ 15. 6. 8	14 614
1905	9 963 049	„ 152 111 140	„ 15. 5. 4	14 862

Die Durchschnittsziffern für die Einlagen mittels der Klebekarten zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Zahl der Karten	Betrag
1881— 85	1 369 000	£ 68 000
1886— 90	1 183 000	» 59 000
1891— 95	1 618 000	» 86 000
1896—1900	1 657 000	» 90 000
1901— 05	1 593 000	» 87 000

Ueber die finanzielle Position der englischen Postsparkasse genügt es zu sagen, dass die Anstalt bis 1896 für den Staat einen Ueberschuss herausgewirtschaftet hat, nachdem sie ihre Kosten gedeckt und den Sparern $2\frac{1}{2}\%$ Zinsen gezahlt hatte. Der bis zu diesem Jahre angewachsene Totalüberschuss belief sich auf £ 1 589 767. Während der Periode 1896—1899 ergab sich ein Defizit von insgesamt £ 34 123, das auf das Steigen des Konsolkurses zurückzuführen ist. Von 1900—1902 ergab sich dann wieder ein Ueberschuss von insgesamt £ 65 451, der sich in den folgenden Jahren durch die Reduktion der Konsolzinsen auf $2\frac{1}{2}\%$ wieder in einen Verlust verwandelte, und zwar betrug dieser 1903 £ 107 403, 1904 £ 112 090 und 1905 £ 88 094.

Was die Verwaltungskosten anlangt, so ist es das stetige Bemühen der Postsparkasse gewesen, dieselben herabzumindern, wie schon dargetan wurde. Die Durchschnittskosten für jede Transaktion stellten sich ursprünglich auf 7 d (60 Pf.) 1896 betrugen sie 6 d (51 Pf.), 1904 noch 5,9 d (50 Pf.), 1905 wurden sie durch das System der sofortigen Rückzahlungen bei Beträgen bis zu 1 £ auf 5,4 d (46 Pf.) herabgemindert, da die Zahl dieser Rückzahlungen schon nach den ersten 6 Monaten 48 % aller Rückzahlungen umfasste¹⁾.

Die Anlegung der Spargelder, die Ende 1905 £ 152 III 140 betrugen, erfolgt, wie schon erwähnt, hauptsächlich in Staatspapieren, und zwar in Stocks, Bonds und Zeitrenten, neuerdings sind in geringem Umfange auch andere Anlegungsarten zugelassen²⁾. Eine anschauliche Tabelle enthält der Bericht des englischen Generalpostmeisters vom Jahre 1905 S. 71:

Art der Anlage	Betrag in £
Stocks:	
$2\frac{1}{2}\frac{0}{10}$ Consols	60 715 140. 9. 2
$2\frac{1}{2}\frac{0}{10}$ Zeitrente	8 906 260. 13. 5 /
$3\frac{0}{10}$ Oertliche Anleihe (Local Loans $3\frac{0}{10}$ Stock)	19 292 969. 2. 8
$2\frac{3}{4}\frac{0}{10}$ Zeitrente von 1905	636 000. —. —
$2\frac{3}{4}\frac{0}{10}$ Garantierte Landanleihe	5 385 539. 14. 8
$2\frac{3}{4}\frac{0}{10}$ Kriegsanleihe	750 000. —. —

1) 52. Report of the Postmaster General on the Post Office, London 1906 S. 12 f.
2) 5. Edward VII., cap 17 und: 3. Edward VII., cap. 37 S. 30.

summe selbst einzahlt. Die Kosten betragen je nach der Höhe der Summe 9 d bis 2 sh 3 d. Die Postsparkasse nimmt die Stücke in Verwahrung und zieht die Zinsen kostenlos ein. Der Sparer bekommt die Papiere aber auch auf Wunsch ausgeliefert. Die Mindestsumme, die erworben werden konnte, betrug ursprünglich 10 £, die Höchstsumme jährlich 100 £ und überhaupt £ 300. Schon am Schluss des Jahres 1880 hatte die Postsparkasse auf diese Weise £ 127 000 für ihre Sparer angelegt.

Durch Verordnungen des Sparkassengesetzes von 1887, die im September 1888 in Kraft traten, wurde der Mindestbetrag einer Anlage auf 1 sh herabgesetzt, und es wurde vorgesehen, dass jeder Sparer seine erworbenen Papiere auf seinen Namen auf die Bank von England übertragen und sich darüber ein Certifikat ausstellen lassen konnte.

Im Dezember 1893 erhöhte ein Parlamentsbeschluss die Höchstgrenze der Anlagesumme auf £ 200 jährlich, auf £ 500 überhaupt. Gleichzeitig wurde die Postsparkasse ermächtigt, die Guthaben der Sparer, soweit sie £ 200 überstiegen, automatisch in Staatspapieren anzulegen. (Siehe oben S. 20.) 1904 wurde dann diese Bestimmung, wie schon erwähnt, wieder rückgängig gemacht.

Die Käufe von Staatspapieren erhielten im Jahre 1904 einen entschiedenen Antrieb durch das Fallen der Konsolkurse, der auch durch die bald darauf folgende Reduktion der Konsolzinsen keineswegs nachgelassen hat.

Dieser neue Geschäftszweig der Postsparkasse, der mit der Absicht aufgenommen war, die Sparer sowohl das Risiko der Kursschwankungen selbst tragen zu lassen als auch ihnen das Sparen grösserer Summen zu ermöglichen, hat einen befriedigenden Aufschwung genommen, wie die folgende Tabelle in Durchschnittsziffern zeigt:

Jahr	Durchschnittszahl der Käufe	Durchschnittszahl der Verkäufe	Durchschnittsbetrag der vorhandenen Wertpapiere
1881—1885	14 000	5 000	£ 1 554 000
1886—1890	19 000	11 000	» 3 776 000
1891—1895	23 000	16 000	» 6 206 000
1895—1899	20 000	14 000	» 7 446 000
1900	41 030	12 028	» 10 468 290
1901	46 550	13 574	» 12 786 190
1902	40 893	17 221	» 14 285 617
1903	47 726	17 742	» 16 165 548
1904	39 633	18 848	» 17 357 950
1905	32 301	22 824	» 17 877 644

Ende 1905 waren 139 992 Besitzer von Staatspapieren bei

der Postsparkasse vorhanden, sodass auf einen Besitzer ein Betrag von £ 127. 14. 1 kommt. Der Durchschnittsbetrag jeder Anlage betrug £ 68, der Durchschnittsbetrag jedes Verkaufs £ 61.

Lebens- und Rentenversicherungsgeschäft der englischen Postsparkasse.

Dass jemand unter Mitwirkung der Post mit dem Staate einen Lebens- oder Rentenversicherungsvertrag eingehen konnte, war schon 1864 durch Gesetz festgesetzt worden. Jedermann konnte sein Leben zwischen 16 und 60 Jahren zu Beträgen von £ 20 bis £ 100 versichern. Leibrenten, sofort beginnende und aufgeschobene, konnten im Alter von 10 Jahren und darüber erworben werden. Prämien und Kaufgeld waren an festbestimmten Zeitpunkten zu entrichten. Dieses Gesetz war in einigen ausgewählten Städten Englands und Wales' am 17. April 1865 in Wirkung getreten und blieb so unverändert bis zum 3. Juni 1884. In diesen 19 Jahren waren 7064 Lebensversicherungen zustande gekommen, oder 372 pro Jahr über einen Durchschnittsbetrag von £ 79. Die Abschlüsse von sofort fälligen Leibrenten betrugen 13 402 oder 705 pro Jahr, von aufgeschobenen 978 oder 52 pro Jahr. Der Betrag der sofort fälligen Renten belief sich auf £ 187 117, der der aufgeschobenen auf £ 19 938. Doch gelangte ein Teil der letzteren nie zur Zahlung, da die Erwerber ihren Rentenkauf wieder rückgängig machten.

1882 beschloss ein Komitee des Unterhauses die Annahme eines von Mr. *Fawcett* gemachten Vorschlages, der den Renten- und Lebensversicherungsdienst mit der Postsparkasse verknüpfte. Die Prämien und Kaufgelder sollten von nun ab unter Mithilfe der Postsparkasse gezahlt werden. Der Sparer hatte derselben nur einen schriftlichen Auftrag zu übermitteln, dass er eine bestimmte Summe seines Guthabens für die Bezahlung von Lebensversicherungsprämien oder zum Ankauf einer Rente bestimme. War der Auftrag gegeben, dann brauchte er sich um die Angelegenheit nicht weiter zu bekümmern, die Postsparkasse führte die Instruktionen so lange aus, als noch ein Guthaben auf seinem Konto stand.

Als versicherungsfähig bezeichnete das Gesetz ein Alter von 14—65 Jahren, die Summe, die versichert werden konnte, betrug £ 5 bis £ 100. Man konnte ferner Summen versichern, die bei einem Alter von 60 Jahren fällig wurden. Für Renten war die Mindestsumme auf £ 1 festgesetzt, die Höchstsumme auf £ 100.

Die Beschränkung des Versicherungsgeschäfts auf nur einige Städte war naturgemäss aufgehoben; man konnte bei jeder Postsparkasse eine Versicherung abschliessen.

Infolge der Notwendigkeit, neue Tafeln vorzubereiten, kam dieses Gesetz nicht vor dem 3. Juni 1884 zur Ausführung. Von diesem Zeitpunkt an blieb es bis zum Jahre 1896 ohne nennenswerte Veränderungen. Im Februar 1896 traten neue Versicherungstafeln in Wirksamkeit, durch die die jährlichen Raten herabgesetzt wurden. Ausserdem war eine Bestimmung getroffen, dass die Versicherungssummen je nach Wunsch in verschiedenem Alter gezahlt werden konnten. Die Zahl der Lebensversicherungen, die 1896 abgeschlossen wurden, betrug 1223 im Betrage von £ 65 582 gegen 256 im Betrage von £ 20 600 im Jahre 1883. Die Zahl der in demselben Jahre abgeschlossenen sofort fälligen Renten betrug 2208 im Betrage von £ 60 965 gegen 770 im Betrage von £ 14 141, die der aufgeschobenen 202 im Betrage von £ 4178 gegen 104 im Betrage von £ 2120 im Jahre 1883.

Wie man sieht, hat dieser Geschäftszweig der Postsparkasse keine besondere Ausdehnung gewonnen, er hat seit 1896 sogar einen gleichmässigen Niedergang gezeigt. Die Zahl der abgeschlossenen Lebensversicherungen betrug 1905 741 im Betrage von £ 37 011, die der sofort fälligen Renten 1840 im Betrage von £ 45 488, die der aufgeschobenen Renten 158 im Betrage von £ 3204.

Dieser Niedergang ist ohne Zweifel auf den Wettbewerb einiger mehr volkstümlicher Versicherungsaktiengesellschaften zurückzuführen, denen gegenüber die Postsparkasse dadurch im Nachteil ist, dass sie sich bisher ständig geweigert hat, Agenten zu gebrauchen.

Belgien.

In Belgien war das Sparwesen¹⁾ vor Gründung der Staatsparkasse (1865) von so geringer Bedeutung, dass es dieser ermöglicht war, allmählich fast das gesamte Sparwesen des Landes in sich zu konzentrieren. Die erste Sparkasse wurde 1826 in Brüssel von der Société de l'Union Belge et Étrangère gegründet, zwei weitere wurden in demselben Jahre von den Städten Gent und Tournai errichtet. 1830 existierten 6 Sparkassen, die fast ihre gesamten Gelder in Staatspapieren angelegt hatten und daher infolge der durch die Trennung Belgiens von Holland bedingten

1) Entnommen aus: Rapport sur les Caisses d'Épargne en Belgique de 1830 à 1888 par *Léon Mahillon* (Direktor der Belgischen Postsparkasse). Bruxelles 1890.

Schwierigkeiten in eine missliche Lage gerieten.

In den folgenden Jahren befassten sich die Banque de Belgique und die Société Générale mit der Gründung von Sparkassen. Durch die Ereignisse des Jahres 1848, die den Kurs der 2¹/₂%igen Belgischen Staatsrente auf 25 herunterwarfen, wurden diese beiden Banken in eine derart bedrängte Lage gebracht, dass der Staat für ihre Noten den Zwangskurs aussprechen musste, damit sie nur ihren Verpflichtungen gegen die Sparer gerecht werden konnten. Die Spareinlagen im Lande, die 1842 noch 60,8 Mill. Francs betragen hatten, waren bis Ende 1848 auf 22,5 Millionen Francs gefallen.

Durch diese Vorgänge war die Freude am Sparen der Bevölkerung naturgemäss vergangen; um sie wieder zu heben, wurden die Rufe nach einer allgemeinen Sparkasse unter Garantie des Staates immer lauter. Nach mehreren erfolglosen Bemühungen der Regierung legte dann am 23. Mai 1858 der Finanzminister M. Frère-Orban der Repräsentantenkammer den Entwurf zu einem Gesetze über die »Staatliche Allgemeine Spar- und Rentenkasse« vor, der am 25. Juni 1862 von der Kammer, am 21. Dezember 1864 vom Senat genehmigt und am 16. März 1865 zum Gesetz erhoben wurde.

Die Privatsparkassen haben nie die Höhe ihrer früheren Guthabenbestände erreicht. Mit Ausnahme der unter Leitung der Société Générale stehenden Kassen, die 1848 grossen Verlusten ausgesetzt waren, haben sie sich jedoch stetig weiterentwickelt. Dass die Summe der ihnen anvertrauten Gelder keine nennenswerte ist, rührt zum Teil mit daher, dass bei ihnen fast durchweg Grenzen für Höchstguthaben bestehen, die 5000 Francs selten überschreiten. Ueber die Privatsparkassen ist die belgische Statistik mangelhaft; ich habe im folgenden die Ergebnisse der 9 hauptsächlichsten Anstalten zusammengestellt.

Jahr	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben
1860	39 513	Frs. 25 164 907
1870	36 410	» 23 038 481
1880	42 833	» 31 009 500
1890	41 423	» 32 794 430
1900	45 929	» 41 475 769
1905	42 171	» 49 612 884

Die Caisse Générale d'Épargne et de Retraite trat am 15. September 1865 mit 36 Kassen ins Leben, die den Filialen der Banque Nationale de Belgique angegliedert wurden. Am 10. Dezember

1869 wurden dann auch die Postämter zu Filialen der Staatssparkasse erhoben, die ihr erst den eigentlichen Charakter einer Postsparkasse gaben und ihr zu fortschreitendem Erfolge verhalfen. Sie traten am 1. Januar 1870 in Tätigkeit.

Die Staatssparkasse hat ihren Sitz in Brüssel und steht unter der Leitung eines vom Könige ernannten Conseil Général¹⁾, der alle organischen Vorschriften gibt, Verträge schliesst und den Zinsfuss festsetzt. Eine weitere Behörde, der Conseil d'administration, hat die Ausführung aller Vorschriften und die gesamte Geschäftsführung zu überwachen. Der Directeur Général endlich ist der ausführende Beamte, er überwacht die ihm untergeordneten Beamten und erstattet jährlich Bericht. Als Kassenhalterin fungiert die Banque Nationale de Belgique, an sie werden von den Postanstalten alle einlaufenden Gelder abgeführt. Sie gibt davon den Teil, der zur definitiven Anlegung bestimmt ist, an die Caisse des Dépôts et Consignations weiter, während sie den Rest selbst provisorisch anlegt.

Das Einlageminimum beträgt 1 fr.; um auch das Sparen kleinerer Summen zu ermöglichen, wurde durch königliche Verordnung vom 16. Mai 1881 das Sparmarkensystem eingeführt. Leider geben die Berichte der belgischen Staatssparkasse darüber keinen Aufschluss, in welchem Masse von diesem System Gebrauch gemacht wird. Ein Einlagemaximum besteht nicht. Alle Summen wurden anfangs mit 3 % verzinst. Als es sich jedoch herausstellte, dass die Sparkasse immer mehr als Bank benutzt wurde, wurde durch königliche Verordnung vom 14. Juli 1881²⁾ der Zinsfuss von 3 % nur für den Teil jedes Depots aufrecht erhalten, der bis 12000 frs. ging. Am 13. Mai 1886 wurde diese Grenze auf 5000 frs., am 25. Juni 1891 auf 3000 frs. herabgesetzt, während alles, was darüber hinausging, nur mit 2% verzinst wurde. Seit dem 18. Oktober 1894 wurde der Zinsfuss von 2 % auf jedes Depot in seiner Gesamtheit in Anwendung gebracht, das 3000 frs. überstieg. Diese Grenze wurde am 12. Juni 1902 sogar noch auf 2000 frs. herabgesetzt. Die letzten Massregeln fanden lediglich statt, um die Sparer mehr zum Staatspapierkaufen anzuhalten. Die momentanen

1) Aus einer von der belgischen Postsparkasse herausgegebenen Schrift: *La Caisse Générale d'Épargne et de Retraite de Belgique et ses différents services*. Bruxelles 1900.

2) Die gesetzlichen Veränderungen sind alle der *Gesetzsammlung: Caisse Générale d'Épargne et de Retraite, Documents administratifs*, entnommen.

Kassenüberschüsse des Staates, der Provinzen, Gemeinden, Hospize und Wohltätigkeitsanstalten, die bei der Staatssparkasse seit ihrem Bestehen eingezahlt werden können, verzinst sie ohne Begrenzung mit $1\frac{1}{2}$ %. Die Verwaltungskosten der belgischen Staatssparkasse sind sehr niedrig, sie betragen Ende 1906 0,30 % der gesamten Spargelder, gleich 0,45 frs. pro Transaction.

Der technische Hergang bei der Einzahlung ist folgender: Der Sparer geht zum Postamt, zahlt den Sparbetrag ein und übergibt dabei dem Postbeamten das Sparbuch. Der Postbeamte trägt nun den Betrag, nur in Ziffern, im Sparbuche auf dem Rande des Blattes ein, während er auf das Blatt selbst Quittungsmarken von der Höhe des eingezahlten Betrages klebt und dieselben mit seinem Namen und dem Datumstempel versieht. Der Sparer bekommt nun keine besondere Quittung mehr. Die Summe des vom Postbeamten nach Brüssel als eingezahlt gemeldeten Geldes und der Rest der bei ihm vorhandenen Quittungsmarken müssen sich stets zu demjenigen Markenbetrag ergänzen, den er ursprünglich erhalten hat. Das ist die einzige Kontrolle, die bei der belgischen Staatssparkasse über Einzahlungen ausgeübt wird. (Die französische Postsparkasse hatte dieses System anfangs auch übernommen, dann aber zu einem bedeutend wirksameren Kontrollmittel weitergebildet; siehe Frankreich.) Dieses System ermöglichte es auch, dass die Nachweisungen nur alle 14 Tage an das Hauptamt gesandt zu werden brauchen.

Der Hergang bei Rückzahlungen¹⁾ ist folgender: Will der Sparer Summen unter 100 frs. sofort erheben, so erhält er sie bei allen Zweiganstalten der Staatssparkasse gegen Vorzeigung des Sparbuches und einer Legitimation sofort. Summen darüber muss er erst kündigen, und zwar geschieht das bei dem nächsten Postamt unter Abgabe des Sparbuches, für das er eine Quittung bekommt. Die Kündigungsfristen betragen

15 Tage	für	Summen von	100 — 500 Francs
1 Monat	»	»	500 — 1000 »
2 Monate	»	»	1000 — 3000 »
6 »	»	»	3000 Frs. und darüber.

Nach Ablauf der Kündigungsfrist bekommt der Sparer sein Geld und sein Sparbuch, in dem die Summe inzwischen abgebucht ist. Ueber die zurückgezahlte Summe hat er eine Quittung auszustellen.

1) Aus den Instruktionen eines mir zur Verfügung gestellten belgischen Staatssparkassenbuches entnommen (Seite 3).

Die Schulsparkassen haben in Belgien unter der Staatssparkasse eine Ausdehnung gewonnen, wie in keinem andern Lande. 1865 schuf die Stadtverwaltung von Gent einen Fond, der dazu dienen sollte, Schulkinder, die sich durch Fleiss und Kenntnisse besonders auszeichneten, mit Sparbüchern der Sparkassen zu versehen; ausserdem wurden die Kinder angehalten, selbst zu sparen. Am 1. Juli 1867 gab es in Gent bereits 4182 Sparbücher, die auf Schüler lauteten, mit 23 014 frs. Guthaben. Vor allen anderen Personen zeichnete sich in der Propaganda für die Schulsparkassen der Genter Rechtsanwalt M. *Laurent* aus, der in vielen anderen Städten noch Schulsparkassen einrichtete. Ursprünglich wurden dieselben nach Art der Pfennigsparkassen eingerichtet, die auch heute noch vorzuherrschen scheinen, von 1881 ab wurde dann auch vielfach das neue Sparmarkensystem benutzt. 1887 gab es in Belgien 4701 Schulsparkassen bei 7007 Schulen überhaupt mit 188035 Sparern von 889320 Schülern überhaupt und 3 390835 frs. Guthaben. Ende 1896 waren es 304018 Sparer mit 6795000 frs. Guthaben. Die Regierung suchte auf jede Weise diese Anstalten zu fördern; so bestimmte sie z. B., dass die Postboten wöchentlich einmal die Schulen zu besuchen haben, um Spargelder in Empfang zu nehmen. Seit 1897 haben sich auch die Kommunen, durch die Propaganda des Rechtsanwalts M. *Emile Bourlard* aus Mons veranlasst, der Sparkassen angenommen, indem eine ganze Reihe von ihnen jedes neugeborene Kind mit einem Sparbuch der Staatssparkasse über 1 fr., welcher Betrag nie erhoben werden darf, ausstatten. Heute stehen unter den Kategorien der Sparer in Belgien die Kinder bei weitem obenan. (Siehe unten.)

Was die Art der Anlegung der Sparkassengelder anlangt, so nimmt die belgische Staatssparkasse unter allen ähnlichen Instituten der Welt den hervorragendsten Platz ein. Sie wahrt den hauptsächlichsten Grundsatz, der für Sparkassen in Betracht kommt: den Grundsatz der vollkommenen Liquidität. Sie unterscheidet zwei Arten von Anlegungen:

- 1) definitive, diese bestehen in
Belgischen Staats- oder vom Staate garantierten Papieren, Provinz- und Stadtanleihen,
Hypotheken und Hypothekenbank-Pfandbriefen, Obligationen belgischer Gesellschaften, die mindestens 5 Jahre hindurch allen Verpflichtungen nachgekommen sind.
- 2) Provisorische, diese bestehen in

Wechseln und Ordrebillets,

Lombard- Vorschüssen	{	Vorschüssen auf in- und ausländische Handels-
		papiere,
		Vorschüssen auf Warrants und gegen Unterpfand, Vorschüssen auf in- und ausländische Stadt-, Staats- und Provinzanleihen.

Die Arten der definitiven Veranlagung wurden in späteren Jahren noch um einige vermehrt, die den grossen sozialen Wert der belgischen Staatssparkasse hell ins Licht setzen. So wurde dieselbe durch Gesetz vom 15. April 1884 ermächtigt, einen Teil ihrer Gelder zu Darlehen an Landwirte zu verwenden, und zwar mit Hilfe von landwirtschaftlichen Kontors, einer Art Kreditgenossenschaften. Die Staatssparkasse leiht dem betreffenden Landwirt das Geld gegen Eintragung einer Hypothek, und das Comptoir agricole, dem der betreffende Landwirt angehören muss, haftet für die Summe. Die so ausgeliehenen Gelder liess sich die Staatssparkasse ursprünglich zu 4 % verzinsen, 1895 wurde dann der Zinsfuss auf 3,5 % herabgesetzt auf Summen bis 10000 frs., auf 3,75 % auf Summen über 10000 frs. Durch Gesetz vom 21. Juni 1894 wurde die Staatssparkasse ferner ermächtigt, ländlichen Kreditgenossenschaften bis 100000 frs. bei $3\frac{1}{4}$ % Zinsen darzuleihen. Aber von dieser Befugnis wird wenig Gebrauch gemacht, die Kreditgenossenschaften unterhalten sogar noch Guthaben bei der Staatssparkasse. •

Durch Gesetz vom 9. August 1889¹⁾ wurde die letztere ferner ermächtigt, Arbeitern zum Bau eines Wohnhauses, das nicht mehr als 5500 frs. kosten durfte, bis 5000 frs. zu borgen, und zwar wiederum durch das Dazwischentreten einer Genossenschaft, einer Société de Crédit, die wiederum für die Rückzahlung der Summen zu haften hat. Hat der Arbeiter kein Geld, das letzte Zehntel für die Baukosten selbst aufzubringen, dann leitet ihn die Staatssparkasse dazu an, sich das Haus vorläufig von einer Société immobilière zu mieten und gleichzeitig bei ihr selbst eine Lebensversicherung einzugehen (assurance mixte). Erreicht deren Rückkaufswert $\frac{1}{10}$ des Hauswertes, dann leiht die Staatssparkasse ihm das Geld zum Kauf bez. zum Bau des Hauses, hat sich aber in gleicher Zeit vor etwaigen Verlusten gesichert. Denn kommt der

1) Vergl. hierüber auch *Karl Bücher*, Die belgische Sozialgesetzgebung und das Arbeiterwohnungsgesetz vom 9. August 1889 in dem Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik IV. Band, Berlin 1891, S. 249 ff. und Seite 442 ff.

Darleiher seinen Verpflichtungen nicht nach, dann kann sich die Staatssparkasse an die Zwischengesellschaft halten, stirbt er, dann hat sie in der fälligen Versicherungssumme ein wertvolles Pfand und braucht ohnedies die Hinterbliebenen nicht aus dem Hause zu treiben. Die Verzinsung dieser Darlehen erfolgte ursprünglich zu 3,5 %, seit dem 25. Juli 1899 zu 3,25 %.

Ende 1906 waren die Gelder der belgischen Staatssparkasse wie folgt angelegt¹⁾:

1) Definitive Anlagen:	
Staatspapiere	Fracs. 179 040 712,83
Staatlich garantierte Papiere	» 69 426 042,72
Provinz-, Stadt- und Gemeindegeldanleihen	» 149 163 006,63
Obligationen belgischer Gesellschaften	» 106 457 716,45
Hypotheken	» 8 440 318,79
Vorschüsse auf Wohnungen	» 66 600 815,30
» an landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften	» 151 393,70
Landwirtschaftliche Darlehen	» 9 140 284,09
Eigener Immobilienbesitz	» 2 500 000,—
2) Provisorische Anlagen:	
Wechsel auf Belgien	» 87 543 065,79
Vorschüsse auf Wohnungen	» 522 941,53
Devisen und auswärtige Guthaben	» 139 276 145,—
Darlehen gegen Unterpfand	» 41 561 200,—

Vor allem muss der sehr hohe Betrag von Devisen und auswärtigen Guthaben auffallen, er dient dazu, der Staatssparkasse in Zeiten politischer Krisen vollkommene Aktionsfreiheit zu sichern.

Die Sparer der belgischen Staatssparkasse gehören hauptsächlich den ärmeren Schichten der Bevölkerung an. Eine Gliederung der Sparer nach Berufsklassen habe ich nicht erhalten können; die folgende Tabelle zeigt, auf 100 000 Sparer berechnet und nach Berufsklassen geordnet, die während der Jahre 1902—1906 neu eingetretenen Sparer²⁾:

Berufsklassen	1902	1903	1904	1905	1906
Minderjährige Arbeiter	843	861	767	725	1 047
Arbeiter und Handwerker	14 265	12 824	13 134	13 672	13 646
Tagelöhner und Landarbeiter	6 623	6 583	5 716	5 696	5 100
Dienstboten	3 773	3 309	3 205	3 256	3 597
Militärs	1 014	875	691	595	589
Händler und Detaillisten	3 036	2 778	2 429	1 915	2 222
Lehrer	486	440	423	404	556
Beamte und Angestellte	2 713	2 599	2 509	2 585	2 734
Liberale Berufe	260	220	217	283	442
Bauern, Industrielle, Kaufleute	431	367	375	587	791
Rentner	13 234	12 680	11 782	12 022	11 867
Kinder	52 158	55 341	57 710	57 165	56 301
Gesellschaften	1 164	1 123	1 042	1 095	1 103

1) Compte rendu des opérations et de la situation de la Caisse Générale d'Épargne et de Retraite, Année 1906, Seite 24.

2) Ebenda, Seite 16.

Die folgende Tabelle zeigt die Sparer nach der Höhe ihrer Einlagen¹⁾:

Klasse Frs.	Zahl der Bücher	Betrag Frs.	Klasse Frs.	Zahl der Bücher	Betrag Frs.
1— 20	1 042 728	271 995 107	1500—2000	157 003	282 658 820,—
20— 100	443 647		2000—3000	10 932	24 726 485,—
100— 500	441 922		3000—5000	4 383	16 642 466,—
500—1000	186 670		über 5000	2 651	35 438 124,—
1000—1500	129 774	158 640 994			

In dem Gründungsgesetz der Staatssparkasse war es schon vorgesehen, dass diese für ihre Sparer Staatspapiere kaufen konnte. Doch scheint hiervon bis 1875 nicht sonderlich viel Gebrauch gemacht worden zu sein. Am 13. Februar 1875 wurden durch königliche Anordnung Rentenbücher geschaffen. Die Staatssparkasse zederte fortan jedem einen Teil ihrer Forderung an das Staatsschuldbuch zum Tageskurse und stellte ihm darüber ein Rentenbuch aus. Die Einziehung der Zinsen erfolgt kostenlos. Welch grossen Erfolg dieses System gehabt hat, ist aus der folgenden Statistik mit ersichtlich, die das Anwachsen der belgischen Postsparkasse veranschaulicht²⁾:

Jahr	Sparbücher		Rentenbücher	
	Anzahl in 1000	Betrag in 1 000 000 Frs.	Anzahl in 1000	Betrag in 1 000 000 Frs.
1865	0,8	0,5		
1866	6	2,2		
1867	18	6,7		
1868	40	15,3		
1869	48	16,8		
1870	52	19,6		
1871	57	21,9		
1872	64	27,2		
1873	77	33,7		
1874	92	37,3		
1875	106	44,8	0,4	0,8
1876	123	65,7	0,8	2,0
1877	148	78,7	1,1	2,8
1878	169	92,4	1,5	4,3
1879	177	108,2	1,6	6,3
1880	201	125,0	1,7	7,3
1881	235	128,3	2,2	14,5
1882	325	127,9	3,1	23,5
1883	371	141,9	4,0	28,0
1884	407	158,8	4,9	31,1
1885	444	189,0	5,3	31,9
1886	485	216,8	6,3	39,3
1887	547	239,9	6,9	45,0
1888	599	260,2	7,3	48,1

1) *Compte rendu des opérations et de la situation de la Caisse d'Épargne et de Retraite, Année 1906, Seite 12.*

2) *Ebenda Seite 8.*

Jahr	Sparbücher		Rentenbücher	
	Anzahl in 1000	Betrag in 1 000 000 Frs.	Anzahl in 1000	Betrag in 1 000 000 Frs.
1889	657	282,5	7,6	49,4
1890	731	325,4	8	51,7
1891	800	333,4	15	74,6
1892	870	351,3	18	85,9
1893	960	390,1	19	92,4
1894	1054	427,3	22	101,8
1895	1145	453,4	25	114,0
1896	1239	481,1	28	128,2
1897	1378	532,0	31	139,9
1898	1515	564,8	34	152,7
1899	1643	608,4	38	171,5
1900	1758	661,5	41	185,0
1901	1863	735,3	43	200,5
1902	1973	730,5	61	249,5
1903	2088	735,0	74	293,4
1904	2205	764,0	82	324,3
1905	2312	785,7	90	357,2
1906	2420	812,1	99	392,4

Die Rentenkasse.

Die staatliche Rentenkasse war schon ins Leben getreten, bevor die Staatssparkasse, mit der sie heute verknüpft ist, gegründet war. Durch das Gesetz vom 8. Mai 1850 wurde sie errichtet, um das Versicherungswesen im Lande zu verbreiten. Jedermann konnte bei ihr eine Versicherung abschliessen über eine jährliche Rente von 24—720 frs.; die Zahlung derselben konnte bei einem Alter von 55, 60 oder 65 Jahren beginnen. In den ersten Jahren ihres Bestehens, bis 1865, hatte sie so gut wie gar keine Erfolge. In diesem Jahre wurde sie reorganisiert und an die neugegründete Staatssparkasse angeschlossen. Die Mindestrente, die erworben werden konnte, wurde auf 12 frs herabgesetzt, während die Höchstrente einige Jahre später, am 1. Juli 1869, auf 1200 frs. erhöht wurde.

Bis zum Jahre 1887 dehnte sich die Rentenkasse jedoch auch nicht wesentlich aus. Das rührt daher, dass es an der nötigen Propaganda mangelte, man legte mehr Wert darauf, die Bevölkerung erst zum Sparen anzuhalten. Am 13. Juli 1887 ordnete ein königlicher Befehl die Aufstellung einer Rententafel an, und seit der Zeit machte sich von seiten des Staates, der Gemeinden und Provinzen eine lebhafte Agitation für die Rentenkasse geltend; zahlreiche Stiftungen wurden ins Leben gerufen, Schulrentenkassen gegründet, besonders aber wurde unter den Arbeitern Propaganda gemacht.

Die Versicherten der Rentenkasse gehören fast zu 80 % der

Arbeiterklasse an. Von den während des Jahres 1905 derselben beigetretenen Personen waren

Arbeiter	49 %	Haushaltspersonen	9.20%
Nichtarbeiter	8,30 »	Kinder	33,50 »

Die Kinder sind fast alle Arbeiterkinder. Die Zahl der Versicherten betrug Ende 1906 858 000, der Betrag des Rentenfonds ca. 100 Mill. frs. Die Anlage der Gelder erfolgt in denselben Werten, in denen die definitive Anlegung der Sparkassengelder erfolgt.

Lebensversicherungskasse.

Das Gesetz vom 9. August 1889, das die Postsparkasse ermächtigte, Darlehen zum Bau von Arbeiterhäusern auszugeben, sah auch gleichzeitig vor, dass ein Arbeiter, der ein Haus bauen wollte, bei derselben eine Lebensversicherung (assurance mixte) eingehen konnte. Durch Gesetz vom 21. Juni 1894 wurde dann dieser Geschäftszweig dahingehend erweitert, dass es fortan jedem ermöglicht sein sollte, bei der Staatssparkasse einen Lebensversicherungsvertrag bis zur Höhe von frs. 5 000 einzugehen.

Die Erfolge dieses Zweiges der Staatssparkasse sind nicht sonderlich gross zu nennen. Ende 1906 waren 31 337 Versicherte vorhanden, die eine Summe von frs. 63 548 136 versichert hatten. Davon waren bei weitem die grösste Anzahl gemischte Versicherungen, nämlich 24 636 mit frs. 55 134 672 versichertem Kapital, und nur 6 701 reguläre Versicherungen mit frs. 8 413 464 versichertem Kapital. Der eingezahlte Versicherungsfond belief sich Ende 1906 auf frs. 12,11 Mill.

Die Versicherten gehören ebenso wie bei der Rentenkasse hauptsächlich dem Arbeiterstand an, wie folgende Tabelle zeigt, die die Versicherten der ersteren Kategorie (gemischte Versicherungen) nach Berufsklassen ordnet:

Minderjährige Arbeiter	3 401
Industriearbeiter und Handwerker	12 866
Tagelöhner und landwirtschaftliche Arbeiter	4 286
Haushaltspersonen	155
Subalternbeamte	2 487

Frankreich.

In Frankreich¹⁾ befasste sich die Gesetzgebung in dem Ge-

1) Die folgenden Angaben sind grösstenteils dem Werke: *Les Caisses d'Épargne en France (Histoire et législation)* par A. Chevauchez, Paris 1906 entnommen. Der Verfasser ist Beamter der franz. Postsparkasse.

setze vom 19. März 1793 und in dem Dekret vom 3. September 1808 schon mit Sparkassen, bevor überhaupt eine derartige Anstalt im Lande gegründet war. Erst 1818 trat die erste französische Sparkasse, die »Caisse d'épargne et de prévoyance de Paris« ins Leben und erhielt durch königlichen Befehl vom 29. Juli 1818 ihre Bestätigung. Nur langsam erfolgte die Gründung weiterer Anstalten in anderen Städten, so in Bordeaux und Metz (1819), Rouen (1821), Nantes, Troyes, Brest, Le Havre, Lyon (1822); 1830 zählte man erst 14 in ganz Frankreich.

Die Sparkassen waren gezwungen, mit den ihnen anvertrauten Spargeldern Rente und zwar auf eigenen Namen zu kaufen; erreichte das Guthaben eines Sparers jedoch 50 frs., dann mussten sie die Rente auf den eigenen Namen des Sparers eintragen lassen. Sie waren also weiter nichts als reine Rentenkaufsanstalten, welcher Charakter durch das Gesetz vom 17. April 1822, das obige Summe auf 10 frs. ermässigte, noch verschärft wurde.

Die Absicht, die Sparer vor den Schwankungen des Rentenkurses zu sichern, führte dann zu dem Versuch, die Gelder der Sparkassen bei den Leihhäusern (monts-de-piété) anzulegen. Allein die Unfähigkeit der letzteren, alle Gelder zu absorbieren, und die Schwierigkeiten bei der Rückzahlung liessen diesen Versuch ausser bei der Sparkasse von Nantes, die noch heutigen Tages all ihre Gelder bei den Leihhäusern anlegt, vollständig fehlschlagen. Durch das Gesetz vom 2. August 1829 wurden daher die Sparkassen ermächtigt, ihre Gelder in laufender Rechnung beim Schatzamt einzuzahlen, eine Ermächtigung, die in ausgedehntem Masse benutzt wurde. Der Staat übernahm damit eine recht gefährliche Aufgabe, erhöhte aber in den Augen der Bevölkerung den Glauben an die Sicherheit der Sparkassen so sehr, dass ihre Zahl bis 1834 auf 47 anwuchs.

Das Gesetz vom 5. Juni 1835 fasste alle früher erlassenen Gesetze einheitlich zusammen, schrieb den Sparkassen eine einheitliche Geschäftsführung vor und legte ihnen die Verpflichtung auf, den Kammern einen jährlichen Bericht über ihre Lage zu erstatten. Durch das Gesetz vom 31. März 1837 trat an Stelle des Schatzamtes für die Anlegung der Sparkassengelder die »Caisse des Dépôts et Consignations«.

Das Gesetz vom 22. Juni 1845 setzte das Einlagemaximum auf 1500 frs. fest und bestimmte, dass ein Sparer in Frankreich bei Verlust sämtlicher Zinsen nur ein Sparkassenbuch besitzen

dürfe. Durch das Gesetz vom 6. April 1901 wurde diese letztere Bestimmung dahin gemildert, dass der Verlust der Zinsen sich nur auf die letzten drei Jahre vor der Aufdeckung der Uebertretung erstrecken sollte. Das Gesetz vom 30. Juni 1851 setzte das Einlagemaximum auf 1000 frs. herab und gab verschiedene neue Bestimmungen über die Rechnungsführung der Sparkassen heraus.

Die Gründung neuer Sparkassen schritt seit 1835 lebhafter vorwärts, Ende 1844 waren bereits 329 mit 169 Filialen vorhanden, die 638 984 Sparer und 392 552 466 frs. Spargelder hatten.

Wie schon erwähnt, übernahm der Staat dadurch, dass er den Sparkassen befahl, ihre Gelder beim Schatzamt, bez. der Caisse des Dépôts et Consignations einzuzahlen, eine gefährliche Verpflichtung. So ist es denn nicht zu verwundern, dass er wiederholt in unbequeme Lagen geriet. So musste er in dem Revolutionsjahr 1848 den Zinsfuß von 4 auf 5 % erhöhen. Als dieses Mittel nicht wirkte, bestimmte er, dass alle Rückzahlungen über 100 frs. zur Hälfte in Schatzscheinen und zur Hälfte in Rentenstücken geleistet würden, welch letztere der Sparer noch obendrein al pari übernehmen musste. Ebenso wurde 1870 durch Dekret vom 17. September bestimmt, dass alle Rückzahlungen über 50 frs. in 5 % igen Schatzscheinen von 3 monatlicher Laufzeit erfolgen sollten, die durch die Dekrete vom 16. Oktober und 17. Dezember 1870, sowie vom 17. Januar 1871 erneuert wurden. Durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Juli 1895 hat sich der Staat daher ein Sicherheitsventil geschaffen, indem er bestimmte, dass in Fällen höherer Gewalt die Rückzahlungen auf 50 frs. für 14 Tage zu beschränken seien.

Die französischen Sparkassen entwickelten sich seit 1835, wie schon erwähnt, in stetiger Weise. 1844 zählte man 329 Kassen, 1852 schon 353 mit 161 Hilfskassen, 1869 509 mit 648 Hilfskassen, 1880 536 Kassen mit 3 833 295 Sparern und 1 151 843 949,70 frs. Sparguthaben.

Der Rückstand, den das französische Sparwesen im Verhältnis zu der kräftigen Entwicklung zeigte, die in England und Belgien unter Einfluss der Postsparkassen Platz gegriffen hatte, veranlasste die französische Regierung, der Postsparkassenfrage auch ihrerseits näherzutreten. Am 3. Februar 1881 referierte *M. le Bastard* darüber im Senat, und schon am 9. April 1881 wurde ein Regierungsentwurf, die Errichtung einer Postsparkasse betreffend, Gesetz, nachdem sich ein im Jahre 1875 unternommener Versuch, die

Postämter als Annahme- und Auszahlungsstellen für die bestehenden Sparkassen fungieren zu lassen, als ergebnislos herausgestellt hatte ¹⁾.

Am 1. Januar 1882 trat die neue Anstalt mit 6024 Kassen ins Leben, deren Zahl sich bis Ende 1905 auf 7884 erhöht hat. Ihre Gründung zwang die Privatsparkassen, auch ihren Sparern all die Bequemlichkeiten zu gewähren, wie sie die Postsparkasse darbot. Die fortschreitende Entwicklung der Privatsparkassen wurde durch die Postsparkasse in keiner Weise gehemmt, sie entwickelten sich sogar kräftig weiter, wie folgende Tabelle zeigt:

Jahr	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben
1881	3 833 295	Frs. 1 151 843 949,70
1882	4 434 313	• 1 754 896 170,08
1883	4 562 452	• 1 816 451 452,30
1885	4 959 474	• 2 211 350 372,22
1890	5 790 276	• 2 911 722 358,33
1895	6 527 424	• 3 395 460 185,15
1900	7 114 925	• 3 263 994 342,45
1903	7 326 073	• 3 187 768 825,37

Dazu war die Zahl der Kassen und Hilfskassen 1903 auf 2191 angewachsen. Dass die Privatsparkassen keine Einbusse erlitten, rührt mit daher, dass sie stets höhere Zinsen zahlten, als die Postsparkasse. Das Gesetz vom 20. Juli 1895 ²⁾ legte sogar fest, dass die Zinsen, die die letztere an ihre Sparer zahlte, immer 0,75 % niedriger sein sollten wie die, die die ersteren zahlten.

Der Zentralsitz der französischen Postsparkasse befindet sich in Paris. Die gesamte Rechnungsführung liegt in den Händen eines Beamten, der »Rechnungsführer der Postsparkasse« genannt wird. Er bekommt von dem Direktor der Postsparkasse alle Nachweisungen und hat die Tages-, Monats- und Jahresbilanzen aufzustellen, sowie täglich mit der Caisse des Dépôts et Consignations abzurechnen. Die Kontenführung, die ursprünglich ganz in Paris konzentriert war und ebenfalls in den Händen des Rechnungsführers lag, geschieht in zweifacher Form. In einem Kontobuch, ich nenne es A, sind die Sparer alle dem Alphabet nach geordnet und werden die Zinsen, sowie irgend ein Umsatz bewirkt wird, sofort mit Hilfe der progressiven Methode berechnet. Ein Duplikat davon hat der Direktor der Postsparkasse zur Kontrolle zu führen. In einem anderen Kontobuche, ich nenne es B, bei dem keine Zinsen berechnet werden, sind die Sparer nach Départ-

1) P. D. Fischer, Artikel »Postsparkassen« im Handwörterb. d. Staatswissensch.

2) Recueil des Documents concernant la Caisse nationale d'épargne No. 21, S. 256 (ersch. Paris, Staatsdruckerei).

tements geordnet. Bei dem Riesenbetriebe stellten sich mit der Zeit, besonders hinsichtlich der Rückzahlungen, Schwierigkeiten und Verzögerungen heraus, und durch Dekret vom 14. Dezember 1889 wurde daher die Kontenführung dezentralisiert, indem selbständige Départementsämter errichtet wurden, in denen ein Beamter, der Kassierer, das Kontobuch A seines Départements, der Direktor das Duplikat davon zu führen hatte, während das Kontobuch B nach wie vor in Paris geführt wurde. Schon am 16. März 1886 waren in dieser Weise in Algier und Tunis selbständige Départementsämter eröffnet. Ende 1905 gab es 44 derartige Ämter, denen 36 weitere Départements zugeteilt waren. Nach wie vor wurden zu diesem Zeitpunkt in Paris weitergeführt die Konten von 10 festländischen Départements, die Konten der Schiffs- und Regimentssparkassen, sowie die der französischen Postsparkassen im Auslande.

Das Einlageminimum bei der französischen Postsparkasse beträgt 1 fr., das Einlagemaximum betrug ursprünglich frs. 2000 für den Einzelnen und frs. 8000 für bestimmte Gesellschaften, wurde aber durch Gesetz vom 20. Juli 1895 auf frs. 1500 für den Einzelnen ermässigt, bez. auf frs. 15000 für Gesellschaften erhöht. Durch Dekret vom 30. November 1882 wurde das Sparmarkensystem eingeführt, um auch das Sparen von Summen unter 1 fr. zu ermöglichen. Die Summe der auf diese Weise bewirkten Einzahlungen ist ziemlich stabil geblieben und betrug im Durchschnitt der Jahre 1883—1905 frs. 80 671. Die Verzinsung der Gelder betrug ursprünglich 3 %, musste aber 1895, da der gestiegene Rentenkurs der Postsparkasse keinen Nutzen mehr liess, auf 2 1/2 % ermässigt werden. Die Verwaltungskosten betrugen 1882 0,76 % aller Spargelder und sind bis Ende 1905 auf 0,37 % gleich 0,82 frs. pro Transaktion herabgegangen.

Der technische Hergang ¹⁾ bei den Einzahlungen ist folgender: Will jemand Sparer werden, so geht er zum nächsten Postamt, unterschreibt die Eintrittserklärung und macht die erste Einzahlung, über die er eine Quittung erhält. Der Postbeamte übersendet nun Erklärung und Nachweisung über die Einzahlung dem Départementsamt bez. dem Hauptamt in Paris, wo das Sparbuch ausgestellt und mit dem Vermerk der ersten Einzahlung versehen wird. Alsdann wird es dem Sparer gegen Rückerstattung der

1) Entnommen aus: Instruction générale sur le Service de la Caisse nationale d'Épargne, Paris 1892.

Interimskquittung ausgehändigt ¹⁾). Bei weiteren Einzahlungen hat die französische Postsparkasse, um Fälschungen vorzubeugen und die Ausstellung von Quittungen unnötig zu machen, ein geniales System eingeführt. Jedes Postsparkassenamt ist mit Blocks versehen, bestehend aus Blättern, deren jedes aus einem Einzahlungszettel und aus Quittungsmarken zusammengesetzt ist. Beide tragen dieselbe Nummer. Die Quittungsmarken sind aus solchen Abschnitten zusammengesetzt, dass sich daraus jeder beliebige Betrag von 1—2 000 frs. darstellen lässt. Will jemand eine Einzahlung machen, dann füllt der Postbeamte den Einzahlungszettel aus, lässt ihn von dem Sparer unterschreiben und trägt den Betrag in das Sparbuch sowie in sein Journal ein. Alsdann reisst er aus den Quittungsmarken soviel heraus, als zur Darstellung der Summe erforderlich sind, und klebt diese in das Sparbuch des Sparers, unterschreibt dieses und setzt den Datumstempel darunter. Den Rest der Quittungsmarken, der die eingezahlte Summe jederzeit erkennen lässt, klebt er auf den Einzahlungszettel. Eine besondere Quittung bekommt der Sparer vom Hauptamt nun nicht mehr.

Der Hergang bei der Rückzahlung ist derselbe wie bei der englischen Postsparkasse ²⁾). Nur braucht sich ein Sparer, der in einem Département mit selbständigem Hauptamt wohnt, nicht nach Paris zu wenden, sondern direkt an dieses. Seit 1882 können in Paris gegen Vorzeigung des Sparbuches Summen sofort ausgezahlt werden. Der Betrag der 1905 auf diese Weise zurückgezahlten Gelder belief sich auf 22,5 Mill. frs. Seit 1884 darf auch der Telegraph für Rückzahlungsgesuche benutzt werden, die Höchstsumme des so rückzahlbaren Geldes wurde 1897 auf 300 frs. festgesetzt. Die Zahl der telegraphischen Ersuche ist ständig gewachsen, sie betrug 1905 42 594, davon waren allein $\frac{1}{6}$ aus Algier und Tunis.

Schulsparkassen gibt es in Frankreich ebenfalls, und zwar bedienen sie sich vorwiegend des Sparmarkensystems. Ueber die Höhe ihrer Einlagen bei der Postsparkasse gibt die Statistik keinen Aufschluss, dieselben können aber 80 000 frs. jährlich kaum überschreiten.

Schiffssparkassen wurden in Frankreich in Verbindung mit

1) Es gibt verschiedene mit Seriennummern versehene Sparbücher, je nachdem, ob das Konto in Paris oder bei einem Départementsamt geführt wird.

2) Aus der »Instruction pour le déposant«, eines mir zur Verfügung gestellten französischen Postsparkassenbuches entnommen.

der Postsparkasse zuerst eingeführt, und zwar am 18. März 1885. Sie haben sich stetig entwickelt und zählten Ende 1905 22567 Sparer mit frs 2369756,65 Guthaben. Seit dem 1. Juli 1905 bestehen in Algier und Tunis auch Regimentssparkassen, die mit der Postsparkasse verknüpft sind, sie hatten Ende 1905 331 Sparer mit frs 49953,65 Guthaben.

Die Anlage der Gelder erfolgt ausschliesslich in französischen Staatspapieren, hauptsächlich in Rente, zu einem geringen Teile auch in Schatzscheinen. Bis 50 Mill. frs darf die Postsparkasse laufende Guthaben bei der Caisse des Dépôts et Consignations haben. Ihr eigenes Vermögen, das aus den jährlichen Ueberschüssen gebildet ist, sowie aus Stiftungen und Geschenken, belief sich Ende 1905 auf frs 44594044,94 und machte somit rund 3% aller ihr anvertrauten Gelder aus.

Ausser in Frankreich besteht die französische Postsparkasse seit dem 1. März 1882 auch in Korsika, seit dem 1. April 1884 in Algier und Tunis, seit dem 1. Dezember 1888 in Monaco. Ausserdem sind bei folgenden französischen Postämtern im Auslande Sparkassen errichtet¹⁾:

Alexandrien	1. Juli 1886	Smyrna	1. Sept. 1892
Tanger	1. Juni 1887	Beyruth	1. Mai 1894
Konstantinopel	1. Sept. 1889	Port Said	1. Mai 1894
Saloniki	1. März 1892	Canea (Kreta)	1. Jan. 1902

In Alexandrien, Tanger, Port Said und Canea können Angehörige aller Nationalitäten Sparer werden, in den anderen Orten alle mit Ausnahme der Ottomanen, Araber und Perser. Um ihren Wirkungskreis noch weiter auszudehnen, traf die französische Postsparkasse am 31. Mai 1882 ein Abkommen mit der belgischen, wonach die französischen Postämter Annahme- und Auszahlungsstellen für die letztere sind und umgekehrt. Ende 1905 betrug die Summe der zwischen beiden bewirkten Transaktionen 2826 mit einem Betrage von frs 1017206,27. Ein gleiches Abkommen besteht seit 15. April 1904 zwischen der französischen und italienischen Postsparkasse, das am 1. Juni 1906 in Wirkung getreten ist. Ziffermässiges liegt darüber noch nicht vor.

Die Sparer der französischen Postsparkasse setzen sich hauptsächlich aus den ärmeren Schichten der Bevölkerung zusammen.

1) Rapport à M. le Président de la République sur les Opérations de la Caisse Nationale d'Épargne, Année 1905, Paris 1906, S. 75.

Die folgende Tabelle zeigt die Sparer nach der Höhe der Einlagen: (Ende 1905 ¹⁾).

Klasse Frs.	Zahl der Bücher	In %	Betrag der Bücher Frs.	In %	Durchschnitts- betrag Frs.
1— 20	1 590 520	34,74	11 769 848	0,92	7,40
20— 100	967 024	21,13	48 332 859	3,78	49,98
100— 200	407 794	8,92	55 858 622	4,37	136,98
200— 500	578 056	12,63	192 995 556	15,90	333,87
500— 1000	537 014	11,74	360 996 921	28,34	672,23
1000— 1500	327 649	7,15	342 063 208	25,87	1043,99
über 1500	169 333	3,69	266 240 633	20,82	4268,0

Eine Klassifikation der Sparer nach Berufen war nicht zu erhalten, nur eine der im Jahre 1905 neu aufgenommenen Sparer; sie gibt einen ungefähren Anhalt ²⁾:

Berufe	Männer	Frauen	Total	In %
Landwirte, Industrielle, Kaufleute	19 152	5 076	24 228	4,75
Tagelöhner und Landarbeiter	38 686	9 768	48 454	9,51
Industriearbeiter	64 608	34 129	98 737	19,38
Dienstboten	23 384	42 024	65 408	12,84
Militär und Marine	13 576	24	13 600	2,67
Angestellte	35 180	8 484	43 664	8,57
Liberales Berufe	10 440	4 812	15 252	2,99
Privatleute und Rentner	19 980	74 220	94 200	18,49
Minderjährige ohne Beruf	54 048	50 976	105 024	20,60
Verschiedene	840	192	1 032	0,20

Ausserdem Gesellschaften

921

Die Entwicklung der französischen Postsparkasse veranschaulicht folgende Tabelle I (S. 43) ³⁾:

Seit ihrer Gründung kauft die französische Postsparkasse auf Verlangen für ihre Sparer auch Rente, sowie deren Guthaben 10 frs erreicht hat. Uebersteigt das Guthaben eines Sparers 1500 frs, und ist er der Aufforderung, dasselbe bis auf diesen Betrag zu vermindern, nicht nachgekommen, dann kauft die Postsparkasse für ihn ohne weiteres Abwarten Rente, und zwar in Abschnitten von mindestens 20 frs. Die folgende Tabelle zeigt die Rentenkäufe der französischen Postsparkasse von 1882—1905 ⁴⁾: (S. 43 Tab. II.)

1) Rapport à M. le Président de la République sur les Opérations de la Caisse Nationale d'Épargne, Année 1905, Paris 1906, Seite 36.

2) Ebenda Seite 37.

3) Ebenda Seite 88/89.

4) Ebenda Seite 21.

Tabelle I.

Jahr	Zahl der Stellen	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben Frs.	Durchschnittsbetrag Frs.
1882	6024	211 580	47 601 639	224,97
1883	6193	375 838	77 431 415	206,05
1884	6478	526 889	115 402 034	213,21
1885	6620	670 714	154 155 572	222,59
1886	6649	816 185	190 674 127	225,63
1887	6712	950 729	223 519 818	228,17
1888	6765	1 101 116	266 788 603	236,08
1889	6792	1 272 875	331 903 493	255,09
1890	6817	1 475 820	413 439 049	274,76
1891	6844	1 694 355	506 379 931	292,05
1892	7091	1 934 284	616 363 426	312,28
1893	7257	2 050 083	610 793 920	292,31
1894	7313	2 251 193	690 844 460	302,99
1895	7391	2 457 467	753 458 528	302,82
1896	7369	2 652 564	784 950 207	292,57
1897	7416	2 861 002	844 207 700	291,86
1898	7614	3 073 737	875 021 387	283,39
1899	7642	3 319 938	929 454 282	280,08
1900	7697	3 565 941	1 010 263 193	283,43
1901	7772	3 805 881	1 080 389 846	286,15
1902	7820	3 991 412	1 106 752 955	277,28
1903	7840	4 143 888	1 117 960 073	269,78
1904	7853	4 345 446	1 187 348 660	273,23
1905	7884	4 577 390	1 278 257 647	279,25

Tabelle II.

Jahr	Zahl	Betrag Frs.	Jahr	Zahl	Betrag Frs.
1882	1416	1 399 622	1894	4241	6 158 869
1883	2877	2 889 452	1895	5160	6 906 627
1884	2661	2 927 258	1896	4654	5 530 347
1885	2856	3 391 726	1897	4176	4 901 100
1886	3196	3 933 788	1898	4845	5 502 285
1887	3878	4 599 769	1899	5844	6 556 666
1888	3293	4 014 900	1900	6156	6 872 704
1889	3255	3 981 973	1901	7297	7 709 975
1890	3043	4 049 055	1902	7928	8 482 530
1891	3877	5 378 102	1903	8531	9 051 016
1892	3612	5 100 201	1904	7400	7 826 846
1893	5215	7 450 349	1905	6486	7 074 709

Italien.

In Italien wurden die ersten Sparkassen 1822 in Venedig und 1823 in Mailand von gemeinnützigen Vereinen gegründet, deren Mitglieder für ihre Sicherheit hafteten und die notwendigen Arbeiten übernahmen. Die Gesetzgebung befasste sich bald mit ihnen, indem sie die Gründung neuer Anstalten von der ministeriellen Erlaubnis abhängig machte und bestimmte, dass die Statuten die Art, wie die Gelder angelegt werden sollten, genau zu bezeichnen hätten. Hinsichtlich der Anlegung selbst

liess man im übrigen den Sparkassen freien Lauf.

Die Sparkassen Italiens haben sich in den ersten Jahrzehnten langsam, nachher schneller entwickelt, wie das folgende Tabelle zeigt ¹⁾:

Jahr	Zahl der Stellen	Betrag der Guthaben in Lire
1825	13	2 691 182
1830	17	4 864 291
1850	86	40 030 598
1860	126	157 205 040
1870	249	348 121 099

1872 gab es 278 Sparkassen²⁾, von denen die meisten im Norden waren, während es im Süden fast gar keine gab. Ebenso unregelmässig wie die Sparkassen waren auch die Guthaben pro Kopf der Bevölkerung verteilt. Es kamen in

Mailand	Lire 134,95	Messina	Lire 1,37
Cremona	„ 50,23	Reggio	„ 0,13
Florenz	„ 43,45	Salerno	„ 0,10
(Nördliche Provinzen!)		Potenza	„ 0,05
Catania	Lire 17,96	(Südliche Provinzen!)	
Neapel	„ 9,81		

an Sparguthaben auf den Kopf der Bevölkerung. Umgekehrt war es dagegen mit dem italienischen Lotto. Da gab es im Jahre 1872 über ganz Italien verstreut 2189 Sammelstellen; und während an Lotteriebeiträgen im Norden Italiens, in Piemont 191 Lire, in der Lombardei nur 155 Lire auf 100 Einwohner kamen, kamen in den neapolitanischen Provinzen 363 Lire auf 100 Einwohner.

Die Regierung hatte schon seit langem die Absicht, dieses arge Missverhältnis zu beseitigen, und sie glaubte dieses am besten durch die Errichtung einer Postsparkasse zu erreichen, zumal diese Anstalten im Auslande so grosse Erfolge errungen hatten. 1870 legte der Finanzminister *Lussati* dem Parlament einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vor, der nach mehreren Misserfolgen im Jahre 1875 angenommen wurde. Am 1. Januar 1876 trat die neue Anstalt mit 1989 Stellen in Wirksamkeit. Den Privatsparkassen geschah durch die Postsparkasse keinerlei Abbruch, sie entwickelten sich vielmehr kräftig weiter, wie das die folgende Tabelle veranschaulicht ³⁾:

1) Annuario Statistico Italiano 1878. Rom.

2) Archiv für Post und Telegraphie 6. Jahrgang 1878. Berlin. S. 68 ff.

3) Annuario Statistico Italiano 1878—1904. Rom.

Jahr	Sparkassen	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben in Lire
1875	326	769 257	527 201 383
1876	354	833 760	552 754 433
1877	542	1 000 659	693 599 462
1878	572	1 033 092	756 505 731
1879	579	1 084 206	814 246 770
1880	590	1 135 428	863 902 998
1885	871	1 512 275	1 243 374 418
1890	1141	1 821 605	1 481 887 112

Die italienische Postsparkasse ist nach englischem Muster zentralisiert und hat ihren Sitz in Rom. Die Konten der Sparer werden abweichend vom englischen System doppelt geführt, das eine in Rom beim Hauptamt, das andere beim Postamte des Ortes, in dem der Sparer wohnt. Die Anlegung der Gelder besorgt die im Jahre 1863 gegründete staatliche Spar- und Darlehenskasse, (Cassa dei depositi e prestiti) an die sämtliche Gelder täglich abzuführen sind.

Die Mindesteinlage beträgt 1 Lire; das am 18. Februar 1883 eingeführte Sparmarkensystem ermöglichte fortan auch das Sparen geringerer Summen. 1904 wurden mit Hilfe der Sparmarken Lire 460 341 in die Postsparkasse eingezahlt. Die Höchsteinlage beträgt jährlich 1000 Lire, überhaupt 2000 Lire. Die im Auslande wohnenden Italiener können nach dem Gesetz vom 1. Februar 1901 sogar Beträge bis 10000 Lire einzahlen, die voll verzinst werden. Die Einlagen bestimmter Gesellschaften, wie z. B. Wohltätigkeitsgesellschaften, unterliegen keinerlei Begrenzung, sie werden voll verzinst, ebenso ist es mit den Gerichtsgeldern. Das Gesetz vom 29. Juni 1882 bestimmte nämlich, dass die Gelder, die bei den Gerichten eingezahlt werden, wie z. B. Kautionen, von diesen zwecks Anlegung an die Postsparkasse abzuführen seien. Die Summen, um die es sich hierbei handelt, sind recht hohe, der Betrag der Einlagen im Jahre 1904 belief sich auf Lire 44 984 392.55.

Der technische Hergang bei einer Einzahlung¹⁾ ist im wesentlichen derselbe wie bei der englischen Postsparkasse. Der Sparer bekommt auf alle Beträge, die 100 Lire übersteigen, eine besondere Quittung vom Hauptamte in Rom. Um Fälschungen der Beamten zu verhüten, hat die italienische Postsparkasse ein sehr einfaches System durchgeführt. Der Beamte muss sofort über jeden Betrag, den er empfangen hat, in Gegenwart des Sparers

1) Regolamento per l'esecuzione delle leggi 27 maggio 1875 etc. etc. sul Servizio delle Casse di Risparmio postali, Roma 1903, S. 69 ff.

einen Nachweisungs zettel an das Hauptamt ausschreiben und ihn vom Sparer unterschreiben lassen. Auf die Weise werden die Beamten von den Sparern selbst kontrolliert. Die italienische Postsparkasse ist seit jeher bestrebt gewesen, neue Sparer an sich heranzuziehen, und zwar hat sie das auf mancherlei Weise versucht. So erhebt sie seit dem 28. August 1878 die Zinsen von den Staatspapieren ihrer Sparer und schreibt ihnen dieselben gut. Um welche Summen es sich dabei handelt, zeigt folgende Tabelle ¹⁾:

1880	Lire	1 463 932,—	1895	Lire	17 513 829,50
1885	•	6 544 649,50	1900	•	21 045 713,90
1890	•	10 085 553,50	1904	•	25 848 048,67

Seit dem 10. April 1881 zieht die Postsparkasse auch für jedermann die Gewinne des staatlichen Lottos ein unter der Voraussetzung, dass der Gewinner ihr seinen Gewinn als Spareinlage belässt. Jedoch sind die Erfolge der Postsparkasse auf diesem Gebiete stets geringe geblieben, da die Spieler die Einlagen in der Regel schnell wieder abholen. Seit dem 18. Februar 1883 nimmt die Postsparkasse auch die verfallenen Coupons von Staatsanleihen als Einlagen an.

Der Hergang bei einer Rückzahlung ist derselbe wie bei der englischen Postsparkasse. Nur braucht der Sparer für Beträge bis 100 Lire keine besondere Ermächtigung von Rom, wenn er die Rückzahlung sich bei dem Postamte leisten lassen will, bei dem sein Konto geführt wird. Ausserdem muss dem Tage der Rückzahlung eine Kündigungsfrist vorhergehen, die für Summen

bis 100 Lire	10 Tage
von 100 — 200 Lire	20 „
• 200 — 1000 •	1 Monat
über 1000 •	2 Monate

beträgt.

Schulsparkassen bestehen in Italien in Verbindung mit der Postsparkasse schon seit deren Gründung, das Sparmarkensystem scheint bei ihnen vorzuherrschen. Dieselben haben einen bemerkenswerten Aufschwung genommen, der aber in den letzten Jahren nachzulassen beginnt²⁾:

1) Relazione sul servizio delle Casse di Risparmio postali durante l'anno 1904, Roma 1907, S. 49.

2) Ebenda S. 40.

Jahr	Betrag der Einlagen in Lire	Jahr	Betrag der Einlagen in Lire
1876	32 048,82	1895	361 698,45
1880	174 596,62	1900	408 047,29
1885	376 344,87	1904	249 649,67
1890	434 196,95		

Seit dem 25. Februar 1886 ist der Postsparkassendienst auch auf der italienischen Marine eingeführt. Die Erfolge der italienischen Schiffssparkassen veranschaulicht folgende Tabelle¹⁾:

Jahr	Betrag der Guthaben in Lire	Jahr	Betrag der Guthaben in Lire
1886	17 073,04	1901	156 279,43
1890	91 089,05	1902	330 980,20
1895	129 455,42	1903	459 279,70
1900	226 948,13	1904	493 782,02

Ferner gibt es in Italien seit 1886 eine Reihe von Fabriksparkassen, die 1904 Lire 48 984,58 bei der Postsparkasse einzahlten.

Die Anlegung der Gelder, die durch die »Cassa dei depositi e prestiti« besorgt wird, erfolgt in italienischer Rente, in Schatzscheinen, Einzahlungen beim Schatzamt, Hypothekenpfandbriefen, sowie in Vorschüssen an Provinzen, Gemeinden und bestimmte Gesellschaften. In welchem Verhältnis die Gelder in diesen Werten angelegt sind, habe ich nicht ermitteln können, da die Berichte der italienischen Postsparkasse darüber keinen Aufschluss geben.

Durch das Gesetz vom 7. November 1889 wurde den im Auslande wohnenden Italienern Gelegenheit gegeben, vermittels internationaler Postanweisungen oder durch Vermittlung des Konsuls, neuerdings auch durch die Filialen der Banca di Napoli, Einzahlungen bei der Postsparkasse zu machen. Die für Rechnung solcher Sparer neu ausgestellten Bücher behält das Postsparkassenamt in Rom in Verwahrung. Wie gross die Beträge sind, die die fleissigen Italiener jährlich der Heimat zusenden, und ein wie dringendes Bedürfnis das Gesetz vom 1. Februar 1901 befriedigte, das das Maximalguthaben für solche Sparer auf 10 000 Lire erhöhte, veranschaulicht folgende Tabelle (S. 48)²⁾:

Eigene Auslandsfilialen der italienischen Postsparkasse bestehen in der Kolonie Eritrea, und zwar an den Plätzen: Asmara, Assab, Massaua, Keren und Saganeiti, unter denen besonders Asmara und Massaua durch die Höhe ihrer Einlagen hervorrangen.

1) Relazione sul servizio delle Casse di Risparmio postali durante l'anno 1904. Roma 1907, S. 36.

2) Ebenda S. 35.

Jahr	Neu ausgestellte Bücher	Jährliche Einlagen Lire	Guthabenbetrag Lire
1890	87	87 311	72 847
1892	201	165 964	349 456
1894	539	493 905	1 138 186
1896	2 429	2 101 300	3 641 236
1898	2 715	2 067 482	6 011 280
1900	6 811	5 998 703	14 303 615
1901	7 755	6 831 964	20 329 737
1902	15 004	13 290 323	32 467 185
1903	27 322	24 988 820	55 403 731
1904	30 635	31 542 233	84 103 235

Ferner besteht noch ein Zweigamt in Canea auf der Insel Kreta.

Seit ihrer Gründung kauft die italienische Postsparkasse für ihre Sparer auch italienische Rente. Die folgende Tabelle zeigt die Zahl und den Betrag der jährlichen Anlagen ¹⁾:

Jahr	Zahl der Käufe	Betrag der gekauften Papiere in Lire
1876	339	184 104
1880	1 253	1 101 447
1885	4 918	4 658 403
1890	10 678	11 119 935
1895	11 549	11 570 321
1900	14 625	20 986 040
1904	12 933	20 967 675

Die Berichte der italienischen Postsparkasse geben leider darüber keine Auskunft, wie sich ihre Sparer nach Berufsgruppen und nach der Höhe ihrer Einlagen verteilen. Jedoch ist anzunehmen, dass auch die italienische Postsparkasse hauptsächlich den ärmeren Bevölkerungsklassen dient, da das Durchschnittsguthaben eines Sparers Ende 1904 nur Lire 186.15 betrug.

Die Entwicklung der italienischen Postsparkasse veranschaulicht folgende Tabelle (S. 49) ²⁾:

Seit dem 1. September 1884 nimmt die Postsparkasse auch Anträge um Aufnahme in die 1883 gegründete staatliche Alters- und Invaliditätsversicherungskasse an, und vermittelt den geldlichen Verkehr zwischen dieser Anstalt und ihren Klienten. Im Jahre 1904 nahm die Postsparkasse 118999 Einzahlungen für dieselbe an im Betrage von Lire 759 226.75.

1) Relazione sul servizio delle Casse di Risparmio postali durante l'anno 1904. Roma 1907, S. 44.

2) Relazione sul servizio delle Casse di Risparmio postali durante l'anno 1904. Roma 1907, S. 24 f.

Jahr	Stellen	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben Lire	Zinsfuss %
1876	1989	57 354	2 443 404	3,0
1877	3109	114 291	6 474 917	3,0
1878	3194	157 651	11 385 164	3,0
1879	3259	238 869	26 232 286	3,50
1880	3313	339 845	46 252 860	3,50
1881	3406	471 094	66 996 865	3,50
1882	3488	592 018	84 951 236	3,50
1883	3584	805 988	112 128 423	3,50
1884	3742	1 015 328	148 344 901	3,50
1885	3903	1 206 101	176 909 188	3,50
1886	4097	1 391 343	219 841 217	3,50
1887	4237	1 570 840	240 235 164	3,25
1888	4317	1 754 574	264 502 039	3,25
1889	4394	1 941 254	285 954 333	3,25
1890	4479	2 126 289	310 483 635	3,25
1891	4594	2 312 323	333 683 978	3,25
1892	4671	2 523 796	365 106 755	3,25
1893	4703	2 673 127	400 039 468	3,25
1894	4728	2 835 225	424 434 951	3,25
1895	4763	2 938 402	462 413 311	{ 3,25 3,0
1896	4837	2 909 175	478 596 188	3,0
1897	4898	3 141 305	536 591 214	3,0
1898	4946	3 302 064	570 324 555	2,88
1899	5029	3 633 063	628 503 606	2,88
1900	5143	3 990 983	682 136 037	2,88
1901	5233	4 318 612	719 758 658	{ 2,88 2,76
1902	5313	4 648 956	783 482 759	2,76
1903	5389	4 969 588	869 224 123	2,76
1904	5931	5 283 063	983 473 263	{ 2,76 2,64

Die Niederlande.

In den Niederlanden gab es bis zum Jahre 1881 nur Privatsparkassen, die ganz der Privatinitiative überlassen, keinem Gesetz, keiner Verwaltungsvorschrift unterworfen waren. Sie waren meist gutgeleitete Gesellschaften, deren Kapital als Reservefond diente, und hatten im Jahre 1880 37,18 Mill. Gulden Spargelder, ca. 9,12 fl. auf den Kopf der damaligen Bevölkerung. Obwohl diese Sparkassen zu Klagen keinerlei Anlass boten, hatte man doch schon um das Jahr 1870 gefunden, dass das Anwachsen ihrer Spargelder im Vergleich mit den Erfolgen der Spareinrichtungen fremder Länder seit mehreren Jahren zurückgeblieben war, und man führte das auf ihre geringe Ausdehnung und auf die geringe Anzahl ihrer Geschäftsstunden zurück. Man sah die Erfolge der Postsparkassen Englands und Belgiens, aber man sträubte sich in den Niederlanden, wo seit langem der Grundsatz des *laissez faire, laissez passer* herrschte, vor dem Gedanken, ein derartiges In-

stitut für das eigene Land zu gründen. Allein die Zahl der Postsparkassenanhänger wuchs. Die Zeitschrift »De Economist« trat lebhaft für die Postsparkasse ein, ebenso befürwortete 1870 der Abgeordnete von Middelburg, Mr. *Fokker*, im Parlament ihre Einführung. Die Regierung wollte sich jedoch darauf nicht einlassen, und schlug einen Mittelweg ein, indem sie 1875 einen Entwurf ausarbeitete, der die Postämter zu Annahme- und Auszahlungsstellen für die bestehenden Sparkassen machen sollte. Dieses System trat 1877 in Kraft, schlug aber gänzlich fehl. Am 4. Mai 1879 legte daher der Minister *Tak van Poortvliet* den Entwurf zu einem Postsparkassengesetz vor, der unter seinem Nachfolger von beiden Kammern angenommen und am 25. Mai 1880 zum Gesetz erhoben wurde. Am 1. April 1881 nahm die Postsparkasse ihren Geschäftsbetrieb mit 200 Haupt- und 151 Nebenstellen auf, deren Zahl am 1. Juli 1900 bereits 1315 betrug¹⁾.

Die Einführung der Postsparkasse hat den Privatsparkassen keinerlei Abbruch getan, dieselben haben sich vielmehr stetig weiter entwickelt, wie folgende Tabelle zeigt²⁾:

Jahr	Zahl der Sparkassen	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben fl.
1880	273	224 069	36 671 000
1881	289	234 552	39 504 000
1882	283	243 044	41 760 000
1885	276	270 380	49 233 000
1890	256	301 928	61 545 000
1895	275	346 116	73 197 000
1900	300	359 690	79 939 000
1904	329	390 088	88 298 000

Die niederländische Postsparkasse wird geleitet von einem Direktor, mit Sitz in Amsterdam, und von einem Aufsichtsrat aus 5 Mitgliedern. Die Niederländische Bank, die rechte Hand des Schatzamtes, fungiert als Kassenhalterin für die Postsparkasse, an sie werden alle Gelder abgeführt. Von der Bank werden sie dem Finanzminister zur Verfügung gestellt, der sie seinerseits wieder dem Postsparkassendirektor behufs Anlegung überweist.

Der Einzahlungshergang bei Einlagen in die Postsparkasse ist derselbe wie bei der englischen Postsparkasse, mit einer Ausnahme: Hat der Postbeamte den Betrag der Einlage in sein Journal gebucht, dann wiederholt er ihn in Buchstaben auf dem Rande

1) Aus: Mémoire sur la Caisse d'Épargne postale des Pays-Bas par *Armand Sassen* (Directeur de l. C. D'Ép. P.) Franeker 1903.

2) Niederlande, Jaarcijfers over 1890 und 1904.

desselben, reißt den perforierten Rand ab und klebt ihn in das Sparbuch des Einlegers. Auf diese Weise wird eine Kontrolle geschaffen, die Fälschungen so gut wie ausschliesst. Der Sparer empfängt ausserdem noch vom Hauptamte in Amsterdam eine Quittung über die Einlage, sowie diese 25 fl. übersteigt.

Der Rückzahlungshergang weicht ebenfalls wenig von dem bei der englischen Postsparkasse üblichen ab. Der Sparer kann seit 1897 Beträge bis 25 fl. ohne Anweisung vom Hauptamte bekommen; in besonders dringenden Fällen darf der betreffende Beamte auf eigene Verantwortung sogar Beträge bis 100 fl. ohne Zahlungsanweisung auszahlen. Im Gegensatz zu dem Verfahren in England kann dagegen eine derartige Rückzahlung nur einmal wöchentlich und nur bei dem Amte erfolgen, welches das Sparbuch ausgestellt hat. Bei der Rückzahlung klebt der Beamte zur Kontrolle den Avis, den er vom Hauptamte erhalten hat, in das Sparbuch des Sparers ein und vergleicht die Quittungsunterschrift des Empfängers mit der Unterschrift in der Aufnahme-Matrikel. Erfolgt die Rückzahlung an einem anderen Orte, dann sendet das Hauptamt das Rückzahlungsgesuch des Sparers dorthin, damit dessen Unterschrift mit der Quittungsunterschrift verglichen werden kann. Seit dem 1. Oktober 1885 ist auch die Benutzung des Telegraphen zur Rückzahlung von Geldern gestattet. 1905 wurden auf diesem Wege 558 493,76 fl. von 55 134 656,35 fl. zurückgezahlt.

Die Nachweisungen über den Saldo der Ein- und Rückzahlungen werden nicht täglich, sondern viermal monatlich dem Hauptamte übermittelt.

Das Einlageminimum beträgt 25 Cents, das Maximum war ursprünglich 800 fl., wurde aber am 1. Juni 1896 auf 1200 fl. für den Einzelnen und auf 2400 fl. für gewisse Gesellschaften erhöht¹⁾. Um auch das Sparen kleinerer Beträge zu ermöglichen, hat die niederländische Postsparkasse von Anfang an das Sparmarkensystem aufgenommen. Von 1776 556 Einzahlungen wurden im Jahre 1906 131 982, also 7,4 % auf diesem Wege geleistet; vor allen Dingen wird dieses Sparsystem in den Volksschulen gepflegt.

Die Verzinsung der Gelder beträgt 2,64 %, sie hat nicht geschwankt. Die Anlage der Gelder hat 1905 der Postsparkasse 3,22 % eingebracht, von denen 0,395 % für Verwaltungskosten

1) Caisse d'Épargne postale des Pays-Bas. Principales Modifications légales, par *Armand Sassen*, Franeker 1900, S. 5.

(gleich dem geringen Satz von 0,21 fl. pro Transaktion) abzusetzen sind.

Seit 1894 sind, nachdem Versuche im Jahre 1887 fehlgeschlagen waren, auf den niederländischen Kriegsschiffen Schiffsparkassen errichtet und mit der Postsparkasse verbunden. 1905 wurden von 1641783 Gesamteinzahlungen von den Schiffsparkassen 218610 = 13,3 % geleistet.

Für abgelegene Orte und Weiler sind die Landbriefboten ermächtigt, Spargelder anzunehmen.

Durch Gesetz vom 20. Juli 1895, das am 1. Juni 1896 in Kraft trat, ist die Postsparkasse ermächtigt, für ihre Sparer Staatspapiere anzukaufen und Eintragungen ins Staatsschuldbuch machen zu lassen. Die Zahl und die Summe der Käufe weisen eine stetige Zunahme auf¹⁾:

Jahr	Zahl	Betrag fl.	Jahr	Zahl	Betrag fl.
1896	77	40 800	1901	226	183 400
1897	153	119 200	1902	257	222 300
1898	199	188 700	1903	350	316 400
1899	257	215 800	1904	423	372 800
1900	227	189 900	1905	520	462 000

Die Anlage der Postsparkassengelder erfolgt in: 1. Staatsschuldscheinen, Provinz- und Stadtanleihen, Deichverbandsobligationen (Waterschappen und Polders), ferner in Anleihen, die von diesen Verbänden garantiert sind, in Obligationen von Hypothekenbanken und Eisenbahnobligationen; 2. in Darlehen gegen Verpfändung solcher Wertpapiere, wie sie auch bei der Niederländischen Bank zugelassen sind, doch darf die Summe dieser letzteren Art von Anlagen die Hälfte aller Gelder nicht übersteigen. Am 31. Dezember 1905 waren angelegt in ²⁾:

1. a) Staatsschuldscheinen	fl. 65 673 429,25
b) Provinz-, Stadt- und Anleihen anderer Verbände	» 48 726 363,50
2. Darlehen gegen Unterpand	» 13 064 500,—
	<hr/> fl. 127 464 292,75

Der zweite Posten setzt sich aus 156 verschiedenen Werten zusammen, meistens Stadtanleihen.

Die Entwicklung der niederländischen Postsparkasse zeigt folgende Tabelle ³⁾:

1) Verslag an de Koningin betreffend den dienst der Rijkspostspaarbank in Nederland over 1905, te's-Gravenhage 1906, S. 36.

2) Ebenda S. 69 ff.

3) Niederlande Jaarcijfers over 1890 und 1905.

Jahr	Betrag der Einzahlungen fl.	Betrag der Rückzahlungen fl.	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben fl.
1881	1 126 962	276 622	22 831	858 623
1882	2 157 710	1 033 342	46 242	2 018 976
1883	2 884 478	1 751 559	67 922	3 217 605
1884	2 857 454	2 523 135	90 798	4 650 718
1885	4 920 791	3 341 959	112 308	6 368 017
1886	6 615 657	4 310 643	139 989	8 865 643
1887	7 643 432	5 609 289	169 027	11 152 726
1888	9 282 803	6 773 129	201 763	13 980 411
1889	11 479 595	8 335 681	241 175	17 522 912
1890	12 973 501	9 739 446	281 870	21 250 501
1891	13 558 869	11 367 454	319 106	24 013 724
1892	15 369 783	12 472 598	358 483	27 562 108
1893	17 651 589	13 725 601	401 046	32 247 119
1894	20 102 560	15 577 505	448 581	37 656 648
1895	23 219 972	17 727 430	499 963	44 184 884
1896	28 640 484	21 191 322	561 989	52 863 488
1897	31 736 336	24 407 041	627 409	61 646 481
1898	34 706 280	28 013 018	693 228	70 012 149
1899	38 253 542	31 825 422	764 201	78 344 637
1900	39 211 152	34 932 214	829 131	84 697 014
1901	43 744 950	36 961 404	896 761	93 771 664
1902	47 573 481	42 240 630	966 433	101 589 579
1903	51 549 182	46 279 860	1 035 527	109 523 700
1904	58 011 554	50 026 283	1 111 590	120 434 591
1905	61 446 454	55 134 656	1 184 316	129 929 574

Die Sparer der niederländischen Postsparkasse gehören zum grössten Teile den ärmeren Bevölkerungsklassen an. Gerade diese Klassen dem Sparen zugänglich zu machen, ist das stete Bemühen der Postverwaltung, und sie erreicht das durch Broschüren, die kostenlos verteilt werden, durch öffentliche Maueranschläge und durch die Agitation ihrer Beamten, die für ihr Bemühen eine jährliche Vergütung erhalten. Die folgende Tabelle zeigt die Sparer nach Berufsklassen im Jahre 1905¹⁾:

Berufe	Zahl der Sparer	Berufe	Zahl der Sparer
Industrie	40 390	Dienstboten	11 686
Handel	24 981	Handwerker	5 062
Landwirtschaft	14 985	Rentner	11 319
Jagd und Fischerei	620	Minderjährige	216
Liberales Berufe	13 173	Gesellschaften	837

Nach der Höhe der Einlagen verteilen sich die Sparer wie folgt (31. Dez. 1905²⁾):

Beträge unter 1 fl.	haben 319 187 Sparer
„ von 1— 10 fl.	„ 263 027 „

1) Extrait du rapport à la reine concernant le service de la Caisse d'épargne postale des Pays-Bas en 1905, S. 12.

2) Ebenda S. 9.

Beträge von 10— 100 fl.	haben 312 274 Sparer
„ „ 100— 800 „	„ 248 907 „
„ „ 800—1200 „	„ 30 774 „
„ „ 1200—2400 „	„ 9 966 „
„ „ über 2400 „	„ 181 „

Internationale Vereinbarungen behufs Ueberweisung von Geldern aus einer Anstalt in die andere bestehen zwischen der niederländischen und der belgischen Postsparkasse. Die Beträge, um die es sich handelt, sind von nur geringem Umfange.

Oesterreich.

Die erste österreichische Sparkasse wurde im Jahre 1819 in Wien von wohlthätigen Männern gegründet, deren jeder einen Beitrag stiftete, der zur Bildung eines Reservefonds dienen sollte. Trotzdem es im Jahre 1830 erst 6 Sparkassen gab, befasste sich doch die Gesetzgebung schon mit ihnen. Das Gesetz vom 26. September 1834 machte die Gründung neuer Sparkassen von der staatlichen Genehmigung abhängig. Sonst liess der Staat denselben freien Lauf, besonders was die Anlegung der Gelder anlangte, nur wünschte er, dass sie zur Deckung von etwaigen Verlusten allmählich einen Reservefonds aufhäufen sollten. Die Sparkassen breiteten sich in Oesterreich stetig aus, 1870 waren 192 vorhanden, 1881 gab es 335 mit 1616936 Sparern und 1584298000 Kr. Guthaben.

Der Umstand, dass die österreichischen Sparkassen von ihrem eigentlichen Zwecke, Sammelstellen für die Ersparnisse des kleinen Mannes zu sein, immer mehr abgekommen waren, — betrug doch 1881 das Durchschnittsguthaben eines Sparers bereits Kr. 979,80 — sowie dass sie unregelmässig über das Land verteilt waren, bewog die Regierung, dem Parlament den Entwurf zu einem Postsparkassengesetz vorzulegen. Bestärkt wurde sie darin durch die überaus günstigen Erfolge, die die Postsparkassen im Auslande erzielt hatten. Der Entwurf wurde angenommen und am 28. Mai 1882 zum Gesetz erhoben¹⁾. Am 12. Januar 1883 trat die neue Anstalt mit 3219 Sammelstellen ins Leben, und hatte gleich im ersten Jahre einen durchschlagenden Erfolg. Die österreichischen Privatsparkassen haben durch das Aufkommen der Postsparkasse keine Schädigung erlitten. Es zeigte sich auch in Oesterreich, dass beide

1) Unsere Postsparkasse — ein österreichischer Erfolg von *Joseph Zahner*, k. k. Oberkontrollor des Postsparkassenamtes, Wien 1907, S. 1.

Arten von Sparkassen sehr wohl nebeneinander bestehen können. Die folgende Tabelle veranschaulicht die weitere Entwicklung der Privatsparkassen¹⁾:

Jahr	Zahl der Kassen	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben Kr.
1881	335	1 616 936	1 584 298 000
1882	345	1 689 829	1 652 668 000
1883	352	1 769 680	1 736 598 000
1884	357	1 857 865	1 851 850 000
1885	365	1 933 402	1 971 516 000
1890	430	2 397 327	2 565 535 008
1895	488	2 877 154	3 194 723 706
1900	559	3 198 665	3 717 955 505
1903	585	3 464 715	4 368 549 813

Die österreichische Postsparkasse ist nach dem englischen System zentralisiert, und zwar erfolgen alle Transaktionen durch das Hauptamt in Wien.

Die Mindesteinlage beträgt 1 Kr.; um auch das Ersparen kleinerer Summen zu ermöglichen, wurde gleich bei der Gründung das Sparmarkensystem eingeführt. Die Höchstzahl von Sparkarten, die ein Sparer wöchentlich einreichen konnte, wurde am 1. August 1883 auf drei festgelegt. Die Höchsteinlage beträgt 2000 Kr. Die Verzinsung, die erst von einem Guthaben von 2 Kr. an aufwärts beginnt, beträgt seit der Gründung unverändert 3 %. Die Verwaltungskosten betrugen 1906 0,51 % des gesamten Sparguthabens oder 0,22 Kr. pro Transaktion.

Der technische Hergang bei einer Einzahlung ist folgender²⁾: Der Sparer geht zum nächsten Postamt und zahlt das Geld unter Abgabe des Sparbuches ein. Der Beamte trägt darauf den Betrag erst in sein Tagebuch, dann in das Sparbuch des Sparer ein, setzt seinen Namen und den Datumstempel unter den Eintrag und gibt dann das Buch zurück. Der Sparer bekommt hierauf, falls seine Einlage höher als 100 Kr. war, vom Hauptamte in Wien eine besondere Quittung. Um die alljährlich wiederkehrende lästige Einsendung der Sparbücher zu vermeiden, wie sie zwecks Kontrolle und behufs Eintragung der Zinsen bei anderen Postsparkassen stattfindet, führte die österreichische Postsparkasse eine sehr zweckmässige Neuerung ein. Sie bestimmte unter dem 2. Juli 1883, dass die Beamten bei jeder Einzahlung und Rückzahlung in ihrem Tagebuch nicht nur den einfachen Einzahlungs- oder Rückzahlungs-

1) Oesterreichisches Statistisches Jahrbuch 1886—1905.

2) Bestimmungen für den Geschäftsverkehr der Postsparkasse, 2. Aufl. Wien, 1903, S. 7 ff.

betrag, sondern auch den Guthabensaldo des betreffenden Sparbuches einzusetzen und mit an das Hauptamt aufzugeben haben. Auf die Weise ist das Hauptamt jederzeit in der Lage, den Saldo des Sparbuches mit dem des Kontos zu vergleichen. Ueber die Zinsen werden dem Sparer Zinsanweisungen zugesandt, die er sich beim nächsten Postamt auszahlen oder gutschreiben lassen kann. Seit dem 15. November 1884 brauchen die Sparer, um Einlagen zu machen, nicht einmal mehr zur Post zu gehen; jeder Briefträger sammelt gegen eine Gebühr von 10 Heller Beträge bis 1000 Kr. ein.

Der Vorgang bei der Rückzahlung ist im wesentlichen derselbe wie bei der englischen Postsparkasse. Der Sparer muss erst ein Rückzahlungsgesuch an das Hauptamt in Wien richten, worauf er in der Regel sofort eine Zahlungsanweisung für das Postamt bekommt, bei dem er das Geld erheben will. Am 1. September 1883 wurde bei einigen Postämtern das System der Rückzahlung im kurzen Wege eingeführt, das sich seit 1888 auf alle Sammelstellen erstreckt. Jeder Sparer kann sich danach, — allerdings nur einmal täglich — Beträge bis 40 Kr., ohne eine Zahlungsanweisung von Wien zu besitzen, gegen einfache Vorzeigung des Sparbuches auszahlen lassen.

Schulsparkassen in Verbindung mit der Postsparkasse gibt es in Oesterreich noch sehr wenig, trotz der Agitation, die der erste Direktor der Postsparkasse *Coch* dafür entfaltet hat. Die beiden letzten Jahresberichte erwähnen nur, dass zahlreiche Lehrer unter der Schuljugend für die Postsparkasse gewirkt haben, geben aber über die Höhe dieser Einlagen keinen Aufschluss.

Am 1. Oktober 1899 wurde in Oesterreich nach dem Vorbilde Frankreichs und Italiens der Postsparkassendienst auch auf den Kriegsschiffen eingeführt. 1906 wurden von diesen 2127 Einlagen im Betrage von 118 429.12 Kr. gemacht, gegenüber 448 Rückzahlungen im Betrage von 13 375.64 Kr.¹⁾

Die Spargelder der österreichischen Postsparkasse werden im Gegensatz zu den Einlagen im Scheckverkehr ausschliesslich in österreichischen Staatspapieren angelegt, zu denen die vom Staate garantierten Papiere, wie Eisenbahnaktien und -Obligationen treten. Unter den Anlagepapieren befinden sich seit langen Jahren 22,6 Millionen Kr. $3\frac{1}{2}\%$ ige österreichische Investitionsrente. Ich erwähne diesen Posten, um zu zeigen, wie eine Postsparkasse vom

1) 23. Rechenschaftsbericht des k. k. Postsparkassenamtes für das Jahr 1906, Wien 1907, S. II.

Staat auch einmal in schlechter Weise benutzt werden kann; denn dieses Papier ist ein vom Publikum wie von den Banken gleich gefürchteter Ladenhüter. Die Postsparkasse kann von diesem Papier so gut wie nichts verkaufen.

Seit ihrer Gründung kauft die Postsparkasse für ihre Sparer auch Staatspapiere, und zwar zum Tageskurse unter Aufschlag einer Provision von 2⁰/₁₀₀ (mind. 40 h.). Die Papiere nimmt sie kostenlos in Verwahrung, ebenfalls solche, die nicht durch sie gekauft sind. Ueber die Depots stellt sie ihren Sparern Rentenbücher aus und besorgt den Einzug der Zinsen. Seit Ende 1906 steht dem Publikum auch eine grosse Tresoranlage von 5000 Safes zu billigen Preisen zur Verfügung. Ende 1906 befanden sich für 23 016 Rentenbuchbesitzer Wertpapiere im Nominalbetrage von 147 876 823 Kr. in Verwahrung der Postsparkasse. Für Rechnung der Sparer gekauft und an sie abgesandt waren bis Ende 1906 Papiere im Nominalbetrage von 184 471 052 Kr.

Die Entwicklung der österreichischen Postsparkasse veranschaulicht folgende Tabelle¹⁾:

Jahr	Zahl der Stellen	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben Kr.	Durchschnitt Kr.
1883	3219	352 886	8 003 482	22,68
1884	4118	426 233	12 363 266	29,00
1885	4172	487 390	17 358 766	35,62
1886	4268	544 931	21 008 806	38,46
1887	4356	597 708	25 425 004	42,54
1888	4455	655 335	29 995 520	45,76
1889	4548	719 431	35 815 058	49,78
1890	4657	783 206	42 892 332	54,32
1891	4767	847 716	49 683 990	58,60
1892	4917	913 447	58 670 458	64,22
1893	5095	971 506	67 362 876	69,34
1894	5257	1 037 524	76 853 062	74,08
1895	5417	1 110 091	88 496 624	79,72
1896	?	1 174 902	99 383 973	84,60
1897	?	1 241 567	109 003 534	87,83
1898	5768	1 318 626	119 785 828	90,84
1899	5892	1 415 348	132 402 846	93,54
1900	5937	1 484 607	140 881 921	94,89
1901	6061	1 547 541	149 533 222	96,63
1902	6151	1 610 530	161 921 600	100,54
1903	6242	1 694 702	180 140 838	106,30
1904	6339	1 798 018	196 737 107	109,42
1905	6407	1 900 194	209 541 194	110,27
1906	6479	2 004 487	217 776 899	108,64

Ueber die Verteilung der Sparer nach der Höhe ihrer Einlagen und nach Berufsklassen geben die Berichte der Postspar-

1) Oesterreichisches Statistisches Jahrbuch 1886—1905; für 1896 und 1897 konnte ich die Ziffern nicht vollständig bringen, da mir einige Hefte nicht zugänglich waren.

kasse keinen Aufschluss; sie erwähnen nur, dass die Sparer hauptsächlich den minderbemittelten Bevölkerungskreisen angehören.

Ungarn.

In Ungarn hat das Sparkassenwesen eine ganz eigenartige Entwicklung genommen. Da die Städte erst spät Selbstverwaltung erhielten, so bildeten sich die Sparkassen als Aktiengesellschaften. Infolge des von ihnen vertretenen Gewinnprinzips nahmen sie mit der Zeit immer mehr bankmässige Tätigkeiten auf und hielten die kleinen Sparer, an denen nicht viel zu verdienen war, möglichst von sich fern. So konnte es kommen, dass im Jahre 1886 das Durchschnittsguthaben eines Sparers sich auf 1500 Kr. belief¹⁾.

Da die Sparkassen somit von ihrem ursprünglichen Zwecke, Sammelbecken für die Ersparnisse des kleinen Mannes zu sein, ganz abgekommen waren, und da ausserdem von den 13210 Ortschaften Ungarns nur 225 mit Sparkassen versehen waren, so schritt die Regierung, um diesen Uebelständen abzuhelpfen, nach dem Vorbilde anderer Staaten zur Errichtung einer Postsparkasse. Dieselbe wurde durch ein Gesetz vom Jahre 1885 beschlossen und trat am 1. Februar 1886 in Wirkung. Den Privatsparkassen wurde durch sie keinerlei Abbruch getan, dieselben entwickelten sich stetig weiter, wie folgende Tabelle zeigt²⁾:

Jahr	Guthaben der Sparer Kr.	Jahr	Guthaben der Sparer Kr.
1881	600 668 000	1890	905 670 000
1885	710 580 000	1895	1 130 264 000
1886	711 318 000	1900	1 332 762 000
1887	724 032 000	1905	1 694 278 000

Die ungarische Postsparkasse hat ihren Sitz in Budapest und wird von einem Direktor geleitet, dem im Gegensatz zur österreichischen Postsparkasse ein Aufsichtsrat beigegeben ist. Die sonstige Organisation, die Technik bei Ein- und Auszahlungen ist im wesentlichen dieselbe wie bei der österreichischen Schwesteranstalt.

Die Mindesteinlage beträgt 1 Kr., für kleinere Summen ist

1) *Alexander Halasz*, Artikel »Postsparkassen« im Oesterreichischen Staatswörterbuch.

2) *British and foreign trade and industrie* (2. Serie), *British and foreign trade and industrial conditions*, London 1904, S. 203.

das Sparmarkensystem eingeführt. Die Höchsteinlage war ursprünglich auf 2000 Kr. bemessen. Als aber viele Sparer, die diese Grenze erreicht hatten, statt Renten zu kaufen, ihre Guthaben fortzogen, zog die Regierung daraus die Konsequenzen und setzte die Höchsteinlage auf 4000 Kr. für Einzelpersonen und auf 8000 Kr. für Gesellschaften fest. Die Verzinsung der Gelder beträgt 3 %. Die Verwaltungskosten betrugen für das Jahr 1904 0,48 % von dem Guthaben der Sparer oder 0,19 Kr. pro Transaktion.

Besondere Schulsparkassen in Verbindung mit der Postsparkasse bestehen nicht, doch sind ca. 30 % aller Sparer bei der ungarischen Postsparkasse Kinder und Minderjährige. Schiffssparkassen bestehen seit 1899 auf den Kriegsschiffen¹⁾.

1895 bestimmte ein Gesetz, dass die Arbeitsprämien der Strafgefangenen bei der Postsparkasse einzuzahlen und denselben erst bei ihrer Freilassung zurückzuzahlen sind.

Für die zahlreichen Ungarn in Bosnien und der Herzegovina hat die ungarische Postsparkasse gleich nach der Gründung einen besonderen Dienst eingerichtet, ebenso hat sie besondere Vorkehrungen getroffen, um die Gelder, die die zahlreichen ungarischen Auswanderer von Amerika nach der Heimat senden, an sich zu ziehen²⁾. Wie hoch die Summen sind, um die es sich hierbei handelt, war nicht zu ermitteln.

Seit ihrer Gründung kauft die ungarische Postsparkasse für ihre Kunden, sobald sie es wünschen, oder sobald ihr Guthaben den zulässigen Höchstbetrag überstiegen hat, Staatspapiere. Die Stücke sendet sie entweder an die Sparer ab oder behält sie im Depot. Im letzteren Falle stellt sie darüber Rentenbücher aus. So kaufte sie z. B. im Jahre 1906 Staatspapiere im Betrage von 3 716 690 Kr., von denen sie 1 373 604 Kr. selbst verwahrte und 2 343 086 Kr. an die Sparer absandte. Der Gesamtbetrag der seit der Gründung für Rechnung von Kunden gekauften Effekten belief sich auf 38616052 Kr.

Die Anlegung der Spargelder erfolgt mit den Geldern aus dem Scheckverkehr zusammen in Staatspapieren, Pfandbriefen und Einlagen bei Banken.

Die Sparer der ungarischen Postsparkasse gehören zum über-

1) La Caisse d'épargne postale de Hongrie et son oeuvre, 1886—1905, publié par la direction, Budapest 1906, S. 22.

2) Ebenda S. 18.

wiegenden Teile den ärmeren Bevölkerungsschichten an. Die folgende Tabelle zeigt die Sparer nach der Höhe ihrer Einlagen¹⁾:

Klasse	Sparer	in %
bis 10 Kr.	283 571	46,69
10— 100 „	202 318	33,39
100— 200 „	43 530	7,19
200—1000 „	56 288	9,13
über 1000 „	21 749	3,60

Die Zahl der Sparer betrug Ende 1906 607 456, das Durchschnittsguthaben pro Sparer 129,46 Kr. Die folgende Tabelle zeigt das allmähliche Anwachsen im Betrage der jährlichen Guthaben²⁾:

Jahr	Guthaben Kr.	Jahr	Guthaben Kr.	Jahr	Guthaben Kr.
1886	2 839 132	1893	17 677 099	1900	32 673 648
1887	4 282 638	1894	20 463 935	1901	37 338 054
1888	5 855 691	1895	21 716 387	1902	43 605 253
1889	7 478 571	1896	23 402 335	1903	52 775 165
1890	9 582 309	1897	24 370 737	1904	61 368 781
1891	11 935 854	1898	26 447 213	1905	68 844 542
1892	14 836 285	1899	29 475 976	1906	78 639 374

Russland³⁾.

In Russland ist das gesamte Sparwesen in den Händen der Regierung konzentriert. Es gibt nur verschwindend wenige Privatsparkassen, die neben der Staatssparkasse bestehen. Ausser diesen beiden Arten von Sparkassen befassen sich noch eine Reihe von Kreditgenossenschaften auf Gegenseitigkeit und Dorfbanken mit der Annahme von Spargeldern; ihre Zahl betrug 1902 1179 und die Summe der bei ihnen ruhenden Sparguthaben 23 850 000 Rb. Dass sich die Privatsparkassen in Russland so wenig entwickelten, liegt daran, dass die Regierung das Sparwesen zu einem Zeitpunkt in eigene Hand nahm, wo das Sparen etwas dem russischen Volke noch vollständig Unbekanntes war.

Russland ist das Land, in dem zuerst eine staatliche Sparkasse errichtet wurde. Durch das Gesetz vom 30. Oktober 1841

1) Extrait du rapport sur la gestion de la caisse d'épargne postale de Hongrie, exercice de 1906, Budapest 1907, S. 12.

2) Ebenda S. 11.

3) Die Angaben über Russland habe ich entnommen: *Chodsky*, Lehrbuch der pol. Oekonomie und Finanzwissenschaft, Petersburg 1903, ferner dem Berichte der staatlichen Sparkassen für 1905, Petersburg 1907 und Russisches Reichsgesetzbuch Band 12 Teil 1, Petersburg 1904. Die Uebersetzung der betreffenden Stellen danke ich der Freundlichkeit des Herrn Dr. *Lewin*.

wurden 50 vom Staate verwaltete Sparkassen eingerichtet, die am 1. Januar 1842 in Tätigkeit traten. Im ersten Jahre ihres Bestehens hatte die neue Anstalt nur geringe Erfolge. 1842 waren 4505 Sparbücher im Umlauf mit einem Guthaben von 44 250 Rb., 1852 betrug die Summe der Guthaben nur 1892507 Rb., während die Zahl der Sparbücher sogar auf 4226 zurückgegangen war.

Im Jahre 1863 wurde die Staatssparkasse mit all ihren Filialen der Staatsbank unterstellt; gleichzeitig wurden neue Filialen bei den Renteien errichtet. Das Gesetz vom 21. Februar 1884 brachte dann eine weitere Ausbreitung der Filialen, die bisher nur in den grösseren Städten bestanden hatten, über die kleineren Landstädte, die Industrie- und Handelszentren. Um auch die Landbevölkerung dem Sparen zugänglich zu machen, erhob die Regierung, ermutigt durch die glänzenden Erfolge, die man im Auslande erzielt hatte, durch Gesetz vom 7. August 1889 alle Post- und Telegraphenämter zu Zweigstellen der Staatssparkasse und gab dieser somit den Charakter einer Postsparkasse. Im Jahre 1894 wurden dann noch weitere Filialen bei den Zollämtern errichtet.

Einen entschiedenen Antrieb erfuhr das Geschäft der Staatssparkasse, das sich bis dahin in gleichmässiger Entwicklung befunden hatte, durch das Gesetz vom 1. Juni 1895. Dieses beseitigte die bis dahin geltende Bestimmung, dass eine einmalige Einzahlung 50 Rb. nicht überschreiten dürfe, und hatte zur Folge, dass die Staatssparkasse fortan von den kleineren Geschäftsleuten und Handwerkern immer mehr als Bank benutzt wurde, die ihnen ihre augenblicklichen Kassenüberschüsse verzinst. Die relativ hohe Verzinsung der Gelder durch die Staatssparkasse und die andauernde Unsicherheit im heutigen Russland haben diesen Vorgang sehr begünstigt.

Die Organisation der russischen Staatssparkasse ist sehr uneinheitlich. Die Anstalt untersteht einem Sparkassendirektor, der seinerseits wieder dem Finanzminister und dem Reichsbankdirektor untersteht. Neben ihm besteht eine Kommission, die sich aus je einem Beamten des Schatzamtes, der Zollämter, der Eisenbahn- und Postämter zusammensetzt, und die Eröffnung neuer Zweigstellen u. s. w. zu beschliessen und Anordnungen über den organischen Betrieb der Staatssparkasse zu treffen hat. Von den Filialen der letzteren unterstehen dem Sparkassendirektor direkt nur die von Petersburg und Moskau, alle andern unterstehen den

Reichsbankfilialen des betreffenden Bezirks, bei denen auch die Konten der Sparer geführt werden.

Die Mindesteinlage bei der russischen Staatssparkasse beträgt 25 Kopeken; um auch das Sparen kleinerer Summen zu ermöglichen, wurde am 1. Januar 1900 das Sparmarkensystem eingeführt. 1905 wurden auf die Weise 758 200 Rb. eingezahlt. Die Höchsteinlage beträgt für den Einzelnen 1000 Rb., für juristische Personen 3000 Rb. Die Verzinsung, die oft geschwankt hat, beträgt seit dem 1. Februar 1906 4 %¹⁾. Juristischen Personen werden nur die ersten 1000 Rb. zu diesem Satze verzinst, die restlichen 2000 Rb. mit 2,4 %¹⁾. Die Verwaltungskosten betrugen für das Jahr 1905 0,32 %¹⁾ der Guthaben oder 0,27 Rb. pro Transaktion.

Der technische Hergang bei einer Einzahlung ist folgender: Der Sparer liefert das Geld beim nächsten Postamt ab und übergibt dem Beamten gleichzeitig das Sparbuch. Dieser trägt den Betrag mit Ziffern auf dem Rande des Blattes ein, während er das Blatt selbst mit Quittungsmarken von der Höhe des eingezahlten Betrages beklebt und dieselben mit seinem Namen und dem Datumstempel versieht. Damit die vielen des Lesens und Schreibens unkundigen Sparer den richtigen Eintrag auch kontrollieren können, sind die Quittungsmarken in ihrer Farbe dem russischen Papiergeld nachgebildet.

Teiltrückzahlungen bis 100 Rb. kann ein Sparer bei jedem Zweigamte gegen Vorzeigung des Sparbuches sofort erhalten, Summen über 100 Rb. muss er erst 7 Tage vorher bei der Reichsbankfiliale kündigen. Vollrückzahlungen¹⁾ werden nur von der letzteren geleistet.

Durch Dekret vom 8. August 1901 wurden in den russischen Volks- und Mittelschulen Schulsparkassen in Verbindung mit der Staatssparkasse errichtet, die am 1. Januar 1902 ins Leben traten. Bis Ende 1905 waren 53 596 Schüler beigetreten, die ein Guthaben von insgesamt 220 171,40 Rb. besaßen.

Fabriksparkassen wurden schon 1889 gegründet. 1905 gab es 120 derartige Anstalten mit ca. 18 000 Sparern und 1,8 Mill. Rubel Guthaben.

1902 wurde der Staatssparkassendienst auch auf den Kriegsschiffen der russischen Marine eingeführt. Ende 1905 gab es 39 derartige Kassen mit ca. 10 000 Sparern und 0,7 Mill. Rb. Guthaben.

¹⁾ D. h. Rückzahlungen des Gesamtguthabens.

Ausserdem gibt es noch für die Eisenbahnbeamten Sparkassen, die mit der Staatssparkasse verbunden sind und bei den Eisenbahnämtern verwaltet werden. Ende 1905 gab es 885 derartige Kassen mit ca. 130 000 Sparern und 22.8 Mill. Rb. Guthaben.

Die Anlegung der Gelder erfolgt in Staatspapieren, staatlich garantierten Eisenbahnobligationen, Pfandbriefen der staatlichen Adelsbank und der staatlichen Bauernbank, sowie in Pfandbriefen privater Hypothekenbanken. Die folgende Tabelle zeigt, in welchem Verhältnis die Gelder Ende 1905 in diesen Werten angelegt waren:

Staatspapiere	172,9 Mill. Rb.
Eisenbahnobligationen	323,0 „ „
Pfandbriefe der Adels- und Bauernbank	486,6 „ „
Pfandbriefe privater Hypothekenbanken	18,2 „ „

Im Jahre 1902 wurde der Dienst der Staatssparkasse auf die Postämter ganz Sibiriens ausgedehnt, 2 Filialen wurden ausserdem in der mandschurischen Stadt Charbin, eine bei der Russisch-Chinesischen Bank, eine bei dem russischen Postamt errichtet. Diese Massnahme hat einen überraschenden Erfolg gehabt, denn schon Ende 1905 machten die auf Sibirien entfallenden Guthaben mit 118 757 662,57 Rb. über 10 % aller Spargelder, über die die russische Staatssparkasse verfügt, aus.

Die Sparer der russischen Staatssparkasse gehören zum überwiegenden Teile den ärmeren Bevölkerungsschichten an. Die folgende Tabelle zeigt sie nach der Höhe ihrer Einlagen geordnet (Ende 1905):

Klassen Rb.	Zahl der Sparer	in %	Guthaben in Mill. Rb.	in %
bis 25	1 996 500	42,5	11,7	1,3
25—100	880 900	18,8	47,7	5,1
100—500	1 216 600	26,0	273,7	29,7
über 500	597 000	12,7	588,6	63,9

Die Sparer nach Berufsklassen geordnet zeigt folgende Tabelle:

Berufe	Zahl der Sparer
Gutsbesitzer	38 840
Landwirtschaft und landwirtschaftliche Gewerbe	1208 559
Städtisches Gewerbe	584 061
Fabrikarbeiter	237 786
Dienstboten	448 282
Handel	434 812
Geistliche	172 479
Offiziere	68 309
Soldaten	208 793
Staatsbeamte	216 698
Kommunal- und Privatbeamte	708 678
Verschiedene	363 720

Von diesen insgesamt 4 691 017 Sparern waren 1 675 861 (35,7 %) Analphabeten.

Die russische Staatssparkasse kauft für ihre Sparer auf Verlangen, oder wenn ihr Guthaben 1000 Rb. übersteigt, im Einverständnis mit ihnen, Wertpapiere. Dieselben nimmt sie auch in Verwahrung und versieht, da es sich bei den russischen Staatspapieren meist um verlosbare Papiere handelt, die Verlosungskontrolle. Das Guthaben der Sparer an Wertpapieren, die sich in Verwahrung der Staatssparkasse befanden, belief sich für die Jahre 1900—1905 wie folgt:

1900 auf Rb.	90 011 000	1903 auf Rb.	161 900 000
1901 „ „	108 918 000	1904 „ „	195 106 000
1902 „ „	136 104 000	1905 „ „	224 035 000

Die Entwicklung der russischen Staatssparkasse veranschaulicht folgende Tabelle:

Jahr	Zahl der Kassen	Zahl der Sparer in 1000	Betrag der Guthaben in Mill. Rb.	Jahr	Zahl der Kassen	Zahl der Sparer in 1000	Betrag der Guthaben in Mill. Rb.
1862	2 ¹⁾	140	8,5	1884	161	171	18,3
1863	10	100	6,6	1885	326	219	26,6
1864	35	73	5,6	1886	557	306	43,9
1865	47	70	5,4	1887	595	417	68,8
1866	54	68	5,0	1888	622	524	93,0
1867	58	69	4,8	1889	841	638	118,1
1868	61	66	4,7	1890	1826	798	147,0
1869	64	67	4,8	1891	2326	999	200,0
1870	65	75	4,9	1892	2439	1194	250,5
1871	67	78	4,9	1893	2887	1409	298,1
1872	66	79	4,8	1894	3592	1664	347,2
1873	70	77	4,8	1895	3876	1907	390,7
1874	72	79	5,0	1896	4200	2160	442,6
1875	74	82	5,5	1897	4354	2448	510,6
1876	77	83	6,0	1898	4577	2792	593,3
1877	78	87	6,5	1899	4781	3145	679,9
1878	76	90	7,4	1900	5415	3551	751,9
1879	75	97	8,1	1901	5652	3949	832,2
1880	76	104	9,1	1902	6194	4369	920,1
1881	83	111	10,0	1903	6417	4854	1022,4
1882	91	125	11,9	1904	6558	5127	1105,7
1883	106	146	14,5	1905	6609 ²⁾	4988	1055,2

Am 30. Mai 1905 errichtete ein Gesetz bei der Staatssparkasse eine Lebens- und Rentenversicherungsabteilung, bei der jeder, ohne irgend einer ärztlichen Untersuchung sich unterziehen

1) Die offizielle russische Statistik weist für 1862 nur 2 Kassen nach. Wahrscheinlich wurden die 50 Kassen, von denen oben die Rede ist, von diesem Jahre ab, wo sie unter die Kontrolle des Finanzministeriums kamen, nur als 2 gerechnet, da sie alle in Petersburg und Moskau lagen.

2) Davon 4351 eigentliche Postsparkassen.

zu müssen, eine Versicherung eingehen kann. Lebensversicherungen können abgeschlossen werden auf Summen von 25—5000 Rb. und Rentenversicherungen auf Summen von 6—600 Rb. Die Bedingungen sind äusserst günstig.

Am 15. Februar 1906 begann die russische Staatssparkasse ihre neue Tätigkeit, vorläufig nur in Petersburg und an den Zentralstellen. Da das Versicherungswesen unter der russischen Bevölkerung noch wenig bekannt ist, so sind die Erfolge dieses Geschäftszweiges im ersten Geschäftsjahr trotz der lebhaften Agitation von seiten der Regierung nur gering. Im Verlaufe des Jahres 1906 wurden Versicherungen über eine Gesamtsumme von 1 403 915 Rb. abgeschlossen und 55 000 Rb. an Prämien gezahlt.

Schweden.

Die erste bekannte schwedische Sparkasse wurde 1813 in Bornio gegründet, die erste bedeutendere 1820 in Stockholm. Provinzial- und Stadtverbände nahmen sich in den folgenden Jahrzehnten des Sparwesens an und gründeten weitere Anstalten, sodass im Jahre 1860 bereits 151 vorhanden waren mit 187 675 Sparern und 27,3 Mill. Kr. Guthaben. Die weitere Entwicklung der schwedischen Privatsparkassen zeigt folgende Tabelle¹⁾:

Jahr	Sparkassen	Hilfssparkassen	Zahl der Sparer	Guthaben der Sparer Mill. Kr.
1870	235	?	354 357	57,4
1879	354	?	754 004	136,6
1890	388	?	1 089 421	281,7
1895	372	?	1 098 116	339,3
1900	419	357	1 261 557	451,1
1905	439	359	1 399 029	613,3

Dieselben unterstehen zwar der Regierungskontrolle, haben aber hinsichtlich der Anlegung ihrer Gelder ziemlich freien Spielraum. Sie nehmen Einlagen nur bis zu einer gewissen Höchstgrenze an, das Maximalguthaben für eine Person ist bei den meisten auf 3000 Kr. festgesetzt. Die Verzinsung der Gelder ist ziemlich hoch, sie betrug 1905 durchschnittlich 4,291 %.

Da in den kleinen und weit auseinander liegenden Orten des dünn bevölkerten Landes die Errichtung selbständiger Sparkassen schwierig und unrentabel und das Land im Sparwesen hinter

1) Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Band 6, Jena 1901, Artikel Sparkassen Seite 874, und Bidrag till Sveriges Officiella Statistik Y) Sparbankstatistik I Sparbanker för år 1900 und 1905 Stockholm.

anderen Ländern zurückgeblieben war, so hatte die Regierung schon länger ihr Augenmerk auf die Postsparkassen gelenkt. Die günstigen Erfolge der englischen Postsparkasse bewogen sie, dem Parlament einen dahingehenden Entwurf vorzulegen, der am 22. Juni 1883 zum Gesetz erhoben wurde. Am 1. Januar 1884 trat die neue Anstalt dann mit 1575 Poststellen ins Leben, deren Zahl sich bis Ende 1905 auf 2982 = 99,3 % aller Postämter erhöht hat. Den Privatsparkassen tat sie keinerlei Abbruch, dieselben entwickelten sich, wie dieses ja auch aus obiger Tabelle hervorgeht, stetig weiter.

Die schwedische Postsparkasse hat ihren Sitz in Stockholm und wird von einem Direktorium von 5 Personen geleitet, bestehend aus dem Generalpostmeister, ferner dem eigentlichen Postsparkassendirektor, dem Reichsbankdirektor, dem Direktor des Staatsschuldbureaus, und einem vom Könige ernannten Beamten. Die Verwaltung ist, was die Kontenführung anlangt, dezentralisiert; 25 Provinzämter sind die Zentren für ihre Umgebung.

Die Mindesteinlage beträgt 1 Kr. gegenüber 25 Oere, wie sie vielfach bei den Privatsparkassen besteht. Für kleinere Summen wurde gleich bei der Gründung das Sparmarkensystem eingeführt, das in ziemlichem Umfange angewendet wird; 1905 wurden z. B. auf diese Weise 123472 Kr. eingezahlt¹⁾. Die Höchsteinlage betrug ursprünglich 1000 Kr., 1891 wurde sie auf 2000 Kr. heraufgesetzt. Die Verzinsung der Gelder betrug vom 1. Januar 1884 bis 1. Januar 1897 3,6 %, von da bis 1. Juli 1899 3,3 % und seitdem wieder 3,6 %; sie ist für eine Postsparkasse sehr hoch. Die Verwaltungskosten haben sehr geschwankt; für 1905 betrugen sie 0,48 % von den Guthaben der Sparer oder 37 Oere pro Transaktion.

Der technische Hergang bei Einzahlungen ist derselbe wie bei der belgischen Staatssparkasse; es wird über die Einzahlung durch Wertmarken, die in das Sparbuch eingeklebt werden, quittiert²⁾. Auszahlungen werden erst nach erfolgter Kündigung, die unter Beisendung des Sparbuches zu geschehen hat, geleistet. Die Kündigungsfrist beträgt für Summen bis 50 Kr. 10 Tage, für

1) Extrait du Rapport au roi sur la situation et la gestion de la Caisse d'Épargne postale de Suède pendant l'année 1905. Stockholm 1907, S. 10.

2) *Henry Wolff*, Savings Banks at home and abroad, in dem Journal of Royal Statistical Society Band 60, Jahrgang 1897, S. 312.

Summen von 50—100 Kr 30 Tage und für Summen darüber 60 Tage¹⁾).

Schulsparkassen bestehen auch in Schweden. In welchem Masse jedoch das Sparen unter der Schuljugend verbreitet ist, darüber geben die Berichte der Postsparkasse keine Auskunft, da hauptsächlich das Sparmarkensystem angewendet wird.

Am 15. Mai 1891 bestimmte ein Gesetz, dass die Arbeitsprämien für die Strafanstaltsgefangenen bei der Postsparkasse einzuzahlen und den Gefangenen erst bei ihrer Freilassung zurückzuzahlen seien. Ende 1905 gab es 834 derartige Konten bei der Postsparkasse mit einem Guthaben von 71 830,08 Kr.

Die Anlegung der Gelder erfolgte ursprünglich nur in Staatspapieren, Stadtanleihen und Pfandbriefen der Allgemeinen Hypothekenbank. Seit 1902 sind dann noch Hypothekendarleihen an Städte und Einlagen bei den Banken zugelassen. Von den Beständen Ende 1905 waren angelegt in:

Kasse	Kr. 331 270	Wertpapieren	Kr. 38 657 578
Bankguthaben	» 2 792 030	Hypothecken	» 14 050 127

Die Sparer der schwedischen Postsparkasse gehören, wie dieses auch bei den Anstalten anderer Länder der Fall ist, hauptsächlich den ärmeren Schichten der Bevölkerung an. Ende 1900 verteilten sich die Sparer nach der Höhe ihrer Einlagen wie folgt²⁾:

Klasse Kr.	Zahl der Sparer	in %	Betrag der Guthaben Kr.	in %
bis 10	277 482	48,96	1 451 264	2,57
10— 50	133 921	23,63	3 175 683	5,62
50— 100	42 853	7,56	2 972 434	5,26
100— 500	83 737	14,77	18 776 163	33,26
500—1000	16 838	2,97	12 794 718	22,66
über 1000	11 974	2,11	17 291 130	30,63

Die Entwicklung der schwedischen Postsparkasse zeigt folgende Tabelle (S. 68)³⁾:

Der Rückgang der Guthaben vom Jahre 1899 ab ist zurückzuführen auf die in diesem Jahre erfolgte Erhöhung des Zinsfusses bei den Privatsparkassen und auf die Massnahmen der Banken,

1) *Zetssch*, Ueberblick über die bestehenden Postsparkassen, Archiv für Post und Telegraphie 31. Jahrgang, Berlin 1903, S. 497.

2) Bidrag till Sveriges Officiella Statistik Y) Sparbankstatistik II Postsparbanken, Stockholm 1901, S. 22.

3) Zusammengestellt aus: Bidrag till Sveriges Officiella Statistik Y) Sparbankstatistik II Postsparbanken for ar 1900 (S. 19), for ar 1903 (S. 17), for ar 1905 (S. 21) Stockholm.

Jahr	Zahl der Sparer	Guthaben der Sparer Kr.	Durchschnittsguthaben Kr.
1884	79 513	827 641	10,41
1885	112 724	1 455 205	12,91
1886	134 769	2 119 395	15,73
1887	152 016	2 885 397	18,98
1888	174 747	4 650 744	26,61
1889	202 520	8 482 668	41,89
1890	237 060	13 016 554	54,91
1891	271 540	16 264 062	59,90
1892	300 299	19 508 440	64,94
1893	325 498	23 417 475	71,94
1894	367 337	29 681 630	80,80
1895	408 288	38 477 499	94,24
1896	451 872	49 733 810	110,06
1897	495 383	58 107 483	117,30
1898	535 305	64 033 596	119,62
1899	556 544	59 934 156	107,69
1900	566 805	56 461 391	99,61
1901	573 800	54 226 354	94,50
1902	577 627	53 916 398	93,34
1903	570 686	54 482 233	95,47
1904	570 203	55 410 004	97,18
1905	567 023	54 658 804	96,40

die ihren Kunden hinsichtlich der Kündigung von Geldern grössere Bequemlichkeiten boten. Die Postsparkasse suchte dem zwar zu begegnen, indem sie ihren Zinsfuss am 1. Juli 1899 wieder auf den alten Stand erhöhte, hatte aber damit keinen rechten Erfolg.

Am 1. Januar 1903 trat in Schweden eine staatliche Krankenkasse und Rentenversicherungsanstalt ins Leben, deren gesamten Dienst die Postsparkasse ausübt¹⁾. 1905 wurden für diese Anstalt 3183 Einzahlungen im Betrage von 686 241,11 Kr. und 5040 Auszahlungen im Betrage von 105 441,39 Kr. durch die Postsparkasse vermittelt. Die Anlegung der Gelder erfolgt ebenfalls durch die letztere. Von denselben waren 1905 332 345,53 Kr in Hypothekendarleihen an Städte und 1047 915,40 Kr in Wertpapieren angelegt.

Ebenso vermittelt die Postsparkasse den Dienst für die am 1. Januar 1905 ins Leben getretene staatliche Rentenversicherungsanstalt für Hebammen²⁾. Bis Ende 1905 waren 469 Hebammen beigetreten, die 714 Einzahlungen im Gesamtbetrage von 9851 Kronen machten.

Finnland.

In Finnland waren Sparkassen schon im Jahre 1820 bekannt. Sie haben sich seit dieser Zeit ständig ausgebreitet und besonders

1) Extrait du rapport etc., S. 14.

2) Ebenda, S. 15.

auf dem Lande als Kreditinstitute grosse Geltung erlangt. In den Städten, in denen ungefähr 16 % aller Sparkassen ihren Sitz haben, haben sie kapitalistischen Charakter. Bis 1896 waren die Privatsparkassen keinerlei Zwang unterworfen, von da ab kamen sie jedoch unter Regierungskontrolle. Welche Bedeutung sie in dem schwach bevölkerten Lande erlangt haben, erhellt aus folgenden Ziffern ¹⁾:

Jahr	Kassen	Sparer	Guthabenbetrag FIM.
1887	127	56 019	31 478 840
1897	165	112 167	59 222 307
1904	?	190 070	121 401 023

Durch ein Gesetz vom 24. Mai 1886, das durch Instruktionen vom 5. Oktober 1886 ergänzt wurde ²⁾, wurde in Finnland eine Postsparkasse gegründet, hauptsächlich wohl deshalb, um der Bevölkerung in den weitverstreuten kleinen Orten, wo es keine Sparkassen gab, Gelegenheit zum Sparen zu geben. Die neue Anstalt trat am 1. Januar 1887 mit 189 Poststellen ins Leben, hat jedoch den Privatsparkassen gegenüber fast keine Bedeutung zu erlangen vermocht.

Die finnische Postsparkasse hat ihren Sitz in Helsingfors, und wird von einem Direktorium von 3 Mitgliedern geleitet, bestehend aus dem Postdirektor, dem Direktor des »Staatskontores« und einem Beigeordneten aus dem Oekonomiedepartement. Die Verwaltung, speziell die Kontenführung ist dezentralisiert; 16 selbständige Distriktsämter besorgen den Dienst.

Die Mindesteinlage beträgt 1 finnische Mark; für niedrigere Summen wurde gleich bei der Gründung das Sparmarkensystem eingeführt; 1906 wurden auf diesem Wege Mk. 7500 eingezahlt. Die Höchsteinlage war ursprünglich auf 1000 Mk. bemessen, dieselbe wurde am 25. Januar 1906 auf Mk. 3000 heraufgesetzt. Die Verzinsung der Gelder beträgt 3 %. Die Verwaltungskosten betrugen für das Jahr 1906 0,87 % von dem Guthaben der Sparer oder 66 Penni pro Transaktion.

Die Technik bei Einzahlungen ist dieselbe wie bei der belgischen Postsparkasse; über eine Einlage wird durch Wertmarken quittiert ³⁾. Rückzahlungen werden erst nach erfolgter Kündigung

1) Aus: Statesmans Yearbook for the year 1890, for the year 1900 und for the year 1907. London.

2) Storfurstendömet Finlands Författnings-Samling, 1886 Nr. 30, Helsingfors 1886.

3) Storfurstendömet Finlands Författnings-Samling, 1886 Nr. 15, Helsingfors 1902, Seite 3.

geleistet, die unter Beisendung des Sparbuches zu geschehen hat. Die Kündigungsfristen betragen für Summen bis 100 Mk. 10 Tage, bei Summen von 100—500 Mk. 30 Tage, bei Summen darüber 60 Tage.

Schulsparkassen in Verbindung mit der Postsparkasse bestehen seit dem 16. September 1902, und zwar haben alle die Form der Pfennigsparkassen. 1906 gab es 130, und es wurden bei ihnen 4796 Einzahlungen von zusammen Mk. 21 967 gemacht. Ferner gibt es seit dem 6. Mai 1897 Fabriksparkassen; 1906 gab es 10, von denen 375 Einzahlungen im Betrage von Mk. 18 970 gemacht wurden.

Die einlaufenden Gelder werden von der Postsparkasse an das finnische Staatskontor abgeführt, das sie in Staatspapieren, Stadtanleihen, Pfandbriefen und Einlagen bei Banken anzulegen hat. Die Gelder waren im Jahre 1906 wie folgt angelegt:

Kasse	M. 152 255
Wertpapiere	» 5 198 786
Bankguthaben	» 906 632

Die Entwicklung der finnischen Postsparkasse veranschaulicht folgende Tabelle ¹⁾:

Jahr	Kassen	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben FIM.
1887	189	8 718	338 316
1888	223	14 056	710 905
1889	253	20 162	1 101 898
1890	274	22 532	1 309 701
1891	310	23 461	1 252 789
1892	345	21 980	1 106 853
1893	366	20 935	948 336
1894	384	20 483	981 480
1895	396	21 145	1 129 461
1896	420	22 421	1 386 236
1897	439	24 933	2 000 622
1898	448	30 203	2 640 082
1899	550	35 347	3 056 071
1900	590	40 188	3 730 637
1901	614	42 965	4 088 155
1902	635	47 451	4 328 324
1903	674	53 503	5 084 353
1904	698	56 462	5 358 468
1905	728	53 455	5 204 601
1906	755	57 555	6 290 015

Worauf der Rückgang der Guthaben in den Jahren 1891 bis 1893 und 1905 zurückzuführen ist, habe ich leider nicht ermitteln können.

1) Bidrag till Finlands Officiella Statistik VII, B, Postsparbanken. Postsparbanksstyrelsens berättelse för år 1906, Helsingfors 1907, Seite 2 und 11.

Die Sparer der finnischen Postsparkasse gehören zum überwiegenden Teile den ärmsten Schichten der Bevölkerung an. Die folgende Tabelle zeigt sie nach der Höhe ihrer Einlagen geordnet ¹⁾:

Klasse	Sparer	in %
1— 5 M.	14 607	25,38
5— 20 „	16 430	28,54
20— 100 „	13 503	23,46
100—1000 „	11 829	20,50
1000—3000 „	1 128	1,96
über 3000 „	58	0,10

Rumänien.

In Rumänien gründete die Regierung, um die noch sparunkundige Bevölkerung zum Sparen zu erziehen, durch Gesetz vom 5. Januar 1880 eine Staatssparkasse, die am 1. April 1881 ihre Tätigkeit aufnahm. Zu Filialen derselben wurden alle staatlichen und kommunalen Steuerämter, die Distriktskassen und die Postämter gemacht.

Die Verwaltung ist nicht wie in England in der Hauptstadt konzentriert, sondern über mehrere Distriktsämter verteilt.

Die Mindesteinlage beträgt 1 Leu; für geringere Summen ist das Sparmarkensystem eingeführt. Die Höchsteinlage beträgt 300 Lei für 8 Tage, überhaupt 3000 Lei. Die Verzinsung der Gelder erfolgt zu $4\frac{1}{2}$ %. Die Verwaltungskosten sind niedrig, sie stellten sich für 1906/7 auf 0,15 % der Sparguthaben.

Der technische Hergang bei Einzahlungen ²⁾ ist derselbe wie bei der englischen Postsparkasse, mit dem Unterschiede, dass der Sparer die Extraquittung, die er ausser dem Vermerk in seinem Sparbuch erhält, nicht vom Hauptamt bekommt, sondern sofort bei der Einzahlung von der betreffenden Annahmestelle.

Will der Sparer einen Betrag bis 300 Lei erheben, so kann er ihn bei dem Amte, wo er die Einzahlungen gemacht hat, sofort erhalten gegen Abgabe eines äquivalenten Betrages von Extraquittungen, die er über frühere Einzahlungen erhalten hat. Sollte sich der gewünschte Betrag aus den Quittungen nicht darstellen lassen, dann wird eben ein höherer Betrag zusammengestellt und die Differenz als neue Einzahlung angesehen. Bei Beträgen über 300 Lei greift dasselbe Verfahren Platz wie bei der englischen

1) Bidrag till Finlands Officiella Statistik etc., Seite 12.

2) Regulament pentru Serviciul Casei de Economie, Bucarest, Seite 20. Die Uebersetzung verdanke ich der Freundlichkeit des Herrn *Michail Dimitresco*.

Postsparkasse, wiederum unter Abgabe eines entsprechenden Betrages von Extraquittungen.

Die Schulsparkassen sind in Rumänien sehr ausgebreitet, alle Lehrer und Lehrerinnen sind von Amts wegen Beamte der Staatsparkasse ¹⁾ und haben jeden Morgen vor Schulbeginn zu fragen, ob jemand Einzahlungen machen will. Das System der Pfennigsparkassen herrscht vor.

Auf Wunsch der Sparer, oder falls deren Guthaben den zulässigen Höchstbetrag überschritten hat, kauft die Staatsparkasse für sie Wertpapiere, nimmt dieselben in Verwahrung und stellt darüber Rentenbücher aus. In welchem Masse die Sparer von dieser Massregel Gebrauch gemacht haben, liess sich nicht feststellen.

Die Anlegung der Sparguthaben erfolgt ausschliesslich in Staats-, Distrikts-, Stadtanleihen und Hypothekenpfandbriefen. Am 31. März 1907 waren von den Geldern (Reserven inbegriffen) angelegt in ²⁾

Staatspapieren	Lei 37 477 001
Distriktsanleihen und Hypothekenpfandbriefen	» 28 104 471
Stadtanleihen	» 5 394 997
Kassenbeständen	» 1 245 583
	<hr/> zusammen Lei 72 222 052

Die rumänische Staatssparkasse hat sich langsam, aber stetig entwickelt, wie die folgende Tabelle zeigt ³⁾:

Jahr	Guthaben Lei	Jahr	Guthaben Lei
1881/2	1 301 927	1894/5	21 183 965
1882/3	2 476 923	1895/6	23 281 843
1883/4	3 511 290	1896/7	24 345 965
1884/5	4 739 302	1897/8	27 354 313
1885/6	6 098 263	1898/9	31 610 763
1886/7	7 479 939	1899/1900	28 892 675
1887/8	9 049 364	1900/1	28 926 677
1888/9	10 358 544	1901/2	32 404 591
1889/90	11 970 093	1902/3	36 862 089
1890/1	15 011 882	1903/4	41 652 642
1891/2	17 544 680	1904/5	44 906 824
1892/3	18 133 123	1905/6	52 124 975
1893/4	20 601 899	1906/7	58 733 243

1) Lege pentru Casa de Economie, Bucarest, Seite 16. (Gesetz und Reglements sind aus einem mir zur Verfügung gestellten Sparbuche entnommen.)

2) Casa de Depuneri Consemnatiuni si Economie, Bilantul anului financiar 1906/7.

3) Cont de depunerile si restituirile efectuate pe seama Casei de Economie de la infiintarea ei pcinci la 31 Martie 1907. (Beides schriftliche Mitteilungen der Direktion.)

Bulgarien.

In Bulgarien hatte die Regierung bereits im Jahre 1884 die Errichtung einer Postsparkasse ins Auge gefasst und unter dem 20. Januar 1885 ein dahingehendes Gesetz erlassen. Aber erst am 1. Januar 1896 trat die neue Anstalt mit 74 Sparstellen in Tätigkeit, deren Zahl sich bis Ende 1906 auf 193 erhöht hat.

Die Verwaltung der Postsparkasse, die dem Reichsschatzamt und der Oberrechnungskammer unterstellt ist, ist in Sofia zentralisiert; die Anlegung der Gelder erfolgt durch die bulgarische Volksbank.

Die Mindesteinlage beträgt 1 Lew; für geringere Summen ist das Sparmarkensystem in Anwendung. Die Höchsteinlage beträgt für den einzelnen 2000 Lewa, für Wohltätigkeitsanstalten und ähnliche Gesellschaften 5000 Lewa. Die Verzinsung der Gelder erfolgt zu 4 %. Die Verwaltungskosten betrugen für 1906 0,28 % der Sparguthaben oder 18 Stotinki pro Transaktion.

Was die Technik der Einzahlungen anlangt, so ist das belgische Quittungsmarkensystem in Anwendung. Die Einlagen werden ebenso wie die Rückzahlungen in Silber berechnet.

Auch für die Rückzahlungen hat das belgische System Gültigkeit. Die Kündigungsfristen waren ursprünglich lang, sie sind jedoch durch das Gesetz vom 16. Januar 1906 ¹⁾ verkürzt und betragen

ohne Kündigung zahlbar		25 Lewa
Kündigungsfrist von	5 Tagen bis	50 „
„	10 „	100 „
„	15 „	500 „
„	20 „	1000 „
„	25 „	über 1000 „

Die Sparbücher müssen bei Verlust der Zinsen bis zum 1. April des nächstfolgenden Jahres zwecks Kontrolle eingereicht werden. Die Sparguthaben sind frei von gerichtlicher Beschlagnahme.

Uebersteigt das Guthaben eines Sparers den zulässigen Höchstbetrag, dann kauft die Postsparkasse Staatspapiere für ihn; dasselbe tut sie auch jederzeit auf Verlangen des Sparers. Die Summe der neuen Anlegungen belief sich für das Jahr 1906 auf 45 100 Lewa.

¹⁾ Gesetz über Post-, Telegraphen- und Telephonwesen, Sofia 1906, Kapitel XII, Sparkassen, Seite 31 ff. Ausserdem standen mir noch die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz zur Verfügung.

Die Anlegung der Gelder erfolgt gegen eine $4\frac{1}{2}\%$ ige Verzinsung bei der bulgarischen Volksbank, die sie ursprünglich nach eigenem Ermessen verwenden konnte, seit 1903 aber zum grössten Teil in Staatspapieren anlegen muss. Ende 1906 waren Lewa 19 576 000 in Staatspapieren angelegt, während Lewa 8 242 746.10 als Konto-Korrentguthaben bei der Bank blieben.

Die Sparer gehören überwiegend den ärmeren Volksklassen an. Die folgende Tabelle gruppiert sie für 1905 nach der Höhe ihrer Einlagen¹⁾:

	bis 20 Lewa	24 886 Sparer	177 866 Lewa
21— 100	>	21 528	>
100— 500	>	26 588	>
500—1000	>	7 281	>
über 1000	>	7 860	>

Die folgende Tabelle zeigt die Sparer des Jahres 1906 nach Berufsgruppen²⁾:

Berufe	Zahl	in %	Berufe	Zahl	in %
Geschäftsleute	26 890	14,73	Arbeiter	5825	3,19
Beamte	25 492	13,96	Versch. Berufe	4882	2,67
Hausfrauen	23 570	12,91	Vereine	1073	0,59
Dienstboten	17 157	9,40	Gärtner	1043	0,57
Schüler	15 073	8,26	Geistliche	885	0,48
Militär	11 627	6,37	Staatsämter	594	0,32
Lehrer	10 218	5,60	Kirche und Schule	552	0,30
Händler	9 994	5,48	Wohltätigkeitsges.	398	0,22
Landwirte	9 938	5,45	Fischer	195	0,11
Kinder unter 7 J.	9 883	5,41	Aktiengesellschaften	115	0,06
Liberale Berufe	7 162	3,92			

Die bulgarische Postsparkasse hat eine stetige Entwicklung gehabt, wie folgende Tabelle zeigt³⁾:

Jahr	Zahl der Stellen	Sparer	Guthaben Lewa
1896	74	8 186	864 931
1897	98	17 740	2 177 149
1898	109	29 290	3 270 685
1899	120	40 867	4 083 776
1900	128	53 194	4 911 040
1901	134	67 795	6 838 635
1902	137	84 098	8 149 291
1903	144	101 038	11 060 456
1904	166	124 007	16 133 202
1905	174	148 963	22 019 941
1906	193	175 630	28 296 929

1) Hauptdirektion der Post-, Telegraphen- und Telephonämter. Bericht über die Sparkassen für das Jahr 1905, Sofia 1906, Seite 3.

2) Hauptdirektion der Post-, Telegraphen- und Telephonämter. Bericht über die Sparkassen für das Jahr 1906, Sofia 1907, Seite 6 f.

3) Ebenda, Seite 50 ff. Die Uebersetzung des gesamten Materials danke ich der Freundlichkeit des Herrn Dr. Lewin.

Türkei ¹⁾.

1905 ist auch die Türkei in die Reihe der Länder eingetreten, die Postsparkassen haben.

Die türkische Postsparkasse ist nach österreichischem Muster organisiert und hat ihren Dienst bereits in Stambul, Galata, Smyrna, Saloniki, Beirut, Damaskus, Aleppo, Brussa und Bagdad aufgenommen. Nach und nach ist die Einführung des Sparkassendienstes bei allen Postämtern des Reiches in Aussicht genommen.

Die Mindesteinlage beträgt 5 Piaster, für Summen darunter ist das Sparmarkensystem eingeführt. Die Höchsteinlage beträgt 20000 Piaster. Die Einlagen werden bis 10000 Piaster mit 3%, bis 20000 Piaster mit $2\frac{1}{2}\%$ verzinst.

Die Anlegung der Gelder erfolgt in 4% Türkischen Staatswerten; ausserdem sind Einlagen bei der Ottomanbank und der Postanweisungskasse vorgesehen.

Uebersteigt das Guthaben eines Sparers den zulässigen Höchstbetrag, so wird die überschüssende Summe ohne weiteres in Staatspapieren angelegt.

Angaben über die Erfolge der Türkischen Postsparkasse vermochte ich leider nicht zu erlangen.

Kap-Kolonie.

In der Kap-Kolonie bestanden im Jahre 1884 drei grössere Privatsparkassen, die Cape of Good Hope Savings Bank zu Kapstadt mit Filialen, die Kaffrarian Savings Bank zu King Williams Town, und die Grahams Town Savings Bank, sowie eine Regierungssparkasse, die durch Gesetz vom Jahre 1872 gegründet war. Diese Sparkassen vermochten jedoch bei weitem nicht in wirksamer Weise den Spartrieb im Lande zu fördern, (die Privatsparkassen hatten 1884 £ 467 060.15.3 Spargelder, die Regierungssparkasse nur £ 5971.19.11) und so entschloss sich die Regierung schon 1883 zur Errichtung einer Postsparkasse, die fast genau dem englischen Muster nachgebildet wurde. Die Mindesteinlage sollte 1 sh, die Höchstsumme £ 200, mit aufgelaufenen Zinsen £ 250 betragen; nur Friendly Societies konnten Beträge ohne jede Begrenzung einzahlen. Die Verzinsung, deren Höhe auf

1) Archiv für Post und Telegraphie, 33. Jahrgang, Berlin 1905, Seite 501.

3³/₄% festgesetzt wurde, sollte 5% nicht übersteigen ¹⁾).

Im Jahre 1886 wurde dann durch ein Gesetz auch anderen Gesellschaften, Klubs- und Fondsverwaltungen die Erlaubnis erteilt, Spareinlagen ohne jede Begrenzung zu machen. Ausserdem wurde in diesem Jahre das Sparkassengesetz vom Jahre 1875 aufgehoben, wodurch die Postsparkasse einen reichen Zuwachs an neuen Sparern erhielt ²⁾).

Im Jahre 1889 wurde im Zusammenhang mit einer neuen Bestimmung (siehe unten) durch Gesetz die Höchsteinlage auf £ 100 jährlich, £ 500 überhaupt, mit aufgelaufenen Zinsen auf £ 600 erhöht. Ferner wurden Bestimmungen erlassen, nach denen ein Sparer für die Rückzahlungen von Spargeldern den Telegraphen benutzen kann ³⁾).

Die Postsparkasse der Kap-Kolonie hat sich von Anfang an in aufsteigender Linie entwickelt (siehe unten) in den letzten Jahren nur hat sich infolge der andauernden kommerziellen Krisis ein Rückgang eingestellt, der indes jetzt zum Stillstand gekommen zu sein scheint. Mit der Postsparkasse verbunden sind 25 Pfennigsparkassen, die von religiösen Körperschaften gegründet sind. Die Berichte der Postsparkasse klagen darüber, dass ihre Zahl nicht anwachsen will, weil insbesondere die Volksschullehrer kein Verständnis für diese Errichtung zeigen. Der Zinsfuss ist auf 3% ermässigt, da die schlechte Anlegung der Gelder (siehe unten) der Postsparkasse keinen Nutzen lässt, und da die Kosten für die einzelne Transaktion sehr hoch zu nennen sind. (1 sh 1 d.) Letzteres mag teilweise darauf zurückzuführen sein, dass den Postbeamten für jede Transaktion eine Vergütung von 1¹/₂ d zu- gebilligt wird.

Die Entwicklung der Postsparkasse veranschaulicht folgende Tabelle ⁴⁾:

Jahr	Zahl der Stellen	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben £
1884	112	4 775	93 226
1890	167	21 521	446 000
1894—95	241	41 408	1 179 792
1899—00	313	70 812	2 034 997
1900—01	320	82 753	2 510 764

1) Acts of Parliament, Nr. 6 of 1883, Cape Town 1889.

2) Acts of Parliament, Nr. 4 of 1886, Cape Town 1889.

3) Acts of Parliament, Nr. 5 of 1889, Cape Town 1889.

4) Report of the Postmaster General for the Year 1906, Cape Town 1907, Seite 28 ff. u. Seite 63 ff.

Jahr	Zahl der Stellen	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben £
1901—02	328	92 413	2 726 074
1902—03	337	95 590	2 548 410
1903—04	345	99 421	2 447 712
1904—05	349	98 328	2 266 946
1905—06	357	99 961	2 229 608

Die Hauptmasse der Sparer stellen die Bezirke der fruchtbaren Ostküste und der Gold- und Diamantminenindustrie. Die Zusammensetzung der Sparer nach ihrem Beruf zeigt folgende Tabelle:

Verheiratete Frauen, Jungfrauen, Witwen und Minderjährige	31,33 %
Industriearbeiter	22,0 „
Personen in Handel und Verkehr	18,66 „
Beamte	9,34 „
Lehrer	7,60 „
Soldaten und Matrosen	4,40 „
Handwerker	2,27 „
Dienstboten	1,93 „
Verschiedene	1,27 „
Bauern und Fischer	1,20 „

Einen besonderen Geschäftszweig der kapländischen Postsparkasse, der durch Gesetz vom Jahre 1889 begründet und 1890 aufgenommen wurde, bildet die Ausstellung von Sparcertifikaten ¹⁾. Jeder Sparer kann Beträge von mindestens £ 100 von seinem Sparkonto auf ein besonderes Konto übertragen lassen. Auf Grund dieses Separatkontos werden ihm dann gegen geringe Gebühr Certifikate in Beträgen von mindestens £ 100 ausgestellt, die halbjährliche Zinsenkoupons tragen und unübertragbar sind. Gewisse Gesellschaften, Klubs und Fondsverwaltungen können sich bis £ 1000 Certifikate ausstellen lassen, während ihr Betrag beim einzelnen Sparer £ 500 bez. £ 600 mit dem regulären Sparkonto zusammen nicht überschreiten darf (siehe oben). Die Rückzahlung von solchen Certifikaten erfolgt gegen dreimonatliche Kündigung, sofort nur in besonders dringenden Fällen, alsdann unter einem Abzug von 10 sh pro Stück.

Da diese Certifikate den Charakter eines Namenpapiers an sich tragen, das zwar einer Zinsveränderung, nie aber Kurschwankungen unterworfen sein kann, da ausserdem ihre Verzinsung $3\frac{1}{2}$ % beträgt gegen 3 % beim regulären Konto, so erfreuten sie sich einer immer grösser werdenden Beliebtheit. Das Anwachsen dieses Geschäftszweiges veranschaulicht folgende Tabelle ²⁾:

1) Acts of Parliament, Nr. 5 of 1889, Cape Town 1889.

2) Report of the Postmaster General for the Year 1906, Cape Town 1907, Seite 64.

Jahr 30. VI.	Betrag der Zertifikate £	Jahr 30. VI.	Betrag der Zertifikate £
1890	33 400	1903	593 700
1895	297 500	1904	543 800
1900	401 500	1905	521 700
1901	507 800	1906	540 400
1902	624 300		

Die Art der Anlage der Postsparkassengelder (einschl. Zertifikatkonto) zeigt folgende Tabelle: (30. Juni 1906) ¹⁾

Anlage	Nominalbetrag £	Kurswert £
5 ⁰ / ₁₀₀ Regierungsanleihe	11 714	12 182
4 ¹ / ₂ ⁰ / ₁₀₀ do.	7 000	7 175
3 ¹ / ₂ ⁰ / ₁₀₀ do.	609 093	593 866
3 ⁰ / ₁₀₀ do.	499 500	425 199
2 ³ / ₄ ⁰ / ₁₀₀ Schatzscheine	1 669 000	1 669 000

Der ungewöhnlich hohe Betrag der niedrig verzinslichen Schatzscheine, die die Postsparkasse noch dazu al pari übernehmen musste, lässt ihr naturgemäss bei 3 %, die sie an die Sparer weiterzahlen muss, keinen Gewinn, und so schloss sie am 30. Juni 1906 mit einem Nettoverlust von £ 9540.— ab.

Transvaal.

In dieser früheren Burenrepublik wurde am 1. Januar 1893 eine Postsparkasse ins Leben gerufen, die in ihrer Organisation genau der benachbarten kapländischen nachgebildet war. Dieselbe hatte sich in den ersten Jahren ihres Bestehens langsam, aber stetig fortentwickelt. Während des Burenkrieges trat eine Stockung in den Geschäften ein; zeitweilig hörten dieselben sogar gänzlich auf. Nach dem Friedensschluss kam das Land und mit ihm die Postsparkasse unter britische Verwaltung, unter der sie sich kräftig fortentwickelte ²⁾.

Die Mindesteinlage beträgt 1 sh, die Höchsteinlage £ 500, mit aufgelaufenen Zinsen £ 600. Die Verzinsung der Gelder erfolgt zu 3 %. Die Verwaltungskosten sind sehr hohe, sie betrugen 1906/7 0,91 % der Sparguthaben, oder 1 sh 2 ⁴/₁₀ d pro Transaktion.

Die Anlegung der Gelder erfolgt ausschliesslich in Staatspapieren.

Das Anwachsen der Postsparkasse veranschaulicht folgende Tabelle ²⁾:

¹⁾ Report of the Postmaster General for the Year 1906, Cape Town 1907, Seite 82.

²⁾ Nach Mitteilungen, die mir der Controllor of the Post Office Savings Bank of the Transvaal Colonie gemacht hat.

Jahr	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben £
1. Jan. — 31. Dez. 1893	1 853	48 515
„ „ — „ „ 1894	3 874	112 391
„ „ — „ „ 1895	6 339	172 124
„ „ — „ „ 1896	8 118	202 832
„ „ — „ „ 1897	10 391	271 549
„ „ — „ „ 1898	12 544	331 710
„ „ — „ „ 1899	9 945	70 957
„ „ — 1. Mai 1900	9 672	59 341
1. Febr. 1901 — 31. Dez. 1901	11 515	110 457
1. Jan. — 31. Juni 1902	12 020	148 084
„ „ — „ „ 1903	27 940	677 871
„ „ — „ „ 1904	35 059	896 637
„ „ — „ „ 1905	40 844	1 073 585
„ „ — „ „ 1906	47 092	1 287 120
„ „ — „ „ 1907	51 022	1 343 644

Sierra Leone ¹⁾.

In der englischen Kolonie Sierra Leone wurde durch Gesetz vom Jahre 1877 eine Regierungssparkasse ins Leben gerufen, die erst im Jahre 1881 unter Obergewalt des Schatzamtes ihren Geschäftsbetrieb eröffnete. Im Jahre 1896 wurde sie in eine Postsparkasse nach dem Vorbilde des Mutterlandes umgewandelt.

Die Mindesteinlage beträgt 1 sh, die Höchsteinlage war ursprünglich auf £ 50 jährlich und £ 200 überhaupt festgesetzt, wurde aber durch Gesetz vom 9. Juli 1900 auf £ 100 jährlich und £ 500 überhaupt erhöht. Die Verzinsung der Gelder erfolgt zu 2½ %.

Zur Zeit sind 8 Postämter zum Postsparkassendienst herangezogen, und zwar die Ämter zu Freetown, Bonthe, Waterloo, Moyamba, Bandajuma, Panguma, Kaballa und Kambia.

Seit 1906 besteht eine Vereinbarung mit der britischen Postsparkasse, nach der es möglich ist, Guthaben aus der einen Anstalt in die andere zu übertragen und zwar Beträge bis zu £ 200 jährlich, Beträge bis zu £ 500 nur dann, wenn damit Staatspapiere gekauft werden sollen.

Die Regierungs- bez. Postsparkasse Sierra Leones hat sich stetig entwickelt, wie folgende Tabelle (S. 80) zeigt:

In welcher Weise die Postsparkassengelder, die beim Schatzamt der Kolonie eingezahlt werden, angelegt werden, habe ich nicht in Erfahrung bringen können; doch ist wohl anzunehmen, dass ihre Anlegung wie beim Mutterlande in Staatspapieren erfolgt.

1) Die folgenden Angaben stützen sich auf Mitteilungen und Drucksachen, die ich vom Postmaster General of Sierra Leone, Mr. Jas. C. Smith, Freetown, erhalten habe.

Jahr	Zahl der Konten (Regierungsparkasse)	Betrag der Guthaben (Regierungsparkasse) £	Durchschnittsguthaben (Regierungsparkasse) £
1885	251	4 946. 16. 7	19. 14. 2
1886	386	8 304. 8. 8	21. 10. 3
1887	502	9 330. 18. 7	18. 17. 8
1888	690	12 184. 2. 5	17. 13. 2
1889	904	14 179. 3. 8	15. 13. 8
1890	1120	16 489. —. 6	14. 14. 4
1891	1405	22 593. 6. 11	16. 1. 7
1892	1729	26 586. 6. 9 ¹ / ₂	15. 10. 2
1893	2026	30 724. 13. 2	15. 3. 3
1894	2689	35 904. 9. 4 ¹ / ₂	13. 7. —
1895	2039	36 754. 10. 2	18. —. 6

Jahr	Zahl der Konten (Postsparkasse)	Betrag der Guthaben (Postsparkasse) £	Durchschnittsguthaben (Postsparkasse) £
1896	2276	39 425. 18. 1	17. 6. 5
1897	3246	40 461. 2. 10 ¹ / ₂	12. 9. —
1898	3451	43 303. 12. 10 ¹ / ₂	12. 10. —
1899	3581	47 830. 3. 11	13. 7. —
1900	3839	48 924. 4. 6	12. 14. —
1901	4116	48 904. 12. 1 ¹ / ₂	11. 7. 8
1902	4470	50 463. 9. —	11. 10. 2
1903	5181	58 865. 8. 10	11. 7. 3
1904	5539	63 478. 12. 5 ¹ / ₂	11. 9. 3
1905	5680	63 750. 13. 6 ¹ / ₂	11. 4. 7
1906	6240	70 309. 18. 8	11. 5. 4

Durch Gesetz vom 17. Mai 1907 wurde bei der Postsparkasse von Sierra Leone der Postscheckverkehr eingeführt; näheres darüber findet sich auf Seite 155.

Rhodesia¹⁾.

In Rhodesia wurde am 1. Januar 1905 eine Postsparkasse errichtet. Bis zum 31. März des Jahres betrugen die Einlagen £ 8858. Bis 30. November 1905 betrugen die Einlagen £ 32 148, die Rückzahlungen £ 11 469. Vom 30. November 1905 bis 30. Nov. 1906 wurden eingelegt £ 68 248, ausgezahlt £ 36 140.

Aegypten.

In Aegypten hatte man schon im Jahre 1881 versucht, eine Regierungsparkasse, und im Jahre 1888 eine Postsparkasse ins Leben zu rufen. Aber beide Versuche waren fehlgeschlagen²⁾.

Erst der englischen Verwaltung blieb es vorbehalten, eine

1) The Statesmans Year-Book for the Year 1906 und 1907. London.

2) Henry Wolff, Savings Banks at home and abroad, Journal of Royal Statistical Society, Band 60, Jahrgang 1897, Seite 320.

Postsparkasse einzuführen; dieselbe begann ihre Tätigkeit am 1. April 1901.

Ueber die Organisation, Verzinsung, Einlagebegrenzung und Anlegung der Gelder habe ich nichts erfahren können.

Schulsparkassen bestehen seit der Gründung der Postsparkasse, und zwar kommt das Sparmarkensystem bei ihnen zur Anwendung. In Cairo und Alexandrien begibt sich ein Postbeamter an festbestimmten Tagen in die Schulen, nimmt die Sparkarten in Empfang und führt die notwendigen Buchungen an Ort und Stelle aus. Die Schulsparkassen bestanden 1906 in 12 Orten, sie hatten 4225 Sparer, von denen 2085 allein in Cairo wohnten.

Im Jahre 1906 wurden mit den Postsparkassen Englands und Italiens Abmachungen getroffen, nach denen Einzahlungen und Rückzahlungen für diese durch die ägyptische Postsparkasse bewirkt werden können, und umgekehrt.

Von den 59084 Sparern Ende 1906 waren 43877 Eingeborene, von den übrigen waren:

Italiener	5369	Oesterreich-Ungarn	993
Griechen	3890	Deutsche	444
Engländer	2272	Andere	994
Franzosen	1245		

Wie sich die Sparer nach der Höhe ihrer Einlagen verteilen, darüber habe ich nichts ermitteln können. Ihre Verteilung nach Berufen zeigt die folgende Tabelle¹⁾:

Berufe	Sparer	Berufe	Sparer
Beamte	10 214	Schüler und Studenten, Kinder	12 274
Militär und Marine	1 556	Handwerker und Tagelöhner	2 247
Liberale Berufe	1 727	Dienstboten	5 797
Geistliche, Lehrer	1 287	Verschiedene	3 615
Kaufleute	11 178	Wohltätigkeitsgesellschaften	18
Industrielle	8 619	Verschiedene Gesellschaften	9
Landwirte	543		

Die Tabelle zeigt, dass bei der ägyptischen Postsparkasse im Gegensatz zu andern gerade die bemittelteren Kreise vorherrschen.

Die folgende Tabelle zeigt das stetige Anwachsen der ägyptischen Postsparkasse:²⁾

1) Administration des postes d'Égypte, Rapport sur l'exercice 1906, Le Caire 1907, Seite 21.

2) Ebenda, Seite 23.

Jahr	Kassen	Sparer	Guthaben £-E
1901	28	6 740	47 979
1902	74	14 159	87 452
1903	89	20 199	130 842
1904	101	29 152	183 326
1905	121	43 424	240 904
1906	142	59 084	331 072

Kanada.

In Kanada war man nach den ersten günstigen Erfolgen der englischen Postsparkasse zur Errichtung einer gleichen Anstalt geschritten, die am 1. April 1868 zunächst in den östlichen und mittleren Provinzen ihre Tätigkeit aufnahm. Von Jahr zu Jahr wurden dann mehr Postämter zum Sparkassendienst herangezogen, und seit dem Jahre 1869 ist der Betrieb über das ganze Dominion ausgedehnt.

Die Organisation der kanadischen Postsparkasse ist Zug für Zug der englischen nachgebildet.

Die Mindesteinlage beträgt 1 \$, die Höchsteinlage 3000 \$. Die Verzinsung der Gelder erfolgte ursprünglich zu 4 %, am 1. Oktober 1889 wurde dann die Rate auf 3½ %, und am 1. Juli 1897 auf 3 % herabgesetzt¹⁾.

Die Spargelder muss die Postsparkasse an den Finanzminister abführen, der sie nach eigenem Ermessen verwenden kann. Er muss jedoch den monatlichen Stand der Gelder in der »Canada Gazette« veröffentlichen und ebenso dem Parlament einen jährlichen Bericht vorlegen.

Die kanadische Postsparkasse nimmt heute unter den Sparinstituten des Landes den ersten Platz ein; sie hat ebenso viele Spargelder wie die Regierungs- und Privatsparkassen zusammengekommen. 1903 hatten die Regierungssparkassen £ 3394915 Sparguthaben, die Privatsparkassen £ 4366410, die Postsparkassen £ 9096928. Aber während die Gelder der Regierungssparkassen sich in der Periode 1880—1903 verzweieinhalbfacht, die der Privatsparkassen verdreifacht haben, haben sich die Bestände der Postsparkasse verzehnfacht.

Das stetige Anwachsen der kanadischen Postsparkasse zeigt folgende Tabelle²⁾:

1) Nach einer mir gewordenen Mitteilung des Superintendent of the Post Office Department, Canada, Savings Bank Branch, Mr. W. H. Harrington.

2) 6—7 Edward VII, A. 1907, Sessional Paper Nr. 24, App. E, Transactions of the Post Office Savings Bank.

Jahr 30. Juni	Zahl der Kassen	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben \$	Durchschnittsguthaben \$
1868	81	2 102	204 589	97,93
1869	213	7 212	856 814	118,80
1870	226	12 178	1 588 849	130,41
1871	230	17 153	2 497 260	145,59
1872	235	21 059	3 096 500	147,04
1873	239	23 526	3 207 052	136,32
1874	266	24 968	3 204 965	128,36
1875	268	24 294	2 926 090	120,44
1876	279	24 415	2 740 953	112,27
1877	287	24 074	2 639 937	109,60
1878	295	25 535	2 754 484	107,87
1879	297	27 445	3 105 191	113,14
1880	297	31 365	3 945 669	125,80
1881	304	39 605	6 208 227	156,75
1882	308	51 403	9 473 662	184,08
1883	330	61 059	11 976 237	196,13
1884	343	66 682	13 245 553	198,63
1885	355	73 322	15 090 540	205,81
1886	392	80 870	17 159 372	212,18
1887	415	90 159	19 497 750	216,26
1888	433	101 693	20 689 033	203,44
1889	463	113 123	23 011 423	203,41
1890	494	112 321	21 990 653	195,78
1891	634	111 230	21 738 648	195,44
1892	642	110 805	22 298 402	201,24
1893	673	114 275	24 153 194	211,36
1894	699	117 020	25 257 868	215,84
1895	731	120 628	26 805 542	222,22
1896	755	126 442	28 932 930	228,82
1897	779	135 737	32 380 829	238,55
1898	814	142 289	34 480 938	242,47
1899	838	142 141	34 771 605	244,62
1900	847	150 987	37 507 456	248,41
1901	895	157 368	39 950 813	253,87
1902	915	162 761	42 320 210	260,01
1903	934	167 023	44 255 327	264,96
1904	961	168 572	45 419 706	269,44
1905	989	165 518	45 367 761	274,09
1906	1011	164 542	45 736 489	276,75

Britisch-Guiana.

In dieser englischen Kolonie besteht schon seit längerem eine Regierungssparkasse mit je einer Kasse in Georgetown und New Amsterdam; sie hatte 1906 14067 Sparer mit einem Guthaben von \$ 1076005. Im Jahre 1889 wurde dann auch noch eine Postsparkasse für die kleineren Orte errichtet.

Ueber deren Organisation, sowie über Verzinsung und Einlagegrenzen habe ich nichts erfahren können.

Die Gelder werden in Staatspapieren angelegt. Seit dem 2. März 1904 wird die jährliche Gewinn- und Verlustrechnung

auf das Gewinn- bez. Verlustkonto der Regierungssparkasse übertragen.

Von den 11192 Sparern Ende 1906 waren 3032 Indianer, 364 Portugiesen, 32 Chinesen und 7764 Creolen und andere. Das höchste Durchschnittsguthaben hatten die Chinesen¹⁾.

Nach der Höhe ihrer Einlagen verteilen sich die Sparer wie folgt²⁾:

Klassen \$	Sparer	in %	Guthaben \$	in %
unter 5	5886	52,59	6 755	1,86
5— 50	3779	33,76	70 614	19,41
50— 100	697	6,23	47 444	13,04
100—1000	790	7,06	187 413	51,53
über 1000	40	0,36	51 505	14,16

Die stetige Entwicklung der Postsparkasse von Britisch-Guiana veranschaulicht folgende Tabelle:

Jahr	Kassen	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben \$
1889	6	136	2 273,56
1890	9	929	27 648,53
1891	10	1 672	45 795,84
1892	12	2 255	60 248,35
1893	17	3 134	79 465,81
1894	18	4 200	99 033,83
1895	20	4 853	124 519,03
1896	22	5 365	145 899,96
1897	27	5 995	164 350,15
1898	27	7 225	207 826,71
1899	25	7 853	209 454,30
1900	25	8 263	222 693,24
1901	25	8 262	235 440,23
1902	25	8 678	259 138,58
1903	27	9 189	260 952,46
1904	27	9 158	264 397,46
1905	34	9 966	321 133,82
1906	34	11 192	366 072,62

Hawai³⁾.

In Hawai wurde am 1. Juli 1886 eine Postsparkasse errichtet. Die Guthaben der Sparer wurden in Staatspapieren angelegt. Die folgende Statistik zeigt die Erfolge der Postsparkasse:

1) British Guiana, Reports on the Government and Post Office Savings Banks for the year 1906, Georgetown 1907, Seite 18.

2) Ebenda, Seite 19. Anmerkung: Den Betrag der Guthaben habe ich, um ein ungefähres Bild geben zu können, aus den Ueberschüssen der Einlagen über die Rückzahlungen und den gutgeschriebenen Zinsen zusammengestellt. Da im Laufe der Jahre Bücher über die Summe von \$ 1580.38 proscribiert sind, so beträgt das Guthaben der Sparer Ende 1906 genau nur \$ 364 492.24.

3) Archiv für Post und Telegraphie, Berlin 1889, S. 720.

Jahr	Sparer	Guthaben	Sparstellen
1887	819	\$ 134 883	?
1888	1860	> 477 476	?
1890	2641	> 956 999	72

Es ist anzunehmen, dass die Postsparkasse eingegangen ist, seit das Inselreich unter die Verwaltung der Vereinigten Staaten gekommen ist.

Bahamas-Inseln.

In dieser von nur 58175 Menschen bewohnten Insel-Kolonie wurde am 1. Februar 1886 eine dem englischen Vorbilde genau nachgebildete Postsparkasse eingerichtet. Jedermann kann bei den Postämtern zu Nassau, Harbour Island, Governors Harbour, Rock Sound, Bimini und Inagua täglich von 10—2⁰⁰ Uhr (Sonnenabend 10—11⁰⁰ Uhr) Beträge von 1 sh bis £ 40 jährlich, von £ 200 überhaupt einzahlen. Die Kündigungsfrist für die Rückzahlung von Guthaben beträgt für die Hauptstadt Nassau 7 Tage, für die Ausseninseln, mit denen nur 2- oder 4wöchentliche Postverbindung besteht, 2 Monate; Friendly Societies erhalten ihre Guthaben sofort zurückgezahlt.

Seit 1886 wurden auf Beträge von £ 1 an 2¹/₂ % Zinsen vergütet, die Guthaben von Friendly Societies wurden dagegen nicht verzinst. Von 1889—1897 wurden auf Beträge über £ 5 erst 6 Monate nach Einzahlung Zinsen vergütet. Seit 1898 werden Zinsen wieder gleichmässig auf alle Beträge von £ 1 ab bezahlt, auch Friendly Societies erhalten seit diesem Jahre auf ihre Guthaben Zinsen.

Die Anlage der Spargelder erfolgt fast nur in Staatspapieren (siehe unten), ein geringer Teil wird als Kassenbestand bei der Bank von Nassau gehalten¹⁾.

Seit 1899 besitzen die Sparbücher Freizügigkeit, es können also von diesem Jahre an bei allen Postämtern Einzahlungen und Rückzahlungen auf ein und dasselbe Buch bewirkt werden²⁾.

Am 17. Dezember 1906 wurde mit der englischen Postsparkasse ein Abkommen getroffen, nach dem Beträge bis zu £ 200 jährlich in diese überwiesen werden können. Ausserdem können von diesem Zeitpunkt ab Beträge bis £ 500 bei der Bahamas-Postsparkasse eingezahlt werden, die der englischen Postsparkasse

1) Post Office Savings Bank Rules. New Providence 1898.

2) Additional Post Office Savings Bank Rules. New Providence 1899.

übermittelt werden behufs Ankauf von Staatspapieren¹⁾.

Die Entwicklung der Postsparkasse veranschaulicht folgende Tabelle²⁾:

Jahr	Zahl der Besitzer	Betrag der Guthaben £	Verlust £	Gewinn £
1. II. — 31. XII. 1886	344	2 699		
1. I. — „ 1887	437	3 986	134	
„ — „ 1888	493	5 551		
„ — „ 1889	499	6 196	726	
„ — „ 1890	597	6 768	656	
„ — „ 1891	686	7 255	559	
„ — „ 1892	767	7 579	453	
„ — „ 1893	839	8 003	339	
„ — „ 1894	881	8 031	234	
„ — „ 1895	950	8 603	137	
„ — „ 1896	1017	9 208	29	
„ — „ 1897	1051	9 523		65
„ — „ 1898	1107	10 416		108
„ — „ 1899	1240	13 069		208
„ — „ 1900	1350	15 238		288
„ — „ 1901	1421	16 435		407
1. I. — 30. VI. 1902	1480	16 608		479
1. VII. 02 — 30. VI. 1903	1610	19 303		654
„ 03 — „ 1904	1700	19 788		834
„ 04 — „ 1905	1864	23 431		1034
„ 05 — „ 1906	1971	25 196		1251

Das Defizit von £ 726 im Jahre 1889 ist auf Unterschlagungen eines Postbeamten zurückzuführen. Die Gewinne der letzten Jahre sind zu hoch, da in der Inventur die Effekten zum Kostenpreise, nicht zum Marktwerte angesetzt sind, der niedriger ist.

Die Art der Anlage zeigt folgende Tabelle (30. Juni 1906):

Name des Papiers	Nominal £	Name des Papiers	Nominal £
3 1/2 0/0 Canada-Anleihe	2216	3 1/2 0/0 Queensland-Anleihe	600
4 0/0 Capland-Anleihe	562	3 0/0 Süd-Australien-Anleihe	2100
3 0/0 Goldküsten-Anleihe	3000	3 1/2 0/0 do.	429
3 0/0 Natal-Anleihe	2300	3 0/0 Transvaal-Anleihe	4109
3 1/2 0/0 Neu-Süd-Wales-Anleihe	3900	3 1/2 0/0 Viktoria-Anleihe	1000
3 0/0 Neu-Seeland-Anleihe	1400	3 0/0 Westaustralien-Anleihe	1700
3 1/2 0/0 do.	1000	Kassenbestand bei der Bank von	
3 1/2 0/0 Queensland-Anleihe	1700	Nassau	1023

Britisch-Vorderindien³⁾.

In Indien gab es vor Errichtung der Postsparkasse (1882) Regierungssparkassen, und zwar 3 sogenannte Präsidentschafts-

1) Rules of the Post Office Savings Bank. New Providence 1906.

2) Report of the Postmaster General für 1906.

3) Die folgenden Angaben beziehen sich, wo nichts anderes vermerkt, auf Mit-

sparkassen, die ihren Sitz in Bombay, Calcutta und Madras hatten, und 197 Eisenbahn- und Distriktsparkassen, deren letztere den Distriktsschatzämtern angegliedert waren. Aber der Umfang ihres Geschäftes wuchs nur langsam und stand in keinem Verhältnis zur Grösse und Einwohnerzahl des Landes. Die höchste Guthabensumme, die die Distriktsparkassen je erreichten, betrug Rs. 75 Lakhs¹⁾ (1884—85), die der Präsidentschaftsparkassen Rs. 236 Lakhs (1882—83). Die Regierung schritt daher, in dem Bestreben, den Spartrieb unter der Bevölkerung in wirksamerer Weise zu fördern, und angeregt durch die günstigen Erfolge, die man in andern Ländern gemacht hatte, zur Errichtung einer Postsparkasse.

Die neu gegründete Anstalt nahm am 1. April 1882 ihren Geschäftsbetrieb an 4046 Plätzen auf und hat sich seitdem immer mehr über das ganze Land verbreitet, sodass die Zahl ihrer Zweigstellen 1904—05 bereits 7855 betrug. Im Gebiete der Präsidentschaft Bombay konnten Zweigstellen der Postsparkasse erst vom 1. Mai 1883 ab errichtet werden, da die dortige Präsidentschaftsparkasse erst zu diesem Zeitpunkte ihre Privilegien, nach denen sich in ihrem Gebiete keine andere Sparkasse niederlassen durfte, aufgab.

Die indische Postsparkasse ist im grossen und ganzen der englischen nachgebildet, doch mit folgenden Abweichungen: Ihr Betrieb ist nicht in der Hauptstadt des Landes zentralisiert, sondern in einer Reihe von Distriktshauptstädten. Ferner nimmt die indische Postsparkasse täglich fällige Gelder an und solche mit halbjährlicher Kündigung. Die Mindesteinlage beträgt 4 Annas (ca. 50 Pf.), die Höchsteinlage pro Jahr Rs. 200. Der Höchstbetrag eines Guthabens überhaupt war ursprünglich auf Rs. 3000 festgesetzt, wurde aber 1889—90 auf Rs. 2000, für Minderjährige auf Rs. 1000 reduziert. Eine Reihe von im Gesetz besonders namhaft gemachten Gesellschaften, Vereinen usw. können Guthaben bis Rs. 10000 unterhalten, dürfen aber innerhalb eines Jahres höchstens Rs. 2000 erheben. Für die Rückzahlung von Summen besteht im Vergleich mit der englischen Postsparkasse insofern eine Beschränkung, als in einer Woche nur eine Rückzahlung stattfinden kann. Dieselbe kann bei den Distriktshaupt-

teilungen, die mir der Deputy Direktor General of the Indian Post Office Savings Bank, Mr. W. D. Cockell, gemacht hat.

1) 100 000 Rupien sind 1 Lakh, 100 Lakhs 1 Crore.

ämtern sofort gegen Vorzeigung des Sparkassenbuches erfolgen, bei den abhängigen Aemtern nur gegen eine vom Hauptamte ausgefertigte Zahlungsanweisung. Die Konten werden bei den Hauptämtern für die einzelnen Distrikte geführt, es muss deshalb, wenn ein Sparer wegzieht, das Konto von einem Distrikt nach dem andern übertragen werden.

Die Postsparkasse vermittelt auch für ihre Sparer den Ankauf von Staatspapieren. Kein Sparer kann jedoch für mehr als Rs. 1000 in einem Jahre kaufen, auch darf der Betrag eines Staatspapierguthabens mit dem des regulären Guthabens zusammen die Summe von Rs. 5000 nicht überschreiten, und wenn der Sparer minderjährig ist, die Summe von Rs. 4000. Staatspapiere werden nur in Beträgen von Rs. 10 an aufwärts gekauft, und zwar stellt die Postsparkasse bei Beträgen unter Rs. 100 dem Sparer Zertifikate aus, während sie ihm bei Beträgen darüber die Stücke zur Verfügung hält. Ankauf, Verkauf und Aufbewahrung der Stücke erfolgt vollständig kostenfrei¹⁾.

Die indische Postsparkasse hat eine bemerkenswerte Entwicklung gehabt. Im ersten Jahre ihres Bestehens hatte sie nur Rs. 27 Lakhs Guthaben, aber das Publikum bekundete sehr bald seine Vorliebe für die neue Anstalt, sodass 1886—87, in welchem Jahre die Distrikts Sparkassen geschlossen wurden, der Guthabenbetrag sich schon auf Rs. 4 Croren belief. In den folgenden Jahren machte sich ein starker Aufschwung bemerkbar, obwohl 1889—90 die Summe des Höchstguthabens, wie bereits erwähnt, reduziert wurde. 1893—94 betrugen die Guthaben Rs. 9 Croren, 1905—06 Rs. 14 Croren, gleich ca. 9½ Mill. Pfund Sterling.

Die Präsidentschaftssparkassen blieben noch bis 1895—96 bestehen, obwohl sie in demselben Masse, wie die Postsparkasse wuchs, an Bedeutung verloren hatten, und seit diesem Jahre gibt es ausser der Postsparkasse keine andere Regierungssparkasse mehr.

Die Höhe des Zinsfusses hat sehr geschwankt und betrug in den Jahren

1867—68	3¾ 0/0	Von Juni 1905 3 0/0 bei täglich fälligen Geldern, und 3¼ 0/0 bei Geldern mit halbjährlicher Kündigung.
1. I. 1880—31. V. 1881	4⅙ 0/0	
31. V. 1881—1893/94	3¾ 0/0	
1. VI. 1894—Juni 1905	3⅙ 0/0	

Die Entwicklung der indischen Post- und Regierungssparkassen veranschaulicht folgende Tabelle:

1) Entnommen aus: Rules for the Guidance of Depositors in Post Office Savings Banks, Calcutta 1906.

Jahr	Zahl der Sparer		Betrag der Guthaben in Rupien	
	Europäer	Eingeborene	Europäer	Eingeborene
1870—71	13 657	19 543	43, 64, 460	53, 00, 720
1874—75	14 299	35 093	47, 70, 340	1, 09, 90, 750
1879—80	18 424	52 147	61, 12, 030	1, 42, 81, 060
1882—83	20 232	68 604	78, 15, 880	2, 33, 21, 120
1883—84	28 447	148 382	87, 07, 240	2, 90, 89, 070
1884—85	33 400	183 712	96, 44, 480	3, 45, 34, 540
1885—86	37 235	197 752	1, 02, 77, 060	3, 69, 69, 550
1886—87	39 684	220 707	1, 12, 93, 140	4, 27, 38, 080
1887—88	43 585	256 666	1, 21, 15, 490	4, 98, 91, 590
1888—89	48 660	301 593	1, 26, 48, 890	5, 77, 16, 890
1889—90	54 405	343 766	1, 15, 62, 730	5, 73, 93, 800
1890—91	56 338	391 180	1, 09, 42, 640	6, 26, 81, 670
1891—92	61 464	441 134	1, 20, 85, 790	6, 91, 19, 250
1892—93	64 087	496 279	1, 30, 58, 580	7, 62, 03, 330
1893—94	66 403	546 742	1, 28, 79, 550	8, 06, 08, 290
1894—95	67 617	582 915	1, 28, 59, 190	8, 16, 90, 160
1895—96	67 939	616 884	1, 56, 59, 450	8, 37, 64, 040
1896—97	63 295	650 025	1, 03, 40, 580	8, 60, 51, 830
1897—98	64 652	665 735	1, 06, 29, 500	8, 22, 43, 480
1898—99	69 208	686 663	1, 04, 17, 479	8, 38, 62, 562
1899—1900	73 750	711 979	1, 05, 85, 378	8, 58, 79, 088
1900—01	77 438	739 213	1, 11, 22, 861	8, 93, 09, 708
1901—02	80 067	786 626	1, 14, 15, 116	9, 54, 06, 117
1902—03	87 987	834 366	1, 11, 56, 115	10, 30, 59, 419
1903—04	94 024	893 611	1, 13, 87, 514	11, 19, 49, 203
1904—05	98 980	959 833	1, 18, 83, 001	12, 21, 87, 129
1905—06	101 638	1 014 120	1, 17, 89, 740	12, 81, 36, 519

Die Anlage der Gelder erfolgt in der Hauptsache in Staatspapieren, eine Aufstellung derselben zu erhalten, war mir leider nicht möglich.

Niederländisch Indien ¹⁾.

In Niederländisch-Indien wurde am 1. Juli 1898 eine Postsparkasse errichtet, die der des Mutterlandes nachgebildet ist. 1899 wurde die bis dahin bestehende Militärsparkasse aufgehoben und der Postsparkasse angeschlossen. Der Sitz der Hauptkasse ist in Batavia.

Die Mindesteinlage beträgt 25 cents, die Höchsteinlage für einzelne 1200 fl., für wohlthätige Vereine 2400 fl. Die Guthaben der Sparer werden mit 2,4 % verzinst.

Die Anlegung der Gelder erfolgt in Staatspapieren wie bei der Postsparkasse des Mutterlandes, in Schatzscheinen und Lom-

1) Entnommen aus Archiv für Post und Telegraphie, 29. Jahrg. Berlin 1901, S. 156 und 31. Jahrg. Berlin 1903, S. 369.

bardvorschüssen auf solche Papiere, die im Lombardverkehr der Niederländischen Bank zugelassen sind.

Das Anwachsen der niederländisch-indischen Postsparkasse zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Zahl der Stellen	Zahl der Sparer			Betrag der Guthaben in fl.		
		Europäer	Eingebor.	Asiaten	Europäer	Eingebor.	Asiaten
1898	112		6114			766 666	
1899	175	9 402	7096	512	1 882 369	196 628	30 803
1900	198	12 731	8916	680	2 566 605	270 742	50 956

Ceylon.

In Ceylon besteht eine Postsparkasse seit 1885. Ihr Anwachsen veranschaulicht folgende Tabelle¹⁾:

Jahr	Guthaben Rs.	Jahr	Guthaben Rs.	Jahr	Guthaben Rs.
1889	233 805	1900	1 257 293	1903	1 597 616
1898	694 192	1901	1 322 613	1904	1 690 215
1899	736 634	1902	1 454 858	1905	1 748 123

Japan²⁾.

Bezeichnend für die Anpassungsfähigkeit, mit der Japan sich europäische Einrichtungen zu eigen gemacht hat, ist die Tatsache, dass es schon seit dem Jahre 1875 über eine gut entwickelte Postsparkasse verfügt. Zur Zeit ihrer Gründung war das Sparen etwas dem japanischen Volke vollständig Unbekanntes. Der echte Japaner gab das Erworbene in heiterer Daseinsfreude schnell wieder aus.

Doch sehr schnell trat darin ein Wandel ein. Die führenden Männer, denen das Land so sehr viel verdankt, hatten unter anderem in Europa auch die Spareinrichtungen kennen gelernt und erkannt, von welchem Segen das Sparen für die Bevölkerung war. Den Spartrieb bei ihren Landsleuten zu wecken, war fortan ihr eifrigstes Bemühen, und als geeignetes Mittel erschien ihnen dazu eine Postsparkasse. 1873 wurde von der Regierung eine Kommission eingesetzt, die die Angelegenheit untersuchen sollte. Diese entschied sich sofort für die Postsparkasse, aber sie hatte mit den Schwierigkeiten nicht gerechnet, die die Einführung eines

1) Zusammengestellt aus Statesmans Year-Book, Jahrgänge 1890—1906.

2) Die folgenden Angaben sind, soweit nichts anderes vermerkt, einem Artikel aus dem Buche: Entwicklung des japanischen Verkehrswesens, Sonderausgabe der Zeitung Taiyo (The Sun) Tokyo 1906, entnommen, betitelt: Die Entwicklung der Postsparkasse. Die Uebersetzung danke ich Herrn *Hikotaro Nishi*.

solchen europäischen Instituts für Japan haben musste. Es fehlte überhaupt an der nötigen Anzahl von Leuten, die Buch zu führen verstanden, sie mussten erst herangebildet werden. Ferner waren die Meinungen darüber, wie die Postsparkasse am zweckmässigsten zu organisieren sei, sehr geteilt. Baron *Mayezima*, der hervorragendste Mann der Kommission, stimmte dafür, sie dem Finanzministerium zu unterstellen. Als sich dieses weigerte, befürwortete er, dass die Leitung von der Togyo Kawase Kaisha übernommen werden sollte, die dafür der Regierung eine Kautions von 10000 Yen stellen sollte.

Im April 1875 kam dann das Postsparkassengesetz zustande, nachdem der nötige Buchhalterstamm herangebildet war, und die neue Anstalt eröffnete ihren Betrieb zunächst in zwei Orten, in Tokyo und Yokohama; im Laufe des Jahres erfolgte dann die Eröffnung von Aemtern in weiteren grossen Städten. Die Shinto- und Buddhapriester wurden angewiesen, die Bevölkerung anzuhalten, dass sie ihr Geld zur Post brächte. Auf Vorschlag *Mayezimas* gab ferner die Regierung jedem, der Sparer werden wollte, eine Stammeinlage von 10—32 Sen und belohnte jeden, der einen neuen Sparer heranbrachte. Aber man hatte sich getäuscht, die Stammeinlage wurde abgehoben und von allen, die gekommen waren, blieben nur 2,3 % Sparer. Viele waren auch deshalb wieder gegangen, weil die Anstalt nur 3 % Zinsen vergütete im Gegensatz zu dem damaligen Landeszinssuss von ca. 10 %. Gleichwohl zeigen die ersten 10 Jahre ansehnliche Erfolge (siehe unten).

Im Jahre 1885 wurde die Anzahl der Postsparkassenstellen von 1469 auf 4338 erhöht und die Zahl der Sparer verdoppelte sich. 1890 wurde die Postsparkasse reorganisiert und die Mindesteinlage auf 10 Sen, die tägliche Höchsteinlage auf 50 Yen und die Höchsteinlage überhaupt auf 500 Yen festgesetzt. Ausserdem konnte jeder fortan sein Geld darüber hinaus in Staatsanleihen anlegen, deren Ankauf und Aufbewahrung die Postsparkasse übernahm.

1893 kam ein Sparkassengesetz zustande, und es wurden daraufhin viele Privatsparkassen gegründet, ohne dass indessen dadurch der Postsparkasse viel Abbruch getan worden wäre. 1905 gab es bereits 435 solcher Anstalten mit 521 Filialen und 49 530 200 Yen Spargeldern ¹⁾.

¹⁾ Unser Vaterland Japan. Geschrieben von japanischen Staatsmännern. Leipzig 1904, Seite 380 f.

Im Jahre 1890 errichtete Japan in Verbindung mit der Postsparkasse Schulparkassen und führte das Sparmarkensystem ein. In diesem Jahre wurde auch die Höchsteinlage auf 1000 Yen erhöht. Im Jahre 1905 wurden dann alle Verbesserungen und Neu-einrichtungen der letzten Jahre in einem einheitlichen neuen Gesetze zusammengefasst und Bestimmungen getroffen, nach denen man bei der Postsparkasse Lebens- und Rentenversicherungen abschliessen kann.

Ueber den technischen Betrieb der japanischen Postsparkasse etwas in Erfahrung zu bringen, war mir leider unmöglich. Die Leitung derselben liegt vollständig in den Händen der Post; die Gelder werden dagegen an die Bank von Japan eingezahlt, die frei darüber verfügen kann.

Die Verzinsung der Gelder hat sehr geschwankt, sie betrug anfangs, obwohl der Landeszinsfuss 10 % war und der Staat einen Zuschuss leistete, nur 3 %, stand dann Anfang der 80er Jahre mit 7,2 % am höchsten, und beträgt jetzt 5,4 %; die Privatsparkassen zahlen durchweg höhere Zinsen.

1891 folgte die japanische Postsparkasse auch dem Beispiel ihrer europäischen Schwesteranstalten, indem sie für die ausserhalb Japans lebenden Japaner in China und Korea bei ihren dortigen Postämtern Zweigstellen eröffnete.

Die Hauptmasse der Sparer der japanischen Postsparkasse rekrutiert sich, wie die folgende Tabelle zeigt, aus der ärmeren Bevölkerung, während die meisten Einlagen von dem besser gestellten Teile des Volkes stammen.

Klasse	Zahl der Sparer in 1000	Summe des Geldes in 1000 Yen	Klasse	Zahl der Sparer in 1000	Summe des Geldes in 1000 Yen
unter 50 Sen	369	13	20— 30 Yen	21	61
50 Sen — 1 Yen	156	14	30— 50 „	20	92
1— 2 „	141	24	50—100 „	18	141
2— 3 „	69	20	100—200 „	10	158
3— 5 „	75	35	200—300 „	4	107
5—10 „	67	56	300—500 „	3	153
10—20 „	46	76	über 500 „	1	47

Die Zusammensetzung der Sparer nach Berufen veranschaulicht folgende Tabelle¹⁾ (im Jahre 1903):

1) Die Statistik umfasst Formosa, Korea und China nicht mit.

Berufe	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben Yen
Landleute	969 493	8 028 962
Gewerbetreibende	170 111	2 027 064
Kaufleute	381 025	5 502 663
Verschiedene Berufe	175 096	2 638 477
Arbeiter	188 450	1 581 124
Fischer und Seeleute	49 678	495 902
Zivil- und Militärbeamte	215 797	2 841 842
Studierende und Schüler	805 570	805 570
Andere	546 133	6 588 794

Die Entwicklung der japanischen Postsparkasse seit ihrer Gründung zeigt folgende Tabelle ¹⁾:

Jahr	Zahl der Sparer	Betrag der Einlagen Yen	Betrag der Rückzahlungen Yen	Betrag der Guthaben Yen
1875	1 843	20 043	5 335	15 224
1876	4 442	41 881	16 505	41 845
1877	5 761	89 589	33 992	100 139
1878	14 137	301 895	125 632	286 290
1879	26 473	440 210	251 390	494 115
1880	36 126	548 117	410 023	662 092
1881	38 974	636 806	519 401	821 939
1882	46 211	768 037	588 561	1 058 224
1883	87 014	1 886 226	741 377	2 298 502
1884	141 202	4 688 184	1 972 916	5 260 485
1885	293 297	6 770 073	3 334 792	9 050 255
1886	490 337	12 425 162	6 596 040	15 462 054
1887	568 849	10 901 420	8 784 774	18 213 282
1888	706 340	10 897 613	9 172 465	20 142 169
1889	784 242	11 191 781	11 357 531	19 976 419
1890	813 721	10 575 053	11 353 530	19 197 942
1891	876 722	12 261 713	10 114 543	21 345 121
1892	947 934	12 954 578	11 473 639	22 826 060
1893	1 060 235	15 532 192	12 202 753	26 155 499
1894	1 108 712	14 518 920	14 773 093	25 901 325
1895	1 223 085	18 327 793	15 263 691	28 956 427
1896	1 273 363	17 081 911	17 830 200	28 251 197
1897	1 253 638	14 816 640	17 340 705	25 754 257
1898	1 240 892	11 115 677	14 879 623	22 005 105
1899	1 397 651	13 224 643	11 798 871	23 455 065
1900	1 983 798	14 640 527	14 028 305	24 088 223
1901	2 360 845	17 380 002	15 316 463	25 879 689
1902	2 865 754	18 586 701	16 234 484	29 692 403
1903	3 510 995	20 828 641	18 701 134	31 846 399
1904	4 928 080	30 550 359	20 711 872	41 720 914

Viktoria (Australien) ²⁾.

Das Sparkassenwesen hat in Viktoria eine ganz eigenartige Entwicklung genommen. 1842 wurde in Melbourne die erste

1) Entwicklung des Verkehrswesens in Japan. Sonderausgabe der Zeitung Taiyo (The Sun). Tokyo 1906. Die Statistik umfasst Formosa, Korea und China mit.

2) Die folgenden Angaben stützen sich auf Mitteilungen, die mir der Inspektor

Sparkasse gegründet. Obgleich im Jahre 1853 die Zahl der Sparkassen erst 4 betrug, setzte die Regierung in diesem Jahre eine Kommission ein, die dieselben zu überwachen und ihre Spargelder anzulegen hatte.

Im Jahre 1865 wurde eine Postsparkasse gegründet, die von entschiedenem Einfluss auf die weitere Entwicklung des Sparwesens war.

Um die Verwaltung des Sparwesens, die sowie so schon in Händen der Regierung lag, zu vereinheitlichen, wurde 1897 die Postsparkasse an die Privatsparkassen angeschlossen, und wurden diese seitdem als einheitliche Regierungssparkasse, genannt »The Savings Bank« fortgeführt. Die folgende Tabelle veranschaulicht die allmähliche Entwicklung der Privat- und Postsparkassen zusammen:

Jahr	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben £
1853	3 549	142 654
1863	14 920	701 425
1873	58 547	1 498 618
1883	136 087	2 818 122
1893	323 274	6 707 891

Die Regierungssparkasse hat, ihre gewöhnlichen Filialen und die Postämter zusammengerechnet, 388 Zweigstellen. Dieselben hängen nicht direkt vom Hauptamte ab, sondern von selbständigen Distriktsämtern. Ueber den technischen Betrieb der Anstalt habe ich nichts in Erfahrung bringen können.

Die Mindesteinlage beträgt 1 sh., die Höchsteinlage £. 250. Die Verzinsung der Gelder, die oft geschwankt hat, beträgt augenblicklich 3% bei Beträgen bis £. 100, darüberhinaus bis £. 250 $2\frac{1}{2}\%$. Die Verwaltungskosten betragen für das Jahr 1905/6 8 sh. $10\frac{9}{10}$ d oder $6\frac{3}{10}$ d pro Transaktion.

Die Anlage der Sparkassengelder erfolgt in Staatspapieren, Hypotheken, Stadtanleihen, Einlagen bei Banken sowie in Pfandbriefen und Schuldscheinen des »Advances Department« (siehe unten.) Ende Juni 1906 waren die Gelder in diesen Werten wie folgt angelegt¹⁾:

General der »The Savings Bank« in Viktoria, Mr. Geo. E. Emery, gemacht hat, soweit nichts anderes vermerkt.

1) Viktoria, Savings Banks, Statements and Returns for the year ended 30th June 1906. Melbourne 1906, Seite 13.

Betrag der vom Schatzamt noch nicht gezahlten Postsparkassengelder (herrührend vom Jahre 1897):	£ 2 617 310.	5. 11
Staatspapiere	» 3 040 560.	4. 9
Bankdepósitos	» 2 735 148.	1. 11
Melbourne Stadtanleihe	» 31 400.	—. —
Andere Anleihen	» 720 851.	8. 6
Hypotheken	» 1 559 334.	2. 4
Pfandbriefe und Schuldscheine des »Advances Departement«	» 900 928.	7. 6

Die Sparer der Staatssparkasse gehören hauptsächlich den ärmeren Bevölkerungsklassen an, wie das aus folgender Tabelle ersichtlich ist: (Ende Juni 1906)¹⁾.

Klassen £	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben £
unter 20	356 912	927 223
20— 50	42 133	1 347 658
50—100	28 376	2 001 071
100—150	16 142	1 933 050
150—200	8 214	1 412 466
200—250	6 389	1 419 842
über 250	8 586	2 722 866

Unter der ersten Kategorie befinden sich sogar ungefähr 129 000 Personen, deren Guthaben unter 1 £. ist. Die Entwicklung der Staatssparkasse seit ihrer Gründung veranschaulicht folgende Tabelle²⁾:

Jahr 30. Juni	Zahl der Sparkassen	Stellen Postämter	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben £	Durchschnittsbetrag eines Guthabens £
1898	42	337	338 260	8 099 364	23. 18. 10
1899	45	329	356 074	8 517 006	23. 18. 5
1900	45	326	375 070	9 110 792	24. 5. 9
1901	48	326	393 026	9 662 006	24. 11. 8
1902	52	323	410 126	10 131 604	24. 14. 1
1903	53	325	418 511	10 341 857	24. 14. 2
1904	54	327	432 867	10 582 808	24. 8. 11
1905	54	328	447 382	10 896 741	24. 7. 1
1906	56	326	466 752	11 764 179	25. 4. 1

Mit der Staatssparkasse ist seit ihrer Gründung das »Advances Departement«, eine staatliche Hypothekenbank, verbunden. Dieselbe zahlt gegen Eintragung von Hypotheken Vorschüsse an Farmer, die zur Ablösung von Kronenrenten oder sonstigen Verpflichtungen, sowie zum Zwecke landwirtschaftlicher Meliorationen dienen dürfen. Die betreffenden Farmer zahlen dafür an das »Advances Departement« $6\frac{1}{4}\%$ jährlich, davon sind $4\frac{3}{4}\%$ Zinsen und $1\frac{1}{2}\%$ jährliche Tilgungsrate. Das Geld zu diesen Darlehen

1) Viktoria Savings Bank etc., Seite 34.

2) Ebenda, Seite 32 f.

wird durch Pfandbriefe und Schuldscheine aufgebracht, die das Advances Departement an die Staatssparkasse und an das Publikum verkauft. Der Betrag der Ende Juni 1906 an Farmer begebenen Darlehen belief sich auf £. 1 365 874. 7. —, der Wert der ausgegebenen Pfandbriefe belief sich zu derselben Zeit auf £ 475 000, der der ausgegebenen Schuldscheine auf £ 1 119 025. —.

Neu-Süd-Wales.

Die erste Sparkasse wurde in diesem Lande im Jahre 1832 gegründet. Im Jahre 1871 wurde eine Regierungssparkasse errichtet, deren Zweigstellen grösstenteils Postämter waren; auch stand dieselbe unter Leitung des Postministeriums. Als im Jahre 1901 die australischen Staaten einen Bund schlossen und diesem das Postwesen unterstellt wurde, kam die Regierungssparkasse am 1. März d. J. unter Leitung des Schatzamtes¹⁾. Das dauerte so fort bis zum Jahre 1906. Im Dezember dieses Jahres schuf ein neues Gesetz für die Regierungssparkasse eine aus 3 Mitgliedern bestehende eigene Verwaltung. Gleichzeitig wurde die bis dahin selbständige staatliche Hypothekenbank (Advances to Settlers), die Darlehen an Farmer ausgibt, nach dem vom Staate Victoria gegebenen Beispiele mit der Regierungssparkasse verknüpft²⁾.

Nach Angabe von »Statesmans Yearbook of 1907« hatten die Privatsparkassen und die Postsparkasse von Neu-Süd-Wales Ende 1905 zusammen 355 714 Sparer mit £. 13 498 252 Guthaben. Die unten folgende Statistik der Regierungssparkasse weist für dieselbe am 30. Juni 1904 254 331 Sparer mit £. 7 952 885 Guthaben auf. Man wird also mit einiger Sicherheit den Privatsparkassen Neu-Süd-Wales' für 1905 ungefähr 90—100 000 Sparer mit ca. £. 5 000 000 Guthaben zusprechen können.

Die Verwaltung der Regierungssparkasse ist nicht in einem Punkte centralisiert, sondern nach Distrikten an Distriktshauptämter verteilt.

Die Mindesteinlage beträgt 1 sh., die Höchsteinlage, die verzinst wird, £. 500; bestimmten Gesellschaften werden Guthaben ohne Begrenzung verzinst. Die Verzinsung der Gelder, die oft Schwankungen ausgesetzt war, beträgt augenblicklich $3\frac{1}{2}\%$.

Einzahlungen auf sein Konto kann ein Sparer bei jedem Amte

1) Nach Mitteilungen, die mir der Secretary of the Government Savings Banks of New South Wales, Mr. C. O. Bloore, gemacht hat.

2) Act Nr. 48, 1906 (Government Savings Bank Act 1906). Sidney 1906.

leisten, und zwar dürfen als solche gelten: bares Geld, Banknoten, Wechsel, Schecks, Postanweisungen und Postnoten (Postal orders). Ebenso kann er auch überall Abhebungen machen, wenn er im Besitze einer Ermächtigung von seiten des Amtes ist, bei dem sein Konto geführt wird. Eine sofortige Zurückzahlung gegen Vorzeigung des Sparbuches wird dagegen nur von diesem Amte geleistet. Für die Erhebung von Beträgen hat das neue Gesetz von 1906 auch die Benutzung des Telegraphen ermöglicht¹⁾.

Schulsparkassen bestehen in Verbindung mit der Regierungssparkasse schon seit längerer Zeit, sie hatten Ende 1906 £. 8788. 10. 8. Guthaben. Auf dem Schulschiff »Sobraon« ist auch eine Schiffssparkasse vorhanden, die während des Jahres 1904/5 bei der Postsparkasse £. 18 375 einzahlte.

Die Anlage der Spargelder erfolgt zum grössten Teil in Staatsanleihen, Schatzscheinen und Einlagen bei den Notenbanken, zum kleineren Teil in Schuldscheinen der mit der Postsparkasse verknüpften Hypothekenbank, die dafür Darlehen an Farmer ausgibt.

Leider ist es mir nicht möglich, statistisch die Entwicklung der Regierungssparkasse von ihrer Gründung an zu zeigen, ich habe an der Hand der mir vorliegenden Jahresberichte²⁾ die Statistik nur für einige Jahre zusammenstellen können:

Jahr	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben £
1892/31. XII.		2 354 086
1893		3 233 289
1894		3 633 925
1895		4 121 700
1896		4 372 965
1897		4 691 834
1898		5 026 069
1899		5 485 035
1900	198 014	6 045 623
1901	216 947	6 647 289
1902	230 755	7 100 108
1903	237 389	7 018 426
1904/30. VI.	243 794	7 475 058
1904/5	254 331	7 952 885
1905/6	270 982	8 883 651
1906 30. Dez.	283 401	9 322 923

Queensland.

Queensland hat eine Staatssparkasse, deren Aussendienst von

1) Regulations under the Government Savings Bank Act 1906. Sidney 1907, S. 2.

2) Annual Report of the Government Savings Bank for the years 1901—1906, erschienen in Sidney 1901—1906.

der Post besorgt wird. Im Jahre 1906 gab es 184 Postämter, die den Spardienst versahen.

Die Mindesteinlage beträgt 1 sh., die Höchsteinlage £. 200. Die Verzinsung stellte sich ursprünglich auf $3\frac{1}{2}\%$, seit Juli 1896 beträgt sie 3%. Guthaben über £. 200 werden automatisch in Staatspapieren angelegt¹⁾.

Die Anlegung der Gelder erfolgt zum grösseren Teil in Staatspapieren, zum kleineren in Bankdepositen.

Ueber das Anwachsen der Staatssparkasse von Queensland gibt folgende — leider nur unvollkommene — Statistik Aufschluss²⁾:

Jahr	Zahl der Stellen	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben £
1871	?	6 769	407 134
1881	?	20 168	944 251
1890	126	43 875	1 597 784
1891	?	46 259	1 660 753
1895	?	56 421	2 286 810
1899	147	68 126	2 807 705
1900	164	80 748	3 374 126
1901	176	80 900	3 762 206
1902	177	83 733	4 013 819
1903	176	82 465	3 957 020
1904	176	79 958	3 681 999
1905	176	83 055	3 767 060
1906	184	86 908	3 992 757

Westaustralien.

In Westaustralien wurde eine Postsparkasse im Jahre 1863 errichtet, die dem Kolonialschatzamte unterstellt und in den 90er Jahren in eine Regierungssparkasse umgewandelt wurde. Die Postämter versehen nach wie vor den Dienst für die neue Anstalt: ihre Zahl betrug 1895 24.

Die Mindesteinlage beträgt 1 sh., die Höchsteinlage £. 150 im Jahr und £. 600 überhaupt, es werden jedoch nur Beträge bis £. 300 verzinst. Die Verzinsung der Gelder erfolgte erst zu $3\frac{3}{4}\%$ und beträgt jetzt 3%.

Die Anlegung der Gelder erfolgt in Staatsanleihen, in Aktien und Obligationen, die vom Staate garantiert sind, in Hypotheken und Depositen bei Banken. Von den £. 2 207 296 Guthaben im Jahre 1905 (30. Juni) war der grösste Betrag in Staatspapieren

1) *Henry Wolff*, S. 330.

2) Zusammengestellt aus *Henry Wolff* und *Statesmans Year-Book*, Jahrgänge 1890—1907.

angelegt, £. 84 000 in Hypotheken und £. 421 000 in Bar und Bankdepositen¹⁾.

Leider kann ich nur eine unvollkommene Statistik über das Anwachsen der westaustralischen Staatssparkasse bieten²⁾:

Jahr	Betrag der Guthaben £	Jahr	Betrag der Guthaben £	Jahr	Betrag der Guthaben £
1865	7 360	1891	46 181	1902	1 841 022
1871	15 583	1895	460 610	1903	1 941 231
1881	14 728	1898	1 072 057	1904	2 079 763
1888	29 749	1899	1 116 178	1905	2 207 296
1889	32 146	1901	1 618 359	1906	2 286 117

Südaustralien.

Südaustralien ist das einzige Land, wo die Postanstalten Annahme- und Auszahlungsstellen für eine Privatsparkasse sind. Hier besteht eine Trusteesparkasse, die einzige des Landes, die in ihrer Geschäftsführung von der Regierung beaufsichtigt wird.

Die Mindesteinlage beträgt 1 sh., die Höchsteinlage £. 250, die Verzinsung der Gelder 4%.

Die Anlegung der Sparguthaben erfolgt in Staatspapieren, staatlich garantierten Papieren, Stadtanleihen, Hypotheken und Einlagen bei Banken³⁾.

Die Tätigkeit der südaustralischen Trusteesparkasse zeigt folgende Tabelle⁴⁾:

Jahr	Zahl der Stellen	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben £
1865	?	?	258 693
1875	?	?	816 828
1885	?	?	1 571 284
1889	128	69 192	1 923 292
1895	134	?	2 691 273
1899	130	100 763	3 257 838
1900	137	106 122	3 489 083
1901	137	111 537	3 782 575
1902	151	116 436	3 974 709
1903	155	120 349	4 172 720
1904	154	141 572	4 217 836
1905	163	146 366	4 398 041

1) Robert Schachner, Das australische Sparkassenwesen, Jahrbücher für National-ökonomie und Statistik, III. Folge, 34. Band, Jena 1907, Seite 65 ff.

2) Zusammengestellt aus Wolff und Statesmans Year-Book. Jahrg. 1890—1907.

3) Henry Wolff, Savings Banks at home and abroad. Journal of the Royal Statistical Society. Band 60. London 1897, S. 330.

4) Zusammengestellt aus: Robert Schachner S. 65 ff. und The Statesmans Year-Book.

Neu-Seeland.

In Neu-Seeland wurde ein Postsparkasse nach englischem Muster im Jahre 1867 (1. Februar) gegründet. Dieselbe hat einen schnellen Aufschwung genommen und zählt heute mit zu den bedeutendsten, die existieren.

Ueber die Organisation der neuseeländischen Postsparkasse habe ich nichts in Erfahrung bringen können; es ist wohl anzunehmen, dass diese im wesentlichen dieselbe ist wie bei der englischen Postsparkasse.

Die Mindesteinlage beträgt 1 sh., für geringere Beträge ist das Sparmarkensystem in Anwendung. Die Höchsteinlage beträgt £. 500. Die Verzinsung der Gelder erfolgte ursprünglich zu $4\frac{1}{2}\%$ bis £. 200 und 4% bis £. 500. Dieselbe wurde dann im Juli 1893 auf 4 bez. $3\frac{1}{2}\%$, am 1. Januar 1897 auf $3\frac{1}{2}$ bez. 3% und im November 1897 auf 3 bez. $2\frac{1}{2}\%$ herabgesetzt¹⁾. Die Verwaltungskosten beliefen sich für das Jahr 1895 auf 4,45 d pro Transaktion.

Die Anlegung der Gelder erfolgt ebenso wie bei den anderen australischen Postsparkassen in mehreren Werten: in Staatspapieren, Stadtanleihen, Obligationen, Hypotheken und Einlagen bei neuseeländischen Banken.

Das Anwachsen der neuseeländischen Postsparkasse zeigt für die Jahre 1867—1890 folgende Tabelle²⁾:

Jahr	Zahl der Stellen	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben £
1867	46	2 156	71 198
1868	55	4 252	163 519
1869	59	6 290	231 311
1870	70	8 317	295 372
1871	81	10 549	357 655
1872	92	13 566	490 066
1873	97	17 132	664 807
1874	103	21 742	770 837
1875	119	24 334	727 295
1876	124	26 117	723 911
1877	138	28 761	767 376
1878	147	32 132	819 071
1879	165	34 747	787 006
1880	178	38 667	903 766
1881	190	51 008	1 232 788

1) British and foreign trade and industry. Second series of Memoranda, Statistical tables and Charts. London (?) S. 189.

2) Statistics of the Colony of New Zealand for the year 1890, Wellington 1891, Seite 268.

Jahr	Zahl der Stellen	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben £
1882	207	57 517	1 470 951
1883	222	61 936	1 409 752
1884	243	65 717	1 499 112
1885	256	69 957	1 638 036
1886	271	74 871	1 615 979
1887	283	79 724	1 813 085
1888	290	84 488	2 048 442
1889	294	90 745	2 191 452
1890	296	97 208	2 441 876

Das weitere Anwachsen der Guthaben für die Jahre 1890 bis 1902 veranschaulicht die folgende Tabelle¹⁾:

Jahr	Guthaben £	Jahr	Guthaben £
1891	2 695 448	1897	4 744 925
1892	2 863 671	1898	4 957 771
1893	3 241 998	1899	5 320 371
1894	3 340 880	1900	5 809 552
1895	3 895 543	1901	6 350 013
1896	4 311 635	1902	6 883 787

Die Guthaben der wenigen Trusteesparkassen mit denen der Postsparkasse zusammen, die 1902 £. 7 876 877 betragen hatten, sind für die nächsten Jahre nach Statesmans Year-Book die folgenden²⁾:

1903	£ 8 432 958
1904	» 8 839 307
1905	» 9 773 954

Tasmanien.

Die erste Sparkasse, die noch heutigen Tages fortbesteht, wurde 1845 zu Hobart gegründet. Diese und die später gegründete Sparkasse zu Launceston sind heute die beiden einzigen Privat-sparkassen des Landes, die den bei weitem grössten Teil der Spar-gelder der tasmanischen Bevölkerung an sich gezogen haben, ob-gleich sie ebenso wie die Staatssparkassen nur Einlagen von bestimm-ter Höhe verzinsen (1895 bis £. 200). Am 28. Februar 1905 hatten die beiden Sparkassen zu Hobart und Launceston zusammen 32773 Sparer mit £. 851 073. 3. 11 Guthaben³⁾.

Im Jahre 1881 wurde eine Postsparkasse gegründet, die 1882 ihre Geschäfte aufnahm. Als im Jahre 1901 das Postwesen vom

1) British and foreign trade etc., Seite 205.

2) The Statesmans Year-Book, 1904—1907. London.

3) Statistics of the State of Tasmania for the year 1904—05; Tasmania 1906, Seite 369.

australischen Staatenbunde übernommen wurde, wurde sie — wenn auch nur formell — in eine Staatssparkasse umgewandelt¹⁾. Sie steht unter der Leitung des Schatzamtes und hat ihren Sitz in Hobart. Als Zweiganstalten fungieren die Postämter im Lande, deren Zahl 1905 371 betrug.

Die Mindesteinlage beträgt 1 sh., für kleinere Summen ist das Sparmarkensystem eingeführt. Der Höchstbetrag, der verzinst wird, beträgt £. 250, der Zinsfuß 3%.

Der technische Hergang bei den Einzahlungen und Auszahlungen ist derselbe wie bei der englischen Postsparkasse. Nur hat das Gesetz vom 20. Dezember 1902 die Quittungen aufgehoben, die der Sparer bis dahin vom Hauptamte in Hobart über jede Einzahlung erhielt²⁾, der einfache Eintrag ins Sparbuch genügt als Quittung. Für die Einzahlungen sind ausser barem Gelde auch noch die Noten tasmanischer Banken und die Coupons von Staatspapieren zugelassen³⁾. Rückzahlungen kann sich jeder Sparer in einem Scheck auf eine Regierungsbank oder auf das Schatzamt leisten lassen; auch ist für dieselben wie in England die Benutzung des Telegraphen zulässig.

Schulsparkassen in Verbindung mit der Staatssparkasse bestehen in Tasmanien, und zwar herrscht die Form der Pfennigsparkassen bei ihnen vor.

Die Anlage der Gelder erfolgt in der Regel in Staatspapieren. Für den Fall, dass eine Anlage darin nicht angängig ist, können die Gelder auch bei den Banken eingezahlt werden.

Jeder Sparer, der sein Guthaben von den Zinsveränderungen unabhängig machen oder über den zulässigen Höchstbetrag hinaus sparen will, kann ausser seinem gewöhnlichen Sparguthaben bei der Staatssparkasse Beträge von £. 50—250 auf längere Kündigung einzahlen, über die er ein Certifikat erhält. Bei einer Kündigungsfrist von 1 Jahr bekommt er $2\frac{1}{2}\%$, bei 2 Jahren $2\frac{3}{4}\%$ und bei 3 Jahren 3% Zinsen.

Die Entwicklung des Sparwesens in Tasmanien zeigt die folgende Tabelle: (Privat- und Postsparkassen zusammen)⁴⁾.

1) Tasmania 1901, Edward VII Nr. 9, Tasmania 1901.

2) Tasmania 1902, Edward VII Nr. 34, Tasmania 1902.

3) Tasmania, Regulations of the State Savings Bank and Instruction to Officers, Tasmania 1902, Seite 3.

4) Statistics of the State of Tasmania for the year 1904—05, Tasmania 1906, Seite 9.

Jahr	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben £
1871	—	217 413
1875	11 208	289 223
1880	13 520	310 081
1885	20 166	436 414
1890	25 324	521 250
1895	30 769	648 084
1900	42 509	1 009 098
1904	49 438	1 263 685

Eine weitere Tabelle veranschaulicht das Wachstum der Postbez. Staatssparkasse während der Jahre 1895—1905¹⁾:

Jahr	Zahl der Sparer	Betrag der Guthaben £
1895	6 785	114 994. 11. —
1896	8 176	133 889. 8. 2
1897	9 163	155 750. 6. 6
1898	10 607	186 978. 9. 8
1899	12 710	248 375. 12. 10
1900	14 008	294 302. 18. 2
1901	14 881	333 576. 1. 10
1902	15 736	378 236. 19. 1
1903	16 159	401 253. 4. 2
1904	16 665	412 611. 10. —
1905	17 045	455 380. 1. 1

1) Statistics of the State of Tasmania for the year 1904—05, Tasmania 1906, S. 370. Eine bis zur Gründung der Postsparkasse zurückreichende Statistik habe ich leider nicht erhalten können.

II. Kapitel.

Vergleichende Zusammenfassung.

a) Vergleichung der Postsparkassen.

Bei der Vergleichung der einzelnen Postsparkassen soll, abgesehen von einigen Punkten, die eine andere Form der Betrachtung notwendig machen, dasselbe Schema beibehalten werden, das im ersten Kapitel angewendet wurde.

Betrachtet man die Ursachen, denen die Postsparkassen ihre Entstehung verdanken, so zeigt sich, dass in England die vielen Unterschlagungen, die bei den Sparkassen vorgekommen waren, das Vertrauen der Bevölkerung auf die Sicherheit derselben erschütterte und die Errichtung einer staatlichen Anstalt notwendig gemacht hatten. Die ungenügende Verteilung der Privatsparkassen über das Land, ihre unzureichenden Bequemlichkeiten, die sie den Sparern darzubieten vermochten, liessen sie nicht als die geeigneten Filialen des neuen Zentralinstituts erscheinen; man erwählte daher die Postanstalten dazu, die überall vorhanden, überall bekannt und den ganzen Tag über geöffnet waren. Für die anderen Länder waren für die Gründung von Postsparkassen in erster Linie die günstigen Erfolge massgebend, die man in England erzielt hatte, ferner wollten die betreffenden Regierungen der Bevölkerung in solchen Orten, wo keine Sparkassen vorhanden waren — und das waren die meisten — oder wo die Errichtung selbständiger Anstalten schwierig war, wie z. B. in dem dünnbevölkerten Schweden oder Finnland, Gelegenheit zum Sparen geben; vor allen Dingen hofften sie, durch die Postsparkasse die ärmeren Klassen der Bevölkerung zum Sparen erziehen und somit für ihre soziale Besserstellung sorgen zu können.

In Belgien griff die Regierung auch deswegen in das Sparwesen ein, weil die politischen Wirren der Jahre 1830 und 1848

die Privatsparkassen in eine ungünstige Lage gebracht hatten, während man in Italien den Hang der Bevölkerung zum Lotto-spielen durch die Postsparkasse zu bekämpfen hoffte. In einigen Ländern wie Japan, Russland, Bulgarien, Rumänien, Türkei, Britisch- und Holländisch-Indien, Ceylon, Sierra Leone usw. erfüllten ausserdem die Postsparkassen am besten den Zweck, eine des Sparens ganz unkundige Bevölkerung überhaupt erst daran zu gewöhnen. Zeitlich folgen die einzelnen Postsparkassen wie folgt aufeinander:

England	16. Sept. 1861	Schweden	1. Jan. 1884
West-Australien	1863	Hawai	1. Jan. 1886
Viktoria	11. Sept. 1865	Ceylon	1885
Neu-Seeland	1. Febr. 1867	Ungarn	1. Febr. 1886
Kanada	1. April 1868	Bahamas-Inseln	1. Febr. 1886
Belgien	1. Jan. 1870	Finnland	1. Jan. 1887
Neu-Süd-Wales	1. Sept. 1871	Russland	7. Aug. 1889
Japan	1. April 1875	Britisch-Guiana	2. Dez. 1889
Italien	1. Jan. 1876	Transvaal	1. Jan. 1893
Rumänien	5. Jan. 1880	Bulgarien	1. Jan. 1896
Holland	1. April 1881	Sierra Leone	1896
Frankreich	1. Jan. 1882	Niederländisch-Indien	1. Juli 1898
Britisch-Indien	1. April 1882	Aegypten	1. April 1901
Tasmanien	1882	Rhodesia	1. Jan. 1905
Oesterreich	12. Jan. 1883	Türkei	1905
Kapland	1. Jan. 1884		

Was die Organisation der Postsparkassen anlangt, so kann man im wesentlichen zwei Systeme unterscheiden, das zentralistische und das dezentralistische. Das erstere herrscht in England und den Kolonien: Canada, Bahamas, Sierra Leone, Kapland, Transvaal, Tasmanien und Guiana, ferner in Belgien, Ungarn, Oesterreich, Holland, Italien und Bulgarien. Das dezentralistische System herrscht in Indien, Viktoria, Neu-Süd-Wales, Russland, Schweden, Finnland und Rumänien. Im Uebergang vom zentralistischen zum dezentralistischen System befindet sich die französische Postsparkasse. Wenn ich hier von Dezentralisation spreche, so erstreckt sich dieselbe natürlich nur auf die Kontenführung, die Abrechnung mit den Postämtern und die Ermächtigung zu Rückzahlungen, während die Hauptbuchhaltung naturgemäss immer nur von einem Amte, dem Hauptamte, geführt werden kann. Die Vorzüge des zentralistischen Systems beruhen darauf, dass die zu leistende Arbeit schneller und von weniger Kräften durchgeführt wird, weil das Prinzip der Arbeitsteilung mehr zur Anwendung kommen kann. Ausserdem ist der ganze Betrieb übersichtlicher. Die Vorzüge des dezentralistischen Systems liegen dagegen in den Bequemlichkeiten, die es für den Sparer hat, vor allen Dingen hinsichtlich

der Schnelligkeit bei Rückzahlungen. Da hierauf doch schliesslich das meiste Gewicht zu legen ist, so eignet sich das erstere System nur für räumlich kleine Länder, in denen die Entfernungen vom Hauptamte nicht so gross sind, während das letztere für die räumlich grossen Länder in Betracht kommt.

Die Verwaltung der Gelder unterliegt in den wenigsten Staaten der Leitung der Postsparkasse selbst, so in Oesterreich, Ungarn, Holland, Schweden, meistens ist damit ein staatliches Institut beauftragt, das sich im allgemeinen mit der Anlegung von Geldern befasst, so die Staatsschuldentilgungskommission in England, die Schatzämter oder Finanzminister in den englischen Kolonien, die Caisse des Dépôts et Consignations in Frankreich und Belgien, die Reichsbank in Russland u. s. w.

Was den technischen Betrieb anlangt, so ist es äusserst interessant zu sehen, wie die Postsparkassen miteinander um die Wette bestrebt gewesen sind, denselben so einfach und billig wie möglich und doch auch wiederum so zu gestalten, dass der Sparer vor Fälschungen seitens der Beamten, und umgekehrt, die Postsparkasse vor Fälschungen von seiten des Sparers tunlichst geschützt ist. Betrachten wir zunächst die Technik bei Einzahlungen: hier kann man im wesentlichen zwei Systeme unterscheiden:

1) Das ältere, englische: Der Sparer zahlt unter Vorzeigung des Sparbuches das Geld beim nächsten Postamt ein. Der Beamte schreibt den Betrag in das Sparbuch und in sein Journal ein. Das letztere sendet er nach dem Zentralamt. Darauf bekommt der Sparer von diesem eine Quittung, die ihn erst zu Ansprüchen an das Amt berechtigt.

Das System ist sehr einfach, aber es erfordert eine Menge Arbeit, denn die Postämter müssen ihre Nachweisungen täglich an das Zentralamt senden, und dieses muss die Quittungen, die die Sparer in ihrem Sparbuch bereits erhalten haben, noch einmal ausstellen und versenden. Das System besteht in England, dessen sämtlichen Kolonien mit Ausnahme Tasmaniens, wo der einfache Eintrag in das Sparbuch genügt, ferner in Oesterreich, Ungarn, Holland und Italien. Um Sparer und Postsparkasse noch mehr vor Fälschungen zu schützen, haben Holland und Italien noch weitergehende Massregeln eingeführt. (Siehe die betreffenden Länder)¹⁾.

¹⁾ Eigenartig, aber dem englischen System ähnlich ist jenes, welches bei der rumänischen Staatssparkasse in Anwendung ist (siehe unter Rumänien).

2) Das neuere, belgische System: Der Sparer zahlt unter Vorzeigung des Sparbuches das Geld beim nächsten Postamt ein. Der Beamte trägt die Zahlung in sein Journal ein und stellt den Betrag aus Quittungsmarken zusammen, die er dann in das Sparbuch einklebt und durch Namenszug und Datumstempel kassiert. Dieses System ist einfacher wie das erste. Es ermöglicht dabei, dass die Postanstalten die Nachweisungen nicht täglich, sondern in längeren Zwischenräumen an das Zentralamt zu senden brauchen. Ausserdem macht es die Zusendung von Extraquittungen an die Sparer und die dadurch bedingte Mehrarbeit unnötig und gibt dem Sparer gleichwohl eine genügende Sicherheit in die Hand. Für Russland hat dieses System insofern eine ganz besondere Bedeutung, als es der grösstenteils aus Analphabeten bestehenden Bevölkerung durch die Quittungsmarken, die in ihrer Farbe dem russischen Papiergelde nachgebildet sind, ermöglicht wird, den richtigen Eintrag in das Sparbuch zu kontrollieren. Das System herrscht in Belgien, Russland, Finnland, Schweden, Bulgarien und Frankreich; in dem letzteren Lande hat man es in sehr einfacher Weise zu einem jede Fälschung ausschliessenden Kontrollmittel weitergebildet.

In der Technik der Rückzahlungen kann man auch wieder unterscheiden:

1) Das englische System: Der Sparer zeigt bei dem Zentralamte an, dass er bei irgend einem Postamte einen Betrag erheben will. Seine Unterschrift wird mit der beim Amte liegenden verglichen und der Stand seines Kontos nachgesehen. Darauf bekommt er eine Zahlungsanweisung für das gewünschte Postamt, das gleichzeitig benachrichtigt wird. Dieses nimmt die Abbuchung in dem Sparbuche vor, lässt sich von dem Sparer eine Quittung geben, vergleicht deren Unterschrift mit der im Sparbuch befindlichen, und zahlt das Geld aus. Das System herrscht in England und dessen Kolonien, Frankreich, Holland, Italien, Oesterreich und Ungarn¹⁾.

2) Das belgische System, dessen Besonderheit mit den in einigen Ländern für die Rückzahlung getroffenen Kündigungsbestimmungen zusammenhängt: Der Sparer kündigt einen Betrag unter Einsendung des Sparbuches. Der Betrag wird beim Hauptamt nach Vergleichung der Unterschriften im Sparbuch abgebucht,

¹⁾ Wieder etwas abweichend ist die Rückzahlungstechnik bei der rumänischen Staatssparkasse.

worauf dieses an das gewünschte Postamt abgesandt wird. Das letztere zahlt dann den Betrag unter denselben Vorsichtsmassregeln wie oben aus. Das System herrscht in Belgien, Russland, Finnland, Schweden und Bulgarien.

Beide Systeme haben ihre Vorteile und Nachteile, auch verursacht das eine ebenso viel Arbeit wie das andere.

Um die Kontenführung beim Hauptamt zu kontrollieren, hat man kein anderes Mittel, als jährlich jedes Konto mit dem zugehörigen Sparbuch zu vergleichen und dieses zu dem Zwecke einzufordern. Dieses System wird bei allen Postsparkassen mit Ausnahme der österreichischen gehandhabt. Aber alle Postsparkassenberichte klagen übereinstimmend über seine Unzulänglichkeit, da ein grosser Prozentsatz der Sparer die Bücher nicht einschickt. In Oesterreich hat man diese höchst umständliche Massregel in einfacher Weise dadurch unnötig gemacht, dass die Beamten bei jedem Umsatz auch den Endsaldo des betreffenden Sparbuches in ihr Journal einzusetzen und mit nach Wien aufzugeben haben.

Die meisten Postsparkassen leisten eine Rückzahlung sofort mit Ausnahme derer von Belgien, Russland, Finnland, Schweden und Italien, die eine längere Kündigungsfrist verlangen.

Alle oben geschilderten Massnahmen bei Einzahlungen und Rückzahlungen waren für den Anfang wohl notwendig. Als es sich aber zeigte, dass die Verwaltungskosten unnatürlich hohe waren und Fälschungen selten vorkamen, führte mit der Zeit eine Reihe von Postsparkassen mildere Bestimmungen ein, um die Verwaltungskosten zu ermässigen. So fielen, besonders in England, die Extraquittungen über die Einzahlung kleiner Beträge, die bis zu einer gewissen Höhe gingen, fort, ebenso führte man die Rückzahlung im kurzen Wege ein, d. h. jeder Sparer konnte nunmehr ohne vorherige Anzeige beim Hauptamte kleinere Summen bis zu einem gewissen Höchstbetrag, der in der Regel zwischen M. 20 und M. 100 lag, gegen einfaches Vorzeigen des Sparbuches erheben. Dieses System führten auch die Postsparkassen ein, die sonst auf Kündigung halten. Später gingen auch fast alle Postsparkassen dazu über, es ihren Sparern zu ermöglichen, dass sie die Ermächtigung zu grösseren Rückzahlungen telegraphisch einholen konnten. Da die Sparer, deren Correspondenz mit der Postsparkasse in allen Staaten portofrei ist, die Telegrammkosten selbst zu tragen hatten, so wurden die Verwaltungskosten dadurch noch mehr vermindert, zumal in verschiedenen Ländern die Be-

nutzung des Telegraphen eine sehr starke ist.

Die Verwaltungskosten, im Prozentverhältnis zum Guthaben der Sparer sowie für jede Transaktion berechnet, zeigt die folgende Tabelle.

Länder	Jahr	Kosten in % der Spar- guthaben	Kosten pro Transaktion M.
Transvaal	1907	0,91	1.22
Kapland	1906	0,44	1.11
Frankreich	1905	0,37	—,66
Russland	1905	0,32	—,58
Viktoria	1906	0,45	—,54
Finnland	1906	0,87	—,53
England	1905	0,35	—,46
Schweden	1905	0,48	—,41
Neu-Seeland	1895	0,00	—,38
Belgien	1906	0,30	—,36
Holland	1905	0,39	—,36
Italien	1904	0,28	—,34
Oesterreich	1906	0,51	—,19
Ungarn	1904	0,48	—,16
Bulgarien	1906	0,28	—,16
Rumänien	1906/7	0,15	—,—

Die Verwaltungskosten bei einer Postsparkasse sind ein recht vager Begriff. Gerade der Hauptposten, die Beamtengehälter, lässt sich überhaupt nicht feststellen — ausser für jene geringe Zahl von Beamten, die ausschliesslich für den Sparkassendienst angestellt sind, — er kann höchstens geschätzt werden. Aber schon eine einfache Ueberlegung sagt, dass eine Postsparkasse viel billiger arbeiten muss als eine Privatsparkasse, weil sie nur wenig Beamte für den Sparkassendienst einzustellen braucht, denn die meiste Arbeit wird von den Beamten im Nebenamt erledigt. Es ist z. B. geradezu unmöglich, die Arbeitskraft eines Postbeamten auf dem Lande voll auszunutzen; die geringe Mehrarbeit, die diesem aus dem Sparkassendienst erwächst, fällt also gar nicht ins Gewicht. In der Tat sind denn auch die Kosten pro Transaktion bei den Postsparkassen geringer als bei den Privatsparkassen, sie betrugen z. B. in Oesterreich und Frankreich nur 19 bez. 66 Pfennige gegenüber M. 2.99 bez. M. 1.06 bei den letzteren¹⁾.

Die Postsparkassen sind, ihrem ursprünglichen Zwecke getreu,

1) Die Verwaltungskosten, im Verhältnis zu den Sparguthaben berechnet, sind bei den Postsparkassen fast überall höher als bei den Privatsparkassen; das rührt daher, dass bei den ersteren der Umsatz (Einzahlungen und Auszahlungen) im Verhältnis zum Guthabenbestande viel grösser ist als bei den letzteren.

auf alle möglichen Weisen bestrebt gewesen, das Sparen in immer weiteren Kreisen, besonders unter den ärmsten Schichten der Bevölkerung, auszubreiten und neue Sparer an sich heranzuziehen. Die Mittel, deren sie sich dabei bedienen, sind im wesentlichen folgende:

1) **Energische Propaganda.** Einige Postsparkassen, z. B. die japanische, zahlten im Anfang jedem, der einen neuen Sparer brachte, eine Provision, in Oesterreich zahlte man sie nur den Beamten der Postsparkasse. Da jedoch hierbei viele Betrügereien vorkamen, so ist man davon abgekommen. Dagegen zahlen heute einige Postsparkassen, z. B. die kapländische, ihren Beamten eine Vergütung für jede von ihnen vorgenommene Amtshandlung und interessieren sie auf die Weise, für die Anstalt zu wirken. Andere Postsparkassen, z. B. die englische und holländische, verbreiten in Massenauflagen Broschüren unter dem Volke, in denen in kurzen, knappen Umrissen ihre Vorzüge angegeben sind. In Holland geht man sogar soweit, durch Maueranschläge für sie zu wirken, und in Belgien sucht man den Sparer zu weiteren Einlagen zu veranlassen, indem man ihn auf der Rückseite des Sparbuches vor den Gefahren des Alkohols warnt.

2) **Abholung der Spargelder durch Boten, eine Bequemlichkeit,** die nur eine Postsparkasse ohne viele Kosten ihren Sparern bieten kann. So sendet man in England an den Lohnzahlungstagen Beamte in die Werften und Fabriken, um Spargelder in Empfang zu nehmen, und mancher Arbeiter wird dadurch bewogen, das Geld, das er sonst in Schnaps umgesetzt hätte, in die Postsparkasse einzuzahlen. In Belgien und Aegypten sendet man Beamte in die Schulen, um die kleinen Ersparnisse der Schüler zu sammeln. Vor allen Dingen aber haben die meisten Postsparkassen den Briefboten, besonders den Landbriefboten, die Ermächtigung gegeben, Einzahlungen für die Postsparkasse anzunehmen. Durch diese Massregel dringen sie bis in die kleinsten Aederchen der Volkswirtschaft, bis in die geringsten Dörfer und abgelegenen Weiler, in denen keine Postämter vorhanden sind. Besonders erfolgreich ist dieses System in Frankreich, Holland und Oesterreich.

3) **Das Sparmarkensystem,** das alle Postsparkassen ohne Ausnahme angenommen haben. Hierdurch ermöglicht es die Postsparkasse den ärmsten unter den Armen und den Minderjährigen, die kleinsten Beträge, die die Mindesteinlage

nicht erreichen, anzusammeln, bis sie fruchtbar angelegt werden können. Die grosse Bedeutung, die dieses System für die Postsparkassen gegenüber den Privatsparkassen hat, beruht darauf, dass als Sparmarken in allen Ländern mit geringen Ausnahmen die gewöhnlichen Briefmarken benutzt werden, die jedermann vertraut sind, während die Privatsparkassen schon grosse Mühe haben, ihre Wertmarken überhaupt erst bekannt zu machen. Das Sparmarkensystem hat ausserdem noch einen besonderen Vorteil, insofern es der Postsparkasse Mittel in die Hand gibt, die sie nicht zu verzinsen braucht. Das System ist mit grossem Erfolg in England eingeführt, wo im Durchschnitt der letzten Jahre auf diesem Wege M. 1,8 Mill., in Russland, wo 1905 M. 1,6 Mill., und in Italien, wo M. 0,4 Mill. eingezahlt wurden; für die anderen Länder sind die Zahlen geringer. In Russland werden die Sparmarken besonders von den Branntweinmonopolläden stark verkauft, deren Geschäftsführer 1% von dem Erlöse als Provision erhalten.

4) Schulsparkassen; diese sind in allen Ländern, mit besonders grossem Erfolge in Belgien, Italien und Rumänien eingeführt; in letzterem Lande ist jeder Lehrer *de officio* Beamter der Staatssparkasse. Bei den Schulsparkassen kommen zwei Systeme zur Anwendung, das Sparmarkensystem, das für die Lehrer einfach ist, aber der Post viel Arbeit verursacht, und das System der Pfennigsparkasse, das den betreffenden Lehrern viel Arbeit macht, aber vor dem anderen den Vorzug hat, selbst den geringsten Summen eine Verzinsung zu ermöglichen. Im allgemeinen herrscht das Sparmarkensystem vor. Es ist gegen die Schulsparkassen sehr viel eingewendet worden, und zwar mit vollem Recht. Das, was sie eigentlich sein wollen, ein Mittel zur Förderung des Spartriebes in der heranwachsenden Jugend, sind sie nicht, denn die Kinder müssen sich das Geld, das sie sparen, immer erst von den Eltern geben lassen. Dann sind auch die moralischen Schäden, die die Schulsparkassen im Gefolge haben, grösser als der Nutzen, den sie stiften. Sitzen in einer Klasse reiche und arme Kinder zusammen, so kann es leicht kommen, dass die Armen neidisch auf ihre reichen Kameraden werden und, um es diesen gleichzutun zu können, ihre Eltern ständig angehen, ihnen Geld zu geben. Die Schulsparkassen üben also auf die Eltern gewissermassen einen Druck aus, der sich besonders bei den ärmeren unter ihnen fühlbar macht.

5) Fabriksparkassen. Diese dienen dazu, die Arbeiter noch

mehr wie bisher zum Sparen anzuhalten. Besondere Bedeutung haben die, die die russische Postsparkasse eingerichtet hat.

6) Schutz der Bücher vor gerichtlicher Beschlagnahme. Dieser besteht bei mehreren Postsparkassen, z. B. bei der österreichischen, und ist ein grosser Vorzug, den sie vor den Privatsparkassen voraus haben. Sozialpolitisch betrachtet, ist der Gedanke zweifellos richtig, dem kleinen Mann bei Konkursen und dergleichen nicht auch noch sein Letztes, seine Ersparnisse, zu nehmen. Aber es ist zu bedenken, dass eine solche Bestimmung dazu geeignet ist, dem Betrug Tor und Tür zu öffnen.

In dem Bestreben, neue Sparer an sich heranzuziehen, sind die Postsparkassen nicht vor den Grenzen des eigenen Landes stehen geblieben; sie haben sich überall dort festgesetzt, wo Untertanen ihres Landes in grösserer Anzahl fern von der Heimat wohnen, oder sie haben Einrichtungen getroffen, die es denselben ermöglichen, auf die einfachste und billigste Weise der heimischen Anstalt ihre Ersparnisse zuzusenden.

So haben die Staaten England, Frankreich, Holland, Italien, Oesterreich, Ungarn, Russland und Neu-Süd-Wales auf ihren Schiffen, besonders den Kriegsschiffen, Schiffsparkassen errichtet, die mit der Postsparkasse verbunden sind. Besonders erfolgreich sind diese Kassen bei der französischen, russischen und italienischen Marine.

Ferner hat eine Anzahl von Postsparkassen Filialen bei ihren ausländischen Postämtern errichtet, so England, Frankreich, Italien, Oesterreich, Russland und Japan.

Ebenso hat man internationale Verträge geschlossen, nach denen eine Postsparkasse Einzahlungen und Rückzahlungen für eine andere besorgt. Solche Verträge bestehen zwischen England und einer Reihe Kolonien, zwischen Belgien einerseits und Frankreich und Holland andererseits, zwischen Italien einerseits und Frankreich und Aegypten andererseits.

Zwei Postsparkassen, die Ungarns und Italiens, sind den Auswanderern in fremde Erdteile gefolgt und haben es ihnen ermöglicht, ihre Ersparnisse auf die billigste und bequemste Weise der Heimat zuzusenden; mit welchem Erfolge zeigen die geradezu staunenswerten Ziffern, die die italienische Postsparkasse aufzuweisen hat.

Die Gelder der Postsparkassen sind in den verschiedensten

Werten angelegt, hauptsächlich in Staatspapieren. Im wesentlichen kann man bei den verschiedenen Anstalten vier Anlagesysteme unterscheiden.

1) Der Staat ist überhaupt nicht gebunden, die Gelder dauernd anzulegen, er hat vollständig freie Hand darüber. Diese Art der Anlegung — soweit man überhaupt von einer solchen sprechen kann — besteht in Kanada, wo die Gelder dem Finanzminister zu freier Verfügung übergeben werden; sie ist die unsicherste, denn den Forderungen der Sparer stehen mit Ausnahme des Staatskredits keine Wertobjekte gegenüber.

2) Die Gelder werden bis auf den nötigen Kassebestand nur in Staatspapieren angelegt. Dieses System herrscht in England, in den Kolonien: Kapland, Transvaal, Tasmanien, Guiana, ferner in Frankreich. Stehen hierbei den Forderungen der Sparer auch anerkannte Wertobjekte gegenüber, so birgt doch die Beschränkung auf eine einzige Wertgattung die Gefahr in sich, dass in bewegten Zeiten die Anlagebestände nur unter grösserem Kursverlust veräussert werden können.

3) Die Gelder werden ausser in Staatspapieren noch in anderen festverzinslichen Werten (Anleihen von Kommunen oder Gesellschaften oder Banken, Hypotheken) angelegt. Dieses System herrscht in Oesterreich, Ungarn, Italien, Russland und Rumänien. Durch die Verteilung der Gelder auf mehrere Werte sind Kursverluste, die in unruhigen Zeiten bei Verkauf der Objekte entstehen könnten, nicht so sehr zu befürchten.

4) Die Gelder werden ausser in den eben erwähnten Werten in jederzeit greifbaren Objekten angelegt (Wechseln und vor allem Devisen, ausländischen Staatspapieren, Lombardvorschüssen und Depositen bei sicheren Banken.) Dieses System herrscht in Schweden, Finnland, Holland, Belgien und den australischen Staaten mit Ausnahme Tasmaniens. Es ist ganz besonders vorbildlich in Belgien ausgebildet und gewährleistet den betreffenden Postsparkassen, beim ersten Ansturm die Forderungen ihrer Sparer ohne wesentliche Kurseinbussen befriedigen zu können.

Es wäre nun aber falsch, anzunehmen, dass sich die Liquidität der Postsparkassen in demselben Masse erhöht, je nachdem, ob die Spargelder in ein oder mehreren Werten angelegt werden. Für die Liquidität kommen noch eine ganze Reihe anderer Momente in Betracht, vor allen Dingen natürlich die Liquidität der einzelnen Objekte an sich, sodann die Fundierung der einzelnen Werte,

ihre Beliebtheit oder Unbeliebtheit beim Publikum, die Finanzen und die Kapitalkraft eines Landes, die geographische Lage der Staaten, endlich die Höhe der Einlagen auf den Kopf der Bevölkerung und das Vorhandensein von Reservefonds.

Ich habe im folgenden versucht, eine Liquiditätsberechnung für die Postsparkassen zu geben, deren vollständige Bilanzen mir zugänglich waren. Ich bin mir vollständig bewusst, dass derartige Berechnungen, noch dazu wenn sie sich vergleichend über mehrere Länder erstrecken, immer nur problematischer Natur sind und der Willkür mehr oder minder freien Spielraum lassen. Meine Aufstellung macht daher keinerlei Anspruch auf wissenschaftlichen Wert.

1) England. Grosse Kapitalkraft, gute Finanzen, gesicherte geographische Lage¹⁾.

Verbindlichkeiten	£ 152 201 664
Von den Anlagen sind als flüssig zu betrachten:	
95 0/0 der Staatswerte	£ 143 961 391
Kasse	• 506 749
	<hr/> £ 144 468 140 = 95 0/0

2) Frankreich. Reiches Land, aber sehr exponierte geographische Lage.

Verbindlichkeiten	Frs. 1 283 463 064
Von den Anlagen sind als flüssig zu betrachten:	
90 0/0 der Staatspapiere	Frs. 1 146 035 187
Kasse	• 43 043 050
	<hr/> Frs. 1 189 078 237 = 93 0/0.

3) Belgien. Land mit schnell zunehmendem Reichtum. Die Postsparkassengelder sind in den verschiedensten Werten angelegt.

Verbindlichkeiten	Frs. 835 348 595
Von den Anlagen sind als flüssig anzusehen:	
90 0/0 der Staatsanleihen	Frs. 232 115 618
90 0/0 der Stadt- und Gesellschaftsanleihen	• 230 788 994
10 0/0 der Hypotheken	• 8 485 575
95 0/0 der Wechsel	• 83 165 913
100 0/0 der Devisen	• 125 052 616
60 0/0 der Lombardvorsüsse	• 24 936 720
Kasse	• 14 223 529
	<hr/> Frs. 718 768 965 = 86 0/0.

1) Wo bei den Postsparkassen Reserven vorhanden sind, sind sie natürlich in die Berechnung mit einbezogen.

4) **Holland.** Reiches Land. Die Gelder sind in mehreren Werten angelegt, besonders in Stadtanleihen zahlreicher Städte.

Verbindlichkeiten fl. 129 929 574

Von den Anlagen sind als flüssig anzusehen:

90 %	der Staatsanleihen	fl. 59 106 086
95 %	der Stadtanleihen	» 46 290 045
40 %	der Lombardvorschüsse	» 5 225 800
90 %	aufgelaufene Zinsen	» 1 376 436
	Kasse	» 726 150
		<hr/>
		fl. 112 724 517 = 87 %.

5) **Schweden.** Land mit gesunden Finanzen. Einlagen bei der Postsparkasse nicht hoch.

Verbindlichkeiten Kr. 54 658 804

Von den Anlagen sind als flüssig anzusehen:

90 %	der Staatspapiere	Kr. 34 988 978
10 %	der Städtehypotheken	» 1 429 000
	Kasse und Bankguthaben	» 3 128 559
		<hr/>
		Kr. 39 546 537 = 72 %.

6) **Finnland.** Sehr geringe Einlagen und gute Verteilung der Gelder.

Verbindlichkeiten FIM. 6 374 668

Von den Anlagen sind als flüssig anzusehen:

80 %	der Staatspapiere	FIM. 4 231 745
	Bankguthaben	» 906 632
	Kasse	» 152 255
		<hr/>
		FIM 5 290 632 = 83 %.

7) **Russland.** Land mit wenig guten Finanzen. Unter den Staatspapieren befinden sich sehr viel schlechte, unter den Eisenbahnobligationen sehr viel ungarantierte. Die meisten Hypothekenpfandbriefe sind solche der Kais. Adels- und Bauernbank, beide Banken haben in Westeuropa keinen besonders guten Ruf.

Verbindlichkeiten Rb. 913 585 607

Von den Anlagen sind als flüssig anzusehen:

50 %	der Staatspapiere	Rb. 133 826 000
40 %	der Eisenbahnobligationen	» 119 370 000
70 %	der Hypothekenpfandbriefe	» 320 755 000
	Kasse	» 1 343 856
		<hr/>
		Rb. 575 294 856 = 63 %.

8) **Rumänien.** Aufstrebendes Land. Mässige Einlagenhöhe und gute Verteilung der Gelder.

Verbindlichkeiten Lei 67 248 381

Von den Anlagen sind als flüssig anzusehen:

80 % der Staats- und Provinzanleihen	Lei 41 727 659
70 % der Hypothekendarlehen	„ 9 395 328
85 % der Stadtanleihen	„ 4 585 747
Kasse	„ 1 245 583
	<hr/>
	Lei 56 954 317 = 85 %.

9) Britisch Guiana. Geringe Einlagenhöhe, aber weitab von den Geldmärkten.

Verbindlichkeiten	£ 1 076 004
Von den Anlagen sind als flüssig anzusehen:	
80 % der Staatspapiere	£ 877 985
Kasse	„ 11 124
	<hr/>
	£ 889 109 = 83 %.

10) Bahamas-Inseln. Geringe Einlagenhöhe.

Verbindlichkeiten	£ 25 168
Von den Anlagen sind als flüssig anzusehen:	
80 % der Staatsanleihen	£ 19 610
Kasse und Bankguthaben	„ 1 086
	<hr/>
	£ 20 696 = 82 %.

11) Kapland. Aufstrebendes Land; die Postsparkasse besitzt einen Posten Schatzscheine, der zu hoch in die Bilanz eingesetzt ist.

Verbindlichkeiten	£ 2 778 537
Von den Anlagen sind als flüssig anzusehen:	
80 % der Staatsanleihen	£ 869 206
70 % der Schatzscheine	„ 1 168 309
75 % der aufgelaufenen Zinsen	„ 12 983
Kasse	„ 9 833
	<hr/>
	£ 2 060 322 = 74 %.

12) Viktoria. Reiches Land; das Advances-Department ist noch nicht alt, seine Pfandbriefe sind wenig bekannt.

Verbindlichkeiten	£ 11 764 179
Von den Anlagen sind als flüssig anzusehen:	
80 % eines Vorschusses an das Schatzamt (ev. weniger)	£ 2 093 848
80 % der Staatspapiere	„ 2 432 448
90 % der Stadtanleihen	„ 28 260
66 2/3 % andere Anleihen	„ 480 566
10 % Hypotheken	„ 155 933
20 % Pfandbriefe des Advances-Dep.	„ 180 186
Kasse und Bankguthaben	„ 2 735 148
	<hr/>
	£ 8 106 389 = 69 %.

Die Liquidität der österreichischen und ungarischen Postsparkassen lässt sich hier nicht zum Vergleiche heranziehen, da in den Bilanzen die Scheck- von den Spargeldern nicht getrennt sind; für die übrigen Länder habe ich die Bilanzen leider

nicht erhalten können. Die folgende Tabelle stellt die eben gewonnenen Ergebnisse noch einmal übersichtlich zusammen:

Länder	Jahr	Liquidität in % der Verbindlichkeiten
England	1905	95
Frankreich	1905	93
Holland	1905	87
Belgien	1906	86
Rumänien	1906/7	85
Finnland	1906	83
Britisch-Guiana	1906	83
Bahamas	1906	82
Kapland	1906	74
Schweden	1905	72
Viktoria	1906	69
Russland	1905	63

Die Tabelle zeigt, wenn sie auch nur einen ganz problematischen Wert hat, immerhin, dass mehr als die Hälfte aller Anlageobjekte in kurzer Zeit flüssig zu machen ist, wenn einmal ein Run auf die Postsparkassen stattfinden sollte. Im allgemeinen überschätzt man diese Runs, es müssen schon ganz aussergewöhnliche Verhältnisse vorliegen, wenn mehr als 50 % aller Sparguthaben zurückverlangt werden. Gelingt es der Verwaltung, den ersten stürmischen Bedarf sofort zu befriedigen, dann pflegt das Vertrauen gewöhnlich bald wiederzukehren. Um hierfür stets gerüstet zu sein, empfiehlt sich vor allem die Anlegung eines Teiles der Gelder in Wechseln und Devisen, die ohne irgend welche Einbussen schnell veräußert werden können, oder in Einlagen bei sicheren Banken. Um Kursverluste, die durch einen Verkauf von Wertpapieren entstehen könnten, zu vermeiden, können die Postsparkassen sich bei den Banken auch Lombardvorschüsse geben lassen. Ferner können sie von ihren Sparern die Einhaltung von Kündigungsfristen verlangen, und im Notfalle ist immer noch der Staat da, der hinter der Postsparkasse steht. Die Liquidität der meisten Postsparkassen ist besser, als man gemeinhin denkt, jedenfalls bedeutend besser als die unserer deutschen Sparkassen.

Ueber die Bedeutung der Anlagepolitik der Postsparkassen spreche ich im zweiten Abschnitte dieses Kapitels.

Um einen Teil der Verantwortung für die Spargelder auf ihre Sparer abzuwälzen und dieselben an den Kursschwankungen der Anlagebestände mit teilnehmen zu lassen, veranlassen alle Postsparkassen mit Ausnahme der schwedischen und finnischen ihre Sparer, Staatspapiere anzukaufen. Mitbestimmend ist dafür

das Bestreben, das Ersparen von Beträgen über die Höchstsumme hinaus, die mit Rücksicht auf die Privatsparkassen festgesetzt ist, zu ermöglichen. Einige Postsparkassen kaufen auch automatisch für ihre Sparer Wertpapiere, sowie deren Guthaben das zulässige Maximum überschritten hat. Die gekauften Papiere werden entweder in Depot genommen oder an die Sparer abgeschickt. Besonders erfolgreich sind in diesem Staatspapiergeschäft die Postsparkassen Englands, Frankreichs, Russlands, Italiens, Oesterreichs und Belgiens gewesen. Soweit dieselben über die bei ihnen in Depot befindlichen Wertpapiere Rentenbücher ausstellen, lässt sich ermitteln, wieviel davon sich noch im festen Besitze der Sparer befinden. Die Summen sind in den betreffenden Ländern sehr hoch und stellen sich wie folgt:

Länder	Jahr	Zahl der Rentenbücher	Betrag der Wertpapiere M.	Auf den Kopf der Bevölkerung M.
Russland	1905	160 704	483 915 600	3.36
England	1905	139 992	365 419 043	8.46
Belgien	1906	99 000	313 920 000	43.84
Oesterreich	1906	23 016	125 695 300	4.80
Ungarn	1906	1 609	12 527 042	—,65
Kapland	1906	—	11 045 776	4.58

Ganz abweichend von den anderen Ländern handeln die Postsparkassen Kaplands und Tasmaniens. Auch sie wollen es ihren Sparern ermöglichen, über die zulässige Höchstgrenze hinaus zu sparen. Aber sie nehmen zu dem Zwecke von ihnen Einlagen auf längere Kündigung an, über die sie ihnen ein mit Coupons versehenes, staatlich garantiertes Wertpapier geben. (Certifikat.) Dieses hat den Vorzug, keinerlei Kursschwankungen unterworfen zu sein, und nur den einen Nachteil, dass es erst nach längerer Kündigung rückzahlbar ist.

Mit dem Staatspapiergeschäft haben die Postsparkassen empfindlich in die Tätigkeit der Banken eingegriffen, was um so mehr hervorzuheben ist, als sich dieses Geschäft auch auf die Aufbewahrung der Stücke, die Verlosungskontrolle und den Zinseneinzug erstreckt. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist dieses nur zu begrüßen, denn dadurch ist es den vielen kleinen Leuten, besonders der Bevölkerung auf dem Lande, wo es keine Banken gibt, erst ermöglicht, einen Teil ihres Besitzes in Staatspapieren anzulegen. Mit Ausnahme der Postsparkasse von Neu-Süd-Wales, die neben barem Gelde auch noch Banknoten, Postnoten, Postanweisungen, Wechsel und Schecks als Einlagen

annimmt, haben die Postsparkassen sonst keine bankmässigen Tätigkeiten aufgenommen.

Als die Staaten aus sozialer Fürsorge für die unteren Klassen der Bevölkerung staatliche Lebens-, Renten- und Invaliditätsversicherungsanstalten ins Leben riefen, da übertrugen sie vielfach deren Dienst der Postsparkasse, einesteils, weil die Post das geeignetste Instrument dafür war, andernteils, weil die betreffenden Regierungen hofften, dass durch die Postsparkasse die neuen Institutionen am besten unter den ärmeren Volksschichten bekannt würden. Solche Versicherungsanstalten in Verbindung mit der Postsparkasse bestehen in England, Belgien, Italien, Russland, Schweden und Japan. Da in keinem dieser Staaten ein Versicherungszwang besteht, so haben diese Anstalten mit Ausnahme der belgischen keinerlei Bedeutung zu erringen vermocht, obgleich sie ihrer einfachen Organisation wegen vor allen privaten Versicherungsanstalten den grossen Vorzug voraus haben, sehr billig zu sein.

Die Zahl der Kassen bei den einzelnen Postsparkassen, ihr Verhältnis zur Grösse des Landes, zur Bevölkerungszahl, zur Zahl der Sparer und zur Höhe der Guthaben veranschaulicht die folgende Tabelle (S. 120):

Aus der Tabelle geht evident hervor, wie sehr England hinsichtlich der Zahl der Kassen und der Dichtigkeit ihrer Verbreitung alle anderen Länder überragt. Wären bei ihm die Postämter ganz gleichmässig über das Land verstreut, so bedeutete das, dass kein in England wohnender Sparer mehr als 15 km. d. h. 3 Stunden bis zur nächsten Postsparkasse im ungünstigsten Falle zu gehen haben würde. Schon diese Möglichkeit ist ein Ergebnis, das von Privatsparkassen nie erreicht werden kann. Sehr dicht gesät sind die Sparkassen auch in Holland, Belgien, Oesterreich, Italien und Ungarn, am dünnsten in Süd-Australien und Sibirien, aber in diesen beiden Ländern muss man die weiten Wüstengebiete bez. die geringe Bevölkerungsdichte in Betracht ziehen. Betrachtet man, wieviel Einwohner auf eine Kasse kommen, so zeigen Tasmanien und Schweden die geringsten Ziffern, diese Länder sind aber dafür schwach bevölkert, dann folgt England, d. h. obwohl hier wegen der dichten Bevölkerung die Zahl der Einwohner pro

Länder	Jahr	Zahl der Kassen	Wie viel qkm kommen auf eine Kasse?	Wie viel Einwohner kommen auf eine Kasse?	Wie viel Sparer kommen auf eine Kasse?	Wie gross ist der Ein- lagenbetrag, der auf eine Kasse ent- fällt? M.
England	1905	14862	21	2 908	670	209 202
Frankreich ¹⁾	1905	7884	68	4 978	580	131 328
Indien	1905	7855	364	29 545	135	21 206
Oesterreich	1906	6479	46	4 036	309	28 571
Italien	1904	5931	48	5 688	891	134 314
Russland ²⁾	1905	5881	921	19 224	792	277 515
Ungarn	1905	4395	74	4 381	138	15 209
Japan	1898	3576	117	13 218	347	12 922
Schweden	1905	2982	147	1 776	190	20 529
Holland	1905	1408	23	3 971	841	156 875
Belgien	1904	1035	29	6 918	2338	590 531
Kanada	1906	1011	927	5 313	163	192 717
Finnland	1906	755	484	3 831	76	6 665
Sibirien	1905	728	21 746	18 539	449	224 329
Neu-Süd-Wales	1906	604	1331	2 507	469	315 498
Viktoria	1906	382	596	3 145	122	629 476
Tasmanien	1905	371	184	507	46	25 089
Kapland	1906	357	2009	6 750	280	127 656
Niederländ.-Indien	1900	198	9633	181 818	113	24 507
Bulgarien	1906	193	517	20 871	910	117 293
Queensland	1906	184	9409	2 870	472	443 543
Süd-Australien	1905	163	14 359	2 297	892	551 509
Aegypten ³⁾	1906	142	237	68 552	416	48 378
Britisch Guiana	1906	34	6877	8 529	329	45 221
Sierra Leone	1906	8	130	9 582	780	179 642
Bahamas	1906	6	235	9 696	329	85 834

Kasse grösser sein könnte, wie z. B. in Frankreich, vereinigt dieses Land doch mit Ausnahme von Tasmanien und Schweden die meisten Kassen auf seine Bevölkerung, bietet ihr also die grössten Bequemlichkeiten. Das fällt besonders auf, wenn man die hohe Zahl von Einwohnern betrachtet, die in dem dichtbevölkerten Indien, Japan und Aegypten (d. h. nur Niltal!) auf eine Kasse kommen. Aus der Vergleichung der letzten drei Zahlenreihen bekommt man einen Ueberblick über die Intensität des Sparens bei den einzelnen Postsparkassen. Allen anderen Ländern stehen in dieser Beziehung voran: Belgien, England und die australischen Staaten.

Die Erfolge, die die Postsparkassen in den einzelnen Ländern

1) Die Zahl der Kassen umfasst auch die von Algier und Tunis, welche letztere ich nicht habe feststellen können. Aber ich habe deswegen nicht etwa die Raumgrösse und Bevölkerungsziffer dieser beiden Ländern mit in Rechnung gezogen, um das Verhältnis nicht zu sehr zu ungunsten Frankreichs zu verschieben.

2) Ganz Kaukasien mit inbegriffen.

3) Für Aegypten habe ich nur das bewohnte Niltal in Betracht gezogen.

errungen haben, stellt folgende Tabelle noch einmal übersichtlich zusammen:

Länder	Jahr	Zahl der Sparer	Auf 1000 der Bevölkerung	Betrag der Guthaben M.	Durchschnitt pro Sparer M.	Pro Kopf der Bevölkerung M.
England	1905	9 963 049	235	3 109 151 702	312.07	71.94
Russland	1905	4 660 569	36	1 632 065 328	350.19	14.44
Frankreich	1905	4 406 456	112	1 011 334 672	229.51	25.76
Italien	1904	5 283 063	157	796 613 343	158.78	23.62
Belgien	1906	2 419 710	338	657 795 268	271.84	91.86
Viktoria	1906	466 752	388	240 459 819	515.18	200.16
Holland	1905	1 184 316	212	220 880 276	186.55	39.50
Kanada	1906	164 542	31	194 837 443	1184.12	36.27
N.S.Wales	1906	283 401	187	190 560 546	672.40	125.85
Oesterreich	1906	2 004 487	77	185 110 364	92.35	7.07
Indien	1906	1 115 758	5	166 577 475	149.29	—7.2
Sibirien	1905	327 431	35	163 311 552	498.80	12.10
N.Seeland	1902	?	?	140 704 606	?	150.26
S.Australien	1905	146 366	391	89 895 958	614.18	240.18
Japan	1904	4 928 080	104	87 196 710	17.69	1.84
Queensland	1906	86 908	165	81 611 953	939.06	154.56
Ungarn	1906	607 456	31	66 843 468	110.04	3.47
Schweden	1905	677 023	107	61 217 860	107.97	11.56
Rumänien	1906/7	?	?	46 986 594	?	7.23
W.Australien	1906	?	?	46 728 231	?	178.46
Kapland	1906	99 961	41	45 573 188	455.91	18.90
Transvaal	1907	51 022	25	27 464 083	538.28	21.63
Algier u. Tunis	1905	170 934	27	24 054 022	140.72	3.78
Bulgarien	1906	175 630	44	22 637 543	128.89	5.62
Tasmanien	1905	17 045	96	9 307 967	546.08	52.05
Aegypten	1906	59 084	6	6 869 744	116.27	—7.0
Finnland	1906	57 555	24	5 032 012	87.43	1.79
Nied.-Indien	1900	22 327	0,6	4 852 349	217.33	—1.3
Ceylon	1905	?	?	2 272 560	?	—5.7
Guiana	1906	11 192	38	1 537 507	137.37	5.30
Sierra Leone	1906	6 240	81	1 437 136	230.31	18.75
Bahamas	1906	1 971	34	515 006	261.30	8.85

Obenan in der absoluten Zahl der Sparer steht wieder bei weitem England. Betrachtet man dagegen die Sparer im Verhältnis zur Bevölkerung, so sieht man, dass Belgien und die australischen Staaten allen Ländern voraus sind; das rührt daher, dass hier die Postsparkassen fast die einzigen Sparinstitute sind. Dann folgen England, Holland und Italien; da in diesen Ländern auch Privatsparkassen mit hohem Einlagenbestande bestehen, so folgt daraus, dass hier die Bevölkerung gut zum Sparen erzogen ist. Sehr wenig Sparer im Verhältnis zur Bevölkerung zeigen die Länder mit unentwickelter Kultur wie Niederl.-Indien, Aegypten, Brit.-Indien, Algier und Tunis sowie Russland. Im absoluten Betrage der Spargelder stehen obenan England, Russland und Frankreich, dann folgt in geringem Ab-

stande das kleine, aber industrietüchtige Belgien. Die Ziffern für Russland, England, Belgien, Oesterreich, Ungarn und Kapland erhöhen sich noch, wenn man den Betrag der Rentenbücher in Betracht zieht. Am Durchschnittsguthaben pro Sparer kann man deutlich sehen, ob eine Postsparkasse wirklich nur den ärmeren Klassen dient oder nicht. Dies trifft zu für Japan, Finnland, Schweden, Ungarn und Oesterreich, nicht dagegen für Canada, Kapland, Transvaal und die australischen Staaten; der letztere Umstand ist wieder dahin zu erklären, dass in diesen Ländern die Postsparkassen fast die einzigen Sparinstitute sind. Die letzte Spalte zeigt vor allen Dingen wieder, wie hoch entwickelt das Sparwesen in den australischen Staaten ist, wie gering dagegen in den Ländern mit wenig entwickelter Kultur, Indien, (britisches und holländisches) Ceylon und Aegypten.

Was das Verhältnis der Postsparkassen zu den Privatsparkassen anbelangt, so hat sich überall gezeigt, dass die letzteren durch die ersteren nicht direkt geschädigt werden; sie entwickelten sich ruhig weiter mit Ausnahme derer Englands und Belgiens. Aber hier lagen dafür auch infolge des Zusammenbruchs einiger Sparkassen abnorme Verhältnisse vor. Dass die Konkurrenz der Postsparkassen, soweit man von einer solchen überhaupt jemals reden konnte, für die Privatsparkassen nicht gefährlich wurde, dafür hat die Gesetzgebung gesorgt, indem sie die Verzinsung und die Höhe der Einlagen begrenzte und bestimmte, dass kein Sparer mehr als ein Sparbuch besitzen dürfte. Die Begrenzung der Einlagen und die Höhe der Verzinsung ist aus der folgenden Tabelle (S. 123) ersichtlich:

Die Höchsteinlagen sind in allen Ländern also, mit Ausnahme von einigen, in denen die Privatsparkassen wenig entwickelt waren und in denen sich deshalb eine höhere Normierung notwendig machte, sehr mässig, ebenso der Zinsfuss, der sich durchweg, selbst in Japan, Russland und Schweden, unter dem landesüblichen und dem von den Privatsparkassen gebotenen bewegt.

Ueberflügelt haben die Postsparkassen die Privatsparkassen in Europa nur in England und Belgien, wo die Privatsparkassen den Vorsprung der ersteren infolge des verlorenen Vertrauens der Bevölkerung nicht wiedererlangen konnten, sowie in Holland. Die Gründe, dass auch in Holland die Privatsparkassen zurück-

Länder	Verzinsung 0/0	Mindesteinlage M.	Höchststeinlage M.	Bemerkungen
Japan	5,4	—21	2 093	
Rumänien	4,5	—80	2 400	
Russland	4,0	—54	2 160	
Bulgarien	4,0	—80	1 600	
S.Australien	4,0	1.02	5 110	
Schweden	3,6	1.12	2 250	
N.S.Wales	3,5	1.02	10 220	
Oesterreich	3,0	—85	1 700	
Ungarn	3,0	—85	3 400	
Indien	3,0	—40	3 200	
Finnland	3,0	—80	2 400	
Belgien	3,0	—80	unbe- grenzt	Guthaben über M. 1600 mit 20/0 verzinslich
Kanada	3,0	4.26	12 870	
Kapland	3,0	1.02	12 264	
Transvaal	3,0	1.02	12 264	
Tasmanien	3,0	1.02	5 110	
Viktoria	3,0	1.02	5 110	von M. 2044 mit 2,50/0
Queensland	3,0	1.02	4 088	
W.Australien	3,0	1.02	12 264	
N.Seeland	3,0	1.02	10 220	von M. 4088 mit 2,50/0
Türkei	3,0	—92	3 692	von M. 1846 mit 2,50/0
Italien	2,64	—80	1 600	
Holland	2,64	—43	2 040	
England	2,5	1.02	4 088	
Frankreich	2,5	—80	1 200	
Bahamas	2,5	1.02	4 088	
Sierra Leone	2,5	1.02	10 220	
Niederl. Indien	2,4	—43	2 040	

geblieben sind, sind nicht klar ersichtlich; ich glaube es darauf zurückführen zu sollen, dass der grösste Teil der Einlagen bei der Postsparkasse von der Landbevölkerung, unter der es wenig Privatsparkassen gibt, gemacht wird, da diese im Verhältnis zu der anderer Staaten sehr wohlhabend ist. In Canada und Neu-Seeland sind die Privatsparkassen überflügelt, weil sie bei der Gründung der Postsparkasse wenig entwickelt waren. In allen anderen Ländern haben sie indes das Feld behauptet. Das Verhältnis beider Gattungen in den Hauptländern zeigt folgende Tabelle (S. 124):

Betrachtet man die Dinge recht bei Licht, so muss man sagen, dass die Privatsparkassen von der Postsparkasse im Laufe der Zeit sogar grosse Vorteile gehabt haben. Die letztere zwang sie durch ihr Beispiel, mehr Filialen zu eröffnen, ihre Geschäftsstunden länger auszudehnen und auch sonst ihren Sparern mehr Bequemlichkeiten zu bieten. Dass sie dadurch mehr Zulauf erhielten, liegt auf der Hand. Ferner zogen die Postsparkassen überall die kleinen Sparer, die mehr auf Sicherheit als auf hohe

Länder	Jahr	Spargelder der Post- sparkasse M.	Spargelder der Privat- sparkassen M.	Pro Kopf der Bevölkerung bei den Post- sparkassen M.	Pro Kopf der Bevölkerung bei den Privat- sparkassen M.
England	1905	3 109 151 702	1 077 667 032	71.94	24.93
Frankreich	1902	904 881 212	2 684 191 776	23.17	68.72
Italien	1903	710 783 054	1 332 214 957	21.48	40.27
Belgien	1901	601 208 404	7 996 455	93.28	1.24
Oesterreich	1902	137 903 223	3 538 903 253	5.16	132.47
Ungarn	1902	37 136 925	1 236 803 960	1.88	62.51
Holland	1902	173 040 911	140 959 902	32.10	26.15
Kanada	1903	185 941 208	158 641 483	33.64	28.70
Schweden	1902	61 225 056	563 354 812	11.78	108.39
Neu-Seeland	1902	140 704 606	20 298 760	174.16	25.13

Zinsen sahen, an sich und nahmen den Privatsparkassen somit die teure Kleinarbeit ab.

Man kann mit ruhigem Gewissen sagen, dass die Postsparkassen überall die Privatsparkassen in wirksamer Weise ergänzen, ja sogar, dass sie eine notwendige Ergänzung derselben sind, da sie es hauptsächlich auf die armen Leute abgesehen haben, während die Privatsparkassen im Laufe der Zeit immer mehr davon abgekommen sind, die kleinen Kapitalien an sich zu ziehen. Die Tabellen, in denen die Sparer der Postsparkasse nach der Höhe ihrer Einlagen und nach ihren Berufen klassifiziert sind, lassen aufs deutlichste diesen ergänzenden Charakter erkennen. Die letzten Zweifel werden aber schwinden, wenn man die folgende Tabelle betrachtet, die die Durchschnittsguthaben der Sparer bei den Post- und Privatsparkassen einiger Länder zeigt:

Länder	Jahr	Durchschnitt bei den Privatsparkassen M.	Durchschnitt bei den Postsparkassen M.
Oesterreich	1904	1096.12	98.57
Belgien	1905	941.18	277.64
England	1905	622.26	312.07
Finnland	1904	510.97	75.92
Schweden	1905	490.98	107.97
Holland	1904	384.80	184.19
Frankreich	1904	350.—	218.59

Am deutlichsten zeigt sich das Verhältnis in Oesterreich, Finnland und Schweden.

b) Bedeutung der Postsparkassen.

Wie wir an der Geschichte des englischen Sparwesens gesehen haben, verdankten die Privatsparkassen ihr Dasein der Absicht, den kleinen Mann zum Sparen zu erziehen, ihn für Fälle

der Not oder Krankheit auf sich selbst zu stellen und ihm eine Verzinsung seiner kleinen Einkommensüberschüsse, die zu einer festen Anlegung zu gering sind, zu ermöglichen. Je mehr jedoch die menschenfreundlichen Gründer verschwanden und Kommunen oder Aktiengesellschaften sich der Sparkassen bemächtigten, je mehr das Gewinnprinzip hervorgekehrt wurde, desto mehr verschwand ihr sozialer Charakter. Man fand es rationell, wenn man möglichst grosse Summen umsetzen konnte. So kam es, dass man die kleinen Sparer immer mehr vernachlässigte, ja sie vielfach sogar als lästige Kunden empfand, die nur viel Arbeit verursachen. Erst die Postsparkassen haben den Zweck, dem die Privatsparkassen ihr Dasein verdanken, den sie aber immer mehr aus dem Auge verloren hatten, wieder zur reinen Geltung gebracht. Dank ihrer grossen Vorzüge, die sie vor allen anderen Sparinstituten voraus haben, ist es ihnen gelungen, ihre Aufgabe im vollsten Masse zu erfüllen. Sie haben im Laufe der Zeit für die soziale Besserstellung der unteren Volksschichten so viel getan, dass *Gladstone* einst ausrufen konnte, es sei nächst der Aufhebung der Kornzölle dem englischen Volke kein grösseres Geschenk gemacht worden als mit der Einführung der Postsparkasse.

Die grosse Bedeutung der Postsparkasse beruhte ursprünglich nur auf rein spartechnischem Gebiete. Mit der Zeit stellte sich aber noch eine andere, fast noch grössere Bedeutung heraus, die sich aus dem Staatspapiergeschäft der Postsparkassen und aus der Anlegung der geradezu riesigen Summen ergab, die ihnen zuflössen.

Betrachten wir zunächst die Bedeutung der Postsparkasse auf rein spartechnischem Gebiete. Dieselbe beruht:

1) auf ihrer Sicherheit. Der Staat haftet für die Gelder, die bei ihr eingezahlt werden. Gerade die Aermsten sehen viel weniger darauf, dass sie viel Zinsen erhalten, als dass sie ihre kleinen Ersparnisse sicher angelegt wissen. Wie gerade die unteren Klassen erbittert werden gegen die Reichen und die Staatsordnung, wenn ihnen ihre mühsam erworbenen Kapitalien verloren gehen, die sie vor Not und Krankheit schützen sollten, das haben die Vorgänge gezeigt, die auf den Zusammenbruch der grossen Dubliner Sparkasse folgten.

2) auf ihren Bequemlichkeiten für die Sparer. Eine Privatsparkasse an einem kleinen Ort hat nicht so viel zu tun, dass sie den ganzen Tag über geöffnet sein kann, es würde sogar

höchst unrationell für sie sein; in den meisten Fällen wird sie nur einige Stunden in der Woche offen sein. Dass dadurch viele Leute abgehalten werden zu sparen, liegt auf der Hand. Wie bequem ist dagegen die Postsparkasse! Sie ist den ganzen Tag über offen; zu ihr kann der Sparer morgens kommen, bevor er zur Arbeitsstätte geht, oder abends, wenn er heimkehrt. Und ist er krank oder sonst irgendwie behindert, selbst zum Postamt zu gehen, dann kommt der Postbote zu ihm ins Haus und holt das Geld ab.

3) auf ihrer Ubiquität. Es ist der Hauptvorteil der Postsparkasse. Sie schafft vermehrte Spargelegenheit, indem sie, um mit *Stephan* zu reden, mit ihren stabilen Filialen, den Postämtern, und ihren mobilen Filialen, den Briefboten, bis in jedes Dorf, in jeden Weiler, selbst in jedes abgelegene Gehöft dringt. Es ist nur ihr möglich, all die kleinen Kapitalien, die, weil zu fern dem grossen Getriebe der Volkswirtschaft, noch unbenutzt daliegen, ans Tageslicht zu ziehen und nützlicher Verwendung zuzuführen. Eine Privatsparkasse kann das nie, weil es zu unrationell für sie wäre. Dass es die Postsparkasse kann, beruht eben auf ihrer glücklichen Verbindung mit dem überallhin dringenden Verkehrsinstitut, der Post.

4) auf der Freizügigkeit ihrer Sparbücher, dem sogenannten cross-entry-System. Weil die Postsparkasse an jedem Orte Filialen hat, wie sie keine andere Sparkasse haben kann, kann sie es ihren Sparern ermöglichen, auf ein und dasselbe Sparbuch bei jeder Postsparkassenstelle ohne irgendwelche Unbequemlichkeiten Einzahlungen zu machen, vor allen Dingen aber Summen zu erheben. Das ist für die vielen Wanderarbeiter, die Landarbeiter, die im Sommer auf die grossen Güter gehen, die Leute, die zur Zuckerkampagne in die Rübenegenden ziehen, oder für die Bauarbeiter von äusserster Wichtigkeit. Wollten diese Leute früher an irgend einem Orte für ihre heimische Sparkasse Einzahlungen machen, vor allen Dingen, wollten sie Beträge erheben, so war das äusserst unbequem, teilweise sogar direkt schwierig; durch die Postsparkasse ist das alles vereinfacht worden. Man hat ja versucht, auch den Privatsparkassen mit Hilfe der Post diese Vorteile einzuräumen, 1873 in Deutschland, 1875 in Holland und Frankreich, aber die Versuche sind kläglich fehlgeschlagen.

Um ihren Büchern Freizügigkeit zu verschaffen, sind eine ganze Reihe von Postsparkassen selbst vor den Grenzen des

eigenen Landes nicht stehen geblieben, sie haben internationale Verträge geschlossen, nach denen Einzahlungen und Rückzahlungen auf ein und dasselbe Buch mit der grössten Leichtigkeit von einem Staate zum andern bewirkt werden können.

Hinsichtlich des Staatspapiergeschäfts hat die Postsparkasse hauptsächlich für den Staat Bedeutung. Es ist eine alte Erfahrung, dass in Kriegs- und Krisenzeiten die Staatsanleihen, die bei kleinen Leuten untergebracht sind, am allerwenigsten wieder auf dem Markte erscheinen. Weshalb denn auch alle Staaten, denen an Stabilität ihres Rentenkurses liegt, darauf sehen, dass sie ihre Anleihen in kleinen Abschnitten unter die Welt der kleineren Kapitalisten bringen. Es hat sich nun überall gezeigt, dass hierzu kein Institut so geeignet ist, wie die Postsparkasse. Ursprünglich kaufte sie die Staatspapiere für ihre Sparer nur, um diesen einen Teil des Risikos aufzubürden, das sie durch die Kursschwankungen ihrer Anlageobjekte hatte. Als sich jedoch die günstigen Folgen für den Staat zeigten, da hielt sie ihre Sparer, die sich ja grösstenteils aus kleinen Leuten zusammensetzen, systematisch zum Rentenkaufen an. Der Erfolg, den fast alle bedeutenderen Postsparkassen mit dieser Tätigkeit hatten, ist zum guten Teil darauf zurückzuführen, dass sie für die kleinen Leute, denen es an einem sicheren Behältnis mangelte, meistens auch die kostenlose Aufbewahrung der Stücke übernahmen.

Von grösster Bedeutung endlich für Staat und Volkswirtschaft sind die Postsparkassen hinsichtlich der Art, in der die von ihnen gesammelten Gelder angelegt werden. Eigentlich sollte es ja, wie bei jeder Sparkasse, auch bei der Postsparkasse oberster Grundsatz sein, dass die Gelder möglichst flüssig angelegt werden. Die Postsparkassen haben zwar den selbst für allein-stehende Privatsparkassen nicht zutreffenden Grundsatz *Leroy-Beaulieus*, die Sparkassen sollten ihre Gelder den Kreisen wieder zuführen, aus denen sie stammen, nicht befolgt — die Befolgung dieses Grundsatzes hat z. B. bei den deutschen Sparkassen viel zu der fast völligen Festlegung der Mittel beigetragen —, aber nur eine Postsparkasse hat ihre Mittel gleich von vornherein flüssig angelegt. Die meisten sagten sich: Da der Staat die Sicherheit der Gelder garantiert und somit schwere Gefahren auf sich nimmt, muss er dafür auch ein Äquivalent haben. Und so ist es gekommen, dass fast alle Postsparkassen ihre Gelder hauptsächlich in Staatswerten anlegen.

Dieses System hat zweifellos grosse Vorteile für den Staat. Die Staatsanleihen bekommen durch die Postsparkasse einen stabilen Kurs, weil diese von Jahr zu Jahr mehr Material vom Markte nimmt. Der Staat bekommt dadurch für künftige Anleihen bedeutend bessere Bedingungen von den Emissionsbanken und kann im Interesse der Gesamtheit viel besser wirken als bisher.

Aber das System hat auch seine grossen Schattenseiten. Durch die beständigen Käufe der Postsparkassen können die Kurse der Staatspapiere eine so ungesunde Höhe erreichen, dass plötzliche Konjunkturrückschläge auf dem Anleihenmarkt von den schwersten Folgen begleitet sein müssen, und dass andererseits die Rente der Anlagebestände für die Postsparkasse immer geringer wird. In England wurde z. B. der Kurs der Konsols durch die Käufe der Postsparkasse zeitweilig bis auf 114 getrieben, so dass die Zeitungen von einem Hungerkurs sprachen. Ebenso hat die Verteuerung der Rente bewirkt, dass die englische Postsparkasse in dem letzten Jahrzehnt mit Verlust arbeitete, weil sie ihren Sparern mehr Zinsen zahlen musste, als sie selbst erhielt.

Ein weiterer Nachteil besteht darin, dass die Staaten durch die Leichtigkeit, mit der sie ihre Papiere bei der Postsparkasse unterbringen können, leicht zu unsinniger Anleihewirtschaft veranlasst werden, die dann der kommenden Generation zur Last fällt.

Die schwersten Nachteile entspringen jedoch für den Staat aus seiner Verantwortung für die Gelder, wenn bei plötzlichen Krisen oder in Kriegszeiten die Einlagen in starkem Masse zurückgefordert werden und die Postsparkasse nicht gerüstet ist. Hat auch die Erfahrung gezeigt, dass solche »runs« selten so gefährlich sind, wie man gemeinhin denkt, da es gerade die kleinen Sparer sind, die in solchen Zeiten ihre Einlage am allerwenigsten zurückziehen, so haben doch die Gelder, die von den Postsparkassen im Laufe der Zeit angesammelt sind, jetzt einen derartigen Umfang erlangt, dass eine einseitige Beschränkung der Anlageobjekte auf eine Gattung von Werten schwere Gefahren für den Staat in sich birgt. Das hat man in den meisten Staaten auch erkannt, und so sind die Postsparkassen allmählich dazu übergegangen, die Gelder auf mehrere Anlageobjekte zu verteilen, Kündigungsfristen einzuführen und für die Not aus den Ueberschüssen Reserven zu schaffen. Nur England, einige seiner Kolo-

nien und Frankreich haben an dem alten, starren System des Rentenkaufs festgehalten. Für England ist das weniger gefährlich, weil dieses Land wegen seiner insularen Lage und fast unangreifbaren Stellung wenig Aussicht hat, in gefährliche politische Komplikationen zu geraten, während in Frankreich diese Anlagepolitik wegen der exponierten Stellung des Landes zu schweren Katastrophen führen kann. Der Krieg von 1870/71, während dessen Verlauf die Regierung, die die Privatsparkassengelder verwaltete, die Forderungen der Sparer nur durch die Ausgabe von Schatzanweisungen zu befriedigen vermochte, hat das bewiesen.

Dadurch, dass sie gezwungen waren, ihre Gelder in mehreren Werten anzulegen, erhielten die Postsparkassen auch Gelegenheit, dieselben über das Land zu verteilen, vor allen Dingen aber, sozialpolitisch zu wirken. So kaufen eine Reihe von Postsparkassen Stadtanleihen und befriedigen somit die kommunalen Kreditansprüche; in besonders starker und gleichmässiger Weise tut dieses z. B. die holländische Postsparkasse. Andere Postsparkassen kaufen Pfandbriefe und befriedigen damit vor allem die Ansprüche der Landwirtschaft; in besonders starkem Masse hat sich hierin die russische Postsparkasse betätigt, die die Hälfte ihrer Gelder in landwirtschaftlichen Pfandbriefen angelegt hat, ebenso die Postsparkassen der australischen Staaten. Am weitesten geht in der Verteilung der Gelder und in ihrem sozialpolitischen Wirken die belgische Postsparkasse: Sie führt ihre Gelder der Industrie zu, indem sie deren Obligationen kauft, der Landwirtschaft, indem sie ihr Kredite gibt, dem Handel, indem sie ihm Wechsel und Devisen diskontiert, sowie Konossements und andere Wertpapiere bevorschusst, und dem Arbeiter, dem kleinen Mann, indem sie ihm die Mittel zum Bau von Häusern gibt. Gerade auf sozialpolitischem Gebiete vermögen die Postsparkassen fruchtbar zu wirken, wenn sie in dem Geiste geleitet werden wie die belgische, und sie können eines der wirksamsten staatlichen Mittel sein, in positiver Weise die Tendenzen zu bekämpfen, die sich aus der Unzufriedenheit der arbeitenden Klassen mit den bestehenden wirtschaftlichen Zuständen ergeben.

Für die Anlegung der Gelder kann man als Grundsatz aufstellen, dass eine Liquidität, die der Postsparkasse die Deckung des in Kriego- oder Krisenzeiten auftretenden stürmischen ersten Bedarfs sichert, unter allen Umständen erstrebenswert ist. Es sollte daher nur ein so grosser Teil der Gelder in Staats-

werten angelegt werden, als zu einer gesunden Regulierung des Anleihekurses durchaus erforderlich ist; ein weiterer Teil sollte in jederzeit greifbaren Objekten Anlage finden, wie Wechseln, Devisen, Lombardvorschüssen und ausländischen Staatspapieren, die eine ausreichende Liquidität des Status sichern, und erst der Rest der Gelder sollte anderen, d. h. kommunalen, landwirtschaftlichen, Handels- und sozialpolitischen Zwecken dienstbar gemacht werden.

Abschliessend kann man sagen, dass, ganz abgesehen von der Bedeutung, die die Anlagepolitik der Postsparkassen für Staat und Volkswirtschaft hat, keine Anstalt in so uneigennütziger Weise den Spartrieb unter der ärmeren Bevölkerung zu fördern, keine Anstalt ihren Sparern hinsichtlich Zeit und Ort so viel Bequemlichkeiten zu bieten vermag wie die Postsparkasse, dass sie darum immer, auch in Ländern mit entwickelten Privatsparkassen, die notwendige Ergänzung der letzteren bleiben wird.

III. Kapitel.

Postsparkassen als Staatsbanken.

Zwei der oben geschilderten Postsparkassen sind über ihre ursprüngliche Bestimmung, Sammelstellen für die Ersparnisse der kleineren Leute zu sein, hinausgewachsen. Durch Angliederung eines Scheck- und Clearingverkehrs sind sie eine Art Staatsbank geworden und haben sich heute zu unentbehrlichen Faktoren in dem Wirtschaftsleben ihrer Völker gemacht. Es handelt sich um die Postsparkassen Oesterreichs und Ungarns; ein drittes Land, die Schweiz, besitzt keine eigentliche Postsparkasse, hat jedoch ihrer Post seit kurzem einen Scheck- und Giroverkehr angegliedert. Geringe Anfänge des Scheckverkehrs zeigen sich endlich auch bei der Postsparkasse der kleinen englischen Kolonie Sierra Leone.

Ich werde im folgenden zuerst die Entwicklung dieses Verkehrs für die genannten Länder schildern; um die Uebersichtlichkeit der Darstellung nicht zu erschweren, bringe ich die notwendigen Zahlen und Tabellen erst am Schluss jeder einzelnen Besprechung. Sodann folgt eine kurze Vergleichung des österreichischen und schweizerischen Postscheckwesens und zum Schluss werde ich die Bedeutung schildern, die die Postsparkassen als Staatsbanken haben.

a) Die Entwicklung des Postscheck- und Giroverkehrs.

Oesterreich.

Dass die österreichische Postsparkasse heute eine sich über das ganze Land erstreckende nationale Giro- und Depositenbank geworden ist, verdankt sie ihrem ersten Direktor Dr. *Georg Coch*. Diesem genialen Organisator war es nicht genug, dass die unter ihm stehende Anstalt eine einfache Sparkasse war; er erkannte, dass kein Institut dazu geeignet war, den Giroverkehr, wie er

z. B. bei der deutschen Reichsbank bestand, über das ganze Land — selbst bis in den kleinsten Ort hinein — auszudehnen und die Zahltechnik des Landes zu verbessern, wie die Post. Da die Ausführbarkeit dieses Gedankens wesentlich erleichtert war, seitdem der Post Gelder in Form von Spargeldern gegeben waren, auf Grund deren ein Giro- und Anweisungsverkehr sich ermöglichen liess, so war es Dr. *Cochs* eifrigstes Bestreben, diesen Gedanken in die Tat umzusetzen. Er ging dabei sehr vorsichtig zu Werke.

Am 1. September 1883 hatte er bei der Postsparkasse das System der Rückzahlungen in kurzem Wege eingeführt, d. h. jeder Sparer konnte fortan, vorläufig nur in Wien, eine Rückzahlung gegen einfache Vorzeigung des Sparbuches sofort erhalten. Darauf bezugnehmend machte er unter dem 25. Sept. 1883 eine Eingabe bei dem Handelsminister und erbat die Genehmigung¹⁾:

1) zur Ausdehnung des für Wien bereits eingeführten Verfahrens der Rückzahlung im kurzen Wege auf die hierzu bestimmten Sammelstellen,

2) zur Einführung eines Anweisungsverkehrs mit Wien, welcher es ermöglicht, Geldbeträge, welche bei irgend einer Sammelstelle eingelegt wurden, zur Rückzahlung beim Postsparkassenamt in Wien in kurzem Wege anzuweisen.

»Was das zweite Verfahren betrifft«, so führte er aus, »so wird dasselbe, von dem Publikum in richtiger Weise erfasst und benützt, ganz ausserordentlich dazu beitragen, den Geldverkehr, namentlich unter den Grossisten der Residenz in ihrem Verkehr mit den kleineren Geschäftsleuten der Kronländer und umgekehrt ganz wesentlich zu beeinflussen. Es ist dies eine Art Scheck, insoweit als die gegenwärtigen Verhältnisse dessen Einführung gestatten.«

Die Eingabe wurde unter dem 29. Oktober 1883 genehmigt, und am 6. November 1883 wurde der neue Anweisungsverkehr eröffnet. Derselbe besteht seinem Wesen nach darin, dass jedem Teilnehmer ein besonderes Konto (Scheckkonto) eröffnet wird, auf welches bei jedem Postamte Geldbeträge eingelegt und von dem durch den Kontoinhaber jederzeit Beträge mittels Scheck zur Auszahlung angewiesen werden können.

1) *Joseph Zahner*, Kontrollor des Postsparkassenamtes, *Unsere Postsparkasse* — ein österreichischer Erfolg, Wien 1907, Seite 13.

Jeder, der am Scheckverkehr teilnehmen wollte, hatte dem Hauptamt in Wien eine Unterschriftsprobe einzusenden und eine Stammeinlage von Kr. 200 zu leisten, die jederzeit unberührt bleiben musste. Diese Stammeinlage wurde am 27. September 1901 auf Kr. 100 ermässigt. Die Verzinsung der Scheckguthaben sollte ohne Begrenzung zu dem Satze von 3 % erfolgen.

Statt eines Kontogegenbuches erhielten die Teilnehmer am Scheckverkehr für Einzahlungen Einlageblätter, gewöhnlich in Heften von 50 Stück, mittels deren sie entweder selbst Einlagen auf ihr Konto bewerkstelligen oder von ihren Kunden machen lassen konnten. Diese Einlageblätter, die ursprünglich nur Quittungen waren, die der betreffende Postbeamte dem Einleger unterschrieben zurückgab, wurden am 1. Dezember 1883 mit einem Coupon zu entsprechenden Vormerkungen für den Kontoinhaber, am 1. Mai 1884 mit einem Erlagschein, auf welchem Betrag der Einzahlung, Name und Adresse des Einzahlers einzusetzen sind, und im Jahre 1900 mit einem Buchungsschein, der nur internen Zwecken dient, versehen, so dass solch ein Einzahlungsschein heute so aussieht, wie ihn die Anlage I (S. 134) zeigt ¹⁾.

Der Zettel ist durchgängig mit der Kontonummer des Kontoinhabers, auf dem Teile »Empfangschein« auch mit dem Namen und der Adresse desselben versehen. Der Einzahler (Erleger) füllt den Zettel in all seinen Teilen aus und überreicht ihn, nachdem er den Coupon abgetrennt und für sich behalten, nebst dem Einzahlungsbetrage dem nächsten Postschalter. Der Beamte trennt darauf den Empfangschein ab, unterschreibt und unterstempelt ihn und händigt ihn dem Erleger als Quittung ein, während er den Erlag- und Buchungsschein mit der Tagesabrechnung nach Wien schickt.

Hier wird die Einzahlung dem Konto des betreffenden Teilnehmers gutgebracht, und der Buchungsschein, der nur internen Kontrollzwecken dient, abgetrennt und zurückbehalten, während der Erlagschein dem Kontoinhaber mit der Benachrichtigung über die erfolgte Einzahlung zugeht, damit er aus ihm den Einzahler ersehen kann, soweit er es nicht selbst ist. Die Benachrichtigung des Teilnehmers von seiten des Hauptamtes bestand

¹⁾ Diese und die folgenden Angaben über den technischen Betrieb sind den Bestimmungen für den Geschäftsverkehr der Postsparkasse, 2. Auflage, Wien 1903, entnommen.

Anlage I.

Coupon 0	Empfangsschein	Nr. 0	Erlagschein	Nr. 0	Buchungsschein Nr. 0
den 190	über eine Einlage von K h	d. l.	über eine Einlage von K h		
Erlagschein	Kronen		geleistet durch		
pr.			wohnhaft in		
gesendet an:	auf das Scheckkonto bei dem k. k. Postsparkassen-Amt in Wien, Nr. 800.000		auf das Scheckkonto bei dem k. k. Postsparkassen-Amt in Wien, Nr.		
	Kontoinhaber:		800.000		
	JOSEF FISCHER, JÄGERNDORF		am 190		
	Unterschrift des Postbeamten:		Poststempel:		
	D. S. Nr. 37 c.		Diese Scheine sind durch den Postbeamten abzutrennen und mit der Tagesrechnung an das k. k. Postsparkassen-Amt einzusenden. D. S. Nr. 37 c.		

Anlage II.

Coupon 1	1 Kontoinhaber:	1	in JÄGERNDORF	Konto-Nr. 800.000
den 190				
(enthaltend K h	JOSEF FISCHER			
	Ort, Monat und Jahr:		Pr. K h	
Entnommen*) K h	Das k. k. Postsparkassen-Amt in Wien zahle gegen diesen Scheck aus meinem (unserem)			
K h	(enthaltend den Betrag von:			
K				
*) Begeben an:				

D. S. Nr. 37. D. S. Nr. 37

Unterschrift des Kontoinhabers oder seines Bevollmächtigten:

Einer	Zehner	Hund.	Tausd.	Zehntausd.
1				
1	2	3	4	5
6	7	8	9	0

anfangs in einer förmlichen Empfangsbestätigung, ebenso erhielt der Kontoinhaber eine regelrechte Guthabenbestätigung, wenn er über sein Konto verfügt hatte. Einen Fortschritt zur Vereinfachung und Vervollkommnung des technischen Betriebes machte die österreichische Postsparkasse, als sie Anfang Mai 1884 diese Empfangs- und Guthabenbestätigungen abschaffte und fortan den Kontoinhaber über jede Manipulation (Gut- oder Lastschrift) durch Zusendung eines Kontoauszuges verständigte, aus dem er sowohl die erfolgte Veränderung auf seinem Konto wie den endgültigen Stand des Kontos selbst ersehen konnte. Mit der Verordnung des Handelsministers vom 25. August 1884 wurde hinsichtlich der Einzahlungszettel ein weiterer Fortschritt erzielt, insofern der Einzahler die Rückseite des Erlagscheins gegen Anbringung einer 5-Hellermarke zu schriftlichen Mitteilungen an den Kontoinhaber benutzen konnte. Der Preis eines Einzahlungszettels beträgt seit dem 1. September 1884 2 Heller. Um den Einzählern noch mehr Bequemlichkeiten zu bieten, verordnete der Handelsminister unter dem 19. Oktober 1884, dass vom 15. November 1884 ab die Landbriefträger gegen eine Gebühr von 10 Hellern Einlagen annehmen durften.

Das Bestreben, den Kreis der Kontoeingänge, die vorläufig nur aus geldlichen Einzahlungen und Ueberweisungen von Konto zu Konto (dem sog. Clearingverkehr, von dem nachher noch die Rede sein wird) bestanden, zu erweitern, führte dazu, dass die österreichische Postsparkasse ausser dem Scheckdienst immer mehr rein bankmässige Geschäfte übernahm. So besorgt sie auf eine Verordnung des Handelsministers vom 27. August 1884 hin seit dem 1. September 1884 auf Wunsch die Einkassierung aller für ihre Teilnehmer einlaufenden Postanweisungen. Die Kontoinhaber bekommen nur die Postanweisungsabschnitte zugestellt, während die Beträge ihrem Konto gutgeschrieben werden. Am 28. September 1884 wurde diese Tätigkeit auch auf die Nachnahmepostanweisungen und am 8. November 1885 auf die Postauftrags-Postanweisungen ausgedehnt. Für die Einkassierung wurde vom 15. Dezember 1885 ab eine Gebühr von 2 Heller pro Postanweisung erhoben. Seit dem 1. Oktober 1885 übernimmt die Postsparkasse auch den Einzug von verfallenen Coupons der österreichischen Staatspapiere, unter der Voraussetzung, dass der Erlös dem Scheckkonto gutzubringen ist. Endlich befasst sie sich seit dem 1. Dezember 1897 auch mit dem

Inkassogeschäft¹⁾. Sie übernimmt von ihren Teilnehmern seitdem Wechsel, Schecks, Anweisungen, Akkreditive, Coupons, Rechnungen und andere Forderungsdokumente zum kommissionsweisen Inkasso, unter der Voraussetzung, dass dieselben in Wien zahlbar sind, und dass der Erlös wiederum dem Scheckkonto gutzubringen ist; ausserdem wechselt sie für ihre Klienten fremdländische Geldmünzen um. Die Höhe aller Einzahlungen und des Guthabens unterliegt keiner Beschränkung.

Jeder Kontoinhaber kann über sein Guthaben jederzeit mittels Scheck verfügen, der eine Umlaufsfähigkeit von 14 Tagen hat (s. Anlage II, S. 134).

Der Scheck ist mit einem Coupon verbunden, den der Kontoinhaber zu eigenem Gebrauch mit Bemerkungen versehen kann und zurückbehält, sowie mit Zahlenreihen für die Einer bis Zehntausender. Von diesen Zahlenreihen schneidet der Contoinhaber die den Scheckbetrag überschüssenden Zahlen ab, wodurch es vermieden wird, dass der letztere von Fälschern erhöht werden kann. Der Kontoinhaber kann den Scheck ausstellen:

1) als Cassascheck (Inhaberscheck). In diesem Falle füllt er den für die Adresse des Zahlungsempfängers bestimmten Raum nicht aus, sondern sendet ihn so an seinen Gläubiger, der ihn ohne Indossament weiter in Zahlung geben kann. Jeder Inhaber kann den Scheck bei der Postsparkasse zur Zahlung vorlegen, die ihn ohne weiteren Avis, nur auf die Vergleichung der Unterschriften hin, bezahlt. Zahlung wird sofort geleistet, wenn die Vorlegung in Wien erfolgt und der Kontostand des Einlegers dieselbe zulässt, bei anderen Poststellen dagegen erst nach Verlauf einiger Tage. Der Inhaber kann den Scheck aber auch nach Wien senden, und sich den Betrag einschicken, oder falls er selbst ein Konto hat, gutschreiben lassen.

2) als Namenscheck (Ordrescheck). Auf ihm muss eine bestimmte Person, die der Aussteller selbst sein kann, als Empfänger angegeben sein. Der Namenscheck ist immer an das Hauptamt in Wien zu richten, das ihn begleicht

a) durch Gutschrift auf einem anderen Konto (Clearing), in dem Fall nämlich, wenn auch der Empfänger ein Konto besitzt und dem Clearingverkehr beigetreten ist.

1) *Joseph Zahner*, S. 20.

b) durch Zahlungsanweisung, wenn der Empfänger kein Konto besitzt.

Im letzteren Falle wird dem Empfänger von Wien aus eine Zahlungsanweisung zugestellt, gegen die er bei dem darin bezeichneten Postamt das Geld erheben kann; gleichzeitig wird das betreffende Postamt von Wien aus zu der Zahlung ermächtigt. Seit Anfang Dezember 1888 werden diese Zahlungsanweisungen mittels Schreibmaschinen geschrieben, die ausschliesslich von Damen bedient werden.

Wie man den Kreis der Kontoeingänge zu erweitern suchte, so geschah es auch mit den Kontoausgängen. Seit dem 1. September 1884 kann ein Kontoinhaber verlangen, dass die Schecksumme, die Kr. 1000 nicht überschreiten darf, an den Scheckempfänger mittels Postanweisung gesandt wird. Ebenso besorgt die Postsparkasse die Ausstellung von Postanweisungen ins Ausland, nur muss in dem Falle der Scheckbetrag in der Valuta des Bestimmungslandes angegeben werden. Uebersteigt die Summe einer Auslandsremittierung den für eine Postanweisung zulässigen Höchstbetrag, dann remittiert die Postsparkasse den Betrag in einem Geldbrief. Seit dem 6. November 1884 kann der Scheck zu einem Zwecke benutzt werden, der den Kreis der bankmässigen Tätigkeiten der Postsparkasse erweiterte. Es ist seit dieser Zeit jedem Kontoinhaber gestattet, Wechsel oder andere Urkunden bei dem Hauptamt in Wien zahlbar zu stellen¹⁾. Zur Deckung hat er einen Scheck über die Höhe des Betrages mit vollständiger Bezeichnung der domizilierten Urkunde an das Postsparkassenamt einzusenden.

Die wichtigste Neuerung, die der österreichischen Postsparkasse erst ihre eigentliche Bedeutung, die sie heute hat, gab, geschah am 1. September 1884 mit der Einführung des Clearingverkehrs. Dieser besteht darin, dass sich zwei in den entferntesten Ecken, in den kleinsten Orten des Reiches wohnende Kontoinhaber gegenseitig Zahlungen leisten können, ohne dass ein Heller Bargeld dazu in Bewegung gesetzt wird. Der eine braucht nur einen Scheck auszuschreiben und darauf die Worte zu setzen: »Zur Gutschrift auf dem Conto No. . . . des A. B. in N.«, worauf beide Kontoinhaber vom Hauptamt in Wien mittels Kontoauszug von der erfolgten Transaktion in Kenntnis gesetzt werden.

1) *Joseph Zahner*, S. 17.

Zur Teilnahme an dem Clearingverkehr ist eine besondere Beitrittserklärung notwendig.

Die Teilnehmer wurden anfangs in alphabetischer Reihenfolge in einer Liste aufgenommen, die ursprünglich allen Kontoinhabern umsonst, von 1886 ab gegen Abonnement zugestellt wurde. Seit 1887 werden die Teilnehmer nicht mehr in alphabetischer Reihenfolge, sondern nach Städten und Ortschaften — alphabetisch geordnet — verzeichnet. Die Schecks, die im Clearingverkehr gutgeschrieben und belastet werden, haben den Vorzug, dass die Summen, über die sie lauten, keiner Beschränkung unterliegen, während für alle anderen Schecks eine Höchstgrenze von Kr. 20,000 festgesetzt ist.

Der ganze Scheck- und Clearingverkehr mit seinen mannigfachen im Laufe der ersten Jahre erfolgten Verbesserungen war von dem Direktor Dr. *Coch* im Einverständnis mit dem Handelsminister eingeführt worden. Im Jahre 1886, als die neue Einrichtung alle Erwartungen hinsichtlich ihrer Lebensfähigkeit bereits weit übertroffen hatte, schritt die Regierung daran, diesen Verkehr gesetzlich zu regeln¹⁾. Sie arbeitete einen Entwurf aus, der von den Kammern angenommen und am 19. November 1887 zum Gesetz erhoben wurde. Das neue Gesetz sanktionierte die bereits bestehenden Zustände und bestimmte im wesentlichen noch folgendes:

1. Der Scheckverkehr ist vom Sparverkehr zu trennen.
2. Die Teilnahme am Scheckverkehr ist auch solchen Personen gestattet, die nicht am Sparverkehr teilnehmen.
3. Der Zinsfuss soll 2 % nicht übersteigen.
4. Für jede Manipulation ist eine Gebühr zu entrichten.
5. Aus den Ueberschüssen ist ein Reservefond in der Höhe von 5 % des Einlagensaldos zu bilden.
6. Die Anlegung der Gelder hat zu erfolgen: Im Ankauf von Staatspapieren und Salinenscheinen, in Einlagen bei Banken, in Lombardvorschüssen, im Ankauf von Coupons und Diskont von Wechseln.

Das Gesetz trat am 1. Dezember 1887 in Kraft und hatte zur Folge, dass die Beträge, die lediglich zur Fruktifizierung eingezahlt waren, wegen der Herabsetzung des Zinsfusses von 3 % auf 2 % zurückgezogen wurden.

1) *Joseph Zahner*, S. 18.

In dem Bestreben, das System der geldlosen Zahlung immer weiter auszubilden und auf Wunsch vieler Scheckkontoinhaber hat die österreichische Postsparkasse 1889 mit der Oesterreich-Ungarischen Bank und 1896 mit der ungarischen Postsparkasse ein Abkommen getroffen, wodurch die Clearing-(Giro-)Teilnehmer aller drei Anstalten sich gegenseitig Zahlungen im Buchungswege leisten können. Im März 1898 trat die Postsparkasse dem Wiener Saldierungsverein (Clearinghaus) bei, um den Bargeldverkehr in Wien auf ein Minimum einzuschränken. Um sich für diese Abrechnungsstelle genügend Compensationsmaterial zu schaffen, hatte das Postsparkassenamt am 1. Dezember 1897 das schon erwähnte Inkasso von Wechseln und anderen Forderungsdokumenten übernommen.

Da die österreichische Postsparkasse mit all diesen Abkommen grosse Erfolge erzielt hatte, so liess sie es nicht beim Inlande allein bewenden, sie strebte nunmehr darnach, ihren Klienten auch im Verkehr mit dem Auslande die denkbar besten Bequemlichkeiten zu gewähren. So wurden am 1. August 1902 die österreichischen Postämter zu Beirut, Constantinopel, Salonich und Smyrna in den Scheckverkehr einbezogen, am 1. Mai 1903 folgten die Aemter von Jaffa, Janina, Scutari und am 1. Juli 1904 das Postamt zu Jerusalem. Für Deutschland, wo um diese Zeit schon nahezu 1000 Klienten der Postsparkasse wohnten, schloss dieselbe unter dem 1. Mai 1906 ein Abkommen mit der Deutschen Bank in Berlin¹⁾, nach dem bei dieser und ihren Filialen²⁾ Einlagen und Auszahlungen für Rechnung von österreichischen Kontoinhabern bewirkt werden können. Indirekt ist dadurch die österreichische Postsparkasse an den Giroverkehr der Deutschen Reichsbank angeschlossen. Ein gleiches Abkommen wurde am 16. Januar 1907 für Italien mit der Banca Commerciale Italiana in Mailand, am 1. Februar 1907 für Grossbritannien und Irland mit der Oesterreichischen Länderbank in London, und im Juli 1907 mit der Schweizerischen Creditanstalt in Zürich³⁾ für die Schweiz getroffen. Dass das letztere Abkommen nicht mit der neugegründeten schweizerischen Postsparkasse getroffen wurde, ist darauf zurückzuführen, dass diese erst in den Anfängen steckt und über einen zahlreichen Kundenkreis noch nicht verfügt.

1) *Joseph Zahner*, S. 22.

2) Als Filialen gelten hierbei auch die Kommanditen der Deutschen Bank.

3) *Frankfurter Zeitung* Nr. 197 vom 18. Juli 1907.

Im Jahre 1889 wurde eine wichtige Neuerung eingeführt, nach der die Arbeiterunfallversicherungsanstalten die an die Arbeiter zu zahlenden Renten mittels Postscheck leisten. Dieser Verkehr hat bei der Postsparkasse bereits einen derartigen Umfang erreicht, dass dafür ein eigenes Bureau errichtet werden musste.

Eine andere für den Staat und die Bevölkerung gleich wichtige Neuerung betrifft die Bezahlung von Steuern mit Hülfe der Postsparkasse. Das System wurde am 1. Mai 1896 versuchsweise für die Steuerämter Niederösterreichs eingeführt und durch die Verordnungen vom 26. November 1897 und 1. Januar 1898 auf ganz Oesterreich ausgedehnt. Jedermann kann bei der Postsparkasse mittels Einzahlungszettel seine Steuern in bar bezahlen, Kontoinhaber können statt der Barzahlung einen Scheck ausschreiben. Ebenso können vom 1. Juli 1903 ab zivilgerichtliche Bardepositen an die Aemter in Wien, Prag, Graz und Triest sowie Einlagen von Waisenkassengeldern an das Amt in Brünn durch die Postsparkasse gemacht werden.

Mit der Einführung der Steuerzahlungen durch die Postsparkasse waren die staatlichen Kassen in grösserem Massstabe dem Postscheck- und Clearingverkehr angeschlossen. Als erste staatliche Kasse war diesem Verkehr die Bergdirektionskasse in Pöbram im Jahre 1885 beigetreten, ihr folgten 1891 die Forst- und Domänen-direktionen, ferner die Kassen für Landeskultur und Bergwesen, 1887 die Eisenbahnbetriebsdirektionskassen. Einen grösseren Umfang nahm die Benutzung der Postsparkasse von seiten des Staates an, als in den Jahren 1896 und 1897 das Finanz- und Justizministerium den Beitritt der ihnen unterstehenden Kassen verfügten. 1901 folgte dann auch der Beitritt der Militärkassen und Heeresanstalten. Die folgende Tabelle zeigt das Ansteigen in der Zahl der Kassen¹⁾:

	Zahl		Zahl		Zahl		Zahl
1896	120	1899	1296	1902	1788	1905	2084
1897	878	1900	1328	1903	1882	1906	2106
1898	1284	1901	1489	1904	2039		

Die grosse Bedeutung des Beitritts der staatlichen Kassen liegt weniger im Gebrauche des Schecks bei der internen Kassengebarung selbst, als vielmehr in der grossen Bequemlichkeit, die dieser Verkehr für das Publikum hat.

¹⁾ *Joseph Zahner, S. 32.*

Die Zahl der Teilnehmer am Scheckverkehr betrug Ende 1906 73 313. Ihr stetiges Anwachsen seit der Gründung zeigt die folgende Tabelle¹⁾:

Jahr	Zahl	Jahr	Zahl	Jahr	Zahl	Jahr	Zahl
1883	167	1889	16 046	1895	28 363	1901	46 345
1884	2 520	1890	17 808	1896	30 837	1902	51 853
1885	6 877	1891	19 391	1897	34 209	1903	57 038
1886	10 533	1892	21 365	1898	37 489	1904	62 329
1887	12 981	1893	23 471	1899	40 271	1905	67 804
1888	14 296	1894	25 834	1900	42 658	1906	73 313

Von den 73 313 Kontoinhabern Ende 1906 wohnten 70 870 in Oesterreich selbst, 1008 in Deutschland, 1224 in Ungarn, 55 in der Türkei, 40 in der Schweiz, der Rest verteilte sich auf die anderen Länder, unter denen Amerika, selbst Japan, China und Transvaal sich befanden.

Ueber die Berufe der Teilnehmer geben die Jahresberichte der österreichischen Postsparkasse sehr genauen Aufschluss. In der folgenden Tabelle habe ich die Teilnehmer nach grossen Berufsgruppen zusammengestellt:

Berufsklassen	Einleger	in %
Geschäftsleute	26 619	36,30
Industrielle Grossbetriebe	10 213	13,93
Gewerbsleute	8 267	11,28
Vereine und Korporationen	7 287	9,94
Liberales Berufe	5 912	8,06
Privatpersonen	2 462	3,36
Beamte	2 375	3,24
Behörden und Aemter	2 106	2,87
Geistliche, Lehrer, Militärs etc.	1 561	2,13
Grundbesitzer	1 351	1,84
Sparkassen	1 169	1,60
Zeitungen	873	1,19
Landwirte	775	1,06
Banken	727	0,99
Oeffentliche Anstalten	667	0,91
Versicherungsanstalten	582	0,79
Rent- und Forstkassen	367	0,51
	<hr/> 73 313	<hr/> 100,00

Bemerkenswert ist der hohe Prozentsatz der Grossbetriebe, die am Scheckverkehr teilnehmen, sowie die hohe Zahl von Banken, Sparkassen und Versicherungsanstalten. Die Tabelle zeigt überhaupt, dass die österreichische Postsparkasse keinen Stand besonders bevorzugt, sondern dass sie gleichmässig den Interessen aller Glieder der österreichischen Volkswirtschaft dient.

1) 23. Rechenschaftsbericht des k. k. Postsparkassenamtes für das Jahr 1906, Wien 1907, Seite 27.

Im Jahre 1906 wurden 33 366 173 Einlagen gemacht im Betrage von Kr. 9 223 079 469.82, seit dem Bestande der Postsparkasse überhaupt 297 031 657 im Betrage von Kr. 84 835 630 842.44. Die Einzahlungen im Jahre 1906 verteilen sich ihrer Art nach wie folgt¹⁾:

Einzahlungsart	Betrag in Kr.	in %
Erlagscheine	4 859 121 832,15	52,68
Postanweisungen	97 402 700,53	1,06
Gutschriften im Clearing	4 099 484 966,51	44,45
Koupons	1 811 160,07	0,02
Ueberweisungen der Ungarischen Postsparkasse	162 271 755,88	1,76
Ueberweisungen der Deutschen Bank	2 987 054,68	0,03
	<u>9 223 079 469,82</u>	<u>100,00</u>

Unter den Einlagen durch Erlagscheine befinden sich auch die Eingänge aus den der Postsparkasse zum kommissionsweisen Inkasso übergebenen Forderungsdokumenten.

Im Jahre 1906 wurden 7 946 508 Rückzahlungen geleistet im Betrage von Kr. 9 145 540 176.12, seit dem Bestande der Postsparkasse überhaupt 75 146 076 im Betrage von Kr. 84 451 561 581.02. Die Rückzahlungen des Jahres 1906 wurden bewirkt durch:

Rückzahlungsart	Betrag in Kr.	in %
Inhaberschecks	2 442 801 490,31	26,71
Zahlungsanweisungen	2 164 347 898,92	23,67
Postanweisungen	11 794 056,70	0,13
Einlösung von Domizilen	70 891 738,69	0,78
Ankauf von Effekten	8 470 059,19	0,09
Lastschriften im Clearing	4 099 484 966,51	44,82
Ueberweisungen an die Oesterr.-Ungar. Bank	336 037 108,40	3,67
Ueberweisungen an die Deutsche Bank	11 712 857,40	0,13
	<u>9 145 540 176,12</u>	<u>100,00</u>

Die Gesamtzahl aller Transaktionen im Jahre 1906 betrug 41 312 681, d. h. 113 185 pro Tag. Der Umsatz belief sich auf Kr. 18 372 580 415.02, d. h. das Ende 1906 mit Kr. 388 030 030.50 ausgewiesene Guthaben der Einleger wurde im Laufe des Jahres 48mal umgesetzt. Seit der Gründung der Postsparkasse belief sich die Zahl der Transaktionen auf 372 177 733, die Höhe des Umsatzes auf Kr. 169 287 192 323.46; das sind für das im Verhältnis zu anderen Ländern wirtschaftlich noch wenig entwickelte Oesterreich gewaltige Ziffern.

Was den Clearingverkehr²⁾ anlangt, so gehörten diesem von 73 313 Kontoinhabern im Jahre 1906 72 246, das sind 98,5 %, an.

1) Rechenschaftsbericht Seite 54.

2) Diese und die folgenden Zahlenangaben sind alle dem sehr eingehenden Rechenschaftsberichte für das Jahr 1906 entnommen.

an. Von der Gesamtzahl der Transaktionen wurden nur 6 303 270, d. i. 15,26 %, von der Höhe des Gesamtumsatzes dagegen Kr. 8 198 969 933.02, das sind 44,8 % oder nahezu die Hälfte, im Buchungswege, ohne Bargeldumsatz, beglichen.

Die Zahl der Transaktionen zwischen der österreichischen und ungarischen Postsparkasse belief sich 1906 auf 107 494, der Umsatz, der ganz im Rechnungswege vor sich ging, (der Saldo wird jedesmal durch die Oesterreichisch-ungarische Bank ausgeglichen) auf Kr. 198 844 940.48. Der bei weitem grösste Teil der Summe wurde von Ungarn nach Oesterreich überwiesen.

Der Umsatz zwischen der österreichischen Postsparkasse und der Oesterreichisch-ungarischen Bank belief sich auf Kr. 365 779 321.62, die Zahl der Transaktionen auf 56 341.

Von den während 1906 im Wiener Saldierungsverein eingelieferten 365 367 Dokumenten hat die Postsparkasse 181,299 d. i. 50 % ausgeglichen, der Betrag belief sich auf Kr. 1 524 980 125.36 d. i. 33,3 % der Gesamtsumme aller Einlieferungen von Kr. 4 579 417 770.43.

Die Zahl der Transaktionen mit den Levantepostämtern belief sich 1906 auf 2499, der Umsatz auf Kr. 3 699 278.84, davon wurde der bei weitem grösste Betrag von Oesterreich nach der Levante remittiert.

Der Umsatz mit der Deutschen Bank belief sich auf Kr. 14 699 912.08 bei 18 142 Transaktionen, eine für das erste Geschäftsjahr (8 Monate) sehr erfreuliche Ziffer. Die grössere Summe wurde von Oesterreich nach Deutschland überwiesen.

Von der Erlaubnis, die Steuern durch die Postsparkasse bezahlen zu können, hat die österreichische Bevölkerung in reichlichem Masse Gebrauch gemacht. Im ersten Jahre nach der Einführung dieses Systems (1898) belief sich die Zahl der Einlagen auf 139 475 im Betrage von Kr. 38 229 759.—, 1906 waren es bereits 821 926 Einzahlungen im Betrage von Kr. 160 209 429.36.

Neben der grossen Bedeutung, die die österreichische Postsparkasse für das gesamte österreichische Wirtschaftsleben besitzt, verdient vor allen die Wichtigkeit hervorgehoben zu werden, die diese Anstalt infolge ihrer staatswirtschaftlichen Tätigkeit für den Staat selbst hat. Von einer solchen Tätigkeit kann man nach drei Richtungen hin sprechen, insofern sie

1. ihre Bestände zum grössten Teil in Staatspapieren anlegt,

2. für Rechnung ihrer Klienten Staatspapiere kauft,
3. an staatlichen Emissionen und Konversionen teilnimmt.

Was die Anlegung der Bestände anlangt, so erfolgte diese ursprünglich fast ausschliesslich in Staatspapieren. Je mehr jedoch der Scheckverkehr wuchs und den Sparverkehr überflügelte, desto mehr musste die Postsparkasse auf Liquidität ihres Status sehen, um jederzeit allen Ansprüchen voll genügen zu können, war ja doch in Krisenzeiten eine viel stärkere Zurückziehung der Scheckgelder, die nur aus Kassenüberschüssen bestanden, zu befürchten, als dies bei den Spargeldern jemals anzunehmen wäre. So wurde der Kreis der ursprünglichen Anlagen durch die Befugnis zum Ankauf von Hypothekenbank-, Kommunal-, Eisenbahnkredit- und Bankenobligationen erweitert; ferner wurde der Postsparkasse gestattet, Salinenscheine (eine Art Schatzscheine) zu kaufen, Lombarddarlehen zu gewähren und geloste Staatspapiere zu eskomptieren. Endlich steht ihr noch der Diskontmarkt offen. Die österreichische Postsparkasse hat es jedoch bis jetzt vermieden, auf dem letzteren in grösserem Massstabe direkt einzugreifen, so hatte sie Ende 1906 von 625,8 Millionen Kr. Einlagen nur 30,9 Millionen Kr. selbst in Wechseln angelegt. Dagegen zahlt sie einen bei weitem grösseren Teil ihres Einlagenbestandes bei Banken ein, die ihn wegen der kurzen Kündigungsfristen ausschliesslich im Privatkont verwenden können. Sind diese Einlagen bei den Banken auch mitunter Schwankungen ausgesetzt, so bleibt doch der Wiener Markt durch die Postsparkasse vor so schweren Störungen bewahrt, wie sie das Vorgehen der Seehandlung und der Zentralgenossenschaftskasse an der Berliner Börse häufig zur Folge hat. Die ständige Verbesserung der Liquidität der Postsparkasse veranschaulicht folgende Tabelle:

	1893 Millionen Kr.	1901 Millionen Kr.	1903 Millionen Kr.	1906 Millionen Kr.
Verbindlichkeiten	174,5	420,0	478,0	680,1
Wertpapiere (80 %)	133,9	254,8	288,0	390,0 ¹⁾
Kasse	5,0	6,0	14,7	8,1
Bankguthaben (100 %)	13,6	112,1	120,9	214,2 ²⁾
Summe	152,5	372,9	423,6	612,3
In % der Verbindlichkeiten	87,4	88,8	88,6	90,0

Welche Wirkungen die sich stetig steigernde Ausgestaltung

1) Hierin sind 5,1 Mill. Kr. Lombardvorschüsse inbegriffen.

2) Hierin sind 30,9 Mill. erstklassige Wechsel inbegriffen.

des Clearingverkehrs hat, zeigt die starke Abnahme der Kassenbestände zwischen 1903 und 1906, die, trotz der starken Steigerung der Verbindlichkeiten von 478 auf 680,1 Millionen Kr., doch um 6,6 Millionen Kr. herabgesetzt werden konnten.

An Wertpapieren besass die Postsparkasse Ende 1906 43,2 Mill. Kr. Partialhypothekaranweisungen, ferner 411,2 Millionen Kr. verschiedene Effekten, unter denen sich, wie schon früher erwähnt, 22,6 Millionen Kr. nominal Oesterreichische Investitionsrente befinden, ein in Oesterreich ebenso wie in Deutschland gleich gefürchteter Ladenhüter. Dann besitzt die Postsparkasse ein Effektenlager von 2,7 Millionen Kr., aus dem sie ihren Kunden Stücke ablässt. Den Rest der Wertpapiere bilden 20,3 Millionen Kr. Anlagen für den Reserve- und 1,9 Millionen Kr. Anlagen für den Alters- und Invaliditätsversorgungsfonds.

Dass die Postsparkasse für ihre Klienten Staatspapiere kauft, in Verwaltung nimmt und ins Staatsschuldbuch eintragen lässt, dass sie ferner die Verlosungskontrolle über die Papiere übernimmt, war in dem über den Sparverkehr handelnden Abschnitte schon gesagt worden. Rechnet man die Summe der Staatspapiere, die die Postsparkasse für ihre Sparer insgesamt gekauft hat, zusammen mit dem Betrage, den sie selbst für ihre Zwecke besitzt, so ergibt sich eine Gesamtsumme von 768,55 Millionen Kr. nominal, die sie seit ihrer Gründung dem Anleihenmarkte entzogen hat. Dem Umstande, dass die Postsparkasse die österreichischen Staatspapiere so popularisiert hat, ist es nicht zum wenigsten zuzuschreiben, dass der Kurs der einheitlichen Rente von 77 im Jahre 1883 bis Januar 1907 auf 99,35 % gestiegen ist.

Ihre öffentliche Anerkennung als Bank erhielt die Postsparkasse, als sie im Jahre 1897 zum ersten Male als Mitglied des Konsortiums Rothschild-Kreditanstalt-Bodenkreditanstalt an der Emission der $3\frac{1}{2}$ % Investitionsanleihe mit 500 Sammelstellen teilnahm¹⁾. Der Erfolg war so zufriedenstellend, dass sie 1901 zur Emission von 125 Millionen Kr. 4%iger Kronenrente wieder hinzugezogen wurde, diesmal mit allen Postämtern, den Steuerämtern und Landeskassen als Zeichnungsstellen. Die Postsparkasse hatte dazu an ihre Klienten Einladungen ergehen lassen, und der Erfolg war, dass fast die gesamte Anleihe bei ihren

1) *Joseph Zahner*, Seite 27.

Einlegern und kleinen Kapitalisten untergebracht wurde. Auch in den folgenden Jahren nahm sie an den Emissionen wieder teil. Ebenso wirkte die Postsparkasse 1902 und 1903 sehr erfolgreich an den Konversionen der Galizischen Karl Ludwigsbahnaktien bez. der einheitlichen Staatsschuld mit.

Die finanziellen Ergebnisse der Postsparkasse sind sehr günstige. Nach Rückerstattung eines Vorschusses in Höhe von 1.775.220,4 Kr., den sie von der Regierung zur Deckung der ersten Bedürfnisse erhalten hatte, hat sie bis Ende 1906 einen Reservefonds für den Sparverkehr in Höhe von 4.000.000 Kr., für den Scheckverkehr in Höhe von 16.260.326,64 Kr. aufgehäuft, und ausserdem die Summe von 41.281.661,75 Kr. als Gewinn an die Postverwaltung abgeführt. Diese Summen müssen um so mehr überraschen, als die Gebühren, die sie für ihre Dienste erhebt, sehr niedrige zu nennen sind. Sie erhebt: für jede Transaktion eine Grundgebühr von 4 Heller, ausserdem von jeder Lastschrift eine Provision von $\frac{1}{4}$ ‰ bis 6000 Kr.; bei Summen darüber hinaus beträgt die Provision $\frac{1}{8}$ ‰. Befreit von der Provision sind:

1. Die Lastschriften im Clearingverkehr,
2. Die mittels Postanweisung zur Versendung kommenden Beträge,
3. Die durch Ankauf von Staatspapieren zur Abschreibung gelangenden Beträge.

Ausserdem kosten die Erlagscheine das Stück 2 Heller, so dass sich die Kosten für eine Einzahlung auf 6 Heller stellen. Schecks kosten 6 Heller das Stück, von denen 4 Heller auf den Scheckstempel entfallen. Die Kosten einer Erhebung stellen sich somit auf 10 Heller zuzüglich einer etwaigen Provision.

Diese Gebühren müssen niedrig erscheinen, wenn man bedenkt, dass der Verkehr zwischen der Postsparkasse und ihren Klienten vollkommen portofrei ist und dass die vom Postsparkassenamt in Wien täglich zur Versendung gelangenden Kontoauszüge der gewöhnlichen Stempelabgabe von 10 Heller nicht unterliegen.

Die folgende Tabelle¹⁾ veranschaulicht die stete Steigerung

1) Aus den Tabellen des Rechenschaftsberichtes S. 76 f. zusammengestellt.

der Zahl der Transaktionen und der Höhe des Umsatzes, sowie des Guthabens der Sparer:

Jahr	Transaktionen	Umsatz Kr.	Nettoguthaben Kr.
1883	1 861	1 071 665	218 490
1884	269 406	174 973 450	10 254 259
1885	1 849 797	1 032 591 459	33 805 383
1886	3 604 464	1 890 590 967	57 167 161
1887	4 918 161	2 445 526 032	55 851 903
1888	5 519 924	2 576 213 652	55 941 488
1889	6 467 533	3 012 392 954	63 327 992
1890	7 650 690	3 518 282 057	68 021 549
1891	8 671 808	4 000 463 369	74 980 341
1892	9 809 268	4 475 420 839	85 309 056
1893	10 907 474	5 011 387 484	98 824 742
1894	12 283 893	5 461 904 547	105 749 551
1895	13 740 172	5 940 340 099	109 083 857
1896	15 273 000	6 620 105 040	128 309 090
1897	16 493 127	7 540 080 882	177 795 690
1898	18 216 870	8 804 973 837	203 135 246
1899	19 938 579	9 541 407 316	205 899 486
1900	21 721 223	10 412 930 373	219 139 315
1901	23 024 885	11 370 091 702	236 998 587
1902	20 818 939	12 437 800 748	257 854 564
1903	30 653 179	13 562 049 042	270 533 665
1904	34 174 908	14 860 884 843	258 766 028
1905	37 805 831	16 226 100 294	300 529 908
1906	41 312 681	18 372 580 415	388 030 030

Ungarn.

Ungarn folgte dem Beispiele Oesterreichs, indem es auch bei seiner Postsparkasse 1889 den Scheck- und Clearingverkehr einfuhrte, der im Jahre 1890 begann. In ihrer Organisation ist die ungarische Postsparkasse, was den Scheckverkehr anlangt, genau der osterreichischen nachgebildet, mit der Ausnahme, dass dem leitenden Direktor ein aus mehreren Mitgliedern bestehender Aufsichtsrat mit lediglich beratender Stimme beigegeben ist.

Die Stammeinlage betrug urspruinglich 200 Kr., dieselbe wurde am 1. August 1903 nach dem Beispiele Oesterreichs auf 100 Kr. herabgesetzt¹⁾, im Gegensatz zur osterreichischen Postsparkasse wurde aber dabei die Einschraenkung getroffen, dass die Stammeinlage fuer Personen, die ihr Konto reichlich umsetzen, erhoeht werden kann. Die Verzinsung der Guthaben betraegt 2 %.

Der technische Betrieb²⁾ bei den Einzahlungen und Auszahl-

1) La Caisse d'Épargne Postale de Hongrie et son Oeuvre 1886—1905. Publié par la Direction de la Caisse d'Épargne Postale de Hongrie, Budapest 1906, S. 25.

2) Zu ersehen aus: Der Check- und Clearingverkehr der Kön. Ung. Postsparkasse, dessen Benützung und Vorteile. (Amtlich). Budapest 1906.

lungen ist in all seinen Einzelheiten dem bei der österreichischen Postsparkasse genau nachgebildet, so dass es sich erübrigt, hier noch einmal darauf einzugehen.

Die Anlegung der Gelder erfolgt durch Ankauf von Staatspapieren und Pfandbriefen, sowie in kurzfristigen Einzahlungen bei den Banken.

Im Jahre 1891 schloss die ungarische Postsparkasse, um das System der geldlosen Ausgleichung weiter auszubreiten, ein dahin gehendes Abkommen mit der Oesterreichisch-ungarischen Bank und 1896 mit der österreichischen Postsparkasse. Zu demselben Zwecke trat sie 1902 dem Budapester Saldierungsverein bei. Mit den Banken anderer Staaten hat die ungarische Postsparkasse, wie es die österreichische getan, keine Abkommen getroffen.

Infolge des Gesetzes vom Jahre 1901 vermittelt die ungarische Postsparkasse den Verkehr zwischen den Arbeiterkrankenkassen, die zu diesem Zweck an den Scheckverkehr angeschlossen sind, und ihren Klienten, indem durch sie die Beiträge eingezahlt und die Krankengelder ausgezahlt werden können. In derselben Weise handhabt sie seit 1902 den Dienst zwischen der 1900 gegründeten nationalen Invaliditäts- und Renten-Versicherungskasse für ländliche Arbeiter und ihren Klienten.

Auf mehrere Eingaben bei dem Handels- und bei dem Finanzminister gelang es der Postsparkasse, auch die staatlichen Kassen in grösserem Massstabe ihrem Scheckverkehr anzugliedern. So traten im Juni 1900 die Staatsbahnen¹⁾ mit ihren Kassen bei, 1901 die Militärkassen, für die die Postsparkasse seit 1905 auch die Pensionen an ausgediente Militärs zahlt, 1904 die dem Ministerium des Innern untergeordneten Kassen, und vom 1. Oktober desselben Jahres ab sind auch die Zoll- und Steuerämter dem Scheckverkehr angeschlossen. 1905 folgten endlich die staatlichen Kassen von Kroatien und Slavonien.

Dass die ungarische Postsparkasse nicht die Bedeutung hat erringen können, wie die österreichische, liegt daran, dass ihr die Oesterreichisch-ungarische Bank in einer weiteren Ausgestaltung des Giroverkehrs zugekommen war. So hat sie nur ungefähr den fünften Teil der Scheckkontoinhaber, die die österreichische Postsparkasse hat, nämlich 14928 Ende 1906. In den ersten Jahren

1) La Caisse d'Épargne Postale de Hongrie et son Oeuvre, Seite 23.

war der jährliche Zuwachs gleichmässig, erst die letzten 6 Jahre brachten infolge der Herabsetzung der Stammeinlage ein schnelleres Anwachsen. Von den 14928 Kontoinhabern wohnten in Ungarn 66,8%, Oesterreich 31,1% und anderen Ländern 2,1%. Nach ihren Berufen verteilen sich die Einleger wie folgt¹⁾:

Kaufleute	39,5 0/0	Finanzinstitute	11,6 0/0
Industrielle	25,6 »	Verschiedene	23,3 »

Auch bei der ungarischen Postsparkasse zeigt sich, dass die kleineren Geschäftsleute keineswegs überwiegen.

Die Zahl der Einzahlungen betrug Ende 1890 373964 im Betrage von 126 093 831.35 Kr., dieselbe ist Ende 1906 auf 9 345 573 im Betrage von 2 671 296 047.54 Kr. gestiegen. Von diesem Betrage entfielen auf

Einzahlungszettel	61,29 0/0
Postanweisungen	0,86 »
Coupons	0,01 »
Verkauf von Staatspapieren	0,01 »
Gutschriften im Clearing	36,45 »
Ueberweisungen der österreichischen Postsparkasse	1,38 »

Die Zahl der Rückzahlungen belief sich 1890 auf 51372 im Betrage von 122 308 252.82 Kr., dieselbe stieg 1906 auf 1 624 590 im Betrage von 2 666 196 826.87 Kr. Von diesem Betrage entfielen auf

Kassaschecks	31,42 0/0
Zahlungsanweisungen	14,69 »
Postanweisungen	0,47 »
Ankauf von Staatspapieren	0,02 »
Lastschriften im Clearing	36,52 »
Ueberweisungen an die Oesterreichisch-ungar. Bank	10,79 »
Ueberweisungen an die österreichische Postsparkasse	6,09 »

Der Gesamtumsatz belief sich 1906 auf 5 337 070 427.50 Kr. bei 10 970 163 Transaktionen. Das Ende 1906 mit 69 292 106.29 Kr. ausgewiesene Guthaben der Kontoinhaber wurde im Verlaufe des Jahres 77mal umgesetzt.

An dem Clearingverkehr nahmen von 14 928 Einlegern 11 049 = 74,02% teil. In den Jahren vor 1906 wurden von dem Umsatz 25—30% im Clearingwege beglichen, 1906 stieg der Prozentsatz auf 36,48%.

Die staatswirtschaftliche Tätigkeit der ungarischen Postsparkasse bewegt sich nach denselben Richtungen wie die der öster-

1) Extrait du Rapport sur la gestion de la Caisse d'Épargne Postale de Hongrie, Exercice de 1906, publié par la direction Budapest 1907, Seite 14. Diesem Berichte sind auch die folgenden Angaben entnommen.

reichlichem. Was die Anlegung der Bestände anlangt, so sind von den 1479 1479 82 Kr. Guthaben der Einleger im Spar- und Scheckverkehr 111439000 Kr. in Staatswerten angelegt. Für die Einleger gehalten waren bis Ende 1909 von denselben Werten 38616052 Kr., so dass sich der Gesamtbetrag, der von der ungarischen Postsparkasse dem Anleihenmarkte entzogenen Werte auf 150046052 Kr. stellt.

Bei der im Jahre 1902 erfolgten ungarischen Rentenkonversion trat die Postsparkasse zum ersten Male sehr erfolgreich als Mitglied des Finanzkonsortiums auf.

Die ungarische Postsparkasse hat mit Ausnahme der ersten Jahre stets mit Ueberschüssen gearbeitet. Nachdem sie der Regierung die ersten Vorschüsse zurückerstattet hatte, ging sie an die Aufführung eines Reservefonds, dessen Höchstgrenze 1899 auf 6 Mill. Kr. festgesetzt wurde. Nachdem diese Grenze 1903 erreicht ist, werden die Ueberschüsse, deren letzter sich auf 1857 326.98 Kr. (1906) stellte, an den Fiskus abgeführt. Die Gebühren, die die Postsparkasse erhebt, sind dieselben wie bei der österreichischen Postsparkasse, mit der einen Ausnahme, dass der Preis eines Schecks sich nur auf 4 Heller stellt gegen 6 Heller bei der letzteren.

Das stetige Anwachsen in der Zahl der Transaktionen, der Höhe der Umsätze und Nettoeinzahlen veranschaulicht die folgende Tabelle 1):

Jahr	Transaktionen	Umsatz Kr.	Nettoeinzahlen Kr.
1890	425 339	248 492 084	3 785 579
1891	911 670	544 200 335	6 644 503
1892	1 208 552	7 0 072 310	9 810 855
1893	1 682 191	98 340 043	11 181 033
1894	2 099 029	1 124 189 035	13 502 601
1895	2 428 218	1 363 087 405	14 530 435
1896	2 632 010	1 512 593 680	18 861 743
1897	3 320 489	1 828 500 805	21 370 004
1898	3 879 189	2 117 008 232	23 427 125
1899	4 694 658	2 278 371 092	25 288 273
1900	4 981 888	2 855 708 186	33 552 071
1901	5 598 893	2 880 570 656	36 0 670
1902	6 300 417	3 211 418 036	42 428 044
1903	7 300 843	3 680 120 391	48 100 392
1904	8 400 024	4 230 551 015	52 874 455
1905	9 702 753	4 695 501 700	64 192 886
1906	10 970 103	5 337 492 874	69 292 106

1) Extra etc., Seite 14.

Schweiz¹⁾.

In der Schweiz hatten schon vor Jahrzehnten das zersplitterte Notenbankwesen und die rückständige Zahltechnik, die eben wegen dieser Zersplitterung nur schwer zu verbessern war, dazu geführt, dass ein verhältnismässig grosser Teil des Bargeldes ins Ausland abfloss, das die Notenbanken nur unter grossen Kosten wieder einführen konnten. Die Rufe nach Reformen wurden darum immer lauter. Im Jahre 1886, als an eine Centralisation des Notenbankwesens noch nicht zu denken war, befürwortete der Züricher Nationalökonom Julius Wolf die Errichtung einer nationalen Girostelle. Aber seine Vorschläge blieben unbeachtet; erst im Anfang des neuen Jahrhunderts, als die Reformen immer dringender wurden, wurde das Notenbankwesen zentralisiert und die Zahltechnik durch die Errichtung eines Postscheck- und Giroverkehrs erheblich verbessert.

Als sich in Deutschland Bestrebungen für einen Scheckverkehr bei der Post geltend machten, brachte 1900 der Abgeordnete *Köchlin* in der Bundesversammlung einen Antrag auf Einführung desselben in der Schweiz ein, der von der Versammlung für erheblich erklärt wurde. Beamte des Post- und Finanzdepartements wurden darauf nach Wien und Berlin geschickt, um die dortigen Verhältnisse zu studieren und Bericht darüber zu erstatten. Diese Berichte bildeten dann die Grundlage zu dem Entwurfe vom 2. April 1904, den das Post- und Finanzdepartement einbrachte. Derselbe wurde nach einigen Abänderungen am 19. Dezember 1904 vom Nationalrat und am 6. Juni 1905 vom Ständerat angenommen. Am 12. Juli 1905 wurde er dann zum Gesetz erhoben mit der Bestimmung, dass die neue Einrichtung am 1. Januar 1906 in Kraft treten sollte. Dieses Gesetz²⁾, das nur ganz allgemein die Einführung dieses neuen Dienstzweiges bei der Post beschloss, wurde durch eine Verordnung des Bundesrats vom 3. Nov. 1905 ergänzt, in der die Organisation festgelegt wurde.

Das Zentralamt des schweizerischen Postscheckdienstes, das »Inspektorat des Postscheck- und Giroverkehrs«, hat seinen Sitz

1) Vergl. hierüber auch: *Georges Gariel*, Les chèques et virements postaux en Suisse, in der *Revue Économique internationale*, 4. Jahrgang, Band IV, Nr. 1. Brüssel 1907, Seite 80 ff.

2) Bundesgesetz, bundesrätliche Verordnung und Instruktion betreffend den Postscheck- und Giroverkehr, Bern 1905.

in Bern und steht unter der Aufsicht der dortigen Oberpostdirektion. Es hat jedoch nur die Aufgabe, die allgemeinen Dienstvorschriften zu erlassen, die Hauptbücher zu führen, auf Grund der monatlich eingesandten Contokarten die Zinsen zu berechnen und die Teilnehmerliste herauszugeben. Im übrigen ist die Verwaltung, besonders was die Kontenführung anlangt, decentralisiert. Es bestehen 11 Hauptämter¹⁾, sogenannte Postscheckbureaus, und zwar in: Genf, Lausanne, Bern, Neuenburg, Basel, Aarau, Luzern, Zürich, St. Gallen, Chur und Bellinzona. Gewöhnlich wird das Konto eines Teilnehmers an dem Orte geführt, in dessen Bezirk er wohnt. Auf Wunsch kann jedoch dasselbe auch bei einem anderen Bureau geführt werden, besonders wenn es sich um mehrere Niederlassungen einer Firma handelt.

Die Stammeinlage, die unberührt bleiben muss, beträgt 100 Frs., die Verzinsung der Guthaben bis 100 000 Frs. 1,8%, während Beträge darüber hinaus nicht verzinst werden.

Die Arten der Kontoeingänge sind dieselben wie bei der österreichischen Postsparkasse. Zu Einzahlungen in bar, die von jedermann auf das Konto eines Teilnehmers bewerkstelligt werden können, sind kostenlos erhältliche Einzahlungszettel zu benutzen, die im wesentlichen den österreichischen entsprechen²⁾. Ursprünglich sandte das Scheckbureau die daran befindlichen Abschnitte, die zur Benachrichtigung des Teilnehmers dienen, nur zweimal monatlich an diesen. Da sich jedoch hierdurch in der Geschäftswelt mancherlei Unzuträglichkeiten herausstellten, wurde durch Verordnung vom 9. Februar 1906 verfügt, dass die Zustellung täglich zu erfolgen habe. Die Einzahler können übrigens diese Abschnitte zu Mitteilungen an den Kontoinhaber benutzen, ohne dafür Porto entrichten zu müssen. Die Höhe der Kontoeingänge ist mit Ausnahme der Einzahlungen in bar, die den Betrag von 10 000 Frs. nicht überschreiten dürfen, unbegrenzt.

Die Kontoausgänge erfolgen durch Schecks von einmonatlicher Umlaufsfrist, die das bezogene Scheckbureau begleicht. Die Begleichungsarten sind dieselben wie bei der österreichischen Postsparkasse. Barauszahlungen, die nur an den Schaltern eines Scheckbureaus erfolgen können, dürfen den Betrag von 10 000 Frs. pro Person täglich nicht überschreiten. Eine neue Verwendungs-

1) Postcheck- und Giroverkehr, Anleitung für die Rechnungsinhaber, 3. Auflage. (Amtlich.) Bern 1901, Seite 1.

2) Ich konnte das aus den mir übermittelten Formularen ersehen.

art von Schecks ist durch Verfügung vom 16. Januar 1906 zugelassen; danach kann jeder Teilnehmer den Briefträgern oder Postbeamten einen Scheck in Zahlung geben beim Ankauf von grösseren Posten von Wertzeichen, bei der Einlösung von Nachnahmen und Einzugsmandaten sowie bei der Bezahlung hoher Portobeträge. Eine Neuerung wurde durch die Verfügung vom 27. Februar 1906¹⁾ eingeführt, nach der jeder Teilnehmer die zur Begleichung eines Schecks dienenden Zahlungsanweisungen anstatt des Scheckbureaus selbst schreiben und zu schriftlichen Mitteilungen an den Zahlungsempfänger benutzen kann.

Die Benachrichtigungen der Teilnehmer von seiten des Scheckbureaus über die durch Lastschrift bewirkten Veränderungen des Kontos erfolgen kostenlos nur zweimal monatlich. Auf Wunsch können dieselben aber öfters erfolgen, und zwar betragen die Gebühren dafür 50 ct. für wöchentliche Zustellung.

Der Clearingverkehr ist derselbe wie bei der österreichischen Postsparkasse, nur verursacht er mehr Arbeit und einen Tag Verzögerung, wenn die Buchung desselben Schecks (Gutschrift und Lastschrift) bei zwei verschiedenen Scheckbureaus erfolgen muss.

Das Inspektorat für den Postscheck- und Giroverkehr in Bern bekommt täglich von den Scheckbureaus die Nachweisungen über die Tagesumsätze²⁾. Mit den Monatsabschlüssen, auf Grund deren es die jährlichen Bilanzen aufstellt, erhält es auch die Konten aller Sparer, die auf Karten geführt und monatlich neu aufgemacht werden, damit es für den verlaufenen Monat die Zinsen berechnet.

Für die Anlage der Gelder ist vorgeschrieben, dass $\frac{1}{3}$ in schweizerischen Staatspapieren (Bund, Bundesbahnen, Kantone, Gemeinden) angelegt, $\frac{2}{3}$ bei den Banken eingezahlt werden sollen.

Die Post sollte dem Gesetz nach ihre Gebühren so bemessen, dass sie gerade ihre Verwaltungskosten damit decken konnte. Dieselben waren ursprünglich sehr hoch. Bei Einzahlungen wurden 15 ct. für je 100 Frs. (ungefähr $\frac{1}{2000}$) erhoben, bei Auszahlungen

a) am Schalter der Scheckbureaus 5 ct. für 100 Frs. bis zum Betrage vom Frs. 5000, darüber hinaus 5 ct für je 200 Frs.

b) bei dem Clearing 10 ct. für je 1000 Frs.

1) Schweizerische Postverwaltung, Verfügungen, Nr. 26 vom 27. Februar 1906.

2) Ersichtlich aus der Instruktion für die Poststellen betreffend den Postscheck- und Giroverkehr vom 8. November 1905. (Amtlich.)

c) bei Anweisungen die Gebühren unter a plus 5 ct. Bestellgeld.

Auf die günstigen Ergebnisse des ersten Geschäftsquartals hin wurden die Gebühren für Auszahlungen vom 1. Mai 1906 ab ermässigt und wie folgt bestimmt

a) bei Rückzahlungen am Schalter 5 ct. für je 400 Frs.

b) bei dem Clearing eine Manipulationsgebühr von 10 ct.

c) bei Anweisungen die Gebühren unter a plus 5 ct Bestellgeld.

Im Gegensatz zur österreichischen Postsparkasse unterlagen alle Korrespondenzen zwischen den Postscheckbureaus und ihren Klienten antänglich der Portopflicht. Auf die leidenschaftliche Bekämpfung, die diese Massregel von seiten der Presse erfuhr, ist vom 1. Januar 1907 ab die Portopflicht aufgehoben, da die Post nach den Ergebnissen des ersten Jahres dazu auch in der Lage war.

Im ersten Geschäftsjahr¹⁾ (1906) waren den Postscheckbureaus 3190 Mitglieder beigetreten, während man höchstens auf 2500 gerechnet hatte. Ueber die Befehle der Einleger sagt der Jahresbericht leider nichts.

Die Zahl der Kontoeingänge während des ersten Jahres betrug 1302773 im Betrage von 228866489.90 Frs., davon entfielen auf:

Einzelungen und Einkassierungen	80,10 %
Gutschriften im Clearing	19,90 „

Die Zahl der Kontoausgänge betrug 359772 im Betrage von 222165272.60 Frs., davon entfielen auf:

Kassaschecks	47,66 %
Zahlungsbewisungen	31,87 „
Listenschriften im Clearing	20,47 „

Die Zahl der Transaktionen betrug demnach 1662545, der Gesamtumsatz 41031762.50 Frs., d. h. das Ende 1906 mit 650704803 Frs. ausgewiesene Guthaben der Teilnehmer wurde im Verlauf des Jahres 69 mal umgesetzt.

Von dem Gesamtumsatz wurden 91063824.78 Frs. im Clearingwege ausgeglichen, das sind 20,19%. Dieser Prozentsatz er-

1) Die folgenden Angaben sind entnommen dem Auszug aus dem Bericht der schweizerischen Postverwaltung über ihre Geschäftsführung im Jahre 1906. Postscheck- und Giro-Ges. Bern 1907.

scheint im Verhältnis zu dem österreichischen niedrig, aber man muss bedenken, dass Oesterreich 20 Jahre gebraucht hat, bis sich der Clearingverkehr von 22% auf 44,8% des Umsatzes gehoben hat.

Von den 6 507 048.03 Frs. Guthaben der Einleger wurden 2 100 000 Frs. in Staatspapieren angelegt, im Kontokorrent bei Banken 3 650 000 Frs. Die Banken waren so ausgewählt, dass jedes Scheckbureau im Notfalle auf eine am Platze befindliche zurückgreifen konnte. Der Rest von 757 048.03 Frs. war Kassenbestand. In Prozenten ausgedrückt ergibt die Veranlagung folgendes Bild:

	Betrag in Frs.	in %
Guthaben der Einleger	6 507 048,03	100
Wertpapiere	2 100 000,—	32,27
Bankguthaben	3 650 000,—	56,09
Kasse	757 048,03	11,64

Die Liquidität ist also sehr günstig.

Sierra Leone.

Bei der Postsparkasse dieser kleinen englischen Kolonie wurde durch eine Verfügung vom 17. Mai 1907 vom 15. Juli 1907¹⁾ ab der Postscheckverkehr eingeführt. Jeder Sparer kann fortan mittels Scheck zu Gunsten eines anderen über sein gewöhnliches Sparguthaben verfügen. Das Verfahren ist vorläufig noch insofern ein sehr umständliches, als jedesmal bei Aussteilung eines Schecks das Sparbuch mitgebracht werden muss. Zahlenmäßiges liegt über diesen Scheckverkehr noch nicht vor.

b) Vergleich der Postscheck- und Giroeinrichtungen Oesterreichs, Ungarns und der Schweiz.

Vergleicht man die Postscheck- und -Giroeinrichtungen Oesterreichs, Ungarns und der Schweiz, so ergeben sich, abgesehen von der Höhe der Gebühren und der Organisation, keine wesentlichen Unterschiede. Die österreichische Postsparkasse ist von vornherein so vollkommen angelegt, dass sie nicht leicht übertroffen werden konnte; die anderen sind ihr nur nachgebildet.

Die folgende Tabelle vergleicht kurz die Hauptziffern für alle drei Länder (1906):

¹⁾ Post Office Savings Bank Notice, Withdrawal of Deposits by means of Cheque, Freetown 1907.

Länder	Zahl der Teilnehmer	Umsatz in Tausend Mark	Guthaben pro Einleger M.	in %	Das Guthaben ist umgesetzt	in %	Vom Umsatz wurden abgecleart %
Oesterreich	73 313	15 616 693	4499	271	48 mal	100	44,80
Ungarn	14 928	4 536 509	3946	232	77 »	160	36,48
Schweiz	3 190	366 463	1657	100	69 »	143	20,19

Dass die österreichische Postsparkasse bei weitem die meisten Teilnehmer hat, beruht darauf, dass sie zuerst gegründet und bei der Bevölkerung weit mehr bekannt ist als die der anderen Länder. Für die ungarische Postsparkasse lagen die Verhältnisse bei der Gründung insofern ungünstiger, als die Oesterreichisch-ungarische Bank kurz vorher ihren Giroverkehr in Ungarn weiter ausgebreitet hatte. Dieselben Gründe sprechen auch dafür, dass sich Oesterreich hinsichtlich des Prozentverhältnisses, in dem die im Clearingverkehr beglichenen Summen zum Gesamtumsatz stehen, obenan befindet. Hinzu kommt, dass die Möglichkeit, Zahlungen im Buchungswege zu leisten, mit der Höhe der Teilnehmerzahl wächst. Hinsichtlich der Intensität des Umsatzes steht Oesterreich dagegen untenan. Das ist einesteils darauf zurückzuführen, dass die österreichische Postsparkasse mehr als die anderen als Kassenhalterin benutzt wird und darum das Durchschnittsguthaben eines Einlegers bei ihr höher ist wie bei den anderen, andernteils darauf, dass ihre Klienten an kaufmännischen Fähigkeiten denen der anderen, besonders der ungarischen Postsparkasse, nachstehen ¹⁾.

Die Verschiedenheiten der Gebühren veranschaulicht folgende Tabelle ²⁾:

Länder	Bei Einzahlungen von				
	100 Kr.	500 Kr.	1000 Kr.	5000 Kr.	10 000 Kr.
Oesterreich	6 h	6 h	6 h	6 h	6 h
Ungarn	6 »	6 »	6 »	6 »	6 »
Schweiz	5 ct	25 ct	50 ct	2,50 Frs.	5 Frs.

Länder	Bei Auszahlungen durch Postanweisungen				
	100 Kr.	500 Kr.	1000 Kr.	5000 Kr.	10 000 Kr.
Oesterreich	15 h	23 h	35 h	1,35 Kr.	1,35 Kr.
Ungarn	13 »	21 »	33 »	1,33 »	1,33 »
Schweiz	10 ct	15 ct	20 ct	70 ct	1,30 Frs.

1) Es zeugt von grosser kaufmännischer Begabung, wenn ein Bankguthaben möglichst oft umgesetzt wird.

2) Ich habe hier, um die Tabelle zu vereinfachen, 100 Kr. = 100 Frs. angenommen.

Länder	Bei Barauszahlungen von				
	100 Kr.	500 Kr.	1000 Kr.	5000 Kr.	10 000 Kr.
Oesterreich	15 h	23 h	35 h	1,35 Kr.	1,35 Kr.
Ungarn	13 »	21 »	33 »	1,33 »	1,33 »
Schweiz	5 ct	10 ct	15 ct	65 ct	1,25 Frs.

Länder	Bei Lastschriften im Clearing				
	100 Kr.	500 Kr.	1000 Kr.	5000 Kr.	10 000 Kr.
Oesterreich	10 h	10 h	10 h	10 h	10 h
Ungarn	8 »	8 »	8 »	8 »	8 »
Schweiz	10 ct	10 ct	10 ct	10 ct	10 ct

Es fällt zunächst auf, dass alle drei Postverwaltungen für die Lastschriften im Clearingverkehr sehr niedrige Gebühren angesetzt haben; sie verfolgen damit den Zweck, diese Form von Verfügungen über das Scheckguthaben am meisten zu fördern. Was die anderen Formen der Kontoausgänge anlangt, so sind die Gebühren, die die Schweiz erhebt, am niedrigsten, bei Einzahlungen am höchsten. Gerade für Einzahlungen so hohe Gebühren zu erheben, wie es die Schweiz tut, ist entschieden ein Fehler, denn dadurch wird der Kreis der Leute, die sich der Postsparkasse bedienen, immer nur auf die Teilnehmer selbst beschränkt bleiben; denn um Summen von 5000—10000 Frs. zu begleichen, gibt es billigere Wege wie der mit Hülfe des Postscheck- und Giroverkehrs. Berücksichtigt man ausserdem, dass die Schweiz auf Einlagen 0,02% weniger Zinsen gibt wie die anderen Länder, und dass sie für tägliche Zusendung von Kontoauszügen eine besondere Gebühr beansprucht, so muss man sagen, dass sie vorläufig noch die höchsten Gebühren erhebt.

Der Hauptunterschied, der sich zwischen den einzelnen Postscheckeinrichtungen der drei Länder ergibt, liegt in der Organisation. In Oesterreich (die ungarische Postsparkasse können wir hierbei aus der Betrachtung ausscheiden, da sie in diesem Punkte der österreichischen gleicht) laufen alle Fäden in der Stadt Wien zusammen, in der Schweiz dagegen in 11 Zentralämtern, die über das ganze Land verteilt sind. Die Vorzüge, die das schweizerische System hat, liegen in der grossen Bequemlichkeit für den Kunden. Will der Kontoinhaber z. B. Geld erheben, so kann er es bei den geringen Entfernungen bis zum nächsten Scheckbureau meist schon innerhalb eines halben Tages, höchstens innerhalb eines Tages in Händen haben. Dagegen trifft dies in Oesterreich nur für die Kunden zu, die im nächsten Umkreise von Wien wohnen, während die Dauer der Zustellung sich vergrössert, je weiter die Kontoinhaber von der Hauptstadt abwohnen. Die längere

Dauer der Zustellung ist geeignet, Leute, die weitab von der Hauptstadt wohnen, von der Postsparkasse fernzuhalten. Die Verhältnisse liegen in Oesterreich¹⁾ Ende 1906 tatsächlich so, dass von den 73 313 Kontoinhabern in der nächsten Nähe Wiens, in Niederösterreich, 261 8 wohnen, es folgten dann Böhmen mit 19 327, Mähren mit 6 559, und Steiermark mit 3 411 Teilnehmern, während die Zahl der Konten abnimmt, je weiter die betreffenden Länder von Wien alligen. So kamen auf Galizien nur 3049, auf Istrien 1575 und auf die Bukowina 259 Kontoinhaber.

Die grossen Vorzüge, die dagegen das österreichische System hat, liegen erstens in denen der Zentralisation überhaupt: der Betrieb ist billiger, die Kontrolle einfacher, und die Situation der ganzen Anstalt ist übersichtlicher; zweitens in der Vereinfachung, die der Clearingverkehr erfährt. Es ist klar, dass die Clearingbuchungen einfacher sind, wenn sie bei ein und demselben Amt erfolgen. Die Schnelligkeit, der Vorzug des schweizerischen Postscheckwesens, ist übrigens im Clearingverkehr bei der österreichischen Postsparkasse grösser, da sie einen Scheck zur zweiten Buchung nicht erst an ein anderes Amt zu senden braucht, wie dieses in der Schweiz häufig vorkommt.

Man muss erst abwarten, wie das schweizerische Postscheckwesen sich weiter entwickelt, ob nicht etwa der Clearingverkehr, auf den es ja hauptsächlich ankommt, durch die Dezentralisation leidet, um dann entscheiden zu können, welchem System der Vorzug zu geben ist.

c) Die Bedeutung des Postscheck- und Clearingverkehrs.

Die Bedeutung des Postscheck- und Clearingverkehrs muss man von zwei Standpunkten aus betrachten: vom Standpunkt der Einzelwirtschaft und vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft sowie des Staates.

Betrachten wir zunächst die Einzelwirtschaft und ihr Verhältnis zur Postsparkasse. Wir kommen dabei am besten zum Ziele, wenn wir einzelne Wirtschaftsgruppen aus der Volkswirtschaft herausgreifen und uns die Bedeutung klar machen, die die Postsparkasse für sie hat.

Da kommt zunächst die Reihe all der kleinen Geschäftsleute, Landwirte, Handwerker u. s. w. in Betracht, die ihren Gläubigern

¹⁾ 23. Rechenschaftsbericht des k. k. Postsparkassenamtes für das Jahr 1906. Wien 1907, Seite 30.

häufig Zahlungen zu leisten haben und gezwungen sind, stets kleine Kassenbestände zu halten. Aus Unkenntnis oder Abneigung, aus Bequemlichkeit oder Scheu vor Provisionen vermeiden sie es, mit einer Bank in Verbindung zu treten. Vielfach ist dieses auch zu unbequem, besonders für all die Leute, die in kleinen Orten leben, wo es keine Banken gibt. Oder die Banken lieben es nicht, solche Leute als Kunden zu haben, die nicht viel zu verdienen geben und doch viel Arbeit verursachen. Für all diese Leute ist die Postsparkasse das einzige Bankinstitut, das überall, an den kleinsten Orten vorhanden ist, das ihnen billig und schnell ihre kleinen Zahlungen vermittelt und ihnen dabei die Gefahren abnimmt, denen ihre bisherige Zahlweise mitunter ausgesetzt war, das ihnen ihre kleinen Kassenbestände verzinst und sicher aufbewahrt. Die geringe Stammeinlage sichert jedem, selbst dem kleinsten Geschäftsmann, den Zutritt.

Dann kommen aber auch die Leute in Betracht, die eine Bankverbindung bereits haben. Der Verkehr zwischen Bank und Geschäftsmann wird durch die Postsparkasse ganz anders gestaltet. Manchem Kunden, besonders dem auf dem Lande wohnenden, war es früher vielfach nicht anders möglich, seiner Bank eine Anschaffung zu machen, als durch Wertbriefe oder direkte Versendung von gemünztem Gelde. Jetzt geht er einfach zum nächsten Postamt und zahlt das Geld auf das Konto seiner Bank ein. Da ist ferner ein Kunde, ein Aengstlicher, der seine Kassenbestände nicht gern unverzinslich lässt, aber der seinem Bankier nicht über den Weg traut. Für ihn ist die Postsparkasse die sicherste Bank, denn der Staat haftet für die Sicherheit der Gelder. Da ist ein anderer, dem seine Bank zu teuer ist, er geht zur Postsparkasse, die seine Zahlungen billig vermittelt; und wieder ein anderer, dessen Bank den Zahldienst zu langsam ausübt; auch er geht zur Postsparkasse, hat sie doch vor allen anderen Banken das voraus, dass sie zugleich im Besitz der schnellsten Verkehrsmittel ist.

Endlich kommen die Banken selbst. Tut ihnen auch die Postsparkasse mancherlei Abbruch, indem sie ihnen wegen der eben geschilderten Vorzüge viele Kunden direkt entzieht und von den ihnen verbleibenden einen grossen Teil des Zahlungsverkehrs an sich zieht, so kann sie ihnen doch den Hauptstamm ihrer Kunden nicht nehmen, denn die Tätigkeit einer Bank besteht nicht allein im Kreditnehmen, sondern hauptsächlich im Kreditgeben, und hierbei versagt die Postsparkasse. Die Nach-

teile, die die Banken durch die letztere haben, werden aber mehr als aufgewogen durch die Vorteile, die sie ihnen bietet. Zunächst hat die Postsparkasse die Fähigkeit der Banken, für ihre Kunden Zahlungen zu vermitteln, sehr gesteigert. War es früher dem Bankier nur unter Aufwand grosser Kosten und durch Vermittlung mehrerer Zwischenmänner möglich, Zahlungen nach kleineren Orten zu leiten, — waren die Banken, um mit *Rauchberg* zu reden, gleichsam ohne Hinterland¹⁾, — so kann er jetzt mit Hilfe der Postsparkasse, unter geringen Kosten, in schnellster Zeit, Ueberweisungen in jedes kleine Dorf besorgen. Dann führt die Postsparkasse den Banken, wenn auch indirekt, viel neue Kunden zu. Viele Leute, die ihrem Geschäftsumfang nach sehr wohl eine Bankverbindung haben könnten, werden durch die Postsparkasse mit den Vorteilen einer solchen überhaupt erst bekannt gemacht; vor allen Dingen erzieht die Postsparkasse die Bevölkerung für den Scheckverkehr. Die Zahl der auf diese Weise den Banken neu zugeführten Kunden ist keineswegs gering zu veranschlagen. Und die österreichischen Banken sehen denn auch in der Postsparkasse nicht die unbequeme Konkurrentin, sondern betrachten sie als eine Anstalt, von der sie selbst die grössten Vorteile haben.

Manche Vorgänge im Wirtschaftsleben können durch die Postsparkasse vereinfacht und umgestaltet werden. So kann ein Geschäftsmann durch einfaches Beilegen eines Einzahlungszettels dem Kunden einen freundlichen Wink geben, die zugesandte Rechnung bald zu bezahlen. Das lange Kreditieren kann unter Umständen hierdurch wesentlich eingeschränkt werden.

Geschäftsreisende, die mit dem Inkasso betraut sind, können jeden Abend die einkassierten Beträge bei dem nächsten Postamt einzahlen und ihrer Firma gutschreiben lassen.

Vereine, deren Mitglieder weit über das Land verstreut wohnen, können die Jahresbeiträge auf einfache Weise durch die Postsparkasse einkassieren.

Versicherungsanstalten lassen bei ihr die Prämien einzahlen und vermeiden auf die Weise die teuren Zahlstellen. Ebenso können Zeitungen mit ihren Abonnementsgeldern und Insertionsgebühren verfahren.

Hypothekenschuldner zahlen ihre Zinsen bei der Postsparkasse

¹⁾ *Rauchberg*, Der Clearing- und Giroverkehr in Oesterreich-Ungarn und dem Auslande. Wien 1897.

auf das Konto des Gläubigers ein oder begleichen sie durch Postscheck. Das ganze Zahlungswesen im Hypothekenverkehr, ein leidiges Kapitel aus der deutschen Volkswirtschaft, kann durch die Postsparkasse vollständig umgestaltet werden.

Krankenkassen und Berufsgenossenschaften lassen ihren gesamten Gelddienst am besten durch die Postsparkasse vermitteln.

Die Steuerzahler bezahlen ihre Steuern, die Kaufleute die Zölle durch einfachen Postscheck, oder sie zahlen die Summen beim nächsten Postamte ein.

Die Privatsparkassen endlich können durch eine Postscheckrechnung, wenn auch in beschränktem Sinne, jedes Postamt zu ihrer Filiale machen, die Einzahlungen annimmt und Rückzahlungen auf Grund einer einfachen Zahlungsanweisung leistet.

Kurz zusammengefasst beruhen die Vorzüge der Postsparkasse für die Einzelwirtschaft auf folgendem:

- 1) sie ist überall vorhanden und bequem zugänglich,
- 2) sie ist sicher,
- 3) sie ist schnell in der Ausführung von Aufträgen,
- 4) sie ist billig.

Den letzteren Punkt mag die folgende Tabelle noch kurz beleuchten, die die Kosten einer Postanweisung und die Kosten der Ueberweisungen im Scheckverkehr für die Schweiz mit einander vergleicht:

Betrag	Post- anweisung	Lastschrift im Clearingverk.	Auszahlung am Schalter	Anweisung auf ein Postamt
Frs.	Frs.	Frs.	Frs.	Frs.
100	—,20	—,10	—,05	—,10
500	—,60	—,10	—,10	—,15
1 000	1,10	—,10	—,15	—,20
5 000	5,40	—,10	—,65	—,70
10 000	11,—	—,10	1,25	1,30

Um auch die Billigkeit der Postsparkasse im Verkehr mit dem Auslande darzutun, sei kurz erwähnt, dass eine Postanweisung von Oesterreich nach Deutschland im Betrage von 200 M. zum festen Umrechnungskurse von 117.80 = 235.60 Kr., plus 1 Kr. Porto, also 236.60 Kr. kostet. Dagegen stellt sich eine Ueberweisung der Postsparkasse durch die Deutsche Bank in Berlin auf 234.81 Kr. (M. 200.— zum mittleren Jahresdevisenkurse von 117.30 umgerechnet ¹⁾ = Kr. 234.60 plus 21 Heller Gebühren).

Von wesentlicher Bedeutung ist der Postscheck- und Giroverkehr sodann für die Volkswirtschaft.

1) Die Umrechnung bei der Postsparkasse geschieht zum täglichen Börsenkurse.

Er führt dem Geldmarkt neue Mittel zu und ist dadurch in hohem Masse geeignet, die Banknotenemission einzuschränken sowie die Gefahr von Geldteuerungen in Zeiten hochgehender Konjunktur wesentlich abzuschwächen. Er erreicht dieses auf zweierlei Weise.

Einmal, indem er alle die Kassenüberschüsse der kleineren Geschäftswelt, die bisher brach lagen, ans Tageslicht zieht und sie nützlicher Verwendung zuführt, sodann, indem er die Zahltechnik verbessert, d. h. die alten unwirtschaftlichen Zahlungsformen, bei denen viel Bargeld gebraucht wird, zurückdrängt, und bessere an ihre Stelle setzt, bei denen der Gebrauch von barem Gelde eingeschränkt oder ganz unnötig gemacht wird. So wird durch den Postscheck- und Giroverkehr der Gebrauch von Postanweisungen, die in der Regel einen zweimaligen Bargeldumsatz erfordern, sowie der Gebrauch von Geldbriefen, Banknoten und dergl. wesentlich eingeschränkt¹⁾ und an deren Stelle der Gebrauch von Schecks, für die die weitgehendsten Abrechnungsmöglichkeiten geschaffen werden, und Girozahlung gesetzt. Durch diese Einschränkung des Barverkehrs werden für den Geldmarkt Mittel freigemacht, die natürlich wesentlich zur Verbilligung des allgemeinen Zinsfusses beitragen können.

Ueber die Bedeutung, die der Postscheck- und Giroverkehr für die Zahltechnik eines Landes besitzt, werde ich im zweiten Teil des vierten Kapitels noch weiter sprechen.

Auch für den Staat ist die Postsparkasse mit ihrem Scheck- und Giroverkehr von höchster Bedeutung. Auf der einen Seite regelt sie seine interne Kassenführung und vereinfacht den geldlichen Verkehr zwischen ihm und dem Publikum, besonders den Steuerzahlern. Auf der anderen Seite erleichtert sie ihm die Befriedigung seiner Kreditansprüche, denn sie macht ihm ausser den Sparkapitalien auch einen grossen Teil der Gelder nutzbar, die vorher fast gar nicht für seine Zwecke in Betracht kamen: nämlich der Betriebskapitalien im Geschäftsverkehr. Ausserdem vermag der Staat bei Emissionen seine Anleihen am besten und erfolgreichsten, wie die Erfahrung in Oesterreich lehrt, mit Hilfe der Postsparkasse unterzubringen. Er erspart dadurch die teuren Bankprovisionen und hat obendrein den Vorteil, dass seine Anleihen bei kleineren Kapitalisten untergebracht sind, die sie bei

1) So berechnet z. B. die Schweiz den durch Einführung des Postscheck- und Giroverkehrs hervorgerufenen Ausfall von Postanweisungen auf 971 255 Stück.

Kriegs- oder Krisenzeiten erfahrungsgemäss am wenigsten wieder auf den Markt bringen.

Die Postsparkasse vermag somit für die Stabilität der Anleihekurse zu wirken, ohne selbst ihre Mittel in Staatspapieren anlegen zu müssen.

Für die Gefahren, die der Staat mit der Annahme der Scheckgelder auf sich nimmt, gilt auch hier das im zweiten Kapitel, besonders über die Anlegung der Gelder Gesagte. Nur muss auf eine noch grössere Liquidität als bei den Spargeldern Bedacht genommen werden, da die Scheckgelder viel beweglicherer Natur sind als die letzteren. Das Problem der Anlegung halte ich in allen drei Staaten für glücklich gelöst.

IV. Kapitel.

Die Bestrebungen zur Einführung einer Postsparkasse sowie des Postscheck- und Giroverkehrs im Deutschen Reiche.

a) Die Bestrebungen zur Einführung einer Postsparkasse.

In Deutschland verdankten die Sparkassen ihre Einführung ebenso wie in den anderen Ländern dem Bestreben, dem kleinen Mann Gelegenheit zur Kapitalbildung zu geben und ihn auf sich selbst zu stellen. Die nachweislich erste Sparkasse war die im Jahre 1765 zu Braunschweig gegründete »Herzogliche Leihkasse«. Die erste bedeutendere Kasse jedoch war die 1778 zu Hamburg errichtete Ersparungskasse, die in ihrem Statut ganz deutlich sagte, dass nur kleine Leute ihr als Sparer beitreten dürften.

Das Sparwesen nahm dann in Deutschland im Anfang des 19. Jahrhunderts einen raschen Aufschwung; meist lehnten sich die Sparkassen an Orts-, Kommunal- und Kreisverbände an, teilweise wurden sie auch von Vereinen, wie z. B. in Württemberg, oder von Privaten ins Leben gerufen.

Es würde nun zu weit führen, wollte ich die gesamte Entwicklung des deutschen Sparwesens hier noch einmal schildern, diese muss ich als bekannt voraussetzen. Ich beschränke mich daher im folgenden auf die Angabe der Zahlen für die drei Hauptländer und verweise im übrigen auf den Artikel »Sparkassen« von *Seidel* im Handwörterbuch der Staatwissenschaften.

In Preussen gab es bereits 1835 80 Sparkassen. Ein Reglement vom 12. Dezember 1838 machte die Errichtung neuer Anstalten von der regierungsseitigen Genehmigung abhängig und bestimmte, dass die Gelder in Hypotheken, Staatspapieren, Pfand-

briefen und anderen sicheren Werten anzulegen seien. Seitdem nahmen die Sparkassen sowohl an Zahl wie an Geschäftsumfang ständig zu, wie folgende Tabelle zeigt:

Jahr	Sparkassen	Filialen	Sparer	Guthaben in Mill. M.
1835	80	?	99 645	16
1855	323	?	423 542	97
1865	517	?	919 513	268
1875	1004	?	2 209 101	1112
1885	1318	1485	4 209 453	2261

In Bayern entwickelte sich das Sparwesen nicht so schnell wie in Preussen. Die erste Sparkasse wurde 1806 in Lauf errichtet. Bis zum Jahre 1821 erfolgte die Gründung weiterer Anstalten langsam, von da ab schneller. Anfangs mussten die bayesischen Sparkassen ihre Gelder an die Staatsschuldentilgungsanstalt abführen, die dieselben anlegte und mit 5 % verzinst. Da der Staat jedoch nicht daran gedacht hatte, dass die Gelder so reichlich zufließen würden, und er sich keine zu grosse Last aufbürden wollte, so setzte er anfangs den Zinsfuss auf $3\frac{1}{2}\%$ herab, und als das nichts fruchtete, zahlte er vom 1. Oktober 1843 ab die Gelder zurück und überliess die Sparkassen sich selbst. Dieselben entwickelten sich dann stetig weiter, wenn auch längst nicht in dem Masse wie in Preussen; ihr Anwachsen zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Kassen	Sparer	Guthaben in Mill. M.
1839	104	98 119	19,6
1856	225	180 202	30,3
1869	260	279 872	50,6
1880	264	320 246	89,2

In Sachsen haben die Sparkassen dagegen wieder mehr Bedeutung erlangt. In einem Reskript vom 2. Febr. 1822 empfahl die Regierung lebhaft die Errichtung solcher Anstalten, ebenso agitierten in den folgenden Jahrzehnten landwirtschaftliche und andere Vereine sehr lebhaft für sie. Dem ist es zu danken, dass das sächsische Sparwesen einen lebhaften Aufschwung nahm, wie folgende Ziffern beweisen:

Jahr	Kassen	Sparer	Guthaben in Mill. M.
1850	57	94 800	14
1870	142	475 300	116
1880	175	1 472 000	339

Da die deutschen Sparkassen nicht so wie die anderer Staaten, z. B. Englands und Frankreichs, gezwungen waren, ihre Gelder ausschliesslich in Staatspapieren anzulegen, so waren sie mit der Zeit für ihre Bezirke segensreiche Kreditinstitute gewor-

den; insbesondere pflegten sie eifrig den Hypothekarkredit. Das war im Vergleich mit den englischen und französischen Sparkassen entschieden ein grosser Vorzug. Hinsichtlich ihrer Sicherheit hielten sie ebenfalls einen Vergleich mit den ausländischen Sparkassen, selbst den Postsparkassen, aus, und was die Höhe der von ihnen gesammelten Gelder anbelangte, so standen sie unter den Sparkassen der europäischen Länder schon längst an der Spitze.

Allein als Anfang der 70er Jahre sich die grossen Erfolge der englischen Postsparkasse zeigten, da ergab sich, dass dem deutschen Sparkassenwesen doch recht viele Mängel anhafteten.

Da die meisten Sparkassen mit Ausnahme der Berliner teilweise überhaupt nur sehr hohe Einlagegrenzen, teilweise keine festgesetzt hatten, und da sie von der Gesetzgebung hierin wenig behelligt wurden, so kam es, dass sie ihren ursprünglichen Zweck immer mehr aus den Augen verloren und den besitzenden Klassen dienten. Die kleinen Sparer hatten im Verhältnis zu den grossen immer mehr abgenommen, wie das die folgende Tabelle für Preussen zeigt ¹⁾:

Jahr	Bücher mit 1—60 M. %	Bücher mit 60—150 M. %	Bücher mit 150—300 M. %	Bücher mit 300—600 M. %	Bücher mit über 600 M. %
1870	30,95	21,92	17,90	15,37	13,86
1871	29,64	21,49	17,74	15,71	15,42
1872	28,41	21,54	18,33	16,16	15,56
1873	26,70	20,60	18,24	16,80	17,66
1874	25,47	20,60	18,24	17,05	18,64
1875	24,00	20,28	18,03	17,59	20,10
1876	23,96	19,81	18,07	17,60	20,56
1877	25,71	18,60	17,86	16,84	20,99
1878	24,96	19,84	17,44	16,44	21,32
1879	24,99	19,62	17,50	16,45	21,64
1880	25,22	19,45	17,09	16,29	21,95
1881	25,48	19,25	16,89	16,15	22,23
1882	27,20	18,36	16,43	16,11	21,90
1883	28,34	17,90	15,94	15,79	22,03

Wie man sieht, hat sich das Verhältnis sehr zu ungunsten der kleinen Sparer verschoben (M. 1—300). Nicht viel anders waren die Dinge in den anderen deutschen Staaten.

Dabei war das Durchschnittsguthaben pro Sparer sehr hoch; dasselbe stellte sich 1882 für das Reich auf ungefähr 500 M., in Bayern war die Zahl geringer, höher dagegen in Preussen, wo sie 544,13 M., in Hessen, wo sie 620 M., in Bremen, wo sie

¹⁾ Zeitschrift des Preussischen Statistischen Bureaus für die Jahre 1871—1906.

660 M., und in Baden, wo sie sogar 785 M. betrug¹⁾). Das beweist deutlich, dass die grossen Sparer schon zu sehr das Uebergewicht erlangt hatten.

Sehr ungünstig lagen die Verhältnisse hinsichtlich der Verteilung der Sparkassen über das Land. Im Durchschnitt kamen 1882 noch 155 qkm auf eine Kasse. Dieses Verhältnis war günstiger im Westen Deutschlands, wo im Regierungsbezirk Düsseldorf 47 qkm auf eine Sparstelle entfielen, sehr ungünstig dagegen im Osten, wo z. B. im Regierungsbezirk Gumbinnen 1221 qkm auf eine Kasse kamen.

Dabei waren die Bequemlichkeiten, die die Sparkassen ihren Sparern hinsichtlich der Zeit zu bieten vermochten, sehr gering. Nach *Elster*²⁾ waren 1878 von den im Reichspostgebiet bestehenden 1886 Sparkassen

230 täglich	287 wöchentlich an einem Tage
831 an jedem Wochentage	58 monatlich an zwei Tagen
48 wöchentlich an drei Tagen	104 „ „ einem Tage
186 „ „ zwei „	18 nur bei Bedürfnis

geöffnet. Die dem Volke gebotene Spargelegenheit, die so wie so schon gering war, wurde hierdurch nur noch mehr herabgedrückt.

Ein Ueberweisungsverkehr zwischen den einzelnen Sparkassen, der es einem Wanderarbeiter z. B. ermöglicht hätte, durch jede Sparkasse für seine heimische Anstalt Einzahlungen oder Rückzahlungen zu bewirken, bestand überhaupt noch nicht.

Unter solchen Umständen war es nur natürlich, dass die Reichsregierung auf den Gedanken kommen konnte, eine Postsparkasse zu errichten, nachdem man mit dieser im Auslande so gute Erfahrungen gemacht hatte.

Bereits im Jahre 1873 hatte die Postverwaltung den Sparkassen Rheinland-Westfalens ihre dortigen Postämter als Vermittlungsstellen für die Annahme und Auszahlung von Geldern zugänglich gemacht; allein dieser Versuch war vollständig fehlgeschlagen. So ging sie dann an die Ausarbeitung eines Postsparkassengesetzes. Bevor dieses an den Reichstag kam, hatte die württembergische Regierung den Kammern einen dahingehenden Entwurf vorgelegt³⁾, der aber von der Kommission nicht

1) Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, 1. Session 1884/85, Anlage-Band V, Seite 313.

2) *Elster*, Die Postsparkassen, Jena 1881, Seite 51.

3) *G. Krämer*, Das Postbankwesen, in *Conrads Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik*, III. Folge, Band 33, Jena 1907, Seite 225.

angenommen und bald darauf auch von der Regierung zurückgezogen wurde, als verlautete, dass die Reichsregierung ein ähnliches Gesetz plane.

Der reichsdeutsche Entwurf, der für das Reich mit Ausnahme Bayerns, das eine Schmälerung seiner Reservatrechte befürchtete, bestimmt war, kam in der Session 1884/5 an den Reichstag. Die neue Anstalt sollte nach dem dezentralistischen System organisiert werden. Um die Privatsparkassen, deren hohe Bedeutung für den Lokalkredit rückhaltlos anerkannt wurde, nicht zu schädigen, wurde das Höchstguthaben mit 800 M. und die Verzinsung der Gelder mit 3 % in Aussicht genommen¹⁾. Die Spargelder sollten in Staatspapieren, mit staatlicher Garantie versehenen Schuldverschreibungen, Hypotheken, Darlehen an Kommunen und sogar Darlehen an die Privatsparkassen angelegt werden; man hatte also auf die letzteren ganz ungewöhnliche Rücksicht genommen und den ergänzenden Charakter der neu einzuführenden Anstalt scharf hervorgehoben.

Leider kam der Regierungsantrag zu Falle. Die Gründe für die Nichtannahme waren mannigfacher Art. Vor allen Dingen waren partikularistische Einflüsse im Spiel, die sich besonders im Zentrum geltend machten, dann hatten die zahlreichen Agitationen in Wort und Schrift die Befürchtung wachgerufen, die Privatsparkassen könnten Schaden leiden und das Reich könnte durch die Uebernahme der Postsparkassengelder in schwierige Lagen kommen. Nicht ohne Einfluss war dann ferner ein scharfer Zusammenstoß des Postministers Stephan mit dem Zentrumsführer Windthorst, der das Zentrum in seinem Entschlusse zur Nichtannahme bestärkte.

Die Reichsregierung hat seitdem, sehr zum Nachtheile Deutschlands, die Bestrebungen zur Einführung einer Postsparkasse nicht wieder aufgenommen, da diese viele einflussreiche Feinde hatte, unter anderen den verstorbenen Finanzminister von Miquel.

Wie liegen nun heute die Verhältnisse?

Unsere Sparkassen haben sowohl an Zahl wie an Geschäftsumfang seit 1885 bedeutend zugenommen. Ihre Zahl betrug Ende 1904 8854, der Betrag der bei ihnen hinterlegten Spargelder M. 11 896 356 000²⁾. Ferner muss man sagen, dass sie für ihre

1) Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, I. Session 1884/85, Anlage-Band V, Berlin 1885, Seite 309 ff.

2) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Jahr 1907, Berlin 1907, S. 232 f.

Bezirke durch den von ihnen gepflegten Hypothekar-, neuerdings auch Personalkredit, erhöhte Bedeutung erlangt haben, ebenso für die Kommunen, Kreise u. s. w., an die sie in der Regel ihren Reingewinn abführen.

Aber gegenüber den Fortschritten, die die ausländischen Sparkassen, besonders die Postsparkassen, in der Verfolgung des ursprünglich gesteckten Zieles gemacht haben, sind sie doch sehr zurückgeblieben. Marschieren sie auch mit 11,89 Milliarden M. Spargeldern an der Spitze der Sparkassen aller europäischen Länder, so besagt das gar nichts. Unsere Sparkassen haben in noch schärferem Masse wie die der meisten anderen Länder ihren ursprünglichen Zweck aus den Augen verloren, Sammelbecken für die kleinen Einkommensüberschüsse zu sein, die zu selbständiger Anlegung zu gering sind. Man muss sogar sagen, dass sie sich zu Verzinsungsanstalten für grössere Kapitalien entwickelt haben. Man kann die Sparer bei den deutschen Sparkassen in drei grosse Gruppen einteilen: 1) in die wirklichen Sparer, die heute wenig mehr als die Hälfte umfassen, 2) die bemittelteren Leute, die statt ihr Geld in Hypotheken, Wertpapieren oder dergleichen anzulegen, die Sparkasse als die sicherste und bequemste Zinsenquelle betrachten; ihre Zahl hat sowohl absolut als im Verhältnis zu den anderen Sparern dauernd zugenommen, 3) die Kontokorrentgläubiger, die durch die Sicherheit der Sparkassen angelockt, nur eine vorübergehende Fruktifizierung ihrer Guthaben suchen. Wie sehr seit 1884 die kleinen Sparer im Verhältnis abgenommen haben, lehrt folgende Tabelle ¹⁾ (Fortsetzung der obigen, s. S. 170):

Die kleinen Bücher unter 300 M. haben also im Verhältnis zu den grossen stetig abgenommen, die mittleren Sparkapitalien von 300—600 M. in den letzten Jahren sogar auch. Dass dieser Vorgang nicht etwa nur auf die zunehmende Wohlhabenheit der Bevölkerung zurückzuführen ist, infolge deren eine Menge Sparer aus den Klassen unter 600 M. in die Klasse über 600 M. aufgestiegen sind, geht schon daraus hervor, dass das Durchschnittsguthaben eines Sparers im ganzen Reich sich Ende 1904 auf ungefähr 685 M. stellte; in Bayern und Sachsen waren die Zahlen niedriger, und zwar 500 M. bez. 467 M.; höher dagegen in Preussen, wo 745 M., in Hessen, wo 978 M., in Baden, wo

1) Inwieweit die Zunahme der Klasse über 600 Mk. auf die Einlagen von Stiftungen oder juristischen Personen zurückzuführen ist, liess sich leider nicht feststellen.

Jahr	Bücher mit 1—60 M. %	Bücher mit 60—150 M. %	Bücher mit 150—300 M. %	Bücher mit 300—600 M. %	Bücher mit über 600 M. %
1884	28,86	18,06	15,59	15,37	22,12
1885	29,11	17,93	15,38	15,35	22,23
1886	28,92	17,66	15,26	15,42	22,74
1887	28,94	17,46	15,13	15,42	23,05
1888	28,78	17,12	15,10	15,44	23,56
1889	28,73	16,85	14,79	15,68	23,95
1890	29,04	16,64	14,64	15,60	24,08
1891	29,35	16,42	14,39	15,54	24,30
1892	29,54	16,24	14,31	15,50	24,41
1893	29,44	16,20	14,22	15,44	24,70
1894	29,16	16,04	14,12	15,41	25,26
1895	28,87	15,89	14,06	15,31	25,87
1896	28,65	15,77	13,99	15,32	26,28
1897	28,49	15,64	13,94	15,37	26,56
1898	28,36	15,56	13,83	15,33	26,92
1899	28,22	15,48	13,81	15,40	27,08
1900	28,07	15,35	13,77	15,44	27,38
1901	27,97	15,05	13,46	15,27	28,25
1902	28,00	14,69	13,22	15,12	28,97
1903	27,91	14,59	13,04	14,98	29,48
1904	27,67	14,50	12,90	14,96	29,97

1090 M. auf den Sparer kamen. Dass die deutschen Sparkassen sich nicht intensiv genug mit den ärmeren Klassen befassen, rührt besonders daher, dass sie zumeist leider das Interesse haben, einen möglichst hohen Reingewinn für die Kommune zu erzielen, und dass sie daher ihr Augenmerk mehr auf die hohen Kapitalien richten, die wenig Arbeit und somit wenig Verwaltungskosten verursachen. Wie geradezu unsozial ist es z. B., wenn so viele Sparkassen für die erste Einlage einen gewissen Mindestbetrag, der in der Regel 50—150 M. beträgt, festsetzen! Es wird dadurch vielen Leuten unmöglich gemacht, kleine Einkommensüberschüsse oder Erbschaften sicher anzulegen, manche lassen sich dadurch dann bestimmen, ihr Geld kleinen Banken anzuvertrauen, bei denen es weniger sicher aufgehoben ist.

Was die Verteilung der Sparkassen über das Land anlangt, d. h. die Bequemlichkeiten für den Sparer hinsichtlich des Ortes, so hat sich ja darin seit 1884 viel gebessert. Ende 1904 gab es 2821 Sparkassen mit 6033 Filialen. Das heisst, eine Sparstelle kommt auf 61 qkm, oder ein Sparer hat bei gleichmässiger Verteilung der Kassen über das Land im ungünstigsten Falle 43 km, d. h. 8½ Stunden bis zur nächsten Kasse zu gehen. Hiermit steht das dichtbevölkerte Deutschland hinter anderen Ländern weit zurück, wie folgende Tabelle zeigt:

Länder	Jahr	Zahl der Kassen	Eine Kasse entfällt auf wie viel qkm?
England	1905	14 862	21
Holland	1905	1 408	23
Belgien	1904	1 035	29
Oesterreich	1906	6 479	46
Italien	1904	5 931	48
Deutschland	1904	8 854	61
Frankreich	1905	7 884	68

In dieser Tabelle sind nur die Postsparkassenstellen für die anderen Länder angegeben, durch Hinzufügen der Privatsparkassen würde sich das Bild noch mehr zu ungunsten Deutschlands verschieben. Ferner kann man alle 8854 Sparkassen Deutschlands gar nicht einmal mit denen anderer Länder in Vergleichung setzen, da in ihnen 6033 Filialen enthalten sind, von denen die meisten nur Annahmestellen sind, während Rückzahlungen nur bei der zugehörigen Hauptkasse erfolgen. Im Vergleich mit den anderen Ländern ist Deutschland also hinsichtlich der Spargelegenheit nach dem Orte noch sehr weit zurück.

Dabei liegen die Verhältnisse innerhalb Deutschlands selbst sehr ungünstig. Während im Westen, in der Rheinprovinz, 1904 nur 31 qkm auf eine Sparstelle kamen, in Sachsen nur 36 qkm, entfielen in Ostpreussen 167 qkm, in Oldenburg sogar 1284 qkm auf eine Kasse. Das sind Zustände, die nur durch eine Postsparkasse wirksam ausgeglichen werden können. Es ist ja richtig, dass die Bevölkerungsdichte in der Rheinprovinz und in Sachsen grösser ist als in Ostpreussen oder Oldenburg, aber diese Verschiedenheit ist — wenigstens für Oldenburg — nicht so gross, um solche Unterschiede entschuldigen zu können.

Was die Zeit anbelangt, während welcher die Sparkassen offen sind, die Bequemlichkeiten für den Sparer hinsichtlich der Zeit, so hat sich darin seit 1884 wenig geändert. Von den 1904 in Preussen bestehenden 1508 Sparkassen waren geöffnet:

täglich	46	3 mal wöchentlich	54
6 mal wöchentlich	1049	2 „ „	83
5 „ „	39	1 „ „	74
4 „ „	26	nach Bedürfnis	68

hatten Amtsstunden:

48 Amtsstunden	23	18—24 Amtsstunden	238
42—48 „	109	6—18 „	183
36—42 „	158	1—6 „	121
30—36 „	233	nach Bedürfnis	119
24—30 „	255		

hatten monatlich Amtstage :

3 Tage 2 Kassen, 2 Tage 32 Kassen, 1 Tag 33 Kassen,

hatten monatlich Amtsstunden :

6—12 Stunden 12 Kassen, 1—6 Stunden 22 und nach Bedürfnis 23 Kassen¹⁾).

Nicht viel besser werden die Verhältnisse in den anderen deutschen Staaten liegen, über die Material nicht vorliegt.

Günstiger gestaltet sich ja das Bild, wenn man die Filialen hinzunimmt, die gewöhnlich von Kaufleuten im Nebenamte geführt werden und den ganzen Tag über, meistens auch am Sonntage geöffnet sind. Vom sozialpolitischen Standpunkte aus sind diese Filialen zu verwerfen, da der Sparer immer einen gewissen Druck empfinden wird, bei dem Kaufmann, bei dem er seine Sparsumme einzahlt, gleichzeitig etwas zu kaufen. Ein Uebelstand im deutschen Sparwesen ist es, dass die meisten Sparkassen zum Zwecke der Zinsabrechnung am Anfange des Jahres, wo erfahrungsgemäss die meisten Einlagen gemacht werden, oder bei Gelegenheit eines Scheuerfestes und dergl. überhaupt geschlossen sind. Dann liegen die Geschäftsstunden häufig so ungünstig, und sind die Schaltereinrichtungen häufig so ungenügend, dass man mitunter eine Viertelstunde und länger warten muss, ehe man an die Reihe kommt, Zustände, die bei einer Postsparkasse ausgeschlossen sind.

Am grössten ist der Zeitverlust in den grossen Städten für einen Sparer, der einen Betrag erheben will. Wie schon erwähnt, dürfen die bei einem Kaufmanne eingerichteten Filialen — und das sind fast alle — keine Rückzahlungen leisten, dieses besorgt das Hauptamt. Da die meisten Sparer zwischen 12 und 2 Uhr kommen, dauert es gewöhnlich sehr lange, bis jeder Einzelne an die Reihe kommt, am Anfang und am Ende des Monats sehr häufig eine Stunde, sodass es vorkommen kann, dass ein Sparer, der an der Peripherie der Stadt wohnt und $\frac{1}{2}$ Stunde zu gehen hat, einen Gesamtzeitverlust von $1\frac{1}{2}$ —2 Stunden hat.

Man kann es unseren Sparkassen ja schliesslich nicht übel nehmen, dass sie, was die Bequemlichkeit für den Sparer hinsichtlich der Zeit anlangt, längst nicht die Forderungen erfüllen, die man im Hinblick auf die Sparkasseneinrichtungen anderer Länder stellen muss, da es für viele von ihnen, besonders in den kleine-

1) Dr. Paul Heidemann, Zur Entwicklung des deutschen Sparkassenwesens unter besonderer Berücksichtigung der Postsparkassenfrage. Halle a. Saale, 1907, Tabelle 4.

ren Orten, direkt verlustbringend wäre, wollten sie ihre Räume den ganzen Tag über offen halten. Das sind alles Uebelstände, denen sich nur durch eine Postsparkasse abhelfen lässt.

Hinsichtlich des Ueberweisungsverkehrs, der 1884 noch nicht bestand, haben sich die Verhältnisse seitdem gebessert. Als die Reichsregierung 1884 den Postsparkassengesetzentwurf einbrachte, da bildete sich zur Abwehr der deutsche Sparkassenverband, der einen Ueberweisungsverkehr zwischen den Sparkassen einführte. Demselben traten sofort 424 Sparkassen bei, deren Zahl sich bis heute auf 554 Sparkassen oder 19,84 % aller Sparkassen erhöht hat. Der Verband bemüht sich zwar lebhaft, diesen Verkehr auszubreiten, aber er scheint damit nicht viel Erfolg zu haben, wenigstens lassen das die Ziffern für den Ueberweisungsverkehr der sächsischen Sparkassen, die einzigen, die zu erhalten waren, erkennen. Die von und nach Sachsen überwiesenen Summen haben den Betrag von je einer Million noch nicht erreicht. Neuerdings bemüht sich der in diesem Sommer neugegründete sächsische Sparkassenverband, mit Hilfe der Sparkassen einen grossen Giroverband zu schaffen¹⁾. Ich glaube aber kaum, dass dem Ueberweisungsverkehr der Sparkassen unter sich noch eine Zukunft bevorsteht, da es, ganz abgesehen von der technischen Schwierigkeit, nicht leicht sein wird, die Kenntnis von seinem Bestehen in ausreichender Weise unter dem Volke zu verbreiten; ausserdem wird er vermutlich so teuer sein, dass die meisten Sparer dadurch abgehalten werden, ihn in Anspruch zu nehmen.

Ich glaube, hinreichend dargetan zu haben, dass es mit unserem Sparwesen im Vergleich mit anderen Ländern keineswegs so gut steht, wie man gemeinhin denkt, dass vielmehr unsere Sparkassen ihrem vornehmsten Zweck, Sammelbecken für die Ersparnisse der kleinen Leute zu sein, nicht mehr ausreichend entsprechen, und dass eine Reform, die sowohl die Spargelegenheit nach Zeit und Ort vermehrt als einen allgemeinen, billigen Ueberweisungsverkehr einführt, dringend erforderlich ist.

Die Ueberzeugung von dieser Notwendigkeit hat sich ja in dem letzten Jahrzehnt immer mehr Bahn gebrochen, und es sind Vorschläge aufgetaucht, die Reformen bei den bestehenden Privatsparkassen befürworteten, ohne die Notwendigkeit einer Ergän-

1) Einführung des Giroverkehrs bei den sächsischen Sparkassen. Artikel in der 3. Beilage von Nr. 282 der Leipziger Neuesten Nachrichten vom 11. Oktober 1907.

zung derselben durch ein neues Institut, z. B. eine Postsparkasse, anzuerkennen. Unter diesen Vorschlägen verdient noch am meisten Erwähnung der von dem Zeitungsunternehmer August *Scherl* gemachte, das sogenannte *Scherlsche* Sparsystem¹⁾.

Seine Grundidee besteht darin, dass durch Boten Sparbeiträge von 50 Pfg., 1 M., 2 oder 4 M. wöchentlich von den Sparern abgeholt werden, die dafür Quittungsmarken zum Einkleben in ein Buch erhalten. Die vollgeklebten Bücher werden am Jahreschluss von jeder beliebigen Sparkasse gegen regelrechte Sparbücher eingetauscht. Von den Zinsen des Erlöses der verkauften Marken wird eine Lotterie veranstaltet, an der jeder Sparer, der ein Buch voll beklebt hat, ohne weiteres teilnimmt.

Dieses System hat entschieden seine Vorzüge, indem es die Leute weit mehr, als es eine Postsparkasse tun kann, zum Sparen anhält. Aber es geht meines Erachtens viel zu weit; es muss dem Sparer beim Sparen die freie Selbstbestimmung unter allen Umständen gewahrt werden. Das ist nun beim *Scherlschen* System keineswegs der Fall, da es die Leute, falls sie an der Lotterie teilnehmen wollen, zwingt, einen gewissen, im voraus festbestimmten Jahresbetrag zu sparen.

Ausserdem bleibt bei diesem System immer noch die Unbequemlichkeit des Abhebens und die mangelnde Uebertragung von Ort zu Ort bestehen; es ist ausserdem sehr teuer, da die ganze Organisation erst ad hoc geschaffen werden muss.

Die Mängel unserer Privatsparkassen auszugleichen, gibt es nach den bisherigen Erfahrungen vorläufig noch kein besseres Mittel als die Postsparkasse. Zu den 8854 Sparkassen, die jetzt in Deutschland bestehen, würden bei Einführung einer Postsparkasse auf einmal 39052 Postämter, die noch dazu den ganzen Tag über geöffnet wären, treten, d. h. bei gleichmässiger Verteilung der Kassen über das Land würde ein Sparer bis zur nächsten Sparkasse im ungünstigsten Falle nur 7,7 km gleich 1½ Stunden zu gehen haben. Die weiteren Folgen zu schildern, die die Einführung einer Postsparkasse haben würde, wäre nach der in Kapitel II erfolgten Aufzählung ihrer Vorteile müssig.

Dass die Privatsparkassen durch die Postsparkasse benachteiligt werden, hat sich, wie wir in den beiden ersten Kapiteln gesehen haben, in den wenigsten Fällen gezeigt, dem liesse sich

¹⁾ *August Scherl*, Das Ministerium Eulenburg und das *Scherlsche* Sparsystem, Berlin 1894.

ausserdem durch eine niedrige Normierung der Höchstguthaben und des Zinsfusses begegnen. Ebenso ist jede Gefahr, die dem Reiche aus seiner Verantwortung für die Sparguthaben erwachsen könnte, ausgeschlossen, sobald die Gelder nicht ausschliesslich im fiskalischen Interesse, sondern nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten, wie z. B. bei der belgischen und holländischen Postsparkasse, angelegt werden.

Man sollte sich in Deutschland endlich einmal von den kleinen Bedenken frei machen, die man gegen die Einführung einer Postsparkasse hegt, und ihre Errichtung ernstlich ins Auge fassen. Die Fortschritte des ausländischen Sparkassenwesens und die vielen Mängel in dem unsrigen zwingen dazu und lassen eine Postsparkasse als die notwendige Ergänzung unserer jetzigen Sparkassen erscheinen.

b) Die Bestrebungen zur Einführung des Postscheck- und Giroverkehrs.

Es ist eine allgemein bekannte Erfahrung, dass in Zeiten hochgehender Konjunktur häufig eine scharfe Geldteuerung auftritt. Das ist nun nicht etwa darauf zurückzuführen, dass ein tatsächlicher Mangel an Geld vorhanden ist, sondern dass der Geldumlauf sich in diesen Zeiten dem gesteigerten Warenumlauf nicht anzupassen versteht. Es ist daher notwendig, den Geldumlauf intensiver zu gestalten, d. h. die Zeit, während welcher ein Geldbetrag zur Begleichung einer Forderung gebraucht wird, auf ein Minimum zu beschränken oder das Geld in seiner Eigenschaft als Zahlungsmittel überhaupt zu entlasten.

Unter den vielen Mitteln, die Zahltechnik eines Landes zu verbessern, haben sich nun im Laufe der Zeit zwei Systeme als die bedeutendsten herausgestellt, die ich kurz das Scheckclearing- und das Girossystem nennen will.

Das Scheckclearingsystem besteht darin, dass möglichst viele Privatwirtschaften mit Banken in Verbindung stehen, und dass alle Banken eines Landes direkt oder indirekt mit einer zentralen Abrechnungsanstalt, einem sogenannten Clearinghouse, verbunden sind. Die Begleichung von Forderungen erfolgt nun zum grössten Teile durch Schecks, und die bezogenen Banken rechnen dieselben im Clearinghouse ab, sodass der Barverkehr möglichst ausgeschaltet wird. Wird ein Kaufmann, der keine Bankverbindung hat, von einem anderen durch einen Scheck bezahlt,

dessen Gegenwert er sich von der bezogenen Bank erst schicken lassen muss, dann hat diese Form der Scheckzahlung für die Volkswirtschaft gar keine Bedeutung, da sie wie eine Barzahlung wirkt. Nutzen für die Volkswirtschaft hat der Scheck erst dann, wenn er durch mehrere Hände geht, d. h. also, wenn er mehrmals das bare Geld ersetzt, vor allem aber, wenn er schliesslich nicht bar ausgezahlt, sondern abgerechnet wird.

Das andere System, das Girosystem, besteht darin, dass sich Kontoinhaber bei ein- und derselben Bank gegenseitig Zahlungen im Buchungswege leisten können. Der Giroverkehr wird hauptsächlich von den grossen Notenbanken gepflegt und umfasst nicht allein die Kontoinhaber, sondern auch die Kunden aller an ihn angeschlossenen Banken.

Das Scheckclearingsystem ist besonders in England und in den Vereinigten Staaten ausgebildet, das Girosystem in Deutschland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Russland und Schweden. Beide Systeme stehen sich ziemlich gleichwertig gegenüber. Volle Bedeutung vermögen beide für die Volkswirtschaft erst dann zu erlangen, wenn es gelingt, möglichst viele Einzelwirtschaften an den Bankverkehr anzuschliessen. Das ist aber keineswegs leicht, und ein wesentlicher Mangel beider Systeme besteht darin, dass sie eigentlich über kein wirksames Mittel verfügen, neue Kunden heranzuziehen. Ein weiterer Mangel beider Systeme besteht darin, dass ihre Wirksamkeit im allgemeinen dort ihre Grenzen findet, wo es keine Banken oder bankähnliche Gebilde mehr gibt, d. h. bei der Mehrzahl der kleinen Orte.

Eine Einrichtung, die in glücklicher Weise beide Systeme, das Scheckclearing- und das Girosystem miteinander verbindet, und die dabei diese eben erwähnten Mängel beider Systeme nicht hat, ist nun der Postscheck- und Giroverkehr.

Der Postscheck- und Giroverkehr ist insofern als das bedeutsamste Mittel zur Verbesserung der Zahltechnik anzusehen, als er in weitgehendstem Masse die Barzahlungen zugunsten der geldlosen Zahlungsarten d. h. der Scheckclearing- und der Girozahlung einschränkt, als er bis in die kleinsten Orte eines Landes zu dringen vermag, was Banken in dem Masse nicht können, vor allen Dingen aber, als er infolge der Beliebtheit und allgemeinen Zugänglichkeit der Post die Bevölkerung eines Landes in systematischer Weise überhaupt erst zum Bankverkehr erzieht und dauernd an ihn gewöhnt.

Wie liegen nun, unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, die Verhältnisse hinsichtlich der Zahltechnik in Deutschland?

Unsere Zahltechnik ist im Vergleich zu der Englands, Nordamerikas und Oesterreich-Ungarns noch sehr rückständig; wir haben einen ungenügend entwickelten Giro- und einen noch viel weniger entwickelten Scheckverkehr. Betrachten wir zunächst den ersteren.

Unsere Reichsbank setzte 1906 im Girodienst 245,64 Milliarden Mark um, das ist gewiss eine Ziffer, die sich z. B. gegenüber den Zahlen der beiden österreichisch-ungarischen Institute, 56,21 Milliarden Kronen bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank ¹⁾ und 23,71 Milliarden Kronen bei den beiden Postsparkassen wohl sehen lassen kann. Eine solche Gegenüberstellung besagt aber rein gar nichts. Deutschland verfügt über eine ganz andere wirtschaftliche Kraft wie Oesterreich-Ungarn, hat einen viel bedeutenderen Verkehr und Güterumlauf wie dieses Land, muss deshalb auch einen viel grösseren Geldumlauf zeigen. In Wirklichkeit sind unsere Giroeinrichtungen viel schlechter als die Oesterreich-Ungarns. In diesen beiden Ländern ist die Oesterreichisch-ungarische Bank augenblicklich an 259 Plätzen vertreten, dazu kommen dann die beiden Postsparkassen, die bis in jeden Ort dringen, sodass bis in jedes kleine Dorf der Gesamtmonarchie Ueberweisungen geleitet werden können. Unsere Reichsbank kann dagegen Uebertragungen nur nach 448 Orten bewirken, d. h. bei 76 959 Orten im Deutschen Reich kommt erst auf 172 Orte eine Girostelle, und dabei ist der Giroverkehr bei 263 Orten noch beschränkt und umständlich. Ferner ist unsere Reichsbank ausgesprochen plutokratisch, d. h. ihrem Giroverkehr können nur solche Personen beitreten, die eine Stammeinlage von mindestens 1000 M. leisten; letztere ist dabei unverzinslich und wird je nach der Höhe der bewirkten Umsätze erhöht, so beträgt sie z. B. für die Berliner Grossbanken 1—2 Millionen M. ²⁾. Es kommen daher für den direkten Giroverkehr der Reichsbank nur verhältnismässig wenig Firmen in Betracht, und zwar die grössten und kapitalkräftigsten. Während in Oesterreich-Ungarn die drei Giroanstalten 1906 zusammen 88 777 Kontoinhaber

1) Rechnungsabschlüsse der Oesterreich-Ungarischen Bank für das Jahr 1906, Wien 1907, Seite 12.

2) Artikel: Geldlose Zahlung, aus Nr. 262 der Leipziger Neuesten Nachrichten vom Jahre 1907.

zählten (1,95 auf 1000 der Bevölkerung, gab es deren bei der Reichsbank nur 23 387 (0,41 auf 1000 der Bevölkerung). Zu diesen direkten Girokunden, die die grössten Einzelwirtschaften des Deutschen Reiches repräsentieren, treten noch die indirekten, die den mittleren Kreisen von Handel und Gewerbe angehörenden Kunden von Privatbanken, deren Zahl in Deutschland sehr hoch zu veranschlagen sein dürfte, jedenfalls grösser ist als in Oesterreich-Ungarn.

Ein weiterer Giroverkehr besteht in Deutschland bei den Privat-Noten- und anderen Banken. Da bei uns im Gegensatz zu Oesterreich-Ungarn das Filialsystem der letzteren stark entwickelt ist, dürfte ihr Giroverkehr nicht zu gering zu veranschlagen sein; zahlenmässig lässt er sich nicht feststellen.

Ferner besteht in Deutschland ein Giroverband der »Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften«, dessen Geschäfte heute von der Dresdner Bank geführt werden. Derselbe umfasste 1904 629 Giro- und 731 Inkassoplätzte. Die deutschen Kreditgenossenschaften agitieren aus Furcht für ihren Scheck- und Giroverkehr am meisten gegen die Einführung des Postscheck- und Giroverkehrs. Und sie haben dazu absolut keine Veranlassung, denn sie haben es mit ihren Scheck- und Giroeinrichtungen noch auf keine hohen Umsatzziffern gebracht, werden es auch niemals tun, da es nicht jedermanns Sache ist, mit seinem Vermögen für etwaige Verluste der Genossenschaften aufzukommen, nur um an ihrem Scheck- bez. Giroverkehr teilnehmen zu können.

Betrachtet man die Ausdehnungsfähigkeit unseres Giroverkehrs, so erkennt man ohne weiteres, dass dieser da enden muss, wo es keine Banken bez. bankähnliche Gebilde mehr gibt, und das ist bei der grossen Mehrzahl der bewohnten Orte Deutschlands der Fall. Alle Personen, die ihren Wohnsitz an einem Giroplatz nicht haben, werden in den meisten Fällen sich ruhig der alten rückständigen Zahlformen, der Postanweisung oder des Geldbriefes, weiter bedienen, weil diese Art zu zahlen schneller zum Ziele führt. Ein Giroverkehr, der bis in die kleinsten Orte dringt, der durch Schnelligkeit und Billigkeit die alten unwirtschaftlichen Zahlformen mit Erfolg zu bekämpfen vermag, lässt sich nach den Erfahrungen, die bis jetzt gemacht sind, nur mit Hilfe der Post, nur durch Einführung des Postgiros erreichen.

Noch viel unvollkommener als unser Giroverkehr ist unser Scheckverkehr, der von den Banken, Kreditgenossenschaften und

teilweise auch den Sparkassen gepflegt wird. Dass derselbe bisher so wenig Fuss gefasst hat, hat mancherlei Gründe.

Den Hauptgrund sehe ich darin, dass unsere sonst so intelligente Bevölkerung, besonders die mittleren und unteren Schichten unserer kaufmännischen und gewerbtätigen Welt, wie für den Bankverkehr überhaupt, so besonders für den Scheckverkehr viel zu wenig erzogen ist, ein Uebel, das sich nicht so leicht beseitigen lässt. Der Bankier ist in den Augen des mittleren und kleinen Geschäftsmannes nicht der bequeme Kassenhalter und Geldvermittler, sondern der gefürchtete Mann, der an allen Ecken und Enden Provisionen und Spesen berechnet. Daher fehlt bei uns, z. B. England und den Vereinigten Staaten gegenüber, die für einen grosszügigen Scheckverkehr notwendige Voraussetzung, dass eine möglichst grosse Zahl von Einzelwirtschaften an den Scheck- bez. Bankverkehr angeschlossen ist.

Ferner ist es mit den Einzugsmöglichkeiten eines Schecks, mit einem verbilligenden Abrechnungsverkehr bei uns noch ausserordentlich schlecht bestellt. Es bestehen ja Abrechnungsstellen in 13 grösseren Städten, die 1906 42,04 Milliarden Mark abrechneten, in Berlin besteht ferner die Bank des Berliner Kassenvereins, die 21,93 Milliarden Giroumsatz hatte¹⁾, aber diese Institute haben doch nur ganz lokale Bedeutung. Ausserdem sind ihnen an den betreffenden Plätzen nur Banken, und nicht einmal alle, angeschlossen. Mustergültig ist der Scheck- und Abrechnungsverkehr nur in Hamburg organisiert. Der Betrag aller Schecks, die bei uns im Clearingwege beglichen werden, wird kaum die Hälfte von der Gesamtsumme aller in Deutschland ausgestellten Schecks ausmachen. Unsere Grossbanken haben sodann die sogenannten »Einzugschecks« geschaffen, die bei all ihren Filialen und Kommanditen kostenlos eingelöst werden. Aber die Anzahl der Plätze, an denen sie eingelöst werden können, ist noch sehr gering, ausserdem muss der Empfänger noch 3—5 Tage warten, ehe er über sein Geld verfügen kann. Die meisten Schecks, die heutzutage ausgestellt werden, sind nur bei der betreffenden Bank selbst einziehbar, und der Einzug ist für den Empfänger, ganz abgesehen von dem Zinsverlust, den er erleidet, mit hohen Kosten verknüpft. Aus diesem Grunde ist es leicht erklärlich, dass dieses Zahlungsmittel nicht populär

1) Bericht der Bank des Berliner Kassenvereins über das Geschäftsjahr 1906, Berlin 1907, Seite 12.

zu werden vermag, dass die mittlere und kleine Geschäftswelt es meistens nur ungern sieht, wenn sie mit Schecks bezahlt wird. Zur Erläuterung mag folgendes »Eingesandt« dienen, das ich vor nicht allzu langer Zeit in den »Leipziger Neuesten Nachrichten« fand:

S c h e c k v e r k e h r.

»Wenn man jetzt wieder mal die Vorzüge des Checks in allen Tonarten preisen hört, dann möchte man glauben, es könne für die Geschäftswelt kein idealeres Zahlungsmittel geben. Demgegenüber behaupte ich — N. B. vom Standpunkte des mittleren Geschäftsmannes aus: Der Check, wie er uns z. Zt. geboten wird, ist derartig mit Mängeln behaftet, dass er uns keinerlei Vorteile, im Gegenteil nur Scherereien bringt und unnötige Kosten macht; und ehe man nicht die ganze Einrichtung auf eine andere bessere Grundlage stellt, möge man uns lieber damit verschonen.

Dieser Tage erhielt ich von einem Kunden in Delitzsch einen Check einer dortigen Genossenschaftsbank über einen kleinen Betrag. Laut Aufdruck ist derselbe noch an 3—4 Zahlstellen einlösbar, in Berlin, Magdeburg, Dessau u. s. w. In Leipzig gibt es keine Zahlstelle. Was nützt mir denn nun eine solche Zahlungsanweisung? Einen Bankier habe ich nicht, weil ich keinen brauche, meine Lieferanten verweigern die Annahme, ich bin also darauf angewiesen, ihn zu Gelde zu machen, und das wird mir unter allen Umständen einige Tage Zeit und mindestens 50 Pf. Spesen kosten. Ich habe deshalb meinem Kunden geschrieben: Bitte, behalten Sie künftig ihre Checks und schicken Sie mir ihre Schuld durch Postanweisung, ich will gern das Porto tragen und event. auch noch ein paar Wochen warten.

Derartige Fälle passieren täglich, Grosskaufleute und Banken haben vielleicht andere Erfahrungen gemacht. Aber auch manche der letzteren scheinen einer Förderung des Checkverkehrs nicht sehr geneigt zu sein.«

J. O.

Die Uncoulanz unserer Banken beim Einzug von Schecks und im Scheckverkehr überhaupt ist endlich auch sehr daran schuld, dass der letztere so wenig an Ausdehnung gewinnt. So suchen die Banken, wie ich das aus meiner eigenen Bankpraxis weiss, nur zu gern am Einzug zu verdienen, indem sie Auf-

schläge auf die tatsächlichen Spesen machen, oder indem sie die Schecks später valutieren; sie verleiden somit den Scheckverkehr dem Empfänger. Sehr viele Banken, vor allen Dingen die Kreditgenossenschaften, erschweren den Gebrauch von Schecks vielfach auch dem Aussteller dadurch, dass sie ihm dieselben nicht erst bei Vorkommen, sondern beim Avisieren¹⁾ belasten, um einen Zinsenzwischengewinn zu machen. Das führt dann zu der so häufig zu beobachtenden Unsitte des Vordatierens von Schecks.

All diese Mängel, die unserem Scheckverkehr anhaften, bewirken, dass der Scheck bei uns noch weit entfernt ist, ein für die Volkswirtschaft brauchbares Zahlungsmittel zu sein. Nur zu einem geringen Teil führt sein Gebrauch zu Clearingzahlungen, in den weitaus meisten Fällen wirkt er nicht anders als eine Barzahlung.

Soll der Scheckverkehr in Deutschland je an Ausdehnung gewinnen, so ist es zunächst erforderlich, dass diese Mängel verschwinden. Ob unsere Banken je von ihrer üblen Gepflogenheit, im Scheckverkehr an Zinsen und Spesen verdienen zu wollen, abgehen, bevor sie durch eine starke Konkurrenz, z. B. den Postscheckverkehr, dazu gedrängt werden, bezweifle ich sehr. Ebenso scheinen mir die Aussichten auf ein möglichst zentralisiertes Abrechnungswesen gering; unsere Abrechnungsstellen, die doch gewissermassen in der Absicht gegründet waren, Mittelpunkte für ihre Bezirke zu sein, sind über eine wesentlich mehr als lokale Bedeutung nicht hinausgekommen. Ein gewisser Fortschritt in dieser Richtung ist ja zu verzeichnen, insofern die Reichsbank durch das neue Scheckgesetz in die Lage gekommen ist, Schecks zu diskontieren, dass also dadurch, dass der Scheckverkehr an den Giroverkehr der Reichsbank angeschlossen ist, eine gewisse Clearingmöglichkeit für die Schecks geschaffen ist, aber die billige und bequeme Einzugsmöglichkeit der Schecks bleibt doch dabei nur auf die Reichsbankplätze beschränkt. Vor allen Dingen wird es schwer sein, das geringe Verständnis der mittleren und unteren Kreise unserer kaufmännischen und gewerbetätigen Bevölkerung für den Scheckverkehr zu heben, oder noch besser gesagt, diese Klassen zum Scheckverkehr zu erziehen.

1) Im allgemeinen lösen die deutschen Banken im Gegensatz zu denen anderer Länder die Schecks ihrer Kunden erst dann ein, wenn sie von deren Ausstellung vorher schriftlich benachrichtigt sind, wenn »die Schecks — wie es in der Banksprache heisst — vorher avisiert sind.«

Das einzige wirklich erfolgreiche Mittel, das Verständnis für den Scheck zu heben — und darauf kommt es hauptsächlich an — für ihn die weitgehendsten Einzugs- und Abrechnungsmöglichkeiten zu schaffen, die Gelegenheit zum Gebrauch des Schecks bis in die entferntesten Dörfer unseres Landes zu tragen, ist nach den glänzenden Erfahrungen, die man in Oesterreich gemacht hat, der Postscheck. Seine Erfolge verdankt dieser seiner Billigkeit und Bequemlichkeit, sowie der grossen Popularität der Post.

Ich glaube mit den vorstehenden Ausführungen gezeigt zu haben, dass, mag man die Notwendigkeit der Verbesserung der deutschen Zahltechnik vom Standpunkte eines Anhängers des Scheck- oder des Giroverkehrs aus betrachten, die Postsparkasse mit ihren Scheck- und Giroeinrichtungen doch das am meisten erstrebenswerte Ideal ist, dass sie sowohl die Mängel des Scheck- als auch des Girowesens zu beseitigen und jedes Dorf im Reiche in den geldersparenden Zahlungsverkehr einzubeziehen vermag.

Die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hatte die Verbesserung der deutschen Zahltechnik immer notwendiger gemacht. Im Jahre 1899 brachte darum der damalige Staatssekretär für das Postwesen *Podbielski* eine Denkschrift zum Etat vor den Reichstag¹⁾, die zur Veredlung des Geldverkehrs dem Reichstage die Einführung des Postscheck- und Giroverkehrs in Deutschland empfahl. Der Gesetzentwurf war im grossen und ganzen eine Nachahmung des österreichischen Postsparkassengesetzes. Die neue Einrichtung sollte allerdings nach dem dezentralistischen System organisiert werden, und zwar sollten in den 9 Städten Berlin, Breslau, Cöln, Danzig, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Karlsruhe und Leipzig (für Bayern und Württemberg war die Einführung nicht beabsichtigt) selbständige Scheckämter errichtet werden. Ein- und Auszahlungen waren ganz nach österreichischem Muster gedacht, die Stammeinlage sollte 100 M., die Verzinsung 1,2 % betragen. Vollständig neu war die Bestimmung, dass ein Kontoinhaber mittels Schecks einen Teil seines Guthabens vom Hauptamte nach dem Postamte seines Wohnortes zur ratenweisen Abhebung abzweigen konnte und somit der häufig in Oesterreich als lästig und zeitraubend empfundenen

1) Reichshaushalt-Etat für das Rechnungsjahr 1900, Berlin 1899, Anlage XIV a.

denen Bestimmung überhoben war, sich bei Rückzahlungen immer erst an das Hauptamt wenden zu müssen, ein durchaus praktischer und origineller Gedanke. Die Gebühren für die Benutzung der neuen Anstalt waren fast genau so hoch angesetzt wie bei der österreichischen Postsparkasse, sie sollten betragen: Für Einzahlungszettel und Briefumschläge 1,5 Pf., für Schecks 3 Pf., (in Oesterreich 2, bez. 0,6 bez. 6 Heller) die Grundgebühr pro Transaktion sollte sich auf 5 Pf. bei Beträgen bis 5 Mark und 10 Pf. bei Beträgen darüber stellen (in Oesterreich unterschiedslos 4 Heller); ausserdem sollte für Rückzahlungen (ausgenommen Postanweisungen und Belastungen im Giroverkehr) eine Provision von $\frac{1}{4} \text{ ‰}$ bei Beträgen bis 3000 M. erhoben werden, von den 3000 M. überschüssenden Beträgen $\frac{1}{8} \text{ ‰}$. (In Oesterreich ist diese Grenze 6000 Kr.) Die Einzahlungs- und Rückzahlungsgebühren sollten also in Deutschland geringer sein, die Grundgebühr dagegen ein wenig höher als in Oesterreich. Praktisch wären die Kosten in beiden Staaten ganz gleich gewesen.

Der Entwurf, der sehr sorgfältig durchdacht und ausgearbeitet war, krankte nur an einem Uebel. Man hatte offenbar gefürchtet — ohne dass dazu irgend ein Grund vorhanden gewesen wäre — dass der Reichsbank durch die neue Einrichtung in bedeutendem Masse Girogelder entzogen würden, die, beiläufig gesagt, Ende 1906 519,9 Millionen M. betrugen, und wollte ihr darum die Postscheckgelder samt und sonders zu 1,2 % Verzinsung lassen. Dadurch musste es den Anschein gewinnen, als wolle die Post ihre Verwaltungskosten durch »hohe« Gebühren decken, und man zog nun im Reichstage gegen die hohen Gebühren zu Felde, die alle Leute gleich von vornherein abschrecken würden, die neue Einrichtung zu benutzen, ohne die österreichischen Verhältnisse studiert zu haben und sich bewusst zu sein, dass diese Gebühren überhaupt nicht hoch zu nennen waren, weder im Hinblick auf die Gebühren für Postanweisungen noch im Hinblick auf die Gebühren der österreichischen Postsparkasse.

Der Entwurf kam am 29. Januar 1900 im Reichstage zum ersten Male zur Beratung¹⁾. Wenn man die stenographischen Berichte liest, muss man die betrübende Wahrnehmung machen, dass hier eine für die Lebensinteressen der deutschen Volkswirtschaft wichtige Vorlage zu Falle kam, weil von all den Debatterednern

1) Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, X. Legislaturperiode, I. Session 1898/1900. V. Band, Berlin 1900, Seite 3807 ff.

nur die wenigsten wussten, worum es sich bei dem Entwurf eigentlich handelte. Die meisten Abgeordneten hielten ihn nur für einen verkappten Vorläufer der eigentlichen Postsparkasse, ein Abgeordneter verstand sogar den Unterschied nicht zwischen momentanen Kassenüberschüssen und den eigentlichen Spargeldern, wieder andere fürchteten für das Fortbestehen des Spar- und Scheckverkehrs der Genossenschaften. Am meisten wurden sodann, wie schon erwähnt, die Gebühren bemängelt.

Wie man es nach der ersten Debatte nicht anders erwarten konnte, wurde der Entwurf von der Budgetkommission am 6. März ohne jede Sachkenntnis umgemodelt, ja geradezu zerpfückt und der Regierung wieder überreicht. Man hatte mit Rücksicht auf die Sparkassen und Genossenschaften jegliche Verzinsung der Konten gestrichen, dafür die Gebühren fallen gelassen und der Regierung empfohlen, sie sollte die Stammeinlage nach der Höhe der Umsätze erhöhen und für die Gelder von der Reichsbank eine höhere Verzinsung zu erlangen suchen. Am 21. März fand die zweite Lesung statt und am 28. März machte der Reichstag die Kommissionsbeschlüsse zu den seinen. Es war selbstverständlich, dass die Regierung unter den damaligen Verhältnissen die Vorlage überhaupt zurückzog.

Die Verhältnisse haben sich seitdem wenig gebessert. Unter dem Einfluss der andauernden Geldknappheit ist die Frage, wie unsere Zahltechnik verbessert werden kann, wieder in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses getreten. Man hat unter dem Zwange der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Vorlage zum Gesetz erhoben, durch die die Reichsbank ermächtigt ist, kleine Banknoten auszugeben. Dieses Gesetz dürfte aber wohl nur geringe Wirkung haben. Ferner hat man zur »Hebung des Scheckverkehrs« ein Scheckgesetz erlassen. Dieses Gesetz hat zwar für den Gebrauch von Schecks eine rechtliche Grundlage geschaffen, die bislang fehlte, wird aber nur wenig dazu beitragen, den Scheckverkehr zu heben. Sein Einfluss auf die Verbesserung der Zahltechnik besteht lediglich darin, dass es durch einige Bestimmungen (Haftpflicht sämtlicher Indossanten und begrenzte Umlaufsfähigkeit) die Reichsbank in die Lage setzt, Schecks zu diskontieren, dass es also eine bessere Einzugs- bez. Clearingmöglichkeit für die letzteren schafft.

Inzwischen hatte man in den beteiligten Kreisen die Erfolge des österreichischen und schweizerischen Postscheckverkehrs mit

Aufmerksamkeit verfolgt und war sich klar geworden, dass eine gleiche Einrichtung zur Verbesserung der deutschen Zahltechnik das einzig erfolgreiche Mittel sei. Presse, Handelskammern, wirtschaftliche Verbände und andere Korporationen traten immer lebhafter für den Postscheck ein. Die Regierung hat sich dem denn auch nicht verschliessen können und hat dem Reichstag in einer Denkschrift zum Etat für das Jahr 1908 wiederum die Einführung des Postscheck- und Giroverkehrs empfohlen¹⁾. Leider hat sie den Forderungen, die der Reichstag im Jahre 1900 aufgestellt hat, nur zu sehr Rechnung getragen, und so ist eine Vorlage entstanden, die uns nur dem Namen nach einen Postscheck- und Giroverkehr, in Wirklichkeit dagegen nur einen Postanweisungsverkehr in anderem Gewande und mit niedrigeren Gebühren bringen wird.

Der Entwurf wurde am 31. März 1908²⁾ vom Reichstage zum ersten Male durchberaten und der Budgetkommission überwiesen, die sich in ihren Sitzungen vom 7. und 8. April 1908 damit befasst und ihn angenommen hat³⁾.

Der Reichstag hielt dann am 1. Mai 1908⁴⁾ die erste und am 7. Mai⁵⁾ die zweite Lesung über den Entwurf ab und nahm ihn an. Der Postscheck- und Giroverkehr wird somit am 1. Januar 1909 in ganz Deutschland eingeführt, da auch Bayern und Württemberg sich zum Erlasse gleicher Gesetze entschlossen haben.

Die Bestimmungen über den Postscheck- und Giroverkehr stellen eine wesentliche Verschlechterung gegenüber denen der Vorlage vom Jahre 1899 dar. Die Organisation des neuen Dienstzweiges der Post soll zwar dieselbe bleiben, wie sie 1899 gedacht war. Eine Verzinsung der Konten soll dagegen nicht stattfinden. Die Gebühren vollständig fallen zu lassen, wie es der Reichstag 1900 verlangt hatte, hat man sich nicht entschliessen können, aber dieselben sind so niedrig angesetzt, dass sie mit den Zinseinnahmen zusammen zur Not die Selbstkosten der Post

1) Verhandlungen des Reichstags, XII. Legislaturperiode, I. Session. Anlagen zu den stenographischen Berichten. No. 664—820. Berlin 1908. No. 747.

2) Verhandlungen des Reichstags, XII. Legislaturperiode, I. Session, Band 232, Berlin 1908, Seite 4486 ff.

3) Verhandlungen des Reichstags, XII. Legislaturperiode, I. Session. Anlagen zu den stenographischen Berichten No. 821—985, Berlin 1908, Seite 5310 f. (No. 873).

4) Desgl. Seite 4980 ff.

5) Desgl. Seite 5224.

decken und gar nicht ins Gewicht fallen; es sollen erhoben werden

I) bei Bareinzahlungen für je 500 M. oder einen Teil dieser Summe 5 Pfg.

II) für jede Barrückzahlung

a) $\frac{1}{10}$ ‰ von den auszahlenden Beträgen,

b) ausserdem eine feste Gebühr von 5 Pfg.

III) für jede Ueberweisung von einem Konto auf ein anderes Postscheckkonto 3 Pfg.

IV) Erheischt der Kontoverkehr eines Kontoinhabers jährlich mehr als 600 Buchungen, so wird ausser den I—III aufgeführten Gebühren für jede weitere Buchung eine Zuschlaggebühr von 7 Pfg. erhoben.

Eine gleichmässige Stammeinlage von 100 M. hat man zwar beibehalten, hat dagegen aber für Kunden, die ihr Konto stark benutzen, die obige Zuschlaggebühr von 7 Pfg. festgesetzt, die sich geradezu wie eine Strafprämie für reichliche Benutzung einer wirtschaftlichen Zahlform ausnimmt.

Die einzige Verbesserung, die die neue Vorlage gegenüber der vom Jahre 1899 bietet, betrifft die Anlegung der Gelder. Dieselben sollen der Reichsbank nicht zur freien Benutzung und gegen festen Zinssatz übergeben werden, wie man es 1899 beabsichtigt hatte, sondern sollen von dieser selbständig in Schatzscheinen, Staatspapieren, in- und ausländischen Wechseln, Fonds zur Förderung von Industrie, Handel und Landwirtschaft angelegt werden. Ein Teil der Gelder soll ferner zur Verstärkung der Betriebsmittel der Post- und der Reichskasse dienen. Die gesamten Zinsen fallen dabei der Postverwaltung anheim unter Abzug einer Provision von $\frac{1}{4}$ ‰, die die Reichsbank von den von ihr verwalteten Beträgen erhebt.

Es ist sehr bedauerlich, dass die Regierung — die mit der Vorlage allem Anscheine nach nur eine Verstärkung der Betriebsmittel der Postverwaltung und Reichskasse im Auge hatte — auch trotz der schlechten Erfahrungen im Jahre 1900 nicht eine mässige Verzinsung der Konten, vielleicht in Höhe von 1,5—2 ‰, vorgeschlagen hat, denn ohne eine solche wird die neue Einrichtung nur dem Namen nach ein Postscheck- und Giroverkehr sein und die Bedeutung, die sie sonst für Deutschland haben müsste, auch nicht im entferntesten zu erlangen vermögen. Die niedrigen Gebühren, wie sie gegenüber dem Postanweisungsverkehr bestehen, werden ja natür-

lich eine ganze Menge von Personen bewegen, sich ein Konto eröffnen zu lassen, aber die Zahl der Teilnehmer wird doch immer nur relativ gering bleiben, denn es wäre zu naiv, zu glauben, dass jemand, der über keinen allzugrossen Zahlungsverkehr verfügt, der Post auch noch eine unverzinsliche Stammeinlage von 100 M. belassen sollte. Und dabei ist doch eine möglichst grosse Teilnehmerzahl überhaupt erst die Grundlage, auf der sich ein wirksamer Postscheck- bez. Ueberweisungsverkehr aufzubauen vermag. Dann — und das ist der wichtigste Einwand, den man gegen den Entwurf ins Feld führen muss — wird die Zinslosigkeit der Konten bewirken, dass die Summe der Gelder, die die Post an sich ziehen wird, sich nicht viel über den Gesamtbetrag der Stammeinlagen erheben wird, dass die Summen, die eingezahlt werden, stets bald wieder abgehoben werden. Der Post fehlt also jede Möglichkeit, durch grosse Geldmengen, die sie aus den Kassenschränken der mittleren und kleineren Geschäftswelt herausziehen und dem Markte zuführen könnte, oder durch Ausgestaltung des Ueberweisungsverkehrs auf den Geldmarkt einzuwirken, denn der Ueberweisungsverkehr besteht so lange nur dem Namen nach, solange die zur Ueberweisung gelangenden Summen nicht auf dem Konto vorhanden sind, sondern erst eingezahlt werden, um dann sofort wieder abgehoben zu werden.

Die Postscheckfrage darf für Deutschland durch die neue Einrichtung keineswegs als gelöst betrachtet werden, eine, wenn auch mässige Verzinsung der Konten muss trotz des — meiner Meinung nach völlig grundlosen — Widerstandes der Sparkassen und Genossenschaften unter allen Umständen gefordert werden, denn erst dadurch vermag der Postscheckverkehr Bedeutung zu erlangen.

Wie schon erwähnt, herrscht in Deutschland bei den kleineren Geschäftsleuten in weitem Umfange die Unsitte, dass sie, wenn sie nicht gerade Kredit brauchen, mit einer Bank am liebsten nichts zu tun haben, sondern meistens ihre eigenen Kassenhalter sind. Das letztere trifft auch auf die Landbewohner zu, die mit einer Bank nicht in Verbindung stehen, weil eben keine am Platze vorhanden ist. Das hat zur Folge, dass eine grosse Menge Bargeld tot in den Kassenschränken liegt und dem Verkehr entzogen ist. Diese Gelder an sich zu ziehen, ist nichts so geeignet, wie der Postscheck- und Giroverkehr, aber nur unter der einen Be-

dingung, dass die Konten der Teilnehmer verzinst werden.

Vor allem wird aber der geldlose Zahlungsverkehr durch den Postscheck- und Giroverkehr erst dann gefördert werden können, wenn eine Verzinsung der Konten stattfindet.

Nach welchen Richtungen hin die Form des geldlosen Zahlungsausgleichs bei uns noch von nöten ist, ist zu bekannt, sodass ich hier nur einige Punkte herauszugreifen brauche:

1) **Postanweisungsverkehr.** Da in Deutschland die Zahltechnik noch so wenig entwickelt ist, so ist es nicht verwunderlich, dass die unwirtschaftliche Zahlform der Postanweisung bei uns noch am verbreitetsten ist, wie folgende Tabelle zeigt (1903)¹⁾:

Länder	Stücke in 1000	Betrag in 1000 Frs.	Pro Kopf der Bevölkerung Stück	Betrag in Frs.
Deutschland	174 752	1 2870 469	2,9	219,6
Oesterreich	35 434	1 765 126	1,3	65,4
Belgien	4 190	290 828	0,9	67,0
Frankreich	48 359	1 817 178	1,2	46,5
England	104 505	1 940 826	2,4	44,8
Italien	17 165	1 147 752	0,5	34,5
Schweiz	8 744	787 869	2,6	231,6

Wie man sieht, übertrifft Deutschland hinsichtlich der Höhe des Postanweisungsbetrages pro Kopf der Bevölkerung alle Länder mit Ausnahme der Schweiz, das hat sich aber geändert, seit auch in diesem Lande der Postscheck eingeführt ist. Bei den anderen Ländern, vor allem England und Frankreich, sind die geringen Ziffern auf die im Gebrauch befindlichen Postnoten (Postal Order, bon de poste) zurückzuführen, allein es bleibt zu bedenken, dass diese Geldsurrogate indossierbar sind und in Zahlung gegeben werden können, somit ein bei weitem edleres Zahlungsmittel darstellen als die Postanweisung. Unsere Post ist ja zwar bestrebt gewesen, die doppelten Bargeldumsätze im Postanweisungsverkehr nach Möglichkeit einzuschränken, indem sie es ermöglicht hat, dass Ein- und Auszahlungen auf Grund von Postanweisungen über Reichsbankgirokonten, sogar über das Konto anderer Personen, bewirkt werden können. Der Erfolg ist jedoch nicht gross; 1906 wurden von 22,5 Milliarden Mark Umsatz rund $\frac{1}{4}$ Milliarde auf diese Weise ein- und 2,2 Milliarden Mark ausgezahlt, der Rest wurde dagegen bar ein- und ausgezahlt, d. h. die Gelddbriefträger trugen jeden Tag ca. 20 Millionen Mark in ihren Taschen herum.

¹⁾ G. Krämer, Das Postbankwesen in *Conrads Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik*, III. Folge, Band 33, Jena 1907, Seite 213.

Der Postscheck- und Giroverkehr würde zweifellos den rückständigen Postanweisungsverkehr ganz gewaltig einschränken, wenn eine Verzinsung der Konten stattfände.

2) **Hypothekenverkehr.** Mit diesem Punkte berühre ich eines der leidigsten Kapitel aus der deutschen Volkswirtschaft. Es ist bei uns Gewohnheit geworden, dass an den Quartalterminen mit der Bezahlung der Anleihezinsen, Beamtengehälter, Mieten und Börsenverpflichtungen die Bezahlung der Hypothek und Hypothekenzinsen erfolgt. Da es sich bei den letzteren um ganz gewaltige Summen handelt, die zum grössten Teil bar bezahlt werden, so wird der Geldmarkt an diesen Zeitpunkten immer in empfindlicher Weise gestört. Man hat die Notwendigkeit von Reformen auf diesem Gebiete schon längst erkannt, und unsere Reichsbank ist dabei, einen Hypothekenabrechnungsverkehr zu schaffen; aber sie wird dabei immer nur einen geringen Teil des Hypothekenverkehrs an sich ziehen können. Meiner Ansicht nach würde der Postscheck- und Giroverkehr mit seinem das ganze Land umfassenden Abrechnungswesen hierin gründlich Wandel schaffen, wenn die Bevölkerung durch Verzinsung der Einlagen dazu angelockt würde, sich seiner zu bedienen.

3) **Steuerzahlung.** Auf diesem Gebiete ist es in Deutschland noch ausserordentlich traurig bestellt, anderen Ländern, besonders Oesterreich gegenüber. Der grösste Teil aller Steuern wird noch in bar an die Steuerkassen abgeführt, ja es kommt sogar immer wieder vor, dass die Steuerämter die Bezahlung mit Schecks in fast unglaublicher Kurzsichtigkeit ablehnen. Der Postscheck ist geeignet, die Barzahlung auf diesem Gebiete vollständig zu verdrängen, wenn durch Verzinsung der Konten dafür gesorgt wird, dass die Postgiro-Ueberweisung nicht nur dem Namen nach, sondern tatsächlich besteht.

4) **Beamtengehälter.** In der Zahlung der Beamtengehälter, die früher ausschliesslich in bar erfolgte, ist ja seit einiger Zeit, insonderheit von seiten der Kommunen, schon ein erfreulicher Wandel eingetreten, insofern die Barzahlung durch Banküberweisung oder Scheck jetzt schon reichlich vorkommt¹⁾. Aber es bleibt hierin noch viel zu tun. Würden im Postscheck- und Giroverkehr Zinsen bezahlt, so wäre es denkbar, dass sich

1) Vergl. hierüber *Siegfried Buff*, Die bargeldlose Zahlung und die deutschen Behörden, in den Annalen des Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, München 1907, S. 788 ff.

eine grosse Reihe von Beamten, insonderheit solcher, die auf dem Lande wohnen, ein Postscheckkonto eröffnen liessen, auf das dann die Gehälter einfach überwiesen würden.

Damit will ich es genug sein lassen. Wird auch der Postscheck- und Giroverkehr in der Gestalt, wie er am 1. Januar 1909 in Deutschland in Kraft tritt, von nur geringem Einfluss auf die Verbesserung unserer Zahltechnik sein, so ist doch nicht zu verkennen, dass er für die Erziehung unserer Bevölkerung zum Scheckverkehr grosse Bedeutung hat, und man muss sich somit freuen, dass überhaupt ein Anfang gemacht ist.

VERLAG VON J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) IN TÜBINGEN.

Der Postscheck.

Eine volkswirtschaftliche und juristische Studie.

Mit Berücksichtigung
der österreichischen, deutschen und schweizerischen
Verhältnisse.

Von

Dr jur. **Manfred Kirschberg.**

8. 1906. M. 5.40. Gebunden M. 6.40.

Ein **Prospekt**, in welchem eine Anzahl Rezensionen abgedruckt sind,
steht zur Verfügung.

Einführung

in die

Versicherungs-Praxis.

Eine Sammlung von Formularen und Aktenstücken aus dem
Betriebe aller Zweige der Privat- und der Sozial-Versicherung.

In zwei Bänden.

Erster Band: Privat-Versicherung.

Lex. 8. 1908. M. 5.60. Gebunden M. 6.60.

Zweiter Band: Sozial-Versicherung.

Lex. 8. 1908. M. 2.40. Gebunden M. 3.40.

»Dieses Buch ist geeignet, aufklärender und belehrender zu wirken, als die besten theoretischen Lehrbücher über das Versicherungswesen. Was ist in der Assekuranz die Theorie? Ein blosser Gedanke. Hier aber steht der reiche Baum des Lebens, mit den tausendfachen goldenen Früchten der Erfahrung behangen vor uns und zeigt allen, wie tief durchdacht, organisch gewachsen und voll gereift die heutigen Einrichtungen des Privat-Versicherungswesens sind und wie eng sie sich den Anforderungen und Bedürfnissen des praktischen Lebens angepasst haben.«

Allgemeine Versicherungspresse 1907 No. 48.

»Wir kommen umso lieber auf die Herausgabe dieser Sammlung zurück, als damit einem auf dem Gebiete des Versicherungswissens noch herrschenden Mangel abgeholfen wird. In erster Linie wird der Band ja als Hilfsmittel beim versicherungswissenschaftlichen Unterricht dienen, dann aber auch denen ein angenehmes Nachschlagewerk sein, die Beruf oder Neigung mit der Materie in Berührung kommen lässt. . . . So ist hier ein wirklich nützliches Hilfsmittel für das Erfassen des Versicherungsgedankens und für das Eindringen in die fein verästelten Zweige des Versicherungswesens geschaffen, dessen Nutzen ein unverkennbarer ist.«

Deutsche Versicherungspresse 1907 Nr. 45.

Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung in Tübingen.

Die Entstehung der Volkswirtschaft.

Vorträge und Versuche.

Von

Dr. A. Bücher,

ord. Professor an der Universität Leipzig.

Sechste Auflage.

8. 1908. Gebunden M. 7.20.

VERLAG VON J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) IN TÜBINGEN.

Die Hilfskassen in Gegenwart und Zukunft.

Von

Dr. Franz Leyers.

Gross 8. 1908. Im Einzelverkauf M. 5.—.

(Abhandlungen aus dem Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht, Band IV, Heft 1.)

Rechtsbeziehungen zwischen Krankenkassen und Berufsgenossenschaften

nach § 25 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes.

Von

Dr. Josef Esters.

Gross 8. 1908. Im Einzelverkauf M. 3.80.

(Abhandlungen aus dem Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht, Band IV, Heft 2.)

Vergeltungsstrafe und Schutzstrafe. Die Lehre Lombrosos.

Zwei Vorträge

von

Reinhard Frank.

8. 1908. M. —.80.

Die Grundlagen des revolutionären Pacifismus.

Von

Alfred H. Fried.

8. 1908. M. 1.—.

Die Schrift des bekannten Wiener Vorkämpfers der Friedensidee ist für alle Freunde einer besonnenen Friedenspropaganda von hohem Interesse.

Druck von H. Laupp jr in Tübingen.

ZEITSCHRIFT
FÜR DIE
GESAMTE STAATSWISSENSCHAFT

Herausgegeben von

Dr. K. Bücher,
o. Professor an der Universität Leipzig.

Ergänzungsheft XXVIII.

Treuhänder
und
Treuhandgesellschaften
in Grossbritannien, Amerika und Deutschland.

Von

Dr. Walter Nachod.

TÜBINGEN.

VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG

1908.

Preis im Einzelverkauf M. 4.20.

*Preis für die Abonnenten der „Zeitschrift für die gesamte Staats-
wissenschaft“ oder der „Ergänzungshefte“ M. 3.30.*

ZEITSCHRIFT

FÜR DIE GESAMTE

STAATSWISSENSCHAFT

In Verbindung mit

Oberbürgermeister Dr. **F. ADICKES** in Frankfurt a. M., Prof. Dr. **G. COHN** in Göttingen, Oberbürgermeister a. D. Dr. v. **HACK** in Urach, Ober-Verw.-Ger.-Rat Prof. Dr. **F. v. MARTITZ** in Berlin, Kaiserl. Unterstaatssekretär z. D., Prof. Dr. **G. v. MAYR** in München, Prof. Dr. **Fr. J. NEUMANN** in Tübingen, Minister d. Innern Dr. **K. SCHENKEL** in Karlsruhe, Prof. Dr. **A. VOIGT** in Frankfurt a. M., Geh. Reg.Rat Prof. Dr. **A. WAGNER** in Berlin, Dr. Freiherr von **WEICHS** bei d. Direkt. d. k. k. Staatsbahnen in Innsbruck

HERAUSGEGEBEN

VON

Dr K. BÜCHER,

o. Professor an der Universität Leipzig.

Ergänzungsheft XXVIII.

Treuhänder und Treuhandgesellschaften.

Von

Walter Nachod.

TÜBINGEN
VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG
1908.

o

Treuhänder

und

Treuhandgesellschaften

von

Walter Nachod.

TÜBINGEN

VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG

1908.

ALLE RECHTE VORBEHALTEN.

DRUCK VON H. LAUPP JR IN TÜBINGEN.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Quellen und Literatur	VII
Einleitung	I
I. Kapitel. Das englische Treuhandrecht und seine Bedeutung .	3
A) § 1. Treuhänder und Trustee als Rechtsbegriffe	3
B) Das heutige englische Treuhänderrecht nach dem Trustee Act von 1896	5
§ 2. Arten von Trusts	5
§ 3. Errichtung des Trust	6
§ 4. Zahl der Trustees	7
§ 5. Annahme, Ablehnung und Niederlegung des Trusteeamtes .	8
§ 6. Pflichten des Trustee im allgemeinen	9
§ 7. Anlage von Trustvermögen nach der Investierungsklausel . .	11
§ 8. Vom Gesetz ausdrücklich genehmigte Investitionen	15
§ 9. Trustees für Grundbesitz und Pachtungen	21
§ 10. Trustees für verheiratete Frauen und Kinder	23
§ 11. »Trustees for Sale«. Zahlung von Trustschulden	26
§ 12. Haftbarkeit des Trustee im allgemeinen. Trustbruch (Breach of Trust)	28
§ 13. Rechtsansprüche des Trustee	31
§ 14. Die Entlastung des Trustee durch den Judicial Trustees Act	34
C) § 15. Allgemeine Bedeutung des Trust in Grossbritannien. Trustee- Not und Trust Companies	37
II. Kapitel. Die amerikanischen Trust-Companies	48
I. § 1. Entstehung der Trust Company	48
II. Organisation der Trust Company	53
§ 2. Gründung von Trust Companies	53
§ 3. Kapital und Reserven	58
§ 4. Die Organe der Trust Company	61
III. Funktionen der Trust Companies	64
A) § 5. Die Funktionen der Trust Companies als Trustees	64
B) § 6. Die Trust Companies als Banken	69
III. Kapitel. Die Schutzvereinigung	77

	Seite
IV. Kapitel. Die deutschen Treuhandgesellschaften	88
I. Entstehung der Deutschen Treuhandgesellschaft	88
II. Die Funktionen der Deutschen Treuhandgesellschaft und deren wirtschaftliche Bedeutung	97
1. Treuhändertätigkeit. Vermögensverwaltung und Testamentsvollstreckung durch die Treuhandgesellschaft	99
2. Schutzvereinigung, Pfandhalterschaft und verwandte Funktionen	108
A. Der fremdländische Schutz	108
B. Der inländische Schutz. Sanierung und Pfandhalterschaft	111
Das Reichsgesetz, betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen vom 4. Dezember 1899	112
Die deutsche Treuhandgesellschaft und ihre Tätigkeit auf Grund des Gesetzes vom 4. Dezember 1899	114
C. Die Registrierung	119
3. Revision und Reorganisation	121
A. Die englisch-amerikanischen Bücherrevisoren (Accountants und Auditors)	121
B. Die Deutsche Treuhandgesellschaft als Revisor	127
III. Die andern deutschen Treuhandgesellschaften	132
1. Treuhandbank für Sachsen	132
2. Revisions- und Vermögensverwaltungs-A.-G.	133
3. Treuhandvereinigung	133
4. Allgemeine Revisions- und Vermögensverwaltungs-A.-G.	134
5. Mecklenburgische Treuhandgesellschaft vereidigter Revisoren	135
6. Treuhandgesellschaft vereidigter Revisoren	135
7. Delkredere- und Treuhand-A.-G.	135
IV. Stellung der deutschen Treuhandgesellschaften im deutschen Wirtschaftsleben	136
Schlussbetrachtung	142
Tabelle Nr. 1—5	145

Quellen und Literatur.

I. Quellen.

- Trustee Act, 1893 56 and 57 Vict. Ch. 53, abgedruckt bei *R. Denny Umlin*, »The Law of Trustees«, Anhang B.
- Judicial Trustees Act, 1896, 59 and 60 Vict., Ch. 35, mit Rules of Court vom 31. August 1897.
- Statutory Revision of the Laws of New York affecting Banks, Banking and Trust Companies. — Prepared by *A. Hamilton*. — Albany N. Y. 1903.
- Digest of Laws relating to Trust Companies of the United States Prepared by *B. J. Downer*. — New York 1905.
- Trust Companies of the United States 1906. Herausgegeben von der United States Mortgage & Trust Company New York.
- Investment of Trust Funds in the New England and Middle Atlantic States. New York, 1902.
- Prospekte von amerikanischen Trust Companies.
- The Pennsylvania Railroad Company. Final Report of the Board of Directors. 13th Febr. 1907.
- Thirty-third Annual Report of the Council of Foreign Bondholders, for 1905—1906. — London 1907.
- Reichsgesetzblatt, Jahrg. 1899, Nr. 47, S. 691—698.
- Deutsche Treuhandgesellschaft; Geschäftsberichte von 1897—1907, Statuten von 1892, 1899 und 1901.
- Geschäftsberichte und Statuten einiger anderer Treuhandgesellschaften s. IV. Kap.

II. Literatur.

- H. Brunner*, Quellen und Geschichte des deutschen Rechts bei *von Holtzendorff*, Encyclopädie der Rechtswissenschaft. 6. Aufl. herausg. von *J. Kohler*, Leipzig und Berlin 1904, Bd. I, S. 172—287.
- L. R. Dicksee*, Auditing. — A practical manual for Auditors 7th ed. London 1907.
- H. C. Emery*, Bank- und Börsenwesen, bei *E. von Halle*, »Amerika, seine Bedeutung für die Weltwirtschaft und seine wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland«. — Hamburg 1905. S. 316—352.
- R. Gierke*, Grundzüge des deutschen Privatrechts. (*von Holtzendorff*, Bd. I, S. 434 bis 559.)
- E. Heaton*, The Trust Company Idea and its Development. Buffalo 1904.
- A. Heusler*, Institutionen des deutschen Privatrechts. Leipzig 1885.
- E. Heymann*, Ueberblick über das englische Privatrecht. (*von Holtzendorff*, Bd. I, S. 795—848.)
- M. Jürgens*, Finanzielle Trustgesellschaften. Münchener volkswirtschaftl. Studien, herausgeg. von *Brentano* und *Lots*. 54. Stück. Stuttgart und Berlin 1902.

— VIII —

- M. Kempin*, Die amerikanischen Trusts. (Archiv für bürgerl. Recht. Bd. VII. S. 334 ff.)
- D. C. Kiep*, Das neue staatliche Treuhänderamt in England. (Jahrb. f. Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, herausg. von *Schmoller*. 32. Jahrg. 1908, III. Heft, S. 39—49.)
- F. B. Kirkbride* and *J. E. Sterrett*, The Modern Trust Company and its Functions and Organization. — New York 1906.
- E. Lacombe*, Ueber den Schutz der Inhaber fremdländischer Wertpapiere. (Jahrb. f. Nationalökonomie u. Stat., herausg. von *Conrad*, III. F. Bd. 20. Jahrg. 1900, S. 781—807.)
- R. H. Inglis Palgrave*, Dictionary of Political Economy. London u. New York 1894.
- Riesser*, Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Grossbanken mit besonderer Rücksicht auf die Konzentrationsbestrebungen. 2. Aufl. Jena 1906.
- E. Romer*, Die Bücherrevisorenpraxis in Deutschland und England. Ein propagandistisches Handbuch der Bücherrevision. 1. u. 2. Aufl. Berlin 1905.
- R. Rosendorff*, Treuhandgesellschaften und ihre Funktionen. (Jahrb. f. Nat.Oek. u. Stat., III. F. 31. Bd. 1906. S. 608 ff.)
- A. Sartorius Frhr. von Waltershausen*, Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Auslande. Berlin 1907.
- A. Schultze*, Treuhänder im geltenden bürgerlichen Recht. Jena 1901.
- Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 111: »Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff.« 7. Bd. 2. Abschn.: »Die Sanierung notleidender Hypothekenbanken. Die deutsche Treuhandgesellschaft« von *E. Kritzler* und *F. Hecht*.
- The Statesmans Year Book. London 1908.
- A. Stubbe*, Organisation des amerikanischen Bankwesens. (Jahrb. f. Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, herausg. von *Schmoller*, 31. Jahrgang 1907, III. Heft, S. 321—362.)
- R. Denny Urlin*, »The Law of Trustees, their Duties and Liabilities.« 7th ed London 1904.
- Derselbe*, The Investment of Trust-Funds. London 1906.
- du Velay*, Essai sur l'Histoire Financière de la Turquie. Paris 1903.
- O. Warschauer*, »Die Treuhandgesellschaften und die Aufsichtsratsfrage in Deutschland.« (Jahrb. f. Nat.Oek. u. Stat. III. F. 35. Bd. 1908. S. 474 ff.).
- Whartons Law-Lexicon*. — 10th. Ed. by *J. M. Lely*. — London 1902.
- B. Worthington*, Professional Accountants. — An historical Sketch. — London 1895.
- Fr. von Zimmermann*, Die Teilschuldverschreibung und das Reichsgesetz betr. die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen vom 4. Dez. 1899. Berlin 1901.

III. Zeitschriften.

- »Der deutsche Ökonomist« herausg. von *W. Christians*. Berlin-Wilmersdorf.
- »Plutus« herausgeg. von *Georg Bernhard*. Berlin-Charlottenburg.

An dieser Stelle möchte ich schliesslich den Herren Dr. *Fuchs*, Archivar der Deutschen Bank in Berlin, sowie Herrn *August Stern* meinen herzlichsten Dank für die Unterstützung aussprechen, welche diese Herren durch Beschaffung von wertvollem Material und durch Aufklärung einiger Punkte mir zuteil werden liessen.

Einleitung.

Innerhalb der letzten Jahrzehnte ist in Deutschland eine Anzahl von Gesellschaften entstanden, welche die alte Einrichtung der Treuhand auf Verhältnisse anwenden wollen, die durchaus Erzeugnisse des modernen Kapitalismus sind. Durch diese eigenartigen Gebilde haben die uralten Rechtsbegriffe der Treuhand und des Treuhänders eine Neubelebung erfahren. Infolge der Rechtsentwicklung waren diese Institutionen in Deutschland zwar nicht ausgerottet, wohl aber sehr zurückgedrängt worden. Forscht man der Tätigkeit jener Gesellschaften nach, so lassen sich deutlich 3 Hauptfunktionen unterscheiden:

I. Die eigentliche Treuhändertätigkeit bestehend in der Anlage und Verwaltung von Vermögen oder Vermögensteilen im eigenen Namen zu Gunsten dritter Personen.

II. Fürsorge für bedrängte Gläubiger durch Schutzvereinigung gegenüber fremden Staaten und Unternehmungen, durch Sanierung und Pfandhalterschaft gegenüber inländischen Schuldern.

III. Revision von Büchern und Bilanzen anderer Unternehmungen.

Untersucht man im einzelnen diese drei Hauptfunktionen, so ergibt sich, dass überall englische und amerikanische Vorbilder wirksam gewesen sind. Es gliedert sich daher die vorliegende Arbeit folgendermassen:

Das I. Kapitel enthält eine Schilderung des Wesens und der Bedeutung des englischen Treuhänders, des Trustee, der im wesentlichen die Verwaltung fremden Vermögens zu erledigen hat.

Kapitel II stellt die Ausbildung und Weiterentwicklung des Trustee zu den Trust Companies der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika dar.

In Kapitel III wird der Haupttypus der Schutzvereinigung, der Council of Foreign Bondholders in London geschildert.

Sodann wird zu den deutschen Treuhandgesellschaften übergegangen, die in Kapitel IV zur Darstellung gelangen, das in 4 Abschnitte zerfällt.

Abschnitt I enthält zunächst die eigenartige Geschichte des ersten in Deutschland gegründeten Unternehmens: Die deutsche Treuhandgesellschaft.

In Abschnitt II werden die Funktionen der deutschen Treuhandgesellschaft im einzelnen systematisch dargestellt. Bei der Darlegung des Wesens und der Bedeutung der Bücherrevision ist auch ein besonderer Abschnitt den britisch-amerikanischen Revisoren, den Auditors und Accountants gewidmet.

Abschnitt III beschäftigt sich mit den anderen deutschen Treuhandgesellschaften.

In Abschnitt IV wird die Stellung und Bedeutung der Treuhandgesellschaften im deutschen Wirtschaftsleben untersucht.

I. Kapitel.

Das englische Treuhandrecht und seine Bedeutung.

A. Treuhänder und Trustee als Rechtsbegriffe.

§ 1.

Der Treuhänder des deutschen Rechts hat mit dem englischen Trustee als Rechtsinstitution den gemeinsamen Boden des altgermanischen Volksrechts. *Heusler*¹⁾ führt das ganze Rechtsverhältnis auf den Salmann des langobardischen Rechtes zurück. Als solcher ist der Treuhänder von wesentlicher Bedeutung als Mittelsmann beim Erbübergang eines Gutes (der Sala oder Sale). Der Salmann erhält das Gut vom Erblasser zu treuen Händen, »in fidei ei committitur, in fidei suae manum, in fidelem manum traditur, delegatur«²⁾, d. h. das Gut wird einer Person übergeben, »deren Gewalt über die Sache von vornherein im Sinne einer solchen Vertrauensstellung rechtlich normiert ist«. Durch die Tradition des Gutes entsteht »eine Herrschaft des Salmanns über das Gut und damit ein dingliches Recht«. *Heusler* stellt dieses Recht dem des Vormundes am Mündelgut gleich. Ebenso besteht aber für den Salmann eine obligationenrechtliche Verpflichtung gegenüber dem Erblasser oder Tradenten des Gutes. Denn dieses wird nicht der Willkür des Salmanns überantwortet, sondern jener verspricht mit Annahme des Amtes, dass er sich streng an den ihm erteilten Auftrag halten werde zu Gunsten des Destinatärs.

Die Fälle der Anwendung dieser Rechtsform sind besonders zahlreich bei den im Mittelalter häufigen Vermächtnissen an die

1) *A. Heusler*, Institutionen des deutschen Privatrechts. Leipzig 1885. Bd. I, S. 215 ff.

2) Derselbe, S. 220.

Kirche, freilich auch bei solchen an weltliche Erben¹⁾).

Nach der Rezeption des römischen Rechtes trat der deutsche Treuhänder mehr und mehr zurück. Doch ist die Institution nie völlig untergegangen, vielmehr kam sie wieder stärker zum Durchbruch im neuesten deutschen Recht²⁾).

Alfred Schultze fasst in seiner Schrift »Treuhänder im geltenden bürgerlichen Recht« S. 103 das Wesen des deutschen Treuhänders in seiner modernsten Gestalt folgendermassen zusammen:

»Wer Rechte als Eigenrechte empfangen hat mit der Bestimmung, sie nicht im eigenen Interesse zu gebrauchen, ist nach einem aus der älteren deutschen in die moderne Rechtssprache übergegangenen Ausdruck ein Treuhänder. Man erwartet von ihm Uneigennützigkeit und Treue im Gebrauch seiner Rechte. Die empfangende Hand wird als treue Hand (*manus fidelis*) vermutet. Die Kennzeichnung der Rechtsmacht des Treuhänders ist eine dreifache:

1. Der Treuhänder hat eigene d. h. im eigenen Namen ihm zustehende Rechte. (Den Gegensatz hierzu bildet die Rechtsmacht des »Vertreters«, die Vertretungsmacht.)

2. Der Treuhänder hat diese Rechte nicht im eigenen Interesse.

3. Er hat sie empfangen entweder durch privates Rechtsgeschäft oder durch obrigkeitlichen Akt oder unmittelbar durch das Gesetz, und zwar in allen Fällen mit der Bestimmung des Nichtgebrauchs im eigenen Interesse«.

Dem deutschen Treuhänder entspricht vollkommen der englische »Trustee«. Das Rechtsverhältnis der Treuhand ist der Trust. Derjenige, zu dessen Gunsten ein Trust errichtet wird, heisst in der englischen Rechtssprache »cestui que trust« oder »beneficiary«³⁾).

Dieser Trust hat sich unter der Herrschaft des englischen Gewohnheitsrechtes, gänzlich ungestört vom römischen Rechtsgedanken, entwickeln können. Heute ist er ein wichtiger Bestandteil des britischen Familien- und Sachenrechtes. Derzeit können Trusts für alle Arten von Vermögen errichtet werden.

1) *H. Brunner*, Quellen und Geschichte des deutschen Rechts, bei *v. Holtzendorff*, Enzyklopädie der Rechtswissenschaft, 6. Aufl. Leipzig u. Berlin 1904. S. 261.

2) *R. Gierke*, Grundzüge des deutschen Privatrechts, bei *v. Holtzendorff*, Enzyklopädie I, S. 452.

3) *Wharton's Law-lexicon*, 10. Ed. by J. M. Lely. 1902. London, s. v. »Trust«.

Dies ist das Ergebnis eines jahrhundertelangen rechtshistorischen Entwicklungsprozesses¹⁾. Die einzelnen Phasen desselben zu verfolgen, kann nicht Aufgabe dieser Arbeit sein. Hier genüge die Feststellung, dass an der Ausbildung dieses Rechtsinstitutes besonders die Rechtssprechung des *High Court of Chancery*²⁾ beteiligt gewesen ist. In neuerer Zeit hat sich die Gesetzgebung vielfach mit den Trusts und Trustees beschäftigt. *R. Denny Urlin* führt in seinem »The Law of Trustees« (S. 103—106) nicht weniger als 33 verschiedene Gesetze von 1796 bis 1892 an, die sich entweder ganz oder teilweise mit dieser Materie beschäftigt haben. Zu einem gewissen Abschluss und einer Art Kodifizierung ist die Treuhandgesetzgebung in England durch den Trustee Act von 1893, 56 und 57 Vict. c. 53 und den Judicial Trustees Act von 1896, 59 und 60 Vict. c. 35 gekommen. Aus diesem heute geltenden Recht ist das Wesen und die wirtschaftliche Bedeutung des Trust in Grossbritannien deutlich zu erkennen, weshalb im folgenden auf diese Gesetze näher eingegangen wird.

B. Das heutige englische Treuhänder-Recht nach dem Trustee Act von 1893 und dem Judicial Trustees Act von 1896³⁾.

§ 2. Arten von Trusts.

Der Trustee Act von 1893 und der Judicial Trustees Act von 1896 gelten in Grossbritannien für Trusts aller Art. Der Trust selbst hat in neuerer Zeit eine immer weitere Ausbildung erhalten. Für sehr verschiedene Zwecke hat man diese Rechtsform gewählt. Schliesslich ist nur noch der Name Trust das letzte Verbindungsglied zwischen der ursprünglichen Einrichtung und den neuen Gebilden geblieben, deren wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung aber eine ganz andere geworden ist.

Trusts werden z. B. sehr oft in England für religiöse und Kultuszwecke errichtet. Besonders die Kirchen, Kapellen und Bethäuser der Nonconformistischen Gemeinden und Sekten bilden

1) *E. Heymann*, Ueberblick über das englische Privatrecht, bei *v. Holtzendorff*, Enzyklopädie, I. S. 811—812.

2) Ueber denselben s. *Heymann* a. a. O. S. 801—803.

3) Für die folgende Darstellung wurden benutzt: *R. Denny Urlin*, The Law of Trustees, their Duties and Liabilities; with the Trustee Act, 1893. London 1904, ferner von demselben: The Investment of Trust-Funds. London 1906. Zitiert »Investment«.

meist Gegenstand einer Truststiftung. Zwar ist mit ihnen oft die Verwaltung eines nicht unbeträchtlichen Vermögensbesitzes verbunden. Doch haben hier die Trustees vor allem auch religiöse Pflichten. Doch sind solche nicht allein massgebend. Unter den Gründen, die für Absetzung von religious trustees als gültig anerkannt werden, nennt *Urtin* (S. 48) neben »opinions widely differing from those of the congregation« besonders »obstinacy« und »misconduct«. Ähnlich steht es mit den sogenannten charitable Trusts für wohlthätige Zwecke, für die besondere gesetzliche Bestimmungen bestehen.

Eine sehr eigentümliche und wichtige Weiterbildung der Trusts sind die sogenannten Investment Trusts, Trust Companies, auch »omnibus« genannt, für die *Max Jörgens*¹⁾ als Unterschied zur »Treuhand-Gesellschaft« den Begriff »Finanzielle Trust-Gesellschaft« geprägt hat. Hier handelt es sich zunächst um die Vereinigung der Anteile vieler kleiner Kapitalisten. Für diese Anteile werden von der Gesellschaft unter Leitung ihrer Trustees Obligationen ausgegeben, während das Kapital in verschiedenen höher verzinslichen Wertpapieren angelegt wird und zwar in bestimmten Verhältnissen, um Verluste in einem Papier durch Gewinne in anderen auszugleichen, und damit eine höhere Gesamtverzinsung der Obligationen zu erzielen. Allmählich verwandelten sich diese Investment Trusts in Aktiengesellschaften und wurden wirtschaftlich mehr und mehr zu den Hauptemissions-Instituten Englands, da ja bis vor wenigen Jahren diese Tätigkeit von den englischen Banken nicht ausgeübt wurde. Besonders wichtig wurde die Tätigkeit dieser Gesellschaften bei der Gründung und Kontrollierung der südafrikanischen Goldminen-Gesellschaften.

Aus Aktienkontroll-Gesellschaften haben sich schliesslich auch die grossen Industrietrusts der Vereinigten Staaten²⁾ entwickelt. Selbstverständlich ist es jedoch nicht Aufgabe dieser Arbeit, diesen Umbildungen und Abzweigungen der ursprünglichen Trustform nachzugehen.

§ 3. Errichtung des Trust³⁾.

Das Gesetz definiert nirgends den Trust. Doch wird in der

1) *M. Jörgens*, Finanzielle Trustgesellschaften. Stuttgart u. Berlin 1902, S. 1—10.

2) *M. Kempin*, Die amerikanischen Trusts. Archiv f. bürgerl. Recht, Bd. VII S. 334 ff.

3) *Urtin*, S. 18, 19, 21.

Praxis angenommen: »ein Trust ist errichtet, wo die Absicht des Errichters deutlich ausgedrückt ist, dass er ihn sogleich und nicht erst in der Zukunft errichten wolle«. Diese allgemeine Regel wird jedoch durch das »Statute of Frauds« erheblich eingeschränkt. Dieses Gesetz verlangt für die Gültigkeit eines Trust über unbewegliches Vermögen (real property) ausdrücklich eine schriftliche Urkunde. Dagegen genügt für bewegliches Vermögen (personal property) zur Trusterrichtung eine nur mündliche Erklärung, vorausgesetzt, dass der Trust noch zu Lebzeiten des Stifters in Kraft treten soll¹⁾.

Grundsätzlich kann jede Art von Vermögen Gegenstand einer Trustverwaltung werden, mag es nun in Geld oder Effekten, Grundbesitz oder Pachtungen bestehen, sei es schon im Besitz des Stifters oder habe er und seine Rechtsnachfolger erst Anwartschaft darauf. Natürlich kann ein Trust für null und nichtig erklärt werden, wenn er gegen das Gesetz, die guten Sitten oder die öffentliche Sicherheit verstösst. Auch sind Trusts mit betrügerischen Hintergedanken nicht erlaubt, z. B. um die Ansprüche von Gläubigern zu beseitigen. — Es fragt sich nun, wer kann Trustee werden?

Im allgemeinen kann zum Trustee bestellt werden jede Person, welche die Volljährigkeit erlangt hat und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet. Für verheiratete Frauen, die sich während ihrer Ehe in England durch Verträge nicht verpflichten können und für Ausländer bestehen gewisse Einschränkungen. Da das Gesetz nichts über die Trusteefähigkeit juristischer Personen enthält, können auch diese zu Trustees ernannt werden.

§ 4. Zahl der Trustees²⁾.

Die Zahl der gesetzlich erlaubten Trustees ist unbeschränkt; eine tatsächliche Ausnahme nur ist vorhanden. Wo nämlich das Trustvermögen aus Effekten besteht, werden diese gewöhnlich bei der Bank of England deponiert und zwar auf den Namen der Trustees. Von diesen aber kann die Bank nach ihren Grundsätzen nicht mehr als vier auf ein Konto eintragen.

Es ist vorteilhaft, mehrere Personen gleichzeitig als Trustees einzusetzen. Die Ernennung eines einzigen Trustee, selbst bei

1) *Wharton's Law-Lexicon*, s. v. »Trust« S. 769.

2) *Ullin*, S. 17—18, 20—21.

geringem Vermögen, ist zwar rechtlich möglich, ein solcher würde aber tatsächlich eine unbeschränkte Verfügungsgewalt besitzen, da er nicht unter der Kontrolle von Co-Trustees steht. Dieser Umstand kann ihn leicht verführen, das Trustvermögen zu unerlaubten Spekulationen zu benutzen.

Durch den Conveyancing Act von 1882 (Gesetz betr. Eigentumsübertragungen) ist in dieser Beziehung noch eine besondere Neuerung geschaffen worden: »besondere Trustees für besondere Vermögensanteile«. Vorher konnten Trustees nur für das gesamte Trustvermögen bestellt werden. Dies erwies sich in vielen Fällen als unbequem, z. B. wo Töchter des Erblassers oder Truststifters gestorben und dadurch ganz neue Interessen und Verbindungen entstanden waren. In solchen Fällen ist es offenbar viel praktischer, dass jedes Kind des Trust-Errichters einen besonderen Trustee für seinen Vermögensanteil erhält.

§ 5. Annahme, Ablehnung und Niederlegung des Trusteeamtes¹⁾.

Auch für die rechtsgültige Annahme einer Trustverwaltung durch einen Trustee bestehen keine festen gesetzlichen Vorschriften. Es ist sogar schwierig, genau zu sagen, welche Handlungen eine solche Annahme in sich schliessen. Gewöhnlich geschieht die Annahme durch die Vollziehung d. h. Unterzeichnung der Trusturkunde. Bei einem Testament würde die Vollziehung einer Annahmestätigung (taking out of a probate) genügen. Aber auch jede direkte Beteiligung an der Inventarisierung und Verwaltung der Erbmasse oder die Unterzeichnung irgend eines Dokumentes in der Eigenschaft eines Testamentsvollstreckers oder Trustee seitens der vom Erblasser bezeichneten Person gilt als Annahme. Mit anderen Worten, konkludente Handlungen begründen die Uebernahme eines Trust in ausreichender Weise. Was diese unter Umständen für den Trustee bedeuten, welche Gefahren er durch leichtherzige Annahme heraufbeschwören kann, wird später dargelegt werden.

Es gibt jedoch einen gewissen Unterschied zwischen schriftlicher und stillschweigender Annahme für den Benefiziar. Hat sich der Trustee nämlich durch schriftliche Vertragsurkunde (co venant) verpflichtet, so kann er mit seinem Vermögen bei Trust-

¹⁾ *Urtin*, S. 8 u. 12.

bruch (breach of trust) mit der strengeren Haftung belastet werden, welche für eine schriftlich beurkundete Schuld gilt, sogenannte specialty debt. Im andern Falle besteht für diese Deliktsschuld nur ein Vorrecht des Gläubigers, wie für eine Vertragsschuld. Formell beurkundete Schulden, sogenannte obligations under seal, haben aber ein Vorrecht vor einfachen Forderungen. Dieser Fall kann für den Benefiziar natürlich sehr bedeutungsvoll werden, wenn das Vermögen des Trustee sich als ungenügend gegenüber den gesamten Forderungen erweist.

Für den Trustee selbst besteht durchaus dieselbe Verantwortlichkeit und Haftbarkeit, mag er den Trust durch Annahmestätigung übernommen oder sich stillschweigend durch sein Verhalten mit dem Trustee-Amte identifiziert haben.

Niemand ist aber zur Annahme verpflichtet, selbst nicht die nächsten Verwandten des Stifters. Hat der zum Trustee Ernannte die Absicht, die Stellung abzulehnen, so genügt eine schriftliche Erklärung, sogenannte Deed of Disclaimer, worin er seine Ablehnung ohne weitere Angabe von Gründen kund gibt.

Dagegen ist die Niederlegung des Trusteeamtes nach erfolgter Annahme nicht ohne weiteres möglich. Hat ein Trustee einmal sein Amt übernommen, so muss er den Trust verwalten, bis alle damit verbundenen Pflichten erfüllt sind. Nur unter besonderen Umständen kann er zurücktreten. Natürlich kann ein Trustee seinen Rücktritt nicht rechtlich mit der Begründung erzwingen, dass er dieser Stellung überdrüssig sei oder nicht genug Zeit dafür habe. Wollen ihn die Benefiziare und Co-Trustees nicht gutwillig entlassen, selbst wenn triftige Gründe dafür geltend gemacht werden, so bleibt ihm nur die Anrufung des High Court übrig. Die Kosten dieses Verfahrens fallen dem Trustee zur Last. Ergeben sich jedoch bei der Trustverwaltung Umstände, die in der Trusturkunde nicht vorausgesehen waren, so kann er leicht mit Hilfe des Gerichtes seine Entlassung aus seinem Amt erreichen, wobei für die Kosten des Verfahrens das Trustvermögen aufzukommen hat.

§ 6. Pflichten des Trustee im allgemeinen¹⁾.

Ganz allgemein gilt der Rechtsgrundsatz, dass der Trustee bei der Erfüllung der mit der Trust-Vermögensverwaltung ver-

¹⁾ *Umlin*, S. 23—24.

bundenen Pflichten dieselbe Sorgfalt walten lassen soll, wie er es bei der Verwaltung seines eigenen Vermögens tun würde.

Das Gebiet der Pflichten eines Trustee ist also ausserordentlich weit. Deutlich wird hier der Charakter des gesamten englischen Rechtes sichtbar. Nirgends sind die Grenzen fest gezogen, die Verfügungsfreiheit ist verhältnismässig gross. Aber es ist auch ein gefährliches Gebiet, da überall Schlingen und Fallstricke verborgen sind, die sich über dem Trustee unversehens zusammenziehen und ihn in schwere Bedrängnis bringen können.

Natürlich hängt die Verfügungsgewalt und damit die Haftbarkeit des Trustee in erster Linie von den Bestimmungen der Trusturkunde ab. Sind diese sehr ins Einzelne gehend in Bezug auf die Vermögens-Verwaltung und -Anlage, so ist dem Trustee die Aufgabe natürlich sehr erleichtert. Er hat dann eine feste Richtschnur, an die er sich halten kann. Selbst die ausführlichsten Anweisungen können indes Lücken enthalten, die zu schwierigen Bedenken besonders bei der Vermögensanlage zu führen vermögen. In sehr vielen Fällen fehlen aber solche genaue Anweisungen ganz und gar. Die Trusturkunde begnügt sich dann mit ganz allgemein gehaltenen Ausdrücken, und überlässt es dem Gutdünken des Trustee, »nach eigenem besten Ermessen zu handeln«, wie es gewöhnlich heisst. Hier hat nun der Act von 1893 ziemlich eingehende Bestimmungen getroffen, und das Gewohnheitsrecht hat ebenfalls gewisse Normen hierfür geschaffen.

Zunächst hat ein Trustee die Pflicht, alle Aussenstände, die auf Personalkredit gestellt sind, innerhalb Jahresfrist einzutreiben. Vielfach findet sich eine dementsprechende Klausel in der Trusturkunde oder dem Testament. Es wird hierbei von dem Trustee die Sorgfalt erwartet, welche ein gewöhnlicher Gläubiger in solchen Fällen zeigen würde. Er darf bei grösseren Schuldforderungen nicht akkordieren und Kompromisse schliessen, wenn er nicht berechtigten Grund zur Annahme hat, dass sonst die Forderung überhaupt nicht zu realisieren wäre. Hat der Erblasser oder Truststifter ein Gewerbe betrieben, so darf es der Trustee nur fortführen, wenn die Trusturkunde dies ausdrücklich vorschreibt. Doch steht es ihm frei, Verträge zum Abschluss zu bringen, in die sich der Erblasser vor seinem Tode eingelassen hat.

Der Trustee hat vor allem peinlichst jede Handlung zu vermeiden, durch welche er sich und seinem Vermögen eine tatsächliche Begünstigung verschafft. Dies gilt besonders für den noch später zu behandelnden »Trustee for sale«. Während nämlich die Trustees for sale unter keinen Umständen berechtigt sind, an einen aus ihrer Mitte oder an sich selbst das Trustvermögen oder Teile davon zu verkaufen, ist dies dem gewöhnlichen Trustee nicht durchaus unmöglich gemacht. Er kann vom Benefiziar kaufen, vorausgesetzt, dass er als Trustee einen der Sache entsprechenden Preis zahlt und keine Verheimlichungen oder Kunstgriffe dabei anwendet. Selbst wenn er nicht den wirklichen Wert des Gutes kennt, und dadurch die Benefiziare beim Verkauf übervorteilt werden, so kann dieser Verlust von ihnen leicht eingeklagt werden.

Sonst aber kann der Trustee vom Benefiziar kaufen, wie der Agent von seinem Auftraggeber oder der Rechtsanwalt von seinem Klienten. Hauptbedingung ist nur, wie es ein berühmter englischer Jurist, Lord *St. Leonards*, ausgedrückt hat: »dass er mit ihm auf Armeslänge verhandle und nach Eröffnung alles dessen, was er selbst hinsichtlich des Vermögens weiss«. In einem von *Urlin* erwähnten Falle kaufte jemand, der zu einem anderen in einem Vertrauensverhältnis stand, nachdem er sich für das Objekt eine besondere Schätzung hatte anfertigen lassen. Dies erklärte der Gerichtshof für mala fides und den Verkauf für nichtig.

Eine weitere Hauptpflicht des Trustee ist die rechtzeitige Auszahlung der Trusteinkünfte an die Benefiziare zu den dafür festgesetzten Terminen.

Der Trustee hat, wenn die Aussenstände eingegangen sind, und der Zeitpunkt der Verteilung des Trustvermögens unter die Benefiziare noch nicht gekommen, oder das Vermögen in dauernde Trustverwaltung übergegangen ist, dasselbe in gesetzlich erlaubten Werten anzulegen, falls die Trusturkunde nicht andere Anweisungen gibt. Werden durch die Anlage in unerlaubten Werten Verluste herbeigeführt, so haftet dafür der Trustee mit seinem eigenen Vermögen.

§ 7. Anlage von Trustvermögen nach der Investitionsklausel¹⁾.

Wie schon oben angedeutet wurde, hat sich der Trustee bei

1) *Urlin*, Investment S. 1—27.

der Anlage des Vermögens zu richten entweder:

a) nach den Bestimmungen des Trust oder

b) falls solche mangeln, nach den dafür bestehenden gesetzlichen Vorschriften des Act von 1893, die also nur subsidiär wirken.

Die Trusturkunde enthält vielfach die sogenannte »Investierungsklausel« (»Investment Clause«). Für den Trustee ist es natürlich sehr wichtig, diese wie überhaupt die ganze Urkunde im Wortlaut genau zu kennen und womöglich in beglaubigter Abschrift zu besitzen. Er muss dabei beachten, nicht nur was die Investierungsklausel gestattet, sondern auch vor allem, was sie direkt oder indirekt verbietet. — Es gibt nur eine Ausnahme, wo eine Gesetzesvorschrift die Trustbestimmungen bricht: Trustees dürfen englische Consols verkaufen und den gewonnenen Erlös wieder anlegen, wenn auch die Trusturkunde dies verbietet¹⁾.

Die Investierungsklauseln gestatten vielfach die Anlage in auswärtigen Staatspapieren, fremden Eisenbahnwerten, kolonialen Wertpapieren, für die das Gesetz gewisse Beschränkungen bestimmt hat. Zuweilen findet sich die Ermächtigung zum Ankauf von Grundbesitz. Manchmal gestattet die Klausel den Erwerb von Aktien ganz allgemein, zuweilen werden bestimmte Gesellschaften genannt.

Andererseits kann die Klausel ein Verbot sowohl direkter wie indirekter Art enthalten. *Urtin* führt als Beispiel eines indirekten Verbotes an, wenn die Anlage in Eisenbahnpapieren »nur innerhalb Grossbritanniens« gestattet wird, wodurch Irland indirekt ausgeschlossen wird. Dagegen finden sich häufig in einer Klausel betr. sogenannte »real securities« d. h. Hypotheken die bezeichnenden Worte: »aber nicht in Irland«. Hier wird ein direktes Verbot ausgesprochen.

Häufig finden sich in Trusturkunden Ausdrücke, welche die Anlage des Trustvermögens betreffen, deren Bedeutung aber nicht ganz klar ist. Es gibt deren zwei Gattungen, solche, die durch die Praxis der Gerichte und Rechtsanwälte einen deutlich und scharf umgrenzten Sinn erlangt haben, und solche, die von Natur vieldeutig sind und daher besondere Auslegung von Fall zu Fall erfordern. Unter die erstere Gattung gehört z. B. der schon erwähnte Ausdruck »real securities«. Hierunter sind nur

1) 51 Vict. c. 6. 27 sogen. »Goschen's Act.«

Hypotheken auf Grundeigentum (real property) zu verstehen, keinesfalls ermächtigt der Ausdruck zum Ankauf von Grund und Boden oder Häusern. Dies kann nur durch besondere Trustanweisung geschehen.

Schwierigkeiten können sich auch ergeben, wenn die Trusturkunde den Ankauf von »Eisenbahnwerten« (»railway-securities«) empfiehlt. Darunter gehören nicht Stocks und Shares, während Debentures wohl dazu gerechnet werden¹⁾.

Wird die Anlage in Papieren von Public Companies gewünscht, so hat der Trustee auf die besonderen Eigentümlichkeiten und Bedingungen ihres Charter-Briefes, ihrer Gründungsurkunde, und ihrer Statuten zu achten. So dürfte es z. B. nicht ratsam sein, Trustgelder in nicht voll eingezahlten Aktien anzulegen, da hier jederzeit leicht Nachschuss gefordert werden kann. *Umlin* nimmt nur alte solide Lebensversicherungsgesellschaften mit hohen Reserven von dieser Regel aus, bei denen solche Nachschüsse höchst unwahrscheinlich sind.

Es ergeben sich aus solchen allgemeinen Ausdrücken, die in den Trusturkunden üblich sind und oft den Spielraum für den Trustee sehr weit halten, gewisse praktische Regeln für die Investierung:

Durchaus zu vermeiden ist die Anlage in Bergwerksanteilen, in südamerikanischen Papieren und in Papieren neu gegründeter Gesellschaften, überhaupt in allen Spekulationswerten. Unter den Bankaktien sind solche von Banken, deren Aktienkapital nicht voll eingezahlt ist, nicht ratsam. Fast alle erstklassigen englischen Banken haben merkwürdiger Weise kein voll eingezahltes Aktienkapital. Nur die Bank of England, die Bank of Ireland, die National Bank of Scotland und die Royal Bank of Scotland unter den Clearing Banks besitzen voll eingezahltes Aktien-Kapital. Dagegen sind z. B. bei der London and Westminster Bank und bei Parr's Bank nur £ 20. —/— auf £ 100 —/— sterl. nominal eingezahlt, bei der Union of London & Smiths Bank sogar nur £ 15. 10. — auf £ 100. —/—. Im übrigen können natürlich englische Banken als durchaus empfehlenswert gelten. Doch weigern sich gerade viele der besten englischen Depositenbanken, Trustees als Aktionäre anzuerkennen. Hier bleibt dem Trustee oft nur

¹⁾ Ueber die Begriffe »Stock«, »Stocks«, »Shares« und »Debentures« siehe die betr. Artikel bei *R. H. Inglis Palgrave*, Dictionary of Political Economy. London 1894. Debentures entsprechen im wesentlichen den deutschen Obligationen.

übrig, entweder etwa im Trustbesitz vorhandene Bankaktien zu verkaufen oder sich sonstwie persönlich als Aktionär selbst nachschusspflichtig zu machen.

Wo jedoch das hinterlassene Vermögen des Erblassers zum Teil aus Bankaktien besteht, und der Trustee ausdrücklich Vollmacht hat, die Papiere eine beliebige Zeit lang nach eigenem Ermessen zu behalten oder sie abzustossen, brauchen die Aktien nicht sofort verkauft zu werden, wenigstens nicht binnen eines Jahres. Dies gilt nach einem Gerichtsurteil auch für Aktien mit sehr bedeutender Nachschusspflicht.

Häufig finden sich in der Investierungsklausel die Worte: »Schuldverschreibungen und Wertpapiere irgend einer europäischen oder sonstigen auswärtigen Regierung«. Hier steht dem Gutdünken des Trustee ein besonders weites Feld offen. Es ist nicht uninteressant, zu sehen, welche Papiere für den Trustee als empfehlenswert gelten und welche nicht. In erster Linie sind gute Trustanlagen die Anleihen kleinerer Staaten wie Holland, Schweden und Norwegen wegen der geordneten inneren Verhältnisse und der äusseren Sicherheit dieser Staaten. Auch österreichische und ungarische Werte werden empfohlen. Französische und deutsche Reichsanleihen gelten zwar als solide Papiere, aber nicht als sicher genug für Trustanlagen wegen der vermeintlich grösseren Kriegsgefahr.

Italianische Werte werden schon geringer geschätzt wegen der Armut der Bevölkerung des Landes und der schweren Steuerbelastung, die sich sogar auf die Zinsen für auswärtige Gläubiger ($13\frac{1}{3}$ % Couponsteuer!) ausdehnt. Dass griechische und portugiesische Papiere verworfen werden, erscheint natürlicher.

Dagegen sind gewisse ägyptische und türkische Werte sogar gesetzlich als sichere Anlagepapiere anerkannt, soweit sie nämlich von England garantiert sind. Sonstige orientalische und vor allem auch russische Papiere sind streng verpönt. Anleihen englischer Gemeinden und öffentlicher Verbände sind in der Wertschätzung seitens des Publikums in neuester Zeit immer mehr gestiegen. Sie werden oft in Investierungsklauseln erwähnt. Manchester hat sich sogar für seine Anleihen durch Parlamentsakt gesetzliche Anerkennung zu diesem Zwecke verschafft. Andere Städte sind diesem Beispiele gefolgt. Doch ist für englische Kommunalanleihen gar keine solche offizielle Empfehlung notwendig.

Fremde Gemeindeanleihen kommen wenig in Betracht, höchstens soweit sie an der Londoner Börse gehandelt werden, wie die Schuldverschreibungen von New York und Washington, solche von Wien, Rom und einigen anderen Städten, die römischen Munizipalanleihen, weil sie von der erwähnten italienischen Couponsteuer befreit sind.

Schwierig ist die Entscheidung der Frage, ob zu den vom Truststifter genehmigten Anlagen in Aktien und Obligationen von englischen Joint-Stock Companies auch die Obligationen der oben erwähnten Finanziellen Trust-Gesellschaften gerechnet werden können¹⁾. Einige dieser Gesellschaften haben allerdings den Ruf, sehr solide zu sein. Manche sind jedoch jetzt zu Spekulationsinstituten geworden, die den privaten Interessen ihrer mit recht erheblichen Machtbefugnissen ausgestatteten Leiter sehr leicht dienstbar werden können. — Andere Joint-Stock Companies sind sicherer. Allerdings weisen manche Klassen unter ihnen, z. B. Dampfschiffahrts-Gesellschaften, sehr schwankende Ergebnisse auf wegen der grossen Konkurrenz und des starken Risikos, das naturgemäss ihrem Betriebe anhaftet.

Von allen Joint-Stock Companies und anderen Gesellschaften werden als am meisten geeignet zur Trustanlage die Aktien der bedeutenderen Eisenbahngesellschaften Englands betrachtet.

§ 8. Vom Gesetz ausdrücklich genehmigte Investitionen²⁾.

In dem Trustee Act von 1893 im ersten Teile, sections 1—9 sind hinsichtlich der Trustanlagen klar bestimmte Anweisungen gegeben. Sie treten indes, wie erwähnt, nur subsidiär in Kraft, nämlich wenn derartige Bestimmungen in der Trusturkunde fehlen.

Sec. 1 a) gestattet die Anlage »in any of the parliamentary stocks or public funds or Government securities of the United Kingdom« d. h. alle Anleihen öffentlicher Körper, die mit Genehmigung des Parlaments oder der Regierung ausgegeben werden. Zu den Government securities gehören auch Schatzanweisungen und die Mehrzahl der Kommunalanleihen, während im gewöhnlichen Leben von den Trustees darunter nur die $2\frac{3}{4}\%$

1) *Förgens* a. a. O. S. 37 ff.

2) *Urlin*, Investment S. 28—58.

»Goschen« Consols verstanden werden und die neuen Consols von 1900.

b) »Real or heritable securities«. Wie schon erwähnt, ist darunter nie zu verstehen, dass Ankauf von Land gestattet ist. Eine solche Anlage kann nur durch die Trusturkunde anempfohlen werden. Es sind hier immer nur erste Hypotheken gemeint von »real or heritable property« d. h. Grundeigentum. Damit sind Hypotheken auf leasehold d. h. in diesem Falle Erbpacht bis auf gewisse Fälle ausgeschlossen. Der Trustee ist dabei im wesentlichen auf seinen Rechtsanwalt angewiesen, der in England fast der einzige Hypothekenvermittler ist. Die Kosten dieser Vermittlung trägt der Hypothekenschuldner.

In England ist eine gute erste Hypothek mit weitgehender Haftung des Schuldners meist sehr schwierig zu erlangen. Die Anwälte, die eine solche zur Verfügung haben, werden oft von Bewerbern geradezu bestürmt. Ein Trustee kann daher oft lange warten, ehe er Trustgelder, wie er es wünscht, in Hypotheken anlegen kann. Es bleibt ihm in dieser Zwischenzeit oft nur eine kurzfristige Anlage in Schatzanweisungen oder bei einer Bank als Depositum übrig. Derartige Wartefristen können natürlich nicht unbegrenzt sein. Durch Gerichtsentscheidung ist eine Frist von 6 Monaten als vernünftig, eine solche von 14 Monaten als unvernünftig bezeichnet worden.

Doch sind in solcher Lage vom Trustee Angebote von ersten Hypotheken auf minderwertige, unfertige oder unvermietete Häuser, ruinierte Mühlen und ähnliche zweifelhafte Objekte, besonders auf dem flachen Lande, strikt abzulehnen. Für ihn kommen vor allem Grundstücke im Zentrum grosser Städte in Betracht, die als Geschäfts- und Warenhäuser dienen können. Erste Hypotheken auf Grundstücke mit langen Pachtfristen, ferner auf sogenannten Copyhold- oder Customary-Besitz¹⁾, sowie auf *fee-farm*²⁾ gelten ebenfalls als erstklassig.

Früher galt eine Beleihung von zwei Dritteln des Wertes als übermässig hoch, soweit es sich um Hausbesitz handelte. Doch der Act stellt jetzt allen Grundbesitz in dieser Hinsicht gleich.

Seit neuerer Zeit werden auch Hypotheken auf persönliche

1) Mit besonderen dinglichen Rechten belastetes Grundeigentum im Gegensatz zu *freehold*, dem freien Eigentum. — *Heymann*, a. a. O. S. 815.

2) Eine besondere Art der Erbpacht. — *Heymann*, S. 815.

Erbpachten als unter diese Liste fallend gerechnet. Doch sind auch jetzt noch die Bedingungen so scharf, dass solche Hypotheken nur selten Anwendung finden.

c) »Stock of the Bank of England or the Bank of Ireland«. Diese Aktien erfreuen sich grosser Beliebtheit bei Trustees.

d) »India Three and a half percent. stock and India Three percent. stock, or in any other capital stock which may at any time hereafter be issued by the Secretary of State in Council of India under the authority of Act of Parliament, and charged on the revenues of India«. — Indische Staatsanleihen haben jetzt beinahe eben so hohe Kurse wie englische.

e) »Any securities the interest of which is for the time being guaranteed by Parliament«. — Es sind dies vom englischen Parlament garantierte Werte. Sie sind nicht zahlreich und meist von kleinem Umfange. Die amtliche Liste weist folgende auf:

1. Canada Government, einige kleinere 4%ige Anleihen, die nach gegenwärtigen Kursen ungefähr 3% abwerfen.

2. Jamaica, eine kleine 4%ige Anleihe.

3. Red Sea and Telegraph Annuity, erlischt 1908, sehr gering.

4. Turkish Loan of 1855, ein 4% Papier, das über pari steht.

5. Egyptian 3 percent. Loan, im Betrage von 9 Millionen mit kleinem Agio.

f) »Consolidated stock created by the Metropolitan Board of Works, or by the London County Council, or in debenture stock created by the Receiver for the Metropolitan Police District.« Es sind dies alles Londoner Kommunalanleihen. Keine von ihnen gewährt einen höheren Zins als 3%.

g) »Debenture or Rentcharge¹⁾, or guaranteed or preference stock of any Railway or Canal Company in Great Britain or Ireland incorporated by special Act of Parliament«. — Bedingung der Trufsfähigkeit dieser Eisenbahnobligationen ist, dass eine Dividende von mindestens 3% zehn Jahre hindurch vor dem Datum der betr. Investierung auf das gewöhnliche Aktienkapital ausgezahlt worden ist.

Dies ist die wichtigste Gattung der gesetzlich erlaubten Anlagearten der Liste.

h) »Stock of any Railway or Canal Company in Great Britain or Ireland whose undertaking is leased in perpetuity or for

1) Durch Hypothek gedeckte Obligation.

a term of not less than 200 years at a fixed rental to any such railway Company as is mentioned in sub-sec. g), either alone or jointly with any other railway Company«. — Hier ist also auch die Anlage in Rentenobligationen von Bahn- sowie von Kanalgesellschaften gestattet, die eine Konzession von mindestens 200 Jahre Dauer haben.

Es folgen nun die drei Gattungen indischer Werte:

i) »Debenture stock of any railway Company in India the interest on which is paid or guaranteed by the Secretary of State in Council of India«.

j) »'B' annuities of the Eastern Bengal, the East Indian, and the Scinde Punjaub and Delhi Railways, and any like annuities«.

k) »Stock of any railway company in India upon which a fixed minimum dividend in sterling is paid or guaranteed by the Secretary of State in Council of India, or upon the capital of which the interest is so guaranteed«.

Hierdurch werden zunächst alle Obligationen indischer Eisenbahngesellschaften, deren Zinszahlung durch die Regierung geschieht, oder gewährleistet wird, in den Kreis der Trustanlagen aufgenommen. Sie geben nach neueren Kursen eine Verzinsung von $3\frac{1}{4}\%$ bis $3\frac{1}{2}\%$.

Die in j) aufgeführten Annuitäten und Obligationen in Form von Leibrenten werden durch einen sinking fund amortisiert, der unter der Aufsicht der Bank of England angesammelt wird. Es sind darunter auch sogenannte deferred annuities d. h. gewöhnliche Obligationen im Gegensatze zu den preferred annuities, den Prioritätsobligationen.

Die letzte Gattung besteht aus Obligationen von indischen Bahngesellschaften und Aktien derselben, denen eine gewisse Minimaldividende von der Regierung garantiert ist. Sie stehen meist weit über pari. Doch kann der Trustee nicht in allen derartigen Obligationen investieren. Sec. 2,2 des Act schliesst nämlich solche aus, die innerhalb von 15 Jahren nach ihrem Ankauf zum Parikurse ausgelost werden.

Ueberhaupt muss der Trustee sehr vorsichtig im Ankauf von amortisierbaren Papieren verfahren. Besondere Schwierigkeiten bietet dabei die unklare Fassung der Worte »zu einem andern festen Kurse« in sec. 2,2. Im früheren Recht war der Ankauf über pari für Trustees bei solchen Werten ganz verboten und nur hin und wieder »unter Ausübung des eigenen

besten Ermessens in gutem Glauben« gestattet. Jetzt sind solche Erwerbungen amortisierbarer Papiere, die über pari stehen, ausdrücklich genehmigt. Um den etwaigen, den Benefiziaren daraus erwachsenden Schaden zu ersetzen, könnte der Trustee vielleicht einen sinking fund aus den jährlichen Ueberschüssen der Papiere absondern und aus den Zinsen nähren. Doch hat der High Court ein solches Verfahren nicht gebilligt.

Die Anlage in indischen Werten erfolgt oft bei Trusts für Familien, die in Indien selbst ansässig sind. Hier gelten dann besondere lokale Bestimmungen.

l. »Debenture or guaranteed or preference stock of any company in Great Britain or Ireland, established for the supply of water for profit, and incorporated by special Act of Parliament or by Royal Charter, and having during each of the last ten years past before the date of investment paid a dividend of not less than five pounds per cent on its ordinary stock«.

Hier werden Prioritäten von Wasserleitungsgesellschaften genehmigt, die 10 Jahre hindurch mindestens 5 % Dividende gezahlt haben müssen, ehe der Trustee Geld darin anlegen darf.

Auch können gewöhnliche Obligationen jeder inkorporierten Wasserwerksgesellschaft, die aber Orte von über 50 000 Einwohnern mit Wasser versehen müssen und während der letzten 10 Jahre $\frac{4}{5}$ der oben erwähnten Minimaldividende gebracht haben müssen, als gute Anlagen gelten.

Die älteste dieser Londoner Gesellschaften, die New River Co., hat z. B. für 1 Million Pfund St. 4 %ige Obligationen ausgegeben, die jetzt über 130 % im Kurse stehen, sodass ihre tatsächliche Verzinsung nur 3 % beträgt. Aehnliche Papiere behandelt der nächste Absatz.

m) »Nominal or inscribed stock issued, or to be issued by the corporation of any municipal borough having, according to the returns of the last census prior to the date of investment, a population exceeding 50 000, or by any county council, under the authority of any Act of Parliament or Provisional Order«.

Hierin wird die grosse Menge englischer Kommunalanleihen den Trustanlagen zugeführt, allerdings mit der Einschränkung, dass nur Gemeinden mit über 50 000 Einwohnern hier in Betracht kommen dürfen.

Der letzte Absatz o) dieser Sektion ist besonders wichtig. Er lautet: »In allen Stocks, funds und securities, welche für die

betreffende Zeit zur Anlage von Kassenüberschüssen unter der Kontrolle des High Court stehen oder seiner Beschlussfassung unterworfen sind.«

Dies bedeutet, dass von Zeit zu Zeit der High Court sogenannte Rules of Court, Urteile mit rechtschaffender Kraft, veröffentlicht, welche eine Liste der von dem Court sanktionierten Werte enthalten. Eine solche Liste ist zuletzt in der Rule of Court vom November 1888 erlassen worden. Sie nimmt im Gegensatz zur Liste des Act von 1893 auch »Anleihen kolonialer Regierungen, garantiert von der Reichsregierung« auf. Es besteht also hier ein Gegensatz zwischen Gerichtspraxis und Gesetzgebung. Diese schliesst noch immer alle kolonialen Anleihen, so gut sie auch sein mögen, von der Trustanlage bis auf ganz wenige Ausnahmen aus. Nur einige Anlagen von Canada, Victoria und Neu-Seeland sind durch den Colonial Stock Act von 1900 zugelassen worden. Das Parlament hat sich bisher noch immer gegen die weitere Ausdehnung der offiziellen Liste gewehrt. Doch scheint tatsächlich die Gerichtsliste stärkere Wirkung zu haben, denn manche koloniale Werte sind gerade bei Truststiftern und Erblassern sehr beliebt. Zuletzt bestimmt noch Sektion 1, dass »in allen diesen Anlagen von Zeit zu Zeit gewechselt werden darf«. Doch ist nach Sekt. 3 hierzu die schriftliche Genehmigung der am Trust interessierten Person nötig, wie dies meist die Trusturkunde schon vorschreibt. Fehlt eine solche Ermächtigungsklausel in der Urkunde oder dem Testament, so muss sich der Trustee sehr im Wechsel von Anlagen versehen. Denn wenn auch die sehr allgemein gehaltene Sektion 3 dem freien Ermessen der Trustees ziemlich weiten Spielraum lässt, so bedrohen ihn doch noch so viele Gefahren, wenn er ohne ausdrückliche Genehmigung der Benefiziare handelt, dass er gut tut, in solchen Fällen an den Richter des High Court zu appellieren.

In den sects. 5—7 werden noch einige andere Anlagearten, hauptsächlich in Meliorationshypotheken, gestattet.

Die wichtige Sekt. 8 bestimmt in den Absätzen 2 und 3, dass ein Trustee, der eine falsche, d. h. dieser Liste widersprechende Anlage macht, noch nicht als eines Trustbruches schuldig befunden werden soll, soweit sich die Anlage als sicher und vorteilhaft erweist. Nur für tatsächliche erlittene Verluste ist er schadenersatzpflichtig.

Zum Schlusse ist an dieser Stelle noch zu erwähnen, dass dem »Trustee of a settled estate« d. h. dem für ein Fideikommissgut eingesetzten Trustee nach dem Settled Land Act von 1882, sec. 21 für in seiner Hand befindliche Kapitalien eine besondere Liste offen steht¹⁾, die besonders Renten enthält, aber auch den Ankauf von Grund und Boden oder Bergwerken unter gewissen Bedingungen gestattet.

§ 9. Trustees für Grundbesitz und Pachtungen²⁾.

Eine besondere Betrachtung erfordern die Trustees für Grundbesitz (Freehold) und Pachtungen (Leasehold).

Bei der Verwaltung von Trusts mit Grundbesitz ist es für den Trustee notwendig, sich gewärtig zu halten, dass gewisse Abgaben nach dem Act von 1853 an die Regierung gezahlt werden müssen beim Todesfall von Personen, die lebenslänglichen Grundbesitz (life estate), Leibrenten oder andere zeitlich begrenzte Nutzungen an Grundbesitz haben. Das Erbsteuergesetz macht den Trustee persönlich der Krone haftbar hinsichtlich des tatsächlich von ihm übernommenen Vermögens. Pachtgüter sind unter dieser Bestimmung inbegriffen. Wenn nun der Trustee die Renten einnimmt und ein Fall eintritt, wodurch die Erbschaftssteuer zahlbar wird, muss der Trustee den Beamten der inländischen Steuereinnahme (Inland Revenue) die übliche Nachricht davon geben, sonst kann er selbst gewisse Geldstrafen erleiden.

Ein Trustee, dem Grundbesitz übergeben ist, wird als dessen gesetzmässiger Eigentümer angesehen und darf als solcher die Eigentumsurkunden verwahren, in vielen Fällen Pachtverträge abschliessen und Pachtrenten vereinnahmen, Pfändungen vornehmen, Ausweisungsklagen einbringen usw. Doch ist sein »Eigentumsrecht« keineswegs unbeschränkt, sondern der Kontrolle des High Court unterworfen.

Ein Trustee eines Trust, der mehreren Personen successive zu Gute kommen soll, kann möglicherweise finden, dass das ganze oder ein Teil des Vermögens nur eine kurze Reihe von Jahren bestehen kann, oder dass es sich rasch im Werte vermindern muss. Schreibt nun die Trusturkunde nicht vor, dass das Vermögen in specie erhalten werden muss, so muss der

1) *Urtin*, Investment, Anhang C.

2) *Urtin*, S. 54—58.

Trustee es verkaufen und den Erlös wieder derartig anlegen, dass alle Benefiziare nacheinander einen möglichst gleichartigen Genuss davon haben.

Findet ein solcher Trustee im Trustbesitz ein wertloses Pachtgut vor, so tut er am besten, es so bald wie möglich dem Eigentümer zur Uebergabe anzubieten. Der Trustee hat das Recht, wenn es keinen andern Weg gibt, ein unrentables Pachtgut los zu werden, es jedem zu übergeben, der die Pacht übernehmen will.

Bei jeder Uebertragung eines Pachtgutes aus dem Trustbesitz sollte sich der Trustee zu seiner eignen Deckung gegen alle Bedingungen und Klauseln des Pachtvertrages eine Indemnität von den Benefiziaren geben lassen.

Wo der Erneuerung bedürftige Pachten Gegenstand des Trust sind, kann der Trustee manchmal in Verlegenheit geraten, wie er die zur Deckung der hiermit verbundenen Kosten und Ausgaben nötigen Mittel beschaffen soll. Ist bei einem Ehevertrag ein Trust errichtet, so gilt die Annahme, dass der Trustee zur Erneuerung des Pachtvertrages verpflichtet ist und dass die Kosten aus den zu erwartenden Gewinnen zu bestreiten sind.

Die Erneuerung von Pachten und die Erhebung von Geldern zu diesem Zweck wird jetzt durch den Trustee Act v. 1893, sec. 19 geregelt. Danach sind Trustees für Pachten, deren Erneuerung von den Benefiziaren gewünscht wird, verpflichtet, deren Erneuerung nach den üblichen und vernünftigen Bedingungen vorzunehmen. Doch ist diese Sektion nicht anwendbar, wo nach den Bedingungen des Vertrags oder Testaments der Nutzniesser (tenant-for-life) das Recht hat, das Vermögen zu geniessen, ohne jegliche Verpflichtung, zur Erneuerung der Pacht oder zu den Kosten derselben beitragen zu müssen.

Der Act berechtigt weiterhin die Trustees, die durch solche Erneuerung sich ergebenden Kosten aus den in ihrem Besitze befindlichen Trustvermögen zu decken, oder wenn nötig, diese Mittel durch Hypothekenaufnahme flüssig zu machen. Sollte der Trustee Zweifel hegen über seine Erneuerungsverpflichtung und die dazu nötigen Mittel, so kann er sich an den Richter um Rat wenden.

Ein Trustee, der die Erneuerung einer Pacht oder die Anwartschaft auf ein Pachtgut in eigenem Namen erhält, wird als ein Trustee für das neue Pachtgut angesehen. Diese Regel gilt selbst da, wo der Eigentümer des Pachtgutes sich weigert, dem

Benefiziar die Pachtung zu gewähren, und keinerlei betrügerische Handlung von seiten des Trustee gegen den Eigentümer vorliegt. Es wurde in diesem Sinne bereits vor mehr als einem Jahrhundert entschieden aus Gründen des allgemeinen Wohls. Jetzt gilt diese Entscheidung als unverbrüchliche Regel für Vormünder, Agenten, Testamentsvollstrecker und vor allem für Trustees.

Ein Trustee ist berechtigt, Geld auszugeben für Wiederherstellungen und Meliorationen des Pachtgutes von nützlichem und dauerndem Charakter. Der Trustee darf auch Holz schlagen lassen zu Bauarbeiten. Er darf Versicherungen jeder Art vornehmen und alle sonstigen vernünftigen Schritte zum Schutze und zur Erhaltung des Gutes tun. Doch kann er keinerlei Rechte und Pflichten wirksam ausüben, die sich aus der blossen Tatsache des Gutsbesitzes ergeben z. B. Stimmabgabe bei einer Wahl oder Vorschlagsrecht zu einem Niessbrauch.

Ein Trustee eines gepachteten Gutes kann in grosse Schwierigkeiten geraten, wenn der Nutzniesser des Trust oder der Benefiziar, der selber wirtschaftet, gegen die Vertragsbestimmungen verstösst oder sich über offenbare Pflichten hinwegsetzt z. B. durch Vernachlässigung des Gutes. *Urlin* citiert einen Fall Fowler, wo der Nutzniesser das Gut in Verfall geraten liess, bis der Trustee zu seinem eigenen Schutze bei dem Gerichtshofe um die Einsetzung eines Gutsverwalters einkam. Das Verfahren des Trustee wurde unter diesen Umständen vom Gericht durchaus gutgeheissen.

Der Settled Land Act v. 1882 mit mehreren Amendements vermindert den Einfluss der Trustees bei Fideikommissen (Settled Estates), indem er den Einfluss des Nutzniessers wesentlich vermehrt. Dieser wichtige Act ermächtigt den letzteren, selbständig Pachtverträge jeder Art zu gewähren. Nur das Haus und die sog. demesne d. h. der Teil des Gutes, den der Fideikommissstifter zu seinem eigenen Gebrauch ausgesondert hat, sind ausgenommen. Der Tenant-of-life kann sogar das Gut mit obiger Ausnahme verkaufen, doch muss er davon dem Trustee Kenntnis geben. Auch darf der Erlös vom tenant-of-life nicht selbst vereinnahmt werden, sondern muss entweder dem Trustee oder dem High Court überwiesen werden.

§ 10. Trustees für verheiratete Frauen und Kinder¹⁾.

Nachdem bisher die Pflichten und Vollmachten der Trustees

¹⁾ *Urlin*, S. 50—53.

von der Seite der Vermögensverwaltung aus betrachtet worden waren, muss auch in einem Punkte der Frage Beachtung geschenkt werden, für welche Personen der Trust errichtet ist. Wenn es sich nämlich um einen Trust zugunsten verheirateter Frauen und Kinder handelt, sind dem Trustee schon von Gesetzes wegen grössere Vollmachten als sonst eingeräumt.

Nach englischem Recht kann, wie schon erwähnt, eine verheiratete Frau gewisse Handlungen nicht rechtskräftig vollziehen. Es ist sehr notwendig für den Trustee, dessen zu gedenken, wenn er von einer verheirateten Frau gebeten wird, bestimmte Wertpapiere zu verkaufen und das Vermögen gewinnbringender anzulegen. Keine Garantie oder Indemnität, die ihm in solchem Falle von der betr. Frau ausgestellt wird, kann ihm hier etwas nützen, da eine solche Bescheinigung rechtlich wertlos sein würde. Nur wenn tatsächlich ein Vermögensteil zu ihrem »Sondergebrauch« (»separate use«) ausgesetzt ist, liegt der Fall anders.

Es gibt auch sonst auf diesem Gebiete schwierige und zum Teil noch ungelöste Fragen für den Trustee, z. B. die, ob eine verheiratete Frau ihr Sondervermögen belasten darf oder nicht. Dies liegt vor allem daran, dass die Gesetze über diese Materie sich in den letzten Jahren sehr schnell hintereinander geändert haben, und dass daher jetzt sehr wenige Leute genau wissen, welches die gesetzlichen Rechte und Pflichten einer verheirateten Frau sind. Es genügt hier, zu sagen:

1. dass dies sehr von dem Zeitpunkt der Eheschliessung abhängt d. h., nach Erlass welchen Gesetzes die Ehe geschlossen worden ist,

2. dass so viel Unsicherheit über einige Punkte herrscht, dass es für keinen Trustee ratsam erscheint, sich auf das Versprechen oder die Garantie einer verheirateten Dame zu verlassen, ohne juristischen Beirat zu haben, und dass er, wenn er diesen Beirat verlangt, darauf vorbereitet sein muss, das Datum der Eheschliessung der betr. Frau nachzuweisen. Es kommt nämlich sehr häufig vor, dass eine verheiratete Benefiziarin durch Angebot ihrer Garantie den Trustee, wenn auch unabsichtlich, zu dem verleitet, was man technisch einen Trustbruch nennt.

Befindet sich ein Trustee oder Testamentsvollstrecker im Besitze einer Geldsumme, die das Eigentum einer verheirateten Frau und nicht beschränkt zu deren Sondergebrauch ist, so hat er vor Auszahlung der Summe sich darüber Gewissheit zu ver-

schaffen, ob sie das Geld ihrem Manne übertragen oder sonst irgend welche Bestimmung darüber bei ihrer Heirat getroffen hat. Liegt nichts derartiges vor, so kann ihr Gatte berechtigt sein oder auch nicht, je nach dem Datum der Eheschliessung, das Geld in Empfang zu nehmen. Doch treten dabei folgende Beschränkungen ein.

Kann das Geld nicht sofort zur Auszahlung gelangen, sondern wird es durch die Chancery Division zurückgehalten, so kommt eine besondere Rule of Court zur Anwendung. Danach steht der Ehefrau das Recht oder ein sogen. »Billigungsrecht zur Verfügung« (»equity to a settlement«) für sie selbst und ihre Kinder auf einen Teil des Vermögens zu. Dadurch werden der Gatte und dessen Gläubiger verhindert, mehr als den andern, nicht ausgesonderten Teil des Vermögens anzugreifen. Wird der Gatte bankerott, so kann auf diese Weise die Hälfte des Vermögens der Frau übertragen und dadurch unangreifbar sein. Der Trustee kann aber unter diesen Umständen in ein Dilemma geraten zwischen Forderungen der Frau und des Mannes und vielleicht gar noch dessen Vertretern, Schwierigkeiten, die für den Trustee durch das Vorhandensein einer schlecht ausgearbeiteten Rule of Court betr. das Recht der Verfügung über einen Vermögensteil nicht beseitigt werden. Der Trustee kann sich höchstens, wenn der Ehemann sich in pekuniären Schwierigkeiten befindet, dadurch aus der Lage ziehen, dass er das vorschlägt, was der Court hier tun würde, nämlich die eine Vermögenshälfte der Ehefrau zuweisen und die andere Hälfte dem Manne oder dessen Vertretern übertragen. Einfacher ist die Sache, wenn die Frau auf den Anspruch auf ihren Sonderanteil verzichtet. Werden die Vorschläge des Trustee verworfen, so bleibt noch immer der Ausweg, das Geld beim High Court zu deponieren, um damit der Sache ledig zu werden.

Neben dem Trust für verheiratete Frauen erfordert derjenige für Minderjährige die besondere Aufmerksamkeit des Trustee. Und dies nicht nur, weil der High Court sich mit besonderer Strenge als Obervormundschaftsgericht um das Eigentum Unmündiger kümmert, sondern weil auch ein Trustee, der sich auf Veranlassung eines Benefiziars unter 21 Jahren von seiner Pflicht hat abdrängen lassen, von einem solchen Benefiziar niemals eine gültige Indemnität erlangen kann.

Auch kommt in Betracht, dass der Trustee für Kinder gewöhnlich sehr weitgehende Befugnisse hat. So kann er vielfach nach

eigenem Ermessen einen Teil des Vermögens auf die Erziehung und den Unterhalt der Kinder verwenden. Oft findet sich in den Urkunden zur Bestimmung der Verfügungsgewalt ein Ausdruck wie »unkontrolliert« oder »unverantwortlich«. Worte von dieser und ähnlicher Art werden vom High Court dahin verstanden, dass ein Trustee tun kann, was er will, solange er nur »ordentlich« (»fairly«), »aufrichtig« (»uprightly«) und »ehrlich« (»honestly«) handelt. Nie können diese Worte bedeuten, dass der Trustee sich der Aufsicht des High Court entziehen kann.

§ II. »Trustees for Sale«. Zahlung von Trustschulden ¹⁾).

Wurden im Vorhergehenden die Pflichten eines Trustee auseinandergesetzt, der ein Vermögen zu verwalten und anzulegen hat, so sind andererseits noch die Aufgaben eines Trustee zu betrachten, der ein Vermögen aufzulösen und zu verkaufen hat. Ein solcher Trustee heisst »Trustee for sale«. Er hat meist das Vermögen aufzulösen und den Wertbetrag unter die Benefiziere zu verteilen. Dies dürfte für den Testamentsvollstrecker wohl der häufigste Fall sein. Doch kann auch der Trustee for sale, wenn es die Trusturkunde so vorschreibt, nach erfolgtem Verkauf des Vermögens den Erlös wieder anzulegen und weiter zu verwalten haben.

Trustees for sale sind verpflichtet, zum grösstmöglichen Vorteil der Benefiziere zu verkaufen. Sie müssen den Verkauf ordnungsgemäss bekannt machen und das höchste Angebot, das sie erhalten, annehmen. — Auf keinen Fall darf ein Trustee for sale an sich selbst oder an einen Co-Trustee verkaufen. Es würde dies einen der schwersten Fälle von Trustbruch darstellen.

Vor dem Verkauf hat der Trustee for sale, wenn er nicht selbst sachverständig ist, eine genaue Abschätzung des Wertes der zu verkaufenden Sachen durch besondere Taxatoren auf Kosten des Vermögens vornehmen zu lassen. Gelingt es ihm nicht, das Vermögen ohne Wertverlust loszuschlagen, so darf er es nicht ohne weiteres verpachten oder verpfänden, sondern muss in diesen Dingen richterliche Entscheidung einholen.

Sind mehrere Trustees for sale bestellt, so haben sie nach vollzogenem Verkaufe eine Uebertragungsurkunde auszustellen, welche die sehr wenigen vertraglichen Verpflichtungen zu ent-

1) *Urlin*, S. 59 - 63.

halten hat, die von Trustees in solchem Falle verlangt werden können. Die gemeinschaftlichen Trustees for sale haben gemeinsam das durch den Verkauf gewonnene Geld einzunehmen, in ihrem gemeinsamen Namen Quittung darüber zu erteilen und auf ihr gemeinsames Konto als Trustees bei einer Bank zu deponieren.

Dagegen hat nach dem Act von 1893 der Trustee for sale folgende Vollmachten. Er kann Vermögen ganz oder in einzelnen Teilen verkaufen, auf dem Wege der öffentlichen Versteigerung wie durch privaten Vertrag, alles auf einmal oder zu verschiedenen Zeiten. Er kann auch Grundstücke gegen andere von demselben Werte in England, Wales oder Irland austauschen, falls die Trusturkunde dies zulässt, dabei darf er zum Ausgleich etwaiger Wertunterschiede Geld sowohl auszahlen wie einnehmen.

Trustees for sale dürfen ferner Spezialbestimmungen und -Bedingungen beim Verkauf erlassen, können bei der Versteigerung zugunsten des Trust zurückkaufen und Angebote zurückziehen, nach ihrem Gutdünken Verträge rückgängig machen, wieder verkaufen, ohne für hierbei entstandene Verluste haftbar zu sein.

Bestimmt die Trusturkunde, dass der Erlös wieder angelegt wird, so gelten hierfür entweder deren Anweisungen oder der erste Teil des Act von 1893 und die Rule of Court von 1888.

Trusts for sale sind im allgemeinen von ziemlich spezieller Art, und es ist daher unratsam für einen nicht sachverständigen Trustee, beim Verkauf von Grundbesitz ohne sachverständige Anweisung zu handeln.

Dem Trust for sale verwandt sind solche zur Bezahlung von Schulden einer Erbmasse oder eines sonstigen Trustvermögens. Nach Stat. 22 u. 23 Vict. c. 35, sec. 14 (im Jahre 1859 erlassen) besteht eine besondere Vorschrift für Testamente, die nach dem 13. August 1859 in Geltung treten, und in denen der Erblasser Grundbesitz mit der Bezahlung von Schulden oder einem besonderen Legat belastet. Ueberweist er dabei den Grundbesitz an gewisse Personen (devisees), trifft aber keine Vorkehrungen, die Schulden, Legate usw. auszuzahlen, so ist hier tatsächlich ein Trust aber ohne ausdrückliche Erklärung eingesetzt. Trotzdem dürfen solche Trustees durch öffentliche Versteigerung des Vermögens oder privaten Verkaufsvertrag, oder durch hypothekarische Belastung, oder teils auf die eine, teils auf die andere Weise die zu dem genannten Zwecke nötigen Summen flüssig machen.

Sec. 15 des Gesetzes dehnt diese Vollmachten auf alle Personen aus, die ein derartig belastetes Vermögen, sei es als Ueberlebende oder als Deszendenten oder als Legatäre übernehmen. Nach Sec. 17 sind dabei Käufer oder Hypothekengläubiger nicht verpflichtet, nachzuforschen, ob solche Vollmachten ordnungsgemäss und richtig von den betr. Personen ausgeübt werden. Dies hat Bezug auf ein gleichzeitiges Gesetz, den sog. Lord Cranworth's Act v. 1860, wonach derartige skrupulöse Nachforschungen Käufern und Gläubigern bei Trusts for sale zur Pflicht gemacht wurden. Dieses Gesetz ist jedoch durch den Act von 1893 hinfällig geworden.

§ 12. Haftbarkeit des Trustee im allgemeinen.
Trustbruch (Breach of Trust) ¹⁾.

In einzelnen Fällen ist schon die Haftung des Trustee für seine Handlungen berührt worden. Sie soll hier im allgemeinen und in ihrer ganzen Ausdehnung behandelt werden.

Prinzipiell haftet der Trustee für alle seine Handlungen, die er bei der Verwaltung des Trustvermögens vollzieht, mit seinem ganzen Vermögen. Die Ausnahme beim Trust for sale wurde schon erwähnt. Der Trustee ist vor allem verantwortlich für die richtige Anlage des Trustkapitals.

Auch die Dauer der Haftbarkeit ist fast unbeschränkt. Ein Trustee, der sich von einem Trust zurückgezogen hat, kann noch lange danach für seine Handlungen wie für die seiner Co-Trustees zur Rechenschaft gezogen werden.

Sehr wichtig ist besonders die Gesamthaftung mehrerer Trustees. Jeder Trustee ist zunächst persönlich haftbar für jede Handlung seines Co-Trustee. Dadurch wird eine vielfach verbreitete irrige Meinung ganz und gar hinfällig, dass bei mehreren Trustees nur einer von ihnen, als sogen. »acting Trustee«, allein sich um die Verwaltung des Trust zu kümmern brauche, weil er vielleicht »mehr Geschäftsmann sei als die anderen«, während die übrigen nur aus formellen Gründen ihre Unterschrift zu allen die Verwaltung betreffenden Handlungen hergeben müssten, ohne von der Sache etwas wirklich zu verstehen. Das Gesetz kümmert sich durchaus nicht um die mehr oder weniger grosse Geschäftskennntnis des einzelnen Trustee. Dadurch dass ein Trustee die tatsächliche

1) *Urtin*, S. 34—35, 42—45.

Geschäftsführung einem Co-Trustee überlässt, wird er nicht im geringsten seiner eigenen Verantwortlichkeit ledig. Als einzige Ausnahmen von dieser Regel gelten folgende zwei:

1. Wenn der Erblasser oder Truststifter ausdrücklich jemanden bestimmt hat, der als Agent, Bankier usw. bei der Vermögensverwaltung dienen soll. Dann ist der Trustee für Verluste, die dabei entstehen, nicht haftbar.

2. Wenn nach dem üblichen Geschäftsgebrauch eine Zahlung zwar an mehrere Trustees erfolgt, aber nur einer von ihnen die Verantwortlichkeit tatsächlich haben kann. Z. B. kann die Verwahrung von Besitzurkunden nur einem Trustee zustehen, während ein anderer das jährliche Einkommen oder die Dividende aus dem betr. Vermögensstück einzukassieren hat.

Indemnitätsklauseln des Inhaltes: »dass ein Trustee nicht verantwortlich sein soll für die Handlungen, Beurkundungen oder Vergehungen seiner Co-Trustees«, finden sich häufig in Trusturkunden. Diese Klauseln haben jedoch nach dem Trustee Act von 1893, sec. 24 keinerlei rechtsverbindliche Kraft.

Dagegen gibt es eine gesetzliche Indemnität. Nach der erwähnten sec. 24 wird nämlich von jeder Trusturkunde von vornherein angenommen, dass sie eine der alten Indemnitätsklauseln ähnliche Klausel eo ipso enthalte, wodurch ein Trustee nur verantwortlich gemacht wird für alles, was mit dem Gelde und Vermögen mit Wissen und Zustimmung seinerseits geschieht. Danach ist der Trustee nur haftbar, wenn ein Schaden durch seine Fahrlässigkeit entstanden ist, weil er sich nicht genügend um seine Co-Trustees gekümmert hat. Die Gesamthaftung wird dadurch keineswegs aufgehoben, wohl aber in vernünftiger Weise beschränkt.

Ferner liegt ein Fall vor, wo zwei Trustees einem dritten eine Summe zur Anlage in bestimmten Werten übergeben hatten. Dieser aber trieb sogleich nach Empfang des Geldes Missbrauch damit. Die beiden andern Trustees wurden unter den Umständen nicht für haftbar gehalten. Zwar befand sich in dem betr. Testamente eine Indemnitätsklausel, welche die Verantwortlichkeit jedes Trustee nur auf seine eigenen Handlungen beschränkte, doch würde ihnen diese wenig geholfen haben, hätte nicht das Gericht in dem »sofortigen« Missbrauch des Geldes den Hauptgrund für ihre Entlastung erblickt.

Der Trustee befindet sich in ganz anderer Stellung gegenüber seinen Co-Trustees. Er hat keine gesonderte rechtliche Existenz.

Hat er einem anderen Trustee eine Vertretungsvollmacht übergeben, Wertpapiere zu verkaufen, so läuft er ausserordentlich grosse Gefahr, dass er deren Wert, falls der andere Trustee Missbrauch mit ihnen treibt, ersetzen muss.

Es ist auch nicht erlaubt, dass die Trustees das Vermögen zur Verwaltung unter sich verteilen. Tun sie es dennoch, so bleibt ihre Gesamthaftung unverändert bestehen. Anders ist es natürlich, wenn durch die Trusturkunde über die einzelnen Vermögensteile besondere Trustees, sogen. separated trustees eingesetzt sind.

Es kann aber auch ausnahmsweise nach dem Act von 1893, sec. 42 die Mehrheit der Trustees in gewissen Fällen berechtigt sein, die Trustwerte beim High Court zu deponieren. Alle folgenden Handlungen werden dann ebensoviel gelten, als ob die Deposition seitens aller Trustees gemeinsam erfolgt sei.

Können mehrere Trustees nicht zur Einigkeit über eine vorzunehmende Massregel gelangen, so müssen sie an einen Equity-Richter appellieren. Befindet sich ein Trustee in völliger Uneinigkeit mit seinen Kollegen, so muss er gewöhnlich seinen Rücktritt anbieten, der ihm auch meist in solchem Falle gewährt werden wird. Doch muss jeder zurücktretende Trustee seinem Nachfolger jegliche Beihilfe und Aufklärung über die Trustangelegenheiten zukommen lassen. Auch muss er ihm sogleich das Vermögen übertragen. Weigert er sich oder macht er seinem Nachfolger andere Schwierigkeiten, so kann er kostenpflichtig zur Herausgabe des Vermögens verurteilt, und wenn durch sein Verhalten Verluste entstanden sind, zum Schadenersatz gezwungen werden.

Stirbt ein Trustee, so bleibt die volle Trustvollmacht nach Sec. 22 des Act, falls nicht anderes bestimmt ist, bei dem oder den überlebenden Trustees.

Nicht haftbar ist ein Trustee für Geldverluste, die im gewöhnlichen Geschäftsleben (*ordinary course of business*) vorkommen, ein allerdings sehr weiter Begriff. Hierunter würden demnach alle durch den allgemeinen Niedergang der Konjunktur verursachten Verluste fallen. Es ist der Trustee aber auch nicht verantwortlich, wenn eine Bank oder ein Bankier, bei dem Gelder zeitweilig deponiert waren, zusammenbricht, sofern vorher an der Sicherheit der betreffenden Bank oder des Bankiers begründete Zweifel nicht aufkommen konnten.

Schliesslich ist der Trustee nicht haftbar für gestohlenen

Trustgeld, wenn er die üblichen Vorsichtsmassregeln zu dessen Verwahrung angewandt hat.

Verstösst ein Trustee gegen eine dieser Regeln, so liegt Trustbruch vor. Wird dieser durch blosser Fahrlässigkeit verschuldet, so trifft den Trustee nur die zivilrechtliche Verlusthaftung. Wird dagegen ein Verlust am Trustvermögen durch böswilliges und verbrecherisches Verhalten des Trustee verursacht, so tritt der Fraudulent Trustees Act v. 1858, 20 und 21 Vict., c. 54 in Wirksamkeit. Er wirkt gegen den betrügerischen Trustee und nach der Interpretationsklausel des Act auch gegen seinen Vertreter und sogar gegen seine Erben, falls diese um den Betrug wussten, und unterwirft den Trustee der Rechtsprechung des Criminal Court.

Wird ein Trustee überführt, dass er mit der Absicht, sich am Trustvermögen zu bereichern oder es sich ganz anzueignen, über dasselbe verfügt oder es zerstört hat, so soll er als eines schweren Vergehens (misdemeanour) für schuldig befunden werden. Die Strafe dafür beträgt je nach der Schwere des Falles 3 Jahre Zuchthaus (penal servitude) oder irgend eine Gefängnisstrafe, die aber nicht länger als 2 Jahre sein darf und unter Umständen mit Zwangsarbeit verbunden sein kann. Nach *Wharton's Law Lexicon* s. v. »Trustees, Fraudulent« S. 771 sind sogar für einen Fall 5 Jahre Zuchthaus vorgesehen. Auch können Geldstrafen vom Gerichtshof verhängt werden. Doch dürfen Verfolgungen nach diesem Act nicht ohne die Genehmigung des Oberstaatsanwaltes (Attorney General) begonnen werden. Ebenso darf ein Zivilverfahren nicht ohne Zustimmung des zuständigen Gerichtes aufgenommen werden.

§ 13. Rechtsansprüche des Trustee¹⁾.

War im bisherigen Verlaufe der Darstellung hauptsächlich von den Pflichten des Trustee die Rede, allerdings auch von den Vollmachten, welche diesen Pflichten entsprechen und oft sehr weit gehen können, so sollen hier noch die Rechte des Trustee behandelt werden. Es handelt sich im wesentlichen um die Ansprüche desselben auf Entschädigung für seine Tätigkeit und auf Ersatz gehabter Kosten.

Als ganz allgemeiner Grundsatz des gesamten englischen

1) *Umlin*, S. 36—41.

Trustrechtes gilt, dass ein Trustee oder Testamentsvollstrecker keinen festen Gehalt für seine Tätigkeit und den damit verbundenen Zeitaufwand erhalten darf. Die Stellung eines Trustee gilt durchaus als Ehrenamt. Selbst wenn der Trustee Rechtsanwalt oder berufsmässiger Versteigerer oder Agent ist und in seiner Eigenschaft als Trustee berufliche Dienste leistet, ist es ihm an sich nicht gestattet, Gebühren dafür zu berechnen.

Doch wird dieser Grundsatz von mannigfachen Ausnahmen durchlöchert. Wenn nämlich die Verwaltung des Vermögens grosse Schwierigkeiten bietet, kann der Trustee die Verwaltung niederlegen, wenn ihm nicht ein bestimmter Gehalt oder eine Provision von den Gewinnen und Einkünften des Vermögens vertragsmässig zugestanden wird. Doch ist hierzu stets die besondere Genehmigung des High Court erforderlich.

Eine andere Ausnahme — wenn man sie so nennen kann — von der Regel besteht für Besitzungen in Ost- oder Westindien, für deren Verwaltung Trustees, Testamentsvollstrecker und Vormünder einen Rechtsanspruch auf eine bestimmte, aber mässige Provision haben.

Es kann auch jeder Trustee, bevor er das Amt annimmt, sich eine solche Vergütung ausbedingen. Es ist dann ratsam, eine derartige Bedingung gleich in die Trusturkunde aufzunehmen, um jede Streitigkeit darüber zu vermeiden. Dies geschieht gewöhnlich, wenn der Erblasser oder Truststifter seinen Rechtsanwalt zum Trustee ernennt, der dann die üblichen Gebühren fordern darf.

Wie der Verfasser der Arbeit durch persönliche Erkundigung erfährt, geschieht dies meist bei Testamenten dadurch, dass der Testamentsvollstrecker mit einem Legat bedacht wird, während der Trustee, der bei einem Konkurse als Konkursverwalter fungiert, eine Provision für realisierte Aktiva und dazu eine solche für verteilte Forderungsquoten erhält. Der Prozentsatz dieser Provisionen wird von einer Gläubigerversammlung festgesetzt.

Doch bleibt von allen diesen Ausnahmen die Grundregel unberührt, dass Trustpflichten unentgeltlich zu erfüllen sind. Sucht der Trustee für seine Mühewaltung sich zu entschädigen, indem er aus dem Trustvermögen vereinnahmte Geldsummen in eigenen Geschäften und Spekulationen verwendet, so liegt zwar noch nicht Trustbruch vor, aber er wird mit einer empfindlichen Strafe getroffen, die über die blosser Verzinsung jener vereinnahmten Ueberschüsse weit hinausgeht. In diesem Falle haben dann die

Benefiziere das Recht, genaue Rechenschaft über solche Gewinne zu verlangen. Es ist jedoch üblich, lange und mühsame Berechnungen hierbei zu vermeiden, indem man die Gelder mit einer festgesetzten Zinsquote ablöst. In einem Falle, wo es ungewöhnlich schwer war, den unerlaubten Profit des Trustee herauszurechnen, ordnete der High Court an, dass der Trustee 5 Proz. vom Trustgeld nebst Verzugszinsen zu zahlen habe.

Nach demselben Grundsatz haben, wenn ein Trustee oder Testamentsvollstrecker in eigenem Namen eine neue oder erneuerte Pachtung von dem Stifter oder dem Erblasser gehörigen Grundstücken erhält, die Benefiziere das Recht, den Gewinn aus einer solchen Pacht zu fordern. Doch müssen die Benefiziere ihre Forderungsklage rasch und energisch einbringen, da das Gesetz nicht die Wiederaufnahme alter, halbvergessener Forderungen begünstigt.

Hat der Trustee grundsätzlich nicht das Recht, Ersatz für den bei der Trustverwaltung gemachten Aufwand an Zeit und Arbeit zu beanspruchen, so erlaubt ihm dagegen das Gesetz, sich für tatsächlich geleistete und notwendige Auslagen schadlos zu halten. Dieses Recht wird von dem Trustee Act v. 1893 in Sec. 24 anerkannt. Für Sachverständige und Rechtsbeirat in schwierigen Fällen darf der Trustee das Trustvermögen mit angemessenen Kosten belasten. Doch muss er sich später darauf gefasst machen, beweisen zu müssen, dass die Schwierigkeit sich aus dem Falle selbst ergeben hat und nicht entstanden ist durch blosses Aengstlichkeit und Unlust seinerseits, die richtigen Schritte zu tun.

Ist der Trustee selbst Rechtsanwalt, so braucht er, wenn berufsmässige Arbeit zu leisten ist, und er nicht dafür entlohnt wird, diese nicht selbst zu verrichten, sondern darf sich dazu eines anderen Rechtsanwaltes bedienen.

Kein Trustee ist verpflichtet, Arbeiten zu übernehmen, die gewöhnlich von einem Buchhalter, Agenten, Verwalter oder Pachtbez. Mietseinnahmer geleistet werden. In einem Falle, wo der Erblasser den im Testament genannten Trustees sogar eine kleine Leibrente ausgesetzt hatte, und es sich herausstellte, dass das Vermögen in einer grossen Anzahl von Mietshäusern mit wöchentlicher Mietzahlung bestand, entschied der High Court, dass die Trustees unter gleichzeitig fortdauerndem Bezuge der Leibrenten be-

rechtigt seien, auf Kosten des Trustvermögens einen Mieteinnehmer anzustellen.

Ein Trustee kann sich schliesslich oft in der Lage befinden, selbst Geldvorschüsse zu Gunsten des Trustvermögens z. B. für Mietzahlung, Bezahlung von Versicherungsprämien und dergl. zu machen. Hierbei ist es ihm gestattet, Zinsen zu 4 Proz. zu berechnen.

Jeder Trustee ist verpflichtet, zu allen angemessenen Zeiten den Benefiziaren Rechenschaft abzulegen über seine Unkosten und Auslagen. Er ist daher im eigenen Interesse zu genauer Buchführung gezwungen.

Für seine rechtmässig und in gutem Glauben gemachten Ausgaben behält der Trustee so lange eine Sicherheit, als das Trustvermögen in seinen Händen bleibt. So kann er eine Versicherungspolice als Pfand für die von ihm selbst ausgelegten Prämien halten. Doch ehe er solche Vorschüsse macht, muss er sich vergewissern, ob es nicht andere verfügbare Vermögensfonds gibt. Immerhin können ihn die Benefiziare nicht dazu zwingen, das Trustvermögen vor Bezahlung der Auslagen herauszugeben. Für jene Auslagen hat er ein Retentionsrecht (»lien«) oder eine »Billigkeitsforderung« (»equitable claim«), welche vom Gericht anerkannt wird.

§ 14. Die Entlastung des Trustee durch den Judicial Trustees Act v. 1896 ¹⁾.

Aus den vorhergehenden Darstellungen dürfte zur Genüge klar geworden sein, wie schwierig und unter Umständen gefährlich das Amt des Trustee für einen Privatmann in England werden kann. Die Folge ist, dass die meisten Leute sich einer solchen Bürde zu entziehen suchen, und dass es schwer ist, Trustees zu finden. Dies hat zunächst zu einem merkwürdigen Hilfsmittel geführt, dem Judicial Trustees Act v. 1896, einem Notgesetz im wahrsten Sinne des Wortes.

Dieser Act ist sehr kurz. Er enthält nur 6 Sections. Die weitere Ausführung überlässt er den Rules of Court.

Sec. 1 des Act ermächtigt den High Court, auf die Apellation jeder an einer Trusterrichtung interessierten Person hin einen sogen. »judicial trustee«, sei es als einzigen Trustee oder gemein-

1) *Urein*, S. 71—75.

sam mit anderen oder an Stelle eines schon vorhandenen aber ungeeigneten Trustee, zu ernennen. Ist ein ungeeigneter Trustee im Amt, so kann an seine Stelle ein Beamter des High Court als Judicial Trustee eingesetzt werden. Auf jeden Fall untersteht der Judicial Trustee der besonderen Oberaufsicht des High Court, und ist verpflichtet, Anweisungen aller Art dieses Gerichtshofes entgegenzunehmen.

Da jeder Trustee nur eine administrative, nicht eine richterliche Tätigkeit ausübt, so ist der Titel Judicial Trustee etwas irreführend und scheint nicht mehr zu besagen, als dass der Judicial Trustee sich von anderen Trustees dadurch unterscheidet, dass er vom Gericht ernannt und besonders beaufsichtigt wird.

Nach Sec. 1, 5 des Act kann der Judicial Trustee aus dem Trustvermögen eine Remuneration erhalten. Doch darf diese nicht die vom Gerichtshof in jedem einzelnen Falle vorgeschriebenen Grenzen überschreiten. Dies ist für England zum ersten Male eine gesetzliche Durchbrechung des Prinzipes der Ehrenamtlichkeit des Trust.

Einmal im Jahre (Sec. 1, 6) werden die Trustbücher geprüft und es wird darüber in vorschriftsmässiger Weise Bericht erstattet.

In Sec. 2 wird die Rechtsprechung über Judicial Trustees auch auf die Palatine Courts, Gerichtshöfe in Lancaster und Durham, ausgedehnt und auch für gewisse Fälle auf die Grafschaftsgerichte, um das Verfahren zu erleichtern.

Sec. 3, 1 erweitert die Vollmacht des High Court in Bezug auf Befreiung eines Trustee von persönlicher Haftbarkeit, wenn sein Verhalten »vernünftig« gewesen ist, und er einen triftigen Entschuldigungsgrund vorbringen kann.

Sec. 4 sieht vor, dass Rules of Court für verschiedene Zwecke erlassen werden sollen, und bezeichnet als Behörde für den Erlass dieser Rules den Lord-Kanzler unter Hinzuziehung des Schatzkanzlers in allen Angelegenheiten, welche Gebühren betreffen.

Sec. 6 schliesst Trusts in Schottland und Irland, sowie charitable trusts von dem Geltungsbereich dieses Gesetzes aus.

Es sind nun zu diesem Act 35 Rules of Court am 31. Aug. 1897 erlassen worden, die zum Teil sehr ins einzelne gehen. Hier sollen nur besonders wichtige Bestimmungen erwähnt werden.

Nach Rule 4 muss für den Gebrauch des Gerichtshofes ein schriftlicher Bericht (statement) eingeliefert werden, der mit der grössten Vollständigkeit alle Einzelheiten bezüglich des Trust

und des Wertes des gesamten Trustvermögens und Einkommens darstellt, also ein Gesamtinventar. Dieses Inventar ist ein sehr wichtiges Dokument und ist unter berufsmässigem Beistand zu verfassen. Es wird in Rule 8 genauer geregelt, besonders dass es immer auf dem Laufenden erhalten werden muss.

Rule 5 erweitert den Kreis, aus dem Trustees bisher genommen werden konnten, und erlaubt, dass auch Benefiziere und verheiratete Frauen zu Trustees ernannt werden können. Doch ist es nicht wahrscheinlich, dass dies oft geschehen wird. Ein vorhandener Trustee kann in einen Judicial Trustee verwandelt werden (Rule 6).

Rule 10 bestimmt, dass, wo immer ein Judicial Trustee ernannt ist, ein Konto von dessen Einnahmen und Auszahlungen bei einer vom Gerichtshof anerkannten Bank geführt werden muss. Sie verordnet, dass zur sicheren Verwahrung der Urkunden, Zertifikate und anderer Dokumente eine Liste davon beim Gerichtshof deponiert werden muss. Auszahlungen des Einkommens aus dem Trustvermögen können besorgt werden mittelst einer ständigen Anweisung (standing order) an die Bank.

Rule 14 bezieht sich auf die jährliche Revision (audit) der Buchführung des Trustee, die gewöhnlich durch einen Beamten des Gerichtshofes geschieht. Im Falle besonderer Schwierigkeit kann ein berufsmässiger Revisor herangezogen werden.

Rule 17 ordnet die Remuneration des Judicial Trustee, wobei der Gerichtshof Vollmacht hat, von Zeit zu Zeit ihren Betrag zu fixieren und abzuändern. Eine besondere Summe kann für die Abfassung des oben erwähnten Inventars ausgesetzt werden. Ferner kann eine Provision für die Realisierung und Wiederanlage der Trustgelder eingeräumt werden. Im Falle, dass ein Beamter des Gerichtshofes eingesetzt wird, fällt die Remuneration unter die Kontrolle des Schatzamtes. Der Gerichtshof kann im übrigen die ganze oder einen Teil der Remuneration verwerfen, falls sie zu hoch gegriffen ist.

Die Haftbarkeit für Trustbruch oder in Bezug auf Entfernung vom Amte bleibt unberührt von den Rules. Die Vollmacht des Gerichtshofes in Bezug auf diese Disziplinarangelegenheiten wird durch Rules 20 und 21 bestätigt. Die weiteren Rules 22 bis 31 beziehen sich grösstenteils auf prozessualische Angelegenheiten und auf die erwähnte gerichtliche Registrierung des Trustvermögens.

Rule 32 regelt die bei solchem Verfahren fälligen Gebühren,

die aus dem Ertrag des Trustvermögens zu erlegen sind. Es genügt hier zu bemerken, dass bei der Registrierung des Inventars die Gebühr 10 sh. beträgt und dass bei jeder Aenderung desselben oder bei Registrierung der jährlichen Abrechnung des Trustee je 5 sh. zu bezahlen sind. Bei der jährlichen Revision beträgt die Gebühr 2 sh. 6 d. auf je 100 Pfd. St. von dem Bruttoeinkommen des Trustvermögens. Andere Gebühren bestehen für Registrierung von Dokumenten und für Einsichtnahme in solche Dokumente.

C. Allgemeine Bedeutung des Trust in Grossbritannien. Trustee-Not und Trust Companies¹⁾.

§ 15.

Bei der Betrachtung des englischen Trustrechtes treten Vorzüge und Nachteile des gesamten englischen Rechtes deutlich zu Tage. Zwar gewährt das Gesetz dem Trustee eine sehr grosse Verfügungsfreiheit über das Trustvermögen, wodurch ihm die individuelle Behandlung des einzelnen Falles sehr erleichtert wird. Dem stehen aber als erhebliche Nachteile gegenüber die Vieldeutigkeit und stellenweise Unklarheit der gesetzlichen Bestimmungen, das schwankende Moment, das dem Gewohnheitsrecht bei aller Stetigkeit der Rechtsentwicklung innewohnt. Es gibt hier keine allgemeinen Grundsätze, die nicht von zahlreichen Ausnahmen durchbrochen würden. Vielfach fehlt es ganz an fest bestimmten und sicher umgrenzten Rechtsbegriffen, deren Definierung auch durch die Praxis nur ungenügend erfolgt ist. Ausdrücke, wie »vernünftig«, »ordentlich«, »gebührend« und ähnliche, spielen eine grosse Rolle und kehren allenthalben wieder. Doch dieses weitmaschige Netz von Rechtsbestimmungen kann sich nur allzu leicht, von schlauen Advokaten und habsüchtigen oder übelwollenden Benefiziaren gehandhabt, in eine enge Falle zusammenziehen, in der sich selbst der redlichste Trustee verfangen kann, der sich eine wirtschaftlich vielleicht durchaus berechtigzte, aber gegen irgend eine obskure Gesetzesvorschrift verstossende Handlung hat zu Schulden kommen lassen. Eine Schranke gegen

¹⁾ Die wichtigsten Unterlagen für diesen Paragraphen hat der Verfasser durch einen Fragebogen erhalten, der mehreren englischen Solicitors, Chartered Accountants und höheren Bankbeamten zugegangen ist. Die Herren haben in liebenswürdiger Weise die Fragen, soweit es möglich war, beantwortet. Jene Fragen betrafen in der Hauptsache den gegenwärtigen Zustand des englischen Trustwesens.

derartige Chikanen wird ja wohl meist die Rechtsprechung des High Court errichten. Aber englische Prozesse sind bekanntlich ausserordentlich teuer und langwierig. Wenn auch durch Einführung des »Originating Summons«¹⁾ eine gewisse Beschleunigung und Verbilligung des Verfahrens erzielt worden ist, so hat doch noch immer ein Zivilprozess in England mehr als anderswo eine gewisse Aehnlichkeit mit einem Hasardspiel, und der hat dabei auch in diesem Falle die besten Gewinnaussichten, der am längsten die Partie halten d. h. in diesem Falle Advokaten besolden kann, die durch allerlei Einreden und Kniffe seine Sache durch die einzelnen Instanzen hindurchfechten.

Man gewinnt im ganzen den Eindruck, als sei der Trustee vom Gesetz zu ungünstig, mindestens zu unsicher gestellt. Das kann aber auch für die Benefiziere, überhaupt für das ganze Trustwesen nicht vorteilhaft sein, wenn man bedenkt, welche grosse wirtschaftliche Bedeutung und Ausdehnung die Trustvermögensverwaltung in ganz Grossbritannien gewonnen hat.

Es ist zwar bisher nicht gelungen, gründliches Material über die Anzahl und den Umfang der in Trustverwaltung befindlichen Vermögen zu erlangen. Eine solche Statistik aufzustellen, dürfte wohl überhaupt unmöglich sein. Wohl aber ist anerkannt, dass der grössere Teil des gesamten in Grossbritannien vorhandenen Privatvermögens sich in Händen von Trustees befindet.

Bei Eheschliessungen wird, wenn überhaupt Vermögen vorhanden ist, gewöhnlich ein bestimmter Teil des Vermögens bei der Ehegatten (Grundstücke, Geld oder auch eine Lebensversicherungspolice) als sogenanntes Settlement abgesondert (s. § 10) und unter Trustverwaltung gestellt. Als Trustees fungieren gewöhnlich die Familienrechtsanwälte. Das Einkommen aus dem Settlement wird dann von den Trustees in der geschilderten Weise an die Benefiziere ausgezahlt. In der Regel wird nach dem Tode der Nutzniesser des Settlement der Trust aufgelöst, und das Vermögen unter die Kinder oder sonstigen Erben verteilt. Doch kann der Trust für die Familie auch weiter bestehen bleiben.

Zu den privaten Trusts kommt noch die grosse Masse der Stiftungen zu religiösen und gemeinnützigen Zwecken, deren oft recht beträchtliche Vermögen einer Trustverwaltung unterstehen.

¹⁾ Wharton's Law-Lexicon, s. v. »Originating Summons«. — Prozessbefehl des High Court.

Von solchen grossen Stiftungen in Trustform sind zu nennen: »Rhodes Will«, eine Stiftung des berühmten Finanzmannes und imperialistischen Schöpfers von Britisch-Südafrika, Cecil Rhodes, zu Studienzwecken, ferner »Whiteley Homes« und »Peabody's Model Dwellings«, zwei Stiftungen zum Zwecke der Erbauung von Arbeiterwohnungen.

Weniger sind die grossen Fideikommissgüter in Grossbritannien, die sog. entailed properties, in Trusts umgewandelt. Dies ist selbstverständlich, da sie meist noch unter der persönlichen Verwaltung der Fideikommissbesitzer selbst stehen.

Schliesslich ist zu erwähnen, dass es auch Trustees gibt, die als Pfandhalter zur Sicherung der Ansprüche von Obligationeninhabern fungieren. So wird stets für Debenture Stock¹⁾, der von einer Gesellschaft emittiert wird, ein Trustee eingesetzt, der im Interesse der Obligationäre ein Zertifikat über die Obligationenausgabe zu verwahren und über die regelrechte Zinszahlung und Amortisierung der Obligationen zu wachen hat.

Es entsteht nun die Frage, ob die Familientrusts überhaupt heute noch wirtschaftlich gerechtfertigt sind. Ist diese ganze Art der Vermögensverwaltung nicht viel zu kostspielig und umständlich, als dass sie durch die Vorzüge der Sicherung des Vermögens und einer geordneten Verwaltung desselben aufgewogen werden könnte? Diese Frage scheint zunächst nicht leicht zu entscheiden zu sein. Sicherlich spielt noch heute im ganzen Trustwesen der konservative Nationalcharakter des Engländers eine wichtige Rolle. Es ist einmal von altersher Sitte — ob altbewährt oder nicht, ist gleichgültig —, das Familienvermögen oder wenigstens einen Teil davon einem Trustee anzuvertrauen, und so wird bei jedem Vermögensübergang immer wieder ein neuer Trust errichtet.

Es liegt ferner der Vermutung nahe, dass der mächtige Einfluss des englischen Solicitors sich zu Gunsten einer Einrichtung geltend macht, die ihm direkt und indirekt Vorteile bringt und seine wirtschaftliche wie soziale Stellung verstärkt.

Aber im ganzen dürfte die Frage, ob solche Trusts heute noch wirtschaftlich berechtigt und vernünftig seien, entschieden zu bejahen sein. Durch die Trustverwaltung wird eine grosse Gruppe von Vermögensbesitzern der Sorge für eine sichere und solide Anlage ihres vielleicht oft mässigen Kapitals enthoben.

1) *Palgrave*, s. v. »Debenture Stock«.

Zu dieser Klasse von Kapitalisten gehören nicht bloss Unmündige, sondern auch vor allem diejenigen Personengattungen, welche nicht inmitten des Erwerbslebens stehen, und die daher vielfach der zur Vermögensanlage und -verwaltung nötigen Kenntnisse entbehren: alleinstehende Frauen, Witwen, viele Angehörige der liberalen Berufe. Aber auch Viele, die nicht zu dieser Gruppe gehören, werden durch einen Trust wirtschaftlich in erheblichem Masse gesichert. Durch den besonders starken gesetzlichen Schutz wird dem Benefiziar die Möglichkeit gewährt, ein gewisses Einkommen in verhältnismässiger Ruhe geniessen zu können, ohne dass das Vermögen allzu grossen Konjunkturschwankungen ausgesetzt ist. Natürlich gibt der gesetzliche Schutz keine absolute Sicherheit. Die Freiheit, die dem Truststifter bei Abfassung der Trusturkunde und zumal der Investierungsklausel zusteht, kann sicherlich auch zur Errichtung von unrationellen, ja sogar verderblichen Trusts führen. Theoretisch lässt das englische Trustrecht menschlicher Schwäche und Willkür einen recht weiten Spielraum, wenn gleich wohl praktisch völlig verfehlte Trusts selten vorkommen mögen. Auch kann in besonders krassen Fällen die Rechtsprechung hier eine wohlthätige Hemmung bereiten.

Es soll ferner nicht der Umstand verkannt werden, dass viel Ursache zu unerquicklichen Familienstreitigkeiten durch einen Trust geschaffen werden kann. Ferner kann ein Trust für Erwerbstätige zu einer lästigen Fessel werden, wenn ihnen dadurch ein Teil ihres Kapitals festgelegt wird, das sie vielleicht zu rationellerer Anlage in ihrem eigenen Gewerbebetriebe besser brauchen könnten. Es gilt eben auch hier das Wort: »Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage.«

In dem Falle des Separate Estate ist sogar die Zweischneidigkeit der Einrichtung deutlich zu erkennen. Einerseits stellt sich hier der Trust als eine Art Selbstversicherung gegen Vermögensverlust, der durch eigenes Verschulden verursacht ist, dar. Andererseits könnte gerade ein solcher vom übrigen Vermögen abgetrennter Bestandteil den Nutzniesser vor dem Zusammenbruch retten. Wird auch er und seine Familie durch einen Separate Estate, der für seine Gattin ausgesetzt ist, vielleicht wirtschaftlich noch über Wasser gehalten, so wird doch durch eine solche Massregel der Schutz vor der sozialen Schmach eines Bankerotts erheblich gemindert.

Alle diese Mängel und Nachteile des Trusts werden jedoch von seinen wirtschaftlichen Vorzügen bei weitem übertroffen. Dadurch dass er ein vortreffliches Mittel zur dauernden Wahrung des Familienvermögens bilden kann, wirkt er in hohem Grade als ein erhaltender Faktor des sozialen Lebens. Er gewährleistet ein sicheres Familienleben und standesgemässe Erziehung der Kinder. Er kann ferner dem unwirtschaftlichen Treiben von Verschwendern und Spekulanten, die ohne Trust ihr Vermögen vergeuden würden, einen festen Damm entgegensetzen und damit auch volkswirtschaftlich ausserordentlich günstig wirken.

Durch diese ihm tatsächlich innewohnenden Vorzüge ist es schliesslich zu erklären, dass der Trust noch gegenwärtig sich so grosser Beliebtheit in England erfreut. Der Einfluss des Solicitors und stark konservatives Festhalten an einer veralteten Einrichtung können unmöglich als zureichende Ursachen einer derartigen Massenerscheinung hingestellt werden. Es ist ein gesunder Zug des konservativen englischen Volkscharakters, der sich hierin äussert, und der im Trust ein wichtiges Mittel zur materiellen Begründung und Erhaltung eines gesunden Familienlebens, der Quelle aller nationalen Wohlfahrt und Gesittung, sieht. Damit dürfte der Trust schon allein genügend gerechtfertigt sein. Seine Bedeutung ist ebenso sehr eine soziale als eine rein ökonomische.

Volkswirtschaftlich wichtig ist vor allem die Tatsache, dass durch die Rule of Court von 1888 und den Trustee Act von 1893 die Anlage des Trustvermögens eingehend geregelt wird. Wenn auch diese Vorschriften nur subsidiär, mangels einer entsprechenden Anweisung in der Trusturkunde, wirken, so ist doch anzunehmen, dass sie von grossem Einfluss auf die Anlage der Privatvermögen auch bei Vorhandensein einer solchen Urkunde sein müssen. Tatsächlich werden die meisten Trusturkunden unter Zuziehung eines Rechtsanwaltes abgefasst, und von diesem werden wohl meist die gesetzlich erlaubten Anlagen dem Truststifter empfohlen werden. Es ist also durch das Gesetz eine Gruppe bestimmter bevorrechteter Anlagen geschaffen worden, die man, um einen naheliegenden Vergleich zu gebrauchen, als »trustsicher« bezeichnen kann. Soweit nun die Trustvermögen aus beweglichem Kapital bestehen, dürften sie in der grossen Mehrzahl sich diesen trustsicheren Anlagen zugewandt

haben. Für die Wertpapiere unter ihnen ist somit durch das Trustrecht ein verhältnismässig grosser und sicherer Markt geschaffen worden. Natürlich herrscht nicht für alle Trustwertpapiere die gleiche Nachfrage. Wie schon erwähnt, erfreuen sich besonderer Gunst der Trustees die Aktien der Bank of England, Obligationen von britischen Eisenbahngesellschaften und die Anleihen der grösseren autonomen Kolonien.

Sind nun zwar durch die Trustgesetzgebung gewisse Schwierigkeiten der Trustverwaltung für den Trustee erleichtert worden, so haben doch diese Massregeln in keiner Weise eine Abhilfe gegen die tatsächlich bestehende Trustee-Not bringen können. Immer schwieriger wird es, Privatpersonen zu finden, die das mühselige und gefährliche Amt eines Trustee übernehmen wollen.

Es könnte nun merkwürdig erscheinen, warum in England nicht schon längst Trust Companies entstanden sind, wie sie in den Vereinigten Staaten in ausgedehntem Masse die Funktionen des privaten Treuhänders übernommen haben und dabei zu grosser Bedeutung innerhalb des Bankwesens der Union gelangt sind. Von den objektiven Vorzügen, die solche korporative und permanente Trustees vor privaten voraushaben, wird noch im nächsten Kapitel zu reden sein. Aber der Wirksamkeit einer Trust Company stand bislang in England der Rechtsgrundsatz als Haupthemmnis im Wege, dass der Trustee ein unentgeltliches Ehrenamt zu versehen habe, und dass daher eine Trustverwaltung nicht Gegenstand eines Erwerbsgeschäftes sein könne.

Dieser Grundsatz wurde zwar von dem Judicial Trustees Act von 1896 prinzipiell durchbrochen, der ja eine Bezahlung der Trustees zulässt. Dieser Act hat sich jedoch als Fehlschlag erwiesen. Er macht die Trustverwaltung umständlich und belastet den Trust ausserdem mit höheren Ausgaben, da er nicht nur die Trusteekosten, sondern auch noch Gerichts- und Anwaltskosten vielfach zu tragen hat. Tatsächlich wird daher von der Einrichtung des Judicial Trustee nur ein sehr geringer Gebrauch gemacht. Nur in Fällen, wo sich niemand anderes finden lässt, oder der Gerichtshof einen vorgeschlagenen Trustee nicht genehmigt oder einen vorhandenen abgesetzt hat, werden Judicial Trustees eingesetzt. Alsdann sind es meist Privatpersonen, nur selten Beamte des High Court.

Einen letzten Versuch, den privaten Trustee zu entlasten,

stellt der Public Trustee Act von 1906 dar¹⁾. Der Public Trustee ist Staatsbeamter und übernimmt Treuhandverwaltungen aller Art. Für ihn bestehen etwas geringere Gebührensätze als wie beim Judicial Trustee, von dem er sich sonst nicht wesentlich unterscheidet. Zum ersten Public Trustee wurde Ende 1907 ein Londoner Barrister ernannt. Die Erwartungen, welche *Kiep* an diese neue Einrichtung knüpft, dürften etwas zu optimistisch sein.

Freie Bahn für den korporativen Trustee wurde aber erst durch den Bodies Corporate (Joint Tenancy) Act von 1899 geschaffen.

Der Hauptzweck dieses Gesetzes war, die Möglichkeit zu schaffen und zu erleichtern, dass ein Trustvermögen gemeinsam von einer juristischen Person und einzelnen Individuen verwaltet werden kann. Charakteristisch ist hierbei, dass man sich noch immer nicht von dem Begriffe des einzelnen Trustee losmachen konnte. Allerdings muss man dabei des Umstandes eingedenk sein, dass der Trust nicht nur eine wirtschaftliche Funktion, sondern vielfach einen Vertrauensposten darstellt, der grosse Diskretion erfordert. Daher neigt man in England jetzt zu einer gemischten Methode. Eine Trust Company übernimmt das Vermögen und besorgt dessen Verwahrung und sichere Anlage. Dagegen stehen die gesamte Verfügung über das Einkommen und dessen Verteilung sowie alle sonstigen Trusteerechte einem einzelnen Trustee, gewöhnlich einem Familienfreunde, zu. Durch diese Verbindung einer Gesellschaft mit einem Individualtrustee wird erreicht, dass das Vermögen einerseits besser gesichert ist, und dass andererseits die Vorteile des privaten Trustee bestehen bleiben. Ausser dem erwähnten Act gibt es keine besonderen Gesetze über Trust Companies in England.

Nach *Heaton*, »The Trust Company Idea and its Development« S. 45 gab es 1904 in England 3 Trust Companies, die sich aber durchaus nicht allein auf Trustgeschäfte beschränken, vielmehr diese Funktion als Nebenaufgabe ansehen. Ihre Namen sind:

Law Guarantee and Trust Society, London

Trustee, Executors and Securities Co., London

1) *O. C. Kiep*, Das neue staatliche Treuhänderamt in England. — Jahrb. f. Gesetzg., Verwaltung u. Volksw. herausg. von *Schmolter*, 32. Jahrg. 1908, III. Heft S. 89—49. S. bes. S. 47 ff.

Public Trustee, Limited, Edinburgh.

Die Law Guarantee and Trust Society, die schon 1888 als Lebensversicherungs-Gesellschaft gegründet wurde, hatte 1904 ein Aktienkapital von £ 2 000 000 sterl. nominal, wovon aber nur 10 Proz. eingezahlt waren, und einen Reservefonds von £ 180 000. Drei Viertel des eingezahlten Kapitals sind als Trustkapital auf die Namen der Richter vom Supreme Court angelegt. Die Gesellschaft hat eine besondere Trustabteilung und unterhält für diesen Zweck Filialen in Dublin, Edinburgh, Birmingham, Glasgow, Liverpool, Manchester und Newcastle-on-Tyne. Die Gesellschaft garantiert auch als Pfandhalter die Bezahlung und Verzinsung von Hypotheken und Obligationen.

Ferner liegt mir der Prospekt der »Corporation of the Royal Exchange Assurance« vom März 1905 vor. Diese Gesellschaft ist schon 1720 hauptsächlich zu Zwecken der Seeversicherung gegründet worden. Auch jetzt betreibt sie noch in erster Linie Versicherungsgeschäfte aller Art. Daneben hat sie sich in neuester Zeit ein Trustdepartement angegliedert. Nach ihrem Prospekt haben ihre 23 Direktoren durch Parlamentsact die Genehmigung erhalten, als Testamentsvollstrecker eingesetzt zu werden sowie als Trustees und als Pfandhalter zu fungieren. Die Gesellschaft verfährt bei Eingehung eines solchen Geschäftes folgendermassen.

Zunächst wird ihr ein Antrag zur Uebernahme einer Testamentsvollstreckung oder eines Trust eingereicht. Das Testament und die Trusturkunde müssen natürlich beigelegt werden. In dem Antrag müssen jegliche Einzelheiten und Bedingungen des Trust in betreff des Vermögens und seiner Verwaltung angegeben sein. Für die Eintragung des Antrags erhebt die Gesellschaft eine Eintragungsgebühr. Nach Zahlung dieser Gebühr stellt sie einen Uebernahmevertrag aus. Hierin bedingt sie sich vor allem aus:

1. dass ihr für ihre Mühewaltung eine entsprechende Entschädigung gewährt werde;

2. dass sie bei der Testamentsvollstreckung Rechtsanwälte nach ihrem Gutdünken für besondere Aufgaben anstellen dürfe;

3. dass sie zurücktreten kann von dem Trust, wenn es sich herausstellt;

a) dass das Testament nicht mit dem im Antrag angegebenen übereinstimmt;

b) dass sich der Wert des Vermögens als tatsächlich geringer erweist, als es im Antrag angeführt wurde;

c) dass die Pflichten des Trustee von Natur schwieriger und vielseitiger sind, als sie der Antrag voraussah;

d) dass das Testament über die Remuneration keine Bestimmungen enthält oder derartige Bestimmungen in einem Kodizill geändert oder widerrufen werden.

Tritt die Gesellschaft von dem Geschäft zurück, so zahlt sie natürlich die Eintragungsgebühr zurück. Nimmt sie dagegen die Trustverwaltung endgültig an, so sind als einmalige Gebühren zu zahlen: bei einem Gesamtwert des betreffenden Vermögens

bis zu	£ 2 000	£ 10.—/—	insgesamt,
von über	> 2 000—20 000	10 sh. 0 d. pro	£ 100.—/— d. Vermögens
> >	> 20 000—50 000	15 > 0 >	> > > >
> >	> 50 000	17 > 6 >	> > > >

Dieselben Gebührensätze gelten für alle Trusteefunktionen, nur dass bei der Verwaltung von Settlements von über £ 50000.—/— 18 sh. 3 d. pro £ 100.—/— zu zahlen sind.

Die Gebühren sind zahlbar, sobald die Gesellschaft ihre Trustpflichten definitiv übernommen hat. Sie können ratenweise gezahlt werden, wenn die Trustgeschäfte in bestimmten Fristen abzuwickeln sind. Für die mit der Einkommensverwaltung verbundene Mühleleistung fordert die Gesellschaft eine jährliche Provision von $2\frac{1}{2}$ Proz. des gesamten Einkommens aus dem Trustvermögen.

Im Falle der Pfandhalterschaft wird die Gebührenfrage den Umständen entsprechend von Fall zu Fall geregelt.

Sollen von der Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als Trustee Veränderungen in der Anlage des Vermögens vorgenommen werden, so wird eine kleine Provision von $\frac{1}{8}$ Proz. bis $\frac{4}{8}$ Proz. der in Betracht kommenden Summe erhoben.

Testamente können gegen eine Gebühr von 10 sh. 6 d. feuersicher bei der Gesellschaft verwahrt werden.

Mit der Trustverwaltung verbundene Spesen werden dem Benefiziar zur Last geschrieben. Wichtig ist schliesslich die Bedingung der Gesellschaft, dass sie als Testamentsvollstrecker nur allein handeln kann. Indem sie sich auf einen gerichtlich entschiedenen Präzedenzfall beruft, weist sie hier jede Verbindung mit einem einzelnen Testamentsvollstrecker ab.

Ob der Gedanke der Trust Co. in England schon grössere Erfolge erzielt hat, ist vorläufig nicht mit Sicherheit anzugeben.

Zur Zeit scheint die Trust Co. sich noch in einem gewissen Entwicklungsstadium zu befinden. Aus den angeführten Bestimmungen des Prospekts der Royal Exchange Assurance geht offenbar hervor, dass es sich noch um eine etwas unsichere Einrichtung handelt, daher die vielen Kautelen. Zugleich ist zu bemerken, dass die Trustverwaltung durch die Gesellschaft den Benefiziaren nicht gerade nahe gebracht wird. Es sind noch zu viele Bedingungen und Kosten damit verknüpft. Andererseits scheint sich das Publikum noch nicht an den korporativen und unpersönlichen Trustee gewöhnen zu können. Es dürfte daher auch der Vorschlag, den *Urlin* gemacht hat, die Bank of England zum gesetzlichen Trustee für Vermögen, das aus Wertpapieren besteht, zu ernennen, nicht gerade grosse Aussichten auf Erfolg haben. Durch eine solche Verwaltung würden ja noch grössere Kosten verursacht werden, und in den ganzen Trust würde ein gewisses bürokratisches Element eingeführt werden. Gerade aber hieran scheint man sich noch in England zu stossen, indem man auch den Trust Cos. in dieser Beziehung eine Art Vorurteil entgegenbringt. Wie Zuschriften, die der Verfasser aus England erhalten hat, beweisen, vertraut man in vielen Kreisen lieber einem Privatmann eine Trustverwaltung an als einer Korporation. Man traut ihm noch immer mehr Initiative und grösseres Interesse für die Benefiziare zu. Merkwürdigerweise wird sogar der Ehrlichkeit einer Trust Co. ein gewisses Misstrauen entgegengebracht. Man glaubt, dass die Gesellschaft mit dem Kapital des Trust spekulieren und es zu ihrem Vorteil und zum Schaden des Benefizieres verwalten könne. Der einzelne Trustee dagegen setze als solcher seine gesamte bürgerliche Ehre zum Pfande, wenn er eine Trustverwaltung annehme. Auch scheint sich das Selbstständigkeitsgefühl des Engländers dagegen zu sträuben, eine so persönliche Sache, wie sie ein Trust darstellt, unter die Kontrolle einer Korporation zu stellen. Doch dürfte sich die Trust Co. auch in England mehr und mehr durchsetzen. Ihre Vorteile gegenüber dem privaten Trustee, die noch im nächsten Kapitel näher zu besprechen sein werden, sind zu offensichtlich.

In zwei englischen Kolonien, K a n a d a und A u s t r a l i e n haben sich Trust Cos. schon seit längerer Zeit und stärker entwickelt als im Mutterlande¹⁾. Es bestanden im Jahre 1904

1) *E. Heaton*, »The Trust Company Idea and its Development«. Buffalo 1904, S. 15—33.

in Australien: 14 Trust Cos.

in Kanada: 11 Trust Cos.

Diese kolonialen Trust Cos. sind im wesentlichen den Trust Cos. der Vereinigten Staaten nachgebildet. Die kanadischen Trust Cos. betreiben, wie die entsprechenden Gesellschaften des Nachbarlandes auch Depositen- und sonstige Bankgeschäfte.

II. Kapitel.

Die amerikanischen Trust Companies.

I. Entstehung der Trust Company.

§ 1.

Im vorigen Kapitel ist das Recht des englischen »Trust« in seinen Hauptzügen geschildert worden. Dieses Recht gilt im wesentlichen auch für die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Nur ein sehr bedeutsamer Unterschied hat sich hier frühzeitig geltend gemacht. Das britische Recht hatte bis vor kurzem eine entschiedene grundsätzliche Abneigung gegen den korporativen Trustee. Diese Auffassung entsprach nicht dem amerikanischen Volksempfinden. So entstanden schon in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts »Trust Companies«. Nach *Heaton* ¹⁾ ist die Trust Comp. eine Schöpfung »der Gewandtheit und des organisatorischen Genies des amerikanischen Volkes« gewesen. Wenn man nun diesem Faktor besonders für die spätere Entwicklung ein gewisses Daseinsrecht nicht absprechen kann, so dürften doch andere, gewissermassen elementare, Entstehungsursachen in weit höherem Grade wirksam gewesen sein.

Das englische Trustwesen ist aus einer Jahrhunderte langen Entwicklung hervorgegangen. Seine Voraussetzungen sind: eine alteingesessene, ziemlich dicht wohnende Bevölkerung, altgewohnte Sitten und Anschauungen, sowie besonders eine verhältnismässig grosse Stabilität der Vermögens- und Grundbesitzverhältnisse. Demgegenüber vergegenwärtige man sich den Zustand der Vereinigten Staaten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts: Auf einem ungeheuren Territorium, das sich noch beständig erweitert, eine, trotz raschen Zuwachses, dünne Bevölkerung in fortwähren-

1) a. a. O. S. 7.

der Bewegung nach Westen hin. In der Landwirtschaft noch vielfach Raubbau, daher der Grund und Boden häufigem Besitzwechsel unterworfen. In Industrie und Handel zwar ein ungemein rasches Emporblühen, aber auch gleichzeitig starkes Schwanken der Privatvermögensverhältnisse. Alles also noch im Zustande einer sehr jungen, kaum erst werdenden Kultur. In den Boden dieser jungen Gesellschaft hatte man trotzdem von Anfang an die vom Mutterlande her gewohnte Einrichtung des Trustee verpflanzt. Für deren Anwendung war an sich reichlich Bedürfnis vorhanden. Nur waren die Grundbedingungen hier ganz andere als dort. Gerade weil das Wirtschaftsleben noch in stürmischen Bahnen sich bewegte, war häufig der Fall gegeben, Privatvermögen durch Trust-Errichtung sicher zu stellen. Dieses Bedürfnis nach Trusts machte sich naturgemäss zuerst in den älteren Neu-Englandstaaten stärker geltend. Nur war hier das Amt des Trustee als Vermögensverwalter für den Privatmann noch viel schwieriger und mühseliger zu verstehen als in England, weil auch in diesen Staaten die erwähnte Stabilität des Wirtschaftslebens noch immer weit geringer war als in England. Es trat demnach viel früher als in England selbst ein Bedürfnis nach Ersatz des Individual-Trustee ein.

Dabei lag es nahe, dass man schon bestehenden Korporationen, die sich des nötigen Vertrauens erfreuten, das Recht verlieh, Trust-Verwaltungen zu übernehmen. Man übertrug aber diese, viel Vertrauen erfordernde Funktion nicht Banken, sondern Versicherungsgesellschaften. Die amerikanischen Banken sind somit vom Beruf als Trustees geradezu ausgeschlossen geblieben. Es ist sogar soweit gekommen, dass die Trust Companies, nachdem sie sich zu selbständigen Gebilden ausgewachsen hatten, in den Geschäftskreis der Banken übergriffen und, besonders im Depositenverkehr, gefürchtete Konkurrenten der Banken geworden sind. Die Banken sind nicht Trust Companies sondern die Trust Companies sind Banken geworden.

Typisch für diesen Verlauf ist die Entwicklung der ersten Trust-Companies ¹⁾. Die älteste von ihnen ist die im Jahre 1812 gegründete »Pennsylvania Company for Insurance on Lives and Granting Annuities«, also eine Gesellschaft, deren Geschäftskreis die Lebensversicherung und Beschaffung von Leibrenten umfasste. Im Jahre 1830 wurde ihre Aufmerksamkeit auf die sogen. »Agency

1) *Heaton*, S. 9 ff.

Houses« in Englisch Ost-Indien gelenkt. Diese waren Unternehmungen, welche als Agenten für Trustees und andere Privatpersonen auftraten, in deren Namen Depositen annahmen und ihr Vermögen verwalteten. Am 4. Februar 1830 wurde von den Direktoren der Gesellschaft eine Kommission eingesetzt, die darüber beraten sollte, ob es für die Gesellschaft angebracht sei, sich mit derartigen Geschäften zu befassen. Erst im Jahre 1836 erhielt die Gesellschaft vom Staate Pennsylvania einen Zusatz zu ihrem Charter-Brief, der ihr das Recht verlieh, bewegliches und unbewegliches Vermögen in Trust-Verwaltung zu nehmen und überhaupt Trusts jeder Art zu übernehmen. Gleichzeitig erhielten die Gerichte des Staates die Erlaubnis, die Gesellschaft zum Trustee und zum Vormund sowohl für Unmündige wie für Schwachsinnige zu ernennen.

Heute existieren ausser dieser Gesellschaft nur 3 andere, die vor 1836 gegründet sind:

The Farmers Fire Insurance and Loan Co. of New York,
gegr. 1822,

The New York Life and Trust Co., gegr. 1830.

The Girard Life Insurance Annuity and Trust Co. of Philadelphia, gegr. 1836.

Nachdem die Entwicklung der Trust Cos. anderthalb Jahrzehnte gestockt hatte, wurden 1851 in Providence, Rhode Island, die Union Trust Co. und 1853 in New York die United States Trust Co. gegründet.

Von der Gründung der letztgenannten Gesellschaft an datiert eine neue Aera der Trust Company. Sie war die erste Gesellschaft, die ausschliesslich zur Besorgung von Trust-Geschäften gegründet wurde. Ihr Charterbrief bildet die Grundlage für alle weiteren vom Staate New York verliehenen Sonder-Charter-Briefe und vor allem für das im Jahre 1887 angenommene Staatsgesetz betr. die Gründungen von Trust Companies. Es wird davon noch später zu reden sein. Vorläufig soll hier eine Uebersicht über die weitere Entwicklung der Trust Cos. folgen; bis zum Jahre 1880 wurden auch die Gründungsorte angeführt ¹⁾.

1) Für diese Tabelle wie für alle folgenden statistischen Angaben dieses Kapitels wurde benutzt: »Trust Companies of the United States« 1906. Herausg. von der »United States Mortgage & Trust Company« in New York. Enthält eine Aufstellung der Bilanzen, Dividenden, Direktoren und sonstigen Beamten von 1315 Trust Cos. im Jahre 1906.

Gründungsort	Zahl der Trust Cos.	Jahr
Chicago	1	1857
Baltimore, New York	2	1864
Philadelphia	1	1865
Syracuse (New York), Philadelphia	2	1866
Washington, Chicago, Pittsburg, Georgetown (Kentucky), New York (2), Hartford (Conn.), Worcester (Mass.), Cleveland (Ohio) (2), Toledo (Ohio), Providence	4	1867
Chicago, Savannah (Georgia), Philadelphia, New Orleans, Charleston (S. Car.)	8	1868
Monticello (Ill.), Muscatine (Iowa), Galveston (Texas)	5	1869
Boston, Hartford (Conn.), New York (3), Thompsonville (Conn.), Bur- lington (Vermont), Montpelier (Verm.), Owensford	3	1870
Philadelphia (3), Hawkinville (Geo.), Moline (Ill.) Des Moines (Iowa)	9	1871
Philadelphia (3), Hawkinville (Geo.), Moline (Ill.) Des Moines (Iowa)	6	1872
Chicago (4), Philadelphia (3), Giant City (N. Y.)	8	1873
Tomales (Californien), Boston, New York, Richford (Vermont)	4	1875
Wichita (Kansas), Philadelphia	2	1876
Chicago, Boston	2	1879
Rutland (Vermont)	1	1880
	<u>58</u>	

Diese Trust Cos. befanden sich also noch wesentlich im Osten der Union.

In den nächsten 10 Jahren wächst die Zahl der neugegründeten Gesellschaften stärker an und in den letzten 15 Jahren ist dieses Wachstum geradezu rapid gewesen.

Jahr	Zahl der gegründeten T. Cos.	Jahr	Zahl der gegründeten T. Cos.
1881	3	1894	12
1882	5	1895	15
1883	10	1896	15
1884	9	1897	13
1885	12	1898	27
1886	25	1899	45
1887	30	1900	55
1888	16	1901	84
1889	43	1902	139
1890	50	1903	184
1891	36	1904	99
1892	18	1905	135
1893	25	1906	148

Summa	1253
dazu die 4 ältesten T. Cos.	4
„ „ bis 1880 gegründeten	58
	<u>1315</u>

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass *Kirkbride* u. *Sterrett* die Gesamtzahl der Trust Cos. etwas höher, mit 1429, angeben, jedoch die Einzelbelege nicht beifügen.

Diese 1429 Trust Companies verteilten sich folgendermassen auf die verschiedenen Staaten der Union ¹⁾.

1) *Kirkbride* and *Sterrett*, S. 2—3.

Nordatlantische Staaten.

Staaten	Einwohnerzahl	Zahl der T. Cos.	Auf 1 T. Co. Einwohn.
New York	7 268 894	83	87 577
Pennsylvania	6 302 115	281	22 427
Massachusetts	2 805 346	48	58 445
New Jersey	1 883 669	66	28 540
Connecticut	908 420	22	41 292
Maine	694 466	26	26 710
Rhode Island	428 556	13	32 966
New Hampshire	411 588	6	68 598
Vermont	343 641	20	17 182
Zusammen 9 Staaten	21 046 695	565	37 251

= 27,65 % der Einwohnerzahl = etwa 39 % sämtlicher T. Cos. der Union.

Südatlantische Staaten.

Staaten	Einwohnerzahl	Zahl der T. Cos.	Auf 1 T. Co. Einwohn.
Georgia	2 216 331	22	100 742
Nord-Carolina	1 893 810	28	67 636
Virginia	1 854 184	35	52 976
Süd-Carolina	1 340 316	23	58 274
Maryland	1 188 044	24	49 502
West-Virginia	958 800	23	41 687
Florida	528 542	6	88 090
District Columbia	278 718	4	69 679
Delaware	185 735	18	10 319
Zusammen 9 Staaten	10 444 480	183	57 074

= 13,72 % der Einwohnerzahl = etwa 13 % sämtlicher T. Cos.

Südliche Zentralstaaten.

Staaten	Einwohnerzahl	Zahl d. T. Cos.	Auf 1 T. Co. Einwohn.
Texas und Indianer Territor.	3 048 710	41 } 80 39 }	38 109
Kentucky	2 147 147	26	82 582
Tennessee	2 020 616	45	44 902
Alabama	1 828 607	24	76 196
Mississippi	1 551 270	18	86 182
Louisiana	1 381 625	12	115 135
Arkansas	1 311 564	21	62 455
Oklahoma	790 391	5	158 078
Zusammen 8 Staaten	14 080 020	231	60 952

= 18,49 % der Einwohnerzahl = etwa 16 % sämtlicher T. Cos. der Union.

Nördliche Zentralstaaten.

Staaten	Einwohnerzahl	Zahl d. T. Cos.	Auf 1 T. Co. Einwohn.
Illinois	4 821 550	69	69 878
Ohio	4 157 545	61	68 156
Missouri	3 106 665	29	107 126
Indiana	2 516 462	65	38 715
Michigan	2 420 982	6	403 497
Iowa	2 231 853	45	49 597
Wisconsin	2 069 042	9	229 893
Minnesota	1 751 394	8	218 924
Kansas	1 470 495	8	183 812
Nebraska	1 066 300	14	76 164
Süd-Dakota	401 570	10	40 157
Nord-Dakota	319 146	5	63 829
Zusammen 12 Staaten	26 333 004	329	80 040

= 34,58 % der Einwohnerzahl = etwa 23 % sämtlicher T. Cos. der Union.

Westliche Staaten.

Staaten	Einwohnerzahl	Zahl d. T. Cos.	Auf 1 T. Co. Einwohn.
California	1 485 053	49	30 307
Colorado	539 700	15	35 980
Washington	518 103	15	34 540
Oregon	413 536	9	45 948
Utah	276 749	3	92 249
Montana	243 329	6	40 555
New Mexiko	195 310	3	65 003
Idaho	161 772	6	26 962
Hawaii	154 001	3	51 333
Arizona	122 931	9	13 659
Wyoming	92 531	2	46 265
Nevada	42 335	1	42 335
Zusammen 12 Staaten	4 245 350	121	35 086

und Territor. = 5,56 % der Gesamtzahl der Einwohner = 9 % sämtlicher T. Cos.

Vereinigte Staaten.

Staaten	Einwohnerzahl	T. Cos.	Auf 1 T. Co. Einw.
1. Nordatlant. Staaten	21 046 695 = 27,65 %	565 = 39 %	37 251
2. Südatlant. „	10 444 480 = 13,72 %	183 = 13 %	56 806
3. Nördl. Zentral „	26 333 004 = 34,58 %	329 = 23 %	80 550
4. Südl. „	14 080 020 = 18,49 %	231 = 16 %	58 423
5. Westl. „	4 245 350 = 5,56 %	121 = 9 %	35 086
Zusammen	76 149 549 = 100 %	1429 = 100 %	53 288

II. Organisation der Trust Company.

§ 2. Gründung von Trust Companies.

Wie schon erwähnt, war es der Staat New York, der zuerst von allen Staaten der Union im Jahre 1887 ein Gesetz betr. die Gründung, Organisation, Vollmachten, Rechte und Pflichten der Trust Cos. erliess. Es war dies ein Teil des allgemeinen Bankgesetzes dieses Staates und bildete Artikel IV § 150—163 des Gesetzes. Auch finden auf Trust Cos. die allgemeinen Bestimmungen des Artikel I § 1—33 Anwendung. Dieses Bankgesetz wurde im Jahre 1892 revidiert und erhielt fast jedes Jahr bis 1905 neue Zusätze, die auch vielfach die Trust Cos. betrafen. Ferner kommen in Betracht das General Corporation Law von 1896 und der Penal Code. Im folgenden sollen die Hauptzüge dieses Gesetzes, soweit sie Gründung und Organisation der Trust Cos. betreffen, kurz dargestellt werden. Da das Gesetz von New York auch für alle anderen Unionstaaten vorbildlich geworden ist, werden nur Abweichungen hier angegeben.

Artikel I, § 2, 4 definiert zunächst als Trust Co. »jede einheimische (domestic) Korporation, gebildet zu dem Zwecke, Trusts

und Trust-Vermögen zu übernehmen, anzunehmen und zu verwalten, soweit solche Trusts ihr gesetzmässig anvertraut werden, um als Trustee in den vom Gesetz vorgeschriebenen Fällen zu handeln, ferner Gelder und sonstiges bewegliches Vermögen als Depositen zu empfangen und Geld gegen unbewegliche und bewegliche Sicherheiten auszuleihen.

Für die Gründung einer Trust Co. schreibt das Gesetz §§ 150—155 folgendes vor: Zur Gründung einer Trust Co. sind mindestens 13 Personen erforderlich, zur Gründung einer State- wie einer National-Bank dagegen nur mindestens 5 (§ 40), einer Savings Bank, einer eigentlichen Sparkasse ebenfalls 13, von denen $\frac{2}{3}$ am Sitze der Bank ansässig sein müssen (§ 100).

Die Gründer einer Trust Co. haben eine Gründungsurkunde in zwei Exemplaren auszustellen, deren eines dem Grafschaftssekretär (County Clerk) und deren anderes dem Oberaufseher der Banken (Superintendent of Banks) zur Registrierung (filing) zu übergeben ist.

Diese Urkunde hat ausser dem Namen, dem Sitz der Gesellschaft, der Höhe des Kapitals und der Anzahl der Aktien auch Namen und Wohnung jedes Mitgliedes und die Dauer der Gesellschaft, deren gesetzliche Existenz 50 Jahre nicht überschreiten darf, zu enthalten. Ferner müssen die Gründer darin erklären, dass sie die Verantwortung und getreuliche Erfüllung der Pflichten eines Direktors übernehmen wollen, wenn sie dazu gewählt werden.

Vor der Eintragung muss von den Gründern die Gründungsabsicht 4 Wochen lang wöchentlich einmal in einem vom Superintendent bestimmten, in dem betr. Orte erscheinenden Blatte öffentlich bekannt gegeben werden. Besonders wichtig und nur für Trust Cos. geltend ist jedoch die Bestimmung, dass mindestens 14 Tage vor der Eintragung der Urkunde je eine Kopie derselben an alle in der betr. Stadt ansässigen Trust Cos. gesandt werden muss. Man will also hier eine allzuplötzliche Ueberraschung durch neue Konkurrenz verhindert wissen.

Genehmigt der Superintendent die Form der Urkunde, so hat er sie mit dem Vermerk »Eingetragen zur Prüfung« (»Filed for Examination«) zu versehen; danach hat er sich aus den besten ihm zur Verfügung stehenden Erkundigungsquellen zu versichern:

1. ob die allgemeine Eignung zur Erfüllung der mit einem Trust verbundenen Pflichten bei den in der Urkunde genannten Personen eine derartige ist, wie sie das Vertrauen der Gemeinde

erfordert, in der sich eine Trust Co. niederzulassen beabsichtigt, und 2. ob die öffentliche Wohlfahrt (»public convenience and advantage«) durch die Niederlassung gefördert werden würde.

Wie man sieht, sind die beiden Bedingungen sehr weit gehalten und geben dem freien Ermessen des Superintendent grossen Spielraum. Die erste ist besonders charakteristisch für amerikanische Verhältnisse. Man legt verhältnismässig sehr geringen Wert auf die Höhe des Kapitals einer Gesellschaft, dafür aber um so grösseren auf die persönlichen Eigenschaften ihrer Leiter, eine Erscheinung, die noch öfter hier wiederkehren wird.

Der strengeren Auslese der Direktoren entsprechen weitgehende Rechte der Gesellschaft. Aehnliche Bestimmungen gelten für Savings Banks, nicht aber für andere Banken.

Die zweite Bedingung ist wieder aus der Absicht, eine allzugrosse örtliche Konkurrenz zu verhindern, zu erklären. Inwiefern etwa bei der Gesetzgebung das Interesse der bestehenden Trust Cos. hineingespielt hat, entzieht sich der Beurteilung, doch lassen diese und ähnliche Bestimmungen solche Einflüsse vermuten.

Sieht der Superintendent die Bedingungen als erfüllt an, so muss er die Gründungsurkunde in ein Register eintragen und seinerseits eine Urkunde ausfertigen, in welcher er genehmigt, dass die Gründer (incorporators) eine Trust Co. werden. Diese Urkunde hat er dem County Clerk zuzustellen, der sie samt seinem Exemplar der Gründungsurkunde in sein Register einzutragen hat.

Verweigert dagegen der Superintendent seine Genehmigung, so muss er innerhalb von 60 Tagen nach Empfang der Gründungsurkunde dem County Clerk von seiner Weigerung Mitteilung machen, der diese ebenfalls mit der bei ihm befindlichen Gründungsurkunde zu registrieren hat. Der Superintendent darf seine Genehmigungsurkunde nicht eher ausstellen, als bis er sich durch persönliche Prüfung versichert hat, dass das Kapital voll eingezahlt ist. Der Geschäftsbetrieb darf nicht aufgenommen werden, solange nicht beim Superintendent eine beglaubigte Liste der Aktionäre eingetragen ist, die deren Namen, Wohnsitze, Postadressen und Anzahl der Aktien enthält. Die erste Liste muss von 2 Hauptleitern der Gesellschaft beglaubigt werden.

Mit der Eintragung der Genehmigungsurkunde beim County Clerk beginnt die rechtliche Existenz der Gesellschaft. Die letzteren Bestimmungen gelten auch für alle anderen vom Banking Law betroffenen Gesellschaften: State und National Banks, Savings

Banks, Cooperative Loan Associations, Mortgage-Loan, Building and Mutual Loan Corporations, Investment Corporations, Safe Deposit Companies.

Die privilegierten Trust Cos., d. h. solche, die vom gesetzgebenden Körper des Staates eine Sonder-Charter erhalten haben, haben dieselben Rechte wie die auf Grund des Gesetzes gegründeten, unterliegen dessen Vorschriften aber nur, soweit es sich mit ihrer Charter verträgt (§ 163); die Charter verleiht unter anderem der Gesellschaft meist dauernde Existenz. Wie die anderen im Banking Law genannten Gesellschaften, unterliegen auch die Trust Cos. einer Kontrolle des Superintendent of Banks, die mindestens 2 mal im Jahre stattzufinden hat (§ 8). Inwieweit diese Prüfung über bloss formelle Feststellungen hinausgeht, ist aus dem Gesetz nicht ersichtlich. Es hängt dies von dem Gutdünken des betreffenden Beamten ab.

Mindestens einmal innerhalb 3 Monaten ist ein Bericht an den Superintendent einzusenden, dessen Datum, Inhalt und Form von diesem bestimmt wird. Das Gesetz schreibt vor, dass jedenfalls der Betrag der vorhandenen Depositen genau angegeben werden muss. Geht der Bericht nicht innerhalb von 10 Tagen nach dem festgesetzten Datum ein, so hat die Gesellschaft für jeden versäumten Tag \$ 100 Strafe zu zahlen (§ 20).

Innerhalb 30 Tagen nach der Registrierung aller dieser Berichte hat der Superintendent eine Zusammenstellung davon im Staatsanzeiger von Albany zu veröffentlichen, während jede Gesellschaft einen Auszug ihres Berichts, ebenfalls in einer vom Superintendent vorgeschriebenen Form, in einer Tageszeitung zur öffentlichen Kenntnis bringen muss (§ 22).

Der Superintendent muss wieder der Volksvertretung des Staates bei Beginn der ersten Session jährlich einen Bericht vorlegen.

Von grosser Wichtigkeit ist die Bestimmung des Banking Law § 156,11: »Keine solche Korporation soll ihr gewöhnliches Geschäft durch ein Zweiggeschäft in einer Stadt betreiben, die nicht in der Gründungsurkunde oder dem Charter Brief genannt ist«. Hier kommt eines der wichtigsten Prinzipien der ganzen amerikanischen Gesetzgebung zum Ausdruck: Möglichste Erschwerung, wenn nicht Verhinderung, des Zweigniederlassungssystems. Das hat zu der grossen Zersplitterung des Trust Co.-Wesens geführt, in derselben Weise wie bei anderen Banken und Gesellschaften.

Aus demselben Geist heraus zu verstehen ist die weitere

Bestimmung des § 156, II, dass keine auswärtige (d. h. ausserstaatliche) Korporation ein Geschäft innerhalb des Staates unterhalten darf.

In Pennsylvania ¹⁾, dem Sitze der meisten Trust Cos. in der ganzen Union, gilt für diese seit 1889 das Incorporation Law mit einem Amendement von 1905. Von den vor 1889 gegründeten Trust Cos. hat jede eine ihr vom Parlament des Staates verliehene Sonder-Charter, welche einer solchen Gesellschaft zuweilen grössere Rechte gewährt, als sie das erwähnte Gesetz von 1889 den andern Trust Cos. zuerkennt. Nach dem Gesetze von 1889 kann eine Gesellschaft schon durch freiwillige Vereinigung von drei Personen gebildet werden.

Die Gründungsurkunde und die Statuten müssen von mindestens 2 Personen unterschrieben sein, von denen wenigstens eine »Bürger« von Pennsylvania sein muss. — Im Gegensatz zum Gesetz von New York ist zur rechtlichen Existenz der Gesellschaft keine Voll-einzahlung des Kapitals nötig, es genügt eine Barzahlung von 10 Proz. des Aktien-Kapitals. Doch dürfen nicht weniger als \$ 25 000 eingezahlt werden. — Für Registrierung und Kontrolle sind die Vorschriften ganz ähnlich wie in New York.

Aus dieser Erleichterung der Gründungen ist grossenteils die höhere Anzahl von Trust Cos. in Pennsylvania, 258, gegenüber New York, 86, zu erklären.

Massachusetts ²⁾ hat ein besonderes Trust Cos. Gesetz, zuletzt revidiert im Jahre 1904. Hier sind mindestens 15 Gründer erforderlich.

Illinois ³⁾ unterscheidet Trust Cos., gegründet gemäss den General Incorporation Laws von 1899 und nach den General Banking Laws von 1899. Nur die letzteren haben das Recht, auch Bankgeschäfte zu betreiben. — Jede beliebige Anzahl von Personen genügt hier zur Gründung einer Trust Co., die Erlaubnis zur Gründung einer Trust Co. hängt vom State Auditor ab.

Bei etlichen der Vereinigten Staaten gibt es überhaupt keine

1) »Digest of Laws relating to Trust Companies of the United States«. New York 1905. Herausg. v. George W. Youngk Company. S. 74—75. — *F. B. Kirkbride* and *J. E. Sterrett*, »The Modern Trust Company, its Functions and Organization«. New York 1906, S. 15—16.

2) Digest etc. S. 38—39. — *Kirkbride* and *Sterrett*, S. 16.

3) Digest, S. 22—23. — *Kirkbride*, S. 18.

gesetzlichen Bestimmungen betreffend Trust Cos.; in diesen Fällen wird jeder einzelnen Trust Co. die Charter erteilt.

§ 3. Kapital und Reserven.

Alle amerikanischen Aktiengesellschaften haben, man kann fast sagen grundsätzlich, ein geringes Aktienkapital. Dies gilt auch für die Trust Cos. Solange sie noch reine Treuhänder waren, war dieser Umstand unbedenklich und sogar berechtigt. Man brauchte eben zur Verwaltung der Trustgeschäfte kein grosses Betriebskapital. Sobald aber die Entwicklung zum Bankbetriebe hindrängte, waren grössere Kapitalkräfte erforderlich. Man gewann diese aber nicht durch Erhöhung der eigenen Kapitalien, sondern hauptsächlich durch Heranziehung von Depositen. Das Gesetz hat überall diese Tendenz begünstigt, indem es verhältnismässig kleine, manchmal fast winzige Minima an Kapitalien vorschrieb, welche die Trust Co. zu ihrem rechtlichen Dasein nötig hatten.

Meist wird nach dem Beispiel von New York die Kapitalshöhe von der Grösse des Niederlassungsortes abhängig gemacht. New York, (Banking Law § 150, 6) verlangt als Minimum:

in Orten von	ein Kapital von
unter 25 000 Einwohnern	100 000 \$
25 000—100 000	150 000 „
100 000—250 000	200 000 „
über 250 000	500 000 „

Das Minimum von 100 000 \$ wiesen im Jahre 1906 14 Gesellschaften auf. Die höchste Kapitalsziffer bei einer Trust Co. war 4 375 000 \$.

Pennsylvania fordert, wie schon erwähnt, 125 000 \$ als Minimum.

Massachusetts setzt ein Minimum von 500 000 \$ fest; es hat aber in seinen Trust Cos. Laws auch die merkwürdige Bestimmung, dass das Aktienkapital einer Trust Co. nicht mehr als 1 000 000 \$ betragen darf, um einer Ueberkapitalisation vorzubeugen. Aehnliche Maxima bis zu 10 000 000 \$ weisen Missouri, Ohio, Indiana, Texas, Georgia, Minnesota, Wisconsin, Montana, Kansas und Oklahoma auf.

Illinois setzt für Orte bis zu 5000 Einwohnern 25 000 \$, bis 200 000 \$ für solche bis zu 50 000 Einwohner fest.

New York verlangt volleingezahltes Kapital.

Dasselbe tun Arkansas, Illinois, Louisiana, Michigan, New

Hampshire, Nord Dakota, Oklahoma, Washington.

Die Verhältnisse der Minima und Maxima in den verschiedenen Staaten werden ersichtlich aus Tabelle No. 1¹⁾, die nach der Höhe der Gesamtsummen der volleingezahlten Kapitalien jedes Staates geordnet ist.

Wie man aus der Tabelle sieht, werden die gesetzlichen Bestimmungen über das Kapitalminimum keineswegs allzu ängstlich eingehalten. In mehreren Staaten bleiben manche Trust Cos. ganz erheblich im Rückstande, so in Missouri, wo ein Minimum von 100000 \$ verlangt wird, während 9 Gesellschaften nur 50000 \$, je eine 55000 \$ und 62500 \$ und eine 75000 \$ Kapital aufweisen. Dabei bestehen diese Gesellschaften bis auf 3 schon mehrere Jahre, mindestens seit 1903. Trotz der Bestimmung, dass das Geschäft nicht vor Volleinzahlung des Minimums begonnen werden darf, machen sie, wie ihre Bilanzen ausweisen, schon regelrechte Geschäfte, nehmen Depositen an, gewähren Darlehen und auch Hypotheken. Aehnliche Spannungsverhältnisse zwischen gesetzlichem und tatsächlichem Minimum weisen ausserdem noch auf:

	Gesetzl. Minimum	Tatsächl. Minimum
New Jersey	100 000 \$	50 000 \$ bei 2 Gesellschaften
Michigan	150 000 >	50 000 > > 1 >
Süd-Carolina	25 000 >	10 000 > > 1 >
		14 000 > > 2 >
		20 000 > > 1 >
West Virginia	25 000 >	16 000 > > 1 >
Texas	50 000 >	15 000 > > 1 >
Mississippi	50 000 >	18 000 > > 1 >
		20 000 > > 1 >
		27 000 > > 2 >
		25 000 > > 1 >

Sieht man von den erst in neuester Zeit (1906) gegründeten Gesellschaften ab, so wird wohl dieses Zurückbleiben hinter den gesetzlichen Anforderungen hier wie in anderen Fällen mit der Charter zusammen hängen.

Auch wird in manchen Staaten die Aufsicht über Banken und Trust Cos. ziemlich lax gehandhabt. Besonders gegenüber den Trust Cos. lässt man gern Nachsicht walten, zumal in solchen, verhältnismässig formalen Dingen.

Mit wie geringen Kapitalien vielfach gearbeitet wird, sollen nur einige Beispiele zeigen. — Das kleinste Aktienkapital weist

1) Tabellen am Schluss der Arbeit.

die Capital Trust u. Investment Company in Jacksonville in Florida auf. Ihr Kapital beträgt \$ 2,899.—, die Reserve \$ 1,901.49. Dennoch weist ihre Bilanz \$ 28,372.62 Depositen auf. Bei der West Oakland Bank and Trust Company in Oakland (Cal.) stehen einem Aktienkapital von \$ 21,616.— \$ 66,832.40 an Depositen gegenüber.

In den grossen Handels- und Industriestaaten New York, Pennsylvania, Ohio sind auch die Kapitalien grösser, wie die Durchschnittsziffern der Tabelle zeigen.

Die Höhe der Reserve wird von den Gesetzen meist von derjenigen der Depositen abhängig gemacht. Diese Bestimmungen sollen daher erst im Zusammenhang mit den Depositen behandelt werden.

Mit dem Aktienwesen hängt dagegen die eigentümliche Erscheinung des Surplus zusammen. In amerikanischen Bilanzen findet man nämlich als Reserven zwei verschiedene Kategorien aufgeführt:

1. Surplus
2. Undivided Profits.

Die letzteren sind, wie schon der Name besagt, nicht zur Verteilung gelangender Gewinn, d. h. tatsächliche, jährliche Rückstellungen.

Der Surplus dagegen entsteht meist dadurch, dass die Aktien der Gesellschaften über pari ausgegeben werden. Dieses Agio (premium) wird dann als Surplus¹⁾ sofort bei der Gründung gebucht, um den gesetzlichen Bestimmungen über die Schaffung von Reserven möglichst bald nachzukommen und besonders, um möglichst viele Depositen an sich ziehen zu können. Tabelle Nr. 2 veranschaulicht das Verhältnis zwischen Undivided Profits und Surplus.

Aus dieser Tabelle ist deutlich zu ersehen, wie stark der Surplus die eigentlichen Reserven überwiegt. Die Trennungslinie gibt die Grenze an, bis zu welcher der Surplus bis zu 50 % der Gesamtreserven beträgt. Danach wiesen im Jahre 1906 von 970 Trust Cos., die überhaupt einen Surplus besaßen, 547 Gesellschaften mit einer Gesamtreserve von

\$ 319 103 613.73 (= 71.8 % aller Reserven)

einen Surplus von

\$ 221 135 694.15 (= 69.3 % d. Res. d. T. Cos.)

1) *Kirkbride*, S. 19.

auf. Bei den anderen 423 Trust Cos. mit Surplus betrug dieser im ganzen

§ 43 667 890.63 (= 34,8 % d. Res. d. T. Cos.)

Demgegenüber betrugen die Undivided Profits der 660 Trust Cos., die überhaupt eine Reserve besaßen, und deren Surplus bis zu 50 % dieser Reserve betrug, nur

§ 95 519 161.82 (= 31,7 % d. Res. d. T. Cos.)

während bei der zweiten Gruppe, 576 Trust Cos., die Undivided Profits in Höhe von § 84,398,399.42 den Surplus um 65,2 % übertrafen.

§ 4. Die Organe der Trust Company.

Den drei Hauptorganen der deutschen Aktiengesellschaft entsprechen im wesentlichen auch die drei der amerikanischen Aktien-Gesellschaften, also auch der Trust Cos.:

1. Der Präsident, der dem Direktor entspricht,
2. Der Board of Directors (entspricht im allgemeinen dem Aufsichtsrat),
3. Die Generalversammlung der Aktionäre.

1. Der Präsident¹⁾: — Der Präsident der Trust Company ist überall in den Vereinigten Staaten sehr wenig beschränkt in seinen Rechten. Soweit nicht über den Geschäftskreis der Trust Cos. und die Anlage ihrer Mittel gesetzliche Vorschriften bestehen, gibt es nirgends gesetzliche Bestimmungen, die seine Rechte und Pflichten näher begrenzen. Er hat die alleinige verantwortliche Leitung der Geschäfte in der Hand. Daher hängt der Kredit der Gesellschaft ganz wesentlich von dem Ansehen, das ihre Leiter genießen, ab. Dadurch dass die Trust Cos. über die ganze Union hin verstreut und dazu noch durch das Gesetz meist an einen einzigen Niederlassungsort gebunden sind, ist es auch möglich, dass die Präsidenten Männer sein können, deren persönliche Eigenschaften am Sitze der Gesellschaft, womöglich in der Grafschaft, gut bekannt sind.

Immer steht dem Präsidenten ein Vizepräsident zur Seite nach Art unseres stellvertretenden Direktors. Bei grösseren Gesellschaften aber besteht ein ganzer Stab von Vizepräsidenten, von denen jeder eine besondere Geschäftsabteilung zu leiten hat. Auch sie sind meist wohlbekannte Persönlichkeiten.

Wichtigere Beamte sind ferner der Treasurer und der Se-

¹⁾ *Kirkbride*, S. 31—42.

kretär. Der Treasurer ist mehr als ein blosser Kassierer. Er hat gewissermassen die Leitung der Bankabteilung in ihren technischen Einzelheiten unter sich, während der Präsident bez. Vizepräsident die allgemeinen Direktiven gibt. Für deren Ausführung ist der Treasurer den Präsidenten verantwortlich. Bei kleineren Trust Cos. versieht meist der Vizepräsident die Funktionen des Treasurers.

Der Sekretär hat im wesentlichen die Leitung der Korrespondenz zu versehen.

2. Der Board of Directors¹⁾ wird gleich bei der Gründung gebildet und zwar von den Gründern selbst; die Mindestzahl der Direktoren wird in einer Reihe von Staaten durch die gesetzlichen Gründungsvorschriften normiert. Sie schwankt zwischen 5 und 13. Die grossen Gesellschaften streben darnach, möglichst viele Direktoren zu haben. In New York, Massachusetts, Ohio und Illinois findet sich eine ganze Anzahl mit 25—30 und mehr Direktoren. Die geringste Zahl von Direktoren im Einzelfall beträgt 3.

Von einem Direktor wird verlangt, dass er eine bestimmte Mindest-Anzahl von Aktien besitzen muss. Das New Yorker Gesetz normiert dieses Minimum auf 10 Aktien. In anderen Staaten, wo keine solche Bestimmung vorhanden ist, hängt der Mindestbesitz des Direktors an Aktien von den Statuten der Gesellschaft ab. Man begnügt sich oft mit weniger als 10 Stück. An persönlichen Leistungen liegt den Direktoren hauptsächlich die Prüfung des Standes der Gesellschaft ob.

So fordert das Gesetz von New York²⁾, dass der Board of Directors, zweimal jährlich, im April und Oktober, selbst oder mittels eines Ausschusses, bestehend aus mindestens 3 Mitgliedern, die Bücher, Papiere und Geschäfte der Gesellschaft prüfen und besonders sich bei Darlehen und Diskonten von deren Wert und Sicherheit und der Sicherheit der Bürgschaft überzeugen soll. Innerhalb von 10 Tagen nach Vollendung dieser Prüfung soll dem Board of Directors ein beschworener Bericht darüber zugestellt werden und eine Kopie davon in der Bankabteilung der Gesellschaft eingetragen werden.

Dieser Bericht hat zu enthalten:

1. Eine Aufstellung der durch die Bücher ausgewiesenen

1) *Kirkbride*, S. 23—27.

2) *Digest*, S. 62.

Aktiva und Passiva, und alle Abzüge und Zusätze, welche die Direktoren oder ihr Ausschuss dazu machen.

2. Eine genaue Zusammenstellung der als wertlos oder zweifelhaft angesehenen Forderungen, und die Gründe dafür.

3. Eine Zusammenstellung von Darlehen auf Bürgschaft (collateral), die als ungenügend gesichert angesehen werden, wobei ihr Betrag, etwaiger Marktwert und mit möglicher Annäherung ihr tatsächlicher Wert angegeben werden müssen.

4. Eine Zusammenstellung von überzogenen Checkguthaben (»overdrafts«), mit Angabe der Aussteller und der von ihnen erhobenen Beträge soweit, als solche Konten als wertlos oder zweifelhaft gelten.

5. »Eine genaue Zusammenstellung aller andern Dinge, welche die Zahlungsfähigkeit und Gesundheit des Instituts beeinflussen.«

Wie man sieht, könnte danach der Board of Directors stets in alle Geschäfte der Gesellschaft eingeweiht sein, wenigstens, soweit dies das Gesetz vorschreibt. Tatsächlich ist dies höchstens bei dem Ausschuss der Fall, der in den meisten grösseren Gesellschaften für diese Prüfung besteht. Im übrigen kann sich die Mitwirkung des Aufsichtsrates nur auf die allgemeine Politik der Gesellschaft erstrecken. Er berät gemeinschaftlich mit dem Präsidenten über Massnahmen zur Erweiterung des Geschäftskreises, zur Bekämpfung der Konkurrenz. Er hat vor allem mitzuwirken bei der Propaganda unter dem Publikum im Interesse der Gesellschaft.

Doch ist ein Teil des Aufsichtsrates, besonders bei grossen Trust Cos., kaum anders tätig als ein deutscher Aufsichtsrat und daher für die Geschäfte der Gesellschaften von ebenso geringer Bedeutung wie dieser. Es besteht auch hier das System, dass einflussreiche Kapitalisten und grosse Bankiers sich in das Direktorium von Trust Cos. wählen lassen, an denen sie interessiert sind ¹⁾.

Die Frage, ob es erlaubt oder nicht erlaubt ist, dass ein Direktor einer Trust Co. gleichzeitig dieselbe Stelle bei einer oder mehreren Trust Cos. bekleiden kann (also das Problem der Aufsichtsratsstellen-Akkumulation) ist nirgends vom Gesetz entschieden.

Vom dritten Organ der Trust Company, der Generalver-

¹⁾ *H. C. Emery*, Bank- und Börsenwesen bei *E. von Halle*, Amerika etc. — Hamburg 1905, S. 335.

sammlung der Aktionäre¹⁾, ist nichts Bemerkenswertes hervorzuheben. Wichtig für die Aktionäre ist der Unterschied der Haftung für Schulden der Gesellschaft, der zwischen National Banks u. Trust Cos. besteht. Nach dem National Banking Act haften nämlich die Aktionäre der National Banks für den doppelten Betrag ihres in Aktien der Bank angelegten Kapitals. — Diese Beschränkung galt nicht für die älteren Trust Cos., die noch eine besondere Charter hatten. Daher waren diese Aktien viel begehrt. Doch besteht neuerdings in manchen Staaten die Tendenz, solche Trust Cos., welche die vollen gesetzlichen Vorteile einer Trust Co. besonders im Bankbetriebe geniessen wollen, denselben Bestimmungen über die Haftung der Aktionäre wie bei den National Banks zu unterwerfen.

III. Funktionen der Trust Companies.

Es lassen sich bei den Trust Cos. zwei Hauptfunktionen scheiden:

- A. Das eigentliche Trust-Geschäft,
- B. Das Bankgeschäft.

§ 5. A. Die Funktionen der Trust Companies als Trustee.

Diese Funktion ist die eigentliche Grundfunktion der Trust Cos. Noch immer spielt sie eine grosse Rolle. Als Trust Companies im engsten Sinne des Wortes haben sie ja zuerst das Vertrauen des Publikums erworben²⁾. Eine derselben, die allerdings vor kurzem zeitweilig in Zahlungsstockungen gewesene Knickerbocker Trust Co. in New York, fasst in einem Prospekt die Vorteile der Trust Company über den privaten Trust in folgenden Punkten zusammen:

»Eine Trust Co. ist den Individual-Trustees vorzuziehen, weil sie Eigenschaften besitzt, welche dem Individuum abgehen, nämlich:

1. Ihre beständige Dauer; sie kann nicht sterben. Diesem Gesichtspunkt dürfte ohne weiteres zuzustimmen sein, ebenso den beiden folgenden:

2. Sie kann nicht verreisen.
3. Sie kann nicht krank werden.

1) *Kirkbride*, S. 23.

2) *Heaton*, S. 40 ff.

Die weiteren Sätze sind dagegen nicht ohne einigen Vorbehalt anzunehmen.

4. Sie gefährdet den Trust nicht durch Bankrott oder Unehrlichkeit.

5. Ihre Erfahrung und ihre Urteilsfähigkeit in Trust-Angelegenheiten sind über allem Zweifel erhaben.

6. Sie vernachlässigt niemals ihre Arbeit, noch überlässt sie diese nichtvertrauenswürdigen Leuten.

7. Sie weigert sich nicht aus blosser Willkür oder wegen Unerfahrenheit, den Trust zu übernehmen.

8. Sie ist unveränderlich zur Hand während der Geschäftsstunden und kann zu jeder Zeit befragt werden.

9. Ihre weite Erfahrung im Trust-Geschäft und in Trust-Sicherheiten ist unschätzbar für das Trust-Vermögen.

10. Sie ist absolut diskret.

11. Sie hat weder Sympathien noch Antipathien und treibt keine Politik.

12. Man kann sich auf sie verlassen, wenn man nach ihrer Anleitung verfährt.

13. Sie tritt nicht vom Trust zurück.

14. Alle neuen Anlagewerte, die sich für ein Trust-Vermögen eignen, werden in erster Linie Trust Companies angeboten und auf diese Weise hat sie die Wahl unter wertvollen Sicherheiten; und da ihre Käufe in grossem Massstabe stattfinden, kann sie zu billigerem Kurse kaufen als der Individual-Trustee.«

Man kann diese Leitsätze eines Reklameprospektes immerhin als das Ideal einer guten Trust-Verwaltung durch eine Trust Co. bezeichnen. Dass eine Trust Co., wie es in Punkt 5 behauptet wird, gewissermassen unfehlbar sei, wird wohl nicht einmal der Verfasser jenes Prospektes selber geglaubt haben. Dieser Prospekt sollte auch nur als charakteristisch für diese Gattung der Reklame-Literatur angeführt werden, mit welcher die Trust Cos. das Publikum in grosser Masse überschwemmen.

Trotz mancher Missgriffe und Verfehlungen, die natürlich auch von Trust Cos. in ihrer Verwaltungstätigkeit begangen worden sind, kann man ruhig behaupten, dass das Prinzip des korporativen Trustee sich durchaus bewährt hat, und dass in jenen Leitsätzen ein gut Teil Wahrheit steckt. Besonders ist ihre Erfahrung in Trustdingen sowie die bessere Möglichkeit, Trustsicherheiten wohlfeil zu erwerben, als wirklich vorhanden anzusehen.

Diesen Vorzügen verdanken auch die Trust Cos. ihren guten Ruf und damit ihren grossen Erfolg beim amerikanischen Publikum.

Es soll nun in kurzen Zügen die Tätigkeit des sogenannten Trustdepartement der Trust Cos., das sich fast überall gleicht, geschildert werden.

Die Tätigkeit eines Trustee kann sein:

1. Die eines sogen. »Individual Trustee«, d. h. zu Gunsten von Privatpersonen und
2. Die eines »Corporate Trustee«, zu Gunsten von Korporationen.

Für beide Funktionen haben grössere Trust Cos. getrennte Abteilungen unter einem besonderen Beamten, dem Manager of Individual Trust Department und dem Manager of Corporate Trust Department¹⁾. Meist sind diese Trust-Beamten Juristen.

Die Geschäfte des Individual Department bestehen hauptsächlich in der dauernden Uebernahme und Anlage der Trust-Vermögen. Es kann sowohl bewegliches wie unbewegliches Vermögen sein. Für die Anlage des beweglichen Vermögens, soweit die Trust-Urkunde nichts anderes vorschreibt, bestehen in der Union ähnliche Vorschriften wie in England. Auch hier gibt es trustsichere Anlagen, zu denen hauptsächlich United States Bonds, Staaten- und Kommunalanleihen sowie erste Hypotheken gehören²⁾. Viele Trust Cos. nehmen die Vermögenswerte ihrer Benefiziere als besondere Trust Deposits an, die sie in feuersicherem Gewahrsam verwahren. Sie sind streng unterschieden von den anderen Depositen.

Die Geschäfte des Individual Trustee sind die Grundlage aller Trust Cos. gewesen. Auch heute noch werden sie von den meisten Gesellschaften betrieben. Allmählich hat sich ein neuer Zweig des Trustgeschäftes herausgebildet, der Corporate Trustee.

Der Hergang ist meist folgender:

Die Trust Co. übernimmt für eine andere Gesellschaft, die eine Obligations- oder Hypothekenschuld aufnehmen will, die Pfandhalterschaft, d. h. die Trust Co. erhält die Originalschuld-dokumente, die sie als Pfand in Verwahrung hält. Dafür stellt sie der betreffenden Korporation ein Zertifikat aus. Mit der Ueber-

1) *Kirkbride*, S. 39—42.

2) »Investment of Trust Funds in the New England and Middle Atlantic States«, — New York 1902.

nahme der Pfandhalterschaft übernimmt die Trust Co. auch die Pflicht der genauen Prüfung der Schulddokumente auf ihre formelle und materielle Richtigkeit hin, gegenüber den Obligationären oder Hypothekengläubigern.

Eine weitere Ausgestaltung dieser Funktion ist die Tätigkeit der Trust Cos. als Fiscal Agent für andere Korporationen. Diese besteht darin, dass die Trust Co. für auswärtige Korporationen aller Art, Staat, Gemeinde und private Korporationen, alle Zinsen und Dividenden auszahlt, sowie Summen, die für Amortisation der Schulden dieser Korporation reserviert sind, in Empfang nimmt.

Verwandt damit ist das Amt eines Registrar, das die Trust Cos. vielfach für andere Gesellschaften bekleiden. — Nach dem Muster der New Yorker Fondsbörse verlangen die meisten amerikanischen Börsen, dass alle bei ihnen zugelassenen Aktien oder Obligationen in ein Register eingetragen sein müssen, hauptsächlich um eine irrtümliche oder betrügerische Mehrausgabe, als sie dem von der emittierenden Gesellschaft festgesetzten und von der Börse zugelassenen Betrage entspricht, zu verhindern. Diese Registerführung wird von der emittierenden Gesellschaft einer Trust Co. übertragen. Gleichzeitig stellt die Trust Co. über jede eingetragene Obligation oder Aktie ein Zertifikat aus, während sie die Original Exemplare derselben behält, um sie gegen Verlust oder Diebstahl zu schützen.

Dieser Tätigkeit als Registrar entspricht die des Transfer Agent. Als solcher vermittelt die Trust Co. Eigentumsübertragungen von registrierten Zertifikaten über Aktien oder Obligationen.

Es geschieht dies dadurch, dass die Trust Co. ein neues Zertifikat auf den Namen des neuen Eigentümers ausstellt.

Dieses Geschäft ist von besonderer Wichtigkeit wegen der grossen Ausbreitung, welche die Namensaktie in der Union gefunden hat.

Bei Emissionen, die durch Konsortien stattfinden, übernehmen Trust Cos. vielfach als Managers die technische Durchführung der Emission, die Konsortial-Buchführung und die Verteilung der Gewinne. Die Trust Cos. selbst sind dabei niemals als Konsortialmitglieder beteiligt, sondern handeln auch hier nur als blosse Treuhänder ¹⁾.

1) Emery a. a. O. S. 340.

Ein ähnlicher Dienst wird ihnen häufig als Liquidator oder Reorganisator anderer Korporationen übertragen.

Einige Trust Cos. haben schliesslich in den Staaten New Jersey und Maine eine ganz eigentümliche Funktion übernommen, die man fast als Ausartung dieses Corporate Trustee-Systems bezeichnen kann. Es handelt sich um die sogen. Corporation Trust Companies. Diese haben es sich zur Aufgabe gemacht, Gründungen von anderen Korporationen, besonders aber von Trusts auszuführen, und zwar wird ihnen das ermöglicht durch die nachsichtige Gesetzgebung dieser Staaten. Diese gestattet nämlich, dass Gesellschaften, die ihr Geschäft in anderen Staaten betreiben, sich in den beiden genannten Staaten niederlassen können und dadurch die Vorteile von deren Gesetzgebung geniessen können. Es genügt dazu die Eintragung in das Register der betr. Staaten, sowie die Haltung eines Bureaus mit wenigen Beamten. Diese werden womöglich von der Corporation Trust Co. gestellt, die auch alle für die Niederlassung der fremden Korporationen vorgeschriebenen Formalitäten erfüllt. Dem Verfasser liegen mehrere Prospekte vor, worin die staatsgesetzlichen Vorschriften über die Niederlassung und Gründung von Korporationen dargestellt sind. Danach vertritt die Corporation Trust Co. of New Jersey über 1400 Korporationen.

Bezeichnend ist die Bemerkung:

»Furnishes registered offices and residents agents for foreign and domestic corporations in New Jersey, New York, Maine and Connecticut«.

Am weitesten aber geht wohl die Corporation Trust Co. of Maine in ihrem »Business Corporations under the Laws of Maine« betitelten Prospekt. Hierin werden am Schluss die Vorteile dieser Gesetze genannt, die sie für Gründungen neuer Gesellschaften bieten.

Es seien daraus nur folgende Sätze hervorgehoben:

»Keine Oeffentlichkeit. In dem Jahresbericht wird weder Auskunft über die finanziellen Zustände der Gesellschaft noch über die durchgeführten Geschäfte verlangt.

Keine Beschränkungen in Bezug auf den Besitz von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, noch in Bezug auf den Betrag der Schulden, welche aufgenommen werden können.

Keine Beschränkung in Bezug auf den Besitz von

Werten anderer Korporationen.

Ein ansässiger Direktor ist nicht erforderlich und Versammlungen des Direktoriums können ausserhalb des Staates abgehalten werden.«

Das ist tatsächlich nichts anderes als Reklame für eine laxe Gesetzgebung!

In diesem Zusammenhange soll auch erwähnt werden, dass, wie der Verfasser aus guter Quelle erfährt, die »liberalen« Gesetze des Staates New Jersey zu einem eigenartigen Manöver benutzt werden. Um nämlich der in New York bestehenden Vermögenssteuer zu entgehen, übergeben viele New Yorker Bürger ihr Vermögen einer Trust Co. in New Jersey zur Verwaltung. Einige Trust Cos. in New Jersey sollen derartigen Gepflogenheiten geradezu ihre Existenz verdanken.

§ 6. B. Die Trust Companies als Banken¹⁾.

Schon die im vorigen Paragraphen geschilderte Ausdehnung der Trustee-Tätigkeit der Trust Cos. hatte sie von dem ursprünglichen Treuhandwesen ziemlich weit abgeführt. Dennoch ist allen jenen Funktionen ein wesentlicher Charakterzug gemeinsam. Es sind alles Geschäfte auf fremde Rechnung. Ein Risiko ist fast nur vorhanden, soweit es überhaupt mit Trust-Geschäften verknüpft sein kann, d. h. soweit die Trust Co. für die Sorgfalt eines ordentlichen Trustee haftet. Ausnahmen sind nur dann vorhanden, wenn die Trust Cos. sich bei den geschilderten Emissionen und Gründungen mit eigenen Mitteln beteiligen, was aber nur selten zu geschehen pflegt. Eine reine Trust Co. hätte ja auch nicht das dazu nötige Kapital. — Die Gewinne aus den Trustgeschäften entspringen sämtlich aus Provisionen.

Nun sind aber schon Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre einzelne Trust Cos. dazu übergegangen, auf eigene Rechnung und Gefahr eigene Bankgeschäfte zu betreiben. Andere folgten ihnen, und hauptsächlich aus diesem Grunde beginnt seit jener Zeit jenes gewaltige Steigen der Neugründungen von Trust Cos., dessen schon im Anfang Erwähnung geschah.

Die Bedingungen für eine solche Tätigkeit lagen dabei für die Trust Cos. sehr günstig. Sie unterstanden nicht der Bundes-

¹⁾ *Kirkbride and Sterrett*, S. 43—112. — *Emery* a. a. O. S. 332—345. — *A. Stubbe* »Organisation des amerikanischen Bankwesens«. *Jahrb. f. Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft*. 31. Jahrg. 1907. III, S. 321—362.

gesetzgebung wie die State- und National-Banks und damit den für diese bestehenden Beschränkungen. Eine einzelstaatliche Gesetzgebung existierte nicht für sie. Sie waren ja alle durch besondere Charter privilegierte Gesellschaften. Es gab aber keine Trust Co., deren Charter ihr den Betrieb von Bankgeschäften verboten hätte. Man hatte überhaupt an diesen Fall gar nicht gedacht. So wurden die einzelstaatlichen Gesetzgebungen von dem fait accompli geradezu überrascht. Das erste Gesetz, das sich mit Trust Cos. befasste, das Gesetz des Staates New York vom Jahre 1887, erkennt, soweit es die Banktätigkeit betrifft, einfach den bestehenden Zustand an. Alle Staaten und Territorien, die Gesetze über Trust Cos. besitzen, sind diesem Beispiel gefolgt.

Danach ist den Trust Cos. in der ganzen Union der Betrieb aller Bankgeschäfte gestattet mit Ausnahme der Notenausgabe, die ja nach dem Bundesgesetz den National Banks vorbehalten ist. Natürlich erregten so grosse Privilegien die Besorgnis und Eifersucht der anderen Banken, die mit Recht in den Trust Cos. gefährliche Konkurrenten erblickten¹⁾. Man behauptete von dieser Seite, dass Trust Cos. zwar nützlich seien, aber nur für ganz bestimmte Zwecke. Jetzt sei ihr Name ein teilweise völlig irreführender, wenn sie unter dem Deckmantel der Trustorganisation Bankgeschäfte betrieben. Ihre Zahl sei weit über das Bedürfnis des Staates hinausgewachsen. Das war sogar die Meinung des Superintendent of Banks des Staates New York im Jahre 1885.

Doch die Gesetzgeber liessen sich durch solche Bedenken nicht einschüchtern. Die Trust Cos. hatten sich beim Publikum schon seit lange einen ausgezeichneten und wohlverdienten Ruf geschaffen. Sie hatten sich höchst selten Verfehlungen zu Schulden kommen lassen. Grössere Zusammenbrüche waren bei ihnen bisher nicht vorgekommen²⁾. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Staaten den Trust Cos. weitgehende Rechte einräumten. Nur muss die eine Bedingung erfüllt sein, dass das Bankgeschäft streng von dem Trustgeschäft getrennt gehalten wird. Vor allem müssen Trustdepositen von den Bankdepositen absolut fern gehalten werden. Diese Vorschriften haben die Trust Cos. auch stets

1) *Heaton*, S. 13.

2) *Bradstreets Journal*, 6. Febr. 1904, weist nach, dass in den Jahren 1893 bis 1903 nur 41 Trust Cos. in Bankerott geraten seien. Dies sei ein sehr günstiger Zustand verglichen mit dem der State und National Banks während der gleichen Periode. Zitiert bei *Heaton* S. 12.

genau eingehalten. In ihren Bilanzen findet man höchst selten etwas, das sich auf das ihnen anvertraute Trustvermögen bezieht.

Die anderen Banken haben es natürlich auch nicht an praktischen Versuchen fehlen lassen, ihren Konkurrenten hindernd in den Weg zu treten. Zu diesen Versuchen gehören besonders die unter dem Einfluss der State- und National Banks zu Stande gekommenen Statuten der Clearinghouses von New York, Chicago, Boston und Pittsburg. Durch diese Statuten werden nämlich die Trust Cos. von dem gesamten Clearing-Verkehr ausgeschlossen¹⁾. Sie haben sich notdürftig dadurch zu helfen versucht, dass sie sich durch Agenten, hauptsächlich durch Privatbankiers beim Clearing-Verkehr vertreten lassen. Im Westen der Union ist der Konkurrenzkampf zwischen Banken und Trust Cos. nicht so scharf, daher die Stellungnahme jener zu diesen auch nicht so feindlich.

Die stärkste Konkurrenz haben die Trust Cos. gegenüber den anderen Banken auf dem Gebiete des Depositenwesens entfaltet. Das Depositengeschäft ist bei den meisten Trust Cos. sogar das Hauptpassivgeschäft geworden. Um einen Begriff von der Ausdehnung dieses Geschäftszweiges zu geben, sei hier angeführt, dass nach *Kirkbride and Sterret* S. 3 Mitte des Jahres 1904 die Gesamtzahl der Depositen in der Union

bei den 5412 National Banks	4 400 900 000.— \$
» » 1429 Trust Companies	2 351 000 000.— »

betrug.

Die Gesamtzahl der Depositen in den einzelnen Staaten im Jahre 1906 wird ersichtlich aus der Tabelle Nr. 3, die nach der Höhe der Depositensummen geordnet ist. Es betrug danach die Gesamtzahl der Depositen der Trust Cos. im Jahre 1906: \$ 2 929 406 609.01, die sich auf 1204 Gesellschaften verteilte, da 100 Trust Cos. keine Depositen hatten. Den höchsten Durchschnitt mit \$ 13 051 000.— wies New York auf. Die meisten Depositen (\$ 93 966 029.40) hatte die Illinois Trust & Savings Bank mit einem Kapital von \$ 4 000 000.— und einer Gesamtreserve von \$ 6 871 128.13 = 7,3 Proz. der Depositen.

Die Tabelle zeigt in Spalte 8 das Verhältnis der Reserven zu den Depositen. Dieses wird in einigen Staaten gesetzlich bestimmt. Es wird ein Mindestprozentsatz von meist

1) *Emery*, S. 339.

15 Proz., in einigen Staaten von 25 Proz. verlangt. In Massachusetts betrug das tatsächliche Verhältniss 7,3 Proz. anstatt 15 Proz., in Kalifornien 13,2 Proz. anstatt 25 Proz., in Maine 10,4 Proz. anstatt 15 Proz., in Kentucky 14,2 Proz. anstatt 15 Proz., in Michigan 16,5 Proz. statt 20 Proz., in Alabama 5,8 Proz. statt 15 Proz., in Texas 10,4 Proz. statt 25 Proz., in Idaho 5,1 Proz. statt 15 Proz., in Süd-Dakota 7,5 Proz. statt 10 Proz., in Utah 6,0 Proz. statt 15 Proz., in Haway 5,9 Proz. statt 15 Proz., und in Neu-Mexiko 12,9 Proz. statt 25 Proz. Diese Minimalreserve muss nach der Vorschrift des Gesetzes mindestens zur Hälfte aus Bargeld, zur anderen Hälfte aus gewissen Effekten-Gattungen, hauptsächlich United States Bonds sowie in sofort kündbaren Bankguthaben bestehen.

Die Depositen sind grösstenteils sofort kündbare. Es ist daher wichtig, den tatsächlichen Kassenbestand und die Liquidität der Trust Cos. im ganzen zu betrachten. In Tabelle Nr. 4 ist unter Spalte 2 der bare Kassenbestand mit den sofort kündbaren Bankguthaben vereinigt. Er betrug 1906: $560\,321\,912.04 = 19,2$ Proz. der Depositen. Darnach war die Liquidität der Trust Cos. im ganzen nicht ungünstig. Das Bild ändert sich jedoch einigermassen, wenn man die Staaten mit den meisten Trustdepositen heraushebt. Es sind dies:

	Depositen in 100 000 \$	Barbestand in % der Depositen
New York	1109	16,0
Pennsylvania	414	17,2
Massachusetts	182	15,4
Ohio	166	14,8
New Jersey	122	14,1
Rhode Island	108	14,3
Zusammen	2101	ca. 15,3
= 68,9 % aller Trustdepositen.		

Es waren also 68,9 Proz. aller Trustdepositen nur zu ungefähr 15,3 Proz. bar gedeckt.

Die Spalten 4, 5 und 6 enthalten eine zweite Liquiditätsaufstellung. Unter dem Ausdruck »Gesamte flüssige Mittel« sind zu verstehen: 1. Kasse und Bankguthaben, 2. Effekten, 3. Wechsel, 4. andere Aktiva, sehr gering, in der Hauptsache ausstehende Zinsen. Auch die Wechsel spielen eine geringe Rolle. Was sich unter Effekten verbirgt, lässt sich nicht erkennen, da nirgends eine genaue Aufstellung der Effekten gegeben wird.

Unter den Aktivgeschäften der Trust Cos. treten am meisten

die sogen. *Loans* hervor. In dieser einzigen sehr summarischen Rubrik fasst die von der United Staates Mortgage and Trust Company herausgegebene Statistik Darlehen aller Art zusammen: Darlehen, die sofort kündbar sind, befristete Darlehen, Lombardierungen. Die letzteren spielen unter den *Loans* die grösste Rolle.

Die Gesetze der meisten Staaten enthalten Vorschriften über die Höhe dieser Darlehen. Gewöhnlich dürfen sie nicht die zehnfache Höhe der Depositen überschreiten. Darlehen an eine einzige Person oder Firma dürfen nicht 20 Proz., meist nicht 10 Proz. des Aktienkapitals und der Reserven übersteigen. Verboten ist fast überall, Darlehen an Beamte und Direktoren der eigenen Gesellschaft zu geben. Wo dies dennoch gestattet ist, wie z. B. in Maine, ist die Genehmigung seitens der Mehrheit des Board of Directors oder seitens dessen Ausschusses erforderlich. Ueberall ist verboten, eigene Aktien zu beleihen. Nur um eigene Verluste an Schuldner zu vermeiden, ist der Erwerb eigener Aktien gestattet. Doch müssen diese innerhalb von 6 Monaten nach dem Erwerb wieder verkauft werden.

Ueber die Höhe dieser *Loans* und ihr Verhältnis zu den Depositen gibt Tabelle Nr. 5 Auskunft. Danach betrug die Gesamtsumme der Darlehen der Trust Cos. im Jahre 1906: \$ 1 812 530 628.05 = 61,9 Proz. aller Depositen. In den 4 Staaten: New York, Pennsylvania, Illinois und Massachusetts erreichten die *Loans* insgesamt eine Höhe von ca. \$ 1 306 000 000.— 72,1 Prozent aller *Loans*.

Einige genauere Angaben über das Verhältnis der verschiedenen Darlehensgattungen liegen nur in einer in einem Prospekt der Windsor Trust Co., New York am 26. Februar 1907 veröffentlichten Bilanz vor. Diese Bilanz lautet folgendermassen:

A k t i v a		P a s s i v a	
New York City Bonds	\$ 597 080.—	Kapital	\$ 1 000 000.—
Andere Effekten	» 3 500 936.72	Reserven	» 581 595.25
Hypoth. auf New Yorker Grundst.	» 515 000.—	Reserve f. Steuern	» 11 235.—
Sofort kündbare Darlehen	» 4 405 116.68	Depositen	» 11 947 601.26
Befristete Darlehen	» 1 821 685.86		
Fällige Zinsen	» 69 737.—		
Safe Deposit Vaults	» 60 000.—		
Von Banken geschuldet	» 868 674.70		
Kasse und Bankguthaben	» 1 702 200.55		
	<u>\$ 13 540 431.51</u>		<u>\$ 13 540 431.51</u>

Bei der Berechnung der Liquidität würden demnach auch die sofort kündbaren Darlehen (36,9 Proz. der Depositen) mitzurechnen

sein. Die Liquidität würde sich daher folgendermassen gestalten:

Depositen	11 947 601.26
Flüssige Mittel	11 143 746.51 = 93,2 % der Depositen,

wenn man als flüssige Mittel sämtliche Effekten, die sofort kündbaren Darlehen, fällige Zinsen, Schulden anderer Banken und den Barbestand annimmt. Aber wenn man auch nur den Barbestand und die sofort kündbaren Darlehen für die Liquidität in Betracht zieht, so beträgt diese noch immer 39,7 Proz.

Freilich darf diese Bilanz nicht als typisch angesehen werden. Es soll daran nur gezeigt werden, wie verschieden die Loans beurteilt werden müssen.

Wie hoch zuweilen die Lombardierungen bei einer Trust Co. sind, beweist die Bilanz der Union Trust Co., New York vom 31. Dezember 1906.

Diese Gesellschaft hatte danach bei einer Gesamtsumme der Aktiven und Passiven von \$ 58 676 807.09 ein Kapital von \$ 1 000 000.—, Reserven von \$ 8 092 662.44 und Depositen von \$ 49 299 858.70. Dem gegenüber stand ein Barbestand von \$ 4 363 237.38 (= 8,8 % der Dep.) und »Loans on Collateral« d. h. im wesentlichen Lombardierungen in Höhe von \$ 38 254 541.25 (= 88,8 % der Dep.).

Viele Trust Cos. sind auch gleichzeitig Hypothekenbanken. Dass dieses Geschäft nicht unbedeutend ist, ersieht man aus Spalte 6 und 7 der Tabelle 5. Doch scheinen diesen Geschäftszweig mehr die west- als die oststaatlichen Trust Cos. zu pflegen.

Die Trust Cos. sind also im Laufe der Entwicklung zu Banken geworden. Auch in dieser Eigenschaft haben sie sich im allgemeinen bewährt. Ihr Gesamt-Ruf ist gut geblieben. Ihre Bank- und Anlagepolitik galt bis 1907 sogar als ausnahmslos konservativ, doch ist diese Beurteilung in ihrer Allgemeinheit eine zu günstige gewesen, wie die immerhin belangreichen Zahlungseinstellungen und -stockungen von Trust Cos. im Vorjahre zeigten.

Ihre Dividenden waren nicht übermässig hoch. Im Jahre 1905 zahlten die meisten Trust Cos. eine Dividende von 6—12 %. Die höchsten Dividenden betrugen 50 % bei der United States Trust Co. in New York und 60 % bei der Union Trust Co. of Philadelphia.

Grosse Zusammenbrüche von Trust Cos. hatten sich auch

in deren Bankperiode nicht ereignet. Erst im Jahre 1907 erfolgten einige grössere Störungen. Am 27. Oktober 1907 brach ein Run gegen die sehr angesehene Knickerbocker Trust Co. in New York aus und verursachte eine Monate dauernde Schliessung der Gesellschaft. 1906 hatte dieses Unternehmen die meisten Depositen im Staate New York und zwar nicht weniger als \$ 6710084.581. Als Depositenbank kam sie unter den gesamten Trust Cos. an zweiter Stelle. Ihren Depositen standen gegenüber ein Barbestand von \$ 13020922.33 (= 19,4 % der Dep.) und Loans in Höhe von \$ 47637754.88 (= 71,1 % der Dep.). Die Gesellschaft war am Clearing House vertreten durch die National-Bank of Commerce. Im Anschluss an die Kupferkrise und die Krise in der Elektrizitätsindustrie machte diese National-Bank bekannt, dass sie nicht mehr für die Knickerbocker Trust Co. abrechnen werde. Gleichzeitig erfuhr man, dass die Knickerbocker Trust Co. bei der National-Bank of Commerce einen Debetsaldo von \$ 7000000.— zu begleichen habe. Es erfolgte daraufhin ein Run, welcher die zeitweilige Stockung herbeiführte. Am 26. März 1908 eröffnete die Knickerbocker Trust Co. ihre Kassen wieder. Auch andere Trust Cos. sind zusammengebrochen. Im Herbst und Winter 1907 stellten die Zahlungen ein:

	Kapital \$	Reserven \$	Depositen \$	Loans 1906 \$
1. Jenkins Trust Co., Brooklyn	500 000.—	278 000.—	1 358 000.—	553 000.—
2. Williamsburg Trust Co.	700 000.—	594 000.—	7 941 000.—	2 880 000.—
3. Glenville Banking & T. Co., Cleveland, Ohio	25 000.—	2 000.—	110 000.—	?
4. Knickerbocker Trust Co., New York	1 200 000.—	5 504 000.—	62 883 000.—	47 638 000.—
5. West-Texas Trust Co., San Antonio, Tex.	200 000.—	20 000.—	1 300 000.—	741 000.—
6. Bankers Trust Co., Kansas City, Mo.	500 000.—	15 000.—	844 000.—	838 000.—
7. Bath T. Co., Bath, Maine	100 000.—	28 000.—	604 000.—	450 000.—
8. Union Trust Co., Phi- ladelphia, Pa.	500 000.—	105 000.—	2 066 000.—	949 000.—
9. Iron City Trust Co., Pittsburg, Pa.	2 000 000.—	753 000.—	2 140 000.—	1 971 000.—
10. Union Trust Co., Pro- vidence, R. I.	500 000.—	2 000 000.—	28 721 000.—	19 674 000.—
11. State Bank & Trust Co., Carson City, Nev.	200 000.—	71 000.—	1 974 000.—	1 212 000.—
12. Mye & Ormsby Co., Bank, Carson City, Nev.	500 000.—	192 000.—	1 121 000.—	?
12 Gesellschaften	6 925 000.—	9 562 000.—	111 062 000.—	76 506 000.—

Gleichzeitig stellten 29 Banken ihre Zahlungen ein

mit einem Gesamtkapital von \$ 5 062 000.—
mit einer Gesamtreserve von „ 5 965 700.—
mit Gesamtdepositen von „ 67 069 000.—

Ein Run vollzog sich auf:

	Kapital \$	Reserven \$	Depositen \$	Loans 1906 \$
1. T.Co. of America, N.Y.	2 000 000.—	10 921 000.—	49 105 000.—	43 919 000.—
2. Lincoln T. Co., „	1 000 000.—	1 123 000.—	21 384 000.—	9 063 000.—
3. Broadway T. Co., „	700 000.—	450 000.—	4 355 000.—	1 424 000.—
4. Colonial T. Co., „	1 000 000.—	2 268 000.—	25 204 000.—	17 746 000.—
5. Fifth Avenue T.Co., „	1 000 000.—	1 642 000.—	18 190 000.—	10 767 000.—
6. New England T. Co., Providence, R. I.	140 000.—	35 000.—	374 000.—	171 000.—
7. California Safe Depo- sit & Trust Co., San Francisco, Cal.	2 500 000.—	627 000.—	8 953 000.—	4 470 000.—
7 Gesellschaften	8 340 000.—	17 066 000.—	127 565 000.—	87 560 000.—

Diese Runs wurden jedoch erfolgreich ausgehalten und anscheinend überwunden. Dasselbe geschah bei einer grossen Reihe von Banken.

Natürlich haben sich aus Anlass dieser Katastrophen wieder Stimmen erhoben, die für eine Beschränkung der Rechte der Trust Cos. und besonders für eine schärfere Beaufsichtigung sind. Auch wünscht man in manchen Kreisen, besonders in denen der Banken, ein Bundesgesetz für Trust Cos. Doch bleibt noch abzuwarten, ob sich die Anklagen, die man jetzt wieder gegen die Trust Cos. schleudert, bewahrheiten werden. In ihrer grossen Masse scheinen sie durchaus gesund zu sein und haben sich jedenfalls nicht schlechter bewährt als die Banken.

Vielleicht werden sie sich selbst durch engeren Anschluss untereinander zu helfen suchen. Die Schaffung eines direkten Trust-Clearing-Verkehrs, dessen Mangel ihnen bereits so gefährlich geworden ist, tut dringend not.

III. K a p i t e l.

Die Schutzvereinigung.

Im bisherigen Verlaufe der Darstellung sind die Hauptzüge des Treuhandwesens geschildert worden, wie es sich in den angelsächsischen Ländern entwickelt hat. Es gibt jedoch noch einen Punkt, der eine besondere Betrachtung erfordert: Der Schutz für Inhaber ausländischer Staatspapiere. Logisch betrachtet ist dies nur eine Unterkategorie der allgemeinen Treuhänderfunktion. Diese versetzt ja vielfach den Treuhänder in die Lage, die Interessen seiner Benefiziare gegenüber deren Schuldnern — seien es Privatpersonen oder private Körperschaften — zu vertreten. Die »Schutzvereinigung«, »Gläubiger-Komitees« etc. sind ihrem Wesen nach auch Treuhänder, für einen bestimmten Zweck gebildet, wenn ein fremder Staat seinen Verpflichtungen gegenüber seinen auswärtigen Gläubigern schlecht oder gar nicht nachkommt.

Es ist an dieser Stelle nicht die Aufgabe, eine erschöpfende Schilderung auch nur der wichtigsten dieser Vereinigungen, ihrer Tätigkeit und ihrer Erfolge zu geben. Das hiesse zwar eines der interessantesten aber auch umfangreichsten Probleme der neueren Finanzgeschichte aufrollen. Es soll hier nur auf den Ursprung dieser Organisationen hingewiesen werden.

Eine wirksame Verfechtung der Ansprüche fremder Staatsgläubiger kennt erst das 19. Jahrhundert. Es ist bekannt, wie ohnmächtig im Grunde die grossen Kapitalisten des 16. Jahrhunderts — die Fugger und Welser — gegenüber ihren Staatsschuldnern waren, als die grossen Staatsbankerotte Spaniens und Frankreichs um die Mitte des Jahrhunderts eintraten. Lange hat es gedauert, bis sich der eigene Staat seiner Bürger annahm, wenn diese sich durch einen fremden Schuldnerstaat mit dem Verluste ihres Kapitals bedroht sahen. Nur zögernd und wider-

strebend haben die Regierungen eine Verpflichtung zur Unterstützung ihrer eigenen Untertanen in solchen Fällen anerkannt. *Lacombe*¹⁾ zitiert eine hierfür charakteristische Depesche Lord Palmerstons vom Januar 1848: »Es kann für die englische Regierung keine rechtliche Verpflichtung bestehen, die Rechte und Interessen von Untertanen der Königin gegenüber bankerotten Staaten zu verteidigen. Solches ist ausschliesslich dem Wohlbefinden der englischen Regierung anheim zu stellen, der es freisteht, zu gunsten englischer Untertanen, welche durch den Bankrott oder finanzielle Massnahmen eines fremden schuldnerischen Staates in ihren Interessen verletzt sind, diplomatische Schritte zu unternehmen. In diesem Falle wird sich die Regierung ausschliesslich durch Rücksicht britischer oder heimischer Politik leiten lassen.« — Hier wird also scharf der rein fakultative Charakter einer solchen Intervention betont, immerhin aber ein Recht der britischen Regierung aufgestellt, zu intervenieren auch im Falle der blossen Zahlungsunfähigkeit des fremden Staates.

Den Inhabern fremder Staatspapiere steht Lord Palmerston nicht sehr freundlich gegenüber, wie folgende Sätze derselben Depesche beweisen:

»Seine Kapitalien einer fremden Regierung anvertrauen heisst eine Spekulation eingehen. Eine von einer fremden Regierung aufgelegte Anleihe zu zeichnen, fremde Obligationen an der Börse zu kaufen, ist ein Handels- oder Finanzgeschäft. Die Gefahr, die mit allen Geschäften dieser Art verbunden ist, ist gleicherweise von der Beteiligung bei Staatsanleihen untrennbar. Die Gläubiger dürfen die Möglichkeit eines Bankrotts nicht aus den Augen verlieren und haben es sich ausschliesslich selbst zuzuschreiben, wenn sie ihr Geld verlieren.«

Diese Ansicht wurde ausgesprochen zu einer Zeit, in der England bereits der grösste Gläubigerstaat der Welt war. Auch heute noch ist das Problem der Intervention gegenüber saumseligen und böswilligen Schuldnerstaaten nicht gelöst. Im wesentlichen ist es noch immer eine Frage der politischen Macht. Tatsächlich ist man ja auch bisher nur eingeschritten gegen schwächere und bedrängte Staaten: Türkei, Griechenland, Portugal, Süd- und Zentralamerikanische Staaten²⁾.

1) *E. Lacombe*, »Ueber den Schutz der Inhaber fremdländischer Staatspapiere«. Jahrb. f. Nat.Oek. u. Stat., herausg. v. *Conrad*, III. F. Bd. 20. S. 792—793.

2) *A. Sartorius Frhr. von Waltershausen*, Das volkswirtschaftliche System der

Es ist nun in England zuerst eine Einrichtung entstanden, die auf die Initiative von privaten Staatsgläubigern zurückging, die Schutzvereinigung. Ehe die Gläubigeransprüche bei der fremden Regierung auf diplomatischem Wege geltend gemacht werden können, müssen sich die Gläubiger selbst zusammenfinden. Dieser Zusammenschluss einer oft sehr grossen Anzahl von Individuen, die unter einander nur geringen oder gar keinen Zusammenhang haben, ist mit grossen Schwierigkeiten verknüpft. Es bedarf eines energischen und einflussreichen Aktionsausschusses, der zunächst durch öffentliche Bekanntmachungen in der Presse die zerstreuten Gläubiger zu beratenden Versammlungen zusammenruft; die nötigen Organe müssen geschaffen werden, die das erforderliche Material zu sammeln und zu sichten haben, die daraus die zu erhebenden Ansprüche formulieren und der eigenen Regierung zur Vertretung bei dem fremden Staat übergeben. Auch dann bedarf es fortwährender Tätigkeit des Ausschusses, wenn bereits die Angelegenheit der diplomatischen Unterhandlung unterliegt. Es muss auf die eigne Regierung eingewirkt werden, damit die Verhandlungen energisch und erfolgreich durchgeführt werden. Ein Zusammenwirken der Tatkraft, des Einflusses und des Wissens auf Seiten der leitenden Persönlichkeiten verbunden mit einer beträchtlichen Kapitalkraft auf Seiten dieser Treuhänder ist nötig, um einen guten Erfolg zu erzielen.

In England bildeten sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts, als die sich immer mehr häufenden Fälle von Tilgungseinstellungen oder Zinsreduktionen seitens vieler amerikanischer Staaten den englischen Kapitalisten grossen Schaden zufügten, eine Menge kleiner Comités, welche die Inhaber fremdländischer Staatspapiere vertraten. Ihre Bemühungen blieben jedoch ziemlich fruchtlos, bis sich alle diese kleinen Comités zu einem einzigen »Council of foreign bondholders« im Jahre 1868 in London vereinigten¹⁾. Dieser Council ist vorbildlich geworden für alle anderen Schutzvereinigungen sowohl in seiner Organisation wie in seiner Tätigkeit. Er ist — und das ist wesentlich — nicht ad hoc für irgend einen besonderen Fall, sondern als dauernde Institution, und zwar als Gesellschaft mit eigenem Vermögen, gegründet worden. Diese Vereinigung soll stets bereit sein, einzu-

Kapitalanlagen im Auslande. Berlin 1907. S. 284 ff.

1) Sartorius von Waltershausen a. a. O. S. 295 ff.

greifen, wenn ein Fall eintritt, der ihre Mitwirkung nötig macht. Im Jahre 1873 erhielt der Council vom Board of Trade seine Bestätigung, d. h. er wurde als berechtigte Vertretung der Inhaber fremder Staatspapiere offiziell anerkannt. Ein Parlamentsakt von 1898 verlieh ihm das Korporationsrecht als gemeinnützige Vereinigung. Seitdem heisst die oberste Vertretung der Vereinigung: »Council of the Corporation of Foreign Bondholders.«

Die Organisation der Korporation ist bemerkenswert¹⁾.

Die Vereinigung umfasst 3 Klassen von Mitgliedern:

1. permanente: sie zahlen £ 100 ein, welche als Darlehen betrachtet und mit 5 Proz. Zinsen zurückgezahlt werden. Wann solche Rückzahlungen erfolgen sollen, bestimmt die Korporation selbst;

2. lebenslängliche: sie leisten eine einmalige Zahlung von 20 £;

3. beitragende Mitglieder: zahlen jährlich £ 2.2—

Die Beiträge von Klasse 2 und 3 können durch Beschluss einer ausserordentlichen Generalversammlung erhöht oder herabgesetzt werden.

Die Leitung der Geschäfte der Korporation liegt völlig in den Händen des Council of the Corporation²⁾.

Dieser Council besteht aus 21 Mitgliedern, davon werden je 6 von der Central Association of Bankers und ebenfalls je 6 von der Londoner Handelskammer ernannt. So wird die Mehrheit dieses leitenden Ausschusses von unabhängigen und aussenstehenden Korporationen gebildet. Die 9 übrigen Mitglieder des Councils ernennt dieser durch Kooptation. Jährlich findet Neuwahl der Mitglieder statt. Ein Drittel der ausscheidenden Mitglieder darf wiedergewählt werden. Der Vorsitzende erhält für seine Tätigkeit jährlich £ 1000.—/—, der stellvertretende Vorsitzende £ 500.—/—, die übrigen Mitglieder £ 100.—/—.

Diesem leitenden Ausschuss haben stets die bedeutendsten Männer der englischen Handels- und Bankwelt angehört. Lord Avebury (gehört dem Council seit 1873 an), Sir Samuel Montagu (1873—1878), ferner Grossindustrielle (Sir Robert Fowler 1873 bis 1878) und hohe Staatsbeamte Judge Sir Thomas Snagge (seit 1882), Admiral Field (seit 1891), General Sir J. Luther Vaughan

1) »Deutscher Oekonomist« Jahrg. 1887, S. 243.

2) »Thirty-third Annual Report of the Council of the Corporation of Foreign Bondholders, for 1905—1906«. — London 1907, S. I—IX.

(seit 1876), Männer von grossem socialen, geschäftlichen und politischen Einfluss. Viele von ihnen sind gleichzeitig Parlamentsmitglieder.

Als Hauptzweck der Corporation bezeichnet der Council selbst »den Schutz der Interessen der Inhaber fremder Staatspapiere«. Ausserdem hält er sich ständig auf dem Laufenden über die öffentlichen Angelegenheiten aller der Staaten, deren auswärtige Anleihen für den britischen Kapitalmarkt von Bedeutung sind. Jährlich wird ein umfangreicher Bericht herausgegeben, der genaue und sehr ins Einzelne gehende Angaben über die wirtschaftliche und finanzielle Lage jener Staaten enthält. Ferner berichtet darin der Council über seine Tätigkeit in der verflossenen Periode. Zu diesem Zwecke verfügt derselbe über eine stattliche Bibliothek.

Seine Tätigkeit übt der Council meist indirekt aus. Er setzt sich direkt nur für einzelne von einer fremden Regierung geschädigte Personen ein. Ausserdem ernennt der Council selbst den britischen Vertreter in der Verwaltung der Dette Publique Ottomane.

In allen anderen Fällen jedoch arbeitet der Council mit einer Reihe von Ausschüssen. Diese sind nicht dauernder Natur, sondern werden jedesmal gebildet, wenn ein ausländischer Staat irgendwie die Rechte von britischen Staatspapierbesitzern verletzt. Diese geschädigten Gläubiger pflegen sich dann an den Council zu wenden, worauf eine öffentliche Versammlung der Wertpapierinhaber einberufen wird. In dieser wird über die Angelegenheit Bericht erstattet und ein Arbeitsausschuss gewählt. Den einzelnen Comités stellt der Council die Räume seines eigenen Hauses zu Sitzungen und Beratungen zur Verfügung.

Jedem solchen Arbeitsausschuss gehören ex officio der erste und zweite Vorsitzende des Council an. Ferner kann der Council, wenn es ihm wünschenswert erscheint, 1—2 seiner eigenen Mitglieder in diese Ausschüsse delegieren, damit die Ausschüsse in enger Berührung mit dem Council bleiben. Dieser selbst ist den einzelnen Comités übergeordnet. Die Ausschüsse verrichten die Kleinarbeit, führen Verhandlungen, schlagen Massregeln vor. Der Council hat dann in seinen Sitzungen über die von den Einzelausschüssen gemachten Vorschläge zu entscheiden.

Im ganzen scheint dieser Organismus gut zu arbeiten, denn der Council bemerkt in seinem 33. Jahresbericht vom Januar 1907

mit Stolz, dass glücklicherweise niemals irgend eine wesentliche Meinungsverschiedenheit sich in dem Verkehr des Council mit den Ausschüssen ergeben hat, vielmehr seien die Beziehungen des übergeordneten Körpers zu den untergeordneten während der vergangenen 30 Jahre durchaus harmonischer Natur gewesen.

Gewöhnlich sind der Corporation 15—20 solcher Gläubigerausschüsse angegliedert mit einer durchschnittlichen gesamten Mitgliederzahl von 200 Personen. Jeder dieser Ausschüsse besteht aus 5—12 Mitgliedern. Unter ihnen müssen stets der erste und zweite Vorsitzende des Council sein. Ausserdem gehören tatsächlich jedem Einzelausschuss 2—3 Mitglieder des Council an. Diese sind zumeist von den interessierten Gläubigern selbst in die Comités hineingewählt worden, ein Zeichen, welches Vertrauen der Council bei den Interessenten geniesst.

Die Kosten, welche die Tätigkeit der Einzelausschüsse erfordert, werden durch Umlagen von den Interessenten aufgebracht. Der Council spricht im 33. Jahresbericht die Hoffnung aus, dass dies einmal unnötig sein wird, wenn nämlich die Einkünfte seines eigenen Vermögens, die gegenwärtig jährlich £6000.— bis £7000.— betragen, dazu ausreichen werden. Grosse Umlagen sind den Wertpapierinhabern direkt bisher nicht erwachsen, da in den meisten Fällen die Schuldnerstaaten jene Kosten zu tragen hatten.

Die Tätigkeit des Council ist eine höchst wirksame seit seinem Bestehen gewesen. Er hat dabei ein doppeltes Ziel im Auge gehabt, einmal die Besitzer notleidender Staatspapiere vor Kapitalverlusten zu schützen, andererseits den Markt für auswärtige Wertpapiere überhaupt zu stützen und dem englischen Handel und der englischen Industrie damit in ihren Ausdehnungsbestrebungen wirksamen Rückhalt zu verleihen¹⁾. § 61 der Geschäftsordnung des Council besagt ausdrücklich, dass die Hauptzwecke der Korporation der Schutz der Rechte der Bondholder, sowie die Aufrechterhaltung des öffentlichen Kredits auswärtiger Staaten seien. Aus diesen entgegengesetzten Richtungen der Tätigkeit der Corporation ergibt sich auch die Politik derselben. Die Corporation hat ihr Hauptgewicht auf die finanzielle Beratung fremder Staaten, sowie auf den eventuellen

1) »Deutscher Oekonomist« Jahrg. 1887, S. 243.

Abschluss sogenannter »Arrangements« bei finanziellen Schwierigkeiten jener Staaten gelegt. Selten hat der Council in schroffer Form die Rechte der Gläubiger geltend gemacht. Vielmehr sucht er den hilfsbedürftigen Staaten einen geeigneten Markt für ihre Anleihen an der Londoner Börse zu verschaffen. Der Einfluss englischer Grossindustrieller und Exporteure auf den Council wird hierbei stark geltend gemacht. Die Beschaffung der Anleihe bewirkt eine gewisse Abhängigkeit, dank welcher die Schuldnerstaaten geradezu gezwungen werden, ihre grossen Bestellungen der Industrie und dem Exporthandel des Gläubigerstaates zuzuweisen. Dadurch erklärt sich auch die Aufmerksamkeit, welche der Council dem auswärtigen Handel jener Staaten widmet. Die Jahresberichte enthalten hierüber eingehende Statistiken. Aus diesen Verhältnissen ergibt sich für den Council die Aufgabe, einen Ausgleich der durch ihn zu vertretenden Interessen der Gläubiger mit denen des Handels und der Industrie zu finden. Dies ist ihm in der Tat auch gelungen.

Der Council of Foreign Bondholders hat die britischen Sparer vor sehr erheblichen Verlusten behütet. Er beobachtet gegenwärtig dauernd die Finanzverhältnisse folgender Staaten: Griechenland, Türkei, Spanien, Portugal, Argentinien, Columbia, Uruguay, Paraguay, Venezuela, Guatemala, Mexico, Nicaragua, Costa Rica, Honduras, San Domingo. Die Corporation hat ihre grössten Erfolge in Südamerika erzielt bei der Regulierung der argentinischen Staatsschulden, ferner bei der türkischen, griechischen und ägyptischen und besonders im Jahre 1906 bei der Erledigung der sogenannten Cedula-Frage¹⁾. Die argentinische Provinz Buenos Ayres verstand sich dazu, den Gläubigern ihrer Cedulaschulden in einer Gesamthöhe von fast \$ 100,000,000 ein günstiges Abkommen zu gewähren.

In jedem Jahresbericht der Korporation findet sich eine sogenannte schwarze Liste, welche sämtliche notleidende Anleihen enthält:

Danach betrug die ungefähre Gesamthöhe dieser Anleihen²⁾, ungerechnet die Zinsrückstände:

Im Jahre 1876	£ 300 000 000
» » 1886	» 88 000 000
» » 1896	» 54 000 000
» » 1906	» 16 000 000

1) 33. Report, S. 75—87.

2) Ibid. S. 11—12.

Davon entfielen auf die südamerikanischen Staaten

Im Jahre 1876	£ 84 000 000
• • 1886	• 76 000 000
• • 1896	• 44 000 000
• • 1906	• 9 000 000

Die oben erwähnten £ 16,000,000 sind als das auf absehbare Zeit unreduzierbare Minimum solcher rückständiger Schulden anzusehen. Es verteilte sich auf folgende Staaten ¹⁾:

Staaten	Geschuldetes Kapital £	Rückständige Zinsen £
Costa Rica	2 000 000	750 000
Ehemalige konföderierte Staaten von Nordamerika	2 418 800	7 026 614
Guatemala	1 482 800	474 496
Honduras	5 398 570	15 754 399
Louisiana	184 432	—
Mississippi	1 400 000	4 884 000
West-Virginia	3 047 874	—
Zusammen	15 932 476	28 889 509

Davon dürften als vollkommen hoffnungslos die Schulden der ehemaligen konföderierten Staaten zu bezeichnen sein, da diese überhaupt nicht mehr existieren. Schwierig dürfte auch die Eintreibung der Schulden von Louisiana, Mississippi und West-Virginia sein. Dagegen ist Aussicht vorhanden, wenn auch wohl erst nach langer Zeit, auf Eintreibung der Schuldrückstände von Costa Rica, Guatemala und Honduras.

Wie man aus der ersten Tabelle ersieht, haben sich die gesamten Anleihen, mit denen sich der Council zu beschäftigen hatte, von 1876 an um 94,3 Proz. vermindert, die von den südamerikanischen Staaten um 89,3 Proz. Natürlich ist diese gewaltige Verminderung nicht ohne Opfer auf Seiten der Gläubiger von statten gegangen. Im ganzen aber kann der Council mit Befriedigung auf die von ihm geleistete Arbeit blicken. Von allen Schutzvereinigungen ist er die leistungsfähigste gewesen.

Angriffe gegen den Council sind auch weniger von englischer als vielmehr von auswärtiger Seite gerichtet worden. Sie behaupten, dass er die nichtenglischen Gläubiger, die sich seinem Schutze unterstellt haben, verschiedene Male, z. B. bei der Regelung der griechischen und türkischen Anleihen im Jahre 1880, erheblich geschädigt habe und zwar zu Gunsten seiner englischen Schutzbefohlenen.

Hier kommt eben der eigentliche Charakter des Council of

¹⁾ Report, S. 447.

the Corporation of Foreign Bondholders zum Ausdruck. Er ist keineswegs ein philanthropischer Verein, welcher den gesamten bedrängten Staatsgläubigern der ganzen Welt helfen will, sondern eine Interessenvertretung des grössten Gläubigerstaates der Welt. Nur insofern die Interessen der britischen Kapitalisten mit denen fremder Kapitalisten parallel laufen, wird er für letztere nützlich wirken. Als rein britische Treuhandvereinigung und zwar mit stark plutokratischem Charakter ist der Council zu bewerten. Als solche ist er tatsächlich vorbildlich geworden für andere Länder.

Von anderen Schutzvereinigungen sind zunächst 2 belgische zu erwähnen, die eine mit dem Sitz in Brüssel, die andere in Antwerpen. Die Organisation der letzteren, der Corporation nachgebildet, schildert *Lacombe* folgendermassen: »Die Besitzer jenes notleidenden Wertpapiere werden aufgefordert, ein Comité zu ernennen, die Mitglieder dieser verschiedenen Bureaus bilden das Zentralcomité der Vereinigung, in welchem sie Sitz und Stimme auch nach Beendigung der Arbeiten ihres Spezialcomité behalten.« *Lacombe* hebt bei dieser mehr »föderativ« gestalteten Organisation als Vorzug hervor, dass sie den Beteiligten grössere Bewegungsfreiheit lässt als der Council of the Corporation of Foreign Bondholders. — Die Antwerpener Vereinigung beschäftigt sich hauptsächlich mit südamerikanischen, spanischen, portugiesischen und türkischen Werten.

Die Brüsseler Vereinigung ist mehr nach deutschem Vorbild organisiert. In Deutschland haben sich Schutzvereinigungen, soweit sie nicht, wie es oft der Fall gewesen ist, blosse »Lamentiervereine« gewesen sind, meist um die Bankkonsortien herum gruppiert, die an der Emission der betreffenden Staatsanleihen beteiligt waren, wobei dann die beteiligten Banken eine Art Zentralkomitee bildeten. So z. B. die im Jahre 1899 gegründete »Schutzvereinigung der deutschen Besitzer spanischer Wertpapiere«, zu welcher die Vertreter der Deutschen Bank, der Nationalbank für Deutschland, der Deutschen Effekten- und Wechselbank, des Berliner Maklervereins und einige andere grosse Bankhäuser gehörten.

Ungefähr zu gleicher Zeit entstand in Deutschland die »Schutzvereinigung der Besitzer von Aktien und

1) *Lacombe* a. a. O. S. 805 ff.

Debentures von Goldminen und anderen industriellen Unternehmungen am Witwatersrand.« In dieser Organisation waren diejenigen Banken und Bankhäuser vertreten, welche am meisten an der Emission dieser Minenwerte in Deutschland beteiligt gewesen waren: Deutsche Bank, Berliner Handelsgesellschaft, Diskontogesellschaft, Nationalbank für Deutschland, Norddeutsche Bank in Hamburg, Württembergische Vereinsbank und verschiedene Privatbanken.

In Frankreich besteht seit 1899 die »Association Nationale pour la Défense des Porteurs de Valeurs Etrangères«.

In diesem Zusammenhange muss schliesslich eine Institution erwähnt werden, die in neuerer Zeit auf dem Gebiete des internationalen Finanzwesens eine grosse Bedeutung erlangt hat: die internationale Finanzkontrolle.

Ihr wesentlicher Unterschied gegenüber der Schutzvereinigung besteht darin, dass sie nicht wie diese durch Zusammenschluss privater Individuen und privater Gesellschaften zu einem privatrechtlichen Verein entsteht, sondern vielmehr durch völkerrechtliche Verträge verschiedener Staaten unter einander, deren Angehörige durch die Finanzgebarung eines anderen Staates geschädigt worden sind. Vorbedingung zum Gelingen eines solchen Unternehmens ist, dass die betreffenden Staaten auch die politische Macht besitzen, um dem Schuldnerstaat eine solche Kontrolle nötigenfalls mit Gewalt aufzudrängen. Denn sie bedeutet praktisch für den kontrollierten Staat stets einen erheblichen Eingriff in seine politische Selbständigkeit. Er muss sich gefallen lassen, dass über einen Teil seiner Einnahmen — gewöhnlich sind es für ihn gerade die wichtigsten und ertragreichsten, z. B. Zölle, inländische Verbrauchsabgaben, Monopole — von Fremden für Fremde verfügt wird. Eine permanente Kontrollkommission sitzt im Lande und hat womöglich das Recht und die Macht, bei Lebensfragen des Staates ihre Entscheidung in die Wagschale zu werfen. Allerdings ist nicht zu verkennen, dass unter Umständen ein heilsamer, sozusagen pädagogischer Einfluss auf die Finanzgebarung eines Staates durch solche Kontrolle ausgeübt werden kann. Es handelt sich hier also nicht allein um ökonomische sondern um Fragen der Machtpolitik und der Diplomatie. Die ausübenden Kontrollorgane sind daher stets Beamte der Kontrollstaaten.

Tatsächlich sind auch solche Finanzkontrollen immer nur

gegenüber politisch schwachen oder in zeitweiligen Verfall geratenen Staaten zur Anwendung gekommen. Als wichtigste Organisationen dieser Art sind zu nennen:

1. Die Dette Publique Ottomane, von der Pforte anerkannt durch das Dekret vom 28. Muharrem 1299 = 20. Dezember 1881¹⁾. In dem Vorstand dieser Verwaltungskommission sind die 6 Grossmächte Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Oesterreich und Russland offiziell vertreten.

2. Die internationale Finanz-Kontrollkommission für Aegypten²⁾ seit 1880, unter dem Vorsitz der 6 europäischen Grossmächte.

3. Die internationale Finanz-Kommission für Griechenland²⁾, errichtet im Jahre 1898 ebenfalls unter dem Vorsitz der 6 Grossmächte.

1) *Du Velay* »Essay sur l'Histoire Financière de la Turquie«. — Paris 1903, S. 421 ff.

2) »The Statesmans Year-Book« 1908, S. 1694 und 1131.

IV. Kapitel.

Die deutschen Treuhandgesellschaften.

I. Entstehung der deutschen Treuhandgesellschaft.

In Deutschland war die Entwicklung des Treuhandwesens eine ganz andere als in den angelsächsischen Ländern. Als Institution des deutschen Privatrechts existiert der Treuhänder ebenso lange wie in England. Aber aus Gründen wirtschaftlicher und rechtlicher Natur, die noch weiterhin zu erörtern sind, hat sich das Treuhandwesen in Deutschland bisher noch nicht zu der gewaltigen Ausdehnung aufschwingen können, die es in England und Amerika erreicht hat. Vielmehr hat es bisher eine verhältnismässig recht bescheidene und fast nebensächliche Rolle gespielt. Erst in den letzten zwei Jahrzehnten sind Ansätze zu einer stärkeren Entwicklung zu beobachten. Eine korporative Ausgestaltung des Treuhandwesens, und damit verbunden, ein stärkeres Hervortreten desselben hat daher erst in neuester Zeit stattgefunden. Charakteristischer Weise fällt diese Entwicklung zusammen mit der Periode der stärkeren kapitalistischen Expansion des deutschen Wirtschaftslebens seit dem Anfang des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts. Die Gründung der ersten deutschen Treuhandgesellschaft steht im engen Zusammenhange mit der Geschichte der Deutschen Bank. Dieser Vorgang war von eigentümlichen Umständen begleitet. Es ist daher notwendig, hierauf einzugehen, ehe an eine Erörterung der Funktionen der deutschen Treuhänder herangetreten wird.

Quellen und Literatur stehen nur in äusserst beschränktem Masse zur Verfügung, da sehr wenig authentisches gedrucktes Material über diese Vorgänge, sowie über die ersten Geschäftsjahre bis 1897, veröffentlicht worden ist. Das Material beschränkte sich auf:

1. Das Statut der Deutschen Treuhandgesellschaft in der Fassung der Beschlüsse der Generalversammlung vom 18. November 1892.

2. Das Statut vom 25. Januar 1899.

3. Das Statut vom 9. Dezember 1901.

4. Einige verstreute Notizen im »Deutschen Oekonomisten« aus den Jahren 1890/93.

Immerhin genügt dieses dürftige Material, um den Ursprung der ersten deutschen Treuhandgesellschaft und die Vorgänge innerhalb der ersten Jahre ihres Bestehens in ihren Umrissen zu erkennen.

Die am 27. März 1890 in Form einer Aktiengesellschaft gegründete »Deutsch-Amerikanische Treuhandgesellschaft (German American Trust Company)« stellt sich in ihrem Anfangsstadium als ein merkwürdiges Zwittergebilde dar.

Von Seiten der Gründer wurden die Zwecke der Gesellschaft folgendermassen öffentlich bekanntgegeben:

»Die Zwecke der Gesellschaft sind vornehmlich die Erwerbung und Verwaltung nordamerikanischer Wertpapiere aller Art, Ausgabe verzinslicher Obligationen, für welche der Gegenwert in nordamerikanischen Wertpapieren sich im Besitz der Gesellschaft befindet, Ausgabe von Zertifikaten für bei der Gesellschaft deponierte Werte, wie Aktien etc. Ganz besonderen Wert wird das neue Institut auf die Vertretung und Wahrung der Interessen deutscher Eigentümer von nordamerikanischen Wertpapieren legen. Das neue Institut verdankt seinen Ursprung der Erwägung, dass eine sachkundige und kräftige Vertretung deutscher Interessen auf dem oben bezeichneten Gebiete mehr und mehr Bedürfnis geworden ist, und dass es, wie in anderen europäischen Staaten auch in Deutschland sich empfehle, für diesen Zweck eine ständige Organisation zu schaffen.«

Aus diesen Worten geht klar hervor, dass es sich eigentlich um einen ganz anderen Zweck handelte, als um den, dem eine wirkliche Treuhandgesellschaft dient. Es sollte unter dem Namen Treuhandgesellschaft das gegründet werden, was *Max Jörgens* in seinem Buche über »Finanzielle Trustgesellschaften« sowohl als »Investment Trusts« wie als »Financial Trusts« bezeichnet (S. Kap. I § 2 dieser Arbeit). Beides sind in England zwar verwandte aber

in einem Punkte verschiedene Begriffe.

Gemeinsam ist beiden Gesellschaftsformen der Zweck: »Erwerb von Wertpapieren, vorwiegend zur Beteiligung an Aktiengesellschaften, und zur Ausgabe von Aktien und Obligationen auf Grund der im Besitz befindlichen Effekten.«

Bei den »Investments Trusts« oder »Investment Trust Companies« liegt der Schwerpunkt in einer möglichst günstigen Kapitalanlage für gemeinsame Rechnung der Gesellschafter. Dieser Zweck wird dadurch erreicht, dass »eine grosse Anzahl hochverzinslicher aber dafür riskanter Wertpapiere« angekauft wird. Das damit verbundene Risiko soll durch eine planmässige Verteilung dieser Ankäufe auf verschiedene Effektsorten möglichst verringert werden. *Jürgens* bezeichnet diese »Investment Trusts« als »Trusts zur Kapitalsanlage«. Sie sind im wesentlichen eine englische Institution, und haben in England eine grosse Entwicklung erfahren.

Der andere Typus, die »Financial Trusts« (»Finanzgesellschaften« *Lexis*), von *Jürgens* »Finanzierungstrusts« oder »Trustgesellschaften« genannt, hat seinen Hauptzweck nicht in der Kapitalanlage für die Mitglieder, sondern in gewissen Effektingeschäften und dem hieraus zu ziehenden Gewinn«, in der Finanzierung anderer, besonders Aktienunternehmen. Dies geschieht entweder durch »Erwerb von Effekten zum Zwecke des Wiederverkaufs mit Gewinn d. h. durch börsenmässige Emission« oder durch dauernden Besitz der Effekten unter gleichzeitiger Ausgabe eigener Aktien und Obligationen an deren Stelle. Es rührt dann der Gewinn aus der Differenz zwischen dem eingenommenen Ertrag der Effekten und dem zu bezahlenden Zins der dafür in Umlauf gesetzten Schuldverschreibungen her.

Diese Form der finanziellen Trustgesellschaften fasst *Jürgens* als eine Entartung der ersten Form, der Investment Trusts, auf. Aus ihnen sind zuletzt die Aktienkontrolltrustgesellschaften geworden, die in England besonders bei der Emission von südafrikanischen Minenwerten zu grosser Bedeutung gelangt sind. — Auch in Deutschland gibt es solche »Trustgesellschaften«. Ihr Zweck besteht in erster Linie in der Kapitalbeschaffung für solche Unternehmen, deren Anteile nur eine beschränkte Absatzmöglichkeit besitzen und durch Ausgabe von Aktien oder Obligationen der Trustgesellschaft indirekt umlaufsfähig gemacht werden. Zu

ihnen gehören z. B. etliche deutsche Kleinbahn- sowie die Elektrizitätsgesellschaften.

Die Deutsch-Amerikanische Treuhandgesellschaft stellte zunächst eine Vermischung dreier Prinzipien dar:

1. Trustgesellschaft im Sinne von *Förrens*.
2. Treuhänder- und Pfandhalterschaft mit Aktien-Registrierung, also Erfüllung von Funktionen, welche in Amerika den Trust-companies zufallen.
3. Schutzvereinigung.

Die eigentümliche Vermischung dieser drei Prinzipien ist mit Leichtigkeit aus dem »Statut der Deutschen Treuhand-Gesellschaft« vom 18. November 1892 herauszulesen, das im wesentlichen eine nur in wenigen Punkten veränderte zweite Auflage des Gründungsstatuts zu sein scheint. (Seit jenem Datum nennt sich die Unternehmung »Deutsche Treuhand-Gesellschaft«.) Sehen wir uns dieses Statut einmal nach jenen Gesichtspunkten an. § 2 desselben lautet:

Zweck der Gesellschaft ist:

1. Die Uebernahme des Amtes als Pfandhalter oder Treuhänder (Trustee).
2. Die Ausstellung von Certifikaten oder Hinterlegungsscheinen von Wertpapieren, welche bei der Gesellschaft hinterlegt werden.
3. Die Vertretung inländischer und ausländischer Gesellschaften zum Zwecke von Aktienregistrierungen und zur Vornahme von Aktienumschreibungen.

Dies sind die echten Trustee-Funktionen, nach Art der amerikanischen Trust-Companies.

§ 2, 4: »Die Vertretung der Besitzer in- und ausländischer Wertpapiere.« Schutzvereinigung!

§ 2, 5: »Die Ausgabe verzinslicher Obligationen, für welche der Gegenwert in Wertpapieren der in § 10 bezeichneten Art sich im Besitze der Gesellschaft befindet.«

Hier kommt der Charakter der Trustgesellschaft zum Ausdruck.

Im übrigen berechtigt § 2, 5 die Gesellschaft zu allen Arten von Bank- und Finanzgeschäften, sowohl für eigene wie für fremde Rechnung. Es braucht dies nicht als besonderes Prinzip erwähnt zu werden, da ja die amerikanischen Trust-Companies ebenfalls Bankgeschäfte aller Art treiben.

Von besonderer Wichtigkeit für den eigentümlichen Charakter

der Deutschen Treuhand-Gesellschaft sind die §§ 10 und 11 des Statuts.

§ 10 lautet:

»Bei Ausgabe von Obligationen muss der Gegenwert für dieselben in Wertpapieren der nachbezeichneten Gattungen, zum Anschaffungspreise berechnet, sich im Besitz der Gesellschaft befinden, nämlich:

1. Schuldverschreibungen von Staaten, Städten, Kommunen und Kommunalverbänden,

2. durch Hypothek, Faustpfand oder Mortgage gesicherte Schuldverschreibungen von juristischen Personen, Korporationen, Aktiengesellschaften, Kommandit-Gesellschaften auf Aktien, Genossenschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung usw.

3. Aktien von Verkehrs-, Transport- und elektrischen Unternehmungen aller Art, z. B. Eisenbahnen, Hafenanlagen, elektrischen Kraft- und Lichtanlagen, sofern denselben bestimmte Zinsen von Staaten, Städten, Kommunen und Kommunalverbänden oder juristischen Personen gesichert sind.

Zu keiner Zeit sollen jedoch mehr als 25 Proz. des gesamten jeweiligen Grundkapitals in Werten eines Unternehmens angelegt werden.

Auf Grund notleitender Wertpapiere dürfen Obligationen nicht ausgegeben werden.«

§§ 11—15 enthalten noch einige Bestimmungen über das Zahlen-Verhältnis der Obligationen zu den als Gegenwert dienenden Effekten, ferner über Ausgabe und Kündigung von Obligationen.

Wichtig bei diesen Bestimmungen ist vor allem, dass hier deutlich der eigentliche Charakter der Deutschen Treuhand-Gesellschaft zutage tritt, und zwar liegt den in § 10 ad 1 und ad 2 enthaltenen Bestimmungen der Gedanke des Investment Trust zugrunde. Es sollen Wertpapiere zum Zwecke möglichst guter Kapitalanlage gekauft werden. Dagegen ist in § 10 ad 3 eine Tendenz zur Trustgesellschaft nicht zu verkennen. Hier handelt es sich um Finanzierung von Verkehrsinstituten.

Tatsächlich haben die Gründer der Gesellschaft auch das Hauptgewicht auf diese beiden letzten Funktionen gelegt. Das geht aus allem hervor, was über die Anfangszeiten der Gesellschaft öffentlich bekannt geworden ist. Zunächst ist auffällig, dass im Gründungsstatut das Aktienkapital in einer Höhe von

Mk. 20 000 000.— festgesetzt wurde, wovon Mk. 5 000 000.— = 25 Proz. sofort eingezahlt wurden. Im Statut von 1892, § 4, ist dieses Kapital schon auf Mk. 10 000 000.— ermässigt, doch bleibt vorläufig die Einzahlung von Mk. 5 000 000.— bestehen. Dieses Kapital erscheint für eine blossе Treuhand-Gesellschaft die nicht mit einem grossen Geschäftsrisiko, sondern im wesentlichen nur mit Geschäftsspesen zu rechnen hat, viel zu hoch. Dagegen dürfte es für die Zwecke einer Trustgesellschaft angemessen erscheinen, die ja ihrem Wesen nach riskantere Geschäfte treiben und durch geschickte Effektendispositionen das Risiko möglichst auszugleichen hat.

Noch klarer wird jene Tatsache, wenn man die Gründer der Gesellschaft ins Auge fasst¹⁾. Es ist dies hauptsächlich die Deutsche Bank gewesen, verbunden mit dem ihr nahestehenden Privatbankhause Jacob S. H. Stern in Frankfurt a. M. Die massgebenden Persönlichkeiten im Aufsichtsrate der neuen Gesellschaft waren daher auch Dr. Georg von Siemens, damaliger Leiter der Deutschen Bank und Mitglied des Reichstages, Adolf vom Rath, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bank, und Otto Braunfels, Teilhaber der genannten Firma Stern.

Die ersten Direktoren der Deutschen Treuhand-Gesellschaft waren der Reichstagsabgeordnete und frühere Eisenbahndirektor Karl Schrader und Bernhard Dernburg, der bisher Privatsekretär von Siemens gewesen war.

Die ganze Gründung hängt mit den wichtigsten Unternehmungen zusammen, in welche sich die Deutsche Bank zu jener Zeit eingelassen hatte: der gross angelegten Emission von Aktien und Bonds der Nordamerikanischen Eisenbahnen, besonders der Northern Pacific Railway, in welchen Geschäften die Deutsche Bank die leitende Rolle spielte.

In dem Geschäftsbericht der Deutschen Bank über das Jahr 1890 heisst es²⁾: »Mit verschiedenen amerikanischen und Frankfurter Freunden errichteten wir die Deutsch-Amerikanische Treuhandgesellschaft. Dieselbe soll einestheils durch Ausgabe eigener Obligationen für den Absatz guter nordamerikanischer Werte wirken, andernteils ein Concentrationspunkt werden, um welchen sich die europäischen Besitzer amerikanischer Aktien und Bonds gruppieren können, wenn es sich um juristische und finanzielle Ver-

1) »Deutscher Oekonomist« 12. April 1890, S. 209.

2) »Deutscher Oekonomist« 21. März 1891, S. 154.

tretung ihres Besitzes im regelmässigen Geschäft oder in Notlagen handelt.«

Es liegt hier ein interessantes Experiment vor. Die Deutsche Bank, welche sich offenbar nicht zu stark in die nordamerikanischen Geschäfte verwickeln wollte, benutzte die in Deutschland bisher wenig bekannte Form der finanziellen Trustgesellschaft, um ein Tochterinstitut zu gründen, das, ganz von ihr abhängig, ihre amerikanischen Geschäfte weiter betreiben und doch zugleich das eigene Risiko der Bank vermindern sollte.

Da aber schon damals die wirtschaftlichen Verhältnisse der Vereinigten Staaten und besonders diejenigen im Eisenbahnwesen einen bedenklichen Charakter angenommen hatten, wollte man gleichzeitig vorbauen und eine Schutzorganisation, ungefähr nach Art der Corporation of Foreign Bondholders, schaffen. Zu diesem Zwecke sollte der Aufsichtsrat das Recht haben ¹⁾, jährlich zur Prüfung und Begutachtung einschlägiger amerikanischer Verhältnisse ein Spezial-Comité zu ernennen, dessen Mitglieder sämtlich oder zum Teil in den Vereinigten Staaten ihren Wohnsitz haben durften. Zur besonderen Aufgabe dieses Comité's sollte gehören, »hinsichtlich solcher nordamerikanischer Werte oder Immobilien, deren Erwerb in Frage kommt, und in sonstigen die Gesellschaft interessierenden Beziehungen dem Aufsichtsrat und der Direktion beirätig und behilflich zu sein. Ohne Einholung des Votums dieses Spezial-Comité's sollen für gewöhnlich Anlagen in nordamerikanischen Werten nicht vorgenommen werden.« In New York hatte bereits 1890 die Deutsche Treuhand-Gesellschaft ein solches Comité gebildet. Es bestand aus den Herren Henry Villard, Präsident der Northern Pacific Eisenbahn, Karl Schurz, dem früheren Senator und Staatssekretär des Innern der U. S. A. und Mr. Marcus, Direktor der Louisville u. Nashville Eisenbahn-Gesellschaft.

Aus allen diesen Darlegungen dürfte wohl der sehr enge Zusammenhang der Anfänge der Deutschen Treuhand-Gesellschaft mit den amerikanischen Operationen der Deutschen Bank klar genug hervorgehen. Es lässt sich der ganze Vorgang, wie schon erwähnt wurde, nicht anders als ein interessantes Experiment bezeichnen, das wahrscheinlich dem schöpferischen Geiste Georg von Siemens' entsprungen war. Als solches ist diese Gründung

1) »Deutscher Oekonomist« 12. April 1890, S. 209.

anfänglich auch nur als ein Glied in der Kette weitangelegter kapitalistischer Unternehmungen jenes bedeutenden Mannes anzusehen. Man braucht jene Verbindung von spekulativem Geschäft mit gut organisierten Schutzmassregeln nicht als wirtschaftlich bedenklich zu verurteilen. Nur darf man sich nicht verhehlen, dass das eigentliche Treuhandprinzip mit einem derartigen Institut nur sehr geringe Berührungspunkte haben konnte. Tatsächlich war die Treuhändereigenschaft auch als Nebenwerk gedacht worden.

Doch im Laufe der Entwicklung in den nächstfolgenden Jahren ist jenes Experiment nie zur Ausführung gelangt. Die Deutsche Treuhandgesellschaft kam gar nicht dazu, Effekengeschäfte in grossem Stile auszuführen, denn es trat bald nach ihrer Geschäftseröffnung die grosse amerikanische Krise vor allem auf dem Gebiete des Eisenbahnmarktes im Jahre 1893 ein. Schon vorher hatte die Gesellschaft nur sehr vorsichtig operiert. Das beweisen verschiedene kurze dem »Deutschen Oekonomist« entnommene Notizen, z. B. vom 20. Februar 1892, wo der Geschäftsbericht der Deutschen Bank für das Jahr 1891 angeführt wird: »Die Tätigkeit der Deutsch-Amerikanischen Treuhand-Gesellschaft hat sich mit Rücksicht auf die Marktlage auch im Jahre 1891 in bescheidenen Grenzen gehalten.«

Interessant ist auch eine Angabe über die ursprüngliche Anlage des Grundkapitals noch vom 29. November 1890, die von der Gesellschaft selbst zur Abwehr gegen verschiedene gegen ihr Geschäftsgebahren gerichtete Angriffe veröffentlicht wurde. Darin heisst es: »Unser Effekten- und Consortialbesitz besteht aus:

£ 204 000 Northern Pacific 5 Proz. Consolidated Mortgage Bonds,

£ 200 000 Chicago Terminal 5 Proz. First Mortgage Gold Bonds, im Gesamtwert von M. 1429000, worauf wir erheblichen Gewinn erwarten dürfen.« Also waren Ende 1890 noch nicht 30 Proz. des eingezahlten Kapitals und nur 7,1 Proz. des gesamten Aktienkapital derart angelegt.

Charakteristisch für diese Stockung im Hauptgeschäftszweige der Gesellschaft war auch die Herabsetzung der Höhe des Aktienkapitals von 20 Millionen auf 10 Millionen Mark, die nach der Generalversammlung vom 18. November 1892 vorgenommen wurde.

Die weitere Entwicklung der Deutschen Treuhand-Gesellschaft soll in diesem Kapitel nur kurz angedeutet werden. Nach dem

Jahre 1893 scheint die Gesellschaft mehrere Jahre hindurch ein zwar sicheres aber höchst verborgenes Dasein geführt zu haben. Von einer energischen Betätigung des Treuhandgedankens ist nichts zu spüren. Zwar ist sie noch bei der nach 1893 erfolgten Reorganisation der Northern Pacific beteiligt gewesen, doch war sie auch hier nur ein Werkzeug der Deutschen Bank. Noch in dem durch die Generalversammlung vom 25. Januar 1899 abgeänderten Statut von 1900 finden sich jene Bestimmungen über Obligationsausgabe und Effektengeschäfte, welche ursprünglich der Gesellschaft ihren besonderen Charakter verliehen. (Statut § 1, 5 und §§ 9—15.) Gleichzeitig aber wurden 4 Millionen Mark von den eingezahlten 5 Millionen Kapital zurückgezahlt, und das Grundkapital wurde auf M. 1 000 000 festgesetzt. In dem letzten Statut vom 9. Dezember 1901 fehlen jene Bestimmungen ganz. Das Aktienkapital war wieder auf M. 1 500 000 erhöht worden und auch voll eingezahlt.

Seitdem aber hat sich der Charakter der Gesellschaft vollständig geändert. Im Jahre der grossen deutschen Wirtschaftskrise 1901 trat sie zum ersten Male selbständig in grösserem Massstabe auf. Der äussere Anlass bot sich dazu in den damals zu Tage getretenen Missständen im Hypothekenbankwesen. Hier setzte sie unter Dernburgs Leitung mit einer sehr erfolgreichen Sanierungsarbeit ein. Durch diese Tätigkeit war wieder die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf die Deutsche Treuhand-Gesellschaft gelenkt worden. Seitdem entfaltete sie eine energische Propaganda für ihre weiteren Treuhänderfunktionen.

Gleichzeitig entschloss sich die Deutsche Treuhand-Gesellschaft zu einem höchst wichtigen Schritt. Sie nahm nämlich, offenbar angeregt durch ihre erfolgreichen Sanierungen, in ihren Geschäftsbereich eine ganz neue Funktion auf »die Uebernahme dauernder oder vorübergehender Ueberwachungs- und Revisionsfunktionen, insbesondere auch von Bilanzprüfungen, Abrechnungen und ähnlichen Tätigkeiten«. Es war ein völliges Novum in der bisherigen Geschichte des Treuhandwesens und es scheint ein glücklicher Griff gewesen zu sein. Denn die Deutsche Treuhand-Gesellschaft legt seit den letzten Jahren ganz augenscheinlich den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf diese Funktion. Seitdem hat sie auch Nachfolger in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz gefunden, in Gestalt ähnlicher Gründungen, die ebenfalls fast sämtlich ihre

Hauptaufgabe in der Revisionstätigkeit sehen. Von ihnen wird noch weiterhin die Rede sein.

Geschäftlich ist die Deutsche Treuhand-Gesellschaft von Erfolg begleitet gewesen, das beweisen die Dividenden, die sie verteilt hat. Diese betrugen nach den Geschäftsberichten:

für die Jahre 1897 bis 1899: 10 Proz.

1900 bis 1907: 15 Proz.

In demselben Zeitraum (1897—1906) wurde der Reservefond von M. 58909,17 (= 5,9 Proz. vom Aktienkapital) auf M. 1 500 000 (= 100 Proz. vom Aktienkapital) erhöht.

An sich erleichterte ja schon das verhältnismässig geringe Aktienkapital eine gute Verzinsung. Dazu kommt aber noch der Umstand, dass die Deutsche Treuhand-Gesellschaft gewisse Geschäftszweige spekulativen Charakters weitergepflegt hat. Lehrreich hierfür ist folgende Tabelle, nach den Gewinn- und Verlust-Konten aufgestellt:

Jahr	Gewinn auf Provisionskonto M.	Gewinn auf Effekten- und Konsortial- geschäfte, auf Zinsen- und Devisenkonto M.
1897	56 381.05	92 390.58
1898	55 996.10	134 727.33
1899	84 253.05	503 518.34
1900	49 895.95	174 412.33
1901	79 714.11	237 863.65
1902	215 684.45	240 659.95
1903	273 731.35	211 238.20
1904	175 447.25	312 026.04
1905	149 944.90	346 879.46
1906	203 645.93	204 539.73

Danach ist der Gewinn aus Provisionen, der eigentlich bei einem Treuhandunternehmen besonders hervortreten müsste, noch bis in die letzte Zeit von dem Gewinn aus Effekten- und Konsortialgeschäften usw. — also Geschäften mehr spekulativen Charakters — bei weitem übertroffen worden.

II. Die Funktionen der Deutschen Treuhandgesellschaft und deren wirtschaftliche Bedeutung.

Im Folgenden soll der Geschäftskreis der Treuhandgesellschaften systematisch dargestellt werden, soweit er die Treuhand und Revision umfasst. Zu Grunde gelegt werden dabei die Erfahrungen der Deutschen Treuhandgesellschaft, einmal weil sie das älteste aller ähnlichen in Deutschland bestehenden Institute ist, andererseits, weil ihr Geschäftsbereich der umfassendste ist.

Die anderen deutschen Treuhandgesellschaften werden in ihren Besonderheiten im nächsten Kapitel behandelt werden.

Das Statut der Deutschen Treuhandgesellschaft vom 9. Dezember 1901 gibt als Geschäfte, die von der Gesellschaft betrieben werden dürfen, in § 2 folgende an:

»1. die Uebernahme des Amtes als Pfandhalter oder Treuhänder (Trustee);

2. die Ausstellung, Mitausstellung oder Gegenzeichnung von Zertifikaten oder Quittungen an Stelle hinterlegter Wertpapiere;

3. die Vertretung inländischer und ausländischer Gesellschaften zum Zweck von Aktien-Registrierungen und zur Vornahme von Aktien-Umschreibungen;

4. die Vertretung der Besitzer in- und ausländischer Wertpapiere; insbesondere die Uebernahme von Vertretungen im Sinne des Reichsgesetzes vom 4. April 1899, betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen, sowie des Bürgerlichen Gesetzbuches § 1189; ferner die Errichtung von Schutzvereinigungen, die Beteiligung an solchen und die Uebernahme von deren Sekretariatsgeschäften;

5. die Uebernahme dauernder oder vorübergehender Ueberwachungs- und Revisions-Funktionen, insbesondere auch von Bilanzprüfungen, Abrechnungen und ähnlichen Tätigkeiten;

6. die Uebernahme der Reorganisation von Gesellschaften und verwandten Transaktionen;

7. die Uebernahme des Amtes als Testamentsvollstrecker, von Vermögensverwaltungen auf Grund testamentarischer oder anderer Bestimmungen und Verträge, sowie die Ausübung antichretischer und antichrese-ähnlicher Verwaltungen;

8. die Uebernahme der Funktion als Fiskal-Agent für fremde Staaten, Gesellschaften und Korporationen.«

Punkt 9 gestattet der Gesellschaft ausserdem noch Bankgeschäfte aller Art mit Ausnahme der Acceptierung von Wechseln und die Gewährung von Blanco-Krediten.

Für die Zwecke der vorliegenden Arbeit ist das angeführte Schema der Gesellschaftsstatuten nicht brauchbar, es sollen die Funktionen vielmehr folgendermassen gegliedert werden:

1. Treuhändertätigkeit.

2. Pfandhalterschaft und Schutzvereinigung.

3. Revision.

**I. Treuhändertätigkeit. Vermögensverwaltung
und Testamentsvollstreckung durch die
Treuhandgesellschaft.**

Diese mehr familien- und erbrechtliche Funktion der Treuhandgesellschaften ist zwar keineswegs ihre wichtigste in Deutschland, doch bildet sie gleichsam die Wurzel aller Treuhänderschaft, den geeigneten Ausgangspunkt für eine systematische Betrachtung.

Dass die Vermögensverwaltung und Testamentsvollstreckung durch besondere Organe, wie sie die Trustees in England und die Trust-Companies in Amerika darstellen, in Deutschland bisher nicht in grossem Umfange stattfinden konnte, dürfte leicht zu erklären sein.

Die Rechtsentwicklung ist in Deutschland eine ganz andere gewesen als die englische und die amerikanische. In diesen Ländern hat sich der rein familienrechtliche Trustee ungestört entwickeln und spezialisieren können, zu einem auch im nationalen Wirtschaftsleben höchst bedeutsamen Faktor.

Dazu kommt noch die ganze Eigentümlichkeit eines lang bestehenden Gewohnheitsrechts, das naturgemäss eine solche Institution viel unbeschränkter sich selbst überlässt als ein kodifiziertes Recht. In Kapitel I ist dargelegt worden, wie allgemein sogar noch das englische Law of Trustees, das gewissermassen eine Kodifizierung dieses Rechtszweiges bildet, gehalten ist, wie gross seine Lücken sind.

In Deutschland dagegen hat — wenigstens in einem grossen Teile des Reichsgebietes — lange das römische Recht geherrscht und die verschiedenen Partikularrechte, die in einzelnen Staaten vor Einführung des B. G. B. galten, wesentlich beeinflusst. Das römische Recht kennt aber den Treuhänder so gut wie gar nicht. An dessen Stelle traten in Deutschland einzelne, durch Gesetz und Rechtsprechung sehr genau bestimmte Organe, der Vormund, wenn es sich um Vermögensverwaltung zu Gunsten Unmündiger handelte, unter Aufsicht des Obervormundschaftsgerichtes. Der Fall, dass wie in England neben dem Guardian, dem Vormund, noch ein besonderer Trustee für die Vermögensverwaltung bestellt wird, dürfte bisher in Deutschland nur höchst selten vorgekommen sein. Dasselbe gilt für die Testamentsvollstreckung.

Wo es sich aber um die Vermögensverwaltung zu Gunsten

mündiger, aber durch technische Unkenntnis dazu unfähiger Personen handelt, ist diese Arbeit in Deutschland bisher zum grossen Teile von Rechtsanwälten und Notaren besorgt worden. Es sei hier nur erinnert an die in Leipzig ausserordentlich verbreitete Gewohnheit, Grundstücke, besonders Mietshäuser, durch Rechtsanwälte verwalten zu lassen.

Ausserdem haben in grossem Massstabe Banken und besonders Privatbankiers solche Vermögensverwaltungen bisher in Händen gehabt, wenn das Vermögen hauptsächlich in Wertpapieren angelegt war.

Hier dürfte nun die geeignete Stelle sein, wo die deutschen Treuhandgesellschaften in diesem Geschäftszweig mit Erfolg einsetzen könnten. Einerseits wird durch das moderne kapitalistische Wirtschaftsleben mit seinen zahlreichen Komplikationen und Verwickelungen für eine grosse Anzahl von Privatpersonen, besonders solche, die auf ihr Renteneinkommen ganz oder teilweise angewiesen sind, eine selbständige Vermögensverwaltung immer schwieriger.

Andererseits sind aus unserer heutigen Volkswirtschaft viele Organe verschwunden, die früher dieses Bedürfnis befriedigten, die Privatbankiers und die kleineren Provinzbanken¹⁾. Gerade der Privatbankier war in vielen Fällen bisher der gegebene Vermögensverwalter seiner Kunden oder Depositengläubiger, wenn auch vielleicht weniger als Treuhänder, als vielmehr als deren Berater. Was besonders wichtig für solche Verbindungen ist, ihn verband ein vielleicht seit Jahrzehnten bestehendes Vertrauensverhältnis mit dem Einzelnen. Nun ist infolge der im letzten Jahrzehnt eingetretenen Konzentration auf dem Gebiete des Bankwesens ein grosser Teil der bisher bestehenden Privatbankhäuser von den deutschen Gross- und Mittelbanken durch Fusion oder Interessengemeinschaft aufgenommen worden. In dem ganzen Geschäftscharakter und der Organisation dieser grossen Institute liegt es begründet, dass sich jene engen persönlichen Beziehungen, wie sie zwischen den vormaligen Privatbankiers und deren Kundschaft bestanden, immer mehr lockern. Daran haben die zahlreichen Filialen und Depositenkassen der Grossbanken bisher wenig geändert.

Diese Lücke können die Treuhandgesellschaften sehr vorteil-

1) *Riesser* »Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Grossbanken«. 2. Aufl. Jena 1906. S. 296.

haft ausfüllen, wenn sie für diesen Geschäftszweig eine leistungsfähige Organisation schaffen. Als Vorbild könnte hier das Individual Trust Department der amerikanischen Trust Companies dienen. Natürlich sind die besonderen deutschen Verhältnisse zu berücksichtigen. Vor allem müsste hier, da bei Vermögensverwaltungen viele juristische Fragen zu lösen sind, für eine gute juristische Vertretung gesorgt werden.

Tatsächlich scheint die Deutsche Treuhandgesellschaft in neuerer Zeit nach dieser Richtung hinzuarbeiten. Vorerst hat sie allerdings auf dem Gebiete der Vermögensverwaltung noch keine grossen Fortschritte gemacht. Das beweisen ihre Geschäftsberichte, sowohl durch die kurzen Hinweise auf diesen Teil der Tätigkeit als auch durch diesbezügliches beredtes Schweigen. Noch in dem Geschäftsbericht von 1904 heisst es: »Von unserer statutarisch vorgesehenen Befugnis des Amtes als Testamentsvollstrecker und von Vermögensverwaltungen auf Grund testamentarischer Bestimmungen ist bisher nur vereinzelt Gebrauch gemacht worden.«

Interessant ist das mehrfache Eingreifen der Treuhand-Gesellschaft bei Liquidation von Unternehmen. (Nicht zwangsweise oder im Wege des Bankrotts.) Im Jahre 1905 z. B. wurde durch die Vermittlung der Gesellschaft den Aktionären einer liquidierten Gesellschaft schon während des Sperrjahres die eigene nutzbringende Verwendung der verfügbaren Mittel ermöglicht. Ein ähnlicher Fall trat 1907 ein bei der Liquidation des Bankhauses Friedländer u. Pollack in Berlin. Hier trat die Deutsche Treuhandgesellschaft als Treuhänder der gesamten Gläubiger auf. Nach ihrer Angabe übernahm sie die Liquidation, um, wenn möglich, das kostspielige Konkursverfahren zu vermeiden. Dabei waren Geschäfte stark spekulativen Charakters abzuwickeln. Auch bei Grundstückgeschäften hat die Gesellschaft bereits fiduziarische Dienste geleistet; u. a. wurde Grundbesitz auf ihren Namen eingetragen.

Man sieht, einzelne Ansätze sind da, aber von einer erheblichen Tätigkeit auf diesem Gebiete kann man noch nicht reden. Charakteristisch dafür ist, dass die Deutsche Treuhandgesellschaft niemals zahlenmässige Angaben über die ihr zur Verwaltung oder Liquidation übergebenen Vermögen weder nach deren Umfang noch Zahl veröffentlicht hat.

Mittels persönlicher Anfrage konnte der Verfasser nur er-

fahren, dass die Mehrzahl der Personen, welche ihre Dienste auf diesem Gebiet in Anspruch genommen haben, »vorwiegend männlichen Geschlechts waren und in reifem oder vorgerücktem Alter standen«. Also sind Vermögensverwaltungen zu Gunsten Unmündiger oder Frauen bisher sehr selten gewesen.

Was die Organisation dieses Geschäftszweiges der Gesellschaft anlangt, so lässt sich vorläufig nur sagen, dass Fragen allgemein kaufmännischer und juristischer Art in der Regel von den betreffenden kaufmännischen und juristischen Mitgliedern der Direktion und des Beamtenstabes erledigt werden. In besonderen Fällen behält sich die Gesellschaft vor, juristischen Beirat oder technische Sachverständige herbeizuziehen.

Ueber die Grundsätze, welche die Deutsche Treuhandgesellschaft bei Festsetzung ihrer Provision zu befolgen pflegt, war zu erfahren, dass die Gesellschaft ihre Gebühren bei Vermögensverwaltungen und Erbschaften von Fall zu Fall ansetzt, je nach der Kompliziertheit der Verwaltungen und der von ihr beobachteten Vorschriften.

Dieses Verfahren steht im Gegensatz zu dem der amerikanischen Trust Companies. Diese berechnen z. B. bei Testamentsvollstreckungen im allgemeinen 1 Proz. vom Vermögen und 3—5 Proz. von dem Ertrage, welches dasselbe abwirft. Für Amerika bedeutete dies eine Erleichterung gegenüber früheren Gepflogenheiten, da hier 2 und oft 3 zu Trustees bestellte Personen, jede einzeln für sich, ähnliche Gebühren beanspruchen konnten.

Für Deutschland, bemerkt die Deutsche Treuhand-Gesellschaft ausdrücklich, war dieses Verfahren nicht anwendbar, »da man hier nur ungern die von den amerikanischen Gesellschaften berechneten Sätze zugeben will«.

Als Grund für die bisherige geringe Benutzung des Treuhänderinstitutes in Deutschland führt die Deutsche Treuhand-Gesellschaft allgemein die Unkenntnis des grossen Publikums in diesen Dingen an. Erinnert man sich der erwähnten Gründe juristischer Art, die für die geringe Entwicklung des deutschen Treuhandwesens geltend gemacht wurden, dann erscheint dieser Umstand nicht überraschend. Wenn auch auf den meisten Gebieten nationalen Lebens Rechtsinstitutionen der Niederschlag sozialer und wirtschaftlicher Vorgänge zu sein pflegen, so erscheint hier einmal der Vorgang umgekehrt. Infolge des Fehlens oder des Zurücktretens einer Rechtsinstitution, hat sich auch ein wirtschaft-

liches Organ nicht recht entwickeln können.

Wirksame Mittel, dieser allgemeinen Unkenntnis zu steuern, sind von der Treuhandgesellschaft bisher nicht angewandt worden. Zwar weist sie in ihren Geschäftsberichten auf die bekannten Vorteile dieser Funktion hin, — grössere Gewähr für Ehrlichkeit, Fähigkeit, beständige Dauer, — aber es geschieht dies längst nicht mit der eindrucksvollen Reklame der amerikanischen Trust Companies. Wenn die Deutsche Treuhandgesellschaft unter Vermeidung von Geschmacklosigkeiten amerikanischer Art mehr für ihre Treuhandabteilung Propaganda machen würde, dürfte sich wohl ihr Geschäftskreis in dieser Richtung bald ausdehnen.

Offenbar aber legt man das Hauptgewicht gegenwärtig auf die Revisionstätigkeit, wohl mit der Absicht, von hier aus später auch die alten Treuhand-Aufgaben stärker zur Anwendung zu bringen. Denn durch gute Revisionen und Reorganisationen, bei denen die Erfolge der breiten Öffentlichkeit vielleicht stärker ins Auge fallen, können die Treuhandgesellschaften ihre einmal gewonnenen Kunden leichter zur Uebergabe derartiger Aufgaben veranlassen als durch ihre bisher ausgeübten Verwaltungen. Wird einmal dieser Geschäftszweig zu grösserer Blüte gelangen, so werden auch die organisatorischen Probleme sich geltend machen.

Vor allem dürfte dann der Zeitpunkt gekommen sein, wo die Abteilung der Deutschen Treuhandgesellschaft, welche die Geschäfte mehr spekulativen Charakters zu betreiben hat, schärfer von der eigentlichen Treuhand-Abteilung getrennt werden muss, als dies jetzt der Fall zu sein scheint.

In Bezug auf diesen Punkt hat *Georg Bernhard* einige interessante Bemerkungen gemacht. In einer kurzen Besprechung des Geschäftsberichtes der Deutschen Treuhandgesellschaft für 1905 kommt er auch auf die Spekulationsgeschäfte der Gesellschaft zu sprechen und schreibt ¹⁾:

»Die Bilanz der Deutschen Treuhandgesellschaft weist, wie in jedem Jahre, so auch diesmal einen Bestand an eigenen Effekten und Konsortialeinzahlungen von fast 3 Millionen Mark auf. Dieser Bestand ist grösser als ihr Aktienkapital und ihre Reserven zusammen und bringt ein Erträgnis, das den Gesamtgewinn auf Provisionen und Zinsen beinahe übersteigt. So erfreulich

1) »Plutus«, 24. März 1906, S. 220—221.

dieses Engagement und sein Erträgnis für die Aktionäre des Institutes sonst sein mag, es fragt sich doch, ob man nunmehr nicht daran gehen sollte, die Zwittergestalt, die die Deutsche Treuhandgesellschaft mit der Zeit angenommen hat, zu ändern. Man muss sich daran erinnern, dass die Gesellschaft seinerzeit von der Deutschen Bank gegründet war, um ihr wirksame Unterstützung bei der Durchführung der Northern Reorganisation zu leisten. Sie wurde dadurch in kleinem Umfange eine Finanz-Trustgesellschaft. Als man nun später, nachdem die Gesellschaft jahrelang ein Scheindasein geführt hatte, sie unter der Flagge der Revisionen und der Vermögensverwaltungen zu neuem Leben erweckte, da musste die neue Geschäftstätigkeit in den alten Rahmen hineingepresst werden und daraus folgte, dass sie auf der einen Seite Geschäfte für eigene Rechnung macht, auf der anderen Seite für sich das unbedingte Vertrauen als unparteiische Sachwalterin in Anspruch nimmt. Insoweit es sich bei dieser Art von Tätigkeit lediglich um die Vornahme von Revisionen handelt, spielt das, was die Gesellschaft sonst treibt, nicht die geringste Rolle. Denn solange die Gesellschaften nicht für Revisionen zivilrechtlich haften, spielen ihr Aktienkapital und ihre Reserven für ihre Klientele gar keine Rolle.

Etwas anderes aber ist es mit der Vermögensverwaltung. Die Treuhandgesellschaft weist selbst darauf hin, welche grosse Bedeutung die Treuhandgesellschaften für die Uebernahme von Testamentsvollstreckungen haben. Diese Bedeutung liegt doch wohl hauptsächlich in zwei Punkten. Zunächst kommt hier das Kapital der Gesellschaften in Betracht. Denn natürlich können die Unternehmungen für Versehen bei diesen Verwaltungen juristisch in Anspruch genommen werden. Deshalb ist es unbedingt nötig, dass ein ganz erheblicher Teil des Kapitals in greifbaren Werten angelegt wird. Es kommt nicht einmal so sehr darauf an, dass diese Werte sofort realisierbar sind, als vielmehr darauf, dass sie sicher sind. Freilich ist es eine Frage, ob mit solchen Kapitalsanlagen eine 15prozentige Dividende zu erzielen ist. Aber was hindert denn z. B. eine Gesellschaft wie die Deutsche Treuhandgesellschaft, die 1 1/2 Millionen Reserven hat, ihr Aktienkapital zurückzuzahlen und eventuell Genussscheine auszugeben.

Noch wichtiger scheint mir die Enthaltung von Spekulations-

geschäften, wenn man sich denjenigen Vorteil vor Augen hält, der das Publikum wesentlich beeinflusst, einer Aktiengesellschaft die Testamentsvollstreckung zu übertragen. Sehr oft entstehen bei der Testamentsvollstreckung dadurch Schwierigkeiten, dass eine Person, die manchmal vor langen Jahren schon von dem Erblasser mit diesem Posten betraut worden, bei der Testamentsöffnung nicht mehr lebt. Diese Gefahr liegt in der Regel bei der juristischen Person nicht vor. Aber sie rückt natürlich in dem Masse näher, wie die genannte juristische Person sich an spekulativen Unternehmungen beteiligt und damit unter Umständen ihre Existenz gefährdet. Ich kenne die Engagements der Treuhandgesellschaft nicht, bin also auch nicht in der Lage zu beurteilen, ob sie solider oder riskanter Natur sind. Aber auf alle Fälle glaube ich, dass es für die Entwicklung der Treuhandgesellschaft nicht förderlich sein kann, derartige Erwägungen im Publikum überhaupt entstehen zu lassen.«

Diesen Ausführungen dürfte im Prinzip durchaus zuzustimmen sein. Sicherlich sollte das spekulative Element bei einer Treuhandgesellschaft möglichst zurückgedrängt werden. Ob es nötig ist, dasselbe ganz zu beseitigen, ist eine andere Frage.

Es lassen sich auch einige Gründe zur Verteidigung dieser Gepflogenheit der Deutschen Treuhandgesellschaft anführen.

Betrachtet man das Verhältnis der einzelnen Hauptposten der Aktiva der Gesellschaft zur Gesamtsumme derselben, so erhält man folgendes Bild:

Jahr	Gesamte Aktiva M.	Eigene Effekten M.	Beteiligung an Konsortialg. M.	Kasse und Bankguthaben = % aller Aktiva M.
1897	1 192 491.45	766 466.40	172 657.—	235 258.22 = 19,7
1898	1 212 530.58	721 201.10	120 162.—	133 828.21 = 11,0
1899	1 643 078.98	1 089 122.25	451 495.92	81 401.03 = 4,9
1900	1 694 956.15	738 378.75	480 142.03	466 371.83 = 27,5
1901	3 082 755.85	1 714 416.31	8 916.21	1 322 288.55 = 42,9
1902	3 099 031.03	2 463 112.09	118 852.61	489 540.61 = 15,8
1903	3 089 085.42	1 951 582.16	689 890.31	409 387.91 = 13,3
1904	3 233 831.71	2 510 199.91	78 076.96	615 954.68 = 19,1
1905	3 644 145.13	2 916 238.74		613 504.39 = 16,8
1906	3 646 485.79	2 683 808.29		883 376.01 = 24,2

Aus diesen Ziffern lässt sich allerdings deutlich der spekulative Charakter der Deutschen Treuhandgesellschaft erkennen. Besonders auffällig ist das starke Schwanken in den Ziffern der Konsortialbeteiligung. Worin dieselben bestanden haben, ist aus

den dem Verfasser allein vorliegenden Geschäftsberichten und Bilanzen nicht zu entnehmen.

Dem gegenüber steht allerdings ein im Verhältnis zu den anderen Aktiven recht niedriger Bestand an Kasse und Bankguthaben.

Nun sind aber ausserdem noch die Effekten vorhanden, und zwar in recht beträchtlicher Höhe. Ihr Prozentualverhältnis zu den Gesamtktiven war folgendes:

1897	63,0 %	1901	56,5 %	1905	79,8 %	} Effekten- und Kon-
1898	60,0 "	1902	79,5 "	1906	73,5 "	
1899	66,1 "	1903	63,0 "			
1900	43,5 "	1904	77,6 "			

Die Geschäftsberichte der Gesellschaft enthalten stets bei dem Posten Effekten die Bemerkung, dass ein erheblicher Betrag derselben in deutschen Staatspapieren und Pfandbriefen angelegt sei. Von den anderen Effekten heisst es, dass der Bestand 1901: 11, 1902: 25, 1903: 28, 1904: 41, 1905: 44 und 1906: 42 verschiedene Gattungen von Aktien, Obligationen und anderen Wertpapieren aufwies. Es ist kaum anzunehmen, dass diese letztere Art von Effekten der Deutschen Treuhandgesellschaft, die bisher sehr vorsichtig geleitet worden ist, nichts als unsichere Spekulationspapiere seien, die in dem von *Bernhard* aufgestellten Falle überhaupt nicht zu realisieren wären.

Man dürfte wohl nicht zu weit gehen, wenn man annimmt, dass $\frac{1}{3}$ aller Effekten der Gesellschaft sichere Werte sind. Dann gestaltet sich das Verhältnis zwischen Gesamtktiven und greifbaren Werten wesentlich anders:

1897	40,7 %	1901	61,7 %	1905	43,4 %
1898	31,0 "	1902	42,3 "	1906	48,7 "
1899	26,9 "	1903	34,3 "		
1900	42,0 "	1904	41,6 "		

Die Gesellschaft durfte bei einer sehr schwierigen Verwaltung nach den Voraussetzungen *Bernhards*, wo es sich womöglich um grosse Summen handelt, kaum so unvorsichtig oder mit solcher Unkenntnis vorgehen, dass sie in die Lage käme, zivilrechtlich haftbar gemacht zu werden. Die bisherige Erfahrung bietet wenigstens kein Beispiel für solche Annahme. Für solche schwierige Fälle hat sie ja besonderen juristischen und technischen Beirat.

Sollte aber wirklich einmal ein solcher Fall eintreten, so sind dennoch fürs erste genügend flüssige Mittel vorhanden, um schon recht weitgehende Ansprüche zu befriedigen. Wenn aber ein

ungewöhnlich schwerer Verlust durch Fahrlässigkeit der Deutschen Treuhandgesellschaft eintreten sollte, so dürften auch die gesamten Aktiva von 1906 in Höhe von rund 3,6 Millionen Mark unter Umständen nicht ausreichen, um diesen Verlust zu decken.

Wenn ferner das Publikum sich durch die Erwägung bestimmen liesse deswegen, weil die Gesellschaft auch spekulative Geschäfte betreibt, ihr geringeres Vertrauen zu schenken, so dürfte wohl eine Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse vorliegen. Ein Individualtreuhänder, wie ein Rechtsanwalt, der ein grosses Vermögen zu verwalten hat, ist doch viel leichter und ungestörter in der Lage zu spekulieren, als eine Aktiengesellschaft, die der öffentlichen Kontrolle unterworfen ist.

Gerade bei den amerikanischen Trust Companies ist ja im II. Kapitel nachgewiesen worden, dass sie neben ihrem Treuhandgeschäft in weitestem Masse Bank- und Spekulationsgeschäfte betreiben dürfen und dies auch tun, viel mehr als die Deutsche Treuhandgesellschaft. Wenn dies auch sicherlich von einem anderen Standpunkt aus zu Bedenken Anlass gibt, so ist doch niemals durch solche Geschäftsgebarung ihr Trustee-Geschäft weder moralisch noch tatsächlich erschüttert worden. Das Individual Trust Department der im Jahre 1907 vorübergehend geschlossenen Knickerbocker Trust Co. in New York hat ruhig weiterbestanden, auch während der Zeit, als die Schalter der Bankabteilung geschlossen waren. Es kommt einmal darauf an, dass das Treuhandgeschäft selbst streng vom Spekulationsgeschäft getrennt bleibt, und dass diejenigen leitenden Persönlichkeiten, welche die Vermögensverwaltungen in Händen haben, als solche allgemein Vertrauen verdienen.

Im übrigen wird eine Ausdehnung des eigentlichen Treuhandgeschäftes der Deutschen Treuhandgesellschaft auch allmählich eine immer weitere Verdrängung spekulativer Geschäfte aus ihrem Bereiche mit sich bringen. Denn wenn es ihr gelingt, durch vermehrte Provisionen den Gewinn aus diesen zu erhöhen, dürfte sich auch ihr Interesse an derartigen Geschäften vermindern. Schon die Berichte der letzten Jahre zeigen ein Wachsen des Provisionsgewinnes gegenüber dem Effekten- und Konsortialgewinn.

2. Schutzvereinigung, Pfandhalterschaft und verwandte Funktionen.

Es fallen unter diese Kategorie eine grosse Anzahl sehr wichtiger Funktionen, die im Statut der Deutschen Treuhandgesellschaft in § 2 aufgezählt sind. Sie alle sind dem Treuhandprinzip entsprossen oder nahe verwandt. Dass die Schutzvereinigung weiter nichts als eine Art partieller Treuhandgesellschaft darstellt, ist ja schon im III. Kapitel nachgewiesen worden. Das allen diesen Funktionen gemeinsame Kriterium ist hier, dass eine Treuhandtätigkeit im Interesse von Gläubigern ausgeübt wird.

Die Funktionen stehen zu einander in Wechselbeziehungen, sodass es unmöglich ist, sie systematisch scharf von einander zu sondern. Das einzige brauchbare Unterscheidungsmerkmal besteht darin, dass einmal der Schutz gegenüber ausländischen, das andere Mal gegenüber inländischen Schuldnern in Wirksamkeit tritt. Diese zunächst etwas äusserlich erscheinende Gliederung hat ihre Begründung darin, dass in vielen Fällen die besonderen Umstände der Schutztätigkeit Einrichtungen erzeugen, die stark von einander abweichen. Es soll hier die Schutzfunktion zu Gunsten der Inhaber ausländischer Werte kurzweg als fremdländischer Schutz und die andere Funktion als inländischer Schutz bezeichnet werden. Eine weitere systematische Gliederung ist bei dem Ineingreifen der Funktionen nicht möglich. Es soll daher in diesem Falle chronologisch vorgegangen und bei jeder einzelnen Funktion deren Wesen und Bedeutung erläutert werden.

A. Der fremdländische Schutz.

Diese Hauptfunktion betätigte sich sehr bald nach der Gründung, in Verbindung mit den hier nur kurz zu skizzierenden Ereignissen in den Vereinigten Staaten. Es war bekanntlich eine Zeit heftiger Gahrung im amerikanischen Wirtschaftsleben. Die damals drohende Einführung der Silberwährung hatte alle Geschäftsverhältnisse schwer erschüttert. Besonders hart getroffen wurden die amerikanischen Eisenbahnen, die zu jener Zeit einen sehr grossen Kapitalbedarf hatten, zu dessen Befriedigung in grossem Masse deutsche Gelder herangezogen wurden.

In einem Zeitraum von 5 Jahren gelangten von 1886 bis 1891 amerikanische Bahnwerte in einer Höhe von fast 150 Millionen Dollar Nominal (= rund M. 600,000,000) in Deutschland zur Emission. (Ein Vergleich der Emissionskurse mit dem Kurs gegen

Ende des Jahres 1892 zeigt einen Minderwert von nicht weniger als 52 Millionen Mark.)

An dieser Krise hat die Deutsche Treuhandgesellschaft für ihre Schutzfunktionen ihre Erfahrungen gemacht.

An dem Reorganisationswerk, das nach 1893 hauptsächlich von der Deutschen Bank an der Northern Pacific vorgenommen wurde, hat sie beträchtlichen Anteil gehabt. Die Abwicklung der damit verbundenen Geschäfte dauerte bis 1897.

Die nächsten Jahre gaben der Deutschen Treuhandgesellschaft mehrfach Gelegenheit, ihre junge Organisation als Geschäftsführer von Schutzvereinigungen zu erproben.

Im Jahre 1898 war sie in dieser Eigenschaft beteiligt an der Sanierung der schon im III. Kapitel erwähnten äusseren Schuld der argentinischen Provinz Buenos Ayres, der sogenannten Cedula-Schuld im Interesse der deutschen Gläubiger, die mit über 38 Millionen \$ Kapital in der von Georg von Siemens (gleichzeitig Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Treuhandgesellschaft) geleiteten Schutzvereinigung vertreten waren.

Es war damals Siemens — eine diplomatische Intervention war in diesem Falle nicht möglich gewesen — nach langen und schwierigen Verhandlungen gelungen, mit der Provinzialregierung von Buenos Ayres einen Vertrag zu schliessen, der unter den vorhandenen Umständen die grösstmöglichen Vorteile für die deutschen Gläubiger brachte. Diese nahmen den Vertrag einstimmig an. Die Deutsche Treuhandgesellschaft empfing für ihre Tätigkeit eine ausserordentliche Provision.

In demselben Jahre erhielt die Gesellschaft die Besorgung der Sekretariatsgeschäfte für die Schutzvereinigung der Besitzer der Obligationen der in Bedrängnis geratenen Società Generale Immobiliare in Rom. Die Rekonstruktion des Unternehmens gelang.

Diese Erfolge der Gesellschaft lenkten die öffentliche Aufmerksamkeit stärker auf sie. Der Geschäftsbericht für 1899 enthält folgende Bemerkungen: »Der den Schutzvereinigungen zu Grunde liegende Gedanke hat insofern einen erfreulichen Fortschritt gemacht, als die früheren in Berlin errichteten Veranstaltungen dieser Art — bei den meisten wirkte die Deutsche Treuhandgesellschaft mit — lediglich den Schutz bereits notleidend gewordenen Interessen zum Gegenstand hatten, während die beiden neuen Schutzvereinigungen errichtet wurden, als eine Gefährdung

des deutschen in den betreffenden Werten angelegten Kapitals noch nicht zu besorgen war. Wir haben keinen Zweifel, dass auch diese Schutzvereinigungen vor wichtigen Aufgaben stehen, und dass sie die richtige Form sind, derselben Herr zu werden.«

Die beiden neuen Schutzvereinigungen, deren Geschäftsführung die Gesellschaft erhielt, waren

1. Die »Schutzvereinigung der Besitzer von Aktien und Debentures von Goldminen und anderen industriellen Unternehmungen am Witwatersrand« (s. Kap. III. S. 85/86.)

2. Die »Schutzvereinigung der deutschen Besitzer spanischer Staatspapiere«.

Es liegt also hier ein Versuch vor, eine Art deutschen Council of Foreign Bondholders zu gründen.

Die Erwartung der Deutschen Treuhandgesellschaft, dass diese Vereinigungen bald Gelegenheit haben würden, handelnd einzugreifen, ging auch in Erfüllung.

In den südafrikanischen Minenwerten trat bekanntlich bald nach dem Transvaalkriege eine starke Depression ein. Hier scheint nun die Deutsche Treuhandgesellschaft weniger vom Glück begünstigt gewesen zu sein. Ihre Geschäftsberichte sind in Bezug auf diesen Punkt ausserordentlich schweigsam. Mit der trockenen Bemerkung: »Die Schutzvereinigung der Besitzer von Aktien und Debentures etc. ist im Berichtsjahr zur Auflösung gelangt, nachdem angesichts der Entwicklung, welche die südafrikanischen Verhältnisse angenommen haben, Gründe für deren Weiterbestehen nicht vorhanden waren,« wird diese Schutzvereinigung zu Grabe getragen.

Für die andere Schutzvereinigung, die Vertretung spanischer Staatsgläubiger, wurde im Juli 1900 in Verbindung mit den in anderen Ländern zu dem gleichen Zweck bestehenden Vereinigungen eine Konvention mit Spanien vorbereitet, welche die Angelegenheiten der damals schwebenden Zinsreduktion der äusseren Schuld Spaniens regeln sollte. Diese Konvention kam jedoch nicht zum Abschluss, da sie vom spanischen Senat verworfen wurde. Trotzdem wurde die Schutzvereinigung nicht aufgelöst. Man hat aber seitdem wenig von ihr gehört.

Die letzte grössere Aktion der Deutschen Treuhandgesellschaft auf dem Gebiete des äusseren Schutzes bestand in der Führung der Geschäfte der 1902 entstandenen »Vereinigung

der Deutschen Besitzer Türkischer Staatspapiere¹⁾. Den Anlass gab das damals schwebende Projekt der Unifikation der Türkischen Konsolidierten Schuld. An dieser Vereinigung waren eine Anzahl der wichtigsten deutschen Banken und Bankhäuser beteiligt, mit einem angemeldeten Interessentenkapital von insgesamt 120,000,000 M. nominal. Hier wurde der Erfolg erzielt, dass am 14. September 1903 die türkische Regierung ein sogen. Zusatz-Dekret zu dem Muharrem-Dekret erliess, das die Unifikation im wesentlichen nach den Wünschen der deutschen Interessenten regelte.

Wenn man dieses Gebiet der Tätigkeit der Deutschen Treuhandgesellschaft überblickt, so kann man wohl erkennen, dass hier ganz verheissungsvolle Ansätze zu einer Entwicklung vorhanden sind. Im ganzen aber spielen diese für die deutsche Volkswirtschaft so wichtigen Dinge in dem Gefüge der Deutschen Treuhandgesellschaft noch eine sekundäre Rolle. Es dürfte dies weniger ihre Schuld sein, vielmehr muss man es ausserhalb der Grenzen ihres Wirkungskreises liegenden Umständen allgemein wirtschaftlicher und politischer Natur zuschreiben.

Vielleicht dürfte zu erwägen sein, ob nicht diese Abteilung der Gesellschaft einmal zu einem Zentralausschuss ausgebaut wird, an den sich alle deutschen Inhaber fremder Staatsschuldverschreibungen wenden können. Denn das von der Gesellschaft angestrebte Ideal eines deutschen Council of Foreign Bondholders scheint noch in weitem Felde zu stehen.

B. Der inländische Schutz. Sanierung und Pfandhalterschaft.

Bedeutsamer bislang als die Beteiligung der Deutschen Treuhandgesellschaft an Schutzvereinigungen ist ihre Sanierungstätigkeit in Deutschland gewesen. Hierdurch hat sie dauernd ihren Ruf in Deutschland begründet. An sich ist ja die Sanierung eines notleidenden Betriebes eine Handlung, die schon lange vor dem Bestehen einer Treuhandgesellschaft von anderen Unternehmungen ausgeübt worden ist. Die Treuhandgesellschaft hat sich nur als ein für solche Zwecke wohlgeeignetes Werkzeug erwiesen. Zwei Umstände sind ihr dabei zu Gute gekommen: das Reichsgesetz vom 4. Dezember 1899 und die deutsche Wirtschaftskrisis von 1901. Zunächst muss daher in diesem Zusammenhang die Gesetz-

1) »Geschäftsbericht« für 1902, S. 4 u. für 1903, S. 4.

gebung betrachtet werden, soweit sie für die Treuhänder von Bedeutung ist.

Das Reichsgesetz betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen vom 4. Dezember 1899 ¹⁾.

Dieses Gesetz stellt für Deutschland den ersten Versuch dar, die Besitzer von »Schuld- oder Teilverschreibungen« zu schützen. Der Schutz der Gläubiger ist der ausschliessliche Zweck des Gesetzes. Dies soll geschehen durch die möglichst selbständige Tätigkeit der Gläubiger selbst. Das Gesetz gibt diesen nur die Rechtsmittel an die Hand, sich zu organisieren, wenn nötig einen gemeinsamen Vertreter (Treuhänder!) zu bestellen und den Schuldner diesem organisierten Gläubiger-Willen zu unterwerfen. Es soll in Folgendem keineswegs eine eingehende Erläuterung des Gesetzes gegeben, sondern nur auf die Bestimmungen hingewiesen werden, die diesen Gläubigerschutz rechtlich begründen.

Als Schuldverschreibung gelten nach BGB. § 79 Urkunden, in denen eine Leistung versprochen wird. Das Gesetz vom 4. Dezember 1899, § 1 bestimmt näher, dass diese Schuldverschreibungen im Inlande von jemand, der im Inlande seinen Wohnsitz oder seine gewerbliche Niederlassung hat, ausgestellt sein müssen. Als Schuldner kommen also nur in Deutschland ansässige Unternehmungen in Betracht. Die Schuldverschreibungen müssen auf im voraus bestimmte Nennwerte lauten, die nach dem Verhältnisse dieser Werte den Gläubigern gleiche Rechte gewähren.

Dadurch wird der Begriff der deutschen Schuldverschreibung umgrenzt. Es fallen im wesentlichen darunter Obligationen und Hypothekenpfandbriefe, nicht aber Aktien und Kuxe. Nicht unterworfen sind ferner den Bestimmungen des Gesetzes nach § 24: Schuldverschreibungen des Reiches, eines Bundesstaates oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts; doch können in Bezug auf letztere die Landesgesetze Ausnahmegesetzungen treffen.

Schliesslich wird das Anwendungsgebiet des Gesetzes vorher insofern beschränkt, als die Gesamtsumme der ausgegebenen

¹⁾ *Fr. von Zimmermann*, »Die Teilschuldverschreibung und das Reichsgesetz, betr. die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen, vom 4. Dez. 1899«. Berlin 1901. — Reichsgesetzblatt, Jahrg. 1899, Nr. 47, S. 691—698.

Schuldverschreibungen mindestens 300 000 Mark und die Gesamtzahl der einzelnen Stücke mindestens 300 betragen muss.

Treffen diese Voraussetzungen zu, so haben Beschlüsse einer Versammlung von Gläubigern solcher Schuldverschreibungen, die zur Wahrung gemeinsamer Interessen gefasst werden, nach Massgabe des hernach weiter erläuterten Gesetzes verbindliche Kraft für alle Gläubiger.

Eine solche Versammlung wird nach § 3, 1 des Gesetzes vom Schuldner berufen.

Dies muss geschehen, wenn Gläubiger, deren Schuldverschreibungen zusammen $\frac{1}{2}$ des Gesamtbetrages der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen erreichen, die Berufung einer solchen Versammlung schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangen (§ 3, 2).

Hiermit wird einerseits der Organisation der Gläubiger eine feste Rechtsgrundlage verliehen, andererseits soll durch § 3, 2 einem eventuellen böswilligen Teile von derartigen Gläubigern die Möglichkeit verwehrt werden, die Ansprüche der anderen Gläubiger zu beeinträchtigen.

Diesem letzteren Zwecke dient besonders noch § 11, 2, welcher besagt:

»der Beschluss, durch welchen Rechte der Gläubiger aufgegeben werden, bedarf einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der abgegebenen Stimmen. Die Mehrheit muss mindestens die Hälfte des Nennwerts der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen und, wenn dieser nicht mehr als 12 000 000 Mk. beträgt, mindestens $\frac{2}{3}$ des Nennwerts erreichen; beträgt der Nennwert der im Umlauf befindlichen Schuldverschreibungen weniger als 16 000 000, aber mehr als 12 000 000 Mk., so muss die Mehrheit 8 000 000 Mark erreichen.«

Der Schuldner ist nach § 10, 4 für die in seinem Besitz befindlichen Schuldverschreibungen nicht stimmberechtigt.

Die Versammlung der Gläubiger kann zur Wahrung ihrer Rechte nach § 1, 2 einen gemeinsamen Vertreter bestellen.

Seine Befugnisse sind in ihrem Umfang von der Versammlung selbst zu bestimmen nach § 14, 1, welcher Paragraph im einzelnen die Stellung des Vertreters bestimmt.

Hiermit ist der gesetzliche Boden für die Wirksamkeit der Treuhänder in solchen Fällen gesichert.

Die Deutsche Treuhandgesellschaft und ihre
Tätigkeit auf Grund des Gesetzes vom
4. Dezember 1899.

Bald nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 4. Dezember 1899 ereigneten sich jene Vorgänge bei einem Teile der deutschen Hypothekenbanken, welche der allgemeinen Krisis vorangingen, die 1901 in Deutschland ihren Höhepunkt erreichte¹⁾.

Es handelte sich zunächst um die Gruppe der sogen. »Spielhagenbanken« — »Preussische Hypotheken-Aktien-Bank« und »Deutsche Grundschuldbank« — und 6 mit diesen beiden Banken eng verbundenen Institute.

Im Laufe des Jahres 1900 förderte zuerst eine Reihe Artikel in der Frankfurter Zeitung, die dann durch eine Untersuchung der Aufsichtsbehörde bestätigt wurden, Missbräuche in dem Geschäftsbetriebe und den gegenseitigen Beziehungen dieser Institute zutage, sodass ihr Zusammenbruch nahe bevorstand. Die durch das Hypothekenbank-Gesetz vom 13. Juni 1899 eingeführte Institution des Hypothekentreuhänders hatte sich als durchaus wirkungslos erwiesen.

Am 26. November 1900 wählte die Versammlung der Pfandbriefinhaber der Preussischen Hypotheken-Aktienbank die Deutsche Treuhand-Gesellschaft zur Vertreterin der Pfandbriefgläubiger. Sie sollte — abgesehen von den ihr nach dem Schuldverschreibungsgesetz zustehenden Befugnissen — »den weiteren Geschäftsgang der Hypothekenbank ständig im Auge behalten und mit dem gesetzlichen Treuhänder und der Aufsichtsbehörde Fühlung nehmen, besonders auch hinsichtlich der Frage einer Gefährdung der Pfandbriefgläubiger und der Sicherstellung ihrer Rechte, eventuell auch durch Verfolgung von Regressansprüchen«²⁾. Ein aus 5 Personen bestehender Ausschuss der Pfandbriefgläubiger sollte der Deutschen Treuhandgesellschaft zur Seite stehen, an dessen Beschlüsse sie gebunden sein sollte.

1) Schriften des Ver. f. Sozialpolitik, Bd. 111 »Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff.« 7. Bd. 2. Abschn.: »Die Sanierung notleidender Hypothekenbanken. Die deutsche Treuhandgesellschaft« von E. Kritzer und Felix Hecht. — Geschäftsberichte der Deutschen T.G. von 1897 an.

2) Kritzer, a. a. O. S. 15.

Durch den Beschluss einer Generalversammlung der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank vom 28. November 1900 erhielt die Deutsche Treuhandgesellschaft die Ermächtigung zur Einsichtnahme in die Bücher und Akten der Bank und ihrer Tochtergesellschaften.

Darauf veranlasste die Deutsche Treuhandgesellschaft die Deutsche Bank, eine Vereinigung zum Schutze der Inhaber von Pfandbriefen der Preuss. Hypotheken-Aktien-Bank zu gründen. An diesem Komitee beteiligten sich eine grosse Anzahl der wichtigsten Berliner Banken und Bankhäuser, sowie auch die Preuss. Seehandlung und die Preussische Zentralgenossenschaftskasse, die alle ihre Dienste als Hinterlegungsstelle für die Pfandbriefe des bedrohten Institutes unentgeltlich zur Verfügung stellten. Die Deutsche Treuhandgesellschaft hatte die Geschäftsführung bei dem ganzen nun sich abspielenden Sanierungswerk in Händen.

Zunächst gelang es, in kurzer Zeit $\frac{9}{10}$ der gesamten umlaufenden Pfandbriefe unter den Schutz dieser Vereinigung zu bringen.

Schon dies war keine kleine Aufgabe gewesen. Handelte es sich doch um einen Gesamtumlauf von über M. 350 000 000 an Pfandbriefen, deren Inhaber weithin zerstreut waren.

Diese erhielten für ihre hinterlegten Pfandbriefe Zertifikate. In den Versammlungen der Inhaber besass jedes Zertifikat für je 50 M. Pfandbriefkapital eine Stimme.

Schon durch die von so kapitalkräftigen Unternehmungen unterstützte Gründung gelang es der Deutschen Treuhandgesellschaft, eine beruhigende Wirkung auf den Pfandbriefmarkt auszuüben, was für die Preussische Hypotheken-Aktien-Bank von grossem moralischen Werte war.

Der in den letzten Tagen des Dezembers 1900 erstattete Bericht der Deutschen Treuhandgesellschaft über ihre Untersuchungen stellte im wesentlichen Folgendes fest:

Sowohl bei der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank wie bei der Deutschen Grundschuldbank war ein grosser Teil der Hypothekenzinsen schon seit Jahren nicht in bar eingegangen, sondern nur im Wege der Belastung. Es gingen deshalb im vierten Quartal 1900 nicht genügend Barmittel ein, um den Januarzinsschein auf die Pfandbriefe zahlen zu können. Von der Deutschen Treuhandgesellschaft wurde daher eine Zinsenstundung beantragt.

Bei der Prüfung des Verhältnisses zwischen Deckungshypotheken und Pfandbriefen stellte sich heraus, dass der Pfandbriefumlauf den Nominalbetrag um 7,26 Millionen M. überstieg. Allerdings erwies sich der tatsächliche Wert der Unterlagen der Pfandbriefe als ein höherer, sodass nur ein geringer Teil des Pfandbriefkapitals deckungslos blieb. Im ganzen zeigte sich, dass die Preussische Hypotheken-Aktien-Bank gesünder war als die übrigen. Sie war in die schlimme Situation nur durch eine geradezu frivole Misswirtschaft seitens ihrer Leitung geraten. Der am 30. Januar 1901 von der Aktionärkommission der Bank erstattete Bericht über die von der Deutschen Treuhandgesellschaft geleitete Revision wies dies deutlich nach.

Bedenklich war nur die enge Verbindung der Preuss. Hypotheken-Aktien-Bank mit der stark gefährdeten Deutschen Grundschuldbank, deren völliger Zusammenbruch drohte, und welche das minder gefährdete Institut nach sich in den Abgrund zu ziehen drohte.

Es war eine Rekonstruktion daher nur auf Grund gütlicher Vereinbarung mit der Deutschen Grundschuldbank, bez. der Vertretung der Realobligationäre derselben möglich.

Nach schwierigen Verhandlungen gelang ein Vergleich zwischen beiden Banken am 21. März 1901. Das Ergebnis war: Um aus dem Rattenkönig von Kapitalverschiebungen und gegenseitigen Forderungen herauszukommen, wurde beschlossen, dass die Deutsche Grundschuldbank liquidiere. Ihre Masse wurde einer der im Konzern befindlichen Unternehmungen, der »Neuen Berliner Baugesellschaft« übertragen, deren Aktien-Kapital von ursprünglich 1 000 000 M. auf 400,000 M. durch Aktienzusammenlegung herabgesetzt worden war.

Nun konnte die eigentliche Reorganisation beginnen. Deren Grundprinzip bestand allerdings in einer Umgehung des § 12 des Gesetzes vom 4. Dezember 1899, welcher lautet:

»Auf die dem Nennwerte der Schuldverschreibungen entsprechenden Kapitalansprüche kann durch Beschluss der Versammlung nicht verzichtet werden.«

Der Deutsche Oekonomist¹⁾ schreibt darüber: »Dieses absolute Verbot der Verzichtleistung auf Kapital durch Mehrheitsbeschluss sollte aber verhüten, dass den Obligationären bzw. Pfand-

1) »Deutscher Oekonomist« 8. Sept. 1906, S. 563—564.

briefgläubigern Kapitalwerte entzogen würden, welche dann dritter Hand zur Bereicherung dienen könnten. Aber jedes Gesetz lässt sich umgehen. Die Methode ist, wie alle grossen Dinge, sehr einfach: man überzeugt die berechtigten Gläubiger von dem grossen Minderwert der Vermögensobjekte; dem Gesetze gemäss beschliessen sie eine entsprechend starke, lang dauernde oder immerwährende Reduktion der Zinsen. Da nun aber Papiere mit sehr niedrigem Zinsfuss und langdauernder gänzlicher Zinslosigkeit im höchsten Grade unbeliebt und schwer verkäuflich sind, so lässt man den Gläubigern die Wahl, an Stelle des langjährigen Verzichts auf Zinsen freiwillig auf einen entsprechenden Teil des Kapitals zu verzichten. Dieser abgetretene Kapitalteil wird in eine neue börsengängige Form gebracht (Aktien) und erhöht seinen Wert in dem Masse, als die Wertermittlung der vorhandenen Aktiva »vorsichtig«, d. h. zu niedrig gewesen ist. Wenn die Gläubiger die für ihren Kapitalverzicht empfangenen neuen Werte (Aktien) in ihrem Besitz festhalten, so fliesst ihnen auch die ganze Wertsteigerung derselben zu, und sie kommen dann am letzten Ende viel günstiger fort als diejenigen Gläubiger, die es bei der Verzichtleistung auf Zinsen bewenden liessen, ein Moment, welches diese vielleicht berechtigen könnte, nachträglich Einspruch zu erheben und auf Schadloshaltung zu klagen.

Aber von den ursprünglich notleidenden Gläubigern behalten nur sehr wenige die gegen Kapitalverzicht empfangenen Aktien und Aktienteile bis zu deren Versteigerung. Ein Teil verkauft die Obligationen während des Abschätzungsverfahrens zu den niedrigsten Kursen, und Käufer sind kräftige Kapitalisten, welche den Verlauf der Sache schon einigermaßen beurteilen können. Der grössere Teil der Gläubiger gibt seine Obligationen den Banken und Bankiers zur Vertretung, welche sich der Reorganisationskommission anschliessen und die endgültige Abstimmung beherrschen. Dem Kapitalverzicht schliessen sich aus den oben erwähnten Gründen fast alle Gläubiger an, aber die weit überwiegende Mehrheit derselben setzt sich aus den Besitzern kleiner Beträge von Obligationen zusammen, auf welche von den in Tausch empfangenen Aktien nur je ein Stück oder nur ein Bruchteil eines solchen entfällt. Dieselben klugen Leute, welche schon im Verlauf des Verfahrens die entwerteten Obligationen aufkauften, kaufen auch die in Tausch gegebenen Aktien auf, die zunächst billig zu haben sind, solange das Angebot der Gläubiger dauert.

Endlich winkt der Lohn für die mühevollen Arbeit: die tief entwerteten Aktien der verkrachten Gesellschaft steigen wieder im Wert, die im Umtausch gegen Gläubigerrechte ausgegebenen Aktien sind in potente Hände übergegangen, das Angebot aus Gläubigerkreisen hat aufgehört, nun kann die Agiotage beginnen.«

Dieses Gesundungsverfahren ist das erfolgreiche Sanierungssystem Dernburgs, der bis 1901 Direktor und bis zu seiner Ernennung zum Staatssekretär im August 1906 Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Treuhandgesellschaft war.

Bei der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank und den mit ihr zusammenhängenden Instituten ist dieses Prinzip der Unterbewertung aller Aktiva zum erstenmal voll zur Anwendung gekommen — und hat sich bewährt. Denn wenn auch eine Umgehung des Gesetzes nötig war, um dieses Resultat zu erzielen, so sind doch dadurch die Bank und die mit ihr verbundenen Institute nicht nur vor dem Untergang bewahrt, sondern in verhältnismässig kurzer Zeit wieder auf eine gesunde Grundlage gestellt worden. Schon 1904 konnte die Deutsche Treuhandgesellschaft die Geschäfte der Schutzvereinigung der Pfandbriefbesitzer der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank für beendet erklären.

In ähnlicher Weise wurde in derselben Periode die Sanierung durchgeführt bei der Berliner Hypothekenbank A.G., bei der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank und bei der Allgemeinen Deutschen Kleinbahn-Gesellschaft A.G. zu Berlin. Für alle diese Gesellschaften hat die Deutsche Treuhandgesellschaft dauernd die Vertretung der Pfandbriefgläubiger bez. Obligationäre behalten.

Im Jahre 1907 betrug das vertretene Gläubigerkapital:

Bei der Preussischen Hypotheken-Aktien-Bank	rund M. 283,6 Mill.
» » Berliner Hypothekenbank	» » 143,3 »
» » Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank	» » 9,6 »
» » Allgemeinen Deutschen Kleinbahngesellschaft	» » 21,6 »
	<hr/> zusammen M. 458,1 Mill.

Seit dieser Sanierungsperiode hat die Deutsche Treuhandgesellschaft in fast jährlich steigendem Umfange das Pfandhaltergeschäft aufgenommen. Diese Funktion wird in der Weise ausgeübt, dass auf den Namen der Treuhandgesellschaft Schuldverschreibungen eines Unternehmens von diesem ausgestellt werden. Die Schuldverschreibungen werden durch Indossament auf die wirklichen Gläubiger weiterübertragen. Daraus entspringt

für die Treuhänder nicht etwa eine materielle Verantwortung, sondern nur diejenige eines Vertreters von Gläubigern. Ist für jene Obligationen eine Sicherungshypothek bestellt, so behält die Treuhandgesellschaft die Hypothekeninstrumente als Pfand nach BGB. § 1189.

Die ganze Einrichtung stellt eine latente Schutzvereinigung dar, welche ruht, solange der Schuldner seinen Verpflichtungen nachkommt. Werden aber die schuldnerischen Interessen gefährdet, so ist in dem Pfandhalter sofort der gegebene Mittelpunkt da, um den sich die Schuldner sammeln können.

Seit ihren glücklichen Sanierungen fielen der Deutschen Treuhandgesellschaft immer mehr Pfandhalterschaften zu, da die Vorzüge einer solchen Vertretung in wachsendem Masse erkannt wurden.

Im Jahre 1907 betrug die Zahl der Pfandhalterschaften und Vertretungen im Inlande bei der Deutschen Treuhandgesellschaft 22, das vertretene Kapital erreichte die stattliche Höhe von M. 500 493 400.

In neuerer Zeit erstreckt sich die Tätigkeit hauptsächlich auf Obligationen von industriellen Gesellschaften, sowie von Gewerkschaften.

C. Die Registrierung.

In Verbindung mit den amerikanischen Geschäften steht eine Einrichtung, welche zuerst im Jahre 1891 der Deutschen Treuhandgesellschaft einen wichtigen Geschäftszweig zuführte: die Registrierung¹⁾ ausländischer Wertpapiere. In diesem Jahre übernahm nämlich die Deutsche Treuhandgesellschaft die Registrierung für Vorzugs- und Stammaktien der Northern-Pacific-Eisenbahn, sowie der Aktien der Edison General Electric Company.

Nach *Rosendorff* brachte diese Einrichtung für die deutschen Kapitalisten einen grossen Vorteil insofern, als das Einziehen der Dividenden amerikanischer Aktien sehr schwierig und kostspielig ist. Die meisten amerikanischen Aktien besitzen keine Kupons. Ihre Dividenden werden in Schecks auf New York ausgeschüttet. Die deutschen Aktionäre erhalten, sobald sie sich bei

1) *R. Rosendorff* »Treuhandgesellschaften und ihre Funktionen«. Jahrb. f. Nat.-Oek. u. Stat. herausg. von *Conrad*, III. F. Bd. 31, 1906, S. 608 ff. — Geschäftsberichte der Deutschen Treuhandgesellschaft von 1897 an.

der Gesellschaft eintragen lassen, ihre Dividende am Fälligkeitstage ins Haus gesandt.

Diese Tätigkeit übernahm die Gesellschaft seit 1893 auch für eine Reihe südafrikanischer Goldminengesellschaften. Hier wurde die Funktion noch weiter ausgedehnt zur *Fiskalagentur*. Als Fiskalagent besorgt die Gesellschaft die Kassengeschäfte fremder Gesellschaften für Deutschland. Hauptsächlich aber wirkt sie als ständiges Auskunftsbureau für deutsche an diesen fremden Unternehmungen beteiligte Kapitalisten. 1906 war die Deutsche Treuhandgesellschaft bereits kontinentale Agentur für 16 Goldminengesellschaften.

Eine erhebliche Beeinträchtigung dieses Geschäftszweiges drohte die Entscheidung des Reichsgerichts vom 23. Januar 1896 zu bringen. Durch diese wurde festgestellt, dass die Share-Certificate in der Weise dem Stempelgesetz unterliegen, »dass für jede dadurch beurkundete Aktie von 1 £ der Mindestsatz von M. 1,50 zu erheben sei«. *Rosendorff* weist nach, dass durch diese Entscheidung nicht nur die Interessen der Treuhandgesellschaft, sondern auch diejenigen der deutschen Besitzer von Aktien englischer und amerikanischer Gesellschaften getroffen würden. Denn infolge der hohen Versteuerung sei es nicht mehr möglich, die betreffenden Dokumente nach Deutschland zu bringen, sondern sie müssten in England in Verwahrung bleiben. Damit aber seien sie der Kontrolle der Besitzer entzogen.

Trotzdem konnte die Deutsche Treuhandgesellschaft in ihrem Geschäftsbericht für 1897 sagen, dass sich die Zahl ihrer Vertretungen und Registerführungen nicht vermindert habe. Im Gegenteil kam in diesem Jahre noch hinzu die Uebernahme des Amtes als Registrator für die Aktien der Northern Pacific in Gemeinschaft mit der Central Trust Company in New York. In demselben Jahre erhielt die Deutsche Treuhandgesellschaft die Vertretung der United States Trust Company als Depositär der 5 Proz. Bonds der Central Pacific Eisenbahngesellschaft. Die Deutsche Treuhandgesellschaft weist mit besonderer Genugtuung darauf hin, dass sie dadurch in Verbindung mit den beiden ersten Trust Companies der Vereinigten Staaten getreten sei. Auch hat ihr diese Verbindung eine beträchtliche Vermehrung ihrer Provisionen gebracht.

Offenbar im Zusammenhang mit der Vertretung von Gewerkschaftsobligationären führte die Deutsche Treuhandgesellschaft im

Jahre 1905 eine der Registrierung ähnliche Einrichtung ein, welche die Interessen der Inhaber von Kuxen und Bahnanteilen fördern soll. Es wurde nämlich für derartige Papiere eine Umschreibungsstelle errichtet, verbunden mit:

1. der Führung eines Gewerkenbuches,
2. der Ausfertigung von Kuxscheinen und
3. der Verwaltung von Kuxscheindepots.

Man will dadurch vor allem eine sichere Registrierung von Kuxen erzielen und die Gewerke gegen Fälschungen schützen, wie sie 1906 in Köln aufgedeckt wurden, woselbst ein Bankier gefälschte Kuxe registriert hatte.

3. Revision und Reorganisation.

A. Die englisch-amerikanischen Bücherrevisoren. (Accountants und Auditors.)¹⁾

In Deutschland ist mit dem Treuhandwesen, wie es sich in den meisten bestehenden Treuhandgesellschaften verkörpert, die systematische Bücherrevision verbunden worden. Diese Funktion ist in England und Amerika vom Trustsystem stets völlig getrennt geblieben. Doch hat die Revisionstätigkeit in diesen Ländern einen besonders hohen Grad der Ausbildung erreicht. Da auf das Vorbild der englisch-amerikanischen Bücherrevision und Bilanzprüfung die deutschen Treuhandgesellschaften sich ausdrücklich berufen, so bedarf es einer kurzen Betrachtung derselben.

In England vertritt der berufsmässige Bücherrevisor eine sehr alte Institution. Die englischen Ausdrücke dafür sind Accountant und Auditor.

»Accountant« ist abgeleitet aus dem französischen »compteur«, vom Lateinischen »computare«, zählen, rechnen. Danach ist Accountant ein Mann, der Rechnungen (accounts) prüft. — Der Begriff Auditor hat ein sehr ehrwürdiges Alter. Er lässt sich zurückverfolgen bis auf ein Statut von Edward I. von 1285²⁾, das schon von Auditors im Sinne von Bücherrevisoren spricht. Die betreffende Bestimmung lautet: »Es wird bestimmt und verordnet,

1) *B. Worthington*, »Professional Accountants. — An Historical Sketch«. — London 1895. — *L. R. Dicksee*, »Auditing«. — A practical manual for Auditors. — 7. ed. London 1907. — *E. Römer*, »Die Bücherrevisorenpraxis in Deutschland und England.« — Ein propagandistisches Handbuch der Bücherrevision. 1. u. 2. Aufl. Berlin 1905.

2) *Worthington*, S. 59 ff.

dass, wenn die Herren solcher Knechte (in diesem Sinne Buchhalter) ihre Rechnungen durch Auditoren prüfen lassen und diese die Bücher im Rückstand dabei finden, dem Herrn jede Massnahme erlaubt sein soll, die nur irgend als erlaubt angesehen werden kann. Insbesondere sollen die betreffenden Knechte auf Grund eines vom Auditor ausgestellten Zeugnisses sofort in Haft genommen und ins nächste Königliche Bezirksgefängnis verbracht werden können.«

Das Wort Auditor selbst stammt vom lateinischen »audire« und ist zu erklären als das Abhören und Vergleichen von laut vorgelesenen Rechnungsbüchern, wie es im Mittelalter bei dem primitiven Zustande der damaligen Rechnungsführung nötig war¹⁾.

Beide Ausdrücke werden heute manchmal als gleichbedeutend gebraucht. Doch sind sie nur verwandte, aber keineswegs identische Begriffe. Accountant ist von beiden der weitere. Er bedeutet einen Mann, der die Verrechnungswissenschaft (Accountancy) als Beruf ausübt, für den er praktisch vorgebildet ist²⁾. Zu seinen Obliegenheiten gehört nicht bloss die Revision, sondern auch die Ausführung von Liquidationen und Reorganisationen. »Auditing« ist der engere Begriff, Ueberwachung des Rechnungswesens einzelner Unternehmungen und Körperschaften. Somit ist jeder Accountant ein Auditor, aber nicht umgekehrt. Es gibt in England sogen. »Amateur Auditors«, d. h. ungelernte Bücherrevisoren, vielfach gescheiterte kaufmännische Existenzen, die auf Grund ihrer eigenen Erfahrung Revisionen anstellen.

Die Accountants dagegen haben sich zu einer festgeschlossenen, sehr exklusiven Berufsgenossenschaft entwickelt.

Seit dem Zusammenbruch der berühmten »South Sea Company« im Jahre 1721 treten bei jeder grösseren Krise in England Accountants auf. Im Anfang sind es meist Persönlichkeiten, die Theorie und Praxis gleichzeitig ausüben, allerdings in sehr bescheidenem Massstabe. Vielfach sind es Writing-Masters, also Schreiblehrer, die gleichzeitig Privatunterricht in den Elementen der Buchhaltung und anderer kaufmännischer Wissenschaften erteilen und gewöhnlich darüber Abhandlungen verfassen. Für das Jahr 1790 weist *Worthington* in England im ganzen 5 »Accomp-

1) Römer, S. 140.

2) Römer, S. 140.

tants and Agents« nach. Im Jahre 1811, einer Zeit der schwierigsten wirtschaftlichen Lage für England, gibt es bereits 24 Accountants. Die fortwährenden Krisen, die England bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts durchmacht, steigern die Zahl der Accountants. Besonders charakteristisch dafür ist die Zeit der »Railway mania« 1841—1847, die Gründerzeit in England.

Nach *Worthington* l. c. S. 42 betrug die Zahl der Accountants:

1840	1841	1842	1843	1844	1845	1846
107	140	151	160	182	210	203

1847 sinkt die Zahl wieder auf 186.

In jener Zeit blühte das Geschäft der Accountants, besonders seit dem Inkrafttreten des Railway Companies Act von 1845.

Durch §§ 101—108 dieses Gesetzes wurden amtliche Revisoren (Auditors) für die ständige Ueberwachung des gesamten Rechnungswesens der Eisenbahngesellschaften bestellt. Diese Auditors waren stets geschulte Accountants.

Eine weitere gesetzliche Anerkennung der Accountants brachte der Companies Act von 1862 und der Bankruptcy Act von 1869. Infolgedessen stieg die Zahl der Accountants immer mehr. Im Jahre 1869 gab es in London 452 Accountants, 1875: 590, 1883: 840.

In dieser Zeit hatten sich innerhalb dieses so schnell emporgewachsenen Berufes natürlich auch mancherlei Missstände gezeigt, hervorgerufen durch unfähige, oder unredliche Accountants. Denn es gab noch keine einheitlich geregelte Vorbildung und noch keinen streng geschlossenen Stand der Accountants.

Um dem zu steuern, entstanden in den Jahren 1870—1879 in Liverpool, London, Sheffield und Manchester 6 verschiedene Vereine. Diese schlossen sich im Jahre 1880 zu einem Verbands zusammen, der noch im selben Jahre die königliche Charter erhielt, unter dem Namen »Institute of Chartered Accountants in England and Wales«.

Dieses Institut bildet eine streng organisierte Standesgenossenschaft mit sehr genau ausgearbeiteten Statuten und ziemlich hohen Mitgliederbeiträgen. Der Verein besitzt jetzt ein eigenes Gebäude in London und ein beträchtliches Vermögen.

Um Associate, d. h. überhaupt Mitglied des Vereins zu werden, bedarf es erst des Nachweises einer sorgfältigen theoretischen und praktischen Vorbildung. Dies geschieht zunächst

durch eine schriftliche Vorprüfung. Akademische Grade, die von einer englischen Universität verliehen sind, entheben den Kandidaten natürlich dieser Prüfung. Das bestandene Examen verleiht das Recht, als »Articled Clerk« von einem Chartered Accountant angestellt zu werden. Dieser Dienst dauert gewöhnlich 3 Jahre. Während desselben hat der Articled Clerk eine Zwischenprüfung, hauptsächlich über die Grundbegriffe der Buchhaltung und des Auditing, zu bestehen.

Zum Schlusse der Lehrzeit findet eine schriftliche Schlussprüfung statt, die sich über das gesamte Gebiet der Buchhaltungskunde und der Revision, sowie der wichtigsten juristischen, besonders handelsrechtlichen Materien erstreckt.

Nach Bestehen dieser Prüfung erst wird der Articled Clerk Associate und kann sich als selbständiger Chartered Accountant niederlassen. Nach 5 jähriger Praxis kann er »Fellow of the Institute of Chartered Accountants«, d. h. Mitglied der 1. Klasse werden.

An der Spitze des Institutes steht ein aus 45 Fellows bestehender Vorstand, der Council, von denen jedes Jahr 9 auszuscheiden haben.

Dieser Council führt einerseits unter dem Vorsitz eines Präsidenten und eines Vizepräsidenten die Oberaufsicht über die Prüfungen und bildet andererseits das Ehrengericht über die Mitglieder. Seine Bestimmungen werden streng gehandhabt. Mitglieder, deren Ruf nur irgendwie zweifelhaft erscheint, werden unerbittlich ausgestossen.

Frauen können nicht Mitglieder des Instituts werden.

Die Mitgliederzahl ist seit der Gründung stark gewachsen. Nach *Römer* S. 153/154 waren Mitglieder vorhanden:

1881	1891	1896	1901	1905
1025	1766	2248	2815	über 3000.

Das Gesamtvermögen beträgt jetzt über 1 000 000 M.

Die Vorteile, die das Institut seinen Mitgliedern gewährt, sind gross und erklären das rasche Wachstum. Die Angehörigen der Korporation finden in ihr einen festen Rückhalt zur Wahrung allgemeiner Standesinteressen. Das Institut bietet ihnen ferner durch seine Zeitschrift, seine Bibliothek und durch Veranstaltungen von Vorträgen Gelegenheit zur weiteren Ausbildung. Eine Hilfskasse besteht zugunsten der Witwen und Waisen ehemaliger Mitglieder.

Der grösste Vorteil aber liegt in dem den Mitgliedern zustehenden Rechte, ihrem Namen und ihrer Firma die Buchstaben »A. C. A.« (Associate of the Chartered Accountants) bez. »F. C. A.« (Fellow etc.) hinzufügen zu dürfen. Ihre Träger legitimieren sich dadurch gegenüber dem Publikum als Revisoren von gründlicher Fachbildung und erprobter geschäftlicher Redlichkeit.

In der Tat ist auch das Vertrauen, das diese Chartered Accountants in England beim Publikum geniessen, ein sehr grosses. Man kann sie als eine Art geschäftlicher Beichtväter betrachten, denen der englische Kaufmann vielfach rückhaltlos seinen Geschäftsbetrieb aufdeckt.

Die Tatsachen zeigen, dass dieser Erfolg ein verdienter ist. Auf langjährige Erfahrung gestützt haben die grösseren Chartered Accountant-Firmen, die oft ein grosses Personal beschäftigen, allmählich höchst wirksame Revisionsmethoden erfunden, deren Prinzipien sie gewöhnlich in sogenannten »Revisions-Instruktionen«¹⁾ niederlegen.

Als Hauptgesichtspunkt für die englischen Revisoren gilt vor allem, dass die Revision sich nicht nur auf eine formale Prüfung der Richtigkeit der einzelnen Buchungen erstreckt, sondern auch auf eine eingehende Untersuchung der diesen Beziehungen zugrunde liegenden tatsächlichen Geschäftsvorgänge.

Das eine Ziel, das die Accountants dabei zu verfolgen haben, besteht darin, die Prüfung der Bücher und Bestände eines Geschäfts so zu veranstalten, dass dadurch etwaige Unterschlagungen seitens Angestellter des revidierten Betriebs entdeckt werden können. Dazu dient vor allem das in England sehr weitverbreitete System der ständigen Revision. Die Revisoren erscheinen nicht bloss zur Zeit der Bilanzaufnahme, sondern öfter im Jahre in möglichst unregelmässigen und daher für die Angestellten unvermuteten Zwischenräumen.

Haben die Auditoren Einfluss auf die Gestaltung des Buchhaltungssystems eines Unternehmens, so arbeiten sie darauf hin, dieses so einzurichten, dass ein System der inneren Kontrolle entsteht. — Das andere Ziel, das die Auditoren erstreben, ist eine Verbesserung, womöglich eine Reorganisation des Betriebes durch ihren Rat herbeizuführen.

Von besonderer Wichtigkeit sind für den Auditor Gründungs-

1) Eine solche bei *Dicksee*, S. 2—4.

revisionen bei Umwandlung einer privaten Unternehmung in eine Aktiengesellschaft.

Hier ist das gewöhnliche Verfahren folgendermassen¹⁾: Der Revisor prüft die Gewinn- und Verlustrechnung der letzten 3 Jahre und vergleicht die Gewinnquoten miteinander, um dadurch zu ermitteln:

1. ob der Geschäftsgang ein stetiger und gleichmässiger gewesen ist;
2. ob der Umsatz sich im allgemeinen gleichgeblieben, grösser oder kleiner geworden ist;
3. ob der Bruttogewinn wirklich vorhanden gewesen ist und nicht nur auf dem Papiere steht.

Damit verknüpft wird die Prüfung der Geschäftskosten. Ferner werden die vom derzeitigen Unternehmen nachgewiesenen Warenverkäufe genau geprüft. Das Hauptaugenmerk ist auf die Abschreibungen zu richten.

In den Vereinigten Staaten hat sich das Wesen der englischen Accountancy und des Auditing ähnlich entwickelt wie im Mutterlande. Hier bestehen zwei Vereine von Accountants, »The American Association of Public Accountants« (gegr. 1887) und »The National Society of Certified Public Accountants« (gegr. 1897). Beide Vereine suchen ähnlich zu wirken, wie das englische »Institute of Chartered Accountants«. In New York besteht seit 1892 eine grosse private Fachschule, die vom Staate unterstützt wird, die »New York School of Accountants«. Ihr Lehrprogramm ist ausserordentlich umfassend²⁾.

Seit ungefähr 10 Jahren hat sich nun innerhalb des amerikanischen Revisionswesens eine bedeutsame Entwicklung vollzogen. Neben den zahlreichen privaten Accountantfirmen, die in den Vereinigten Staaten bisher wie in England existierten, ist eine Anzahl von Aktiengesellschaften entstanden, welche dieses Geschäft in grossem Massstabe betreiben. Gegenwärtig gibt es in den Vereinigten Staaten im ganzen ungefähr 100 solche Audit-Companies, davon 12 in New York. Die bedeutendste und älteste von ihnen ist die »Audit Company of New York«, gegründet 1867.

Dieser Gesellschaft steht ein grosser Stab von gut ausgebil-

1) Römer, S. 202 ff.

2) Römer, S. 8—20.

deten Accountants und Ingenieuren zur Verfügung¹⁾. Die letzteren haben bei industriellen und Transportunternehmungen technische Untersuchungen auszuführen, sowie Inventare und Werttaxierungen vorzunehmen, wenn die wirklichen Werte aus den Büchern nicht festzustellen sind.

Eine solche grosse Untersuchung hatte die Audit-Company z. B. 1906 bei der Pennsylvania Railroad Company zu machen²⁾. Die Aufgabe war hier festzustellen, wie der Kohlentransportdienst dieser grossen Bahngesellschaft in den Kohlenbezirken von Pennsylvanien funktionierte. Und zwar hatte sich diese Untersuchung auf einen Zeitraum vom 1. Januar 1900 bis 1. Juli 1906 zu erstrecken. Die Audit Company brauchte zur Bewältigung dieses Auftrages 50 Accountants und Techniker.

Besonders empfiehlt sich auch die Gesellschaft zur Reorganisation und zur Modernisierung veralteter Betriebe, sowie zur Einführung verbesserter Buchführungs- und Kassensysteme bei städtischen Verwaltungen.

Schliesslich verdient erwähnt zu werden, dass die Audit Company of New York ihr Arbeitsfeld nicht allein auf Amerika beschränkt, sondern auch Verbindungen in Europa, z. B. in Ungarn und Deutschland anzuknüpfen sucht. Die Versuche scheinen bisher jedoch noch nicht zu greifbaren Resultaten geführt zu haben.

B. Die Deutsche Treuhandgesellschaft als Revisor.

Seit dem Jahre 1901 hat die Deutsche Treuhandgesellschaft einen neuen wichtigen Geschäftszweig aufgenommen, der von grosser Tragweite für die ganze Organisation aller in Deutschland bestehenden Treuhandgesellschaften geworden ist: die ständige Revision von Büchern, wie des ganzen Geschäftsbetriebes anderer Unternehmungen. Die Ereignisse der Jahre 1900 und 1901, die der Deutschen Treuhandgesellschaft zu ihren grossen Sanierungsarbeiten bei verschiedenen Hypothekenbanken verhalfen, hatten den naheliegenden Gedanken bei ihren Leitern erweckt, nicht bloss bei Katastrophen in den Betrieb eines Unternehmens einzugreifen, sondern eine solche durch eine nach neuen Prinzipien eingerichtete Revision der Geschäftsbücher zu verhüten.

1) Prospekt der »Audit Company of New York«.

2) »The Pennsylvania Railroad Company. — Final Report of the Special Committee of the Board of Directors. 13th Febr. 1907«. S. 29.

Der Geschäftsbericht der Deutschen Treuhandgesellschaft von 1901 sagt hierüber:

»Die durch die Einführung der vorerwähnten ständigen Vertretungen der Pfandbriefbesitzer seitens unserer Gesellschaft geschaffene Neuerung bezweckt, die bei den reorganisierten Hypothekenbanken früher vorgekommenen Unregelmässigkeiten und Fehler durch die Einsetzung einer anerkannten Revisionsinstanz im Sinne der in England und in den Vereinigten Staaten mit unzweifelhaftem Erfolge funktionierenden Accountants künftig fernzuhalten und dadurch beizutragen, das öffentliche Vertrauen in diese Banken unter der Leitung neuer, angesehener Verwaltungen weiter zu befestigen. Die versuchsweise Einführung einer derartigen, bisher in Deutschland nicht geübten Einrichtung erschien um so mehr am Platze, als die durch das Reichshypothekenbankgesetz den vom Staate ernannten Treuhändern übertragenen Funktionen ebenso wie die staatliche Beaufsichtigung selbst sich bisher als unzureichend erwiesen haben, selbst grobe Unregelmässigkeiten zu verhindern.

Es ist darauf hinzuweisen, dass in England und in den Vereinigten Staaten gerade die angesehensten und grössten Gesellschaften sich in wohlverstandenen eigenen Interesse den strengsten Revisionen dieser Art unterziehen. Es wird unser Bestreben sein, diese in anderen Ländern bewährte Einrichtung auch in Deutschland zu Ansehen und allgemeiner Würdigung zu bringen.«

Die Deutsche Treuhandgesellschaft beruft sich hier auf die englisch-amerikanischen Revisionen, wie sie von den Accountants und Auditors ausgeübt werden.

In Deutschland hat der private Revisor bisher eine sehr bescheidene Rolle gespielt. Zwar schreiben die deutschen Gesetze, wie das Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1899 für Erwerbsgenossenschaften und das Handelsgesetzbuch für die Gründung von Aktiengesellschaften und die Prüfung ihrer Jahresbilanzen Revisionen vor, die von einem fachmännisch ausgebildeten Revisor vorzunehmen sind. Dennoch haben sich diese Revisionen nie zu besonderer ökonomischer Bedeutung entwickeln können. Schon der Umstand, dass diese Revisionen höchstens einmal im Jahr stattfinden, hindert, dass sie von irgendwelchem materiellem Einfluss auf den Geschäftsbetrieb einer Unternehmung sein können.

Dabei braucht man noch gar nicht die Fachkenntnisse der deutschen Bücherrevisoren in Frage zu ziehen. Die deutschen

Revisoren (s. *Römer*) sind vielfach wohlgeschulte Buchführungstheoretiker. Aber ihre Stellung gegenüber ihren Auftraggebern ist eine wesentlich andere. In England und Amerika ist die Accountancy an sich ein wirkliches Gewerbe, in Deutschland wird die Revisionstätigkeit bislang nicht als Hauptarbeitsfeld behandelt. Der Revisor ist nur ein »Sachverständiger«, kein Organisator¹⁾.

Erst die wirtschaftliche Krise von 1901 und die darauf folgende Depression war die Ursache zu einer sich allmählich anbahnenden Wandlung. Wie am Anfang dieses Abschnittes schon erwähnt worden ist, regten die bei der Sanierung der Hypothekenbanken gemachten Erfahrungen die Deutsche Treuhandgesellschaft an, die Revision der Bücher und des gesamten Geschäftsbetriebes in den Kreis ihrer Funktionen aufzunehmen, um so zu einer Art deutscher Audit-Company zu werden.

Das Verfahren der Deutschen Treuhandgesellschaft ist dabei im allgemeinen folgendes: Die Art der einzelnen Revisionen hängt von den in den einzelnen Fällen zu treffenden Vereinbarungen ab. Die Revision selbst geschieht durch eigene, dauernd angestellte Beamte, die geschulte Revisoren sein müssen, unter Leitung und Ueberwachung der Direktion der Deutschen Treuhandgesellschaft. Die Revisionsbeamten sind auf unbedingte dauernde Verschwiegenheit über die Revisionstätigkeit verpflichtet.

Ueber die von ihr befolgte Methode der Revision bemerkt die Deutsche Treuhandgesellschaft folgendes:

»Wir pflegen in der Regel bei Fabrikunternehmungen sämtliche Buchungen, soweit sie tote Konten betreffen, von den Grundbuchungen an bis ins Hauptbuch hinein in Bezug auf richtige Uebertragung zu prüfen. Die Uebertragungen auf die lebenden Konten werden stichprobenweise geprüft. Wir verbinden hiermit eine Aufnahme der Bestände an Kasse, Wechseln, Kupons und Effekten, sowie eine Prüfung der Grundbucheintragungen, hinsichtlich des Immobilienbesitzes und der Verpfändungen. Die Zugänge auf den Anlage-Konten werden daraufhin untersucht ob die verausgabten Beträge auf die betr. Konten und nicht etwa dem Betriebe hätten zur Last fallen müssen. Auch die Kassenbelege werden, falls der uns von unserem Auftraggeber

1) *Römer*, a. a. O. S. 24.

bewilligte Zeitaufwand eine solche Gründlichkeit gestattet, sämtlich, sonst unter Beobachtung eines für den einzelnen Fall geeigneten Systems nicht aber durch Stichproben geprüft.

Die Inventur wird insoweit geprüft, als wir die Reinschrift mit den Originalaufnahmen vergleichen und feststellen, dass für Halb- und Fertigfabrikate die aus den Kalkulationen ersichtlichen Preise für Rohmaterialien die aus einzusehenden Fakturen sich ergebenden Einkaufs- bzw. die Tagespreise gemäss § 261 HGB. in Ansatz gebracht sind.«

Vor allem ist es der Deutschen Treuhandgesellschaft darum zu tun, ständig und mehrmals im Jahre zu wiederholende Revisionen in Auftrag zu bekommen, weil nur dadurch eine wirksame Kontrolle und womöglich eine Reform in einem Betriebe erreicht werden kann.

Der Anfang zu einer dauernden Revisionstätigkeit war gemacht durch den Einfluss, welchen die Deutsche Treuhandgesellschaft gewonnen hatte auf die von ihr sanierten Gesellschaften. Dagegen wurden ihr weitere Fortschritte zuerst sehr erschwert. Sie hatte mit Vorurteilen zu kämpfen, die sich bei den deutschen Unternehmern fest eingewurzelt hatten. Man sah und sieht noch heute in einem Revisor, der über das bloss Formale hinausgehen will, einen unerwünschten Eindringling, fürchtet Indiskretion seinerseits über den Geschäftsbetrieb, ja vielfach sehen die Leiter einer Aktiengesellschaft, denen z. B. vom Aufsichtsrat eine eingehende oder plötzliche Revision zugemutet wird, darin ein Misstrauensvotum. Andere scheuen sich vor den Kosten einer solchen Revision. Diese sind tatsächlich nicht gering. Die Deutsche Treuhandgesellschaft berechnet für die ersten zwei Revisionstage in der Regel ungefähr M. 500, für jeden weiteren Tag M. 125 bis M. 150. Diese Sätze gelten für Revisionen, die mindestens durch 2 angestellte Revisoren ausgeführt werden, und schliessen sämtliche Unkosten der Treuhandgesellschaft in sich.

Erst allmählich scheint man jetzt die Vorteile zu erkennen, welche Revisionen, wie die von der Deutschen Treuhandgesellschaft geleiteten, dem revidierten Unternehmen selbst bringen können, und dass sich die durch die Revision erhöhten Geschäftsunkosten bezahlt machen. Besonders hat die Erfahrung bewiesen, dass die Deutsche Treuhandgesellschaft durch ihre Revisionsmethoden die Ursachen von Verlusten aufdecken kann, die ein Unternehmen durch fehlerhafte oder dolose Buchführung erlitten hat.

Rosendorff l. c. S. 617—618 bringt dafür ein charakteristisches Beispiel:

»Bei der Aktiengesellschaft »Chemische Werke vorm. Dr. Heinrich Byk in Berlin« wies das am 30. Juni 1905 abgelaufene Geschäftsjahr ein ungünstiges Resultat auf. Bei der Untersuchung der Ursachen hiervon zeigte sich, dass das Ergebnis wonach von einem 3 000 000 M. betragenden Aktienkapital ca. 800 000 M. verloren waren, nicht allein dem abgelaufenen Geschäftsjahr zur Last fiel, sondern zum grössten Teil auf Unrichtigkeiten in der vorangegangenen Bilanz zurückzuführen war. Diese Unrichtigkeiten bestanden darin, dass bei einigen halbfertigen Fabrikaten sowie in der Verarbeitung begriffenen und in Lösung befindlichen Zwischenprodukten unzutreffende Ausbeuten der Bewertung zu Grunde gelegt waren. Für die aus einem stillgelegten Betriebe herrührenden Rückstände, sowie für einige Nebenprodukte wäre eine niedrigere Bewertung notwendig gewesen, ebenso bei fertigen Fabrikaten, welche mit Rücksicht auf zahlreiche, bereits getilgte Abschlüsse vielfach zu ungefähren Abschlusspreisen eingesetzt waren. In der Gewichtsrechnung auswärtiger Läger waren Verwechslungen vorgekommen. Gegen eine Reihe von Ausgaben, wie Provisionen, Zinsen, die erst 1904/05 bezahlt wurden, aber dem vorhergehenden Geschäftsjahre zu Last fielen, war keine Reserve gestellt worden. Es erwiesen sich Abschreibungen auf Debitoren und eine Reihe weiterer Berichtigungen als notwendig. Eine genaue Trennung des letzten Geschäftsjahres von dem vorangegangenen hatte überhaupt nicht stattgefunden. Alles dies hat die nachträgliche Revision der Deutschen Treuhandgesellschaft festgestellt.«

Die allmähliche Entwicklung dieses Geschäftszweiges lässt sich erkennen aus der Zahl der in einem Jahr von der Gesellschaft ausgeführten Revisionen. Es wurden revidiert:

Im Jahre 1903	27	Gesellschaften und Einzelfirmen
» » 1904	70	» » »
» » 1905	130	» » »
» » 1906	320	» » »
» » 1907	400	» » »

In den Jahren 1904—1906 waren die Revisionen nach den 4 Hauptgattungen von Unternehmungen folgendermassen verteilt:

Betriebe	1904	1905	1906
1. Landwirtschaftliche	4	10	16
2. Industrielle	55	93	182
3. Handel	5	9	12
4. Banken	6	8	10
zusammen	70	130	320.

Die Dauer der Revision ist ganz verschieden, je nach der Grösse der Betriebe.

Bisweilen beträgt sie nur 1 Tag. Bei sehr grossen Unternehmungen kann eine Revision über 1 Monat dauern. Im Durchschnitt rechnet die Deutsche Treuhandgesellschaft für eine Revision 6—8 Tage bei Beschäftigung von 2 Beamten, deren Zahl 1906 erst 20 betrug.

Das Jahr 1907 scheint nach dem Geschäftsbericht der Deutschen Treuhandgesellschaft eine besonders grosse Zahl von ständigen und periodisch wiederkehrenden Revisionen gebracht zu haben. Die Gesellschaft erklärt es für zweckmässig, solche Revisionen 3—4mal wenigstens jährlich zu wiederholen. In solchen Fällen treffen die Revisoren unangemeldet ein, wodurch der Wert der Revision erheblich erhöht wird.

Auch im Ausland hat die Deutsche Treuhandgesellschaft bereits Revisionen ausgeführt. Sie berichtet, dass sie im Jahre 1907 zu solchen in der Schweiz, Oesterreich, Ungarn, Russland, Rumänien, Spanien, Italien, Holland und Dänemark berufen wurde.

III. Die anderen deutschen Treuhandgesellschaften.

Nachdem einmal die Deutsche Treuhandgesellschaft sich Anerkennung verschafft hatte, ist nach und nach eine Anzahl anderer Treuhand- und Revisionsgesellschaften entstanden. Da alle diese Gesellschaften noch recht jung sind, haben sie bisher noch keine grosse Bedeutung erlangt. Sie sollen im folgenden chronologisch geordnet aufgeführt werden.

1. Treuhand-Bank für Sachsen¹⁾.

Diese Gesellschaft wurde im Jahre 1902 in Dresden gegründet als Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von M. 200 000. Sie hat schon eine merkwürdige Geschichte hinter sich²⁾. Ihr Entstehungszweck war zunächst der Schutz der Spareinleger der »Gesellschaft Vereinigte Spareinleger, G. m. b. H. in Dresden«. Es galt hier eine für die Spareinleger günstige Liquidation durchzuführen.

Im Jahre 1903 erregte die Treuhandbank Aufsehen durch die Leitung einer Schutzvereinigung der im Jahre 1901 bankerott gewordenen »Kreditanstalt für Industrie und Handel« in Dresden,

1) Geschäftsberichte für 1903, 1904, 1906, 1907.

2) »Plutus« 20. Januar 1906, S. 39—41.

deren Liquidation noch abzuwickeln war. Hier verschaffte sich die kleine Bank die Leitung der Liquidation durch eine Art Ueberrumpelung der Aktionäre. Indes scheint dieses Geschäft von der Treuhandbank glücklich ausgeführt worden zu sein.

Noch einem dritten in Konkurs geratenen Unternehmen, dem Spar- und Vorschussverein in Gottleuba, Gen. m. unbeschr. H. hat die Treuhandbank Unterstützung angedeihen lassen.

Seit 1907 hat die Treuhandbank ihr Geschäftsgebiet erweitert und auch andere Treuhandgeschäfte übernommen. In demselben Jahre hat sie ihr Kapital auf M. 500 000 erhöht.

2. Die Revisions- und Vermögensverwaltungs-Aktien-Gesellschaft¹⁾.

Gegründet 1905 mit dem Hauptsitz in Berlin und Zweigniederlassungen in München und Leipzig. Die Gründer waren die Diskontogesellschaft und Kommerz- und Diskontobank. Ihr Aktienkapital beträgt M. 1 000 000. Sie arbeitet fast ganz nach dem Vorbilde der Deutschen Treuhandgesellschaft und soll offenbar den Treuhänder für den Concern der Diskontogesellschaft darstellen.

Im Jahre 1907 hatte sie 8 Pfandhalterschaften mit einem gesamten Gläubigerkapital von M. 11 550 000. Revisionen hat sie vorgenommen bei Berg- und Hüttenwerken, Maschinenfabriken und Eisengiessereien, Spinnereien und Webereien, Elektrizitätswerken und chemischen Fabriken, landwirtschaftlichen Unternehmungen, Verlagsbuchhandlungen und Theatern.

Die Münchener Zweigniederlassung wurde 1907 in eine selbständige Bayerische Revisions- und Vermögensverwaltungs-Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von M. 400 000 verwandelt.

3. Die Treuhandvereinigung. Aktiengesellschaft gegr. 1905 Berlin und Dresden²⁾.

Diese Treuhandgesellschaft ist eine Gründung der Dresdener Bank und des Schaafhausenschen Bankvereins. Das Aktienkapital beträgt M. 1 000 000.

Sie legt das Hauptgewicht auf Revisionen. Ihr Geschäftsbericht 1906 gibt an, dass von ihr Revisionen veranstaltet worden

1) Geschäftsberichte für 1906 u. 1907.

2) Geschäftsberichte für 1906 u. 1907.

sind bei Banken, Eisen-, Stahl- und Walzwerken, Kohlen-, Kali- und Erzbergwerken, Bohrgesellschaften, Waggon-, Maschinen-, Hebezeug- und Waffenfabriken, Mühlenbauanstalten, Eisengießereien, Elektrizitätsgesellschaften, Brückenbauanstalten, Schiffswerften, Baumwoll- und Kammgarnspinnereien, Chemischen-, Papier-, Strohstoff- und Farbefabriken, photographischen und Kunst-Anstalten, Zucker-, Spiritus- und Presshefefabriken, Oelraffinerien und Erdölwerken, Schokoladefabriken, überseeischen Handelsgesellschaften, Automobil-, Fahrrad-, Nähmaschinen- und Sprechmaschinen-Fabriken, Terraingesellschaften, Kleinbahn- und Schifffahrts-Gesellschaften, Hotels, sowie bei verschiedenen Interessenten-Vereinigungen und Syndikaten.

Dazu sind im Jahre 1907 Revisionen von kommunalen Gewerbebetrieben gekommen. Auch wird die Treuhandvereinigung von Syndikaten und Kartellen als Abrechnungs- und Geschäftsstelle, sowie als Vertrauensinstitut in Anspruch genommen.

4. Die Allgemeine Revisions- und Verwaltungs- aktiengesellschaft¹⁾.

In Berlin. Gegründet 1906, von den Firmen Delbrück, Leo & Co., Hardy & Co., der Internationalen Bank in Luxemburg, den Bankfirmen H. F. Lehmann in Halle, J. H. Stein, Köln und der Vereinsbank in Hamburg.

Aktienkapital M. 1000000.

Nähere Angaben über diese Gesellschaft standen dem Verfasser nicht zu Gebote, zumal über eine öffentliche Tätigkeit nichts verlautbarte.

5. Die Mecklenburgische Treuhandgesellschaft mit beschränkter Haftung in Schwerin²⁾.

Sie wurde im Jahre 1906 von der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechsel-Bank gegründet und war die erste deutsche Treuhandgesellschaft, welche die Form G. m. b. H. angenommen hat.

Das Stammkapital beträgt M. 1000000, welches von 12 Gesellschaften eingebracht worden ist. Davon gehört die grösste Einlage in Höhe von M. 680000 der Mecklenburgischen Hypotheken- und Wechsel-Bank. Die übrigen Gesellschafter sind einige

1) *Rosendorff* a. a. O. S. 607.

2) Geschäftsberichte für 1906 u. 1907. — Satzungen von 1906.

Mecklenburgische Kaufleute, Rechtsanwälte und Gutsbesitzer.

Die Gesellschaft scheint sich zwar in kleinem Masstabe aber mit grosser Sorgfalt und auch mit Glück der Revisionsstätigkeit zu widmen. Ihr gut ausgearbeitetes Statut und die beiden Geschäftsberichte lassen darauf schliessen. Als besonders bemerkenswert ist hervorzuheben, dass die Gesellschaft im Jahre 1907 bei dem Stadtpolizeiamt in Schwerin eine neue vereinfachte und übersichtliche Buch- und Rechnungsführung eingeführt hat.

6. Treuhand-Gesellschaft beeidigter Revisoren¹⁾.

Gegründet 1907. Sie ist ebenfalls als G. m. b. H. gegründet.

Weiteres ist bisher über diese Gesellschaft noch nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen.

7. Die neueste Gründung auf diesem Gebiete ist die 1908 entstandene

Delkredere- und Treuhand-Aktiengesellschaft²⁾ zu Frankfurt a. M.

Bei dieser Gesellschaft ist, wie schon aus dem Namen hervorgeht, ein neuer Geschäftszweig angegliedert worden: die Uebernahme von Delkredere bei Forderungen.

Nach dem Prospekt der Gesellschaft wird das Delkredere einer Forderung bis zu einer Höhe von mindestens 50% und von höchstens 75% übernommen. Mindestens 25% der Forderung muss der Gläubiger im Eigenrisiko behalten, damit er persönlich an der Forderung beteiligt bleibt.

Geht die Forderung bei erfolgloser Zwangsvollstreckung in das Schuldnervermögen verloren, so trägt die Gesellschaft den verhältnismässigen Anteil, der durch das Delkredere gedeckt ist. Zinsen bleiben ausser Ansatz. Die Gesellschaft darf Verfolgungskosten anrechnen.

Für die Uebernahme eines Delkredere berechnet die Gesellschaft eine Vergütung von monatlich mindestens $\frac{1}{4}\%$. Als Mindestgebühr wird 1% erhoben.

Aussenstände, bei denen die Gesellschaft das Delkredere übernommen hat, werden von ihr diskontiert. Sie berechnet dafür an Diskont:

1) O. Warschauer, »Die Treuhandgesellschaften und die Aufsichtsratsfrage in Deutschland«. Jahrb. f. Nat.Oek. u. Stat. III. F. Jahrg. 1908. 35. Bd. S. 474—500.

2) Prospekt von 1908.

1. bei Wechseln 1% über Reichsdiskont, sowie $\frac{1}{4}$ % Provision,
2. bei Buchforderungen 1% über Reichsbank-Diskont und 1% Provisionen.

Diese Sätze gelten für eine Verfallzeit von 3 Monaten. Bei langfristigeren Forderungen tritt ein Zuschlag hinzu, sofern solche Forderungen überhaupt diskontiert werden.

Da dieses Unternehmen erst vor kurzem entstanden ist, wäre es gewagt, ein Urteil über ein solches Geschäftsverfahren abzugeben.

Nur soviel lässt sich vorläufig sagen, dass die Gesellschaft bei der Annahme eines Delkredere eine recht vorsichtige Politik zu befolgen haben wird, da ihr Aktienkapital von M. 500000 ein verhältnismässig sehr kleines ist.

Zum Schluss sei noch erwähnt, dass in Oesterreich eine Treuhandgesellschaft mit dem Sitz in Wien und eine ebensolche in der Schweiz, in Zürich, im Jahre 1907 gegründet worden ist.

IV. Stellung der deutschen Treuhandgesellschaften im deutschen Wirtschaftsleben.

Die vorangehenden Darlegungen haben nachgewiesen, dass das Treuhänderwesen zwar keine neue Erscheinung als Rechtsinstitution in Deutschland bildet, dass aber die moderne Ausgestaltung dieses interessanten wirtschaftlichen und sozialen Phänomens durchaus in den angelsächsischen Ländern stattgefunden hat. Trust, Trust Company, Council of Foreign Bondholders, Accountancy und Auditing sind die Vorbilder für die deutschen Treuhandgesellschaften gewesen. Charakteristischerweise sind es die Länder des höchst entwickelten Kapitalismus, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten, gewesen, welche diese Einrichtung geschaffen haben.

In Deutschland ist erst am Ende des 19. Jahrhunderts die kapitalistische Entwicklung soweit gediehen, dass ein Bedürfnis nach den Funktionen der Treuhandgesellschaften entstanden ist. Der gemeinsame Zug, der die verschiedenen Elemente der deutschen Treuhandgesellschaften verbindet, ist: Sicherung und Heilung. Sicherung des Vermögens im Interesse solcher, die nicht selbst ihr eigenes Vermögen verwalten können. Heilung der Schäden, die das kapitalistische Wirtschaftsleben mit sich bringt. Bemerkenswert ist nun, dass man in Deutschland das Hauptge-

wicht neuerdings auf die Revisions- und Reorganisationstätigkeit der Treuhandgesellschaften legt. Man will wirtschaftliche Unternehmungen dauernd beobachten und heilend eingreifen, ehe es zu spät ist. Die Treuhandgesellschaften haben also in hohem Grade eine prophylaktische Tätigkeit auszuüben. Sie entwickeln sich dadurch zu Kontrollorganen im deutschen Wirtschaftsleben. Als solche sind sie durchaus gesunde Erscheinungen und eine stärkere Entwicklung, wie sie jetzt einzusetzen scheint, ist sogar zu wünschen.

Nur darf man die Vorteile, welche sie gewähren, nicht überschätzen.

Der Deutsche Juristentag von 1906¹⁾ hat sich mit der Frage einer Neuregelung des Rechtes der Verantwortlichkeit bei Mitgliedern des Aufsichtsrats von Aktiengesellschaften beschäftigt. Es ist u. a. auch die obligatorische Einführung jährlicher Bilanzrevisionen bei Aktiengesellschaften, von mindestens 1 Million Mark Aktienkapital, empfohlen worden, und zwar durch besondere von der Generalversammlung unabhängige Sachverständige, welche für sorgfältige Ausführung ihrer Pflichten verantwortlich zu machen sind. Man könnte nun hier an eine Ausbreitung des Arbeitsfeldes der Treuhandgesellschaften denken.

Dem sind aber von vornherein gewisse Schranken gezogen. Warschauer führt selbst einige Einwände gegen jenen Vorschlag an.

Zunächst bestehen nach Warschauers Annahme im Deutschen Reich gegenwärtig vollauf 5000 Aktiengesellschaften, wovon die Mehrzahl ein Kapital von mindestens 1 Million Mark besitzt. Es wäre demnach für eine genügende Anzahl von Revisoren zu sorgen. Gegenwärtig wären sicherlich die Treuhandgesellschaften ausser Stande diesem plötzlich zu schaffenden Bedürfnis nach Revisoren zu genügen, und dass sie in kurzer Zeit ihr Personal an fachlich gut ausgebildeten Angestellten derart vermehren könnten, dürfte an sich stark zu bezweifeln, ja geradezu unmöglich sein.

Bereits machen sich hier gewisse Schwierigkeiten bemerkbar, auf welche *Bernhard*²⁾ hingewiesen hat. Die Gehälter, welche die Treuhandgesellschaften ihren Revisoren zahlen, können schon jetzt nicht gering sein. Darauf lassen die verhältnismässig

1) *Warschauer* a. a. O. S. 495 ff.

2) »*Plutus*« den 23. März 1907, S. 218—219.

hohen Handlungsunkosten der Gesellschaften schliessen, die z. B. 1905 bei der Revisions- und Vermögensverwaltungs-Aktiengesellschaft 114 000 M. gegenüber einem Reingewinn von 132 000 M. und bei der Treuhandvereinigung 110 000 M. gegenüber 123 000 M. Reingewinn betrugen. Die Höhe jener Revisoren-Gehälter ist daraus zu erklären, dass den Gesellschaften natürlicherweise viel daran liegen muss, wirklich tüchtige Kräfte für Revisionen zu gewinnen. Nur dadurch können die Treuhandgesellschaften das Vertrauen des Publikums erlangen und festigen. Die Beamten der Treuhandgesellschaften haben dabei Gelegenheit, Geschäftsbetriebe der verschiedensten Arten sehr genau kennen zu lernen und reiche Erfahrungen zu sammeln. Daher ist es leicht möglich, dass solche Beamte von den durch sie revidierten Unternehmen sehr günstige Stellenangebote erhalten, und dass somit den Treuhandgesellschaften ihre tüchtigsten Kräfte entrissen werden. Natürlich ist dieser Vorgang im Interesse der Angestellten der Revisionsgesellschaften gar oft durchaus zu begrüssen. Es sollte hier nur gezeigt werden, dass jener Vorschlag des deutschen Juristentages, wenn er tatsächlich Gesetz würde, wohl keineswegs eine bessere Methode der Bilanzprüfung bei deutschen Aktiengesellschaften zur Folge haben würde, als es bisher üblich war, denn vorläufig mangelt es an den nötigen Hilfskräften. Gegenwärtig ist man daher bestrebt, die Zahl tüchtiger Revisoren möglichst zu vermehren durch Einrichtung besonderer Kurse über Bücherrevision an den deutschen Handelshochschulen nach englisch-amerikanischem Vorbild. Vorläufig sind solche bereits an der Leipziger Handelshochschule eingeführt worden.

Selbstverständlich bieten die Treuhandgesellschaften keine unbedingte Sicherheit, und Enttäuschungen sind nicht ausgeschlossen. Auch ihre Revisionen werden ja von Menschen ausgeführt, und Menschen können irren! Es ist auch bereits ein derartiger Fall zur öffentlichen Kenntnis gekommen. Die Deutsche Treuhandgesellschaft fand bei einer von ihr ausgeführten Revision den gesamten Betrieb und alle Bücher vollkommen in Ordnung, und dennoch kamen bald darauf grosse Unterschlagungen eines Angestellten des revidierten Unternehmens ans Tageslicht, die sich sogar auf längere Zeiträume erstreckten.

Würde nun eine verschärfte Haftbarkeit der Revisoren eingeführt, so würde es sicherlich einer Treuhandgesellschaft in

vielen Fällen bedenklich erscheinen, eine Revision überhaupt zu übernehmen.

Warschauer vertritt die Ansicht, dass ein solcher gesetzlicher Revisionszwang unter Umständen das Institut des Aufsichtsrats ganz überflüssig machen, bez. dasselbe viel zu sehr entlasten würde, ohne dass dabei eine wirksame Kontrolle der Aktiengesellschaften geschaffen würde. Diese Ansicht kann nicht als völlig zutreffend bezeichnet werden. Denn im besten Falle kann die Treuhandgesellschaft ausser der Aufdeckung von Betrügereien seitens Angestellter nur Ratschläge in Bezug auf Aenderungen im Betriebe erteilen, nicht aber ist sie imstande, solche in jedem Fall durchzusetzen. Wohl aber kann sie den Aufsichtsrat sehr wirksam unterstützen.

Eine Seite des neuen Revisionswesens jedoch, und zwar eine sehr interessante, die bisher noch wenig beachtet worden ist, dürfte allmählich sich in sehr eigentümlicher Weise geltend machen. Es handelt sich um die Frage: sind die Treuhandgesellschaften unabhängige Unternehmungen oder nicht? *Georg Bernhard* hat bereits das Problem gestreift¹⁾. Allerdings ist positives Material zu dieser Frage bisher noch wenig vorhanden, da naturgemäss derartige Dinge der Oeffentlichkeit möglichst vorenthalten werden. Immerhin gestattet das wenige, was hierüber veröffentlicht worden ist, gewisse Schlüsse zu ziehen.

Es ist in dieser Arbeit schon angedeutet worden, dass bei einigen Treuhandgesellschaften, und zwar gerade bei denen, welche bisher die meisten Revisionen auszuführen hatten, die Gründer deutsche Grossbanken gewesen sind.

Die Treuhandgesellschaften stehen dadurch tatsächlich in starker Abhängigkeit von den genannten Grossbanken. Deren Direktoren und Aufsichtsräte sind in dem Aufsichtsrat der zum Konzern gehörigen Treuhandgesellschaft vertreten. Die Deutsche Bank besitzt notorisch den grössten Teil der Aktien der Deutschen Treuhandgesellschaft, ausserdem sind die National-Bank für Deutschland und die Berliner Handelsgesellschaft daran beteiligt. Bei den beiden anderen Treuhandgesellschaften werden wahrscheinlich auch die Gründer im Be-

1) »Plutus« den 17. Juni 1905, S. 456—458.

sitze der Aktienmehrheit sein. Hinter der Treuhandvereinigung steht der Konzern der Dresdner Bank, während die Revisions- und Vermögensverwaltungs-Aktiengesellschaft von der Diskontogesellschaft abhängig ist. — An der Mecklenburgischen Treuhandgesellschaft ist die Mecklenburger Hypotheken- und Wechselbank als Hauptkommanditistin beteiligt, die ihrerseits wieder zum Konzern der Deutschen Bank gehört.

Es liegt nun die Versuchung nahe, dass diese Banken die mit ihnen verbundenen Treuhandgesellschaften benutzen, um andere Betriebe zu revidieren. Eine solche Revision wäre dann für das betreffende Unternehmen keine freiwillige mehr, da ja die Bank leicht einen Druck ausüben kann, sich einer Revision zu unterziehen. Dieser Druck kann zunächst dadurch ausgeübt werden, dass im Aufsichtsrate solcher abhängiger Aktiengesellschaften Direktoren oder Aufsichtsräte der Bank sitzen.

Im Geschäftsbericht der Deutschen Treuhandgesellschaft für 1904 werden 51 Unternehmungen mit Namen aufgeführt, die sich im Betriebsjahr einer Revision unterzogen hatten. Bei nicht weniger als 24 derselben lassen sich direkte Beziehungen zu dem Konzern der Deutschen Bank, beziehungsweise der Deutschen Treuhandgesellschaft nachweisen.

Aber nicht nur durch gemeinsame Aufsichtsräte und Direktoren kann eine solche zwangsweise Revision herbeigeführt werden. Es ist auch die Möglichkeit vorhanden, dass eine Bank einer Unternehmung, die Kredit bei jener zu erlangen wünscht, die Erfüllung dieses Gesuches davon abhängig macht, dass das betreffende Geschäft vorher von einer Treuhandgesellschaft sich untersuchen lässt. Ein solcher Fall ist im Jahre 1904 besonders auffällig in die Erscheinung getreten.

Eine Aktiengesellschaft wünschte von einer Bank einen größeren Kredit zu erhalten¹⁾. Die Bank bewilligte den Kredit unter der Bedingung, dass sich die Gesellschaft einer Revision durch die Deutsche Treuhandgesellschaft unterziehe. Der Direktor der Aktiengesellschaft fasste dies jedoch als ein Misstrauensvotum gegen seine Tätigkeit auf und weigerte sich daher, diese Bedingung anzunehmen. Merkwürdigerweise zwang nun der eigene

1) »Plutus« den 7. Mai 1904, S. 388.

Aufsichtsrat den Direktor nachzugeben, worauf der Direktor seine Stelle kündigte. Erst dann gewährte die Bank den Kredit.

Es liegt hier ein Moment des Fortschrittes vor, das mit dem verstärkten Grossbetrieb unter gewissen Voraussetzungen verbunden sein kann, indem sich die alte Erfahrung bewahrheitet, dass mit Ehrlichkeit stets auf die Dauer die besten Geschäfte gemacht werden. Durch die grosse Konzentration im Bankgewerbe und das damit verbundene Anwachsen der Treuhänderrevisionen, wird die Möglichkeit für grobe Schwindeloperationen immer mehr eingeschränkt. Dieser Gedanke scheint sich jetzt Bahn zu brechen. Anlässlich des betrügerischen Bankerotts des Kommerzienrat Möller in Altona 1908, der seine Gläubiger, darunter mehrere Banken, lange Zeit durch Vorlegung falscher Bilanzen getäuscht hatte, schreibt der »Deutsche Oekonomist«¹⁾: »Wenn eine Bank einen grossen Kredit an eine kreditunwürdige Firma verschleudert hätte, so wäre das eben ein vereinzelter Vorkommen von Leichtsinne, wie es sich immer wieder ereignet, dass aber eine ganze Reihe von Banken so unverantwortlich leichtsinnig handelte, ist ein böses Zeichen unserer Zeit. Man wende nicht ein, dass man sich gegen Betrug durch Vorlegung falscher Bilanzen nicht schützen könne. Wer grosse Kredite in Anspruch nehmen will, muss sich dazu verstehen, seine Bücher vorzulegen, sodass der Kreditgeber sich von dem ordnungsmässigen Gang des Geschäfts überzeugen kann. Hierfür gibt es eine Anzahl Treuhand- und Revisionsgesellschaften. Wer sich einer solchen Kontrolle nicht unterwerfen will, der muss auf grösseren Kredit verzichten, und dem darf eine Bank solchen nicht anvertrauen.«

In diesen Sätzen ist also ausdrücklich die fast pädagogische Aufgabe, die den Treuhandgesellschaften und zugleich den Banken obliegt, anerkannt.

An sich bedeutet es demnach keine Gefährdung der Gesamtheit, wenn die Revisionsorgane der Grossbanken andere Unternehmungen gut kontrollieren, welche von jenen abhängig sind. Im Gegenteil können dadurch heilsame Reformen im Betriebe der betreffenden Unternehmungen rechtzeitig zur Ausführung gebracht werden. Nur sind Fälle denkbar, wo infolge des über-

1) »Deutscher Oekonomist« den 27. Juni 1908, S. 396.

Wenn es den deutschen Treuhandgesellschaften gelingt, ihr Revisions-System weiter gründlich auszubauen (und auch auf das Konzentrationssystem der deutschen Grossbanken auszudehnen), so dürften sich die segensreichen Erfolge verwirklichen, welche man von ihnen für die deutsche Volkswirtschaft seit Werner von Siemens Eingreifen erwartet.

Tabelle Nr. 1. Aktienkapital der Trust Cos. Ende 1906.

Staaten	Zahl der Trust Cos.	Summe des eingezahl. Aktienkap. in \$	Tatsächlicher Durchschnitt	Tatsächliches Minimum	Gesetzliches Minimum	Tatsächliches Maximum	Gesetzliches Maximum
Pennsylvania	257	92 043 979	450 000	50 000	125 000	4 000 000	—
New York	86	63 850 000	910 000	25 000	25 000	4 375 000	—
Illinois	55	32 550 000	270 000	25 000	25 000	4 000 000	—
Missouri	34	22 018 000	75 000	50 000	100 000	5 000 000	10 000 000
Ohio	56	20 930 225	212 500	25 000	25 000	4 000 000	—
Massachusetts	42	16 225 000	300 000	100 000	200 000	1 000 000	1000 000
New Jersey	65	13 313 500	100 000	50 000	100 000	1 000 000	—
Kalifornien	32	11 590 323	270 000	8 000	25 000	2 000 000	—
Maryland	20	11 326 330	500 000	20 000	—	2 000 000	—
Louisiana	18	9 222 294	500 000	100 000	100 000	2 000 000	—
Indiana	71	6 801 600	50 000	25 000	25 000	1 000 000	2000 000
Distr. Columb.	4	6 200 000	1 550 000	1 000 000	1 000 000	3 000 000	—
Tennessee	57	5 972 025	45 000	8 000	—	350 000	—
Rhode Island	11	5 864 094	450 000	24 000	—	3 000 000	—
Kentucky	31	4 456 490	150 000	25 000	—	1 000 000	—
Texas	27	4 308 900	160 000	15 000	50 000	500 000	10000 000
Iowa	29	3 392 500	90 000	10 000	10 000	1 000 000	—
Georgia	17	3 278 770	150 000	26 000	100 000	500 000	2000 000
Virginia	23	3 159 020	125 000	10 000	—	500 000	—
Arkansas	24	3 153 240	65 000	25 000	—	500 000	—
Maine	30	2 795 000	75 000	25 000	25 000	250 000	—
West-Virginia	20	2 791 980	125 000	16 000	10 000	432 000	—
Alabama	21	2 451 000	50 000	10 000	—	500 000	—
Connecticut	21	2 385 000	55 000	25 000	—	400 000	—
Michigan	8	2 150 000	270 000	50 000	150 000	500 000	—
Nord-Carolina	38	2 055 000	45 000	5 000	50 000	600 000	—
Washington	12	2 049 667	150 000	100 000	50 000	300 000	—
Minnesota	6	1 700 000	250 000	200 000	200 000	500 000	2000 000
Mississippi	20	1 604 600	52 000	18 000	50 000	300 000	—
Wisconsin	9	1 585 000	250 000	50 000	50 000	300 000	5000 000
Delaware	5	1 498 000	300 000	25 000	—	600 000	—
Colorado	10	1 415 000	185 000	25 000	50 000	300 000	—
Oregon	12	1 386 000	41 000	10 000	—	500 000	—
Florida	7	1 312 799	50 000	2 899	—	100 000	—
Indianer Terr.	19	1 291 225	75 000	10 000	—	400 000	—
Vermont	23	1 212 500	50 000	12 500	—	100 000	—
Utah	4	969 700	242 400	200 000	25 000	269 000	—
Süd-Carolina	17	843 924	60 000	10 000	25 000	100 000	—
Idaho	7	700 000	91 000	25 000	25 000	200 000	—
Montana	4	550 000	100 000	100 000	100 000	250 000	10000 000
N.-Hampshire	6	355 000	60 000	25 000	—	100 000	—
Nebraska	7	331 800	47 400	5 000	—	150 000	—
Kansas	4	330 000	82 500	5 000	5 000	200 000	1000 000
Nevada	3	316 000	105 300	16 000	—	200 000	—
Süd-Dakota	8	308 000	38 500	8 000	10 000	100 000	—
Hawaii	3	280 000	93 300	80 000	50 000	100 000	—
Nord-Dakota	3	260 000	86 600	60 000	50 000	100 000	—
Arizona	6	250 000	41 600	20 000	—	75 000	—
Wyoming	5	175 450	35 100	10 000	10 000	100 000	—
New Mexico	5	165 000	33 000	10 000	—	100 000	—
Oklahoma	2	110 000	55 000	10 000	50 000	100 000	10000 000
Zusammen	1304	375 283 947	288 000				

Der tatsächliche Durchschnitt wurde dadurch bei der Berechnung ermittelt, dass bei Staaten mit mehr als 10 Trust Cos. nur die mehr als 1mal auftretenden Kapitalziffern berücksichtigt wurden.

Tabelle Nr. 2. Reserven der Trust Cos. Ende 1906.

Staaten	Zahl der Trust Cos.	Summe der Reserven in \$	Surplus in \$	% der Reserven	Undivided Profits in \$	% der Reserven	Vond. Gesell- schaft. hatten keinen Surplus	keine Res.
Jowa	29	558 500	530 226	98	28 273	2	12	3
Kentucky	31	1 978 675	1 822 626	98	156 048	2	6	—
Louisiana	18	4 576 205	4 257 500	98	318 705	2	3	2
Minnesota	6	459 314	420 003	98	39 311	2	—	—
Missouri	34	26 123 846	22 053 477	96	4 070 368	4	13	4
Maryland	20	12 608 007	10 729 391	90	1 878 615	10	3	—
Massachusetts	42	22 692 233	20 145 500	90	2 546 733	10	4	—
Alabama	21	898 924	707 641	83	191 383	17	7	2
West-Virginia	20	1 209 132	888 140	78	320 992	22	5	—
Florida	7	397 477	288 901	76	108 576	24	2	1
Distr. Columbia	4	2 912 815	2 150 000	76	762 815	24	2	—
Colorado	10	717 689	527 948	76	189 741	24	4	—
Michigan	8	2 087 118	1 820 000	76	267 118	24	2	1
Ohio	56	12 257 806	8 517 092	72	3 740 714	28	14	2
Maine	30	2 457 583	1 687 400	71	770 183	29	1	—
Rhode Island	11	9 152 160	6 174 493	71	2 977 667	29	1	—
Delaware	5	1 254 194	852 451	66	401 743	34	1	—
New Jersey	65	21 684 117	14 228 306	66	7 455 811	34	7	1
Washington	12	787 011	497 042	66	289 969	34	3	—
Wisconsin	9	181 800	115 000	66	76 800	34	5	1
Arkansas	24	600 454	359 248	62	241 186	38	9	3
Virginia	23	824 903	511 548	62	313 355	38	10	3
Illinois	55	25 550 672	14 938 250	58	10 612 422	42	13	4
Kansas	4	97 637	56 517	58	41 119	42	—	—
New Mexico	5	24 305	14 045	58	10 239	42	3	1
New Hampshire	6	165 842	88 229	55	77 613	45	2	—
New York	86	164 940 882	105 731 044	55	59 209 837	45	10	—
Süd-Carolina	17	321 353	176 122	55	145 231	45	9	1
Oregon	12	302 614	193 510	54	109 104	46	8	7
Georgia	17	1 168 360	591 535	53	576 825	47	5	—
Idaho	7	87 411	45 000	53	42 411	47	4	2
Wyoming	5	34 569	17 500	50	17 069	50	2	1
Connecticut	21	1 766 667	830 294	47	936 373	53	5	1
Tennessee	57	1 675 085	762 171	47	912 914	53	18	4
Texas	27	945 287	440 782	46	504 505	54	10	3
Indiana	71	2 159 912	930 273	43	1 229 639	57	30	5
Californien	32	6 682 773	2 717 939	41	3 964 833	59	12	4
Vermont	23	895 333	326 689	37	568 643	63	5	1
Arizona	6	75 534	27 000	35	48 534	65	3	1
Pennsylvania	257	108 216 933	37 176 271	34	71 040 662	66	40	3
Ind. Territ.	19	165 945	48 172	32	117 772	68	12	1
Nebraska	7	61 439	17 300	28	44 139	72	4	—
Nord-Carolina	38	598 216	170 247	28	427 969	72	17	2
Nord-Dakota	3	77 369	20 000	26	57 369	74	2	1
Utah	4	82 863	20 000	24	62 863	76	2	—
Süd-Dakota	8	113 567	25 500	23	108 067	77	4	1
Mississippi	21	1 563 225	144 750	9	1 418 475	91	9	2
Oklahoma	2	8 243	500	6	7 743	94	1	—
Nevada	3	234 131	10 000	4	224 131	96	1	—
Montana	4	228 343	—	0	228 343	100	4	—
Hawaii	3	56 648	—	0	56 648	100	3	—
Zusammen	1304	444 721 121	264 803 573	59	179 947 598	41	334	68

Tabelle Nr. 3. Depositen der Trust Cos. Ende 1906.

I. Staaten	2. Zahl der Trust Cos. m. De- posit.	3. Summe der Depo- siten in \$	4. 0/0 aller Pas- siven	5. Durch- schnittliche Höhe der Depositen bei einer Trust Co.	6. Mini- mum in \$	7. Maxi- mum in \$	8. Reser- ve in 0/0 der Depo- siten
1. New York	85	1 109 332 149	79,7	13 051 000	411 007	67 100 845	14,9
2. Pennsylvania	252	414 800 807	60,1	1 646 000	8 601	32 604 405	26,1
3. Illinois	52	339 653 024	77,8	6 532 000	16 460	93 966 029	7,5
4. Massachusetts	42	182 867 213	81,3	4 354 000	327 887	32 752 265	15,6
5. Ohio	55	166 729 606	78,5	3 033 000	60 467	37 692 146	7,3
6. New Jersey	62	122 423 625	74,0	1 975 000	25 611	12 681 045	17,7
7. Rhode Island	11	108 601 093	86,6	9 873 000	9 867	27 522 140	8,4
8. Missouri	30	68 634 411	54,3	2 288 000	13 954	19 460 640	38,1
9. Californien	26	52 994 721	70,9	2 038 000	22 459	20 030 440	12,8
10. Louisiana	15	34 540 500	64,8	2 303 000	94 185	10 182 188	13,2
11. Indiana	68	32 443 357	77,5	477 000	13 814	6 315 043	6,7
12. Maryland	20	29 409 343	49,2	1 470 000	33 753	7 375 879	42,9
13. Maine	30	23 550 356	75,9	785 000	40 343	4 770 023	10,4
14. Tennessee	54	22 311 983	63,2	413 000	6 112	4 690 936	7,4
15. Distr. Columbia	4	21 115 884	69,7	5 279 000	1 730 360	7 002 770	13,8
16. Connecticut	20	16 756 359	75,4	838 000	100 337	3 575 473	10,4
17. Vermont	22	15 935 435	87,0	724 000	83 853	2 086 034	5,5
18. Washington	10	14 031 421	78,3	1 403 000	2 848	3 282 668	5,6
19. Kentucky	28	13 480 638	58,0	481 000	119 512	1 172 070	14,2
20. Michigan	5	12 676 730	71,6	2 535 000	37 360	8 621 960	16,5
21. Iowa	22	11 890 611	58,5	540 000	19 728	3 500 869	5,0
22. Alabama	19	10 802 370	73,3	568 000	40 000	3 168 106	5,8
23. West. Virginia	19	9 826 618	68,2	528 000	43 909	2 976 321	12,3
24. Texas	23	9 059 287	57,1	394 000	1 832	1 305 752	10,4
25. Oregon	7	8 895 967	76,8	1 271 000	22 696	4 949 143	3,4
26. Colorado	9	8 631 801	79,1	1 272 000	22 692	4 537 969	8,3
27. Nord-Carolina	33	8 332 294	58,4	252 000	10 782	2 177 530	7,2
28. Georgia	16	7 220 907	55,5	451 000	1 777	1 604 954	16,4
29. Virginia	17	7 002 513	59,4	412 000	3 694	1 540 430	11,8
30. Delaware	6	5 584 160	66,3	931 000	104 625	2 073 886	22,2
31. Montana	4	4 779 192	75,4	1 195 000	38 060	3 143 022	4,8
32. Arkansas	22	4 280 256	49,6	195 000	3 383	909 317	14,1
33. Wisconsin	9	3 882 278	66,0	631 000	67 117	1 224 033	4,7
34. Mississippi	20	3 864 953	49,9	193 000	10 506	612 776	40,5
35. Florida	7	3 828 208	65,1	547 000	112	1 524 309	10,1
36. New Hampshire	6	3 200 246	83,1	533 000	53 219	1 033 353	5,2
37. Süd-Carolina	15	2 939 994	63,2	196 000	4 170	851 319	11,0
38. Minnesota	5	2 627 246	52,5	525 000	9 660	1 520 945	17,5
39. Idaho	6	1 729 427	66,2	288 000	114 658	506 368	5,1
40. Nevada	3	1 664 407	63,9	555 000	17 051	1 613 814	14,1
41. Süd-Dakota	6	1 508 534	76,5	252 000	40 075	949 999	7,5
42. Utah	4	1 374 721	18,3	344 000	48 166	1 006 441	6,0
43. Arizona	6	1 321 536	78,1	220 000	41 752	665 333	5,7
44. Indianer Territ.	15	1 094 533	38,9	73 000	7 299	199 938	15,1
45. Hawaii	1	464 381	39,8	464 381	464 381	464 381	12,2
46. New Mexico	4	412 467	67,49	103 000	57 300	158 732	5,9
47. Wyoming	4	286 575	55,5	71 000	787	161 211	12,9
48. Nord-Dakota	1	261 264	32,8	261 264	261 264	261 264	27,3
49. Kansas	2	200 744	11,7	100 000	5 366	195 378	48,6
50. Nebraska	2	150 440	21,1	75 000	29 765	105 197	40,8
51. Oklahoma	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	1204	2 929 406 585	—	2 428 000	—	—	—

Tabelle Nr. 4. Liquidität der Trust Companies. Ende 1906.

1. Staaten	2. Barbestand und Bankgut- haben in \$	3. % der Depositen	4. Gesamte flüssige Mittel in \$	5. % der Depositen	6. % aller Aktiva
1. Arkansas	227 895	112,0	530 217	258,4	30,9
2. Utah	1 140 906	83,0	2 283 976	166,1	30,4
3. Nebraska	105 310	70,0	208 815	138,8	33,0
4. Indianer Territor.	611 024	57,6	1 155 201	105,5	41,0
5. Nevada	901 807	54,2	1 213 383	72,9	47,0
6. New Mexiko	221 878	54,2	326 775	79,2	43,5
7. Montana	2 310 386	48,5	2 560 267	53,6	40,4
8. Texas	4 358 191	48,2	5 906 697	65,2	32,5
9. Wyoming	132 188	46,1	140 381	49,8	27,5
10. Colorado	3 812 343	44,1	6 390 999	74,0	58,5
11. Süd-Dakota	630 389	43,6	658 193	43,6	33,3
12. Arkansas	1 735 179	41,0	2 290 592	53,2	26,6
13. Californien	21 388 104	38,2	37 139 102	70,1	49,7
14. Washington	5 316 049	37,4	7 526 067	53,6	42,2
15. Tennessee	8 115 244	35,4	12 556 002	56,3	35,9
16. Alabama	3 160 107	34,9	6 812 282	63,1	25,9
17. Kentucky	3 453 809	34,3	7 755 944	57,5	33,5
18. Louisiana	11 928 810	34,2	17 596 042	50,9	33,1
19. Arizona	496 620	32,9	647 474	48,9	38,1
20. Florida	1 245 241	32,2	1 744 879	44,9	29,0
21. Oregon	2 812 633	31,4	5 988 000	67,3	31,8
22. Georgia	1 977 055	27,2	3 351 436	46,4	26,0
23. Mississippi	990 858	25,3	1 440 076	37,3	18,5
24. Idaho	419 519	24,1	708 338	41,0	27,1
25. Süd-Carolina	705 783	24,0	1 975 174	67,2	42,2
26. Connecticut	4 100 973	24,0	9 709 288	58,4	43,7
27. Missouri	16 493 038	24,0	45 024 050	65,6	36,7
28. Illinois	80 878 159	23,4	141 005 514	41,5	31,6
29. Hawaii	103 717	22,2	539 428	116,2	46,1
30. Minnesota	583 275	22,0	2 745 536	104,5	34,6
31. Nord-Carolina	1 798 441	21,4	4 096 028	49,2	28,6
32. Iowa	2 500 675	21,2	4 674 977	42,2	23,0
33. District Columbia	4 405 386	21,0	7 320 688	34,7	24,1
34. Maryland	8 563 601	21,0	36 261 395	123,5	60,6
35. West-Virginia	2 055 488	20,2	4 878 058	49,6	33,9
36. Virginia	1 388 569	19,9	5 131 046	73,3	44,4
37. Nord-Dakota	52 133	19,8	210 623	82,8	36,5
38. Indiana	6 473 616	19,7	13 536 933	41,7	32,2
39. Pennsylvania	71 381 723	17,2	289 697 909	69,8	42,0
40. Michigan	2 854 630	17,1	5 648 394	44,6	32,9
41. New York	180 531 824	16,0	583 522 890	52,6	41,5
42. Massachusetts	34 830 558	15,4	71 039 432	38,9	32,1
43. Delaware	887 202	15,2	3 911 458	70,1	58,3
44. Wisconsin	578 395	14,9	2 221 464	57,2	36,7
45. Ohio	24 380 725	14,8	80 908 852	48,5	39,0
46. Rhode Island	15 523 186	14,3	57 731 039	53,2	45,9
47. New Jersey	17 327 773	14,1	88 769 819	72,5	70,1
48. Maine	3 063 634	13,9	12 965 414	55,1	41,1
49. Vermont	1 187 899	7,4	4 578 491	28,7	25,0
50. New Hampshire	209 636	6,5	1 328 848	41,5	34,4
51. Oklahoma	1 201	—	121 601	—	67,7
Zusammen	560 321 885	19,2	1 606 485 471	—	—

Tabelle Nr. 5. Loans und Hypotheken der Trust Companies.

1. Staaten	2. Summe der Loans in \$	3. % der Depositen	4. % der Aktiva	5. Durch- schnittshöhe der Loans in \$	6. Hypo- theken in \$	7. % der Aktiva
1. New York	694 896 553	62,5	50,0	8 060 000	88 108 635	6,3
2. Pennsylvania	252 062 066	62,2	36,5	979 000	58 256 527	8,4
3. Illinois	219 516 253	65,6	49,8	3 998 000	20 752 578	4,7
4. Massachusetts	139 694 462	75,2	61,1	3 297 000	10 592 986	4,7
5. Ohio	78 913 969	45,2	36,3	1 406 000	33 799 720	15,9
6. Missouri	67 392 623	99,4	53,3	1 926 000	11 523 361	9,1
7. Rhode Island	58 482 982	53,6	46,6	5 301 000	8 684 938	6,9
8. New Jersey	43 682 420	35,3	26,4	672 000	26 844 374	16,2
9. Louisiana	32 480 544	94,2	60,9	1 828 000	1 277 462	2,4
10. Californien	24 633 844	46,6	33,0	778 000	10 760 398	15,4
11. Maryland	19 845 273	81,1	33,2	992 000	786 309	1,3
12. Tennessee	19 127 845	93,6	54,2	332 000	1 149 911	3,0
13. Maine	15 029 889	72,6	48,3	506 000	1 805 915	5,8
14. Kentucky	11 200 474	84,2	48,2	361 000	2 331 618	10,0
15. Connecticut	11 191 656	65,7	50,4	533 000	1 174 840	5,3
16. Distr. Columbia	10 297 135	60,8	33,0	2 536 000	10 415 408	34,4
17. Michigan	9 117 347	72,0	52,7	1 137 000	2 416 280	14,3
18. West-Virginia	8 603 443	87,5	59,7	430 000	134 953	1,0
19. Indiana	8 079 526	24,9	19,3	114 000	18 123 551	43,3
20. Nord-Carolina	8 077 090	97,0	56,6	212 000	846 960	5,9
21. Georgia	7 658 129	106,0	58,8	455 000	1 547 028	11,8
22. Washington	7 180 918	51,2	40,1	598 000	2 157 919	12,0
23. Alabama	6 040 816	55,9	41,0	289 000	3 487 412	23,7
24. Virginia	5 642 396	80,5	47,9	245 000	513 821	4,4
25. Iowa	4 527 681	38,1	22,3	161 000	11 081 097	54,6
26. Texas	6 742 809	74,1	42,5	248 000	2 408 287	15,2
27. Vermont	5 724 470	35,4	31,3	247 000	7 843 283	42,8
28. Oregon	4 245 459	47,7	36,7	354 000	347 440	3,0
29. Florida	3 698 082	95,9	61,9	537 000	108 843	1,8
30. Colorado	3 591 228	41,6	32,9	359 000	794 083	7,3
31. Montana	3 451 644	72,2	54,5	862 000	105 791	1,7
32. Mississippi	3 200 412	82,8	41,3	152 000	886 536	11,4
33. Süd-Carolina	2 394 130	81,4	51,4	141 000	199 800	4,3
34. Arkansas	2 127 815	49,0	24,7	89 000	2 294 602	26,6
35. Nevada	1 286 361	77,6	48,9	428 000	—	—
36. Utah	3 027 419	122,1	40,4	755 000	1 546 425	20,6
37. New Hampshire	1 443 496	45,1	37,5	240 000	820 896	21,3
38. Wisconsin	1 076 479	27,9	18,3	119 000	2 464 517	41,9
39. Süd-Dakota	1 014 448	67,3	51,4	127 000	147 193	7,5
40. Idaho	819 362	47,3	31,4	117 000	628 680	24,1
41. Indianer Territ.	798 418	73,0	28,4	42 000	320 363	11,4
42. Minnesota	559 229	21,1	11,4	93 000	1 895 415	37,8
43. Delaware	2 618 665	47,2	31,1	522 000	536 290	6,4
44. Arizona	396 891	30,0	23,6	56 000	454 467	26,9
45. Hawaii	334 368	72,9	28,6	111 000	209 770	18,0
46. New Mexico	165 171	40,2	27,0	33 000	107 025	17,5
47. Kansas	163 429	81,4	9,5	40 000	960 466	55,9
48. Wyoming	136 141	47,0	26,4	27 000	219 315	42,5
49. Nebraska	81 039	53,9	11,4	11 000	206 090	28,9
50. Nord-Dakota	55 025	21,0	6,9	18 000	516 577	64,9
51. Oklahoma	3 280	—	1,8	1 000	46 535	25,5
Zusammen	1 812 530 604	61,9	—	1 389 000	344 640 660	—

VERLAG DER H. LAUPP'SCHEN BUCHHANDLUNG IN TÜBINGEN.

Die Entstehung der Volkswirtschaft.

Vorträge und Versuche.

Von

Dr. **A. Bücher**,

ordentl. Professor an der Universität Leipzig.

Sechste Auflage.

8. 1908. Gebunden M. 7.20.

Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) in Tübingen.

Grundriß der Politischen Oekonomie.

Von

Dr. **Eugen von Philippovich**,

Professor an der Universität Wien.

Vollständig in 2 Bänden bzw. drei Teilen.

Erster Band:

Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Siebente, revidierte Auflage. Leg. 8. 1908. M. 10.—. Gebunden M. 11.—.

Zweiter Band:

Volkswirtschaftspolitik (in zwei Teilen). Erster Teil. Vierte, gänzlich umgearbeitete Auflage. Unter der Presse. Zweiter Teil. Erste bis dritte Auflage. 1907. M. 9.—. Gebunden M. 10.—.

Das Werk ist auch komplett in einen Halbfranzband gebunden erhältlich.

Versicherungs-Lexikon.

Ein Nachschlagewerk für alle Wissensgebiete der Privat- und der Sozialversicherung, insbesondere in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz. Unter Mitarbeiterschaft von Präsident Professor Dr. v. d. Borcht (Berlin), Justizrat Direktor Dr. Domizlaff (Hannover), Professor Dr. Ehrenberg (Göttingen), Generalsekretär Ehrlich (Köln), Professor Dr. Emminghaus (Gotha), Versicherungsarzt Dr. Felchenfeld (Berlin), Professor Dr. Florschütz (Gotha), Kammergerichtsrat Hagen (Berlin), Wirkl. Geh. Oberregierungsrat von Knebel Doeberitz (Berlin), Geh. Oberregierungsrat Professor Dr. Lexis (Göttingen), Professor Dr. Loewy (Freiburg), Professor Dr. Moldenhauer (Köln), Regierungsdirektor Ritter v. Rasp (München), Regierungsrat Dr. Reuss (Berlin), Geh. Regierungsrat Direktor Dr. Samwer (Gotha), Oberlandesgerichtsrat Schneider (Stettin)

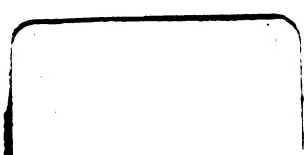
herausgegeben von

Professor Dr. **Alfred Manes**.

Ca. 860 Seiten Lexikon-Oktav. Complet M. 28.—, gebunden M. 30.—. Erscheint in 2 Halbbänden (Oktober—Dezember 1908.) — Prospekt und Probeheft steht zu Diensten.

Druck von H. Laupp jr in Tübingen.







3 2044 080 025 018

